



This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

Usage guidelines

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

- + *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.
- + *Refrain from automated querying* Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.
- + *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.
- + *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

About Google Book Search

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at <http://books.google.com/>





600029722S



600029722S

1

2

3

BEITRÆGE
ZUR
URKUNDENLEHRE.

II.



BEITRÆGE
ZUR
URKUNDENLEHRE

VON

DR. JULIUS FICKER,
PROFESSOR AN DER K. K. UNIVERSITAET ZU INNSBRUCK.



ZWEITER BAND.

INNSBRUCK.

VERLAG DER WAGNER'SCHEN UNIVERSITAETS-BUCHHANDLUNG.

1878.

240. e. 336. 115

DRUCK DER WAGNER'SCHEN UNIVERSITÄTS-BUCHDRUCKEREI.

BEURKUNDUNG.

VORBEMERKUNGEN.

192. Wir gingen § 25 von der Vermuthung aus, daß die Widersprüche, welche sich zur Datirung und in der Datirung finden in Fällen, wo weder die Annahme von Fälschung, noch von Schreibfehlern ausreicht, aus der Beziehung der widersprechenden Angaben auf verschiedene Zeitpunkte zu erklären sein werde. Das fand durch unsere bisherigen Untersuchungen insofern eine Bestätigung, als sich ergab, daß einzelne Angaben durch die vorhergehende Handlung oder durch eine ältere Vorlage, andere dagegen durch die spätere Beurkundung bestimmt sein konnten. Wir haben damit unsere Aufgabe noch nicht gelöst. Es ergeben sich Fälle, bei denen gar nicht abzusehen ist, wie jener Unterschied den Widerspruch hätte herbeiführen können.

In dieser Richtung wird nun daran zu erinnern sein, daß wir bisher die Dauer der Beurkundung nicht in Anschlag brachten, diese gegenüber der Handlung und der Vorlage im allgemeinen als einen einzelnen späteren Zeitpunkt behandelten, um nicht zu Verschiedenartiges gleichzeitig beachten zu müssen. War aber dennoch eine wenigstens beiläufige Berücksichtigung des Umstandes nicht zu vermeiden, so ergaben sich bereits genugsame Belege dafür, daß dabei von einem bloßen Zeitpunkte doch selbst dann nicht die Rede sein kann, wenn wir den Tag, als den kürzesten in den Urkunden erwähnten Zeitabschnitt, als bloßen Zeitpunkt behandeln wollen. Wir glaubten § 108 wenigstens für feierliche Diplome überhaupt in Abrede stellen zu dürfen, daß das gesammte Geschäft der Beurkundung vom Beurkundungsbefehle des Königs bis zur Uebergabe der vollzogenen Urkunde an die Partei sich auf einen Tag zusammenhängen konnte. Und sollte das auch in Einzelfällen zugetroffen sein, in der Regel war es sicher nicht der Fall. Die Zeitabschnitte aber, um welche es sich dabei handeln konnte, waren keineswegs immer unbedeutende. Wir suchten § 93 nachzuweisen, daß die Ausführung des Befehls oft eine Reihe von Tagen in Anspruch nahm, auch ohne daß eine ausnahmsweise Verzögerung anzunehmen wäre, daß bei Ueberhäufung mit Geschäften aber auch Monate bis zur Vollendung vergehen konnten.

192] Wir können es zunächst dahingestellt sein lassen, auf welche Stufe der Beurkundung sich die Datirung bezieht; es mag das ja auch nicht immer gerade dieselbe gewesen sein. Nennt aber die Datirung nur einen Tag, während die Beurkundung eine Reihe von Tagen umfaßt, so ist damit wenigstens von vornherein die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, daß andere Angaben der Urkunde sich auf eine andere Stufe der Beurkundung und damit auf einen anderen Tag beziehen können. Suchten wir etwa nachzuweisen, daß sowohl Zeugen, als Datirung sich in der Regel auf die Beurkundung bezogen, so ist damit Beziehung auf ganz verschiedene Akte der Beurkundung nicht ausgeschlossen. Es wäre wenigstens denkbar, daß die Zeugen sich auf den Beurkundungsbefehl des Königs, die Datirung aber auf die Uebergabe der vollendeten Urkunde bezog, oder auch umgekehrt. Dann würden beide Angaben Zeitpunkten entsprechen, welche durch den gesammten Zeitraum, welchen die Beurkundung beanspruchte, von einander geschieden waren; und es liegt auf der Hand, daß sich daraus kaum minder auffallende Widersprüche ergeben könnten, als sie sich etwa bei Beziehung der Zeugen auf die Handlung, der Datirung auf die Beurkundung zuweilen erweislich ergaben.

Dann aber ist noch ein anderes beachtenswerth. Wir fanden, daß die Datirung selbst nicht gerade immer eine einheitliche war; nach § 117 ff. konnten ihre Angaben theils der Handlung, theils der Beurkundung entsprechen; und § 169. 178. 181 ergaben sich Fälle, bei welchen dieselben in ähnlicher Weise nur zum Theil durch Vorlagen bestimmt waren. Das muß denn den Gedanken nahe legen, daß Aehnliches auch hier zutreffen, sich etwa Tag und Ort zwar auf die Beurkundung im allgemeinen, aber auf verschiedene Stufen derselben beziehen könnten.

Um nun zu prüfen, in wie weit das, was wir zunächst als Möglichkeit hinstellten, wirklich zutrifft, sind wir vor allem darauf hingewiesen, uns die Art und Weise, wie die einzelne Urkunde entstand, genauer zu vergegenwärtigen. Wir haben dabei in erster Reihe die Königsurkunden zu beachten. Denn nur bei diesen ist Beziehung der für uns wichtigsten Angaben auf die Beurkundung die Regel. Beziehen sich dieselben in den Privaturkunden überwiegend auf die Handlung, so werden sich in diesen Widersprüche in Folge der Verhältnisse, welche wir hier im Auge haben, nicht leicht ergeben. Aber jene Regel ist doch keineswegs eine ausnahmslose. Es ergab sich doch vielfach, daß auch die bezüglichlichen Angaben der Privaturkunden durch die Umstände der Beurkundung beeinflusst wurden. Weiter aber findet sich wohl, daß das Vorgehen bei der Beurkundung in einzelnen Punkten bei Privaturkunden bestimmter hervortritt, Beachtung desselben manche Rückschlüsse auf die Königsurkunden gestattet. Und so wird doch auch hier manche Veranlassung geboten sein, nebenbei auf die Privaturkunden einzugehen, wenn die Untersuchung auch zunächst nur die Königsurkunden im Auge hat.

193. Dafs die verschiedenen Bestandtheile der Königsurkunden nicht immer gleichzeitig entstanden sind, läfst sich oft schon dem graphischen Bestande der uns vorliegenden Originale entnehmen; die spätere Zufügung einzelner zeigt sich oft beim ersten Blick. Wir werden uns vor allem diese verschiedenen Bestandtheile zu vergegenwärtigen haben.

Auf die hier vor allem maßgebende Scheidung zweier Hauptbestandtheile, des Textes und des Protokoll, wurde bereits § 10 hingewiesen. Der Text enthält das königliche Zeugniß über den Einzelfall, er ist durch die besonderen Verhältnisse desselben bestimmt; er wird auch in gleichzeitig ausgestellten Urkunden ganz verschieden lauten. Im Protokoll dagegen sind die Umstände fixirt, unter denen ein königliches Zeugniß überhaupt zur betreffenden Zeit abzugeben war, ohne dafs der besondere Inhalt desselben dafür irgend in Betracht kam. An ein und demselben Tage ausgestellte Urkunden des verschiedensten Inhaltes können ein bis auf den Buchstaben übereinstimmendes Protokoll haben. Umgekehrt geben uns Neuausfertigungen unter laufendem Protokoll, vgl. § 167, zuweilen selbst Bestätigungsurkunden, vgl. § 174, Beispiele, dafs bei wörtlicher Uebereinstimmung des gesammten Textes das Protokoll ein ganz verschiedenes sein konnte.

Was zum Texte zu rechnen ist, wird danach im allgemeinen keinem Zweifel unterliegen können. Chrismon, Invokation, Name und Titel sind vom besonderen Inhalte ganz unabhängig und daher als Eingangsprotokoll vom Texte zu scheiden. Dasselbe ließe sich wenigstens überwiegend auch geltend machen für die sich in vielen Diplomen unmittelbar anschließende Promulgation oder Kundmachungsformel. Aber sehr häufig gehen ihr doch auch Bestandtheile vorher, welche nur zum Texte gerechnet werden können. So zuweilen eine Inschrift oder Adresse, welche natürlich den Einzelfall im Auge hat und der entsprechend die Promulgation, wenn diese nicht überhaupt fehlt, dann wohl gleichfalls eine dem Einzelfalle angepasste Fassung erhält. Häufiger eine Arenga, welche doch nie so allgemein gehalten ist, dafs sie für Urkunden des verschiedensten Inhaltes gleich verwendbar wäre. Aber auch wo solche vorhergehende Bestandtheile fehlen, deutet doch der nähere sprachliche Zusammenhang mit der Narratio auf Zugehörigkeit der Promulgation zum Texte, wie diese sich wenigstens zuweilen auch dadurch bestätigt, dafs zwar Invokation, Name und Titel, nicht aber die Promulgation von anderer Hand herrühren, als der folgende Text. Dafs Narratio und Dispositio dem Texte angehören, kann nicht zweifelhaft sein. Dasselbe wird aber auch von der Poena, der Strafformel zu gelten haben, da es sich bei ihr ja überwiegend nicht um eine ganz allgemein gehaltene Drohung, sondern um die Androhung bestimmter, vielfach nach der Bedeutung des Einzelfalles abgemessener Strafen handelt. Zweifelhafter kann es von jenem Gesichtspunkte aus sein, ob auch die Corroboratio, die Beglaubigungsformel, zum Texte zu rechnen sei. Nur zuweilen er-

193] scheint sie in ihrem Inhalte durch den Einzelfall in so weit beeinflusst, als das zu Beglaubigende bestimmter als *donationis* oder *confirmationis nostrae auctoritas* bezeichnet wird. Heißt es häufiger einfach *haec auctoritas* oder *hoc praeceptum*, so fehlt jede Beziehung auf die Besonderheit des Textes, während umgekehrt die Beglaubigungsformel in ihrem Hauptinhalte, Angabe der Art der Beglaubigung, in nähere Beziehung zum Protokolle tritt, diesem genauer zu entsprechen hat. Auf diese, für unsere Zwecke wichtige Frage werden spätere Untersuchungen uns zurückführen. Rechne ich die Beglaubigungsformel zum Texte, so mag dafür vorläufig der Hinweis auf den Vorgang Sickels, Acta I, 108, genügen; wenigstens für die Zeit, welche wir zunächst im Auge haben, werden sich dafür ganz bestimmte Belege ergeben.

Zeigt sich der Text in seinem ganzen Umfange durch die Besonderheit des Einzelfalles bestimmt, findet das auch im Zusammenhange der ganzen Fassung seinen Ausdruck, so wird das zweifellos die Vermuthung begründen, daß er einheitlich entstanden ist, daß wir für unsere Zwecke zwischen den verschiedenen Bestandtheilen desselben in der Regel nicht weiter zu scheiden haben werden. Wegen zufälliger Umstände mochte in einem Einzelfalle ein Text zunächst unvollendet bleiben, erst später ergänzt werden. Im allgemeinen aber fehlt jede Veranlassung zu der Vermuthung, die verschiedenen Theile des uns zunächst vorliegenden Textes dürften an verschiedenen Zeitpunkten entstanden sein. Zeigen sich trotzdem Widersprüche im Texte selbst, so werden diese darauf zurückzuführen sein, daß eine nicht mit genügender Umsicht benutzte Vorlage auf die Beurkundung einwirkte.

Ganz anders liegen diese Verhältnisse beim Protokoll. Nicht allein, daß hier nicht derselbe Grund vorliegt, es gemeinsam mit dem Texte entstanden zu denken, von dem es ja überhaupt unabhängig ist, so weit es nicht etwa, worauf wir zurückkommen, in seiner Vollständigkeit durch den Inhalt des Textes bestimmt ist. Auch für seine einzelnen Bestandtheile fehlt der engere Zusammenhang, welcher für den Text in der gemeinsamen Beziehung auf den Einzelfall und dem Ineinandergreifen der wörtlichen Fassung geboten war. Seine Haupttheile sind ganz von einander getrennt; wenigstens nach der Stellung in der Urkunde wäre zu vermuthen, daß das Eingangsprotokoll früher, das Schlusprotokoll später, als der Text entstanden sei. Aehnliches gilt aber auch von den Einzelbestandtheilen. Invokation und Bezeichnung des Herrschers im Eingange stehen, wenn nicht in sprachlichem, wenigstens in graphischem Zusammenhang. Beim Schlusprotokoll entfällt auch das. Für seine einzelnen Theile, die königliche Unterzeichnung, die Rekognition, die Datirung, finden wir besondere Zeilen; nur der Schluswunsch, die Apprektion, steht in engerem Zusammenhange mit der Datirung und wird für unsere Zwecke um so mehr als Theil der Datirung zu behandeln sein, als er wenigstens bei manchen Formen enger mit nur einem der Theile der Datirung verbunden erscheint, während diese Theile

selbst nicht einmal in graphischem Zusammenhange stehen. Als einen vierten Theil werden wir dann für unsere Zwecke auch noch die Siegelung in das Schlufsprotokoll einbeziehen können; sie steht doch wesentlich mit der schriftlichen Unterzeichnung des Königs auf gleicher Linie, stellt eine zweite beglaubigende Unterzeichnung in anderer Form dar. Nichts nöthigt uns von vornherein zu der Annahme, daß diese verschiedenen Theile zu derselben Zeit der Urkunde zugefügt seien. Aber nicht das allein. Nicht einmal der Bestand der einzelnen Zeile wird gleichzeitig entstanden sein müssen, wie die genauere Besprechung ergeben wird. So ist es bei der Zeile des königlichen Signum oft leicht erkennbar, daß derjenige, welcher die Formel des Signum schrieb, nicht auch gleichzeitig das Signum selbst, das Monogramm, zuzufüge; und in diesem war wieder das Handzeichen des Königs, der Vollziehungsstrich, jedenfalls erst dann später zuzufügen, wenn es wirklich vom Könige selbst herrührt. Das Protokoll ergibt sich also als ein mannichfach zusammengesetzter Theil der Urkunde, bei dem uns von vornherein nichts nöthigt, gleichzeitige Entstehung seiner Bestandtheile anzunehmen.

Zu Text und Protokoll kommen dann noch die Zeugen, seit es üblich wurde, diese auch in Königsurkunden zu nennen. Ich glaube, daß diese als ein dritter, besonderer Hauptbestandtheil der Urkunde zu behandeln sind. Denn wenigstens der Gesichtspunkt, den ich nach dem Vorgange Sickels als den maßgebenden für die Scheidung von Text und Protokoll hinstellte, scheint es mir nicht zu gestatten, die Zeugenführung bestimmt dem einen oder dem andern zuzuweisen. Dem Texte nicht, weil da doch häufig gar keine nähere Beziehung zum Einzelfalle besteht, Urkunden des verschiedensten Inhaltes dieselben Zeugen haben konnten, umgekehrt nach § 142 verschiedene Ausfertigungen ein und derselben Urkunde verschiedene Zeugen nennen. Näher läge es, die Zeugen zum Protokolle zu ziehen. Aber das würde doch wieder nur richtig sein, wenn alle an ein und demselben Tage gefertigten Urkunden auch mit ein und derselben Zeugenreihe zu versehen gewesen wären. Das war, worauf wir zurückkommen werden, nicht der Fall; die Zeugenreihe war eine auf die Einzelurkunde berechnete, nicht, wie das Protokoll, allen gleichzeitig gefertigten Urkunden gleichmäßig zuzufügende. Und es wird sich ergeben, daß gerade für unsere Zwecke dieser Unterschied nicht ohne Gewicht ist.

194. Nicht immer finden sich in den Königsurkunden alle genannten Bestandtheile. Die Zeugen fehlen häufig überhaupt, auch in Zeiten, wo ihre Zufügung im allgemeinen üblich ist. Vom Protokoll finden sich bald mehr, bald weniger Bestandtheile; es kann bis auf die bloße Nennung des urkundenden Herrschers zusammenschrumpfen. Dieser Umstand ist mehrfach benutzt, um die verschiedenen Arten der Königsurkunden bestimmter zu scheiden. Eine durchgreifende Scheidung derselben unterliegt großen Schwierigkeiten, zumal wenn die Scheidungsmomente für größere Zeiträume Geltung haben sollen, da der

194] Gebrauch der Kanzlei ein wechselnder war. Aber er war nicht bloß ein wechselnder, sondern auch ein schwankender; leicht finden sich Kennzeichen, welche in den meisten Fällen zutreffen, während sich dann wieder ergibt, daß sie auf einzelne Fälle nächstliegender Zeit angewandt zu unhaltbaren Ergebnissen führen würden. Ein genaueres Eingehen werden unsere Zwecke nicht erfordern. Andererseits werden einige Andeutungen um so weniger zu vermeiden sein, als mir die von Anderen versuchten Eintheilungen theils für unsere Zwecke nicht ausreichend, theils an und für sich in manchen Punkten nicht entsprechend scheinen.

Es ist einmal zu betonen die Scheidung zwischen Briefen und Privilegien. Der Hauptunterschied scheint mir darin zu suchen, daß es sich bei jenen um Verfügungen des Königs von vorübergehender, bei diesen von dauernder Bedeutung handelt, dem entsprechend jene in einfacheren, diese in feierlicheren Formen ausgestellt sind. Aber wie das Sickel Acta 1,404 für frühere Zeit bemerkt, so geht auch später in formeller Hinsicht die eine Gattung häufig in die andere über. Haben Privilegien durchweg eine die Gesamtheit anredende Promulgation, so wird man doch z. B. St. 3745, Böhmer Acta 91, welches das volle Protokoll feierlicher Diplome hat, oder die Bestätigungsurkunde Huillard 1,310 sicher nicht den Briefen zurechnen wollen, weil sie formell nur an die Empfänger gerichtet sind. Ungeeignet scheint es mir auch mit Bresslau Dipl. c. 183 alle Urkunden mit Promulgation als Privilegien von den an der Salutation kenntlichen Mandaten oder Breven zu scheiden. Das entspricht entschieden dem Sprachgebrauche nicht, wie er etwa im Regestum Friderici besonders deutlich hervortritt; die mit der Promulgation beginnenden Litterae patentes oder apertae würden demnach zu den Privilegien gehören, während sie doch auch inhaltlich sich oft aufs engste den Litterae clausae anschließen, über ein und denselben Gegenstand offene und geschlossene Briefe übereinstimmenden Wortlautes gefertigt und jene etwa dem gegeben wurden, der eine Zahlung zu erhalten hatte, während man diese dem Beamten schickte, der sie leisten sollte; und nach einigen Fällen möchte ich schließen, daß in dem geschlossenen Brief dann auch wohl die Promulgation des offenen, und umgekehrt die Salutation beibehalten wurde. Wie ich denn allerdings mit Bresslau annehmen möchte, daß der wesentliche Unterschied zwischen Litterae patentes und clausae, der für unsere Zwecke kaum ins Gewicht fällt, nur in der schon im Ausdrucke angedeuteten Verschiedenheit der Siegelung zu suchen sein wird, wenn auch überwiegend Promulgation und Ankündigung des Siegels den Text des offenen Briefes kennzeichnen.

Bei den Briefen kann von einem Protokoll nur in sehr untergeordneter Weise die Rede sein. Oft findet sich dann lediglich die Bezeichnung des Herrschers im Eingange. Denn es scheint mir nicht angemessen, mit Bresslau Kanzlei Konr. 90 die Inschrift zum Protokoll zu rechnen. Wenigstens nach dem uns maßgebenden und für unsere Zwecke

befonders beachtenswerthen Gesichtspunkte, daß das Protokoll keine Beziehung zum besonderen Inhalte der Urkunde hat, demnach auch ohne besondere Vorlage und unabhängig vom Texte geschrieben werden kann, gehört sie nicht dahin. Datirung der Briefe findet sich in der Karolingerzeit vereinzelt, vgl. Sickel Acta I, 404; später fehlt sie, so weit ich sehe, bis in die Zeiten K. Friedrichs I. fast immer und findet sich auch dann nicht regelmäfsig. Eine Urkunde von 1113, St. 3098, Böhmer Acta 72, welche wir nach Form und Inhalt zweifellos den Briefen zuzählen haben, hat die volle Datirung der Privilegien mit Appretation; es könnte das dafür sprechen, daß man eine besondere Form der Datirung für Briefe in der Reichskanzlei überhaupt nicht kannte. Denn später macht sich eine solche allerdings geltend, welche zuweilen nur den Ort, gewöhnlicher Ort und Tag, aber nicht das Jahr nennt, oder doch nur die Indiktion, welche lediglich eine Unterscheidung nächstaufeinanderfolgender Jahre gestattet, wie das durchaus der vorübergehenden Bedeutung der Briefe entspricht.

Einen immer zutreffenden formellen Haltspunkt zur Scheidung zwischen Briefen und Privilegien gibt auch das nicht. Briefe zeigen wohl vollere Datirung; umgekehrt ist auch in Privilegien zuweilen nur Tag und Ort angegeben. So wird doch zweifellos St. 4818, M. Boica 29, 474, in welchem der Kaiser *presentibus et futuris* meldet, daß er ein Kloster *perpetuo* in seinen Schutz genommen und daher *in perpetuam evidenciam* diese Urkunde habe fertigen lassen, nur als Privileg betrachtet werden können. Diese Datirung nur mit Tag und Ort findet sich sogar in Privilegien, für welche sonst nicht gerade die einfachsten Formen angewandt, welche insbesondere mit Zeugen versehen sind; so etwa Böhmer Acta 141. 169. 196. Bei Originalen wird noch die äussere Ausstattung einen Halt geben können. Wo nur der Abdruck vorliegt, scheint es mir oft nicht möglich, nach rein formellen Gründen eine Urkunde der einen oder andern Klasse zuzuweisen. Das schließt natürlich nicht aus, daß wir für unsere Zwecke uns an das halten, was wenigstens die Mehrzahl der Fälle von einander scheidet, und etwa jene dürftigsten Datirungsweisen schlechtweg als die der Briefe, die volleren, insbesondere auch das Inkarnationsjahr nennenden, als die der Privilegien bezeichnen.

195. Zu ähnlichen Ergebnissen gelangen wir, wenn wir es versuchen, Arten der Privilegien zu scheiden. Wie noch später für die päpstliche, französische und englische, vgl. Delisle Phil. Aug. lvi, dann auch für die sizilische Kanzlei, vgl. Huillard Intr. xxii., so macht sich auch für die Reichskanzlei in früheren Jahrhunderten ein Bedürfnis nach weiterer Eintheilung der Privilegien nicht geltend. Abgesehen von den Placita und anderen überhaupt in abweichender Form gefaßten Stücken ergeben sich allerdings gewisse Klassen von Privilegien, so insbesondere Freilassungen und Mundbriefe, welche sich zwar im allgemeinen der sonstigen Form der Präzepte durchaus anschließen, aber doch nicht bloß durch minder sorgfältige Ausstattung, sondern insbe-

195] sondere durch Fehlen der königlichen Unterzeichnung und ihr Ankündigung von ihnen unterscheiden; vgl. Sickel Acta 1, 192, Bresl. Dipl. c. 161. 170, Steindorff Heinr. III. 1, 410. Aber wenigstens für unsere Zwecke lassen sich solche Fälle als Ausnahme behandeln; im allgemeinen stimmen die Privilegien der ältern Zeit insbesondere darin überein, daß sie ein volles Protokoll mit allen angegebenen Theilen haben.

Das bleibt denn auch später für viele Privilegien üblich. Seit Konrad III. zeigt sich nun aber ein Unterschied in der Weise, daß man anfangs Sachen, welche früher gleichfalls in der vollen Form verbriefen zu werden pflegten, in einfacherer Form zu beurkunden, so daß vom Protokoll insbesondere Invokation, dann Signum und Rekognition fehlten. Der sich daraus ergebende Unterschied wird für diplomatische Zwecke nicht unbeachtet bleiben dürfen. Die Privilegien, bei welchen auch jetzt noch die vollere Form angewandt wird, werden mit Huillard Intr. xxiii., Breslau Dipl. c. 183, am geeignetsten als feierliche Privilegien zu bezeichnen sein. Die zweite Klasse der weniger feierlichen bezeichne ich als einfache Privilegien. Stumpf, anscheinend an der Dreitheilung der übrigen Kanzleien festhaltend, faßt diese in den offenen Briefen unter dem Ausdruck *Patentes* zusammen, wie umgekehrt Breslau die mit Promulgation versehenen Briefe den weniger feierlichen Privilegien zuzählt. Mögen da aber die Formen noch so vielfach in einander übergehen, so ist doch zweifellos mit Huillard an der Scheidung der einfachen Privilegien von den offenen Briefen festzuhalten. Der Ausdruck *Patentes* wäre überdies ganz ungeeignet, jene von den feierlichen Privilegien zu unterscheiden, da ja alle Privilegien offen sind, in dieser Richtung also überhaupt jeder Gegensatz fehlt; nur bei Briefen, wo sich der Gegensatz der *Litterae clausae* ergibt, scheint mir der Ausdruck berechtigt zu sein.

Fehlen den einfachen Privilegien Signum und Rekognition, bleiben ihnen demnach von den früher üblichen Beglaubigungsmitteln nur das Siegel, so dürfte das Aufkommen des neuen Brauches damit zusammenhängen, daß inzwischen in den Zeugen ein weiteres Beglaubigungsmittel hinzugekommen war. Die Mehrzahl der einfachen Privilegien hat den auch Zeugen und unterscheidet sich dadurch von den offenen Briefen. Aber es wird doch nicht thunlich sein, mit Huillard die Zeugen als durchgreifendes Kennzeichen der Privilegien zu behandeln, das den nach insbesondere für die Scheidung zwischen einfachen Privilegien und offenen Briefen maßgebend sein würde. Es finden sich viele Diplome ohne Zeugen, welche nach Inhalt, wie nach der auf dauernde Bedeutung berechneten Form sich anderen mit Zeugen versehenen aufs engste anschließen, welche man demnach doch zweifellos nicht den Briefen zuzählen dürfen. Noch deutlicher tritt das dadurch hervor, daß nicht gerade selten auch Diplome mit dem vollen Protokoll feierlicher Privilegien der Zeugen entbehren. Wollte man an den Zeugen als maß-

bendem Scheidungsmomente festhalten, so müßte man meiner Ansicht nach vier Klassen von Privilegien annehmen, feierliche mit und ohne, und ebenso einfache mit und ohne Zeugen, von welchen sich doch auch die letzteren noch in den meisten Fällen durch die auf dauernde Bedeutung berechnete Fassung des Textes, wie durch vollständigere Datirung von offenen Briefen unterscheiden würden, während in Einzelfällen allerdings die äusseren Kennzeichen eine sichere Einreihung hiehin oder dorthin kaum gestatten würden.

Für unsere Zwecke wird es durchweg genügen, feierliche und einfache Privilegien zu scheiden, wofür uns zunächst das vollere oder einfachere Protokoll maßgebend ist, ohne daß es hier nöthig wäre, darauf einzugehen, in wie weit dem auch eine verschiedene Gestaltung des Textes entspricht. Da wir die Zeugen nicht als Bestandtheil des Protokolls betrachten, da das Eingangsprotokoll für uns weniger ins Gewicht fällt, da die Apprektion kein sicheres Kennzeichen ist, weil sie in feierlichen Privilegien fehlen und in einfachen vorkommen kann, überhaupt sehr willkürlich behandelt wird, so werden wir Vorhandensein oder Fehlen von Signum und Rekognition als Hauptscheidungszeichen betrachten dürfen. Je vollständiger alle Theile des Protokoll vorhanden sind, um so größer wird auch nach dem § 193 Bemerkten die Möglichkeit, daß dasselbe an mehreren verschiedenen Zeitpunkten entstanden ist. Gestatten sich die zu beachtenden Verhältnisse bei einfachen Privilegien und Briefen ungleich einfacher, so werden wir in erster Reihe immer die feierlichen Privilegien zu beachten haben.

196. Unsere nächste Hauptaufgabe ist nun die, uns die verschiedenen Stufen der Beurkundung in ihrer zeitlichen Aufeinanderfolge zu vergegenwärtigen, um danach ermessen zu können, in wie weit überhaupt die in den einzelnen Bestandtheilen der Urkunde enthaltenen Angaben sich auf verschiedene Zeitpunkte beziehen können; dann weiter den Zeitpunkt genauer festzustellen, auf den sich insbesondere die Datirung bezieht, um so eine Grundlage für die Beurtheilung der anscheinenden Widersprüche zu gewinnen, welche sich aus diesen Verhältnissen ergeben können.

Die Nachrichten, welche sich in den Werken der Geschichtschreiber und in anderen Quellen über die Art und Weise der Beurkundung erhalten haben, sind sehr dürftig, für unsere Zwecke durchaus unzureichend. Zur Beurkundung selbst gehörende vorbereitende Schriftstücke, welche uns einen unmittelbaren Einblick in das Vorgehen gestatten würden, haben sich erst aus einer spätern Zeit erhalten, als die, welche wir bei unsern Untersuchungen zunächst im Auge haben; sie werden natürlich nur mit großer Behutsamkeit für die Beurtheilung der entsprechenden Verhältnisse früherer Zeit zu benutzen sein. Für diese sind wir in erster Reihe auf die Urkunden selbst hingewiesen.

In der Urkunde liegt uns nun freilich nur das Endergebnis der gesammten Beurkundung vor. Aber sie gestattet doch manchen Rück-

100] schluß auf die verschiedenen Stufen. Zum Theil weist sie auf diese in ihrem Texte ausdrücklich hin. Wir finden insbesondere die Punkte betont, an welchen der König selbst in die Beurkundung eingriff oder doch eingreifen konnte. Der König sagt zunächst, daß er die Anfertigung einer Urkunde befohlen habe. Er sagt dann weiter, daß er die auf diesen Befehl hin gefertigte Urkunde unterzeichnet und ihre weitere Vollziehung befohlen habe. Endlich bemerkt er wenigstens zuweilen, vgl. § 73, daß er die vollzogene Urkunde auch selbst der Partei übergeben habe.

Aber auch in anderer Weise gestattet uns die Urkunde manchen Rückschluß auf die Folge der einzelnen Akte der Beurkundung. Auch dann, wenn die Urkunde in ihrem gesammten graphischen Bestande als einheitlich gefertigt erscheint, wird zu beachten sein, daß wenigstens im allgemeinen die Anordnung ihrer verschiedenen Bestandtheile nicht eine wechselnde, sondern festbestimmte ist. Daß diese Anordnung sich rein zufällig so gestaltet habe, wird kaum anzunehmen sein. Es muß doch von vornherein wahrscheinlich sein, daß die in der Urkunde vorgehenden Bestandtheile auf einer früheren Stufe vorhanden waren, als die nachfolgenden. Es wird schwerlich bloßer Zufall sein, daß in der Königsurkunde etwa die Zeugen regelmäßig dem Texte folgen, dem Schlußprotokolle vorangehen, daß in diesem letztern wieder nicht etwa die Rekognition, sondern die Datirung regelmäßig die letzte Stelle einnimmt. Es wird das um so beachtenswerther sein, als wir in Notariatsinstrumenten und Privaturkunden, bei denen der Gang der Beurkundung zweifellos vielfach verschieden war, häufig ganz anderer Anordnung begegnen, etwa Datirung und Zeugen dem Texte vorhergehen oder in demselben ihre Stelle finden, dagegen die Beglaubigungsformel des Ausstellers oder die der Rekognition zu vergleichende Unterschrift des Notar das Ganze schließt.

Diese Vermuthung gewinnt nun eine festere Stütze dadurch, daß nicht selten der graphische Bestand der uns vorliegenden Originale bestimmt auf ein solches Verhältniß hinweist, indem einzelne Bestandtheile und zwar gerade solche, bei welchen auch die Anordnung auf eine spätere Aufügung hindeutet, von anderer Hand oder mit anderer Tinte geschrieben erscheinen. So etwa das gesammte Schlußprotokoll, oder auch nur die Datirung, oder doch die genaueren Angaben derselben. In andern Fällen fehlen solche Bestandtheile wohl überhaupt, während doch nicht zweifelhaft sein kann, daß ihre nachträgliche Aufügung beabsichtigt war, die dann nur aus Versehen unterblieben sein wird. Solche Fälle lassen wohl nur die Vermuthung zu, daß zu der Zeit, als der räumliche Bestand oder der überhaupt vorhandene Theil der Urkunde gefertigt wurde, die übrigen Bestandtheile noch nicht eingelegt werden konnten, weil die Urkunde sich erst durch eine spätere Stufe der Beurkundung, z. B. durch die Rekognition, oder durch die sonstige Aufügung dem vollständigen, die ganze Beurkundung abschließenden Zustand haben mußte.

197. Nach solchen Haltpunkten wird sich nun immerhin die Regel für das Vorgehen bei der Beurkundung mit ziemlicher Sicherheit aufstellen lassen. Aber damit würden wir doch nur den leichteren Theil unserer Aufgabe gelöst haben. Die so gefundene Regel würde zur Beurtheilung aller Einzelfälle so wenig genügen, als etwa die früher gefundene Regel, daß in Königsurkunden Datirung und Zeugen sich auf die Beurkundung beziehen, sich dazu als ausreichend erwies. Wir werden sehr häufig zwischen dem regelrechten und thatfächlichen Gange der Beurkundung zu scheiden haben.

Betrachten wir als regelrecht den Gang, auf den uns die Angaben und die Anordnung der Urkunden hinweisen, so wird nicht zu bezweifeln sein, daß in der Zeit, in welcher die bezüglichen Formeln und die übliche Anordnung sich zuerst feststellten, regelrechter und thatfächlicher Gang zusammenfielen. Nun wurde aber bereits § 29 betont, wie man in solchen Dingen häufig an dem bisher Ueblichen auch dann noch festhielt, als es dem thatfächlichen Hergange nicht mehr entsprach. Bedenken wir nun, daß die bezügliche Gestaltung der deutschen Königsurkunde, welche erst im zwölften Jahrhunderte wesentliche Aenderungen erfuhr, bis auf die früheren Karolingerzeiten zurückreicht und selbst da schon mannichfach durch älteren Brauch beeinflusst war, so wird doch sehr zu erwägen sein, ob wir annehmen dürfen, daß trotzdem Form und thatfächlicher Hergang sich auch später noch genau entsprachen. Sagt der König, daß er die Urkunde eigenhändig unterzeichnet habe, so ist das ursprünglich gewiß auch thatfächlich immer der Fall gewesen, und es folgt dann, daß die Urkunde dem Könige in Reinschrift vorgelegt werden mußte. Es wäre nun doch wenigstens denkbar, daß sich der Gang später vereinfachte, der König nach ertheiltem Beurkundungsbefehle oder auch etwa nach Prüfung des Konzeptes überhaupt nicht mehr persönlich eingriff, man aber trotz des dadurch wesentlich geänderten Ganges der Beurkundung die gewohnte Formel fortschrieb. Wir werden die Annahme später genauer begründen, daß das Datum sich ursprünglich auf die Uebergabe der Urkunde an die Partei, also auf den letzten Akt bezog, demnach bei genauem Vorgehen erst dann zugefügt werden konnte, wenn dieser unmittelbar bevorstand; daraus erklärt sich natürlich leicht die Stellung der Datirungszeile am Ende. Nun ist doch auch da wieder denkbar, daß im Laufe der Zeit jene ursprüngliche Beziehung in der Regel nicht beachtet, ein anderer Zeitpunkt für die Datirung maßgebend wurde, man aber trotzdem an Ausdruck und Stellung festhielt.

Die sich in dieser Richtung bietenden Schwierigkeiten würden groß genug sein, wenn da auch nur eine stätig fortschreitende Aenderung des Brauches zu beachten wäre. Es kann da aber noch ein anderes eingreifen. Der wenigstens für frühere Zeiten als regelrecht zu betrachtende Gang der Beurkundung ergibt sich als ein ziemlich umständlicher, manche Unbequemlichkeiten mit sich bringender. Sollte das im Laufe

197] der Zeit zu einer Vereinfachung des Vorgehens geführt haben, so mußte diese nicht gerade eine gleichmäßig fortschreitende sein. Je nach der größern oder geringern Wichtigkeit des Falles oder nach den besonderen Umständen, unter denen die Beurkundung erfolgte, mag man sich bald noch an die Regel gehalten, bald von ihr abgesehen haben. War etwa eine feierliche Uebergabe durch den König beabsichtigt, so mag man auch die ursprüngliche Bedeutung der Datirung berücksichtigt, sie erst beim feierlichen Schlusssakte zugefügt haben, auch wenn man sich vielleicht bei der Masse der Fälle schon daran gewöhnt hatte, von der unbequemen späteren Zufügung abzusehen, sie nach irgendwelchem früheren Zeitpunkte zu bestimmen. War der Kanzler ohnehin anwesend, so mag er auch später minder wichtige Stücke noch selbst geprüft haben und man mag dann die Rekognitionsformel vielleicht erst nach der Prüfung zugefügt haben; war er abwesend, wußte man ohnehin, daß er thatsächlich nicht prüfen werde, so fehlte selbst bei wichtigen Sachen der Grund, die Formel nicht sogleich zuzuschreiben.

Sollten sich derartige Vermuthungen bestätigen, so ergibt sich zugleich, daß es dann nicht etwa genügt, nur zwischen vereinfachtem Vorgehen einerseits, und umständlicherem, regelrechten andererseits zu scheiden. Je nach der Sachlage konnte bei diesen Bestandtheilen das eine, bei jenen das andere Platz greifen. Man mochte in dem letzterwähnten Falle etwa die Rekognitionszeile dem thatsächlichen Hergange entsprechend erst später zufügen, während man, weil eine feierliche Uebergabe nicht in Aussicht stand, keinen Anstand genommen hatte, sogleich eine irgendwelchem früheren Zeitpunkte entsprechende Datirung zuzuschreiben. Und wurde in solchen Dingen überhaupt einmal die Regel nicht mehr in allen Fällen eingehalten, so konnte die mannichfachste Willkür eingreifen.

Wir haben zunächst nur Möglichkeiten hingestellt, welche solchen, welche sich an die Annahme eines möglichst regelrechten Vorgehens der Kanzlei gewöhnt haben, vielleicht von vornherein als nicht beachtenswerth erscheinen werden. Daß aber derartiges eingegriffen haben müsse, wird sich bei genauerer Erwägung nicht wohl bestreiten lassen, da manche Erscheinungen sonst durchaus unerklärlich sein würden. Es gibt Urkunden, bei welchen die graphischen Unterschiede deutlich erkennen lassen, daß sie wirklich in der den Ausdrücken der Urkunde entsprechenden Weise an verschiedenen Zeitpunkten entstanden sind. Daneben wieder andere, welche vom ersten bis zum letzten Buchstaben, mit Einschluss des Vollziehungsstriches, der Rekognition und der genauesten Angaben der Datirungszeile in einem Zuge gefertigt sind, was gar nicht möglich sein würde, wenn der den Ausdrücken der Urkunde entsprechende regelrechte Gang eingehalten worden wäre. Es ergibt sich aber weiter bald, daß die Haltpunkte, welche wir für die Bestimmung der Zeitfolge der Entstehung der einzelnen Bestandtheile geltend

machen, keineswegs immer zu gleichmässigen Ergebnissen führen, das sie sich vielfach kreuzen. In der einen Urkunde ergibt sich etwa das Siegel als zuletzt aufgedrückt, weil es Theile der Schlusformeln bedeckt; in einer andern muß es vor diesen vorhanden gewesen sein, weil der Schreiber ihm auszuweichen hatte. In der einen Urkunde fehlt noch dieser Bestandtheil, während jener bereits vorhanden ist; in einer andern ist das Umgekehrte der Fall. Dafs Möglichkeiten, wie wir sie betonten, wirklich eingegriffen haben, wird danach im allgemeinen gar nicht zu bezweifeln sein.

Dann aber bedarf es auch keines weitem Hinweises, mit welchen Schwierigkeiten die Lösung der hier sich bietenden Fragen zu kämpfen hat. Manche Fragen, welche ich aufwerfe, sind bisher kaum berührt worden. Manche werden nur nach umfassendster und sorgfältigster Durchprüfung der erhaltenen Originale zu beantworten sein. Konnte ich in dieser Richtung nur ein beschränktes Material und auch dieses zum Theil nur oberflächlich benutzen, vgl. § 35. 181, kann es sich demnach für mich lediglich darum handeln, die spätere Lösung anzubahnen, so hat mich das von Untersuchungen nicht abhalten können, welche ich auch unter solchen Verhältnissen glaube für nicht werthlos halten zu dürfen. Den Werth eines vorläufigen Versuches sehe ich hier vor allem darin, das die Umstände schärfer betont werden, von deren genauere Prüfung meiner Ansicht nach die schliessliche Lösung abhängig zu machen sein wird. Bei manchen wichtigen Vorfragen mußte ich mich vorläufig mit mehr oder weniger begründeten Vermuthungen begnügen. Es ist möglich, das dieser oder jener Brauch früher aufkam oder später aufhörte, als mein Material zu ergeben schien, das Fälle, welche ich als Ausnahme betrachte, thatsächlich die häufiger vorkommenden waren. Deshalb werden aber die von solchen Annahmen ausgehenden Untersuchungen keineswegs nutzlos sein müssen. Ist nur überhaupt einmal bestimmter auf die Aenderungen hingewiesen, welche das Aufkommen oder Aufhören dieses oder jenes Brauches zur Folge haben konnte, so wird die Richtigstellung auf Grundlage berichteter Beantwortung der Vorfrage nicht gerade schwer sein, während der andern Einfluß, den solche Dinge auf den Gang der Beurkundung ausüben konnten, sich möglicherweise noch länger der Beachtung überhaupt entzogen haben würde, wenn die Fragestellung überhaupt unterblieben wäre, weil für genügende Beantwortung das Material nicht ausreichte. Zu bezüglichen Erfahrungen hatte ich selbst während der Arbeit genugsame Gelegenheit. Ich weiß, wie lange ich mich mit diesen Dingen beschäftigte, ehe ich dazu gelangte, mir Fragen aufzuwerfen, wie etwa die, ob nicht etwa zwischen einem auf Grundlage des Konzeptes und einem auf Grundlage der Reinschrift ertheilten königlichen Vollziehungsbefehle, zwischen ursprünglichem und nachträglich ergänzten Konzepten zu scheiden sei, Fragen, von denen ich doch glaube annehmen zu müssen, das ihre Beachtung von größter Bedeutung ist.

197] Dafs ich dabei überall fogleich die ausschlaggebenden Punkte richtig erkannt habe, ist natürlich nicht anzunehmen. Aber ich würde die auf diese Untersuchungen verwandte Muhe schon dann als keine verlorne betrachten, wenn auch nur das allgemeinste Ergebnifs derselben als begründet anerkannt würde, die Behauptung, dafs sich aus dem Vorgehen bei der Beurkundung die verschiedensten anscheinenden Widersprüche ergeben konnten.

Vor allem glaube ich dann gerade für diese Untersuchungen Gewicht darauf legen zu müssen, dafs sie, wenn auch mit weniger vollständigem Material, doch fogleich auf einen längeren Zeitraum ausgedehnt wurden. Nicht blos, weil uns in späterer Zeit manche Hilfsmittel zur unmittelbaren Einsicht in den Gang der Beurkundung zu Gebote stehen, welche in früherer überhaupt fehlen. Nicht selten ist doch auch der Fall, dafs Aenderungen des thatsächlichen Herganges, welche zunächst in den Formen überhaupt nicht, oder nur in ungenügender Weise zum Ausdrucke gelangen, welche wir vielleicht vermuthen, ohne sie erweisen zu können, sich endlich im Laufe der Zeit auch in entsprechender Umgestaltung der Formen kennzeichnen, welche uns dann oft die bestimmtesten Rückschlüsse auf den thatsächlichen Hergang in viel früherer Zeit erlaubt.

Ich werde es nun versuchen, die verschiedenen Stufen der Beurkundung mit besonderer Rücksicht auf ihre Zeitfolge zu besprechen, festzustellen, was dafür im allgemeinen oder für bestimmte Zeiten als Regel zu betrachten ist und wie weit sich Ausnahmen von dieser geltend zu machen scheinen; weiter nachzuweisen, wie sich aus diesen Verhältnissen anscheinende Widersprüche ergeben konnten. Wird uns das schon nach der Anordnung der Urkunden selbst erst zuletzt auf den für uns wichtigsten Bestandtheil, auf die Datirung, führen, so wird es sich auch aus anderem Grunde empfehlen, die Frage, welchem Stadium der Beurkundung diese entsprechen sollte, zunächst als eine offene zu behandeln. Erst dann, wenn die anderen Bestandtheile besprochen und damit die Zeitpunkte festgestellt sein werden, auf welche sich die Datirung möglicherweise beziehen konnte, werden wir für die Beantwortung jener Hauptfrage eine ausreichende Grundlage gewonnen haben. Das muß denn nicht gerade ausschliessen, dafs wir diesen oder jenen für dieselbe zu beachtenden Umstand fogleich zu erledigen suchen, wenn uns die Besprechung anderer Bestandtheile ohnehin auf denselben führt. Und wird sich dabei nicht vermeiden lassen, wenigstens versuchsweise schon eine bestimmtere Beziehung der Datirung anzunehmen, so werden wir vorläufig etwa davon ausgehen können, dafs nach früher Bemerktem schon die Stellung der Datirung am Ende der gesammten Beurkundung ein beachtenswerther Fingerzeig dafür zu sein scheint, dafs sie sich auf einen der letzten Akte derselben bezieht.

BEURKUNDUNGSBEFEHL.

198. Von der Bitte um Beurkundung, wenn diese auch nicht selten erst länger nach der Handlung erfolgte, und etwaigen Vorverhandlungen können wir für unsere Zwecke absehen. Allerdings konnten während der letztern schon Schriftstücke entstehen, welche für die Fassung der Urkunde selbst maßgebend wurden; was aber darüber zu bemerken ist, wird sich in Verbindung mit den Konzepten besprechen lassen. Als Beginn der Beurkundung selbst haben wir den Befehl des Königs zu betrachten, daß eine Urkunde dieses oder jenes Inhaltes angefertigt werden solle, welchen wir zur Unterscheidung von dem später zu besprechenden Fertigungsbefehle als *Beurkundungsbefehl* bezeichnen können.

In den Diplomen erwähnt der König sehr häufig, daß er die Anfertigung der Urkunde befohlen habe; es heißt etwa: *unde hoc praesens preceptum fieri iussimus*. Näheres über Art und Weise des Befehls wird aber in der Urkunde in der Regel nicht angegeben. Auch die sonstigen Nachrichten aus früherer Zeit sind sehr vereinzelt. Es mag sich daher empfehlen, zunächst einige spätere Zeugnisse ins Auge zu fassen.

Bestimmtere Einsicht gewährt uns da zuerst das Regest K. Friedrichs II. Wenn dieses nur sizilische Angelegenheiten betrifft, weiter keine Diplome, sondern nur Briefe enthält, so wird es uns doch in Ermangelung eines anderen älteren Hilfsmittels dieser Art für manche einschlagende Fragen als nächster Anhaltspunkt dienen können. Ob ein anderes, angeblich verwandtes Denkmal dieser Zeit, welches Arndt aufgefunden haben soll, dazu geeigneter ist, weiß ich freilich nicht, da es mir nicht gelang, Näheres darüber in Erfahrung zu bringen.

Im Regest wird regelmäßig angegeben, auf wessen Befehl und von wem das Mandat geschrieben sei. Am häufigsten sind die Fälle, wonach der Kaiser nicht unmittelbar, sondern durch eine Mittelsperson den Befehl erteilt; es heißt etwa *de mandato imperiali facto per (Petrum de Vineam) oder mandante domino imperatore per (P. de V.) scripsit (Petrus de Capua)*. Als Vermittler erscheinen sieben Personen, einige, wie Petrus de Vineam, Thaddeus de Sueffa, sehr häufig, andere nur vereinzelt. Ueberwiegend sind es Rechtskundige, Großhofrichter und Notare; daneben aber auch Laien, wie Graf Thomas von Acerra, der Kämmerer Johann der Mohr, der Marschall Rao de Trentenaria, vereinzelt der Kapitän Andreas de Cicala. Zuweilen werden zwei, vereinzelt, Huillard 5,924, auch drei genannt, welche den Befehl übermitteln. Es sind zweifellos die Personen, welche damals die sizilischen Regierungsgeschäfte leiteten, mit welchen der Kaiser die bezügliche Angelegenheit verhandelt hatte und denen er dann die Ausführung überließ. Als Schreiber zähle ich vierzehn Notare, welche zu jenen höheren Regierungsbeamten nicht gerade in bestimmter Beziehung stehen, deren Aus-

196] wahl denselben aber doch wohl freigestellt war, da einzelne besonders häufig auf Befehl eines von jenen schreiben; so scheint Petrus de Vinea vorzugsweise den Petrus de Capua beauftragt zu haben. Eine scharfe Scheidung beider Klassen scheint nicht bestanden zu haben. Während der Zeit, welche das Regest umfasst, ist Wilhelm von Tocco in die höhere Klasse vorgerückt. Bis 1240 März 28 schreibt er auf Befehl Anderer; von März 29 an erscheint er mehrfach als Vermittler des Befehls, während er dann freilich auch später noch nicht bloß auf unmittelbaren Befehl des Kaisers, sondern auch des Peter de Vinea und des Thaddeus schreibt, Huill. 5,915. 919. 942. 978. Es scheint, daß etwa die Jüngerer der unteren Klasse auch für die Älteren der oberen schrieben. Vereinzelt, H. 5,565, finden wir auch den Walter de Odra, den späteren Kanzler des Königreichs Sizilien, unter den schreibenden Notaren. Bloße Reinschreiber haben wir in diesen schwerlich zu sehen. Wie der Befehlende für den Inhalt, so wird der als Schreiber Genannte für die Fassung verantwortlich gewesen sein. Es ist möglich, daß sie nach Fertigstellung der Konzepte, welche, worauf ich später zurückkomme, dem Registrator zunächst vorgelegt zu haben scheinen, zuweilen auch sogleich die Reinschriften fertigten. Daß sie aber auch in Fällen, wo ganze Reihen gleichlautender Schreiben an verschiedene Personen gefertigt wurden, während doch auch da meistens nur ein Schreiber genannt ist, den bloßen Abschreiber gemacht hätten, ist gewiß ganz unwahrscheinlich. Jedenfalls haben wir anzunehmen, daß sie nicht lediglich Abschreiber waren, daß die Konzipierung des Schreibens zunächst ihre Sache war, nicht etwa der Mittelsperson.

Das ergibt sich insbesondere auch daraus, daß in einer nicht unbedeutenden Zahl von Fällen eine Mittelsperson gar nicht genannt ist; es wird geschrieben *de imperiali mandato*, auf unmittelbaren kaiserlichen Befehl. Auch dann sind die Schreiber überwiegend dieselben, welche sonst als solche genannt werden. Ein Unterschied zeigt sich nur darin, daß auf unmittelbaren Befehl des Kaisers auch wohl solche schreiben, welche, wie Petrus de Vinea, Roger de Petrasturmina, Roger de Camera, sonst nur den Befehl zum Schreiben geben.

Endlich wird nun aber bei einer nicht geringen Zahl von Stücken ein kaiserlicher Befehl nicht erwähnt, obwohl sie im Namen des Kaisers ausgefertigt sind; es heißt einfach *de mandato facto per P. de Vinea* oder *de mandato iudicis Taddei scripsit N.* Man könnte annehmen, das sei Willkür des Registrator, der das kaiserliche Mandat als selbstverständlich nicht erwähnte. Aber dann hätte es doch wohl am nächsten gelegen, es überhaupt nie zu erwähnen, wo es sich nicht um unmittelbaren kaiserlichen Befehl handelte, obwohl in solchen Dingen auch sonst im Regeste größere Gleichförmigkeit sich nicht eingehalten zeigt. Dieses Verhältniß könnte daher auch daran denken lassen, daß nicht jedes im Namen des Kaisers gefertigte Schriftstück einen ausdrücklichen Befehl desselben im Einzelfalle erforderte, daß es den an der Führung

der Geschäfte beteiligten Personen unter gewissen Voraussetzungen gestattet war, Mandate im Namen des Kaisers fertigen zu lassen. In dieser Richtung muß es auch abgesehen von jenem Unterschiede im Regest auffallen, daß die am Hofe befindlichen Beamten fast nie in eigenem Namen urkunden, daß selbst Sachen, für welche der übliche Geschäftsgang maßgebend war, wie etwa Ladungen und Exekutionsmandate des Großhofgerichtes, im Namen des Kaisers verbrieft sind, von welchen doch schwerlich anzunehmen ist, daß sie überhaupt zur Kenntniß des Kaisers kamen. Freilich kann dann wieder auffallen, daß, wenn eine solche Scheidung überhaupt bestand, der Kaiser sich doch nach Ausweis des Regest so überwiegend auch bei verhältnismäßig geringfügigen Angelegenheiten persönlich beteiligt haben sollte.

In den Urkunden selbst tritt dieses Verhältniß nur in solchen Privilegien K. Friedrichs II., welche nach sizilischem Brauche gefertigt sind, dann ebenso in Privilegien K. Konrads IV. und K. Manfreds in der Weise hervor, daß es in der Beglaubigungsformel heißt: *presens privilegium per manus N. notarii et fidelis nostri scribi iussimus*; oder in ungewöhnlicher Weise sagt 1251, Böhmer Acta 292, am Schlusse der Notar selbst, daß er das Privileg *de mandato domini regis* geschrieben, habe. Ob wir nach diesen Formeln anzunehmen haben, daß bei Privilegien der kaiserliche Befehl unmittelbar an den ausführenden Notar ging, mag dahingestellt bleiben; sie würden doch auch bei vermitteltem Befehl nicht gerade unzulässig sein. In einigen Diplomen von 1245 und 1246, Huillard, 6, 313. 329. 340, Ficker Forsch. 4, 413, findet sich der abgekürzte Name Philippus am Ende der Urkunde ohne jede weitere Bemerkung zugefügt; das findet sich ebenso schon 1237 in dem Original von Reg. Fr. 907, wo der Name anscheinend von anderer Hand, wohl jedenfalls nicht gleichzeitig mit dem Texte zugeschrieben erscheint; er bezeichnet demnach zweifellos nicht den bloßen Reinschreiber.

199. Im vierzehnten Jahrhunderte finden wir dann ähnliche Notizen unter K. Karl IV. nicht bloß in dem erhaltenen Theile seiner Regesten, sondern sie sind sehr häufig auch in die Ausfertigungen übernommen. Nach dem Regest bei Glasfey Anecdota, wie nach einer Reihe von Notizen, welche mir mein Kollege Huber zur Verfügung stellte, ist die weitaus am häufigsten vorkommende Form *per dominum imperatorem* oder *per d. cancellarium* oder etwa *per d. magistrum curie N. notarium*. Zweifellos werden sich diese Notizen auf den Beurkundungsbefehl beziehen und zu ergänzen seien: *ad mandatum factum per N.* Denn sichtlich gleichbedeutend heißt es auch *de mandato*, *ad mandatum*, *relationem* oder *commissionem d. imperatoris* oder *d. cancellarii*; oder auch *d. imperator precepit ita fieri, ita commisit, per d. imperatorem ipsius voce* oder *ad relationem d. imperatoris vive vocis oraculo factam*. Der Befehl wird auch hier von sehr verschiedenen Personen gegeben, welche wir als Räte des Kaisers zu betrachten haben werden.

199] Auffallen kann dabei im Vergleiche mit dem Regest K. Friedrichs II., daß hier nur selten Uebermittlung des kaiserlichen Befehls durch einen Anderen erwähnt wird; es ist Ausnahme, wenn es heißt *per d. regem ad mandatum cancellarii* oder *ad mandatum d. imperatoris et commissionem d. cancellarii*. Da das, was im Regest K. Friedrichs Ausnahme ist, hier als Regel erscheint, so wird kaum anzunehmen sein, daß es sich dabei um dauernde Vollmachten handelte. Es wird durchweg an einen vermittelten Befehl des Kaisers für den Einzelfall zu denken sein, wie das schon der mehrfach vorkommende Ausdruck *ad relationem* nahe legt und bestimmt hervortritt, wenn es heißt: *ad relationem H. commendatoris, cui commissioni, dum a cesare fieret, se Olomucensis episcopus interfuisse dicebat; per d. cancellarium, qui relationem a d. archiepiscopo Magdeburgensi recepit; oder ex relatione T. de Colditz et insinuacione P. Faur. cancell.* Der Geschäftsgang dürfte in der Regel der gewesen sein, daß die einzelnen Sachen im kaiserlichen Rathe verhandelt und nach Genehmigung des Kaisers die weitere Ausführung demjenigen der Räte überlassen blieb, um dessen Geschäftskreis es sich zunächst handelte. Vereinzelt wird des Rathes ausdrücklich gedacht; so Böhmer C. M. Francf. 698: *per d. imperatorem et ex deliberatione consilii*; oder 1407, Chmel Reg. Rup. S. 226: *per d. F. mag. curie et consilium*; ähnlich in der das Hofgericht betreffenden Urkunde Reg. Kar. IV. 4565: *ad mandatum d. magistri curie et iudicii*. Aus der Zeit K. Heinrichs VII. haben wir Protokolle über die Verhandlungen des täglich beim Kaiser versammelten Rathes; doch ergibt sich daraus kaum bestimmteres über dieses Verhältniß, wenn nicht etwa das *per relationem d. Symonis Philippi* und das *expedita per comitem de Claromonte*, Acta Henr. I, 61. 71., darauf zu beziehen ist. Für denjenigen, der den Beurkundungsbefehl ausführte, konnte es in der Regel genügen, wenn er seinen unmittelbaren Auftraggeber kenntlich machte, da er persönlich dadurch genügend gedeckt erschien. Daß dieses Verhältniß mißbraucht werden konnte, ergibt der von Rieger in den Sitzungsber. 76, 493 mitgetheilte Fall aus der Zeit K. Sigismunds, bei welchem der Kanzler und Konrad von Weinsberg ohne Wissen des Königs eine Urkunde fertigen ließen. Doch möchte ich nicht bezweifeln, daß es auch Sachen gab, welche kraft dauernder Vollmacht bekundet wurden, ohne daß es eines königlichen Befehles für den Einzelfall bedurfte. So heißt es in Urkunde von 1323, Verci Marca Trivig. 9, 31, durch welche K. Ludwig seinem Vikar in Italien, dem Grafen Berthold von Marstetten, verschiedene Befugnisse ertheilt: *iniungentes ex nunc cancellario nostro sub debito fidelitatis, ut concessiones, infeudationes, confirmationes, institutiones seu destitutiones, placita seu conventiones, contractus, renovationes privilegiorum seu privilegia per ipsum acta, data et concessa, postquam ei per litteras et sigillum antedicti comitis presentata et insinuata fuerint, in formam publicam redigantur et sigillo maiestatis regie roborentur.*

Die zweite in den Urkunden K. Karls genannte Person, überwiegend ein Notar, entspricht dann der im Regest K. Friedrichs bestimmter als Schreiber bezeichneten. Und darunter werden wir auch hier gewiss nicht gerade den Reinschreiber, kaum auch nur immer den Konzipisten zu verstehen haben. Denn überaus häufig heisst es *per d. imperatorem cancellarius*, vereinzelt Glafey 207 sogar *per d. Jescanem de Wessel cancellarius*. Danach wird in dieser zweiten Person wohl nicht gerade immer die zu sehen sein, welche den Befehl ausführte, sondern zunächst die, welche für die Ausführung einstand, wie die erstgenannte für den Befehl. Und das scheint sich dann nur auf die einzelne Ausfertigung bezogen zu haben; so werden bei der lateinischen und der deutschen Fassung von Reg. 2621 und beiden beiden Ausfertigungen von Reg. 5158 verschiedene ausfertigende Personen genannt; bei den beiden Ausfertigungen von Reg. 2622 aber sind beide Personen verschieden; es heisst das einmal *per d. imperatorem cancellarius*, das anderemal *per d. cancellarium N. de Chremsir*.

Ueber ähnliche Kanzleinotizen in den Urkunden Herzog Rudolfs IV. von Oesterreich hat Kürschner im Archiv für österr. Gesch. 49, 63 eingehend gehandelt. Die ausfertigende Person wird hier nicht genannt; es heisst einfach *dominus dux* oder *cancellarius*; auch wenn es etwa heisst *d. dux per cancellarium* oder *marschalcus per S. notarium suum*, so ist dabei nicht an die Ausfertigung, sondern an eine Mittelsperson zu denken, wie insbesondere wohl das mehrfach vorkommende *d. dux per se* ergibt. Ist Kürschner geneigt, jene Notizen auf die Männer zu beziehen, auf deren Anregung die Ausstellung der Urkunden erfolgte, was sich also der früheren Nennung der Intervenienten nähern würde, so möchte ich doch auch hier annehmen, dass man zunächst die Person im Auge hatte, welche unmittelbar den Beurkundungsbefehl erteilte; das dürfte dann allerdings überwiegend dieselbe gewesen sein, welche vorher um die Urkunde eingefschritten war.

200. Wenden wir uns zu den älteren Königsurkunden, so mag zunächst erwähnt werden, dass sich in den Urkunden der Longobardenkönige, wie in denen der Herzoge von Spoleto und Benevent regelmässig Angaben über den Beurkundungsbefehl befinden, und dass diese auffallend genau mit dem übereinstimmen, was sich vorhin für viel spätere Zeiten ergab. Zuweilen sagt der schreibende Notar, dass er *ex inssione* oder *ex dicto* des Königs oder Herzogs schreibe. Ganz überwiegend wird aber noch eine vermittelnde höhere Kanzleiperson erwähnt. So *ex dicto d. regis per N. referendarium* oder *notarium scripsi ego A. notarius*. Scheint das nur auf Uebermittlung des Befehls zu deuten, so ist in andern Formeln von einem Dictare der Mittelsperson die Rede; es heisst etwa *ex dicto d. regis et ex dictato N. notarii scripsi ego A. notarius* oder *ex inssione potestatis dictavi ego N. referendarius tibi A. notario ad scribendum*. Danach würde anzunehmen sein, dass wenigstens in diesen Fällen die Fassung der Urkunde nicht

200] Sache des Schreibers war. Doch möchte wohl genauer zu untersuchen sein, in wie weit in diesen Formeln *dictum*, welches jedenfalls den Befehl bezeichnet, und *dictatum* bestimmt auseinandergehalten wurden, oder auch in den uns vorliegenden Texten genauer auseinandergehalten sind. Denn es muß doch befremden, wenn eine Urkunde *ex iussu et dictatu* des Herzogs selbst geschrieben sein soll, Troya Cod. Long. 4,96, während dann wieder häufig vom *dictum* die Rede ist, wo wir *dictatum* erwarten sollten. So besonders auffallend in einigen Fällen, Troya 4,384. 5,185, wo zwei Mittelspersonen genannt werden: *ex dicto d. regis per S. referendarium et ex dicto R. notarii scripsi ego H. notarius*, wo demnach in der zweiten doch der Dictator zu vermuthen sein sollte.

Aehnliche Angaben finden sich dann auch in den Urkunden der agilolfingischen Herzoge; es wird auf Befehl des Herzogs geschrieben, heisst aber auch wohl: *scripsit W. diaconus iussus a summo principe T. ex ore S. diaconi*, M. Boica 28^b, 196. Das *ex ore* bezeichnet hier schwerlich das Dictare, sondern wohl nur die allgemeine Weisung, da in den Urkunden der bairischen Bischöfe dieser Zeit der Schreiber durchweg sagt, daß er *ex ore* des Bischofs oder *iussus ex ore* schreibe.

So weit sich in den Urkunden der Merovinger und Karolinger entsprechende Notizen finden, wird nur eines einzigen Befehles gedacht; und während dieser früher vom Könige selbst ausgeht, ist es seit Ludwig dem Frommen eine der höhern Kanzleipersonen, welche dem Schreiber die Fertigung befiehlt; vgl. Sickel Acta 1,93. Doch wird dann anzunehmen sein, daß der Befehl mittelbar auf den König zurückgeht.

Auch später wird in Privaturkunden häufig, in Notariatsinstrumenten regelmässig angegeben, auf wessen Befehl geschrieben ist. Wird über Gerichtssitzungen oder sonstige Handlungen des Königs ein Instrument gefertigt, so ist es durchweg der König selbst, welcher unmittelbar dem Notar die Beurkundung befiehlt. Bei der ganz verschiedenen Bedeutung der Diplome werden wir das auf diese nicht übertragen dürfen. Ist im Texte des Diplom durchweg bemerkt, daß der König die Beurkundung befahl, so erfahren wir, seit die bezüglichen Notizen in tironischen Noten aufhören, nicht mehr, an wen sich zunächst der Befehl des Königs richtete. Wenigstens bei Privilegien wird das der Kanzler gewesen sein. Nach den Casus S. Galli, M. Germ. Scr. 2,69, befahl der König 854 nach Prüfung des Konzepts dem Kanzler, *in legitimis cartis conscribere prefati pacti confirmationem*. Die bezügliche Urkunde, Reg. Kar. 771, S. Gall. U. B. 2,50, vgl. 402, ist uns erhalten und hat noch in tironischen Noten die Angabe: *d. Ludovicus rex fieri iussit et Grimaldus abbas scribere praecepit*; wenn dann der Notar Comeatus für den Erzkaplan Grimald rekognoszirt, so wird er von diesem mit der Ausführung des Befehls beauftragt sein. In Urkunde K. Lothars von 1136, St. 3340, findet sich die ungewöhnliche Rekognition: *ego Bertoldus scriptor d. imperatoris iussu d. cancellarii*. Das würde also wieder

den erörterten spätern Verhältnissen genau entsprechen. Ebenso wohl, wenn es vereinzelt in der Datirung eines Diploms K. Friedrichs II. von 1213, Huillard 1,916, vgl. die wohl richtigere Interpunktion bei Mohr Cod. 1,252, heisst: *iussu C. — cancellarii datum per manum B. de N. prothonotarii*, falls wir die später zu besprechende Aushändigungsformel auf die Ausführung des Befehls zu beziehen haben.

Auch sonst tritt später der Protonotar wohl neben den Kanzler, wo es sich um die Fertigung der Diplome handelt. Bei Gifelbert, M. Germ. 21,572, heisst es zu 1190: *de consilio autem principum ibidem privilegium comiti Hanoniensi fuit concessum et cancellario et protonotario ad faciendum commissum*. Dem Deutshorden wird 1227 die Begünstigung ertheilt, daß ihm seine Privilegien *sine omni salario, pretio vel ulla prorsus exactione cancellarii, prothonotharii vel notariorum pro tempore constitutorum* gefertigt werden sollen, Huillard 3,310, während nach bezüglichen Notizen aus der französischen Kanzlei an den Taxen ausser der Gesamtheit der Notare nur der Kanzler, der schreibende Notar und der Siegler einen Antheil hatten; vgl. Delisle Phil. Auguste 59. War der Kanzler später vorzugsweise der Leiter der Staatsgeschäfte, war er oft lange Zeit vom Hofe abwesend, so werden seine Beziehungen zur Kanzlei gewiss vielfach nur noch formelle und finanzielle gewesen sein; die thatsächliche Leitung wird überwiegend beim Protonotar und in der Regel wohl dieser zunächst vom Könige mit der Fertigung beauftragt gewesen sein. So heisst es auch vereinzelt in Urkunde K. Rudolfs von 1274, Böhmer Acta 320: *datum — de iussu et mandato nostro per manum fratris H. — protonotarii nostri et vice cancellarii nostri*. Im vierzehnten Jahrhunderte scheint dann der Kanzler nach dem früher Gefagten wieder unmittelbarer an den Kanzleigeschäften theilgenommen zu sein.

Wo es sich nicht um Privilegien handelte, dürfte auch früher, wie das die spätern Regeften nahe legen, der König nicht gerade immer die Vorsteher der Kanzlei, sondern je nach dem Gegenstande auch andere seiner Rätthe mit der Beurkundung beauftragt haben. Nach einem Notariatsakt wurden K. Otto 1210 die Privilegien des Kapitels von Verona vorgelegt; nachdem er sich dieselben erläutern liess, befahl er einem Hofrichter und einem Hofkaplan, *ut predictis canonicis concederent ex parte sua, quicquid boni possent*; das Ergebniss war dann anscheinend ein königliches Schreiben, in welchem dem Kapitel dessen Wünschen gemäss die Ausübung der Gerichtsbarkeit bewilligt wurde; Ital. Forsch. 4,281. 282. Dasselbe würde sich freilich auch für ein Diplom von 1012, St. 1554, Meibom Scr. 2,376, aus der Angabe der Beglaubigungsformel *hanc chartam manu Erici episcopi nostra iussione conscriptam* ergeben, wenn wir dabei nothwendig an unmittelbaren Befehl zu denken hätten. Mag der Befehl des Königs oft unbestimmt darauf gelautet haben, die Sache nach bestem Ermessen zu erledigen und verbrieften zu lassen, so wird zweifellos der Befehl nicht selten sich schon auf bestimmte Einzeln-

200] heiten des Inhaltes erstreckt haben. Nach dem Bericht der Casus S. Galli a. a. O. befahl der König die Fertigung eines Privilegs für S. Gallen über Immunität und freie Abtswahl: *et in eadem carta conscribi iussit regia dona sibi metipsi secundum consuetudinem aliorum monasteriorum securitate praedictorum quotannis ventura, id est duos caballos et dua scuta cum lanceis*. Das bestätigt sich dadurch, daß die erhaltene Urkunde selbst diese Bestimmung unmittelbar vor der Beglaubigung enthält, während sie in der übrigens übereinstimmenden Vorurkunde von 833 fehlt; vgl. S. Gall. U. B. I, 318. 2, 53.

Wird in den Diplomen selbst der Person nicht gedacht, auf deren unmittelbaren Befehl die Beurkundung geschah, so dürften doch in der Kanzlei Aufzeichnungen darüber vorhanden gewesen sein, ähnlich wie im Regest K. Friedrichs. Auf dem umgeschlagenen untern Rande des Originals von Reg. Henr. (VII) 36, Huillard 2, 771, zu München, von 1223 für Kloster Ebrach, findet sich die ausradierte, aber deutlich lesbare und anscheinend von der Hand des Schreibers der Urkunde herrührende Notiz: *dominus Herbipolensis episcopus precepit*. Bischof Otto ist auch Zeuge und gehörte wenigstens nach der Sächsischen Weltchronik c. 361 zu den Pflegern des jungen Königs. Es ist wohl anzunehmen, daß die Notiz ausnahmsweise zunächst hier eingetragen und etwa nach Uebertragung in das Regest getilgt wurde.

201. Das Gewicht des Zeitpunktes des Beurkundungsbefehles werden wir gewiß nicht gering anschlagen dürfen. Wir sehen, daß in den Regesten von allen vorbereitenden Handlungen nur der Befehl neben der Urkunde selbst Beachtung fand. Es wurde weiter bereits § 77 darauf hingewiesen, daß der Beurkundungsbefehl wohl in feierlicher Weise, in öffentlicher Versammlung gegeben wurde. Dann steht gewiß wenigstens von vornherein der Annahme nichts im Wege, daß für Angaben der Urkunde, welche, wie insbesondere Zeugenaufführung und Datirung, sich auf einen bestimmten Zeitpunkt beziehen müssen, gerade der des Beurkundungsbefehles der maßgebende gewesen sein könne.

Diese Annahme würde zweifellos doppelt nahe liegen in Fällen, wo anzunehmen wäre, daß der König persönlich lediglich durch den Beurkundungsbefehl in die Beurkundung eingriff, die weitere Ausführung aber ohne nochmalige persönliche Beteiligung des Königs der Kanzlei überlassen blieb. Und daß das vielfach der Fall war, möchte ich nicht bezweifeln. Bei weniger wichtigen Sachen oder solchen, welche nach feststehenden Formularen verbrieft zu werden pflegten, hätte es doch kaum einen genügenden Zweck gehabt, den König nochmals mit der Sache zu behelligen, wenn nicht etwa persönliche Unterzeichnung, welche keineswegs immer stattfand, dazu bestimmtere Veranlassung bot. Hatte der König bestimmt ausgesprochen, was zu verbiefen war, war der Kanzler oder die sonstige Person, an die sich der Befehl richtete, für die Ausführung verantwortlich, so ist doch kaum anzunehmen, daß

alle und jede Urkunden dem Könige auf einer spätern Stufe nochmals zur Prüfung und Genehmigung vorgelegt wurden. Nach dem Baumgartenberger Formelbuch, Dipl. Austr. 25, 25, sind nur in wichtigen Fällen päpstliche Kommissionschreiben dem Papste noch vorzulesen, während minder wichtige ohne weiteres vom Notar oder Kanzler gegeben werden können. So erklärt bei dem § 199 erwähnten, Sitzungsber. 76,493 mitgetheilten Vorgange K. Sigismund, um alle Verantwortung für eine gefälschte Urkunde von sich abzuwälzen, lediglich, daß er die Anfertigung derselben nicht befohlen habe; für alles weitere erscheinen die Kanzleibeamten verantwortlich.

Danach werden wir auch für ältere Zeit mindestens immer die Möglichkeit im Auge halten müssen, daß der König lediglich durch den ersten Befehl in die Beurkundung eingriff. Da nun weiter die Zeitpunkte persönlichen Eingreifens des Königs doch die sind, bei welchen es von vornherein am wahrscheinlichsten ist, daß sie auf die Gestaltung der Urkunde maßgebenden Einfluß üben, so werden wir auch bei unsern weitem Untersuchungen der Beurkundungsbefehl nicht aus dem Auge verlieren dürfen.

KONZEPT.

202. Hatte der König den Befehl erteilt, eine Urkunde angegebenen Inhaltes anzufertigen, so werden wir als nächstfolgende Stufe der Beurkundung in der Regel Fertigung eines Konzeptes anzunehmen haben. Die Folge von Konzept und Reinschrift wird bestimmt erwähnt in der Erzählung Ratperts, M. Germ. Scr. 2,69. Als K. Ludwig 854 einen Streit zwischen S. Gallen und Konstanz in angegebener Weise vermittelt hatte, befahl er sogleich eine bezügliche Urkunde zu fertigen; *et ut cautius haec eadem firmitatis scriptura communiretur, praecepit primitus tantummodo dictatam et in aliqua scaeda conscriptam sibi praesentari; et cum ille causam comprobaret, tunc demum cancellario praecepit, in legitimis cartis conscribere praefati pacti confirmationem.* Könnte es scheinen, als sei hier die vorherige Fertigung eines Konzeptes als Ausnahme betrachtet, so wird darauf schwerlich Gewicht zu legen sein. Es mag, worauf wir zurückkommen, nicht gerade immer ein Konzept gefertigt sein. Aber in der Regel werden doch nächstliegende Gründe darauf hingewiesen haben.

Den einen finden wir in jener Angabe ausdrücklich betont. Es konnte dem Könige daran liegen, daß sein Befehl nicht bloß im allgemeinen, sondern auch im einzelnen so ausgeführt werde, wie er es wünschte; es war daher ein Konzept zu fertigen, um auch die Einzelheiten vor der endgültigen Ausführung prüfen zu können. Mochte aber auch, wie wir § 201 vermutheten, der König nach erteiltem Befehle häufig an der Beurkundung nicht weiter theilnehmen, so wird wenigstens der von ihm zunächst beauftragte höhere Kanzleibeamte zwar nicht gerade den Befehl selbst ausgeführt, aber doch die Ausführung

202] überwacht haben, wie das zweifellos nur genügend durchführbar war, wenn ihm behufs etwaiger Aenderungen zunächst ein Entwurf vorgelegt wurde.

Dazu kam dann noch ein anderer Grund. Auf die graphische Ausstattung des Original wurde in der Regel gröfsere Sorgfalt verwandt. Wir werden daher die Niederschrift der Urkunde, welche dazu bestimmt war, durch Vollziehung zum Originale zu werden, als die Reinschrift der Urkunde bezeichnen können. Wenn nun auch ein und dieselbe Person gleich geeignet sein kann zur zweckentsprechenden Formulierung, wie zur kalligraphischen Ausführung der Urkunde, so wird sie doch nicht leicht beide Thätigkeiten unmittelbar ineinandergreifen lassen. Es ist schwer denkbar, dafs jemand beiden Gesichtspunkten gleichzeitig genügend wird gerecht werden können. Insbesondere wird doch auch der gewandteste Konzipient sich dann und wann erst beim Verlaufe seines Geschäftes überzeugen, dafs etwas, was er vorher schrieb, geeigneter zu ändern sei. Fertigt er sogleich die Reinschrift, so ist das ohne Beeinträchtigung der graphischen Ausstattung nicht mehr durchführbar, während man sich doch schon wegen der verhältnismäfsigen Kostbarkeit des Material nur ungern entschlofs, begonnene Reinschriften zu kassiren. Als Regel haben wir zweifellos zu betrachten, dafs jede Reinschrift zugleich Abschrift von Vorlagen ist, in der das zu Schreibende schon seinem wörtlichen Bestande nach vorhanden war. Das bestätigt sich ja auch dadurch, dafs die Versehen, an welchen es allerdings auch in den Reinschriften nicht fehlt, durchweg solche sind, wie sie sich nur bei Abschrift, nicht aber bei selbstständiger Niederschrift zu ergeben pflegen. Es ergab sich also auch daraus die Nothwendigkeit eines Konzeptes, wenn nicht etwa eine andere, für jenen Zweck ausreichende Vorlage bereits vorhanden war.

203. Dazu kommt nun weiter, dafs Konzipient und Reinschreiber doch überwiegend verschiedene Personen gewesen zu sein scheinen. Als so selbstverständlich, wie uns auf den ersten Blick scheinen mag, wird das freilich kaum zu betrachten sein. Es wufste nicht leicht jemand zu schreiben, der nicht überhaupt eine gewisse gelehrte Bildung genossen hatte; mit der Fertigkeit des Schreibens werden wir durchweg auch eine gröfsere Fertigkeit, sich schriftlich auszudrücken, verbunden denken müssen. Wir werden im allgemeinen kaum annehmen haben, dafs man es als unpassend betrachtete, wenn jemand, der die Befähigung zum Dictator hatte, zugleich Reinschriften fertigte. Es finden sich Beispiele, dafs die Vorsteher der Kirchen selbst Urkunden schrieben. So heifst es um 1060, Cod. Westf. I, 115, in der Beglaubigungsformel: *ego E. Mindensis episcopus haec propria manu scripsi et ut sciatur — sigilli officio assignavi*; wird das dann nochmals in der Unterzeichnung betont, so wird doch kaum zu zweifeln sein, dafs der Bischof das Stück fertigte, wie es uns vorliegt. Dasselbe wird anzunehmen sein, wenn die Datirung einer Urkunde aus S. Ulrich zu Augsburg

von 1127, M. Boica 22, 14, schließt: *O. praefati coenobii abbate, qui et — hoc privilegium propria manu scripsit.*

Andererseits kann es freilich zweifelhaft sein, ob da, wo vom Scribere der Urkunde die Rede ist, gerade immer an die Reinschrift zu denken ist. Allerdings wurde das Konzipiren durchweg als Dictare bezeichnet; wenn ich mich nicht überhaupt des zeitgemäßen Ausdruckes Dictator bediene, so ist mir maßgebend, daß beim Dictare leicht zu ausschließlic an das selbstständige Formuliren nur der Texte von Urkunden gedacht wird, während die Fertigung des Konzeptes, nach dem die Reinschrift auszuführen war, doch auch vielfach eine sehr unselftständige Arbeit sein und sich auf die verschiedensten Bestandtheile der Urkunde erstrecken konnte. Das Dictare des Textes mußte nun allerdings nicht zugleich ein Schreiben sein; der Dictator konnte ja mündlich angeben, was ein Anderer niederschreiben sollte. Aber Regel wird doch gewesen sein, daß er selbst das Konzept des Textes niederschrieb, und seine Thätigkeit kann demnach im allgemeinen recht wohl als ein Schreiben bezeichnet werden.

Ich möchte denn auch kaum bezweifeln, daß die Angabe des Schreibers sich zuweilen auf den Konzipienten beziehen dürfte. Wird in Privaturkunden und Notarinstrumenten am Schlusse angegeben, wer die Urkunde geschrieben habe, so ist kein Grund, das nicht auf die Reinschrift zu beziehen; auch wenn das Konzept von einem Andern gefertigt war, konnte der Reinschreiber 'das schließlich zufügen. Anders liegt die Sache doch, wenn die bezügliche Angabe sich bereits im Texte findet. Heißt es in Urkunde K. Heinrichs von 1012, St. 1554, Meibom Scr. 2,376, in der Beglaubigungsformel *hanc chartam manu Erii episcopi nostra iussione conscriptam nostra imagine sigillari praecepimus*, so will ich nicht gerade Gewicht darauf legen, wie es doch wenig wahrscheinlich sei, daß der Bischof von Havelberg, der damals fern von seinem Stifte am Hofe lebte und als *imperialis capellae custos* bezeichnet wird, vgl. Hirsch Heinr. II. 2,294, als Reinschreiber verwandt sei. Mehr scheint mir der Umstand zu beachten, daß entweder die Beglaubigungsformel überhaupt noch nicht im Konzepte stand, was unseren späteren bezüglichen Ergebnissen widerspricht, oder aber schon das Konzept den Schreiber namhaft machte. Dann aber werden wir die Angabe wenigstens zunächst auf den Schreiber des Konzeptes zu beziehen haben, während es ohne Bedeutung ist, ob derselbe nun auch gerade die Reinschrift fertigte oder nicht. Dasselbe möchte ich denn auch annehmen für die § 198 erwähnte Anführung der Schreiber in der Beglaubigungsformel von Privilegien K. Friedrichs II. und seiner Söhne, wie ich ebenda darauf hinwies, daß auch die Angabe des Schreibenden im Regeß K. Friedrichs zunächst auf den Konzipienten zu beziehen sein dürfte.

Einen ganz bestimmten Beleg scheint mir eine Urkunde Herzog Friedrichs von Schwaben von 1179, Wirtemb. U. B. 2,204, zu bieten.

203] An der Spitze der Zeugen steht: *Gotefridus cancellarius imperatoris et scriba imperatoris, huius privilegii scriptor*. So hat sich der Kanzler sicher nicht selbst bezeichnet; er würde sich *cancellarius imperialis aulae* oder etwa schlechtweg *cancellarius* genannt haben. Auch die Form der Datirung stimmt nicht zu Abfassung durch einen kaiserlichen Kanzleibeamten. Andererseits liegt das Original vor und in der sorgfältigen Veröffentlichung fehlt jede Andeutung, daß Zeugen und Datirung von anderer Hand zugefügt seien. Bei solcher Sachlage kann sich der Ausdruck Scriptor hier zweifellos nur darauf beziehen, daß der Kanzler den Text der Urkunde konzipirte; es handelt sich um eine Auseinandersetzung des jungen Kaiserfohnes mit dem Kloster Kreuzlingen, was eine solche Theilnahme des Kanzlers nicht auffallend erscheinen läßt. Zeugen und Datirung aber werden dann erst bei der Reinschrift von einem Andern zugefügt sein.

Haben in früherer Karolingerzeit auch die Vorsteher der Kanzlei wohl selbst Reinschriften gefertigt, so dürfte das später schwerlich auch nur vereinzelt noch vorgekommen sein. Auch wenn ein Schreiben höherer Kanzleibeamten, welche zugleich rekognosziren, erwähnt wird, mag doch zu erwägen sein, ob sich das nicht zunächst nur auf das Konzipiren beziehen dürfte. So wenn es 1125, St. 3228, heißt: *et ego Anno ad vicem cancellarii scripsi et recognovi*, während sich nach Mon. graphica 5,8 ergibt, daß das von derselben Hand geschrieben ist, wie die ganze Urkunde. Selbst wenn es 1137, St. 3353, nach der Rekognition Ekkehards für Heinrich heißt: *ego Engelbertus monachus vice Bertolfi notarii scripsi*, scheint die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, daß dabei zunächst an das Konzept zu denken ist; denn in andern Fällen ist Bertolf selbst Rekognoszent, es wäre doch auffallend, daß er als der bezeichnet scheint, dessen Aufgabe eigentlich die Reinschrift gewesen wäre.

Nun wird freilich auch nicht anzunehmen sein, daß das Konzipiren Aufgabe des Kanzlers selbst und anderer erster Kanzleibeamten gewesen sei; und damit verringern sich allerdings manche Bedenken gegen die Annahme des Zusammenfallens von Konzipienten und Reinschreibern. Sickel hat in seinem Programm 26 ff. *) sehr interessante bezügliche Untersuchungen über einzelne Urkundengruppen aus der Zeit der Ottonen angestellt. Die Richtigkeit des dabei eingeschlagenen Weges, zu prüfen, ob dem individuellen Charakter der Handschrift auch individueller Charakter des Diktats entspreche, so weit dieses nicht durch Vorurkunden beeinflusst war, wird nicht in Abrede zu stellen sein; nur dann etwa könnten sich Bedenken ergeben, wenn sich glaublich machen ließe, daß derselbe Diktator sich vorzugsweise eines bestimmten

*) Ich habe das Programm nach der Seitenzählung eines Separatabdruckes angeführt, welcher mir durch Güte des Verfassers schon seit dem Beginne des Druckes zur Verfügung stand, während mir erst kürzlich das bezügliche Heft des N. Archivs der Gesellschaft zukam, in welchem das Programm 1,427 ff. eingereicht ist.

Schreibers bedient habe. Das Ergebniss jener Untersuchungen ist ein schwankendes. Einerseits scheinen sich allerdings Fälle zu ergeben bei welchen der Diktator zugleich die Reinschriften fertigte, wie das in besonders umfassender Weise bei dem Diktator zutrifft, über den jetzt Rieger im N. Archiv der Gefellsch. 1,507 ff. eingehender gehandelt hat. In andern Fällen dagegen ergibt sich auf jenem Wege, daß Diktator und Reinschreiber verschiedene Personen waren. Und letzteres läßt sich auch wohl aus anderen Erwägungen folgern. So aus dem von Stumpf Wirzb. Imm. 19 betonten Umfande, daß zuweilen Diplome desselben Inhalts und Datums sich als von verschiedenen Schreibern gefertigt erweisen. Mehr Gewicht möchte ich noch darauf legen, daß wir im Texte der Urkunden häufig Mißgriffen begegnen, welche bei der Annahme, daß der Konzipient selbst auch die Reinschrift fertigte, kaum erklärbar sein würden, welche zugleich eine Unkunde des Reinschreibers verrathen, daß wir kaum annehmen dürfen, derselbe sei befähigt gewesen, sich auch an der Konzipirung zu betheiligen; vgl. etwa § 181. Ein sicheres Urtheil wird sich freilich erst gewinnen lassen, wenn jene mühsamen Vergleichen von Diktat und Schrift weiter durchgeführt sein werden. Im allgemeinen scheint mir doch die Wahrscheinlichkeit für Scheidung beider Thätigkeiten als vorherrschendes Verhältniß zu sprechen. Bei Privaturkunden wird häufig für beide nur eine Person zur Verfügung gestanden haben, obwohl doch auch da die Scheidung sich wohl bemerklich macht; so 1022 in Urkunde des Bischofs von Münster, Cod. Westf. 1,82: *G. decanus dictavit, A. diaconus scripsit*. In der Reichskanzlei verfügte man jederzeit über eine Menge von Personen; die eine wird zu dieser, die andere zu jener Thätigkeit geeigneter gewesen sein; daß man darauf in der Regel Rücksicht nahm, ist doch von vornherein zu vermuthen.

Gehe ich daher im allgemeinen von der Voraussetzung aus, daß Konzipient und Reinschreiber verschiedene Personen gewesen sein dürften, so würde es für die folgenden Erörterungen auch kaum sehr ins Gewicht fallen, wenn sich ergeben sollte, daß das seltener der Fall war, als ich anzunehmen geneigt bin. Wenigstens dann nicht, wenn man meiner § 202 ausgesprochenen Ansicht zustimmt, daß doch auch in solchen Fällen der Schreiber zunächst ein Konzept gefertigt haben wird, ehe er die Reinschrift selbst in Angriff nahm. Denn zumeist wird es sich hier nicht gerade um den Unterschied der Personen handeln, sondern darum, ob wir Konzept und Reinschrift als verschiedene Stufen der Beurkundung auseinanderzuhalten haben. In dieser Richtung wäre es jedenfalls gewichtiger, wenn selbst bei Verschiedenheit der Personen ein Konzept hätte fehlen können, weil die Reinschrift nach mündlichem Diktate gefertigt wurde. Das aber dürfte wenigstens für Privilegien kaum ausnahmsweise anzunehmen sein.

Besonders auffallend tritt dann die Scheidung bei solchen der § 164 besprochenen Fälle hervor, bei welchen sich zu ergeben schien, daß

203] zwar die Reinschrift in der Reichskanzlei gefertigt, das Konzept aber vom Empfänger vorgelegt wurde.

204. Allerdings dürften manche Beurkundungen ohne Konzept erfolgt sein. Bei kürzeren Briefen und ähnlichen Stücken, bei welchen auf die graphische Ausstattung keine grössere Sorgfalt zu verwenden war, mag der beauftragte Notar sogleich die Reinschrift gefertigt haben, von welcher dann bei geordnetem Kanzleiwesen eine Abschrift in das Regest eingetragen wurde. Aber wenigstens bei selbstständig konzipirten Privilegien ist das gewiss nicht anzunehmen.

Dagegen kann es sich nun allerdings in Fällen, wo Vorlagen für die Beurkundung benutzt wurden, fragen, in wie weit diese ein Konzept entbehrlich machten. Bei dem bloßen Formular trifft das auch dann nicht zu, wenn der Reinschreiber die Hauptmasse des Textes aus ihm abschrieb. Er bedurfte wenigstens einer ergänzenden Vorlage über die Besonderheiten des Einzelfalles. Wir werden doch den Ausdruck Konzept nicht auf die Fälle beschränken müssen, bei welchen die unmittelbare Vorlage des Reinschreibers ihrem ganzen Umfange nach für den Einzelfall besonders geschrieben wurde. Für unsere Zwecke werden wir auch da von einem Konzepte reden, wo die vorhandenen Vorlagen irgendwelcher Aenderungen oder Ergänzung bedurften, um für den Reinschreiber ausreichen zu können. Ob nun für diesen Zweck die ganze Vorlage umgeschrieben oder aber das noch Nöthige in sie eingetragen oder ihr auf einem Zettel beigelegt wurde, begründet nur einen ganz äußerlichen Unterschied.

Anders ist das Verhältniß, wenn die Vorlagen in ihrem ohnehin vorhandenen Bestande ausreichten. Allerdings waren diese nie so gestaltet, daß ein einfaches Abschreiben einer derselben hätte genügen können. Aber sie konnten so beschaffen sein, daß auch ein Schreiber, der zum Konzipisten nicht befähigt gewesen wäre, bei einiger Uebung unmittelbar nach ihnen die Reinschrift zu fertigen im Stande war. Das traf insbesondere zu, wenn der sachliche Inhalt in einem Akte, daneben aber für die Fassung auch ein Formular vorlag oder doch die formelhaften Bestandtheile so einfach waren, daß der Schreiber sie auch ohne Vorlage zu schreiben wußte. Ist unsere Annahme bezüglich der Entstehung der Verbriefungen der Rechtsprüche, vgl. § 188, richtig, so sind für dieselben schwerlich Konzepte gemacht; für die einfachen Eingangs- und Schlusformeln bedurfte der Schreiber, der häufiger derartige Stücke auszufertigen hatte, kaum mehr einer schriftlichen Vorlage, welche ihm natürlich nöthigenfalls auch zur Hand gewesen wäre; dann erübrigten lediglich noch die leichten Aenderungen, welche nöthig waren, um dem Wortlaute des Aktes die Form einer Aeußerung des Königs zu geben; und das unmittelbar bei der Reinschrift durchführen zu können, durfte man dem Schreiber wohl zutrauen. Und ebenso gewiss bei manchen anderen Beurkundungen. War etwa eine Schenkungsurkunde zu fertigen, so mochte es genügen, den Schreiber ohne weitere Anleitung

auf Formular und Akt zu verweisen; aus diesem hatte er dann einfach in jenes das sich nach dem Einzelfall Bestimmende, wie den Gegenstand, Namen des Beschenkten und der Intervenienten einzutragen. Wenigstens für unsere Zwecke wird es einen wesentlichen Unterschied bedingen, ob das Formular selbstständig behufs der Reinschrift ergänzt wurde, oder aber der Reinschreiber neben ihm einen Akt benutzte. In jenem Falle lag ihm nichts vor, was nicht zur Aufnahme in die Reinschrift bestimmt war. In diesem aber konnten Mißgriffe dadurch herbeigeführt werden, daß der Schreiber aus dem Akte mehr aufnahm, als seine Aufgabe gewesen wäre. Ich möchte kaum bezweifeln, daß das § 132 besprochene vereinzelte Vorkommen von Zeugen in älteren Königsurkunden wenigstens in einzelnen Fällen dadurch veranlaßt war. Oder der Schreiber konnte aus dem Akte Handlungszeugen eintragen, während die Nennung von Beurkundungszeugen beabsichtigt war. Und wenn er auch das Schlufsprotokoll schrieb, so konnte er Tag und Ort dem Akte entnehmen, statt sie der Beurkundung anzupassen.

205. Ein wesentlich anderes ist das Verhältniß von Vorurkunde und Konzept. Abgesehen von den Fällen, wo es sich um ungeänderte Neuausfertigung früherer Urkunden handelte, konnte es doch nur ganz vereinzelt vorkommen, daß die Vorurkunde auch nur bezüglich des Textes jede Aenderung überflüssig machte; so etwa, wenn demselben Empfänger dieselben Rechte, welche ihm der Herrscher als König verbrieft hatte, von diesem als Kaiser nochmals verbrieft wurden; und selbst da wird die Aenderung bei genauerem Vorgehen sich kaum auf das Protokoll haben beschränken dürfen. Um aber die Vorurkunde zum Konzepte umzugestalten, handelte es sich weniger, wie bei dem Formular, um Ergänzungen, als um Aenderungen, welche oft so geringfügig waren, daß man sie in die benutzte ältere Abschrift oder selbst in ein vorgelegtes Original eintragen konnte. Dabei war dann zu den verschiedensten Mißgriffen Anlaß geboten; vgl. § 174 ff.

Im allgemeinen möchte ich aber doch annehmen, daß auch bei Benutzung von Vorurkunden häufiger vollständige Konzepte gemacht wurden, als das auf den ersten Blick scheinen mag. Es haben sich vereinzelt Urkunden erhalten mit Kanzleinotizen, die sich sichtlich auf die Fertigung neuer Urkunden nach jenen Vorlagen beziehen. Wäre nun anzunehmen, daß die Reinschriften unmittelbar nach diesen gemacht seien, so würde da dem Reinschreiber außerordentlich viel überlassen sein, derselbe hätte zugleich ein ziemlich gewandter Konzipist sein müssen. Auf einen Fall hat Sickel Acta 1, 130 aufmerksam gemacht. Nach einem Diplome K. Ottos von 954 sollte 961 ein anderes für dieselbe Person angefertigt werden; zu diesem Behufe wurden in dem früheren Originale die unverändert beizubehaltenden Sätze mit *scribe*, die, welche abzuändern oder auszulassen waren, mit *desine* bezeichnet. Vergleicht man beide Diplome, St. 234. 280, Steierm. U. B. 1, 27. 28, so ergibt sich leicht, daß das für einen bloßen Abschreiber nicht genügen

205] konnte, um nun den neuen Text zu fertigen, auch wenn wir annehmen wollten, es sei ihm dazu etwa ein Akt über die wesentlich abweichenden Einzelbestimmungen des Inhaltes vorgelegt. Noch bestimmter ergibt sich das in einem andern Falle. Unter den Resten des Reichsarchivs zu Pisa, vgl. Sitzungsber. 14, 161 ff., finden sich Abschriften älterer Privilegien für S. Gallen, welche sichtlich eingereicht waren, damit auf Grundlage derselben ein neues Privileg ausgestellt werde. Sie sind mit darauf berechneten Kanzleiweisungen versehen; es heisst etwa: *istud ab eo loco*, oder: *non scribas istud*. Aber diese deuten zweifellos nur an, was vom Inhalte der Vorlagen in der neuen Urkunde berücksichtigt werden sollte; man wird sich leicht überzeugen, dass sie in keiner Weise ausreichen konnten, um nun eine Reinschrift unmittelbar nach diesen Vorlagen zu fertigen. In dem einen, wie dem andern Falle glaube ich annehmen zu müssen, dass es sich um Weisungen eines höhern Kanzleibeamten an den Konzipienten handelt, dass sie Anleitung geben sollten, wie das neue Konzept zu machen sei, nicht aber unmittelbare Fertigung der Reinschrift im Auge hatten. Es konnten allerdings Fälle vorkommen, wo es nur der Aenderung einzelner Worte im Texte der Vorlage bedurfte, um dieselbe unmittelbar der Reinschrift zu Grunde legen zu können. Aber im allgemeinen möchte ich doch annehmen, dass ungleich häufiger die Vorlagen zunächst nur dem Konzipisten dienten, nicht unmittelbar dem Abschreiber, dass überwiegend für die Reinschrift ein mehr oder weniger vollständig ausgeführtes Konzept gefertigt wurde. Ein Beispiel dafür gibt auch, was § 164 über ein Diplom K. Friedrichs II. für Chiaravalle bemerkt wurde. Die Vorlage war bereits von der Partei so umgestaltet, dass sie unmittelbar als Konzept hätte dienen können. Aber die Kanzlei hat sich nicht etwa begnügt, nur etwa die Angaben über solche Rechte, welche nicht wieder bestätigt werden sollten, zu beseitigen, sondern es ist sichtlich ein ganz neues Konzept, nur mit Benutzung der Vorlage gefertigt worden.

206. Die Untersuchungen über das Verhältniss des Konzepts zur gesammten Beurkundung sind dadurch sehr erschwert, dass noch vorhandene Konzepte uns erst in späterer Zeit einen bestimmteren Halt bieten. Dass sich Konzepte älterer Königsurkunden nicht erhalten haben, kann nicht befremden. Konzepte werden vielfach auf weniger dauerhaftem Material geschrieben gewesen sein; sie hatten überdies keinen Werth, der auf eine sorgsamere Aufbewahrung hätte hinweisen können. Auch aus Privatarchiven hat sich für ältere Zeiten wenig erhalten, was sich bestimmter als Konzept bezeichnen liesse. Ich wüsste da kein älteres namhaft zu machen, als das Originalkonzept einer Urkunde des Erzbischofs von Mainz von 1185 im Archive zu Münster, von dem sich auch die danach gemachte Ausfertigung erhalten hat; vgl. Stumpf Acta 542. Für Konzepte von Königsurkunden brauchen jene Umstände gar nicht einmal in Anschlag gebracht zu werden. Die Vorräthe der Reichskanzlei sind uns für ältere Zeiten überhaupt verloren;

und in die Archive der Parteien hätten nur durch Zufall bloße Konzepte von Königsurkunden gelangen können.

Allerdings hat man wohl zu dem Ausdrucke Konzept gegriffen, um die Eigenthümlichkeiten oder Unvollständigkeiten einzelner Urkunden zu erklären. Aber ich glaube mich da nur dem anschließen zu können, was Sickel Acta 1,285 und Breslau Forsch. zur D. Gesch. 13,94 über den Gegenstand bemerkten. Dafs, wie Stumpf Wirzb. Imm. 2,75 betont, unvollzogene und unbefiegelte, also rechtsunkräftige Ausfertigungen den Parteien ausgehändigt sind, ist nicht in Abrede zu stellen; wir werden darauf zurückkommen. Aber solche Stücke, welchen nichts mangelt, als die Vollziehung, welche ihrer ganzen graphischen Ausstattung nach zur Vollziehung bestimmt waren, werden wir doch nur als unvollzogene Reinschriften, nicht aber als Konzepte bezeichnen können.

Ich will nicht läugnen, dafs vereinzelt auch ein Konzept an die Partei gekommen sein kann. So weit mir aber das Material bekannt geworden ist, scheint mir doch höchstens bei einem der Stücke, welche ich bestimmt oder zweifelnd als Konzepte bezeichnet fand, der Ausdruck zuzutreffen. Es ist das die M. Boica 29,358 beschriebene angebliche Abschrift von St. 3901, Schenkung der Abtei Niedernburg an den Bischof von Passau betreffend, von 1161 Jan. 29. Für bloße gleichzeitige Abschrift möchte ich das Stück nicht halten, sondern für eine zweite, unbefiegelt gebliebene Ausfertigung von n. 3901. Zwar ist die Hand eine verschiedene, und dafs die ganze Ausstattung und Anordnung einem Originalen entspricht, würde nicht ausschlaggebend sein. Aber das Monogramm ist zweifellos in beiden Ausfertigungen von derselben Hand gezeichnet; abgesehen von der Gleichheit der vom Texte der zweiten Ausfertigung stark abweichenden Dinte spricht dafür die eigenthümliche Verzierung des Monogramm, welche in beiden ganz denselben Charakter, aber keineswegs Gleichheit zeigt, so dafs der Gedanke an Nachzeichnung ausgeschlossen ist. Dieses Stück liegt uns nun so hergerichtet vor, dafs der Text einer spätern geänderten Ausfertigung von 1161 Juni 3, St. 3905, unmittelbar danach geschrieben sein könnte. Die Worte *advocatia excepta* sind dort gelöscht und fehlen hier. Statt dessen sind in der Vorlage zwei verschiedene und von verschiedenen Händen geschriebene ausführlichere Fassungen jenes Vorbehaltes zugefügt. Eine, welche sich durch ihre Stellung rechts unten am Rande des Blattes als die frühere zu erkennen gibt, ist mit einem, sich an der betreffenden Stelle des Textes wiederfindenden Verweisungszeichen versehen und hält außer dem Reche des Kaisers selbst auch das Recht des von ihm mit der Vogtei Belehnten fest. Die zweite, dem Empfänger günstigere, welche nur das Recht des Kaisers betont, ist links von der andern von verschiedener Hand und ohne Verweisungszeichen zugefügt. Diese letztere nun ist ihrem genauen Wortlaute nach, aber mit einer Wortverschiebung, in die zweite Ausfertigung übergegangen. Das

206] Stück mag zunächst so hergerichtet sein, um auf Grundlage desselben über die neue Fassung zu berathen. Es kann dann allerdings auch als Konzept für den Reinschreiber gedient haben, wenn demselben eine mündliche Weisung zukam, daß er die zweite Fassung zu schreiben habe, und wenn wir die Verschiebung als eine Willkür desselben betrachten dürfen.

Auch aus dem dreizehnten Jahrhunderte sind mir Originalkonzepte von Königsurkunden nicht bekannt. Unmittelbare Einsicht gewähren erst im folgenden Jahrhunderte die Konzepte, welche sich aus der Kanzlei K. Heinrichs VII. erhalten haben. Bei manchen von den Stücken, welche Dönniges, *Acta Henr. 2,3 ff.*, als *Acta registrata* aus dem Turiner Archive veröffentlicht hat, ergeben schon die Korrekturen, daß es Konzepte sind; wo diese fehlen, kann es freilich oft zweifelhaft sein, ob ein Konzept oder eine Abschrift vorliegt. Dagegen fand ich unter den bezüglichen Archivalien im Kapitelsarchive und im Archive Roncioni zu Pifa trotz ihrer sonstigen Mannichfaltigkeit kaum etwas, was sich als Konzept bezeichnen ließe; vgl. Wiener Sitzungsber. 14, 159. Das wird daraus zu erklären sein, daß die Konzepte auf Papier geschrieben, die Vorräthe zu Pifa aber sichtlich zeitweise schlecht aufbewahrt waren, so daß alles, was sich auf Papier darunter finden mochte, zu Grunde gegangen sein wird.

207. Haben sich demnach sehr wenig Originalkonzepte erhalten, so läßt sich noch die Frage aufwerfen, ob uns denn nicht wenigstens noch Abschriften von Konzepten erhalten sind. Sind solche auch von geringerem Werthe, da insbesondere die graphischen Haltpunkte in ihnen verwischt sind, so sind sie doch insbesondere dadurch für manche Zwecke von größerer Bedeutung, als die Urkunden selbst, weil sich in ihnen Angaben des Konzeptes erhalten haben können, welche zur Aufnahme in die Reinschrift nicht bestimmt waren, oder wir auch daraus ersehen, daß dem Konzepte noch etwas fehlte, was in demselben oder auch in der Reinschrift erst später zuzufügen war. Aber dann sollen wir freilich Bürgschaft haben, daß die Abschrift nicht willkürliche Aenderungen enthält. Geht Manches, was sich in Briefsammlungen und Formelbüchern erhalten hat, wohl zweifellos zunächst auf Konzepte zurück, so fehlt uns da die nöthige Bürgschaft. So dürfte Reg. Fr. II. 1087, die Erhebung Oesterreichs zum Königreiche von 1245, auf ein nie ausgefertigtes Konzept zurückgehen; aber etwa aus der Gestalt, in der es uns bei Petrus de Vinea vorliegt, schließen zu wollen, daß in Konzepten dieser Zeit nicht bloß das Datum, sondern auch die Monatsangabe im Actum noch fehlte, dürfte doch mehr als gewagt sein. Anders ist das, wenn uns Reihen von Abschriften vorliegen, welche Konzepten entnommen sein müssen, und sich nun den Originalen gegenüber Eigenthümlichkeiten zeigen, bei welchen die Uebereinstimmung in der ganzen Reihe ergibt, daß sie nicht auf Willkür der Abschreiber zurückgehen können.

Da kommt nun vor allem in Betracht das Registraturbuch K. Karls IV., welches Glafey als Registrum registrandorum Karoli IV. veröffentlichte. Es scheint mir für die Beantwortung mancher später aufzuwerfender Fragen gerade deshalb von ausschlaggebender Wichtigkeit zu sein, weil hier zweifellos Abschriften nicht der vollständig ausgefertigten Urkunden, sondern der Konzepte vorliegen. Das ergibt sich zunächst daraus, daß der Schreiber die Urkunde, insbesondere die Datirung, wie er sie gibt, den Originalen so gar nicht entnehmen konnte. Es genügt dazu die Vergleichung mit solchen Stücken, von denen sich auch die Ausfertigungen selbst erhalten haben. So heist es im Regeft Glafey 59. 130: *geben zu Prage anno lx. in vigilia s. Mathei* apostoli, regnorum etc., per imperatorem, Rudolfus de Fridberg*, und: *datum Prage anno lx. in die sancte trinitatis, regnorum etc.; per magistrum curie, Henricus Australis*. Dagegen in den ausgefertigten Urkunden Böhmer Cod. Francof. 671: *geben zu Prage nach cristus geburt drutzenhundert iar dornach in dem sechzigstem iare, an sant Mathias abent des heiligen zwelfboten, unsir reiche in dem vierczenden und des keisertums in dem funften iare; per dominum imperatorem, Rudolphus*; und Schöpflin Als. dipl. 2,233: *geben zu Prag nach Chr. g: 1360, an der heiligen dreyfaltigkeit tage, unser reiche in dem viersehenden und des kayserthums in dem sechsten jahr*. Wollen wir nun auch zugeben, der Schreiber des Regeft habe die Angaben der Datirung abgekürzt und lateinisch gegeben, so konnte er doch die am Schluffe angegebenen Personen im ersten Falle nicht vollständig, im zweiten überhaupt nicht der Reinschrift entnehmen. Das gilt aber nicht bloß für den einzelnen Fall; während sich im Regeft eine solche Schlufsangabe regelmässig findet, ist dieselbe keineswegs regelmässig auch in die Originale übergegangen.

Dagegen finden sich nun manche bestimmtere Anzeichen, daß die Abschriften nach Konzepten gemacht wurden. Für den Schlufs von Reg. Kar. IV. 3500, dann für das ganze 3502 finden sich verschiedene Fassungen von verschiedenen Tagen, von welchen die früheren sichtlich überhaupt nicht ausgefertigt sind. Daß Stücke nicht ausgefertigt wurden, ist wohl ausdrücklich bemerkt. So Glafey S. 321: *non processit*; S. 431: *ista litera non processit, sed alia data est loco istius, que continetur in iiii. folio infra numerando*. S. 115. 127 heist es: *nichil datum est de istis duabus literis teutonicis*; da beide aber dennoch ausgefertigt sind, vgl. Reg. 3142. 43, kann die Abschrift natürlich nicht erst nach der Reinschrift gemacht sein. Dieses Verhältniss wird auch bei der Verwerthung des Registrum für geschichtliche Zwecke zu beachten sein. Weist Huber mit Recht darauf hin, daß Reg. 3256 dem drei Tage früher datirten 3252, dessen Drucke sämmtlich auf das Registrum zurückzugehen scheinen, bestimmt widerspreche, so könnte es doch sein, daß diese unausgefertigt geblieben wäre.

Beachtenswerth ist auch insbesondere, daß alle stehenden Formeln

207] abgekürzt, in der Regel nur durch die Anfangsworte angedeutet sind. Es wäre denkbar, daß nur der Abschreiber sich diese Abkürzungen erlaubt hätte. Zuweilen weisen aber doch die besonderen Umstände bestimmter darauf hin, daß es sich um Abkürzungen des Konzepts für solches handelte, was der Reinschreiber auch ohne Vorlage für den Einzelfall ausführen konnte. Denn nicht selten ist auf Ausführung nach der als bekannt vorausgesetzten Formel ausdrücklich hingewiesen. So S. 276: *tete auch ymand dawider etc. secundum formam*, oder S. 301: *und gebieten dorumbe etc. secundum formam communem*. Oder es werden nicht die Anfangsworte, sondern die Bezeichnung der Formel mit Ausführung des sich nach dem Einzelfall Bestimmenden gegeben; so S. 535: *pena l. librarum puri auri etc. prout in forma*. Dabei scheint die Formel nach Anfangsworten oder Inhalt wohl eine bestimmte Bezeichnung gehabt zu haben, die dann in lateinischer Fassung auch in deutschen Urkunden verwandt wurde. So heißt es etwa S. 623: *mandat omnibus principibus, baronibus etc. ut non impediatur, etc.*, und S. 542, vgl. 503: *und gebieten darumb allen fursten etc. prout in forma scribitur: ut non impediatur*. Wie denn überhaupt auch in den deutschen Urkunden alles, was in der Reinschrift anders auszuführen war, lateinisch bemerkt ist, sei es, weil das dem Konzipienten geläufiger war, sei es, um den Reinschreiber um so bestimmter auf die nöthige Ausführung hinzuweisen. Daß das alles nur einem nicht vollständig ausgeführten Konzept, nicht aber einer Kürzung nach der bereits ausgeführten Urkunde entspricht, bedarf kaum einer weitem Erörterung.

Es sind nun aber nicht bloß einzelne Formeln abgekürzt, sondern bei vielen Urkunden ist vom Texte lediglich angegeben, für wen sie ausgestellt sind und was demselben bewilligt wurde. Aber auch das sind schwerlich bloße Auszüge ausgefertigter Urkunden. Man sieht vielmehr, daß es sich um Fälle handelt, bei welchen dem Reinschreiber jene Angaben durchaus genügen konnten, wenn ihm außerdem ein allgemeines Formular für den Text zur Hand war. Und auf dieses ist nicht selten ausdrücklich hingewiesen. Es heißt etwa S. 398: *legitimus est J. de L. de soluto genitus, ut in forma*; S. 48: *item data est eisdem generalis confirmacio, ut in forma consueta*; oder S. 636: *prout in forma communi cum omnibus clausulis*; vgl. S. 43. 101. 108. 494. 598. 629.

Ich zweifle demnach in keiner Weise, daß uns hier Abschriften der Konzepte erhalten sind und zwar wesentlich in derselben Form, wie sie den Reinschreibern als Vorlage dienten. Die von sehr verschiedenen Konzipienten gefertigten Originalkonzepte werden allerdings nicht unmittelbar in ein Buch eingetragen sein. Dieses muß entstanden sein aus Abschrift der Einzelkonzepte, wobei dann die häufigen Verweisungen mit *ut supra* vom Abschreiber herrühren müssen, da sie Vorliegen in zusammenhängender Reihe voraussetzen; wie denn auch sonst, was für unsere Zwecke nicht gerade ins Gewicht fällt, manche Abkürzungen

nur vom Abschreiber vorgenommen sein mögen. Gegen Vorliegen von Originalkonzepten spricht auch das Fehlen von Korrekturen; weiter wurde bereits § 21 darauf hingewiesen, daß Schreibfehler vorkommen, wie sie sich nur bei Abschrift zu ergeben pflegen; auch bei einer der oben verglichenen Datirungen ist nach Ausweis des Itinerar das *Mathei* Schreibfehler statt des *Mathias* der ausgefertigten Urkunde; wir werden noch wiederholt Gelegenheit haben, auf solche Ungenauigkeiten des Registrum hinzuweisen. Solche Konzeptbücher, in welche zunächst die Entwürfe eingetragen wurden, welche dann erst ins Reine geschrieben wurden, haben sich ja auch aus der päpstlichen Kanzlei erhalten, vgl. Archiv der Gefellsch. 5,345; sie scheinen auch wohl so hergestellt zu sein, daß man die Originalkonzepte in ein Buch einklebte, vgl. Dudik Iter Romanum 2,72. Sie mögen zuweilen die einzige Art der Registrierung der Urkunden gewesen sein und für die Zwecke aufbewahrt sein, welchen sonst die eigentlichen Regestenbücher dienen sollten; es stand dem kaum etwas im Wege, wenn nur genau bemerkt war, welche Stücke nicht ausgefertigt waren, wie das allerdings in jenem Konzeptbuche mehrfach der Fall ist, ohne daß freilich, wie wir sahen, genügende Bürgschaft dadurch geboten war. Und gerade für K. Karl wird nicht zu bezweifeln sein, daß die eigentliche Registrierung nach den Originalen erfolgte; denn auf diesen sind nicht selten der Korrektor und Registrator ausdrücklich angegeben, was sich doch nur auf die Reinschrift beziehen kann; findet sich in dem Registrum bei Glasfey nie eine solche Bemerkung, während insbesondere die nur zum Theil in die Originale übergegangenen Notizen über den Beurkundungsbefehl, vgl. § 199, regelmäßig aufgenommen sind, so ist das ein weiterer Beweis, daß uns hier nur Abschriften von Konzepten vorliegen. Die erhaltenen Reichsregistraturbücher des fünfzehnten Jahrhunderts zeigen denn auch eine wesentlich andere Gestaltung, vgl. Chmel Reg. Rup. 187 ff.; nur Titel und Promulgation sind häufig, aber auch nicht immer gekürzt, übrigens die Urkunden ganz vollständig ausgeführt. Mag in der päpstlichen Kanzlei das Vorgehen bei der Registrierung nicht immer ein und dasselbe gewesen sein, so scheint man als regelmäßigen Gang doch den betrachtet zu haben, daß die ausgefertigten Originale in die Registratur gebracht, hier abgeschrieben, dann die Abschriften mit den Originalen kollationirt, endlich die Originale mit einem bezüglichen Vermerk versehen wurden; vgl. Dudik Iter Romanum 2,73.

Wie das aber für das Regest K. Karls zweifellos nicht zutrifft, so wird doch auch für das, was sich aus älterer Zeit von Regestenbüchern der Reichskanzlei erhalten hat, zu erwägen sein, ob da nicht ähnliche Verhältnisse eingreifen, zumal es nach dem § 180 Bemerkten sehr ungewiß ist, ob früher in der Reichskanzlei vollständige Regestenbücher geführt wurden. Die beiden Stücke der Registratur K. Ludwigs IV., welche Oefele Scr. Boic. 1,735 ff. 755 ff. veröffentlichte, vgl. Böhmer Reg. Lud. vii., zeigen einen wesentlich anderen Charakter, als das Re-

207] gistrum K. Karls, ohne doch auch wieder den spätern Reichsregistraturbüchern zu entsprechen. Einfache Abschriften von Konzepten liegen uns hier zweifellos nicht vor. Denn nur zum Theil haben die Aufzeichnungen die Form der Urkunde; zumal in dem ersten Stücke hat der Registrator sich auf Notizen über den Inhalt der Urkunde mit Zufügung des Datum beschränkt, welche wohl dem Zwecke des Regestes genügen konnten, aber als Vorlage für den Reinschreiber nicht ausreichten. Doch haben wir auch in diesen Notizen nicht etwa Akte zu sehen, nach welchen erst später geurkundet wurde; es sind Auszüge aus bereits vorliegenden Urkundentexten; Ausdrücke, wie *harum testimonio litterarum* oder *a data presentium litterarum*, insbesondere der Umstand, daß vom Könige in der Regel zwar in der dritten, dann aber doch nicht selten auch in der ersten Person die Rede ist, lassen darüber keinen Zweifel. Ob nun vom Registrator zunächst nur die Konzepte benutzt wurden, ist zweifelhafter. Die Abkürzungen der Formeln, wie sie sich auch hier finden, könnten immerhin erst vom Registrator vorgenommen sein. Wenigstens vereinzelt, so S. 768, ist die Urkunde ganz vollständig ausgeführt, wie das im Konzepte kaum der Fall gewesen sein dürfte. So weit ich sehe, findet sich nichts, von dem anzunehmen wäre, daß es wohl im Konzepte, nicht aber in der Reinschrift so gestanden haben dürfte; und für unsere Zwecke sind deshalb diese Stücke von ungleich geringerer Bedeutung. Möchte ich trotzdem annehmen, daß wenigstens vielfach dem Registrator zunächst das Konzept vorlag, so läßt sich dafür geltend machen, daß auch in deutschen Urkunden die Anfangsworte einzelner Schlusformeln und insbesondere die Datirung überwiegend lateinisch gegeben sind, während die Originale sie deutsch enthielten; dürfen wir wenigstens für die Kanzlei K. Karls IV. nach dem Bemerkten nicht bezweifeln, daß die Konzepte lateinisch datirt wurden, so scheint das auch hier sehr bestimmt auf Konzepte hinzuweisen, da die Rückübertragung durch den Registrator doch wenig wahrscheinlich ist. Weiter aber finden wir mehrfach Urkundentexte ohne Datirung. In den Originalen dieser Zeit ist diese durchweg sogleich vom Reinschreiber eingetragen, während der Registrator sie schwerlich fortließ, wenn sie ihm überhaupt schon vorlag. Dagegen wurde den Konzepten, wie wir später genauer nachweisen werden, die Datirung in der Regel erst später zugesügt, wie sich das auch insbesondere bei einzelnen Konzepten ergibt, welche in das Registraturbuch K. Ludwigs eingestrichet sind. So überzeugte ich mich bei flüchtiger Durchsicht desselben, daß den auf einzelnen Pergamentblätter geschriebenen Stücken Reg. Lud. 473—78, Böhmer Acta 490 ff., welche Konzepte sein werden, so weit sie überhaupt die Datirung haben, diese nachträglich zugeschrieben ist, und zwar auch lateinisch, während die Texte deutsch sind. Das Fehlen der Datirung möchte sich daher am leichtesten durch die Annahme erklären, daß hier vereinzelt nach noch undatirten Konzepten registriert wurde.

Wichtiger ist für unsere Zwecke, daß mir das ganz allgemein bei dem erhaltenen Stücke des Regest K. Friedrichs II. der Fall gewesen zu sein scheint. Um sich davon zu überzeugen, muß man freilich die Ausgabe von Carcani zur Hand nehmen, welche sich genau an die Handschrift anschließt. Denn Huillard hat in willkürlichster Weise alles verwischt, was dem Stücke gerade für unsere Zwecke besondere Bedeutung verleiht, um die einzelnen Mandate in die Form zu bringen, welche sie seiner Ansicht nach vollständig ausgeführt gehabt haben dürften. Die Schwierigkeiten, denen er dabei begegnete, die Abweichungen von der Vorlage, die er sich dabei erlauben mußte, weisen deutlich genug darauf hin, daß diese schwerlich auf den Reinschriften beruhen kann. Denn abgesehen davon, daß der Registrator diesen nicht alles Angeführte hätte entnehmen können, hätte derselbe die ihm vorliegenden ausgeführten Urkunden in eine wesentlich andere Form gebracht, ohne daß dabei irgend ein Zweck ersichtlich wäre.

Vor allem fehlt in der Handschrift, von ganz vereinzelt Ausnahmen abgesehen, den Mandaten die Datirung an der gewöhnlichen Stelle am Ende; sie schließen zuweilen mit abgekürzten Schlusformeln ohne jede Andeutung der Datirung, häufiger mit *datum.* oder *datum etc.* Das aber ist hier um so auffallender, als die sachlichen Angaben der Datirung nicht überhaupt fehlen, sondern sich an andern Orte finden. Einmal findet sich am Kopfe jeder Seite eine für alle auf derselben geschriebenen Mandate gültige Angabe von Monat und Ort, so etwa *madio in Orta*, was dann, wenn ein Stück auf die folgende Seite übergreift, am Rande wiederholt wird; selten ist auch der Tag angegeben, wie etwa *ultimo octubris ante pontem Placentie*. Die Tagesangabe findet sich vielmehr regelmäßig am Eingange jedes Mandates; am häufigsten nur die einfache Tagesziffer, oder auch *iii. eiusdem*, oder *iii. madii*, zuweilen mit Zufügung der Indiktion, vereinzelt auch wohl mit Wiederholung des Ortes; bei Mandaten desselben Tages sind dann Zurückverweisungen mit *eodem*, *eodem die*, *ibidem et eodem* sehr gebräuchlich. Der Tagesangabe schließen sich weiter unmittelbar die § 198 besprochenen Bemerkungen über den Beurkundungsbefehl an, mit welchen in der Regel auch die Nennung des Adressaten unmittelbar verbunden ist; es heißt etwa: *de imperiali mandato facto per mag. P. de Vineia scripsit Petrus de Capua Riccardo de Pulcaro*, oder auch in noch engerer Verbindung *ad Riccardum de P. scripsit Petrus de Capua*. Auch bei diesen Angaben finden sich zahlreiche Zurückverweisungen; so ist etwa Carcani 355 (Huillard 5,782) die gesammte Ueberschrift mit: *eodem die, ibidem, de eodem mandato scripsit idem ad eundem*, gegeben. Dann folgt sogleich der Text, so daß der Aussteller in der Regel gar nicht genannt ist; nur bei offenen Briefen heißt es gewöhnlich *Fr. etc. Notum facimus* u. f. w.; feltener sind auch bei geschlossenen Aussteller und Empfänger in der Stellung, welche sie in dem ausgefertigten Stücke einzunehmen hatten, angedeutet; etwa: *Fr. etc. Henrico Abbati etc.*

207] Es wird doch kaum einer weitem Ausführung bedürfen, wie ganz unwahrscheinlich einer solchen Gestaltung gegenüber die Annahme sein muß, der Registrator habe die ausgefertigten Reinschriften vorliegen gehabt. Jede Abkürzung würde sich auch dann erklären; aber was hätte ihn veranlassen können, Adresse und Datirung in ganz andern Zusammenhang, als den ihm vorliegenden, zu bringen und mit den Notizen über den Befehl, welche er der Reinschrift überhaupt nicht entnehmen konnte, zu einer Ueberschrift zu verbinden? Es wird das noch auffallender dadurch, daß ausnahmsweise der offene Brief Carcani 326, Huillard 5,694, wirklich erst nach der Reinschrift eingetragen zu sein scheint; denn es heißt in der Ueberschrift, daß er am 23. Januar geschrieben, aber erst am 26. zum Siegeln übergeben sei; daß er erst bei dieser Gelegenheit registriert wurde, ergibt sich auch dadurch, daß er im Regest erst auf die Mandate vom 24. und 25. Januar folgt. Dieses Stück nun hat ausnahmsweise am Schlusse eine vollständig ausgeführte Datirung vom 23. Januar; um so sicherer werden wir schliessen dürfen, daß den Vorlagen, nach welchen in der Regel registriert wurde, die Datirung in gewöhnlicher Form noch fehlte. Es deutet hier alles auf dieselben Verhältnisse, wie bei dem Konzeptbuche K. Karls IV.; von sehr verschiedenen Notaren herrührende Stücke sind zu einer Reihe vereinigt; während sich Abschreibebefehle finden, fehlen Korrekturen; sind einige Stücke kassiert, so ist das sichtlich nicht geschehen, weil sie als nicht genügend unausgefertigt blieben, sondern weil die Ausfertigungen aus diesem oder jenem Grunde nicht verwandt wurden, worauf wohl die beigefügten Bemerkungen deuten; so besonders deutlich Huillard 3,636: *cassate sunt, quia non fuerunt assignate, sed restitute in camera salvo sigillo*. Ich möchte auch hier annehmen, daß die Einzelkonzepte der Notare zunächst in der hier vorliegenden Weise mit manchen Kürzungen registriert, dann erst ausgefertigt wurden. Wurden dann noch sehr häufig den einzelnen Stücken später Bemerkungen über den Uebring, über Neuausfertigungen und dergleichen zugesügt, während sich, so weit ich mich der nur flüchtig eingesehenen Handschrift entsinne, kein entsprechender Unterschied der Hand oder Dinte zeigt, so wird uns eine Abschrift der Originalregesten vorliegen. Dagegen scheint mir kein ausreichender Grund für die Annahme Huillards zu sein, es handle sich nur um einen gekürzten spätern Auszug aus größeren Regesten; die Stellen, auf welche er 5,839,927 hinweist, ergeben doch nur, daß hier allerdings nicht alle Stücke auch nur der sizilischen Kanzlei aufgenommen sind und noch ein allgemeineres Regest bestand. Daß die überhaupt aufgenommenen Stücke vorher schon in anderer Form registriert waren, ist ganz unwahrscheinlich; unklar freilich, was die Vereinigung gerade dieser bestimmte; möglich, daß dafür die Ausfertigung durch diesen oder jenen Reinschreiber maßgebend war. Wollen wir den Ausdruck Regesten auf die nach den vollständig ausgefertigten Urkunden gemachten Abschriften beschränken, so würde nach dem Ge-

sagten auch das Regest K. Friedrichs wohl nur als Konzeptbuch zu bezeichnen seien.

206. Ist die § 205 erörterte Annahme richtig, daß die Kanzleifeisungen, welche sich auf einzelnen als Vorlagen benutzten Stücken finden, nicht für den Reinschreiber, sondern für den Konzipienten bestimmt waren, so waren wenigstens in den besprochenen Fällen zwei Kanzleibeamte thätig, einer, der die Weisung gab, wie das Konzept auszuführen sei, ein zweiter, der es fertigte. Es folgte dann aber zweifellos in der Regel wohl noch eine Durchsicht und Korrektur des Konzepts durch den höheren Beamten.

Unmittelbar ergibt sich das bei manchen der aus der Kanzlei K. Heinrichs VII. erhaltenen Schriftstücke. Feierliche Privilegien sind wohl vom Kanzler rekognoszirt; aber es zeigt sich nicht die geringste Spur, daß er an der Konzipirung noch irgend theilhaftig war, wie das in früheren Zeiten wohl erweisbar ist, vgl. Sickel Acta 1, 127. Dieselbe erscheint zunächst als Aufgabe des Bernard de Mercato, der vereinzelt Protonotar heißt, sonst Notarius regalis camere, und dem mehrere andere Notare zur Seite stehen; vgl. Acta Henr. 2, xiv. Die erhaltenen Konzepte sind theilweise von ihm selbst, theilweise von andern Notaren geschrieben, dann aber von Bernard korrigirt. Von der Sentenz gegen Brescia haben sich zwei verschiedene Entwürfe erhalten, Acta Henr. 2, 16. 19; der eine ist dann wirklich so, wie ihn der Protonotar korrigirte, ausgefertigt worden, Böhmer Acta 445.

Fehlen uns für frühere Zeiten die Konzepte selbst, so läßt sich doch nicht selten an den Diplomen selbst erkennen, daß denselben ein Konzept vorgelegen haben muß, welches, von einem der Notare entworfen, dann vom Kanzler oder einem andern höhern Kanzleibeamten durchgesehen wurde. In St. 2046, M. B. 29, 39, tradiren 1033 der Kaiser und seine Gemahlin etwas an Wirzburg *cum consensu dilecti filii nostri Heinrichi regis nec non cum manu advocati scilicet filii sui ducis Heremanni*. Es dürfte hier offenbar nur *advocati sui* heißen; der sinnlose Text wird sich doch daraus ergeben haben, daß jemand im Konzepte zu *sui*, um es zu erläutern, *scilicet filii* hinzufügte, was dann der Reinschreiber gleichfalls abschrieb. In derselben Urkunde macht dann auch der Satz *nec non singulariter et nominatim — videntur* den Eindruck, daß er erst einem fertigen Entwurfe zugefügt wurde.

Insbesondere macht sich aber dieses Verhältniß dadurch bemerklich, daß sich in den Urkunden sehr häufig Angaben an Orten finden, an welche sie dem ganzen Zusammenhange und der sonst üblichen Gliederung des Textes nach nicht gehören und an welchen sie sich nicht finden würden, wenn sie sogleich beim Konzipiren berücksichtigt wären. Wir werden dieselben später genauer zu besprechen haben. Finden wir dabei nicht etwa Grund zu der Annahme, daß sie dem Konzepte überhaupt gefehlt haben, erst in der Reinschrift zugefügt wurden, so haben wir sie zweifellos als Zusätze zu betrachten, welche der prüfende Kanz-

208] leibeamte dem Konzepte zufügte und deren unpassende Stellung sich dann daraus erklärt, daß der Reinschreiber die Verweisungszeichen nicht genügend beachtete oder schon der Korrektor nicht Sorge trug, sie gerade am passendsten Platze einzureihen.

209. Eine für unsere Zwecke überaus wichtige Frage ist nun die nach dem ursprünglichen Umfange des Konzeptes. Es wird sich da nicht um das Konzept schlechtweg handeln. In dem Zustande, in welchem es dem Reinschreiber vorlag, enthielt dasselbe, wenigstens wenn wir das Regest K. Karls IV. als maßgebend betrachten, die Urkunde ihrem ganzen Umfange nach, wenn auch mit Abkürzungen; es enthielt insbesondere auch die Datirung. Aber einmal wird das nicht auch für frühere Zeiten maßgebend sein müssen. Dann aber kommt ein Anderes in Frage. Das endgültige Konzept muß nicht gerade an einem Zeitpunkte entstanden sein; es ist doch denkbar, daß es ursprünglich nicht alle Bestandtheile der Urkunde enthielt, erst nachträglich zum Gebrauche des Reinschreibers ergänzt wurde. An jenem Regest können wir das freilich wenigstens unmittelbar nicht prüfen, da uns nur Abschriften der Konzepte vorliegen. Ergibt sich aber für frühere Zeit, daß einzelne Bestandtheile der Urkunden selbst in den Reinschriften wohl erst nachträglich zugesüßt wurden, welche in solchen Fällen also dem Konzepte überhaupt gefehlt haben dürften, so liegt der Gedanke gewiss nahe, daß, wenn auch die Urkunde selbst vom ersten bis zum letzten Worte von ein und demselben Schreiber anscheinend in einem Zuge gefertigt ist, wenigstens dem Konzepte einzelne Bestandtheile erst später zugesüßt wurden. Für unsere nächsten Zwecke fassen wir nur den ursprünglichen Bestand des Konzeptes ins Auge; ob dann das, was ihm ursprünglich fehlte, später im Konzepte nachgetragen, oder überhaupt erst in der Reinschrift zugesüßt wurde, können wir zunächst unbeachtet lassen.

Sehen wir dabei von den für die älteren Diplome ohnehin nicht in Betracht kommenden Zeugen vorläufig ganz ab, deren Behandlung wir gefondert erörtern werden, so werden wir in jener Richtung gewiss in erster Reihe den Unterschied von Text und Protokoll ins Auge zu fassen haben. Daß hier eine verschiedene Behandlung Platz griff, muß von vornherein wahrscheinlich sein. Denn nur für den Text war ein dem bestimmten Einzelfall entsprechendes Konzept nöthig. Das Protokoll war von diesem unabhängig, wenigstens dann, wenn sich Ort und Tag der Regel entsprechend nicht auf die Handlung, sondern auf die Beurkundung bezogen; gerade diese Angaben hätte man ja wenigstens dann ohnehin nicht sogleich in das Konzept eintragen können, wenn für dieselben erst ein späterer Zeitpunkt der Beurkundung maßgebend war. Für die sich durch längere Zeit gleichbleibenden Formeln des Protokoll aber hatte der Reinschreiber keine besondere Vorlage nöthig; er mochte, wenn er sie nicht aus dem Gedächtnisse schrieb, sich an eine allgemeine, für alle Urkunden brauchbare Vorlage halten. Solcher Behandlung

entspricht ja auch, daß die Formulare das Protokoll überhaupt unberücksichtigt lassen, in der Regel auch das nicht angeben, was vom Protokoll auf alle nach ihnen zu fertigenden Fälle gepaßt hätte, aber freilich auch auf alle anderartigen Fälle, so daß es überflüssig gewesen wäre, es beizufügen. Diese Erwägungen müssen gewiß die Vermuthung nahe legen, daß die Konzepte zunächst nur den Text umfaßten, ihnen also insbesondere auch die Datirung ursprünglich fehlte.

210. Prüfen wir nun, ob die ausgesprochene Vermuthung sich bestätigt, so wird zunächst der Umfang der erhaltenen Konzepte zu beachten sein. Haben wir solche nur aus der Kanzlei K. Heinrichs VII., so thut es allerdings ihrer Verwendbarkeit für unsere Zwecke Eintrag, daß es sich um italienische Sachen handelt und um Formen der Beurkundung, welche von den in der deutschen Reichskanzlei üblichen vielfach abweichen. Im allgemeinen aber sprechen sie durchaus für unsere Annahme.

Allerdings finden sich vom ersten Hofnotar korrigirte Konzepte, in welchen von der Hand des Textes unter Actum Ort, Zeugen und Zeit zugefügt sind. So Acta Henr. 2,23, wo die Ueberschrift *factum semel pro marchione* bestimmter ergibt, daß danach eine Verbriefung für den Markgrafen von Montferrat gefertigt wurde. Aber das Konzept hat nicht die Form einer Königsurkunde, sondern eines Aktes, so daß ein Notariatsinstrument danach gefertigt sein wird. Für Instrumente aber, auch wenn sie eine Willensäußerung des Königs bekunden, stellt sich der von uns betonte Umstand ganz anders. Die auf die Handlung bezüglichen Angaben von Ort und Zeit gehören hier zum Texte; als Konzept des Textes haben wir den Akt oder die Imbreviatur zu betrachten, vgl. § 184; dem Protokoll würde sich nur etwa die im Instrumente hinzukommende Unterfertigung des Notar vergleichen lassen.

Sehen wir aber auf die in Form eines Zeugnisses des Königs selbst gefaßten Stücke, so finde ich keines, welches sich bestimmt als Konzept kenntlich machte, und dennoch eine von derselben Hand zugefügte, auf die Reinschrift berechnete Datirung hätte, auf welche sich hier das Schlufsprotokoll durchweg beschränkt. Findet sich eine solche, so etwa a. a. O. 2,52 in dem Rundschreiben über die Kaiserkrönung, wo allerdings denkbar wäre, daß die nach der Handlung bestimmte Datirung, vgl. § 111, sogleich im Konzepte zugefügt wurde, so haben wir da zweifellos nicht ein Konzept vor uns, wie denn auch alle Korrekturen fehlen, sondern eine nachlässig gefertigte Abschrift, welche als Formular zurückbehalten sein dürfte, worauf schon die vom Hofnotar zugefügte Ueberschrift *forma litterarum coronationis* deutet.

Um ein zweifelloses Konzept handelt es sich dagegen bei den Verordnungen des Königs über das Münzwesen a. a. O. 2,29. Hier sind vom Konzipienten selbst am Schlusse die Angaben Anno 1312, Tag, Ort, Anwesende zugeschrieben. Aber es wird doch zu beachten sein, daß diese Angaben in dieser Form nicht in die Reinschrift einer Königsur-

210] kunde übergehen konnten, daß sie noch einer geänderten Fassung bedurft hätten, demnach auch gar nicht ersichtlich ist, ob diese sich auf die Handlung beziehenden Notizen überhaupt für die Reinschrift bestimmt waren.

In den übrigen Konzepten fehlen die dem Schlussprotokolle entsprechenden Angaben. So auch in der andern Verordnung über das Münzwesen a. a. O. 2,96. Von dem Urtheile gegen Brescia liegen uns zwei Konzepte des Urtheils selbst ohne alle Datirung vor, a. a. O. 2,16. 19, von welchen das eine für die Beurkundung maßgebend wurde; nur die Ausfertigung selbst, Böhmer Acta 445, hat den auf die Umstände der Publikation bezüglichen Schlusssatz. Für diesen mag dem Reinschreiber eine besondere Vorlage gegeben sein. Aber ein anderer Fall zeigt, daß solche Ergänzungen auch wohl im Konzepte nachgetragen wurden. Das Konzept der Kassation der Verträge zwischen Genua und Sizilien a. a. O. 2,110, ist vom ersten Hofnotar korrigirt und ihm dann von dessen Hand ein Schlusssatz mit den Angaben über Zeit und Ort der Publikation zugefügt. Freilich handelt es sich in diesen Fällen um besondere Formen der Beurkundung.

Dem schließt sich dann an, was sich sonst aus der Reichskanzlei von Konzepten erhalten hat. Schon § 207 wurde bemerkt, daß in Konzepten von Urkunden K. Ludwigs IV. die Datirung erst später zugefügt ist. Und ebenda wurde insbesondere auch aus dem Umstande, daß im Regest K. Friedrichs II. die Datirung an gewöhnlicher Stelle noch fehlt, geschlossen, daß in demselben keine Reinschriften, sondern nur Konzepte abgeschrieben seien.

Auch in dem, was mir aus andern Kanzleien aus späterer Zeit von Konzepten bekannt geworden ist, fehlt die Datirung; so etwa im Konzeptbuche des Rudolf Löffle zu Darmstadt, vgl. Böhmer Acta 744 ff.

Das Eingangsprotokoll scheint verschieden behandelt zu sein. Da es dem Reinschreiber ohnehin bekannt war, mochte man es ganz fortlassen. Im Regest K. Friedrichs II. fehlt ganz überwiegend die Angabe des Ausstellers. Von einer Urkunde des Erzbischofs von Mainz von 1185, Stumpf Acta 542, hat die Ausfertigung selbst Invokation und Bezeichnung des Ausstellers, während in dem erhaltenen Konzepte jede Andeutung fehlt. Am gebräuchlichsten scheint es gewesen zu sein, den Eingang kurz anzudeuten. So im Regest K. Friedrichs II. mit *Fr. etc.*, wenn der Aussteller überhaupt erwähnt ist; in den § 207 erwähnten Konzepten K. Ludwigs IV. mit *Wir Lud. etc.*; im Regest K. Karls IV. heisst es immer: *Wir Karl etc.* oder *In nomine sancte etc. Karolus etc.* Dagegen ist das sich auf Namen und Titel des Ausstellers beschränkende Eingangsprotokoll in den Konzepten der Kanzlei K. Heinrichs VII. immer vorhanden, abgesehen von dem einen Entwurfe des Urtheils gegen Brescia. Das stimmt damit, daß diese Konzepte überhaupt vollständiger ausgeführt sind, Abkürzungen in ihnen fehlen. Wollte man dem Reinschreiber überhaupt auch für das Eingangsprotokoll eine Vorlage geben,

so stand natürlich nichts im Wege, dasselbe sogleich dem Konzepte des Textes zuzufügen.

211. Das gewonnene, an und für sich dürftige Ergebniss wird uns für die Verhältnisse früherer Zeit nicht genügen können. Beim Fehlen von Konzepten sind wir darauf hingewiesen, nach Haltpunkten in den Ausfertigungen selbst zu suchen, welche uns ein Urtheil über den Umfang des Konzeptes erlauben.

Dass wir in Einzelfällen Vorhandensein des Protokoll im ursprünglichen Konzepte anzunehmen haben, wird keinem Zweifel unterliegen. Gleichheit der Fassung bei Text und Protokoll kann da freilich für Einzelfälle nichts erweisen, weil die Formeln des letztern zu dürftig und ständig sind, um eine individuelle, dem Texte entsprechende Fassung erkennen zu lassen. Wohl aber würde sich jenes ergeben, wo sich nachweisen liesse, dass eine Vorurkunde gleichmässig auf Text und Protokoll eingewirkt habe, obwohl für beide ein Konzept gefertigt wurde.

Allerdings wird bei den Vorurkunden häufig anzunehmen sein, dass sie selbst unmittelbar als Konzept verwandt wurden, wie das bei ungeänderten Neuausfertigungen auf der Hand liegt, während doch auch sonst die vorliegende Urkunde gewiss oft durch Vornahme der nöthigen Aenderungen selbst zum Konzept umgestaltet wurde. Dann lag dem Reinschreiber jedenfalls ein vollständiges Protokoll vor; und dass sich aus diesem Umfande bei ungenügender Aenderung die verschiedensten Widersprüche ergeben konnten, wurde § 166 ff. 177. 181 nachgewiesen. Mindestens kann es bei solchem Vorgehen nicht auffallen, wenn wenigstens die Fassung des Protokoll sich genau der Vorlage anschliesst, auch wenn die thatsächlichen Angaben entsprechend geändert sind.

Häufig wurden aber gewiss auch bei der Benutzung von Vorurkunden Konzepte ganz neu gefertigt. Wo das zutrifft, würde sich bei Richtigkeit unserer Vermuthung kein Einfluss auf das Protokoll zeigen dürfen. Denn es ist natürlich nicht anzunehmen, dass man, nachdem die Vorurkunde für das Konzept des Textes verwerthet war, nun nochmals für die Fassung des nachträglich zuzufügenden Protokoll auf sie zurückgriff. Es wurde denn auch schon § 177 darauf hingewiesen, dass häufig bei engstem Anschlusse des Textes doch das Protokoll von der Vorurkunde durchaus unbeeinflusst blieb. Aber ebenda wurden doch auch entgegengesetzte Fälle aufgeführt; und wenigstens bei einzelnen ist nicht zu bezweifeln, dass das Protokoll nicht einfach unter Aenderung des Thatsächlichen abgeschrieben, sondern dass es für den Einzelfall, aber unter Einfluss der Vorlage konzipirt sein muss. So insbesondere bei Reg. Ott. IV. 37 von 1208, wo die Fassung des Actum nur auf die Vorurkunde zurückgehen kann, während doch wieder die Fassung des Datum ganz von dieser abweicht, sich dem Brauche der Zeit anschliesst. Auch beim Fall Reg. Rud. 24 von 1273 wird ein entsprechender Sachverhalt anzunehmen sein. Und so wäre es immerhin möglich, dass auch

211] Konzepte, welche ohne Vorlage neu gefertigt wurden, vereinzelt sogleich auf das Protokoll ausgedehnt wurden.

212. In andern Fällen wird nur Vorhandensein der Datirung im ursprünglichen Konzepte anzunehmen sein. In dieser Richtung ist zu beachten, daß die Annahme, das Protokoll habe dem ursprünglichen Konzepte gefehlt, zunächst dadurch wahrscheinlich wird, daß die Zufügung der allgemeinen Formeln des Protokoll überflüssig erscheinen konnte, die tatsächlichen Angaben desselben aber, insbesondere Ort und Zeit, bei Fertigung des Konzeptes wohl noch ungewiß waren, da sie sich doch aller Wahrscheinlichkeit nach erst durch eine spätere Stufe der Beurkundung bestimmten. Wenigstens dieser letzte Grund entfiel aber, wenn die Datirung nach der Handlung bestimmt wurde, wie das doch auch in Königsurkunden nicht selten der Fall war. Dann mußte der Reinschreiber wenigstens für die Datirung eine auf den Einzelfall bezügliche Vorlage haben. Hatte nun der Konzipient ohnehin einen Akt vorliegen, der die bezüglichen Angaben enthielt, so war es gewiß am einfachsten, wenn er sogleich aus dem Akte Zeit und Ort der Handlung im Konzepte zufügte und damit ein nochmaliges Zurückgehen auf den Akt überflüssig machte, während er die Zufügung von Signum und Rekognition auch dann dem Reinschreiber überlassen konnte. Das mochte geschehen, weil man im Einzelfalle Gewicht auf die Beibehaltung der Daten der Handlung legte. Es konnte aber auch mehr zufällig geschehen, indem der Konzipient die im Akte vorliegenden Daten aufnahm, ohne daß das gerade seine Aufgabe gewesen wäre.

So naheliegend ein solches Vorgehen scheinen muß, so wird es sich doch selbst in solchen Fällen, wo die Beziehung der Datirung auf die Handlung keinem Zweifel unterliegen kann, nicht bestimmter erweisen lassen, so lange das Protokoll regelmäßig gestaltet ist; so unwahrscheinlich das sein mag, so ist es doch immerhin möglich, daß man erst nachträglich bei Zufügung des Protokoll die Daten unmittelbar dem Akte entnahm. Bestimmter aber scheint es sich in manchen Fällen zu ergeben, wo sich im Protokoll Unregelmäßigkeiten zeigen, welche durch Annahme solchen Vorgehens am leichtesten ihre Erklärung finden.

In St. 2904, Böhmer Acta 64, heißt es unmittelbar nach dem Texte: *anno d. i. 1090, ind. 13, actum est apud castrum Rivalte, 6 kal. iulii; in dei nomine feliciter, amen.* Dann folgen Signum und Rekognition und weiter nochmals dieselbe Datirung. Das erklärt sich doch am einfachsten durch die Annahme, daß nur die Datirung schon im Konzepte dem Texte zugefügt war, der Reinschreiber sie ebenso abschrieb, ohne daran zu denken, daß Signum und Rekognition vorher einzutragen waren, sie dann aber an der gewöhnlichen Stelle nochmals wiederholte. Auf Datirung nach der Handlung deutet hier schon die ungewöhnliche Fassung unter Actum.

In St. 3465, Cod. Anhalt. 1,222, folgt auf den Text zunächst: *hec autem acta sunt Wirzeburc, regnante Cunrado — rege, anno regni*

eius 7, presentibus — et aliis quam plurimis; dann Rekognition und Signum, endlich *data Wirzeburc, anno i. d. 1144, ind. 6, 7 kal. maii*. Schon die ganze Fassung deutet darauf hin, daß die erste Datirung nach der Handlung dem Akte entnommen ist. Bei selbstständiger einheitlicher Konzipirung würde sich die Datirung sicher nicht so gestaltet haben. Die erste wird sogleich vom Konzipienten des Textes zugefügt und vielleicht nur darauf berechnet sein, für die Vervollständigung des Protokollens als Weisung zu dienen; sie wurde nun wörtlich abgeschrieben, aber bei Zufügung der Datirung an gewohnter Stelle so weit berücksichtigt, daß man zwar den Ort, nicht aber die Regierungsjahre nochmals wiederholte.

Ähnliche Fälle werden wir noch oft zu besprechen haben, bei denen anzunehmen ist, daß nur ein Theil der Datirung, der Handlung entsprechend, sich schon im ursprünglichen Konzepte fand. Das konnte um so näher liegen bei Jahr und Ort, wenn anzunehmen war, daß diese zunächst nach der Handlung bestimmt, doch auch der Beurkundung entsprechen würden, was dann möglicherweise, zumal bezüglich des Ortes, vielleicht nicht mehr zutraf. Es ist weiter denkbar, daß die vollständige Datirung nach der Handlung in das Konzept überging, dann aber gemäß der Beurkundung umgestaltet wurde, während das aus Nachlässigkeit nicht durchgreifend geschah. So bieten sich hier manche Möglichkeiten, welche geeignet sind, die auf den ersten Blick so sehr auffallende, § 117 ff. besprochene Erscheinung zu erklären, daß die Angaben einer anscheinend einheitlichen Datirung sich häufig bei näherer Prüfung als theils der Handlung, theils der Beurkundung entsprechend erweisen.

213. Finden wir so einerseits Fälle, daß schon das ursprüngliche Konzept das Protokoll oder doch Theile desselben enthielt, so scheint in andern die Sachlage wohl auf eine Beschränkung des ursprünglichen Konzept auf einen Theil des Textes zu deuten. Es sind uns Urkunden wohl auf einer Vorstufe erhalten, die noch nicht den gesamten Text, sondern nur den sachlich bedeutsamen Inhalt desselben, diesen aber schon in der wörtlichen Fassung der Urkunde enthält.

Nach einem Instrumente im Liber poteris zu Brescia wurde 1192 Juni 23 im Gemeindepalaste zu Brescia folgendes Stück verlesen: *Hec est cartula pacti et concordie domni Henrici Romanorum et Brixien-sium, que sic incipitur et legitur: Nos Henricus dei gratia Romanorum imperator. Confirmamus Brixiensibus omnes concessioniones, quas in tenore pacis eis fecimus. Insuper u. s. w. bis et renovabunt singulis decenniis hoc sacramentum etiam illi, qui fecerunt, si requisiti fuerint*. Es wurden dann Genannte bevollmächtigt, zum Kaiser zu gehen und das Abkommen nach jenem Wortlaute abzuschließen, wenn nicht etwa auch noch ein angegebener Zusatz zu erreichen sei. Vergleichen wir nun damit das 1192 Juli 26 zu Gelnhausen ausgefertigte Diplom St. 4762, Böhmer Acta 758, so ergibt sich wörtliche Wiederholung jenes sachlich

213] bedeutamen Theiles des Textes. Aber das dort nur angedeutete Eingangsprotokoll ist hier durch Invokation und weitere Ausführung des Titels ergänzt. Weiter aber sind zum Texte noch eine längere Arenga, Promulgation, Beglaubigungs- und Strafformel hinzugekommen.

Nun wird allerdings nicht anzunehmen sein, daß diese Bestandtheile nur im *Liber poteris* ausgelassen sind; ich zweifle nicht, daß der Text zunächst ohne dieselben in der Reichskanzlei konzipirt und zur Genehmigung nach Brescia geschickt wurde. Aber der Zweck der Konzipirung war hier ein anderer, als der, den wir bisher im Auge hatten. Es galt nicht zunächst die dem Reinschreiber nöthige Vorlage zu schaffen, sondern eine Grundlage für die Verhandlung über den sachlichen Inhalt. Diese hatte auch in ganz anderer Form gefaßt werden können. Aber es lag nahe, ihr schon sogleich die urkundliche Form zu geben, nicht bloß um die spätere nochmalige Umformung zu ersparen, sondern auch, weil schon bei den Vorverhandlungen oft auf den genauen Wortlaut Gewicht zu legen war. Dagegen konnte es überflüssig scheinen, auch schon die Bestandtheile sogleich zu konzipiren, auf welche bei der Verhandlung kein Gewicht fiel. Wir können solche, zunächst zum Zweck der Vorverhandlung gefertigte Konzepte etwa als Entwürfe oder Propositionen bezeichnen.

Wir finden dabei auch in andern Fällen ein entsprechendes Vorgehen eingehalten, wenn auch nicht immer die Entwürfe der schließlichen Fassung schon so nahe treten. Die erhaltenen Entwürfe für den Frieden von Konstanz, vgl. Wiener Sitzungsber. 60, 327 ff., beschränken sich gleichfalls auf die sachlich wichtigen Bestimmungen, wurden aber nicht bloß in diesen mannichfach geändert, sondern es war auch überwiegend noch eine Umformung vorzunehmen, während doch wieder einzelne Bestimmungen so konzipirt sind, daß sie ungeändert in die Urkunde übergehen konnten. Beschränkt sich die 1201 von K. Otto zu Gunsten des Papstes ausgestellte Verzichtsurkunde, vgl. § 116, durchaus auf das Sachliche, fehlen ihr alle üblichen allgemeineren Formeln, so wird das daraus zu erklären sein, daß die Ausfertigung nach einem vorgelegten Entwurf erfolgt sein wird. Der nie ausgefertigte Entwurf, über den lange verhandelt zu sein scheint, wonach K. Albrecht der römischen Kirche Tuszien abtreten sollte, vgl. Ital. Forsch. 4, 506, konnte nach einigen Ergänzungen und Aenderungen am Eingange und Schlusse wörtlich so ausgefertigt werden. Die Versprechungsurkunde K. Heinrichs VII. für den Papst von 1310, Reg. Henr. 332, Mon. Germ. L. 2, 501, ist Acta Henr. 2, 123 in einer Form mitgetheilt, welche wir wohl als einen päpstlicherseits vorgelegten Entwurf zu betrachten haben; der Eingang ist schon vollständig ausgeführt, der Schluß war zunächst in Folge des thatsächlichen Herganges bei der Beschwörung zu ändern; weiter sind dann eine längere Beglaubigungsformel und die Datirung zugefügt.

Solche schon vor dem Fertigungsbefehle während der Vorverhandlungen entstandene Entwürfe werden uns für den Umfang des Konzeptes

selbst nicht maßgebend sein dürfen, falls wir darunter die Vorlage verstehen, nach welcher die Reinschrift unmittelbar gefertigt werden konnte, ohne daß der Reinschreiber zugleich als Konzipient thätig war. Der Entwurf konnte dann nur als Vorlage für das Konzept dienen. Denn auch ganz abgesehen von der etwa noch nöthigen Umformung, handelte es sich bei dem, was noch zuzufügen war, keineswegs um Formeln, welche in allen Fällen dieselben, vom Einzelfalle unabhängige waren. Waren sie auch nicht gerade immer, wie beimerst besprochenen Falle der Eingang mit seinen besonderen Beziehungen auf die Stadt Brescia, für den Einzelfall besonders zu konzipiren, so waren sie wenigstens diesem entsprechend aus der Menge der in der Kanzlei vorhandenen Vorlagen auszuwählen. Konnte man das dem Reinschreiber nicht überlassen, beschränkte sich dessen Aufgabe, wie ich denke, in der Regel auf die graphische Herstellung der Urkunde, so mußte das Konzept den Text in seinem ganzen Umfange enthalten, wenn auch manche übliche Formeln etwa abgekürzt nur so weit aufgenommen sein mochten, daß dem Abschreiber die Ergänzung nicht zweifelhaft sein konnte. Das schließt natürlich nicht aus, daß ausnahmsweise auch unvollständigere Konzepte gefertigt wurden, weil man annahm, der Reinschreiber werde im Stande sein, das noch Fehlende ohne Vorlage zu ergänzen.

214. So weit es sich aber nicht um Ausnahmen, sondern um die Regel handelt, glaube ich Ausdehnung und Beschränkung des ursprünglichen Konzeptes auf den Text annehmen zu dürfen, wobei wir vorläufig von dem Eingangsprotokolle, auf das wir zurückkommen, absehen. Dafür sprechen zunächst die Fälle, bei welchen auch in der Reinschrift Text und Schlufsprotokoll von verschiedenen Händen geschrieben sind, das letztere demnach zweifellos nicht schon ursprünglich im Konzepte stand. Auch in solchen Fällen umfaßt die erste Hand den gesammten Text, es sind nicht etwa die allgemeineren Schlufsformeln desselben von der zweiten Hand geschrieben.

Wenn weiter, wie schon § 211 bemerkt, für Einzelurkunden von Gleichheit oder Verschiedenheit der Fassung zwischen Text und Protokoll nicht wohl die Rede sein kann, so steht das anders bei Reihen von Urkunden, welche sich nach ihren Texten als Diktat ein und desselben Konzipienten ergeben. Füge dieser zugleich die Protokolle zu, so müßte sich auch in diesen größere Uebereinstimmung der Fassung zeigen. Aber wenigstens nach dem, was Sickel und Rieger, N. Archiv der Gesellsch. 1, 465. 513, über solche Fälle bemerken, scheint das nicht zuzutreffen. Vor allem scheint sich aber jene für unsere Zwecke wichtige Annahme zu bestätigen bei Beachtung der in den Originalen nicht selten hervortretenden Störungen der Anordnung, welche auf nachträgliche Zusätze zum Texte schließen lassen. Zu nachträglichen Zusätzen war natürlich oft für den Konzipienten selbst, häufiger wohl noch für den das Konzept revidirenden höheren Kanzleibeamten Veranlassung geboten. Sichtlich wurden auch oft bereits ausgefertigte Urkunden nur

214] zu dem Zwecke nochmals ausgefertigt, um irgend einen Zusatz einzufügen; vgl. § 166. Auch dann wird man schwerlich ein ganz neues, den Zusatz im Texte enthaltendes Konzept gefertigt, sondern wenn man auch das frühere Original aufbewahren wollte, einer Abschrift des Originals oder auch dem früheren Konzepte den Zusatz außerhalb des Textes, wo sich Raum fand, zugeschrieben haben. Die Konzepte haben wir uns gewiss sehr eng und ohne freien Rand geschrieben zu denken, damit das Material möglichst ausgenutzt werde; für irgend bedeutendere Zusätze wird schwerlich zwischen der Zeile oder am Rande, sondern nur am Schlusse Raum gewesen sein. Dem Reinschreiber war dann durch Verweisungszeichen angedeutet, wo er den Satz einzuschieben hatte. So in der § 206 besprochenen Ausfertigung von St. 3901, falls diese als Konzept für St. 3905 diene, in welcher denn auch der dort am Schlusse zugeschriebene Satz eine passende Stellung einnimmt. Passende Stellung der Zusätze finden wir denn auch sonst oft, wo das Vorhandensein eines früheren Original, dem der Satz fehlt, das Verhältniß überhaupt erkennbar macht.

215. Keineswegs selten sind nun aber auch die Fälle, wo wir in Königsurkunden Zusätze in unpassender Stellung finden. Als unpassend wird in Urkunden ebenso, wie in andern Schriftstücken, die Stellung zu bezeichnen sein, wenn sachlich oder selbst der Fassung nach unmittelbar zusammengehörige Sätze durch andere, nicht in näherer Beziehung stehende getrennt sind. So heisst es 1163 in St. 3990, Böhmer Acta 108, am Schlusse der bezüglichen Vertragsbestimmungen, daß die von Gubbio dem Kaiser jährlich sechszig Pfund zahlen sollen; dann: *Si quis autem hanc conventionem infregerit, pene mille librarum auri subiaceat. Et has sexaginta libras annuatim in festo s. Martini — persolvant, nisi eo anno, quando fodrum — tollere placuerit. Que omnia, ut verius credantur, — sigillo precepimus insigniri.* Die Bestimmung über die Zeit der Zahlung gehörte hier doch offenbar zunächst hinter die über den Betrag der Zahlung. Ganz ähnlich findet sich in St. 3766, welches zu Gunsten Cremonas Befestigungen verbietet, erst zwischen der Strafformel und Beglaubigungsformel die ergänzende Bestimmung, daß Cremona solche Bauten von vornherein verhindern darf.

Aber auch ganz abgesehen von der Trennung des Zusammengehörigen würde noch ein anderer Umstand uns berechtigen, die Stellung als unpassend zu bezeichnen. Die Gliederung der Königsurkunden ist bekanntlich eine feststehende; die entsprechenden Theile des Textes folgen sich in verschiedenen Urkunden ganz in derselben Ordnung; ein bedeutenderes Schwanken ergibt sich nur für die Strafformel, welche, erst später aufgenommen, in der Regel vor der Beglaubigungsformel, zuweilen aber doch auch erst nach ihr ihren Platz findet. Zeigt sich da nun eine so bedeutende Abweichung von der herkömmlichen Anordnung, wie in den erwähnten Fällen, wo ein Theil der Dispositio zwischen Poena und Corroboratio steht, so würden wir selbst dann, wenn die Be-

stimmungen selbst in keinerlei näherem Zusammenhange mit der übrigen Dispositio ständen, die Stellung als unpaffend bezeichnen müssen.

Vereinzelt kann das noch deutlicher dadurch hervortreten, dass die entsprechende Bestimmung anderweitig an passender Stelle erscheint. Von Reg. Kar. 929 von 881 finden sich im St. Gall. U. B. 2, 225 zwei Ausfertigungen; in einer steht die Poena zwischen Rekognition und Datirung, in der andern an der üblichen Stelle. So schließt der Text von St. 613, M. Boica 28, 210, von 973: *Et ut haec — manu propria subtus eam firmavimus. Praecipimus etiam, ut nullus comes — ius habeat se intromittendi absque licentia episcopi aut eius, cuicumque ipse commendaverit.* St. 613 ist nun aber lediglich eine erweiterte Wiederholung der Schenkung St. 595, M. Boica 31, 220, in welcher sich die dort hinter die Corroboratio gerathene Bestimmung an ganz entsprechender Stelle in der Dispositio findet. In ähnlicher Weise ist eine Angabe der Narratio in St. 2770, auf welche die Empfänger Werth legen mochten, in St. 3091 in der Form einer Dispositio hinter die Corroboratio angehängt; doch ist hier die Sachlage insofern eine andere, als der Zusatz durch abweichende Schrift sich auch äußerlich als solcher kenntlich macht; vgl. Bresslau Dipl. c. 125.

Wie sind nun solche häufig vorkommende Fälle zu erklären? Der obenbesprochene St. 613 könnte, weil die Stelle schon in der Vorurkunde vorhanden war, den Gedanken nahe legen, es handle sich um ein nicht durch die Vorlage veranlafstes Verfehen des Reinschreibers, das Konzept habe die Bestimmung an richtiger Stelle enthalten, der Abschreiber sie übersehen und am Schlusse nachgetragen. Aber selbst in diesem Falle nöthigt uns nichts zu solcher Annahme. Denn n. 613 ist nicht wörtliche Wiederholung von n. 595; bei der starken Verarbeitung kann auch der Konzipient recht wohl die Bestimmung übersehen haben, die dann erst bei einer revidirenden Vergleichung nachgetragen wurde. In Einzelfällen mag immerhin ein solches Verfehen des Reinschreibers eingegriffen haben. So vielleicht bei St. 291, Cod. Anhalt. I, 23, wo ein in den Text gehöriger Satz erst auf denselben folgt und im Originale selbst mit Verweisungszeichen verfehen ist. Aber auch da wird keineswegs sicher anzunehmen sein, daß er sich im Konzepte an richtiger Stelle fand; es ist doch recht wohl denkbar, daß der Reinschreiber zu genau seiner Vorlage folgte, und nun, als er schließlich den Mißgriff gewährte, auch die Verweisungszeichen in das Original aufnahm. Bei der Masse der Fälle ergibt sich jedenfalls, daß durch die Vorlage nicht veranlafste Nachlässigkeiten der Abschreiber zur Erklärung nicht ausreichen; die gewöhnlichen Kennzeichen solcher fehlen hier durchweg, es handelt sich um gerundete Sätze, oft um in sich geschlossene längere Theile der Dispositio, bei denen nicht abzusehen wäre, wie sie durch bloßes Uebersehen im fortlaufenden Texte gerade so sollten ausgefallen sein.

Die Veranlassung muß das Konzept geboten haben; und da ist

215] natürlich zunächst an den zweifellos häufig vorkommenden Fall zu denken, daß der ursprünglichen Fassung desselben vom Konzipienten selbst oder bei der Revision Zusätze zugefügt wurden, welche dann in der Reinschrift nicht ihre passende Stellung fanden.

Das kann nun Schuld des Abschreibers sein, weil er die Verweisungszeichen entweder überhaupt übersah, die Bestimmung da beliefs, wo sie im Konzepte zugeschrieben war; oder indem er sie zwar beachtete, aber den Zusatz an unrichtiger Stelle einschob. Oder aber es kann Schuld des Konzipienten sein, der es unterliefs, auf den entsprechenden Platz zu verweisen. Er konnte darauf zufällig vergessen. Oder er konnte es unterlassen, weil überhaupt auf die passende Einreihung kein größerer Werth gelegt wurde. Die Rechtskräftigkeit der Bestimmung hing ja nicht davon ab; für diese genügte es, daß sie sich überhaupt unter Verhältnissen in der Urkunde fand, welche sie als ursprünglichen Bestandtheil derselben erscheinen ließen. Hätte der Konzipient sie von vornherein beachtet, so würde er sie zweifellos an der durch den sachlichen Zusammenhang und die übliche Anordnung gewiesenen Stelle eingereiht haben. Wurde sie aber von ihm oder einem andern erst dem schon fertigen Konzepte zugefügt, so ist es doch auch recht möglich, daß man überhaupt keinen Werth darauf legte, sie gerade an der passenden Stelle einzureihen. Daß das wirklich der Fall, scheint sich einmal aus der Häufigkeit der Fälle zu ergeben, für deren Erklärung bloßes Uebersehen kaum ausreichen dürfte. Insbesondere aber daraus, daß es sich bei diesen Zusätzen überwiegend um eine in sich geschlossene Fassung handelt, welche von vornherein nicht bestimmter auf Einschreibung in den Text berechnet scheint, für welche sich zuweilen nur schwer eine Stelle finden würde, wo sie sich einfach einschreiben ließe, ohne Störungen des Textes zu veranlassen. Gewiss wurden sehr häufig dem Konzepte auch einzelne Satztheile nachträglich zugefügt; ergeben sich für solche keine ähnliche Verschiebungen, muß da durchweg genügende Sorge getroffen sein, daß sie in der Reinschrift an die richtige Stelle kamen, so ist nicht wohl anzunehmen, daß die bloße Nachlässigkeit gerade immer nur solche Zusätze getroffen hätte, bei welchen sie wenigstens für die Verständlichkeit nicht ins Gewicht fiel. In Einzelfällen weist dann wohl gar die Fassung des Zusatzes selbst auf die unpassende Stellung hin, die also schon bei der Konzipirung in Aussicht stand; so wenn es 790, Mittelrh. U. B. I, 39, nach der Beglaubigungsformel heißt: *Et quod supra intimare debueramus, omnem legem et compositionem — ad ipsum sanctum locum perdonavimus.*

216. Für unsere Zwecke ist nun besonders beachtenswerth, daß solche Sätze sich nicht etwa bald hier, bald dort finden. Es ergibt sich vielmehr eine regelmäßige Stellung der Zusätze am Schlusse des Textes in unmittelbarem Anschlusse an die Beglaubigungsformel oder auch an die Strafformel, wenn ausnahmsweise der Text mit dieser schließt. In Karolingerurkunden hat man solche Nachträge im allge-

meinen noch vermieden, vgl. Sickel Acta 1, 180; doch finden wir auch da schon 790 und 859, Mittelrh. U. B. 1, 39. 98, Beispiele gerade für jene Stellung. In den folgenden Jahrhunderten sind mir auf gefallen St. 40. 291. 613. 620. 725. 994. 1016. 1469. 1990. 1991. 2070. 2218. 2362. 2442. 2603. 2914. 3091. 3112. 3179. 3182. 3185. 3243. 3282. 3438. 3571. 3931. 4715. 4890; Stumpf Acta n. 319. 349, obwohl ich nur einen verhältnißmäßig kleinen Theil der betreffenden Urkunden bezüglich dieses Umstandes verglich. Mit Rücksicht auf die geringe Zahl der sich aus demselben Material ergebenden, später zu erwähnenden Abweichungen wird uns das sicher berechtigen, die Stellung der Zusätze am Schlusse des Textes nicht als bloßen Zufall zu betrachten.

Diese Stellung erklärt sich allerdings leicht, wenn wir den bisher nicht berücksichtigten Fall annehmen, daß der Nachtrag überhaupt nicht im Konzepte vorlag, man zu demselben erst Veranlassung fand, als die Reinschrift schon gefertigt war. Auch wenn diese bereits mit dem Protokoll versehen war, bot sich der freie Raum, den man zwischen der Beglaubigungsformel und der Zeile des Signum zu lassen pflegte, als der geeignetste Platz für Zusätze dar. Zuweilen war das denn auch wirklich der Fall; für St. 1016. 3091 ist ausdrücklich bezeugt, daß die Sätze von derselben oder gleichzeitiger Hand später zugeschrieben sind, vgl. Böhmer C. M. Francof. 12, Breslau Dipl. c. 125. 187; bei den von mir selbst eingesehenen Originalen ergab sich dasselbe für St. 1469 zu München.

Aber ich glaube nicht, daß das irgend häufiger zutraf. Nachträgliche Zufügung eines ganzen Satzes zur Reinschrift, wenn auch durch denselben Schreiber, wird durchweg leicht erkennbar sein. Wenigstens ein großer Theil der angeführten Beispiele trifft Abdrücke aus den Originalen in so sorgfältig gearbeiteten Urkundenwerken, daß wir häufiger eine bezügliche Angabe erwarten dürften, wenn die nachträgliche Zufügung im Originale erkennbar wäre; bei mehreren, deren Originale ich einsah, war nicht der geringste Unterschied der Schrift erkennbar. Andere Umstände kommen hinzu. Diese Nachträge, die zuweilen nicht gerade durch anfängliches Uebersehen, sondern wohl auch dadurch veranlaßt sein mochten, daß man ihren in den üblichen Formularen nicht vorgesehenen Inhalt mit diesen zu verarbeiten scheute, sind mehrfach von bedeutendem Umfange; vereinzelt, so St. 2070, umfangreicher, als der gesammte übrige Text. Der schon mit Protokoll versehenen Reinschrift hätten sie gar nicht mehr zugesügt werden können; aber auch wenn jenes noch fehlte, wird der für dasselbe belassene Raum nicht leicht so überflüssig bemessen gewesen sein, daß er die Zufügung so bedeutender Nachträge gestattet hätte, wenn dieselben bei Fertigung der Reinschrift des übrigen Textes noch nicht beabsichtigt waren. Es hatten weiter Nachträge erst in die Reinschrift ihr Bedenkliches. Waren sie schon im Konzepte vorhanden, waren sie von demselben Schreiber in demselben Zuge und mit derselben Dinte geschrieben, war bei der Raumvertheilung sichtlich schon auf sie Rücksicht genommen, so mochte ihrer

216] Rechtsgültigkeit die Stellung hinter der Beglaubigungsformel keinen Eintrag thun. War aber, wie das bei Eintragung in die fertige Reinschrift schwer zu vermeiden war, die spätere Zufügung äußerlich erkennbar, so mußte das die gewichtigsten Bedenken rechtfertigen. Was von irgend Jemandem später in dem freien Raum zwischen Text und Protokoll eingetragen war, das konnte doch durch die Beglaubigung nicht gedeckt erscheinen. Steht bei St. 1016 der Zusatz im engem Zusammenhange mit dem übrigen Texte und legt er dem Empfänger eine Verpflichtung auf, so wird allerdings an fälschende Zufügung durch diesen nicht zu denken sein. Werden aber in dem Zusatz zu St. 1469, M. Boica 28,360, dem Empfänger noch Schenkungen gemacht, von welchen im vorherigen Texte gar nicht die Rede ist, so ist die Verschiedenheit der Handschrift doch zweifellos ein sehr bedenklicher Umstand. Und auch bei St. 3091 scheint mir der Verdacht gar nicht fern zu liegen, daß es sich um einen unbefugten Nachtrag handelt; in dem ungeschickten Uebergehen der Fassung von der Mehrzahl auf die Einzahl möchte ich eher einen Beweis sehen, daß der Zusatz nicht in der Reichskanzlei gemacht ist, als es mit Breslau Dipl. c. 187 durch unmittelbaren Befehl des Kaisers erklären. Kommt noch hinzu, daß solche Nachträge die äußere Ausstattung des Diploms beeinträchtigen mußten, so wird man sie gewiß möglichst vermieden, sich nur in ganz vereinzelt Fällen zu ihr entschlossen haben. Wurde auch die Reinschrift revidirt, so hatte das gewiß in der Regel nur den Zweck, die Uebereinstimmung mit dem Konzepte festzustellen.

So lange nicht etwa eine genauere Prüfung der Originale in dieser Richtung anderes ergeben sollte, glaube ich auf jene Gründe hin davon ausgehen zu dürfen, daß die auf die Corroboratio folgenden Zusätze sich durchweg schon im Konzepte befanden. Dann erklärt sich ihre Stellung einfach dadurch, daß sie da zugeschrieben wurden, wo das Konzept in seiner ursprünglichen Fassung aufhörte. Wir müssen daraus schließen, wie das schon andere Erwägungen nahe legten, daß das Konzept in der Regel den gesammten Text mit Einschluß der Corroboratio umfaßte. Aber weiter auch, daß ihm das Protokoll fehlte. Denn hier würde sich zweifellos nicht in derselben Weise, wie bei der Reinschrift, geltend machen lassen, zwischen Corroboratio und Signum sei geeigneter Raum für Nachträge geboten gewesen. Enthielt das Konzept, wie das vereinzelt der Fall gewesen sein mag, auch das Protokoll, so enthielt es dasselbe gewiß nicht in derselben graphischen Ausstattung und Raumvertheilung wie es in den älteren Originalen erscheint. Im Regeß K. Karls IV. ist dasselbe anscheinend in fortlaufender Zeile einfach durch die Anfangsworte angedeutet; es heißt etwa: *Signum etc. Testes etc. ut supra. Presencium etc.*, dann die Datirung. Selbst in Originalen finden sich schon in staufischer Zeit nicht selten Fälle, daß das ganze Schlußprotokoll, für welches nun auch die verlängerte Schrift mehr außer Gebrauch kommt, unmittelbar an den Text in fortlaufender

Zeile anschliesst. An eine ähnliche Gestaltung würden wir doch auch wohl für frühere Zeiten zu denken haben, wenn das Protokoll überhaupt sogleich dem Konzepte zugefügt wurde; und irgend erhebliche Zusätze müßten wir dann zweifellos in sonst entsprechenden Fällen am Schlusse des Protokolls finden. Findet sich im Regeste K. Karls trotz jener Anordnung S. 544 ein langer Zusatz zwischen Text und Protokoll, so ist das gewiß ein gewichtiger Grund dafür, daß auch dort die Angaben über das Protokoll erst nachträglich dem Konzepte zugefügt sind.

217. Möchte ich nun das bisherige Ergebniss als Regel nicht bezweifeln, so wird noch zu untersuchen sein, wie es sich mit den Fällen verhält, wo sich eine ungewöhnliche Stellung der Zusätze ergibt, wo demnach auch für das Konzept ein anderer Umfang zu vermuthen wäre.

In einigen Fällen erscheint der Nachtrag schon vor der Schlussformel des Textes. Den Fall St. 3179 freilich, wo er nach der Corroboratio, aber vor der Poena steht, möchte ich eher der Regel zuzählen. Denn die überhaupt nicht regelmäßig vorkommende Strafformel findet nur ausnahmsweise erst nach der Corroboratio ihre Stelle; man wird annehmen dürfen, daß sie gleichfalls erst später nachgetragen wurde, das Konzept mit der Beglaubigungsformel schloß. Beachtenswerther ist es, daß wir oben bei St. 3766 und 3990 den Nachtrag nach der Poena, aber vor der Beglaubigungsformel fanden; ebenso noch St. 3414. Zu dem allerdings immer zu Gebote stehende Auskunftsmittel der Annahme mißverständener Verweisungszeichen möchte ich da nicht greifen; schon die Uebereinstimmung wenn auch nur von drei Fällen scheint das mißlich zu machen. Es ließe sich daran denken, daß die Corroboratio nicht immer als Theil des Textes, sondern zuweilen als Theil des Protokoll behandelt sei. Gegen Ende des dreizehnten und im vierzehnten Jahrhunderte war das zweifellos der Fall; es finden sich nicht selten Diplome, bei welchen der Text mit der Poena schließt, während dann die Beglaubigungsformel erst nach Signum und Zeugen folgt; vgl. z. B. Böhmer Acta 339. 440. 449. 455. 814. Im Regest K. Karls IV. ist das überall der Fall, wo sich überhaupt Signum und Zeugen finden; die jetzt gewöhnliche Formel: *praesentium sub nostro sigillo testimonio litterarum*, ist unbedingt als Theil des Protokoll zu betrachten. In früheren Zeiten aber, wie das schon Sickel Acta 1,109 begründet, ist die Corroboratio zweifellos als Theil des Textes behandelt, wie sich das wohl bestimmter daraus ergibt, daß sie auch da, wo die beiden Theile der Urkunde von verschiedenen Schreibern herrühren, dem Texte in fortlaufender Zeile von derselben Hand zugefügt erscheint. Für dasselbe spricht, daß die erst später aufgenommene und nicht regelmäßig vorkommende Strafformel zwar in der Regel vor der Beglaubigung, nicht selten aber auch nach ihr steht; sie wurde wohl häufig nachgetragen, so daß diese Stellung ebenso, wie die der sonstigen Zusätze, für Zugehörigkeit der Beglaubigung zum Texte spricht. Ich möchte die Erklärung

217] jener Fälle darin suchen, daß man es zuweilen für überflüssig hielt, die Beglaubigungsformel in das Konzept aufzunehmen. Denn wenn dieselbe auch nicht immer so allgemein gefaßt ist, daß sie zu jedem Diplome gepaßt hätte, so handelte es sich bei ihr doch um den Theil des Textes, dessen entsprechende Hinzufügung man auch ohne besondere Vorlage einem bloßen Reinschreiber immerhin zutrauen mochte, während die Gestaltung der Strafformel natürlich nicht seinem Ermessen anheimgestellt werden konnte. Diese Annahme scheint mir darin einen weitem Haltpunkt zu finden, daß wenigstens im zwölften Jahrhunderte, welchem jene Fälle angehören, den Diplomen nicht gerade selten die Beglaubigungsformel überhaupt fehlt, so daß der Text mit der Poena schließt. Das war zweifellos bloße Nachlässigkeit, welche sich am leichtesten erklärt, wenn wir annehmen, daß zuweilen die Beglaubigungsformel, als dem Reinschreiber ohnehin bekannt, in das Konzept nicht aufgenommen war, dann aber in der Reinschrift auf die Zufügung vergessen wurde. Das frühere Ergebnis, daß das Konzept den gesammten Text mit Einschluß der Corroboratio umfaßte, würde demnach allerdings nicht als ausnahmslose Regel zu betrachten sein.

218. Es finden sich nun allerdings auch Fälle, daß Zusätze nach dem Protokoll oder Theilen desselben eingetragen sind. Aber sie sind vereinzelt und wohl größtentheils durch Zufügung erst in der Reinschrift selbst zu erklären, so daß sie für den Umfang des Konzeptes nicht maßgebend sein können. So hat von den beiden Ausfertigungen von Reg. Kar. 929, S. Galler U. B. 2,226, die eine die Strafformel zwischen Rekognition und Datirung, während sie in der andern an gewöhnlicher Stelle vor der Corroboratio steht. Sie scheint dort anfangs vergessen und erst in der Reinschrift nachgetragen zu sein. Dasselbe dürfte der Fall sein bei St. 3241, Lacomblet U. B. 1,201, wo sich nach Signum und Rekognition und vor der Datirung, und zwar von der Hand der Urkunde der kurze Nachtrag findet: *Dei et omnium sanctorum eius odium incurrat, si quis hoc infringat*. Diese sehr vereinzeltten Fälle werden für unsere Zwecke kaum ins Gewicht fallen.

Gewichtiger könnten andere Fälle scheinen, bei welchen der Zusatz am Schlusse des Protokolls hinter der Datirung erscheint. Aber bei näherer Erwägung scheinen sie doch den Schluss, daß ihr Konzept bis zur Datirung reichte, nicht zu rechtfertigen. Der längere Zusatz hinter der Datirung von St. 1466, M. Boica 28,353, ist nach Ausweis des Originals zu München erst in diesem nachgetragen. St. 4194, Ital. Forsch. 4,190, bringt die Beglaubigungsformel erst nach der Datirung, nach vorhin Gefagtem liegt nichts näher, als die Annahme, daß sie überhaupt nicht im Konzepte stand, vom Reinschreiber an der üblichen Stelle vergessen und dann erst nach der Datirung nachgetragen wurde. In St. 4677, Würdtwein N. Subs. 12,36, folgt auf die Datirung noch ein Besitzzeiweisungsbehl; erscheint derselbe in andern Fällen, wenn überhaupt erwähnt, auch wohl in den Text aufgenommen, so handelt es sich bei

ihm doch um eine kaiserliche Verfügung, welche gewiß oft erst mit oder auch nach Vollziehung der Urkunde erfolgte, deren nachträgliche Zuzufügung nur in der Reinschrift nicht befremden könnte.

In einigen andern Fällen wird allerdings das Erscheinen eines Zusatzes nach der Datirung kaum bezweifeln lassen, daß diese sich schon im Konzepte fand. Dann aber handelt es sich auch nur um diese, nicht um andere Theile des Schlufsprotokolles, welche entweder fehlen, oder erst auf den Zusatz folgen. Wir erhalten damit nur weitere Belege für die schon § 212 begründete Annahme, daß zuweilen nur die Datirung, zumal wenn diese nach der Handlung bestimmt war, sogleich vom Konzipienten zugefügt, gleichsam als Theil des Textes behandelt wurde.

So schließt St. 3391, Schöpflin Hist. Bad. 5,81: *Actum 1138 d. i. anno apud Argentinam praesentibus — aliisque quam plurimis viris nobilibus. Eo tempore iubente rege principes, qui aderant, expeditionem contra Saxones regnum commoventes iuraverunt*; dann folgen Signum und Rekognition. Einleitung mit Actum und die ganze Fassung lassen keinen Zweifel, daß Datirung und Zeugen sich auf die Handlung beziehen, es demnach nicht befremden kann, wenn sie sogleich in das Konzept aufgenommen seien sollten. Das läßt sich denn hier noch bestimmter dadurch erweisen, daß, wie bereits § 164 bemerkt, die Urkunde mit Einschluss jenes Actum nicht in der Reichskanzlei, sondern im Kloster konzipirt ist. Die dann folgende Notiz ist gewiß erst nachträglich zugefügt; gleichzeitig entstanden würde sie schwerlich so gefaßt sein; sie erinnert an die im Sommer 1139 zu Hersfeld ausgestellten Diplome St. 3399. 3400, in welchen in ungewöhnlicher Weise bemerkt ist, daß sie *in expeditione contra Saxones* ausgestellt seien; bei Annahme der Ausfertigung während der Heerfahrt selbst würde ein solcher Zusatz erklärlicher sein, als bei den Vorbereitungen im Mai zu Straßburg. Hat der Reinschreiber die Datirung da belassen, wo er sie im Konzepte fand, so erklärt sich die ungewöhnliche Gestaltung des Schlufsprotokoll.

In St. 3890, Stumpf Acta 187, von 1160, findet sich ein Zusatz am Schlusse hinter Zeugen und Datirung, während Signum und Rekognition überhaupt fehlen. Aber die ganze Fassung der Urkunde entspricht nicht dem Brauche der Reichskanzlei; sie wird von einem italienischen Notar konzipirt sein, wie das in dieser Zeit sichtlich mehrfach der Fall war. Dieser trug dann, wie er das gewohnt war, Zeugen und die unter Actum gegebene Datirung sogleich nach Maßgabe der Handlung ein.

Es findet sich weiter in St. 3777, Böhmer Acta 93, nach einer kurzen, nur Ort und Tag nennenden Datirung, ein sachlicher Zusatz, dann ein vollständiges Schlufsprotokoll mit Wiederholung derselben Datirung in vollständiger Fassung. Wir werden in anderer Verbindung auf den Fall zurückkommen und nachzuweisen suchen, daß auch die erste Datirung im Konzepte nachgetragen gewesen sein muß.

Aus späterer Zeit ist mir Reg. Rud. 703, M. Germ. L. 2,441, von 1281 aufgefallen, wo auf die Datirung ein Zusatz und dann eine noch-

218] malige übereinstimmende und auf die frühere zurückverweisende Datirung folgt. Das ist um so auffallender, als es sich um einen auch seiner Fassung nach auf Einrückung in den Text berechneten Zusatz zu handeln scheint; weiter um ein gewiss mehrfach ausgefertigtes Rundschreiben. Ist uns nur eine Ausfertigung und diese nicht im Original erhalten, so läßt sich allerdings nicht entscheiden, ob etwa nur ein Versehen des Reinschreibers vorliegt. Im allgemeinen ist gewiss anzunehmen, daß, wenn die Konzepte zuweilen Datirungen enthielten, das am häufigsten der Fall gewesen sein wird bei einfachen Diplomen und Briefen, bei welchen das ganze Schlussprotokoll sich auf die Datirung beschränkte. Dafür aber beim Mangel von Konzepten Haltpunkte in den Originalen selbst zu finden, ist durch die einfachere Gestaltung sehr erschwert und bestimmt erweisbare Fälle sind wir nicht vorgekommen.

219. Fassen wir das Ergebniss für Königsurkunden zusammen, so werden wir berechtigt sein, als Regel hinzustellen, daß das Konzept in seinem ursprünglichen Umfange den gesammten Text, aber nicht das Schlussprotokoll umfasste. Allerdings fanden wir Ausnahmen. Aber diese lagen dann durchweg so, daß nicht die Konzipirung selbst als das für die Gestaltung des Schlussprotokoll, insbesondere für die Datirung Maßgebende erscheint. Ist nach § 212, 218. nicht zu bezweifeln, daß der Konzipient zuweilen sogleich eine Datirung zufügte, so ergab sich auch durchweg, daß diese dann nach der Handlung, nicht etwa nach der Zeit der Fertigung des Konzeptes bestimmt war. Letzteres anzunehmen möchte etwa am nächsten liegen bei den § 211 besprochenen Fällen, wo eine Vorurkunde mit Einschluss des Protokoll zum Konzepte umgestaltet wurde. In solchen Fällen war das Vorgehen wohl überhaupt am nachlässigsten; es wäre immerhin denkbar, daß der Konzipient die Angaben der ihm vorliegenden Datirung nun einfach nach dem am Tage der Aenderung laufenden Protokoll bestimmte. Dasselbe könnte der Fall gewesen sein, wenn wenigstens ausnahmsweise auch neugefertigten Konzepten sogleich ein vollständiges Protokoll zugefügt wurde. Aber für solches Vorgehen fanden wir doch § 211 nur sehr schwache Anhaltspunkte. Für Einzelfälle mag die Möglichkeit im Auge zu halten sein, daß die Angaben der Datirung durch den Zeitpunkt der Fertigung des Konzeptes bestimmt sein können, zumal bei einfacheren Stücken, bei welchen der Konzipient auf Ausfertigung noch an demselben Tage rechnen mochte. Im allgemeinen aber sprachen wenigstens die bisherigen Ergebnisse unserer Untersuchung durchaus dagegen; es war das ausgeschlossen durch die bei den Königsurkunden eingehaltene schärfere Scheidung zwischen Text und Protokoll.

220. Das Gewicht dieses Umstandes tritt besonders deutlich hervor, wenn wir noch einen Blick auf die Zusätze in Privaturkunden werfen, welche sich häufig finden und uns gleichfalls ein Mittel bieten, auf den Umfang der Konzepte zu schließen. Das einzige mir bekannte ältere Originalkonzept von 1185 aus der Mainzer Kanzlei, Stumpf Acta

220] 542, scheint allerdings, da ihm Zeugen und Datirung fehlen, auf eine ähnliche Sachlage hinzudeuten, wie sie sich bei den Königsurkunden ergab. Dasselbe scheint sich auch wohl aus der Stellung der Zusätze zu ergeben. Finden sich solche in einzelnen Fällen, so 1161 und 1244, M. Boica 37,80.317, zwischen Zeugen und Datirung, so wird das allerdings den Schluss rechtfertigen, daß die letztere dem Konzept noch fehlte. Ebenso in der auffallenden Urkunde des Markgrafen Otakar von Steier, Steierm. U. B. 1,396, wo nach den Zeugen von gleicher Hand und Dinte zugefügt ist: *In extremis quoque suis marchio O. villam H. dictam ad hospitalem tradi mandavit. Anno incarnationis 1160.* Da der Markgraf erst 1164 starb, also das Jahr der Handlung in der Urkunde nachgetragen sein wird, dürfte hier das Konzept längere Zeit vor der Urkunde selbst geschrieben sein.

Solche Fälle sind aber Ausnahmen. Ganz überwiegend finden sich in Privaturkunden solche Zusätze am Schlusse der gesamten Urkunde, insbesondere auch nach der Datirung. Dann ergibt sich zuweilen, daß sie erst in der Reinschrift zugefügt wurden, dem Konzepte also gefehlt haben müssen. In Urkunde Wibalds von Korvei von 1147, Cod. Westf. 2, 52, verräth sich das nicht bloß durch Verschiedenheit der Hand, sondern auch dadurch, daß der Schreiber dem schon vorhandenen Siegel ausweichen mußte; vgl. einen ähnlichen Fall von 1152 im Cod. Westf. 2, 68. In Urkunde von 1205, Wilmans U. B. 3, 19, ist der Zusatz, wenn auch von derselben Hand, doch mit verschiedener Dinte geschrieben; vgl. auch Cod. Anhalt. 2, 225. Vielbesprochen sind die Nachträge dieser Art in der steierischen Handfeste von 1186, Steierm. U. B. 1, 651, vgl. Luschin Steier. Landhandf. 55. Sie zeigen aber auch deutlich, wie bedenklich bei irgend wichtigeren Bestimmungen ein solches Vorgehen war. Fanden wir es vereinzelt sogar in Königsurkunden, scheint man sich zuweilen die Bedenken desselben gar nicht vergegenwärtigt zu haben, so schließt der bloße Umstand, daß jene Bestimmungen in der Handfeste sichtlich nachgetragen sind, an und für sich die Möglichkeit nicht aus, daß es sich bei ihnen ganz ebenso, wie beim übrigen Texte, um echte Willensäußerung des Herzogs handle; und ohne damit irgendwie über den Sachverhalt urtheilen zu wollen, möchte ich doch daran erinnern, daß gerade bei einem Fälscher ein so naives Vorgehen doppelt befremden müßte. Aber jedenfalls fehlt, wenn wir davon absehen, daß wenigstens die Hand des ersten Zusatzes sich bestimmter als der herzoglichen Kanzlei angehörig zu erweisen scheint, jeder äußere Beweis für die Echtheit der Sätze; sie können eben so wohl ganz unbefugter Weise ohne Willen des Herzogs in die Urkunde später eingetragen sein. In einer Sloet O. B. 1, 135 in Facsimile mitgetheilten Urkunde von 1014 ist hinter der Datirung ein dem Empfänger günstiger Zusatz mit anderer Hand und Dinte zugeschrieben; fehlt der Zusatz nach Lacomblet U. B. 1, 98 in einer alten Abschrift, so spricht das doch sehr dafür, daß er erst einige Zeit später in fälschender Absicht zugefügt wurde.

FERTIGUNGSBEFEHL UND VOLLZIEHUNGSBEFEHL.

221. Einen auf Grundlage des Konzeptes ertheilten königlichen Befehl zur Fertigung der Reinschrift erwähnt ausdrücklich der § 202 angeführte Bericht über eine Beurkundung für S. Gallen von 854. Nachdem der König das ihm vorgelegte Konzept gebilligt hatte, *tunc demum cancellario praecepit, in legitimis cartis conscribere praefati pacti confirmationem*. In einem Konzeptbuche der päpstlichen Kanzlei, vgl. Archiv der Gesellsch. 5, 345, heisst es zu einer Urkunde: *ter fuit lecta per vicecancellarium et ter cassata, ultimo dominus papa concessit eam*. Das Konzept der Kassation der Verträge der Stadt Genua mit dem Könige von Sizilien durch K. Heinrich VII., Acta Henrici 2, 110, ist vom ersten Hofnotar korrigirt und dann von dessen Hand zugeschrieben: *Hec omnia et singula suprascripta fecit et mandavit et precepit idem d. rex legi et publicari; et lecta et publicata fuerunt in ipsius d. regis presentia per me Bernardum de Mercato infrascriptum notarium camere sue et ab ipso d. rege sedente pro tribunali approbata et pronunciata in generali et pleno parlamento sive arengo, populo Fanue ibidem ad vocem preconis et sonum campane more solito convocato, presente magna parte civium Fanue tam nobilium, quam popularium; de quibus omnibus precepit idem d. rex fieri in multitudine copiosa (publica instrumenta)*.

Dürfte dieser Fall uns maßgebend sein, so hätten wir zweifellos in dem nach öffentlicher Verlesung und Genehmigung des Konzeptes ertheilten Fertigungsbefehle den wichtigsten Zeitpunkt der Beurkundung zu sehen. Das Stück liegt uns ohne Zeitangabe vor; aber es würde doch kaum zu bezweifeln sein, daß wenigstens in diesem Falle bei der Datirung gerade jener Zeitpunkt ins Auge gefaßt wäre. Freilich handelt es sich bei ihm nicht allein um eine spätere Zeit, sondern insbesondere auch um eine eigenthümliche Form, bei welcher, ebenso wie bei den Verbriefungen der Urtheile des Königs, die Fassung des Textes weniger auf ein schriftliches Zeugniß des Königs, als auf eine öffentliche Willensäußerung desselben berechnet ist, die dann von den anwesenden Notaren in einem Instrumente bekundet wurde. Es würde demnach doch zu untersuchen sein, ob in früherer Zeit überhaupt vor der Reinschrift eine Prüfung des Konzeptes durch den König üblich war, und weiter, ob wir Grund zu der Annahme haben, daß der Fertigungsbefehl öffentlich und feierlich gegeben wurde, demnach zu vermuthen wäre, daß derselbe als ein vorzugsweise maßgebender Zeitpunkt der Beurkundung betrachtet worden sei.

Die Fassung der Urkunden selbst gibt uns darüber keinerlei Aufschluß. Es wird allerdings gewöhnlich bemerkt, daß die Urkunde auf Befehl des Königs geschrieben sei; das kann sich aber eben so wohl auf den Beurkundungsbefehl, als auf einen davon zu unterscheidenden Fer-

221] tigungsbefehl beziehen; nie finde ich eine Wendung, welche bestimmter darauf hinwies, daß der König erst nach Prüfung des Wortlautes die Ausfertigung befohlen habe. Bei der ausdrücklichen Angabe von 854 könnte es sich um eine Ausnahme handeln. Um das zu prüfen, sehen wir uns darauf hingewiesen, uns zunächst den möglichen Hergang, wie er sich aus der Sachlage selbst zu ergeben scheint, zu vergegenwärtigen, um dann weiter zu untersuchen, ob sich bestimmtere Beweise finden, daß er thatfächlich so eingehalten wurde.

Unterlag der Wortlaut überhaupt noch einer ausdrücklichen Genehmigung des Königs, so war diese zweifellos auf Grundlage des Konzepts, nicht erst der Reinschrift zu erteilen, da diese ja Feststehen des Wortlautes des Textes voraussetzt. Und bei wichtigeren Fällen war eine solche Genehmigung doch zweifellos erforderlich. Sehen wir auch von dem § 213 über bloße Entwürfe Gesagten ab, so ist es doch nicht denkbar, daß so wichtige Verbriefungen, wie etwa die des Konstanzer Friedens, ausgefertigt wurden, bevor im kaiserlichen Rathe das vollständige Konzept Wort für Wort geprüft und dann vom Kaiser der Fertigungsbefehl erteilt war.

Andererseits aber wird wohl eben so wenig, wie schon § 201 bemerkt, zu bezweifeln sein, daß bei weniger wichtigen und einfach liegenden Sachen eine Genehmigung des Wortlautes durch den König nicht mehr erfolgte, die Ausführung des Beurkundungsbefehles der Kanzlei überlassen blieb und der Fertigungsbefehl nur durch einen der obern Kanzleibeamten erteilt wurde. So weit die Person des Königs in Frage kommt, schloß dann der Beurkundungsbefehl den Fertigungsbefehl schon in sich.

222. Dasselbe kann dann aber auch zutreffen bei dem in den Urkunden regelmäßig erwähnten Befehl zur Vollziehung durch Siegelung. Heißt es etwa in den späteren Diplomen gewöhnlich *presentem paginam iussimus inde conscribi et maiestatis nostrae sigillo roborari*, so steht bei weniger wichtigen Sachen doch nichts im Wege, anzunehmen, daß es sich nicht um zwei zeitlich getrennte Befehle handelte, daß der Beurkundungsbefehl auch die Weisung zur Vollziehung in sich schloß. Aber auch bei den wichtigsten Sachen würde kein entsprechender Grund vorliegen, einen vom Fertigungsbefehle geschiedenen königlichen Vollziehungsbefehl anzunehmen. Allerdings war nach Fertigung der Reinschrift noch zu prüfen, ob diese mit dem Konzepte übereinstimme, keine Verfehen enthalte; aber das war zweifellos nicht Sache des Königs, sondern eines Kanzleibeamten, der dann nach geschehener Prüfung den unmittelbaren Befehl zur Vollziehung durch Siegelung erteilen mochte.

Eine andere Erwägung muß uns aber doch bestimmen, auch die Möglichkeit eines besondern königlichen Vollziehungsbefehles auf Grundlage der bereits vorliegenden Reinschrift ins Auge zu fassen. In den Beglaubigungsformeln der älteren Diplome wird des Vollziehungsbefehls

durchweg in näherer Verbindung mit der eigenhändigen Unterzeichnung des Königs gedacht. Und zwar überwiegend in folcher Fassung, daß er dieser erst zu folgen scheint; es heißt etwa *manu propria subtus eam firmavimus et anulo nostro insigniri iussimus* oder noch bestimmter *manu propria roboratam anulo nostro iussimus sigillari*. Darauf würde freilich an und für sich kaum größeres Gewicht zu legen sein; denn daneben finden sich auch wieder Wendungen, wie *sigillari fecimus manuque propria firmavimus* oder *cartam inde conscriptam nostroque sigillo signatam manu propria corroboravimus*. Von Bedeutung wird diese Verbindung aber dadurch, daß die eigenhändige Unterzeichnung jedenfalls voraussetzt, daß auch die Reinschrift dem Könige noch vorzulegen war. Mußte das ohnehin geschehen, so lag es natürlich nahe, daß der König, nachdem er die Urkunde durch Unterzeichnung vollzogen hatte, nun auch selbst den Befehl ertheilte, die Urkunde durch Hinzufügung dessen, was noch fehlte, also insbesondere durch Besiegelung, vollständig zu vollziehen. Das ist nun aber um so beachtenswerther, als es sich dabei nach dem § 73 Bemerkten um einen feierlichen Akt handeln konnte; der König unterzeichnete öffentlich, vor den versammelten Großen, ließ die Urkunde siegeln und übergab sie dann selbst der Partei. Dann bildeten Unterzeichnung und Vollziehungsbefehl einen äußerlich besonders auffallenden Zeitpunkt der Beurkundung, nach dem sich leicht andere Angaben bestimmen konnten.

Aber nicht gerade immer wird das der Fall gewesen sein. Die Bedeutung des Zeitpunktes knüpft sich zunächst an die eigenhändige Unterzeichnung des Königs. Diese aber fand, worauf wir zurückkommen, schon in früherer Zeit nicht immer statt, kam dann später ganz außer Übung. Nun ist es allerdings denkbar, daß auch in solchen Fällen, wo die Vollziehung sich auf die Besiegelung beschränkte, die Reinschrift dem Könige vorgelegt und von diesem der Vollziehungsbefehl ertheilt wurde. Aber wahrscheinlich ist das gewiß nicht. Der Vollziehungsbefehl hatte eine rein formale, der Fertigungsbefehl eine sachliche Bedeutung. Entfiel für jenen das, was ihm eben seine formale Bedeutung gab, der Anschluß an die Unterzeichnung des Königs, so ist kaum anzunehmen, daß ihm noch irgend Gewicht beigelegt wurde; er wird mit dem Fertigungsbefehl zusammengefallen sein.

223. Die Zeitpunkte des persönlichen Eingreifens des Königs in die Beurkundung sind gewiß diejenigen, welche wir vorzugsweise ins Auge zu fassen haben. Aber nach dem Gefagten konnte sich da die Sachlage sehr verschieden gestalten. Es ergaben sich drei solcher Zeitpunkte, der des Befehls zur Beurkundung, zur Fertigung und zur Vollziehung, wobei wir vorläufig annehmen, daß mit letzterm auch die Unterzeichnung und Uebergabe durch den König zusammenfielen. In vielen Fällen mag ein solches dreifaches Eingreifen thatsächlich erfolgt sein. Bei der erwähnten Beurkundung für S. Gallen von 854 wird das ausdrücklich berichtet; der König befiehlt zuerst, ein Konzept zu

223] machen, nach Prüfung desselben die Urkunde zu fertigen, während dann weiter gemeldet wird, daß er die unterzeichnete und befiegelte Urkunde selbst übergibt; vgl. § 73.

Aber schwerlich wird das Vorgehen immer ein so umständliches gewesen sein. War der Hauptinhalt durch den Beurkundungsbefehl gegeben, der Wortlaut nach den üblichen Formularen zu gestalten, so wird der König gewiß häufig das Konzept nicht mehr geprüft haben; es wurde ihm dann etwa erst die Reinschrift vor der Vollziehung vorgelegt. Oder umgekehrt, wenn er nach Prüfung des Konzepts die Fertigung befohlen hatte, mochte dann ein weiterer Befehl zur Vollziehung nicht mehr eingeholt werden. Und weiter wiesen wir schon § 201 darauf hin, daß weniger wichtige Sachen nach Ertheilung des Beurkundungsbefehles dem Könige wahrscheinlich überhaupt nicht mehr vorgelegt wurden.

Für diese Verhältnisse wird dann aber noch ein anderer Umstand zu berücksichtigen sein. Man mag nicht bloß beachtet haben, in wie weit der König überhaupt persönlich eingriff, sondern auch, ob das in mehr oder weniger feierlicher Weise geschah. Jeder der drei Befehle konnte in feierlicher Form, in öffentlicher Versammlung gegeben werden. Das wurde bezüglich des Beurkundungsbefehles § 77, bezüglich der Vollziehung § 73 bereits bemerkt. Aber das konnte eben so wohl auch beim Fertigungsbefehle der Fall sein; wenigstens aus der Zeit K. Heinrichs VII. fanden wir § 221 ein Beispiel, daß er in öffentlicher Versammlung ertheilt wurde. Andererseits ist gewiß nicht anzunehmen, daß, wenn der König auch an allen Punkten persönlich eingriff, das gerade immer in feierlicher Weise geschah. Das mag sich sehr zufällig danach gestalten haben, ob gerade an diesem oder jenem Zeitpunkte zahlreiche Große beim Könige versammelt waren oder nicht. War die Beurkundung feierlich in großer Versammlung befohlen, so mag man weniger Gewicht darauf gelegt haben, auch den folgenden Akten ein feierliches Gepräge zu geben. Und dann ist es doch denkbar, daß man bei gewissen Angaben der Urkunde zunächst jenen feierlichsten Akt der gesamten Beurkundung ins Auge faßte. Es würde dann weiter, auch wo sich persönliche Unterzeichnung des Königs ergibt, deshalb nicht gerade von vornherein zu schließen sein, daß die Zeit dieser als der maßgebendste Zeitpunkt betrachtet sein müsse; es ist doch denkbar, daß diese Unterzeichnung etwa nur in Anwesenheit des Kanzlers erfolgte, während der Fertigungsbefehl vielleicht in feierlichster Weise ertheilt und deshalb bei den Angaben der Urkunde besonders berücksichtigt war.

Wir haben es so versucht, uns die möglichen Gestaltungen zu vergegenwärtigen. Es wird nun gelten, nach bestimmteren Haltpunkten zu suchen, welche ein Urtheil darüber ermöglichen, in wie weit im allgemeinen, in bestimmter Zeit oder in Einzelfällen diese oder jene für die auf einen bestimmten Zeitpunkt bezüglichen Angaben der Urkunden

maßgebend wurde. Dabei wird vor allem im Auge zu halten sein, daß, wenn der Beurkundungsbefehl vor das Konzept fällt, der Fertigungsbefehl Vorliegen des Konzeptes, aber noch nicht der Reinschrift voraussetzt, während der Vollziehungsbefehl erst auf Grundlage der bereits gefertigten Reinschrift erfolgen konnte. Wir werden daher darauf zu achten haben, in wie weit die einzelnen Angaben der Urkunde selbst oder in die Beurkundung eingreifende feierliche Handlungen Vorliegen oder Nichtvorliegen des Konzeptes oder aber der Reinschrift voraussetzen lassen.

In der Beantwortung dieser Frage scheint mir der Schwerpunkt unserer gefamten Untersuchung zu liegen. Das ist mir denn auch für die Anordnung derselben maßgebend gewesen. War die Unterzeichnung des Königs zweifellos einer der letzten Akte der Beurkundung, so bringe ich sie in erster Reihe zur Sprache, weil ihre ausschlaggebende Wichtigkeit für diese Frage nach dem Gefagten nicht bezweifelt werden kann. Ich gehe dann sogleich auf die Zeugenaußführung über, also einen Bestandtheil, der den älteren Diplomen überhaupt fehlt, der mir aber vor allem geeignet erscheint, das, was wir vorläufig als Vermuthung hinstellten, bestimmter zu bestätigen. Bei keinem andern Bestandtheile scheint mir so deutlich hervorzutreten, wie von den erörterten möglichen Zeitpunkten des Eingreifens des Königs bald der eine, bald der andere thatsächlich für einzelne Angaben der Urkunde maßgebend werden konnte. Der bestimmtere Einblick, den das in die Art der Beurkundung zunächst für spätere Zeit gewährt, wird dann doch auch manchen Rückschluss auf die entsprechenden Verhältnisse früherer Zeit erlauben.

UNTERZEICHNUNG DES KÖNIGS.

224. In der Beglaubigungsformel der älteren Diplome wird regelmäßig der Bekräftigung der Urkunde durch eigenhändige Unterzeichnung des Königs gedacht. Das Handzeichen des Königs besteht bekanntlich seit Karolingerzeit in einem Theile, am häufigsten einer Linie des Namenszeichen, des Signum oder Monogramm, welcher für diesen Zweck leergelassen und vom Könige eigenhändig ausgefüllt wurde. Auf dieses Vorgehen weist vereinzelt auch die Fassung der Formel bestimmter hin; so sagt K. Zwentibold: *manu propria in monogrammate nostri nominis notam subter fecimus*, Mittelrh. U. B. 1, 206; K. Otto II. Cod. Anhalt. 1, 48: *connexis etiam nostri nominis litteris subter quodam caractere per obliquum ducto more nostro firmavimus*; oder in einem vom Sohne mitunterzeichneten Diplome K. Konrads II.: *uterque in sui nominis signo manu propria subter corroboravimus*, M. Boica 29, 38.

Die spätere Zufügung des Vollziehungsstriches überhaupt macht sich in den Originalen überaus häufig kenntlich; dunklere oder hellere Dinte, schwächerer, stärkerer oder unsicherer Zug ergeben sie aufs be-

224] stimmteste; auch sind die Fälle nicht gerade selten, daß die Nachtragung überhaupt unterblieb. Daß dieser Strich in der Regel vom Könige persönlich gemacht wurde, kann keinem Zweifel unterliegen; vgl. Sickel Acta 1,317. Heißt es oft nur *manu propria roborare*, so ließe sich das an und für sich auch etwa durch ein Handauflegen in Weise der Zeugen, vgl. § 55, erklären, so daß dann auch ein Anderer den Strich hätte zufügen können. Aber wo die Formel etwas ausführlicher gefaßt ist, ist diese Erklärung zweifellos ausgeschlossen. Mit dem häufig vorkommenden *subtus* oder *ut infra videtur* ist auf eine bestimmte Stelle der Urkunde hingewiesen; es heißt auch wohl *propriae manus subscriptione corroborare*, oder St. 1067: *manu propria secundum consuetudinem regum vel imperatorum hoc signo eam signavimus*, St. 1708: *manu propria signum in hac, quam inde iussimus conscribi cartam, fecimus*. Daß wenigstens die Formel persönliche Unterzeichnung des Königs im Auge hat, ist zweifellos. Und auch bei Geschichtschreibern findet sich dieselbe wohl erwähnt; vgl. § 73.

Für unsere Zwecke ist das insbesondere deshalb beachtenswerth, weil sich daraus ergibt, daß dem Könige die Reinschrift vorgelegt wurde. Ob gerade im übrigen ganz vollendet, so daß die Unterzeichnung immer der letzte Akt der graphischen Herstellung der Urkunde war, können wir vorläufig dahingestellt sein lassen; wir werden bei Besprechung der Signumzeile darauf zurückkommen. Jedenfalls ist anzunehmen, daß die vorgelegte Reinschrift bereits den Text enthielt. Mag zuweilen das Schlussprotokoll vorausgefertigt sein, so wird doch schwerlich daran zu denken sein, daß es auch vom Könige schon zum voraus vollzogen war. Weiter mußte mindestens schon das Monogramm vorhanden sein; daß dieses nicht etwa auch dem schon vorhandenen Vollziehungsstrich zuweilen zugezeichnet wurde, wird keiner weiteren Begründung bedürfen.

225. Wenn nun die Beglaubigungsformel auch auf eigenhändige Unterzeichnung des Königs hinweist, so ist es wenigstens denkbar, daß man an der gewohnten Formel auch in Fällen festhielt, wo der König thatsächlich nicht unterzeichnete.

Auch wo der Vollziehungsstrich sichtlich dem Signum später zugefügt ist, wäre dann die nachträgliche Zufügung des Handzeichens durch andere Personen möglich. Daran könnte zunächst der Umstand denken lassen, daß der zugefügte Vollziehungsstrich sich auch in den Urkunden der unmündigen Könige findet. Aber die Sachlage war hier doch eine andere, als bei den eigenhändigen Unterschriften der Merovinger, wo der Unterschied sich allerdings geltend macht, vgl. Sickel Acta 1,204. Für den einfachen Strich konnte im Nothfalle die Hand geführt werden; in einzelnen Urkunden K. Ludwig des Kindes ist er so auffallend ungeschickt, daß das den Gedanken an solches Vorgehen sehr nahe legen muß. Sollte aber etwa in solchen Fällen der Strich in Vertretung des Königs von den Personen gemacht

feien, welche thatfächlich die Reichsregierung leiteten, fo würde das für unsere Zwecke nicht ins Gewicht fallen.

Aber ich zweifle nicht, daß wenigstens später vielfach auch da, wo folche befondere Veranlassung fehlte, der Vollziehungsstrich von anderen Personen nachgetragen wurde. Schon früher ergibt sich der Strich wohl wegen Verschiedenheit der Dinte bestimmt als nachgetragen, während er doch wieder so gerade und sorgfältig gezogen ist, daß wir das kaum dem Könige selbst zutrauen möchten. Doch wird das wenigstens in Einzelfällen ein sicheres Urtheil nicht erlauben. Wurden wohl bei Zeichnung des Monogramms die stärkeren Striche nur mit Haarstrichen vorgezeichnet, wie sich das besonders deutlich im Original von St. 1775 ergibt, wo das Vorgezeichnete grofsentheils unausgefüllt geblieben ist, so mag auch dem Könige der Strich zuweilen vorgezeichnet gewesen sein. Nach Mittheilung von Ottenthal ist in dem Original von St. 84 zu Chur ein feiner Haarstrich vorgezeichnet, was kennbar wird, weil der Vollziehungsstrich doch nicht genau die Richtung einhält. In dem im Codex Westsaliae unter n. 21 abgebildeten Signum von St. 1702 scheinen zwei Haarstriche vorgezeichnet zu sein; vgl. auch Breslau Kanzlei 81. Im Original von St. 1011 wurde eine ohnehin für die Formel des Signum mit dem Griffel vorgezogene Linie auch für den Vollziehungsstrich benutzt, der dadurch eine ungewöhnlich hohe Stellung erhielt.

Mit Sicherheit aber glaube ich annehmen zu dürfen, daß jedenfalls unter K. Heinrich III. auch die nachgetragenen Vollziehungsstriche keineswegs immer vom Könige herrühren. Einmal dient als Vollziehungsstrich noch unter K. Konrad II. nur die wagrechte Linie des *H*, während ihre Verlängerung im Mittelstrich des links angehängten *E* sichtlich nicht dazu gehört; abgesehen von Verschiedenheit der Dinte und des Zuges tritt das oft deutlich dadurch hervor, daß beide Linien nicht genau aufeinanderstoßen. Das dürfte doch auch gegen die Annahme von Breslau, Kanzlei 80, vgl. 81 n. 5, sprechen, daß jene Verlängerung erst nach der Unterzeichnung des Königs durch die Kanzlei zugefügt wurde; ist auf sie in einem von ihm angeführten Falle vergessen, so möchte ich darauf erst größeres Gewicht legen, wenn andere Haltpunkte hinzukämen, wie sie mir wenigstens nicht aufgefallen sind. Dagegen fiel mir nun auf, daß unter K. Heinrich III. und seinen nächsten Nachfolgern beide Linien sich nicht selten insbesondere durch gemeinsame Verschiedenheit der Dinte aufs deutlichste als gleichzeitig nachgetragen ergeben; so z. B. in den Originalen von St. 2346. 2454. 56 zu München. Da nun dieser Mittelstrich des *E* sich keineswegs als einfache Verlängerung des eigentlichen Vollziehungsstriches darstellt, sondern seiner ansetzt, sich dann erweitert, überhaupt mit nicht geringerer Sorgfalt gezeichnet erscheint, als das übrige Monogramm, so ist mir durchaus unwahrscheinlich, daß in solchen Fällen die Nachtragung durch den König selbst geschah, dessen Aufgabe man doch zweifellos möglichst zu erleichtern

225] suchte. Es scheint, daß er zuweilen auch vom Querbalken nur die eine Hälfte ausfüllte; wenigstens fehlt in dem unbefiegelten, unvollzogenen Original von St. 1549 nur die eine Hälfte des Querbalkens; in dem oben erwähnten St. 1702 scheint nur die eine Hälfte vorgezeichnet zu sein. Zuweilen, insbesondere unter K. Otto III., scheinen außer dem Vollziehungsstrich auch wohl noch einige andere Bestandtheile des Monogramms vom Könige zugefügt zu sein; aber freilich solche, deren Herstellung keinerlei größere Aufmerksamkeit oder Kunstfertigkeit erforderte.

Ich würde auf den besprochenen Umstand weniger Gewicht legen, wenn nicht ein anderer hinzukäme, der meine Annahme durchaus sicherstellen dürfte. In Urkunden K. Heinrichs III. seit 1042 fast regelmäßig, zuweilen dann auch in denen seiner beiden Nachfolger, findet sich außer dem Signum, dem Namenszeichen, noch das sogenannte Signum speciale, für welches etwa der deutsche Ausdruck Beizeichen verwendbar sein dürfte. Auflösung und Deutung der Sigle können wir dahingestellt sein lassen; vgl. die eingehende Erörterung von Steindorff *Heinr. III.* I, 371 ff. Es sind nun häufig Vollziehungsstrich und Beizeichen ganz zweifellos gleichzeitig nachgetragen. Schon Steindorff betont S. 373, daß in zwei Fällen beide gemeinsam fehlen, daß in anderen beide durch blässere oder schwärzere Dinte sich gemeinsam insbesondere auch vom Monogramm unterscheiden. Bei den mir schon früher bekannten Originalen von St. 2363 zu Wien und 2420 zu Münster ist das so auffallend, daß an der gleichzeitigen Zufügung beider gar nicht zu zweifeln ist. Daß das nicht vereinzelte Fälle seien, ergab sich bei Durchsicht der Münchener Originale, bei der ich den Umstand genauer betrachtete. Bei einer Reihe von Fällen, so St. 2346. 54. 69. 2432. 54. 56 und anderen, war nicht zu bezweifeln, daß Vollziehungsstrich und Beizeichen gemeinsam nachträglich zugefügt wurden. Und zwar zweifellos von derselben Hand; würde die bloße Gleichheit der Dinte da noch Zweifel lassen können, so erscheinen diese durch die hinzukommende Gleichheit des Zuges, der mehr oder weniger sorgfältigen Ausführung abgeschlossen.

Bei solcher Sachlage ist doch der Schluss unabweisbar, daß in diesen Fällen entweder der König zugleich das Beizeichen zufügte, oder aber auch der nachträgliche Vollziehungsstrich nicht von ihm herrührt. Wenn Steindorff jene erste Annahme wenigstens für solche Fälle nicht unbedingt ablehnt, so scheint sie mir nicht wohl in Frage kommen zu können. Nicht allein, daß die Zufügung des Beizeichen doch zu mühevoll gewesen sein würde, als daß sich der König dem persönlich unterzogen haben sollte; nicht allein, daß es wenigstens in einzelnen Fällen mit größerer Genauigkeit und Sorgfalt ausgeführt ist, als wir dem Könige selbst dann zutrauen dürften, wenn ihn etwa eine Vorzeichnung unterstützte. Es wird vor allem ausschlaggebend sein müssen, daß das Beizeichen auch da, wo es mit dem Vollziehungsstrich nachgetragen ist,

sichtlich in verschiedenen Urkunden von ganz verschiedenen Händen herrührt, bald auffallend roh, bald auffallend sorgfältig gezeichnet ist. Die Zufügung dürfte auch kaum durch einen der höheren Kanzleibeamten geschehen sein, sondern durch die Schreiber, welche überhaupt die Monogramme fertigten.

Halte ich so die nachträgliche Zufügung des Vollziehungsstriches unter K. Heinrich III. durch andere Personen für bestimmt erweisbar, so mag dieselbe auch früher schon zuweilen vorgekommen sein. Veranlassung dazu mag zunächst geboten haben, daß persönliche Unterzeichnung durch den König zwar beabsichtigt war, aber aus irgendwelchem Grunde unterblieb, während man doch auch die Urkunde nicht unvollzogen abgeben wollte. Unter K. Heinrich III. scheinen mir freilich die Fälle zu zahlreich zu sein, als daß sie sich noch als vereinzelte Ausnahmen fassen ließen. Was anfangs vereinzelte Unregelmäßigkeit war, konnte zur Gewohnheit werden. Daß in solchen Fällen die Reinschrift überhaupt dem Könige nicht mehr vorgelegt wurde, wird sich freilich mit Sicherheit nicht behaupten lassen. Es fällt doch auf, daß man wenigstens so weit auch hier an dem gewohnten Vorgehen festhielt, als gewisse Bestandtheile erst auf einer spätern Stufe der Beurkundung zugefügt wurden. Und es wäre doch möglich, daß das noch irgendwelche sächliche Bedeutung gehabt hätte, daß in solchen Fällen die Urkunde noch thatsächlich dem Könige vorgelegt und wenn nicht von ihm persönlich, doch erst auf seinen unmittelbaren Befehl vollzogen wurde. Solche Vermuthungen werden sich freilich schwer bestimmter begründen lassen. Griff aber Aehnliches nicht ein, so wäre doch schwer abzusehen, weshalb man in solchen Fällen an der nachträglichen Vollziehung überhaupt noch festhielt, nicht mit dem Monogramm sogleich auf den Vollziehungsstrich zeichnete, zumal ein solches Vorgehen in andern Fällen zweifellos stattfand.

226. Man scheint nämlich schon früh nicht selten von der nachträglichen Zufügung des Vollziehungsstriches ganz abgesehen zu haben, insofern sich gleichzeitige Fertigung des gesammten Monogramms von der selben Hand zu ergeben scheint. Das ist natürlich für unsere Zwecke von größter Wichtigkeit. Da das gesammte Monogramm zweifellos nicht vom Könige selbst gezeichnet ist, so fehlt in solchen Fällen sicher dessen eigenhandige Unterzeichnung. Und nicht das allein. Die Unterzeichnung des Königs oder auch die nachträgliche Vollziehung durch eine andere Person war dann überhaupt nie beabsichtigt; es war von vornherein ein wesentlich vereinfachter Gang der gesammten Beurkundung ins Auge gefaßt.

Bestimmter aufmerksam gemacht wurde ich auch auf diesen Umstand durch die mit Beizeichen versehenen Diplome. Ergab sich, daß dieses zuweilen in auffallendster Weise sich vom Monogramm unterscheidet, und dann sichtlich zugleich mit dem Vollziehungsstrich nachgetragen ist, so traf jenes doch keineswegs immer zu. Es ergab sich

226] auch wohl wieder aufs bestimmteste, daß Monogramm und Beizeichen nach Färbung der Dinte und Art der Ausführung gleichzeitig von derselben Hand gezeichnet sein mußten. Aber das traf dann wenigstens in den mir früher bekannten Fällen durchweg auch den Vollziehungsstrich; und die Annahme, daß dann auch dieser sogleich vom Zeichner des Monogramm zugefügt war, mußte um so näher liegen, als ja nach andern Fällen Vollziehungsstrich und Beizeichen in näherer Beziehung zu stehen schienen. Die spätere Durchsicht der Münchener Originale bestätigte das freilich nicht ausnahmslos; in einzelnen Diplomen, welche aber durchweg den ersten Jahren des Vorkommens angehören, schien nur das Beizeichen gleichzeitig mit dem Monogramm entstanden, der Vollziehungsstrich nachgetragen zu sein. Aber die große Masse der überhaupt mit Beizeichen versehenen Diplome sprach aufs bestimmteste für jene Annahme; Monogramm, Vollziehungsstrich und Beizeichen ergaben in einer so großen Zahl von Fällen die vollkommenste Uebereinstimmung, daß dabei ein Zufall, wie er sich bei einzelnen Urkunden geltend machen könnte, durchaus ausgeschlossen scheint.

Aber wir dürfen uns da nicht auf die Diplome mit Beizeichen beschränken. Erleichtert dieses die Beurtheilung des Sachverhaltes, so wird sich doch auch sonst vielfach mit größter Bestimmtheit behaupten lassen, daß der Vollziehungsstrich sogleich mit dem Monogramm gezeichnet sein muß. Denn einmal finden sich nicht selten Fälle, daß nur Monogramm und Vollziehungsstrich in der auffallend helleren oder dunkleren Farbe der Dinte übereinstimmen. Doch möchte ich das allein nicht als entscheidend hinstellen. Die gemeinsame Abweichung der Dinte ist mir wohl auch in Fällen aufgefallen, wo doch der Vollziehungsstrich zweifellos von anderer Hand herzurühren schien; es könnte das den Gedanken nahe legen, es sei das Monogramm zuweilen erst unmittelbar vor der Unterzeichnung durch den König eingezeichnet worden. Mehr Gewicht wird darauf zu legen sein, daß die ganze Art der Herstellung des Vollziehungsstriches häufig so durchaus der übrigen Zeichnung entspricht, daß an Fertigung durch ein und dieselbe Hand nicht wohl gezweifelt werden kann. Und während bei sorgfältiger ausgeführten Monogrammen sich sehr gewöhnlich die Ungeschicktheit oder Nachlässigkeit bemerklich macht, mit der der König den Strich zusetzte, zeigt sich dieser in anderen Diplomen desselben Herrschers dann wohl ganz mit derselben Sorgfalt und Regelmäßigkeit ausgeführt, wie die andern Linien, weniger gezogen, als gezeichnet. Ueberdies ist die Linie in manchen Monogrammen von so bedeutender Ausdehnung, daß es gar nicht möglich gewesen wäre, sie aus freier Hand so gerade zu ziehen. In Einzelfällen mag sich das aus dem schon § 225 erwähnten Vorziehen der Linie erklären. Aber allgemeiner scheint das nicht üblich gewesen zu sein. Es müßten sich davon mehr Spuren zeigen, insbesondere in den nicht seltenen Fällen, wo der Vollziehungsstrich unausgefüllt blieb, oder auch in solchen, wo derselbe so unregelmäßig gezogen ist, daß die vor-

gezogenen Linien jedenfalls nicht eingehalten wären. Vereinzelt ergibt sich dann wohl noch ein bestimmter Haltpunkt. So findet sich unter K. Heinrich II. zuweilen eine eigenthümliche Verzierung der Linien des Signum mit Vierecken und Punkten. Die Nachtragung der Querlinie tritt dann mehrfach recht deutlich dadurch hervor, daß ihr die Verzierung fehlt; aber im Originale von St. 1443 ist die Verzierung auch auf sie ausgedehnt. Wurde § 225 bemerkt, daß wenigstens in früherer Zeit die Verlängerung des Querbalken in *E* nicht als zum Vollziehungsstrich gehörig behandelt wurde, so muß dieser sogleich vom Zeichner des Monogramms zugefügt sein, wenn, wie etwa bei St. 1316, deutlich zu erkennen ist, daß Querbalken und Fortsetzung in einem Zuge über die senkrechte Linie hin gezeichnet sind.

Daß der Vollziehungsstrich nicht immer nachgetragen wurde, dürfte zweifellos sein. Im Einzelfalle wird freilich häufig die sorgfältigste Beachtung aller Umstände kein sicheres Urtheil erlauben; es wird sich nur sagen lassen, daß die Nachtragung nicht bestimmter kenntlich ist. Aber in der Mehrzahl der Fälle scheinen sich doch Haltpunkte zu ergeben, welche für ein bestimmteres Urtheil ausreichen; und diese Haltpunkte werden sich zweifellos mehren, wenn der Umstand mehr beachtet sein wird, als das bisher der Fall war. Was ich darüber zu sagen weiß, stützt sich einmal auf eigene, allerdings flüchtige Durchsicht der Originale insbesondere des Münchener Archivs, dann insbesondere auf gütige Mittheilung von Foltz über eine größere Zahl von Originalen aus der Zeit von K. Arnulf bis K. Otto II., bei deren Bearbeitung für die Ausgabe der *Monumenta Germaniae* er das Verhältniß genauer beachtete; weiter waren mir noch einzelne Mittheilungen von Sickel und Ottenthal zur Hand. Wenigstens für einen vorläufigen Versuch, dem Umstande so weit nachzugehen, als das die nächsten Zwecke erfordern, schien mir das zu genügen.

Schon in früherer karolingischer Zeit schien mir wenigstens in einzelnen Fällen, wie etwa in den Urkunden K. Ludwig des Frommen Sickel L. 70. 371, der Vollziehungsstrich nach Zug und Dinte nicht nachgetragen zu sein; in manchen andern ist wenigstens die gemeinsame Abweichung der Dinte auffallend. Doch scheint zumal in der spätern Karolingerzeit die Nachtragung durchaus die Regel gewesen zu sein. Obwohl unter K. Arnulf der Vollziehungsstrich sehr klein ist, ist die Nachtragung doch durchweg deutlich erkennbar. Für Reg. Kar. 1063 zu Münster bemerkt Wilmans Kaiserurk. 1, 248, daß der Verbindungsstrich nicht eigenhändig vom Könige vollzogen sei; doch schien mir bei Einsicht des Original der Fall kaum geeignet, um mit größerer Sicherheit urtheilen zu können. Auch unter der bedeutenden Zahl von Originalen K. Arnulfs zu München war nur bei wenigen der Strich nicht bestimmter unterscheidbar; bei Reg. 1051 scheint das gemeinsame Auslaufen der Dinte für gleichzeitige Eintragung mit dem Monogramm zu sprechen; bestimmter möchte ich dieselbe annehmen für Reg. 1141, da

226] hier der zur Vollziehung benutzte Querstrich des *A* ausnahmsweise nicht gerade gezogen, sondern gebrochen ist. Von K. Ludwig dem Kinde ist mir kein Fall bekannt. In vierzehn Diplomen K. Konrads I., welche die überwiegende Mehrzahl der überhaupt aus seiner Zeit erhaltenen Diplome darstellen, fand Foltz überall Zeichen der Nachtragung; bezüglich der neun Münchener Originale stimmen meine Beobachtungen damit überein. Daraufhin wird sich zweifellos behaupten lassen, daß noch in dieser Zeit die Nichteigenhändigkeit höchstens ganz vereinzelt vorgekommen sein kann.

Erst mit dem Beginn der sächsischen Periode scheint sie üblicher geworden zu sein. Unter elf verglichenen Originalen K. Heinrichs I. fand Foltz drei, St. 4. 23. 35, in welchen das ganze Monogramm von ein und derselben Hand herrührt; dasselbe glaube ich für St. 7 zu München und St. 44. 48 zu Münster annehmen zu müssen. Die Verhältniszahl steigert sich dann außerordentlich unter K. Otto I.; auf 31 von Foltz verglichene Originale, bei welchen sicher, und auf 8, bei welchen anscheinend der Vollziehungsstrich von anderer Hand herrührt, kamen 28, bei welchen das ganze Monogramm gleichzeitig entstanden zu sein scheint; von 32 Originalen K. Ottos II. hatte genau die Hälfte deutlich den nachträglichen Vollziehungsstrich, die andere Hälfte, einige zweifelhafte Fälle eingerechnet, das ganze Monogramm von derselben Hand. Ein ähnliches Verhältniß fand ich bei den Münchener Originalen; unter K. Otto I. schien mir bei der Hälfte der Fälle, unter K. Otto II. bei etwas weniger als der Hälfte der Strich nicht nachgetragen zu sein.

Das ändert sich dann aber in auffällender Weise unter K. Otto III. Unter 28 Originalen war mir nur bei St. 985 die gleichzeitige Eintragung wahrscheinlicher, in vier Fällen die Nachtragung nicht bestimmt kenntlich, während dieselbe in allen übrigen gar nicht zu verkennen war. Ebenso in der ganz überwiegenden Mehrzahl der zahlreichen Originale K. Heinrichs II. zu München; nur etwa im neunten Theile traf das nicht zu; und die Fälle, bei welchen sich die Gleichzeitigkeit des Striches bestimmt zu ergeben schien, waren zum Theile solche, welche auch sonst Ungewöhnliches zeigen, wie St. 1329. 30. 1464. Auch unter K. Konrad II. schien die Nachtragung kaum in ein oder anderem Falle zweifelhaft zu sein. Und wenigstens überwiegend bieten die Originale dieser Zeit auch keine Veranlassung daran zu zweifeln, daß die Nachtragung durch den König selbst geschah. In St. 2043, welches außer dem Signum K. Konrads II. auch das seines Sohnes hat, sind beide Striche deutlich nachgetragen, aber zweifellos von verschiedenen Personen, da der Strich im zweiten Signum auffallend blässere Dinte zeigt.

Für das spätere Abkommen der eigenhändigen Unterzeichnung dürfte dann zunächst die Regierung K. Heinrichs III. maßgebend geworden sein. Nach Ausweis der Münchener Originale scheinen anfangs die Fälle noch zu überwiegen, wo die Nachtragung bestimmt erkennbar ist, oder doch kein Grund, an ihr zu zweifeln. Auch die Einführung des

Signum speciale scheint dieses Verhältniß nicht unmittelbar zu ändern. Von fünf bezüglichen Diplomen aus den Jahren 1042 und 1043 scheint nur St. 2250 einen gleichzeitig mit Monogramm und Beizeichen gezeichneten Vollziehungsstrich zu haben; in den andern scheint er nachgetragen zu sein, obwohl das Beizeichen gleichzeitig mit dem Monogramm entstanden ist. Dagegen fand ich in den Jahren seit 1045 unter 28 bezüglichen Diplomen nur noch das einzige St. 2355, in welchem nur der Vollziehungsstrich nachgetragen scheint; in allen andern ergab sich entweder Gleichzeitigkeit von Monogramm, Vollziehungsstrich und Beizeichen, oder aber gemeinsame Nachtragung der beiden letztern. Dafs auch das die Annahme eigenhändiger Unterzeichnung durch den König ausschließt, suchte ich § 225 nachzuweisen. Dieselbe scheint demnach in den spätern Zeiten K. Heinrichs III. überhaupt außer Uebung gekommen zu sein.

Der naheliegenden Annahme, dafs das Beizeichen bestimmt gewesen sei, dafür irgendwelchen Ersatz zu bieten oder die Nichteigenhändigkeit kenntlich zu machen, steht allerdings im Wege, dafs seine Einführung weiter zurückreicht. Eine nähere Beziehung dürfte sich da aber doch hergestellt haben. Denn es ist sehr auffallend, dafs nun mit dem Regierungsantritte K. Heinrichs eine doppelte Aenderung eintritt, das Beizeichen zunächst wieder aufgegeben wird, andererseits aber die eigenhändige Unterzeichnung wieder Platz greift. In den Münchener Originalen aus den ersten Jahren ist allerdings der Vollziehungsstrich nicht zu unterscheiden; deutlich aber in St. 2561. 76 zu Wien, dann in St. 1577 nach dem Facsimile im Cod. Westf. I, n. 29; ebenso dann aber auch in allen Münchener Originalen von 1060 und weiter bis 1062 März 19, St. 2606, der letzten unter Vormundschaft der Kaiserin Agnes ausgestellten Urkunde. Stellt sich dieses Verhältniß von da ab anders, so liegt der Gedanke nahe, dafs da ein Zusammenhang mit dem Uebergang der Vormundschaft an die Fürsten besteht. In St. 2608. 9 schien mir das Verhältniß noch zweifelhaft zu sein; weiterhin ergab sich in den Münchener Originalen für die ganze Regierung K. Heinrichs IV. keins mehr, welches der König eigenhändig unterzeichnet haben dürfte. In den spätern Zeiten macht sich allerdings zuweilen Nachtragung des Vollziehungsstriches kenntlich; aber unter ganz ähnlichen, gegen Eigenhändigkeit sprechenden Verhältnissen, wie wir sie unter K. Heinrich III. fanden, wie denn jetzt auch das Beizeichen wieder auftritt. So ist St. 2813 der Vollziehungsstrich zweifellos nachgetragen, aber ebenso auch dessen Verlängerung im *E*, vgl. § 225, während in St. 2907 die Nachtragung ausserdem noch das Beizeichen trifft. In andern Fällen, so St. 2881. 2894, scheinen auch hier Namenszeichen, Beizeichen und Vollziehungsstrich ganz gleichzeitig gefertigt zu sein; nur in St. 2965 könnte bei Gleichheit der Dinte die geringere Schärfe des Zuges des Vollziehungsstriches an Nachtragung nur dieses denken lassen, obwohl das sehr sorgfältig gezeichnete Beizeichen mit dem Monogramm zu stimmen scheint.

226] Sicherer möchte ich unter K. Heinrich V. zunächst bei St. 3012 annehmen, daß bei Uebereinstimmung zwischen Beizeichen und Monogramm der Vollziehungsstrich nachgetragen ist, also wohl vom Könige herrührt. Die eigenhändige Unterzeichnung scheint jetzt wieder üblicher geworden. Schien in sechs der mir bekannten Originale der Vollziehungsstrich nicht unterscheidbar, so hielt ich ihn in acht für nachgetragen, mehrfach so wenig sorgfältig, daß gewiß an den König selbst zu denken ist. Allerdings erstreckt sich auch jetzt die Nachtragung sichtlich wohl auf die Verlängerung im *E*, wie das besonders deutlich in dem unvollzogenen Monogramm Cod. Westf. I, n. 31 hervortritt, wo außer dem Querbalken auch diese Verlängerung fehlt. Wo diese aber so wenig sorgfältig gezeichnet ist, wie etwa in St. 3065, werden auch die § 225 geltend gemachten Gründe nicht gerade Eigenhändigkeit ausschließen, seit es überhaupt einmal üblich geworden war, auch diese Verlängerung nachzutragen.

Auch unter K. Lothar scheint die Nachtragung noch üblich gewesen zu sein. Auf eine bezügliche Anfrage bezeichnete mir Schum, der die aus dieser Regierung erhaltenen Originale durchweg eingesehen hat, insbesondere St. 3227.28.29 mit Kreismonogramm, dann St. 3231.33.34.42.51.62.73.85.89.94.3311.24.33.40.46 als solche, bei welchen der Vollziehungsstrich als nachgetragen noch erkennbar sei. Aber wenigstens bei den vier Stücken, welche ich davon später zu München sah, glaubte ich jener Annahme nicht durchweg beipflichten zu können; in St. 3251 scheint mir der Strich sicher, in St. 3324 höchst wahrscheinlich gleichzeitig mit dem übrigen Monogramm gefertigt zu sein; und auch St. 3229 möchte ich nur als zweifelhaft bezeichnen. Ganz zweifellos ergibt sich freilich die Nachtragung durch auffallend blässere Dinte bei St. 3234; ist aber der Strich trotz seiner Größe und Stärke überaus regelmässig gezogen, ist mit derselben blässen Dinte auch die Verlängerung im *E*, weiter aber anscheinend auch die Rekognition geschrieben, so wird schwerlich anzunehmen sein, daß die Nachtragung durch den König geschah. In wie weit andere Fälle bestimmter nicht nur für Nachtragung überhaupt, sondern für eigenhändige sprechen, kann ich nicht beurtheilen, da in der großen Mehrzahl der Münchner Originale der Vollziehungsstrich dem Monogramme gleichzeitig zu sein scheint oder im Kreismonogramme fehlt. Es dürfte doch anzunehmen sein, daß K. Lothar zumal in der spätern Zeit seiner Regierung höchstens ausnahmsweise noch persönlich unterzeichnete, aber auch die Nachtragung überhaupt wenig mehr üblich war.

227. In der staufischen Zeit ergibt sich dann völliges Aufhören der eigenhändigen Unterzeichnung. Darauf scheint schon sehr bestimmt zu deuten, daß der seit so langer Zeit regelmässig als Vollziehungsstrich benutzte Querbalken sich in den staufischen Monogrammen überhaupt nicht mehr findet. Allerdings fehlt nun zunächst das *H* im Namen des Königs, welchem jener zunächst angehörte, insofern in den

Diplomen auch der Name Konrad jetzt regelmässig ohne *H* geschrieben wird.

Unter K. Konrad III. bot sich nun wenigstens überhaupt noch ein Querbalken in dem *A* im untern Theile des Signum dar; die Annahme, dass dieser für die Vollziehung benutzt wurde, liegt um so näher, als er anscheinend schon unter K. Heinrich V. zuweilen mit dem Hauptstriche nachgetragen wurde. Aber wenigstens in den Münchener Originalen scheint bestimmter nichts dafür zu sprechen, als dass dieser Strich in St. 3430 fehlt, ebenso in 3461, das aber überhaupt viel Auffallendes zeigt, dann auch in 3524, wo jedoch die ganze Form des Namenszeichen eine abweichende ist. Es ist weiter in einer Ausfertigung von St. 3563 der Querbalken vollständig ausgeführt, in einer zweiten durch zwei dünne Linien bezeichnet; es liesse sich denken, das sei Vorzeichnung, deren Ausfüllung dann vergessen wurde. Dass das nicht der Fall, ergibt die ähnliche Gestaltung in St. 3520. 37. 95; auch hier findet sich der Balken nicht ausgefüllt, sondern durch zwei Linien angedeutet, von denen aber die obere in der Mitte eine halbkreisförmige Ausbiegung nach oben hat; mit dem Leerlassen des Balkens ist sichtlich nur eine Ausschmückung beabsichtigt, nicht eine Erleichterung der königlichen Unterzeichnung. Höchstens würde sich das darauf deuten lassen, dass die Schreiber gerade diesem Balken noch besondere Bedeutung beilegten, er möglicherweise erst später zugefügt wurde, obwohl sich nirgends ein Unterschied der Dinte bemerklich macht. Nachtragung überhaupt ergab sich nur bei St. 3599; hier ist aber nicht eine einzelne Linie nachgetragen, sondern es sind anscheinend nur die Hauptzüge des *C* und *E* von einer ersten Hand gezeichnet, dann sämtliche innere Linien von einer zweiten sehr ungeschickt zugefügt. Genauere und ausgedehntere Untersuchung mag zu einem anderen Ergebnis führen; vorläufig glaube ich annehmen zu dürfen, dass die eigenhändige Unterzeichnung schon unter K. Konrad aufgehört hatte, während es stärkerer Haltpunkte bedürfte, um mit einiger Sicherheit behaupten zu können, dass auch nur die Nachtragung einer Linie überhaupt noch üblich gewesen sei.

In den Monogrammen K. Friedrichs I. fehlt dann überhaupt ein Querbalken; und auch als unter K. Heinrich VI. das *H* Veranlassung geboten hätte, auf die alte Form zurückzugreifen, ist das nicht geschehen, sondern das *H* durch Anhängung an einen Hauptstrich hergestellt. Scheint so von vornherein jeder zur Nachtragung besonders geeignete Strich zu fehlen, so liesse mir auch die vollständige Gleichheit von Zug und Dinte bei allen eingesehenen Monogrammen dieser und der folgenden Herrscher keinen Zweifel, dass von irgendwelchen Nachtragungen in denselben nicht die Rede sein könne.

228. Für diese Behauptung ergibt sich nun noch eine weitere gewichtige Stütze bei Beachtung der Ankündigung der eigenhändigen Unterzeichnung in der Beglaubigungsformel. Diese wurde in älterer Zeit dem thatsächlichen Vorgehen sichtlich genau entsprechend

228] gebraucht; wo das Namenszeichen überhaupt fehlt, wie das in früherer Karolingerzeit häufiger und bei verschiedenen Arten von Diplomen der Fall war, fehlt auch die Ankündigung. Das trifft denn auch später noch zu bei solchen Arten von Diplomen, welche in der Regel überhaupt kein Signum haben, wie Mundbriefen und Freilassungen; vgl. § 195. Doch macht sich auch in dieser Richtung wohl schon Ungenauigkeit geltend. Findet sich zuweilen das nichtangekündigte Signum, vgl. Bresslau Dipl. c. 170, so fehlt es auch wohl in Einzelfällen, wo es angekündigt ist; beides wohl deshalb, weil für den Text die herkömmlichen Formulare benutzt wurden, bei der Zufügung des Protokoll dann aber der Text nicht genügend beachtet oder nicht als maßgebend betrachtet wurde.

Wo aber das Namenszeichen überhaupt zugefügt wurde, da ist der Umstand, daß es im Laufe der Zeit nicht mehr immer vom Könige selbst vollzogen wurde, zunächst ohne allen Einfluß auf die Formel geblieben. Man hat diese in der gewohnten, eine Bekräftigung *manu propria* ankündigenden Weise auch da fortgeschrieben, wo das dem tatsächlichen Vorgehen nicht mehr entsprach. In ähnlicher Weise wurden ja auch in Privaturkunden, wie § 29 bemerkt, die Handzeichen der Zeugen später gewöhnlich vom Notar zugeschrieben. Dasselbe ergibt sich wohl, wenn in italienischen Gerichtsurkunden der König mit *ego — subscripsi* eigenhändig zu unterschreiben scheint; so bemerkt Schum im N. Archiv der Gesellsch. 1, 129 für St. 2905.29 ausdrücklich, daß die angeblichen Unterschriften des Kaisers von derselben Hand herrühren, wie der Text. Es mag sein, daß in Einzelfällen Nichterwähnung der Unterzeichnung mit Hinzufügung des Vollziehungsstriches schon durch den Schreiber zusammentrifft. Das haben wir dann in früherer Zeit gewiß nur als bloßen Zufall zu betrachten. Ich möchte das selbst noch unter K. Heinrich V. annehmen, wo die auch früher vereinzelt vorkommenden Fälle, daß bei vorhandenem Signum die Ankündigung fehlt, etwas häufiger werden. Denn ein Zusammenhang scheint sich da wenigstens für den Einzelfall nicht zu ergeben; insbesondere findet sich das *manu propria* auch in solchen Diplomen, wie etwa St. 3086.3112.21.90., in welchen der Strich unmittelbar mit dem Monogramm gezeichnet zu sein scheint.

Dagegen möchte ich es nun nicht mehr als zufällig oder auch nur absichtslos betrachten, wenn unter K. Lothar die Fälle der Nichtankündigung auffallend rasch zunehmen. - Sein Regierungsantritt bezeichnet zweifellos einen sehr wichtigen Abschnitt für die Verhältnisse der Reichskanzlei. Es wurde in dieser ein ganz neues Personal verwandt, welches an die Formen der Privaturkunden gewöhnt, diese nun vielfach auf die Diplome übertrug, andererseits sich aber doch wieder den herkömmlichen Formen näher anzuschließen suchte. Unter solchen Verhältnissen werden Widersprüche zwischen hergebrachter Form und geändertem Vorgehen, an denen man sich vielleicht durch Jahrhunderte nicht gestoßen, sich leichter bemerklich machen. Man wird aufmerksam geworden sein, daß die Ankündigung eigenhändiger Unterschrift nicht mehr

in allen Fällen passe, sie nur noch da in den Text aufgenommen haben, wo dieselbe beabsichtigt war. Denn wenigstens nach den mir bekannten Haltpunkten scheint sich da jetzt ein engerer Zusammenhang zu ergeben. So findet sich die Ankündigung der eigenhändigen Unterschrift in St. 3228.29.31.34.51.73, in welchen auch der Vollziehungsstrich nachgetragen zu sein scheint. Dagegen fehlt sie in St. 3244.47.84.86.99.3304.13.18.24, in welchen ich das Monogramm als gleichzeitig entstanden betrachten mochte. Freilich traf das nicht in allen Texten zu, welche mir zur Vergleichung zur Hand waren; so ist in St. 3242.51.62.85.3311, in welchen Schum den Vollziehungsstrich für nachgetragen hält, nur das Siegel angekündigt. Aber das war ja an und für sich nur Unvollständigkeit, nicht Ungenauigkeit, und die Scheidung von Text und Protokoll mochte da leicht in Einzelfällen zu einer verschiedenen Behandlung führen.

Jedenfalls kann nicht bezweifelt werden, daß wenigstens im Allgemeinen beides in engerem Zusammenhange stand, daß man absichtlich die Ankündigung fortließ, weil sie der Sache nicht mehr entsprach. In der Zeit K. Konrads III. findet sie sich nur noch selten. In der spätern Zeit K. Friedrichs I. kann sie als völlig beseitigt gelten. Kommt sie noch vereinzelt vor, so ist auch nachweisbar oder wahrscheinlich, daß die Formel einer ältern Vorlage entnommen ist. Findet das *manu propria* sich in St. 4156.4708 von 1174 und 1191, so ist in beiden die Beglaubigungsformel wörtlich aus St. 3501 von 1145 wiederholt; findet es sich sogar noch 1223, Huillard 2, 775, so ist es da abgeschrieben aus der Vorlage St. 3482 von 1144.

229. Die Annahme, daß die Ankündigung der eigenhändigen Unterzeichnung sich nicht zufällig aus den Formeln verlor, sondern absichtlich fortgelassen wurde, weil man beachtete, daß sie nicht mehr paßte, findet nun eine bestimmtere Bestätigung darin, daß man die Angabe zuweilen nicht einfach fortließ, sondern der jetzigen Sachlage entsprechend zu einer bloßen Ankündigung des Namenszeichen umgestaltete. Das Signum selbst, obwohl ursprünglich nur darauf berechnet, der Unterzeichnung des Königs als Grundlage zu dienen und demnach jetzt streng genommen überflüssig geworden, wurde dennoch wenigstens für die feierlichen Diplome beibehalten. In erster Linie gewiß nur deshalb, weil man die gewohnte Form nicht fallen lassen mochte, nachdem sie ihre ursprüngliche Bedeutung verloren hatte. Doch hat man das Namenszeichen an und für sich auch wohl als Beglaubigungsmittel betrachtet und daher zuweilen noch, dem frühern Brauche entsprechend, in der Beglaubigungsformel auf dasselbe verwiesen. Aber in entsprechend geänderten Ausdrücken; nicht mehr von eigenhändiger Bekräftigung ist die Rede, sondern von Bekräftigung durch das Namenszeichen, dessen Zufügung der König zugleich mit der Siegelung befiehlt. Dafür finden sich schon Fälle unter K. Lothar. So St. 3244.47, M. Boica 15, 265. 13, 150: *hanc paginam regalis characteris nostri impressione signari precepimus; hanc formulam inde conscribi et sigillo nostro cum*

229] *signo, ut infra apparet, iussimus insigniri*; beide haben das Kreismonogramm ohne Vollziehungsstrich. Oder St. 3289, Quix Aachen 1, 67, obwohl nach Schum der Strich nachgetragen ist: *cartam istam sigillo et nominis nostri impressione firmamus*. Ähnlich wird dann auch unter den folgenden Regierungen wohl auf das Signum neben Zeugen und Siegel verwiesen. So 1151: *et ut haec nostra regia traditio — inconvulsa — habeatur, praesentis privilegii auctoritate, subscripto signi nostri caractere et A. cancellario nostro recognoscente, testium quoque approbatione, omni munitionis iure corroborantes confirmamus*; 1157: *aurea bulla nostra signari iussimus, annotato signi nostri caractere et adhibitis idoneis testibus*; oder auch *signo et sigillo nostro* oder *regie maiestatis karaktere firmari iussimus*; vgl. Or. Guelf. 3, 439. 467, Böhmer Acta 97. 200, M. Boica 29, 387. 392. Das entsprach nun allerdings dem thatfachlichen Verhältnisse. Doch scheint man gefühlt zu haben, daß es sich beim Signum nur noch um eine bedeutungslose Form handelte; die Erwähnung als Beglaubigung ist im zwölften Jahrhunderte Ausnahme und hört im dreizehnten überhaupt auf, obwohl das Signum selbst im Gebrauch blieb.

Jene neuere Formel dürfte noch in anderer Richtung beachtenswerth sein. Die ältere pflegt die königliche Unterzeichnung als bereits geschehen zu erwähnen, setzt also das Monogramm und damit die Reinschrift als bereits vorhanden voraus; sie ist zunächst auf einen spätern Akt der Beurkundung, auf die Vollziehung der gefertigten Reinschrift berechnet. In dieser neueren Formel tritt das nicht hervor; wird die Zufügung des Signum mit der andern Beglaubigungsmittel vom Könige befohlen, so scheint ein Akt der Beurkundung ins Auge gefaßt zu sein, bei welchem das Signum noch nicht vorhanden war. Vielleicht die Reinschrift überhaupt nicht; es steht wenigstens nichts der Annahme im Wege, daß der König schon auf Grundlage des Konzeptes mit der Fertigung der Reinschrift zugleich die Zufügung des Signum und des Siegel befahl, da ja mit dem Aufhören der eigenhändigen Unterzeichnung jeder bestimmtere Grund entfiel, dem Könige auch die Reinschrift nochmals vorzulegen. Es war damit ein wesentlich vereinfachtes Vorgehen wenigstens ermöglicht, bei dem das Hauptgewicht der gesammten Beurkundung auf den Fertigungsbefehl fiel.

Um uns nun zu vergewissern, ob das vermuthete einfachere Vorgehen in dieser spätern Zeit auch wirklich stattfand, wird es sich empfehlen, solche Angaben der Diplome ins Auge zu fassen, welche überhaupt erst in dieser spätern Zeit üblich geworden sind, bei denen sich demnach auch voraussetzen läßt, daß sie dem jetzt üblichen Gange der Beurkundung genauer angepaßt sind. Dahin gehört insbesondere die erst im zwölften Jahrhunderte allgemeiner üblich werdende Zeugenangabe, in welcher nun ein neues Beglaubigungsmittel geboten war, welches dazu beigetragen haben mag, daß man der persönlichen Unterzeichnung keinen größern Werth mehr beilegte. Läßt sich genauer

feststellen, auf welchen Zeitpunkt sich in der Regel die Zeugenangabe bezieht, so dürfen wir auch voraussetzen, damit den maßgebendsten Punkt der gesammten Beurkundung getroffen zu haben.

ZUFÜGUNG DER ZEUGEN.

230. Wir suchten früher § 136 ff. nachzuweisen, daß die Zeugen der Königsurkunden sich zwar nicht selten auf die Handlung, in der Regel aber doch auf die Beurkundung beziehen. Fragen wir nun weiter nach dem für die Zeugen maßgebenden Zeitpunkt der Beurkundung, so können da zweifellos nur die erörterten Zeitpunkte persönlichen Eingreifens des Königs in Frage kommen. Die Großen des Reichs werden natürlich nicht Zeugen für die Anfertigung des Konzeptes oder der Reinschrift sein; aber ihr Zeugniß kann sich möglicherweise auf den Beurkundungsbefehl oder auf den Fertigstellungsbefehl oder auch auf Vollziehung und Uebergabe beziehen. Ich denke nun, daß bald das eine bald das andere der Fall gewesen ist.

Zunächst ist schon nach den ganz ausdrücklichen § 73 angeführten Angaben einzelner Urkunden nicht zu bezweifeln, daß es sich wenigstens bei diesen um Zeugen der Vollziehung und Uebergabe handelte; es werden die genannt, welche zugegen waren, als der König dem Empfänger die Urkunde übergab, also auch wohl bei der Vollziehung, an welche sich wenigstens die öffentliche und feierliche Uebergabe in der Regel unmittelbar angeschlossen zu haben scheint.

Damit stimmt denn durchaus, was § 139 über die Erwähnung der Zeugen in der Beglaubigungsformel bemerkt wurde. Die Zufügung der Zeugen wird hier mit dem Aufdrücken des Siegels auf gleiche Linie gestellt; beide Vollziehungshandlungen werden gleichzeitig befohlen; so weit wir überhaupt einen vom Fertigstellungsbefehl zu scheidenden Vollziehungsbefehl anzunehmen haben, werden die Zeugen erst durch diesen letzteren getroffen.

Haben wir nun in den Zeugen wirklich zunächst die Personen zu sehen, welche bei der Vollziehung und Uebergabe zugegen waren, so muß sich das in den Originalurkunden bemerkbar machen. Der Vollziehungsbefehl setzt voraus, daß mindestens der Text bereits in Reinschrift vorliegt. Zur Zeit der Reinschrift war es demnach noch ungewiß, welche Personen Vollziehungszeugen sein würden; ging man irgend genau vor, nannte man nicht etwa vorgehend solche Personen, von denen man erwartete, daß sie anwesend sein würden, so müssen die Zeugen der Reinschrift erst nachträglich zugefügt sein, was in der Regel doch auch dann, wenn die Nachtragung durch denselben Schreiber geschah, kenntlich sein wird.

231. Die danach zu vermuthende nachträgliche Eintragung in die Reinschrift ist denn auch wirklich mehrfach in den Originalen nachweisbar. Und zwar ergibt sich in manchen Fällen, daß die gesammte

231] Urkunde mit Einschluß des Protokoll'es und selbst der Siegelung bereits gefertigt war, als die Zeugen zugeschrieben wurden.

So sind in St. 3264 nach Schum Verfaßten 29 die Zeugen nach Niederschrift des Schlufsprotokoll'es in alle Lücken zwischen Text, Protokoll und unterm Rande eingetragen. In den Originalen von St. 3626 und 4652 zu Münster scheinen mir die Zeugen von derselben Hand später nachgetragen zu seien; jedenfalls war in der ersten das Siegel bei Niederschrift der Zeugen schon aufgedrückt, da die letzte Zeile der Zeugenaufführung ihm ausweichen mußte. In St. 4140 zu München zeigen Text und Schlufsprotokoll dieselbe Hand und Dinte, während zwischen denselben die Zeugenaufführung mit anderer Dinte eingetragen ist. In St. 4484 zu München ist die Zeugenreihe sicher nachgetragen, während die dann folgende Datirung dem Texte gleichzeitig seien dürfte, so daß für die Zeugen zuerst freier Raum gelassen wäre. In Reg. Phil. 63 sind die Zeugen an ungewöhnlicher Stelle erst hinter der dem Texte gleichzeitigen Datirung nachgetragen. In Originaldiplom K. Philipps zu Affisi, Ital. Forsch. 4, 264, ist die Datirung zweifellos von der Hand des Textes, während die Zeugen zwischen beiden von anderer Hand nachgetragen sind. In Reg. Fr. II. 53 zu München scheinen gleichfalls die Zeugen, aber kaum die Datirung später zugefügt zu seien. Dasselbe ergibt sich in den zu Wien befindlichen Originalen der Diplome für Böhmen und Mähren von 1212 Sept. 26, Reg. Fr. II. 41. 42. 43. In n. 42 zeigt sich das nur darin, daß die Zeugenaufführung viel enger und nachlässiger geschrieben ist, als der Text, dem dann die Datirung wieder entspricht. In n. 41 und 43 sind die Zeugen in ganz eigenthümlicher Weise eingetragen, nicht in fortlaufender Zeile, sondern in Kolumnen, aber so, daß Namen der einen wohl in die andern übergreifen, so daß man sie mit Strichen umzogen hat, um sie auseinanderzuhalten, eine Anordnung, welche doch wohl dadurch veranlaßt war, daß man den für die Zeugeneintragung noch verfügbaren Raum möglichst auszunützen hatte. Endlich scheinen auch in einer Urkunde K. Heinrichs von 1231 zu München, Huillard 3, 464, die Zeugen von derselben Hand zwischen Text und Datirung nachgetragen zu seien.

In andern Fällen trifft die Nachtragung außer den Zeugen auch noch weitere Bestandtheile. In der Urkunde K. Lothars St. 3304 zu Aachen scheint die Zeugenreihe von derselben Hand nachgetragen zu seien, die Zeilen waren gedrängter zu schreiben, weil das Signum schon vorhanden war; wohl gleichzeitig ist dann auch in der Datirungszeile die Tagesangabe nachgetragen. Häufiger kommt es vor, daß in solchen Privilegien, deren Schlufsprotokoll sich auf die Datirung bezieht, diese überhaupt gleichzeitig mit den Zeugen nachgetragen ist. So nach gutiger Mittheilung von Schum in St. 3240. In St. 3463 zu München sind nur die beiden ersten Zeugennamen mit gleicher Dinte, wie der Text geschrieben, die übrige Reihe und die Datirung mit derselben andern Dinte, welche auch im Texte eine Stelle auf Rasur geändert

hat. Bei St. 4272 ist nach Wirtemb. U. B. 2, 194 wenigstens ein Theil der Zeugen von derselben verschiedenen Hand am Rande zugeschrieben, welche auch das Datum zufügte. In Reg. Phil. 98 zu München sind Zeugen und Datirung kenntlich von anderer Hand nachgetragen; überdies ist von der Hand des Textes auf dem umgeschlagenen untern Rande ausdrücklich bemerkt: *subscriptiones hic scribi debent*. Von dem Diplom K. Friedrichs II. von 1218 Juni 20 für S. Katharinen zu Dortmund, Fahne Dortm. U. B. 1, 20, finden sich zwei besiegelte Originale im Staatsarchive zu Münster; das eine, wonach gedruckt wurde, ist in seinem ganzen Bestande gleichzeitig gefertigt; im anderen dagegen sind die hier vorgestellte Datirung, dann die Zeugen mit auffallend schwärzerer Dinte erst in der Reinschrift nachgetragen. Auch noch in Reg. Henr. (VII) 246 zu München scheinen die Datirung und die ihr angehängte Zeugenangabe von derselben Hand nachgetragen zu sein.

Auch in feierlichen Privilegien ergibt sich wohl, daß die Zeugen mit dem gesammten Schlußprotokoll erst später zugefügt sind. Die mir bekannten Fälle treffen sämmtlich Münchener Originale. So sicher in St. 4299, wo nur das *idoneis testibus* noch von der Hand des Textes herrührt; anscheinend auch in St. 3812. 4349. In St. 4759 ist nur der erste Zeuge noch dem Texte entsprechend geschrieben; dann wechselte die Dinte. Reg. Phil. 73 ist besiegelt, aber es fehlen die in der Beglaubigungsformel ausdrücklich angekündigten Zeugen und das gesammte Schlußprotokoll, obwohl für die Eintragung reichlicher Raum vorhanden gewesen wäre; man scheint auf die beabsichtigte spätere Eintragung vergessen haben, da der Annahme der Mon. Boica 29, 528, das Geschäft sei nicht zum Vollzuge gekommen, doch der Umstand im Wege zu stehen scheint, daß das Diplom an den Empfänger, für den es bestimmt war, abgegeben ist. Auch in Reg. Fr. II. 177, sind Zeugen und Schlußprotokoll wohl von derselben Hand, aber mit hellerer Dinte zugefügt.

Endlich ist noch St. 4162 zu München zu erwähnen, in welchem Zeugen, Signum, Rekognition, Actum, dann auch noch das Wort *datum* viel hellere Dinte zeigen, als der Text, während nur die Schlußworte *apud Fuldam feliciter amen* wieder mit anderer Dinte zugefügt sind.

232. Ein Fall, wie der letzterwähnte, kann allerdings Bedenken gegen die Annahme erwecken, die Veranlassung der Nachtragung sei darin zu sehen, daß die Zeugen, da sie sich auf einen letzten Akt der Beurkundung beziehen sollten, zur Zeit der Fertigung der Reinschrift noch nicht feststanden. Es ist doch nicht abzusehen, weshalb dann nicht auch die genaueren Angaben der Datirung, bei der man auf Zufügung des Tages wohl vergaß, sogleich mit den Zeugen zugefügt wurden. Würde das der einzige mir bekannte Fall sein, daß die Zeugen nicht schon mit dem Texte, aber anscheinend vor anderen Bestandtheilen der Urkunde eingeschrieben wurden, so wäre es möglich, daß da mehr zufällige Verhältnisse eingriffen; oder es wäre daran zu erinnern,

232] daß der Wechsel der Dinte ja nicht gerade spätere Zufügung erweisen muß.

Das würde sich dann freilich ebenso gegen die Beweiskraft vieler der vorhin angeführten Fälle geltend machen lassen; der graphische Unterschied ließe sich ja dadurch erklären, daß der Schreiber Dinte und Feder wechselte oder auch ein anderer Schreiber für ihn eintrat. Derartiges macht sich ja auch im Texte der Urkunden nicht selten bemerklich. Wo, wie in St. 3463. 4759, der Wechsel erst nach den ersten Zeugnennamen eintritt, könnte ein solcher Einwand beachtenswerth erscheinen, obwohl es doch auch nicht auffallen könnte, wenn man einen oder anderen der angesehensten Zeugen schon eintrug, während die Reihe überhaupt noch nicht feststand. Aber in der großen Mehrzahl der Fälle ist das Maßgebende nicht der Wechsel überhaupt, sondern das Zusammentreffen des Wechsels gerade mit dem Beginn der Zeugenreihe. Das kann nicht bloßer Zufall sein. Ebenso wenig läßt es sich aus Rücksichten auf die graphische Herstellung erklären, welche beim bloßen Schlußprotokoll, zumal soweit verlängerte Schrift in demselben angewandt wurde, ausreichen, um Verwendung eines andern Schreibers für dasselbe zu erklären; die Zeugenreihe pflegte dem Texte ganz in derselben Schrift und in fortlaufender Zeile zugefügt zu werden.

Noch weniger würden derartige Erklärungen natürlich zulässig sein, wo nicht alles, was auf den Text noch folgt, verschiedene Schrift zeigt, sondern nur die Zeugenreihe, während dann insbesondere die Datirung wieder mit dem Texte übereinstimmt. Wenn der Schreiber, der sogleich auch schon die Datirung schrieb, für die Zeugen freien Raum liefs, so kann das nur dadurch veranlaßt sein, daß ihm diese noch nicht bekannt waren. Nun ergibt sich aber gerade für St. 4140 von 1172, einen der Fälle, wo nur die Zeugen nachgetragen sind, daß diese großentheils gar nicht Beurkundungszeugen sein können, sondern Zeugen einer schon 1164 vorgenommenen Handlung sind; vgl. § 145. Das ließe sich nun allerdings etwa daraus erklären, daß bei Fertigung der Reinschrift noch nicht feststand, ob die Zeugen der Beurkundung oder der Handlung genannt werden sollten, und man etwa erst nachträglich auf diese zurückgriff. Oder aber es müssen nach dem § 152 Bemerkten nicht gerade alle Handlungszeugen sein; dann bestimmte sich die vollständige Reihe doch erst nach der Beurkundung, wie das auch für St. 4162 zutrifft, wo die nachgetragenen Zeugen sich gleichfalls theils auf die Handlung, theils auf die Beurkundung beziehen; vgl. § 152. Daß die nächste Veranlassung der Nachtragung die war, daß dem Schreiber die Reihe zunächst noch nicht bekannt war, ist gewiß nicht zu bezweifeln.

Aber freilich erweist das noch keineswegs, daß die Reihe überhaupt nicht bekannt war, als die Reinschrift gefertigt wurde. Es ist ja denkbar, daß dem Schreiber wohl schon das Konzept für den Text, nicht aber für die Zeugenreihe vorgelegt war, er nur deshalb für diese

freien Raum liefs. Das wird einmal dadurch näher gelegt, dafs sich aus späteren Erörterungen ergeben wird, dafs die Zeugenreihe anscheinend in der Regel dem Konzepte erst nachträglich zugefügt wurde. Es wird in dieser Richtung weiter zu beachten sein, dafs zwar in vielen Fällen mit den Zeugen auch die Datirung erst nachgetragen ist und demnach beide auf ein und denselben späteren Akt der Beurkundung bezogen sein werden, dafs aber in anderen der Schreiber wohl schon die Datirung, nicht aber die Zeugen zu schreiben wufste; es ist doch die Annahme gewifs eine unwahrscheinliche, dafs beide sich dann auf verschiedene Zeitpunkte bezogen, die Datirung schon feststand, während die Zeugen noch ungewifs waren. Ich möchte nach allem annehmen, dafs zwar in manchen Fällen, zumal wo auch die Datirung nachgetragen ist, die Nachtragung der Zeugen dadurch veranlafst ist, dafs man sie genau dem Schlufsakt der Beurkundung anpassen wollte; dafs aber in anderen der ganz äufferliche Umstand dafür mafsgewand geworden ist, dafs nur dem Schreiber bei Fertigung der Reinschrift das bereits feststehende Zeugenverzeichnifs noch nicht zur Hand war.

233. Aber auch dann, wenn wir von dem Umstande ganz absehen, dafs die Nachtragung durch verschiedene Umstände veranlafst sein konnte, wenn wir annehmen, sie erweise uns überall Beziehung der Zeugen auf Vollziehung und Uebergabe der Urkunde, so würde diese doch nur als vereinzelte Ausnahme betrachtet werden können. Denn nach Ausweis der Originale haben wir durchaus gleichzeitige Eintragung in die Reinschrift als Regel zu betrachten; es ist ganz unverkennbar, dafs dieselbe Hand, welche den Text schrieb, in der Regel auch unmittelbar die Zeugen zufügte, da sich keinerlei Unterschied der Hand, der Dinte oder des Zuges zeigt. In ein oder anderem Einzelfalle mag die Nachtragung von demselben Schreiber so geschickt ausgeführt sein, dafs sie nicht bemerklich wird; bei der Masse der Fälle aber kann das Verhältnifs gar keinem Zweifel unterliegen. Ich habe alle mir bekannt gewordenen Fälle der Nachtragung aufgeführt. Darauf, dafs sich auch in sorgfältiger gearbeiteten Urkundenbüchern so selten eine bezügliche Notiz findet, möchte weniger Gewicht zu legen sein; wo es sich nicht um sehr auffallende Fälle handelt, blieb der Umstand leicht unbeachtet. Wandte ich ihm bei allen von mir eingesehenen Originalen besondere Aufmerksamkeit zu, so dürfte die Zahl derselben grofs genug sein, um daraufhin behaupten zu können, dafs die Nachtragung eine selten vorkommende Ausnahme ist. Sie findet sich etwas häufiger im zwölften Jahrhunderte, seltener in den ersten Jahrzehnten des dreizehnten; seit 1231 habe ich nicht einen einzigen Fall mehr gefunden.

Die Reinschrift wurde gewifs in den seltensten Fällen auch nur an demselben Tage gefertigt, an welchem die Urkunde vollzogen oder übergeben wurde; jedenfalls nicht erst in der Versammlung selbst, in der das geschah, wo also schon feststand, wer bei der Uebergabe zugegen sein werde. Mit dem Vorhandensein schon in der Reinschrift würde daher

233] Beziehung auf diesen letzten Akt der Beurkundung nur dann vereinbar seien, wenn die Zeugenreihe wenigstens für die Dauer des einzelnen Hoftages etwas so feststehendes war, daß sie auch schon vorher ohne Rücksicht auf den Einzelvorgang eingetragen werden konnte. Bei einzelnen der angesehensten Zeugen mochte das, wie § 232 für St. 3463.4759 bemerkt wurde, keinem Anstande unterliegen; für ganze Reihen war das mit einem irgend genaueren Vorgehen nicht vereinbar.

234. Jene Annahme scheint mir nämlich bestimmt ausgeschlossen durch die nachweisbare genauere Beziehung der Zeugen auf den Einzelfall. Die flüchtigste Einsichtnahme ergibt, daß nicht etwa allen auf ein und demselben Hofstage entstandenen Urkunden ein und dieselbe Zeugenreihe zugefügt wurde. Selbst bei den angesehenen, in den meisten Urkunden aufgeführten Zeugen zeigt sich selten volle Uebereinstimmung; bald fehlt dieser, bald jener, obwohl er zweifellos noch am Orte war; es muß nicht etwa schon dieser Umstand, sondern die Anwesenheit beim Könige an einem bestimmten Zeitpunkte maßgebend gewesen sein. Während weiter bei wichtigeren Sachen anscheinend alle anwesenden Großen zeugen, finden wir gleichzeitig bei weniger wichtigen nur eine geringe Zahl. Und nicht selten ist dabei, zumal bezüglich der untern Klassen, die Auswahl sichtlich nach bestimmten Gesichtspunkten mit Rücksicht auf den Einzelfall getroffen; es wurden etwa vorzugsweise Landesgenossen oder Ortsgenossen des Empfängers zugezogen.

Selbst bei Urkunden, welche von demselben Tage datirt sind, ergeben sich sehr häufig Abweichungen der Zeugenreihe, und zwar nicht bloß so, daß bei sonstiger Uebereinstimmung nur in der einen mehr, in der andern weniger Zeugen genannt sind. So hat von vier aus Straßburg 1139 Mai 28 datirten Urkunden St. 3387 die zahlreichsten Zeugen; St. 3386 zählt von denselben nur eine geringere Zahl auf; ebenso St. 3389, doch so, daß hier der Erzbischof von Bifanz neu hinzukommt, der sich dann auch St. 3388 findet und einige untergeordnete, in keiner der andern Urkunden genannte Zeugen. Und auch in den wahrscheinlich zu demselben Tage gehörigen St. 3391.92 zeigen sich wieder andere Abweichungen. So weichen auch die Zeugenreihen ab in St. 4484.85 von demselben Tage für Augsburg und Salem, wo in der ersten die besondere Rücksichtnahme auf Ortsangehörigkeit deutlich hervortritt; so in St. 4968.69.70 von demselben Tage für drei sächsische Kirchen.

Entsprechendes aber ergibt sich sogar in Urkunden, welche nicht bloß an demselben Tage, sondern auch für denselben Empfänger ausgestellt sind. Von drei Urkunden aus Trifels 1194 Mai 9 hat von St. 4859.60, beide für Hemmeroth, jede einzelne Zeugen, welche der andern fehlen, während St. 4861 für Euffenthal mit St. 4859 stimmt, nur weniger Zeugen angibt. St. 4377—80 sind sämmtlich an demselben Tage für Bisthum und Stadt Kammerich ausgestellt; aber jede der Zeugenreihen zeigt Abweichungen von der andern.

In solchen Fällen bezieht sich die Reihe gewifs auf dieselbe Verfammlung. Zuweilen mögen einzelne Personen dieser nicht in ihrem ganzen Verlaufe beigewohnt haben. Das dürfte aber zur Erklärung kaum ausreichen. Es ist möglich, dafs die Bereitwilligkeit, als Zeuge für die Urkunde einzustehen, sich durch eine besondere Handlung kundgab, an der sich nicht gerade alle Anwesenden beteiligten. Für ältere Zeit kann wenigstens die Beteiligung der Zeugen an der Beurkundung durch einen Formalakt nicht bezweifelt werden; vgl. § 55. Scheinen für spätere Zeit bestimmtere Zeugnisse zu fehlen, so ist doch in einer Trierer Urkunde von 1040, Mittelrh. U. B. I, 379, vgl. § 61, die Rede von einem *accedere* der Zeugen; in einer Paderborner um 1076, Wilmans U. B. Addit. 16, sind die Namen eingeleitet mit: *huius rei testes in medium introducantur*; vielleicht liefse sich auch das *vocare* der Anwesenden zum Zeugnis in Königsurkunde von 1220, Huillard I, 810, vgl. § 73, damit in Verbindung bringen. Es wäre freilich auch möglich, dafs mehr willkürlich eine gröfsere oder geringere Zahl von den Anwesenden genannt wurde. Aber gerade dann würde es nur um so auffallender, dafs man nicht wenigstens in Urkunden von demselben Tage und für denselben Empfänger einfach die Reihe der einen in der andern wiederholte. Wie man die Sache auch erklären will, das ergibt sich bestimmt, dafs die Zeugenreihe, mag sie sich nun mehr oder weniger willkürlich gestaltet haben, zunächst auf die einzelne Urkunde berechnet war, dafs nicht etwa ein Verzeichniss gefertigt wurde, welches man dann gleichmäfsig allen Urkunden desselben Tages zufügte.

235. Scheint das einerseits bestimmt auszuschließen, dafs Zeugen, welche schon bei der Reinschrift des Textes eingetragen wurden, sich auf die Uebergabe beziehen können, so weist es andererseits auf die Nothwendigkeit eines Konzeptes für die Zeugenreihe hin. Bezogen die Zeugen sich auch auf einen bereits vergangenen Zeitpunkt, waren sie zur Zeit der Reinschrift nicht überhaupt noch ungewifs, so konnte der Reinschreiber sie doch nicht zufügen, wenn er nicht eine auf den Einzelfall berechnete Vorlage hatte. Das Verhältniss war hier ein durchaus anderes, als beim Protokolle. Die Formel dieses stand fest; Tag und Ort konnte der Reinschreiber nöthigenfalls auch ohne Vorlage eintragen, wenn er wufste, auf welchen Zeitpunkt sie zu stellen waren. Für die sich für jeden Einzelfall anders gestaltende Zeugenreihe hatte er eine Vorlage nöthig. Nehmen wir auch an, dafs der Reinschreiber in der bezüglichen Verfammlung eben zu dem Zwecke anwesend war, um von den Zeugen Kenntniss zu nehmen, so war es doch nöthig, die Reihen unmittelbar vorläufig aufzuzeichnen, um bei der Reinschrift nicht lediglich auf das Gedächtniss hingewiesen zu seien.

Noch ein anderes kommt da in Betracht. Es waren den Zeugen nicht blos die ihnen nach dem Kanzleigebrauche gebührenden Titel zu geben, sondern es wurde auch bei Aufführung derselben auf eine bestimmte, durch sehr verschiedene Gesichtspunkte beeinflusste Rangord-

235] nung gesehen; vgl. Ficker Reichsfürstenst. I, 155 ff.; der Schreiber mußte nicht allein wissen, welche Personen er überhaupt in dieser Urkunde aufzuführen habe, sondern auch mit welcher Bezeichnung und in welcher Reihenfolge. Selbst wenn wir Zusammenfallen des Konzipienten und des Reinschreibers annehmen wollten, würde kaum zu bezweifeln sein, daß derselbe, wenn es sich um eine irgend ausgedehntere Reihe handelte, vorher ein Konzept derselben fertigte. In der Regel wird man aber die Gestaltung der Reihe wohl überhaupt nicht dem bloßen Reinschreiber überlassen haben, es wird dieselbe von einem der höhern Kanzleibeamten konzipiert sein. Dafür spricht auch das nach § 207 Abschriften der Konzepte enthaltende Regest K. Karls IV. So häufig sich hier Abkürzungen finden, so manche Ergänzung dem Reinschreiber überlassen blieb, so ist doch gerade die Zeugenreihe im Konzepte eben so vollständig ausgeführt, als sie in die Reinschrift einzutragen war.

236. Wenn nach dem Gesagten die Erwägung der Sachlage selbst darauf hinweist, daß der Reinschreiber einer Vorlage für die Zeugenreihe bedurfte, so läßt sich das Vorhandensein im Konzepte überhaupt denn auch wohl noch unmittelbarer erweisen. Die Konzepte aus der Kanzlei K. Heinrichs VII., vgl. § 212, geben da kaum einen bestimmteren Anhalt, abgesehen etwa von der Verordnung über das Münzwesen, Acta Henr. 2, 29, in welcher die Anwesenden vom Konzipienten notiert sind. Dagegen hat das Regest K. Karls IV., obwohl uns in demselben nach § 207 Abschriften von Konzepten vorliegen, durchweg auch die Zeugenreihen.

Aber auch die Originale selbst gewähren dafür Anhaltspunkte. In Originalen, in welchen das Schlufsprotokoll erst nachträglich zugefügt ist, sind dennoch die Zeugen wohl sichtlich schon mit dem Texte eingeschrieben; so etwa in St. 3537. 87. 3618. 4134. 4844 zu München. Oder es haben St. 2867. 3175. 3692, Reg. Ott. IV. 4, den Text und die Zeugen, während das Schlufsprotokoll ganz oder theilweise fehlt; es wird auf die Nachtragung desselben vergessen sein. Ergibt sich daraus zunächst nur Vorhandensein in einer noch nicht vollendeten Reinschrift, so wird das doch mit größter Wahrscheinlichkeit darauf hinweisen, daß das dem Reinschreiber vorliegende Konzept außer dem Texte auch bereits die Zeugen enthielt.

Zu beachten werden weiter die Fälle sein, wo einer ersten Reihe von Zeugen noch weitere Zeugen nachträglich zugefügt sind. Das macht sich gewöhnlich nicht bloß kenntlich durch Störung der üblichen Rangordnung, sondern auch durch eine beide Zeugenreihen auseinanderhaltende Fassung; vgl. Ficker Reichsfürstenst. I, 157. Die spätern Zeugen werden eingeleitet mit *interfuit etiam* oder *insuper* oder *hoc etiam sua confirmaverunt presentia*; oder es finden sich hinter dem gewöhnlichen Schlufs *et alii quam plures* noch weitere Zeugen zugefügt. In St. 3197 findet sich ein einziger wichtiger Zeugen nachtragender Zusatz sogar erst

hinter der Datirung. Wird St. 3497 der an seinem Range nicht entsprechender Stelle befindliche Zeuge noch in der Reihe selbst mit einem *et precipue* nachgeholt, so mag er nur vom Reinschreiber anfangs übersehen sein. Dagegen ist St. 3375. 3381. 3736. 3815. 4855 der Umstand wohl nur daraus zu erklären, daß das Konzept zuerst nur einen Theil der Zeugen enthielt und andere hier oder in der Reinschrift später zugefügt wurden; enthielt das Konzept überhaupt keine Zeugen, wurden sie sämmtlich erst in einem spätern Stadium zugefügt, wie das allerdings bei der zweiten Reihe wahrscheinlich ist, so ist doch schwer abzusehen, wie sich zwei Reihen bilden konnten. Nur vereinzelt findet das in besondern Umständen seine Erklärung; so in St. 4305, M. Boica 29,438, wo zuerst die sieben Zeugen, mit welchen nach dem Texte der Beweis geführt wurde, aufgeführt, dann mit *item alii testes* die andern angeschlossen sind. Unmittelbar ergibt sich jene Sachlage bei St. 4272, Wirtemb. U. B. 2,194; eine längere, in gewöhnlicher Weise geordnete, mit Reichsdienstmannen schließende Zeugenreihe ist von derselben Hand mit Text, Rekognition und Signum geschrieben; von anderer Hand aber, die auch die Datirung zufügte, ist dann am Rande noch eine zweite, mit Herzog Welf beginnende Zeugenreihe zugegeschrieben. Auch in St. 4050 würden wenigstens nach M. Boica 29,381 die fünf letzten Zeugen nachgetragen und durch Verweisungszeichen auf die Stelle hingewiesen sein, welche ihnen eigentlich gebührte; Nachtragung durch dieselbe Hand schien mir bei Einsicht des Originals allerdings nicht ausgeschlossen; aber mit Rücksicht auf die eigenthümliche Anordnung der Urkunde, bei der wegen Mangel an Raum das Schlufsprotokoll links vom Monogramm abwärts, das Ende der Zeugenreihe rechts vom Monogramm abwärts, zwischen diesem und Siegel eingetragen sind, scheinen mir die angeblichen Verweisungszeichen nur bestimmt, Schlufsprotokoll und Zeugen auseinanderzuhalten; auch würde die Rangordnung die Annahme einer Verweisung nicht unterstützen.

Mufs nun nach allem Gefagten das dem Reinschreiber vorliegende Konzept ausser dem Texte mindestens auch die Zeugen enthalten haben, so ist damit nicht schon erwiesen, daß die Zeugenreihe sich schon ursprünglich im Konzepte fand, daß sie gleichzeitig mit dem Texte konzipirt wurde. Es ist doch auch denkbar, daß sie dem Konzepte erst nachträglich zugefügt wurde. Die Beantwortung dieser Frage ist aber von besonderer Wichtigkeit, weil es auf der Hand liegt, daß, jenachdem das eine oder das andere zutrifft, wir auch die Zeugen auf verschiedene Stufen der Beurkundung zu beziehen haben.

237. Glaube ich nun wenigstens als Regel Nichtvorhandensein im ursprünglichen Konzepte annehmen zu sollen, so möchte ich auf das Fehlen in den meisten aus der Kanzlei K. Heinrichs VII. erhaltenen Konzepten kein Gewicht legen; es handelt sich um ungewöhnliche Formen der Beurkundung oder es ist nicht erweisbar, daß überhaupt Zeugen zugefügt werden sollten. Letzteres trifft nun aber zu

237] in einem Falle im Regeſt K. Karls IV. S. 418. Der übrigens ganz in gewöhnlicher Weiſe geordnete Text bricht mit *Signum etc. Testes huius rei sunt* ab; es fehlen Zeugen und Datirung, alſo gerade die Beſtandtheile, welche bei Konzipirung des Textes noch ungewiß ſein mochten. Ein bloßer Zufall wird da nicht anzunehmen ſein. Dürfte wenigſtens in dieſem ſpättern Einzelfalle Nachtragung ſicher beabſichtigt ſein, ſo wird das freilich für die Regel noch nicht maßgebend ſein müſſen.

Fehlt es in älterer Zeit an Konzepten, ſo ſcheinen doch auch die Ausfertigungen bezüglich Rückſchlüſſe zu geſtatten. Da möchte ich nun zur Begründung meiner Annahme zunächſt auf die regelmäßige Stellung der Zeugenreihe zwiſchen Beglaubigungsformel und Signum, alſo zwiſchen Text und Schlußprotokoll hinweiſen. Entweder findet ſie ſich ohne allen nähern Anſchluß, oder ſo, daß ſie in der Beglaubigungsformel bereits angekündigt iſt; vgl. § 139. Iſt dadurch wohl eine nähere Verbindung mit dem Texte hergeſtellt, ſo kann das natürlich nicht erweiſen, daß auch die Anführung ſelbſt gleichzeitig mit dem Texte entſtanden iſt. Es zeigt nur, daß man wußte, es ſollten überhaupt Zeugen angeführt werden; dieſe ſelbſt mußten noch nicht feſtſtehen. Die § 231 erwähnte Urkunde Reg. Phil. 73 kündigt in der Beglaubigungsformel die Zeugen an, obwohl dieſelben ſogar der Reinfchrift noch fehlen. In dem oben angeführten Falle aus dem Regeſt K. Karls IV. finden ſich ſchon die Eingangsworte der Zeugenaufführung ſelbſt, obwohl dieſe noch fehlen. In den § 231 aufgezählten Fällen trifft die Nachtragung in die Reinfchrift durchweg nur die Zeugen ſelbſt, nicht ihre Ankündigung, auch wenn mit dieſer, wie in St. 4299, die Beglaubigungsformel ſchließt. Ähnliche Fälle werden ſich in Privaturkunden ergeben. Bei regelmäßiger Stellung finden wir die Zeugenangabe mit der Schlußformel des Textes nie in einer Weiſe verbunden, welche die Annahme gleichzeitiger Konzipirung nöthig machte, wie das etwa der Fall ſein würde, wenn wir die Zeugen ſelbſt, nicht bloß ihre Ankündigung ſchon in der Beglaubigungsformel fänden.

An und für ſich wird nun allerdings dieſe Stellung weder für, noch gegen das Vorhandenſein der Zeugen im urſprünglichen Konzepte ſprechen können. Auch zweifelloſe Handlungszeugen finden ſich oft in dieſer Stellung, obwohl bei ihnen jedenfalls keinerlei Grund vorlag, ſie nicht ſogleich in das Konzept aufzunehmen. Aber die regelmäßige Anordnung der Diplome haben wir uns zweifellos doch nicht rein zufällig entſtanden zu denken; es müſſen beſtimmte Geſichtspunkte ihrer Geſtaltung zu Grunde liegen, welche ſich auf das in den meiſten Fällen eingehaltene Vorgehen ſtützen. Fanden wir § 231 Fälle, daß die Zeugen erſt ganz zuletzt, auch nach dem Schlußprotokoll eingetragen wurden, ſo werden wir ſchon deſhalb ſchließen dürfen, daß das ein ausnahmsweſes Vorgehen war, weil ſonſt zweifellos ſolchem Vorgehen entſprechend die Zeugenreihe überhaupt ihre regelmäßige Stellung erſt nach

dem Schlufsprotokoll erhalten haben würde; einzelne Fälle, wo wir die Zeugen in die Lücken des Protokoll oder am Rande eingetragen fanden, zeigen deutlich, wie wenig folchem Vorgehen die gewöhnliche Stellung entsprach. Dann aber wird doch der Schlufs ebenso berechtigt sein, die Zeugen würden nicht regelmäfsig dem Texte folgen, wenn nicht ein besonderer Gesichtspunkt es verbot, sie schon in den Text einzubeziehen, wie das an und für sich doch nahe gelegen hätte. Und dafür wird sich insbesondere auch geltend machen lassen, dafs die spätere Nennung der Zeugen sich nach dem § 133 ff. Bemerkten eng an die früher übliche Nennung der Intervenienten oder Anwesenden anschlofs. Werden nämlich diese regelmäfsig schon in der Narratio des Textes genannt, so erscheint die spätere Stellung der Zeugen dem gegenüber als eine absichtliche Verschiebung, für welche doch die nächstliegende Erklärung zweifellos die ist, dafs man ihnen ihre Stelle da anwies, wo man sie nachträglich zufügen konnte, ohne vorläufig im Texte selbst einen freien Raum für sie belassen zu müssen. Machte, wie ich annehme, das Vorgehen in den meisten Fällen eine solche Nachtragung nöthig, so lag natürlich auch kein Grund vor, in solchen Fällen davon abzugehen, wo man sie sogleich dem Konzepte zufügen konnte.

238. Die regelmäfsige Stellung zwischen Text und Protokoll wird unsere Annahme nur höchst wahrscheinlich machen. In Einzelfällen tritt dann aber das Verhältnifs sehr bestimmt dadurch hervor, dafs wir die Zeugenreihe in einer Stellung hinter dem ursprünglichen Konzepte fehlenden Bestandtheilen finden.

Das trifft einmal Zufätze zum Texte. In St. 3243.3571.3931.4715. 4890 folgt auf die Beglaubigungsformel zunächst ein Zusatz, dann erst die Zeugenreihe. Nach allem, was wir früher § 214 ff. über die Bedeutung der Stellung der Zufätze für die Beurtheilung des Umfanges des ursprünglichen Konzeptes geltend machten, werden wir darin ein sicheres Zeichen sehen dürfen, dafs die Zeugen erst später zugefügt wurden.

Oder es gehen den Zeugen das Schlufsprotokoll oder Theile desselben voran, von dem wir doch nachzuweisen suchten, dafs es dem ursprünglichen Konzepte regelmäfsig fehlte. Dann können die Zeugen frühestens gleichzeitig mit dem Schlufsprotokoll eingetragen sein. Sehr häufig trifft das Fälle, bei welchen sich auch sonst Abweichungen von der hergebrachten Anordnung zeigen.

So finden wir die Zeugen zwischen Rekognition und Datirung Bresslau Dipl. c. 141, Huillard 1,927; zwischen Rekognition und Signum Huill. 4,863; zwischen Datirung und Signum Huill. 2,350; zwischen Datirung und Rekognition Huill. 2,740; zwischen Signum und Datirung Huill. 1,259.261.263.2,752. Diese letztere Stellung ist in der geänderten Anordnung des Protokoll im vierzehnten Jahrhunderte sogar zur regelmäfsigen geworden. Die überhaupt nur noch selten vorkommende Rekognition steht jetzt ganz am Ende, während in der Regel auf das Signum nur noch Zeugen und Datirung folgen. Allerdings wurde nun, wie

238] der § 237 erwähnte Fall aus dem Regeß K. Karls IV zeigt, das Signum sogleich im Konzepte angedeutet. Aber die ganze Anordnung spricht doch insoweit für unsere Annahme, als das Signum bei Fertigung des Konzeptes schon feststand, es also nur angemessen war, dasselbe vor Zeugen und Datirung zu rücken, wenn diese erst später zugefügt wurden.

Befonders häufig finden wir dann in einfachen Diplomen, welchen die anderen Theile des Schlussprotokolles fehlen, die Zeugen am Schlusse hinter der Datirung. Dabei wird freilich im Allgemeinen auf solche Fälle kein Gewicht zu legen sein, bei welchen an die unter Actum gegebene Datirung die Zeugen mit *praesentibus* unmittelbar angeschlossen sind. In solchen Fällen liegt die Vermuthung nahe, daß alle diese Angaben sich auf die Handlung beziehen und wohl sogleich in das Konzept aufgenommen wurden; vgl. § 212.218. Die Stellung würde dann allerdings nachträgliche Zufügung nur der Zeugen gestattet haben. Heißt es Reg. Henr. (VII.) 297, Huillard 4,610: *acta sunt hec in castro S. multis presentibus, quorum nomina subnotantur, anno 1233, 9. kal. maii, ind. 6*, während dann erst die Namen genannt sind, so würde es dem Konzipienten doch näher gelegen haben, dieselben sogleich in die Datirungsformel einzubeziehen; es scheint das auf nachträgliche Zufügung zu deuten. Aber das würden wir als vereinzelte Ausnahme zu betrachten haben; bezieht sich in solchen Fällen das Actum wirklich auf die Handlung, so ist das zweifellos schon nach der sprachlichen Verbindung auch für die Zeugen anzunehmen; es ist da kein Grund abzusehen, sie nicht gleichzeitig einzutragen.

Ebenso möchte ich vorläufig kein Gewicht legen auf die später zu besprechenden Fälle, in welchen bei der feierlichen Datirung der staufischen Zeit die Zeugen sich an das Actum mit den Jahren anschließen, dann erst das Datum mit Ort und Tag folgt. Es würde da doch vorher festgestellt sein müssen, daß auch jenes Actum nicht ursprünglich im Konzepte stand.

Aber es finden sich auch Fälle, bei welchen die Einleitung mit Datum und die sonstigen Umstände an Beziehung der Datirung auf die Beurkundung nicht zweifeln lassen, und dennoch die Zeugen erst auf die Datirung folgen. Zum Theil ohne sprachlichen Zusammenhang mit derselben. So schon in dem ganz vereinzelt Falle St. 2934 von 1096, vgl. § 137; weiter in St. 3243, Lacomblet U. B. I, 203, von 1129, was aber Willkür des spätern Abschreibers sein könnte, da dieser die Zeugenreihe überhaupt nur abgekürzt aufgenommen hat. Dann aber findet es sich vereinzelt unter K. Heinrich VI. St. 5008, unter K. Philipp Breslau Dipl. c. 75, und oft unter K. Heinrich (VII) Huillard 3,335.341.386.391. 469.4.560.632, Böhmer Acta 284.285. Beachtenswerth ist auch die § 231 angeführte Urkunde K. Friedrichs II. von 1218, bei der in der sichtlich früheren Ausfertigung die Zeugen erst auf die Datirung folgen, beide aber gleichzeitig nachgetragen sind, während dann in der spätern Ausfertigung die übliche Anordnung durch Nachstellung der Datirung wie-

derhergestellt ist. Oder die Zeugenaufführung ist mit der Datirung in eine Formel zusammengezogen; so schon St. 4616, N. Archiv der Gesellschaft. 1, 155: *datum Esculi anno d. i. 1187, ind. 5, 2. kal. aug., presentibus — et aliis quampluribus*; ähnlich Huillard 3, 400. 450. 474. 475.

Die besprochenen Fälle, in welchen die Zeugenaufführung in engerer Verbindung mit dem Schlufsprotokolle steht, als Theil desselben behandelt ist, beginnen von ganz vereinzelt abgesehen erst mit dem Ende des zwölften Jahrhunderts. Für dieses selbst ergibt sich demnach durchweg strenges Auseinanderhalten von Zeugen und Schlufsprotokoll; es läßt das wenigstens vermuthen, daß, wie die Zeugen dem Texte, so beiden das Protokoll erst nachträglich zugefügt wurde.

239. Möchte ich nun nach dem Gefagten als Regel annehmen, daß die Zeugen dem Reinschreiber allerdings im Konzepte vorlagen, daß sie diesem aber, welches anfangs nur den Text umfaßte, erst nachträglich zugefügt wurden, so ist die weitere Folgerung nicht abzuweisen, daß wir in den Beurkundungszeugen zunächst Zeugen des Fertigungsbefehles zu sehen haben. Denn nur diesem kann ein Zeitpunkt entsprechen, an welchem das Konzept des Textes schon vorhanden, aber die Reinschrift noch nicht gefertigt war. Wir werden den Vorgang so zu denken haben, daß nachdem in öffentlicher Versammlung das Konzept vorgelegt und vom Könige die Ausfertigung befohlen war, die Namen der anwesenden Zeugen dem Konzepte des Textes zugefügt wurden.

So bestimmt mir darauf eine Erwägung der gesammten Sachlage hinzudeuten scheint, so wäre es freilich wünschenswerth, die Annahme auch aus den Ausdrücken der Urkunden selbst bestimmter erweisen zu können. In späteren Notariatsinstrumenten scheinen allerdings die Zeugen wohl ausdrücklich als Zeugen des Fertigungsbefehles bezeichnet zu sein. Bei dem § 221 angeführten Falle Acta Henrici 2, 110, wo uns das Konzept selbst erhalten ist, unterliegt das keinem Zweifel; das vorgelegte Konzept wird in öffentlicher Versammlung vom Könige genehmigt und Fertigung des Instrumentes befohlen. Da sind allerdings die Anwesenden nicht namentlich aufgeführt. Aber nicht anders scheint die Sache auch bei dem Instrument Acta Henr. 2, 177 zu liegen. Der Notar sagt ausdrücklich in der Unterschrift: *de mandato dicti d. regis coram superscriptis testibus michi facto hanc cartam scripsi et tradidi signoque meo consueto signavi*. Hier könnte es sich nur fragen, ob der Befehl sich auf die Fertigung eines Konzeptes oder des Instrumentes selbst bezieht. Aber einmal scheinen die Ausdrücke doch bestimmt auf das letztere zu deuten. Weiter aber ist zweifellos der Text mindestens größtentheils vor dem Befehl schon vorhanden gewesen. Es heißt in demselben, daß der König über die Rechte des Marschall *ordinavit, dixit, voluit et declaravit in modum, qui sequitur*; die dann folgenden Bestimmungen waren natürlich vorher konzipirt; dem schließt sich dann erst der Befehl an, darüber Instrumente zu fertigen. Bei Instrumenten ist freilich die Sachlage

239] infofern eine andere, als hier, vgl. § 184, der Akt das Konzept vertritt, im Akte aber in der Regel die Zeugen der Handlung aufgeführt werden. Dann wird es aber um so beachtenswerther, wenn zuweilen ausserdem in anscheinend späteren Zufätzen noch ausdrücklich angegeben wird, daß der König in Gegenwart genannter Personen die Fertigung dieses Instrumentes befahl, wie wir das bereits § 187 für Instrumente von 1185 und 1220, St. 4420, Böhmer Acta 246, betonten.

Aber auch in Diplomen wird wenigstens vereinzelt die Aufführung der Zeugen ganz ausdrücklich auf den Befehl zum Schreiben der Urkunde bezogen. So heisst es 1152, Trouillat Mon. 1,318: *testes autem, in quorum presentia hoc scriptum fieri mandavimus, sunt hii* u. s. w. Diese Angabe ist um so beachtenswerther, als dabei von den gewöhnlichen Formeln abgewichen, also um so mehr vorauszusetzen ist, daß sie durch den thatsächlichen Hergang bestimmt wurde. Freilich liesse sich auch hier geltend machen, daß sich das dem Wortlaute nach eben so wohl auf den Beurkundungsbefehl, als auf den Fertigungsbefehl beziehen könne. Doch scheint die Stellung zwischen Text und Protokoll auf nachträgliche Zufügung zu deuten.

Vergleichen wir weiter die § 139. 140 aufgeführten Wendungen, mit welchen die Zeugen bestimmter als Beurkundungszeugen bezeichnet werden, so erscheinen diese mit unserer Annahme wenigstens nicht unvereinbar. Vereinzelt werden sie allerdings bestimmter als Zeugen der Uebergabe aufgeführt; daß wir sie zuweilen als solche zu betrachten haben, ist ja auch nach § 230 nicht zu bezweifeln. Am häufigsten finden wir dort 'die Befehle, die Urkunde zu siegeln und ihr die Zeugen zuzuschreiben, in unmittelbare Verbindung gebracht, am auffallendsten, wenn es 1152, Stumpf Acta 479. 505, heisst: *presentem paginam sigilli nostri impressione signare precepimus presentibus testibus*. Das könnte zunächst an Beziehung auf einen erst nach Fertigung der Reinschrift gegebenen Vollziehungsbefehl denken lassen. Aber doch nur, wenn wir zur Annahme eines solchen überhaupt genöthigt wären. Das ist aber, wie bereits § 222 bemerkt, keineswegs der Fall, zumal in Zeiten, wo, wie das hier überwiegend zutrifft, von persönlicher Unterzeichnung des Königs nicht mehr die Rede ist. Es steht dann nichts im Wege, daß ein auf Grundlage des Konzept ertheilter Fertigungsbefehl auch sogleich den Befehl zur Siegelung in sich schloß; ein nochmaliges persönliches Eingreifen des Königs muß da von vornherein unwahrscheinlich sein.

Dagegen scheint mir Gewicht darauf zu legen zu sein, daß in jenen Formeln das, was der König befiehlt, so häufig als *subnotatio* oder *subscriptio testium* bezeichnet wird. In der § 231 erwähnten Kanzleiweisung in Reg. Phil. 98 werden die nachzutragende Zeugenreihe und Datirung als *subscriptions* bezeichnet. Das scheint doch auf Zufügung zu dem schon vorhandenen Text zu deuten. Fand nun nach Ausweis der Originale eine nachträgliche Zufügung in der Reinschrift selbst nur ausnahmsweise statt, so scheinen doch auch diese Ausdrücke sehr für

unsere Annahme zu sprechen, daß die Zeugen nach Genehmigung des Konzeptes zunächst diesem zugefügt wurden.

240. So wenig ich nun bezweifle, daß Nachtragung der Zeugen zum Konzepte die Regel war, so wird andererseits nicht zu läugnen sein, daß dieselben Haltpunkte, welche wir für jenes geltend machten, in andern Fällen für Vorhandensein im ursprünglichen Konzepte sprechen.

Zunächst nämlich finden sich Fälle, bei welchen nachträgliche Zusätze zum Texte erst auf die Zeugen folgen, so St. 3736. 3777. 4151. 4308. 4412; Reg. Phil. 51; Reg. Ott. IV. 159; Huillard 2, 877. 6, 76. Auch da ergibt sich wohl bestimmter, daß es sich nicht lediglich um ein Versehen des Reinschreibers handeln kann, weil der Zusatz ausdrücklich auf Vorhergehen der Zeugen berechnet ist; so heißt es St. 3777, Böhmer Acta 93, nach den Zeugen: *horumque testimonio — concessimus* u. s. w. Die Fälle sind zahlreicher, als die, welche ich § 238 für Scheidung der Zeugen vom Texte durch Zusätze anzuführen wußte. Freilich ist ihre Beweiskraft eine geringere. Es ist wenigstens denkbar, daß zunächst die Zeugen im Konzepte zugefügt waren, sich dann erst Veranlassung ergab, noch etwas zum Texte nachzutragen. Aber wenigstens die größere Wahrscheinlichkeit wird in solchen Fällen immerhin dafür sprechen, daß die Zeugen schon im ursprünglichen Konzepte genannt waren.

Weiter finden sich Fälle, daß die Zeugen schon vor der Beglaubigungsformel stehen; so St. 2956. 3191. 3218. 3239. 3299. 4024. 4026. 4794; Reg. Ott. IV. 181; dann Huillard 1, 399. 813. 2, 461. 738. 3, 397. 442. 4, 331. 5, 122. 123. 1199. Werden solche Fälle später so häufig, daß diese Stellung fast als die Regel zu betrachten ist, so möchte ich daraus allerdings keine weitere Schlüsse ziehen, da sich auch sonst in dieser späteren Zeit Anzeichen finden, daß man die Corroboratio in nähere Verbindung mit dem Protokolle setzte; vgl. § 217. Für frühere Zeit ergab sich aber als Regel, daß die Corroboratio zum Texte gehörte und im Konzepte berücksichtigt war. Das würden wir demnach in diesen Fällen auch für die Zeugen anzunehmen haben. Noch bestimmter St. 3286. 3288. 3684, wo auch die Strafformel den Zeugen nachsteht. Allerdings liesse sich geltend machen, daß nach § 217 die Corroboratio auch wohl erst auf einen Zusatz folgt und nicht immer im Konzepte gestanden haben dürfte. In einem Einzelfalle mag das eingegriffen haben. Im allgemeinen wird das zur Erklärung nicht ausreichen. Denn die Fälle, bei denen die Corroboratio auf einen Zusatz folgt, sind verhältnismäßig sehr selten; und überdies läßt sich geltend machen, daß für einen die Beglaubigungsformel selbstständig ergänzenden Reinschreiber es viel näher lag, sie hinter einen Zusatz zum Texte, als in ungewöhnlicher Weise hinter die im Konzepte nachgetragenen Zeugen zu stellen. Die Wahrscheinlichkeit spricht doch durchaus dafür, daß in jenen Fällen die Corroboratio und demnach auch die Zeugen sich schon im ursprünglichen Konzepte fanden.

240] Dann aber finden sich einige besonders bezeichnende Fälle, wo beide betonte Haltpunkte zusammentreffen und das Verhältniß gar keinem Zweifel unterliegen kann. In St. 3179 nämlich stehen die Zeugen vor der Corroboratio, während ein Zusatz auf sie folgt; und in St. 3414 geht ein Zusatz zwar der Corroboratio voraus, aber die Zeugen stehen vor Poena und Zusatz.

Endlich wurden nach § 135 wenigstens in der Zeit des Ueberganges von den Intervenienten zu den Zeugen die Anwesenden wohl schon in der Narratio genannt, wo natürlich das Vorhandensein im ursprünglichen Konzepte nicht bezweifelt werden kann.

241. Zeugen, welche schon feststanden, als das Konzept gefertigt wurde, können nur Handlungszeugen oder aber Zeugen des Beurkundungsbefehles sein. Daß wirklich oft die Zeugen der Handlung aufgeführt wurden, ist § 143 ff. nachgewiesen. Auch in manchen der oben angeführten Fälle würde es sich allerdings erweisen oder wahrscheinlich machen lassen, daß die Handlungszeugen aufgeführt sind. Aber in andern deuten nicht allein die gewählten Ausdrücke und andere weniger zuverlässige Haltpunkte zunächst auf Beurkundungszeugen, sondern es läßt sich zuweilen aufs bestimmteste erweisen, daß es sich nur um solche handeln kann. So bei St. 2907, vgl. § 141, wo die bei der Beurkundung Anwesenden schon in der Narratio genannt sind; bei St. 2956, wo ein Theil der Zeugen als bei Handlung und Beurkundung, ein Theil aber als nur bei der Beurkundung anwesend ausdrücklich bezeichnet wird; bei St. 3286 und 3299, in welchen ein und dieselbe Handlung mit ganz verschiedenen Zeugen bekundet wird, vgl. § 142; bei St. 3684, in welchem die Zeugen ausdrücklich auf Handlung und Beurkundung bezogen werden; bei St. 4308, wo die Zeugen zu der sechs Jahre früher geschehenen Handlung gar nicht passen würden. Läßt sich dieses Verhältniß zufällig gerade in so manchen von den verhältnißmäßig wenigen Fällen bestimmter erweisen, so wird das gewiß den Schluß gestatten, daß man auch Beurkundungszeugen häufig sogleich in das Konzept aufgenommen hat.

Das können dann nur Zeugen des Beurkundungsbefehles gewesen sein. Wurde dieser, vgl. § 77, öffentlich gegeben, so kann die Betonung der dabei Anwesenden nicht befremden. Vereinzelt finden sich auch wohl noch bestimmtere Hinweisungen. Einzelne Fälle, daß gerade die beim Befehl zum Schreiben Anwesenden als Zeugen aufgeführt sind, glaubten wir § 239 allerdings zunächst auf den Fertigungsbefehl beziehen zu sollen. Das scheint aber kaum zulässig, wenn es 1130, Or. Guelf. 2,500, heißt: *nos hanc chartam praesentibus principibus et episcopis et laicis: Cunrado Salisburgensi archiepiscopo u. s. w. — et aliis quam plurimis inde iussimus scribi subtusque manu propria corroboratam sigilli nostri impressione iussimus insigniri*. Sind hier die Zeugen des Befehls zum Schreiben schon in die Beglaubigungsformel aufgenommen, also nach unserer Annahme schon im ursprünglichen Kon-

zepte vorhanden gewesen, so kann sich der Befehl nicht auf die Fertigung der Reinschrift bezogen haben. Aus der Kanzlei K. Heinrichs VII. haben wir dann einen Akt von 1311, Acta Henr. 2, 6, in welchem lediglich ein vor Zeugen gegebener Beurkundungsbefehl bekundet ist. Der König berief *in presentia testium subscriptorum* zwei seiner Notare und befahl ihnen über das, was jetzt zwischen ihm und Boten des Papstes verhandelt werden würde, Instrumente zu fertigen; der Akt schließt dann mit Angabe des Orts und der *testes vocati ad hoc specialiter et rogati*.

242. Suchen wir uns nun auf Grundlage des Gefagten das Vorgehen im allgemeinen zu vergegenwärtigen, so ergab sich, daß man wohl überwiegend zunächst die Zeugen des Fertigungsbefehles eintrug, dieselben sich aber doch auch nicht selten auf den frühern Beurkundungsbefehl, oder aber auf die spätere Vollziehung und Uebergabe zu beziehen scheinen. Dem Zwecke des Zeugnisses konnte das eine, wie das andere entsprechen. Daß eine Urkunde dieses Inhaltes auf Befehl des Königs ausgestellt sei, konnten eben so wohl die bezeugen, welche nur beim Befehle zur Beurkundung zugegen waren, als die beim Fertigungsbefehle oder bei der Vollziehung Anwesenden. Bestimmter für die Urkunde auch in ihrer wörtlichen Fassung entstehen konnten freilich zunächst nur die letzteren. Und scheint in der Zeit, wo die Zeugenaußführung überhaupt üblich, die persönliche Unterzeichnung des Königs aber abgekommen war, in der Regel wohl mit der Fertigung sogleich auch die Vollziehung angeordnet zu sein, so würde überwiegende Beziehung auf den Fertigungsbefehl auch diesem Gesichtspunkte durchaus entsprechen.

Hielt man sich aber nicht gerade immer an diesen, so wurde der für dieses Schwanken wahrscheinlich maßgebende Grund schon § 223 angedeutet. War etwa schon der Beurkundungsbefehl in öffentlicher Versammlung gegeben, so war, wenn die Urkunde auch dem Könige noch vorgelegt wurde, doch kein Grund, die Großen nochmals mit der Sache zu behelligen; jene ersten Zeugen genügten. Waren umgekehrt bei den früheren Befehlen keine Große anwesend, so mochte man auch die Reinschrift zunächst ohne Zeugen fertigen, um sie bei gebotener Gelegenheit in öffentlicher Versammlung zu vollziehen oder doch zu übergeben und dann die Zeugen nachzutragen. Und fehlte es etwa bei allen Stadien der Beurkundung an angefahrenen Zeugen, so mag das zuweilen Aufnahme der Handlungszeugen veranlaßt haben.

Es können demnach die Zeugen trotzdem, daß sie der Urkunde bald früher, bald später zugefügt zu sein scheinen, doch genau einem bestimmten Stadium der Beurkundung entsprechen haben. Weiter wird nun aber zweifellos nicht immer mit solcher Genauigkeit vorgegangen sein. Ist das im allgemeinen aus früher geltend gemachten Gründen nicht anzunehmen, so mag man doch bei weniger wichtigen Sachen vielleicht auch willkürlich eine Anzahl der am Hofe gerade anwesenden

242] Großen als Zeugen genannt haben, ohne daß denselben irgendwelche Kenntniß von der Sache gegeben war. Zumal im Laufe der Zeit wird da ja leicht manches zu ganz bedeutungsloser Form; Zeugen, welche gar nicht um die Sache wissen, sind doch kaum auffallender, als ein Kanzler, welcher rekognoszirt, auch wenn er gar nicht am Hofe ist. Aber wenn wir auch das nicht annehmen wollen, ist noch ein anderes zu beachten. Wir fanden § 152, daß man nicht gerade selten Zeugen der Beurkundung mit denen der Handlung oder auch einer früheren Beurkundung unterschiedslos in eine Reihe zusammenwarf. Das konnte noch näher liegen, wenn es sich um Zeugen verschiedener Stadien der Beurkundung handelte. Waren etwa zunächst die Zeugen des Beurkundungsbefehles verzeichnet, so konnte man nachträglich die Sache nochmals vorlegen, weil man Werth darauf legte, noch zahlreichere oder angesehenere Zeugen zu gewinnen oder solche, auf deren Zeugniß man besonderen Werth legte. So hängt bei St. 4272 die nachträgliche Zufügung des Herzog Welf und einiger schwäbischer Grafen wohl damit zusammen, daß die Urkunde für das in den welfischen Ländern gelegene Kloster Roth bestimmt ist. In diesem und anderen § 236 besprochenen Fällen tritt das Verhältniß auch äußerlich dadurch hervor, daß einer ersten eine zweite Zeugenreihe zugefügt erscheint, was doch zweifellos daraus zu erklären sein wird, daß die Zeugen der zweiten Reihe erst bei einem spätern Stadium anwesend waren. In derselben Weise mag dann aber auch oft vorgegangen sein in Fällen, wo es nicht mehr erkennbar ist, weil man die Zeugen verschiedener Stadien in eine Reihe ordnete.

243. Fragen wir nun nach dem Ergebniss für die Erklärung anscheinender Widersprüche, so folgt aus dem Gefagten, daß selbst da, wo es sich um erweisliche Beurkundungszeugen handelt, sich zunächst nichts weiteres ergibt, als daß die als Zeugen genannten Personen während der Dauer der Beurkundung sämmtlich am Hofe waren. Aber es folgt nicht nothwendig, falls darauf für irgendwelchen Zweck Gewicht zu legen wäre, daß alle Zeugen an irgend einem Zeitpunkte sämmtlich beim Könige versammelt waren. Auch nicht, daß sie an ein und demselben Tage zusammen am Orte waren; als zu St. 4272 Herzog Welf gleichzeitig mit dem Datum Jan. 22 nachträglich in die Reinschrift eingetragen wurde, mögen von den Fürsten, welche der Schreiber des Textes oder Konzeptes nannte, manche schon nicht mehr zu Worms gewesen sein; wenigstens wird in St. 4273 vom 24. Jan. außer dem Erwählten von Worms selbst nur noch einer von ihnen als Zeuge genannt, was freilich auch durch andere Gründe veranlaßt sein kann. Es wurden § 152 eine Reihe von Fällen angeführt, bei welchem sich zweifellos die Zeugen ein und derselben Reihe nicht auf denselben Zeitpunkt beziehen. Wir erklärten das zunächst aus dem Unterschied zwischen Handlung und Beurkundung; und bei einzelnen ist das zweifellos allein zutreffend. Andere dagegen würden sich recht wohl auch aus den hier

befprochenen Verhältnissen, aus der Beziehung auf verschiedene Stadien der Beurkundung erklären lassen.

Aber auch wo es sich um eine einheitliche Zeugenreihe handelt, werden unsere Erörterungen es doch überaus fraglich machen müssen, ob sich diese nun gerade auf den Tag und selbst den Ort der Datirung bezieht. Denn nach dem Gefagten können die Zeugen sich schon auf den Beurkundungsbefehl beziehen, dem die dem Konzept noch fehlende Datirung in der Regel gewiss nicht entspricht. Aber auch wenn sie sich auf den Fertigungsbefehl beziehen, würde das doch nur dann Uebereinstimmung mit der Datirung erweisen, wenn sich feststellen liesse, daß auch diese sich auf denselben bezieht. Wir werden das später genauer zu untersuchen haben. Es mag hier genügen, darauf hinzuweisen, daß die gleichzeitige Eintragung von Zeugen und Datirung in die Reinschrift das noch keineswegs erweisen muß. Auch nach dem Fertigungsbefehle kann die Ausführung der Reinschrift sich recht wohl noch ein oder andern Tag verzögert haben. Für die Zeugen, die in einem Konzept fixirt sein mußten, ergab das keinen Unterschied. Für die Datirung bedurfte der Schreiber keines auf den Einzelfall berechneten Konzeptes; wenigstens von diesem Gesichtspunkte aus stand nichts im Wege, daß die Datirung nicht dem Fertigungsbefehle, sondern der vollendeten Ausführung desselben angepaßt wurde.

Jedenfalls wird als Ergebniss festzuhalten sein, daß das Zeugniß nicht nothwendig dem Tage der Datirung, vielleicht nicht einmal dem Orte entsprechen muß; die sich aus dem Zeugnisse ergebende Anwesenheit der Beurkundungszeugen wird oft einige Tage früher fallen. Wir bemerkten bereits § 121, daß in der vom August 1230 datirten Urkunde Reg. Fr. II. 670, Huillard 3, 204, der am 28. Juli gestorbene Herzog von Oesterreich noch Zeuge ist. Die Fassung läßt allerdings zunächst wohl an Handlungszeugen denken, was hier bei einer einfachen Bestätigung kaum einen Unterschied bedingt, da Handlung und Beurkundungsbefehl zusammengefallen sein werden; jedenfalls würden die von uns geltend gemachten Umstände genügen, den Zeitunterschied auch bei Beurkundungszeugen zu erklären. Das dürfte denn auch für einige andere der § 146 ff. besprochenen Fälle gelten, bei denen sich zunächst nur ergab, daß die Zeugen sich auf einen frühern Zeitpunkt beziehen, als die Datirung, nicht gerade, daß jener nothwendig der der Handlung sein müsse. Darauf werden wir allerdings zunächst zu schließen geneigt sein, wo es sich um einen irgend erheblichen Zeitabstand handelt. Bei den hier besprochenen Verhältnissen wird es sich in der Regel nur um einen oder andern Tag gehandelt haben; und da wir den Verbleib der einzelnen Zeugen selten so genau verfolgen können, wie es hier nöthig wäre, da weiter selbst bei sehr kurzem Zeitabstande sich oft schwer würde feststellen lassen, daß uns nicht Handlungszeugen vorliegen, so würden nur ganz besonders günstige Umstände in Einzelfällen einen Beweis gestatten, daß zweifelloße Beurkundungszeugen einem früheren Zeitpunkte

243] angehören, als die Datirung. Die Richtigkeit des allgemeinen Ergebnisses aber, daß entgegen der bisher herrschenden Annahme selbst die Beurkundungszeugen nicht nothwendig der Datirung genau entsprechen müssen, da sie sich auf eine andere Stufe der Beurkundung beziehen können, wird sich kaum in Abrede stellen lassen. Und bei Einzelforschungen kann das von ausschlaggebender Bedeutung werden.

244. Sehen wir schliesslich noch auf die entsprechenden Verhältnisse der Privaturkunden, so fehlte hier jede Veranlassung zu erst nachträglicher Zufügung der Zeugen, insofern wir § 65 zu erweisen suchten, daß dieselben sich, wie die übrigen Angaben der Urkunde, auf die Handlung beziehen. Ist das richtig, so steht zu erwarten, daß die Zeugen hier sogleich in das Konzept aufgenommen wurden.

Für die große Masse der Privaturkunden scheinen denn auch alle Haltpunkte für Vorhandensein der Zeugen im Konzepte zu sprechen. Nicht selten ist ihre Aufführung überhaupt in die Erzählung der Handlung verflochten. Aber auch wo sie am Ende der Urkunde folgen, ergibt sich keine Anordnung, welche auf spätere Zufügung berechnet zu sein schiene. Insbesondere nimmt die Beglaubigungsformel hier keineswegs, wie in den Königsurkunden, eine bestimmte Stellung zu den andern Schlusstheilen der Urkunde ein. Geht sie den Zeugen und der Datirung oft voran, so steht sie auch wohl zwischen ihnen, insbesondere häufig aber erst nach ihnen. Folgen die Zeugen allerdings oft erst auf die Datirung, so würde sich das an und für sich nur dann für spätere Zufügung geltend machen lassen, wenn diese für die Datirung selbst anzunehmen wäre. Glaubten wir das § 220 insbesondere nach der Stellung der Nachträge verneinen zu müssen, so gilt dasselbe für die Zeugen; auch diese stehen regelmäßig vor den Nachträgen. Besonders deutlich tritt das Verhältniß hervor Wilmans U. B. 3, 184, wo auf die Zeugen zunächst die Datirung folgt, dann erst in einem Zusatze noch Zeugen nachgetragen sind.

Einen unmittelbaren Beleg gibt ein auch sonst beachtenswerther Fall. Wilmans U. B. 4, 7 ist nach dem aus dem Korneier Archive stammenden Originale die Urkunde Bernhards, seit Mai 1203 Bischofs von Paderborn, veröffentlicht, wodurch derselbe einen *primo tempore pontificatus nostri* mit dem Abte von Kornei eingegangenen Vertrag diesem verbrieft. Hat die Urkunde *acta a. i. d. 1203, ind. 6*, dann aber *pontificatus nostri anno tercio*, welches, wie schon Wilmans bemerkt, frühestens 1205 paßt, so liegt hier ein weiterer zweifelloser Fall vor für das Zusammenwerfen von Angaben, welche sich theils auf die Handlung, theils auf die Beurkundung beziehen; vgl. § 52. Von dieser Urkunde hat sich nun im Staatsarchive zu Münster auch eine aus dem Paderborner Archive stammende Niederschrift erhalten, welche, da beide Seiten des Pergaments beschrieben sind, sichtlich nicht als Original dienen sollte. Da sich keine irgend nennenswerthe Korrekturen finden, so liefse sich zunächst an eine für den eigenen Gebrauch zurückbehaltene

Abschrift des Original denken, wenn nicht der Umstand, daß in der Datirung die genaueren Zahlenangaben sämtlich noch fehlen, nur Raum für dieselben gelassen ist, dafür spräche, daß uns das Konzept oder doch eine Abschrift des Konzeptes vorliegt. Trotzdem finden sich die Zeugen hier schon in genauer Uebereinstimmung mit dem Original, was natürlich nicht auffallen kann, wenn wir in ihnen Zeugen der früheren Handlung zu sehen haben; und das ergibt sich wenigstens für die Laienzeugen noch bestimmter dadurch, daß zu ihnen bemerkt wird: *et idem hii fuerunt arbitri domini episcopi de predicta ordinatione*. Dagegen entsprechen nun die die Zeugenreihe eröffnenden Prälaten wenigstens bezüglich ihrer Stellung nur der Beurkundung. Denn Dietrich war 1203 noch nicht Dekan, da noch 1204, Wilmans U. B. 4, 10, sein Vorgänger Heinrich als solcher genannt wird; und erscheint hier Heinrich als Probst von S. Peter, so war das wenigstens Anfang 1203 noch Bernhard, der freilich derselbe mit dem dann zum Bischofe erhobenen sein könnte. Allerdings könnten sie trotzdem Handlungszeugen und nur nach ihrer jetzigen Stellung bezeichnet sein, wie schon § 65 für ähnliche Fälle bemerkt wurde. Mit Rücksicht auf das § 69 Gesagte wäre aber auch recht wohl möglich, daß man die Mitglieder des Kapitels ohne Rücksicht auf die Handlung zunächst nur zur Kenntlichmachung der Zustimmung nach dem Stande zur Zeit der Beurkundung aufgeführt hätte; auch dann würde die Nennung schon im Konzepte nicht auffallen können.

245. Möchte ich nun auch als Regel die Aufnahme der Zeugen schon in das Konzept nicht bezweifeln, ist mir insbesondere kein Fall bekannt geworden, daß Zeugen erst auf einen Zusatz zum Texte folgten, so scheinen doch andere Haltpunkte nicht selten für spätere Zufügung, und damit für Fehlen der Zeugen im Konzepte zu sprechen. So ergibt sich mehrfach, daß die Zeugen von anderer Hand oder, wenn auch von derselben Hand, mit anderer Dinte oder Feder zugeschrieben sind. Dem sind Fälle gleich zu stellen, wo die Zeugen mit *huius rei testes sunt* oder *presentibus* oder *interfuerunt* zwar angekündigt werden, aber die Aufzählung selbst fehlt, obwohl die Urkunden ausgefertigt, insbesondere auch gesiegelt sind. Das kann seinen Grund nur darin haben, daß die Zeugennamen im Konzepte fehlten, wie das in einzelnen erhaltenen Konzepten denn auch wirklich der Fall ist, und auf ihre Nachtragung vergessen wurde.

Vereinzelt können da Umstände maßgebend gewesen sein, welche die uns beschäftigende Frage nicht berühren. So schloß die münsterische Urkunde von 1146, Cod. Westf. 2, 43 n. 255 ursprünglich mit: *testium autem in his omnibus — non parva fuit copia* in abgebrochener Zeile, worauf dann noch in zwei vollen Zeilen die Datirung: *confirmata — Cunrado*, folgte. Die im Abdrucke zwischen der Zeugenerwähnung und Datirung stehenden fünf Namen finden sich im Original dort nur zur Hälfte, so weit die abgebrochene Zeile Raum bot, die andere, im Namen

245] Bernhar||dus beginnende Hälfte mit Verweifungszeichen *erst* unter der Datirung; ſie ſind zudem ſichtlich, wenn auch von derſelben Hand, ſpäter nachgetragen. Der Grund war hier wohl der, daß eine Aufſührung einzelner Zeugen anfangs nicht beabſichtigt war, wie das die ganz allgemein gehaltene Erwähnung der Zeugen nahe legt. In Urkunde von 1225, Wirtemb. U. B. 3, 161, ſchließt mit *actum publice* eine Zeile und zugleich die erſte Hand; von anderer Hand folgt dann *in clauſtro Crucilinensi* und weiter die ausführlichen Jahresangaben und die Zeugen. Da iſt es wenigſtens möglich, daß ein vollſtändiges Konzept vorlag und der erſte Schreiber nur zufällig am Ende einer Zeile Halt machte, während dann ein anderer die Abſchrift vollendete.

Bei den meiſten Fällen iſt aber zweifellos anzunehmen, daß die Aufſührung der Zeugen von vornherein beabſichtigt war und nur deſſhalb unterblieb oder nachgetragen wurde, weil ſie nicht in das Konzept aufgenommen war. Dafür würde dann wieder die Erklärung am nächſten liegen, daß es Beurkundungszeugen ſein ſollten, dieſe aber bei Fertigung des Konzeptes noch nicht feſtſtanden. Denn wir wiefen ja bereits § 66 nach, daß in Privaturkunden wohl überwiegend, aber doch nicht immer die Zeugen Handlungszeugen ſind.

Aber es ergibt ſich häufig aufs beſtimmteſte, daß die nachgetragenen oder ausgelassenen Zeugen Handlungszeugen waren. So beſonders deutlich in dem Mainzer Konzepte von 1185, Stumpf Acta 542, bei dem ſich auch die danach mit einigen Aenderungen gemachte Ausfertigung erhalten hat. Es werden zweimal mit beſtimmteſter Beziehung auf zwei verſchiedene Handlungen in der Ausfertigung Zeugen aufgeführt, während das Konzept an den entſprechenden Stellen mit *quorum hec ſunt nomina* und *quorum nomina ſubſcripta leguntur* abbricht, ohne die Namen folgen zu laſſen. So ſind in zwei Mainzer Urkunden für Haſungen von 1151, Stumpf A. Magunt. 49.50, die angekündigten Zeugen nicht eingetragen, obwohl ſie mit *huic traditioni (concombio) interfuerunt* doch als Handlungszeugen bezeichnet ſind. So ſind um 1190, Steierm. U. B. 1, 724, die Zeugennamen von anderer Hand zugeſchrieben, obwohl es heiſt: *aderant huic delegationi*; auch die 1096, Cod. Weſtf. 1, 132 n. 167, von anderer Hand zugefügten Zeugen ſcheinen doch Handlungszeugen zu ſein. Läſt in andern Fällen, ſo Cod. Weſtf. 2, 66 n. 284, Wirtemb. U. B. 2, 205 vgl. 449. 3, 427, Oberöſterr. U. B. 2, 242. 315, die Art der Anführung der Zeugen ſelbſt keinen beſtimmteren Schluß zu, ſo bezieht ſich doch die unter Actum gegebene Datirung zweifellos auf die Handlung und wird daſſelbe dann auch für die Zeugen anzunehmen ſein. Fehlt auch dieſer Haltpunkt in einigen Fällen, wo in der beſiegelten Urkunde nicht bloß die angekündigten Zeugen, ſondern auch die Datirung mangelt, ſo Mittelrh. U. B. 2, 100. 3, 256, Wirtemb. U. B. 3, 256, M. Boica 37, 300. 301, ſo ſpricht wenigſtens nichts dafür, daß man hier gerade Beurkundungszeugen im Auge hatte.

Bedenken wir nun weiter, daß die gleichzeitige Eintragung der

Zeugennamen in die Reinschrift natürlich nicht beweisen muß, daß sie sich schon im Konzepte fanden, dürfte es weiter nach Maßgabe jener bestimmt nachweisbaren Fälle vielleicht nicht zufällig, sondern durch ihr Fehlen im Konzepte veranlaßt sein, daß die Zeugen sich häufig ganz am Schlusse der Urkunde hinter der Datirung finden, so ergibt sich, daß anscheinend ziemlich häufig auch die Namen der Handlungszeugen nicht in das Konzept aufgenommen wurden, obwohl da doch der Reinschreiber einer Vorlage bedurfte.

In Einzelfällen kann sich das daraus erklären, daß zur Zeit der Fertigung des Konzeptes oder auch der Reinschrift die Zeugen noch ungewiß waren, weil die Urkunde schon vor der Handlung gefertigt war. Allerdings nahmen wir § 41 an, daß bei Privaturkunden eine Vollziehung der Thatfache nur durch die Beurkundung selbst nicht statthaft war. Das schließt aber nicht aus, daß abgesehen von den Zeugen der gesamte Inhalt der Urkunde schon vor der maßgebenden öffentlichen Handlung durchaus feststand. Man konnte diese schon vorher ausfertigen, um ihr dann nach geschehener Handlung die Zeugen zuzufügen, welche bis dahin ungewiß sein konnten; während es überdies bei genauerem Vorgehen in früherer Zeit üblich gewesen zu sein scheint, die Zeugen erst nach deren persönlichem Eingreifen einzuschreiben. Darauf wurde schon § 55 das Fehlen der Zeugen in älteren Urkunden zurückgeführt. Selbst wenn 853, S. Gall. U. B. 2,42, für die Zufügung der Zeugen ein leerer Raum gelassen ist, während dann nicht bloß der Schreiber, sondern auch bereits der Tag genannt ist, so konnte dieser doch feststehen, als die Zeugen noch ungewiß waren.

Vereinzelt mag solche Vorausfertigung auch später vorgekommen sein. Aber sie war in früherer Zeit doch wohl zunächst dadurch veranlaßt, daß die Zeugen nicht bloß für die beurkundete Handlung, sondern auch für die Urkunde selbst eintreten sollten. Mit der sich mindernden Bedeutung der Urkunde als Beweismittel wird diese Auffassung sich verloren haben; vgl. § 54. 55. Und auch davon abgesehen würde bei den meisten angeführten Fällen späterer Zeit sich nachweisen lassen, wie durchaus unwahrscheinlich bei ihnen die Annahme einer Ausfertigung vor der Handlung sein würde. Wurde aber eine bereits geschehene Handlung verbrieft, so standen die Zeugen bereits fest und waren doch zweifellos auch dem Konzipisten bekannt. Um so auffällender ist dann der Umstand, daß sie dennoch so häufig im Konzepte gefehlt zu haben scheinen.

Bedarf es da einer andern Erklärung, so dürfte diese vielleicht in folgender Richtung zu suchen sein. Trug der Konzipist die bereits feststehenden Zeugennamen nicht ein, obwohl der Reinschreiber einer Vorlage bedurfte, so erklärt sich das am leichtesten, wenn dem letzteren ohnehin eine Vorlage zur Hand war, der er die Zeugennamen entnehmen konnte, so daß der Konzipist sich begnügen durfte, durch die Ankündigungsformel anzudeuten, wo die Namen einzuschreiben waren. Die

245] angeführten Fälle stammen durchweg aus den Kanzleien von Bischöfen oder angesehenen weltlichen Fürsten. Wurden nun hier Hofakten geführt, waren diese ähnlich eingerichtet, wie etwa die uns erhaltenen vom erzbischöflichen Hofe von Ravenna, vgl. § 185, so war für jede zu beurkundende Handlung auch das Zeugenverzeichnis zur Hand, das der Reinschreiber ungeändert abschreiben konnte, während ihm die kurzen Notizen über die Handlung selbst das Konzept nicht ersetzen konnten. Sollte diese Annahme richtig sein, was ich dahingestellt sein lasse, so würde auch für andere Zwecke der sich daraus ergebende Umstand nicht ohne Gewicht sein, daß wenigstens schon im zwölften Jahrhundert, bis auf dessen Mitte die Fälle zurückreichen, in deutschen fürstlichen Kanzleien Hofakten geführt wurden.

246. Handelt es sich um Beurkundungszeugen, so ist wohl durchweg nachträgliche Zufügung anzunehmen. Und zwar um so mehr, als nach den § 64. 66 gegebenen Belegen gerade in Privaturkunden die Zeugen besonders häufig auf einen der letzten Akte der Beurkundung, auf Siegelung oder Uebergabe der Urkunde bezogen werden. Ist das streng zu nehmen, so könnten die Zeugen in solchen Fällen erst in der Reinschrift nachgetragen sein. Einzelne Fälle scheinen das denn auch zu bestätigen. Eine passauische Urkunde, Oberöstr. U.B. 2,473, schließt: *huius igitur conventiae paginam impressione sigilli nostri confirmamus et subscriptis testibus roboramus*, während wohl das Siegel anhängt, aber Zeugen und Datirung fehlen. Das Stück bei Wilmans U.B. 3,141 n. 258 dürfte kaum bloßes Konzept sein, da es aus dem Archive des Empfängers stammt; es bricht mit *datum Monasterii a. 1229 presentibus* . . . ab. In beiden Fällen scheint es sich um Beurkundungszeugen zu handeln, welche erst in der Reinschrift nachgetragen werden sollten. Ist mir aber kein weiterer Fall bekannt, daß Zeugen, welche sich bestimmter auf die Beurkundung beziehen, fehlen oder sichtlich nachgetragen sind, so dürfte auch bei Privaturkunden die Zufügung zum Konzepte gebräuchlich gewesen sein. Wenigstens scheint die oft erwähnte Verlesung zu ergeben, daß auch hier der Fertigungsbefehl auf Grundlage des Konzeptes einen sehr maßgebenden Abschnitt der Beurkundung bilden konnte.

VERLESUNG.

247. Wenn die Zeugen sich möglicherweise schon auf den Beurkundungsbefehl beziehen konnten, so kann eine Verlesung überhaupt erst auf einer der spätern Stufen der Beurkundung stattfinden, da sie bereits das Vorhandensein des Textes, also mindestens des Konzeptes voraussetzt. Aber es kann fraglich sein, ob die Verlesung, so weit eine solche überhaupt stattfand, auf Grundlage des Konzeptes beim Fertigungsbefehle stattfand, oder ob die ausgefertigte Reinschrift verlesen zu werden pflegte. Findet sich eine Verlesung in Königsurkunden nur

ganz vereinzelt erwähnt, so sind wir zunächst auf Privaturkunden hingewiesen, in welchen dieselbe häufig betont wird.

Der Zweck derselben konnte zunächst der sein, den Text zur Kenntnissnahme des Ausstellers zu bringen. War dieser selbst des Lesens kundig, so wird er vor der Unterschrift oder sonstigen Vollziehung die Urkunde selbst durchlesen haben. Bischöfe, aber auch andere Personen, machen das nicht selten bei ihrer Unterfertigung kenntlich; so 698: *ego F. hoc testamentum meum relegi*, Mon. Germ. 23, 51; 706: *relegi et signavi*, Mittelh. U. B. 1, 10; 748: *relegi et subscripsi*, Schöpflin Als. dipl. 1, 18. 39. 56; 1097: *relegi, subscripsi et confirmavi*, Miraeus 1, 167. In den Urkunden der Erzbischöfe zu Ravenna hat sich daraus eine eigenthümliche Art der Unterzeichnung entwickelt; während die andern Personen mit Namen und Titel unterschreiben, fügt der Erzbischof selbst lediglich das Wort *legimus* eigenhändig zu, selbst in solchen Urkunden, in deren Texte die Unterschrift des Erzbischofs ausdrücklich angekündigt ist, z. B. Muratori Ant. It. 5, 178.

Statt die Urkunde selbst zu lesen, konnte der Aussteller sie sich auch vorlesen lassen. Im Baumgartenberger Formelbuche, Dipl. Austr. 25, 24, werden die päpstlichen Kommissionschreiben eingetheilt in *simplices seu communes* und *legende*, letztere daher benannt, *quod oporteat eas legi domino pape*, nämlich bei wichtigern Angelegenheiten, so daß sie, *si non leguntur ei*, als erschlichen zu betrachten sind. So sagt 704 der Aussteller: *ego H. hanc cartam a me factam et ante me lectam firmavi et subscripsi*, Mon. Germ. 23, 56. War der Aussteller des Lesens unkundig, so war die Verlesung überhaupt nicht zu umgehen, um ihm den Inhalt genau zur Kenntniss zu bringen. In Notariatsinstrumenten wird daher zum Handzeichen des sich Verpflichtenden häufig bemerkt: *et ei relectum est*; vgl. Fumagalli Ist. dipl. 2, 202. In Statuten für Savoyen von 1266, Wurfemberger Peter v. Sav. 4, 422, wird ausdrücklich bestimmt, daß die Notare schon vor der Verlesung die Imbreviatur ganz vollständig ausführen und *post abbreviaturam lectam coram testibus et partibus et approbatam* nichts mehr hinzufügen sollen.

248. Häufiger wird betont, daß die Verlesung zum Zwecke öffentlicher Kundmachung geschah. Man wollte sich vergewissern, daß der Inhalt gebilligt, kein Einspruch gegen denselben erhoben wurde. Nach dem Texte einer Urkunde des Bischofs Altfred von Hildesheim, Lacomblet U. B. 1, 36, heißt es: *anno i. d. 877, apud Coloniensem civitatem, 5. kal. oct. in ipso die dedicationis basilicae sancti Petri ego A. episcopus hoc privilegium coram d. W. predictae civitatis archiepiscopo recitavi*, wie vor andern darnals anwesenden Bischöfen; *perlecto hoc privilegio* hätten dann alle den Inhalt gebilligt und den Uebertreter verdammt. So heißt es 1066: *haec omnia — G. archidiaconus alta voce recitavit sine contradictione* oder *in plena synodo recitata et approbata*, Miraeus 1, 352. 180. Verlesung bischöflicher Urkunden auf der Synode wird besonders häufig erwähnt.

248] Weiter aber war die öffentliche Verlesung nicht zu umgehen, wenn man sich Beurkundungszeugen sichern wollte. Sollten in älterer Zeit die Zeugen nicht bloß für die Handlung, sondern auch für die darüber gefertigte Urkunde einstehen, vgl. § 55. 63, so konnte es ihnen nicht genügen, daß dieselbe etwa in ihrem Beisein geschrieben war, wenn sie nicht zugleich genaue Kenntniß von dem erhielten, was geschrieben war. So heißt es denn auch 920, Mohr Cod. I, 61: *hec notitia publice scripta et coram omni populo lecta*. Scheinen die Zeugen später in der Regel nur für die Handlung unabhängig von der Urkunde eingestanden zu sein, so lag freilich dieselbe Nothwendigkeit nicht vor. Legte man aber auch in Privaturkunden noch vielfach Werth auf Beurkundungszeugen, vgl. § 66, so wird dann bei irgend genauem Vorgehen doch anzunehmen sein, daß ihnen die Urkunde verlesen wurde. Es wird denn auch wohl erwähnt, daß die Verlesung ausdrücklich zu dem Zwecke erfolgte, um sich das Zeugniß zu sichern. So heißt es in Urkunde eines Abtes von Verdun für einen Abt zu Trier, Mittelrh. U. B. 2, 134, nach der Beglaubigungsformel: *acta sunt autem hec in capitulo s. Vitoni anno i. d. 1189, presentibus abbatibus et aliis honestis viris Virduni constitutis*; dann aber: *ad maiorem etiam huius veritatis roborationem in presentia sancte matris nostre Treverensis ecclesie hanc cartam re-legi fecimus, ut eius auctoritate et testimonio in perpetuum inconconvulsa permaneat*, während dann weiter als *testes huius confirmationis* zuerst Aebte et alii *quoniam plures Virdunensium* aufgeführt werden, welche die schon früher erwähnten Handlungszeugen sein werden, dann aber *de ecclesia Trevirensi* der Dechant mit dem ganzen Domkapitel, welche sichtlich nur Zeugen der Verlesung sind.

249. Fragen wir nun nach dem üblichen Zeitpunkt der Verlesung, so wird dieselbe in den Beglaubigungsformeln mehrfach als der Vollziehung unmittelbar vorhergehend erwähnt. Der Bischof von Speier sagt 1023, Wirtemb. U. B. 1, 256: *hanc cartam inde conscribi et in synodo coram clero et plebe fecimus recitari et sigillo nostri nominis signari*; der Erzbischof von Mainz um 1085, Guden Cod. 1, 386: *scriptam et in plenaria synodo nostro recitatam banno nostro confirmavimus et sigilli nostri impressione insigniri precepimus*; oder Steierm. U. B. 1, 589: *istud privilegium ego Otaker hoc modo precepi inscribi et inscriptum coram me ante ecclesiam R. multis presentibus est lectum et a me firmiter confirmatum a. d. 1182*. Nach der Fassung wäre da zunächst anzunehmen, daß die fertige Reinschrift unmittelbar vor der Vollziehung öffentlich verlesen wurde. Dann war allerdings, als die Formel geschrieben wurde, die Verlesung noch nicht geschehen; war dieselbe aber beabsichtigt, so stand eben so wenig etwas im Wege, dieselbe in so allgemeiner Weise im Texte als geschehen hinzustellen, wie das etwa bei Unterzeichnung und Siegelung der Fall war, welche der Text ja auch häufig als bereits geschehen erwähnt; es ist in solchen Fällen für die Fassung der Standpunkt der bereits übergebenen Urkunde maßgebend gewesen.

Anders liegt die Sache aber doch in den nicht seltenen Fällen, bei welchen es sich nicht bloß um eine allgemeine Erwähnung in der Beglaubigungsformel handelt, sondern genaueres über die Umstände angegeben ist, unter denen die Verlesung erfolgte, oder doch die Fassung darauf hindeutet, daß die Angabe erst auf Grundlage der wirklich geschehenen Verlesung gemacht wurde. Dann kann natürlich der verlesene Text selbst die bezügliche Bemerkung noch nicht enthalten haben. Und damit stimmt denn durchaus, daß das Verlesen häufig in einer Schlussbemerkung erwähnt wird, welche ohne Störung der Fassung sich vom übrigen Texte sondern, als Zusatz zu demselben behandeln läßt.

So folgt 920, Mohr Cod. 1,61, nach Angabe der Anwesenden und nach der Datirung zuerst ein Zusatz zum Texte, dann zum Schlusse: *hec notitia publice scripta et coram omni populo lecta*. Eine Urkunde des Erzbischofs von Trier von 1036, welche anscheinend wegen eines auf die öffentliche Verlesung bezüglichen Zusatzes 1038 neu ausgefertigt wurde, haben wir § 159 bereits besprochen. In einer andern Urkunde des Erzbischofs von Trier, Mittelrh. U. B. 1,414, heisst es zuerst Actum zu Prüm 1063, dann *data autem est vero hec carta in 10. kal. nov. et recitata publice in totius sacre sinodi conspectu anno d. i. 1065*. In Urkunde des Kapitels von Trier von 1083, Mittelrh. U. B. 1,436, folgt nach den unter Actum gegebenen Zeitangaben die Bemerkung: *Petrus scolasticus et bibliotecarius hanc cartam recognovit et recitavit et dupliciter scriptam alteram armario, alteram vero s. Marie scrinio conservandum suscepit*, während dann ein anderer Schreiber genannt ist. In einer mit den Zeitangaben beginnenden Urkunde der Mathilde von Tuszien von 1107, Fiorentini Mem. 2,219, heisst es am Schlusse des Textes: *lecta in superscripto loco s. Benedicti feliciter*. Eine Urkunde des Bischofs von Würzburg von 1128, Ussermann Ep. Wirceb. 32, hat nach der Datirung die einfache Schlussbemerkung: *recitata in synodo*. Eine Urkunde des Erzbischofs von Köln von 1176, Lacomblet U. B. 1,319, hat am Ende zunächst die Jahresangaben unter Acta, dann die Zeugen, schliesslich: *lecta Colonie in festo et ecclesia b. Georgii martiris nono kal. maii*. Besonders deutlich würde das Verhältniss hervortreten in einem päpstlichen Privileg für Einsiedeln, Or. Guelf. 2,251, mit: *scriptum per manum P. notarii et scriniarii — in mense novembris, 4 id. nov.; lectum 3 id. nov. assidente d. Leone papa in sede sua — coram d. Ottone imperatore — et confirmatum per manum d. Leonis papae — anno 964, ind. 7, feliciter, amen*. Die Urkunde ist zweifellose Fälschung. Da aber das Lectum auch sonst vereinzelt in päpstlichen Urkunden vorkommt, da weiter gerade ein Fälscher sich doch an die üblichere, mit Datum beginnende Formel gehalten haben würde, wenn ihn nicht eine Vorlage auf jene ungewöhnliche, aber kaum als unzulässig zu bezeichnende Form führte, so ist mir sehr wahrscheinlich, daß jene das Scriptum und Lectum auf verschiedene Tage setzende Angabe auf eine echte Vorlage zurückgeht.

Solche Schlussbemerkungen müssen jedenfalls dem verlesenen Text

249] selbst noch gefehlt haben. Unmittelbar ergibt sich das bei einer Urkunde des Erzbischofs von Trier, Mittelrh. U. B. 1, 3 10, welche sich in zwei Ausfertigungen erhalten hat. Der ersten fehlt jede Datirung. Die zweite, übrigens wörtlich übereinstimmend, hat im Texte einen erweiternden Zusatz, dann aber die dort fehlende Schlussbemerkung: *Hanc cartam ego E. archiepiscopus ipsa die dedicationis conscriptam astante clero et populo recitare iussi et signi nostri impressione atque propriemanus subscriptione firmavi; acta sunt hec Treveris, anno d. i. 980.*

Diese, die geschehene Verlesung voraussetzenden Zusätze könnten nun immerhin erst zur Reinschrift selbst gemacht seien, selbst zur bereits besiegelten, wie sie denn auch mehrfach erst auf die Ankündigung der Siegelung folgen; dann würde die Verlesung uns ein letztes, der Uebergabe unmittelbar vorhergehendes Stadium der Beurkundung darstellen. Solches Vorgehen müßte sich aber in den Originalen an der Verschiedenheit der Schrift kenntlich machen. Es ist möglich, daß sich Fälle finden, wo das zutrifft. Aber bei den mir bekannt gewordenen habe ich auch da, wo die Veröffentlichung aus dem Original erfolgte, nie eine bezügliche Bemerkung gefunden. Näher scheint mir doch die Annahme zu liegen, daß nicht die Reinschrift, sondern das Konzept verlesen, diesem die bezügliche Bemerkung zugefügt, dann erst die Reinschrift gefertigt und besiegelt wurde.

In Einzelfällen ergibt sich denn auch wohl bestimmter, daß das Verlesen nicht gerade der letzte Akt der Beurkundung war. In einer Pabsturkunde, Jaffé Reg. 2853, Mittelrh. U. B. 1, 287, heißt es: *scriptum per manus S. scriniarii s. Romane ecclesie; lectum in synodo Rome habita assedentibus divis imperatoribus Ottone magno filioque eius equivoco* und anderer Genannten. Diese Synode und damit das Verlesen fällt noch in den Dezember 967, da dieser im Actum und Scriptum anderer damals entstandener, erst vom Januar 968 datirter Urkunden genannt wird, vgl. Jaffé Reg. 2852. 54, Harenberg Hist. Gand. 620, Cod. Saxoniae II 1, 7, auch Stumpf Acta 18. Weiter folgt dann nach dem Bene valete das Datum 968 Jan. 2, so daß hier das Verlesen jedenfalls einige Tage vor einem späteren Zeitpunkte der Beurkundung erfolgte, welchem das Datum entspricht.

In Urkunde des Erzbischofs Adalbert von Salzburg, Wichner Admont 2, 241, heißt es: *Acta sunt hec in castro nostro Halburch anno 1193, pontificatus nostri anno 26, coram testibus, quorum nomina sunt hec u. s. w. Coram his omnibus presens pagina Frisaci primum fuit recitata et eorundem consensu in Halburc sigillo nostro consummata, amen.* Hier ergibt sich also für die frühere Verlesung und die Vollen- dung sogar Verschiedenheit des Ortes. Es handelt sich um nachträgliche Beurkundung, da der unter den Zeugen genannte Bertold erst 1196 Probst wurde, vgl. Meiller Salzbg. Reg. 501, was nicht ausschließt, daß die Handlung schon 1193, womit das Pontifikatsjahr stimmt, erfolgte. Aber nach Meiller wäre Hallburg erst 1196 erbaut, so daß der Ort des

Actum der Handlung nicht entsprechen kann und ungenau nach der Beurkundung bestimmt seien wird, was dann vielleicht wieder die Schlussbemerkung veranlassen mochte.

Allerdings können nun selbst solche, eine frühere Verlesung ergebende Bemerkungen, möglicherweise erst der Reinschrift nachträglich zugefügt seien. Sind aber meines Wissens solche Fälle bisher nicht nachgewiesen, so ist doch gewiß ein Vorgehen das wahrscheinlichere, wonach zunächst das Konzept verlesen, und dann diesem vor Fertigstellung der Reinschrift ein das Verlesen erwähnender Zusatz zugefügt wurde.

250. In Königsurkunden wird bei Bestätigung früherer Urkunden nicht selten erwähnt, daß dieselben vor dem Könige verlesen seien; dagegen sind ähnliche Angaben über die neugefertigten Urkunden nicht üblich. Aus älteren Diplomen wüßte ich nur anzuführen, daß es St. 1406. 1410 heisst: *actum est Trotmannie, recitatum publice pridie non. iulii* und *actum Paterebrunne, recitatum publice anno ab i. d. 1005, ind. 3, 13. kal. aug.* Die Einführung gerade der Zeitangabe mit Recitata oder Lecta ist schon altrömischer Brauch; sie findet sich in kaiserlichen Konstitutionen, aber auch in anderen Urkunden z. B. Marini Pap. 136. 147; auch in den vorhin besprochenen Privaturkunden fand sich das mehrfach.

Ueber das Stadium der Beurkundung, auf welches sich das Verlesen bezieht, läßt sich jenen Angaben nichts Bestimmteres entnehmen. Vergleichen wir die sonst übliche Datierungsformel, so entspricht das Recitatum dem Datum, welches in der Regel die Zeitangabe einleitet. Nun haben wir aber einmal überhaupt noch nicht untersucht, welchem Zeitpunkt das Datum zu entsprechen pflegt; andererseits wäre es ja möglich, daß man absichtlich den abweichenden Ausdruck wählte, weil ein anderer Zeitpunkt, als der gewöhnliche, bezeichnet werden sollte.

Hat sich von St. 1410 das Original erhalten, so könnte dasselbe ein bestimmteres Urtheil wenigstens über den Einzelfall ermöglichen. Sollte es deutlich ergeben, daß die Datierung mit Einschluss der Tagesangabe gleichzeitig mit dem Texte geschrieben sein muß, so kann sich die Verlesung nur auf das Konzept beziehen. Der Sachlage nach würde es aber auch recht wohl zulässig erscheinen, ein Verlesen der Reinschrift älterer Königsurkunden anzunehmen; mußten diese dem Könige ohnehin zur persönlichen Unterzeichnung vorgelegt werden, geschah die Vollziehung und Uebergabe in öffentlicher Versammlung, so lag es nahe, in dieser nun auch den Inhalt der Urkunde durch Verlesen kund zu geben.

Kam nicht bloß die Kundmachung, sondern auch die Prüfung in Frage, so lag Verlesen des Konzeptes näher. Und für spätere Zeiten wenigstens, wo die eigenhändige Unterzeichnung außer Brauch kam, möchte ich nicht bezweifeln, daß die Verlesung, so weit sie überhaupt stattfand, auf Grundlage des Konzeptes beim Fertigstellungsbefehle erfolgte. Bei dem größeren Gewichte, das man jetzt auf Zeugen legte, werden Urkunden insbesondere deshalb verlesen, vielleicht auch öffentlich ver-

250] deutlich seien, damit die Zeugen vom Inhalte Kenntniss nehmen konnten. Das könnte dann aber nach der Reinschrift nur in den als Ausnahme zu betrachtenden Fällen geschehen sein, bei welchen die Zeuggenamen erst in der Reinschrift nachgetragen wurden; vgl. § 231. Da nun andererseits das Verlesen Vorliegen mindestens des Konzeptes voraussetzt, so sind wir damit auf den Fertigungsbefehl als maßgebenden Zeitpunkt hingewiesen, was dazu stimmt, daß wir § 239 auch bezüglich der Zeugen Beziehung auf den Fertigungsbefehl als Regel glauben annehmen zu sollen.

Wie aus der päpstlichen Kanzlei, so konnten wir § 231 denn auch aus der Kanzlei K. Heinrichs VII. ein dieser Annahme durchaus entsprechendes Vorgehen nachweisen; das Konzept wurde öffentlich vor dem Könige verlesen, gebilligt und dann die Fertigung entsprechender Instrumente befohlen. In dieser Richtung dürfte noch ein anderes zu beachten sein. Von mehreren lateinisch ausgefertigten Urkunden K. Heinrichs VII. haben sich auch französische, von der Hand des ersten Hofnotar gefertigte, noch undatierte Texte erhalten, Acta Henr. 2, 225. Wenn derselbe nun in der Einleitung der uns erhaltenen Akten des kaiserlichen Rathes, Acta Henr. 1, 51, sagt, er habe sie verzeichnet *in lingua Gallica sive Romana pro comoditate ipsius domini, ut ipse facilius intelligere possit ea, que coram eo et dicto consilio proposita fuerint*, so wird auch die Bestimmung jener französischen Texte kaum zweifelhaft sein können; es sind sicher Uebersetzungen der Konzepte, die vor dem Fertigungsbefehle vom Könige oder vor dem Könige gelesen werden sollten. Es ist weiter in der Notarunterfertigung von Reg. Kar. IV. 6193, eine Gütertheilung betreffend, ausdrücklich Verlesung des Konzeptes wenigstens vor den Parteien bezeugt; es heißt: *per d. B. de W. et ad causas* actionem ambarum parcium, qui notulam litere de verbo ad verbum audierunt*.

Ein anderer Fall scheint allerdings auf den ersten Blick gegen unsere Annahme zu sprechen. Der Patriarch von Jerusalem, der Erzbischof von Tirus und der Bischof von Accon bekunden, daß, als sie 1226 (Juni oder Juli) zu Borgo San Donino beim Kaiser waren, dieser dem Bischof von Hildesheim auf ihren Rath und ihre Bitte eine Verbriefung folgenden Wortlautes ausgestellt habe; worauf ein Transsumpt derselben folgt; dann: *in testimonium igitur veritatis, quod has litteras de verbo ad verbum, prout superius continetur, sub imperiali sigillo vidimus et audivimus in nostra praesentia recitari, per praesentem litteram attestamus*; Lüntzel Diöc. Hildesheim 396. Hier ist es also die besiegelte Reinschrift, welche verlesen wird, wie das Diplom denn auch nicht erst aus Borgo San Donino, sondern aus Parma im Juni datirt ist. Aber der Fall ist ein ganz vereinzelter; fehlt es nicht an Verbriefungen, in welchen Fürsten neben einem Königsdiplom dessen Inhalt auch ihrerseits bekunden oder ihre Einwilligung zu erkennen geben oder ein Diplom nach Einsicht des Originals später transsumiren, so handelt es sich hier um

den einzigen mir bekannten Fall einer gesonderten Verbriefung für die Zeu genschaft der Beurkundung, welche selbst keine Zeugen nennt. Ich denke, wir werden darin zunächst nur eine erwünschte Bestätigung für die Annahme finden, daß die Diplome den Beurkundungszeugen verlesen wurden. Aber die Verlesung der bereits vollzogenen Urkunde ist hier sichtlich nur durch den ganz ungewöhnlichen Umstand bedingt, daß das Zeugniß für die Beurkundung erst nachträglich nachgesucht und besonders verbrieft wurde; sind in der Regel die Beurkundungszeugen schon in der Urkunde selbst genannt, so kann diese erst vollständig ausgefertigt sein, nachdem die Verlesung vorhergegangen war. Eben so wenig möchte ich Gewicht darauf legen, wenn es in ungewöhnlicher Weise unter dem Diplom Reg. Kar. IV. 4058, Matthaei Anal. 3, 262 heisst: *d. imperator audivit grossam*. Das wird sich allerdings wohl nur auf Verlesung der Reinschrift beziehen können, zumal auch die Bemerkung *correcta per P. scolasticum Lubecensem* vorhergeht, die Angabe des Korrektor aber sich nur auf die Reinschriften beziehen wird, da sie sich nur auf diesen, nie aber in den Konzepten bei Glasfey findet. Dann aber handelt es sich auch hier zweifellos um einen Ausnahmefall; die sich sonst nie findende Bemerkung wird doch eher dafür sprechen müssen, daß in der Regel ein Verlesen der Grossa nicht üblich war.

BANN.

251. Häufiger, als die Verlesung, wird in Königsurkunden die Bekräftigung der Urkunde durch den Bann erwähnt. Bei den urkundlichen Erwähnungen des Bannes kann es allerdings oft zweifelhaft scheinen, auf was sich der Bannbefehl zunächst bezieht und wann er ausgesprochen wurde. Wir suchten § 80 nachzuweisen, daß es sich dabei wenigstens häufig um einen von der Beurkundung ganz unabhängigen Bannbefehl handelte, durch welchen die Verfügung des Königs an und für sich sichergestellt wurde, während die weitere Sicherung durch die Urkunde oft erst nachträglich hinzukam. Wenn daher der König in den Urkunden oft nur ganz im allgemeinen sagt, daß er dieses oder jenes unter seinem Banne befohlen oder verboten habe, vgl. Waitz V. G. 6, 458, so kann es an und für sich ungewiß sein, ob dabei an eine in die Beurkundung selbst eingreifende Bannhandlung zu denken sei.

In vielen Fällen aber wird das nicht zu bezweifeln sein. Der Bann wird mehrfach mit der Beurkundung, insbesondere der Vollziehung durch Unterzeichnung und Siegelung in so enge Verbindung gebracht, daß man dabei zweifellos gleichzeitig erfolgende Akte im Auge gehabt haben muß. In Urkunde von 1094, M. Germ. 21, 424, sagt der Abt von Lorch, er habe den Kaiser gebeten, daß er die bekundeten Verfügungen *propria manu regnique banno et sigilli eius munitione coram principibus confirmaret*. Oder in Königsurkunden von 1108, Böhmer Acta 69: *quam tradicionem ne ab ullo futurorum regum irritetur, et sigilli no-*

251] *stri impressione et regalis banni auctoritate communimus*; von 1130, Stumpf Acta 108: *privilegii huius conscriptione et sigilli mei impressione ac regalis maiestatis imperio simulque banni mei confirmatione communi*; von 1140, M. Boica 29,272: *cartam hanc sigillo nostro signari mandamus et super eum, qui temerator huius donationis extiterit, iram dei omnipotentis invocamus illumque nostrae potestatis reum et Romani regni hostem pronunciamus*.

In andern Fällen tritt das Verhältniß aber noch bestimmter dadurch hervor, daß es nach der Fassung die Urkunde selbst ist, nicht bloß die in ihr enthaltene Verfügung, welche durch den Bann gesichert werden soll. So in Königsurkunde von 1112, Mittelrh. U. B. 1,482: *ut autem hec carta — inconculsa permaneat, — regia nostra auctoritate et banno roboravimus et manu nostra notatam et sigilli nostri impressione signatam munivimus*; von 1139, Or. Guelf. 2,543: *presentem paginam sigilli nostri impressione roboravimus et nostra imperiali auctoritate confirmavimus*, wobei doch auch an den Bann zu denken sein wird; von 1140, M. Boica 29,270: *hoc super scriptum sigilli nostri impressione roborantes regalis banni nostri auctoritate confirmavimus*; von 1146, M. Boica 29,293: *placuit nobis — regia auctoritate et banni nostri promulgatione sigillique nostri impressione paginae praesentis seriem corroborare et confirmare*; von 1172, M. Boica 29,407: *hanc paginam sigilli nostri impressione et banno imperiali corroboravimus*. Sachlich begründet es natürlich keinen Unterschied, ob das in der Urkunde Verfügte oder die Urkunde selbst durch den Bann bekräftigt erscheint. Für unsere Zwecke aber fallen die das letztere betonenden Fassungen in so weit ins Gewicht, als sie ganz bestimmt darauf hindeuten, daß es sich bei der Verkündung des Bannes um einen Akt der Beurkundung selbst handelt, der das Vorliegen der Urkunde bereits voraussetzt.

252. Ist schon in älteren Urkunden nicht selten von einer Sicherung der Verfügungen selbst durch den Bann die Rede, so gehören die Belege, wonach der Bann als Bekräftigungsmittel der Urkunde erwähnt wird, der ersten Hälfte des zwölften Jahrhunderts an. Gerade in dieser Zeit wurden die Königsurkunden vielfach durch die in bischöflichen Kanzleien üblichen Formen beeinflusst, wofür sich bei späteren Erörterungen manche Belege ergeben werden. Auch hier möchte ich einen Zusammenhang mit den Formen bischöflicher Urkunden kaum bezweifeln.

Wie in päpstlichen, so wird auch in bischöflichen Urkunden von jeher dem Uebertreter mit göttlichen Strafen gedroht, oder wohl bestimmter ausgesprochen, daß derselbe dem kirchlichen Banne, der Exkommunikation verfallen sein solle. Das wird aber nicht bloß in der Urkunde schriftlich ausgesprochen, sondern auch durch feierliche mündliche Verkündung der Bannformel. Wie wir § 80 nachwiesen, konnte dieser bischöfliche Bann ganz unabhängig von der Beurkundung zur

Sicherung der vorgenommenen Handlung verhängt werden. Häufiger aber erscheinen Urkunde und Bann in näherer Verbindung. Die Verfügung erscheint gleichzeitig durch die Urkunde und durch den Bann gesichert. Dann aber finden sich auch hier gar nicht selten Wendungen, wonach der Bann als Bekräftigungsmittel der Urkunde selbst bezeichnet wird. So in Urkunden der Erzbischöfe von Trier, Mittelrh. U. B. 1,276. 309, von 964: *hanc nostri precepti paginam conscribi iussimus pcrpetuum anathema ex episcopali auctoritate iniungentes — manaque propria subtus firmavimus*; von 979: *hanc cautionem nostre preceptionis impressione sigilli nostri signavimus et banno nostro corroboravimus*; der Erzbischöfe von Köln, Lacomblet U. B. 1,59. 98. 136, von 948: *iussi hanc cartam scribere et stipulationem subnectere atque mox in ipso senatu cum meo banno et omnium presentium presbiterorum firmavi*; von 1021: *donationem tradi fecimus, quam etiam sigilli nostri impressione signantes, non tam banni promulgatione, quam ydoneorum nichilominus testium astipulatione roboravimus*; von 1067: *sigilli nostri impressione et banni auctoritate corroborari decrevimus*; des Erzbischofs von Mainz, Bodmann Rheing. Alterth. 86, von 1123: *hanc cartam sigilli nostri impressione signavimus et anathematis vinculo stabilivimus*.

Möchte ich da an einem Zusammenhange nicht zweifeln, so ist es möglich, daß sich dieser auf die Erwähnung in den Königsurkunden selbst beschränkt, während auch schon früher Sicherung der beurkundeten Verfügung durch den Bann des Königs üblich war; haben ja auch die Beurkundungszeugen früher nicht gefehlt, obwohl sie erst jetzt in den Urkunden genannt werden. Doch wäre es auch denkbar, daß der Einfluß das Vorgehen selbst trifft, daß die Anwendung des Königsbannes zur Bekräftigung der Urkunde erst später in Nachahmung des bischöflichen Vorgehens aufkam. Kann es auffallen, daß bei einer so genauen Darstellung der Beurkundung, wie sie sich zu 854 in den Casus S. Galli, M. Germ. Scr. 2,69, findet, eine entsprechende Handlung nicht erwähnt wird, so handelt es sich da freilich um eine erheblich frühere Zeit. Gewichtiger möchte es scheinen, daß auch später nach Königsurkunden ungewöhnlicher Fassung der König die urkundliche Verfügung wohl von den anwesenden Bischöfen durch deren Bann bekräftigen läßt. So in zwei Diplomen für Nivelles von 1040 und 1041, St. 2185. 2214, Steindorff Heinr. III. 1,525. 527: *hoc ergo decretum — firmamus per excommunicationem omnium archiepiscoporum et episcoporum presentium, scilicet H. Coloniensis u. s. w. ceterorumque omnium, qui ad presens erant*, und: *et hoc decretum — propria manu corroboravimus et sigilli nostri impressione firmavimus et ob duritiam gentis omnium, qui aderant episcoporum et abbatum orthodoxorum omnium tali anathemate conclusum, ut quicumque consilio vel actu vel ullo ingenio voluerit violare, pereat cum Dathan et Abiron, nec videat deum deorum in Sion*. Und in St. 2954, Miraeus 1,369, von 1101, von dem wir § 164 allerding

252] annahmen, daß es nicht in der Reichskanzlei konzipiert sei, sagt der König: *meo praecepto, mea auctoritate, me presente O. Leodiensis ecclesiae episcopus sanctae matris ecclesiae gremio perpetuo anathemate segregavit, quicumque hoc aliquo ausu, aliqua temeritate infringere praesumat.* Schließt das eine gleichzeitige Bannhandlung des Königs nicht aus, so wird man doch schließen dürfen, daß dieselbe, wenn sie stattfand, in solchen Fällen kaum unerwähnt geblieben seien würde. Noch in Urkunden K. Heinrichs V. für Fulda St. 3194. 3224, Stumpf Acta 103. 107, heißt es nur: *quicumque autem hoc nostrae auctoritatis praeceptum violare praesumerit, ex apostolica Zacharie pape sententia aeternaliter excommunicandus erit*, was allerdings durch Vorurkunden auf die Privilege des Papstes Zacharias von 751 und K. Pipins von 753 zurückgeht.

Sachlich ist die Frage ohne Bedeutung. Die Sicherung der Urkunde durch den Bann, wie sie in der Beglaubigungsformel zuweilen erwähnt wird, steht sichtlich in nächster sachlicher Verbindung mit der Drohung einer Strafe für den Verletzer, wie sie in der Strafformel ausgesprochen wird. Dabei werden oft nur Geldstrafen bestimmt, aber auch mit göttlichen Strafen, weiter mit der Ungnade und dem Banne des Königs gedroht; vgl. Ital. Forsch. 1, 79 ff., Waitz V. G. 6, 458 ff. Solche Strafformeln werden im zehnten Jahrhunderte auch in deutschen Königsurkunden schon üblich. Sie mögen vielfach nur durch die Urkunde selbst angedroht sein. Aber nahe liegt doch auch die Annahme, daß der König die Strafe öffentlich aussprach und das in der Urkunde nur wiederholt wurde. Das konnte schon vor der Beurkundung, bei der Handlung geschehen, wie wir es für den Bann § 80 nachwiesen. Die erörterten Umstände sind nur deshalb für uns von Interesse, weil sie ergeben, daß es, wenn nicht schon früher, wenigstens seit dem Ende des elften Jahrhunderts üblich war, das Aussprechen des Bannes, vielleicht auch der anderweitig bestimmten Strafen, mit der Beurkundung selbst zu verbinden, ihm die Form einer Sicherung der bereits vorliegenden Urkunde zu geben.

253. Allerdings würde das für unsere Zwecke nur dann von größerer Bedeutung sein, wenn sich der Zeitpunkt der Verkündung des Bannes genauer feststellen ließe. Dafür aber fehlt es an bestimmten Haltpunkten.

In den bezüglichen bischöflichen Urkunden wird des Bannes in näherer Verbindung mit der Unterzeichnung und Siegelung gedacht. Dabei wäre zunächst an die Reinschrift zu denken, in der ja, wie jene, auch der noch erst auszusprechende Bann schon erwähnt werden konnte. Genauer wird 877, Lacomblet U. B. 1, 36, und 1085, Guden 1, 386, vgl. § 248. 249, angegeben, daß der Bann auf die Verlesung und Billigung folgte, was nach dem über die Verlesung Gesagten eher an das Konzept denken ließe.

Was dann die Königsurkunden betrifft, so geben die § 251 ange-

fürhten Erwähnungen nur dürftige Haltpunkte. In den Stellen von 1094 und 1112 wird der Bann noch in Verbindung mit der königlichen Unterzeichnung erwähnt. Fand eine solche statt, war die zu vollziehende Reinschrift dem Könige überhaupt noch vorzulegen, so wird auch kaum zu bezweifeln sein, daß der Bann sich den sonstigen Vollziehungshandlungen anschloß.

Aber in der Mehrzahl jener Stellen ist nicht mehr von der Unterzeichnung, sondern nur noch von der Siegelung die Rede. Entfällt aber mit der königlichen Unterzeichnung die Nothwendigkeit, einen vom Fertigungsbefehle geschiedenen Vollziehungsbefehl anzunehmen, so steht auch wohl nichts im Wege anzunehmen, daß der Bann zugleich mit jenem auf Grundlage des Konzeptes erfolgte. Wird jetzt auf die Zeugen Gewicht gelegt, so ist doch anzunehmen, daß der Bann zunächst an dem Zeitpunkte verkündigt wurde, wo die Zeugen beim Könige anwesend waren; das war aber nach unseren früheren Ergebnissen in der Regel der Zeitpunkt des Fertigungsbefehles.

Alle bisher besprochenen Punkte führten uns also mit größerer oder geringerer Sicherheit auf dasselbe Ergebnis. Nach dem Beurkundungsbefehle kann ein feierliches Eingreifen des Königs in die Beurkundung noch an zwei verschiedenen Zeitpunkten erfolgen, welche im allgemeinen einer früheren und einer späteren, durch königliche Unterzeichnung und durch Aufführung der Zeugen zunächst gekennzeichneten Periode entsprechen.

Es kann dem Könige die fertige Reinschrift vorgelegt werden. Dieselbe wird dann verlesen und gebilligt, vom Könige unterzeichnet, vielleicht durch den Bann gekräftigt, weiter die Vollziehung durch Siegelung befohlen. Dieser Zeitpunkt der Vollziehung wurde gewiß als der vorzugsweise maßgebende betrachtet, so weit überhaupt Unterzeichnung durch den König noch stattfand. Doch konnte er auch später, wo diese nicht mehr üblich war, immerhin noch ins Gewicht fallen, insofern nach § 230 insbesondere die Zeugen sich zuweilen auf ihn bezogen.

Oder aber es wird dem Könige das Konzept vorgelegt, dasselbe verlesen, gebilligt, durch den Bann bekräftigt, Ausfertigung und Siegelung, wohl auch Zufügung des königlichen Signum befohlen und die Reihe der bei diesem Befehle anwesenden Zeugen dem Konzepte zugescriben. Und der entsprechende Zeitpunkt mag immerhin auch schon in früherer Zeit dann besonders beachtet sein, wenn der König thatsächlich nicht unterzeichnete oder nicht öffentlich, während vielleicht eine öffentliche Verlesung nach dem Konzepte vorgenommen war.

EINGANGSPROTOKOLL.

254. Waren die Untersuchungen über Verlesung und Bann dadurch erschwert, daß da Handlungen in Frage kamen, deren Eingreifen in die Beurkundung am graphischen Bestande nie kenntlich wird, so liegen

264] diese Verhältnisse günstiger bei Untersuchung der Zeit der Zufügung des Protokoll und seiner Theile. Auf den scharfen Gegensatz, der zwischen Text und Protokoll ihrer ganzen Bedeutung nach besteht, wurde schon § 193 hingewiesen. Unsere bisherigen Untersuchungen ergaben denn auch schon manche Belege, daß dieser Gegensatz auf den Gang der Beurkundung von Einfluß war. Insbesondere suchten wir § 214 ff. zunächst auf innere Gründe gestützt zu erweisen, daß das ursprüngliche Konzept nur den Text umfaßte, ihm das Protokoll noch fehlte. Die Verbindung beider Theile, die Zufügung des Protokoll zum Texte kann daher erst an einem spätern Zeitpunkte erfolgt sein. In vielen Fällen werden uns dafür die inneren Gründe genügen müssen, insofern graphische Haltpunkte in den Originalen einen Gegensatz nicht erkennen lassen, das, was uns vorliegt, sichtlich von ein und demselben Schreiber in ein und demselben Zuge geschrieben ist. Häufig aber treten äußere Gründe hinzu; die Verschiedenheit der Hände und der Dinte ergibt oft auf den ersten Blick, daß beide Theile nicht von demselben Schreiber herrühren oder doch nicht gleichzeitig entstanden sind.

Allerdings würde dieser äußere Haltpunkt nicht ausschlaggebend sein müssen, wenn nicht innere Gründe, wie wir sie bereits fanden und weiter finden werden, hinzukämen. Denn schon der Umstand, daß für die meisten Theile des Protokoll eine von der des Textes verschiedene, verlängerte Schrift angewandt wurde, konnte es nahe legen, das Protokoll von einem andern Schreiber fertigen zu lassen, der in jener Schreibart besonders geübt war. Daß dieser Gesichtspunkt wenigstens zuweilen der maßgebende war, ergibt sich deutlich in den nicht seltenen Fällen, in denen nur die in verlängerter Schrift ausgeführten Theile des Protokoll von anderer Hand herrühren, dagegen die Datierungszeile, bei der das nicht zutraf, vom Schreiber des Textes geschrieben ist. Und so würde die Verschiedenheit der Schrift, wie sie in dem Originale als dem Schlufsergebnisse der Beurkundung hervortritt, nicht gerade erweisen müssen, daß die Verbindung beider Theile überhaupt erst auf dieser Stufe erfolgte; es wäre wenigstens denkbar, daß ein bereits alle Bestandtheile umfassendes Konzept vorlag, sich nur jenes äußern Umstandes wegen zwei Schreiber in die Herstellung der Reinschrift theilten.

Es wird weiter zu beachten sein, daß die Verschiedenheit der Schrift an und für sich nichts darüber ergibt, welcher der Theile nun der früher geschriebene ist. Das Protokoll oder seine Theile können schon vor dem Texte gefertigt, sie können aber auch nachgetragen sein. Lag jenes beim Eingangsprotokolle, dieses beim Schlufsprotokolle näher, so wird es sich empfehlen, beide gesondert zu behandeln.

255. Beim Eingangsprotokoll können wir den Umstand unbeachtet lassen, daß es selbst nicht immer in seinem ganzen Bestande gleichzeitig entstanden ist, insofern sichtlich das Chrismon zuweilen erst nachträglich zugleich mit dem Schlufsprotokoll oder einzelnen Theilen desselben zugefügt wurde. Kann das Chrismon für die Beurtheilung der

Echtheit einer Urkunde nach graphischen Haltpunkten wichtig werden, so dürfen wir es für unsere Zwecke überhaupt unberücksichtigt lassen. Denn es hat keinen, nur für eine bestimmte Zeit passenden Inhalt, kann daher auch keinen Widerspruch zu anderen Angaben der Urkunden ergeben. Dasselbe würde dann auch für die Verbalinvokation gelten. Nur der dritte Theil, die Bezeichnung des Ausstellers nach Namen und Titel, ist für unsere Zwecke von Wichtigkeit, insofern sie nur einem bestimmten Zeitraum entspricht. Sind diese und die Invokation durchweg graphisch gleich behandelt, so beziehen sich auch die folgenden Bemerkungen mit Aufferachtlassung des Chrismon zunächst nur auf diese beiden Bestandtheile.

Beim Eingangsprotokoll wird der Gedanke an Vorausfertigung immer am nächsten liegen. Dabei sind zwei Fälle zu scheiden. Es kann sich handeln um Vorausfertigung für einen bereits feststehenden Text, so daß sich die Reinschrift dieses unmittelbar anschließen konnte. Häufig ergeben auffallende Gleichheit der Dinte und des Zuges, daß derselbe Schreiber unmittelbar anschliessend nach dem Eingange auch den ganzen Text fertigte; dann werden wir überhaupt von keiner Vorausfertigung reden. In andern Fällen ergibt sich allerdings Verschiedenheit. Aber auch das kann ja lediglich dadurch herbeigeführt sein, daß man für die verlängerte Schrift des Einganges einen andern Schreiber verwandte, was also nicht ausschloß, daß die Fertigung des bereits vorliegenden Textes sich unmittelbar anschloß. Daß der Text bereits vorlag, ergibt sich oft aufs bestimmteste. Unter den Karolingern nämlich, vgl. Sickel Acta 1, 298, wurde es Brauch, die erste Zeile nicht auf das Eingangsprotokoll zu beschränken, sondern auch noch den Anfang des Textes in sie einzubeziehen, soweit eben der Raum reichte, trotzdem aber die gesammte Zeile in verlängerter Schrift auszuführen. Dann fällt die graphische Scheidung überhaupt mit dem innern Gegensatz nicht zusammen; die ganze erste, Verschiedenes umfassende Zeile ergibt sich dann als gleichzeitig gefertigt, während der Schriftunterschied gegen den übrigen Text sich auch in solchen Fällen wohl bemerklich macht. Hier mußte natürlich der Text selbst schon vorliegen, zumal wenn dieser mit einer auf den Einzelfall berechneten Arenga begann. Noch deutlicher tritt das hervor, wenn in Einzelfällen der erste Schreiber auch noch über die erste Zeile hinaus ein Stück des Textes fertigte, dann erst die Weiterführung einem andern überließ. So im Original von St. 2267 zu Münster, wo der Schreiber der mit *conferimus* schließenden ersten Zeile auch noch die zweite Zeile bis *contectalis nostrae* in gewöhnlicher Schrift mit auffallend schwärzerer Dinte geschrieben hat; ähnlich wechselte bei St. 1702 zu Münster, wo die erste Zeile nur das Protokoll umfaßt, die Dinte erst am Ende der zweiten Zeile mit *Becelini comitis*. Beim Hineinreichen der ersten Hand in die Narratio kann das Vorliegen des Textes natürlich gar nicht zweifelhaft sein. Fälle, daß überhaupt die erste Zeile schon Theile der Narratio umfaßt, sind gar nicht selten;

255] man vergleiche etwa die Zusammenstellung der ersten Zeilen im S. Gall. U. B. 2,402 ff.

Nur dann ist es denkbar, daß auch in solchen Fällen die erste Zeile des Textes nachträglich gefertigt wurde, wenn der Text nicht bloß im Konzepte, sondern bereits in einer andern gleichlautenden Reinschrift vorlag, nach der sich bemessen ließ, wie weit die erste Zeile reichen werde. So wird der Stumpf Wirzb. Imm. 1,34 angeführte Fall St. 2138 zu erklären sein, bei dem einer zweiten Ausfertigung die in verlängerter Schrift auszuführenden Bestandtheile, insbesondere auch die erste Zeile noch fehlen, obwohl nach Mittheilung von Stumpf die zweite Zeile mitten im ersten Satze der Arenga mit *aequale meritum* beginnt. Aber auch in der vollständigen Ausfertigung, M. Boica 29,51, ist die Eintheilung genau dieselbe, so daß der Umstand nicht befremden kann. Dasselbe Vorgehen könnte durch eine Vorurkunde veranlaßt sein; aber wenigstens in jenem Falle trifft das nicht zu, da im Original der allerdings wörtlich übereinstimmenden Vorurkunde St. 2056, M. Boica 29,41, die zweite Zeile etwas früher mit *cuncta dei* beginnt.

Sehen wir von solchen Ausnahmen ab, so ergibt sich in derartigen Fällen die Vorausfertigung gewiß mit größter Bestimmtheit. Aber sie haben für unsere Zwecke keine Bedeutung. Erfolgte die Vorausfertigung auf Grundlage des bereits vorliegenden Konzeptes des Textes, so bedingt es keinen beachtenswerthen Unterschied, ob ein Schreiber die ganze Reinschrift fertigte oder zwei dabei abwechselten.

256. Es kann sich nun aber auch um Vorausfertigung für einen noch nicht feststehenden Text handeln. Da das Eingangsprotokoll für die verschiedensten Urkunden ganz dasselbe blieb, so lange nur Namen und Titel des Herrschers nicht wechselten, so konnte man eine größere Zahl von Blättern mit dem Kopfe versehen, ohne befürchten zu müssen, daß sie schon bald nicht mehr brauchbar seien würden. Und auch die Rücksicht auf angemessene Raumvertheilung bot da kein Hinderniß, da die Stellung des Einganges von der größeren oder geringeren Länge des Textes ganz unabhängig war.

Daß solche Vorausfertigung stattfand, ergibt sich ganz unmittelbar in Fällen, wie St. 750. 1772 zu München, wo die ganze erste Zeile in verlängerter Schrift ausgeführt ist und noch den Anfang des Textes umfaßt, dieser aber sichtlich von anderer Hand oder doch nicht gleichzeitig geschrieben ist. Der Wechsel wäre hier ganz unerklärlich, wenn der Text bei Fertigung des Einganges bereits vorgelegen hätte.

Finden sich im zwölften Jahrhunderte wohl Fälle, so St. 3542-43-44 zu Münster, daß zwar die erste Zeile noch einen Theil des Textes, aber nicht in verlängerter Schrift enthält, so ist allerdings Nachtragung ausgeschlossen, nicht aber Fertigung bei schon vorliegendem Texte, da es jetzt überhaupt nicht mehr üblich war, noch einen Theil desselben mit verlängerter Schrift zu schreiben. In einer Zeit, wo man daran gewöhnt war, würden auch solche Fälle gewiß darauf deuten, daß der Eingang

vorgefchrieben war, da fonft nicht wohl abzufehen, weshalb der Schreiber defselben nicht fogleich auch die erften Worte des Textes in verlängerter Schrift zugefügt hätte. Aber von mir bekannten älteren Stücken trifft das nur St. 2092 zu Cremona, welches auch andere Eigenthümlichkeiten zeigt, vgl. § 114; dann das allgemein als unecht anerkannte St. 2032 für Wirzburg zu München, bei dem aber doch anzunehmen feien wird, daß man es einer echten Vorlage nachbildete.

Für Vorfaffung des Eingangsprotokollens zu noch nicht vorliegenden Texten fpricht dann aber infondere, daß man fichtlich häufig abfichtlich das in die erſte Zeile Aufzunehmende genau fo abgranzte, daß es für Diplome des verſchiedenſten Inhaltes verwendbar war. Das geſtattete Vorfaffung ohne daß es nöthig geweſen wäre, bei Eintragung des Textes noch nachträglich einen Theil der erſten Zeile mit verlängerter Schrift zu füllen. Es konnte das in doppelter Weiſe geſchehen. Man konnte einmal die erſte Zeile nur für das Eingangsprotokoll beſtimmen, wie das ſpäter durchweg üblich wurde, während es in früherer Zeit minder gebräuchlich war. Oder man nahm noch einen erſten Theil des Textes in ſie auf, der für Stücke verſchiedenen Inhaltes verwendbar war. Beim Beginnen mit einer Arenga war das nicht leicht ſtatthaft, ſchon wegen ihrer Länge, dann weil ſie doch nur für einen engeren Kreis von Diplomen verwendbar war. In Einzelfällen konnte man allerdings darauf verfallen, eine Arenga vorzuſchreiben. So iſt in St. 2420 zu Münſter die nur das Eingangsprotokoll umfaſſende erſte Zeile mit blaffer, die dann folgende bis zur Mitte der dritten Zeile reichende Arenga mit dunkler, dann von der Promulgation ab wieder alles mit blafferer Dinte geſchrieben; doch mag da auch ein Zufall eingegriffen haben. Im allgemeinen haben wir gewiß anzunehmen, daß die Arenga durchweg mit Rückſicht auf den ſchon feſtſtehenden Einzelfall geſchrieben wurde. Anders war das mit der Promulgation, welche für alle Stücke, welche keine Arenga haben, vorausgefertigt werden konnte, deren Ausdehnung es zudem vielfach geſtattete, ſie noch vollſtändig in der erſten Zeile unterzubringen. Es iſt doch zweifellos nicht bloßer Zufall, daß dieſe ſo häufig gerade mit dem Schlußworte der Promulgation, *futuris* oder *industria*, ſchließt, während dann die zweite Zeile mit *qualiter* als ſtändigem Eingangsworte der Narratio beginnt. Zumal in Fällen, wo noch ein auffallender Gegenſatz der Dinte hinzukommt, wie etwa in St. 123 zu Wien, in St. 840 zu München, kann doch nicht bezweifelt werden, daß auch die Promulgation ohne Rückſicht auf einen beſtimmten Text gefertigt wurde. Ganz beſtimmt ergibt ſich dann die Vorfaffung in einzelnen Fällen, wo das Ende der Promulgation nicht mit dem der erſten Zeile zuſammenfällt, alſo nicht bloß graphiſche Gründe den Wechſel des Schreibers veranlaßten. In St. 1518 zu München ſchließt die erſte Zeile in verlängerter Schrift ſchon mit *fidelium preſentium*, während dann auch in der zweiten Zeile nur noch das *ſcilicet ac futurorum industria* mit derſelben blaffen Dinte geſchrie-

256] ben ist, bei *qualiter* der Wechsel eintritt. In St. 1567 hat in der ersten Zeile die erste Hand ausser der Promulgation auch das gleichfalls immer passende *qualiter nos* gefertigt; die dann noch in der ersten Zeile mit verlängerter Schrift folgenden Worte *divina inspirante gratia* sind mit derselben blassen Dinte zugefügt, wie der gesammte folgende Text. Und wenn beim Zusammenfallen des Endes der Promulgation mit dem der Zeile die Annahme der Nachtragung nur unwahrscheinlich, nicht unbedingt ausgeschlossen ist, so kann natürlich in solchen Fällen nur die Vorausfertigung in Frage kommen.

257. Nach dem Gesagten wird nicht zu bezweifeln sein, daß das Eingangsprotokoll lange vorher gefertigt sein konnte, ehe der bezügliche Text auch nur konzipirt war. Fragen wir, ob dieser Umstand sich für Erklärung widersprechender Angaben verwerthen läßt, so könnten sich allerdings solche daraus ergeben haben, daß man einen vorausfertigten Kopf noch verwandte, nachdem der Herrscher oder doch dessen Titel gewechselt hätte. Stumpf Wirzb. Imm. 1,34 weist das wirklich für St. 879 nach, von K. Otto III., aber mit einem ursprünglich auf K. Otto II. berechneten Eingang. Da hat man allerdings durch Rafur das *imperator augustus* beseitigt und durch *pius rex* ersetzt. Aber es wäre doch denkbar, daß man das in Einzelfällen übersehen und sich damit ein Widerspruch ergeben hätte, insbesondere der Herrscher im Eingange noch als König bezeichnet wäre, während die übrige Urkunde auf die kaiserliche Periode hinweist.

Mag das vereinzelt vorgekommen sein, so dürfte es doch schwer sein, in einem bestimmten Falle nachzuweisen, daß der Widerspruch sich nothwendig gerade aus solchem, an und für sich nicht sehr wahrscheinlichen Vorgehen ergeben haben müsse. Ergibt sich der Widerspruch nur zwischen Eingang und Schlusprotokoll, so wird die später zu besprechende Nachtragung des letztern die naherliegende Erklärung bieten. Um einen solchen Fall fest zu stellen, müßte zum graphischen Unterschiede ein zweifelloser Widerspruch zu Angaben des Textes hinzukommen. Dazu aber ist verhältnißmäßig wenig Gelegenheit geboten. Der Name des Herrschers wird im Texte nicht wiederholt; wo nicht etwa Erwähnung der Intervenienz der Gemahlin oder ähnliche Umstände einen bestimmteren Halt geben, da wird der Text oft seinem ganzen Umfange nach sowohl zum Vorgänger, als zum Nachfolger passen. Es wurden aber weiter im Texte, wie das schon die häufige Benutzung von Formularen und Vorurkunden mit sich bringen mußte, die auf das Königthum und Kaiserthum deutenden Ausdrücke nicht mit derselben Genauigkeit verwandt, wie im Protokoll. Nur besonders günstige Umstände würden das Zutreffen eines solchen Falles erweisbar machen; und wenigstens mir ist keiner aufgefallen, bei dem mir nicht andere Erklärungen näher zu liegen schienen.

258. Gehen wir zum umgekehrten Verhältnisse über, so wird die Annahme einer Nachtragung zur Reinschrift beim Eingangs-

protokolle weniger nahe liegen. In vielen Fällen, wo das Schlufsprotokoll sichtlich nachgetragen wurde, ergibt sich denn auch der Eingang als gleichzeitig mit dem Texte gefertigt. In allen, wo die erste Zeile ein und dieselbe Schrift zeigt, aber noch ein Bruchstück eines Theiles des Textes enthält, ist an Nachtragung nicht zu denken. Auch wo die erste Zeile noch die ganze Promulgation enthält, ist Nachtragung ganz unwahrscheinlich, da die genaue Abgränzung dann manchen Schwierigkeiten unterlag; bei Voraufbereitung konnte man, wenn jene nicht gelang, noch einen weiteren Theil des Textes zur Füllung der ersten Zeile verwenden, oder aber einen Theil der Promulgation in der zweiten nachholen.

Nachtragung wird insbesondere nur da in Frage kommen, wo die erste Zeile lediglich das Eingangsprotokoll enthält. Ist sie da oft sehr wahrscheinlich, so dürften zweifellos zu erweisende Fälle selten sein. Die sichtlich gleichzeitige Fertigung mit dem Schlufsprotokolle wird nicht beweisend sein können, da auch dieses voraufgefertigt sein kann. Kommt aber noch hinzu, wie etwa in St. 1975 zu Münster, dafs der Titel ungewöhnlich auseinandergezogen ist, um die Zeile zu füllen, so wird das allerdings für diese Zeit, wo es noch üblich war, auch Theile des Textes in die erste Zeile aufzunehmen, die Nachtragung kaum bezweifeln lassen. Aber später trifft das nicht mehr zu. Ergibt sich auch da oft das absichtliche Auseinanderziehen, so etwa bei dem Facsimile von St. 3975, Schöpflin Als. dipl. 1,253, so findet das auch bei Annahme der Voraufbereitung seine Erklärung; es stand fest, dafs die erste Zeile nur das Protokoll enthalten sollte, man suchte sie sogleich möglichst zu füllen, da der später nachzutragende Text dazu nicht verwendbar war. Dasselbe wird für Fälle gelten, wo ein Theil der Zeile leer geblieben ist, weil das Protokoll ihn nicht füllte; ist das in späterer Zeit, so etwa bei dem Facsimile von St. 3692, Or. Guelf. 4, praef. 6, oft sehr auffallend, so kann es doch aus dem angegebenen Grunde die Nachtragung nicht erweisen, während, wo es in früherer Zeit vorkommt, wie etwa bei St. 1671. 2200 zu München, der Schlufs allerdings gerechtfertigt ist, dafs man bei Voraufbereitung den Rest der Zeile durch einen Theil des Textes gefüllt haben würde. Wenn im Laufe des eilften Jahrhunderts es mehr und mehr üblich wurde, die erste Zeile auf das Eingangsprotokoll zu beschränken, so mag das damit zusammenhängen, dafs jetzt die Nachtragung desselben gebräuchlicher geworden zu sein scheint.

Einen ganz zweifellosen Beweis geben dann einzelne Fälle, bei welchen die beabsichtigte Nachtragung überhaupt unterblieben ist. So bei einer zweiten Originalaufbereitung von St. 2138; vgl. § 255. Ein anderes Beispiel gibt das bei Mittarelli Ann. 4,399 und danach Huillard 2,46 gedruckte Privileg für S. Severo in Classe, das dort K. Friedrich II. zugeschrieben ist, während ich nicht zweifle, dafs es von K. Otto IV. herrührt. Der Text des Original, das ich auf der Biblioteca Classense einseh, ist überaus sorgfältig, zweifellos in der Reichskanzlei geschrieben,

258] mit voller Ausführung der im Abdrucke abgekürzten Schlusformeln; aber obwohl das Stück seinem jetzigen Verbleibe nach an S. Severo abgegeben sein muß, fehlt nicht allein die Siegelung, sondern auch das gesammte obere und untere Protokoll, für welches der Raum freigelassen ist.

Im dreizehnten Jahrhunderte scheint übrigens die graphische Sonderbehandlung einzelner Theile der Reinschriften wenig mehr üblich gewesen zu sein; dieselben erweisen sich durchweg als von derselben Hand gleichzeitig ausgeführt. Das hängt zweifellos damit zusammen, daß auch die verlängerte Schrift mehr außer Gebrauch kam. Wird sie oft nur noch beim Eingangsprotokoll verwandt, so finden sich denn auch wohl noch Fälle, wo gerade nur dieses einen anderen Schriftcharakter zeigt; so etwa in Reg. Fr. II. 123 zu München.

259. Die Fälle der Nachtragung zur Reinschrift werden allerdings zumal für frühere Zeiten als Ausnahme zu betrachten sein. Dagegen haben wir Nachtragung zum Konzepte wohl als Regel anzunehmen. Die Verhältnisse sind hier wesentlich andere, als bei der Vorfertigung. Diese kann sich immer nur auf die Reinschrift beziehen, da wenigstens ein vom Texte getrenntes Konzept des Protokolles für eine bestimmte Urkunde überhaupt nicht gemacht, jedenfalls nicht vorgefertigt sein wird. Die Annahme der Vorfertigung muß sich daher beim Vorliegen von Originalen auch durch graphische Haltpunkte erproben. Anders bei der Nachtragung. Der Umstand, daß in der Reinschrift Text und Protokoll sichtlich von ein und derselben Hand in einem Zuge geschrieben sind, schließt den Begriff nachträglicher Zufügung nicht aus; nur handelt es sich dann um Zufügung zu dem im Konzepte schon früher vorhandenen Texte.

Es kann nun allerdings nach dem § 210 Bemerkten zweifelhaft sein, ob wir im allgemeinen Fehlen des Eingangsprotokolles im Konzepte anzunehmen haben. Für frühere Zeiten ist mir das aber doch durchaus wahrscheinlich. Schon der Umstand, daß es in den Reinschriften vielfach vorgefertigt oder nachgetragen ist, muß das nahe legen. Es fehlte aber weiter jeder Grund, das sich für die ganze Königszeit oder Kaiserzeit gleichbleibende Eingangsprotokoll auch nur anzudeuten. Später, als sich der Unterschied zwischen feierlichen und einfachen Privilegien, vgl. § 195, ausbildete, war ein solcher Grund insoweit vorhanden, als nur jene auch die Invokation hatten. Um dieses Verhältniß dem Reinschreiber anzudeuten, genügte es aber vollkommen, wenn man in Weise der Regesten und Formulare das Konzept entweder mit *Fridericus etc.* oder mit *In nomine etc. Fridericus etc.* begann. Und daß das wirklich wenigstens im vierzehnten Jahrhunderte so üblich war, ergeben die Konzepte K. Karls IV., vgl. § 210. Dann war nur für den Namen, nicht auch für den Titel eine Vorlage geboten; wenigstens für diesen handelte es sich auch dann um nachträgliche Zufügung.

260. Die Nachtragung des Eingangsprotokolles wird nun in Einzel-

fallen immerhin zur Erklärung widersprechender Angaben verwerthet werden können. Es ist ja denkbar, daß sich ein Widerspruch zwischen Eingang und Text ergeben konnte, wenn dieser, sei es in Reinschrift, sei es im Konzepte so lange Zeit liegen blieb, daß das nachgetragene laufende Protokoll nicht mehr zu ihm paßte, insbesondere der König inzwischen Kaiser geworden war. Lag schon die Reinschrift vor, so mag man, auch wenn man auf den Umstand achtete, ihn nicht für erheblich genug gehalten haben, um das Stück zu kassiren oder durch Korrekturen zu entstellen, während man doch auch dem Herrscher nicht den ihm jetzt gebührenden Titel versagen konnte. Beim Konzepte wären freilich die Korrekturen leicht vorzunehmen gewesen, wenn man den Umstand überhaupt beachtete. Aber das wird schwerlich immer der Fall gewesen sein. Wie schon § 257 bemerkt wurde, konnten die meisten Texte, wenn man auf Genauigkeit des Gebrauches der Ausdrücke *regalis* und *imperialis* anscheinend keinen größeren Werth legte, eben so wohl einem kaiserlichen, als einem königlichen Protokoll entsprechen; traf das in Einzelfällen nicht zu, so mochte man um so leichter auf die nun nöthige Aenderung vergessen. Eben dieser Umstand muß es aber auch erschweren, das Zutreffen von Fällen, wie wir sie im Auge haben, bestimmter nachzuweisen, da das Schlussprotokoll dann gleichfalls nachgetragen sein und dem Eingange entsprechen wird, der Text aber häufig keine Veranlassung zu auffallenderen Widersprüchen bietet. Weiter aber liegen die hier zu beachtenden Fälle durchweg so, daß das Verhältniß auch anderweitige Erklärungen zuläßt.

Das trifft insbesondere die § 167. 168 besprochenen Fälle, welche wir zunächst durch Neuausfertigung unter laufendem Protokoll zu erklären suchten. Die Gestaltung wird natürlich ganz dieselbe sein, wenn einem unausgefertigt gebliebenen Konzepte oder einer unvollendeten Reinschrift des Textes später das laufende Protokoll zugefügt, oder wenn der Text einer frühern Urkunde unter laufendem Protokoll wiederholt wird. Nur für die § 168 erwähnten Fälle, bei welchen Beibehaltung einer früheren Datirung hinzukommt, würde sich geltend machen lassen, daß das doch leichter aus Uebernahme aus einer schon ausgefertigten Urkunde, als durch Zurückdatirung nach der Handlung bei späterer Nachtragung des Protokolls zu erklären sein dürfte.

Es ist hier weiter hinzuweisen auf das § 103. 165 bereits besprochene St. 3166 von 1132, mit kaiserlichem Eingangsprotokoll und Siegel, während Text und das auf Datirung nach der Handlung sich beschränkende Schlussprotokoll königlich sind. Gibt Schum Vorstudien 8 an, daß der Titel auffallend klein geschrieben und durch Abkürzungen zusammengezogen ist, um in der ersten Zeile Platz zu finden, so dürfte er erst im Original selbst nachgetragen sein. Das würde um so weniger auffallen können, wenn die § 165 geäußerte Vermuthung zutreffen sollte, daß die Reinschrift vom Empfänger selbst gefertigt und später in der Kanzlei nur beglaubigt wurde.

260] Aus späterer Zeit ist hier insbesondere die Urkunde Reg. Lud. IV. 3547, Böhmer Acta 555, zu erwähnen. Der Text der Urkunde ist zweifellos berechnet auf Ausstellung durch den Landesherren von Tirol, Markgrafen Ludwig von Brandenburg. Dagegen ist das ganze Protokoll, Eingang wie Schluss, das feines Vaters, des Kaisers Ludwig. Da beide damals zusammen zu Brixen waren, so konnte ein Mißgriff nahe liegen. Ich suchte die Erklärung früher in der Richtung, daß Bestätigung einer markgräflichen Urkunde durch den Kaiser beabsichtigt war und man dabei aus Nachlässigkeit die nöthige Aenderung des Textes der Vorlage unterliefs. Es dürfte aber eben so wahrscheinlich sein, daß Ausstellung einer markgräflichen Urkunde beabsichtigt war, die Reinschrift von einem Schreiber der Reichskanzlei besorgt wurde und dieser dem Konzepte irrtümlich das kaiserliche Protokoll zufügte. Ein solcher Mißgriff konnte hier um so näher liegen, als auch dann, wenn das Protokoll im Eingange in üblicher Weise mit *Wir Ludwig etc.* angedeutet war, das sowohl dem Kaiser, als dem Markgrafen entsprach.

SCHLUSSPROTOKOLL.

261. Beim Schlussprotokoll ist die Annahme einer Vorausfertigung von vornherein keine sehr naheliegende. Stellung und Anordnung waren doch wesentlich bedingt durch die größere oder geringere Ausdehnung des Textes. Aber auch davon abgesehen mußte ein vorgeschriebenes Schlussprotokoll rascher unbrauchbar werden, als ein Eingangsprotokoll, da es, auch wenn wir von der Datirung ganz absehen, nicht bloß veraltet war, wenn der König Kaiser wurde oder starb, sondern auch wenn der Kanzler wechselte oder der Erzkanzler starb. Trotzdem läßt der graphische Bestand der Originale keinen Zweifel, daß das gesammte Schlussprotokoll oder doch Theile desselben, insbesondere die Zeilen des Signum und der Rekognition, nicht gerade selten vorausgefertigt wurden.

Die oft nicht zu verkennende völlige Gleichheit der Schrift nach Zug und Dinte mit dem Eingangsprotokoll kann allerdings an und für sich nicht beweisen, so lange die Annahme einer Nachtragung beider Theile nicht ausgeschlossen ist. Das wird nach unseren früheren Erörterungen insbesondere dann der Fall sein, wenn die erste Zeile auch noch einen Theil des Textes enthält. Auch in solchen Fällen macht sich die gemeinsame Abweichung der Schrift wohl kenntlich; so bei St. 123 zu Wien, St. 840 zu München; bei St. 839 zu München reicht die erste Hand sogar weit in den Text hinein, während dieselbe doch auch sichtlich das Schlussprotokoll, insbesondere die Datirungszeile mit Tag und Ort, geschrieben hat. Solche Fälle sind nun freilich für unsere Zwecke von keiner größeren Bedeutung, da bei ihnen anzunehmen ist, daß das Konzept bereits vorlag. Aber es trifft auch wohl zu, wo das Eingangsprotokoll ohne Rücksicht auf einen bestimmten Text vorausgefertigt

sein muß; so in St. 750, wo die erste Zeile zwar auch einen Theil des Textes enthält, dieser aber mit ganz anderer Dinte geschrieben ist, wie das Eingangsprotokoll, während diesem das Schlußprotokoll genau entspricht.

In andern Fällen ist die räumliche Anordnung eine so auffallende, daß sie unerklärlich sein würde, wenn wir nicht annähmen, das Schlußprotokoll sei vorausgefertigt, ehe der Umfang des Textes feststand. In manchen Fällen stehen Signum und Rekognition tief unten, durch einen weiten Zwischenraum vom Ende des Textes getrennt, wie das schwerlich der Fall gewesen sein dürfte, wäre der Text schon geschrieben gewesen; so etwa in Reg. Kar. 1205. 8. 21, St. 1467. 73. 74 zu München, St. 1702 zu Münster. Nur in einzelnen Fällen würde das seine anderweitige genügende Erklärung darin finden, daß Linien nicht bloß für den Text, sondern auch sogleich schon für Signum und Rekognition vorgezogen waren, welche man dann auch bei Nachtragung für diese benutzen mochte, obwohl eine Reihe der für den Text bestimmten Zeilen unbenutzt geblieben war.

Umgekehrt blieb bei einem längeren Texte wohl nicht genügender Raum. Die letzte Zeile desselben reicht oft so nahe an die Signumzeile, daß der Zwischenraum viel geringer ist, als zwischen den Zeilen des Textes, die längeren Striche der Buchstaben der Signumformel wohl in die Textzeile hineinreichen; so etwa in Reg. Kar. 1136. 96, St. 1471. 72 zu München. Oder es war über dem Signum überhaupt kein Raum mehr für den ganzen Text, so daß ein oder mehrere Zeilen diesem ausweichen hatten; so Reg. Kar. 1070. 71. 74. 80. 1116. Darauf ist freilich nur dann in dieser Richtung Gewicht zu legen, wenn auch bei anderer Vertheilung genügender Raum für das Schlußprotokoll geblieben wäre. Wo das ganze Ende der Urkunde so gedrängt erscheint, wie etwa in dem Facsimile von Reg. Kar. 591 bei Schöpflin Als. dipl. 1, 81, ist recht wohl denkbar, daß man die Schlußzeilen des Textes nicht über das ganze Blatt schrieb, weil man vorausfah, daß kein genügender Raum für das noch hinzuzufügende Schlußprotokoll bleiben würde.

Endlich werden in dieser Richtung Fälle zu beachten sein, bei denen die Verschiedenheit der Schrift des Protokolles auf Vorausfertigung oder Nachtragung schließen läßt, die letztere aber dadurch unwahrscheinlich wird, daß einzelne genaueste Angaben des Protokoll, insbesondere die Tagesangabe, nicht gleichzeitig eingetragen wurden, während, wenn man das Protokoll überhaupt nachtrug, doch anzunehmen ist, daß das dann erst auf einer letzten Stufe der Beurkundung geschah, wo alle Angaben bereits feststanden. So wechselt in St. 858 zu München die Dinte im Text von *alicui aliquid servitii* an ab; aber das Schlußprotokoll, insbesondere auch die Ortsangabe sind sichtlich mit derselben Dinte geschrieben, wie der Eingang und der erste Theil des Textes. Spricht schon das für Vorausfertigung, wenn auch nur in dem Sinne, daß ein und derselbe Schreiber zunächst das Protokoll fertigte,

261] um dann sogleich den Text zuzufügen, so scheint die Nachtragung überdies schon deshalb unwahrscheinlich, weil für die Tagesangabe eine Lücke gelassen wurde. In St. 1329 zu München unterscheidet sich die Schrift des Schlussprotokolles vom Texte, während sich doch wieder ergibt, daß die Tagesangabe nachgetragen wurde. In St. 1702 zu Münster ist das Schlussprotokoll von auffallend schwärzerer Dinte, während die Angaben von Tag und Ort mit blasser Dinte nachgetragen sind; die Annahme der Voraufbereitung wird hier überdies dadurch unterstützt, daß der Raum zwischen Text und Protokoll ungewöhnlich groß ist.

Besonders deutlich ergibt sich die Voraufbereitung wenigstens der Signumformel und der Rekognition in Fällen, wo sichtlich der Text erst mit den genauern Angaben des Protokolles eingetragen wurde. So sind in St. 843 zu München die erste Zeile mit Chrismon, Eingang und Promulgation bis *praesentibus*, dann aber auch die Formeln des Signum und der Rekognition mit derselben blassen Dinte geschrieben, während Text, Monogramm, Rekognitionszeichen und Datirung durch dunklere Dinte gemeinsam abweichen; das Verhältniß beider Gruppen, wie es sich ganz entsprechend auch bei St. 840 ergibt, kann da nicht zweifelhaft sein. Wird aus inneren Gründen ein entsprechendes Verhältniß überhaupt bei den nicht seltenen Fällen zu vermuthen sein, bei welchen Text und Datirungszeile sichtlich gleichzeitig von derselben Hand geschrieben sind, so wird das wohl durch äußere Haltpunkte unterstützt. So mußte in St. 1171 zu München die letzte Zeile des der Datirung entsprechenden Textes dem Monogramm ausweichen, während auch die Buchstaben der Signumformel in die längeren Striche der letzten Textzeile hineinreichen.

Keineswegs in allen Fällen, bei welchen wir Voraufbereitung des Schlussprotokolles glaubten annehmen zu sollen, trifft das zugleich das Eingangsprotokoll. Das wird nicht befremden können. Die angeführten Fälle reichen nicht über die Zeit K. Heinrichs II. hinaus, während mir in späterer Zeit bestimmtere Anzeichen für Voraufbereitung nicht aufgefallen sind. In jener früheren Zeit war es aber noch üblich, auch einen Theil des Textes in die erste Zeile aufzunehmen und gleich dem Eingangsprotokoll in verlängerter Schrift auszuführen, wodurch dieses in ungleich engere Verbindung zum Texte trat, als das Schlussprotokoll, so daß es nahe liegen konnte, dieses auch in Fällen vorzuschreiben, wo man die Fertigung des Eingangsprotokolles dem Schreiber des Textes vorbehielt.

262. Der erörterte Umstand ist natürlich durchaus geeignet, für die Erklärung widersprechender Angaben verworther zu werden. Zuweilen handelt es sich sichtlich auch hier nur um eine für unsere Zwecke als gleichzeitig zu behandelnde graphische Ausführung einer bereits im Konzepte vorliegenden Urkunde durch verschiedene Schreiber. War aber die Voraufbereitung ohne Rücksicht auf einen bestimm-

ten Einzelfall erfolgt, so mochte bis zur Verwendung so viel Zeit vergehen, daß einzelne Angaben des Protokoll nicht mehr entsprachen, oder es konnte ein vorausgefertigtes Protokoll für eine Urkunde verwandt werden, für welche es überhaupt nie verwendbar gewesen sein würde.

Wir sehen dabei vorläufig von den zahlreicheren Fällen ab, bei welchen die Vorausfertigung sich auf einen Theil des Protokoll, insbesondere die Zeilen des Signum und der Rekognition, beschränkte; auf die Widersprüche, welche sich daraus innerhalb des Schlußprotokoll ergeben konnten, werden wir später im Zusammenhange eingehen. Aber es fanden sich auch Fälle, bei welchen das ganze Schlußprotokoll mit Einschluss der Datierungszeile vorausgefertigt zu sein schien. Fassen wir zunächst nur diese ins Auge, so konnten sich Widersprüche zu dem nachgetragenen Texte ergeben, aber auch zum Eingangsprotokoll in solchen Fällen, wo dieses nicht gleichfalls vorausgefertigt war.

K. Arnulf bestätigt Reg. Kar. 1128, S. Gall. U. B. 2,310, einen von Bischof Salomon als Abt von S. Gallen abgeschlossenen Tausch; alle Angaben der Datirung stimmen genau auf 897 Jan. 30 zusammen. Nun ist aber die Tauschurkunde selbst, S. Gall. U. B. 2,313, erst von 897 Mai 19 datirt und zwar gleichfalls unter Umständen, welche ein Versehen in den Zeitangaben auszuschließen scheinen. Es wäre nun an und für sich recht wohl denkbar, daß die private Tauschhandlung vorhergegangen, die öffentliche Kundmachung und Verbriefung aber erst nachträglich nach eingeholter königlicher Erlaubniß vorgenommen wäre. Dem scheint aber in diesem Falle bestimmt im Wege zu stehen, daß in der Privaturkunde ausdrücklich darauf Rücksicht genommen ist, daß die königliche Genehmigung möglicherweise auch nicht erfolgen könne. Nun weist schon Wartmann darauf hin, daß Eingang und Promulgation, dann aber auch das ganze Schlußprotokoll mit ganz anderer Dinte geschrieben seien, als der Text, der daher erst später eingetragen sein dürfte. Es kommt noch hinzu, daß hier jedenfalls von Nachtragung des Protokoll nicht die Rede sein kann; der Fall schließt sich anderen, § 256 besprochenen an, bei welchen die noch von derselben Hand herrührende Promulgation nicht am Ende der ersten Zeile, sondern erst in der zweiten Zeile endet; vgl. S. Gall. U. B. 2,407.

Der Mißgriff könnte in der Reichskanzlei begangen sein. Wartmann denkt zunächst daran, es sei das vorbereitete Pergament aus irgendwelchem Grunde dem Abte eingehändigt und vielleicht im Kloster selbst mit dem Texte versehen. Auch Sickel theilte mir mit, daß er für manche Fälle nicht bezweifle, daß von der Kanzlei nur ein Blanquet abgegeben und an der bezüglichen Kirche der Text zugegeschrieben sei. Das wäre natürlich wesentlich verschieden von den § 164 besprochenen Fällen, bei welchen wir annehmen, daß ein vom Empfänger bereits gefertigter Text nachträglich in der Kanzlei durch Zufügung von Protokoll und Siegel beglaubigt wurde. Nehmen wir an, daß ein solches

262] Blanquet auch schon gesiegelt war, wie doch wahrscheinlich, da sonst das ganze Vorgehen kaum eine Erleichterung gewährt haben würde, so würde nicht wohl abzusehen sein, welche Bürgschaft dann gegen Mißbrauch noch geboten sein konnte. Mag ich da selbst nicht bestimmter urtheilen, so zweifle ich allerdings nicht, daß solches Vorgehen, wenn es vorkam, in manchen Fällen auch bestimmt erweisbar sein wird. Es könnte sich das daraus ergeben, daß zu einem sichtlich vorausgefertigten Protokoll eine Handschrift des Textes came, welche der Kanzlei fremd, aber in Urkunden der bezüglichen Kirche nachzuweisen wäre. Oder auch eine der Kanzlei fremde Fassung des Textes. In dieser Richtung fallen denn auch in dem besprochenen Diplome einzelne Ausdrücke auf, obwohl ich da ohne eingehendere Prüfung nicht behaupten möchte, daß sie geradezu kanzleiwidrig wären. Bestimmter dürfte sich für St. 1329, M. Boica 6, 156, behaupten lassen, daß die Fassung der Kanzlei nicht entspricht, während Stumpf auch die Schrift des Originalen zu München als auffallend, aber gleichzeitig bezeichnet. Das Schlufsprotokoll rührt hier nicht vom Schreiber des Textes her; aber für Voraufsertigung ließe sich freilich nur geltend machen, daß die Tagesangabe sichtlich zum Schlufsprotokoll erst nachgetragen ist.

Aus Voraufsertigung würde es sich auch erklären lassen, wenn St. 564. 565, Jaffé Dipl. quadr. 15. 16, von 968, welche ihrem Inhalte nach nur von K. Otto II. ausgestellt sein können, das Protokoll König Ottos I. haben. Der Mißgriff, daß man ein bereitliegendes Protokoll des Vaters für eine Urkunde des Sohnes benutzte, würde ein leicht erklärlicher sein. Allerdings ist mir unbekannt, ob hier der graphische Bestand der Originale die Annahme unterstützt. Denn denkbar wäre immerhin, daß bei gleichzeitiger oder nachträglicher Zufügung ein an das Protokoll des Vaters gewöhnter Schreiber auf die nöthigen Aenderungen vergaß.

Besonders beachtenswerth ist das bereits § 118 besprochene St. 750 von 979 Oct. 14, wozu der Ort Regensburg nicht paßt, was dort durch Beziehung dieses auf die Handlung, der Zeit auf die Beurkundung erklärt wurde. Sah ich später das Original zu München ein, so bestätigte sich nicht allein das früher Gesagte, sondern es ergab sich nun auch bestimmt, daß die widersprechenden Angaben zunächst durch Benutzung eines vorausgefertigten Protokoll entstanden sind. Die Zeichen der Voraufsertigung treten hier so deutlich hervor, wie in keinem anderen mir bekannten Stücke. In der ersten Zeile zeigen nur Invokation und Bezeichnung des Ausstellers eine andere Dinte, während dieselbe doch auch noch den Beginn der Arenga bis *oportuna* umfaßt, gleichfalls in verlängerter Schrift, aber mit derselben Dinte, wie der ganze folgende Text geschrieben. Ist danach Voraufsertigung des Eingangsprotokolls nicht zu bezweifeln, so ist dieselbe auch für das Schlufsprotokoll schon wegen der Gleichheit der Dinte mit jenem sicher anzunehmen. Es kommt hinzu, daß die letzte, mit *potestatem faciendi* beginnende

Zeile des Textes nicht links am Rande des Blattes, sondern erst weiter rechts beginnt, wo die hier dem Signum vorstehende Rekognitionszeile aufhört, sichtlich deshalb, weil diese vorausgefertigt war und ohne das Ausweichen der letzten Textzeile so wenig Raum geblieben seyn würde, daß die längeren Buchstaben beider ineinander übergriffen hätten. Nach Farbung der Dinte muß die Vorausfertigung aber zugleich die sehr klein geschriebene Datierungszeile getroffen haben, in der sich insbesondere auch bei der Tagesangabe nicht die geringste Spur einer Nachtragung oder späteren Aenderung zeigt. Ebenso beim Inkarnationsjahr 979 und der Ind. 6. Daß dann der Ortsnamen *Radasponae* aus *Sala-weldon* korrigirt ist, wie schon § 118 bemerkt, ist unverkennbar. Es ist also zweifellos ein für Ausstellung zu Saalfeld 979 Okt. 14 vorbereitetes Protokoll verwandt. Unter anderen Verhältnissen könnte die Aenderung des Ortsnamens darauf schließen lassen, der Text sei zu irgend welcher späteren Zeit zu Regensburg eingetragen. Aber die besonderen Umstände, insbesondere der Zusammenhang mit St. 752, vgl. § 90, lassen keinen Zweifel, daß die Beurkundung wirklich nach Saalfeld gehört, die Aenderung die frühere Handlung im Auge hat. Damit stimmen denn auch weitere Aenderungen in der Datierungszeile. In dieser folgt auf *regni xv.* eine Rasur, während bei *imperii viiii.* die ganze Ziffer auf Rasur mit derselben dunkleren Dinte geschrieben ist, welche sich bei Aenderung des Ortsnamens bemerklich macht. Es wird nach Maßgabe anderer Diplome aus dem Herbst 979 in dem vorausgefertigten Protokoll *regni xviii.* und *imperii vii.* geheissen haben, was sich also bei jenem durch bloße Tilgung, bei diesem nur durch Aenderung auf jene Ziffern zurückführen ließe. Beide korrigirte Jahresangaben stimmen wenigstens nach der Zählung der Kanzlei im Juli 976 zusammen, wo der Kaiser zu Regensburg war. Dahin wird demnach zweifellos die Handlung wenigstens dieser Urkunde gehören, nicht zu 977 Oct., wie ich früher annahm. Die Widersprüche haben sich also hier erweislich daraus ergeben, daß man nach einer längervergangenen Handlung datiren wollte, aber ein bereits mit dem zur Zeit der Beurkundung laufenden Protokoll versehenes Blatt benutzte und nun die bezüglichlichen Aenderungen in der Datierungszeile nur theilweise durchführte.

Der Fall ist auch deshalb beachtenswerth, weil er ergibt, daß wenigstens vereinzelt bei Vorausfertigung der Datierungszeile wohl auch schon die genauesten Angaben, Ort und Tag, eingetragen wurden, wobei man dann alsbaldige Verwendung im Auge gehabt haben muß. In der Regel wird anzunehmen seyn, daß man bei Vorausfertigung auch der Datierungszeile für die genauesten Angaben vorläufig Raum ließe, wofür wir § 261 ja auch Belege fanden. Trug man dann aber bei nachträglicher Beurkundung Tag und Ort der Handlung ein, so konnten sich daraus Fälle ergeben, wie wir sie § 122 besprachen, bei welchen Tag und Ort auf ein früheres Jahr deuten, als das in der Urkunde genannte. Doch mußte dann die Annahme durch graphische Haltpunkte gestützt

262] werden. Und zur Erklärung ist sie nicht erforderlich, da es nicht befremden kann, wenn auch bei gleichzeitiger oder nachträglicher Zufügung der Datirung ein Schreiber, dem Tag und Ort der früheren Handlung in einem Akte oder Konzepte vorliegen mochten, diese kopirte, trotzdem aber die laufenden Jahreszahlen eintrug.

Wurden umgekehrt die genaueren Angaben nach der Beurkundung eingetragen, so konnten die Jahresangaben oder einzelne derselben sich auf ein früheres Jahr beziehen. Dem konnte man freilich in den meisten Fällen durch Hinzufügung ein oder anderer Einheit zur Jahresziffer abhelfen. Aber die nöthige Korrektur mochte ganz oder theilweise übersehen werden und sich dadurch Verwirrung in der Datirung ergeben. Nachtragungen zu den Jahresziffern konnten an ein vorausgefertigtes Protokoll bei dem bereits § 181 besprochenen St. 1537 denken lassen, wo hinzukommt, daß auch der Name des Erzkanzlers nachträglich geändert ist. Aber das Original scheint doch nicht bestimmter für Voraufbereitung des Protokoll zu sprechen, so daß da andere Annahmen näher liegen dürften.

Ueberhaupt möchte ich annehmen, daß selbst in der früheren Zeit, der die besprochenen Stücke angehören, Voraufbereitung des gesammten Schlufsprotokoll mit Einschluß der Datirungszeile nur selten vorgekommen sein wird. So manche Widersprüche sich an und für sich durch dieses Verhältniß erklären ließen, so denke ich doch, daß im allgemeinen jeder andere Erklärungsversuch vorzuziehen sein dürfte, wenn nicht der Bestand des Original bestimmter gerade auf diesen hinweist. Später scheint mir dann überhaupt die Voraufbereitung des Schlufsprotokoll kaum mehr üblich gewesen zu sein.

Um so auffallender ist es, daß noch ein Diplom des zwölften Jahrhunderts kaum eine andere Erklärung zuzulassen scheint. St. 3709, M. Boica 7,106, für Benediktbeuern, ist datirt von 1155 Mai 15 im Gebiete von Bologna und damit stimmt das gesammte Schlufsprotokoll überein, da es in der Signumzeile, wie in der Datirungszeile Friedrich nur als König bezeichnet. Dagegen führt er im Eingange schon den Kaisertitel und auch die Arenga beginnt mit *imperialis maiestas*, während im weitem Text sich allerdings wohl eine Beziehung auf den König findet, wo wir dem entsprechend eher eine auf den Kaiser erwarten sollten. M. Boica 29,316 ist von Antizipation des Kaisertitels die Rede; aber daran kann doch selbst dann nicht wohl gedacht werden, wenn wir annahmen, Eingang und Text seien im Kloster geschrieben; eine voreilende Bezeichnung des Königs als Kaiser an und für sich möchte dann immerhin weniger auffallen; aber man hätte im Kloster schwerlich errathen, daß es im kaiserlichen Titel nicht mehr, wie bis dahin, *augustus*, sondern *et semper augustus* heißen werde. Schließt weiter schon das Einfluß einer Vorurkunde auf den Titel aus, so war überdies die Vorurkunde St. 3455 von 1143, auf welche ein großer Theil des Textes zurückgeht, eine königliche. Wie das Diplom vorliegt, ist es sicher erst

nach der Kaiserkrönung vollendet. Das Schlussprotokoll ist von anderer Hand, als der Text, während weiter wieder Rekognition und Datirung von anderer Hand sind, als die Signumzeile. An absichtliche Zurückdatirung nach der Handlung ist sicher nicht zu denken; auch dann würde man den Kaisertitel schwerlich ganz ignorirt haben und gerade in dieser Zeit wird die Einleitung mit Datum, wie sie sich hier findet, durchweg nur mit Beziehung auf die Beurkundung gebraucht. Wollten wir annehmen, es sei ein vollständiges königliches Konzept erst nach der Krönung abgeschrieben und es habe nur der erste Schreiber die Titeländerung beachtet, so wäre bei solchem Sachverhalte wieder nicht abzusehen, weshalb dann nicht derselbe Schreiber das Ganze abgeschrieben hätte. Es scheint sich doch kaum ein Ausweg zu bieten, als an ein vorausgefertigtes Schlussprotokoll zu denken, sei es nun, daß dieses später durch ein Versehen der Kanzlei zur Verwendung kam, sei es, daß man dem Kloster das besiegelte Blanquet zuschickte, das dann erst nach der Kaiserkrönung ausgefüllt wurde. Diese Annahme findet denn auch in den Aeusserlichkeiten noch bestimmtere Unterstützung. Das Schlussprotokoll ist sichtlich möglichst nach unten zusammengedrängt, um auch für einen längeren Text Raum zu lassen; das Siegel ist ganz unten in Mitte des Blattes aufgedrückt, links von ihm Rekognition und Datirung in mehreren Zeilen, dann aber auch die Signumzeile so weit nach unten, daß sie des Siegels wegen zu unterbrechen war. Es ist weiter der Text nur anfangs sehr eng geschrieben, wohl weil man befürchtete, daß der freie Raum nicht ausreichen werde, sich dann aber überzeugte, daß derselbe auch bei weniger gedrängter Schrift genügen werde.

263. In der grossen Mehrzahl der Diplome, bei welchen sich ein Schriftunterschied zwischen Text und Schlussprotokoll ergibt, haben wir zweifellos Nachtragung zur Reinschrift anzunehmen, wobei wir vom Monogramm, auf das wir zurückkommen, absehen. Das muß schon die ganze räumliche Anordnung der Urkunde nahe legen. In vielen Fällen würde es sich leicht bestimmter erweisen lassen. Stimmt das Eingangsprotokoll in seiner Schrift mit dem Texte, während das Schlussprotokoll abweicht, wie das oft zutrifft, so ist doch gewiß bei letzterm wenigstens dann nur an Nachtragung zu denken, wenn die erste Zeile lediglich das Eingangsprotokoll umfaßt, da eine Vorausfertigung dann gewiß auch dieses getroffen haben würde. Zuweilen, so in St. 712 zu Innsbruck, ist das von anderer Hand gefertigte Schlussprotokoll sehr eng zusammengedrängt, weil der schon vorhandene Text zu wenig Raum ließ. Bezüglich St. 1888 bemerkt Stumpf Wirzb. Imm. I, 34, daß eine Korrektur des Textes unverkennbar von derselben Hand herrühre, welche auch das Schlussprotokoll schrieb. Fehlt dieses zuweilen ganz, während doch der Raum für dasselbe vorhanden wäre, so ist natürlich nur an unterbliebene Nachtragung zu denken. Wo nicht bestimmtere Hauptpunkte gerade für Vorausfertigung sprechen, da werden wir durchweg bei Verschiedenheit der Schrift Nachtragung anzunehmen haben.

263] Dabei haben wir freilich zunächst nur die Fälle im Auge, wo das ganze Schlussprotokoll denselben Charakter zeigt; denn nur für Signum und Rekognition ist zweifellos in früherer Zeit oft Vorausfertigung anzunehmen.

Früher häufiger, wird die Nachtragung in staufiger Zeit seltener; im dreizehnten Jahrhunderte habe ich nur noch vereinzelte, später zu erwähnende Fälle gefunden.

Die Nachtragung zur Reinschrift kann sich einmal dadurch erklären, daß der Text überhaupt nicht in der Reichskanzlei geschrieben wurde; vgl. § 164. In den meisten Fällen stammt zweifellos auch der Text aus der Kanzlei. Dann konnten bloße graphische Gründe veranlassen, das Protokoll von einem anderen, in verlängerter Schrift geübteren Schreiber fertigen zu lassen; wird die graphische Ausstattung in der staufigen Zeit eine andere, wird insbesondere die verlängerte Schrift weniger mehr angewandt, so würde schon das es erklären, wenn wir jetzt nur noch selten ein nachgetragenes Protokoll finden. Der Grund der Nachtragung konnte aber auch darin liegen, daß zur Zeit der Fertigung der Reinschrift des Textes die genaueren Angaben des Protokoll, insbesondere die Datirung noch nicht feststanden. Traf das für Signumzeile und Rekognition nicht in gleicher Weise zu, so stimmt damit, daß diese häufig vorausgefertigt, nur die Datirung nachgetragen wurde. War aber für jene von Vorausfertigung abgesehen, so lag es nahe, dann mit der Zufügung des gesammten Protokoll zu warten, bis auch die genauesten Angaben desselben feststanden. Für unsere nächsten Zwecke bedingt es keinen Unterschied, ob dieser oder jener Grund die Nachtragung veranlafte. Der ausschlaggebende Umstand ist, daß in allen jenen Fällen einige Zeit verstreichen konnte, bis das Protokoll zugefügt wurde, sich dieses demnach auf einen spätern Zeitpunkt bezog, als der Text, und sich daraus die verschiedensten widersprechenden Angaben ergeben konnten.

264. Das aber wird keineswegs nur die Fälle treffen, bei welchen die Originale Nachtragung zur Reinschrift ergeben; wir werden nicht vergessen dürfen, daß die Nachtragung zum Konzepte denselben Erfolg haben konnte. Wir suchten § 214 ff. nachzuweisen, daß das Konzept in seinem ursprünglichen Bestande in der Regel das Protokoll nicht umfaßte. Dasselbe mußte also dem Konzepte des Textes irgendwie später zugefügt werden. Das konnte in ähnlicher Weise, wie wir das § 236 ff. für die Zeugenreihe annahmen, so geschehen, daß dem Konzepte des Textes nachträglich das Schlussprotokoll oder doch die genaueren Angaben desselben zugeschrieben wurden. Oder auch so, daß dem Konzepte überhaupt kein Protokoll zugefügt wurde, es demjenigen, der die Reinschrift des Textes fertigte, überlassen blieb, erst in der Reinschrift selbst das gerade laufende Protokoll, das ja vom bestimmten Einzelfalle ganz unabhängig war, zuzufügen. Ob das eine oder das andere zutraf, wird insbesondere für die später zu erörternde genauere

Beziehung der Datirung von größter Wichtigkeit seien. Für unsere nächsten Zwecke aber bedingt es keinerlei Unterschied; Widersprüche konnten sich eben so wohl in dem einen, wie in dem andern Falle ergeben.

Eben so wenig aber kann es in dieser Richtung einen Unterschied bedingen, ob das schon im Konzept nachgetragene oder vom Schreiber ohne Einzelvorlage zu fertigende Protokoll der Reinschrift des Textes unmittelbar von demselben Schreiber zugesügt, oder aber erst später in der Reinschrift nachgetragen wurde. Nicht einmal das wird sich behaupten lassen, daß im letztern Falle der Zeitabstand zwischen Konzipirung des Textes und Zufügung des Protokoll durchweg ein größerer gewesen sein muß; es ist ja denkbar, daß ein Konzept Wochen und Monate lang liegen blieb, ehe ihm behufs der Ausfertigung das Protokoll zugesügt wurde, während nichts im Wege steht anzunehmen, daß die Nachtragung in die Reinschrift zuweilen noch am Tage der Fertigung derselben erfolgen mochte. Nur in der Beziehung dürfte hier ein Unterschied festzuhalten sein, daß bei Nachtragung nur des Schlußprotokoll in die Reinschrift sich auch ein Widerspruch zwischen diesem und dem Eingangsprotokolle ergeben konnte, während bei Nachtragung zum Konzepte Uebereinstimmung zwischen beiden Theilen des Protokoll wenigstens dann in der Regel anzunehmen sein würde, wenn die § 259 geäußerte Ansicht festzuhalten ist, daß auch das Eingangsprotokoll dem ursprünglichen Konzepte fehlte. Davon abgesehen, würden wir etwa nur dann annehmen dürfen, daß widersprechende Angaben bei gleichzeitiger Reinschrift von Text und Protokoll nicht so leicht vorkommen werden, wenn wir Grund zu der Annahme hätten, daß das Konzept, wenn es länger unausgefertigt blieb, vor Fertigung der Reinschrift nochmals einer Durchsicht zu dem Zwecke unterzogen wurde, um es mit dem inzwischen geänderten Protokolle in genaue Uebereinstimmung zu bringen; während bei nachträglicher Zufügung erst zur Reinschrift, wo demnach Korrekturen, wie sie vereinzelt wohl vorkommen, sich auch äußerlich kenntlich machen mußten, man sich zu solchen aus Rücksichten auf die äußere Ausstattung nicht so leicht entschlossen haben würde. Es ist möglich, daß das zuweilen zutraf. Daß man aber in dieser Richtung entweder nicht immer mit der nöthigen Aufmerksamkeit vorging, oder aber auf die genauere Uebereinstimmung zwischen Text und Protokoll überhaupt keinen größeren Werth legte, werden die folgenden Erörterungen ergeben.

265. Die Nachtragung des Schlußprotokoll kann uns nun häufig zur Erklärung widersprechender Angaben dienen, welche man bisher durchweg als Kennzeichen der Unechtheit der bezüglichen Urkunde auffaßte, während sie mir bei Beachtung jenes Umstandes ganz unbedenklich erscheinen. Ob die Erklärung gerade in diesem Umstande gesucht werden muß, kann freilich oft zweifelhaft sein. Insbesondere wird die § 167 besprochene Neuausfertigung unter laufendem Protokoll

265] zu ganz entsprechenden Erscheinungen führen können und in manchen Fällen wird man es dahingestellt sein lassen müssen, welches von beiden Verhältnissen das maßgebende war; im allgemeinen wird die Erklärung durch Nachtragung des Schlufsprotokolles als die einfachere und damit wahrscheinlichere bezeichnet werden dürfen.

Zunächst kann sich hier der Widerspruch ergeben, daß zur Zeit der Datirung verstorbene Personen im Texte als lebend vorausgesetzt werden. Dabei handelt es sich allerdings in der Regel um Personen, welche als Intervenienten oder anderweitig bei der Handlung theilhaft waren und nur in Beziehung auf diese erwähnt werden, so daß an und für sich kein Widerspruch vorliegt, da ja die Urkunde nicht gleichzeitig mit der Handlung gefertigt sein muß. Dem gegenüber wird sich aber mit Fug geltend machen lassen, daß man, wenn solche Personen zur Zeit der Beurkundung schon gestorben waren, das durch Hinzufügung eines *beatae memoriae* oder eines ähnlichen Ausdruckes kenntlich gemacht haben würde. Dafür finden sich denn auch wohl Belege; so etwa St. 1018, wo eine auf Fürbitte der Kaiserin Theophania erfolgte Handlung nach deren Tode beurkundet wird. Wenn daher Stumpf an der Echtheit von St. 2239 zweifelt, weil darin die Fürbitte der zwei Monate vor der Datirung verstorbenen Kaiserin Gisela erwähnt wird, wenn dem auch Steindorff Heinr. III. 1,397 bei Vertheidigung der Echtheit in so weit zustimmt, daß er daran denkt, *beatae memoriae* oder ein ähnlicher Ausdruck sei durch Nachlässigkeit eines Abschreibers ausgefallen, so ist zweifellos zuzugeben, daß der Umstand überaus bedenklich wäre, wenn wir anzunehmen hätten, der Text sei zur Zeit der Datirung überhaupt erst konzipirt. Ganz anders aber gestaltet sich das doch, wenn mindestens das Konzept schon bei Lebzeiten der Kaiserin gefertigt war; man wird es kaum auch nur als Nachlässigkeit bezeichnen können, wenn man es unterliefs, diesem einen nicht nothwendigen, aber üblichen Ausdruck zuzufügen, auf den man allerdings schwerlich vergessen haben würde, wenn auch die Konzipirung erst nach dem Tode erfolgte.

Aehnliche Fälle sind nicht gerade selten. Für Reg. Kar. 381 von 826 Juni 20 für Korvei weist schon Wilmans Kaiserurk. 1,28 darauf hin, daß es auffallenderweise den schon am 26. April gewählten Abt Warin noch gar nicht erwähnt; will man auch nicht Gewicht darauf legen, daß der am 2. Jan. gestorbene Vorgänger Adalhard erwähnt, aber nicht bestimmter als verstorben bezeichnet wird, so dürfte die Konzipirung doch spätestens in die Zeit der Sedisvakanz gehören.

St. 232, Jaffé dipl. quadr. 6, ist beim Uebereinstimmen des Regierungsjahrs mit Monatstag und Wochentag zweifellos zu 952 Dec. 20 zu setzen, wozu auch die Rekognition stimmt. Stumpf hielt die Urkunde früher für gefälscht, weil der König schenkt zu seinem und seiner Gemahlin Edgida Seelenheil, diese aber schon 946 gestorben war. Dagegen hat er schon Wirzb. Imm. 1,12 die Echtheit anerkannt und erklärt Wirzb.

L. 2,21 den anscheinenden Widerspruch daraus, daß das verdächtigende *Edgidae* sich auf Rafur finde, wo früher zweifellos das richtige *Adalheidae* gestanden habe. Aber für eine Korrektur in fälschender Absicht ist da doch schwer irgendwelcher Grund abzusehen. Hiefs es wirklich früher *Adalheidae*, so möchte ich eher annehmen, daß ein Reinschreiber 952 willkürlich statt des *Edgidae* einer Vorlage den Namen der jetzigen Königin eintrug, ein Korrektor der Kanzlei das dann aber der Vorlage gemäß wieder besserte. Nur dürfte dann vielleicht der Gedanke an Neuausfertigung näher liegen, als an nachträgliche Ausfertigung eines mindestens acht Jahre früher gefertigten Konzepts.

Sicherer werden andere Fälle aus Nachtragung des Schlußprotokolls zu erklären sein. So erscheint in St. 373 und 378, vgl. Cod. Anhalt. I, 31, in unverdächtigen Originalen erhalten, von 965 Juni 7 und 966 Juli 8, der bereits am 20. Mai 965 verstorbene Markgraf Gero als Interveniens, wie auch die geschenkten Güter als in seiner Grafschaft belegen bezeichnet werden; ich möchte darin keinen Grund sehen, mit Dümmler Otto I. 378 die Echtheit zu bezweifeln. In St. 1414 von 1005 Nov. 22 erfolgt eine Bestätigung auf Ansuchen des 1004 Dez. 14 gestorbenen Bischof Adalbero von Metz, weshalb die Urkunde von Stumpf und Usinger als verdächtig erklärt wird. Ebenso zweifelt Stumpf an der Echtheit von St. 2424, M. Boica 31,327, von 1052 Mai 18; aber der einzige Verdachtsgrund ist, daß der Kaiser dem Bisthum Freising eine Schenkung macht zur Belohnung der Dienste des Bischof Nitker, der bereits Apr. 13 gestorben war. Ganz in derselben Weise werden in St. 2974, M. Boica 31,380, von 1105 Febr. 15, die Dienste und die Bitte des 1104 Oct. 28 gestorbenen Bischof Johann von Speier erwähnt, ohne irgendwelche Andeutung seines inzwischen erfolgten Todes. In solchen Fällen, wo es sich nicht um so hervorragende Personen, wie die Kaiserin handelt, mag immerhin auch bei der Annahme einer Konzipierung nach dem Tode es weniger unzulässig erscheinen, daß der Konzipient den ihm etwa in Akte vorliegenden Namen des Interveniens eintrug, ohne den inzwischen erfolgten Tod zu berücksichtigen. Sind in solchen Fällen oft mehrere Erklärungen zulässig, so wird das Ergebniss um so sicherer sein, daß derartige Umstände eine sonst nicht zu beanstandende Urkunde nicht verdächtigen.

So würde mir denn auch die Interveniens der 1038 Juli 18 gestorbenen Königin Gunhild in St. 2197 von 1040 Juli 29 an und für sich kein Bedenken erregen; freilich fehlt es nicht an sonstigen Verdachtsgründen gegen die mindestens reßkribirte Urkunde; vgl. Steindorff *Heinr. III.* I, 395. Würde man gegen derartige, immerhin gewagte Annahmen einwenden, daß sich dann jeder Widerspruch erklären lasse, so trifft das nicht zu. Schon § 6 wurde darauf hingewiesen, wie diese Widersprüche sich doch nur nach einer bestimmten Richtung hin zeigen, es sich immer um verstorbene Personen handelt, deren Erwähnung nur auffallend, nicht unmöglich ist, während es in einer Urkunde, welche sich

265] nicht auch aus andern Gründen auf den ersten Blick als ungeschicktes Machwerk erweist, kaum vorkommen dürfte, daß erst später Lebende unter entsprechenden Verhältnissen genannt würden.

Aus späterer Zeit wird hier St. 4043 zur Sprache zu bringen sein, mit dem Actum Wirzburg 1165 ohne Tag, in welcher eine in Gegenwart des 1165 Apr. 14 gestorbenen Bischof Heinrich von Wirzburg getroffene Entscheidung beurkundet wird ohne die geringste Andeutung, daß der Bischof inzwischen gestorben sei. Das wird freilich erst auffallend, wenn man mit Mon. Boica 29,374 und Stumpf die Urkunde zum Wirzburger Reichstage um Pfingsten, Mai 23, einreicht. Macht aber Stumpf dafür geltend, daß die Zeugen zum Theil dieselben seien mit denen der erweislich auf jenem Wirzburger Tage ausgestellten St. 4044, so trifft das von nahezu dreißig Zeugen, überwiegend mainfränkischen Grafen und Herren, nur vier, was schwerlich für Zusammenfallen der Zeit wird geltend gemacht werden dürfen; nur das ist zuzugeben, daß auch die Zeugen von St. 4043 wegen ihrer Heimath auf Wirzburg deuten, während der Umstand, daß unter ihnen außer dem theilgenommenen Herzog von Rotenburg kein Fürst ist, bestimmt dagegen spricht, daß die Zeugenreihe sich auf den zahlreich besuchten Wirzburger Tag vom Mai bezieht. Zudem bezieht sich der in Abweichung von der gewöhnlichen Form unter Actum gegebene Ort gewiß auf die Handlung, die jedenfalls vor Apr. 14 fallen muß. Dagegen scheint auch mir, daß die Rekognition durch den Kanzler Christian ohne Erwähnung des Erzkanzlers Konrad frühestens zum Wirzburger Tage im Mai stimmen würde, auf welchem der Bruch Konrads mit dem Kaiser erfolgte.

Dieser Widerspruch würde sich nun leicht aus Nachtragung erklären lassen, da wirklich im Original Signum und Rekognition von anderer Hand herrühren; es könnte das Konzept und selbst die Reinschrift schon bei Lebzeiten des Bischofs geschrieben sein. Das würde dann aber auch die Datirung treffen, welche mir gegen die Annahme von Stumpf dem Texte ganz gleichzeitig zu sein schien. Haben wir dieselbe aber wegen des Actum auf die Handlung zu beziehen, während die Jahresangaben mit Ausnahme des Königsjahres auf 1165 zusammenstimmen, so würde uns das auf einen Aufenthalt des Kaisers zu Wirzburg 1165 vor Apr. 14 führen, der ganz unwahrscheinlich ist. Ich möchte daher die Erklärung doch eher in der Richtung suchen, daß eine nachträgliche Beurkundung einer vielleicht schon länger vergangenen Handlung vorliegt, worauf auch der Ausdruck *testes, qui aderant*, überhaupt die durchgängige Fassung in vergangener Zeit deutet. Dem würde weiter auch die Einleitung der Datirung mit Actum und das Fehlen einer Tagesangabe entsprechen; vgl. § 104. Aber die Jahresangabe würde sich dann nur aus nichteinheitlicher Datirung erklären lassen; der Schreiber hatte dem Orte der Handlung die laufenden Jahresangaben zugefügt.

Insbesondere konnten sich dann aus der Nachtragung des Schlufs-

protokolles zu den bereits in der Reinschrift oder doch im Konzepte genannten Zeugen Widersprüche ergeben, auf welche bereits § 243 hingewiesen wurde.

266. Aus der Nachtragung des Schlusprotokolles würde sich nun auch der Widerspruch ergeben können, daß sich in ein und derselben Urkunde ein königliches Eingangsprotokoll und kaiserliches Schlusprotokoll fände. War die Reinschrift in den letzten Zeiten der Königsperiode gefertigt, verzögerte sich die Vollendung bis nach der Kaiserkrönung, so mochte man darauf vergessen, daß jetzt beide Theile des Protokolls nicht mehr zusammenpaßten, oder solchen Ungenauigkeiten zu wenig Werth beilegen, als daß man das Ganze neu ausgefertigt hätte. Bei Nachtragung zum Konzepte wird sich allerdings ein solcher Widerspruch nicht so leicht ergeben haben, insofern wir § 259 annahmen, daß diesem in der Regel das Eingangsprotokoll noch fehlte, dieses erst bei der Reinschrift zugefügt wurde, während selbst dann, wenn es im Konzepte vorhanden war, die nöthige Aenderung nicht leicht übersehen seien wird.

Das dürfte nun zu beachten sein für St. 3073, beim Abdrucke Stumpf Acta 466 bestimmt als gefälscht bezeichnet, anscheinend nur wegen des Königstitels im Eingange, während das Schlusprotokoll entsprechend der Datirung 1111 Aug. 26 kaiserlich ist. Da die Urkunde nicht im Originale vorliegt, so könnte man an ein Abschreiberversehen beim Titel denken; aber das ist wohl dadurch genügend ausgeschlossen, daß auch der Text mit *regalibus edictis* und *regali auctoritate* der Königsperiode entspricht. Auch vom folgenden Tage sind für dasselbe Kloster Reinhardsbrunn zwei Diplome St. 3074. 3075 datirt, diese auch mit kaiserlichem Eingange. Allerdings ist von Giesebrecht Kaiserz. 3, 1155 die Echtheit aller dieser Diplome bezweifelt. Aber St. 3074 hat Stumpf, Acta Mag. 7, aus dem besiegelten Originale veröffentlicht ohne irgend einen Zweifel an der Echtheit zu äußern. Gegen St. 3075 liefse sich wohl nur geltend machen, daß es eine zweite, etwas geänderte und erweiterte Ausfertigung von n. 3074 ist, also schwerlich gleichzeitig entstanden sein kann; wir wiesen aber bereits § 166 nach, daß bei Neuausfertigungen auch sonst das Protokoll der Vorlage wiederholt wurde. Sind diese Urkunden echt, so liegt freilich nichts näher, als die Annahme, daß der Fälscher von St. 3073 ihnen das Protokoll entnahm, welches so genau ist, daß es nur nach echter Vorlage gemacht sein kann. Welchen Zweck hätte nun aber ein Fälscher, der eine echte Kaiserurkunde vorliegen hatte, dabei verfolgen können, ihr nur im Schlusprotokolle zu folgen, die übrige Urkunde dagegen zu einer königlichen zu gestalten? oder wie groß müßte seine Gedankenlosigkeit gewesen sein, wenn das zwecklos geschah? Die ausreichende Erklärung, welche mir bei Annahme der Fälschung zu fehlen scheint, wird sich bei Annahme der Echtheit leicht dahin ergeben, daß eine bereits in der Königsperiode gefertigte Urkunde erst einige Monate nach der Kaiserkrönung, als für das

266] selbe Kloster andere Urkunden ausgestellt wurden, vollzogen und mit dem jetzt laufenden kaiserlichen Protokoll versehen wurde.

267. Eine ähnliche Sachlage, wie beim Uebergange vom Königthume zum Kaiserthume, ergab sich nun auch beim Wechsel der Regierung. Beim Tode eines Herrschers werden durchweg eine Anzahl Diplome erst im Konzept oder in Reinschrift ohne Schlusprotokoll vorgelegen haben. Dafs diese nun sämmtlich unausgefertigt blieben, wird doch von vornherein nicht mit Sicherheit anzunehmen sein, zumal wenn der Sohn unmittelbar in die Stelle des Vaters eintrat. Man konnte sich nun helfen durch Nachtragung des Schlusprotokolles des verstorbenen Herrschers, diesem die Zeitangaben anpassen und etwa auch noch sein Siegel benutzen. Ist das mit Sorgfalt durchgeführt, so wird sich daraus kein Widerspruch ergeben, das Verhältnifs damit aber auch für uns unerkennbar sein. Dagegen konnten sich Widersprüche ergeben, wenn man sich dabei in Einzelheiten vergriff, nun doch etwas schrieb, was erst der Zeit der Vollziehung entsprach.

Haben die Diplome K. Ottos I. aus dem Todesjahre 973 überwiegend 974, so kann das nicht auffallen, da auch 972 häufig 973 gezählt wird. Eher könnte auffallen, dafs die früheren Diplome von 973 richtig Imp. 12 haben, dagegen die vier letzten Imp. 13, welches bei Fortzahlen über den Tod hinaus gleichfalls 974 entsprechen würde; aber auch 972 wurde schon mehrfach Imp. 13 geschrieben. Die auf eine spätere Zeit deutenden Daten häufen sich nun aber bei St. 527, Cod. Westf. I. 47, indem hier noch die erst Ende 973 beginnende Indiktion hinzukommt, weshalb die Urkunde früher mehrfach irrig K. Otto II. zugeschrieben wurde; das Siegel hat sich nicht erhalten.

Auf solche dürftige Haltpunkte würde ich weniger Gewicht legen, wenn nicht einzelne Fälle mit voller Bestimmtheit ergäben, dafs Urkunden erst nach dem Tode des als Aussteller genannten Herrschers vollendet wurden, sei es, dafs sie bereits in Reinschrift oder doch Konzept bei Lebzeiten desselben gefertigt wurden, sei es, dafs die unverbriefte gebliebene Handlung überhaupt erst nach seinem Tode zur Beurkundung gelangte. Dabei konnten sich dann natürlich die auffallendsten Formlosigkeiten und Widersprüche ergeben.

Ein höchst auffallendes Beispiel gibt St. 500. Auf den sonderbaren Widerspruch im Texte hat meines Wissens erst Dümmler Otto I. 479 hingewiesen und sich daraufhin für Unechtheit entschieden. Aber nicht allein, dafs das Diplom im Cod. Saxon. II. I, 11 ohne irgendwelche zweifelnde Bemerkung abgedruckt ist, hat auch Stumpf das Original für unzweifelhaft echt erklärt. Es ist zunächst eine Urkunde Kaiser Ottos, und zwar des ersten, da er auf Verwendung seines Sohnes des Kaisers und seiner Gemahlin Adelheid der Kirche zu Meissen angegebene Zehnten schenkt. Dann heifst es: *Haec a pio genitore nostro imperatore augusto ita decreta atque sancita simul et iussa novimus; quapropter, ut haec suae simul et nostrae concessionis traditio deinceps firma stabilisque*

permaneant, cartam hanc conscribi ac nostri impressione sigilli iussimus consignari. Ganz mit Recht betont Dümmler, daß K. Otto I. unmöglich so von seinem Vater Heinrich sprechen konnte; wollten wir den Kaisertitel auch hinnehmen, so gab es ja damals noch keine bischöfliche Kirche von Meissen. Ist die Urkunde echt, so kann hier zweifellos nur K. Otto II. sprechen. Das Schlußprotokoll aber weist wieder auf K. Otto I. Das Signum kann beiden Herrschern entsprechen; dann aber heisst es in ganz ungewöhnlicher Form: *anno autem regni eius tricesimo quinto facta*; Willisus *canc. ad v. Rodberti archicap. notavi in Ravenna civitate*. Das Regierungsjahr kann nur das K. Ottos I. sein und führt auf 971, wo beide Kaiser auch sonst in Ravenna nachweisbar sind. Nehmen wir an, die 971 rechtskräftig gewordene Schenkung sei erst nach dem Tode des Vaters vom Sohne auf den Namen jenes verbrieft, so scheint sich alles zu erklären, so ungewöhnlich die Form auch sein mag. Nimmt Dümmler Anstoss daran, daß K. Otto II. als Intervenient seiner Mutter vorsteht, so wird das weniger auffallen, wenn er schon alleinregierender Kaiser war. Wird als Bischof von Meissen Folkold genannt, der erst 972 Bischof geworden sein soll, so erklärt sich das, wenn die Urkunde nicht schon 971 ausgefertigt ist. Beide Umstände dürften dafür sprechen, daß auch der Haupttheil des Textes erst nach dem Tode K. Ottos I. konzipiert ist. Die ungewöhnliche Form und die Ungenauigkeit der lediglich die Königsjahre nennenden Datirung werden weniger befremden können, wenn man einige Jahre später nach der Handlung zurückzudatiren hatte. In andern Fällen hat K. Otto II. Versprechungen und Verfügungen seines Vaters, deren Erledigung durch dessen Tod gehindert war, in eigenen Diplomen verbrieft; so in St. 605, Mittelrh. U. B. 1,298, oder St. 691, vgl. § 83. Hier mochte man besonderen Grund haben, die Form einer Verbriefung durch den Schenker selbst zu wünschen.

Wenigstens zu erwähnen ist hier auch St. 2513, Cod. Anhalt. 1,95, ein Stück, bei dem trotz der gehäuftesten Widersprüche doch wieder so manches gegen unbedingte Verwerfung spricht. Der Umstand, daß einer angeblichen Urkunde K. Heinrichs III. das Siegel K. Heinrichs IV. aufgedruckt ist, brachte uns § 163 auf die Vermuthung, es könne eine in der Kanzlei nicht beanstandete und durch nachträgliche Besiegelung bestätigte Fälschung sein. Der Umstand könnte aber auch daran denken lassen, eine nicht verbriefte Schenkung K. Heinrichs III. sei nachträglich unter dessen Namen in der Kanzlei des Sohnes beurkundet und man habe dabei zugleich das Protokoll dem angeblichen Aussteller anzupassen gesucht. Das wäre dann freilich mit solchem Ungeschick geschehen, daß man einem Texte, der in Verbindung mit dem Eingangsprotokoll zu 1045 oder 1046 gehören müßte, eine spätestens 1044 passende Rekognition und eine unrichtige, auf 1053 oder 1054 deutende Angabe über die Zeit der Handlung zugefügt hätte. So bedenklich eine solche Annahme sein muß und so wenig ich sie vertreten möchte, so fordern doch gerade solche Stücke, bei welchen für Fälschung in böser

267] Abſicht jeder Grund fehlen dürfte und an welchen die Reichskanzlei, falls mindeſtens die Siegelung echt iſt, keinen Anſtand genommen zu haben ſcheint, vorzugsweiſe zu Verſuchen auf, ob ſich ihre ſonderbare Geſtaltung denn nicht auf dieſem oder jenem Wege erklären laſſe.

Wenden wir uns wieder zu Urkunden von bisher nicht bezweifelter Echtheit, ſo ſind hier zu beachten die bereits § 106 beſprochenen St. 2950. 57. 58. 63. 73. 74, Urkunden K. Heinrichs IV. aus den Jahren 1101 bis 1105, bei denen ich aber wegen der Zuſügung des *ad ſalutiſeram memoriam Heinrici tertii Romanorum imperatoris* glaube annehmen zu müſſen, daſs ſie erſt nach dem Tode des Kaiſers 1106 Aug. 7 gefertigt ſein können. Wenn wir aber in den früheren Fällen gehäufte Formloſigkeiten und Widerſprüche fanden, ſo ergibt ſich hier nichts dergleichen. Sehen wir von jenem einen Ausdrücke ab, ſo würde ſich kein Grund finden, für die Urkunden eine andere Entſtehungszeit, als die in der Datirung genannte anzunehmen. In den Jahresangaben finden ſich keine ſtärkere Ungenauigkeiten, als in andern Urkunden dieſer Zeit; Tag und Ort widerſprechen nirgends dem Itinerar, werden mehrfach durch daſſelbe beſtimmter unterſtützt; insbeſondere entſpricht auch die Rekognition durch drei verſchiedene Kanzler der jedesmaligen Datirung. Dieſer Umſtand wurde ſchon § 106 als bedenklich bei Annahme einer Zurückdatirung nach der Handlung betont, welche auch nur in zweien der Fälle in der Form der Datirung eine Stütze findet. Ueberdies ſpricht bei St. 2974 von 1105 die ſchon § 265 erwähnte Anführung des 1104 geſtorbenen Biſchof Johann von Speier gegen Datirung nach der Handlung. Die Genauigkeit der Angaben bei nachträglicher Beurkundung würde demnach hier auch aus Benutzung von Akten ſich nicht erklären laſſen, welche zudem ſchwerlich auch die Kanzler genannt hätten. Am einfachſten würde ſich die Genauigkeit allerdings erklären bei Annahme von Neuausfertigungen mit ungeändertem Protokoll. Dann aber müſſte doch auffallen, daſs dieſe, ſichtlich in näherem Zuſammenhange ſtehenden Urkunden nicht ſämmtlich für denſelben Empfänger ſind, daſs ſich weiter von keiner die frühere Ausfertigung, die ſich mindeſtens durch Fehlen jenes Ausdruckes kenntlich machen müſſte, erhalten hat. Iſt danach am wahrſcheinlichſten, daſs die Urkunden erſt nach dem Tode des Kaiſers zuerſt ausgefertigt wurden, ſo würde die auffallende Genauigkeit der Angaben ſich wohl nur durch die Annahme erklären laſſen, es hätten Konzepte vorgelegen, welche ſich nicht auf den Text beſchränkten, denen auch die genaueren Angaben des Protokoll, Kanzler, Zeit und Ort, bereits zugefügt waren.

Die Annahme, daſs Konzepte durch Jahre lagen, bis ſie ausgefertigt, Reinschriften, bis ſie mit dem Protokoll verſehen wurden, mag befremden. Scheinen aber bereits beſprochene und noch zu beſprechende Fälle das nicht in Zweifel zu laſſen, ſo mag auch noch ein Fall beſprochen werden, der beſtimmter darauf hinweiſt, ohne daſs das gerade zu Widerſprüchen geführt hätte. Wir haben eine Urkunde K. Kon-

rads III., St. 3557, Steirm. U. B. 1,290, für das Kloster Seckau, ohne Datirung, bei der aber die Angaben über die Handlung und die Zeugen bestimmt auf Mai 1149 weisen. Da uns die Urkunde nur in Abschrift vorliegt, so würde das Fehlen des Schlußprotokoll kaum Beachtung verdienen, wenn nicht ein auffallender Umstand hinzukäme. Wir haben nämlich ein Diplom K. Friedrichs I. entsprechenden Inhaltes von 1158, St. 3796, Steirm. U. B. 1,375. Stumpf erklärt allerdings das angebliche Original nach Form und Befiegelung für höchst verdächtig und es ist sehr wahrscheinlich, daß es sich dabei um eine Renovation handelt, aus der sich dann auch die ungewöhnliche Formel des Signum erklären könnte. Aber weder ist zu bezweifeln, daß eine echte, unter entsprechenden Verhältnissen ausgefertigte Urkunde K. Friedrichs vorhanden war, noch ist irgend ein Grund abzusehen, der fälschende Zusätze oder Aenderungen hätte veranlassen können. K. Friedrich wiederholt nun wesentlich wörtlich den gesammten Inhalt der Urkunde K. Konrads; nur ist ein Satz eingeschoben, in dem es heißt, diese Beurkundung sei gegeben, nachdem die Entscheidung K. Konrads durch Zeugniß der Fürsten erwiesen war, *quoniam quidem antefatus predecessor noster huiusce negotii privilegium loco illi morte preventus facta nimirum prefati verbi dilacione non reliquerat*. Wie ist das nun damit zu reimen, daß uns nicht allein ein entsprechendes Privileg K. Konrads erhalten ist, sondern dasselbe sogar der jetzigen Verbriefung als Vorlage diente? Die Erklärung ist zweifellos darin zu suchen, daß jenem das Schlußprotokoll fehlt, daß es jedenfalls im Konzept, wahrscheinlich in der Reinschrift schon ausgeführt war, aber unausgefertigt liegen blieb, obwohl noch fast drei Jahre bis zum Tode des Königs vergingen. Mit der neuen Verbriefung wird dann auch das unvollzogene Original der früheren an das Kloster übergeben sein.

268. Im letztbesprochenen Falle hat man also nicht die unvollzogen gebliebene Urkunde des Vorgängers durch Zufügung von dessen Protokoll nachträglich ergänzt, was oft Schwierigkeiten bieten mochte, sondern eine neue Urkunde gleichen Inhaltes gefertigt. Wollte man weniger umständlich vorgehen, so konnte doch auch der Gedanke nahe liegen, durch Nachtragung des Schlußprotokolles des Nachfolgers und dessen Siegels dem Stücke die mangelnde Beglaubigung zu verleihen. Sachlich konnte das ja keinem Bedenken unterliegen; waren alle Befugnisse des Vorgängers auf den Nachfolger übergegangen, so mußte eine Bekräftigung des Textes durch diesen auch ganz denselben Werth haben.

Der sich daraus ergebende formelle Widerspruch sollte dann freilich einen erläuternden Zusatz erwarten lassen. In Privaturkunden findet sich ein solcher wohl. Bei Miraeus Op. 1,60 findet sich eine Urkunde des Bischofs Balduin von Doornyk von 1063, welche bereits mit dem Signum des Bischofs und der Zeugen und mit der Datirung versehen ist; dann aber folgt ein Zusatz, in welcher sein Nachfolger erklärt, daß

268] sein Vorgänger das so bestimmte; *sed quia praeventus morte sigillisui impressione privilegium confirmare non valuit*, habe er im Jahre 1087 in Gegenwart genannter Zeugen das Privileg mit seinem Siegel versehen.

In Königsurkunden finden sich, soweit ich sehe, derartige Bemerkungen nicht. Sie fehlen hier aber auch in ähnlichen Fällen, wo sie doch zu erwarten wären; so wenn der König stillschweigend der Urkunde eines Vorgängers sein Signum als Zeichen der Bestätigung zufügt; vgl. § 161. Und sachlich fanden wir § 163 ganz dasselbe Vorgehen, indem anscheinend unbefiegelt gebliebenen Königsurkunden stillschweigend das Siegel eines Nachfolgers aufgedrückt wurde. War man weiter nach § 164 daran gewöhnt, nicht in der Kanzlei gefertigte Texte von Königsurkunden durch Zufügung des Schlusprotokolles zu beglaubigen, wurde in dem § 161 besprochenen Falle St. 2692 sogar einer bischöflichen Urkunde stillschweigend ein vollständiges königliches Schlusprotokoll zugesügt, so würde es doch schwerlich befremden können, wenn man einer unvollzogen gebliebenen Urkunde des Vorgängers einfach das Protokoll des Nachfolgers zugesügt hätte.

Im Falle der Echtheit der Urkunde würde das zutreffen bei Stumpf Acta 314 n. 222. Ein Kaiser Otto schenkt seinem Getreuen Meingod Güter in Nahegau und zwar *interventu dilecte coniugis nostre Adelheidis*. Es ist also der 973 Mai 7 gestorbene Otto I. Bei der damit unvereinbaren Datirung aus Frankfurt 973 Aug. 26 könnte ein sonstiges Versehen vorliegen. Aber es heisst nun weiter auch *regni d. Ottonis 13, imperii 7*. Es ist also das Protokoll K. Ottos II. zugesügt und Stumpf hat die Urkunde deshalb als unecht bezeichnet; vgl. auch Wirzb. Imm. 1,30 n. 54.

Von diesem Umstande nun abgesehen ergibt sich, so weit ich sehe, nichts, was die nur in Abschrift erhaltene Urkunde verdächtigt; wohl aber lässt sich manches für die Echtheit geltend machen. Wir haben über denselben Gegenstand auch eine Urkunde K. Ottos II., St. 606, von Stumpf Acta 315 n. 224 aus derselben Quelle veröffentlicht, welche bei wesentlicher Uebereinstimmung nur etwas ausführlicher gefasst ist. Das Protokoll stimmt genau mit jener ersten überein, nur dass es 6. kal. statt 7. kal. heisst; ein näherer Zusammenhang der Datirung ergibt sich daraus, dass sich in beiden ungenau *imp. 7* statt *imp. 6* findet. Die Echtheit dieser zweiten Urkunde hat auch Stumpf nicht beanstandet. Gewiss mit Recht. Sie stimmt in ihrem Protokoll genau mit zwei anderen an demselben Tage zu Frankfurt ausgestellten Urkunden. Die eine St. 604 ist für den Erzbischof von Trier; eben dieser wird in n. 606 als Bittsteller genannt. In der zweiten St. 605 restituirt der Kaiser in Erfüllung eines nicht mehr ausgeführten Versprechens seines Vaters an S. Maximin Güter, insbesondere auch in Nahegau; dem schliesst sich n. 606 in so weit näher an, als es sich auch da um Güter im Nahegau und, wenn unsere Annahme richtig ist, um eine nicht mehr vollständig verbriefte

Schenkung seines Vaters handelt. Dieses Ineinandergreifen könnte etwa auf den Gedanken führen, n. 606 sei nach jenen beiden Urkunden gefälscht. Aber abgesehen von andern Unwahrscheinlichkeiten würde dann doch kaum zu erklären sein, daß der Fälscher lediglich das Protokoll, und auch dieses mit einer kleinen Abweichung kopirt, für die durchaus abweichenden Formeln des Textes aber keine der Vorlagen benutzt hätte.

Ist n. 606 wohl zweifellos echt, so wird das der Echtheit von Acta n. 222 in keiner Weise im Wege stehen können. Wir haben dann anzunehmen, daß Otto II. zu Frankfurt mit unerledigten, den Nahegau betreffenden Verfügungen seines Vaters beschäftigt, einmal jene Schenkung selbstständig verbriefte, außerdem aber auch die vielleicht schon in Reinschrift vorliegende Urkunde seines Vaters vollziehen und übergeben ließ. Wollte man einwenden, daß das letztere ja jetzt überflüssig geworden sei, so genügt wohl ein Hinweis auf die häufigen Fälle, wo über dieselbe Sache mehrere gleichzeitige Verbriefungen an die Partei abgegeben wurden, selbst in Fällen, wo man sieht, daß eine Unvollkommenheit der einen die Ausstellung der zweiten veranlaßte.

Dagegen wird sich nun mit Fug behaupten lassen, daß das Vorliegen von n. 606 umgekehrt eine Fälschung von Acta n. 222 vollständig überflüssig machen mußte. Es ist gar nicht abzusehen, was zu einer solchen hätte veranlassen können; weder für juristische, noch aber auch, wenn wir den Fall der Fälschung durch einen Gelehrten in Betracht ziehen wollen, für historische Zwecke ist derselben irgend etwas zu entnehmen, was sich nicht auch aus n. 606 ergab. Man könnte nur etwa geltend machen, aus irgendwelchem Grunde habe dem Fälscher vielleicht daran gelegen, gerade eine Urkunde Ottos I. über den Gegenstand zu haben. Dann hätte er aber seine Aufgabe doch gar nicht ungeschickter lösen können, als durch Anfertigung einer Urkunde mit Angabe einer Zeit, zu der Otto I. gar nicht mehr lebte, einer Urkunde, welche jeder Otto II. zuschreiben wird, so lange er den einzigen Ausdruck *conuix* unbeachtet läßt. Wird eine Urkunde lediglich beanstandet wegen einer Unregelmäßigkeit, für welche sich bei Annahme der Echtheit eine naheliegende Erklärung bietet, während sie mir gerade bei Annahme der Fälschung unerklärlich scheint, so wird doch an ersterer festzuhalten sein, so lange nicht andere Verdachtsgründe hinzukommen.

269. Nächstverwandt sind Fälle, bei denen ich glaube, Nachtragung des Schlußprotokolles des Mitherrschers annehmen zu dürfen. Wir besprachen bereits § 262 die Fälle St. 564. 565, bei welchen Diplomen K. Ottos II. das Protokoll K. Ottos I. zugefügt erscheint. Da beide Kaiser damals beisammen waren, ist ein besonderer Grund nicht wohl abzusehen; es wird sich um ein Versehen handeln. Da unverdächtige Originale vorliegen, so nimmt Stumpf daran keinen Anstoß; vgl. Wirzb. Imm. 1,30. Dann wird aber die Annahme schwerlich unzulässiger sein, daß noch nicht vollzogene Urkunden des Vaters in der

269] Zeit, wo dieser in Italien war, in Deutschland in der Kanzlei des Sohnes unter dessen Protokoll vollzogen wurden.

Das würde einmal im Falle der Echtheit die aus derselben Quelle mit den vorhin besprochenen stammende, bei Stumpf Acta 304 n. 214 gedruckte und für unecht erklärte Urkunde treffen. König Otto schenkt auf Bitten seiner Gemahlin Adelheid, seines Sohnes König Otto und des Erzbischofs Wilhelm von Mainz einen Hof im Nahegan an S. Alban zu Mainz. Der gesammte Text wäre durchaus unverdächtig, wenn es sich um eine Urkunde Ottos I. von spätestens 961 handelte. Dagegen finden wir die Datirung *data 12. kal. aug., ind. 6, anno d. inc. 963, anno d. Ottonis regis augusti 3, actum Ingelheim*; also genau ein 963 Juli 21 für Otto II. passendes Protokoll.

Den Gedanken an Fälschung könnte hier der Umstand näher legen, daß Otto II. nach den unverdächtigen St. 552. 553 Juli 20 und 21 zu Solingen urkundet. Für das Nichtstimmen von Tag und Ort gibt es aber so viel Belege aus den unverdächtigsten Urkunden, daß das jedenfalls nicht entscheidend sein kann. Auffallend ist nun hier insbesondere, daß wir noch eine zweite Urkunde St. 554 gleichfalls mit Juli 21 aus Ingelheim für S. Maximin finden, deren von Stumpf gleichfalls verdächtige Echtheit ich bereits § 118 wahrscheinlich zu machen suchte. Ist nun Acta n. 214 gefälscht, so kann ihm eben wegen des Nichtübereinstimmens von Tag und Ort nicht wohl eine andere Urkunde, als St. 554, mag dieses nun echt sein oder nicht, als Vorlage gedient haben. Zwei Fälscher werden natürlich nicht unabhängig von einander das Solingen einer echten Vorlage gerade in Ingelheim ändern; und daß bei Echtheit von St. 554 die dem Itinerar nicht entsprechenden Daten Ingelheim und Juli 21 noch in einer weiteren echten Urkunde sich so verbunden gefunden haben sollten, würde ein Zufall sein, der doch außer Rechnung bleiben darf. Nun müßte es an und für sich schon auffallen, daß man für eine Fälschung für S. Alban gerade eine Urkunde für S. Maximin zur Hand gehabt hätte. Und zwar hätte man diese wieder lediglich zugezogen für das Protokoll, da sich nicht der geringste Einfluß auf den Text zeigt, hätte sich weiter auch an das Protokoll nicht genau gehalten und dabei doch wieder mit der Aenderung von *annuente* in *favente* und *invictissimi* in *serenissimi* durchaus kanzleigemäße Ausdrücke getroffen; nur das *augusti* der Datirung würde zu beanstanden sein, wenn man dasselbe nicht der Ueberlieferung zur Last legen will. Ich gebe zu, daß auch der Umstand sehr auffallend wäre, daß zwei für verschiedene Klöster bestimmte, etwa nach der Handlung mit Ingelheim zu versehende Urkunden gerade an demselben Tage nachträglich vollzogen sein sollten. Aber diese Schwierigkeit scheint mir doch ungleich geringer, als die sich bei Annahme der Fälschung ergebenden. Auch der Text von St. 554 könnte recht wohl schon von Otto I. herrühren, und es dürfte dafür bestimmter sprechen, daß in allen Texten der früheren Urkunden Ottos II. irgendwie des Vaters gedacht wird, hier aber

nicht. Wurde Juli 21 zu Solingen eine neue Urkunde für S. Maximin ausgestellt, so konnte das auf die früheren unausgefertigt gebliebenen Stücke führen. Und für Acta n. 214 kommt noch hinzu, daß es sich um Schenkung eines unweit Ingelheim gelegenen Hofes handelt.

Ein weiterer Fall ist St. 128, Or. Guelf. 4, 396, von Stumpf als unecht bezeichnet. Der König Otto, der darin an Magdeburg schenkt, kann nur Otto I. sein, da es heißt *ob remedium animae nostrae dilectissimae conjugis Edgidae*. Das Protokoll ist königlich; die Rekognition Ludolf für Wilhelm paßt 956 bis Ende 967, was doch auffallen kann, da der Text bei Lebzeiten oder jedenfalls nicht lange nach dem Tode der 946 gestorbenen Königin Edith konzipiert scheint, weshalb Stumpf die Urkunde auch zu 946 einreicht. Die vielfach verschieden überlieferte Datirung ist nun aber nach dem Magdeburger Kopiar *kal. ian. 966, ind. 10, regni 6*, vgl. Grosfeld De archiep. Magdeb. orig. 72. Alle drei Jahresangaben stimmen zusammen, und auch zum Tage, wenn wir 967 annehmen. Damit erhalten wir nun genau das 967 Jan. 1 für Otto II. passende Protokoll, das sich natürlich nicht zufällig unter der Hand eines Fälschers so gestaltet haben kann. Auch der Umstand, daß der Kaiser damals in Italien, die deutsche Kanzlei aber beim Könige in Deutschland zurückgeblieben war, stimmt durchaus zu der Annahme, es handle sich um nachträgliche Vollziehung eines schon lange vorher gefertigten Textes. Allerdings muß es auffallen, daß sich dabei ein Zeitraum von nicht weniger als zwanzig Jahren ergeben würde. Aber es ist doch zu bedenken, daß die Rechtsgültigkeit der Schenkung selbst in keiner Weise durch die Beurkundung bedingt, sondern durch die Traditions handlung ohnehin genügend gesichert war. Fanden wir daher, daß die Beurkundung überhaupt sich oft lange Jahre verzögerte, so wird die Annahme auch kaum zu gewagt sein, daß eine aus diesem oder jenem Grunde unterbrochene Beurkundung nach langer Zeit wieder aufgenommen wurde. Doch würde auch die Annahme einer Neuausfertigung unter laufendem Protokoll zur Erklärung der Widersprüche ausreichen.

270. Es wird endlich noch die Möglichkeit einer Nachtragung des Schlußprotokolls in Abwesenheit des Herrschers zu erwägen sein. In der Regel begleitet allerdings die Kanzlei für Deutschland den König insbesondere auch nach Italien; es könnte sich hier überhaupt nur um Fälle handeln, wo ausnahmsweise auch bei Abwesenheit des bezüglichen Herrschers in Deutschland eine Reichskanzlei vorhanden war. Lag dann der Text einer Urkunde bereits vor, deren Fertigung der König befohlen hatte, so ist es doch denkbar, daß man dieselbe erst nach seinem Abzuge vollzog.

Kann bei St. 308, Seibertz U. B. I, 13, die Echtheit überhaupt noch in Frage kommen, so dürfte eine Erklärung ihrer Unregelmäßigkeit etwa nur in dieser Richtung möglich sein. Erhard, Reg. Westf. n. 589, erklärt das Aeussere des Originals zu Münster für unverdächtig. Der Text ist von König Otto, und zwar wegen des *rogatu carae prolis nostre*

270] *Ottonis* von Otto I. Auch das Schlussprotokoll ist königlich, aber die Datirung aus Soest 962 Juni 3, wo Otto bereits Kaiser und in Italien war. Dennoch ist auch das Schlussprotokoll nicht das Ottos II., da es *regni* 27 heisst, was sich jedenfalls nur auf Otto I. beziehen kann, während es genau erst im August zu 962 Ind. 5 passen würde. Zur Reinschrift ist das Protokoll nicht zugefügt, da das ganze Original von derselben Hand gleichzeitig geschrieben ist. Es wäre also nur denkbar, dass ein spätestens 961 entstandenes Konzept 962 in Deutschland nachträglich unter königlichem Protokoll, aber mit den laufenden Zeitangaben vollzogen wurde, und der Ort, wenn er nicht etwa der frühern Handlung entspricht, sich auf die Vollziehung bezieht. Gebe ich zu, dass das eine sehr gezwungene Erklärung seien würde, so wird doch zu bedenken sein, dass gerade in dieser Zeit das ungewohnte Nebeneinanderfungiren zweier Kanzleien die mannichfachsten Missgriffe veranlassen konnte.

Einen zweifellosen Beleg scheint mir dagegen die Urkunde K. Konrads für Werden, St. 3552, Lacomblet U. B. 1, 245, zu bieten. Sie ist datirt aus Nimwegen 1147 Oct. 17, und beim Zusammenstimmen dreier Jahresangaben wird an ein anderes Jahr nicht zu denken sein; aber damals war der König in der Gegend von Nicäa. Seinen früheren Zweifel an der Echtheit hat Stumpf nach Einsicht des Original aufgegeben, vgl. Wirzb. Imm. 1, 12. Es kann sich nur darum handeln, eine Erklärung für den anscheinenden Widerspruch zu finden. Ich suchte diese früher Sitzungsber. 69, 298 darin, dass uns eine überhaupt nicht vom Könige, sondern von der dazu bevollmächtigten Reichsregierung in seinem Namen ausgestellte Urkunde vorliege. Das aber könnte höchstens die Verbriefung, nicht die verbrieften Verfügungen treffen. Denn es handelt sich nicht bloß um eine Bestätigung oder eine ähnliche Willensäußerung, bei der sich immerhin fingiren liefs, dass sie vom Könige ausging, sondern es werden im Texte ganz bestimmte Handlungen des Königs erzählt, Mafsregeln, welche der König selbst auf Urtheil der Fürsten unter Verhängung seines Bannes traf. Die Handlung scheint in die letzten Monate 1145 zu gehören. Der König urkundet St. 3499 zu Werden ohne Tag, wahrscheinlich im Oct. oder Nov.; da ist kein Fürst bei ihm ausser dem Bischofe von Havelberg, wohl aber der Graf Hermann von Hardenberg, dem der König nach unserer Urkunde die Freimachung der Ruhrschiffahrt befahl; diese erste Handlung wird nach Werden fallen, dagegen das bestätigende Urtheil der Fürsten auf einen folgenden Hoftag. Die Zeugen der Urkunde sind sämmtlich in den letzten Monaten 1145 beim Könige nachzuweisen, und zwar im Oct. zu Utrecht der Bischof von Münster und die Grafen von Berg, Geldern, Kuik und Lurenburg; dieselben und ausserdem noch der Erzbischof von Köln und der Graf von Limburg im Dec. zu Aachen. Danach könnte die Haupthandlung nach Aachen fallen, wo übrigens auch 1147 Apr. 1 wenigstens ein Theil der Zeugen beim Könige ist. Wahrscheinlicher ist es mir, dass das Actum Nimwegen der Urkunde sich auf die Handlung bezieht; nach

dem Gefagten würden die Zeugen, in denen wir in diesem Falle zweifellos Handlungszeugen zu sehen haben werden, recht wohl auf einen Tag zu Nimwegen etwa im Nov. 1145 zwischen den Tagen von Utrecht und Aachen passen. Man könnte nun annehmen, die Handlung des Königs sei überhaupt erst nach seinem Abzuge beurkundet; es liesse sich etwa geltend machen, daß das *misso tunc temporis comite Hermannno* auf eine erst langer nach der Handlung erfolgende Konzipirung deute. Aber abgesehen davon, daß auch für eine solche bis zum Abzuge des Königs noch ein langer Zeitraum blieb, erklärt sich der Ausdruck schon daraus, daß er sich auf eine der Haupthandlung vorausgehende frühere Handlung zu beziehen scheint. Ungleich wahrscheinlicher ist mir doch, daß der Text noch während Anwesenheit des Königs mindestens konzipirt und seine Vollziehung befohlen wurde, was man dann erst nach seinem Abzuge ausführte, danach die Zeitangaben bestimmend, möglicherweise auch den Ort, wenn sich dieser nicht, wie mir wahrscheinlicher, auf die Handlung bezieht. Denn die Angaben der Urkunde sind so genau, daß sie einige Zeit nachher nur noch nach einer schriftlichen Vorlage hätten gemacht werden können. Und das ganze Vorgehen ist für diese Zeit ein so ungewöhnliches, daß gewiß die Erklärung vorzuziehen ist, welche sich am wenigsten von der sonstigen Uebung entfernt. Das aber würde hier zweifellos die nachträgliche Vollziehung eines vom Könige bereits genehmigten Textes sein.

Dasselbe Verhältniß könnte dann auch maßgebend sein für St. 3551 für Viktring von 1147 Juni 16. Aeussert Stumpf sich zweifelnd über die Echtheit, so wird dafür bestimmend gewesen sein, daß K. Konrad damals schon seit acht Tagen die ungarische Gränze überschritten hatte. Wurde die Urkunde erst nach seinem Abzuge vollzogen, so mag das veranlaßt haben, daß ein Ort überhaupt nicht genannt ist. Und das wenigstens, wie es aber freilich auch sonst in den Urkunden K. Konrads nicht selten ist, würde auch St. 3550 treffen, von Juni 4, wo der König allerdings noch zu Wien gewesen sein wird.

271. Werfen wir nun noch einen Blick auf die entsprechenden Verhältnisse in Privaturkunden, so war da im allgemeinen keine Veranlassung zu ähnlichen Unregelmäßigkeiten geboten, insofern sie überwiegend in allen ihren Theilen gleichzeitig entstanden. Allerdings wurden ihnen nach § 245 in manchen Fällen Zeugen und Datirung wohl erst nachträglich zugefügt. Bezogen sich aber beide, wie das in manchen Fällen bestimmt nachweisbar war, auf die Handlung, so konnte sich auch daraus kein Widerspruch zum übrigen Texte ergeben. Aber nicht selten finden sich doch auch Privaturkunden nach der Beurkundung datirt; und wurde dann die ganze Urkunde nicht gleichzeitig geschrieben, sondern einzelne Theile, insbesondere die Datirung nachträglich zugefügt, so konnten sich hier ähnliche Unregelmäßigkeiten ergeben.

In der nur aus Abschrift bekannten Urkunde Wirtemb. U. B. 1, 173 wird der 873 gestorbene Bischof Gunzo von Worms nicht allein im Texte

271] ausdrücklich als lebend erwähnt, sondern nach einem nur Ort und Tag nennenden Actum findet sich sogar sein Signum; bis hierher kann also die Urkunde spätestens 873 entstanden sein. Nun heisst es aber noch weiter: *edita anno 877, anno regn. Ludowico rege 36, ind. 10, fel. amen. Ego R. presbyter recognovi.* An bloße Schreibfehler ist dabei nicht zu denken; Ind. 10 stimmt zu 877; K. Ludwig ist allerdings schon 876 gestorben, aber wenigstens dazu paßt das Regierungsjahr; deutet nun auch das ungewöhnliche *edita* auf die Beurkundung, zunächst wohl die Uebergabe der Karte, so dürfte der Schluss doch wirklich erst 876 oder 877 hinzugefügt sein.

Der Text der Urkunde Erzbischof Adolfs von Köln bei Wilmans U. B. 3,41 muß längstens 1205, wo Adolf entsetzt wurde, oder jedenfalls spätestens 1208, wo derselbe auf alle Ansprüche verzichtete, geschrieben sein. Nennt sie trotzdem 1213 Ind. 1, so findet die Annahme späterer Zufügung hier ihren bestimmten Beweis im Originale, in welchem Datirung und die Zeugen von anderer Hand geschrieben sind, wie der Text. Freilich wird hier die Zufügung überhaupt nicht aus der erzbischöflichen Kanzlei stammen, wie es denn auch scheinen muß, daß die Urkunde schon früher besiegelt war.

Im allgemeinen werden ähnliche Widersprüche in Privaturkunden eher aus Neuausfertigung zu erklären sein, wofür § 158. 159 eine Reihe von Beispielen aufgeführt wurde.

ZEILE DES KOENIGLICHEN NAMENSZEICHEN.

272. Wir haben bisher Fälle im Auge gehabt, bei welchen gleichzeitige Eintragung des gesammten Schlussprotokoll unmittelbar kenntlich ist oder wenigstens der Annahme derselben nichts im Wege steht, weil wohl bei einzelnen Theilen des Schlussprotokolls Widersprüche zu Text und Eingangsprotokoll, nicht aber Widersprüche im Schlussprotokoll sich bemerklich machen. Nun ergeben aber die Originale deutlich, daß die Theile des Schlussprotokolls keineswegs immer gleichzeitig eingetragen sind. Von den drei Haupttheilen desselben, der Zeile des Namenszeichen, der Rekognitionszeile und der Datirungszeile, zeigen wohl alle verschiedene Schrift; oder auch so, daß je zwei derselben sich vom dritten durch die Schrift unterscheiden. Und nicht das allein; auch innerhalb der einzelnen Zeilen ergeben sich nicht selten Schriftunterschiede; das Monogramm, das Rekognitionszeichen, die Angaben von Tag und Ort rühren oft sichtlich von anderer Hand her, als der übrige Bestand der bezüglichen Zeile. Dieses Verhältniß kann zu den verschiedensten Widersprüchen im Protokolle selbst geführt haben, und es wird daher nöthig sein, demselben bezüglich der einzelnen Theile nachzugehen. Wir folgen dabei der regelmässigen Aufeinanderfolge derselben in den Urkunden, welche sich nicht zufällig gerade so gestaltet haben wird.

Die Zeile des königlichen Namenszeichen zeigt zwei Bestandtheile. Einmal das Signum selbst oder Monogramm, eine Zusammenstellung der Buchstaben des Namens und seit K. Otto II. auch des Titels des ausstellenden Herrschers. Weiter eine erklärende Formel in verlängerter Schrift, welche angibt, welchem Herrscher das Zeichen angehört. Beide Theile erscheinen auch äußerlich aufs engste verbunden, insofern das Signum die Worte der Formel unterbricht. In der staufischen Zeit wurde das nicht mehr beachtet; das gesammte Schlussprotokoll wurde nun häufig in fortlaufender Zeile mit derselben Schrift, wie der Text, geschrieben; das Monogramm wurde willkürlich in dasselbe hineingestellt, so daß es oft die Formel gar nicht berührt, nur Rekognition und Datirung durchbricht, wie etwa in St. 3747 zu München; oder es wurde ganz abseits rechts vom Schlussprotokoll eingezeichnet, wie in dem Facsimile von St. 3975 in Schöpflin Als. dipl. I, 353. Später verlor sich dann überhaupt wohl jeder nähere äußere Zusammenhang mit dem Schlussprotokoll; schon im Original von Reg. Fr. II. 94 zu München von 1214 reicht das Signum durch die unteren sechs Zeilen bis in die Zeugenreihe hinein; im vierzehnten Jahrhunderte findet es sich sogar im Texte, so daß unter ihm die Zeilen wieder schließen.

Bei der gesammten Signumzeile fehlte jeder innere Grund, welcher es verboten hätte, sie schon mit den am frühesten entstandenen sonstigen Theilen der Urkunde zu fertigen. Ihr Inhalt deckte sich genau mit dem Eingangsprotokolle; von dieser Seite stand nichts im Wege, sie mit diesem voranzufertigen; sie blieb, so lange Namen und Titel nicht wechselten, für jede Urkunde des verschiedensten Inhaltes und der verschiedensten Datirung ebenso verwendbar, wie der Eingang. Andererseits stand aber auch ihrer Fertigung erst mit den letztentstandenen Theilen der Urkunde wenigstens dann nichts im Wege, wenn wir annehmen, daß der Vollziehungstrich, der allerdings das Vorhandensein des Monogramm voraussetzt, erst nach Vollendung des gesammten übrigen graphischen Bestandes zugefügt wurde, wie das wenigstens in allen Fällen, wo dieser überhaupt keine graphische Unterschiede zeigt, sich unmittelbar ergibt. Für die Zeit, wann man die Signumzeile eintragen wollte, konnte man sich demnach lediglich durch äußere Zweckmäßigkeitsrückichten leiten lassen.

Dasselbe gilt aber auch für die beiden Bestandtheile der Zeile. Da ihr Inhalt beim Titelmonogramm sich vollständig deckt, nur das Namensmonogramm einem noch weiteren Zeitraume entspricht, als die Formel und als jeder andere Bestandtheil der Urkunde, so hätte einer gleichzeitigen Eintragung nur dann etwas im Wege stehen können, wenn wir Grund zur Annahme hätten, es sei zuweilen das Namensmonogramm auf dem übrigens noch ganz leeren Blatt vorausgezeichnet, in welchem Falle allerdings die Formel mit ihrem genaueren Inhalte noch ungewiss sein konnte. Es hinderte andererseits aber auch nichts, beide Theile ganz verschieden zu behandeln, das Monogramm etwa schon mit dem

272] Eingangsprotokoll oder selbst vor demselben, die Formel aber erst mit und selbst nach dem übrigen Schlussprotokoll zu fertigen; oder auch umgekehrt. Der Schriftunterschied tritt denn auch überaus häufig hervor, so daß wir beide Theile zunächst auseinanderhalten müssen.

273. Das Monogramm ist der Bestandtheil der Urkunde, bei welchem graphische Gründe es am nächsten legen konnten, es ganz unabhängig von allen andern Theilen durch einen besondern Schreiber fertigen zu lassen; sehen wir von dem nur zeitweise vorkommenden Signum speciale ab, so kehrt der Schriftcharakter bei keinem andern Bestandtheile der Urkunde wieder; es handelt sich hier überhaupt, zumal seit die Monogramme größeren Umfang gewinnen, mehr um ein Zeichnen, als um ein Schreiben. Selbst bei Fertigung durch denselben Schreiber war derselbe für das Monogramm wohl auf verschiedene Schreibmittel angewiesen, was ihn veranlassen konnte, dasselbe nicht mit andern Theilen gleichzeitig zu fertigen. Der graphische Unterschied tritt denn auch beim Monogramm am häufigsten und deutlichsten hervor; wird sich auch nur selten behaupten lassen, daß gerade die Hand eine andere sein müsse, so ist der Unterschied der Dinte oft überaus auffallend.

Dieser Umstand erschwert es denn auch, darüber zu urtheilen, ob es sich andern Bestandtheilen gegenüber um Voraufertigung oder Nachtragung handle; es fehlt hier ein ähnlicher Haltpunkt, wie ihn etwa die graphische Uebereinstimmung oder Nichtübereinstimmung von Eingang und Schlussprotokoll bieten kann. Doch fehlt es wenigstens für manche Fälle nicht an anderweitigen Haltpunkten.

Der Annahme der Voraufertigung vor dem Texte stehen allerdings beim Monogramm dieselben Rücksichten auf entsprechende äußere Anordnung im Wege, welche die Annahme der Voraufertigung des Schlussprotokolls überhaupt bedenklich machen. Fanden wir aber § 261, daß diese Rücksichten doch vielfach nicht von der Voraufertigung abhielten, wurde dann am wahrscheinlichsten doch auch das Monogramm sogleich mitgefertigt, so ist natürlich ebenso denkbar, daß nur das Monogramm voraufgefertigt wurde.

Das ist denn auch wohl bestimmter erweisbar. In St. 1171 zu München unterscheidet sich das Monogramm durch röthliche Dinte von der ganzen übrigen Urkunde, war aber zweifellos schon vor dem Texte vorhanden, da die letzte Zeile dieses ihm auszuweichen hatte; aber auch vor der mit der Rekognitionszeile gleichzeitig geschriebenen Formel, da es nicht bloß diese, sondern auch die Rekognitionszeile durchbricht. Es dürfte nicht selten zunächst nur das Monogramm auf das leere Blatt gezeichnet sein. Häufig sind auch die Fälle, wo nur das Signum und die Formel sich gemeinsam durch die Dinte von der übrigen Urkunde unterscheiden, wo zweifellos Voraufertigung anzunehmen sein wird. wir werden darauf zurückkommen.

274. Zeigt sich aber nicht selten, daß Signum und Formel nicht gleichzeitig entstanden sind, so wird überwiegend Voraufertigung

des Monogramm vor der Formel anzunehmen seien. Dafür wird sich vor allem geltend machen lassen, daß das Monogramm keine feste Stellung in der Zeile hat. Hätte der Schreiber der Formel es in der Regel gleichzeitig zugefügt oder Raum für dasselbe belassen, so würde sich in dieser Richtung doch zweifellos ein bestimmter Brauch gebildet haben; die wechselnde Stellung erklärt sich am leichtesten, wenn der Schreiber der Formel das Monogramm bereits vorfand und nun nach den Raumverhältnissen und der Grösse der Schrift bald mehr, bald weniger Worte vor dem Monogramme unterbringen konnte. Das tritt noch deutlicher in den Fällen hervor, wo es in der Mitte eines Wortes steht, vgl. Breslau Kanzlei Konr. 59, wo der Schreiber gewiß nicht abgesetzt hätte, wenn die Bestimmung des Ortes noch in seinem Belieben gestanden hätte. In andern Fällen ist das Brechen des Wortes wohl vermieden, wo dann das Verhältniß noch bestimmter hervortritt; so findet sich in St. 1041 zu Münster zwischen *Ottou's* und dem Monogramm ein auffallend grosser Raum, der aber doch für das an das Monogramm anschliessende *gloriosissimi* nicht ausgereicht hätte. Auch gibt es Fälle, so St. 1628. 48 zu München, wo das Monogramm in auffallendster Weise nach rechts oder links geneigt in die wagrechte Signumzeile eingezeichnet ist; war diese, wie die andern Zeilen der Urkunde, schon vorhanden, so ist kaum denkbar, daß der Zeichner so weit von der wagrechten Linie abgewichen sein sollte, während der Mißgriff sich leicht erklärt, wenn das Monogramm auf das noch leere Blatt gezeichnet wurde.

Weiter aber unterbricht das Monogramm oft nicht blos die Signumformel, sondern auch die mit ihr gleichzeitig gefertigte Rekognitionszeile; und dann muß es doch um so unwahrscheinlicher sein, daß man in beiden Zeilen freien Raum gelassen hätte. Zumal in Fällen, wo der Raum verschieden zu bemessen war, wie in dem kreuzförmigen Monogramm K. Konrads I., dessen breiter Theil die Signumformel unterbricht, während in der Rekognition nur geringer Raum erforderlich war. Deutlicher noch zeigt sich das Verhältniß in St. 1227, wo die Rekognition sehr gedrängt geschrieben ist, um auf der einen Seite des Monogramm Raum zu finden.

Unmittelbar ergibt sich die Vorausfertigung, wenn bei St. 3240 nach Lacomblet U. B. 1,200 neben dem bereits gefertigten Monogramm für die Formel und Rekognition freier Raum gelassen ist, wenn St. 3692 nach dem Facsimile Or. Guelf. 4 pr. 6 außer Zeugen und Siegel auch das Monogramm hat, während das ganze sonstige Schlussprotokoll fehlt. Fehlt in Urkunden K. Lothars III mehrfach neben dem Monogramm nur die Formel des Signum, so mag die Zufügung überhaupt nicht beabsichtigt gewesen sein; wenigstens läßt darauf St. 3263 die sichtlich dem Originale nachgeahmte Anordnung des Druckes bei Breslau Dipl. c. 61 schliessen, wo der Raum neben dem Monogramm durch die Zeugenaußführung gefüllt ist. Das mag denn auch zutreffen bei späteren entsprechenden Fällen, so Huillard 2,794.3,395, Böhmer Acta 805.

275. Umgekehrt würde sich beabsichtigte Nachtragung des Monogramm zur Formel am bestmtesten ergeben, wenn sich Fälle fänden, bei welchen die Formel vorhanden, aber für das Signum freier Raum gelassen wäre. Ein solcher Fall ist mir nicht bekannt geworden. Allerdings gibt Stumpf Wirzb. Imm. 1, 18 Fehlen des Signum für St. 1775. 3175 an. Aber im Originale des ersten zu München findet sich das Signum; es ist nur darauf vergessen, die vorgezeichneten Hauptstriche auszufüllen, was Vorfertigung nicht ausschließt. Im zweiten aber, Stumpf Acta 101, fehlt nicht bloß das angekündigte Signum, sondern auch die Formel und die Rekognition, wie denn überhaupt die ganze Fassung der Urkunde dem Kanzleigebrauche nicht entspricht; es dürfte ein zur Beglaubigung eingereichter Text sein, vgl. § 164, dem dann etwa nur das Siegel aufgedrückt wurde.

In Einzelfällen habe ich aber wohl sonstige Haltpunkte gefunden, welche die Nachtragung nicht bezweifeln lassen. In St. 82 zu Münster sieht man deutlich, daß der Schreiber der Formel mit *in* zum *invictissimi* bereits angesetzt hatte, sich dann erst besann, daß er für das Monogramm Raum zu lassen habe; das Vorgehen würde kaum erklärlich sein, wenn dieses schon vorhanden war. In St. 840. 843 ist das Monogramm mit dem Texte und Theilen des Schlusprotokolles nachgetragen, vgl. § 261. In St. 3313 zu München ist die Formel nach der Dinte gleichzeitig mit dem Texte, wenn nicht gar vorher gefertigt, da sie unmittelbar unter der letzten Zeile steht; dagegen sind Monogramm, Rekognition und Datirung mit derselben dunklern Dinte nachgetragen. Sind in St. 2732 zu München die für die Formel und für die Rekognition vorgezeichneten Linien bei Eintragung des Monogramm verwerthet, so daß die Rekognition an den Fuß desselben anstößt, so ergibt das nur, daß die Linien vorausgezogen waren; für das Monogramm selbst dürfte das eher auf Vorfertigung deuten.

Man könnte geneigt sein, für Nachtragung des Monogramm auch die § 225. 226 besprochenen Verhältnisse des Beizeichen, des Signum speciale, geltend zu machen. Steht dieses immer hinter der Formel, so scheint das doch auf Nachtragung zu derselben zu deuten. In den Fällen, wo Beizeichen und Vollziehungsstrich nachgetragen erscheinen, ergibt das allerdings nichts für das Monogramm. In andern aber, wo Monogramm und Beizeichen sichtlich gleichzeitig gefertigt sind, sollte man demnach auch für das Monogramm Nachtragung vermuthen. Aber mit einiger Sicherheit möchte ich das doch kaum folgern; es war nicht gerade umständlicher, bei Vorfertigung von Monogramm und Beizeichen zwischen beiden Raum für einen Theil der Formel zu lassen, als in der Formel für das Monogramm.

Dagegen wird freilich überall, wo Text und Protokoll entschieden gleichzeitig gefertigt sind, nur das Monogramm abweicht, an Nachtragung zu denken sein, wenn wir nicht annehmen wollen, das Monogramm sei schon vor dem Texte gezeichnet.

Als Ergebniss dürfte doch festzuhalten sein, dass wenigstens in den Fällen, wo graphische Unterschiede im Original überhaupt auf ein genaueres, dem Gange der Beurkundung angepasstes Vorgehen schliessen lassen und sichtlich beide Theile nicht gleichzeitig entstanden, zunächst nur das Monogramm gezeichnet, die Formel erst später zugefügt wurde. War es andererseits gewiss Ausnahme, dass das Monogramm schon vor dem Texte auf das leere Blatt eingetragen wurde, so scheint es sehr üblich gewesen zu sein, dass nach dem Texte zunächst nur das Monogramm eingezeichnet wurde. Das ist nun beachtenswerth, insofern die Urkunde zur Vorlage an den König zur Vollziehung reif war, wenn vom ganzen Schlussprotokoll auch nur das Monogramm vorhanden war. Scheint nun ein massgebender graphischer Grund für Vorfertigung des Monogramm kaum vorhanden zu sein, so wäre es doch sehr möglich, dass da ursprünglich ein Gang der Beurkundung bestimmend wurde, bei dem es üblich war, dass die weiteren Angaben des Schlussprotokolles, Rekognition und Datirung, erst nach der Vollziehung eingetragen wurde. Das hätte freilich an und für sich nicht ausgeschlossen, dem Signum sogleich die Formel zuzufügen. Wenn das aber vielfach nicht geschah, so war dafür ein graphischer Grund vorhanden, insofern Formel und Rekognition in derselben Schriftart zu fertigen waren, es sich also empfehlen konnte, die Formel erst mit der Rekognition nachzutragen, was dann wieder auf dasselbe Ergebniss führen würde.

276. Die Formel ist aber keineswegs immer erst mit den folgenden Theilen des Schlussprotokolles eingetragen; und dann haben wir zweifellos in der Regel an Vorfertigung der gesammten Zeile zu denken. In solchen Fällen unterscheiden sich Monogramm und Formel wohl gemeinsam in Färbung der Dinte vom Folgenden. Aber auch wo sich keine bestimmtere Anzeichen für gleichzeitige Fertigung beider ergeben, ist dieselbe zweifellos überall anzunehmen, wo die Formel einen andern Schriftcharakter zeigt, als Rekognition und Datirung; zog man es aus graphischen Gesichtspunkten nicht vor, sie erst mit der Rekognition nachzutragen, so ist kein Grund abzusehen, weshalb man sie nicht sogleich mit dem Signum selbst eintrug.

Sichtlich handelt es sich dabei häufig um Vorfertigung vor dem Texte, welcher, wenn nicht die Ungewissheit der Länge des Textes davon abhielt, so wenig etwas im Wege stand, als der Vorfertigung des Eingangsprotokolles, da beide verwendbar blieben, so lange der Titel des Herrschers nicht wechselte. Die Vorfertigung trifft denn auch wohl beide gemeinsam. So sind in St. 1160 zu München, allerdings von Stumpf als verdächtig bezeichnet, nur Eingang und Signumzeile von anderer Schrift. Ebenso haben in St. 1567 zu München nur diese auffallend schwärzere Dinte, als alles übrige, während die Vorfertigung sich auch daraus ergibt, dass man die Signumzeile zu tief geschrieben hatte und deshalb die Rekognition in ungewöhnlicher Weise zwischen Text und Signum stellte. Auf dem Facsimile von St. 3975

276] bei Schöpflin Als. dipl. 1,253 spricht das nahe Herantreten des Textes an die Signumzeile dafür, daß diese mit dem Eingang vorausgefertigt sein wird. Auch in St. 4143 zu Münster trifft gemeinsam abweichende Dinte bei Eingang und Signumzeile mit auffallend nahem Herantreten des Textes an die letztere zusammen. Ebenso noch in Reg. Fr. II. 168 zu München, der Ausfertigung des Verzichtes auf das Spolienrecht für Würzburg; wo derselbe Text mehrfach auszufertigen war, konnte solches Vorgehen besonders nahe liegen.

In andern Fällen ist sichtlich nur die Signumzeile vorausgefertigt, wie das zumal in früherer Zeit nicht befremden kann, wo das Eingangsprotokoll in der Regel nicht die ganze erste Zeile füllte, diese demnach vor Feststehen des Textes doch nicht ganz geschrieben werden konnte. Einen besonders auffallenden Beleg gibt St. 1525 zu München. Es ist hier nur *Signum domini Heinrichi* und das unmittelbar anschließende Monogramm mit derselben schwärzeren Dinte, dagegen das noch folgende *invictissimi regis* gleichzeitig mit der unmittelbar anschließenden Rekognition und mit Text und Datirung gefertigt. Aber auch andere Originale, welche ich zu München einfah, ließen das Verhältniß kaum zweifelhaft. In St. 1516 unterscheidet sich nur die Signumzeile in der Schrift vom Uebrigen und steht auffallend tief, so daß drei für den Text vorgezogene, aber nicht mehr benutzte Linien nur einen kleinen Theil des Raumes zwischen Text und Signum füllen. In St. 1503 zeigt nur die Signumzeile verschiedene Schrift. In St. 3523 stößt das Monogramm vollständig, die Formel nahezu an die letzte Zeile des Textes. In St. 4124 weicht nur die Schrift der Signumzeile ab; daß sie vorausgefertigt, ergibt sich auch daraus, daß die Datirung dem Monogramme auszuweichen hatte; die zu tiefe Stellung der Signumzeile nöthigte zugleich, die Rekognition ihr vorzustellen. In Reg. Phil. 17 zu Wien zeigt nur die Signumzeile andere Hand und Dinte und die letzte Zeugenzeile stößt unmittelbar an die Köpfe der Buchstaben jener, reicht bei nach unten verlängerten Buchstaben sogar in dieselbe hinein. Auch in der einen Ausfertigung von Reg. Fr. II. 174, M. Boica 30,48, von 1216, weicht nur die Schrift der Signumzeile von allem Uebrigen ab.

277. Oft handelt es sich nicht um Vorausfertigung der Signumzeile auch vor dem Texte, sondern nur um Vorausfertigung vor Rekognition und Datirung. Das ergibt sich nicht selten daraus, daß Text und Signumzeile dieselbe Schrift, Rekognition und Datirung aber gemeinsam abweichende Schrift zeigen. Es ergibt sich weiter aus Fällen, wie St. 1286. 1304. 2867. 3530. Reg. Ott. 4, welche außer dem Texte nur die Signumzeile haben, während auf die Nachtragung des übrigen Protokoll vergessen ist; auch bei St. 3285 sind Rekognition und Datirung nicht abgeschnitten, sondern nie vorhanden gewesen. Auch dann ergibt sich wohl, so St. 2992. 3687, vgl. Böhmer Acta 66, Wirtemb. U.B. 2,75, daß die allein vorhandene Signumzeile nicht von der Hand des Textes herrührt, wie sich auch Fälle finden, wo bei Verschiedenheit der

Schrift des Textes und der Signumzeile das folgende Protokoll einen von beiden verschiedenen Schriftcharakter zeigt, wie das z. B. nach Angabe von Schum im N. Archiv 1,144 bei St. 2781 sehr auffallend hervortritt. Das muß nicht gerade erweisen, daß die Signumzeile auch vor dem Texte gefertigt ist. Ein solches Verhältniß ist allerdings zu vermuthen, wenn Text, Rekognition und Datirung dieselbe von der Signumzeile abweichende Schrift zeigen, da im allgemeinen nicht wohl ein Grund abzusehen ist, welcher Nachtragung nur der letztern veranlassen konnte; und in solchen Fällen fanden wir denn ja auch mehrfach anderweitige Anzeichen der Vorfertigung. Allerdings lag auch dann, wenn Rekognition und Datirung noch ungewiß waren, kein innerer Grund vor, daß der Schreiber des Textes nicht wenigstens auch die Signumzeile sogleich zufügte; aber aus graphischen Rücksichten wurde das Monogramm zweifellos häufig von einem andern Schreiber zugefügt, der dann auch sogleich die Formel zuschreiben mochte.

Dem besprochenen Verhältnisse steht es wesentlich gleich, wenn außer Text und Signumzeile auch die Datirungszeile mit den ungenaueren Angaben sogleich geschrieben, dagegen die Rekognitionszeile erst nachträglich mit den genaueren Angaben von Tag und Ort zugefügt wurde. So in St. 1502 zu München, in St. 3263 nach Mittheilung von Schum. Besonders deutlich tritt das Verhältniß hervor in St. 1312 zu München, welches außer Signumzeile mit vollzogenem Monogramm und Siegel auch schon die Datirungszeile mit den Jahresangaben hat, während auf die Nachtragung der Rekognition und der Angaben von Tag und Ort vergessen ist.

Der Gesichtspunkt, daß die Signumzeile ein Bestandtheil der Urkunde ist, welcher sich inhaltlich mit dem Eingangsprotokoll deckend dem Texte unmittelbar zugefügt werden konnte, auch wenn andere Bestandtheile, insbesondere Zeugen und Datirung noch ungewiß waren, ist später in der Kanzlei K. Karl IV auch in einer geänderten Anordnung zum Ausdrucke gelangt. Die Signumzeile selbst in den Urkunden und ihre Andeutung in den Konzepten findet sich jetzt durchweg schon zwischen Text und Zeugen; besonders deutlich tritt das Verhältniß hervor in dem schon § 237 erwähnten unvollendeten Konzepte Glafey 418, welches mit *Signum etc. Testes huius rei sunt* ohne Zeugennennung abbricht.

278. Gab es keinen inneren Grund, welcher Nachtragung der ganzen Zeile befürworten konnte, so ist sie doch thatsächlich zuweilen vorgekommen. Einen ganz sicheren Fall bietet St. 680 zu München; die in ungewöhnlicher Weise unmittelbar an die Rekognition in derselben Zeile anschließende, also nicht vorausgefertigte Signumzeile ist mit dunklerer Dinte gefertigt, als die übrige Urkunde. Ebenso scheint spätere Zufügung beabsichtigt gewesen zu sein bei Reg. Henr. (VII) 303, wo nach Cod. Anhalt. 2,93 Raum für die Signumzeile gelassen ist, während Datirung und Rekognition sich finden. In Einzelfällen mag der für das Monogramm geeignete Schreiber zunächst nicht zur Hand gewesen

278] feien; die verschiedensten äussern Gründe können da ein Abweichen vom gewöhnlichen Vorgehen veranlaßt haben.

Es liesse sich hier anscheinend auch geltend machen, daß die Signumzeile wohl hinter anderen Theilen des Schlussprotokolles steht. So hinter der Rekognition in St. 683. 1566—68. 1598. 3369. 4124. 4272; ebenso St. 3232. 4283, wo überdies beiden die Datirung vorausgeht; St. 3684 folgt auf die Datirung zuerst das Signum, dann die Rekognition. Tritt da kein Unterschied der Schrift hinzu, so werden wir kaum an etwas anderes zu denken haben, als an einen Mißgriff des Reinschreibers, der diesem möglicherweise dadurch näher gelegt sein konnte, daß im Konzepte vielleicht die Rekognition, nicht aber das Signum angedeutet war. Aber auch wo Unterschied der Schrift hinzukommt, wird solche Stellung Nachtragung des Signum keineswegs erweisen müssen; wir machten umgekehrt § 277 gerade das Vorstehen der Rekognition bei St. 1566—68. 4124 für die Annahme geltend, daß die Signumzeile schon vor dem Texte gefertigt war.

Im dreizehnten Jahrhunderte steht die Signumzeile wohl am Schlusse der ganzen Urkunde hinter der Datirung, während die Rekognition fehlt; so Huillard 2,775. 3,193. 296; in spätern Zeiten des Jahrhunderts findet sich das so häufig, daß es kaum noch als Unregelmäßigkeit zu bezeichnen ist. Dafür waren zweifellos äussere Gründe maßgebend. Im allgemeinen machte man jetzt keine Nachtragungen in der Reinschrift; nur für das Monogramm und die nicht selten allein noch in verlängerter Schrift geschriebene Formel mochte zuweilen ein anderer Schreiber verwandt werden; da war es am einfachsten, diese Stücke an das Ende zu setzen, wodurch zugleich die § 272 berührte Ungehörigkeit vermieden werden konnte, daß bei Fertigung des Protokoll in fortlaufender Zeit die Formel und das Signum selbst ganz von einander getrennt waren.

279. Die besprochenen Verhältnisse werden sich nun zuweilen zur Erklärung widersprechender Angaben verwerthen lassen, die sie mancherlei Unregelmäßigkeiten veranlassen konnten.

Zunächst hätte der Umstand, daß beide Theile der Signumzeile nicht immer gleichzeitig entstanden, insbesondere wohl das Monogramm häufig vor der Formel, und selbst vor dem Texte eingezeichnet wurde, zur Verbindung eines königlichen Monogrammes mit einem kaiserlichen Schlussprotokoll und selbst mit einem kaiserlichen Texte führen können. Doch ist mir aus Urkunden, deren Echtheit wenigstens in Erwägung zu ziehen wäre, ein Beleg nicht bekannt geworden.

Das Umgekehrte hätte sich ergeben können bei Nachtragung des Monogramm; oder wenn es sich auch gerade nicht um den Gegensatz zwischen Königsperiode und Kaiserperiode handelt, könnte sich ein Widerspruch in der Weise ergeben, daß eine erst später üblich werdende Gestaltung des Monogramm noch nicht zur Datirung paßt. So macht Sickel Schw. Kaiserurk. 56 darauf aufmerksam, daß St. 1030-32 von 994 eine Form des Monogramm haben, welche erst Ende 995 üblich

geworden zu sein scheint. Aber Nachtragung des Monogramm dürfte so selten vorgekommen sein, daß ich sie nicht leicht zur Erklärung von Widerprüchen verwerthen möchte. Sollten sich jene Urkunden, über welche Sickel nicht endgültig aburtheilt, doch als echt, und jene Form des Monogramm wirklich als für 994 unzulässig erweisen, so möchte eher an Neuausfertigung zu denken sein, bei der im allgemeinen nichts geändert werden sollte, während es nicht befremden könnte, wenn man sich trotzdem der jetzt üblichen Form des Monogramm bedient hätte.

Auch die Nachtragung der ganzen Signumzeile wird als anscheinend nur sehr vereinzelt vorkommend hier kaum zu berücksichtigen sein. Wohl aber die Vorausfertigung. Gesah diese vor dem Texte, so wird man solche Blätter nach dem Wechsel des Titels oder des Herrschers nicht leicht mehr benutzt haben, wenn auch ein Mißgriff immerhin denkbar bleibt. War aber nicht bloß die Signumzeile, sondern auch der Text bereits in der Königsperiode gefertigt, so mag man den Widerspruch nicht für bedeutend genug gehalten haben, um das Stück zu kassiren. Freilich sind die Belege, die mir zur Hand sind, auch sonst nicht ganz unverdächtig.

Dümge Reg. Bad. 74 gibt ein Diplom K. Karls des Dicken für Reichenau, von dem er ausdrücklich erklärt, daß es nach äußern Kennzeichen allen Erfordernissen entspreche, während es allerdings mit den innern um so übler bestellt sei. Eingangsprotokoll und Signumzeile sind königlich, die Urkunde müßte also vor 881 geschrieben sein. Statt dessen ist sie nicht allein datirt von 883 Sept. 24., sondern es ist auch mit *regnante Karolo imperatore anno 10* ausdrücklich auf die Kaiserzeit hingewiesen, während die Rekognition in beiden Jahren entsprechen würde. Ist die Urkunde echt, so würde der Gedanke an nachträgliche Ergänzung des Schlusprotokolles am nächsten liegen. Daß das Actum Regensburg nicht zum Datum paßt, ließe sich aus Beibehaltung des Ortes der Handlung erklären; daß Kaiserjahre nicht genannt sind, aus Rücksichtnahme auf den königlichen Text. Doch würde auch dann noch das Nichtstimmen der Königsjahre zum Inkarnationsjahr anstößig bleiben.

Es ließe sich hier auch an andere bereits besprochene Fälle denken, bei welchen Text und Signumzeile königlich sind, während die Datirung auf die Kaiserzeit hinweist. So bei St. 308, vgl. § 270, bei St. 358. 412, vgl. § 169. Aber abgesehen von andern Schwierigkeiten würde die Erklärung zunächst in dieser Richtung doch wohl nur dann gesucht werden dürfen, wenn dieselbe durch Unterschied des Schriftcharakters unterstützt würde, wie das wenigstens bei dem mir bekannten Originale von St. 308 nicht der Fall ist. Denn gerade bei der aller genaueren Angaben entbehrenden Signumzeile wird am wenigsten angenommen werden dürfen, daß etwa nur sie zunächst einem Konzepte zugefügt wurde; und am wenigsten vollständig ausgeführt. Nur etwa dann, wenn die Angaben des Schlusprotokolles überhaupt im Konzepte nachgetragen wurden, mag auch das Signum berücksichtigt sein; aber schwerlich ausgeführt,

279] sondern etwa mit *Signum etc.* angedeutet. Widersprüche, wie wir sie hier im Auge haben, konnten sich wohl nur in der Reinschrift selbst ergeben.

Der Gegensatz des Schriftcharakters würde nun allerdings zutreffen bei St. 2482, M. Boica 31,331. Sollte diese Urkunde sich als echt erweisen, so dürfte sie alles übertreffen, was sich sonst von gehäuft Unregelmäßigkeiten nachweisen läßt; sie würde nicht bloß ihrem inneren Bestande nach aus den drei Regierungen K. Heinrichs II., III. und IV. herrühren, sondern es müßte auch an dem uns vorliegenden Original unter allen drei Regierungen geschrieben sein. Ueber die Frage der Echtheit würde sich endgültig wohl nur urtheilen lassen auf Grund eingehendster Vergleichung der Schrift mit anerkannt echten Diplomen jener Herrscher; ich enthalte mich in dieser Richtung jedes Urtheiles. Was mich auch hier trotz der gehäuft Widersprüche an der Unechtheit zweifeln läßt, ist die Schwierigkeit, sich zu erklären, wie das Stück sich unter den Händen eines Fälschers so habe gestalten sollen, der so raffiniert gewesen wäre, die Nachtragung des Vollziehungsstriches im Signum auffallend deutlich hervortreten zu lassen, und andererseits doch wieder so unbesonnen, durch Verschiedenheit der Schrift selbst kenntlich zu machen, daß er die Bestandtheile seines Machwerkes verschiedenen echten Vorlagen entnommen habe. Andererseits scheint mir bei Annahme der Echtheit wenigstens die Möglichkeit nicht ausgeschlossen zu sein, die Entstehung des sonderbaren Stückes zu erklären, zu so gewagten Voraussetzungen das auch nöthigen mag.

Die gesammte Signumzeile gehört Kaiser Heinrich II. an und ist als solche unanständig; nicht bloß das Monogramm, sondern auch die einfache, weder den Königstitel, noch eine Ordnungszahl nennende Formel passen nur auf jenen, nicht auch auf Kaiser Heinrich III. Auch das zum Theil erhaltene Siegel ist das K. Heinrichs II. Ebenso würde diesem das Eingangsprotokoll entsprechen, das freilich ebenso auch in der Kanzlei Heinrichs III. im Gebrauche war; da es aber die erste Zeile nicht vollständig füllt, während doch der Text erst in der zweiten beginnt und beide nicht von demselben Schreiber herzurühren scheinen, so liegt es wohl am nächsten, anzunehmen, daß dasselbe vorausgefertigt und ebenso, wie das Signum, zunächst für ein Diplom K. Heinrichs II. bestimmt war.

Dagegen gehört nun der Text wegen des *per interventum Agnetis imperatricis consuetudinis nostrae* Kaiser Heinrich III. an. Und zwar kann die Handlung, Schenkung an den Erzbischof Anno von Köln, oder wenigstens die Konzipirung des Textes nur 1056 in die letzten Monate des Oct. 5 gestorbenen Kaisers fallen, da Anno erst im März Erzbischof wurde. Daß zweimal von der *regia dignitas* die Rede ist, wird auch in der Kaiserperiode kaum auffallen können. Würden nun die bisher besprochenen Theile der Urkunde echt sein, so würde uns das auf die Annahme führen, es sei ein in der Zeit K. Heinrichs II. gefertigtes Blanquet

mit Signumzeile, Vorausfiegelung, wie sich solche auch sonst nachweisen läßt, und wahrscheinlich Eingangsprotokoll in der Kanzlei liegen geblieben und aus Versehen für eine Urkunde K. Heinrichs benutzt.

Nun finden wir aber weiter die Rekognition Gebhard für Liutpold, welche nur unter der Regierung K. Heinrichs IV. 1058 Sept. bis 1059 Dez. paßt. Sie ist von ganz anderer Hand und Dinte in derselben Zeile an die Formel des Signum angehängt. Sie zeigt an und für sich Anstößiges; einmal die Schreibung *Lupoldi* statt der üblichen *Liutpoldi*; weiter muß auffallen, daß lediglich der Name des Erzkanzlers ohne Hinzufügung des *archicancellarii* genannt ist. Doch würde dieser Umstand sich wohl genügend darans erklären, daß der Raum bis zum Rande des Blattes für die vollere Formel nicht ausreichte, wie denn auch das bis hart an den Rand geschriebene *recognovi* abgekürzt werden mußte.

Anscheinend von derselben Hand und Dinte, wie die Rekognition, ist nun auch die Datirung zugefügt. Trotzdem weist diese wieder auf die Zeit K. Heinrichs III. Das liefse sich an und für sich durch Beziehung auf die Handlung recht wohl erklären. Aber auch dann ergeben sich gehäufte Schwierigkeiten. Denn das Jahr 1055 ist wenigstens dann zu früh für die Handlung, wenn die Schenkung erst geschah, als Anno bereits Erzbischof war; Ind. 7 weist sogar auf 1054; sonstige Jahresangaben fehlen; Nov. 1 kann unter jener Voraussetzung nicht der Tag der Handlung und wenigstens bei Lebzeiten des Kaisers auch nicht der der Beurkundung sein; Tag und Ort passen wenigstens 1055 nicht zum Itinerar, und zu untersuchen, in welchem andern Jahre sie etwa stimmen könnten, dürfte bei solcher Sachlage ziemlich überflüssig scheinen.

Diesem Sachverhalte gegenüber liefse sich, auch wenn die Urkunde sich nicht ihrem ganzen Umfange nach als Fälschung erweisen sollte, daran denken, es habe der aus Versehen unvollendet gebliebenen Urkunde irgend jemand später unberufener und ungeschickter Weise Rekognition und Datirung zugefügt. Aber unbedingt ausgeschlossen scheint mir doch die Annahme nicht, daß auch diese Ergänzung echt sein, in der Reichskanzlei selbst erfolgt sein könne. Weist der Inhalt bestimmt auf die letzte Zeit K. Heinrichs III., so hat die Annahme wenig Bedenken, daß sie beim Tode des Kaisers unvollendet liegen blieb. Sie wäre dann erst zwei oder drei Jahre später durch Hinzufügung der laufenden Rekognition und durch eine willkürlich und ungenau den letzten Zeiten des verstorbenen Kaisers angepaßte Datirung vollendet worden. Der Fall würde sich dann in dieser Richtung den § 267 besprochenen näher anschließen.

280. Wir haben bisher unbeachtet gelassen, daß nicht immer das ganze Monogramm gleichzeitig entstand, daß bei regelmäßigem Vorgehen in demselben der Vollziehungsstrich erst später zugefügt werden sollte, wenn das auch schon in früherer Zeit nicht immer geschah, während im zwölften Jahrhunderte diese Nachtragung ganz aufhörte; vgl. § 224 ff. Es wäre nun nicht unwichtig, den Zeitpunkt der Zufü-

280] gung des Vollziehungsstriches genauer feststellen zu können. Allerdings ist dieser unmittelbar ohne Bedeutung für unsere nächsten Zwecke, insofern sich aus der früheren oder spätern Zufügung nie ein Widerspruch zu andern Angaben der Urkunde ergeben kann; der Strich an und für sich ist ohne jeden auf eine bestimmte Zeit deutenden Inhalt, er gewinnt solchen nur dadurch, daß er als Theil des Monogramm erscheint; nur zu diesem selbst kann sich möglicherweise ein Widerspruch anderer Angaben ergeben. Dagegen würde es freilich für die genauere Einsicht in den gesammten Gang der Beurkundung von Werth sein, jenen Zeitpunkt genauer bestimmen zu können.

Dabei ergeben sich aber besondere Schwierigkeiten. Die Art und Weise, wie die Vollziehung in der Beglaubigungsformel erwähnt wird, gibt nur ganz dürftige Haltpunkte. Sagt der König, daß er *hanc paginam inde conscriptam* unterzeichne, so setzt das allerdings Vorliegen der Urkunde in dieser bestimmten Reinschrift voraus; das würde aber ja ohnehin kaum zweifelhaft sein können; an vor dem Texte gefertigte Protokolle oder wenigstens Monogramme, welche auch schon vollzogen gewesen wären, ist doch schwerlich zu denken; nur wenn die § 262 erwähnte Annahme sich bestätigen sollte, daß dem Empfänger wohl ein Blanquet gegeben wurde, um den Text selbst eintragen zu lassen, würde freilich auch diese Folgerung kaum abzuweisen sein. Im übrigen weist die Formel nur darauf hin, daß die Unterzeichnung der Besiegelung vorausgeht. Ist der in derselben enthaltene Befehl selbst auf die Siegelung gerichtet, so wird die Zufügung des Handzeichens ganz überwiegend als dem Befehle gleichzeitig, *manu propria roborantes*, oder auch als bereits geschehen, *roboratam* oder *roboravimus*, erwähnt; noch bestimmter heist es Reg. Kar. 802, Schöpfung Als. dipl. 1,90: *eam iussimus sigillari, postquam eam manu propria nostra subter firmavimus*. Nehmen wir da auch genaues Uebereinstimmen der Formel mit dem thatsächlichen Vorgehen an, so ist doch insbesondere nichts daraus zu entnehmen, ob die Unterzeichnung vor oder nach Rekognition und Datirung erfolgte.

Auch der graphische Bestand der Originale gibt hier weniger sichere Haltpunkte, als bei anderen entsprechenden Untersuchungen. Die räumliche Anordnung kann keinerlei Halt geben, da der Ort der Zufügung vom vorher gefertigten Monogramme abhängig ist. Verschiedenheit der Dinte oder anderer Schriftmerkmale ergibt nichts für das Früher oder Später; im günstigsten Falle läßt sich in dieser Richtung zuweilen auf gleichzeitige Fertigung mit anderen Bestandtheilen schließen. Die wenigen Haltpunkte aber, welche einen etwas sichereren Schluss zu gestatten scheinen, führen zu widersprechenden Ergebnissen; es scheint hier thatsächlich das Vorgehen ein sehr verschiedenes gewesen zu sein.

281. Abgesehen vom Texte setzt die Vollziehung lediglich Vorhandensein des Monogramm voraus. Daß ursprünglich Vollziehung vor Rekognition und Datirung dem regelmäßigen Gange der

Beurkundung entprochen haben dürfte, glaubten wir § 275 aus dem Umfande schliessen zu sollen, das anscheinend sehr häufig gerade nur das Monogramm vor dem übrigen Schlussprotokolle eingezeichnet wurde. Folgt dann die in ältester Zeit eigenhändige Rekognitionszeile, ist weiter auch die Datirungszeile häufig von der Hand des Rekognoszenten oder doch von anderer Hand nachgetragen, so wird das auf einen Gang schliessen lassen, wonach erst nach der Vollziehung, für deren Echtheit doch strenggenommen der Rekognoszent gleichfalls verantwortlich sein sollte, die Urkunde geprüft, unterschrieben und datirt wurde.

Ist jene Reihenfolge auch später die übliche geblieben, so mag vielfach auch das Vorgehen noch ein entsprechendes gewesen sein. In allen Fällen, wo das Schlussprotokoll einen andern Schriftcharakter zeigt, als der Text, ist die Annahme, es sei erst nach der Vollziehung zugefügt, wenigstens nicht unzulässig. Ob sie wirklich zutrifft, müssen wir dahingestellt sein lassen. Schon rein graphische Gründe konnten veranlassen, das man das Schlussprotokoll durch einen andern Schreiber fertigen liess. Aber auch dann, wenn wir annehmen, das die Zufügung durch innere Gründe veranlasst war, weil zur Zeit der Fertigung des Textes die Angaben des Schlussprotokoll noch nicht feststanden, folgt daraus wenigstens nicht nothwendig, das die Vollziehung schon vor Eintragung des Schlussprotokolles geschah.

Bestimmter scheinen dagegen für Voraufbereitung des Vollziehungsstriches einige § 274. 277 erwähnte Fälle unvollendeter Beurkundung zu sprechen, bei welchen sich vom Schlussprotokolle nur das Monogramm oder die Signumzeile finden und etwa die Datirungszeile ohne die genaueren Angaben. So weit mir genauere Angaben vorliegen, fehlt da nirgends der Vollziehungsstrich. Nur werden wir freilich in solchen Fällen nicht vergessen dürfen, das nach dem § 226 Bemerkten der Vollziehungsstrich häufig sogleich vom Zeichner des Monogramm eingezeichnet wurde, während für unseren nächsten Zweck natürlich nur solche Fälle beweiskräftig sein können, bei welchen der Vollziehungsstrich sich überhaupt als nachgetragen erweist. Doch schien mir auch das zuzutreffen bei St. 1304 zu Münster, welchem Rekognition und ganze Datirungszeile, dann bei St. 1312 zu München, welchem Rekognition und die genaueren Angaben der Datirung fehlen. Das kann nicht auffallen, wenn es häufiger üblich war, erst nach der Vollziehung Rekognition und Datirung zuzufügen; war das nicht der Fall, so ist doch kaum anzunehmen, das man bei der Vollziehung und nochmals bei der Siegelung, welche in beiden Fällen vorhanden ist, einen so bedeutenden Mangel übersehen haben sollte. Wird aber die Beweiskraft dieser Fälle zugegeben, so spricht doch die Wahrscheinlichkeit dafür, das auch in den Fällen, wo Rekognition und Datirung zwar vorhanden, aber sichtlich nachgetragen sind, diese Nachtragung erst geschah, als der Vollziehungsstrich bereits zugefügt war.

282. Aber allgemeine Regel ist das später jedenfalls nicht gewesen. Zunächst weisen andere Fälle nur auf Vollziehung vor oder mit der Datirung hin, während die Rekognitionsformel schon vorher eingeschrieben war. Wir werden sehen, daß man bei dieser später kein Gewicht mehr darauf legte, sie dem thatsächlichen Gange der Beurkundung genauer anzupassen, sie insbesondere erst dann zuzufügen, wenn die Rekognition wirklich erfolgt war; sie wurde sichtlich oft von dem Schreiber des Textes sogleich zugeschrieben oder auch wohl vor dem Texte vorausgefertigt. Dagegen finden wir auch später noch häufig eine genauere Behandlung der Datirung, insofern die ganze Datirungszeile oder doch die genaueren Angaben von Tag und Ort erst nachträglich zugefügt wurden. Bloße graphische Gründe konnten dafür nicht maßgebend sein; der Grund konnte nur der sein, daß die Angaben noch ungewiß waren, als die Reinschrift gefertigt wurde. Dann aber ist gewiß anzunehmen, daß die Nachtragung frühestens gleichzeitig mit der Vollziehung durch den König geschah, weil gar nicht abzusehen ist, auf welchen zwischen Reinschrift und Vollziehung liegenden Zeitpunkt sich die Datirung beziehen könnte, wenn der Rekognition, welche das etwa treffen könnte, sichtlich in solchen Fällen keinerlei Bedeutung beigelegt ist. Eher wäre denkbar, daß die Datirung sich auf einen auf die Vollziehung durch den König erst folgenden Zeitpunkt, den der Besiegelung oder der Uebergabe an den Empfänger beziehen könnte. Am wahrscheinlichsten ist aber gewiß, daß beide Nachtragungen wesentlich gleichzeitig vorgenommen, unmittelbar nach der Vollziehung durch den König auch die Angaben der Datirung zugefügt wurden.

Was sich so aus Erwägung der Sachlage selbst zu ergeben scheint, findet denn in Einzelfällen auch im Bestande der Originale bestimmtere Unterstützung. Schon Stumpf Reichsk. I, 106 weist in dieser Richtung hin auf Reg. Kar. 746. 792 mit gleicher Färbung der Dinte für Vollziehungsstrich und Datirung; dann auf Reg. Kar. 732, bei welchem sich Verwischungen nur in diesen beiden Theilen zeigen, was doch bestimmt darauf hinweist, daß die Dinte des einen noch nicht getrocknet war, als das andere zugefügt wurde. Auch in St. 2354 zu München stimmen Vollziehungsstrich und Beizeichen, dann der Kanzlername im Rekognitionszeichen und die Angabe von Tag und Ort auffallend in der hellen Färbung der Dinte, während freilich Sickel den Fall nicht für beweisend hielt, da trotz der gleichen Färbung dort eine dickere, hier eine flüssigere Dinte verwandt sei. Dann sind auch hier einzelne Fälle unvollendeter Beurkundung zu beachten. St. 683, vgl. M. Boica 31, 229, hat Signum, Rekognition und ist besiegelt; aber in der Datirungszeile mit dem Orte fehlen außer der falschen Angabe des Inkarnationsjahres alle Zeitangaben, für welche Lücken gelassen sind. Hier ist nun der Vollziehungsstrich ausradirt, vgl. Stumpf Wirzb. Imm. 2, 21, war also vor Ergänzung der Datirung vorhanden; da die Urkunde auffallende Mängel zeigt, so

wird sie bei einer Ueberprüfung kassirt und dafür St. 682 mit wesentlich gleichem, nur erweitertem Inhalte und geänderter Fassung gefertigt seien. Von St. 2056 findet sich zu München noch eine zweite, unvollendete Ausfertigung mit Korrekturen; hier ist einmal in der Beglaubigungsformel eine Lücke freigelassen für die Angabe der Besiegelung, wo auch in dem vollzogenen, mit Bleibulle versehenen Original *bullae nostrae* von anderer Hand nachgetragen ist; weiter aber fehlt der Vollziehungsstrich und vor *kal. maii* die Ziffer *xi.*, so daß doch anzunehmen ist, daß diese erst bei der Vollziehung nachgetragen werden sollte.

283. Aber auch das ist keineswegs immer eingehalten; es ergibt sich oft ganz zweifellos Vollziehung nach der Datirung. Denn keineswegs überall, wo der Vollziehungsstrich sichtlich nachgetragen ist, trifft das auch die Datirung; es ergibt sich häufig aufs bestimmteste, daß diese auch in solchen Fällen mit der gesammten Urkunde, auch mit dem Texte, von ein und derselben Hand gleichzeitig geschrieben sein muß. Da kann natürlich das Verhältniß nicht zweifelhaft sein, wenn wir nicht so weit gehen wollen, anzunehmen, es sei schon vor Einschreibung des Textes nicht bloß das Monogramm vorausgezeichnet, sondern auch vom Könige vollzogen worden. Es bestätigt sich die Annahme noch bestimmter durch Originale, welche unvollzogen sind, während der ganze übrige schriftliche Bestand vorhanden ist.

Von St. 77 gibt es nach Cod. Anhalt. 1,7 ein zweites Original, dem lediglich Vollziehungsstrich und Siegel fehlen; wohl nur aus Versehen, da dasselbe einen nicht unwichtigen Zusatz enthält; wollte man diesen überhaupt nicht bezeugen, so wäre das Stück auch unvollzogen schwerlich an den Empfänger abgegeben. Dagegen wird es nicht Versehen sein, wenn in St. 877, vgl. Höfer Zeitschr. 1,525, außer dem Grafennamen im Texte und der Ortsangabe mit Apprektion nur Vollziehungsstrich und Siegel fehlen, denn wenige Tage nachher wurde St. 878 gefertigt, welches dieselbe Schenkung in wesentlich anderer Fassung bekundet. St. 1549 hat volle Datirung, aber unausgefülltes Signum und kein Siegel. Es sind weiter St. 2367 und eine zweite Ausfertigung von St. 2368, vgl. Steindorff Heinr. III. 365 n. 1,373, ganz vollendet, nur daß ihnen Siegel, Vollziehungsstrich und Beizeichen fehlen, welches letztere wir nach § 225 als zur Vollziehung gehörig zu betrachten haben. Stumpf Wirzb. Imm. 20 n. 33, der noch einige Fälle angibt, meint, daß solche Stücke, soweit sie von Schreibern der Reichskanzlei herrühren, nur als bloßer Entwurf gelten können. Dagegen aber spricht doch aufs bestimmteste die äußere Ausstattung; es handelt sich um unvollzogene Originale, sei es, daß die Vollziehung aus bloßer Nachlässigkeit unterblieb, sei es, daß man die Reinschrift aus diesem oder jenem Grunde als ungenügend betrachtete und sie deshalb unvollzogen liefs.

In andern Fällen fehlt lediglich der Vollziehungsstrich, während die Urkunde besiegelt ist oder war; so in Urkunde K. Ludwigs von 868, vgl. Cod. Westf. 1,20; so St. 153. 1519. 2366. 2823. 3286, vgl. Stumpf Acta

283] 298, Steindorff Heinr. III. 355 n. 11, M. Boica 31, 363. 29, 259. Ob wir daraus nun auch weiter schliessen dürfen, dass die Unterzeichnung zuweilen erst nach der Siegelung erfolgte, mag an und für sich fraglich sein; auch wenn die Unterzeichnung regelmässig vorher geschah, mochte bei der Siegelung leicht übersehen werden, dass sie noch fehlte. Andererseits finden sich ja auch viele Urkunden mit Vollziehungsstrich, welche unbesiegelt geblieben sind; vgl. Stumpf Wirzb. Imm. 2, 20 n. 33. Und dass ursprünglich bei regelmässigem Vorgehen wenigstens die Siegelung erst auf die Unterzeichnung folgen sollte, wird bei den bestimmt darauf hindeutenden Ausdrücken der Beglaubigungsformel, vgl. § 280, nicht zu bezweifeln sein. So wenig ich aber bezweifle, dass es für solche Dinge ursprünglich eine feste Regel gab, welche durch das thatsächliche Vorgehen bei der Beurkundung bestimmt war, so wenig scheint man sich später noch an eine solche gebunden zu haben. Es hätte das ja auch keinen Zweck mehr gehabt, seit die Formen dem Vorgehen vielfach gar nicht mehr entsprachen. Wurde die angekündigte Vollziehung durch den König selbst thatsächlich oft gar nicht vorgenommen, hatte der Kanzler, der nach der Formel die Urkunde rekognoszirt haben sollte, dieselbe vielleicht nie gesehen, so fehlte doch auch der genügende Grund, die bezüglichen Eintragungen dennoch gerade an dem Zeitpunkt zu machen, an dem sie zu machen gewesen wären, wenn die Sache der Form noch genau entsprochen hätte. Es ist erklärlich, wenn man sich da kaum noch an eine Regel band, wenn Bequemlichkeitsrückichten und die verschiedensten zufälligen Umstände bald dieses, bald jenes Vorgehen bevorzugen liessen.

REKOGNITIONSZEILE.

284. Den Inhalt der Rekognitionszeile bildet in früherer Zeit die Angabe, dass ein namentlich bezeichneter Kanzleibeamter die Urkunde rekognoszirt oder geprüft und unterschrieben habe; später ist durchweg nur noch vom Rekognosziren die Rede. Wird dabei in der Regel gesagt, dass der rekognoszirende Beamte in Vertretung eines höheren Beamten thätig war, am häufigsten der Kanzler in Vertretung des Erzkanzlers, so ist damit der Zeitraum, dem die Rekognition entspricht, abgegränzt auf den sich deckenden Theil der Amtsführung beider, überwiegend ein kürzerer, als der durch Eingangsprotokoll und Signum bezeichnete. In Verbindung mit diesen kann sich der entsprechende Zeitraum dann noch wesentlich kürzer dadurch gestalten, dass der Wechsel des Herrschers oder des Titels in die gemeinsame Amtsperiode fällt. Schon daraus ergibt sich, dass es sich hier um eine für unsere Zwecke beachtenswerthere Angabe handelt, als bei der Signumzeile.

Die Stellung der Zeile ist bei regelmässiger Anordnung der Diplome so, dass sie zunächst auf die Signumzeile folgt. In früherer Zeit steht sie durchweg rechts, also in der Richtung der Schrift von der

Signumzeile, in gleicher oder nahezu gleicher Höhe mit dieser. Seit der Kaiserkrönung K. Ottos I. steht sie durchweg unter der Signumzeile, vgl. Stumpf Wirzb. Imm. 1,35; doch wird der ältere Brauch wohl wieder aufgenommen und zwar nicht bloß, wie Stumpf annimmt, nur unter K. Otto II., sondern auch noch später; so findet sich z. B. in den Schenkungsurkunden K. Heinrichs II. für Bamberg, vgl. § 181, bald die eine, bald die andere Stellung. Die Stellung nach der Signumzeile wird uns den ursprünglichen regelrechten Gang der Beurkundung bezeichnen. Ist die Bedeutung der Rekognition darin zu sehen, daß der Rekognoszierende für die Urkunde nach Prüfung derselben ihrem sachlichen und formellen Bestande nach einsteht, so kann das strenggenommen doch erst dann der Fall sein, wenn die Signumzeile nach Zufügung des Vollziehungsstriches durch den König ganz vollendet war. Doch konnte nach Maßgabe des in den Merovingerdiplomen in der Bedeutung des späteren *recognoscere* gebrauchten *offerre*, vgl. Sickel Acta 1,216, auch etwa zunächst eine unmittelbar vor der königlichen Unterzeichnung vorgenommene Prüfung ins Auge gefaßt sein. Im allgemeinen werden wir doch bei der Rekognition ursprünglich an einen zur Vollziehung durch den König in näherer Beziehung stehenden, ihr unmittelbar vorausgehenden oder folgenden Akt der Beurkundung zu denken haben.

285. Für die spätere Gestaltung wird vor allem das Aufhören der Eigenhändigkeit zu beachten sein. In früherer Zeit wurde die Rekognitionszeile oder wenigstens das Rekognitionszeichen von dem als Rekognoszenten genannten Beamten eigenhändig geschrieben. Dann kann die nachträgliche Zufügung natürlich keinem Zweifel unterliegen. Aber schon in späteren Zeiten des neunten Jahrhunderts, vgl. Sickel Programm 29, war das nicht mehr immer der Fall. Glaubt Bresslau Kanzlei 82 es wenigstens noch dahingestellt sein lassen zu dürfen, ob nicht der Kanzler zuweilen noch im elften Jahrhunderte rekognoszierte, so möchte ich kaum zweifeln, daß das schon in der Ottonenzeit außer Brauch gekommen war. Zeigen sich noch Zeichen nachträglicher Zufügung, so muß das nicht zugleich auf Eigenhändigkeit schließen lassen. Formeln, welche denselben Rekognoszenten nennen, rühren von ganz verschiedenen Händen her. Entspricht der Gebrauch der verlängerten Schrift an und für sich wenig der Annahme eigenhändiger Fertigung durch höchstgestellte Kanzleibeamte, so kann davon um so weniger in den zahlreichen Fällen die Rede sein, wo die Rekognition sich als entschieden gleichzeitig mit der Formel des Signum, wohl auch mit dem Eingange gefertigt ergibt. Eher möchte anzunehmen sein, daß in den selteneren Fällen, wo nicht der Kanzler, sondern ein untergeordneter Kanzleibeamter als Rekognoszent genannt wird, dieser hier und da auch später noch die ganze Urkunde geschrieben haben mag. So heißt es in Urkunde K. Lothars III. von 1125, St. 3228, Oberöstr. U. B. 2,162: *Ego Adalb. archicanc. et Mog. archiep. recognovi. Et ego Anno ad vicem cancellarii scripsi et recognovi*, während nach dem Facsimile in

285] den Mon. graphica 5,8 die ganze Urkunde mit Einschluss der Rekognition von ein und derselben Hand geschrieben erscheint. Nun wäre es nach dem § 203 Bemerkten einmal recht wohl möglich, daß das Scribere sich nicht auf die Reinschrift, sondern nur auf das Konzipiren bezieht. Aber auch wenn das nicht zuträfe, würden die später zu besprechenden eigenthümlichen Kanzleiverhältnisse nach der Thronbesteigung Lothars uns jedenfalls für andere Zeiten nicht maßgebend sein dürfen.

Ob für das Rekognitionszeichen oder wenigstens einzelne Theile desselben auch später noch Eigenhändigkeit anzunehmen ist, dürfte für meine Zwecke kaum ins Gewicht fallen. Scheint sich aus dem von Sickel Progr. 30 Bemerkten zu ergeben, daß es wenigstens in der frühern Zeit K. Ottos I. noch als individuelles Notarszeichen behandelt ist, so hat das für Untersuchungen keine Bedeutung, welche zunächst nur die als Rekognoszenten genannten Kanzler zu beachten haben. Verschwindet dasselbe unter K. Otto II. überhaupt, so wird das doch damit zusammenhängen, daß es mit dem Aufhören der Eigenhändigkeit bedeutungslos geworden war. Wurde dasselbe unter K. Heinrich III. wieder üblich, vgl. Breslau Dipl. c. 176, Steindorff Heinr. III. I, 373 ff., und steht es jetzt sichtlich in bestimmter Beziehung zu dem als Rekognoszenten genannten Kanzler, so glaube ich doch nicht, daß dieser dasselbe oder einen Theil selbst gefertigt habe, wie insbesondere Breslau anzunehmen geneigt ist. Das könnten allerdings Fälle nahe legen, wie St. 2354 zu München, wo nur der griechisch geschriebene Name des Kanzler, dann die Angaben von Ort und Tag mit derselben blauen Dinte nachgetragen sind; eine Nachtragung, welche man an und für sich immerhin dem Kanzler selbst hätte zumuthen mögen. Aber in St. 2355 von demselben Tage ist die gesammte Urkunde mit Einschluss jener Theile ganz von derselben Hand und mit derselben Dinte geschrieben, von der jene Nachtragung herrührt, so daß selbst dieser, sonst so auffallende Fall außer Rechnung bleiben muß. Wenn aber Kanzler, wie insbesondere Adalger, sich desselben Zeichens bei der eigenhändigen Unterzeichnung italienischer Urkunden bedienen, vgl. Steindorff 374, so ergibt allerdings auch das Beziehung des Zeichens auf den bestimmten Kanzler, nicht aber Eigenhändigkeit auch in den Diplomen, da das Zeichen hier ja ebenso, wie der Name, vom Reinschreiber eingetragen sein kann.

Für die Jahrhunderte, welche ich zunächst im Auge habe, werde ich davon ausgehen dürfen, daß die Rekognitionszeile nicht mehr eigenhändig vom angegebenen Rekognoszenten zugefügt wurde. Das geänderte thatsächliche Vorgehen scheint denn auch die hergebrachte Formel nicht ganz unberührt gelassen zu haben. Es entspricht ihm, wenn das *subscripsi* immer feltener gebraucht wird; es wird auch damit zusammenhängen, wenn es nun häufiger *recognovit* statt *recognovi* heisst. Aber nicht allein, daß diese Formel daneben doch häufig auch wieder

in der ersten Person gefaßt wird; es wird diese Form und zwar in der schärferen, früher nur vereinzelt vorkommenden Fassung *ego recognovi* seit K. Lothar III. wieder zur herrschenden. Es kann das Zufall sein; und es ließe sich geltend machen, daß, wenn die von einem Anderen geschriebene Formel in der Form einer Erklärung des Kanzlers gegeben wird, das nicht gerade ungenauer ist, als wenn der Text den König redend aufführt. Es wäre aber auch denkbar, worauf wir zurückkommen, daß das Verhältniß hier doch ein anderes war, daß die in der Reinschrift allerdings nicht eigenhändige Formel auf einer früheren Stufe der Beurkundung wirklich ihrem Wortlaute gemäß von Rekognoszirenden selbst so geschrieben und in der Reinschrift nur kopirt wurde.

286. Wurde die Formel auch von einem Anderen geschrieben, so schließt das an und für sich nicht aus, daß ihr Inhalt dennoch dem tatsächlichen Vorgehen entsprach, daß der als Rekognoszent Genannte das Diplom wirklich geprüft hatte, ehe jene Formel geschrieben wurde. Dann mußte aber der als geprüft zu beglaubigende Text bereits so vorliegen, wie er der Partei übergeben werden sollte; es setzt das bei genauem Vorgehen Nachtragung zur Reinschrift voraus.

Das trifft denn auch wirklich häufig zu. Es gehören dahin die bereits besprochenen Fälle, in welchen das ganze Schlussprotokoll, etwa nur mit Ausnahme des Monogramm, oder, wenn auch die Formel des Signum schon vorausgefertigt war, wenigstens die Rekognitionszeile gemeinsam mit der Datirung oder doch den genaueren Angaben derselben sich als nachgetragen ergibt; vgl. § 263. 277.

Das konnte nun allerdings seinen Grund haben in größerer Genauigkeit des Vorgehens, indem man die bezügliche Formel nicht eintragen wollte, bevor die Rekognition selbst wirklich vorgenommen war. Aber es wird doch nicht zu vergessen sein, daß es seinen Grund keineswegs gerade darin haben mußte. Auch wenn wir Grund zu der Annahme hätten, daß es sich bei der Rekognitionszeile um eine ganz bedeutungslose hergebrachte Form gehandelt habe, die man beibehielt, obwohl tatsächlich eine Rekognition gar nicht mehr stattfand, würde die Nachtragung sich leicht erklären. Der vom Text verschiedene Schriftcharakter des Schlussprotokoll konnte es auch ohne das Hinzukommen irgendwelcher innerer Gründe nahe legen, dasselbe durch einen anderen Schreiber nachtragen zu lassen. Trifft die Abweichung nur Rekognition und Datirung, so konnte die Signumformel schon vor dem Texte gefertigt sein, vgl. § 276, und daher doch für die ihr im Schriftcharakter entsprechende Rekognitionsformel derselbe äußere Grund maßgebend sein. Auch wenn die Rekognitionsformel wirklich dem tatsächlichen Vorgehen nicht entsprach, lag bei ihr dennoch die Vorausfertigung nicht eben so nahe, als bei der Signumzeile. Denn mindestens würden wir der Rekognition die Bedeutung einer Zeitbestimmung zusprechen müssen, indem sie angab, unter der Amtsführung welchen Kanzlers und

286] Erzkanzlers die Urkunde gefertigt war. Dafs diese Zeitangabe aber ungleich schneller nicht mehr passen konnte, wie die durch das Signum gegebene, wurde bereits § 284 bemerkt. Verzichtete man etwa zunächst nur deshalb, weil die Datirung noch ungewifs war, darauf, sogleich den gesammten schriftlichen Bestand der Urkunde zu fertigen, so konnte es naheliegen, die Eintragung der Rekognitionsformel gleichfalls aufzuschieben, wenn auch kein innerer Grund dazu nöthigte.

Bestimmter scheinen mir auf ein dem Hergang genauer angepaßtes Vorgehen solche Fälle zu deuten, wo nur das Rekognitionszeichen gemeinsam mit der Datirung zugefügt wurde. So sind nach Mittheilung Sickels in St. 599 beide von derselben verschiedenen Hand; nach Mittheilung Mühlbachers hat St. 223 unausgefülltes Chrismon und Rekognitionszeichen und leeren Raum für die Tagesangabe. Auch wurden § 261 Fälle erwähnt, bei welchen das Rekognitionszeichen sichtlich mit Text und Datirung der bereits gefertigten Formel später zugefügt wurde. Die oben angegebenen äusseren Gründe konnten dafür kaum mafsgebend sein. Das Signum durch einen andern Schreiber fertigen zu lassen konnte an und für sich nahe liegen; aber doch kaum, das gerade bis zur Datirung zu verschieben, wenn die Rekognitionsformel ohnehin schon vorhanden war. Wahrscheinlicher ist gewifs, dafs man in solchen Fällen Gewicht darauf legte, wenigstens das Zeichen, das doch eine ähnliche Bedeutung hatte, wie der Vollziehungsstrich im Monogramm, erst nach wirklich erfolgter Rekognition hinzuzufügen. Wir können davon absehen, da sich kaum ein Fall des Widerspruches zwischen Formel und Zeichen ergeben dürfte; weiter aber, da man das Zeichen weiterhin ganz fallen liefs, der Umstand bezüglich der Formel, die wir zunächst im Auge haben, umgekehrt eher für ungenaue Handhabung derselben geltend zu machen wäre. Finden sich aber überhaupt Fälle, dafs das Rekognitionszeichen später nachgetragen wurde, so wird das allerdings in so weit zu beachten sein, als Fehlen desselben dann auch in Zeiten, wo es regelmäfsig vorkommt, nicht gerade befremden darf; die Nachtragung kann vergessen sein, wie wir dafür bei allen anderen Bestandtheilen, welche zuweilen nachgetragen wurden, Beispiele finden; wenn daher Stumpf Wirzb. Imm. 2, 16 n. 25 dieses Fehlen als Zeichen der Unechtheit von St. 379 besonders betont, so scheint mir wenigstens dieser Grund nicht mafsgebend zu sein.

Wurde die Rekognition mit dem gesammten Schlufsprotokoll oder doch mit der Datirung nachgetragen, so konnten sich daraus natürlich Widersprüche ergeben, welche bereits § 265 ff. 279 besprochen wurden, wobei dann freilich überwiegend zunächst nur die Angaben der Datirung das den Widerspruch Begründende waren.

287. Wichtiger ist, dafs für die Rekognitionszeile sich auch wohl Nachtragung nach der Datirung ergibt, die Rekognition also ganz zuletzt eingetragen wurde. Der blofse Unterschied der Schrift wird das nicht leicht mit voller Sicherheit erweisen. Weichen Signum

und Rekognition von Text und Datirung ab, so können beide vorausgefertigt sein. Weicht lediglich die Rekognition ab, so liegt der Gedanke an Nachtragung allerdings nahe; aber es würde eine besonders günstige Sachlage dazu gehören, um mit voller Bestimmtheit die Annahme auszuschließen, es könne nicht die Datirung doch erst nachträglich von derselben Hand, welche den Text schrieb, mit derselben Dinte hinzugefügt sein. Nur dann wird in solchen Fällen die Nachtragung für zweifellos gelten können, wo auch innere Gründe auf dieselbe hinweisen, die Rekognition selbst auf eine spätere Zeit deutet, als die Datirung. Oder auch, wenn sich ausnahmsweise nähere Uebereinstimmung der Schrift mit solchen Bestandtheilen zeigt, bei welchen wir zweifellos an spätere Zufügung zu denken haben; so ist in St. 3234 zu München nur die Rekognition anscheinend mit derselben erheblich blässeren Dinte geschrieben, mit der auch der Vollziehungsstrich nachgetragen ist. Zuweilen mag auch nur das Rekognitionszeichen ganz zuletzt eingetragen sein. In St. 839 zu München, von dem schon § 261 bemerkt wurde, daß das Schlufsprotokoll übrigens mit dem ersten Theile des Textes vorausgefertigt sein muß, ist das Rekognitionszeichen ganz abseits mit anderer Dinte eingetragen, anscheinend gleichzeitig mit dem, anfangs auf Rasur von *sed ipse locus* ab mit andrer Hand und Dinte geschriebenen zweiten Theile des Textes.

Unmittelbarer ergibt sich das Verhältniß, wenn in übrigens vollständig ausgefertigten Diplomen lediglich die Rekognition fehlt, was doch auf Vergessen der Nachtragung zu deuten ist. Von den Stumpf Wirzb. Imm. 1,18 angeführten drei Fällen gehört St. 1312 in so weit nicht hierher, als in der Datirungsformel die Angaben von Ort und Tag noch fehlen. Dagegen ist St. 1193, Cod. Anh. 1,69, vollständig datirt; ebenso St. 1866 zu München, wo das Verhältniß um so auffallender hervortritt, als die ganze Datirungszeile eine andere Schrift zeigt, wie der Text, dennoch aber bei ihrer Nachtragung für die Rekognition freier Raum gelassen wurde; die Urkunde ist übrigens vollständig vollzogen, der Vollziehungsstrich nachgetragen und das Siegel aufgedrückt. Dagegen fehlt in St. 2931, Böhmer Acta 66, nach Angabe von Schum im N. Archiv 1,129 außer der Rekognition auch der Vollziehungsstrich.

Weniger sicher werden auf Nachtragung Fälle schließen lassen, bei welchen die Rekognition in ungewöhnlicher Weise erst auf die Datirung folgt. Bei St. 3232. 3684. 4283 trifft das zugleich die Signumzeile, vgl. § 278. Aber St. 230, Oberösterreich. U. B. 2,59 geht das Signum vorher, während die Rekognition erst auf Datirung und Apprektion folgt; ebenso St. 4122, das freilich nur aus Abschrift bekannt ist. Im dreizehnten Jahrhunderte werden die Fälle häufiger; so Huillard 1,308. 513. 2,740. 4,618; im vierzehnten wird diese Stellung kaum mehr als Unregelmäßigkeit zu bezeichnen sein. In dieser spätern Zeit gewinnt freilich die Rekognition überhaupt insofern wieder an Bedeutung, als sie seltener und anscheinend nur in Anwesenheit des Kanzlers zugefügt wird; und wenig-

287] stens in Originaldiplomen K. Karls IV. tritt die Verschiedenheit der Schrift der ganz am Ende stehenden Rekognition von der übrigen Urkunde oft so auffallend hervor, daß wohl nur an Eigenhändigkeit zu denken ist.

Solche Stellung kann in früherer Zeit durch bloße Nachlässigkeit herbeigeführt sein; der Schreiber mochte die Rekognition anfangs übersehen haben und dann nicht mehr Platz finden, sie an gewöhnlichem Orte vor der Datirung unterzubringen. Nicht leicht denkbar ist das, wo sie vor der Datirung sichtlich nachgetragen wurde; hatte der Schreiber Raum für sie gelassen, so hatte er auch an sie gedacht. Und wenigstens in Fällen, wo Signum und Datirungszeile von derselben Hand herrühren, können bloße graphische Gründe nicht wohl für die Nachtragung bestimmend gewesen sein, da diese für gleichzeitige Fertigung mit dem Signumformel sprachen. Obwohl die Datirung schon fest stand, muß der Schreiber Gründe gehabt haben, die Rekognition noch nicht einzutragen. Würden solche Fälle sich häufiger ergeben, so würden sie allerdings sehr bestimmt darauf hinweisen, daß man die Formel erst nach wirklich geschehener Rekognition eintrug. Aber sie scheinen so vereinzelt zu sein, daß die verschiedensten, ganz zufälligen Umstände die Nachtragung herbeigeführt haben können.

288. Für unsere Zwecke ist jedenfalls festzuhalten, daß wenigstens in Einzelfällen die Rekognition erst nach bereits erfolgter Datirung nachgetragen wurde. Dann konnte sich durch Nennung eines der Datirung noch nicht entsprechenden Kanzler ein Widerspruch ergeben. Sind jene Fälle aber anscheinend nur vereinzelt vorgekommen, und sollten sie sich zugleich am graphischen Bestande des Original kenntlich machen, so wird man kaum geneigt sein, die Erklärung gerade in diesem Umfange zu suchen, wenn andere Erklärungen zur Hand sind, wie wir sie schon früher in Beziehung der Datirung auf die Handlung oder Wiederholung derselben aus einer Vorurkunde fanden. Oft läßt sich denn auch bestimmter erweisen, daß nachträgliche Zufügung nur der Rekognition zur Datirung nicht Veranlassung des Widerspruchs gewesen sein kann. Wurde § 105 St. 3758 besprochen mit 1155, aber einer erst zu 1156 passenden Rekognition, so ist unser Fall dadurch bestimmt ausgeschlossen, daß auch einzelne Zeugenaufführungen erst 1156 zulässig sind. Wurde § 106 St. 1464 mit 1007, aber erst zu 1008 passender Rekognition erwähnt, so bemerkte ich schon § 181, daß mir die Rekognition, welche Stumpf für nachgetragen hält, gleichzeitig mit der ganzen Urkunde gefertigt zu sein scheint. Auch bei St. 3980 nimmt Stumpf nachträgliche Zufügung der Rekognition an; aber meine § 104 begründete Annahme, daß der Widerspruch aus Datirung nach der Handlung zu erklären sei, bestätigte sich mir bei Einsicht des Original zu München, insofern die gesammte Urkunde mit Einschluss der Rekognition von derselben Hand gleichzeitig gefertigt sein muß.

In einzelnen Fällen trifft freilich der Widerspruch mit Umständen

zusammen, welche wir für Nachtragung geltend machten. In St. 1465 mit 1007, vgl. § 106, rührt die erst zu 1008 passende Rekognition Günthers von anderer Hand her, als Text und Datirung, während die Signumformel wieder anderen Charakter zeigt. Aber nach dem § 181 über diese Bamberger Schenkungsurkunden Bemerkten wird trotzdem kaum zu bezweifeln sein, daß das Zusammentreffen nur ein zufälliges und die Datirung den Vorurkunden entnommen oder auf die Handlung zurückbezogen ist.

Bereits § 265 wurde St. 4043 besprochen, bei dem Signumzeile und die, wie ich denke, erst Mai 1165 passende Rekognition zwischen Text und Datirung nachgetragen sind. Gibt diese nur das Actum 1165, so scheint der Text spätestens auf die ersten Monate des Jahres zu deuten. Aber es wurde schon bemerkt, daß die bloße Nachtragung der Rekognition zur Erklärung der sich hier bietenden Schwierigkeiten nicht ausreicht.

Weiter dürfte hier St. 3368, Uffermann Ep. Wirceb. 32, zu erwähnen sein, mit 1138, aber der Rekognition Arnold für Heinrich, welche nicht vor Ende 1142 paßt. Der Text ist zweifellos unecht oder stark gefälscht. Aber es könnte doch das in vielen Bestandtheilen nicht zu bemängelnde Protokoll einer echten Vorlage entnommen sein. Allerdings ist auch die Datirung aus Nürnberg 1138 März 31 im höchsten Grade anstößig. Aber es ist doch auffallend, daß diese genau mit der Datirung einer andern anscheinenden Fälschung, St. 3367, übereinstimmt; das müßte nach dem § 7 Bemerkten für Echtheit des Protokolles wenigstens dann sprechen, wenn kein Zusammenhang beider Fälschungen anzunehmen wäre; gegen einen solchen aber scheint wieder zu sprechen, daß beide Datirungen zwar in ihrem Inhalte, nicht aber in der formellen Fassung übereinstimmen. Ausschlaggebender für die Echtheit wenigstens der Datirungszeile scheint mir noch, daß diese in ihrer Fassung genau mit 3370. 71 übereinstimmt, und zwar auch in der ungewöhnlichen Stellung der Indiktion vor dem Inkarnationsjahre, und abgesehen von diesem Umfande auch mit 3369, während sich lange vorher und nachher keine Datirungen dieser Fassung finden. Ist das ganze Protokoll echt, so würde hier für Erklärung des Widerspruches gerade aus Nachtragung der Rekognition sich geltend machen lassen, daß dieselbe mit dem Signum erst auf die Datirung folgt. Freilich ist der besprochene Widerspruch nicht der einzige. Unter den Zeugen ist Bischof Heinrich von Lüttich genannt, der erst seit 1145 paßt. Die ganze Zeugenreihe, obwohl auf echte Vorlage zurückgehend, ist willkürlich interpolirt, was möglicherweise auch den Bischof treffen könnte. Sonst müßten wir bei Annahme der Echtheit des Protokolles, welches dann doch aller Wahrscheinlichkeit nach mit den Zeugen derselben Vorlage entnommen wurde, annehmen, auch die Zeugen seien erst nachträglich mit der Rekognition zugefügt. Natürlich möchte ich für die Echtheit auch nur des gesammten Protokolles unter solchen Verhältnissen in keiner Weise eintreten, und es wäre ja

288] möglich, daß die ungewöhnliche Stellung von Signum und Rekognition am Ende sich daraus ergeben hätte, daß der Fälscher, der vielleicht in einer Vorlage nicht alles zusammenfand, was er brauchte, jene aus einer andern an ungewöhnlicher Stelle zufügte.

Endlich mag hier an St. 4039, Verci Ecelini 3,39, datirt aus Pavia 1165 Febr. 7 wenigstens erinnert werden; denn wenn da auch der Inhalt zu großen Bedenken Anlaß gibt, so ist es doch wieder auffallend, daß Rechte, wie sie hier dem Grafen von San Bonifacio verliehen werden, von diesem kurz nachher wirklich geübt wurden; vgl. Ital. Forsch. 2,80. Die Form der Datirung entspricht jener Zeit; auch stimmen Ind. 13 und Regni 13 zu 1165 Febr. 7, während Imp. 11 erst später im Jahre stimmen würde, der Ort aber nicht zum Itinerare paßt. Die Rekognition des Erzkanzler Philipp würde erst einige Jahre später stimmen; dagegen entspricht sie den Zeugen, welche ganz zweifellos auf eine 1177 auf dem Tage zu Venedig entstandene Urkunde hinweisen. Aber an Nachtragung von Zeugen und Rekognition wird trotz der eine solche Annahme unterstützenden ungewöhnlichen Stellung der Zeugen zwischen Signum und Rekognition schwerlich zu denken sein. Eher vielleicht an Neuausfertigung mit Beibehaltung der früheren Datirung; doch bleibt auch dann die Ortsangabe unerklärt, da diese der Neuausfertigung gleichfalls nicht entsprechen würde. Am wahrscheinlichsten wird es sich doch um Fälschung auf Grundlage einer Urkunde von 1177 handeln, welche aus irgendwelchem Grunde zurückdatirt wurde.

Aus späterer Zeit ist mir dann freilich ein ganz zweifelloser Fall bekannt geworden, bei dem eine zur Datirung noch nicht passende Rekognition durch Neuausfertigung veranlaßt ist. Die drei Privilegien K. Karls IV für Nürnberg, Reg. 2028. 29. 37, aus Rom 1355 Apr. 5 datirt, haben in den Originalen zu München die anscheinend eigenhandige Rekognition: *de speciali mandato cesaris ego Nicolaus prepositus Cameracensis protonotarius cesaris presens privilegium alias datum sub cera tenoris eiusdem sub bulla aurea similiter recognovi*, während Nicolaus erst Ende 1374 Protonotar geworden ist. Daß der Widerspruch durch Neuausfertigung zu erklären sei, ist da in der Formel selbst deutlich genug angedeutet.

289. Kann in der Mehrzahl der Originale von irgendwelcher Nachtragung der Rekognition nicht die Rede sein, ist dieselbe in den meisten Fällen sichtlich gleichzeitig mit der ganzen Urkunde, die Datirung etwa ausgenommen, geschrieben, so läßt sich noch erwägen, ob etwa eine Nachtragung im Konzepte stattfand. Allerdings, wenn die Rekognition, wie wir bisher annahmen, die Bedeutung hatte, daß der Rekognoszirende für das Original selbst einstand, so etwa für Uebereinstimmung desselben mit dem schon früher gebilligten Konzepte, für Echtheit des königlichen Vollziehungsstriches, so konnte nur bei Nachtragung in der Reinschrift selbst die Formel der Sache entsprechen. Oder man mußte etwa geltend machen, daß, wie die Beglaubigungsformel die doch

erst folgende Unterzeichnung durch den König als bereits geschehen hinstellt, entsprechendes Vorgehen bei der Rekognition nicht ausgeschlossen war und die Formel in Vorausicht der noch folgenden Prüfung so gefasst werden konnte. Aber es ist doch auch ein anderes denkbar.

Sehen wir zunächst auf die Verhältnisse in früherer Zeit, so wird es bei der anfänglichen Eigenhändigkeit der Rekognition keinem Zweifel unterliegen können, daß dieselbe sich wenigstens ursprünglich zunächst auf das Original bezog. Kam dann die Eigenhändigkeit ab, so könnte das möglicherweise damit zusammenhängen, daß man anfangs, sie auf das Konzept zu beschränken. Prüfung und Billigung dieses war doch der Hauptpunkt; ob dann etwa der Reinschreiber noch etwas versehen hatte, war mehr nebensächlich, eine Prüfung durch irgenwelchen Kanzleibeamten vor der Abgabe konnte da auch bei genauerem Vorgehen genügend scheinen. Dann konnte der Gang der sein, daß der rekognoszirende Kanzler die Formel eigenhändig dem Konzepte zufügte, und das in der Reinschrift kopirt wurde. Es ist schwer, über das wirkliche Zutreffen einer solchen Annahme zu urtheilen, da eine unmittelbare Beweisführung ausgeschlossen ist. So weit mir bisher Haltpunkte aufgefallen sind, deren sich allerdings noch maßgebendere finden mögen, denke ich, daß die Annahme zwar im allgemeinen nicht zutreffen, vereinzelt und zeitweise aber allerdings die Rekognition im Konzepte nachgetragen sein dürfte.

Ich gehe davon aus, daß noch in der Zeit von 936 bis 953 theils die Kanzler Poppo und Bruno für die Erzkanzler, theils aber verschiedene Notare nicht für die Erzkanzler, sondern für jene Kanzler rekognosziren. Das läßt doch darauf schließen, daß man mindestens noch in dieser Zeit die Rekognitionsformel nicht als eine bedeutungslose Nennung des Kanzlers, der gerade im Amte war, faßte, daß jenem Unterschiede der Formel auch ein sachlicher Unterschied entsprach. An Eigenhändigkeit in der Reinschrift würde wohl nur zu denken sein, wenn die Rekognoszirenden selbst die ganzen Urkunden geschrieben hätten; würde das bei den Notaren keine Schwierigkeit bieten, so ist es jedenfalls für die Kanzler ausgeschlossen; und dann wäre doch wieder bei dem anscheinenden Ineinandergreifen jener Fälle nicht wohl abzu sehen, weshalb von den Reinschreibern die einen sich als Rekognoszanten nannten, die andern nicht. Es hat mich das auf eine Vermuthung gebracht, welche immerhin der Erwägung und nähern Prüfung werth sein dürfte. Ich denke, daß die Annahme, jene Formeln seien von den Rekognoszanten dem Konzepte zugeschrieben, geeignet seien möchte, jene Art der Rekognition zu erklären, ohne daß wir genöthigt wären anzunehmen, es habe schon in dieser Zeit die Formel dem thatsächlichen Vorgehen nicht mehr entsprochen. Zunächst wäre zu beachten, daß dem Reinschreiber die Rekognitionsformel jedenfalls irgendwie im Konzepte angedeutet sein mußte, wenn dieselbe nicht ohnehin in jedem

289] Falle dieselbe war, wenn er bald den Kanzler, bald einen Notar zu nennen hatte. Dann aber dürfte auch kaum etwas der weitem Annahme im Wege stehen, daß es sich wenigstens im Konzepte um eigenhändige Unterschrift des Rekognoszenten handelte, auf welche ja die Formel hinweist. Daß es dem Vorsteher der Kanzlei lästig wurde, die doch mit einiger Sorgfalt auszuführenden Unterschriften in der Reinschrift selbst zu fertigen, daß man davon allmählich abkam, ist begreiflich. Dagegen wird die thatsächliche Antheilnahme des Kanzler an den Geschäften doch leicht noch so weit gegangen sein, daß in der Regel er selbst die Konzepte der auszufertigenden Diplome prüfte, wie das formell zunächst als Sache des Erzkanzlers betrachtet wurde, und das durch seine Unterschrift bestätigte. War er aber abwesend oder sonst verhindert, so konnte dazu auch dieser oder jener Notar bevollmächtigt sein, der dann in ähnlicher Weise dem Konzepte die Bemerkung zufügte, daß er dasselbe in Vertretung des Kanzlers geprüft und unterschrieben habe.

Ob diese Annahme einer genaueren Prüfung der Originale gegenüber über haltbar sein wird, muß ich dahingestellt sein lassen. Sickel scheint allerdings im allgemeinen von der Ansicht auszugehen, daß die von Notaren rekognoszirten Urkunden auch von ihnen in Reinschrift gefertigt seien, vgl. N. Archiv I, 455, Schw. Kaiserurk. 10. 11. 43. 44, was wohl darauf schließen läßt, daß er durchweg die denselben Notar nennenden Diplome von derselben Hand geschrieben fand. Doch würde auch das meine Annahme, zumal bezüglich der Kanzler, nicht gerade ausschließen. Und Schw. Kaiserurk. 77 weist Sickel doch auch ausdrücklich darauf hin, daß St. 216 von Haolt rekognoszirt, aber nicht von dem sonst vorkommenden Schreiber Hoholt geschrieben sei, während mir doch kaum zweifelhaft ist, daß der Rekognoszent identisch ist mit dem, der St. 15 und 191 mit derselben Formel rekognoszirt und den hier Sickel a. a. O. 1 auch für den Schreiber hält. Von vornherein scheint mir die Annahme kaum sehr naheliegend zu sein, daß die als Rekognoszenten genannten Notare im allgemeinen auch die ganzen Reinschriften fertigten. Aber das bestimmtere Urtheil muß ich da durchaus Anderen überlassen, da mir die graphischen Verhältnisse, von denen dasselbe abhängig zu machen wäre, nicht bekannt sind.

Nehmen wir aber an, die Sachlage sei in der frühern Zeit K. Ottos wirklich die von mir vermuthete gewesen, so ergibt sich bald, daß nicht die maßgebende geblieben sein kann. Seit dem Uebergange der Kanzlei von Bruno auf Ludolf 953 hört die wechselnde Nennung beider des Kanzler, bald eines Notar als Rekognoszenten auf; von seltenen Ausnahmen abgesehen wird nun regelmäßig der Kanzler statt des Erzkanzler genannt. Sollen wir nun annehmen, daß die Kanzler wieder fleißiger geworden seien und regelmäßig mindestens das Konzept selbst geprüft und eigenhändig unterfertigt hätten? In solchen Dingen pflegt sonst die einmal begonnene laxere Uebung nicht wieder zu verschwinden, sondern mehr und mehr zur herrschenden zu werden. Es ist mög-

lich, daß jenes für Ludolf selbst zutraf, daß er alle Stücke selbst zu rekognosziren pflegte, obwohl ich auch da wenigstens für die spätere Zeit seiner langen Amtsführung schon bestimmtere, später zu erwähnende Bedenken habe. Aber dann mag eben das dazu beigetragen haben, zunächst nur den Kanzler als zur Rekognition berufen zu betrachten und ihn nun weiterhin schlechtweg auch da zu nennen, wo er an der tatsächlichen Rekognition gar nicht theilhaftig war. Das ergibt sich am bestimmtesten aus der weiterhin zu besprechenden Nennung auch des abwesenden Kanzler als Rekognoszenten. Dann aber kann von regelmäßiger Eigenhändigkeit der Rekognition, wenn auch nur im Konzepte, nicht mehr die Rede sein. Allerdings möchte ich annehmen, daß wohl jederzeit das Konzept in irgendwelcher Weise beglaubigt, von einem Kanzleibeamten unterfertigt und zur Reinschrift reif erklärt wurde; aber dazu konnte dann die Rekognitionsformel im allgemeinen nicht mehr dienen und wir werden bei Besprechung der Aushändigungsformel und der Datirung finden, daß das wenigstens später in anderen Formen geschah.

Nun würde das vermuthete Aufhören der Eigenhändigkeit allerdings an und für sich nicht bedingen, daß die Rekognition überhaupt nicht mehr im Konzepte zugefügt wurde; es konnte das ja geschehen, damit der Reinschreiber einen Anhalt habe. Das wird aber doch nur dann zu vermuthen sein, wenn dieser eines solchen Anhaltes bedurfte. Seit aber als Rekognoszent immer der fungirende Kanzler genannt wurde, seit dann mit dem Tode Erzbischof Brunos von Köln auch das gleichzeitige Fungiren mehrerer Erzkanzler in der deutschen Kanzlei aufhörte, bedurfte der Reinschreiber einer besondern Vorlage für die Rekognition nicht mehr; er konnte dieselbe mit derselben Sicherheit, wie etwa die laufende Signumformel oder die laufende Jahreszahl auch ohne Vorlage eintragen. Bei einem Abweichen von der gewohnten Formel wird denn die Rekognition auch wohl ersetzt durch einen Hinweis nur auf die Amtsführung des Kanzlers; so heißt es in der Urkunde des Gegenkönig Rudolf von 1079, St. 2997, Cod. Sax. II 1,38, statt der Rekognition in der Datirung: *Adelberone cancellario existente vice S. archicancellarii*. Ist man, wie wir sehen werden, wohl so weit gegangen, daß auch Rekognitionen vor dem Texte, ohne alle Beziehung auf eine bestimmte Urkunde vorausgefertigt wurden, so wird schwerlich anzunehmen sein, daß es üblich war, sie in den Konzepten zuzufügen; höchstens, daß sie angedeutet sein mochten.

Es ist mir denn auch kaum etwas aufgefallen, was gegen diese Annahmen zu sprechen schien. Finden wir zuweilen Nachtragung der Rekognition erst in die Reinschrift, so sahen wir, daß das nicht gerade auf ein genaueres Anschließen an den tatsächlichen Hergang schließen lassen muß, während Nichtvorhandensein der Rekognition im Konzepte mindestens in solchen Fällen noch wahrscheinlicher ist. Auffallend ist dann allerdings die Genauigkeit der Rekognition in den § 106. 267 be-

289] gesprochenen St. 2950. 57. 58. 63. 73. 74 aus den Jahren 1101 bis 1105; sind diese wirklich, wie ich annahm, frühestens 1106 zuerst ausgefertigt, so würde jene Genauigkeit sich wohl nur daraus erklären lassen, daß die Rekognition im Konzepte angegeben war. Nun steht es aber einmal doch nicht außer allem Zweifel, daß es sich nicht etwa um Neuausfertigungen handle. Andererseits liesse sich geltend machen, daß wenn der Reinschreiber auch keiner Vorlage für die Rekognition bedurfte, ihm doch angedeutet sein konnte, daß und wo er sie einzutragen habe; bediente man sich in solchen Fällen in der Regel des Anfangswortes, also hier des Kanzlernamens, hieß es etwa *Humbertus etc.*, so genügt das zur Erklärung der Genauigkeit. Es liesse sich weiter auf das hinweisen, was § 290 über das Aufkommen der mit *ego* beginnenden Formel, insbesondere ihren regelmässigen Gebrauch unter Oger von Jvrea mitgetheilt werden wird. Auf Fragen, welche bisher kaum aufgeworfen wurden, wird sich nicht leicht schon beim ersten Versuch eine genügende Antwort geben lassen; ich muß mich bescheiden, das mitzutheilen, was mir bezüglich solcher Dinge aufgefallen und eingefallen ist, die Entscheidung den Ergebnissen eingehenderer Forschungen anheimstellend.

Wurde die Rekognition in das Konzept eingetragen, so haben wir, wie das schon jene Fälle von 1101 bis 1105 nahe legen, gewiss anzunehmen, daß dann auch gleichzeitig die Datirung im Konzepte vermerkt wurde; und der Umstand konnte dann zu keinem Widerspruche zwischen Rekognition und Datirung führen. Anders konnte sich das freilich stellen, falls, wie ich annehme, überwiegend die laufende Rekognition vom Reinschreiber ohne Vorlage zugeschrieben wurde. War dann, wie sich später ergeben dürfte, die Datirung wohl schon im Konzepte vermerkt und blieb dieses einige Zeit unausgefertigt liegen, so konnte die Rekognition der angegebenen Datirung nicht mehr entsprechen und es würden sich dann Fälle, wie die § 288 berührten, auch dann erklären lassen, wenn Rekognition und Datirung sichtlich gleichzeitig in das Original eingetragen sind. Das könnte dann weiter auch zur Erklärung dienen für die von Sickel Schw. Kaiserurk. 82 gewiss mit Recht als anstößig bezeichnete Erscheinung, daß von St. 348. 349, von demselben Tage und für denselben Empfänger, die eine für Wilhelm, die andere für Bruno rekognoszirt ist, was doch selbst dann auffallen müßte, wenn wirklich damals unterschiedslos bald Bruno, bald Wilhelm genannt wurde. Sollte St. 348 trotz der von Sickel geltend gemachten Gründe echt sein, so würde jener Umstand sich etwa daraus erklären lassen, daß die Konzepte gleichzeitig datirt, die Rekognition aber erst den zu verschiedenen Zeiten gefertigten Reinschriften zugefügt wurde.

290. Auch für den Fall der Richtigkeit meiner Annahmen ist nicht zugleich erwiesen, daß eine Nachtragung im Konzepte in späterer Zeit gleichfalls ausgeschlossen ist. Wurde schon oft darauf hingewiesen, daß die Regierung K. Lothars III. einen besonders wichtigen Abschnitt für die Kanzleiverhältnisse bildet, so ist vor allem nicht zu

verkennen, daß sich für die Rekognition jetzt ganz verschiedene Verhältnisse ergeben.

K. Lothar hatte keinen eigentlichen Kanzler; es fungiren neben einander eine Reihe von Notaren, welche nun auch als statt des Erzkanzlers rekognoszirend angeführt werden. So weit mir Originale dieser Zeit bekannt sind oder mir Mittheilungen von Schum über die Schriftunterschiede vorliegen, würde höchstens in ein oder anderm Falle an nachträgliche eigenhändige Zufügung der Rekognitionszeile zu der von einem andern gefertigten Urkunde auch nur gedacht werden können. Es wäre weiter denkbar, daß in einzelnen Fällen der Rekognoszent zugleich die ganze Urkunde gefertigt habe; sicher aber wird das, wie schon gesagt, selbst der § 285 angeführte Fall St. 3228 nicht erweisen müssen. Im allgemeinen wird doch auch hier anzunehmen sein, daß Rekognoszent und Reinschreiber verschiedene Personen waren.

Dann aber bedurfte der Reinschreiber jetzt einer besonderen Weisung. Es gibt keine laufende Rekognition mehr, welche er schlechtweg jeder Urkunde hatte zufügen können. Die Rekognition nennt bald diesen, bald jenen Notar, was, zumal es von dem bisher üblichen Brauche abweicht, doch sicher anzeigt, daß es sich nicht um eine bloß formelle Angabe handelt, daß der Genannte wirklich gerade für diese Urkunde in irgendwelcher Weise einsteht. Und dann scheint mir wieder nichts näher zu liegen, als die Annahme, daß der Notar das Konzept mit der in der Reinschrift kopirten Formel eigenhändig beglaubigte.

Es kommt hinzu, daß für die Annahme der Eigenhändigkeit wenigstens auf einer Vorstufe auch der Umstand ins Gewicht fällt, daß gerade jetzt die hergebrachte Formel *N. recognovi* oder *recognovit* durch das später regelmässig übliche *ego N. recognovi* ersetzt wird. Allerdings kommt das letztere auch schon früher vereinzelt vor. Schwerlich schon unter K. Heinrich III. in einer nicht korrumpirten Urkunde; es dürfte der Hinweis darauf genügen, daß Steindorff, dem die Diplome dieser Zeit am genauesten bekannt sind, das *ego* schlechtweg als Zeichen der Korruption betrachtet; vgl. Heinr. III. 1,343. Dagegen zähle ich unter K. Heinrich IV. seit 1074 nach den Angaben Stumpfs sechzehn Fälle, in welchen die Rekognition mit *ego* beginnt. Einzelnes mag selbst hier noch auf Rechnung von Verfälschungen zu setzen sein. Aber die Sache gewinnt doch ein bestimmteres Gepräge dadurch, daß die Fälle überwiegend die italienische Kanzlei treffen, die ersten, St. 2780. 81. 97, Gregor von Vercelli, es dann insbesondere auffallen muß, daß die sämtlichen bekannten Rekognitionen Ogers von Ivrea, St. 2903. 4. 6. 10. 11. 17. 21. mit dem *ego* beginnen. Ich möchte nicht zweifeln, daß die in Italien allgemein übliche Form, die Unterschriften mit *ego* zu beginnen, deren sich in den Gerichtsurkunden auch die Könige und Kanzler bedienen, das veranlasste. Allerdings scheint es sich dabei nicht um bloße Willkür einzelner Reinschreiber zu handeln. Die Regelmässigkeit, mit der die im allgemeinen nicht übliche Form bei Oger vorkommt, wird

290] sich doch kaum anders erklären lassen, als durch die Annahme, dass dieser persönlich ihre Fassung bestimmte, was allerdings zunächst eigenhändige Zufügung im Konzepte denken liesse, aber doch auch durch eine allgemeine Weisung des Kanzlers seine Erklärung finden würde. Die abweichende Form gewinnt dann aber unter K. Heinrich nicht allein nicht festeren Boden, sondern sie verschwindet wieder. Bei seinem ersten, bis 1111 fungirenden Kanzler Albert findet sie vereinzelt St. 3022. 31. 32. 34. 47; sehen wir dann von dem überhaupt ungewöhnlichen Formen gefassten St. 3159 ab, so findet sich in der ganzen Folgezeit kein Fall mehr. Es ist demnach zweifellos jeder Zusammenhang mit dem früheren vereinzelt Vorkommen ausgeschlossen, wenn nun sogleich mit dem Regierungsantritte K. Lothars die Rekognitionen mit *ego* beginnen und das dann auch weiter üblich bleibt, dass mehr als drei Viertel der aus dieser Regierung bekannten Rekognitionen die neuere Fassung zeigen. Das kann nicht Zufall sein. Man führt alte Formeln fort, auch wenn sie dem tatsächlichen Vorgehen nicht mehr entsprechen. Aber man nimmt doch nicht leicht eine bisher nicht übliche Formel auf, wenn sie der Sache nicht entspricht. War *recognovi* neben *recognovit* immer üblich geblieben, so wird nun nicht allein jenes das alleinherrschende, sondern es wird durch das *ego recognovi* in einer Weise verstärkt, dass dabei doch nur an eigenhändige Unterfertigung gedacht werden kann, welche, wenn sie sich in den Reinschriften nicht bemerklich macht, wohl nur dem Konzepte zugehört sein kann.

Diese Verhältnisse ändern sich dann sogleich mit dem Regierungsantritte K. Konrads III. in so weit, als nun nicht mehr durch verschiedene Notare, sondern durch einen Kanzler rekognoszirt wird. Damit muss nun gerade die angenommene eigenhändige Unterschrift der Konzepte nicht wieder aufhören. Aber es ist doch sehr auffallend, dass schon in St. 3381, der gewöhnlichen Formel: *ego A. can. vice A. archie. recognovi* noch angehängt ist: *et ego Heinrichus notarius subscripsi*. Würde das etwa im Originale nachgetragen sein, so wäre das bei dem häufigen Abdruck im Wirtemb. U. B. 2,2 gewiss bemerkt. Mir macht den Eindruck, als sei hier etwas aus dem Konzept in die Reinschrift gerathen, was nicht hätte abgeschrieben werden sollen. Gerade da, wenn das Konzept keine eigenhändige Rekognition hatte, diese ja in der Urkunde in gleicher Weise zugesügt wurde, musste das Konzept doch sonst irgendwie durch jemanden beglaubigt sein, der für dasselbe einstand. Später ist das zweifellos geschehen; vgl. vorläufig § 199. Es könnte jene Unterschrift eines Notar entsprechen; die Unterzeichnung der Konzepte durch Notare hatte also nicht aufgehört, aber man war wieder auf den alten Brauch zurückgegangen, in der Rekognition immer den Kanzler zu nennen. Dann könnte der Zustand unter K. Lothar allerdings leicht darauf eingewirkt haben, dass nun doch wieder bis in die Zeit K. Friedrichs I. hinein zuweilen der tatsächlich rekognoszirende Notar

statt des Kanzler genannt wird; so St. 3430. 65. 3594. 3633. 77. 3729. Es scheint überhaupt, daß man in dieser Zeit sich des Unterschiedes zwischen tatsächlicher und rein formeller Rekognition mehrfach bewußt war; die Besprechung der Aushändigungsformel, durch welche das meiner Ansicht nach auch in den Reinschriften zum Ausdrucke gelangt, wird uns darauf zurückführen.

291. Denn davon wird jetzt am wenigsten die Rede sein können, daß die als Rekognoszenten genannten Kanzler die Urkunden selbst prüften und, wenn auch nur im Konzepte, eigenhändig unterfertigten. Es wird nicht nöthig sein, daran zu erinnern, wie wenig das der einflußreichen Stellung, welche die meisten Kanzler der staufischen Zeit einnahmen, entsprechen würde. Denn gerade in dieser Zeit sind die Beispiele für Nennung des abwesenden Kanzler in der Rekognition am häufigsten.

Daß nicht bloß in vereinzelt Ausnahmefällen, sondern verhältnismäßig häufig der rekognoszirende Kanzler gar nicht am Hofe war, hat Scheffer-Boichorst, K. Friedrichs I. Streit mit der Kurie 205 ff., unwiderleglich nachgewiesen. Bis dahin galt der Satz, daß der Kanzler zur Zeit der Datirung am genannten Orte gewesen sein müsse, für ebenso feststehend, als manche andere, gegen deren Stichhaltigkeit ich hier zuerst Bedenken erhoben habe oder gegen die doch bisher nur vereinzelte Zweifel laut wurden. In der Nennung des abwesenden Kanzler als Rekognoszenten haben wir doch eine so grobe Ungenauigkeit zu sehen, daß dagegen manche andere kaum ins Gewicht fällt, auf die hin man sich bisher zur Verdächtigung eines Diplom berechtigt hielt. Erlaubte in jenem Falle eine besonders günstige Sachlage eine so schlagende Beweisführung, daß der einfachen Zusammenstellung der Daten gegenüber jeder Widerspruch verstummen mußte, so hoffe ich, daß man bei unbefangener Erwägung finden wird, daß manche meiner verwandten Annahmen weder von vornherein unzulässiger, noch tatsächlich weniger begründet sind, wenn die Beweismomente auch nicht so offen zu Tage liegen.

Gerade unsere Untersuchungen könnten nun allerdings den Gedanken nahe legen, daß jener Umstand die Prüfung selbst nicht nothwendig ausschliesse, da die Datirung ein ganz anderes Stadium der Beurkundung bezeichnen könne. Aber eine Prüfung vor der Abreise hätte wenigstens dann, wenn die ganze Urkunde gleichzeitig gefertigt erscheint, überhaupt nur das Konzept treffen können. Und selbst das ist in vielen Fällen schon dadurch ausgeschlossen, daß sichtlich auch die beurkundete Handlung in die Zeit nach der Abreise fallen muß. Daß man aber umgekehrt die vollständig ausgefertigten und insbesondere bereits datirten Urkunden habe bis zu seiner Rückkehr liegen lassen, ohne sie abzugeben, ist an und für sich schwer glaublich, würde insbesondere auch dem widersprechen, was sich über die Bedeutung der Datirung ergeben wird. Es kommt hinzu, daß es sich insbesondere auch um Fälle

291] handelt, wo der Kanzler nicht zunächst aus Italien nach Deutschland zurückkehrte, sondern der König ihm nach Italien folgte und dabei gewiss nicht die inzwischen gefertigten Diplome mit sich führte, um sie nach Einsichtnahme durch den Kanzler zurückzusenden. Die ganze Erscheinung ist offenbar lediglich darauf zurückzuführen, daß man auf die thatsächliche Bedeutung der Rekognitionsformel keinerlei Werth mehr legte. Der Reinschreiber schrieb einfach das laufende Protokoll, ohne daran zu denken, daß es in Abwesenheit des Kanzlers nicht passe. Konnte er darauf vergessen, so liegt dann doch die weitere Folgerung nahe, daß auch bei Anwesenheit des Kanzlers schwerlich noch regelmäßig eine thatsächliche Rekognition vorgenommen seien wird. Das schließt nicht aus, daß man in einzelnen Fällen den Umstand beachtete. Wie in Fällen der Erledigung der Kanzlei, so wird auch wohl in Fällen der Abwesenheit des deutschen oder italienischen Kanzlers der eine statt des andern genannt; vgl. Stumpf Wirzb. Imm. I, 41, Waitz Verf. Gesch. 6, 288. Es sind weiter St. 4040. 4041 von 1165 durchaus in den Formen feierlicher Diplome gefertigt; fehlt ihnen trotzdem die Rekognition, so wird der Grund am wahrscheinlichsten der sein, daß der Kanzler abwesend war; dagegen wird er als Rekognoszent auch wieder genannt in St. 4038, das sicher, und in St. 4035. 4042, welche wahrscheinlich in die Zeit seiner Abwesenheit fallen. Bestimmter noch tritt die Beachtung der Abwesenheit hervor bei St. 3465, rekognoszirt von einem Kapellan in Vertretung des Kanzlers, welcher, wie Stumpf nachweist, gerade damals wahrscheinlich nicht am Hofe war. Und wird zuweilen nur der Erzkanzler als Rekognoszent genannt, so mag auch dafür in Einzelfällen Abwesenheit des Kanzlers der Grund gewesen sein, wie es sich in andern Fällen, vgl. Stumpf Wirzb. Imm. I, 41, durch Erledigung des Amtes erklärt.

Die von Scheffer angeführten Belege reichen bis auf Adalger, den Kanzler K. Heinrichs III. zurück; vgl. auch Steindorff Heinr. III. I, 348. Sichere Belege für schon früheres Vorkommen sind mir denn auch nicht bekannt. Doch wies ich schon § 129 bei Besprechung von St. 1225 auf Umstände hin, welche es zweifelhaft machen, ob Heribert im J. 1000 bei Datirung der seinen Namen nennenden Diplome immer anwesend war. Zweifelhaft erscheint mir das weiter für den Kanzler Ludolf. Rekognoszirt dieser 961 Juli 24 für K. Otto II. zu Wallhausen, Juli 25 für K. Otto I. zu Ohrdruf, so muß das wenigstens den befremden, der an der Annahme genauer Uebereinstimmung von Ort und Tag festhält, während ich allerdings auf diesen Fall kein Gewicht legen möchte. In der folgenden Zeit wird er bald beim Sohne in Deutschland, bald beim Vater in Italien genannt. Allerdings ergeben sich keine unbedingt unvereinbare Daten; am nächsten treten sich 963 Juni 14 zu S. Leo und Juli 20 zu Sollingen. Auffallend ist das immerhin, zumal wenn wir bedenken, daß uns vom Sohne nur ganz vereinzelte Urkunden erhalten sind. Wahrscheinlicher, als ein mehrmaliges Hin- und Herreisen, dürfte

doch seien, daß der deutsche Kanzler der deutschen Regierung zur Seite blieb, die wenigen 963 für Deutschland in Italien ausgestellten Urkunden aber trotzdem mit seinem Namen versehen wurden. Diesen treffen wir dann sonderbarerweise auch in Urkunden für Italien und zwar in einer Zeit, wo bereits ein italienischer Kanzler im Amte war. Es ergeben sich gerade in diesen Jahren, wie das bei der Neuheit der ganzen Sachlage nicht auffallen kann, so verwirrte Verhältnisse, daß ich mir ein bestimmteres Urtheil kaum erlauben möchte; aber es ist mir doch sehr unwahrscheinlich, daß Ludolf bei Ausstellung aller ihn als Rekognoszenten nennenden Urkunden anwesend war. Dabei mag auch das § 289 Bemerkte zu beachten sein, wonach unter seinen Vorgängern noch mehrfach Notare als Rekognoszenten genannt werden, also die tatsächliche Rekognition wohl bestimmter beachtet wurde, während das gerade unter Ludolf aufhört.

Die letzten der von Scheffer angeführten Fälle gehören zu 1221. In der Folgezeit wurden die Rekognitionen überhaupt seltener und, so weit ich sehe, nur in Fällen aufgenommen, wo der Kanzler wirklich am Hofe war.

292. Ein weiterer Umstand, der uns doch sehr mißtrauisch gegen die Annahme machen muß, daß der genannte Rekognoszent auch tatsächlich rekognoszierte, ist die zweifellos häufig vorgekommene Vorausfertigung vor dem Texte. Die Haltpunkte, welche dafür der graphische Bestand der Originale bietet, wurden bereits § 261 besprochen. Es ergab sich, daß zuweilen das gesammte Schlussprotokoll mit Einschluss der Datirung oder doch der weniger genauen Angaben derselben, häufiger wenigstens Signumzeile und Rekognitionsformel vor dem Texte gefertigt wurden. In Fällen, wo auch die erste Zeile von derselben Hand herrührt, mag das vereinzelt so aufzufassen sein, daß das Konzept des Textes bereits vorlag und der Schreiber der ersten Zeile dann die in verlängerter Schrift auszuführenden Theile des Schlussprotokollles sogleich zufügte, weil für den Text ein anderer Schreiber verwandt werden sollte. In solchen Fällen würde also auch eigenhändige Rekognition im Konzepte nicht ausgeschlossen sein. Aber überwiegend, insbesondere in allen Fällen, wo sich nicht auch die erste Zeile als vorgeschrieben ergibt, ist doch zweifellos nur daran zu denken, daß man jene Bestandtheile ohne alle Rücksicht auf einen bestimmten Text für eventuellen Gebrauch vorausfertigte. Dann ist natürlich ein Zurückgehen der Rekognition im Originale auf einen eigenhändigen Vermerk im Konzepte ausgeschlossen.

An und für sich wird allerdings die Vorausfertigung der Rekognitionsformel tatsächliche Rekognition durch den in ihr Genannten nicht ausschließen. Es liesse sich geltend machen, weil man ohnehin wußte, daß jede Urkunde durch den Kanzler geprüft werden würde, konnte man recht wohl die Rekognition vorher einschreiben. Für frühere Zeiten, wo gleichzeitig noch mehrere Rekognoszenten neben ein-

292] andergenannt werden, möchte das zugeben sein. An thatsächlicher Bedeutung der Rekognition kann da nicht wohl gezweifelt werden, da sonst gar nicht abzusehen wäre, weshalb man nicht immer schlechtweg den Vorsteher der Kanzlei nannte. Trotzdem findet sich auch da schon die Vorausfertigung; so nahm ich das § 261 für Urkunden K. Ludwig des Kindes an, Reg. Kar. 1196. 1205, welche Engilbero, und 1208. 1221, welche Ernst als Rekognoszenten nennen. Da aber nicht leicht mehr als zwei oder drei gleichzeitige Rekognoszenten genannt werden, so stand das selbst längerer Vorausfertigung kaum im Wege; man wählte eben ein Blatt, welches der thatsächlichen Rekognition entsprach. Und in Zeiten, wo vorwiegend der Kanzler, nur ausnahmsweise einzelne Notare genannt werden, könnte sich überdies, worüber ich nicht urtheilen kann, ergeben, daß nur die am häufigsten in Verwendung kommenden, den Kanzler selbst nennenden vorausgefertigt wurden. So scheint mir auch dieses Verhältniß der § 289 ausgesprochenen Annahme nicht im Wege zu stehen, daß mindestens bis auf Ludolf unter K. Otto I., wenn nicht die Reinschrift, doch die Konzepte eigenhändig rekognoszirt wurden. Selbst die eigenhändige Rekognition im Original dürfte Vorausfertigung nicht unbedingt ausschließen; so war in Reg. Kar. 263 von 815 zu München die Rekognitionszeile sicher vor der Datirungszeile eingetragen, da diese dem Rekognitionszeichen ausweicht; andererseits schienen mir aber auch wieder Text und Signumformel erst gleichzeitig mit der Datirung geschrieben zu sein.

Als es nun seit Ludolf üblich wurde, immer den Kanzler als Rekognoszenten zu nennen, mußte die Vorausfertigung noch näher liegen. Ist aber sicher nicht anzunehmen, daß die Rekognition thatsächlich immer durch den Kanzler vorgenommen wurde, geschah sie jetzt gewiß eher häufiger, als seltener durch einen stellvertretenden Notar, so mußte das Verhältniß wesentlich dazu beigetragen, in der Anführung der Rekognition im Originale einen bedeutungslosen Brauch zu sehen. Die Formel sollte wenigstens in feierlichen Diplomen vorhanden sein; vereinzelt wird auf sie auch wohl als Beglaubigungszeichen Gewicht gelegt; so wenn es St. 3571, Or. Guelf. 3,439, in der Beglaubigungsformel heißt, die Urkunde sei unter Zufügung von Signum und Zeugen *et Arnoldo cancellario nostro recognoscente* gefertigt. Fertigte man aber die Formel vielfach schon voraus, ehe auch nur feststand, welcher Text zugeschrieben werden sollte, so schrieb man sie gewiß auch sonst hin, ohne irgend daran zu denken, ob sie dem thatsächlichen Vorgehen entsprach, wie man in derselben Weise auch immer die eigenhändige Unterzeichnung erwähnte, während eine solche doch zweifellos häufig gar nicht stattfand. Im allgemeinen wird man der Formel kaum noch eine weitere Bedeutung beilegen dürfen, als daß sie anzeigt, daß die Urkunde unter der Amtsführung dieses Erzkanzlers und Kanzlers gefertigt wurde. Auf das thatsächliche Vorgehen selbst aber können wir aus der immer in derselben Weise gebrauchten Formel keinerlei bestimmte Schlüsse ziehen. Es ist

möglich, daß auch später der Kanzler vielfach noch die Urkunden selbst prüfte; ist aber nicht zu bezweifeln, daß das nicht immer geschah, während die Formel immer dieselbe bleibt, so kann uns diese natürlich nicht die geringste Bürgschaft dafür geben, daß auch nur in der Regel noch eine Rekognition durch den Kanzler stattfand. Und würde sich die § 262 erwähnte Annahme wirklich erproben, daß dem Empfänger zuweilen das mit dem Protokoll versehene Pergament übergeben wurde, um den Text selbst hineinschreiben zu lassen, so könnte wenigstens in solchen Fällen überhaupt von irgendwelcher thatsächlicher Rekognition nicht die Rede sein.

293. Aber auch in Fällen, wo eine Vorfertigung der Rekognition vor dem Texte nicht nachweisbar oder auch nur wahrscheinlich ist, dieselbe gleichzeitig mit dem ganzen vorhergehenden Theile oder doch mit der Signumformel entstanden zu sein scheint, ergibt sich wenigstens Vorfertigung vor der Datirung. Fanden wir § 277 Fälle, daß nur Rekognition und Datirung später nachgetragen wurden, so ist viel häufiger die Rekognition schon geschrieben, ohne daß man sogleich auch die Datirung zusetzte.

Das kann sich ergeben einmal aus sichtlicher Nachtragung der Datirung zu der übrigens, abgesehen etwa von dem Vollziehungsstrich, in ihrem ganzen schriftlichen Bestande vollendeten Urkunde. Das ergibt sich in früherer Zeit so häufig aus Verschiedenheit der Hand, der Dinte, aus der auffallenden Nachlässigkeit, mit der nur die Datirungszeile geschrieben ist, daß es überflüssig ist, einzelne Beispiele anzuführen. Zeigen sich in der staufischen Zeit überhaupt immer seltener graphische Unterschiede in den Originalen, so trifft das allerdings auch die Datirungszeile; wir werden darauf bei Besprechung der Datirung selbst eingehen, da für unsere nächsten Zwecke diese spätere Zeit weniger ins Gewicht fällt.

Tritt die Nachtragung der ganzen Datirungszeile oft sehr bestimmt hervor, so ist sie gewiß noch häufiger anzunehmen, als der Bestand der Originale sie mit Sicherheit erkennen läßt. Bloße Gleichheit der Hand wird sie noch keineswegs ausschließen müssen. Denn mit Rücksicht auf die gleichmäßige äußere Ausstattung der Urkunde wird man darauf gesehen haben, daß die Nachtragung durch denselben Schreiber geschah. Wie sehr man überhaupt auf Gleichmäßigkeit der Schrift sah, zeigt ein von Sickel Schw. Kaiserurk. 45 angeführter Fall, wo ein zweiter Schreiber, der im Texte einige Namen nachzutragen hatte, sich bemühte, selbst eigenthümliche Buchstabenformen des Vorgängers nachzubilden. Aus späterer Zeit haben wir für eine zweite Ausfertigung von Reg. Henr. (VII.) 287, Huillard 4, 594, eine später genauer zu besprechende Kanzleiweisung, daß die noch fehlende Datirung in angegebener Weise zuzufügen sei: *et hoc fiat eadem manu*. Daß das auch früher geschah, ergeben die zahlreichen Fälle, in welchen bei Gleichheit der Hand die Verschiedenheit der Dinte die Zufügung verräth. Tritt diese nicht sicher hervor oder ist nicht etwa eine wesentlich spitzere oder stumpfere Feder

293] gebraucht, so wird sich ein bestimmtes Urtheil oft kaum fallen lassen. Denn dieses wird auch erschwert durch die isolirte Stellung der Datirungszeile, zumal der Schriftcharakter derselben für diese Zwecke weniger mit der nächststehenden, aber mit anderer Schrift gefertigten Rekognitionszeile, als mit dem Texte zu vergleichen ist. Wo ein und derselbe Schreiber eine zusammenhängende Zeile zu verschiedenen Zeiten geschrieben hat, da wird sich das in der Regel verrathen; es genügen dann sehr geringe Abweichungen in der Färbung der Dinte oder der Schärfe der Feder, welche da kaum bemerklich sind, wo etwas durch größeren Zwischenraum Getrenntes mit einander zu vergleichen ist. Daher wird die Entscheidung zuweilen wesentlich dadurch erleichtert, daß wohl noch das die Datirungszeile einleitende Wort *data* gleichzeitig mit dem Texte geschrieben wurde. Sind die übrigens dem Texte entsprechenden Buchstaben größer oder kleiner geformt, so wird das bei der Selbstständigkeit der Datirungszeile keinen sichern Haltpunkt geben, da Rücksichten auf die äussere Ausstattung Gleichmässigkeit der Schrift in dieser Richtung nicht erforderten, Rücksichten auf die entsprechende Raumvertheilung da oft ein Abweichen befürworten konnte.

Leichter werden aus den angeführten Gründen die oft vorkommenden Fälle zu erkennen sein, bei welchen zwar die Datirungszeile im allgemeinen gleichzeitig mit der übrigen Urkunde geschrieben ist, ihre genauesten Angaben aber, Tag und Ort, erst nachträglich in dafür gelassene Lücken eingetragen wurden. Wir werden bei Besprechung der Datirung genauer auf den Umstand einzugehen haben. Für unsere nächsten Zwecke werden wir es im wesentlichen gleichstellen können, ob die ganze Zeile oder nur ihre genaueren Angaben nachgetragen wurden, es sei denn, daß etwa Gewicht darauf zu legen wäre, daß wohl in jenem, nicht aber in diesem Falle auch die Jahresangaben nachgetragen wurden.

294. Sicherer noch wird uns das Fehlen der Datirung in Originalen auf den Brauch nachträglicher Zufügung schliessen lassen. Stumpf Reichsk. 1,122 scheint das ziemlich allgemein nicht als ursprünglich betrachten, sondern durch Verstümmelung, insbesondere wohl Abschneiden der am untern Rande befindlichen Datirungszeile erklären zu wollen. Aber das ist gewiß nur in Einzelfällen anzunehmen, wo der jetzige Zustand der Originale das unterstützt. So ist es angegeben bei Dronke Cod. 282. Auch beim Original von St. 2341 zu Münster scheint die ursprüngliche Datirung abgeschnitten zu sein; die Rekognition steht nahe am unteren Rande; die Datirung ist von anderer Hand an ungewöhnlicher Stelle rechts unter dem Siegel in zwei Zeilen zugeschrieben. Ebenso ist in St. 3887, dann in einer Ausfertigung von St. 3889 zu München die Datirungszeile abgeschnitten; hing hier einst eine Goldbulle an, so ergibt sich leicht die Veranlassung. Andere der von Stumpf a. a. O. und Wirzb. Imm. 1,18 angeführten Fälle können überhaupt für unseren Zweck nichts erweisen. So fehlt Mohr Cod. 1,20, Dronke Cod. 158, St. 545 die Datirung nur im Drucke wegen Beschädigung oder Unleserlichkeit des

Originals; bei St. 748 ist die vorhanden gewesene Datirung radirt; Cod. Weiff. 1,40 ist ein Breve, bei dem Datirung wohl nie beabsichtigt war. Wenn aber übrigens vollständig ausgefertigten, mit Rekognition, wohl auch mit Siegel versehenen Diplomen, wie etwa Wilmans Kaiserurk. 92, St. 696. 864. 1834. 3172b. 3226. 3358. 3545. 3683, nur die Datirungszeile fehlt, so läßt das doch nur die Erklärung zu, daß auf die nachträgliche Zufügung vergessen wurde. Es stimmt damit, daß in späterer staufischer Zeit, wo Nachtragungen in der Reinschrift nur noch selten vorkommen, sich auch derartige Fälle nicht in gleicher Weise bemerklich machen. Und wenn die Nachtragung häufig ganz zweifellos lediglich vergessen wurde, wo nur die Lücken der Zeile nachträglich zu füllen waren, so müßte es geradezu auffallen, wenn das nicht zuweilen auch die ganze Zeile getroffen hätte.

Den letzterwähnten, oft vorkommenden Fall, daß in der gleichzeitig mit der übrigen Urkunde gefertigten Datirungszeile statt der Angaben von Tag und Ort sich unausgefüllte Lücken finden, können wir wieder wenigstens für unsere nächsten Zwecke dem Fehlen der ganzen Zeile gleichstellen.

Für Nachtragung der Datirung ließen sich auch die § 218 erwähnten Fälle geltend machen, bei welchen sich ein Zusatz zwischen Rekognition und Datirung findet; aber sie sind ganz vereinzelt und würden doch immerhin auch die Erklärung zulassen, daß man den Zusatz erst nach erfolgter Datirung da eintrug, wo gerade geeigneter Raum war.

Lediglich graphische Gründe konnten für die Nachtragung der Datirung nicht wohl maßgebend sein, da ihre Schrift der des Textes entspricht, weiter bei ihrer regelmässigen Stellung am untern Rande der Urkunde Rücksichten auf angemessene Raumvertheilung nicht nöthigten, ihre Zufügung etwa bis nach Fertigung von Signum und Rekognition durch einen anderen Schreiber zu verschieben. Signum und Rekognition bezeichnen uns, selbst von der Tagesangabe abgesehen, einen längeren Zeitraum, als die Datirung, deren Jahresangaben oft nur auf wenige Monate zusammenstimmen. Den nächstliegenden Grund für die Nachtragung der letztern haben wir demnach doch gewiß darin zu sehen, daß, während man jene sogleich dem Texte zuschreiben konnte, das bei der Datirung nicht in gleicher Weise der Fall war, da ihr Inhalt noch nicht feststand. Es ist denkbar und wir werden darauf zurückkommen, daß auch andere Gründe eingriffen, daß etwa, wenn die Datirung ohne Konzept zugefügt wurde, dem Schreiber des Textes nicht zugetraut wurde, sie genügend genau angeben zu können. Für unsere nächsten Zwecke fällt das nicht ins Gewicht; steht fest, daß die Datirung häufig erst der bereits mit der Rekognition versehenen Urkunde später zugefügt wurde, so können wir es vorläufig dahingestellt sein lassen, aus welchem Grunde das geschah.

295. In der Nachtragung nur der Datirung wird nun häufig die nächstliegende Erklärung widersprechender Angaben zu su-

295] chen seien. In vielen der Fälle, welche wir § 265 ff. zunächst aus Nachtragung des ganzen Schlussprotokolles zum Texte, § 279 aus Nachtragung von Rekognition und Datirung zu erklären suchten, würde auch die Annahme bloßer Nachtragung der Datirungszeile zur Erklärung genügen, insofern sich der Widerspruch vielfach zunächst nur zwischen Text und Datirung oder zwischen Signum und Datirung ergab, während in diesem Falle die Rekognition, in jenem Signum und Rekognition beiden widersprechenden Angaben entsprechen konnten.

Bestimmt dagegen sind wir auf unsern Fall hingewiesen, wo sich aus der Nennung eines zur Datirung nicht mehr stimmenden Kanzlers ein Widerspruch zunächst zwischen Rekognition und Datirung ergibt. Die Datirung konnte sich so lange hinausschieben, daß inzwischen ein Wechsel in der Person des Kanzlers oder Erzkanzlers eintrat. Dann wird die Angabe ja überhaupt nicht einmal ungenau sein müssen, selbst wenn wir davon ausgehen, die Rekognitionsformel erweise die thatsächlich bereits erfolgte Rekognition. Der bezügliche Kanzler konnte die Urkunde ja bereits vor seinem Abtreten oder vor seinem oder des Erzkanzlers Tode wirklich geprüft haben; denn daß das gerade zu der in der Datirung angegebenen Zeit geschehen sei, ist in der Urkunde nirgends gesagt, wenn es auch wahrscheinlich sein mag, daß die thatsächliche Rekognition, so weit sie überhaupt noch erfolgte, in der Regel bei völliger Vollendung durch Zufügung der Datirung vorgenommen wurde. Aber nach allem früher Bemerkten glaube ich überhaupt davon ausgehen zu müssen, daß der Inhalt der Rekognition dem thatsächlichen Vorgehen nicht entsprach, daß die Formel kaum noch eine weitere Bedeutung hatte, als die, die fungirenden obersten Kanzleibeamten namhaft zu machen. Hatte sie damit wesentlich den Charakter einer Zeitbestimmung gewonnen, so mag es allerdings im allgemeinen die Absicht gewesen sein, sie der Datirung entsprechend einzutragen. War aber die Formel einmal vorausgefertigt, so wird man auf volle Genauigkeit in diesen Dingen, welche ja hier überhaupt durch die wörtliche Fassung nicht einmal erfordert war, schwerlich so großes Gewicht gelegt haben, um nun nach einer Aenderung in den Kanzleiverhältnissen die Urkunde deshalb umzuschreiben oder durch Neueintragung auf Rafur zu entstellen, wenn sich solche in Einzelfällen, vgl. § 181 zu St. 1537, auch wohl findet.

Dann aber steht nichts der Annahme im Wege, daß die Zeitunterschiede hier eben so bedeutend sein konnten, wie wir sie bei der nachträglichen Zufügung des ganzen Schlussprotokolles fanden. Auch wenn wir annehmen, daß die nachträgliche Datirung in der Regel gleichzeitig mit Vollziehung und thatsächlicher Prüfung erfolgte, konnte die fertige Reinschrift manchen Tag liegen, bis es zu diesen Akten kam. Besondere Verhältnisse konnten aber immerhin auch dazu führen, daß die Reinschrift in Vergessenheit gerieth, jahrelang unvollzogen blieb, bis dieser oder jener Umstand, etwa Anwesenheit des Empfängers am Hofe,

wieder daran denken liefs. Sollte weiter, worauf wir zurückkommen, die Datirung wenigstens strenggenommen zunächst die Zeit der Uebergabe der fertigen Urkunde bezeichnen, mag sie demnach ihrer eigentlichen Bedeutung gemäß vielfach erst unmittelbar vor der Uebergabe nachgetragen sein, so konnte selbst die vollzogene Urkunde noch lange undatirt bleiben. Der Bittsteller mochte den Hof inzwischen wieder verlassen haben und sogleich keine Person zur Hand sein, der man das Diplom zur Weiterbeförderung hätte übergeben können. Und weiter ist bei diesen Dingen zweifellos zu berücksichtigen, daß die Kanzlei darauf bedacht gewesen sein wird, sich die Zahlung der Taxen zu sichern, und, wenn diese noch nicht berichtet waren, schwerlich das nächstliegende Mittel verfaumt haben wird, das Diplom vorläufig zurückzubehalten.

Es könnte sich nun weiter fragen, ob wir uns hier auf die Annahme einer Nachtragung der Datirung in die Reinschrift zu beschränken haben, ob sich der Widerspruch nicht auch aus Nachtragung der Datirung zu der im Konzepte vorhandenen Rekognition ergeben haben kann. Im allgemeinen dürfte von letzterer doch abzusehen sein. Ist es mir an und für sich wenig wahrscheinlich, daß die Rekognition wenigstens in solchen Zeiten, wo sie regelmäßig den Kanzler nannte, häufiger dem Konzepte zugesügt wurde, vgl. § 289, so wird die Annahme doppelt unwahrscheinlich sein, daß nur die Rekognition, nicht zugleich die Datirung nachgetragen wurde. Dagegen wird andererseits daran zu erinnern sein, daß nach dem § 293 Bemerkten sich in manchen Fällen gerade von der Datirung schwer mit Sicherheit wird behaupten lassen, daß sie im Originale nicht nachgetragen sein könne; das Fehlen eines stärkeren Unterschiedes des Schriftcharakters wird daher das Zutreffen unserer Annahme nicht gerade ausschließen müssen. Sollte aber wirklich, wie das ja etwa bei besonders auffallender Färbung der Dinte zutreffen kann, in solchem Falle Nachtragung bestimmt ausgeschlossen sein, so würde immerhin zur Erklärung noch die Wiederholung der Rekognition aus einer Vorurkunde, vgl. § 177, zur Verfügung stehen, welche im allgemeinen freilich der weniger wahrscheinliche Fall sein dürfte.

296. Es fehlt denn auch nicht an Einzelfällen der Nennung eines zur Datirung nicht mehr passenden Kanzlers. Ist bei manchen an der Echtheit der bezüglichen Urkunden nicht zu zweifeln, so ist diese allerdings bei andern durchaus unwahrscheinlich. Aber auch bei solchen wird doch immerhin zu erwägen sein, ob wir ganz willkürliche Fälschungen vor uns haben, oder ob nicht wenigstens das Protokoll einer echten Vorlage entsprechen könnte.

Ein frühes Beispiel würde uns die Urkunde K. Ludwigs Reg. Kar. 791, M. Boica 31, 94, geben, in welcher Text und Rekognition, aber auch Tag, Ort und Indiktion zu 844 passen, falls die Annahme von Stumpf, Reichsk. 1, 123, richtig wäre, daß die jedenfalls spätere Datirungszeile 859 in der königlichen Kanzlei zugesügt wäre. Da aber alles außer Regni 26 zu 844 paßt, Regni 26 aber auf 858, die diesem nächstliegende

296] Ind. 7 dagegen auf 859 weisen würde, weiter das berichtigte Itinerar in beiden Jahren den Aufenthalt in Regensburg ausschließt oder unwahrscheinlich macht, vgl. Sickel in den Sitzungsber. 39, 168. 170, endlich doch ein befremdender Zufall wäre, daß die Nachtragung gerade nach Ablauf eines Indiktionencyclus erfolgt wäre, so möchte ich mich der Ansicht von Sickel a. a. O. 36, 381 anschließen, daß es sich um irgend welche spätere Wiederholung oder Zufügung einer auf 844 berechneten Datirung handelt, bei welcher die Regierungsjahre fehlgegriffen wurden. Die Datirungszeile zeigt ja auch sonstige Mängel, welche doch einem Anderen, als der königlichen Kanzlei selbst zuzutrauen seien würden.

Sehen wir auf spätere Fälle, so wird St. 378 mit 966 von Stumpf zu 965 eingereiht und zugleich die Echtheit wenigstens in Frage stellt; vgl. auch Wirzb. Imm. 2, 16. Dagegen haben Höfer Zeitschr. 1, 509, Jaffé Dipl. quadr. 12, Heinemann Cod. Anhalt. 1, 31, welche sämtlich aus dem Originale druckten, keine Bedenken geäußert, obwohl der letztere den Widerspruch beachtete und daher die Urkunde auch mit Stumpf zu 965 setzt. Würde die Indiktion auch 965 nicht passen, so weisen die drei andern Jahresangaben übereinstimmend auf 966 Juli 8. Was die Erwähnung des 965 Mai 20 gestorbenen Markgrafen Gero im Texte betrifft, so wird diese nach dem schon § 265 Bemerkten Datirung 966 nicht ausschließen. Ist nun aber weiter auch für den 965 Oct. 11 gestorbenen Erzkanzler Bruno rekognoszirt, so scheint mir die Annahme, die Datirung sei überhaupt erst später zugefügt, viel näher liegend, als die, man habe 965 aus Versehen drei auf 966 zusammenstimmende Jahresangaben geschrieben.

Ähnlich liegt die Sache bei St. 477, Jaffé Dipl. q. 14, von 970, welche im Original *16. kal. septembris* hat. Stumpf bezeichnet das schlechtweg als verschrieben für *16. kal. februarii*, zweifellos wegen der Erwähnung des spätestens 970 Jan. verstorbenen Erzkanzler Hatto und wegen des im August dem Itinerar nicht entsprechenden Actum Pavia. Für die Ortsangabe würde es an einer Erklärung nach später zu Besprechendem nicht fehlen, auch wenn wir sie nicht auf die Handlung beziehen wollen. Die Annahme eines Schreibfehlers im Original scheint mir nun hier deshalb besonders bedenklich, weil derselbe, obwohl sich vier Jahresangaben finden, die Datirung nicht allein nicht gestört, sondern sogar erst richtig gestellt hätte; passen die anderen Angaben sowohl zum Januar, wie zum August, so entspricht Imperii 9 nur dem letztern.

Bedenklicher ist der Fall St. 507, M. Boica 31, 204, mit 972 Mai 28, wozu nur Ind. 15 stimmt. Der Erzkanzler Hatto würde auf spätestens 969 weisen, wohin man die Urkunde mehrfach gesetzt hat. Es paßt nun aber weiter der Kanzler Liudolf überhaupt nicht zum Erzkanzler Hatto; die Annahme der Echtheit würde voraussetzen, daß der Abschreiber der uns nicht im Original erhaltenen Urkunde Liudger in Liudolf geändert hätte. Dazu kommt noch, daß Regni 30 auf 966, Imperii 8 auf 969 weisen würde.

Noch gehäufere Unregelmäßigkeiten finden sich in St. 546, von Stumpf als unecht bezeichnet, während Höfer Zeitschr. 1,518 nur an groben Irrthum bei der Ausfertigung denkt. Mit Ausnahme der Datirung würde alles einer Urkunde K. Ottos I. entsprechen, welche aber wegen der Rekognition Ludolfs für Wilhelm spätestens 967 entstanden sein könnte. Nun folgt aber die Datirung 979 Oct. 27, wozu weder Ind. 11, noch Imp. 2 passen. Nehmen wir dagegen an, es sei 979 statt 969 verrieben, so würde die Indiktion nur um eine Einheit zu gering sein, die Kaiserjahre aber würden passen, freilich nicht für K. Otto I., sondern für K. Otto II. Wäre dieser 969 in Deutschland gewesen, so läge gewiß nichts näher, als die Annahme nachträglicher Datirung in der Kanzlei des Sohnes. War dieser aber damals beim Vater in Italien, so würde zwar das Actum Quedlinburg bei Beziehung auf die dorthin passende Handlung kaum große Bedenken erregen; aber es wäre doch schwer abzusehen, wie man beim Zusammensein beider Herrscher dazu gekommen wäre, lediglich die Kaiserjahre des Sohnes zu nennen. Dazu kommen nun aber noch königliches Monogramm und königliches Siegel. Das könnte es nahe legen, das Imp. 2 doch auf K. Otto I. zu beziehen und anzunehmen, die Urkunde sei 963 in der Kanzlei des Sohnes in Deutschland ausgefertigt worden, eine Annahme, welche auch darin eine gewisse Stütze fände, daß wenigstens 963 in der Kanzlei des Sohnes die Rekognition, wie hier, auf Ludolf für Wilhelm, in der des Vaters aber auf Ludolf für Bruno lautet. Für 979 und Ind. 11 würde dann freilich jede Erklärung fehlen. Mag nun die Erklärung in dieser oder jener Richtung zu suchen sein, jedenfalls schien mir hier wieder einer der Fälle vorzuliegen, bei welchen mit Annahme der Fälschung am wenigsten etwas gewonnen zu sein scheint. Meine Vermuthung fand sich denn auch in so weit bestätigt, als mir Foltz, der das Original einsah, auf eine bezügliche Anfrage mittheilte, daß dasselbe graphisch ganz unverdächtig und von einer auch sonst ziemlich häufig auftretenden Hand geschrieben sei.

St. 1735, Zaccaria Leno 93, ist rekognoszirt von Heinrich für Eberhard, was spätestens 1016 passen würde. Dagegen stimmen Inkarnationsjahr und Regierungsjahr auf Anfang 1019 zusammen, und wenigstens in einem Drucke auch die Ind. 2, während andere Ind. 4 haben. Es wurde weiter bereits § 124 bemerkt, daß der Ort Regensburg zwar für jene Zeit auffallend sei, daß aber eine entsprechende Datirung sich auch in dem unverdächtigen St. 1752 für ganz verschiedenen Empfänger findet, wonach wenigstens für die Datirung an echter Vorlage nicht zu zweifeln ist. Dann aber bleibt das Nichtstimmen der Rekognition der einzige mir bekannte Verdachtsgrund.

Unbeanstandet ist St. 2016, Pistorius Script. 3,885, aus Nimwegen 1031 Apr. 20 mit dem Erzkanzler Aribio, der Apr. 6 gestorben war. Erfolgte sein Tod auf der Rückreise von Rom, ohne daß meines Wissens der Ort bekannt wäre, während das *inde rediens* der Vita Godehardi

296] prior c. 36 doch auch die vollendete Rückkehr nicht gerade ausschließt, so ist es möglich, wie Breslau Kanzlei 7 annimmt, aber doch kaum wahrscheinlich, daß der Kanzlei vierzehn Tage später sein Tod noch unbekannt war. Dagegen sucht Pabst im Archiv der Gesellschaft 12, 118 den Fall daraus zu erklären, daß der Kanzler im Namen der Verstorbenen weiter rekognoszirte. Aber das scheint nicht allein so nicht üblich gewesen zu sein, sondern auch gerade in diesem Falle nicht, da in den folgenden in die Zeit der Erledigung fallenden Urkunden der deutschen Kanzlei kein Erzkanzler genannt ist.

Erwähnt werden mag auch St. 2085, mit der nur 1027 bis 1031 passenden Rekognition Bruno für Aribio, während die Jahresangaben auf 1036 ziemlich zusammenstimmen, wo dann freilich der Ort nicht paßt. Aber wenigstens der Inhalt, der mit dem unbeanstandeten St. 1930 nahezu übereinstimmt, scheint ganz unverdächtig zu sein.

St. 2234 mit 1042 Okt. 15 nennt schon den Kanzler Adalger, während St. 2233 von Nov. 8 noch der Kanzler Eberhard genannt ist. Stumpf und Steindorff Heintr. III. 1, 161. 347 suchen den Grund in Korruption der Datirung in dem schlecht überlieferten St. 2234, und es mag das richtig sein, zumal es an und für sich kaum wahrscheinlich ist, daß Adalger schon am 15. Okt. Kanzler war; denn die Kanzlei wurde erledigt durch die Erhebung Eberhards zum Patriarchen von Agl., welche kaum so schnell auf den Tod seines Vorgängers Poppo am 28. Sept. gefolgt sein dürfte. Aber jedenfalls wird uns auch St. 2233 kein sicherer Beweis dafür sein dürfen, daß Eberhard am 8. Nov. noch im Amte war; denn im Original zu München sind Tag und Ort ganz zweifellos erst später nachgetragen.

St. 2264, Mittelrh. UB. 1, 374, von 1044 Juli 25, war von Stumpf früher als unecht erklärt, anscheinend zunächst deshalb, weil die Rekognition durch den schon erwähnten Eberhard spätestens Nov. 1042 paßt. Nach Einsicht des Original aber hat Stumpf Wirzb. Imm. 1, 12 die Urkunde für echt erklärt. Daraufhin hat nun Steindorff Heintr. III. 1, 349 einen nur hier erwähnten Kanzler Eberhard II. angenommen, wie das allerdings dadurch näher gelegt scheint, daß wir wissen, daß der Vorgänger Adalger Juli 20 starb, während dann freilich seit Aug. 24 Dietrich als Kanzler rekognoszirt. Immerhin bleibt dieses nur einmalige Erscheinen auffallend und doch zu erwägen, ob nicht auch hier Nachtragung der Datirung eingegriffen haben könne. Treffen wir den Eberhard dann auch noch in St. 2356, M. Boica 31, 324, von 1048, so ist hier Erklärung durch Nachtragung nur der Datirung von vornherein dadurch ausgeschlossen, daß auch das Eingangsprotokoll und das Signum kaifertlich sind.

Die Diplome für Brauweiler St. 2407. 8. 9, dann Stumpf Acta 432 n. 305, sind datirt aus Kaufungen 1051 Juli 17 und 18, nennen aber den Erzkanzler Bardo, welcher schon Juni 10 gestorben war. Allerdings steht es um die Echtheit der Brauweiler Urkunden im allgemeinen sehr

bedenklich; vgl. insbesondere Pabst im Archiv der Gefellsch. 12, 112 ff. Aber Acta n. 305 wenigstens scheint von Stumpf als echt anerkannt zu werden, und auch Pabst hat gegen dieses, wie gegen St. 2408, das sich nur durch einige Einschreibungen davon unterscheidet, welche recht wohl einer zweiten Ausfertigung angehören können, vgl. § 166, inhaltlich nichts einzuwenden. Würde aber auch keine dieser Urkunden als echt anerkannt, so müßte, was für unsere nächsten Zwecke genügt, mindestens ein echtes Schlussprotokoll kopiert sein. Denn alle Zeitangaben stimmen genau, der Ort wird durch St. 2406 unterstützt; hatte der spätere Fälscher aber ein echtes Protokoll vor sich, so wird er an demselben natürlich nicht lediglich den Namen des Erzkanzlers geändert haben. Auch St. 2412. 13 für Brauweiler aus Kaiserswerth von Aug. 20 nennen noch Bardo. Bei diesen ergeben sich allerdings auch sonst die größten Anstände und der Name Bardo könnte immerhin einfach aus der früheren Urkunde entnommen sein. Wenn aber Pabst a. a. O. 123, dem sich wenigstens für diese Urkunden Steindorff Heinr. III. 1, 345 anschließt, die Rekognition hier als vernichtend bezeichnet, da schon vor Aug. 20 für Bardos Nachfolger rekognoszirt wird, so würde ich, wenn nur das die Urkunde verdächtigte, keinerlei Anstand daran nehmen.

Bei St. 2753. 54 für Gurk von 1072, aber mit dem nur bis 1067 passenden Kanzler Sigehard spricht auch der Inhalt durchaus gegen die Echtheit und ich zweifle nicht, daß die Rekognition aus St. 2693 von 1066 entnommen ist. An und für sich würde ich eine solche, einige Jahre früher passende Rekognition doch nur als auffallend bezeichnen, nicht mit Stumpf als unmöglich, da sie in sich keinen Widerspruch enthält. Auch bei St. 2746 von 1071, welches gleichfalls noch Sigehard nennt, wird an Erklärung durch Nachtragung der Datirung nicht zu denken sein, da die verbriefte Handlung selbst erst in das Jahr 1071 zu fallen scheint; vgl. Mon. Germ. 21, 419.

St. 2890, Lepsius Naumb. 1, 230, aus Mainz 1088 Aug. 10 nennt noch den Aug. 6 gestorbenen Erzkanzler Wezilo. Unkenntnis des Todes ist natürlich zu Mainz selbst nicht anzunehmen. Stumpf betont als Zeichen der Unechtheit weiter die Intervenienz des Markgrafen Ekbert; aber diese wird ja überhaupt nicht auf das Datum zu beziehen sein; daß die Handlung nicht unbedeutend früher fällt, scheint schon damit angedeutet, daß die Intervenienz der Fürsten *tunc presentium* betont wird. Anstößiger, als der Inhalt der Rekognition, könnte ihre Form scheinen. Aber die in dieser Zeit noch ungewöhnliche Einleitung mit *ego*, vgl. § 290, ist doch auch in der deutschen Kanzlei vereinzelt bei dem anscheinend ganz unanstößigen St. 2823 schon früher nachzuweisen. Auffallend ist dann weiter die Wortstellung *archicancellarii Wezelini*, während regelmäßig der Amtstitel nachsteht. Sollten aber nicht äußere Gründe gegen die Echtheit hinzukommen, so würden jene Umstände doch schwerlich ausreichen, die Urkunde zu verdächtigen. Bedenklicher steht es mit der inhaltlich zusammenhängenden St. 2891, Lepsius

296] 1,223, von 1089 Dec. 12, in welcher gleichfalls Wezilo noch genannt wird. Hier ergeben sich noch manche andere Anstände, so insbesondere die zweimalige Bezeichnung K. Heinrichs als *quartus imperator*. Als Vorlage für den Text dieser Urkunde, mag sie nun gefälscht sein oder nicht, hat jedenfalls die undatirte Urkunde Bischof Günthers von Naumburg, Lepsius 1,231, gedient. Im Falle der Unechtheit würde nun allerdings die Annahme nahe liegen, die Rekognition sei aus St. 2890 entnommen, wobei dann aber sehr auffallen müßte, daß trotzdem hier die ungewöhnliche Einleitung mit *ego* und die ungewöhnliche Wortstellung vermieden wären.

St. 3423, Stumpf Acta 128, wird von Stumpf als korrumpirt und verdächtig bezeichnet, wofür ich keine ausreichende Veranlassung sehe. Denn das von ihm betonte Signum der Königin kann doch kaum mehr befremden, als ihre Zeugenschaft in St. 3424; überdies sind auch die andern Anwesenden als unterzeichnend aufgeführt, was ungewöhnlich sein mag, aber gewiß in einer für Lothringen bestimmten Urkunde nicht verdächtigend, da es sich, wie schon § 131 bemerkt, dabei um Anschluß an den lothringischen Landesbrauch zu handeln scheint. Es stimmen weiter die drei Jahresangaben der Datirung sämmtlich auf 1142 nach März 13 zusammen, was doch nur für Genauigkeit der Abschrift sprechen kann. Dagegen ist nun allerdings als Erzkanzler der 1141 Juli 17 gestorbene Adalbert genannt und Stumpf reiht daher die keinen Tag nennende Urkunde zum Frühjahr 1141 ein. Das scheint mir doch kaum statthaft, wenn die ganze Datirung auf das folgende Jahr weist; die Annahme verzögerter Uebergabe scheint mir der Sachlage entsprechender zu sein.

Aus späterer staufischer Zeit weiß ich nur noch St. 4868 anzuführen, datirt vom 20. Juni 1194, aber in der Rekognition noch den Kanzler Sigeloh nennend, von dem wir wissen, daß er schon am 19. Juni starb. Sind mir weitere entsprechende Fälle nicht bekannt geworden, so wird das kaum bloßer Zufall sein. Nachtragung der Datirung im Original findet sich nämlich jetzt immer seltener; Rekognition und Datirung werden in der Regel mit der ganzen übrigen Reinschrift gleichzeitig geschrieben. Hören demnach die bezüglichen Widersprüche mit dem Entfallen der von uns vermutheten Ursache auf, so wird sich das dafür geltend machen lassen, daß wir uns bei unserer Annahme über die Veranlassung in früherer Zeit nicht getäuscht haben dürften.

BESIEGELUNG.

297. Hörte die eigenhändige Unterschrift des Kanzlers in der Reinschrift schon früh auf, fand auch die angekündigte eigenhändige Unterzeichnung des Königs nicht immer statt, während sie im zwölften Jahrhundert überhaupt außer Brauch kam, so wurde damit die Siegelung zu einer um so wichtigeren Stufe der Beurkundung, als sie allein noch

ein persönliches Eingreifen, wenn auch nicht des Königs selbst, doch eines der höheren Kanzleibeamten bestimmt voraussetzen läßt. Denn wenn der ganze schriftliche Bestand der Urkunde jetzt auch ausschließlich Werk eines bloßen Reinschreibers sein konnte, so wird dieser doch sicher wenigstens über das Siegel ohne ausdrücklichen höheren Befehl nicht verfügt haben. Das hätte jedem Mißbrauche freie Hand gelassen, zumal bei Urkunden, welchen Beurkundungszeugen fehlten und bei welchen demnach jetzt das Siegel das einzige Beglaubigungsmittel war. Auf das Siegel wird denn auch jetzt das größte Gewicht gelegt; vor K. Lothar wurde 1134, Quix Cod. Aq. 1,67, geurtheilt, daß alles, was vor dem Kaiser geschehen *et eius fuerit sigillo legitime confirmatum*, von andern Behörden einzuhalten sei; vgl. auch § 163 das aus St. 5034 Angeführte.

In Privaturkunden wird wohl Siegelung der von einem Anderen geschriebenen Urkunde durch den Aussteller selbst erwähnt; vgl. § 57. Vereinzelt heißt es selbst in einer burgundischen Königsurkunde von 1028, Or. Guelf. 2,178: *Signum d. Rudolphi piissimi regis, qui hanc donationem fieri iussit et eam suo anulo signavit*. Von deutschen Königsurkunden wären da nur etwa St. 3022. 23, Sloet O. B. 214. 212, zu erwähnen, in denen der König sagt: *manu propria annotavi, sigillo insignivi*; aber die erste ist, wenn auch echt, in ganz ungewöhnlichen Formen gefaßt; nach ihrem Muster scheint dann St. 3023 gefälscht zu sein. Sonst ist, so weit ich sehe, immer nur von einem Befehle des Königs, sein Siegel zuzufügen, die Rede.

An wen dieser Befehl gerichtet war, ist in anderen Urkunden wohl vereinzelt angegeben; so sagt 1215 Lupold von Worms als Legat Siziliens, Huillard 1,376: *hoc privilegium fieri iussimus et per manus Constantini prothonotarii sigillo nostro fecimus communiri*. Wie hier, so wird auch sonst der Vorstand der bezüglichen Kanzlei Siegelbewahrer gewesen sein. In Urkunde des Grafen von Flandern von 1180, Miraeus Op. 2,1320, erscheint an der Spitze der Zeugen der *notarius et sigillarius*, dann ein anderer Notar. Nicht anders wird das ursprünglich in der Reichskanzlei gewesen sein. In Karolingerzeit hatte der Vorstand der Kanzlei das Siegel und siegelte selbst oder befahl zu siegeln; vgl. Sickel Acta 1,343. Auch später fehlt es nicht an Zeugnissen, daß zunächst der Kanzler Siegelbewahrer war, vgl. Waitz V. G. 2,282; noch Anfang des zwölften Jahrhunderts werden Uebnahme der Kanzlei und des königlichen Siegels als im Zusammenhange stehend erwähnt; vgl. Breslau Kanzlei 83.

Mag formell noch später das Siegel zunächst dem Kanzler anvertraut gewesen sein, so scheint derselbe doch nach Maßgabe früherer, wie noch folgender Erörterungen sich an der Fertigung der Urkunden kaum noch irgendwie betheiligt zu haben; es ist nicht wohl denkbar, daß er auch nur die Siegelung derselben persönlich überwacht habe. Es liegt wohl am nächsten, das als Aufgabe des Protonotar zu betrach-

297] ten, dessen Sache jetzt die Leitung des gesammten Beurkundungsgeschäftes zunächst gewesen zu seien scheint. Dafür läßt sich auch geltend machen die ganz ungewöhnliche Rekognition von 1191, St. 4712, Antiq. It. 5,969: *ego H. imp. aule protonotarius precepto d. imperatoris recognovi et eius signo signavi*, wobei zweifellos an die Siegelung zu denken ist, obwohl die Urkunde mit dem gewöhnlich als Signum bezeichneten, jetzt ganz bedeutungslos gewordenen Monogramm versehen ist. Sagt 1299 K. Albrecht, Reg. 195: *sigillo secreto nostro propter cancellarii nostri absentiam*, und Reg. 201: *sigillo nostro secreto propter maioris absentiam fecimus communiri*, so dürfen wir daraus nicht schliessen, daß überhaupt nur in Anwesenheit des Kanzlers mit dem grofsen Siegel gesiegelt werden konnte; dasselbe war damals nur ausnahmsweise dem Kanzler mitgegeben, um unter demselben und im Namen des Königs Verträge mit Frankreich sogleich verbrieften zu können. Dagegen wird es nicht nothwendig als Ausnahme zu behandeln seien, wenn sich in Reg. Kar. IV. 4846 die Notiz findet: *sigillata ad mandatum cancellarii propter literas missas ad eum, quibus eam sigillari maiestas cesarea imperabat*. Denn während noch in den erhaltenen Vorräthen aus der Kanzlei K. Heinrichs VII. nichts auf irgendwelche Theilnahme des Kanzlers an dem Beurkundungsgeschäfte deutet, als Leiter durchaus der erste Notar erscheint, ist unter K. Karl IV. eine unmittelbare Theilnahme des Kanzler nicht zu bezweifeln; findet sich oft kein Protonotar, so dürfen dessen Geschäfte wieder auf den Kanzler selbst übergegangen seien.

298. Auf den Zeitpunkt der Siegelung wird in Privaturkunden wohl so grofses Gewicht gelegt, daß dieser ausdrücklich als der für die Datirung maßgebende Zeitpunkt bezeichnet ist; vgl. § 58. Ist das meines Wissens in Königsurkunden nie der Fall, so läge es doch immerhin nahe zu denken, daß auch da die Datirung zuweilen durch die Zeit der Siegelung bestimmt seien mochte, so daß es schon deshalb von Interesse wäre, diese genauer feststellen zu können. Weiter aber würde das auch in so weit von Gewicht seien, als sich Fälle finden, bei denen sich ein Widerspruch zwischen dem Siegel und Angaben der Urkunde ergibt.

Als letzter Akt der gesammten Beurkundung wird im dreizehnten Jahrhunderte die Siegelung von Conradus de Mure, Quellen und Erört. 9^a.475, bezeichnet: *nulle littere nisi valde simplices debent domini sigillo communiri, nisi de scitu principis speciali et post legitimam litterarum examinationem factam a prothonotario seu cancellario vel aliis, qui ad huiusmodi officium sunt per principem deputati*. Das entspricht denn ja auch durchaus der Bedeutung der Siegelung als Beglaubigung der Urkunde in dem Bestande, wie sie an den Empfänger abgegeben wurde. Es entspricht dem auch die schon § 280 erwähnte gewöhnliche Fassung der Beglaubigungsformel, wonach der König erst nach der Vollziehung durch eigenhändige Unterzeichnung den Befehl zur Siegelung ertheilt.

Es wird nun nicht gerade viel Gewicht darauf zu legen sein, daß zuweilen doch auch in den Formeln eine abweichende Folge angedeutet ist, daß es etwa St. 728. 927 heißt: *hanc cartam iussu nostro scriptam et sigillatam* oder *sigilli nostri impressione signatam manu propria nostra subter eam firmavimus*. Oder daß wenigstens die Siegelung bestimmter als bereits geschehen hingestellt wird; so in Urkunden K. Karls von 877 und 883, S. Gall. U. B. 2, 215. 235: *quod propria manu firmavimus et anulo nostro* oder *bullae nostrae impressione constat esse sigillatum*. Aber einmal wurde schon § 89 bemerkt, daß wir der Fassung in vergangener Zeit überhaupt kein größeres Gewicht beilegen dürfen, da dieselbe sichtlich häufig vom Standpunkte der bereits übergebenen Urkunde ausgeht; sonst würde ja auch gefolgert werden müssen, daß die Vollziehung bereits geschehen war, als jene Formeln geschrieben wurden. Weiter aber werden wir überhaupt weder die Theorie, noch den Inhalt solcher Formeln zu viel berücksichtigen dürfen; wir fanden schon zu viele Belege, daß die Praxis trotzdem einen anderen Weg einschlug. Und auch davon abgesehen würde keiner der erwähnten Haltpunkte bestimmter ausschließen, daß nicht wenigstens die Datirung erst nach der Siegelung folgen mochte. Es wird sich also fragen, ob der Bestand der Originale selbst uns Haltpunkte bietet, welche ein bestimmteres Urtheil über das thatsächliche Vorgehen ermöglichen.

299. Da ergibt sich nun zunächst, daß wir zuweilen Siegelung des unbeschriebenen Blattes anzunehmen haben. Ausdrücklich ist dieselbe bezeugt, wenn K. Friedrich II., als er 1240 eine Gefandtschaft an den König von Tunis schicken wollte, dem Magister Theodor schreibt, Huillard 5, 745: *mictimus discretioni tue cartam sigillatam et non scriptam, mandantes ut in lingua arabica ex parte nostra scribas eidem regi*. Ein solcher Ausnahmefall wird freilich wenig erweisen können. Aber auf Vorausiegelung scheinen doch auch sonst insbesondere Fälle zu deuten, bei welchen die Schrift dem Siegel ausweicht. In Privaturkunden trifft das sehr häufig zu; sie sind oft mit möglichster Raumersparnis gefertigt, Siegel und Schrift nehmen den ganzen Raum des Blattes ein, so daß auch in der Höhe des Siegels die Schrift fortgesetzt ist, so weit das Siegel Raum liefs; so haben z. B. die Originale von Reg. Westf. n. 1494. 1505 je zwei Siegel, während die Schrift auch zwischen sie hineingeschrieben ist. Bei Diplomen pflegte allerdings mit dem Raume weniger gespart zu werden; in der Regel ist hier das Siegel ohne einen Theil der Schrift zu berühren auf dem freien Raume zwischen Text und Datirungszeile, rechts von Signum und Rekognition aufgedrückt. Aber die Fälle sind doch auch nicht selten, daß der Raum für die übliche Anordnung nicht ausreichte, einzelne Zeilen der Schrift des Siegels wegen zu unterbrechen waren. Das trifft zuweilen den Text, was dann unmittelbar auf Siegelung des noch leeren Blattes zu deuten scheint, wenn nicht etwa Vorausfertigung des Protokolles anzunehmen ist, wie das nach Mittheilung Sickels bei St. 781 zutreffen dürfte.

299] Scheint nun aber Stumpf Wirzb. Imm. 2, 20 n. 32 jede Unterbrechung der Schrift durch das Siegel als Kennzeichen einer vorhergehenden Besiegelung zu fassen, so dürfte dem in dieser Allgemeinheit kaum beizustimmen sein. Wie die Formel des Signum zwar überwiegend da gebrochen scheint, wo das schon vorhandene Monogramm das nöthig machte, umgekehrt aber in Einzelfällen, vgl. § 275, auch vorhergefertigt wurde und nun freien Raum liefs, damit das Monogramm an üblicher Stelle nachgetragen werden konnte, so ist an und für sich doch auch hier beides denkbar; man konnte dem schon vorhandenen Siegel ausweichen, aber auch umgekehrt abbrechen, damit genügender Raum für das Siegel bleibe. So bei den nicht seltenen Fällen, wo die Datirung nicht, wie gewöhnlich, in einer Zeile unten über das ganze Blatt geschrieben ist, sondern links in mehreren Zeilen gebrochen, während rechts von ihr das Siegel aufgedrückt ist. Oder bei der sonderbaren Anordnung von St. 4050 zu München, wo links das Schlufsprotokoll in sieben Zeilen und neben den drei ersten derselben das Monogramm steht, rechts das Siegel aufgedrückt ist, und zwischen beiden das Ende der Zeigenaufführung in kurzen Zeilen weitergeschrieben. In allen Fällen wenigstens, wo der Raum sich beschränkt zeigt, ist das eine, wie das andere denkbar; man mochte den Raum, den das Siegel beanspruchte, vorzeichnen und danach die Zeilen brechen; oder auch die Einschnitte für das Siegel vorhermachen, wonach sich dann die Ausdehnung desselben berechnen liefs. Einen ganz bestimmten Beleg für solches Vorgehen gibt nach Mittheilung Ottenthals St. 559 zu Chur; in der neunten Zeile des Textes ist Raum für das Siegel gelassen, die zehnte bricht vor demselben ab, so dafs das Schlufswort *iussimus* dann noch ganz vereinzelt neben dem Siegel steht; andererseits aber war dieses nicht etwa schon vor dem Texte aufgedrückt, da die Spitzen der Schäfte, wie des Rekognitionszeichens durch dasselbe bedeckt sind. Ähnliches nimmt Sickel Schw. Kaiferurk. 13 für St. 781 an.

Es werden daher noch weitere Haltpunkte hinzukommen müssen, um aus der Unterbrechung der Schrift auf vorherige Siegelung schliessen zu dürfen. Beweisend scheinen mir vor allem Fälle zu sein, bei welchen das Siegel nicht an seiner gewöhnlichen Stelle steht, während doch an dieser Raum genug vorhanden gewesen wäre. Denn dann ist gar nicht abzusehen, was zu dem ungewöhnlichen Abbrechen der Zeilen hätte veranlassen sollen, wenn das Siegel nicht bereits vorhanden war, während beim Aufdrücken auf das noch leere Blatt für einen Text, dessen Ausdehnung vielleicht noch unbekannt war, die geeignete Stelle leicht verfehlt werden konnte.

So brechen in St. 613 zu München nicht allein die vier letzten Zeilen des Textes vor dem Siegel, sondern die beiden letzten auch vor dem links vom Siegel stehenden Rekognitionszeichen ab; für beide wäre weiter unten an üblicher Stelle hinreichend Platz gewesen; insbesondere aber wäre gar kein Grund abzusehen, für das Siegel früher ab-

zubrechen, als für das Rekognitionszeichen, wenn nicht beide schon vor der Schrift vorhanden waren. In St. 3244 weichen die letzten Zeilen der Zeugenaußführung dem Siegel aus, obwohl für dieses unten überflüssiger Raum gewesen wäre. In St. 3463 ist das Siegel in ungewöhnlicher Weise nach links hin aufgedrückt und ganz von Schrift umschlossen, so daß es die letzte Zeile des Textes, dann drei Zeilen der Zeugenreihe unterbricht, während diese dann unter ihm noch in geschlossenen Zeilen fortläuft; auch wenn man überhaupt freien Raum lassen wollte, hätte man das sicher nicht an dieser Stelle gethan. In St. 3626 zu Münster reicht das Siegel in die letzte Zeile der Zeugenaußführung; da diese von derselben Hand später zugefügt erscheint, so ergibt das hier allerdings nicht sicher, daß das Siegel auch vor dem Texte schon vorhanden war, wie das bei St. 3463 allerdings zutrifft, obwohl auch die Zeugen mit anderer Dinte zugeschrieben sind. Auch für St. 348 nimmt Sickel Schw. Kaiserurk. 80 an, daß wegen Unterbrechung des Textes Siegel und Monogramm vor diesem auf dem Blatte waren; doch zweifelt er an der Echtheit.

Aber auch da, wo das Siegel unter entsprechenden Verhältnissen Theile des Schlufsprotokolles unterbricht, wird wenigstens dann, wenn dieses sich als mit dem Texte gleichzeitig gefertigt ergibt, auf Siegelung des leeren Blattes zu schließen sein. In Reg. Kar. 900 unterbricht nach S. Gall. U. B. 2,216 das Siegel die in gleicher Höhe mit der Signumzeile fortlaufende Rekognitionszeile, so daß vor dem Siegel *L. cancellarius* mit dem in *subscripsi* aufzulösenden Rekognitionszeichen, nach demselben aber *ad vicem W. archicapellani recognovi* steht; sollte das Siegel erst zugefügt werden, so war doch kein Grund, die Zeile in ungewöhnlicher Weise zu brechen, während sein Vorhandensein hier außerdem noch die ungewöhnliche Fassung der Formel veranlaßt haben dürfte. In St. 3232 findet sich nach Wirtemb. U. B. 1,371 das Siegel mitten in der Urkunde so aufgedrückt, daß es sowohl die Datirung, als die erst auf diese folgende Rekognition durchbricht. Auch in St. 3358 zu München, das manches Auffallende zeigt, aber von Schum Vorstudien 26 als echt vertheidigt wird, war die in derselben Zeile mit dem Signum fortlaufende Rekognition wegen des Siegels zu unterbrechen.

Am häufigsten sind Fälle, bei welchen die Datirung dem Siegel ausweicht. Bei Annahme der Befiegelung des leeren Blattes erklärt sich das leicht; stand die Länge des einzutragenden Textes noch nicht fest, so ging man am sichersten, wenn man das Siegel möglichst weit unten aufdrückte, da die Datirung trotzdem leicht Platz fand. Ergibt sich nun in solchen Fällen weiter oben an der gewöhnlichen Stelle des Siegels hinreichender freier Raum, so wird an vorheriger Siegelung nicht zu zweifeln sein. So etwa bei St. 574 zu München, wo die Datirung in einer Zeile im Actum durchbrochen ist; so bei St. 1671 und 1793 zu München, St. 1800 zu Münster, St. 3239 nach dem Facsimile bei Schöpflin Als. dipl. 1,207, wo die Datirung in drei Zeilen links vom Siegel steht.

299] Auch bei den beiden Originalausfertigungen von St. 3086 zu München wird an Vorausiegelung zu denken sein; in der einen steht das Siegel tief unten und links von ihm die Datirung in drei Zeilen; in der andern reicht das Siegel in die Höhe der Signumzeile und diese in so weit unterbrechend, daß das Beizeichen in ungewöhnlicher Weise rechts vom Siegel steht; überdies aber ist doch wahrscheinlich, daß die eine Ausfertigung bei der anderen vorlag, in welchem Falle die ganz abweichende Anordnung sich schwerlich erklären ließe, wenn man annähme, der Reinschreiber habe Raum für das noch zuzufügende Siegel gelassen.

Auch in Privaturkunden finden sich wohl Haltpunkte, welche bestimmter auf Siegelung vor der Schrift deuten, wenn da auch die Beweisführung dadurch unsicherer wird, daß der Platz des Siegels überhaupt mehr wechselt, als in Königsurkunden. Einen ganz sicheren Beleg gibt die unvollendete Urkunde Mittelrh. U. B. 2,275; das Original hat zwei anhängende Siegel, aber die Schrift bricht mitten in einem Satze zweifellos deshalb ab, weil man erst jetzt gewahrte, daß das Blatt zu klein sei. Wiesen wir § 245 eine Reihe von Urkunden nach, welchen Datirung und Zeugen oder doch die letzteren noch fehlen, welche aber trotzdem besiegelt sind, so erweist das allerdings nicht bestimmt Siegelung vor der Schrift überhaupt; jedenfalls aber erklärt es sich bei solcher Annahme leichter, daß die Zufügung so oft übersehen wurde, auf welche man bei nachfolgender Siegelung doch eher hätte aufmerksam werden sollen. Ueberhaupt scheint mir, daß die Vorausiegelung bei Privaturkunden häufiger üblich war, als bei Königsurkunden; und dann dürfte es vielleicht nicht Zufall sein, daß viele der angeführten Fälle gerade Urkunden K. Lothars treffen, in denen wir auch sonst so häufig Einfluß des Brauches der Privatkanzleien finden.

300. Nahmen wir in den besprochenen Fällen Besiegelung des überhaupt noch unbeschriebenen Blattes an, so weisen andere darauf hin, daß zwar der Text schon eingeschrieben war, aber die Siegelung vor der Datirung erfolgte, wobei die Nachtragung bald nur diese, bald auch andere Theile des Schlusprotokolles traf.

Die Unterbrechung der Datirungszeile findet sich auch wohl da, wo die letztere sichtlich erst nachgetragen ist; so z. B. in St. 3313 zu München, wo die ungewöhnlich gefasste Datirung in ihrer ersten Zeile dem Siegel ausweicht, während sie nach der Färbung der Dinte mit der Rekognition später zugefügt ist. Wird das nun auch Siegelung nach dem Text und vor der Datirung wahrscheinlich machen, so ist doch nicht ausgeschlossen, daß auch bei Nachtragung der Datirung Raum für das Siegel gelassen wurde, wenn nicht weitere Haltpunkte hinzukommen. So nach Mittheilung von Ottenthal bei St. 671 zu Einsiedeln; das Siegel reicht gleich nahe an die letzte Zeile des Textes, wie an die Datirungszeile; aber nur diese zeigt eine entsprechende Unterbrechung, zweifellos weil hier, nicht aber dort, den Schreiber das bereits vorhandene Siegel beirrte.

Aber wir sind nicht auf solche Fälle beschränkt. Es wird insbesondere zu beachten sein, daß bereits besiegelten Diplomen die Datirung allein oder gemeinsam mit anderen Theilen des Schlufsprotokolles noch fehlt. In Reg. Phil. 73, M. Boica 29,528, trifft das die angekündigten Zeugen und das gesammte Schlufsprotokoll, für welche reichlich Raum gelassen ist. Häufiger sind Fälle, wo der bereits besiegelten Urkunde nur Rekognition und Datirung fehlen; so bei St. 1286. 1304. 1312. 3285. 3530. 3687. Zuweilen trifft das nur die Datirung. Fehlt diese nicht selten in Originalen, so finde ich zwar nicht überall eine ausdrückliche Angabe, daß dieselben besiegelt seien. Aber mehrfach ist das doch der Fall. So in Urkunde K. Lothars von 845 nach Wilmans Kaiserurk. 1,92; bei St. 864, vgl. Forsch. zur deutschen G. 13,94; bei St. 1834, vgl. Bresslau Dipl. c. 36; bei St. 3683, vgl. Trouillat Mon. 1,323. Auch an einer zweiten Ausfertigung von Reg. Henr. (VII.) 88 zu München hängen die Siegel, während die Datirung fehlt. Dem schlossen sich dann noch später zu besprechende feierliche Diplome der staufischen Zeit an, welche besiegelt sind, auch das Actum mit den Jahresangaben haben, während ihnen das Datum mit Ort und Tag fehlt.

Allerdings ließe sich auch hier, wie wir das § 283 bezüglich der besiegelten Diplome ohne Vollziehungsstrich bemerkten, geltend machen, daß, auch wenn regelmäßig erst die datirten Urkunden besiegelt zu werden pflegten, das Fehlen der Datirung bei der Befiegelung übersehen werden konnte. Vereinzelt mag das zutreffen sein. Aber im allgemeinen handelt es sich hier um leichter bemerkbare Mängel, die sich doch ungleich leichter dann erklären, wenn es sich bei dem noch Fehlenden um letzte Vervollständigungen der Beurkundung handelte, welche dann allerdings um so leichter übersehen werden mochten, wenn das in der Regel zuletzt zugefügte Siegel schon vorhanden war. Und wenigstens ein Fall ergibt ganz unmittelbar, daß Zufügung der Datirung erst nach der Siegelung wirklich beabsichtigt war.

Von dem Mandate K. Heinrichs (VII) von 1233, Reg. 287, Huillard 4, 598, wodurch er dem Walter von Hochdorf den Schutz des Klosters Engelberg überträgt, befinden sich im Klosterarchive zwei Ausfertigungen, beide besiegelt, die eine mit dem Datum Gelnhausen Jan. 11, Ind. 6, die andere, welche ungedruckt, aber angeblich ganz gleichlautend ist, undatirt. Diese zweite schließt mit *Dat.*; es ist ihr aber ein kleines Pergamentstück angeheftet, auf dem nicht bloß, wie nach der Angabe in (Liebenau) Versuch einer urkundl. Darstellung des Stiftes Engelb. 68 n. 5 und danach Huillard 4, 594 anzunehmen wäre, schlechweg ein anderes Datum angegeben ist, sondern auf dem nach einer mir vorliegenden Notiz von verschiedener Hand ausführlicher geschrieben steht: *scribatur data apud Hagenowe 4. non. decembr. indictione 6. et nomina omitta et hoc fiat eadem manu*; also eine Kanzleiweisung für nachträgliche Datirung der bereits besiegelten Reinschrift. Das blieb wohl aus Versehen unausgeführt; denn da sich beide Ausfertigungen

300] im Archive des Stiftes finden, so wurde die erste doch kaum einfach mit Rücksicht auf die spätere kassirt.

Die verhältnißmäßig wenigen Fälle, bei welchen Siegelung vor Datirung bestimmter erweisbar ist, wird uns nicht den Maßstab bieten dürfen für die Häufigkeit des tatsächlichen Zutreffens. Wir werden nicht vergessen dürfen, daß in einer sehr großen Zahl von Fällen die Annahme derselben wenigstens nichts im Wege steht. Dieselbe muß weniger nahe liegen, wo das gesammte Schlufsprotokoll nachgetragen ist, insofern das bereits aufgedruckte Siegel die Nachtragung unbequem machen mochte. Das trifft aber nicht zu in den zahlreichen Fällen, welchen nur die Datirungszeile oder doch deren genauere Angaben sich als nachgetragen erweisen. Und in dieser Richtung wird doch auch die regelmäßige Folge der Bestandtheile zu beachten sein.

Steht das Siegel nicht links, sondern rechts von Signum und Rekognition, folgt es demnach erst auf diese, so sehe ich darin allerdings einen Beleg, daß Siegelung erst nach den Unterzeichnungen als Regel zu betrachten ist, wie sich das denn ja auch überaus häufig bestimmt dadurch bestätigt, daß das Siegel einen Theil des Rekognitionszeichens bedeckt. Dagegen folgt nach der regelmäßigen Anordnung die Datirung erst auf das Siegel. Allerdings erscheint das wenig erweisend, weil sie eben neben Signum und Rekognition den genügenden Raum fand, die gegen die Datirung der einzige Theil des Schlufsprotokolles war, die bei regelmäßiger Anordnung die ganze Breite des Pergaments beanspruchte, demnach seine Stelle erst nach dem Siegel finden konnte, wenn man ihn nicht den anderen Theilen vorsetzen wollte. Aber diese Anordnung hat sich doch gewiß nicht zufällig so gestaltet, wird doch wenigstens ursprünglich durch den tatsächlichen Gang der Beurkundung bestimmt gewesen sein. Denn sie mußte sich ja nicht so gestalten. Sollte sich die Datirung nicht auf einen Schlufspunkt der gesammten Beurkundung beziehen, so stand nichts im Wege, sie unmittelbar auf den Text folgen zu lassen; die graphische Herstellung hätte das wesentlich erleichtert. Wo später ausnahmsweise unter dem Siegel kein Raum für die Datirung blieb, hat man sich leicht zu helfen gewußt, indem man sie in mehreren Zeilen links vor das Siegel schrieb. Und es ist doch sehr beachtenswerth, daß in Einzelfällen, wo jener Gesichtspunkt nicht maßgebend sein konnte, wo die Rücksicht auf angemessene Raumvertheilung in keiner Weise gehindert hätte, das Siegel erst auf die Datirung folgen zu lassen, diese dennoch nachsteht. So in dem Mandate K. Arnulfs für Korvei zu Münster, Wilmans Kaiserurk. 1,263; obwohl Signum und Rekognition hier entfielen, ist das Siegel unter dem Texte aufgedruckt, während dann erst ganz unten die kurze Datirung folgt. So in St. 2768.69 zu München; obwohl seitwärts Raum genug gewesen wäre, steht das Siegel in ungewöhnlicher Weise unter der Rekognition, während trotzdem die vollständige Datirung erst auf das Siegel folgt. In St. 2813 steht das Siegel allerdings unter der Datirung.

runge; es ist das sichtlich durch die auffallende Anordnung des Schlufsprotokolles, in dem die Datirung in ungewöhnlicher Weise an die Rekognition angehängt ist, veranlaßt. Auch in Privaturkunden, bei welchen jene Gesichtspunkte überhaupt entfielen, ist das Siegel nicht selten zwischen Text und Datirung aufgedrückt. Und so möchte ich nach allem Gefagten kaum bezweifeln, daß der ursprüngliche regelmässige Gang der Beurkundung der war, daß die Urkunde vom Könige vollzogen, dann rekognoszirt, weiter gesiegelt und endlich zum Schlufs die Datirung zugefügt wurde.

301. Aber an diesem Gange hat man jedenfalls später nicht festgehalten. Das üblichere scheint Siegelung nach der Datirung gewesen zu sein, also nach Vollendung des gesammten schriftlichen Bestandes der Urkunde, insofern doch auch für den Vollziehungsstrich, vgl. **§ 283**, Fertigung vor der Siegelung wenigstens als Regel anzunehmen sein dürfte.

Das trifft insbesondere die Masse der Diplome, bei welchen die gesammte Schrift mit Einschlufs der Datirung von demselben Schreiber in einem Zuge gefertigt erscheint. Andernfalls müßte hier schon das noch unbeschriebene Blatt gesiegelt gewesen sein. Gaben wir das aber **§ 299** für manche Fälle zu, so sind diese doch gewiß als Ausnahme zu betrachten. Es wird da einmal schon die Unbequemlichkeit zu berücksichtigen sein, die sich für den Reinschreiber ergeben mußte, wenn er bei seiner Arbeit fortwährend auf Schonung des bereits aufgedruckten Siegels zu achten hatte. Es fügt sich weiter das Siegel oft so genau in den von der Schrift gelassenen Raum ein, ohne daß doch die Schrift irgendwo ungewöhnlich gedrängt erschiene oder dem Siegel hätte ausweichen müssen, daß das schwer erklärlich sein würde, wenn schon vorher gesiegelt war; in manchen Fällen reicht die Schrift so nahe an das Siegel, daß es geradezu unmöglich gewesen wäre, sie so gleichmäßig auszuführen, wenn jenes schon vorhanden war. Unmittelbar erweisend sind dann alle Fälle, bei welchen das Siegel einen Theil der Schrift verdeckt. So bei St. 219 zu Münster, wo wegen Kürze des Pergament das Schlufsprotokoll auffallend klein geschrieben und eng zusammengedrängt ist und das Siegel einen Theil der letzten Textzeile und der Rekognitionszeile bedeckt. Ebenso bei St. 1313, vgl. Mon. graphica 5, 1. In St. 3981, das allerdings gefälscht scheint, bedeckte das Siegel mehrere Worte des Textes und einen großen Theil des Monogramm. Vgl. auch Stumpf Wirzb. Imm. 2, 20 n. 32. Daß das Siegel Theile des Rekognitionszeichens bedeckt, ist so häufig, daß es der Einzelbelege nicht bedarf. In St. 1234 war sogar schon eine Dorsualnotiz vor der Befiegelung da; vgl. Sickel Schw. Kaiserurk. 14. Zuweilen trifft das aber auch die Datirungszeile, insbesondere die Apprektion; so in Reg. Kar. 869. 890. 1081, St. 715 zu München, St. 259 zu Münster; in St. 3598 war nach Wirtemb. U. B. 2, 58 das Siegel ganz am Ende so aufgedrückt, daß es mehrere Worte der Datirungszeile bedeckte.

301] Es ist weiter gar nicht selten, daß bereits datirte Diplome unbesiegelt geblieben sind. Bereits § 283 wurden Fälle angeführt, bei welchen der vollständig gefertigten Urkunde nur Vollziehungsstrich und Siegel fehlen; in einer Reihe von Stumpf Wirzb. Imm. 2,20 n. 33 angeführten fehlt nur das Siegel; diesen schlossen sich dann noch an eine zweite Ausfertigung von St. 152, vgl. Dümge Reg. 86, dann St. 2671 2725, bei denen mir bezüglich des Vollziehungsstriches eine ausdrückliche Angabe fehlt.

302. Die nachträgliche Besiegelung konnte nun einen Widerspruch zwischen der Ankündigung und der Art der Besiegelung veranlassen. Die Ankündigung in der Beglaubigungsformel faßt wohl die Beschaffenheit der Siegelung bestimmter ins Auge, unterscheidet Siegel und Bulle, insbesondere die *bullae aureae*, aber auch wohl *sigillum cereum*, so Böhmer Acta 193, und *sigillum aureum*, so M. Boica 30, 50. Das wurde auch wohl genauer beachtet, wenn zwei Ausfertigungen ein und derselben Urkunde verschiedene Besiegelung hatten. So heißt es in der einen Ausfertigung von St. 4095, M. Boica 29,385.390, *sigilli nostri impressione*, in der andern *aurea bulla nostra insigniri praecepimus*; ähnlich in den mehreren Ausfertigungen des österreichischen Freiheitsbriefes von 1156 und anderer Privilegien, vgl. Oesterr. Archiv 8,89.

War nun die Besiegelung ein letzter Akt der Beurkundung, konnte die Art derselben noch ungewiß sein, als die Beglaubigungsformel geschrieben wurde. Ob damit zusammenhängt, daß schon früherer Karolingerzeit nach Sickel Acta 1,344 n. 5 die die Besiegelung ankündigenden Schlussworte wohl von anderer Hand nachgetragen sind, lasse ich dahingestellt, insofern es nach dem von Sickel Acta 1,196 n. 1 Bemerkten nicht scheint, daß für jene Zeit insbesondere der Gegensatz von Wachsigeln und Metallbullen schon in Anschlag zu bringen ist. Später wurde das wohl beachtet. Von St. 2056, M. Boica 29,41, finden sich zu München zwei Ausfertigungen; die eine unvollendete, ohne Vollziehungsstrich, Siegel und genauere Tagesangabe, hat da, wo die Art der Siegelung anzugeben war, eine Lücke; in der andern, mit Bleibulle versehenen, ist diese Lücke zwar mit *bullae nostrae* gefüllt, aber auch hier von anderer Hand und mit blasserer Dinte. Im Original von Reg. Phil. 17 zu Wien ist zwischen *appensa* und *maiestatis nostra bulla* ein leerer Raum gelassen, zweifellos, weil es noch ungewiß war, ob mit Goldbulle gesiegelt werden sollte; es hängt ein Wachsigel. Zeigen beide Fälle sonst keinerlei Nachtragungen, so ergeben sie zugleich sehr bestimmt, daß wenigstens hier die Besiegelung der letzte Akt der gesamten Beurkundung war.

Hat man nun in jenen Fällen den Unterschied genauer beachtet, so wird das nicht gerade überall zutreffen; es wird nicht auffallen können, wenn wir eine Besiegelung finden, welche, wenn sie auch vielleicht der Ankündigung nicht ausdrücklich widerspricht, doch voraussichtlich

in ihr anders bezeichnet sein würde, wenn auf die Art der Befiegelung schon bei Fertigung der Reinschrift Rücksicht genommen wurde. Die Ausdrücke wurden allerdings wenig scharf unterschieden, insbesondere auch wohl das Wachsfiegel als Bulle bezeichnet, vgl. Sickel Acta 1, 199 n. 7. Macht Sickel aber darauf aufmerksam, daß es in beiden Ausfertigungen von Reg. Kar. 929, Neugart Cod. Alem. 1, 426, heißt *anuli nostri impressione*, obwohl die eine Wachsfiegel, die andere Bleibulle hat, so ist es doch auch sehr denkbar, daß man bei Fertigung der Schrift eine verschiedene Befiegelung noch gar nicht beabsichtigte. Und wenn es in St. 3888 heißt: *sigilli nostri auctoritate*, oder in St. 3692: *sigilli nostri impressione*, so ist doch sehr wahrscheinlich, daß man bei Fassung des Textes noch nicht wußte, daß Goldbullen angehängt werden würden.

303. In dem letzten Falle kommt noch hinzu, daß wir *impressione* finden, wo wir wenigstens nach späterem Brauche *appensione* erwarten sollten, entsprechend dem Unterschiede zwischen aufgedruckten und angehängten Siegeln. Nun läßt sich allerdings auch die Aufdrückung des Stempels auf die Masse des anhängenden Siegels als *Impressio* bezeichnen. Und der Ausdruck findet sich auch wirklich nicht bloß da verwandt, wo thatsächlich ein Metallsiegel anhängt, sondern auch in Fällen, wo die Anhängung eines solchen von vornherein beabsichtigt war. So heißt es in St. 1171, M. Boica 28, 274: *sigilli nostri plumbea impressione*; und in dem oben besprochenen Falle St. 2056 hielt man es für genügend, nur für *bullae nostrae*, nicht aber auch für *impressione* leeren Raum zu lassen. Aber ich bezweifle doch in keiner Weise, daß man bei der *Impressio* zunächst das aufgedruckte Wachsfiegel im Auge hatte. Dafür scheint mir insbesondere zu sprechen, daß, als unter K. Otto III. regelmässig die Bleibulle verwandt wurde, das auch eine Aenderung der Formel zur Folge hatte; wenigstens nach den Texten, die mir gerade zur Hand sind, verliert sich das anfangs noch mehrfach verwandte *impressione*, ist nur noch von einem *sigillare* oder *sigillo insigniri* die Rede, während dann unter K. Heinrich II. mit dem Wachsfiegel alsbald auch das *impressione* wieder erscheint.

Ganz ähnliches zeigt sich nun wieder, als man im zwölften Jahrhundert anfang, die Wachsfiegel anzuhängen. Allerdings finden sich zahlreiche Beispiele, daß das *impressione* auch bei anhängenden Siegeln verwandt wurde. Aber im allgemeinen wenigstens geht auch hier mit der Aenderung der Siegelung eine entsprechende Aenderung der Formel Hand in Hand. Von der *Impressio* ist immer feltener die Rede, unter K. Friedrich II. finden sich wohl nur noch sehr vereinzelte Beispiele; dagegen ist schon unter K. Friedrich I. häufiger nur noch von Bekräftigung durch das Siegel schlechtweg die Rede, wie das auch später am üblichsten ist, während daneben, mindestens seit K. Otto IV., so Böhmner Acta 207, dann auch wohl die *appensio* ausdrücklich betont wird. Das ist doch gewiß nicht Zufall, sondern daraus zu erklären, daß

303] man den Ausdruck Impressio für das anhängende Siegel nicht mehr passend fand. Und wenn man das vielfach beim Fortschreiben der gewohnten Formel unbeachtet lassen mochte, so scheinen sich auch wo Fälle genauerer Beachtung zu ergeben. So schon in der Zeit des Aufkommens der angehängten Siegel bei St. 3901 und 3905 von 1116. Das letztere, eine nur unbedeutend geänderte zweite Ausfertigung von jenem, wiederholt insbesondere auch die Beglaubigungsformel desselben wörtlich, lediglich das *sigilli nostri impressione in auctoritate* ändern. War nun hier das Siegel angehängt, dort aufgedrückt, so wird doch die Absichtlichkeit der Aenderung nicht zu zweifeln sein.

Wenn trotzdem noch so häufig von Impressio die Rede ist, wo doch das Siegel anhängt, so wird das darauf zurückzuführen sein, daß zu Zeit des Aufkommens des neuen Brauches bei Konzipirung des Textes noch gar nicht vorauszu sehen war, daß das Siegel nicht aufgedrückt sondern angehängt werden würde. Denn wenigstens nach Maßgabe der Münchener Originaldiplome, bei deren Durchsicht ich auf den Urstand achtete, ist gar nicht zu bezweifeln, daß das Anhängen zunächst ein ausnahmsweiser Nothbehelf war für Fälle, bei welchen das Pergament für die gewöhnliche Siegelung nicht genügenden Raum bot, und sich das erst bei der Reinschrift herausstellen konnte. Das ließe sich schon geltend machen für die Urkunde K. Lothars St. 3247. Ich lasse es dahingestellt, in wie weit die von Schum Vorstudien 25, v. auch Giefbrecht K. Z. 4.425, geltend gemachten anderweitigen Gründe gegen die Echtheit der Urkunde, in welcher übrigens *in lili* mit anderer Dinte anscheinend auf Rasur geschrieben ist, ausschlaggeben sind; aber wenigstens die Anhängung des Siegels ließe sich doch als vereinzelter Behelf wegen mangelnden Raumes auffassen. Ueblich war die Anhängung auch in solchen Fällen noch kaum; man hätte sich sonst doch sicher ihrer bedient bei der Urkunde K. Konrads St. 3512 gegen deren Echtheit wohl kein Bedenken obwaltet, wenn der Text auch schwerlich aus der Reichskanzlei stammt; da der Raum nicht ausreichte, hat man hier das Siegel in eigenthümlicher Weise auf dem umgeschlagenen unteren Raume mit Pergamentstreifen befestigt. Unter K. Friedrich I. wird dann das Anhängen allerdings üblich; aber nach den mir bekannten Originalen von St. 3750. 3905. 73. 4033. 99. 4124. 9. doch immer nur dann, wenn der Text überhaupt keinen Raum für Aufdrücken des Siegel gelassen, oder wenigstens das Schlufsprotokoll eine andere Anordnung bedurft hätte, um den nöthigen Raum zu bieten. Das mag man in einem Einzelfalle, wie bei dem oben besprochenen St. 3905, früh genug beachtet haben, um der Formel eine allgemeinere Fassung zu geben; daß es überwiegend nicht beachtet wurde, wie denn auch bei St. 3973. 4033. 4124. 95 sich das gewöhnliche *impressione* findet, kann nicht auffallen, wenn sich erst bei Fertigung der Reinschrift herausstellte, welche Art der Siegelung anzuwenden sei. Wurde dann das Anhängen immer häufiger und geschah es nun auch in Fällen, wo

der Raum für Aufdrücken ausgereicht hätte, so konnte das allerdings auf eine Aenderung der Formel im allgemeinen hinwirken, wenn auch in den Einzelfällen bei der Formel die noch unbestimmte Siegelung keine bestimmtere Beachtung finden mochte.

Es handelt sich bei den besprochenen Verhältnissen allerdings weniger um unbedingte Widersprüche, als um bloße Ungenauigkeiten. Aber es dürfte für manche Fälle doch beachtenswerth sein, daß diese nicht gerade immer auf wechselnden und ungenauen Gebrauch der bezüglichen Ausdrücke schließen lassen müssen, daß die Veranlassung recht wohl auch darin liegen konnte, daß bei Niederschrift der Formel die Art der Befiegelung noch nicht feststand.

304. Es können sich nun aber auch ganz bestimmte Widersprüche zwischen dem Siegel und Angaben der Urkunde ergeben. Handelt es sich dabei um ein zu den Angaben der Urkunde nicht mehr passendes Siegel, ist dieses etwa das eines Vorgängers des urkundenden Herrschers, so würden die von uns erörterten Verhältnisse der Befiegelung nur etwa dann zur Erklärung verwerthet werden können, wenn wir Grund zu der Annahme hätten, es sei ein mit dem Siegel versehenes leeres Blatt später irrthümlich verwandt worden. Es würde das aber ein so grober Mißgriff sein, daß wir gewiß nur beim Fehlen jeder anderen Erklärung zu solcher Annahme greifen dürften. Und das würde allerdings zutreffen bei dem § 279 besprochenen Falle St. 2482, einer Urkunde K. Heinrichs III. mit dem Siegel K. Heinrichs II., falls sich die Echtheit derselben ergeben sollte. Weiter etwa bei St. 282 aus der Kaiserzeit K. Ottos I., vgl. § 107, aber nach Sickel Schw. Kaiserurk. 47 mit dem Königsiegel, wo aber nach Sickel andere Bedenken hinzukommen, welche die Echtheit wenigstens des angeblichen Original auszu-schließen scheinen. In keinem der andern mir bekannten Fälle würden wir zu so gewagter Annahme genöthigt sein. Wenn K. Ludwig das Kind sich wiederholt, vgl. S. Gall. U. B. 2, 323. 334. 339. 344. 345, des Siegels K. Ludwigs des Deutschen bedient, so mag man dasselbe zunächst nur verwandt haben, weil noch kein neues Siegel gefertigt war, während man es dann auch später neben anderen als Siegel des jetzigen König behandelte und fortgebrauchte. Nahmen wir § 171 an, daß die auf K. Arnulfs Namen lautenden Reg. Kar. 1098. 1124 nach dem Signum erst unter K. Ludwig gefertigt seien, so kann es natürlich nicht befremden, wenn man bei solchem Vorgehen auch den noch vorhandenen Siegelstempel des Vorgängers benutzte. Auch wenn der ersten bekannten Urkunde K. Ottos II. St. 547 nach Stumpf Wirzb. Imm. 2, 19 das Siegel K. Ottos I. aufgedrückt ist, wird die Annahme, daß der junge König noch kein eigenes Siegel hatte, zur Erklärung ausreichen. In späterer Zeit gibt ein sehr auffallendes Beispiel eine Urkunde K. Ludwigs von 1314 Dec. 24, Reg. Lud. 40, an deren ganz unverdächtigem Originale auf der Stadtbibliothek zu Frankfurt das Siegel K. Rudolfs hängt; auch da wird kaum an etwas anderes zu denken sein, als an ein Vergreifen

304] im Siegelstempel; der Fall hat wohl nur Werth, weil er beweist, wie weit die Nachlässigkeit der Kanzlei in solchen Dingen gehen konnte. Weiter aber beweisen solche Fälle, daß nach dem Tode eines Königs die Siegelstempel wenigstens nicht immer zerschlagen wurden, wie das sonst zur Verhütung von Mißbrauch wohl üblich war; vgl. etwa die Beurkundung eines solchen Herganges bei Varin Archives admin. de Reims 1,559.

305. Beachtenswerther werden unsere früheren Erörterungen für den umgekehrten Fall eines zu den Angaben der Urkunde noch nicht passenden Siegels sein. War die Siegelung gewöhnlich der letzte Akt der Beurkundung, so ist die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, daß dieselbe erst längere Zeit nach Fertigung der Urkunde insbesondere auch der Datirung erfolgen konnte. Im Regestum Fridrici, Huillard 5,694, heisst es zu einem offenen Briefe mit Siegelankündigung: *die iouis 26. date sunt ad sigillum lictere infrascripte* —, *quae facte fuerunt preterito die lune 23. huius mensis ianuarii et scripte per manus u. s. w.* Der Brief hat ausnahmsweise auch in der Handschrift, vgl. Carcani 326, eine ausgeführte Datirung, und zwar vom 23. Janu., also entsprechend der Schrift. Hat das Regest nur hier eine solche ausnahmsweise Bemerkung, so wird das wohl darauf deuten, daß bei diesen kurzen Stücken in der Regel Reinschrift, Datirung und Siegelung unmittelbar auf einander folgten. Bei Diplomen mag da aber doch oft eine Verzögerung eingetreten sein. Bresslau Kanzlei Konr. 84 schließt daraus, daß St. 1852, datirt vom Tage nach der Wahl und Krönung Konrads, schon das Siegel hat, daß Siegelstempel damals überaus rasch gefertigt wurden. Will man da aber nicht die § 110 versuchte Erklärung vorziehen, daß nach der Handlung datirt wurde, so wird der Umstand gewiß darauf schließen lassen, daß die Besiegelung erst einige Zeit später erfolgte. Und wie wir schon § 295 auf die verschiedensten Gründe dafür hinwiesen, daß eine gefertigte Reinschrift lange Zeit ohne Datirung liegen bleiben konnte, so mochte auch leicht geraume Zeit vergehen, bis eine bereits datirte Urkunde etwa unmittelbar vor der verzögerten Abgabe besiegelt wurde.

Dann konnte auch das Siegel, das jetzt im Gebrauch war, zu den Angaben der Urkunde möglicherweise überhaupt nicht mehr passen. Wir führten § 268 eine bischöfliche Urkunde an, welche wegen Todes des Ausstellers unbefiegelt blieb und erst vier und zwanzig Jahre später von seinem Nachfolger besiegelt wurde. Aehnliche Fälle wurden bereits § 163 auch aus Königsurkunden angeführt. Doch handelt es sich da wohl weniger um eine Verzögerung des Abschlusses der Beurkundung in der Kanzlei, als um nachträgliche bestätigende Besiegelung von Urkunden, welche aus Versehen von der Kanzlei unbefiegelt abgegeben waren oder deren Siegel später abgefallen war.

Anders dürfte die Sache aber doch liegen bei einem Falle, dessen Kenntniß ich gütiger Mittheilung von Foltz verdanke. St. 1046, Cod.

Saxon. II, 1, 19, von 995 Oct. 6 hat sich zu Dresden in zwei gleichlautenden, unverdächtigen Originalausfertigungen erhalten. Die eine hat der Datirung entsprechend das Königsiegel K. Ottos III., die zweite aber das Kaisersiegel. Da die Kaiserkrönung schon 996 Mai 21 fällt, so ist hier gewiß die Annahme die nächstliegende, daß die Vollendung der zweiten Ausfertigung, wie das bei einer solchen ja doppelt nahe liegen konnte, sich so lange verzögerte, daß das Siegel nicht mehr paßte. Dasselbe könnte dann auch zutreffen bei St. 284 von 961 Apr. 23, welchem nach Mittheilung von Stumpf, vgl. auch Sickel Schw. Kaiserurk. 46, das erst seit 962 Febr. 2 passende Kaisersiegel aufgedrückt ist. Allerdings hält Stumpf dafür, daß dasselbe nicht ursprünglich so, wie sich jetzt ergibt, auf der Urkunde befestigt gewesen sein kann. Aber bei einer an und für sich echten Urkunde dürfte doch auch in solchem Falle der Gedanke nahe liegen, daß das schon ursprünglich zur Urkunde gehörige Siegel im Laufe der Zeit sich löste und wieder befestigt wurde.

Dieser Umstand wird dann auch zu beachten sein in Fällen, bei welchen zwar ein Widerspruch zwischen Urkunde und Siegel nicht unmittelbar hervortritt, sich aber daraus ergibt, daß ein dem Aussteller an und für sich entsprechendes Siegel nach Ausweis anderer Urkunden zur Zeit der Datirung noch nicht im Gebrauch war. In dieser Richtung machte mich Sickel darauf aufmerksam, daß das Diplom Kaiser Ottos II. von 972 Aug. 18, St. 572, vgl. § 118, bereits dessen großes Kaisersiegel habe, dessen Fertigung zweifellos erst durch die Uebernahme der Regierung nach dem Tode des Vaters, 973 Mai 7, veranlaßt ist; nach Mittheilung von Foltz findet es sich sonst an keinem Diplom aus der Zeit des Mitkaisertums; insbesondere hat auch noch St. 574 von 972 Oct. 18 das kleine Siegel. Danach würde anzunehmen sein, daß die Siegelung sich hier bis weit in das folgende Jahr hinein verzögerte.

Auch bei Privaturkunden wird ähnliches vorgekommen sein. Die Stiftungsurkunde der Karthause Seitz, Steierm. U. B. 1, 452, ist doch wohl zweifellos noch von dem 1164 Dec. 31 gestorbenen Markgrafen Ottokar V. von Steier ausgestellt, obwohl sie das Actum 1165 nennt; aber das Siegel ist das des Markgrafen Ottokar VI. Freilich würden sich solche Fälle auch durch Neuausfertigung, vgl. § 158. 159, erklären lassen. Eine Urkunde, welche Herzog Heinrich von Baiern 1260 dem Kloster S. Zeno ausgestellt hatte, wird von ihm *ob fracturam sigilli* 1280 unter seinem jetzigen Siegel erneuert; vgl. Reg. Boica 3, 152.

DATIRUNG.

VORBEMERKUNGEN.

306. Der Ausdruck *Datirung* bezeichnet uns zunächst die Eintragung der Angaben von Zeit und Ort, mögen sich diese nun auf die Handlung oder auf die Beurkundung beziehen, wobei der *Datirende* entweder die für Aufnahme jener Angaben bestimmte Formel schon vorgeschrieben fand, sie nur auszufüllen hatte, oder aber die ganze Formel gleichzeitig oder nachträglich zuschrieb. Als *Datirung* bezeichnen wir dann aber auch die gesammte, mit jenen Angaben versehene Formel, pflegen schlechtweg von *Datirung* zu sprechen, wo es genauer *Datirungszeile* heißen sollte.

Den Inhalt der *Datirungszeile* bilden ausser den Angaben von Zeit und Ort einleitende Ausdrücke, am häufigsten *Actum* oder *Datum*, welche bestimmt sind anzuzeigen, auf was sich jene Angaben beziehen. Wie in andern Urkunden schon früher, so findet sich seit der staufischen Zeit auch in der *Datirungszeile* von Königsurkunden in später näher zu besprechender Weise häufig eine vom Rekognoszenten verschiedene Kanzleiperson genannt. Für unsere Zwecke werden wir weiter auch die *Apprektion*, den *Schlusswunsch*, nicht bestimmter von der *Datirung* zu scheiden haben. Aeusserlich erscheint sie mit dieser aufs engste verbunden, steht mit ihr in fortlaufender Zeile, wurde sichtlich durchweg gleichzeitig mit der ganzen Formel oder doch Theilen derselben geschrieben. An und für sich könnten wir sie für unsere nächsten Zwecke ebenso unberücksichtigt lassen, wie etwa *Chrismon* und *Invokation*, da sie keinen nur auf eine bestimmte Zeit passenden Inhalt hat, demnach auch anderen Angaben der Urkunde nicht widersprechen kann. Sie hat für uns nur Bedeutung durch ihre Stellung. Folgt sie in der Regel erst auf die *Datirung* im engeren Sinne, so sind doch auch die Fälle nicht selten, wo einzelne Theile derselben ihr nachfolgen und damit *Haltpunkte* geboten sind für die Beurtheilung der Art der Zufügung der Theile der *Datirung*.

Für die Bestimmung des Zeitpunktes der *Datirung* boten uns schon die bisherigen Untersuchungen manche *Haltpunkte*. Wir wiesen insbesondere § 300 auf die Stellung der *Datirungszeile* hin, um dadurch

die Annahme zu begründen, daß ursprünglich bei regelmäßigem Vorgehen die Datirung der letzte, sogar erst auf die Siegelung folgende Akt der gesammten Beurkundung gewesen seyn dürfte. Es stimmt damit, daß wir bei keinem andern Theile des schriftlichen Bestandes der Urkunde so häufig Anzeichen nachträglicher Zufügung fanden. Thatächlich aber ist zweifellos die Datirung keineswegs immer der letzte Akt der Beurkundung gewesen. Denn nicht allein, daß überwiegend auch die Datirung sogleich vom Reinschreiber, also jedenfalls vor Vollziehung und Siegelung geschrieben wurde; wir suchten § 212 nachzuweisen, daß wenigstens in Einzelfällen die Datirung sogar dem ursprünglichen Konzepte schon zugefügt gewesen seyn muß. Sie kann sich demnach wenigstens nach diesem Haltpunkte thatächlich auf sehr verschiedene Stufen der Beurkundung bezogen haben. Und nicht das allein. Die Datirungszeile ist sichtlich keineswegs immer gleichzeitig zugeschrieben. Einzelne Angaben sind nicht selten erst nachgetragen; und es trifft das nicht gerade immer dieselben Angaben. Es ist demnach wenigstens die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, daß die Angaben ein und derselben Datirung sich auf verschiedene Stufen der Beurkundung beziehen, sich daraus Widersprüche in der Datirungszeile selbst ergeben haben können.

Um diese Verhältnisse genauer beurtheilen zu können, wird vor allem nöthig seyn, uns die Bedeutung der Datirung zu vergegenwärtigen, festzustellen, auf welchen Akt der Beurkundung sich die Angaben von Zeit und Ort wenigstens ursprünglich beziehen sollten. In dieser Richtung werden wir uns zunächst an die einleitenden Ausdrücke halten. Den Ausdruck Actum haben wir bereits mehrfach besprochen; genauer gebraucht, scheint er doch auch in Königsurkunden, vgl. § 100 ff., bestimmter auf Datirung nach der Handlung zu deuten, welche wir hier zunächst nicht im Auge haben. Bezieht er sich in anderen Fällen zweifellos auf die Beurkundung, vgl. § 101, so kann er uns da kaum einen bestimmteren Halt bieten; der Ausdruck hat eine so umfassende Bedeutung, daß er die verschiedensten Akte der Beurkundung bezeichnen konnte und auch wohl wirklich für sie verwandt wurde; vgl. § 43. Anders ist das mit dem Ausdrucke Datum. Findet sich auch dieser zuweilen ungenau bei Datirung nach der Handlung verwandt, vgl. § 102. 106, so ist im allgemeinen nicht zu bezweifeln, daß er im Gegensatze zu Actum Beziehung der Datirung auf die Beurkundung andeuten soll; vgl. § 49. Dieses Ergebniss konnte uns genügen, so lange wir nur den Unterschied zwischen Handlung und Beurkundung ins Auge faßten. Es wird jetzt vor allem zu untersuchen seyn, was der Ausdruck besagen sollte, auf welchen Theil der Beurkundung er sich demnach wenigstens ursprünglich bezogen haben wird; erst dann werden wir genauer zu untersuchen haben, ob er nun auch immer seiner eigentlichen Bedeutung gemäß angewandt wurde.

DER AUSDRUCK DATUM.

307. Beim Ausdrücke Datum sind wir zunächst an den Gebrauch als Substantiv gewöhnt. Die in einem Schriftstücke angegebene Zeit der Fertigung bezeichnen wir als das Datum desselben; wir gebrauchen den Ausdruck weitergehend selbst da, wo jede Beziehung auf ein bestimmtes Schriftstück fehlt, es sich nur um irgendwelche Zeitbestimmung schlechtweg handelt, und sprechen so vom Datum eines Ereignisses. Der Sprachgebrauch ist sogar noch weiter gegangen; ohne Beschränkung gerade auf die Zeitbestimmung werden wohl alle für die Feststellung eines Ereignisses wesentlichen Momente als die Daten desselben bezeichnet. Es liegt auf der Hand, daß dieser substantivische Gebrauch sich ohne allen bestimmteren Zusammenhang mit irgendwelcher Bedeutung des Wortes *Datum* lediglich dadurch gebildet hat, daß es üblich war, die Angabe von Zeit und Ort mit Datum einzuleiten, um man sich dann daran gewöhnte, die ganze Angabe mit dem Anfangsworte zu bezeichnen, ohne sich dabei der Bedeutung, die es hier ursprünglich hatte, irgendwie bestimmter bewusst zu sein.

Da die Einleitung mit Datum in römische Zeit zurückreicht, kann es nicht befremden, wenn wir den Ausdruck Datum oder *Datum* schon früh zuweilen in der uns geläufigen Weise gebraucht finden. Das trifft wohl zweifellos zu, wenn in Urkunden longobardischer Könige und Herzoge die Zeitangabe häufig mit *datum inuisionis* eingeleitet ist, worauf wir zurückkommen. Das merovingische *datum quod fecit* möchte kaum so zu verstehen sein; denn wenn das entsprechende *datum quando fecit* auch nur in Kopieen vorzukommen scheint, so dürfte es doch erweisen, daß man schon früh jenen Ausdruck anders verstand. Daß aber der Gebrauch als Substantiv der fränkischen Zeit nicht unbekannt war, ergibt, abgesehen von vereinzelt sonstigen Belegstellen, vgl. Sickel Acta 1,219, insbesondere der nicht seltene Ausdruck *datare*, mit dem Datum versehen, das Datum zufügen. Er entspricht ganz dem in Privaturkunden so häufigen *notare diem* oder *diem et regnum, tempus, locum*, auch *notare sub die*, und wird gleichbedeutend mit diesem gebraucht, so U. B. von S. Gallen 1,67. 75. Der Ausdruck ist auch den Königsurkunden nicht fremd, wo es mehrfach *recognovit et datavit* oder *scripsi et datavi* heißt; so schon unter den Merovingern Mon. Germ. Dipl. 1,39; mehrfach in karolingischen Diplomen, vgl. Sickel Acta 1,216. 261, Stumpf Reichsk. 1,124; dem wird dann wieder das später in der Rekognitionsformel nicht seltene *notavi* entsprechen. Auch in späterer Zeit finden sich wohl Beispiele, daß Datum als Substantiv behandelt wird. So Du Chesne Hist. de Bethune 128: *ista vero quiticlamant facta fuit a. d. 1232; datum vero litterarum mearum a. d. 1234 mens maio*; Fontes rer. Austr. II, 31, 150: *datum huius in Frisaco a. d. 1248 kal. sept.* Oder im Regest K. Friedrichs II., Huillard 5,418. 532, ein Brief sei neuausgefertigt *sub eadem data*; im Regest K. Karls IV., Glazey

Anecd. 218. 260: *est eciam data sensu retento in teutunico sub data eadem*, und: *per omnia, ut supra, cum data et annis*. Vgl. auch Du Cange Gloss. ad v. Data.

Wird nun auch im Mittelalter das Substantiv Data, feltener Datum, dem Wortsinne entsprechend für Gabe oder Abgabe oft gebraucht, so kann da zweifellos kein Zusammenhang bestehen. Wo es die Zeitangabe bezeichnet, ist es zweifellos ohne alle Rücksicht auf Wortfinn dem Anfangsworte der Formel entnommen. Dann aber kann sich aus diesem Gebrauche natürlich über die ursprüngliche Bedeutung nichts ergeben.

308. Jener Gebrauch ist aber überhaupt ein ausnahmsweiser. Zweifellos haben wir in der Regel Datum als Partizip zu fassen und zunächst mit Gegeben zu übersetzen. Das häufig vorkommende *data est* könnte das allerdings noch zweifelhaft lassen; es könnte ja etwa heißen: das Datum ist folgendes. Nicht zulässig ist das allerdings, wenn es in dem Original von St. 4813 zu München ganz deutlich *datur* heisst; aber der Fall ist sehr vereinzelt; nach Trouillat Mon. 1,329 würde es auch St. 3737 zutreffen. Mit größter Bestimmtheit ergibt sich aber jene Bedeutung daraus, daß dem Datum in deutschen Urkunden durchaus ein *gegeben* entspricht, daß weiter nach den folgenden Belegen das, was gegeben worden ist, häufig ausdrücklich bezeichnet wird.

In der Regel haben wir das zu ergänzen und bei der Vieldeutigkeit des Wortes Dare kann da die Ergänzung zuweilen zweifelhaft sein. In manchen Fällen kann es zur Handlung der Urkunde passen und die Zeitangabe würde sich dann recht wohl trotz des Ausdruckes auf jene beziehen können. Sagt man *sententiam dare, legem dare*, so liesse sich bei der Beurkundung eines Urtheiles oder Gesetzes immerhin an die Ergänzung *sententia* oder *lex data est* denken, wie sich eine Datirung denn auch wohl mit *lata sententia* oder *emissa lex* eingeleitet findet. Vereinzelt wenigstens dürfte das wirklich zutreffen. Schon § 102 glaubten wir die Beziehung des Ausdruckes Datum auf die Handlung daraus erklären zu dürfen, daß etwa *bannum datum* zu ergänzen sei. Ein ganz sicheres Beispiel gibt eine Privaturkunde, Würdtwein N. S. 6,283: *anno 1104 B. prepositus hanc legem dedit* —, und am Schlusse: *hec autem lex data est presentibus* —; da kann die Beurkundung recht wohl viel später vor ganz anderen Zeugen erfolgt sein.

Solche Erklärung würde aber in den wenigsten Fällen überhaupt nur zulässig sein. Ganz zweifellos handelt es sich durchweg um das Gegebensein der Urkunde; es ist *data est carta, datum praeceptum, datae litterae* oder Aehnliches zu ergänzen. In Privaturkunden findet sich diese Ergänzung gar nicht selten; so z. B. Wirtemb. U. B. 1,223: *haec carta 4. cal. febr. data est*, oder in ausdrücklichem Gegensatz zur Handlung Oberöstr. U. B. 2,489: *acta sunt hec publice in Salzburgensi claustro a. d. 1203; data littera 12. kal. febr. in Halburch*. Aber auch in Königsurkunde, Stumpf Acta 301: *anno d. i. 960 — 3. id. sept. data*

308] *est haec carta*, oder St. 3572, Cod. Westf. 2,57: *data est hec monimenti cartula*; vgl. auch Stumpf Reichsk. 1,127. Häufiger noch findet sich die Ergänzung in deutschen Urkunden; es wird genügen auf die erste bekannte deutsche Königsurkunde von 1240, Huillard 5,1201, hinzuweisen: *dirre brief ist gegeben und geschriben*. Sollte es da noch weiterer Belege bedürfen, so werden diese in den folgenden Erörterungen reichlich geboten sein.

309. Bei der Vieldeutigkeit des Ausdruckes *Dare* ist aber nicht viel damit gewonnen, daß es sich um ein Geben der Urkunde handelt, so lange nicht festgestellt ist, was der Ausdruck gerade hier bedeutet. Um das mit größerer Sicherheit nachweisen zu können, wird es sich empfehlen, zunächst festzustellen, daß einzelne Bedeutungen nicht zu treffen können, welche hier nahe liegen, wenn sie auch dem ursprünglichen Wortsinne nicht bestimmter entsprechen. In dieser Richtung haben wir zweifellos zunächst nicht das Datiren der Urkunde als die durch den Ausdruck bezeichnete Handlung zu betrachten. Wenn Sickel Acta 1,219 neben der Ergänzung durch einen die Urkunde bezeichnenden Ausdruck darauf hinweist, daß Datum in den Merovingerdiplomen die Bedeutung des deutschen Datum haben könne, so denkt er wohl zweifellos an den § 307 besprochenen substantivischen Gebrauch. Stumpf Reichsk. 1,127 erklärt sich überhaupt gegen die Ergänzung durch einen die Urkunde bezeichnenden Ausdruck und betrachtet als normale Ergänzung: *data sunt haec*. Man kann das zugeben, ohne daß das die Beziehung auf die Urkunde irgend ausschließen würde; mit dem ganz allgemeinen *haec* kann diese ebensowohl bezeichnet werden, wie es etwa bei den im Texte mit den verschiedensten Ausdrücken bezeichneten Handlungen *acta* oder *facta sunt haec* heisst; es würde lediglich erweisen, daß man nicht gerade den bestimmten, in der Glaubigungsformel für die Urkunde gebrauchten Ausdruck im Auge hatte. Scheint Stumpf, ohne sich darüber hier auszusprechen, an eine andere Bedeutung zu denken, so dürfte das die der Datirung sein; es liefse sich ja auch dem *data sunt haec* noch die substantivische Bedeutung unterlegen, so daß zu übersetzen wäre: die Daten sind diese. Durchaus unzulässig scheint es mir aber zu sein, auch da an Datiren zu denken, wo Datum nur als Partizip des Verbum gefaßt werden kann. Das aber ist der Fall, wenn Stumpf Reichsk. 1,123 sich auf die päpstlichen Bullen seit Hadrian I. beruft zum Beweise, daß die Erznotare oder später die Kanzler die Datirung selbst vorgenommen hätten. Denn es heisst in der bezüglichen Formel nicht einfach *data* mit einer Zeitangabe, sondern *data per manus A. scriniarii*, was den substantivischen Gebrauch ausschließt. Das würde also darauf führen, daß *dare* datiren heisse. Wurde nun auch, wie bemerkt, die Zeitangabe selbst wohl als Datum bezeichnet, so konnte das doch um so weniger eine Veranlassung geben, *Dare* für das Zufügen der Zeitangaben zu gebrauchen, als man bei der substantivischen Anwendung schwerlich an den Wortsinne dachte.

Man bildete vielmehr, wie wir sahen, ganz folgerichtig das Wort *Datire*; wo der bezügliche Ausdruck nicht als Substantiv gefaßt werden kann, da müßte es nicht *datum*, sondern *datatum* heißen, wenn die Handlung des Datirens der Urkunde bezeichnet werden sollte.

310. Es wird aber weiter auch nicht das Schreiben der Urkunde die maßgebende Bedeutung sein können, so nahe es auch liegen mag, daran zu denken. Wir wenigstens sind gewohnt, die Zeitangabe zunächst auf die Entstehung des Schriftstückes oder, wenn das einen Unterschied bedingt, auf die Vollendung desselben zu beziehen. Es würde dann *data* nichts anderes heißen, als *scripta* oder *facta est carta*; der Ausdruck würde die Verbriefung überhaupt, zunächst im Gegenfatze zur Handlung, bezeichnen. Wie das mit dem Wortsinne von *Dare* in Verbindung zu bringen wäre, ist freilich schwer abzusehen. Aber das trifft ja auch sonst wohl zu, wo die Beziehung eines in anderer, als der gewöhnlichen Bedeutung gebrauchten Wortes gar nicht zweifelhaft sein kann. Uebersaus häufig finden wir in den Urkunden angegeben, daß der König zunächst zu Gunsten eines Anderen eine Handlung vollzieht, dann befiehlt, ihm zu größerer Sicherheit *privilegium* oder *litteras dare*, was doch vielleicht nichts anderes bezeichnen mag, als die Beurkundung schlechweg, wie ja in andern entsprechenden Fällen das *scribere* der Urkunde betont wird. Wenigstens denkbar wäre es immerhin, daß man im Anschlusse an diese oder eine ähnliche Wendung das *Dare* bei Urkunden als gleichbedeutend mit dem Schreiben derselben betrachtet hätte.

Für solche Gleichstellung, insbesondere auch in der Datirungsformel, lassen sich denn auch wohl einzelne Belege beibringen, welche freilich andere Erklärungen nicht bestimmt ausschließen. So wenn um 1000 ein Abt von Fulda die Tagesangabe mit *scripta sive data* einleitet, Dronke Cod. 341. Wenn ein und derselbe Schreiber in einer Urkunde sagt: *scripta 4. id. marcii ab H. presb. atque cancellario et data anno d. i. 927*, in einer andern: *data 4. kal. augusti et scripta ab H. presb. atque cancellario anno d. i. 927*, Lacomblet U. B. 148. 49, so scheint er beide Ausdrücke als gleichbedeutend zu behandeln. Zu St. 1489 von 1008 für den Bischof von Würzburg mit *data nonis maii* gibt es eine Gegenurkunde des Bischofs, Uffermann Ep. Wirceb. 15, mit *scripta est haec cartula — non. maii*. Auch wenn in Königsurkunden vereinzelt, z. B. Stumpf Acta 456, die Zeitangabe statt des üblichen *datum* mit *factum* eingeleitet wird, so könnte das darauf deuten. Beachtenswerther ist es, daß es in der dem zwölften Jahrhundert angehörenden *Ars dictandi Aurelianensis*, Quellen u. Erört. 9^a, 112, heißt: *in fine harte inscribatur nomen cancellarii et locus et tempus, ubi et quando scriptum est privilegium, sic: data Rome per manum u. f. w.*, wo also die Angaben des Datum ganz ausdrücklich auf das Schreiben bezogen sind.

Ich möchte nun allerdings gar nicht bezweifeln, daß die hier aus-

310] gesprochene Auffassung eine allgemein verbreitete war, daß die Schreiber vielfach, wenn sie die Datirung zfügten, es lediglich für ihre Aufgabe anfaßen, Tag und Ort anzugeben, an welchen sie die Urkunde geschrieben hatten. Das wird aber weder für die ursprüngliche Bedeutung maßgebend sein müssen, noch auch nur dafür, daß man auch bei genauerem Vorgehen *Scriptum* und *Datum* als gleichbedeutend behandelte. Das *Dare* muß sich auf irgendwelchen Akt der Beurkundung beziehen. Mag dieser nun sein, welcher er wolle, so wird er wenigstens bei einfacher gestalteten Beurkundungen in den bei weitem meisten Fällen auf denselben Tag mit dem Schreiben der Urkunde gefallen sein. Der Schreiber konnte also Tag und Ort zuschreiben, auch wenn der für das Datum maßgebende Akt noch zu folgen hatte. Er hatte dabei zunächst den Tag im Auge, an welchem er schrieb, mochte der Ausdruck *Datum* auch eine ganz andere Bedeutung haben, an die er beim geschäftsmäßigen Schreiben schwerlich nur noch dachte. Und dann war es nur ein Schritt weiter, wenn man das Datum auch dann nach dem *Scriptum* bestimmte, wenn der für jenes maßgebende Akt nicht mehr auf denselben Tag fiel.

Weiter aber werden wir nicht gehen dürfen. Mag man sich bei Anwendung des *Datum* in der Datirungsformel selbst vielfach eines Unterschiedes von *Scriptum* nicht mehr bewußt gewesen sein, so läßt sich doch kein allgemeinerer Sprachgebrauch nachweisen, wonach mit Beziehung auf Urkunden *Dare* und *Scribere* als gleichbedeutend behandelt wäre. Man vergleiche etwa nur den Sprachgebrauch des *Regestum Friderici*. Wird zuweilen in den den Briefen zugefügten Bemerkungen, so Huillard 5,826.835, mit *scripte sunt* auf den Tag des Datum zurückgewiesen, so ist eben vorausgesetzt, daß der betreffende Brief am Tage des Datum auch geschrieben sei, wie das bei diesen kurzen Stücken gewiß durchweg auch dann zutraf, wenn für die Datirung ein anderer Akt der Beurkundung zunächst maßgebend gewesen sein sollte. Wo nothwendig nur an die Handlung des Schreibens der Urkunde gedacht werden kann, da findet sich immer *littere facte* oder *scripte sunt*, nicht *date*. Dagegen das letztere nur da, wo es dem gewöhnlichen Wortsinne entspricht; so *date sunt latori* oder *ad sigillum*, Huillard 5,669.694.

311. Aber auch in den Datirungsformeln selbst finden wir die bestimmtesten Belege, daß bei genauerem Vorgehen zwischen beidem sehr wohl unterschieden wurde. Am auffallendsten tritt das hervor bei dem Gebrauch von *Scriptum* und *Datum* in päpstlichen Privilegien. Die für uns maßgebende Form, welche besondere Zeitangaben für das eine und das andere hat, ist 781 eingeführt, vgl. Jaffe Reg. S. 203; sie hält sich dann, bis sie im eilften Jahrhunderte seltener wird, sich endlich im zwölften verliert, so daß nun nicht mehr das *Scriptum*, sondern nur noch das *Datum* angeführt wird.

Danach heißt es am Schlusse des Textes *scripta* oder *scriptum per manum N. scriniarii in mense ianuario, indictione prima*. Dieser

Schreibende ist immer eine untergeordnete Kanzleiperson. Die Angabe der Zeit beschränkt sich durchweg auf den Monat, gibt nur in vereinzelten Fällen auch den Tag an. Dann folgt zunächst das Bene valete, der Buchkreis, Unterschrift des Papstes und der Kardinäle, seit diese üblich wird. Entsprechen diese in ihrer Stellung dem Signum und der Kognition der Königsurkunden, so folgt dann auch hier ganz am Schlusse noch die Datirung: *datum id. ianuarii per manum N. cancellarii sanctae sedis apostolicae*, worauf noch die genaueren Jahresangaben folgen. Ist der Ort zugefügt, der in älterer Zeit auffallend häufig vorkommt, so ist dieser wohl unter Actum gegeben. Hier wird der Kanzler genannt oder doch die Person, welche wir als zeitigen Vorstand der Kanzlei zu betrachten haben, oder eine Person, welche in Vertretung des Kanzlers oder etwa auch des Erzbischofs von Köln als Erzkanzler agiert.

Daraus ergibt sich also zunächst, daß zwischen Scriptum und Datum bestimmt unterschieden wurde. Weiter aber, daß das Datum einen andern Akt der Beurkundung bezeichnen muß. Nennt das Scriptum nach der Regel nur den Monat, das Datum aber überwiegend einen Tag desselben Monats, so ist allerdings in den meisten Fällen der Zeitunterschied nicht nachweisbar. Und in einem der anscheinend seltenen Fälle, wo auch das Scriptum den Tag nennt, ergibt das Datum denselben Tag, Mittelrh. U. B. 1,409. In einem andern aber ergibt sich Scriptum Oct. 8 und Datum Oct. 31, Dronke Cod. 350. Weiter waren dann aber in einer nicht großen Zahl von Urkunden, welche ich für diesen Zweck ergiebig, die Fälle nicht gerade selten, wo das Datum in den folgenden Monat fällt, und selbst in das Ende desselben; so Cod. Westf. 1,39 mit Scriptum im Mai, Datum am 28. Juni, wo sich also ein Unterschied von mindestens vier, möglicherweise acht Wochen ergibt. Auch wenn ausnahmsweise Cod. Westf. 1,61 beides am Ende zusammengezogen erscheint: *datum et scriptum — in mense decembrio*, so ist zweifellos dasselbe kein Tag genannt, weil beides wohl in denselben Monat, nicht aber denselben Tag fiel.

Dieser Umstand wird denn auch zu beachten sein bei Benutzung päpstlicher Urkunden für das Itinerar der in denselben genannten Personen. So ist St. 439—42 Anwesenheit der beiden Kaiser Otto zu Rom 98 Jan. 1. 2. angenommen nach dem Datum bezüglich der päpstlichen Urkunden. Beide mögen damals noch zu Rom gewesen sein; aber jene Urkunden wenigstens erweisen das nicht. Bei dreien von ihnen ist als Zeit des Scriptum ausdrücklich der Dezember genannt, was also jedenfalls für die Erwähnung der Kaiser im Texte maßgebend sein muß. Aber auch die zwischen Scriptum und Datum stehenden Unterzeichnungen der Kaiser müssen sich doch nicht gerade auf das Datum beziehen; sie dürften doch am wahrscheinlichsten nach der öffentlichen Verlesung erfolgt sein; und dieser wird wenigstens in St. 440 in unmittelbarem Anschlusse an das Scriptum gedacht, während sich bei einem

311] § 249 erwähnten Falle auch zwischen dem *Scriptum* und *Lectum* ein Unterschied von einem Tage ergibt.

Allerdings gibt es Fälle, wo das *Scriptum* später zu fallen scheint, indem das Datum einen Tag vor den Kalenden des Monats angibt, welchen das *Scriptum* nennt; so Marini Pap. 14. 32. 44, Cod. Anhalt. 1,39, S. Gall. U. B. 2,336. Die Fälle sind zu häufig, als daß sie sich durch Schreibefehler erklären ließen, wie Wartmann das beim letzterwähnten versucht. Andererseits ist freilich nach allen sonstigen Haltpunkten auch nicht abzusehen, was ein auf das Datum folgendes *Scriptum* bezeichnen könnte. Da es sich überall um die Zählung nach Kalenden handelt, so scheint mir die einzig zulässige Annahme die zu sein, daß die Schreiber in solchen Fällen nach den Iden nicht mehr den laufenden Monat nannten, sondern denjenigen, dessen Name für die Tagesbezeichnung maßgebend war. Einen ganz bestimmten Beleg dafür gibt ein Privileg von 982, M. Germ. 21,396, mit: *scriptum — in mense ianuario et indictione undecima; data 3. kal. ianuarii — in mense ianuario et indictione suprascripta*; während dann ein Privileg von 989, M. Germ. 21,399, mit: *scriptum — in mense octobre; datum 14. kal. novembris — in mense octobre*, wieder ergibt, daß der Brauch in dieser Richtung wechselte. Wenn ähnliche Fälle aus der Reichskanzlei, vgl. § 22, wohl nur als vereinzelte Versehen zu behandeln sind, so scheint es sich hier um einen, wenn auch nicht immer eingehaltenen, doch vielfach üblichen Kanzleigebrauch zu handeln. Denn solche Zählung scheint auch sonst in Italien wohl üblich gewesen zu sein. So ergibt sich in den Annalen von Piacenza nicht allein mehrfach, daß nur nach dem Monate bezeichnete Ereignisse beim Vergleiche mit andern Angaben in die zweite Hälfte des vorhergehenden Monats fallen müssen, sondern M. Germ. 18,502 heißt es ausdrücklich zu 1250: *in proximo mense septembris, die iouis, 14. kalendas septembris*.

Sehen wir demnach, daß sich das Datum auf einen spätern Akt der Beurkundung bezieht, daß vom Schreiben der Urkunde bis zu diesem Akt mehrere Wochen vergehen konnten, daß an diesem, worauf wir zurückkommen, eine höhere Kanzleiperson betheiligt war, so erhalten wir aus dieser Formel doch noch keinen genaueren Aufschluß über die eigentliche Bedeutung des Datum. Denn daß es sich auch hier wegen des *per manum* nothwendig um irgendwelches Schreiben handeln müsse, läßt sich schwerlich behaupten.

312. Fassen wir den gewöhnlichen Wortsin von *carta data est* ins Auge, so muß es sich um einen Akt handeln, bei dem die Urkunde selbst schon vorliegt; *cartam dare* kann dann kaum etwas anderes heißen, als *cartam tradere*, es muß sich um ein Uebergeben der Urkunde zu irgendwelchem Zwecke handeln. Setzt das nicht gerade voraus, daß die Urkunde in allen ihren Theilen bereits vollendet, insbesondere schon beglaubigt ist, so können da mehrere Handlungen in Frage kommen.

Esse sich denken an die Uebergabe zur Unterzeichnung des Königs zur Fertigung des Vollziehungsstriches. Das *datum* in dem in Merovingerdiplomen in der Rekognitionsformel *geobtuli*, vgl. Sickel Acta 1,216, entsprechen, und es liesse sich weisen, daß nach § 282 Vollziehung und Datirung wohl gleichgültig zu sein scheinen. Dem würde bei Notariatsinstrumenten die Reinschrift des Textes an Partei und Zeugen zur Unterzeichnung entsprechen. Aber gerade hier wird, worauf wir zurückgehen, als Tradere bezeichnete frühere Akt von dem späteren unterschieden. Und ich habe auch sonst keinerlei Haltpunkte gefunden, welche diese Annahme bestimmter unterstützten.

Es könnte weiter die Uebergabe zur Siegelung in Frage kommen. Auf frühere Untersuchungen in so weit hinweisen würden, als Unterzeichnung und Siegelung überwiegend als die letzten Stadien der Fertigung der Urkunde zu betrachten sind. Im Regest K. Friedland 5,694, vgl. § 304, fanden wir denn auch den Ausdruck *et sunt ad sigillum*, wobei sich freilich ergab, daß gerade in diesen Fällen die Datirung nicht durch die Siegelung bestimmt war. Berthier könnte es scheinen, daß nach § 58 wenigstens in Privaturkunden die Zeitangaben wohl ausdrücklich auf die Siegelung bezogen sind. Das beweist aber doch nur, daß man die Zeit zuweilen auch durch das Sigillatum bestimmte, wie in andern Fällen nach dem Actum, Publicatum, Recitatum, keineswegs aber, daß irgend einer der Ausdrücke gleichbedeutend sei mit dem am häufigsten gebrauchten. Es fehlt auch für diese Annahme jede bestimmtere Unterstützung. Sie würde bei manchen der noch zu besprechenden Annahmen des Ausdrucks Datum durchaus unzulässig sein.

Um so bestimmter scheint mir alles dafür zu sprechen, daß der Ausdruck Maßgebende in der Uebergabe der Urkunde an den Empfänger zu sehen ist, in der Aushändigung der Urkunde an die Person selbst, für welche sie bestimmt ist, oder an eine andere Person, welche ihr dieselbe zu übermitteln hat. Es ist die Annahme, welche bereits Mabillon De re dipl. l. 2 c. 25 § 2, c. 26 hat, welche dann aber später wegen mancher Schwierigkeiten, nicht zu bieten schien, wohl wieder in Frage gestellt oder doch nicht gelassen wurde. Und ich glaube nicht allein, daß das die ursprüngliche Bedeutung des Ausdrucks war, sondern auch, daß man diese Bedeutung in den Jahrhunderten, mit welchen wir uns beschäftigen, noch durchaus bewußt war. Eine andere Frage allerdings die, ob man sich dieser Bedeutung gerade bei jeder Datirung des Ausdrucks noch bewußt war und ob thatsächlich die Datirung jener Bedeutung immer genau entsprachen.

Der Ausdruck auf altrömischen Sprachgebrauch würde mich eine genauere Untersuchung auf einen den sonstigen Angaben ganz fernliegenden Quellenkreis geführt haben. Ich

313] glaubte mich da mit der Einsicht einiger nächstliegender Hilfsmittel um so mehr begnügen zu dürfen, als ich nichts fand, was meine Annahme auszuschließen, manches, was sie zu unterstützen scheint. Wird Datum insbesondere bei den Konstitutionen und sonstigen Erlassen der Kaiser gebraucht, so liesse sich allerdings an den § 308 besprochenen Umstand denken, daß das Dare sich überhaupt zuweilen auf die beurkundete Handlung beziehen kann, wenn es ihr dem Sprachgebrauche nach entspricht, so daß *lex data est* oder eine ähnliche Ergänzung zulässig wäre. Aber bei allen Schriftstücken, bei welchen die Zeit mit Datum gegeben, wird doch solche Erklärung keineswegs zulässig sein. Wir finden weiter nicht selten eine ausdrückliche auf die Beurkundung bezügliche Ergänzung; so oft *litterae datae*; ähnlich auch in kaiserlichen Erlassen, z. B. *data epistula*, Cod. Just. I, 3, 3. Einen ganz bestimmten Halt scheint mir zu ergeben: *litterae datae 7. id. sept. Romae, redditae 4. id. sept. Romae*, vgl. Bruns Fontes, ed. II, 143. Und wie hier der Bedeutung des Uebergebens das Zurückgeben entspricht, so in andern Fällen das Empfangen. Angaben, wie z. B. Cod. Just. I, 15, 1: *data 16. kal. iul. Veronae, accepta prid. kal. aug.*, haben doch zweifellos keine andere Bedeutung, als Bezeichnung des Tages, wann der Brief dem Boten übergeben und wann er vom Adressaten empfangen ist; vgl. Ducange Gloss. ad v. Data. Solcher Vermerk des Empfanges war in gewissen Fällen zur Pflicht gemacht und auch in fränkischer Zeit findet sich wohl noch im Zusammenhange damit zuweilen das *Acceptum* vermerkt; vgl. Sickel Acta I, 402.

314. In späterer Zeit ergibt sich zunächst das Dare als letzter Akt der Beurkundung oft in solcher Weise, daß dasselbe kaum noch etwas Anderes, als die Uebergabe an die Partei bezeichnen kann. Das trifft insbesondere zu bei den Unterschriften der Notare, wie sie sich im Anschlusse an altrömische Formen bis ins zwölfte Jahrhundert und zuweilen noch später finden. Eine Verbindung des Dare mit den in der Urkunde enthaltenen Zeitangaben ist den Notariatsinstrumenten allerdings fremd; diese beziehen sich entweder auf die Handlung oder, wie in den Gerichtsurkunden, zunächst auf das Schreiben. In der Unterschrift heisst es nun aber etwa: *hanc cartulam a me scriptam compleri et dedi* oder *scripsi et post traditam*, auch *post roborationem testium compleri et dedi* oder *scripsi, tradidi, compleri et dedi*, oder ähnlich, doch so daß das Dare durchweg die letzterwähnte Handlung ist und auf das Complere folgt, wenn dieses überhaupt erwähnt ist. Die Bedeutung kann hier nicht zweifelhaft sein. Bezieht Fumagalli Istit. dipl. 2, 223 das Tradere auf die Uebergabe des Pergaments durch die Partei an den Notar, die allerdings auch so bezeichnet wird, so ist das zweifellos für diese Formeln nicht zulässig; denn auch dem *post traditam* geht das Schreiben schon voraus und bei *tradidi* kann es natürlich nicht zweifelhaft sein, daß es sich um eine Uebergabe durch den Notar, nicht an den Notar handelt. Es bezieht sich vielmehr das erstgenannte Scribere

uf den Text der Urkunde; das Tradere auf die Uebergabe an Partei und Zeugen zur Unterzeichnung; das Complere, zuweilen genauer *subscribendo complevi*, auf die Unterschrift des Notar, mit der die ganze Urkunde vollendet und rechtskräftig wird. Dann erübrigt für das noch folgende Dare zweifellos nur noch die schließliche Uebergabe an die Partei.

Hat das Tradere in Notariatsinstrumenten herkömmlich eine andere Beziehung, so kann es an und für sich eben so wohl, wie Dare, von der Uebergabe an die Partei gebraucht werden und erscheint wohl in ähnlicher Stellung. So werden in Urkunde des Bischofs von Münster von 1022, Cod. Westf. I, 82, die Theile der Beurkundung folgendermaßen angegeben: *scripturam istam iubente episcopo G. decanus dictavit, A. diaconus scripsit, ipse dominus episcopus nomine et effigie s. Pauli signavit, signatam domnae R. et eius filiae tradidit et secundo ac tertio divinae autoritatis malleo solidavit*. Aehnlich hat ein italienischer Fälscher in St. 3439 in seine Rekognitionsformel *scripsi et recognovi et signavi et tradidi* aufgenommen, was doch zeigt, in welcher Folge man sich diese Stadien der Beurkundung dachte.

315. Sehen wir auf den Gebrauch in den spätern Datirungsformeln selbst, so können uns diese, so lange sich ihr Inhalt auf die Angabe von Zeit und Ort beschränkt, kaum bestimmteren Aufschluß über die Bedeutung von Datum geben. Zu der Angabe, daß die Urkunde zu dieser Zeit und an diesem Orte gegeben sei, wird so ziemlich jede Bedeutung wenigstens dann passen, wenn, wie gewöhnlich, nur der Tag und die Stadt oder ein sonstiger ausgedehnter Ort angegeben sind. Sind aber ausnahmsweise die Angaben genauer, so ergibt sich wohl Ungeeignetheit von Ort und Zeit für andere Akte der Beurkundung und damit eine Unterstützung unserer Annahme. Es wird insbesondere nicht selten eine Kirche oder eine sonstige Oertlichkeit genannt, die für die feierliche Uebergabe der fertigen Urkunde ganz geeignet scheinen mochte, schwerlich aber doch etwa auch für das Schreiben der Urkunde oder sonstige Kanzleigeschäfte. So etwa in Urkunden der Erzbischöfe von Trier 979: *data Treviris in gradibus iuxta aulam publicam pridie id. sept.*; *datum a. d. 1037 in ecclesia Treverensi*; *data Treveris in monasterio s. Symeonis ante ipsum sacri corporis altare anno d. i. 1075*, Mittelrh. U. B. I, 309. 364. 433. Aehnlich auch wohl in Königsurkunden; so St. 3160: *data Wirceburch anno d. i. 1120 ind. 12 in festo Philippi et Jacobi in ecclesia s. Kiliani*; St. 3249: *data non. apr. Babenberg ad s. Andream in rotunda capella*. Und wenn es in einem Lehenbriefe K. Karls IV., Spiess Nebenarb. I, 109, heißt: *datum anno 1355 ind. 8, non. apr. in missa dominice resurrectionis, qua imperialem coronam recepinus*, so wird doch die Zeitangabe genügen, um jeden Gedanken wenigstens an das Schreiben der Urkunde auszuschließen. Das wird auch zutreffen, wenn von einem Geben in öffentlicher Versammlung die Rede ist; so *data in H. in pre-*

315] *sentia cleri et populi* oder *data publice in sinodo*, Cod. Anhalt. I, 187. 251; vgl. Kindlinger Volmestein 243. Doch wäre es immerhin denkbar, daß sich solche Angaben auch etwa auf die Unterzeichnung oder ein sonstiges späteres Stadium der Beurkundung beziehen könnten.

316. Die Datirungsformeln beschränken sich aber nicht immer auf die Angabe des Wann und Wo; insbesondere ist häufig gesagt, durch wen die Urkunde gegeben wurde. Am häufigsten finden wir diese Erwähnung des Gebenden in der Fassung *datum per manum aliquius*. Handelt es sich dabei in der Regel um den Kanzler, Protonotar oder eine sonstige Kanzleiperson, so wird uns das über die Bedeutung des Dare keinen Aufschluß geben können; es wird vielmehr nöthig sein, diese vorher festzustellen, um über die Bedeutung jener Formel urtheilen zu können. Denn so lange wir die Bedeutung des Dare dahingestellt sein lassen, kann durch die Hand einer Kanzleiperson die Urkunde geschrieben, zur Unterzeichnung übergeben, unterzeichnet, gesiegelt, datirt sein; es könnte das ziemlich jeden Akt der Beurkundung treffen.

Anders ist das aber, wenn als Gebender nicht eine der Kanzleipersonen, sondern der Aussteller selbst erwähnt wird, sei es in jener, sei es in einer andern Wendung. Dieser ist häufig des Schreibens unkundig; oder wenn das auch nicht zutrifft, schreibt er schon seines Ranges wegen die Urkunde nicht selbst, sondern ertheilt nur den Befehl, sie zu schreiben. Eine Beziehung des Datum zunächst auf das Schreiben der Urkunde, welche, wenn auch nicht der Wortsinne, doch andere Umstände oft nahe legen können, ist damit jedenfalls ausgeschlossen. Allerdings kann der Aussteller wohl noch anderweitig in die Beurkundung eingreifen; so durch Unterzeichnung oder auch durch eigenhändige Siegelung, vgl. § 57. Nun möchte man immerhin das Ueberreichen an den Aussteller zur Unterzeichnung oder Siegelung als Dare bezeichnen können, aber doch schwerlich die Unterzeichnung oder Siegelung selbst. Das Dare oder das sichtlich gleichbedeutend gebrauchte Tradere durch den Aussteller kann nicht füglich auf irgend eine andere Handlung bezogen werden, als auf die Uebergabe der vollendeten Urkunde.

So heist es *data nonis iunii Magdeburch a venerabili R. archiepiscopo anno d. i. 1121*, Cod. Anhalt. I, 151; vgl. I 71. 251. 451, wo spätere Erzbischöfe ganz in derselben Weise als Geber erwähnt werden; *haec charta data est apud A. a prefato comite 3. id. dec., a. d. 1123*. Miraeus Op. I, 173; *anno 1138 data est haec pagina in loco S. in id. nov. a. d. H. Ratisponensis ecclesiae episcopo*, Ried. Cod. Rat. I, 204; *datum ab episcopo G. in Osembruck anno i. d. 1197*, Cod. Westf. 2, 252; *acta sunt hec Basilee in presentia B. episcopi, qui hanc cartam dedit*, Trouillat Mon. I, 218. Oder es sagt der Erzbischof von Köln: *paginam istam contra importunitatem malorum dedimus anno 1195*, Lacomblet U. B. I, 384; der Bischof von Konstanz: *dedimus autem hanc confirmationem anno d. i. 1207*, Wirtemb. U. B. 2, 364. In Urkunde des Abtes von

Murhard von 1182, Wirtemb. U. B. 2,222: *datum in Bacnach per manus Herborti abbatis et Bertoldi comitis 6. non. maii*; liefse sich hier unter andern Verhältnissen auch etwa an Schreiben durch den Abt denken, so beseitigt sich jeder Zweifel durch Erwähnung des Grafen, dessen Theilnahme sich aus seiner Stellung als Vogt erklärt. Mehrzahl der Geber findet sich auch in Urkunde des Landgrafen von Elsass, Schöpflin Als. dipl. 1,321: *datum apud Brumat per manus nostras et filiorum meorum H. et H. anno 1210*. Besonders bezeichnend sagt dann der Erzbischof von Salzburg, Steierm. U. B. 1,373: *facta est autem hec traditio apud Libniz, ceterum privilegium Fresaco perscriptum apud Moitz tradidimus 5. kal. marc. anno d. i. 1157*; die drei Stadien der Handlung, Beurkundung und Uebergabe werden also bestimmt geschieden und die Zeitangabe ausdrücklich auf die letzte bezogen.

In einigen Fällen, wo nicht der Aussteller selbst als Gebender bezeichnet wird, trifft das doch Personen, welche uns zu entsprechendem Schlusse berechtigen. So in der Urkunde, Ennen u. Eckertz Quellen 2,160, durch welche der Erzbischof von Köln 1235 seinen Schwur bezüglich der Heirath des Kaisers mit Isabella von England verbrieft: *datum apud Westmonasterium, 3. die maii, anno regni ipsius d. regis Anglie 19, per manum ipsius*; ich wüßte das doch kaum anders zu verstehen, als daß der König, der auch sein Siegel anhängt, die Urkunde seiner Schwester übergab. Es würde dahin denn auch die § 129 besprochene Urkunde K. Konrads mit *datum Aquis per familiarem et dilectum nostrum E. de Eberstein 1246* gehören.

317. Am bestimmtesten spricht aber für unsere Annahme die Erwähnung des Empfängers, wie sie sich zuweilen findet. Wenn die Datirung nicht bloß sagt, wann, wo und durch wen, sondern auch an wen gegeben wurde, so kann die Bedeutung des Datum doch gar nicht zweifelhaft sein; ist der Empfänger an der Vollendung der Urkunde ganz unbetheiligt, so kann das *datum alicui* sich lediglich auf die schließliche Abgabe beziehen.

In unverfälschte Datirungsformeln echter Königsurkunden hat das wohl nie Eingang gefunden. Aber Fälschungen werden uns hier insofern wesentlich dieselben Dienste thuen, als sie zeigen, welche Bedeutung man zur Zeit der Fälschung dem Datum unterlegte. So heisst es in Diplom K. Karls von 774 für Fulda, Dronke Cod. 30: *datum Sturmioni abbati 8. kal. oct.* Während Sickel in den Sitzungsber. 47,611. 628 die Echtheit der Urkunde selbst vertheidigt, bezeichnet er Acta 1,379 jene Erwähnung als einen auf Mißverständnis des ersten Wortes beruhenden Zusatz. Ein solcher willkürlicher Zusatz ist denn auch dem Fuldaer Kopisten Eberhard, der uns die Urkunde erhalten, durchaus zuzutrauen; aber die Erwähnung wird doch nur zu verwerfen sein, weil sie unkanzleimässig, nicht weil sie an und für sich unpassend ist; sie zeigt jedenfalls, wie ein im zwölften Jahrhunderte Lebender, der sich viel mit Urkunden beschäftigte, das Datum verstand. Noch deutlicher heisst es

317] in der in ihrer jetzigen Gestalt verdächtigen Urkunde St. 250, M. Boica 31, 211: *data ab imperatore Ottone Udalrico episcopo et abbate Outinburensis loci anno i. d. 972, die kal. nov.* Hieher gehört dann weiter die allerdings in sehr verderbter Gestalt vorliegende St. 3511, Jaffe Konr. 216, mit: *data in palatio Aquisgrani Desiderio monacho notario in die apparitionis domini.* Stumpf führt den Desiderius auf diese Erwähnung hin unter den Notaren der Reichskanzlei auf; aber er ist weder sonst als solcher nachweisbar, noch kann die Art der Anführung das unterstützen. Diese scheint ihn vielmehr als den unmittelbaren Empfänger der für den Erzbischof von Vienne bestimmten Urkunde zu bezeichnen, als dessen Boten wir ihn zu betrachten hätten. Zeigt die Urkunde auch sonst in ihrer der Fassung von Briefen sich nähernden Form Eigenthümlichkeiten, so scheint es mir doch nicht undenkbar, daß man in einem Einzelfalle in der Kanzlei selbst den Ueberbringer erwähnte. Aber es mag, ohne daß das für unsern nächsten Zweck ins Gewicht fällt, immerhin auch ein von fremder Hand gefertigter Zusatz sein, wie das auch bei der im übrigen von Schum Vorst. 27 als echt vertheidigten St. 3258, Stumpf Acta 109, zutreffen mag mit der ungewöhnlichen Bemerkung: *huius cartae nuncius et exquisitor fuit frater H. de Sueindorphe.* In den Zeiten der K. Lothar und Konrad, als, worauf wir zurückkommen, die ganze Form der Datirung eine sehr schwankende war, würden solche, sonst ungewöhnliche Zusätze am wenigsten auch in unverfälschten Texten befremden können; ein Beispiel gibt St. 3572, Cod. Westf. 2, 57: *data est hec monimenti cartula apud W. anno d. i. 1150 ind. 13. propter servitium fidele predicti abbatis.*

Ähnliche Erwähnungen des Empfängers finden sich aber auch in Urkunden, bei denen Echtheit und Unverfälschtheit keinem Zweifel unterliegen. Dahin gehört vor allem die Datirung einer Urkunde der französischen Königin Gerberge, auf welche zuerst Mabillon De re dipl. I. c. 26 § 10 zunächst zur Begründung des Unterschiedes zwischen Actus und Datum hinwies: *actum 4. id. febr. anno i. d. 968; datum prid. 5. febr. manu dominae reginae et susceptum a domino abbate Hugone.* Nicht anders ist es doch zu verstehen, wenn es in Privileg der Kaiser Konstanze von 1196, Stumpf Acta 597, heißt: *datum Panormi 13. mensis apr., 14. ind., B. venerabili abbati eius ecclesiae.*

Auch in deutschen Urkunden fehlt es nicht an Belegen. So Trierlat Mon. 1, 225: *acta sunt hec apud Basiliam anno d. i. 1105, — autem ordinationis B. episcopi Basiliensis, qui hanc cartam dedit anno vero ordinationis H. abbatis Cluniacensis, cui data est, 5. Urkunden der Erzbischöfe von Trier heißt es 1038: *audita est confirmationis pagina C. recitante in generali placito 4. non. sept. advocato causas eiusdem placiti agente et ab ipso accepta et in eorum inibi consistencium scabinorum manibus data; bestimmt: data est 3. kal. decembris eidem ecclesie sub testimonio totius die dominica; oder data sunt hec dilectis filiabus nostris predi-**

d. i. 1198; Mittelrh. U. B. 1,365. 467. 2,218. Oder in Hersfelder Urkunde von 1073, Wenck Hess. L. G. 2,48: *acta sunt haec temporibus H. quarti regis — et tradita ad manus M. comitis*; Cod. Westf. 2,113: *anno d. i. 1171, ind. 4, data per manum R. notarii G. preposito de O. in Wirbene*; bei einem Verkaufe durch das Stift S. Quintin in Vermandois an das Stift Xanten, Binterim u. Mooren Erzd. Köln 3,164: *actum in capitulo s. Quintini anno 1212, 12. kal. apr.; datum in manus magistri J. scolastici, G. cellerarii, G. canonici Xantensis*.

318. Beschränkten wir uns bisher auf Belege aus den Datirungsformeln selbst, so werden doch auch die nicht seltenen Erwähnungen der Uebergabe durch den Aussteller an den Empfänger in der Beglaubigungsformel zu beachten sein. Wird dabei häufig neben anderen gerade der Ausdruck *Dare* gebraucht, so ist das ein weiterer Beleg dafür, was man unter dem *cartam dare* verstand; es ist dann doch anzunehmen, daß man auch bei der nächstfolgenden Datirung dieselbe Bedeutung im Auge hatte.

So heisst es um 938 in Urkunde des Erzbischofs von Trier für eine Edelfrau, Mittelrh. U. B. 1,238: *manu propria subter eam firmavimus manibusque nostrorum fidelium iussimus roborari, quod et dedimus ei per manum advocati Rotheri*; daß es sich nur um die Uebergabe handle, ergibt sich hier noch bestimmter aus der Erwähnung des Vogts, der natürlich nicht etwa als der Schreiber zu betrachten ist; dieser ist ausserdem mit *L. cancellarius scripsit et subscripsit* ausdrücklich angeführt. Oder 1157, Stumpf Acta Mag. 67: *ad confirmationem huius actionis has litteras a nobis eis datas sigillavimus*. Oder es finden sich gleichbedeutende Ausdrücke; so 1129: *hanc cartam inde conscribi fecimus eamque sigilli nostri impressione signatam venerando episcopo Ottoni manu nostra porreximus*, Ried Cod. Rat, 1,188; oder 1142: *hanc paginam — sigillo nostro corroboravimus et eam per manum dilecti fratris nostri S., eiusdem ecclesiae abbatis, et fratrum — videlicet H. H. S. tam ipsis, quam omnibus fratribus in monastica professione succedentibus contradimus*, Or. Guelf. 2,547; oder 1232: *cedulam hanc conscribi fecimus et sigilli nostri impressione communiri, porrigentes eandem vestre firmitati in robur et munimen perpetue libertatis*, und 1233: *hanc cedulam sigillo meo munitam, testibus nichilominus adnotatis, tradidi pretaxato in testimonium monasterio*, Wirtemb. U. B. 3,319. 322. Derartige Belege würden sich in Menge anführen lassen. Dabei wird man später nicht gerade in jedem Falle an die Handlung des Ueberreichens gedacht haben. Wird in der letzterwähnten Stelle das Kloster selbst, nicht eine dasselbe vertretende Person genannt, werden auch 1142 neben den unmittelbaren Empfängern die Rechtsnachfolger erwähnt, oder heisst es 1217, Oberöstr. U. B. 2,594: *in cuius rei testimonium presentes litteras abbati R. et suis successoribus tradidi ad cautelam*, so ist der Ausdruck allerdings schon in einer über den engsten Wortsinne hinausgehenden Bedeutung gefaßt; und ich bezweifle

318] denn auch in keiner Weise, daß das oft gebrauchte *litteras alicui dare* vielfach nichts weiter besagen sollte, als für Jemanden eine Urkunde ausstellen. Aber etwas anderes ist doch die spätere Anwendung, und die ursprüngliche Bedeutung; und diese wird hier keinem Zweifel unterliegen können.

Solche Angaben sind denn auch den Königsurkunden nicht fremd. Erwähnen die älteren Beglaubigungsformeln in der Regel nur die geschehene Unterzeichnung und die anbefohlene Siegelung, so führten wir bereits § 73 eine Reihe von Fällen an, in welchen die Formel den Zeitpunkt der gänzlich vollendeten Beurkundung ins Auge faßt, den König sagen läßt, daß er nach geschehener Unterzeichnung und Siegelung diese Urkunde dem Empfänger übergab, wie nach anderen dort angeführten Fällen auch die Zeugen wohl ausdrücklich auf die Uebergabe bezogen werden. Damit ist denn überhaupt die Uebergabe möglichst bestimmt als der letzte, auf die Siegelung folgende Akt der Beurkundung bezeichnet. Allerdings wird hier nur vereinzelt gerade der Ausdruck *Dare* gebraucht. Heißt es aber etwa 836, Wirtemb. U. B. 1, 110: *hanc nostrae auctoritatis confirmationem ei dare decrevimus*, oder sagt der Kaiser 973, Mittelrh. U. B. 1, 294, er unterzeichne die Urkunde, damit man wisse, sie sei nicht *per monachos sponte confictam*, *sed a nobis datam*, so ist doch zweifellos an dieselbe Handlung zu denken, welche dort mit *Tradere*, *Offerre* oder *Porrigere* bezeichnet ist. Wie denn umgekehrt solche Ausdrücke auch wohl in der Datirungsformel das *Dare* ersetzen; so Miraeus Op. 2, 961: *tradita est anno d. i. 1116*, ind. 9.

Im dreizehnten Jahrhunderte wird dann der Uebergabe sehr häufig in der Beglaubigungsformel gedacht. Jetzt oft in der Weise, daß der König, wie die Siegelung, so auch die Uebergabe befiehlt; so etwa *presentis scriptum sigillo nostro iussimus communiri et praelibato abbati exhiberi*, oder *premissae ecclesiae in testimonium assignari*, oder besonders genau Huillard 1, 568: *duplici pagine annotari fecimus, quarum alteram episcopo, alteram vero comiti curavimus firmioris cautelae gratia exhibere*. Häufig aber deutet auch jetzt wenigstens die Fassung noch auf Uebergabe durch den König selbst, und gerade dann findet sich oft der Ausdruck *Dare*; so etwa: *presentes vobis damus litteras sigillo nostro communitas; litteras nostras eidem ecclesiae dedimus sigillatas; dantes predicto has litteras in testimonium*. Wobei natürlich dahingestellt bleiben muß, ob man dabei lediglich die Beurkundung überhaupt, oder gerade den bestimmten Akt derselben im Auge hat.

Das aber leidet nach allem Gesagten wohl keinen Zweifel, daß das *Dare* der Urkunde ursprünglich nichts anderes bedeutet, als die Uebergabe an den Empfänger, und daß nur aus dieser Bedeutung sich alle Wendungen, in denen der Ausdruck vorkommt, genügend erklären lassen, wie sie ja an und für sich dem sonstigen Sinne des Wortes am genauesten entspricht. Tritt weiter diese Bedeutung gerade in solchen Fällen am bestimmtesten hervor, wo der Schreiber nicht einer älteren

gebrachten Formel folgt, sondern die Fassung frei gestaltet, so ist auch nicht zu bezweifeln, daß man mindestens bis in das dreizehnte Jahrhundert sich der eigentlichen Bedeutung noch durchaus bewußt war.

Eine ganz andere Frage ist freilich die, ob man sich dieser Bedeutung auch da genügend bewußt war, wo es sich lediglich um die Wiederholung durch Jahrhunderte fortgebrauchter Formeln handelte. Wir fanden ja manche Beispiele, daß der Ausdruck schon früh ohne alle Rücksichtnahme auf den ursprünglichen Wortsinne gebraucht wurde. Und weiter, sollte man die ursprüngliche Bedeutung auch bei den ständigen Formeln immer im Auge behalten haben, so wird doch zu fragen sein, in wie weit man bei den bezüglichen Angaben auf volle Genauigkeit Werth legte, ob sie nun wirklich der Uebergabe genau entsprachen. Handelt es sich dabei insbesondere um die Angaben von Zeit und Ort, um die Datirung im engeren Sinne, so fassen wir, um in der zusammenhängenden Erörterung dieser nicht unterbrochen zu werden, zunächst eine andere Angabe der Datirungszeile ins Auge, die allerdings erst später in Königsurkunden Eingang fand, aber anderweitig schon so lange in Gebrauch war, daß sich mit ihr recht wohl schon eine geänderte Bedeutung verbunden haben könnte, als die Reichskanzlei sie aufnahm.

AUSHÄNDIGUNGSFORMEL.

§19. In Urkunden, welche aus den verschiedensten Kanzleien hervorgegangen sind, heißt es oft in Verbindung mit den Angaben von Zeit und Ort, zuweilen auch ohne diese: *datum per manus* oder *per manum cancellarii* oder *notarii*. Wir werden dem zunächst keine andere Bedeutung, als die § 316 erörterte, beizulegen haben; es wird damit die Kanzleiperson bezeichnet sein, welche die vollendete Urkunde der Partei übergab. Liefse sich nun auch die ganze Datirungsformel, wenigstens insofern sie mit Datum eingeleitet ist, nach dem Ergebniss unserer bisherigen Erörterungen als Aushändigungsformel bezeichnen; so wird sich der Gebrauch dieses Ausdruckes zunächst nur für jene Angabe um so eher rechtfertigen, als er sich doch gerade dem *datum per manus* noch enger anschließt, als dem *datum* schlechweg.

Die Aufnahme in die Datirung geht zweifellos überall auf den Brauch der päpstlichen Kanzlei zurück. Wir erwähnten bereits § 311, wie seit Hadrian I. sich eine Doppelangabe findet, zuerst daß das Privileg durch einen Notar geschrieben, dann daß es durch die Hände einer höhern Kanzleiperson gegeben sei. Aber auch schon früher war die Formel in Gebrauch; es wurde zuweilen das *Scriptum*, häufiger das Datum angegeben und auch dann oft die gebende Person in der Formel bemerkt. Das blieb dann auch Brauch, als im zwölften Jahrhundert das *Scriptum* nicht mehr angegeben wurde. Aus der päpstlichen hat dann die Formel schon früh ihren Weg in die verschiedensten anderen

319] Kanzleien gefunden. In Deutschland scheint sie nicht so früh aufzutreten, als in den romanischen Ländern; die frühesten mir bekannten Beispiele treffen Kanzleien geistlicher Fürsten; die Formel der päpstlichen Privilegien bot auch hier zweifellos den Anlaß. So in Urkunde des Erzbischofs von Trier, Mittelrh. U. B. 1,412: *data per manum R. notarii anno d. i. 1061*; des Erzbischofs von Köln von 1063, Lacomblet U. B. 1,128: *datum per manus E. scolastici 6. kal. maii*, und 1077, Seibertz U. B. 1,37, berichtet nach dem Original zu Münster: *scriptam ac datam per manum G. capellani Sosazie 16. kal. iunii*, wonach die Angabe von Stumpf in den Sitzungsber. 32,621, daß die Formel vor 1185 in der Kölner Kanzlei nicht vorkomme, doch einzuschränken ist. Im zwölften Jahrhunderte finden sich solche Angaben dann überaus häufig. So in den Urkunden der Erzbischöfe von Mainz fast regelmäßig, wenn sie überhaupt ein Datum nennen. Aber auch in den Urkunden weltlicher Fürsten werden sie sehr üblich und sind auch da schon früher nachzuweisen, als in Königsurkunden; so 1125 in Urkunden des Herzogs von Baiern, des Markgrafen von Steier, Oberöstr. U. B. 2,162. 168. Wir dürfen daraus schließen, daß, wenn statt des in Privaturkunden üblicheren Actum nun häufig ein Datum angegeben wurde, das zunächst auf den Brauch der päpstlichen, nicht der königlichen Kanzlei zurückgeht.

320. Wenden wir uns zu den Königsurkunden, so ist die Angabe *data per manum Liutwardi* in Urkunde K. Karls für Fulda um 884 sicher ein Zusatz Eberhards; vgl. Dronke Cod. dipl. 283. St. 1971-2739. 3305 sind zweifelloso Fälschungen. Es wird weiter die Angabe in St. 3024: *actum anno d. i. 1108 et datum in ecclesia Goslariensi per manum Alberti cancellarii 5. kal. ian.*, nur zur Verstärkung der sonstigen Bedenken gegen die Echtheit dienen können; vgl. Cod. Saxoniae 1,45. Aber auch das bisher anscheinend nicht angezweifelte St. 303 Martene Coll. 2,83, mit *per manum Alberti cancellarii* ist doch höchst bedenklich. Stimmen die Angaben der Datirung auf 1110 zusammen, so paßt dazu der Kaisertitel nicht. Auch die Formen sind ungewöhnliche; im Falle der Echtheit müßte die Urkunde im Kloster gefertigt und in der Kanzlei nur besiegelt sein. Und dann würden wir ohnehin berechtigt sein, den Fall für unsere Zwecke unberücksichtigt zu lassen.

Den ersten unverdächtigen Fall finden wir 1133 in Italien unter K. Lothar, St. 3282, Magarinus Bull. Cass. 2,144, für die Abtei Polirone. Zwischen Signum und Datirung, an der Stelle, welche sonst die Rekognition einnimmt, heisst es: *data per manum Norberti Magdeburgensis archiepiscopi et d. Lotharii serenissimi Rom. imp. augusti archicancellarii*. Ausser dieser hat Norbert in Italien nur noch St. 3283 unterfertigt, aber mit der gewöhnlichen Formel: *ego N. archicancellarius recognovi*.

Einen zweiten Fall bietet St. 3298, Jung Hist. com. Benth. 359, vor

1134, wo es nach dem Signum heisst: *data per manum Norberti archicancellarii et Magdeburgensis archiepiscopi*, während dann unter Actum die Jahresangaben folgen. Die Echtheit wird von Stumpf, dann von Schum Vorstudien 12 bestritten und zwar in erster Linie eben wegen jener Angabe, welche von ihnen schlechtweg als Rekognition bezeichnet wird. Mir scheint dieselbe gerade für die Echtheit zu sprechen, wie schon § 7 bemerkt wurde. Zunächst wäre doch überhaupt zu erweisen, daß die Formel einfach gleichbedeutend mit der Rekognition ist; wir werden darauf zurückkommen und können das vorläufig zugeben. Man stützt sich weiter darauf, daß Norbert nur für Italien zum Erzkanzler ernannt sei; es sind denn auch die anderen in dieser Zeit für Deutschland ausgestellten Urkunden in Vertretung des Erzbischofs von Mainz rekognoszirt. Von der Frage, ob die Trennung beider Kanzleien so scharf war, daß sie vereinzelte Ausnahmen ausschloß, können wir ganz absehen. Denn bei Norbert handelt es sich überhaupt um eine Ausnahmstellung, welche sich nicht nach den gewöhnlichen Regeln beurtheilen läßt. Norbert nennt sich Erzkanzler; aber man wird kaum sagen können, daß er zum Erzkanzler für Italien ernannt war. Die Stellen des sächsischen Annalisten: *quia archiepiscopus Coloniensis defuit, qui iure debet esse cancellarius in illis partibus, Norbertus archiepiscopus Magdeburgensis huic officio deputatus est*, und weiter zu 1137: *Ratisponensem episcopum pro Coloniensi archiepiscopo cancellarium instituit*, belagen doch kaum mehr, als daß der Kaiser sie in Abwesenheit des eigentlichen Erzkanzlers als solche verwandte; zweifellos hörte deshalb der Erzbischof von Köln nicht auf, Erzkanzler für Italien zu sein, wie er denn ja 1136 auch als solcher genannt wird. So ist es doch recht wohl möglich, daß der Kaiser vereinzelt Norbert auch in Deutschland bei Abwesenheit des Erzbischofs von Mainz als Erzkanzler fungiren ließ, zumal wo es sich um die Bestätigung der Gründung eines Prämonstratenserklusters handelte, also eine Angelegenheit, die gerade für Norbert besonderes Interesse hatte. Und die Rechte von Mainz wurden ja in keiner Weise dadurch beeinträchtigt, da die gewohnte Rekognitionsformel gar nicht gebraucht ist, der Erzkanzlertitel aber jeder bestimmteren Beziehung entbehrt, von Italien her beibehalten sein konnte. Mag man da aber diese oder jene Erklärung vorziehen, jedenfalls scheint mir nach dem § 7 Bemerkten das Vorkommen der ganz ungewöhnlichen, aber doch auch für diese Zeit durch eine andere unverdächtige Urkunde, die unseren Fall nicht beeinflusst haben kann, belegten Formel so bestimmt für die Echtheit zu sprechen, daß wir auch bei Unechtheit der Urkunde selbst uns genöthigt sehen würden, gerade für jene vorzugsweise beanstandete Formel Entlehnung aus einer echten gleichzeitigen Vorlage anzunehmen. Genau so finde ich sie auch später nur noch in St. 4068 angewandt; und wollten wir auch annehmen, der Fälscher habe eine spätere entsprechende Urkunde zur Hand gehabt, so wäre es doch ein gewiß nicht in Rechnung zu bringender Zufall, daß

320] er die Formel willkürlich gerade auf den einzigen Kanzler früherer Zeit übertragen hätte, für den allein sie auch sonst bezeugt ist.

Auch unter den folgenden Regierungen ist der Gebrauch des Ausdruckes Datum per manus ziemlich selten. Habe ich keine Fälle übersehen, so findet er sich unter K. Konrad III. nur in St. (3395.) 3463. 88. 3514. 75, dann unter K. Friedrich I. in St. 3618. 21. 23. 56. 3700. 4068. 90. 4163. 4390. 4409. 90. Erst unter K. Heinrich VI. wird er häufig und bleibt dann auch unter den späteren Regierungen in Gebrauch.

321. Was nun die ursprüngliche Bedeutung betrifft, so könnte allerdings der Ausdruck *per manus* es nahe legen, zunächst an das Schreiben zu denken. Denn es heisst nicht allein oft *scriptum per manus*, sondern wir wiesen § 43 auch nach, dass das oft vorkommende *actum per manus* sich auf das Schreiben der Urkunde beziehen muss. Und das könnte um so gewichtiger scheinen, als es auch in einer Königsurkunde, St. 3395, Miraeus Op. 2, 870, in der Zeit des ersten Vorkommens der Formel unter ganz entsprechenden Verhältnissen heisst: *actum publice in ecclesia b. Servatii per manum A. cancellarii vice A. archicancellarii*. Dass es sich aber hier wenigstens nicht um das Schreiben handeln kann, liegt auf der Hand; ist die Formel richtig überliefert, so gibt sie nur einen weiteren Beweis für das § 43 Bemerkte, dass das vieldeutige Actum sich auf die verschiedensten Akte der Beurkundung beziehen kann.

Dass wenigstens in päpstlichen Privilegien das Datum per manus für das nach § 309 Beziehung auf das Datiren auszuschliessen ist, sich auch nicht auf das Schreiben beziehen kann, ergibt mit voller Sicherheit das § 311 Bemerkte. Das wird dann für andere Urkunden um so maassgebender sein müssen, als der Gebrauch des Ausdruckes überhaupt auf die päpstliche Kanzlei zurückgeht. Aber auch davon abgesehen würde es sich leicht erweisen lassen. In deutschen Königsurkunden wird allerdings nur ganz ausnahmsweise der Schreiber genannt, sei dieser nun der Konzipient oder der Reinschreiber; vgl. § 203. Heisst es 1177 in der Friedensurkunde für Sizilien, St. 4205: *praesens privilegium per manus W. protonotarii nostri scribi fecimus*, so ist allerdings wenigstens später gerade der Protonotar derjenige, durch dessen Hände gegeben wird. Aber es besteht da zweifellos kein Zusammenhang; dass eine so wichtige Urkunde ausnahmsweise vom Protonotar selbst gefertigt wurde, wird nicht auffallen können. Wird St. 4191 von einem der Zeugen bemerkt: *qui scripsit privilegium*, so ist das der letzte von vier genannten Notaren; durch die Hände einfacher Notare werden aber die Urkunden des Königs nicht gegeben. Häufiger wird unter K. Friedrich II. im Anschlusse an den bezüglichen Gebrauch der sizilischen Kanzlei, aus der auch der Entwurf der Friedensurkunde von 1177 stammen dürfte, der Schreiber genannt; wird dann das Dare per manus erwähnt, so ist der Geber eine andere Person. So etwa in den ersten in Deutschland aufgestellten Privilegien, Huillard 1, 217 ff.: *presens privilegium per manus*

Henrici de Parisiis notarii et fidelis nostri scribi iussimus; dann am Ende: *datum in nobili civitate Basilea per manus Ulrici protonotarii*.

In fürstlichen Urkunden wird allerdings als Geber häufig ein Notar oder eine andere Person genannt, in welcher wir zugleich den Schreiber vermuthen dürfen; so ausdrücklich 1196, Or. Guelf. 3,607: *data per manum A. scriptoris*. Doch werden dann beide Handlungen wohl auseinandergehalten; so etwa Steierm. U. B. 1,522. 713: *ego R. magister scholarum mandato d. patriarche scripsi et dedi*; bestimmter in Urkunde des Herzogs von Baiern von 1125, Or. Guelf. 2,318, wo es unmittelbar nach dem Texte heisst: *ego Berenhardus scripsi*, während es dann nach Monogramm, Siegel und Actum mit Jahren und Zeugen noch am Schlusse heisst: *data R. in palatio 3. kal. aug. per manum Berenhardi notarii*.

Bezeichnet das Datum per manus die bezügliche Handlung nicht genauer, so haben wir zunächst keinen Grund, dabei an etwas Anderes zu denken, als an das, was unsere frühere Untersuchung überhaupt als Bedeutung des Datum ergab, Uebergabe der fertigen Urkunde an den Empfänger. Gerade in mehreren der § 317 angeführten Fälle, bei denen sich die Bedeutung wegen Erwähnung des Empfängers besonders sicher ergab, fanden wir das Datum per manus gebraucht. In einer Aufzeichnung im Traditionsbuche von Weissenau, Huillard 1,726, wird erzählt, dass der Probst 1220 vom Könige die Ausstellung einer Urkunde erwirkte: *et date sunt sibi litere confirmationis cum sigillo d. regis per manus Heinrici de Tanne protonotarii et maioris ecclesie Constantiensis prepositi*; der Protonotar ist aber eben die Person, welche in der Datirungsformel in der Regel als Geber genannt wird. Auch auf eine eigenthümliche Form in Urkunden Heinrichs des Löwen dürfte hinzuweisen sein. Gewöhnlich heisst es hier: *data in N. per manum H. notarii nostri kal. ian.*; mehrfach aber statt dessen etwa: *data in H. id. nov.*; *dominus B. notarius d. ducis assignavit*, vgl. Or. Guelf. 3,511. 513. 516, Stumpf Acta Mag. 94. Das Dare per manum und Assignare scheinen hier gleichbedeutend gebraucht zu sein; letzteres aber dürfte doch am wahrscheinlichsten die Uebergabe an den Empfänger bezeichnen, wenn auch die Vieldeutigkeit des Wortes andere Erklärungen nicht ausschliessen würde, es sich insbesondere auch auf das Datiren oder Siegeln beziehen könnte.

Andererseits ergeben sich aber Bedenken. Nach § 316 nud 318 wurde die Uebergabe der Urkunde zweifellos sehr häufig durch den Aussteller selbst vorgenommen. Wird nun auch das zuweilen gerade in der Datirungsformel bemerkt, so kann es doch auffallen, dass dafür nie, so weit ich sehe, der sonst so übliche Ausdruck Datum per manus gebraucht wird. Bedenklicher noch ist es, dass in einzelnen Fällen, wo doch die Uebergabe durch den Aussteller erfolgt zu sein scheint, die Datirung einen andern Geber nennt. So hat St. 4828, wonach K. Heinrich VI. 1193 Garda an Verona verkauft, *datum p. m. protonotarii*;

321] aber nach dem gleichzeitigen Akt St. 4829 vollzog der Kaiser die Investitur *cum privilegio facto et finito et sigillato*, was doch eine anderweitige Uebergabe an die Partei auszuschließen scheint. Der Bischof von Freising sagt 1263, Dipl. Austr. 31, 246: *presentem paginam memoratis civibus et eorum heredibus tradidimus nostri pendentis sigilli munimine roboratam*; dann: *datum p. m. magistri H. nostre curie tunc notarii*, wo überdies das *tunc* auf nachträgliche Ausfertigung schließen läßt, die Formel sich also schwerlich auf Uebergabe derselben beziehen kann.

Es muß weiter auffallen, daß wenigstens vereinzelt zwei Personen als Geber bezeichnet werden. So in Königsurkunde, Reg. Ott. 37, Bresslau Dipl. c. 138: *datum a. d. i. 1208 p. m. cancellarii nostri C. et p. m. prothonotarii W.*; in Urkunde K. Otakars 1265, Dipl. Austr. 31, 255: *datum ibidem, pridie non. apr. p. m. prothonotariorum nostrorum magistrorum U. et P.* Das trifft wenigstens denselben Zeitpunkt und möchte sich immerhin auf die Uebergabe beziehen können, wie ja auch § 316 in Fällen, wo diese Bedeutung nicht zweifelhaft sein kann, wohl mehrere Personen als Geber genannt wurden. Nun heißt es aber in Pabsturkunde von 1026, Jaffe Reg. 3099, Marini Pap. 78, nach dem *scriptum p. m. Georgii notarii in mense decembre* und den Unterfertigungen der Kardinäle: *datum 16. kal. ian. p. m. Bosonis ep. s. Tiburtine ecclesie et bibliotecarii s. ap. sedis*; *datum secundo kal. ian. p. m. Benedicti episcopi Portuensis et vice Peregrini Coloniensis archiep. bibliotecarii s. ap. sedis*. Dem Empfänger kann die Urkunde nicht zweimal übergeben sein; es ist doch an eine Handlung zu denken, welche wenigstens ausnahmsweise eine Wiederholung gestattete.

322. In dieser Richtung dürfte vor allem zu erwägen sein, ob nicht ein näheres Verhältniß zur Rekognition bestand. Gerade der Gebrauch in den Pabsturkunden muß das nahe legen. Diesen fehlt jeder andere Bestandtheil, welcher der Rekognition der Königsurkunden entsprechen würde. Das Dare durch die Kanzler und Bibliothekare der römischen Kirche würde bezüglich der Personen sich durchaus dem Recognoscere der Königsurkunden an die Seite stellen lassen. Selbst in der Fassung zeigt sich Uebereinstimmung, insofern wohl bemerkt wird, daß das Dare in Vertretung des Erzbischofs von Köln als Erzkanzlers des römischen Stuhles geschieht. Es könnte ja auch sachlich nicht auffallen, wenn man bei beiden Angaben wesentlich denselben Zweck im Auge gehabt hätte. Wird angegeben, daß der Kanzler die Urkunde übergab, sie also nach ihrer Vollendung in Händen und damit Gelegenheit zur Prüfung hatte, so konnte das dem Zwecke, anzudeuten, daß der Kanzler für die Urkunde einstehe, eben so wohl genügen, als die ausdrückliche Angabe, daß er sie geprüft habe. Hatte man zunächst die Prüfung im Auge, so konnte diese ausnahmsweise durch mehrere Personen und selbst, wie in dem letztbesprochenen Falle, zu verschiedener Zeit geschehen. Vereinzelt findet sich auch in Königsur-

oppelte Rekognition; so in St. 3228 durch den Erzkanzler und den Kanzler, in St. 3936 durch den Erzkanzler und den Kanzler. So auch die ursprüngliche Beziehung der Formel auf die Uebergabe zweifeln seien mag, so wäre es doch möglich, daß man die Formel der päpstlichen Kanzlei schon früh zunächst auf die Prüfung bedienlich auch da anwandte, wo die Uebergabe thatsächlich an den prüfenden Kanzleibeamten geschah. Und dann wäre es möglich, daß, als die Formel aus den Pabsturkunden in den weltlichen Eingang fand, man auch hier zunächst jene Bedeutung hatte.

Die Privaturkunden können uns bei der großen Verwirrung der Anwendung wenig bestimmtere Haltpunkte bieten. *Dare per manum* sich auf einen letzten Akt der Beurkundung ergibt allerdings auch hier schon die Stellung der Angabe in der Urkunde. Zuweilen steht sie ganz vereinzelt am Ende hinter den Ort, so Lacomblet U. B. 1,352. 368; oder nur mit den genaue Angaben der Datirung, mit Ort oder Tag oder beidem verbunden; meistens in der später auch in den Königsurkunden üblichen Weise zwischen dem Namen des Gebers zwischen Ort und Tag. Ist Or. Guelf. 3,696 *per p. m. J. notarii* genau, so würde da der Gebrauch der gegen die Zeit besonders bestimmt auf den Schluß der Beurkundung

die Angabe über die Rekognition findet sich nur vereinzelt in den Privaturkunden. Dann werden diese und die Uebergabe wohl als zwei verschiedene Handlungen geschieden; so 1136 in Urkunde des Markgrafen von Ital. Forsch. 4,151: *ego A. scriba marchionis recognovi et tradidi marchioni et confirmante*. Zuweilen erscheint aber das *recognovi* mit dem *Dare* in nähere Verbindung gebracht. So in der Urkunde des Erzbischofs von Trier 1041: *hanc cartam datam in 1041 recognovit*; weniger bestimmt 1075, wo auf die unter *Data* gegebene Angabe eine selbstständige Rekognitionsformel folgt; Mittelrh. U. B. 3. In Urkunden Heinrichs des Löwen findet sich sehr häufig das Datum *per manus*; heist es nun an derselben Stelle Ober- u. B. 1,287: *H. scriptor recognovit*, Or. Guelf. 3,507: *H. curiae recognovit*, Asseburg. U. B. 1,12: *H. cartularius noster recognovit*, so scheint das eine das andere zu ersetzen. Auch wenn es in der Urkunde des Bischofs von Hildesheim, Luntzel Diöc. Hild. 378, heist: *monte s. Georgii Goslarie a. d. 1160, ind. 8, 9. kal. martii; recognovit in Hildensem eodem anno in generali synodo nonas martii*, so ist das ungewöhnliche, auf einen spätern Zeitpunkt bezügliche Datum ganz in derselben Weise verwandt, wie sonst *Datum*, vgl. *Datum per manus*. Man gewinnt doch den Eindruck, daß, obwohl, weil in den Privaturkunden eine der Rekognition entsprechende Angabe bisher nicht üblich war, die Aushändigungsformel aufgenommen wurde.

333] Es dürfte weiter zu beachten sein, daß nach Kürschner im Oesterr. Archiv 49, 79 gerade nur diejenigen Urkunden Herzog Rudolfs IV. von Oesterreich, welche in dessen Abwesenheit, aber in seinem Namen vom Kanzler als Statthalter der Vorlande ausgestellt sind, die Formel haben: *durch hende des egenannten unsers kanslers gegeben*. Es handelt sich sichtlich um eine besondere Beglaubigung; die Angabe der Uebergabe konnte diese aber nur dann bieten, wenn sich damit die Auffassung eines Entstehens des Gebers für den Inhalt verband. Und ganz in derselben Weise würde der Ausdruck dann schon in einer Königsurkunde von 1246 gebraucht sein, falls unsere § 129 geäußerte Ansicht richtig ist, daß dieselbe in Abwesenheit K. Konrads IV. ausgestellt wurde.

324. Bei den Königsurkunden ist die Sachlage insofern eine ganz andere, als hier in der Rekognition ohnehin eine entsprechende Beglaubigung vorhanden war. Untersuchen wir nun hier den Gebrauch der Formel in verschiedenen Richtungen, so ergibt sich überall, daß bei der ersten Aufnahme der engste Zusammenhang mit der Rekognition besteht, beides mit einander wechselt, sich dann aber im Laufe der Zeit immer größere Unterschiede herausstellen und schliesslich Rekognition und Aushändigungsformel als ganz von einander geschiedene, in ein und derselben Urkunde neben einander vorkommende Bestandtheile erscheinen. Spricht alles für die Annahme, daß man zur Zeit der Aufnahme im zwölften Jahrhunderte die Anführung des Gebers zunächst als gleichbedeutend mit der Rekognition faßte, so dürften einzelne Kanzleibeamte zuerst willkürlich in Einzelfällen die in Königsurkunden übliche Form durch die päpstliche ersetzt haben. Das hatte dann allerdings nicht den Erfolg, daß die Rekognition verdrängt wurde; aber aus diesem oder jenem Grunde mochte man finden, daß auch neben ihr jene andere Form einem bestimmten Zwecke entspreche, und behielt sie demnach bei.

Im einzelnen bestätigt sich das Gesagte zunächst durch Beachtung des Vorkommen neben der Rekognition. Diese wird zwar nie durch die Aushändigung auch nur zeitweise ganz verdrängt. Aber unter K. Lothar, Konrad und wenigstens ganz überwiegend auch noch unter Friedrich I. schließt die eine Formel die andere aus, finden sich beide nicht in ein und derselben Urkunde. In vielen der Fälle, welche die Aushändigung erwähnen, handelt es sich nun allerdings um einfache Privilegien, welchen die Rekognition zu fehlen pflegt; es ließe sich daran denken, das Datum per manus sei als Ersatz jener bei einfachen Privilegien angewandt. Aber dieser Unterschied ist nicht durchgreifend. St. 3282. 98. 3575. 3618. 4068 mit Signum, 3575 sogar mit Goldbulle werden zweifellos den feierlichen Privilegien zuzuzählen sein, obwohl statt der Rekognition die Aushändigung erwähnt ist. Die Anwendung der einen oder anderen Form scheint eine ganz willkürliche zu sein.

Dagegen findet sich nun schon mehrfach unter K. Friedrich I., (s. St. 3621. 3656. 4090. 4409, außer Erwähnung der Aushändigung auch die Rekognition an ihrer gewöhnlichen Stelle. Unter K. Heinrich VI.

er welchem die Erwähnung der Aushändigung überhaupt erst häufiger wird, ist das gleichzeitige Vorkommen beider Formen durchaus die Regel zu betrachten. Bis Ende 1190 überwiegt noch die bloße Rekognition; dann findet sich diese nur noch in einzelnen Fällen. Daraus ergeben sich nach den von Stumpf gegebenen Nachweisen bis zum Tode des Kanzler Dither im Juni 1191 auf ein und zwanzig Fälle beider Formen nur noch sieben, welche lediglich die Aushändigung betreffen; und auch das sind durchweg einfache Privilegien, bei welchen die Rekognition überhaupt nicht üblich war. Von einem Ausschließen der einen Form durch die andere kann also nicht mehr die Rede sein.

Das bleibt denn auch später das maßgebende Verhältniß; neben dem Kanzler als Rekognoszenten wird in der Regel noch der Protokollist als Geber genannt. Nur in so weit kann später noch von einem Ausschließen die Rede sein, als in Fällen, wo der Kanzler selbst als Geber genannt ist, wie das insbesondere unter K. Friedrich II. oft der Fall ist, Huillard 1, 259. 261. 263. 304. 348. 434. 540. 582. 670, die Rekognition ist, obwohl wir diese Urkunden nach anderen Kennzeichen durchweg als feierlichen Privilegien zuzuzählen haben.

325. Das entsprechende Ergebniss gewinnen wir aus Beachtung der Stellung der Formel. Finden wir dieselbe in den ersten Fällen unter K. Lothar ganz selbstständig zwischen Signum und Datirung, also an derselben Stelle, welche sonst die Rekognition einnimmt, so läßt das um einen Zweifel, daß sie hier einfach als Ersatz derselben verwandt wurde. Denn wenn der Ausdruck selbst den päpstlichen und Privaturkunden entnommen war, so fällt um so schwerer ins Gewicht, daß bezüglich der Stellung von ihnen abgewichen wurde; denn diese geben das Datum per manus durchweg nicht selbstständig, sondern in der Datirungsformel; und vereinzelt selbstständig vorkommend, steht es nicht selbstständig, sondern nach der Datirung.

An jener der Rekognition entsprechenden Stelle findet sich in allen Fällen des Vorkommens unter K. Konrad und Friedrich I., abgesehen von zweien, von welchen mir der vollständige Text nicht vorlag, das Datum per manus nur noch St. 4068; auch später ist mir nur St. 4715, Stumpf Acta 566, aufgefallen, wo es aber in abweichender Weise mit Jahresangaben zusammengezogen ist. Wir finden es nun in denselben Stellungen, welche es auch in den Privaturkunden einnimmt, am Schlusse der Urkunde. Entweder so, daß die Zeit- und Ortsangaben vorhergehen, dann Datum per manus ganz alleinstehend folgt, so St. 3514. 3618. 4650. Oder es gehen die Zeitangaben voraus, während nur der Ort zum Datum gezogen ist, etwa *datum Ulmae p. m. cellarii*; so St. 3463. 3623. 4163. Am häufigsten zwischen Orts- und Jahresangabe eingeschoben, so St. 3618. 3621. 3700. 4090, wo die Jahresangaben folgen, während dann später in den feierlichen Privilegien die regelmäßige Anordnung die wird, daß unter Actum die Jahresangaben vorhergehen, die Urkunde dann mit Datum mit Ort, Geber und Tag

325] schließt. Nur ganz vereinzelt, so Reg. Ott. IV. 98, steht die Formel selbstständig schon vor der Datirung, während ihr auch da die Rekognition vorhergeht. Die Stellung des *Dare per manus* weist also bestimmter, als die der Rekognition, auf einen letzten Akt der Beurkundung hin und läßt es insbesondere in engste Verbindung mit der Datirung überhaupt oder gerade deren genauesten Angaben treten, während es zuweilen auch später noch, so Reg. Ott. IV. 5. 100. Huillard 1,755. 757, ganz selbstständig nach der Datirung die Urkunde schließt. Das stimmt denn allerdings genauer zur eigentlichen Bedeutung des Ausdruckes, da die Prüfung immerhin der Datirung vorausgehen mag, die Uebergabe aber jedenfalls der letzte Akt der Beurkundung sein muß.

326. Sehen wir auf die Fassung der Formel, so wird auch da zu beachten sein, daß diese sich gerade anfangs oft der Rekognition näher anschließt. Kann das bei den Fällen unter K. Lothar nicht hervortreten, da da der Erzkanzler selbst als Geber genannt wird, so heißt es sogleich im nächstfolgenden Fall St. 3395, dann 3575. 3618. 4390: *datum per manum cancellarii vice archicancellarii*. Bietet sich dafür allerdings eine Anknüpfung in entsprechender Fassung von Pabsturkunden, so kann es doch kaum zweifelhaft sein, daß dieselbe hier aus der Rekognitionsformel der Königsurkunden herübergenommen ist, was wohl kaum geschehen wäre, wenn man das Datum von vornherein als eine wesentlich andere und weniger wichtige Form betrachtet hätte. Das verliert sich dann aber; insbesondere ist mir aus der Zeit K. Heinrichs VI., wo die Formel am regelmäßigsten angewandt wird, kein Fall bekannt, daß der Geber als in Vertretung handelnd bezeichnet würde. Es wäre nur etwa darauf hinzuweisen, daß es St. 4739. 40. 45. 46 heißt: *per manum protonotarii vacante cancellaria*; aber dabei liegt schwerlich die Anschauung einer Vertretung zu Grunde, da der Kanzler in dieser Zeit nie mehr Geber ist; die Form wird nur deshalb gewählt sein, um anzudeuten, weshalb diesen feierlichen Privilegien die Rekognition fehlt. Erst später, wo alle diese Formen weniger regelmäßig eingehalten werden, ist der Geber wohl wieder als Stellvertreter bezeichnet; so Reg. Ott. 5 der Protonotar für den Erzkanzler, Huillard 1,380. 381 ein Hofnotar für den Kanzler, Böhmer Acta 320 der Protonotar für den Kanzler.

Beachtenswerth scheint mir weiter, daß wir in der Zeit, in welcher die Aushändigungsformel aufkommt, in St. 3539, Cod. Anhalt. 1,248, die Rekognitionsformel finden: *A. cancellarius ad vicem H. archicancellarii recognovi et manu dedi*. Sind die letzten, doch zweifellos mit jener gleichbedeutenden Worte hier geradezu in die Rekognition einbezogen, so weist das doch deutlich auf den engsten Zusammenhang hin. Später fand ich Aehnliches nur noch in der Fälschung Reg. Phil. 9, Wirtemb. U. B. 2,328, für Weingarten mit *recognovi privilegium et de mandato dedi speciali*. Schwerlich ist das aus einer echten Vorlage entnommen; denn die Datirung nennt überdies noch den Protonotar als Geber; und den Befehl zur Aushändigung habe ich nicht früher gefunden, als

1274 bei K. Rudolf: *datum Herbipoli de iussu et mandato nostro p. m. protonotarii vice cancellarii*, Böhmer Acta 320. Es möchte endlich zu erwähnen sein, daß sich in St. 3781. 4073, Guichenon Bibl. Seb. 150, Böhmer Acta 116, die ungewöhnliche Rekognitionsformel: *recognitum per R. cancellarium (H. prothonotarium) vice — Burgundiae archicancellarii*, findet. Ist dieselbe nicht etwa, wie das beim Zusammentreffen zweier Fälle doch unwahrscheinlich ist, in willkürlicher Umformung überliefert, so möchte ich allerdings nicht gerade Gewicht darauf legen, daß wenigstens das *per* an die Aushändigungsformel anklingt; aber es ist doch ein weiterer Beleg dafür, daß in dieser Zeit die Rekognitionsformel weniger regelmässig gebraucht wird, als früher, wie sich das leichter beim Eingreifen einer andern gleichbedeutenden Formel erklärt.

327. Besonders deutlich tritt dann das anfängliche Zusammenfallen und spätere Auseinandergehen beider Formeln hervor bei Beachtung der Person des Aushändigenden. Bis 1184 ist diese regelmässig dieselbe, welche sonst rekognoszirt, unter K. Lothar der Erzkanzler, dann der Kanzler. Unter K. Konrad ist nur St. 3514 vom Notar Heinrich gegeben; dieser aber, St. 3477 als Protonotar bezeichnet, erscheint auch sonst wohl als Vertreter des Kanzlers; so rekognoszirt er St. 3594 statt des Erzkanzlers.

Unter K. Friedrich I. findet sich St. 3700 als Geber der Bischof Eberhard von Bamberg, also eine gar nicht zur Kanzlei gehörige Person; es mag das damit zusammenhängen, daß es sich um eine Ausfertigung des Lehensgesetzes von 1154 handelt und Eberhard dem Reichsgerichtswesen in Italien vorgestanden zu haben scheint; vgl. Ital. Forsch. 1328. 336. Auch aus Privaturkunden konnten wir § 316 einzelne Fälle anführen, daß die Urkunde durch die Hand einer nicht zur Kanzlei gehörenden Person übergeben wurde. In Königsurkunden kommen sie auch später äusserst selten vor. Nennt eine Urkunde von 1195, Stumpf Acta 588 n. 419, als Geber den Bischof Heinrich von Worms, so ist dieselbe zweifellos unecht, nach dem Muster einer sizilischen Königsurkunde in Formen gefasst, welche unter K. Heinrich nicht üblich sind; daß man gerade den Namen des Bischofs in die Formel eintrug, erklärt sich daraus, daß er in einer echten Urkunde für dasselbe Kloster, St. 4890, Stumpf Acta 583, Zeuge ist. Es heisst weiter in Urkunde K. Heinrichs von 1224, Huillard 2,814: *datum p. m. d. Engelberti ven. Coloniensis archiepiscopi, doctoris (tutoris?) predicti d. regis*. Gegen Einzelheiten des Textes der nur in Abschrift erhaltenen Urkunde mögen sich Bedenken erheben lassen; aber an einer echten Vorlage ist nicht zu zweifeln. Und auch schwerlich an der Echtheit jener Angabe, so vereinzelt sie sein mag; die Erwähnung des Erzbischofs und Reichsverwefers in der Dattirung stimmt damit, daß er unter den Zeugen fehlt, was sonst unerklärlich sein würde; die Form wird ausnahmsweise gewählt sein, um das Einstehen des Reichsverwefers für die Verfügung des jungen Königs bestimmter, als durch die bloße Erwähnung als Zeugen hervortreten zu

327] lassen. Endlich besprachen wir bereits § 129 die Urkunde K. Konrads IV. von 1246, in der erwähnt ist, daß sie durch Eberhard von Helfenstein gegeben sei; ist unsere Erklärung richtig, so diente die Formel auch hier dazu, anzugeben, daß zunächst der Geber für den Inhalt entstand. Die Fälle zeigen allerdings, daß man die neue Formel freier verwandte, als die althergebrachte der Rekognition.

Von diesen Fällen abgesehen werden, so weit ich sehe, nur Kanzleipersonen als Geber genannt. Und auch in der früheren Zeit K. Friedrichs I. ist das noch überwiegend der Kanzler, selbst in Fällen, wo auch die Rekognition vorkommt, so daß in St. 3621. 3656 der Kanzler als Rekognoszent und auch als Geber genannt ist. Eine erste Abweichung ist St. 4090 von 1167, wo der Kanzler rekognoszirt, der Protonotar aber aushändigt, obwohl der Kanzler Philipp anwesend war, da er auch Zeuge ist. Doch sind dann wieder St. 4163. 4390 durch die Hand des Kanzlers gegeben.

Von 1185, St. 4409, ab ist nun aber beides scharf geschieden; die Rekognition nennt wie früher den Kanzler; der Gebende ist nun regelmäßig der Protonotar, und zwar auch dann, wenn der Kanzler anwesend ist; will man dafür die Rekognition nicht maßgebend sein lassen, so ergibt es sich auch jetzt, so St. 4670, wohl daraus, daß der Kanzler zugleich Zeuge ist. Besonders deutlich tritt das Verhältniß 1188 hervor bei dem Verträge über die Heirath des Kaisersohnes Konrad, St. 4409: *data apud S. p. m. R. imp. aulae protonotarii presente F. imperialis aulae cancellario*. Die ungewöhnliche Aufführung des Kanzlers in der Datirungsformel erklärt sich wohl aus dem besonders feierlichen Anlaß; während es sich doch nicht um die Form feierlicher Privilegien mit Rekognition handelt; um so bestimmter erscheint das Dare als besondere Funktion des Protonotar.

Unter K. Heinrich VI. finden wir denn auch in dieser Richtung die Form, wie sie sich bis dahin entwickelt hatte, am strengsten eingehalten. Die Rekognition nennt den Kanzler oder Erzkanzler; nur St. 4712 ist vom Protonotar mit der ungewöhnlichen Formel *precepto d. imperatoris recognovi et eius signo signavi* zur Zeit der Erledigung der Kanne rekognoszirt. Dagegen wird als Aushändiger regelmäßig der Protonotar genannt. Von unverdächtigen Stücken kenne ich nur St. 4920. 13. N. Archiv der Gesellsch. 1. 138, welches keine Rekognition hat, aber den Kanzler als Aushändiger nennt, obwohl der unter den Zeugen genannte Protonotar anwesend war. Demnach würde auch die Nennung des Kanzlers in St. 4995, Cod. Westf. 2, 249, an und für sich nicht gerade ausschließen, daß ein echtes Protokoll benutzt sein könne. Denn die Urkunde, wie sie vorliegt, ist zweifellos unecht, da abgesehen von den äußern Gründen der vielleicht in eine echte Vorlage eingeschobene *sane-convenisse* auch inhaltlich der bezüglichen bischöflichen Urkunde Cod. Westf. 2, 248, widerspricht. Der Fall wäre insofern von Bedeutung, als er der einzige mir bekannte sein würde, bei welchen der auch

len Zeugen genannte Aushändler am Tage der Datirung nicht am Orte war. Aber eben dieser Umstand wird die Bedenken gegen die Echtheit auch nur des Schlufsprotokolles noch steigern müssen.

Im allgemeinen bleibt auch später der Protonotar der Aushändler. Wird als solcher oft bei K. Otto IV., vereinzelt auch wohl unter K. Friedrich II., so Huillard 2,780. 6,306, nur ein Notar genannt, so haben wir anzunehmen, daß er die Funktionen ohne den Titel versah; 1212, Huillard 1,218 ff., wird er denn auch als *viceprotonotarius* bezeichnet. Doch wird nun der frühere Brauch insofern nicht mehr eingehalten, als häufiger auch die höchsten Kanzleibeamten als Aushändler erscheinen. Reg. Ott. 13. 40 sind vom Kanzler, n. 16 sogar vom Erzkanzler gegeben. Gar nicht selten wird dann insbesondere unter K. Friedrich II. wieder der Reichskanzler, auch der des Königreichs Jerusalem, so Huillard 2,536. 538, genannt. Darauf mag eingewirkt haben, daß das dem Brauche der sizilischen Kanzlei entsprach. Weiter aber zeigt sich dann auch wieder ein engerer Zusammenhang mit der Rekognition, insofern diese auch den feierlichen Privilegien in solchen Fällen fehlt, wo der Kanzler selbst Aushändler ist, während sie neben dem aushändigenden Protonotar vorkommt. Man hat in späterer staufischer Zeit alle diese Formen sehr willkürlich angewandt.

328. Suchen wir uns nun nach dem Gefagten die *thatsächliche* Bedeutung der Aufnahme der Formel neben der Rekognition zu vergegenwärtigen, so ist diese gewiss nicht darin zu suchen, daß man dem Wortsinne gemäß Werth darauf gelegt hätte, bestimmter zu betonen, durch welche Person die Urkunde dem Empfänger ausgehändigt sei. Als die Formel in die Reichskanzlei Eingang fand, war dieselbe anderseitig schon seit Jahrhunderten in Gebrauch; sie mochte schon eine von der ursprünglichen wesentlich abweichende Bedeutung gewonnen haben. Es mag recht wohl sein, daß in der Regel gerade der Protonotar die Urkunden dem Empfänger einhändigte; wir fanden ja § 321 auch ein Wort in der Formel unabhängiges Zeugniß dafür. Aber ebenda fanden wir auch wieder Angaben, welche mit dem Wortsinne nicht vereinbar schienen. Wird die Formel vorzugsweise in wichtigern Privilegien angewandt, so mögen diese doch auch später noch häufig durch den König persönlich übergeben sein. Hiebt das nicht von Verwendung der Formel ab, so dürfte man sie auch eben so wohl gebraucht haben, wenn es nicht der Protonotar, sondern irgend ein niederer Kanzleibeamter die Urkunde übergab. Jedenfalls werden wir in der Kenntlichmachung des tatsächlichen Aushändigers nicht die eigentliche Bedeutung der Formel zu suchen haben.

Nach allem Gefagten kann diese nur die gewesen sein, daß die Formel ähnlich, wie die Rekognition, die Urkunde beglaubigen sollte, oder sie ja, wie schon bemerkt, auch ihrem Wortsinne nach recht wohl geeignet war; ist gesagt, daß die zur Prüfung berufene Person die Urkunde übergab, so ist vorauszusetzen, daß das erst nach vorheriger Prü-

328] fung geschah. Bestimmter freilich weist die Rekognition auf die Prüfung hin. Bei dieser aber handelte es sich, wie wir nachzuweisen suchten, vielfach gewiß nur um das gedankenlose Fortschreiben einer gewohnten Formel ohne alle Rücksicht auf den tatsächlichen Vorgang. Anders ist das bei neuauftretenden Formeln; diese pflegt man wenigstens anfangs nicht anzuwenden, wenn der tatsächliche Hergang nicht entspricht. Wird zunächst vereinzelt der Kanzler in ungewöhnlicher Weise nicht als Rekognoscent, sondern als Aushändiger genannt, so werden wir gerade in solchen Fällen auch annehmen dürfen, daß der Kanzler bei ihnen noch persönlich in die Beurkundung eingriff. Es ist in dieser Richtung doch beachtenswerth, daß wir die der Reichskanzlei bis dahin fremde Formel zuerst zweimal vom Erzkanzler Norbert gebraucht fanden; deutet das schon an und für sich darauf hin, daß die abweichende Fassung auf ihn persönlich zurückzuführen ist, so kommt hinzu, daß Norbert das Amt unter Verhältnissen überkam, welche bestimmt darauf hinweisen, daß es bei ihm auf eine tatsächliche Geschäftsleitung abgesehen war, da sonst kein Grund abzusehen gewesen wäre dem Erzbischofe von Köln als nominellem Erzkanzler einen Vertreter zu bestellen; vgl. § 320. Es kommt hinzu, daß nach dem § 290 Bemerkten gerade unter K. Lothar der in der Urkunde angegebenen Rekognition überhaupt wieder tatsächliche Bedeutung beizulegen seien wird.

Und so wird auch weiterhin, wenn der Kanzler nicht als Rekognoscent, sondern als Aushändiger genannt ist, das darauf deuten, daß derselbe wenigstens in diesen Fällen noch persönlich an der Beurkundung theilhaft war. Das aber wird gerade unter K. Friedrich I. immer seltener der Fall gewesen sein; die tatsächliche Leitung der Kanzlei war Sache eines der Notare, der dann seit 1157 durch den Titel des Protonotar ausgezeichnet erscheint. War es nun dieser, der tatsächlich für die Urkunden einzustehen hatte, während man andererseits doch auch an der rein formellen Nennung des Kanzler als Rekognoscenten festhielt, so konnte es doch sehr nahe liegen, jener Formel, welche, wie ich denke, schon bisher wohl nur in Fällen tatsächlicher Rekognition gebraucht wurde, eine regelmäßige Verwendung zu geben, sie zu benutzen, um unter Beibehaltung der bedeutungslosen Rekognitionsformel dennoch zugleich den tatsächlichen Rekognoscenten namhaft zu machen.

Es scheint denn auch nicht, daß die Aushändigungsformel im Laufe der Zeit wieder ebenso bedeutungslos geworden ist, wie die Rekognitionsformel, auch da angewandt wurde, wo der als Aushändiger genannte Kanzleibeamte an der Beurkundung tatsächlich nicht theilhaft war. Die Formel findet sich nicht immer, überwiegend nur in den wichtigsten Urkunden. Abgesehen von dem § 327 erwähnten unechten St. 4995 ist mir kein Fall bekannt, bei dem Abwesenheit des Aushändigers bestimmt zu erweisen wäre. Wissen wir anderweitig, daß der Protonotar nicht am Hofe war, so bestätigt sich das wohl dadurch, daß

in der bezüglichen Zeit den Urkunden die Aushändigungsformel fehlt. Der Protonotar Sigeloh war 1193 Mai 3 zu Cremona, Toeche Heinr. VI. 626; damit stimmt, daß in den Urkunden des in Deutschland weilenden Kaisers von Apr. 5 bis Aug. 15 keine Aushändigung erwähnt ist. War er später 1194 Mai 2 zu Piacenza, Toeche 330, so wird er wieder in Deutschland seit März 22 nicht als Aushändler genannt. Lauten dann Mai 9 zu Trifels und weiter die Rekognitionen auf ihn als Kanzler, wozu er inzwischen ernannt sein wird, so kann er natürlich nicht anwesend gewesen sein; aber gerade das scheint besonders deutlich zu erweisen, daß man wohl der Aushändigung, nicht aber der Rekognition tatsächliche Bedeutung beilegte. Beim Protonotar würde gewiß auch ohnedem anzunehmen sein, daß er sich in der Regel am Hofe aufhielt. Eher könnte es auffallen, daß nun im dreizehnten Jahrhunderte wieder zuweilen der Kanzler als Aushändler genannt wird. Aber es ist doch recht wohl möglich, daß dieser sich tatsächlich wieder etwas häufiger an der Beurkundung betheiligte. Nie scheint der Annahme seiner Anwesenheit in solchen Fällen, so weit ich sehe, etwas im Wege zu stehen. Wenn 1230, Huillard 3,232, in einer Zeit, wo in den Urkunden des Kaisers die Aushändigungsformel sonst nicht üblich ist, vereinzelt der Kanzler als Aushändler genannt ist, der damals wirklich am Hofe zu Anagni war so wurde man doch schwerlich darauf verfallen sein, wenn derselbe nicht wirklich in die Beurkundung eingriff. Auch sonst ergeben sich wohl Haltpunkte größerer Beachtung des Kanzlers in dieser Zeit; so wenn zuweilen wieder erwähnt wird, daß die Urkunde durch den Protonotar oder einen Notar *vice cancellarii*, vgl. § 326, oder *iussu cancellarii*, Huillard 1,916, übergeben ist. Auch wenn die Rekognition Huillard 1,605: *ego C. — cancellarius vidi et recognovi*, richtig überliefert ist, möchte ich annehmen, daß dabei eher an eine ungewöhnliche Fassung der Aushändigungsformel, als an die sonst übliche Rekognitionsformel gedacht ist. Denn diese nennt immer in hergebrachter Weise und in derselben Fassung den Kanzler als Vertreter des bezüglichen Erzkanzlers. Ist dem gegenüber der Inhalt der Aushändigungsformel nicht in gleicher Weise feststehend, nennt sie statt des Protonotar zuweilen den Kanzler, zuweilen aber auch nur einen Notar, so scheint mir das um so bestimmter zu ergeben, daß sie nach wie vor tatsächliche Bedeutung behielt.

Daß man wenigstens in späterer Zeit Rekognition und Aushändigungsformel als wesentlich gleichbedeutend behandelt hat, scheint sich insbesondere für die Kanzlei K. Karls IV. bestimmter erweisen zu lassen. Nach den von Huber in den Reg. Kar. IV. S. xlv. zusammengestellten Angaben scheint sich im Anfange wohl ein Unterschied dahin zu ergeben, daß der Kanzler als Rekognoszent, der Protonotar als Aushändler genannt wird. Dann aber scheint der Unterschied überhaupt nicht mehr scharfer eingehalten. Daß der Protonotar Nicolaus von Kammerich rekognoszirt, mag weniger ins Gewicht fallen, da er in Ermanglung eines

328] Kanzlers dessen Stelle versehen zu haben scheint. Aber die Kanzler selbst werden nun bald als Rekognoszenten, bald als Aushändler genannt.

329. Zweifle ich nun nicht, daß die Bedeutung die einer Beglaubigung war, daß die Aushändigungsformel das wirklich angab, was die bedeutungslos gewordene Rekognitionsformel hätte angeben sollen, so würde das doch weiter Eigenhändigkeit voraussetzen, wie ja auch die Rekognitionsformel ursprünglich vom Rekognoszenten selbst eingetragen wurde. Sollte sie eine Erklärung sein, daß der als Aushändler Genannte für die Urkunde einstehe, so hatte das doch nur Bedeutung, wenn er das eigenhändig bestätigte.

Von eigenhändiger Eintragung in der Reinschrift kann aber keinesfalls die Rede sein. In den Originalen, welche ich einsah, ergab sich nie eine Verschiedenheit der Schrift. Kommt die Formel überhaupt durchweg nicht selbstständig vor, bildet sie einen Theil der gesammten Datirung, so erscheint diese allerdings auch in dieser spätern Zeit wohl noch nachgetragen, worauf wir zurückkommen; aber auch dann durchweg von derselben Hand, welche den Text schrieb. Besonders erweisend scheint mir der Fall St. 3514, M. Boica 29,288, von 1146 zu sein, wo nicht allein die Formel ganz selbstständig hinter der Datirung steht, sondern auch einen Notar, nicht den Kanzler nennt, wo also gewiß Eigenhändigkeit zu erwarten wäre, wenn dieselbe überhaupt üblich war. Aber im Original zu München ist die Formel von der Hand des Text anscheinend ganz gleichzeitig zugeschrieben. Auch bei Veröffentlichungen bezüglich Urkunden finde ich nur einmal etwas bemerkt, was dieser Richtung beachtenswerth sein könnte. Zu Reg. Frid. II. n. 1 bemerkt Jaffé Dipl. quadr. 55, daß in *datum p. m. (Marquardi) in aule notarii vice d. C. — cancellarii* der Name von anderer Hand in eine Lücke eingetragen sei. Aber nicht allein, daß wenigstens Jaffé das Original für unecht hält. Die Formel ist hier nicht in der üblichsten Weise gefaßt, nennt nicht den Protonotar, sondern einen Notar statt des Kanzlers; sie mußte dem Reinschreiber schon bekannt sein oder vorliegen; ein ganz zufälliger Umstand, etwa Unleserlichkeit in der Vorlage könnte veranlaßt haben, daß er nicht für die Formel überhaupt, sondern lediglich für den Namen zunächst freien Raum liefs.

Ist in den Reinschriften die Formel nicht allein nicht eigenhändig, sondern auch nicht nachgetragen, muß sie durchweg sogleich mit dem Texte geschrieben sein, so ist das ein weiterer Beleg für unsere Annahme, daß ihre Bedeutung schwerlich darin zu suchen ist, daß man gerade die übergebende Person namhaft machen wollte. Art und Weise der Uebergabe war doch zweifellos bei Fertigung der Reinschrift noch häufig unbestimmt; bei genauem Vorgehen hätte man dann die Formel erst unmittelbar vor der Uebergabe nachtragen können.

330. Suchte man aber die Bedeutung wesentlich in der Prüfung und dem Einstehen für die Urkunde, so wird doch auch hier zu erwägen

feien, ob nicht Eigenhändigkeit im Konzepte anzunehmen feien wird; die Beglaubigung konnte in der Weise erfolgen, daß die Formel nach gefchehener Prüfung vom Protonotar dem Konzepte zugeschrieben, dann aus diesem vom Reinschreiber in die Reinschrift übertragen wurde.

Dafür weiß ich zunächst nur einen, freilich, wie ich denke, gewichtigen Anhaltspunkt geltend zu machen. Ich suchte § 290 nachzuweisen, daß gerade in der Zeit K. Lothars III. die Rekognitionen eigenhändig in das Konzept eingetragen feien müssen. Findet nun die Aushändigungsformel gerade in dieser Zeit zuerst Eingang in die Reichskanzlei, ist sie überdies anfangs zweifellos zum Erfatze der Rekognition bestimmt, so liegt gewiß nichts näher, als jene Annahme auch auf sie auszudehnen.

An und für sich scheint dieselbe hier allerdings weniger nahe zu liegen. Das *ego recognovi* deutet viel bestimmter auf eigenhändige Fertigung, als das *datum per manus*. Es ist weiter zu beachten, daß das letztere fast nie selbstständig vorkommt, sondern durchweg in die Datirung, in der Regel zwischen Ort und Tag eingeschoben ist. Die Eintragung dieser gehört demnach zweifellos nicht einem anderen Stadium der Beurkundung an, sie wurden auch gewiß nicht von einer andern Person zugeschrieben, da die Verquickung der Aushändigungsformel mit der sonstigen Datirung sonst ganz unerklärlich feien würde. Unsere Annahme würde uns demnach unabweisbar auf die Folgerung führen, daß die Datirung überhaupt vom Aushändler in das Konzept eingetragen wurde. Ob sich nun die Annahme in dieser Ausdehnung bewährt, wird die genauere Erörterung der Datirung im engeren Sinne ergeben müssen, zu deren Besprechung wir übergehen; sie wird uns eben in jener Richtung mehrfach auf die Aushändigungsformel zurückführen.

AELTERE DATIRUNG.

331. Hat sich ergeben, daß der Ausdruck Datum sich ursprünglich auf die Uebergabe der Urkunde an den Empfänger bezog und daß man sich auch in den Jahrhunderten, mit denen wir uns zunächst beschäftigen, dieser Bedeutung noch bewußt war, so ist damit nicht zugleich erwiesen, daß man den Ausdruck nun auch immer dieser Bedeutung gemäß anwandte. Schon die Besprechung der Aushändigungsformel schien zu ergeben, daß da im Laufe der Zeit eine Verschiebung der Bedeutung eintrat. Weiter aber ist keineswegs immer die gesammte Datirung unter dem Ausdrucke Datum oder Actum zusammengefaßt; es werden vielmehr sehr gewöhnlich einzelne Theile derselben unter Datum, andere unter Actum gegeben. Da die Anordnung der Datirung in dieser Richtung in verschiedenen Zeiträumen verschieden gestaltet war, so wird uns das den nächsten Anhalt geben können, um die Hauptformen der Datirung von einander zu scheiden.

331] Die Formen der Datirung sind zuweilen während einer Regierung, selbst während der Amtsführung desselben Kanzlers ausserordentlich verschieden und in Einzelfällen macht sich da die grösste Willkür geltend. Jede vereinzelt vorkommende Form in unsere Untersuchung einzubeziehen, würde dieselbe nur verwirren können; ihnen nachzugehen wird den Arbeiten über kleinere Zeitabschnitte vorbehalten bleiben müssen. Für unsere nächsten Zwecke wird es genügen, diejenigen zu besprechen, welche sich durch den häufigen Gebrauch als Hauptformen kennzeichnen.

Für die älteren Königsurkunden von den Karolingern bis auf den Ausgang des fränkischen Hauses finden wir ganz überwiegend nur eine Hauptform gebraucht. Charakteristisch für sie ist, dass die Zeitangaben unter Datum, dagegen der Ort unter Actum gegeben sind. Da sie mit den Karolingern aufkommt, würde sie etwa als karolingische Datirung zu bezeichnen sein; man könnte sie auch die königliche nennen, da sie den Privaturkunden, von Nachahmungen abgesehen, fremd ist; für unsere nächsten Zwecke werden wir sie am geeignetsten als ältere Datirung bezeichnen.

Schon in der späteren Zeit der fränkischen Kaiser zeigen sich manche Abweichungen von der herkömmlichen Form, die sich dann unter K. Lothar und Konrad III. steigern. Neben der grössten Mannichfaltigkeit ergibt sich da auch grosse Willkür im Gebrauche der verschiedenen Formen. Aber wie sich einerseits nachweisen lässt, dass die Änderungen doch vielfach mit der Art und Weise, wie man die ältere Form handhabte, eng zusammenhängen, so zeigt sich andererseits allmähliche Annäherung an die später herrschend werdenden Gestaltungen. Wir werden daher die wechselnden Formen dieser Zeit als Uebergangsdatirungen zusammenfassen dürfen.

Erst unter K. Friedrich I. treffen wir wieder festere Formen, welche wir als staufische bezeichnen können. Dass in dieser Zeit die schon besprochene Aushändigung in die Datirung aufgenommen wird, können wir für den nächsten Zweck unberücksichtigt lassen. Denn die Gestaltung der sonst üblichen Formeln wird dadurch nicht modificirt; wo die Aushändigung erwähnt ist, ist sie bald in diese, bald in jene eingeschoben, ohne die sonstige Anordnung derselben zu ändern. Dagegen fällt in dieser Zeit für unsere nächsten Zwecke insbesondere der Unterschied zwischen feierlichen und einfachen Privilegien ins Gewicht, welchem wenigstens im allgemeinen ein Unterschied der Datirung entspricht, den wir am geeignetsten danach bezeichnen. Für die feierliche Datirung ist charakteristisch, dass sie die Datirung theilt, zunächst unter Actum die Jahresangaben, dann unter Datum Ort und Tag nennt. In der einfachen Datirung dagegen gibt alle Angaben in einer einzigen Formel, entweder unter Datum, oder unter Actum, oder auch unter Actum et datum; letzteres häufiger erst in der nachstaufigen Zeit vorkommend, in welcher die feierliche Form ausser Gebrauch kommt,

einfache zur alleinherrschenden wird. Wird diese Form zunächst für einfache Privilegien angewandt, so haben wir keine Veranlassung, die Datirung der Briefe davon bestimmter zu scheiden; in der für die Form maßgebenden Gesichtspunkten ergibt sich keine Abweichung, es sind die Angaben lediglich dürftiger.

In der späteren staufischen Zeit ist es dann unter Einwirkung des Brauches der sizilischen Kanzlei gebräuchlich geworden, sowohl in näherem Anschlusse an die feierliche, als an die einfache Form statt des Tages nur den Monat zu nennen. Da damit auch sonstige Umgestaltungen insbesondere der feierlichen Form verbunden waren, überhaupt das Vorgehen bei der Datirung dadurch ein wesentlich anderes werden konnte, so werden wir diese Monatsdatirung als Nebenform gefondert zu behandeln haben. Sie verliert sich gleichfalls mit dem Ende der staufischen Periode, so daß für die nachstaufige Zeit lediglich die einfache Datirung zu berücksichtigen ist.

Erst für diese spätere Zeit läßt sich die Art und Weise des Vorgehens bei der Datirung mit größerer Sicherheit feststellen und sich, wie ich denke, dadurch auch die Annahme entsprechenden Vorgehens in früherer Zeit rechtfertigen, für welche die aus den älteren Urkunden selbst gewonnenen Haltpunkte kaum ausreichen würden. Haben sich meine Annahmen über die frühere Zeit vielfach unter dem Eindrucke der späteren, genauer erkennbaren Verhältnisse gestaltet, so hatte ich wohl gedacht, auch für die Darlegung derselben eine entsprechende Anordnung einzuhalten, mit der insbesondere aus dem Konzeptbuche K. Karls IV. sicherer zu beurtheilenden einfachen Datirung der späteren Zeit zu beginnen, mit der ältesten Form zu schließen. Aber ich überzeugte mich bald, daß der Gewinn eines möglichst sicheren Ausgangspunktes in keiner Weise die Schwierigkeiten aufwiegen würde, die sich aus dem Versuche solchen rückwärtschreitenden Verfolgens dieser Verhältnisse nothwendig ergeben müßten.

332. Fassen wir zunächst die ältere Datirung ins Auge, so knüpft sich das Aufkommen der Formel, die dann durch vier Jahrhunderte ohne wesentliche Aenderung fortgebraucht ist, an die Ersetzung der merovingischen Dynastie durch die karolingische. Während in den merovingischen Diplomen unter *datum* oder *datum quod fecit* Tag, Jahre und Ort angegeben werden, geben die karolingischen unter *data* nur Tag und Jahre, während die dann erst folgende Ortsangabe mit *actum* eingeleitet wird. Das hat dann auf die Kanzleien der aus dem frankischen hervorgegangenen Reiche, insbesondere auch des deutschen und italienischen, zurückgewirkt. Bei regelmässiger Gestaltung heisst es etwa: *data kal. novembris, ind. 5, anno dom. inc. 1007, anno vero Heinrici secundi regnantis 6; actum Frankonofurt, feliciter, amen.* Wechselfn Indiktion und Inkarnationsjahr häufig in ihrer Stellung, so find die Stellung der Tagesangabe gleich hinter *Data*, das Folgen der Regierungsjahre nach den andern Jahresangaben, die Nennung des Ortes

332] unter Actum unmittelbar vor der die ganze Formel schliessende Apprektion so regelmässig eingehalten, dass wir jede Abweichung davon als Unregelmässigkeit bezeichnen dürfen.

333. Für unsere Zwecke ist nun insbesondere die Einschlebung des Wortes Actum beachtenswerth. Stumpf Reichsk. I, 122 meint, dass die karolingische Formel gleichsam nur als eine stylistische Erweiterung der einfachen merovingischen zu betrachten sei. Von einer bloss stylistischen Erweiterung wird wohl nur dann die Rede sein können, wenn auch nach der Erweiterung die Formel noch dasselbe besagt. Dabei ist hier wenigstens nach dem Wortsinne nicht der Fall. Die merovingische besagt, dass zu der Zeit und an dem Orte übergeben sei; die karolingische, dass zu der Zeit die Urkunde übergeben und an dem Orte gehandelt sei. Nur dann etwa würde sich auch bei diesem Sachverhalte noch von einer bloss stylistischen Erweiterung reden lassen, wenn nachzuweisen wäre, dass der Ausdruck Actum ohne alle Rücksicht auf seinen Wortsinne und ohne besonderen Zweck in die Formel eingeschoben wurde. Und wenigstens die Möglichkeit möchte ich nicht läugnen.

Es wird zweifellos mit Sickel Acta I, 219 anzunehmen sein, dass der Ausdruck aus den Privaturkunden, zunächst denen der Maioresdomus, in die Königsurkunden aufgenommen wurde. In jenen ist die Anordnung am häufigsten so, dass auf Actum zunächst der Ort, dann erst die Zeit folgt. Die Schreiber waren also gewohnt, gerade die Ortsangabe mit Actum einzuleiten, und es ist denkbar, dass sie das ohne Berücksichtigung des Wortsinnes in die zuerst die Zeit unter Datum nehmende merovingische Formel übertrugen. Oder es könnte zu beachten sein, dass wir gerade bei Pippin vor seiner Erhebung mehrfach eine Datirung finden, welche unter Datum oder Data nur die Zeit angibt, während der Ort nicht genannt ist; vgl. M. Germ. Dipl. I, 105. 107. 108. Die neue Formel könnte also auch in der Weise entstanden sein, dass man dem die Ortsangabe zufügte, sie mit dem gewohnten Actum einleitend.

Befchränken wir uns nicht gerade auf die erhaltenen Hausmeierurkunden, so ergeben Privaturkunden des achten Jahrhunderts oft noch einen nähern Anschluss, indem sie zuerst unter Actum nur den Ort, dann in unmittelbarem Anschlusse oder durch die Unterzeichnungen getrennt unter Datum die Zeit nennen. Diente das als Vorbild, so wäre der nähere Anschluss an die merovingische Formel einfach dadurch herbeigeführt, dass man die Stellung wechselte, das Datum dem Actum vorausgehen liess. Auch dabei würde freilich anzunehmen sein, dass man den Wortsinne unbeachtet liess. Diesem entsprach die Stellung in den Privaturkunden, da das Actum das Frühere ist und die Scheidung durch die Unterzeichnungen wohl darauf schliessen lässt, dass das Datum hier mehrfach erst später zugefügt wurde; wurde das bei der Neugestaltung der Formel der Königsurkunden, falls wir für diese hier den nächsten Anschluss zu suchen hätten, ausser Acht gelassen, so würde sich wiederum

geben, daß man dabei die verschiedene Bedeutung der Ausdrücke Actum und Datum ganz unberücksichtigt gelassen hätte.

Dagegen liefse sich nun freilich geltend machen, daß, wenn solche Formeln auch oft gedankenlos fortgebraucht wurden, obwohl sie nicht sehr paßten, solche Nichtberücksichtigung des Wortlautes da kaum wahrscheinlich sei, wo es sich um Neugestaltung einer Formel handelt. Es wäre doch denkbar, daß die Aenderung bewußt geschah, daß man andeuten wollte, daß für den Ort etwas Anderes maßgebend sei, als die Zeitangabe. Und dann würde bei dem Actum zweifellos nur an die Handlung zu denken sein; denn gerade in den Privaturkunden, denen es hier entnommen scheint, ist das regelmäßig seine Bedeutung. Und dieser ist man sich ja auch in späteren Jahrhunderten noch durchaus bewußt; in Einzelfällen, wo man die Angaben für Handlung und Beurkundung auseinanderhalten will, bedient man sich gerade des Actum im Gegensatze zum Datum; vgl. § 45 ff. Allerdings wäre in diesem Falle die Anordnung der Formel eine sehr unpaßende gewesen, indem dann die Angabe über die früher fallende Handlung auf die über die spätere Beurkundung erst folgen würde; doch liefse sich das immerhin daraus erklären, daß man sich durch die Stellung des Ortes in der merovingischen Formel bestimmen ließe. Und aus dem Anschlusse an diese würde sich zur Noth dann auch der sonderbare Umstand erklären lassen, daß man bei der Datirung zwar Handlung und Beurkundung berücksichtigt, aber nun nicht zu einer Doppeldatirung gegriffen, sondern in ein und derselben Formel für die eine nur die Zeit, für die andere nur den Ort angegeben hätte. Alles das würde allerdings weniger ins Gewicht fallen, wenn es sich um eine neue Formel für Privaturkunden handelte, bei welchen in dieser älteren Zeit gewiß sehr häufig Handlung und Beurkundung auf einen Tag zusammenfielen, vgl. § 44. 63; aber für Königsurkunden ist das zweifellos aus schon früher erörterten Gründen nicht anzunehmen, zumal hier auch der dort maßgebende Gesichtspunkt, daß die Zeugen zugleich für Handlung und Beurkundung eintreten sollten, beim Fehlen der Zeugenangabe entfiel.

334. Führen uns die erwähnten Umstände schon auf ziemlich gezwungene Annahmen, so kommt hinzu, daß sich schon in Karolingerzeit wenigstens in Einzelfällen die Nichtbeziehung des Actum auf die Handlung bestimmt erweisen läßt. Hat Sickel Acta I, 236 mehrere Fälle nachgewiesen, wo der uns anderweitig bekannte Ort der Handlung dem unter Actum genannten nicht entspricht, so wird das um so schwerer ins Gewicht fallen müssen, als solche Nachweise immer eine besonders günstige Sachlage voraussetzen.

Gehören diese Fälle K. Karl und K. Ludwig an, so werden sie freilich für die ursprüngliche Bedeutung unter K. Pippin nicht nothwendig maßgebend sein müssen. Es bliebe immerhin denkbar, daß man anfangs den Ort der Handlung im Auge hatte, diesen wirklich auch dann kannte, wenn die Urkunde später an einem anderen Orte übergeben

334] wurde, was sich freilich, auch wenn es zutraf, bei der geringen Zahl uns erhaltener Urkunden schwerlich bestimmter erweisen lassen wird. Aber jedenfalls wird zuzugeben sein, daß, wenn das der Fall war, gerade hier die anfängliche Bedeutung rasch außer Acht gelassen werden konnte. Ort der Handlung und der Beurkundung fielen selbst bei kürzeren Aufenthalten gewiß oft zusammen; insbesondere konnten dann einige längere Aufenthalte an ein und demselben Orte genügen, um die Kanzlei daran zu gewöhnen, den Unterschied überhaupt außer Acht zu lassen, auch das Actum als durch die Beurkundung bedingt zu betrachten. Das würde dann nicht ausschließen, daß man vereinzelt auch wohl wieder für das Actum die Handlung ins Auge gefaßt hätte. Wenigstens nach Analogie späterer entsprechender Verhältnisse wurde mir der Nachweis Sickels, daß in Einzelfällen der Ort der Handlung nicht entspricht, nicht auszuschließen scheinen, daß dennoch in anderen Fällen, wie sie Sickel Acta 1,237 bespricht, der Unterschied zwischen Handlung und Beurkundung maßgebend sein konnte. Freilich will ich alles das nur als Möglichkeit hinstellen. Die Annahme, das Actum der karolingischen Formel beziehe sich der gewöhnlichen Wortbedeutung nach auf die Handlung, führt auf so manche Schwierigkeiten und Unwahrscheinlichkeiten, daß dem gegenüber doch die Annahme, der Ausdruck sei ohne alle Rücksicht auf den Wortsin in die Formel eingefügt, kaum gewagter erscheinen dürfte.

Für die Beziehung des unter Actum genannten Ortes auf die Handlung ließe sich etwa geltend machen, daß in einem, allerdings sehr vereinzelt Falle, Reg. Kar. 1240, M. Germ. 21,426, noch ein anderer Ort zu Datum genannt wird: *data 10. kal. sept. in Monte Abirinesburg, anno d. i. 912, ind. 12, regni 1; actum ad Triburiam palatio regio sel. amen.* Doch habe ich selbst hier Bedenken. Das Itinerar würde allerdings für Tribur als früheren Ort sprechen, ist aber so ungenau, daß es kaum einen bestimmteren Schluß gestattet. An und für sich wurde es doch wahrscheinlicher sein, daß die Schenkungshandlung im betreffenden Kloster selbst vollzogen, dann die Urkunde zu Tribur gefertigt wurde.

Für spätere Zeiten fällt die Frage überhaupt nicht ins Gewicht. Für diese eine feste Grundlage gerade in dieser Richtung zu gewinnen, war ein Hauptzweck des ersten Theiles unserer Untersuchungen. Allerdings konnten wir manche Fälle nachweisen, bei welchen der Ort des Actum der Handlung, das Datum aber der Beurkundung entspricht; und darauf wird doch zweifellos der Umstand, daß die Formel gerade den Ort unter Actum nennt, nicht ohne Einfluß gewesen sein; vgl. § 118. Wir fanden weiter Fälle, bei denen sich nicht bloß das Actum, sondern auch das Datum der ältern Formel auf die Handlung bezieht; vgl. § 106. Aber das eine, wie das andere kann nur als Ausnahme betrachtet werden. Für die Beziehung sowohl des Datum, wie des Actum auf die Beurkundung fanden sich § 85 ff. so gehäufte Belege, daß sie als Regel gar nicht in Zweifel stehen kann.

335. Gehen wir nun auch davon aus, daß Actum und Datum sich regelmässig auf die Beurkundung beziehen, so ist damit die Möglichkeit der Beziehung von Datum und Actum auf verschiedene Stufen der Beurkundung nicht ausgeschlossen. Denn zweifellos paßt häufig die Zeitangabe des einen nicht zur Ortsangabe des andern. Das kann, wie gesagt, in manchen Fällen aus Beziehung nur des Actum auf die Handlung erklärt werden. Aber immer reichen wir damit nicht aus. Gehen wir von den Haltpunkten aus, welche wir § 94 ff. zur Bestimmung des wahrscheinlichen Ortes der Handlung geltend machen, so ergeben sich sehr viele Fälle, bei welchen der Ort auch da, wo die Zeitangabe nicht zu entsprechen scheint, durchaus nicht zur Handlung paßt. So stellt etwa der Kaiser von Paderborn kommend zwei Schenkungsurkunden für den dortigen Bischof aus, beide mit dem Datum 1032 Jan. 18, während das Actum der einen Hilwartshausen, der andern Fritzlar nennt. Schwerlich sind beide Urkunden an demselben Orte an Orten, die an und für sich einen starken Tagemarsch auseinanderliegen, gefertigt oder übergeben. Aber auch die Annahme, bei der einen falle nur die Handlung nach Hilwartshausen, muß unzulässig bleiben; die Schenkungen selbst erfolgten doch gewiss schon beim Aufenthalt des Kaisers zu Paderborn. Ähnlicher Fälle würde sich leicht eine Reihe aufzählen lassen; wir kommen darauf zurück. Es handelt sich häufig um ganz geringe Störungen; ein oder anderen Tag früher würde die Ortsangabe durchaus passen. Schon das läßt zunächst die verschiedenen Stufen der Beurkundung denken, bei denen in der Regel nur ein Unterschied von wenigen Tagen in Frage gekommen sein wird, während es sich bei der Handlung gewiss häufig um grössere Entfernungen handelte. Dürften wir etwa jene Angaben dahin verstehen, daß die eine Urkunde zu Hilwartshausen, die andere zu Fritzlar geschrieben, beide aber, sei es nun an einem der genannten, sei es an einem andern Orte, am 18. Jan. vollzogen und übergeben wurden, so würde jede Schwierigkeit entfallen.

Ich glaube nun allerdings, daß nicht selten der Widerspruch zwischen dem Orte des Actum und der Zeit des Datum dadurch herbeigeführt worden ist, daß sie sich thatsächlich auf verschiedene Stufen der Beurkundung bezogen; wir werden darauf zurückkommen. Aber es wird da doch zwischen dem zu scheiden sein, was thatsächlich in Folge des genauen Vorgehens zutreffen konnte, und dem, was nach der Bedeutung, welche man den Angaben beilegte, zutreffen sollte. Daß ich aber beabsichtigt habe, durch das Actum überhaupt einen andern Zeitpunkt zu bezeichnen, als durch das Datum, ist mir durchaus unglücklich.

Sehen wir da auf einzelnes, so wiesen wir allerdings § 191 auf Umstände hin, welche es nicht unwahrscheinlich machen, daß durch vorgehende Akte nur der Ort, nicht auch die Zeit bestimmt wurde. Das sind aber doch nur Ausnahmen seien, welche überdies in so weit

335] gar nicht hieher gehören, als sich dann der Ort nicht auf eine andere Stufe der Beurkundung, sondern auf die Handlung bezieht.

Es wird weiter, so weit es sich um die Regel handelt, das Konzept zweifellos außer Frage bleiben müssen. Es fehlte ihm, wie wir § 214 ff. nachzuweisen suchten, in seinem ursprünglichen Bestande durchweg das Protokoll, also auch die Ortsangabe; dann ist doch gar nicht abzusehen, was bei nachträglicher Zufügung der Datirung dazu hätte veranlassen können, nur das Actum auf die Zeit der Konzipirung zurückzubeziehen.

Ebenso werden wir für die Regel schwerlich an die Zeitabstände denken dürfen, welche sich zwischen den letzten Stufen der Beurkundung, Vollziehung durch den König, Rekognition, Siegelung und Uebergabe ergeben konnten. Es mag sich da immerhin zuweilen um einen erheblichen Zeitabstand gehandelt haben; es kann recht wohl die vom Könige vollzogene Urkunde einige Zeit gelegen haben, bis sie gesiegelt und übergeben wurde. Ich möchte auch nicht bestreiten, daß das in Verbindung mit später zu erörternden Umständen in Einzelfällen zu einem Nichtstimmen von Tag und Ort geführt haben kann. Soll das aber nicht bloß für einzelne Ausnahmen, sondern für die Regel als maßgebend betrachtet werden, so müßte sich doch glaublich machen lassen, daß da überhaupt ein regelmässiger Zeitbestand von solcher Bedeutung vorkam, daß er Beziehung des Actum auf die eine, das Datum auf die andere Handlung veranlassen konnte. Davon aber wird kaum die Rede sein können. Regel war gewiß die, daß der Vollziehung durch den König sogleich Rekognition, Datirung und Siegelung, falls diese nicht etwa schon vorhergegangen waren, folgen sollten und dann auch unmittelbar die Urkunde übergeben wurde. Bei einer regelmässig verlaufenden Beurkundung hat man sich das alles doch zweifellos als auf einen Tag fallend gedacht; es kann das keine Veranlassung gegeben haben, nur den Ort auf eine der vorhergehenden Handlungen, die Zeit aber auf die Uebergabe zu beziehen und diesen Unterschied durch Einfügung des Actum kenntlich zu machen. Wozu dann noch kommt, daß der Ausdruck Actum keine jener Handlungen bestimmter bezeichnet.

Nur zwei Fälle dürften in dieser Richtung ernstlicher zu erwägen sein. Der eine, Beziehung nur des Actum auf den Beurkundungsbefehl, weil das schon anderweitig geltend gemacht wurde; der andere, Beziehung nur des Actum auf die Reinschrift, weil der Bestand der Originale das näher zu legen scheint.

336. Nachdem auch Sickel, Acta I, 236, anerkannt hat, daß der Widerspruch zwischen Datum und Actum sich in einzelnen, bestimmter zu kontrollirenden Fällen nicht durch Beziehung des letztern auf die Handlung erklären lasse, demnach eine Beziehung auf verschiedene Stufen der Beurkundung anzunehmen sei, sucht er die Erklärung in der Annahme der Beziehung nur des Actum auf den Beurkundungsbefehl. Will ich nicht bestreiten, daß auch das in Einzelfällen

Es Unregelmäßigkeit vorgekommen sein mag, so möchte ich doch im Allgemeinen der Annahme nicht zustimmen.

Denn zunächst scheint mir die Gestaltung der karolingischen Formel dieselbe in keiner Weise zu unterstützen. Geschah diese gedankenlos, wollte man auch nach Einfügung des Actum nichts anderes angeben, als schon die merovingische Formel angab, so entfällt überhaupt der Grund, eine Beziehung auf verschiedene Stufen anzunehmen. Wollte man diese aber wirklich andeuten, hatte die Aenderung einen sachlichen Grund, dann wäre doch auch zu erwarten, daß man einen der Sache entsprechenden Ausdruck angewandt hätte, etwa das nächstliegende, freizetzt für die Datirung wirklich verwandte Jussum. Die Aenderung kann absichtlich, sie kann gedankenlos vorgenommen sein; schwerlich aber werden wir doch annehmen dürfen, daß das Vorgehen ein gemischtes war, daß man für einen beabsichtigten Zweck gedankenlos einen Ausdruck wählte, an den man allerdings gewohnt war, der aber der Sache in keiner Weise entsprach.

Es kommt nun hinzu, daß in den seltenen Fällen, wo der Beurkundungsbefehl bestimmter erwähnt ist, das Actum diesem erweislich nicht entspricht. So zunächst in der § 93 erwähnten Urkunde K. Berengars von 888, Forsch. zur D. Gesch. 10,279; im Eingange ist ausdrücklich gesagt, daß der Befehl zu Olona am 7. Mai gegeben sei; aber das Actum nennt Sala, zweifellos entsprechend dem Datum Mai 11. Insbesondere aber erscheint mir beweisend, daß in der einzigen mir bekannten Königsurkunde, in welcher in einer übrigens den üblichen Formen entsprechenden Datirung der Befehl erwähnt ist, dieser gerade vom Actum geschieden wird. Es ist eine Bestätigungsurkunde K. Hugos für den Bischof von Parma von 930, Reg. Kar. 1386, Antiq. It. 2,938, in welcher es statt der gewöhnlichen, mit Actum eingeleiteten Ortsangabe heißt: *iussum Papiae et actum Parmae*. Die Bedeutung kann hier zweifelhaft sein. Daß uns Jussum den unmittelbar auf die Bitte um Bestätigung folgenden Befehl bezeichne, dagegen Actum die spätere Fertigung der Urkunde, macht der Inhalt durchaus unwahrscheinlich; es ist kaum anzunehmen, daß der Bischof von Parma nach Pavia ging, um die Bestätigung zu erwirken, zumal wenn der Aufenthalt zu Parma, der dann kurz darauf gefolgt sein müßte, wohl schon vorauszusehen war. Das Actum wird sich auf die Handlung beziehen. Dann ist freilich wieder auffallend, daß bei einer bloßen Bestätigung, bei der eine vom Befehl geschiedene Handlung kaum anzunehmen ist, diese nach Parma, jener nach Pavia fallen sollte. Ich möchte daher annehmen, daß sich das Jussum hier gar nicht auf den Beurkundungsbefehl, sondern auf den Fertigungsbefehl bezieht, also auf ein späteres Stadium der Beurkundung, das dann auch für die unter Datum vorausgehenden Zeitangaben maßgebend gewesen sein wird.

Insbesondere sprechen aber gegen die Annahme, der Ort entspreche dem Befehle, die Zeit aber der Vollendung der Beurkundung, die Er-

336] gebnisse früherer Untersuchungen; vgl. § 85 ff. Als Regel ergab sich, daß der Ort unter Actum mit dem unter Datum gegebenen Tage zusammenfalle. Damit würde der Unterschied bedeutungslos werden, wenn Befehl und Vollendung wirklich auf einen Tag zusammenfielen. Gibt man aber nach dem § 93. 108 Bemerkten zu, daß das durchweg nicht der Fall gewesen sein kann, so ist dem gegenüber jene Annahme als Regel überhaupt nicht zu halten. Bei den Ausnahmen, wie sie § 118 besprochen wurden, mag das zunächst auf die Handlung zu beziehende Actum allerdings thatsächlich auch zugleich dem Beurkundungsbefehle entsprochen haben, insofern dieser gewiß häufig der Handlung unmittelbar folgte oder mit ihr zusammenfiel; vgl. § 77. Wo das aber nicht zutrifft, da scheint mir selbst für die Ausnahmen nichts bestimmter darauf zu deuten, daß für das vom Datum abweichende Actum gerade der Beurkundungsbefehl maßgebend wurde; mag das vereinzelt vorgekommen sein, so ist mir doch kein Fall bekannt geworden, bei dem die Sachlage bestimmter auf diese, als auf andere, näherliegende Erklärungen hinwies.

Wenigstens erwähnt werden mag auch die nach dem Vorgange von Lupi bei Fumagalli Istit. dipl. 2,97 vertretene Annahme der Beziehung nur des Datum auf den Beurkundungsbefehl, so daß das Actum der spätern Ausführung entsprochen haben würde. Als Beispiel wird Reg. Kar. 964 aus Murgula 883 Juli 22 angeführt; der Kaiser sei an diesem Tage zu Nonantola gewesen, in welchem Falle das Actum nach der Richtung des Itinerar allerdings später fallen würde, als das Datum. Aber die Voraussetzung, daß der Kaiser Juli 22 zu Nonantola war, ist nicht zu erweisen; Reg. Kar. 962. 963 sind allerdings von da, aber zu Juli 20 datirt, und die Annalen von Fulda erwähnen wohl den Aufenthalt zu Nonantola, aber ohne Tagesangabe. Wo wir auf Verschiebungen des Itinerar gestoßen sind und stoßen werden, liegen diese so überwiegend in der Richtung, daß das Actum einem früheren Zeitpunkte entspricht, als das Datum, daß wir von einer weiteren Prüfung jener Annahme werden absehen dürfen.

337. Gewichtiger erscheint die Annahme der Beziehung nur des Actum auf die Reinschrift. Denn für diese fällt der Umstand schwer ins Gewicht, daß in den Originalen gar nicht selten die Ortsangabe sichtlich gleichzeitig mit der übrigen Urkunde geschrieben, die Tagesangabe aber erst nachträglich zugefügt wurde. Es wird die Annahme weiter dadurch nahe gelegt, daß der Ausdruck Actum wirklich mit Scriptum oder Factum gleichbedeutend gebraucht werden kann, wenn er sich in der Regel auch auf die Handlung bezieht; es wurden § 43 eine Reihe Belege dafür angeführt. Bezieht sich aber das Actum auf die Zeit der Fertigung der Reinschrift, Datum auf die Uebergabe oder doch auf die letzten Stadien der Beurkundung, so ist damit zugleich ein Zeitabstand geboten, der bedeutend genug war, daß man ihn immerhin auch für die Regel hätte berücksichtigen können. Der päpstlichen

Kanzlei ist er so erheblich erschienen, daß sich daraufhin der Brauch entwickelte, *Scriptum* und *Datum* ganz auseinanderzuhalten und für jedes die Zeit anzugeben; vgl. § 311. Ist das in Königsurkunden nicht üblich, so fanden wir doch auch da eine Reihe Anhaltspunkte für die Annahme, daß der Text oft geraume Zeit vor den letzten Akten der Beurkundung gefertigt wurde.

Ich glaube nun allerdings, daß thatsächlich häufig die Ortsangabe der Zeit der Reinschrift oder auch der Konzipirung entspricht, nicht aber der unter *Datum* gegebenen Zeit, und daß sich daraus, worauf wir eingehender zurückkommen werden, vorzüglich die nicht auf den Unterschied zwischen Handlung und Beurkundung zurückzuführenden Verschiebungen des Itinerar ergeben haben dürften. Aber abgesehen davon, daß die Fälle, wo sich nur die Tagesangabe als nachgetragen ergibt, der Masse der Urkunden gegenüber durchaus als Ausnahme zu betrachten sind, ist doch keineswegs mit einiger Sicherheit auch nur bei solchen Fällen anzunehmen, daß man von vornherein beabsichtigte, einen verschiedenen Zeitpunkt zu bezeichnen. Denn es genügt doch, daran zu erinnern, daß das *Datum* einem einzelnen Tag entspricht, das *Actum* dagegen für eine Reihe von Tagen und selbst Wochen paßten konnte, es also nahe lag, wohl dieses, nicht aber jenes, auch dann sogleich einzutragen, wenn beide sich auf denselben Zeitpunkt beziehen sollten. Gegen die Annahme aber, daß man im allgemeinen in der Datirungsformel dem *Actum* die Bedeutung von *Scriptum* unterlegte, ergeben sich bei näherer Erwägung die erheblichsten Bedenken.

Würde sich *Data* auf die Uebergabe, *Actum* dagegen auf das Schreiben beziehen, so sollte dem *data (est carta)* doch auch ein *acta* entsprechen, wie in der päpstlichen Kanzlei dem *datum (est privilegium)* ein *scriptum*. Aber wir finden kaum etwas so regelmässig eingehalten, wie die Form *Actum*. Findet sich abweichend in der verdächtigen St 933, Stumpf Acta 30: *data est carta hec 7 id. iunii a. 990, acta annu hec Chissinbruggin*, so ist selbst da beides nicht in Uebereinstimmung gebracht. Der Umstand ist um so auffallender, als das merovingische *Datum* sich erst mit der Aufnahme des *Actum* in das karolingische *Data* ändert. Kann bei *Data* die Beziehung auf die Urkunde nicht zweifelhaft sein, so ist diese damit für *Actum* ausgeschlossen. Es führt uns also auch diese Erwägung auf das Ergebnis, daß das *Actum*, wenn nicht überhaupt ohne alle Rücksicht auf den Wortfinn, ursprünglich nur in Beziehung auf die Handlung eingefügt sein kann, trotzdem, daß es dieser später nicht mehr entspricht.

Und auch das ist durchaus unwahrscheinlich, daß man etwa erst später unter Festhalten an der gewohnten Form dem *Actum* die Bedeutung des *Scriptum* untergelegt hätte. Bei umgekehrter Stellung hätte dazu Veranlassung geboten sein können. So aber würde eine Stellung, welche zuerst die Zeit der Uebergabe, dann erst den Ort des Schreibens enthalte, doch durchaus unpaßend sein. Das tritt ja deutlich hervor

337] beim Vergleiche mit den päbſtlichen Privilegien, wo das Script den Text ſchließt, dann erſt nach der Beglaubigung das Datum folgt.

338. Am beſtimmteſten ſpricht aber gegen alle Annahmen, welche davon ausgehen, daß man bei Datum und Actum verſchiedene Zeitpunkte der Beurkundung im Auge hatte, der Umſtand, daß ſich eine Reihe von Gründen geltend machen läßt, welche gar nicht bezweifeln laſſen, daß, wie ſich als Regel Beziehung der geſammten Datirung, die Beurkundung, nicht auf die Handlung ergab, ebenſo auch Beziehung von Datum und Actum auf denſelben Zeitpunkt der Beurkundung wenigſtens als Regel durchaus feſtzuhalten iſt; wo wir es vorläufig ganz dahingeſtellt ſein laſſen können, welchen Zeitpunkt das treffen mochte.

Sehen wir von der eigenthümlichen Formel der Königsurkunde ab, die in anderen Urkunden zuweilen nachgeahmt iſt, ſo finden wir denſelben Weg bei der Datirung der Urkunden, mag ſich dieſe nun auf die Handlung, auf das Schreiben oder auf die Uebergabe beziehen, die genaue Angabe des Tags und des Ortes auch der ſprachlichen Faſſung na in ſo enge Verbindung gebracht, daß an eine Beziehung auf verſchiedene Zeitpunkte nicht wohl zu denken iſt. Inſondere aber iſt dies, wie wir ſehen werden, auch in den Königsurkunden der Fall, ſobald die hergebrachte Formel fallen läßt. Dem gegenüber müßte doch ein Vorgehen, bei dem man nicht etwa, wie das ſpäter vereinzelt wohl geſchieht, vgl. § 84, in einer Doppeldatirung für zwei Zeitpunkte Tag und Ort, ſondern für den einen nur den Tag, für den andern nur den Ort genannt hätte, im höchſten Grade befremden.

Andere hier beachtenswerthe Umſtände wurden ſchon erwähnt. Wiefen wir § 108 Diplome von 898 und 1113 nach, welche ausnahmsweiſe auch unter Actum den Tag nach der Feſtrechnung angeben, iſt das derſelbe, den das Datum nach römiſchem Kalender nennt. Wurde weiter § 100 darauf hingewieſen, wie ausnahmsweiſe Zeit und Ort wohl unter Datum, oder auch unter Actum zuſammengefaßt werden, ohne daß ſich beſtimmter eine andere Bedeutung der Datirung gibt; wie dann, ſobald die hergebrachte Formel überhaupt nicht ſtreng eingehalten wird, beide Ausdrücke ſo wechſelnd und willkürlich gebraucht werden, daß man ſie wenigſtens in der Datirungsformel ganz gleichbedeutend betrachtet haben muß, als gleich geeignet, irgendwelche Angabe der Datirung einzuleiten.

Wurde weiter § 337 als anſcheinend gegen die Beziehung auf denſelben Zeitpunkt ſprechend hervorgehoben, daß der Ort wohl ſogleich in der Reiniſchrift genannt, der Tag erſt ſpäter nachgetragen wurde, finden wir dafür andererseits nicht bloß zahlreiche Fälle, bei denen die geſammte Datirung ſichtlich gleichzeitig mit dem Texte geſchrieben ſondern auch ſolche, bei denen die Zeichen ſpäterer Zuſügung Datum und Actum oder doch Tag und Ort gemeinſam treffen.

Endlich aber wird inſondere zu betonen ſein, daß das aus

Zusammenstellen der Orte und Tage sich ergebende Itinerar im allgemeinen, wenn auch Ausnahmen nicht fehlen, in seinem inneren Zusammenhange, wie beim Vergleiche mit anderen Nachrichten viel zu wenig Widersprüche ergibt, als das irgend denkbar wäre, wenn in der Regel für Datum und Actum verschiedene Zeitpunkte maßgebend waren. Denn auch ganz abgesehen von dem oft sehr bedeutenden Abstände von Handlung und Beurkundung, war zweifellos, wie wir das § 311 für Pabsturkunden bestimmter nachweisen konnten, wie dafür auch bei den Königsurkunden eine Reihe erörterter und noch zu erörternder Umstände sprechen, auch der Zeitabstand zwischen Scriptum und Datum oft so bedeutend, daß sich bei dem schnell wechselnden Aufenthalte der Könige ein durchaus verwirrtes Itinerar ergeben müßte, wenn man nicht für Tag und Ort in der Regel denselben Zeitpunkt im Auge hatte. Und wo das Itinerar wirklich verwirrt erscheint, da werden wir zu erweisen suchen, daß das vorzugsweise darauf zurückzuführen ist, daß unbeabsichtigt zuweilen verschiedene Zeitpunkte maßgebend wurden.

339. Wird nun auch anerkannt, daß man für Datum und Actum ein und denselben Zeitpunkt im Auge hatte, so ist damit die Frage nach dem für die Datirung maßgebenden Zeitpunkte noch nicht gelöst. Allerdings haben wir nachgewiesen, daß für Datum die ursprüngliche und auch später vielfach noch festgehaltene Bedeutung die der Uebergabe an den Empfänger war. Haben wir aber die Datirung als eine einheitliche Angabe zu betrachten, so ist diese nicht allein durch den Ausdruck Datum bestimmt. Mit demselben Rechte würde sich geltend machen lassen, daß Actum sich ursprünglich, wie auch später zunächst auf die Handlung bezieht. Daß diese Bedeutung für die Datirung in der Regel nicht zutrifft, haben wir nachgewiesen. Wurden nun bei dieser beide Ausdrücke sichtlich gleichbedeutend, also jedenfalls der eine, möglicherweise beide ohne Beachtung der ursprünglichen Bedeutung gebraucht, so mögen sie immerhin auch einen andern Zeitpunkt bezeichnen, als den des Datum im eigentlichen Sinne des Wortes.

Ich glaube nun allerdings, daß die Angaben der Datirung sich thatsächlich bald auf diesen, bald auf jenen Zeitpunkt der Beurkundung bezogen, und daß man in dem einen, wie in dem andern Falle die gewohnte Formel für die Eintragung von Zeit und Ort verwandte, ohne daran zu denken, ob auch nur einer der einleitenden Ausdrücke der Formel dem maßgebenden Zeitpunkte bestimmter entsprach. Eben so wenig aber bezweifle ich, daß wir trotzdem durchaus berechtigt sind, an der Beziehung der Datirung auf die Uebergabe als Regel festzuhalten. Nicht allein, daß man diese ursprünglich im Auge hatte. Auch für spätere Zeiten ergibt sich, daß wenigstens in den Fällen, wo wir ein genaueres, dem thatsächlichen Gange der Beurkundung bestimmter angepaßtes Vorgehen voraussetzen dürfen, jene Beziehung die ausschlaggebende gewesen sein muß.

Was die ursprüngliche Bedeutung betrifft, so werden wir doch nach

339] dem § 333 ff. Bemerkten den Ausdruck Datum als den für die Gesamtformel zunächst maßgebenden zu betrachten haben. Die merovingische Formel war nur durch ihn bestimmt. Die karolingische haben wir aber zweifellos nicht als eine ganz neuaufgekommene, sondern lediglich als eine Abänderung jener zu betrachten. Dann aber kann auch die Einschlebung des Actum die frühere Bedeutung der Formel kaum geändert haben. Entweder ist es überhaupt gedankenlos, ohne Berücksichtigung seines Wortsinnes eingeschoben. Sollte es aber wirklich, was wir wenigstens als möglich hinstellten, anfangs seinem Wortsinne nach auf die Handlung bezogen sein, so daß die Datirung zu einer einheitlichen wurde, so muß es, da dieselbe später als einheitliche erscheint doch bald zu einer Ausgleichung, zu einer Berücksichtigung nur des einen Ausdruckes gekommen sein. Das war dann aber nicht der Ausdruck Actum, da die einheitliche Datirung sich nicht auf die Handlung bezieht. So weit man die Formel nicht überhaupt gedankenlos angewandte, kann nur das Datum für sie bestimmend gewesen sein.

340. Dafür aber, daß man auch später bei genauerem Vorgehen bei der Datirung die Uebergabe im Auge hatte, spricht alles, was wir schon früher über die Nachtragung der gesamten Datirung in die Reinschrift bemerkt haben. Es ergab sich nicht allein § 263 daß die Datirung mit dem gesamten Schlussprotokoll, oder § 277 nur mit der Rekognition, oder § 286 nur mit dem Rekognitionszeichen nachgetragen wurde, sondern nach § 293. 294 wurde häufig lediglich die Datirungszeile nachträglich zugefügt. Bloße graphische Gründe können dafür nicht maßgebend gewesen sein. Es ist möglich und wir werden darauf zurückkommen, daß diese Zeile in Einzelfällen nur deshalb von einem Anderen nachgetragen wurde, weil man dem Reinschreiber nicht zutraute, sie richtig zuzufügen. Im allgemeinen aber läßt der Umstand gewiß keine andere Erklärung zu, als daß die Datirung sich auf das letzte Stadium der gesamten Beurkundung, auf die Uebergabe, beziehen sollte, ihr Inhalt also noch nicht feststand, als die übrige Urkunde gefertigt wurde. Der Nachtragung der gesamten Datirungszeile ist dann für die Frage, welche wir zunächst im Auge haben, die später besprechende Nachtragung nur der genaueren Angaben der Datirung ganz gleichzustellen.

Was nun die genauere Reihenfolge der letzten Akte der Beurkundung betrifft, so sollte bei Festhalten an der ursprünglichen Bedeutung die Datirung erst ganz zuletzt unmittelbar vor der Uebergabe eingetragen sein. Daß die Rekognition ihr regelmäßiges vorausgehen sollte, ist nach den erwähnten Anhaltspunkten nicht zu bezweifeln. Andererseits aber scheint man die Datirung als einen unmittelbar an die Rekognition anschließenden Akt betrachtet zu haben. Ich möchte da weniger Gewicht darauf legen, daß zuweilen mit der Datirung auch die Rekognition oder das Rekognitionszeichen nachgetragen wurde, das könnte auch durch andere Gründe veranlaßt sein und der ungleiche

größeren Zahl von Fällen gegenüber, in welchen nur die Datirung nachgetragen wurde, würde es kaum ins Gewicht fallen. Beachtenswerther erscheint mir, daß, wie schon § 307 bemerkt, in der Rekognitionsformel auch der Ausdruck *datavi* und anscheinend ganz gleichbedeutend *notavi* gebraucht wird. Das scheint doch darauf hinzuweisen, daß wenigstens ursprünglich der Rekognoszirende nach vorgenommener Prüfung die Datirung selbst zufügte. Und an und für sich wird das ja auch nicht ausgeschlossen sein, wenn auch die Rekognitionsformel schon vorher von einem Anderen eingetragen war. Später freilich werden wir auch abgesehen von der anscheinenden Bedeutungslosigkeit der Rekognitionsformel schwerlich annehmen dürfen, daß der als Rekognoszent genannte Kanzler selbst die Datirung zufügte; auch wo sie sichtlich nachgetragen ist, geschah das, so weit meine eigenen Beobachtungen reichen, durch den Schreiber, der auch den Text gefertigt hatte, oder doch durch solche Schreiber, welche in andern Fällen auch Reinschriften von Texten fertigten.

Strenggenommen sollte bei genauem Vorgehen die Datirung nun auch erst nach Vollziehung und Siegelung zugefügt sein. Wir haben das früher § 281 ff., § 300 ff. besprochen und gelangten zu widersprechenden Ergebnissen. Es wird das nicht befremden und unserer Annahme über die Bedeutung der Datirung nicht im Wege stehen können. Denn an ein so genaues Anschließen an den Wortsinne werden wir da freilich kaum denken dürfen, daß man nun thatsächlich mit der Datirung bis auf den letzten Augenblick vor der Uebergabe gewartet hätte. Man wird sie eben zugefügt haben, sobald der Uebergabe nichts mehr im Wege stand, sobald die Urkunde zur Uebergabe fertig war. Dann mochte in der Regel auch die Uebergabe sogleich erfolgen; war das aber nicht der Fall, so wird das nicht abgehalten haben, sogleich auch die Datirung zuzufügen, die demnach thatsächlich häufig genauer der Vollziehung, als der Uebergabe entsprechen dürfte. Zur Uebergabe fertig aber wurde die Urkunde durch letzte Akte der Beurkundung, Unterzeichnung, Rekognition, Siegelung und Datirung, welche gewiß überwiegend auf ein und denselben Tag zusammenfielen, so daß, wenn die Beurkundung bei diesem Stadium angelangt war, auch der Tag der Vollendung feststand und lediglich Bequemlichkeitsrückichten oder zufällige Umstände dafür maßgebend sein konnten, in welcher Folge man nun der Urkunde das zufügte, was noch erübrigte. So weit hier aber überhaupt von einer Regel die Rede sein kann, möchte diese doch nach dem bereits § 300 Bemerkten dahin zu stellen sein, daß insbesondere nach Maßgabe der ganzen Anordnung der älteren Urkunden die Datirung allerdings der letzte, auch auf die Siegelung noch folgende Akt sein sollte.

341. Häufiger, als durch Nachtragung der ganzen Datirungszeile, scheint man später demselben Gesichtspunkt genügt zu haben durch theilweise Nachtragung der Angaben der Datirung in

341] die Reinschrift; man liefs in der feststehenden Formel Lücken für die rascher wechselnden Angaben, um diese dann erst bei der Vollziehung vor der Uebergabe auszufüllen. Häufig macht sich die geschehene Nachtragung durch graphische Unterschiede in der Datirungszeile kenntlich. In andern Fällen ergibt sich die beabsichtigte, aber unterbliebene Nachtragung aus entsprechenden Lücken der Zeile. Die Absicht der Nachtragung, die an und für sich nicht zweifelhaft sein kann, könnte sich noch bestimmter erweisen lassen durch die in St. 1312 zu München der Tageslücke klein übergeschriebenen, theilweise verwischten Worte: *inserere data*, auf welche Stumpf Wirzb. Imm. 2, 28 hinweist; aber da sich auf dem Blatte mehrere gleichfalls verwischte Schreibübungen finden, das *data* kaum von derselben Hand herrührt und das erste Wort anscheinend anfangs *miserere* hiefs, so wird darin kaum ein Kanzleiweisung zu sehen sein.

Allerdings werden nicht gerade alle Lücken oder Nachtragungen in der Datirungszeile erweisen müssen, dafs man die betreffenden Angaben deshalb nicht sogleich eintrug, weil der Zeitpunkt, auf den sie sich beziehen sollten, noch nicht feststand, als die übrige Zeile geschrieben wurde. Dieser konnte durchaus feststehen; aber der Schreiber wußte vielleicht aus andern Gründen diese oder jene Angabe nicht sogleich richtig einzutragen und liefs freien Raum zu späterer Nachtragung. Entsprechendes ergibt sich ja, wenn sich so häufig in den Originalen Lücken für die Namen von Grafen und Gauen finden. In der Datirungszeile ist das jedenfalls in solchen Fällen anzunehmen, wenn nur ungenauere Angaben fehlen oder nachgetragen, die genauesten sogleich eingeschrieben sind. Findet sich in den beiden, an aufeinanderfolgenden Tagen ausgestellten Reg. Kar. 1264. 65, M. Boica 28, 153. 155, lediglich für die Ziffer der Indiktion eine Lücke, während insbesondere auch Tag und Ort ausgefüllt sind, so kann das doch nur daher rühren, dafs der Schreiber über die Indiktion im Unklaren war, nicht dafs diese an und für sich noch nicht feststand. Entsprechend muß es erklärt werden, wenn St. 2716, Lüntzel Hildesh. 366, Tag, Inkarnationsjahr und Indiktion hat, während für die Ziffern der Jahre der Ordination, des Königthums und des Lebens Lücken gelassen sind. Einen besonders auffallenden Beleg gibt St. 190, Stumpf Acta 299; es fehlen die Schluszziffern des Inkarnationsjahres, die Ziffer der Indiktion, dann die Ziffer der Kalenden: . . . *kal. dec., feria 5, actum Frosa*; es stand also nicht allein der Ort, sondern auch der Tag schon fest, und die ungewöhnliche Zufügung des Wochentages wird hier nur dadurch veranlaßt sein, dafs der Schreiber den Tag, den er nach römischem Kalender nicht zu bezeichnen wußte, anderweitig kenntlich machen wollte.

Solche Fälle sind aber zweifellos als Ausnahme zu betrachten. Dafs in der Regel der Grund für die Nachtragungen der war, dafs der bezügliche Zeitpunkt noch nicht feststand, ergibt sich zweifellos daraus, dafs es sich dabei ganz überwiegend um die genaueren Angaben der Dati-

rung, bei weitem am häufigsten gerade um die genaueste, um die Tagesangabe handelt. Für unsere nächsten Zwecke wird es keinen Unterschied bedingen, ob man die ganze Zeile, oder nur die genaueren Angaben derselben nachtrug; im einen, wie im andern Falle können wir nicht zweifeln, daß die Datirung sich auf das letzte Stadium der Beurkundung beziehen sollte. Wir werden das Vorgehen aber genauer zu verfolgen haben, da es zu den verschiedensten Widersprüchen in der Datirungszeile Anlaß geben konnte und auch für andere, später zu erörternde Fragen nicht ohne Bedeutung ist.

342. Weniger häufig findet sich Nachtragung der Jahresziffern unter Verhältnissen, wo insbesondere auch die gleichzeitige Nachtragung des Tages darauf schließen läßt, daß für sie die Ungewissheit des Zeitpunktes der Vollziehung maßgebend war. Ganz überwiegend wurden sichtlich die Jahresangaben auch dann sogleich eingetragen, wenn man für Tag und Ort vorläufig Lücken ließ. Es ist das begreiflich, insofern man in der Regel voraussetzen durfte, daß die Jahresangaben auch der Vollziehung noch entsprechen würden. Bei dem Umstande freilich, daß es sich nicht um eine einzige Angabe, sondern um drei, vier, selbst fünf Jahreszählungen mit verschiedener Epoche handelte, konnte oft ein Unterschied von wenigen Tagen genügen, um eine oder andere Ziffer nicht mehr stimmen zu lassen. Ließ man trotzdem die Jahresziffern sogleich schreiben, so scheint man einmal auf volle Genauigkeit in diesen Dingen keinen größern Werth gelegt zu haben. Weiter war, auch wenn die Angaben ungenau wurden, in den meisten Fällen durch Anhängen von Einheiten an die Ziffern leicht nachzuheilen, wie sich das zuweilen in den Urkunden bemerklich macht; so in St. 1537, vgl. § 181; vgl. auch Sickel Schw. Kaiserurk. 75 zu St. 173. Aber wenn man das in Rechnung brachte, mag dann oft genug die nöthige Zufügung vergessen sein.

Zuweilen zeigt sich aber doch, daß man darauf achtete, die Jahresangaben mit dem nachzutragenden Tag in genauere Uebereinstimmung zu bringen. So besonders auffallend in Urkunde K. Heinrichs II., Bresslau Dipl. c. 37, in welcher für den Tag und alle vier Jahresangaben Lücken gelassen sind, während der Ort genannt ist. Ebenso sind in St. 683, M. Boica 31,228, der Ort und ein unrichtiges Inkarnationsjahr genannt, für Tag, Indiktion und Regierungsjahr aber Lücken gelassen. Aufgefallen ist mir auch die eigenthümliche Anordnung der Datirung in St. 3172, M. Boica 29,242 zu München. Sie ist in zwei Zeilen gebrochen; die erste mit *anno d. i. 1122, ind. 15*, dann genau darunter *anno vero d. II. imp. 11; actum Wirceburgh*, aber so, daß vor beiden ein weiter leerer Raum gelassen ist, so daß man anscheinend in der ersten Zeile das *data* mit dem Tag, in der zweiten die Königsjahre noch vorzuschreiben beabsichtigte. Das würde sich sehr leicht erklären, wenn wir annahmen, wie auch sonst nicht unwahrscheinlich, die Urkunde sei Ende Dezember oder Anfang Januar geschrieben; da das Königsjahr

342] Jan. 6 wechselte, würde man wohl die anderen Jahresangaben, aber noch nicht diese als bereits feststehend betrachtet haben.

In andern Fällen ist die spätere Ergänzung kenntlich. So schien mir in Reg. Kar. 732 zu München das ganze Data mit den Angaben von Tag und Jahr bei der Vollziehung nachgetragen, da nicht allein die Dinte blasser, sondern sich auch nur im Data Verwischungen zeigen, wie sie auch der Vollziehungsstrich hat; dagegen dürfte das Actum mit Ort und Schluswunsch, obwohl es die Zeile fortsetzt, schon vorher mit dem Texte geschrieben sein, einmal wegen der diesem entsprechenden dunkleren Dinte, dann weil es bei weitläufiger Schrift des Datum genau den ganzen spätern Theil der Zeile füllt. So ist in St. 627 nach Mittheilung von Foltz nicht allein, wie schon Stumpf bemerkt, Regni 13 durch Zufügung einer Einheit in Regni 14 geändert, sondern auch die Tagesangabe nachgetragen; es kann das auffallen, da wenigstens dann 974 Mai 24 noch Regni 13 lief, falls die Krönung K. Ottos II. wirklich gerade auf 961 Mai 26 fiel, vgl. Dümmler Otto I. 322, und von diesem Tage ab gezählt wurde. Im Original von St. 723 zu Münster sind außer der Tagesangabe auch die Jahreszahlen entweder ganz oder doch in ihren genaueren Endziffern mit anderer Hand und Dinte zugefügt. Traf in diesen Fällen die Nachtragung den Ort nicht, so sind in St. 1760. 2253. 54 zu München außer dem Tag und den genaueren Jahresziffern auch der Ort nachgetragen.

Das Zusammentreffen von Nachtragung von Tag und Jahresziffern kann freilich auch ein zufälliges sein. Hat etwa St. 2006 zu Münster nachgetragene Tagesangabe und die Ziffern der Königsjahre und Kaiserjahre auf Rasur, so liegt die Annahme nahe, diese seien geändert, weil sie bei Eintragung des Tages sich als nicht mehr zutreffend ergaben; aber es muß das einen andern Grund haben, da wenigstens die Epoche des Königsjahres weiter zurückliegt, als die des unverändert belassenen und richtigen Inkarnationsjahres. Im allgemeinen fällt es für unsere weitem Untersuchungen wenig ins Gewicht, ob in solchen Fällen das Zusammentreffen mehr zufällig oder wirklich darauf berechnet war, jeden Widerspruch zwischen den Angaben von Tag und Jahren zu vermeiden; nur das etwa wäre beachtenswerth, daß in letzterem Falle überwiegend die Vorfrage sich nicht zugleich auf den Ort erstreckte. Wohl aber wird im Auge zu halten sein, daß Nachtragung oder Korrektur der Jahresangaben überhaupt verhältnißmäßig selten vorkommt.

343. Ungleich häufiger findet sich die Nachtragung der Angaben von Tag und Ort, also der genauesten Angaben. Nach Maßgabe der Originale, welche ich selbst in dieser Richtung prüfen konnte, scheint mir das ungleich häufiger der Fall gewesen zu sein, als das selbst solche Veröffentlichungen von Urkunden, bei welchen auf diese Dinge überhaupt Rücksicht genommen ist, annehmen lassen. Aus Gründen, auf welche schon § 293 hingewiesen wurde, läßt sich die Nachtragung in der Zeile im allgemeinen ungleich leichter erkennen, als die Nachtra-

gung der ganzen Zeile; selbst verhältnissmässig geringe Unterschiede der Hand, der Dinte, der Grösse der Buchstaben, der feineren, gröberen oder nachlässigeren Züge machen sich bei Nachtragungen in der fortlaufenden Zeile oft bestimmt kenntlich. Aber das Verhältniss ist keineswegs immer sicher oder doch auf den ersten Blick zu erkennen. Im allgemeinen scheint man Sorge getragen zu haben, die gewiss in der Regel von demselben Schreiber zugefügten Ergänzungen möglichst wenig auffallend zu machen. Die Unterscheidung ist dann wohl auch dadurch erschwert, dass man häufig gerade nur die Angaben von Tag und Ort in Majuskel schrieb, vielleicht gerade zu dem Zwecke, den Gegensatz weniger hervortreten zu lassen. Aber auch bei gleicher Hand und Dinte ergeben sich oft Anhaltspunkte. So wird es auf die Nachtragung zurückzuführen sein, dass die bezüglichen Angaben häufig den Raum nicht füllen, sich nur hier, insbesondere oft zwischen der Tagesangabe und dem die Zeile fortsetzenden *anno*, grössere Zwischenräume finden, wie sie die Zeile im übrigen nicht zeigt. Denn diese Annahme wird wohl durch andere Kennzeichen unterstützt; so in St. 258, wo bei der Tagesangabe auch die Buchstaben viel grösser und die Züge viel unsicherer sind. Umgekehrt war in St. 900, wo Unterschied der Dinte hinzukommt, der Raum zu klein; der Endbuchstabe des Monats reicht bis in den Anfangsbuchstaben des *anno*. Bei St. 1395 verrath sich die Nachtragung dadurch, dass die Zeile nicht eingehalten, das *data iiii. non. nov.* steigend geschrieben ist, während dann *anno* wieder tiefer mit *data* auf gleicher Höhe steht; dieselbe Gestaltung zeigen St. 1371. 1499. Bei St. 1331 und 2577 schien mir für die Nachtragung insbesondere auch das Fehlen aller Punkte bei *xvi kl dec* und *data e vi kl aug* zu sprechen, da bei der weiteren Datirung die Ziffern durch zwei Punkte eingeschlossen sind; doch traf das ganz in derselben Weise auch wohl sonst, so bei St. 1336. 37 zu, wo doch jeder anderweitige Halt für Annahme der Nachtragung zu fehlen schien. Auch die ganz ungewöhnliche Art der Datirung bei St. 1328 zu Wien, vgl. Stumpf Acta 39, möchte ich daraus erklären, dass *data kl. novembri mense* und *acta in Hasalbach* später zugeschrieben wurden, obwohl sich graphische Haltpunkte kaum dafür geltend machen lassen. Denn das im Drucke sich an das Actum anschliessende *primo a. r. r. Heinrich* steht im Originale in einer zweiten Zeile unter dem *data*, während es nach der gewöhnlichen Anordnung sich an *indictione i.* anschliessen sollte. Ich denke, dass der erste Schreiber mit diesem die Zeile abbrach, um die Siegelung nicht zu hindern, dass dann aber bei der Nachtragung das Actum in den leergelassenen Raum der ersten Zeile gerieth, dessen man für die Siegelung nicht bedurft hatte. Und so glaube ich, dass bei genauerer Prüfung der Originale wohl noch vielfach auf diesen oder jenen Grund hin sich die spätere Zufügung wird wahrscheinlich machen lassen, wo auf den ersten Blick ein Unterschied sich nicht bemerklich macht.

In andern Fällen sind die Lücken für Tag und Ort überhaupt un-

ausgefüllt geblieben. Zuweilen trifft das mit anderweitigen Unvollständigkeiten der Urkunde zusammen, etwa mit dem Fehlen des Vollziehungsstriches oder des Siegels; wir werden dann sicher annehmen haben, daß die Urkunde überhaupt unvollzogen geblieben ist, was aber Ausnahmen. In der großen Mehrzahl der Fälle handelt es sich um übrigens vollständig ausgefertigte Urkunden; die Nachtragung kann nur aus Nachlässigkeit unterblieben sein. Wird solche Nachlässigkeit doch im allgemeinen nur als Ausnahme vorgekommen sein, finden sich trotzdem jene Lücken ziemlich häufig, so werden wir auch daraus schließen müssen, daß die Fälle, wo die genaueren Angaben wirklich nachgetragen wurden, sehr zahlreich gewesen sein müssen, zu reichlich, als wenigstens eine oberflächliche Einsicht der Originale vermuthen lassen sollte.

Daß die Nachtragung gerade der genauesten Angaben des Tages und Ortes den Zweck hatte, dieselben dem Schlufspunkte der Beurkundung anzupassen, wird im allgemeinen keinem Zweifel unterliegen können. In Einzelfällen bestätigt sich das wohl bestimmter dadurch, daß jene Angaben sichtlich gemeinsam mit andern letzten Zusätzungen, wie dem Vollziehungsstrich, der Rekognitionsformel oder dem Rekognitionszeichen nachgetragen sind oder gemeinsam mit ihnen die beabsichtigte Nachtragung unterblieb; vgl. § 282. 286. Nur in einem Falle würde das, was wir über die Beurkundung bemerkten, die Nachtragung auf einer früheren Stufe der Beurkundung erklären können, nämlich bei Vorfertigung des Schlufsprotokolls vor dem Texte; mußten dieselben die genauesten Angaben noch fehlen, so konnten dieselben doch immerhin schon gleichzeitig mit dem Texte eingetragen werden. Für Einzelfälle glaubten wir denn auch wirklich § 261 die Nachtragung oder das Fehlen der genaueren Angaben als Halt für die Annahme benutzen zu dürfen, daß das Schlufsprotokoll ein vorausgefertigtes sei. Aber einmal sind diese Fälle sehr vereinzelte. Weiter aber würden auch sie die Nachtragung auf einer früheren Stufe keineswegs erweisen, sondern lediglich möglich machen. Wir werden sie daher im allgemeinen außer Achtlassung lassen dürfen.

344. Ob die ganze Datirungszeile, oder aber nur ihre genauesten Angaben nachgetragen wurden, bedingt für unsere Zwecke derartige Unterscheid, daß sich Widersprüche in der Datirungszeile wohl in diesem Falle ergeben konnten, nicht aber in jenem. Nicht etwa theilweise Datirung nach der Handlung oder sonstigen regelmäßigkeiten einwirkten. In einzelnen Fällen konnte ich durch die Einsicht der Originale unmittelbar überzeugen, daß die Nachtragung auf welche ich wegen des Widerspruches schloß, wirklich unterblieben hat. Ob das bei anderen Fällen gleichfalls zutrifft, muß ich dahingestellt sein lassen. Wir werden ohnehin später zu erwägen haben, welche Widersprüche, welche wir vorläufig auf Nachtragung zurückführen, weil sie sich daraus jedenfalls erklären lassen.

aus anderen Gründen nicht auch da ergeben konnten, wo das Original die Annahme von Nachtragungen nicht unterstützt.

Zunächst bietet sich hier eine nächstliegende Erklärung für dem Tag und Ort nicht mehr entsprechende Jahresangaben. Wurden, wie wir sahen, die Jahresangaben überaus häufig sogleich, Tag und Ort erst später eingetragen, so paßte natürlich das Inkarnationsjahr nicht mehr, wenn die Urkunde etwa im Dezember geschrieben, aber erst im Januar genauer datirt wurde, ohne daß man den Umstand achtete oder für gewichtig genug hielt, um nun durch Ergänzungen der Korrekturen der Jahresziffern die ganze Zeile in Uebereinstimmung zu bringen.

Einen ganz sicheren Beleg scheint mir St. 2490, M. Boica 29, 127, zu bieten, mit 1055, Ind. 8, Ord. 27, Regni 17, Imp. 10. Da nach Ausweis anderer Urkunden Ind. 8 und Ord. 27 bis zum Wechsel des Inkarnationsjahres fortgezählt wurden, so stimmen alle fünf Angaben 1055 Okt. 5 bis Dez. 25 genau zusammen, was an und für sich vereinzelte Unregelmäßigkeiten in den Jahresangaben ganz unwahrscheinlich macht. Für Entstehung der Urkunde gerade in jener Zeit spricht auch, daß es sich um eine Schenkung in Baiern handelt, der Kaiser aber Ende November und Anfang Dezember auf dem Durchzuge von Italien zum Rhein in Baiern war; auch könnte zu beachten sein, daß die Urkunde, wie Stumpf bemerkt, genau so geschrieben ist, wie eine andere von 1055 Nov. 20. Dagegen ist nun die Urkunde datirt vom 19. Januar aus Straßburg, was zu jenen Jahresangaben überhaupt nicht paßt und sich ganz widersprechend auf 1056 Jan. 19 bezieht, da der Kaiser in dieser Zeit auch anderweitig zu Straßburg nachweisbar ist. Unterstützt nun überdies das Original zu München die Annahme der Nachtragung von Tag und Ort, so kann doch gar nicht zweifelhaft sein, daß der Widerspruch daraus zu erklären ist, daß das Original vor 1155 Dez. 25 geschrieben, aber erst 1156 Jan. 19 genauer datirt wurde.

Der Widerspruch, der sich bei solchem Vorgehen zwischen Jahresangaben und Itinerar ergeben konnte, hat bei Urkunden, deren Original nicht mehr vorliegt, wohl die Echtheit bezweifeln lassen. So bei St. 1014, Wurtwein N. S. 5, 354, mit 994, Ind. 7, Regni 11. Da die Kanzlei in dieser Zeit die Indiktion nicht schon im September wechselte, da weiter die Regierungsepoche K. Ottos III. zufällig mit dem Jahreswechsel zu Weihnachten zusammenfällt, so passen jene Angaben von 993 Dec. 25 bis 994 Dec. 25. Nun ist die Urkunde aus Straßburg Jan. 13 datirt. In dem einzig zu jenen Jahresangaben stimmenden Januar 994 war der König in Sachsen und anscheinend nur deshalb bezeichnet Stumpf die Urkunde als unecht. Nehmen wir aber an, die für das elsässische Kloster Murbach bestimmte Urkunde sei im Dezember 994, wo der König in Elsass war, geschrieben, dann im Januar 995, wo das Itinerar nach Straßburg stimmt, zu Straßburg übergeben, so entfällt jedes von der Datirung entnommene Bedenken.

344] Nun ist es doch auch denkbar, daß es sich dabei zuweilen um längere Zwischenräume handelte. Die Diplome St. 2119 für Turin und St. 2120 für Modena sind von Bresslau Kanzlei Konr. 162 für unecht erklärt. Der Text jenes ist an und für sich bedenklich, der des letztern nur mit Rücksicht auf die Datirung; weiter ergibt sich in beiden ein Widerspruch in der Datirung selbst. Beide haben aber ein wesentlich übereinstimmendes, formell unanfechtbares Schlufsprotokoll; Fälschung des einen nach dem andern ist schwer anzunehmen, und doch stehen beide wieder dadurch in engerer Verbindung, daß der Empfänger des einen Intervenient in dem anderen ist. Unter diesen Verhältnissen möchte ich doch nicht zweifeln, daß die Schlufsprotokolle bei beiden unabhängig von einander und echt sind. Nun finden wir in St. 2119 und ebenso, wenn wir von der um eine Einheit größeren Indiktion absehen, in St. 2120 die Angaben 1038 Ind. 6, Regni 14, Imp. 12, welche 1038 März 26 bis Juni 4, wo der Kaiser in Italien war, genau zusammenpassen. Dagegen ist wohl kein Zweifel, daß die Angaben Köln, März 15 und 16, sich des Itinerars wegen nur auf 1039 beziehen können, wo von jenen Angaben aber lediglich noch Imp. 12 passen würde. Nehmen wir danach April oder Mai 1138 als Scriptum an, so entfallen alle aus dem anscheinenden Widerspruche der Datirung sich ergebenden Bedenken. Damit würde es dann auch weniger bedenklich, daß St. 2120 für Bischof Ingo von Modena gegeben ist, der schon 1038 gestorben sein muß. Die Urkunden seines Nachfolgers vom Sept. und Okt. 1038 fallen danach nicht ins Gewicht. Freilich urkundet derselbe auch schon 1038 Febr. 17 als Neugewählter. Ist das zuverlässig, so ließe sich doch auch da noch denken, ein im Januar oder Februar aufgenommener Akt oder ein damals gefertigtes Konzept habe Ingo genannt und die Kanzlei habe beim späteren Scriptum, welches nach Unteritalien fallen dürfte, den Wechsel entweder nicht gekannt oder übersehen.

Daß dergleichen Fälle oft vorgekommen, möchte ich nicht bezweifeln. Es ergibt sich nämlich gar nicht selten, daß Jahresangaben, welche mit dem Tage der Datirung überhaupt in keinem Jahre vereinbar sind, vollkommen zusammenstimmen, sobald man sie auf einen etwas zurückliegenden Zeitpunkt bezieht. So stimmt z. B. in St. 119 zu der Einreihung 945 Febr. 12 nur noch Regni 9, während vor Ende 944 alle Jahresangaben zusammenstimmen; ganz entsprechend stellt sich das Verhältniß bei St. 181 von 950 Jan. 1, dann bei dem zu 1005 Jan. 27 eingereihten St. 1399, in dem sich vor Ende 1004 kein Widerspruch in den Jahresdaten ergeben würde. In St. 2218, wo das anstößige *conjugis* im Cod. Anhalt. 1,90 seine Erledigung gefunden hat, zu 1041 Juli 22, stimmen die vier Jahresbezeichnungen vor 1041 Apr. 14 zusammen. St. 2226 stimmen zu 1042 Apr. 15 nur noch zwei, dagegen Ende 1041 alle vier Jahresangaben. St. 3567 stimmt zu 1150 Febr. 8 nur das Regierungsjahr; vor Ende 1149 würde alles zusammenstimmen. Diese Beispiele würden sich leicht vermehren lassen. Allerdings finden sich gerade bei

den Jahresangaben so viele Willkürlichkeiten, ein so verschiedener Brauch kurz aufeinanderfolgenden Zeitabschnitten, daß es in Einzelfällen schwer sein wird zu bestimmen, was gerade hier eingewirkt haben mag. Aber der erörterte Umstand scheint mir doch durchaus beachtenswerth und geeignet, manche Unregelmäßigkeit zu erklären. Dabei konnte man noch anderes eingreifen. Wurden wie § 342 bemerkt zuweilen nur die genauesten Jahresziffern nachgetragen, so konnte die Nachtragung unterbleiben oder nicht bei allen Angaben gleichmäßig durchgeführt werden. Oder es mag vorgekommen sein, daß man einen Theil der Angaben sogleich eintrug, für andere, weil man den baldigen Wechsel beachtete, Lücken ließ, während sich dann die Uebergabe so lange verzögerte, daß auch jene nicht mehr paßten. Wir werden auf derartige Fälle zurückkommen, da sie nicht gerade nur durch Nachtragungen in der Reinschrift veranlaßt sein werden.

Es genügt mir, auf den Umstand hingewiesen zu haben, da ich die verwickelten Verhältnisse der Jahresangaben von vornherein wenig beachtete, so weit nicht die Einzelfälle zur Berücksichtigung nöthigten. Für die Feststellung des jedesmaligen Kanzleigebrauches wird demnach nicht zu vergessen sein, daß in allen Urkunden, in welchen der Tag später nachgetragen ist, die Jahresangaben sich zunächst auf einen etwas, möglicherweise aber auch nicht unbedeutend früheren Zeitpunkt beziehen werden. Das könnte insbesondere zu falschen Annahmen über den Epochentag einer Jahreszählung führen. Haben etwa St. 669. 671 vom 26. und 28. Dez. die Angaben 975 Imp. 8, oder St. 1398 vom 28. Dez. die Angaben 1004 Ind. 2, welche schon am 25. Dez. hätten gewechselt werden sollen, so wird uns das nach dem Gefagten nicht zu der Behauptung berechtigen, es sei auch nur ausnahmsweise Weihnachten nicht als Jahresanfang betrachtet worden. Daraus mag es sich denn auch zum Theil erklären, daß Versuche, aus den Datirungen den unbekannten Epochentag eines Regierungsjahres zu ermitteln, oft zu so wenig befriedigenden Ergebnissen führen. Umgekehrt werden dann für den jedesmaligen Kanzleigebrauch solche Fälle besonders beweisend sein müssen, bei denen die Jahresangaben gleichzeitig mit dem Tage nachgetragen sind, wie etwa in St. 723 zu Münster; da stimmen alle Angaben außer Regni 18 statt 17; aber in solchem Falle wird uns das sicher erweisen lassen, daß die Kanzlei damals einer thatsächlich irrigen Zählung folgte, die das denn durch die nächstliegenden Fälle zweifellos bestätigt wird.

345. Wir sind bisher davon ausgegangen, daß die gesammte Tageszeichnung nachgetragen wurde, wie das in der überwiegenden Mehrheit der Fälle zweifellos geschah. Aber es ist zu beachten, daß es sich zuweilen nur um theilweise Nachtragung der Tagesangabe handelt.

Zur Zeit der älteren Datirung hält sich die Kanzlei an die römische Zählung. Danach wird neben den Jahresangaben der laufende Monat solcher gar nicht genannt; der in der Datirung vorkommende Mo-

345] natsname ist als Theil der Tagesbezeichnung aufzufassen und entspricht häufiger dem folgenden, als dem laufenden Monate. Die Tagesbezeichnung umfaßte drei Angaben, welche der Rückwärtszählung entsprechend regelmässig so geordnet sind, daß sie mit der genauesten beginnt, nämlich der Tagesziffer, welche anzeigt, der wie vielte Tag vor dem nächstfolgenden Epochentage gemeint sei, welche fehlt, wenn es sich um einen der Epochentage selbst handelt. Es folgt zunächst die Angabe des Epochentages, Kalenden, Nonen oder Iden; dann zuletzt des Monats, dem der Epochentag selbst angehört.

Wurde derselbe Monatsname so lange geführt, daß der Unterschied zwischen Scriptum und Datum ihn voraussichtlich in den bei weitem meisten Fällen ungeändert liefs, so konnte es nahe liegen, ihn sogleich einzuschreiben, nur für die beiden genaueren Angaben eine Lücke zu lassen. Das ist denn auch mehrfach geschehen. So scheint in den Originalen von Reg. Kar. 753 zu Wien, von Reg. Kar. 781, dann St. 1345. 1527. 1957. 2383 zu München nur Tagesziffer und Epochentag zum vorhergeschriebenen Monatsnamen nachgetragen zu sein; in St. 26 außerdem das einleitende *data*. Heißt es im Original von St. 134 zu Münster: *data iii. kl. iunii iunii anno* u. s. w., während beide Monatsbezeichnungen zugleich verschieden geschrieben sind, so weiß ich das nur so zu erklären, daß nur der Monatsname schon beim Scriptum eingetragen und das bei der Datirung übersehen wurde. Ein ganz sicheres Beispiel gibt St. 2663, bei dem vor *apr.* der anscheinend mit *nonas* oder einem danach bestimmten Tage zu füllende Raum leer gelassen ist; ebenso findet sich in St. 3120 zu München eine entsprechende Lücke vor dem Monatsnamen.

Weiter aber war es wohl üblich, außer dem Monat auch sogleich den Epochentag zu nennen und nur die Ziffer nachzutragen. So scheint in St. 11 zu München nur das *iii.* vor *id. aug.* nachgetragen zu sein. In St. 2363 zu Wien ist der Zwischenraum zwischen *data* und *id. jeb. anno* so auffallend groß, daß nicht zu zweifeln ist, man habe ihn absichtlich belassen, um noch eine Ziffer eintragen zu können. Allerdings ließe sich bei diesem und entsprechenden Fällen einwenden, daß auch sonst die zweifellos vollständige Tagesangabe die reichlich bemessene Lücke wohl nicht füllt. Aber wenigstens in den mir bekannten Fällen ergibt sich dann durchweg der engere Anschluß bei *data*, der überschüssige Raum vor *anno*.

Die beiden erwähnten Datirungen sind die einzigen mir bekannt gewordenen, bei denen es sich bei bloßen Lücken für die Ziffern um die acht Tage der Iden handelt, während mir für den kürzeren Abschnitt der Nonen überhaupt nur Belege bekannt sind für Nachtragung von Epochentag und Ziffer. Das ist schwerlich bloßer Zufall; man wird vorausgesetzt haben, daß der Unterschied zwischen Scriptum und Datum voraussichtlich mehrere Tage betragen werde, so daß die Epoche der Iden und noch mehr die der Nonen leicht nicht mehr passen konnte.

zumal wenn man nicht gerade am ersten Tage des Abschnittes schrieb. Schrieb man in späteren Zeiten des Abschnittes, so möchte ich annehmen, daß man zuweilen schon von vornherein den folgenden Epochentag eintrug. Wenigstens ist mir aufgefallen, daß in St. 2456 zu München nur das *xviii. vor kl. maii* verwischt ist und demnach nachgetragen sein dürfte. Da das aber der erste Tag ist, an welchem im April nach den Kalenden gezählt wird und die Nachtragung doch schwerlich schon am Tage der Reinschrift selbst geschah, so müßten wir annehmen, daß man die Kalenden schon in einer Zeit des Monats einschrieb, wo nach denselben noch nicht gezählt wurde, wenn nicht bei dem vereinzeltten Falle etwa ein anderer zufälliger Umstand eingegriffen haben sollte. Doch scheint auch in St. 2160 zu Wien das *xvii. vor kal. febr.* nachgetragen, was freilich schon der dritte Tag des Abschnittes sein würde.

Handelt es sich in diesen Fällen um die Kalenden, so lag da überhaupt das Vorausschreiben des Epochentages viel näher, weil der Abschnitt bedeutend länger, viel sicherer vorausszusehen war, daß in diesem die Vollziehung erfolgen werde. So treffen denn auch andere Fälle, in welchen die Ziffer nachgetragen ist, so nach Sickel in St. 935, oder die Zufügung derselben vergessen zu sein scheint, die Kalenden; so Reg. Kar. 1074, St. 2151; besonders beweisend ist die unvollzogene Ausfertigung von St. 2056 zu München, mit einer Lücke nur für die Ziffer, während die vollzogene *xi. kal. maii* hat. In St. 2594 könnte es sogar scheinen, als sei man noch weiter gegangen, und habe von *xiii. kl. iulii* auch schon das *x* sogleich zugeschrieben und nur das *iiii.* nachgetragen; doch zeigt hier die Datirungszeile noch sonstige Unterschiede.

346. Fragen wir nun, in wie weit dieses Vorgehen uns einen Halt zur Erklärung von Widersprüchen geben kann, so haben wir die Fälle, bei welchen die Nachtragung wirklich erfolgte, hier nicht in Rechnung zu ziehen. Es kann sich auch da ein Widerspruch daraus ergeben, daß die Ortsangabe schon sogleich eingetragen war; das fällt dann aber mit den andern, später zu besprechenden Fällen des Nachtragens nur der Tagesangabe zusammen; daß diese nur theilweise nachgetragen war, bedingt da keinen Unterschied.

Dagegen können allerdings die Fälle, bei welchen die Nachtragung unterblieb, zu eigenthümlichen Widersprüchen oder doch Mißverständnissen Anlaß geben. Das sollte allerdings nicht der Fall sein da, wo nicht bloß für die Ziffer, sondern auch für den Epochentag eine Lücke gelassen war, selbst dann nicht, wenn in Abdrücken der Halt, welchen bei Vorliegen des Original die vorhandene Lücke bietet, verwischt ist. Denn der bloßen Monatsangabe mußte bei der älteren Datirungsform jedenfalls noch eine genauere Angabe vorangehen, da Datirung nur nach dem Monate ihr durchaus fremd ist; wir haben dann allerdings eine unvollständige Datirung, wissen aber, daß jedenfalls etwas zu ergänzen ist. Dabei dürfen wir dann freilich nicht unbeachtet lassen, daß das, was steht, uns nicht den Monat bezeichnen soll, sondern einen nach den

346] Epochen des Monats zurückgezählten Tag, der häufiger in den vorhergehenden, als in den genannten Monat fällt.

Mißlicher ist es, wenn nur die Tagesziffer nachgetragen werden sollte und darauf vergessen wurde. Denn das, was dasteht, ist auch dann die ganz vollständige Bezeichnung eines Tages, nämlich des Epochen-tages selbst, der aber möglicherweise über vierzehn Tage später fällt, als der Tag, der hätte bezeichnet werden sollen. In den Originalen wird die Lücke vor dem Epochentage darauf hindeuten. Allerdings wäre es denkbar, daß die Vollendung sich bis zum Epochentage selbst verzögerte und demnach die Angabe trotz der Lücke richtig wäre. Findet sich zuweilen, so St. 1394: *in id. oct.*, dem Epochentag in ungewöhnlicher Weise ein *in* vorgesetzt, so könnte das geschehen sein, um die Lücke zu füllen; doch findet es sich auch wohl vor der Tagesziffer, so St. 1399: *in vi. kal. feb.* Jedenfalls wird das Vorhandensein einer Lücke Nichtnachtragung der Ziffer wahrscheinlich machen. Liegt uns dann die Urkunde nur in Abschrift oder Abdruck vor, so fehlt jeder Hinweis auf die Sachlage, da selbst bei sonst sehr gewissenhaften Abdrücken solche Umstände bisher wenig beachtet wurden.

Entspricht nun in solchen Fällen der Ort dem Tage, der genannt werden sollte, so kann sich daraus, wenn statt dieses der Epochentag selbst angenommen wird, eine dem Orte nicht mehr entsprechende Tagesangabe ergeben. Das trifft erweislich zu bei einem Falle, auf den mich Mühlbacher hinwies, während die spätere Einsicht des Original zu München seine Annahme durchaus bestätigte. In Reg. Kar. 1074 findet sich vor dem *kl. dec.* eine auffallende Lücke, welche zweifellos mit *xi.* zu ergänzen war, da von 889 Nov. 21 aus Frankfurt drei andere Urkunden für denselben Empfänger datirt sind. Böhmer reihte die Urkunde nach dem Abdrucke M. Boica 28,98, wo die Lücke nicht angedeutet ist, zu Dec. 1 ein, und damit ergab sich nun das, wenn nicht unmögliche, doch ganz unwahrscheinliche Itinerar Nov. 21 Frankfurt, Nov. 27 Wiesloch, Dec. 1 Frankfurt, Dec. 8 Augsburg. Bei den andern mir aus Originalen bekannten Datirungen mit Lücken für die Tagesziffer ergaben sich keine Haltpunkte zur Entscheidung der Frage, ob das auch da zu einer Verschiebung des Itinerar geführt hat.

Immerhin wird dieser Umstand auch da zu beachten sein, wo uns Urkunden nur in Abschrift oder Abdruck bekannt sind; und nach dem vorhin Bemerkten wohl insbesondere da, wo es sich um den Abschnitt der Kalenden handelt. Wenn demnach eine vom Tage der Kalenden datirte Urkunde sich zwar nicht an diesem Tage selbst, wohl aber innerhalb des vorhergehenden Monatsabschnittes dem Itinerare fügt, wie das etwa bei St. 594. 1209. 2862 zutrifft, da kann sich die Annahme, daß die Ziffer aus Versehen nicht nachgetragen wurde, als nächstliegender Erklärungsgrund empfehlen. Und das dürfte wohl auch zu erwägen sein für St. 183 von 950 Febr. 1 aus Busenweiler zwischen Saarlouis und Thionville; ebenda urkundet der König nach der im Original

haltenen St. 182 auch schon Jan. 18, während es doch eben so un-
wahrscheinlich ist, daß der König sich an dem unbedeutenden Orte so
lange aufhielt, als daß er zufällig dahin zurückkehrte.

347. Doch könnte da immerhin auch ein anderes Verhältniß ein-
treten, welches von ungleich größerer Bedeutung ist. Wir wiesen § 343
auf Fälle hin, bei welchen die genauesten Angaben von Tag und Ort
nachgetragen wurden. Da dabei durchweg gleichzeitige Nachtragung
anzunehmen ist, so können sich daraus wohl Widersprüche zu den Jah-
resangaben, nicht aber zwischen Tag und Ort selbst ergeben. Ueber-
aus häufig finden wir nun aber Nachtragung nur der Tagesan-
gabe, während der Ort gleichzeitig mit der übrigen Datirungszeile und
gewöhnlich auch dem Texte eingeschrieben erscheint.

Bei der großen Bedeutung dieses Verhältnisses schien es mir von
Wichtigkeit, festzustellen, daß es sich dabei nicht bloß um vereinzelte
Ausnahmen handelt. Ich verglich für diesen Zweck die Originale der
Königsurkunden zu München, Wien und Münster, während mir außer-
dem noch einzelne bezügliche Angaben von Sickel, vgl. Progr. 40, und
Foltz vorlagen; ein Material, welches genügen dürfte, um wenigstens
annähernd die Verhältnisszahl richtig erkennen zu lassen. Es schien sich
bis zum J. 1125 Nachtragung von Tag und Ort zu ergeben für St. 350.
1371. 1502. 63. 1630. 38. 60. 1702. 60. 61. 1988. 2045. 2233. 53. 54. 2354.
2407. 87. 88. 90. 2818; dagegen Nachtragung nur der Tagesangabe oder
noch ihrer genaueren Angaben bei Böhmer Reg. Kar. 732. 81. 1081.
1115. 25. 1260; St. 11. 26. 134. 253. 58. 78. 514. 16. 28. 29. 30. 72. 73. 88.
126. 27. 39. 82. 723. 826. 49. 1329. 31. 45. 64. 95. 99. 1462. 99. 1527. 33.
1648. 1902. 57. 90. 2006. 8. 24. 2197. 2383. 2456. 2531. 32. 77. 2881. 3120.
25. Und in mehreren dieser Fälle wird die sofortige Eintragung des Or-
tes um so auffallender, als bei ihnen nicht bloß der Tag, sondern auch
die Jahresangaben nachgetragen sind; vgl. § 342.

Ergab sich danach das Verhältniß von zwei zu fünf, so sind aller-
dings nicht alle Fälle durchaus sicher; nach dem § 341 Bemerkten ist
es zuweilen schwer, mit voller Sicherheit über Nachtragung und Nicht-
nachtragung zu urtheilen. Aber auch auf einem anderen Wege, wo
diese Unsicherheit entfällt, nämlich durch Beachtung der Fälle, wo die
benachbarten Lücken der Datirungszeile nicht ausgefüllt sind, gelangen
wir zu entsprechendem Ergebnisse. Nach den eingesehenen Originalen,
dann nach den Angaben in genaueren Veröffentlichungen, finden sich
Lücken für Tag und Ort in St. 1312. 1700. 1. 2148. 2943. 3033; dagegen
in demselben Materiale Lücken nur für den Tag oder dessen genauere
Angaben in Reg. Kar. 842. 1054. 74. St. 858. 1575. 1695. 1726. 62. 2056b.
151. 2607. 2702. 3. 4. 10. 11. 3172. Die Zahl dieser Fälle ist hier also
verhältnißmäßig noch größer. Und dabei wird noch zu beachten sein,
daß, wo uns nicht das Original zu Gebote steht, die in demselben vor-
handene Lücke in der Abschrift oder dem Abdrucke gewöhnlich nicht
mehr kennbar sein wird. Denn auch bei Nichtbeachtung der Lücke

347] ergibt sich eine an und für sich verständliche Datirungszeile, da sich dann an Data unmittelbar die Jahresangaben anschließen. So beginnt die Datirung von St. 1575 bei Leibnitz Scr. 2, 156, der ein Kartular benutzte, und in den ihm folgenden Drucken mit *datum indictione 11*, während in dem auf dem Original beruhenden Abdrucke bei Lüntzel Hildesh. 351 die Lücke nach Datum angegeben ist. Dasselbe wird dann doch zu vermuthen sein für St. 1576. 77. 78, zweifellos gleichzeitig für denselben Empfänger und ohne Tag, welche in den Orig. Guelf. 4.434 ff. aus demselben Kartular veröffentlicht sind, was sich durch eine Prüfung der Originale in Hannover feststellen liesse. Denn wenn St. 1578 auch von Falke Tr. Corb. 326 aus dem Originale ohne Lücke gedruckt ist, so kann er ja die Lücke nicht beachtet oder ihre Kennzeichnung für überflüssig gehalten haben. In ähnlicher Weise kann allerdings auch die Ortslücke ohne Störung der Formel wenigstens dann unbeachtet gelassen sein, wenn die Apprektion sogleich zugeschrieben war, da sich dann ein *actum feliciter amen* ergibt. Aber auch die Beachtung dieser Umstände führt uns zu keinem anderen Resultate; auch in Fällen, wo uns über Lücken der Datirungszeile nichts bekannt ist, finden wir viel häufiger, daß ihr nur der Tag, als daß ihr Tag und Ort fehlt. Auf Grundlage des verglichenen Material wird sich daher die Behauptung rechtfertigen, daß, soweit die Nachtragung nicht die ganze Zeile traf, sondern nur einzelne Angaben derselben, die Nachtragung nur des Tages zwei bis dreimal so häufig war, als die von Tag und Ort.

348. Daß dabei nicht mehr zufällige Verhältnisse eingriffen, tritt besonders deutlich durch den Umstand hervor, daß wir dem gegenüber nur sehr selten Haltpunkte für die Annahme einer Nachtragung nur des Ortes finden, und diese Haltpunkte überdies weniger sicher sind.

Zeigt die in der Datirungszeile oder unter Zuziehung des gleichfalls wohl nachgetragenen *data* am Beginn der Datirungszeile stehende Tagesangabe andere Hand oder andere Färbung der Dinte, so wird absichtliche Nachtragung nicht zu bezweifeln sein. Beim Ort ist das wenigstens dann nicht so sicher, wenn der Ortsname sich nicht auch von *actum* und der Apprektion abhebt, wenn er nur mit dem ganzen Schluß der Datirung einen Unterschied vom Vorhergehenden zeigt. Zufällige Umstände konnten einen Wechsel in der Zeile herbeiführen. So wechselt in Reg. Kar. 188 die Dinte in dem Worte *indictione*; oder bei St. 3012 im Ortsnamen: *actum R||adispone fel. amen*. Ist nach Mittheilung von Foltz in St. 657 außer dem Ortsnamen vielleicht auch schon die vorhergehende Angabe der Kaiserjahre *autem vi*, in St. 2777 zu München außer dem ganzen Actum auch schon *xx.*, *regni vero xviii.* mit anderer Dinte geschrieben, so wird das nicht die Absicht erweisen müssen, den Ortsnamen erst später einzutragen.

Anders ist das freilich, wo der Unterschied nur den Ortsnamen oder wenigstens das ganze Actum trifft. Das möchte ich annehmen bei St. 1122 zu Münster, obwohl auch da wenigstens die Tagesziffer nach-

getragen sein könnte. Bei St. 1524. 1724 zu München ist die Ortsangabe sicher nachgetragen, während ich Nachtragung des Tages nur bezweifle; bei St. 1987. 2568 ist sicher nur der Ort nachgetragen. Derselbe könnte weiter nachgetragen sein nach dem, was Stumpf zu St. 357 bemerkt. Ein ganz sicheres Beispiel gibt endlich St. 877, Höfer Zeitschr. 1, 525, mit Tagesangabe, aber ohne Vollziehungsstrich und mit leerem Raum hinter Actum für Ort und Apprektion, wie sich solcher auch im Texte für zwei Grafennamen findet. Bloße Nachtragungen des Ortes sind demnach zweifellos vorgekommen; aber gegenüber der Masse der Fälle, welche ich auf Grundlage desselben Materials für Nachtragung nur des Tages anführen konnte, sind sie gewiß nur als vereinzelte Ausnahmen zu betrachten.

349. Für die weitere Verfolgung dieser Verhältnisse werden dann auch noch nachträgliche Aenderungen in der Datirungszeile zu beachten sein. Oft mag es sich dabei um Korrektur bloßer Schreibfehler oder sonstiger Versehen handeln. Aber es sind doch auch recht wohl andere Veranlassungen für sie denkbar.

Für nachträgliche Aenderung der Tagesangabe finden sich manche Belege. So ist in Reg. Kar. 1122 zu München die ganze Tagesangabe auf Rasur geschrieben. Nach Mittheilung von Foltz ist in St. 547 *viii.* aus *viii. kl. aug.* geändert, also auf den folgenden Tag. In St. 607 findet sich zunächst hinter *data* eine ganz verwischte Ziffer, wahrscheinlich *viii.*, dann nachgetragen *iii.* und weiter *id. sept.* auf Rasur; Aenderung auf einen späteren Tag ist auch hier wenigstens wahrscheinlich. In St. 891 ist nur das *pridiae* vor *kl. oct.* von derselben Hand auf Rasur geschrieben; es wird also vorher ein früherer Tag des Kalendenabschnitts bezeichnet gewesen sein. Findet sich dagegen in St. 892 in dem *data xvi. kal. nov.* nach Steirm. U. B. 1, 39 zwischen *vi.* und *kal.* eine Rasur, während *data* und *x.* sehr nahe aneinandergeschrieben sind, so wird da eher an Aenderung aus einem späteren Tage des Kalendenabschnittes zu denken sein.

In keinem dieser Fälle ist zugleich die Ortsangabe geändert, wie mir auch sonst kein Fall für zusammentreffende Aenderung von Tag und Ort bekannt geworden ist. Es ist möglich, daß auch nach der Aenderung der Ort noch zutraf. Oder es lag ein bloßer Schreibfehler vor, so daß der Ort überhaupt nur dem geänderten Tag entsprach, wie wir das jedenfalls bei Richtigkeit des Itinerars beim letzten Falle anzunehmen hatten, da der König in dem unbedeutenden Ettenstadt sich schwerlich mehrere Tage aufgehalten haben wird. Aber es ist auch möglich, daß man eben nur beim Tage auf Genauigkeit größeres Gewicht legte, worauf ja auch schon zu deuten scheint, daß wir so häufig Nachtragung nur des Tages fanden.

Dagegen scheint sich nun nachträgliche Aenderung nur der Ortsangabe verhältnißmäßig häufiger zu finden, als Nachtragung derselben. In St. 750 ist die Ortsangabe Saalfeld in Regensburg geändert; vgl.

349] § 118. Nach Mittheilung Sickels steht in St. 935 der jetzige Ortsname Frankfurt auf Rafur, während von dem früheren noch *Ra* zu erkennen ist. In St. 1793 zu München ist *actum Auguste feliciter* von anderer Hand auf Rafur geschrieben; auch in St. 1865.67 ist der früher genannte Ort in Korvei geändert.

350. Suchen wir uns nun die Veranlassung der aus den Originalen nachgewiesenen Umstände zu vergegenwärtigen, so wird der Zweck der Nachtragung nur der Tagesangabe kaum einem Zweifel unterliegen können. Schwerlich wird man sich da dem Erklärungsversuche von Dümge Reg. 109 für St. 2607 anschließen dürfen, welcher meint, die an einem andern Orte geschriebene Urkunde sei bestimmt gewesen, zu Köln ausgestellt zu werden, man habe aber den Tag nicht zugefügt, weil man noch nicht wufste, wann man nach Köln kommen werde. Ich denke, man schrieb den Ortsnamen zu, weil man sich zu Köln befand und voraussetzte, daß die Urkunde dort auch vollzogen und übergeben werden würde; nicht aber den Tag, weil dieser noch nicht feststand. In Einzelfällen mögen da mehr zufällige Umstände eingewirkt haben; im allgemeinen wird gar nicht zu bezweifeln sein, daß man den Tag deshalb nachtrug, weil er zur Zeit der Uebergabe noch nicht feststand.

Hat man dieses genauere Vorgehen in manchen Fällen auch auf den Ort ausgedehnt, so ist es leicht erklärlich, wenn das häufiger nicht geschah. Einmal suchten wir § 118 nachzuweisen, daß der Ort sich nicht selten überhaupt nicht auf die Beurkundung, sondern auf die Handlung bezog. Dann entfiel natürlich jeder Grund für Nachtragung. Sind das aber Ausnahmen, haben wir im allgemeinen anzunehmen, daß man durch den Ort denselben Zeitpunkt bezeichnen wollte, als durch den Tag, so liegt auch da die Erklärung nahe. Als Zeitbestimmung gefaßt bezeichnet uns ja die Ortsangabe wenigstens bei solchen Orten, welche der König nicht bloß durchreisend berührte, einen Zeitraum, der sich nicht bloß auf Tage, sondern auf Wochen und selbst Monate erstrecken konnte. Im allgemeinen durfte man gewiß voraussetzen, daß die Vollziehung in wenigen Tagen folgen werde; das ergibt sich schon daraus, daß man nach § 345 oft kein Bedenken trug, nicht bloß den Monatsnamen, sondern auch den Epochentag schon einzutragen, obwohl der Tag noch nicht feststand und man deshalb für die Tagesziffer freien Raum liefs. So durfte man bei der Reinschrift sehr vieler Urkunden gewiß mit Fug voraussetzen, daß, wenn der Tag der Vollziehung auch noch unbestimmt war, dieselbe doch mindestens noch denselben Ort treffen würde, demnach auch kein Grund vorliege, die Ortsangabe noch unausgefüllt zu lassen. Unnöthige Nachtragungen suchte man gewiß möglichst zu vermeiden.

351. Dagegen dürfte ein in ähnlicher Weise maßgebender Zweck der Nachtragung nur der Ortsangabe kaum aufzufinden sein. Und damit stimmt, daß wir dieselbe nach § 348 wohl nur als ziemlich

selten vorkommende Ausnahme zu betrachten haben. Allerdings konnte zur Zeit der Fertigung der Reinschrift der Ort unbestimmt sein und wir finden ihn denn ja auch ziemlich häufig nachgetragen; aber durchweg gemeinsam mit dem Tage. Und im allgemeinen ist gewiß nicht abzusehen, wie der Ort ungewiß sein sollte, wenn das nicht zugleich den Tag traf. Das könnte höchstens in Folge besonderer Umstände in ganz vereinzeltten Fällen vorgekommen sein, etwa bei Fertigung einer Urkunde, welche zur Uebergabe an einem gewissen Tage von vornherein bestimmt war, während man noch nicht wußte, wo sich der König dann befinden werde. Eben so wenig ist abzusehen, weshalb man gerade bei der Ortsangabe größeres Gewicht auf Genauigkeit gelegt haben sollte, als bei der Tagesangabe.

Ich möchte daher annehmen, daß es sich dabei mehr um zufällige, schwer nachzuweisende Veranlassungen handelte. Trifft die Nachtragung nicht bloß den Ort, sondern auch vorhergehende Theile der Datirung, so nach § 348 bei St. 657. 2777., so mochte der Schreiber im Augenblicke eine Jahresziffer nicht richtig anzugeben wissen, und hielt nun zunächst überhaupt ein, statt eine Lücke zu lassen. Trifft die Angabe einen unbekannten Namen, wie etwa St. 1724 *Gutistat*, so mochte der Schreiber ihn nicht sogleich richtig zu bezeichnen wissen. Andere Belege treffen allerdings ganz bekannte Orte. Nun werden wir aber in Fällen, wo der Tag sogleich vom Reinschreiber zugefügt wurde, gewiß anzunehmen haben, worauf wir zurückkommen, daß derselbe für die Datirung eine Vorlage hatte; war dann etwa in dieser aus Versehen nur der Tag, nicht auch der Ort angegeben, so erklärt sich die Nachtragung leicht, ohne daß wir anzunehmen hätten, der Ort sei zur Zeit der Reinschrift überhaupt noch ungewiß gewesen.

Im allgemeinen wird uns das Ergebniss genügen müssen, daß Nachtragung des Ortes thatsächlich vorkam, wenn auch nur selten, während sich, so weit ich sehe, ein allgemeiner maßgebender Gesichtspunkt dafür aus dem Gange der Beurkundung nicht ergibt.

352. Ganz unmittelbar scheint sich dagegen der Zweck nachträglicher Aenderung der Ortsangabe zu ergeben. War der Ort sogleich eingeschrieben, weil man voraussetzte, daß er auch dem Tage der Vollziehung noch entsprechen werde, so konnte man sich in dieser Voraussetzung irren; der König konnte zur Zeit der Vollziehung den Ort schon gewechselt haben. Dann war bei genauem Vorgehen bei der Nachtragung des Tages zugleich die Ortsangabe zu ändern.

Aber nicht alle § 348 erwähnten Fälle unterstützen diese Annahme. Für St. 750 schien sich § 118 zu ergeben, daß gerade der getilgte Ortsname Saalfeld dem Tage entsprach, die Aenderung in Regensburg zweifellos geschah, um den Ort der Handlung zu nennen. Ähnliches ergibt sich für St. 1793; schon § 122 wurde darauf hingewiesen, daß die Urkunde erst 1022 geschrieben sein wird, während Tag und Ort zweifellos zu 1021 gehören, also der Handlung oder einem frühern Zeitpunkt

352] der Beurkundung entsprechen sollten. Der Reinschreiber mag das beim Orte übersehen haben, was dann die Aenderung veranlaßt haben dürfte. Möglicherweise hängt damit auch der Mißgriff zusammen, daß der Tag zweimal genannt ist. Die zweite Tagesangabe hinter den Jahren könnte recht wohl nachträglich zugefügt sein.

Der Fall St. 935 dagegen scheint unsere Annahme wenigstens in so weit zu unterstützen, als Nachtragung des Tages und Aenderung des Ortsnamens zusammenfallen, da nach Mittheilung Sickels auch das *xiii* vor *kal. iulii* nachgetragen ist.

Ganz zweifellos scheint es mir zu sein, daß in St. 1865. 67 der Ortsname geändert wurde, um ihn mit der Tagesangabe in Uebereinstimmung zu bringen. Es handelt sich dabei um eine Reihe von Urkunden auf welche uns auch spätere Erörterung noch zurückführen wird und welche mir so deutlich, wie kaum eine andere zu erweisen scheint, zu wie mannichfachen Unregelmäßigkeiten die besprochenen Umstände Veranlassung geben konnten. Vier Bestätigungsurkunden K. Konrads II für das Bisthum Bamberg, St. 1864—67 sind datirt aus Korvei Jan. 12. Das Zutreffen dieser Angabe für das Jahr 1025 kann beim Uebereinstimmen aller in Tag und Ort keinem Zweifel unterliegen, während überdies noch die Originale St. 1863. 68 aus Korvei Jan. 10 und 12 hinzukommen, auch die Vita Godehardi einen Aufenthalt zu Korvei um diese Zeit ausdrücklich erwähnt. In den Originalen von n. 1864. 66 sind die ganzen Datirungszeilen von anderer Hand geschrieben, als der Text; die Reinschriften dieses dürften demnach schon etwas früher gefertigt sein. Dagegen sind in n. 1865. 67 nur Signum und Rekognition vom Texte verschieden, während die Datirungszeilen im allgemeinen gleichzeitig mit diesem geschrieben sein dürften. In beiden nun ist nur der Ortsname Korvei auf Rasur geschrieben; bei der zweiten sind noch Reste eines anderen Namens sichtbar. Beim Zusammentreffen zweier Urkunden wird es sich da zweifellos nicht um Besserung eines zufälligen Schreibfehlers handeln. Es kommt nun aber ein anderer Umstand hinzu, welcher keinen Zweifel zu lassen scheint, daß die Urkunden früher geschrieben und auf Uebergabe an einem andern Ort gerechnet war. Während nämlich n. 1864. 66 in der vollständig nachgetragenen Datirungszeile das einzig zulässige Jahr 1025 mit Ind. 8. nennen, haben n. 1865. 67 übereinstimmend 1024 mit Ind. 7, müßten also, wenn auch die Indiktion in dieser Zeit bis zum Ende des Jahres fortgeführt wird, vor 1024 Dec. 25 geschrieben sein, da ein doppeltes, in zwei Urkunden gleichmäßig wiederholtes Versehen um so weniger anzunehmen sein wird, als in anderen Urkunden desselben Tages die Angaben richtig sind. So weist alles darauf hin, daß bei späterer Zufügung des Tages der Ort dem entsprechend geändert, die nöthige Aenderung der Jahresangaben aber übersehen wurde. Auf Nachtragung des Tages glaubte ich denn auch schon nach den Drucken insofern schließen zu dürfen, als, während n. 1864. 66 die Tagesangabe an gewöhnlicher Stelle hinter Data haben, sie in

n. 1865. 67 erst hinter den Jahresangaben vor Actum eingefügt ist, eine auch sonst vorkommende, noch näher zu besprechende Verschiebung, bei der ich mehrfach deutliche Kennzeichen der Nachtragung fand. Bei der spätern Einsicht der Originale zu München fand ich das dann freilich zu meiner Ueberraschung nicht so bestätigt, wie ich vermuthet hatte. Von dem, der in n. 1864. 66 die ganze Datirung zufügte, rühren die Tagesangaben in n. 1865. 67, wie das zu vermuthen wäre, sicher nicht her. Die Möglichkeit, daß sie von demselben Schreiber nachträglich zugefügt sein könnten, will ich nicht bestreiten. Aber wenigstens wahrscheinlicher schien es mir durchaus zu sein, daß die Tagesangaben gleichzeitig mit der ganzen Datirungszeile geschrieben wurden. Nun würde auch in diesem Falle keiner der angeführten Haltpunkte seine Beweiskraft verlieren. Wir sahen uns dann aber auf die Annahme hingewiesen, daß ganz dieselben Störungen, welche sich aus Nachtragungen in die Reinschrift ergaben, auch bei mit dem Texte gleichzeitiger Eintragung der gesammten Datirungszeile sich ergeben konnten. Es wäre möglich, daß die Vorurkunde, welche bereits § 180 in St. 1858 aus Nimwegen 1024 Oct. 17 nachgewiesen wurde, auch auf die Datirung eingewirkt hätte, der Schreiber ihr unter Aenderung des Tages die Jahresangaben und anfangs auch den Ort entnahm; doch scheint dagegen zu sprechen, daß nicht bloß der Tag, sondern auch die Indiktion hier eine andere Stellung haben, weiter für das hier noch eingreifende, alsbald zu besprechende St. 1860 diese Erklärung nicht auszureichen scheint. Es wäre aber auch möglich, daß der Schreiber für die Datirung ein bereits für den Einzelfall bestimmtes, 1024 geschriebenes und auf einen anderen Ort berechnetes Konzept benutzte, dem der Tag erst später zugeschrieben wurde. Wir werden darauf zurückkommen.

353. Auf die besprochenen Verhältnisse glaube ich nun besonderes Gewicht legen zu sollen für die Erklärung der Verschiebungen im urkundlichen Itinerar. Wurden Tag und Ort nicht selten zu verschiedener Zeit in die Urkunde eingetragen, so konnten sich daraus doch überaus leicht Widersprüche ergeben, ein Ort genannt sein, an dem sich der König am Tage der Datirung thatsächlich nicht aufhielt.

Eine Störung des Itinerar kann sich in doppelter Richtung ergeben. Es kann sich einmal handeln um Nennung eines dem Tage noch nicht entsprechenden Ortes; es kann sich ergeben, daß der König am bezeichneten Tage noch nicht an dem genannten Orte war, ihn erst später erreichte. Das würde sich erklären, wenn der Tag bei der Reinschrift sogleich eingeschrieben, dann aber später der Ort nicht jenem Tage, sondern dem gewechselten Aufenthalte des Königs entsprechend nachgetragen wurde.

Wir sahen nun § 348. 351, daß Nachtragung des Ortes allerdings, wenn auch selten vorkommt, daß sie aber weniger durch einen bestimmten maßgebenden Gesichtspunkt, als durch mehr zufällige Umstände veranlaßt zu sein scheint. Das schließt nicht aus, daß sich daraus eine

53] Verschiebung in der angedeuteten Richtung ergeben haben könne. Die Mehrzahl der §348 angegebenen Fälle fügt sich durchaus dem Itinerar. Aber für St. 357 wurde schon § 118 bemerkt, daß es dem Itinerar nicht entspricht, während doch die Echtheit keinem Bedenken zu unterliegen scheint; ist dort der Ort wirklich nachgetragen, so könnte immerhin die Störung darin ihren Grund haben. Besonders nahe liegt diese Annahme bei St. 657, wo der Ort Dornburg 975 Juni 8 das Itinerar stört, demselben aber zwischen Juni 21 und 26 genau entsprechen würde; der Schreiber brach vielleicht ab, weil er über die zu nennenden Kaiserjahre ungewiß war und es wurden dann etwa bei der Vollziehung diese und der gewechselte Ort zugefügt; eine gewisse Flüchtigkeit ergibt sich auch darin, daß der Ort ohne Actum und Schlußwunsch einfach den Jahresangaben angehängt ist. Dann wäre freilich noch zu erklären, wie es nun kommt, daß der Schreiber das zu 973 passende Kaiserjahr nannte und zwei andere Jahresangaben auf 974 weisen, woraus ich § 124, als mir jene Nachtragung noch unbekannt war, schloß, die Jahre dürften theils der Handlung, theils der Beurkundung entsprechen; und möglich wäre es ja immerhin, daß gerade das Nachgetragene der Handlung entsprach, wie wir § 352 Beispiele fanden, daß der Ort durch Korrektur auf die Handlung zurückgeführt wurde. Scheint weiter in St. 112 nur der Ortsname Aachen nachgetragen zu sein, so wäre es auch d. wenigstens möglich, daß die Zeitangabe 997 Sept. 29 sich auf einen früheren Zeitpunkt der Beurkundung bezieht, da der Kaiser von Sachsen kommt, der Inhalt ein westfälisches Kloster betrifft und es auffallen kann, daß die Reihe der übrigen unverdächtigen aus Aachen datirten Urkunden erst vierzehn Tage später beginnt.

Das mag denn immerhin auch in Einzelfällen beachtenswerth sein, wo das Original selbst nicht mehr vorliegt. Doch wüßte ich da bestimmt nur auf einen Fall hinzuweisen, wo mir die Störung des Itinerar nur durch Nachtragung oder wahrscheinlicher nachtragliche Aenderung der Ortsangabe erklärbar scheint. Ausser den § 352 besprochenen haben wir noch zwei andere Urkunden K. Konrads, gleichfalls für Bamberg, datirt 1024 Dez. 19 und 21 zu Korvei, jene St. 1860, diese Böhmer 1265, welche Stumpf irrig mit St. 1867 identifizirt hat; vgl. Bresslau Kanzlei Konr. 101 zu n. 9. Ist gegen diese Datirung bisher kein Einwand erhoben, so muß doch schon das bloße urkundliche Itinerar die größten Bedenken erregen. Vom Westen her wäre der König Dez. 19 schon bis Korvei gelangt, wäre dann Jan. 3 nach Paderborn zurückgekehrt gewesen, und hätte nach Wiederaufnahme der ursprünglichen Richtung Jan. 10 Korvei wieder berührt. Nun haben wir aber weiter gerade hier genaue Angaben über das thatsächliche Itinerar bei den Geschichtschreibern. Nach den Quedlinburger Annalen kommt der König von Nimwegen über Vreden nach Dortmund, wo er sich einige Zeit aufhält, geht dann nach Minden, wo er Dec. 25 das Weihnachtsfest feiert, ist noch auf Epiphania, Jan. 6, zu Paderborn, und re

dann nach Quedlinburg, zweifellos über Korvei. Damit stimmen andere Angaben; die Vita Godehardi weicht nur so weit ab, als sie den Aufenthalt zu Paderborn zu Jan. 1 erwähnend, den König Jan. 6 schon zu Korvei seien läßt. An einen Aufenthalt zu Korvei schon im Dezember ist danach doch gar nicht zu denken.

Nun ist allerdings St. 1860 nur aus Abschrift, B. 1265 nur aus einem Auszuge mit vollständiger Datirung bekannt. Aber schon das Ineinandergreifen beider Urkunden spricht dagegen, die Zeitangaben, insbesondere die Tagesbezeichnungen für korrumpirt zu halten, zumal ihnen die Jahresangaben, auch hier 1024 Ind. 7, entsprechen. Es kommt hinzu, daß sie inhaltlich mit den nach unserer Annahme schon 1024 geschriebenen St. 1865.67 aufs engste zusammenhängen. St. 1860 bestätigt Bamberg die Abteien Gengenbach und Schuttern; St. 1865.67 sind desselben Inhaltes, nur daß hier, wie sich das auch sonst findet, die Bestätigung jeder Abtei besonders verbrieft ist. Man sollte doch annehmen, daß alle drei ziemlich gleichzeitig geschrieben wurden. Und auch B. 1265 schließt sich eng an, da darin Privilegien für Schuttern bestätigt werden.

Vergleichen wir nun damit das § 352 über St. 1864—67 Bemerkte, so wird der Sachverhalt kaum zweifelhaft sein können. Alle sechs Urkunden wurden schon im Dezember 1024 geschrieben, aber nur vierein auch schon eine Datirungszeile zugefügt, welche in zweien nur Jahre und Ort, wahrscheinlich Minden, der Zeit der Reinschrift entsprechend nannte, in den zwei letztbesprochenen aber auch bereits den Tag. Verzögerte sich nun die Vollziehung, bis der König im Januar nach Korvei kam, so wird man in allen vier den nicht mehr entsprechenden Ortsnamen geändert, aber in allen die nicht mehr passenden Jahresangaben und in den bereits mit Tagesangabe versehenen auch diese belassen haben. Oder wollten wir nach dem § 352 schließlic Bemerkten annehmen, die Störungen seien durch Vorlagen veranlaßt, so könnten dieselben jedenfalls hier nicht wohl aus der Vorurkunde allein erklärt werden, da die Tagesangaben sich auf einen zwischen dieser und dem Orte liegenden Zeitpunkt beziehen.

Dieser Fall zeigt denn auch recht deutlich, wie Verschiebungen in der besprochenen Richtung sich wohl nur in Folge vereinzelter, mehr zufälliger Mißgriffe ergaben. Damit stimmt durchaus, wie schon § 129 bemerkt wurde, daß sich nur selten Verschiebungen im Itinerar finden, welche uns nöthigen würden, die Tagesangabe auf einen früheren Zeitpunkt zu beziehen, als die Ortsangabe.

354. Ungleich häufiger ist der umgekehrte Fall, Nennung eines dem Orte noch nicht entsprechenden Tages, Datirung von einem Tage, an welchem der König den genannten Ort schon verlassen haben muß. Damit stimmt wieder durchaus, daß nach § 347 sehr häufig der Ort sogleich eingeschrieben, der Tag aber nachgetragen wurde. Das kann seinen Grund darin haben, daß man Ort und Tag überhaupt

354] nicht auf denselben Zeitpunkt beziehen wollte, sondern nur jenen nach der Handlung bestimmte, vgl. § 118; dann stand natürlich nichts im Wege, den Ort gleichzeitig mit dem Texte einzutragen; finden wir in Urkunden, bei welchen innere Gründe auf ein solches Verhältniß hinwiesen, den Tag nachgetragen, so wird das unsere Annahme nur bestätigen können. Nach dem § 350 Bemerkten wird die frühere Eintragung des Ortes aber auch dann nicht befremden können, wenn beide Angaben sich wirklich auf denselben Zeitpunkt der Vollziehung beziehen sollten; man setzte voraus, daß der Ort noch entsprechen werde. Täuschte man sich darin, so konnte man durch Korrektur nachhelfen, wie sie vereinzelt vorkommen mochte, vgl. § 352. Im allgemeinen wird man aber zu wenig Gewicht auf volle Genauigkeit in diesen Dingen gelegt haben, um die Reinschrift durch eine Korrektur zu entstellen, auch wenn man die Unregelmäßigkeit bemerkte.

Sind diese Annahmen richtig, so sollten sie sich wenigstens in Einzelfällen durch erweisliches Zusammentreffen der Verschiebung des Itinerar mit Nachtragung der Tagesangabe bestätigen. Freilich werden wir da auch bei einer größeren Zahl von Fällen kaum auf zahlreiche Belege rechnen dürfen. Einmal wird man sich natürlich nur zuweilen in der Voraussetzung getäuscht haben, daß der Ort werde dem Tage noch entsprechen. Es ist weiter wenigstens denkbar, daß man auch bei Nachtragung der Tagesangabe diese auf den Zeitpunkt zurückbezog, dem der Ort entsprach; so kann es auffallen, daß auch bei St. 516, bei dem ich § 110 Beziehung sowohl des Tages, als des Ortes auf die Handlung vermuthete, nach Sickel Progr. 40 nur der Ort, nicht auch der Tag vom Schreiber der Urkunde herrührt; freilich scheint nach dem von Sickel Bemerkten Leerlassen der Tagesangabe Gewohnheit dieses Schreibers gewesen zu sein, wie denn ja auch hier manches Zufällige eingreifen kann. Endlich aber sind wir keineswegs über das thatsächliche Itinerar überall so genau unterrichtet, daß die Verschiebung, auch wenn sie stattfand, uns erkennbar sein würde, zumal es sich da häufig nur um Unterschiede von wenigen Tagen handeln wird. Dennoch scheint sich jenes Zusammentreffen in mehreren der mir bekannten Fälle bestimmter zu ergeben.

Auf die Unvereinbarkeit von St. 26 von 930 Juni 30 mit dem Itinerar wurde schon § 118 hingewiesen. Der Ortsname ist sicher gleichzeitig eingeschrieben. Dagegen ist das *data ii. kal.* sicher nachgetragen, während ich das für das *iul.* bezweifelte, in welchem Falle der Umstand allerdings für die Erklärung der Verschiebung kaum ausreichen würde.

Ebenso wurde § 118 nachgewiesen, daß bei St. 572 von 972 Aug. 18 der Ort S. Gallen nur einige Tage früher zutrefte. Nach Mittheilung Sickels sind im Originale die ganze Tagesbezeichnung, dann die Ziffer der Indiktion und des Kaiserjahres von anderer Hand nachgetragen.

Nach einer Reihe von Diplomen für verschiedene Kirchen war K. Otto II. mindestens vom 1. bis 19. Apr. 974 zu Quedlinburg. Dann urkundet er Apr. 29 zu Mühlhausen, Mai 10 zu Tilleda am Kyffhäuser. Nun folgt St. 626 für Quedlinburg und aus Quedlinburg mit Mai 13. Das ergibt allerdings keine unstatthafte Entfernung. Sollte aber der Kaiser nach dem längern Aufenthalte nochmals nach Quedlinburg zurückgekehrt sein? Das wird um so unwahrscheinlicher, als das folgende St. 627 von Mai 24 aus Merseburg datirt ist, Quedlinburg also keineswegs in der Richtung des Itinerars lag. Ist schon danach zu vermuthen, daß die Ortsangabe noch zu dem früheren Aufenthalte gehört, so ist nun wirklich nach Mittheilung von Foltz nur die Tagesangabe (später eingetragen). Dasselbe trifft St. 627, wo außerdem Regni 13 in 14 ergänzt ist, vgl. § 342; danach wird auch hier der Ortsname Merseburg schon vor Mai 24 eingetragen sein und ein Aufenthalt zu Quedlinburg in dieser Zeit wird dadurch noch unwahrscheinlicher.

St. 1533 mit 1010 Apr. 28 Regensburg ist unvereinbar mit einer Urkunde von demselben Tage aus Bamberg. Nach Einsicht des Original zu München möchte ich nicht bezweifeln, daß *data iiii. kal. maii* nachgetragen ist, während das für die Ortsangabe sicher nicht zutrifft.

In den andern mir bekannten Fällen ergibt sich allerdings kein nachweisbarer Widerspruch zum Itinerar. Aber auch dann ist die Gestaltung wohl so, daß es wenigstens nahe liegt, an eine Verschiebung zu denken. K. Konrad urkundet 1029 März 30 und Apr. 13 zu Regensburg. Dann folgt St. 1990 aus und für Regensburg mit dem nachgetragenen Apr. 30. Da mag der Kaiser noch zu Regensburg gewesen sein, da wir ihn erst Mai 20 zu Thüngen an der Werra wieder nachweisen können; aber es ist doch auffallend, daß sich von einem so langen Aufenthalte zu Regensburg, wie er sich daraus ergeben würde, nicht mehr Urkunden erhalten haben sollten. In St. 3125 mit 1116 Febr. 14 aus Augsburg für den Bischof von Augsburg ist nur die Tagesangabe nachgetragen. Der Kaiser, der März 11 zu Venedig urkundet, muß Anfangs März schon in der Trevisaner Mark gewesen sein. Das ist nun freilich durch jene Urkunde nicht ausgeschlossen; aber schwerlich wird sie uns auch mit Sicherheit schließen lassen dürfen, daß der Kaiser Febr. 14 noch zu Augsburg war, zumal der Bischof nach St. 3150. 55 mit dem Kaiser zog, eine etwas spätere Aushändigung demnach an und für sich nicht auffallen würde.

355. Allerdings wird sich aus den angeführten Belegen nicht gerade Entstehung der Verschiebung aus Beziehung des Orts auf einen früheren Zeitpunkt der Beurkundung ergeben müssen. Denn die Fälle liegen durchweg so, daß der in der Datirung genannte Ort zugleich der muthmaßliche Ort der Handlung ist, demnach die früher § 118 besprochene Beziehung nur des Ortes auf die Handlung den Widerspruch genügend erklären würde. In manchen Fällen mag auch kaum eine andere Erklärung zulässig scheinen. War

355] aber thatsächlich der in der Datirung genannte Ort zugleich der der Handlung, so erweist das noch nicht, daß man bei der Ortsangabe gerade die Handlung im Auge hatte. Es konnte ja auch die Reinschrift noch an dem Orte der Handlung gefertigt und demnach die Ortsangabe doch zunächst durch diese bestimmt sein.

Glaube ich nun auch, daß gerade in den angeführten Fällen Beziehung auf die Handlung oder den damit in der Regel zusammenfallenden Beurkundungsbefehl das Wahrscheinlichere sein dürfte, so trifft das keineswegs in allen entsprechenden Fällen zu. Die besprochenen sind nur solche, bei welchen mir zufällig die Nachtragung der Tagesangabe im Original bekannt war. Ganz ähnliche Verschiebungen lassen sich auch sonst gar nicht selten nachweisen. Und dann liegt doch die Annahme am nächsten, daß auch jene auf dieselbe Ursache zurückgehen dürften.

Werden wir nun solche Verschiebungen festzustellen suchen, so wird sich in sehr vielen Fällen ergeben, daß der Ort, dem der Tag nicht mehr entspricht, schwerlich der Ort der Handlung sein kann, wenn wir die Anhaltspunkte beachten, welche § 94 ff. für die Bestimmung des mutmaßlichen Ortes der Handlung geltend gemacht wurden. Das wurde schon § 335 bemerkt und durch ein Beispiel belegt; ähnlichen Fällen werden wir mehrfach begegnen. Der angeführte Ort ist sehr häufig weder der Aufenthaltsort des Empfängers, noch der Ort, an dem derselbe die Hoftage zu suchen pflegte. Dagegen trifft die Angabe nicht selten unbedeutende Orte, welche für die Vornahme feierlicher Handlungen überhaupt nicht geeignet erscheinen. Allerdings scheint das dann auch nicht zu stimmen zu der § 350 vertretenen Annahme, man habe den Ort sogleich eingetragen, weil man bei längerem Aufenthalte auf Vollziehung noch an demselben Orte rechnete; während doch bei unbedeutenden Orten die Annahme längeren Aufenthaltes von vornherein ausgeschlossen schien. Dem gegenüber wird sich aber geltend machen lassen, daß solches Vorgehen, zunächst vielleicht nur da angewandt, wo es voraussichtlich die Genauigkeit nicht stören konnte, leicht überhaupt oder doch bei einzelnen Schreibern zur Gewohnheit werden konnte, und auch da eingehalten wurde, wo sich fast nothwendig Ungenauigkeiten daraus ergeben mußten.

Dann aber wird ein anderer Umstand zu beachten sein. Die anzuführenden Verschiebungen sind zum Theil sehr geringfügige. Ueberaus häufig ergibt sich der Fall, daß Ort und Tag sich zwar im allgemeinen dem Itinerar einfügen, dem thatsächlichen aber doch nicht genau entsprochen haben können, während sich alles Anstößige verliert, wenn wir in der einen oder andern Urkunde annehmen, daß der Ort einen etwas frühern Zeitpunkt bezeichne, als der Tag; ein oder anderen Tag früher würde der Ort durchaus passen. Der Zeitabstand zwischen Handlung und Vollendung der Beurkundung wird nun doch in der Regel bedeutender gewesen sein, als daß er zur Erklärung jener geringfügigen Verschiebungen ausreichen würde. Dagegen liegt es auf der Hand, daß

gerade derartige Verschiebungen leicht dadurch herbeigeführt werden konnten, daß man den Ort sogleich bei der Reinschrift des Textes, den Tag erst bei der Vollziehung eintrug. Daß man dabei schon wegen der theilweisen Nachtragung der Tagesangabe sichtlich oft nur auf geringe Zeitabstände rechnete, wurde schon § 350 bemerkt.

In Einzelfällen wird oft schwer zu entscheiden seyn, was die Verschiebung zunächst veranlaßte. Stelle ich in Folgendem Belege für die hier in Frage kommenden Verschiebungen zusammen, so will ich damit nicht behaupten, daß alle auf den hier zunächst ins Auge gefaßten Umstand zurückgehen. Es ist möglich, daß der Unterschied zwischen Handlung und Beurkundung eingriff. Es ist weiter möglich, daß, wenn auch wirklich verschiedene Zeitpunkte der Beurkundung maßgebend wurden, das nicht gerade durch Nachtragung der Tagesangabe in die Reinschrift veranlaßt seyn mußte; wir werden darauf zurückkommen. Abgesehen davon sind uns die heranzuziehenden Urkunden vielfach nur in Abschrift erhalten, es kann die Tagesangabe verschrieben seyn, wie das ja selbst in Originalen in Einzelfällen zutreffen mag. Endlich würde möglicherweise die Verschiebung sich hie und da durch Einreihung der Urkunde in ein anderes Jahr beseitigen lassen. In dieser Richtung glaubte ich auf selbstständige Prüfung verzichten, mich bezüglich der Jahreseinreihung einfach der Anordnung von Stumpf anschließen zu dürfen. Denn solche Fälle fordern ja an und für sich die Aufmerksamkeit besonders heraus, es ist anzunehmen, daß gerade bei ihnen die Zulässigkeit der Einreihung in ein anderes Jahr ohnehin bereits sorgsam erwogen ist. Und es handelt sich um eine so bedeutende Zahl von Fällen, daß das Gesamtergebniß kaum wesentlich beeinträchtigt wird, wenn sich auch für einzelne eine zutreffendere Erklärung finden sollte.

356. Die Ungenauigkeit des urkundlichen Itinerar ergibt sich einmal daraus, daß nicht selten Urkunden desselben Tages aus verschiedenen Orten datirt sind. So finden sich Urkunden von 932 Juni 1 aus Reot und Erfurt, beide im Originale erhalten; — 972 Juli 25 aus Pavia und Mailand; — 973 Juni 7 aus Werla und Grona, beide Originale; — 973 Juni 16 aus Allstedt, St. 575, und Fritzlar; — 974 Aug. 30 Frose und Allstedt, beide Originale; — 975 Juni 11 aus Erfurt, St. 656, und Memleben; — 997 Juli 17 aus Eschwege und Mühlhausen; — 1004 März 5 aus Wallhausen und Gebesee nördlich von Erfurt; — 1008 Juli 6 aus Mainz und Frankfurt; — 1010 Apr. 28 aus Regensburg, St. 1533, und Bamberg, beide Originale; — 1032 Jan. 18 aus Hilwartshausen und Fritzlar; — 1106 Nov. 1 aus Mühlhausen und Tennstadt, beide Originale.

Liegen diese Orte überwiegend nahe bei einander in der Richtung des sich anderweitig ergebenden Itinerar, so erweist das, daß hier weder regelloser Zufall, noch größere Zeitunterschiede bedingende Unregelmäßigkeiten wirksam waren. Trotzdem ist die Entfernung mehrfach so

356] groß, daß sie die Möglichkeit einer Anwesenheit an ein und demselben Tage ausschließt. Ist diese in anderen Fällen nicht ausgeschlossen, so würde sich doch ergeben, daß die Kanzlei früh vor der Abreise und spät nach der Ankunft datirt haben müßte, ohne daß ein Grund zur Beschleunigung abzusehen wäre. Das ist mindestens ganz unwahrscheinlich.

Die Annahme, daß in diesen Fällen höchstens in einer Urkunde der Ort dem Datum, in der andern dagegen dem Scriptum entsprechen dürfe, erfährt zuweilen dadurch Bestätigung, daß wir von einem der Orte auch wohl Urkunden von nächstvergangenen Tagen haben, so 997 Juli 15 aus Eschwege, 1004 März 4 aus Wallhausen. Umgekehrt ist nicht zu läugnen, daß in Einzelfällen die Sachlage unsere Annahme nicht zu unterstützen scheint. Finden wir 973 das Itinerar Juni 4. 5 Magdeburg, Juni 7 Werla und Grone, so kann der Kaiser bei Zutreffen der ersten Angabe am 7. Juni allenfalls zu Werla, aber sicher nicht zu Grone gewesen sein, wie es doch nach unserer Annahme sein sollte, da Grone der in der Richtung des Itinerars weiter liegende Ort ist. Nun können wir aber einmal, wenn nicht etwa Angaben der Schriftsteller hinzukommen, nicht wissen, ob in solchen Fällen nicht auch bei den vorhergehenden Urkunden ähnliche Verschiebungen stattgefunden haben. Andererseits sind, so lange es sich nur um einen Einzelfall handelt, die verschiedensten sonstigen Erklärungen denkbar; es wurde ja insbesondere § 353 zugegeben, daß vereinzelt Nachtragung nur des Ortes auch zu der umgekehrten Verschiebung führen konnte. Nur für die Masse der zweifellos nicht überall auf regellosen Zufall zurückzuführenden Fälle des Nichtstimmens von Ort und Tag sind wir auf eine häufig gleichmäßig wirkende Veranlassung hingewiesen. Suche ich diese darin, daß der Ort oft der Handlung, oft wieder der Reinschrift, der Tag aber der Vollendung entspricht, muß, wenn das richtig ist, die Beziehung des Ortes auf einen früheren Tag erweislich oder doch möglich sein, so habe ich das bei der Masse der besprochenen und noch zu besprechenden Fälle bestätigt gefunden, ohne daß es statthaft sein könnte, das für jeden einzelnen zu begründen. Auch da, wo wir zunächst den Unterschied zwischen Handlung und Beurkundung ins Auge faßten, fanden wir nur wenige Ausnahmen; vgl. § 118. 125.

357. Das Nichtstimmen von Ort und Tag kann sich weiter dadurch verrathen, daß sich unstatthafte Entfernungen im urkundlichen Itinerar ergeben, daß die zu kurz aufeinander folgenden Tagen genannten Orte so weit auseinanderliegen, daß der Zeitabstand entweder überhaupt nicht, oder doch nur bei so raschem Reisen ausreichen würde, wie es ohne ganz besondere Gründe nicht anzunehmen ist. Man wird Wilmans Kaiserurk. 1,85 vielleicht nicht bestreiten wollen, daß K. Ludwig der Deutsche 840 Dez. 10 bis 14 auf schnellen Rossen die fünfundzwanzig Meilen von Paderborn bis Friedberg zurücklegen konnte; daß er aber einen solchen Eilritt wirklich machte, ist gewiß nur anzunehmen, wenn die gewichtigsten Gründe ihn dazu bestimmten.

Selbst wenn K. Otto I. 965 Juni 8 zu Köln und Juni 17 zu Dornburg an der Elbe urkundet, ist wohl die Entfernung an und für sich nicht zu beanstanden; aber es muß doch auffallen, daß er auf einer so weiten Strecke nirgends längeren Aufenthalt genommen haben sollte. Und die Entfernungen sind oft noch bedenklicher. Auch in bisher nicht beanstandeten Partien des urkundlichen Itinerar werden zuweilen an Ross und Reiter Anforderungen gestellt, hinter denen die Leistungen der tüchtigsten Distanzreiter unserer Tage zurückbleiben. Dabei ergibt sich dann wohl noch überdies, daß die aus entfernterem Orte datirte Urkunde zwischen Urkunden desselben anderen Ortes oder doch nahegelegener Orte fällt und damit das Itinerar auch abgesehen von der Entfernung unwahrscheinlich wird.

So ergibt sich aus Urkunden, welche für die in Frage zu stellenden im Original vorliegen, das Itinerar 973 Oct. 13 Dornburg, Oct. 22 Allstedt, Nov. 22 Duisburg, Nov. 23 Heiligenstadt, Dec. 14 Nimwegen. Auch abgesehen davon, daß man nicht an einem Tage zu Duisburg, am folgenden im Eichsfelde sein kann, läßt hier natürlich die Richtung des Itinerar keinen Zweifel, daß der Kaiser früher in Heiligenstadt, als in Duisburg war. Stumpf denkt an einen Schreibfehler im Original und schlägt vor, Duisburg zu Nov. 27 zu setzen. Aber damit ist doch lediglich der Richtung des Itinerar Genüge geschehen; ein Ritt in vier Tagen vom Eichsfelde nach Duisburg bliebe doch immer eine unglaubliche Leistung. Heiligenstadt wird sich eben nicht auf den Tag des Datum, sondern auf einen früheren Zeitpunkt beziehen; und da es in einer für Freilieg bestimmten Urkunde schwerlich der Handlung entspricht, so wird zunächst an das Scriptum zu denken sein.

Ähnliche Fälle ergeben sich auch sonst. So 890 Juni 26 Ulm, M. Boica 31, 135, und Juni 28 Regensburg; — 947 Apr. 16 Salz, St. 143, und Apr. 18 Aachen; — 974 Aug. 13 Memleben, 19 Erwitte, 30 Frose, alle drei in Originalen; — 975 Juni 6 Erfurt, 8 Dornburg nach Original, 11 Erfurt, St. 656, und Memleben; — 995 Oct. 26 Schöningen, Nov. 10 Langula bei sächsisch Mühlhausen nach Original, Nov. 11. 12 Mainz; — 1012 Jan. 21 Magdeburg, Jan. 30 Mainz, St. 1560; — 1027 Mai 3 Ravenna, 20 Verona, 21 Ravenna, 25 Verona, vgl. Steindorff Heinr. III 1, 529 und N. Archiv der Gesellsch. 1, 132, wonach es freilich auch eine Abschrift der Urkunde von Mai 21, St. 1947, mit Verona geben soll; — 1040 Jan. 4 Regensburg, 6 Augsburg, St. 2156, 9 Regensburg, 13 Augsburg und, falls in St. 2168 mindestens das Protokoll echt, 18 Regensburg, 19 Augsburg. Andere entsprechende Fälle wurden bereits § 118 besprochen.

358. Auf Verschiebungen dieser Art deutet ferner sehr häufig die Unregelmäßigkeit des urkundlichen Itinerar. Wir finden oft eine Gestaltung, bei der sich zwar keine an und für sich unzulässige Entfernungen ergeben, wohl aber ein regelloses Hin- und Herziehen, welches wir doch im allgemeinen nicht als dem thatsächlichen Itinerar

358] entsprechend betrachten dürfen, wenn auch zuzugeben ist, daß in einem Einzelfalle ganz besondere Umstände eine solche Gestaltung herbeiführen konnten. So ergibt sich 997 das Itinerar Apr. 9 Aachen, April 18 und 20 Dortmund, Mai 1 Mainz, Mai 18 Merseburg. Reiste der Kaiser beschleunigt, ohne irgendwo längeren Aufenthalt zu nehmen, so sind allerdings die Entfernungen an und für sich nicht zu beanstanden. Aber nur die ungewöhnlichsten Ereignisse könnten es doch erklären, daß der Kaiser von Aachen in der Richtung gegen Osten schon bis Dortmund gekommen nun nicht etwa die ganze Fahrt zum Osten aufgibt, sondern die Richtung unterbricht, um auf ganz kurze Zeit Mainz zu besuchen, dann aber das frühere Reiseziel wiederaufzunehmen. Bei der Urkunde aus Mainz, St. 1111, Würdtwein N. S. 5,377, deuten denn auch Kanzlei und Kaiserjahr auf eine spätere Zeit; ist sie aber echt, so ist sie unbedingt nur an dieser Stelle einzureihen, so lange man an der Annahme festhält, daß Ort und Tag denselben Zeitpunkt bezeichnen.

Auffallender wird das Verhältniß noch in den nicht seltenen Fällen, wo das Itinerar rückläufig wird, auf einen kurz vorher verlassenen Ort oder in dessen Nähe zurückführt, um dann die verlassene Richtung wieder aufzunehmen. Nach Mittheilung Mühlbachers kommt zu den bereits von Böhmer verzeichneten Urkunden Karls des Dicken noch ein Privileg für Fermo aus Nonantula 883 Juni 24. Damit ergibt sich nun das Itinerar Juni 20 Nonantula, 22 Murgola, 24 Nonantula, 30 Murgola. Da von Murgola nur bekannt zu sein scheint, daß es in der Grafschaft Bergamo lag, diese sich aber weit nach Süden erstreckte, so mag das Ausreichen der Zeit für die Entfernung dahingestellt bleiben; trotzdem wird nicht leicht jemand ein solches Itinerar als den Thatfachen entsprechend behandeln wollen. Selbst wenn es sich um sehr bedeutende, für die Entfernung überflüssig ausreichende Zeitabstände handelt, wird eine derartige Sachlage Bedenken erregen müssen. Ergibt sich 963 Juni 27 S. Leo bei Montefeltre, Juli 30 Pavia, Aug. 26 Montefeltre bei S. Leo, so müßte das doch auch abgesehen davon, daß nach anderen weitigen Nachrichten der Kaiser den ganzen Sommer S. Leo belagerte, die begründetsten Zweifel an der Echtheit von St. 329 erregen, wenn wir nothwendig aus dessen Datirung schließen müßten, der Kaiser sei am 30. Juli zu Pavia gewesen. Aber so manchen anderen Fällen gegenüber scheint mir wenigstens dieser Umstand nicht genügend, um die übrigens anscheinend unverdächtige Urkunde als Fälschung zu bezeichnen.

Nicht wesentlich anders liegen aber eine Reihe weiterer Fälle, an welchen man bisher zum Theil gar keinen Anstand genommen hat, zum Theil durch Annahme von Schreibfehlern nachzuhelfen suchte. So 956 Febr. 29 Lorsch, März 5 Frankfurt, 8 Lorsch, 10 Frankfurt; — 969 Juni 30 im Modenesischen, Juli 8 Pistoja, Juli 26 Pavia, Aug. 10 südlich von Siena; — 972 Juli 25 Pavia und Mailand, 30 Mailand, Aug. 1 Pavia, 18 Konstanz; — Otto II. 972 Aug. 14 S. Gallen, 17 Reichenau, 18

S. Gallen; — 982 Juli 27 Cassano, 31 Rossano, Aug. 18 Salerno; — 996 Juni 12 Foligno, 24 und 26 Pistoja, Juli 12 Arezzo, 17 Marlia bei Lucca; — 1024 Nov. 14 Neuss, Dec. 19 Korvei, Jan. 3 Paderborn, 10 Korvei; — 1027 Mai 25 Verona, 31 Brixen, Juni 1 auf dem Ritten bei Botzen; — 1065 März 31 Mainz, Apr. 1 Worms, 3 Mainz.

Sind nun alle hier besprochenen Verschiebungen des Itinerar überwiegend derartige, daß bei Beziehung des einen oder des anderen Ortes auf einen nur um wenige Tage abliegenden Zeitpunkt das Itinerar alles Auffallende verlieren würde, so liegt es doch auf der Hand, daß gerade für diese Verhältnisse der Einfluß von Fälschungen kaum in Anschlag zu bringen sein wird. Arbeitete der Fälscher selbstständig ohne echte Vorlage, so ist die wenn auch nur annähernd richtige Datirung nicht zu erklären. Hatte er eine echte Vorlage, so ist kein Grund abzusehen, weshalb er sich bei der Datirung von dieser entfernen sollte; ob der Text dann echt oder gefälscht, ist für unsere Zwecke ohne Bedeutung.

359. Endlich werden solche Verschiebungen wohl kenntlich durch die Unvereinbarkeit des urkundlichen Itinerar mit anderweitigen Nachrichten. Ist man auf derartige Fälle schon vielfach aufmerksam geworden, so möchte ich nicht zweifeln, daß sich die Zahl derselben noch wesentlich mehr erhöhen dürfte, sobald uns auch für die frühere Zeit das urkundliche Itinerar in so leicht übersichtlicher Verbindung mit den sonstigen bezüglichen Angaben vorliegt, wie das für das dreizehnte Jahrhundert in den Regesten Böhmers der Fall ist. Allerdings werden die in der Regel unbestimmteren Angaben der Schriftsteller die Verschiebung meistens nur erkennen lassen, wenn es sich um größere Zeitabstände handelt, bei denen Beziehung des Ortes auf die Handlung die nachstliegende Annahme sein wird; solche Fälle wurden bereits § 118 erwähnt. Zuweilen ist aber doch auch hier Beziehung des Ortes gerade auf die Handlung ganz unwahrscheinlich.

Ich beschränke mich auf ein Beispiel aus einem Theile des urkundlichen Itinerar, an dem weder Stumpf, noch Bresslau Anstoß genommen haben, während es mir bei Erwägung der Nachrichten der Geschichtsschreiber überaus bedenklich erscheint; wie denn auch Giesebrecht die mir anstößigen Datirungen in seiner Darstellung wenigstens nicht verwerthet hat. Im Jahre 1024 ergibt das urkundliche Itinerar Oct. 2 Lütich, Oct. 17 Nimwegen, Nov. 14 Neuss, Dec. 19. 21 Korvei, 1025 Jan. 3 Paderborn, Jan. 10 Korvei. Gegen die Zulässigkeit des Aufenthaltes zu Korvei im Dezember spricht nicht allein das rückläufige Itinerar selbst, sondern nach dem § 353 Bemerkten lassen ihn auch die Angaben der Geschichtsschreiber nicht zu. Dagegen erregt bei St. 1859 aus Neuss Nov. 14 das urkundliche Itinerar selbst keinen Anstoß; daß der König von Nimwegen über Neuss nach Westfalen ging, hat an und für sich, zumal bei der Länge des Zeitraumes, kaum etwas Auffallendes. Aber das Itinerar laßt sich zweifellos nicht in Uebereinstimmung bringen mit den vielfach durch andere Angaben unterstützten Nachrichten der Qued-

359] linburger Annalen. Danach hielt sich der König einige Zeit zu Nimwegen auf, besuchte dann die Abtei Vreden im Münsterlande, wo er mit den Töchtern K. Ottos II., den Aebtissinnen von Quedlinburg und Gandersheim, zusammentraf, hielt dann einige Zeit zu Dortmund Hof, ging von da nach Minden und weiter nach Paderborn, wo sich das urkundliche Itinerar wieder anschliesst. Ein Versehen bei der Erwähnung des hier besonders entscheidenden Besuches von Vreden ist gewiss nicht anzunehmen, da sich gerade an diesen ein für den Annalisten besonders beachtenswerthes Ereigniss knüpft. Wie reimt sich nun aber damit ein Aufenthalt am 14. Nov. zu Neuss? Die Annahme, der König sei vom Süden nach Nimwegen gekommen wieder bis Neuss zurück und dann wieder nach Nimwegen gegangen, um nun von da aus durch das Münsterland nach Dortmund zu gehen, wird doch ausser Frage bleiben müssen. Um so mehr, als der König wohl zweifellos schon auf dem Wege von Lüttich nach Nimwegen Neuss berührt hatte; denn der gerade Weg von Lüttich die Maas abwärts, wo nur noch Maastricht für längeren Aufenthalt geeignet war, war nicht üblich; wir finden durchweg, dass der König von Lüttich, auch wenn er zum Norden will, über Aachen an den Rhein zurückkehrt. Ich möchte daher kaum bezweifeln, dass der für die Datirung der Urkunde massgebende Aufenthalt zu Neuss zwischen Lüttich und Nimwegen in den October zu setzen ist. Bei der Länge des Zeitraumes würde hier allerdings Beziehung des Ortes auf die Handlung nahe liegen. Aber es handelt sich um eine Schenkung von Gütern für den Abt von Lorsch, der sich schwerlich zu Neuss, sondern wohl schon zum Krönungstage im September zu Mainz am Hofe eingefunden haben wird, wohin die Handlung gehören dürfte, wenn auch die geschenkten Güter selbst in den niedern Landen liegen. Und so würde auch hier eher anzunehmen sein, die Urkunde sei im Oktober zu Neuss geschrieben, aber erst im folgenden Monate vollzogen und datirt worden.

Nach allem Gefagten haben wir anzunehmen, dass gerade bei der älteren Datirungsform Ort und Tag sehr häufig nicht denselben Zeitpunkt bezeichnen. Wir dürfen nicht vergessen, dass die Zahl der nachweisbaren Verschiebungen verglichen mit den unanständigen Fällen keineswegs ausreicht, um uns das Verhältniss richtig zu vergegenwärtigen. Gerade die kleinen Störungen, um welche es sich hier überwiegend handelte, werden sich nur bei besonders günstiger Sachlage bemerkbar machen, während die grosse Mehrzahl der Urkunden sich in dieser Beziehung jeder Kontrolle entzieht, das Zutreffen des Itinerar im allgemeinen bei den meisten nicht ausschliessen würde, dass der Ort nicht dennoch um ein oder andern Tag zurückliegen könne. Je grösser die Zahl der Urkunden, um so leichter werden die Verschiebungen sich bemerklich machen. Sind nun solche trotz der steigenden Zahl der Urkunden im zwölften Jahrhunderte ungleich seltener, so werden wir dafür gewiss die inzwischen geänderte Art der Datirung in Rechnung

bringen und anzunehmen haben, dafs gerade die ältere Datirung zu solchen Verschiebungen besonders naheliegende Anlässe bot.

360. Wir haben bei unseren bisherigen Erörterungen zunächst die Fälle ins Auge gefafst, bei welchen die ganze Datirung oder einzelne Angaben derselben in der Reinschrift erweislich oder vermuthlich nachgetragen wurden. Denn sie sind die leichter zu beurtheilenden, da sie unmittelbar ein Vorgehen erkennen lassen, welches zu den mannichfachen Widersprüchen Anlaß geben konnte. Aber Nachtragung der Datirung in die Reinschrift ist keineswegs die Regel. Die Fälle dürften häufiger sein, bei welchen sich Eintragung der Datirung in die Reinschrift gleichzeitig mit dem Texte ergibt. Oft macht sich in den Originalen überhaupt nicht der geringste Unterschied der Hand, der Dinte, der Feder bemerkbar, keinerlei Unregelmäßigkeit, welche auf spätere Zusügungen schliessen liefse. Kann die Gleichzeitigkeit von Signum und Rekognition mit dem Texte wegen der Verschiedenheit der Schriftart oft zweifelhaft sein, so ist das bei der Datirung, wo jene entfällt, ungleich weniger der Fall. Besonders deutlich tritt die Gleichzeitigkeit der Datirung mit dem Texte oft hervor, wo wir für die anderen Theile des Schlufsprotokolles Voraufbereitung anzunehmen haben; vgl. § 261. Es wird sich da zunächst fragen, auf welchen Zeitpunkt wir nun solche Datirungen zu beziehen haben, da es doch kaum wahrscheinlich ist, dafs man in diesen Fällen immer einfach die Zeit der Fertigung der Reinschrift angab.

In manchen Fällen wird auch damit Beziehung auf die Uebergabe vereinbar bleiben. Der Tag der Uebergabe konnte vorher feststehen und danach die Urkunde vorausdatirt werden; es konnte bestimmt sein, dafs die Uebergabe an diesem oder jenem Kirchenfeste, an dieser oder jener feierlichen Versammlung vorgenommen werden sollte. So besprachen wir bereits § 108 Reg. Kär. 1169 vom Pfingsttage, St. 3095 vom Ostertage datirt. Dafs das der Tag der feierlichen Uebergabe war, möchte ich nicht bezweifeln; doch wäre es möglich, dafs hier die Datirung erst später zugesügt wurde. Einen zweifellosen Beleg scheint St. 1529, M. Boica 28,416, von 1010 zu geben, in dessen Original zu München sich denn auch abgesehen vom Vollziehungsstriche keinerlei spätere Nachtragung zeigt. Hier heifst es im Texte selbst, dafs der König dem Kloster Obermünster am Tage der feierlichen Weihe, nämlich am 17. April, durch diese Urkunde ein Gut übertragen habe; von demselben Tage ist denn auch die Urkunde datirt. Die Urkunde ist gewifs vorausgefertigt; stand aber schon beim Schreiben des Textes der Tag der Uebergabe fest, so fehlte natürlich jeder Grund, die Datirung nicht zugleich der Reinschrift zuzufügen. Bezeichnender noch scheint in dieser Richtung eine Urkunde des Erzbischofs von Mainz über Einweihung einer Kapelle, Stumpf Acta Mag. 32. Nach der Beglaubigungsformel folgen zunächst Zeugen aus der Gegend oder aus dem Gefolge des Erzbischofs; dann *acta sunt autem anno 1145; data Northuni 4. non. iulii*,

360] *qua die dedicatio hec celebrabitur, amen; presente Humbaldo Romane sedis cardinali presbitero et Johanne filio Petri Leonis.* Einmal scheint hier das *celebrabitur* ganz bestimmt auf Vorausdatirung zu deuten; weiter wird auch die Stellung der nach dem Amen genannten Personen daraus zu erklären sein, daß man ihre Anwesenheit nicht voraussetzte, sie daher erst nachträglich der Reinschrift oder doch dem Konzepte zuzugabte. Denn in solchen Fällen stand natürlich nichts im Wege, daß man die Datirung schon in das Konzept aufnahm.

Bei solchem Vorgehen konnte es sich nun freilich ergeben, daß die Voraussetzung nicht zutraf, die Urkunde etwa erst später übergeben wurde. Dann konnte man bei genauerem Vorgehen in der Reinschrift selbst ändern. Nachträgliche Aenderungen an den genaueren Angaben der Datirung, insbesondere der Tagesangabe, kommen allerdings vor, vgl. § 349, und ließen sich aus diesem Verhältnisse erklären; doch unter den mir bekannten Fällen keiner, der die Annahme einer Vorausdatirung nach der feierlichen Uebergabshandlung näher legen könnte. Ueberwiegend hat man auf Genauigkeit der Datirung wohl zu wenig Gewicht gelegt, um die einmal in die Reinschrift eingetragenen Angaben zu ändern, auch wenn die Uebergabe sich verzögerte. Dann würde in solchen Fällen die Datirung thatsächlich einem zwischen Reinschrift und Uebergabe liegenden Zeitpunkte entsprechen; und es würde das zu einer Verschiebung des Itinerars führen können, wenn der König in Folge unvorhergesehener Ereignisse am bezeichneten Tage überhaupt nicht an dem genannten Orte war. Hätten wir solche Vorausdatirung häufiger anzunehmen, so würde der Umstand zweifellos sehr beachtenswerth sein und manche Störung des Itinerar erklären können. Aber sie dürfte überhaupt nur in einzelnen, ein solches Vorgehen besonders nahe legenden Fällen angewandt sein.

Sehen wir von solchen Fällen ab, so ist gewiß nicht anzunehmen, daß man bei einer dem Texte sogleich zugeschriebenen Datirung die Uebergabe oder die Vollziehung der Urkunde auch nur im Auge hatte. Der Tag dieser war, zumal bei genauerem Vorgehen auch noch die Unterzeichnung des Königs einzugreifen hatte, zur Zeit der Fertigung der Reinschrift gewiß in den meisten Fällen so ungewiß, daß eine vermuthungsweise Vorausdatirung zu den gehäuftesten Ungenauigkeiten hätte führen müssen. Wird davon abzusehen sein, so kann nur ein Doppeltes in Erwägung kommen. Entweder bezog sich die Datirung auf einen der Reinschrift vorausgehenden Akt der Beurkundung. Oder aber es war für dieselbe einfach der Zeitpunkt der vollendeten Reinschrift selbst maßgebend.

361. Fassen wir den ersten Fall ins Auge, so wäre zunächst an eine Beziehung auf den Beurkundungsbefehl zu denken. Es wurde schon § 201 auf die Umstände hingewiesen, welche den Beurkundungsbefehl als einen besonders beachtenswerthen Zeitpunkt der Beurkundung erscheinen lassen, so daß es nicht befremden könnte, wenn andere

Angaben sich zunächst auf ihn beziehen würden. Dafs das bezüglich der Zeugen wirklich zuweilen anzunehmen ist, suchte ich § 241 zu erweisen. Es liegt daher nahe, zu erwägen, ob das nicht auch für die Datirung zutreffen dürfte.

Dafür scheinen zunächst die longobardischen Urkunden sichere Belege zu geben, in welchen, wie wir § 200 sahen, auf den Befehl überhaupt besonderes Gewicht gelegt wurde. Werden die Zeitangaben gewöhnlich entweder mit *actum* oder mit *datum* eingeleitet, so findet sich sehr häufig in herzoglichen, aber auch in königlichen Urkunden, so Troya Cod. Long. 4,384, *datum iussionis*, seltener, so Troya 4,96. 5,239, *datum ex iussione*, oder auch, so Troya 4,223. 239, *data iussione*, worauf in sonst üblicher Weise die Angaben von Zeit und Ort folgen. Will man da nicht etwa an einen Fertigstellungsbefehl auf Grundlage des Konzepts denken, oder, worauf der zweiterwähnte Ausdruck deuten konnte, an einen besondern Befehl zur Uebergabe, so wird wenigstens in diesen Fällen Beziehung auf den Beurkundungsbefehl anzunehmen sein, während wir es dahingestellt sein lassen, ob das nun auch da anzunehmen ist, wo es einfach *datum* heifst.

Einige zweifellose Fälle ergeben sich auch aus päpstlichen Privilegien. Von den dort durch längere Zeit üblichen doppelten Zeitangaben, vgl. § 311, ist die erste in der Regel eingeleitet mit *scriptum per manum* des bezüglichen Notar. In einzelnen Fällen aber, so Marini Pap. dipl. 13.14 von 819 und 849, bezieht sich diese frühere nicht auf das Schreiben selbst, sondern auf den Befehl zum Schreiben: *quod praeceptum confirmationis a nobis factum scribendum praecepimus S. scriniario sedis nostrae in mense septembrio, die quinta, ind. quartadecima.*

Solche Fälle können denn allerdings den Gedanken näher legen, dafs auch für die Datirung der Königsurkunden der Befehl maßgebend gewesen sein könne. Hat die Annahme, dafs sich nur ein Theil der Datirung auf denselben beziehe, Vertretung gefunden, so glaubte ich mich dagegen bereits § 336 erklären zu müssen. Ist Beziehung der gesamten Datirung auf den Befehl meines Wissens noch nicht behauptet worden, so möchte auch ich im allgemeinen in keiner Weise für sie eintreten. Ich wüßte überhaupt nur einen Fall geltend zu machen, bei dem Ort und Zeit ausdrücklich auf den Befehl bezogen sind. Im Eingange des Pactum für Venedig, Reg. Kar. 556, Romanin St. di Ven. 1,356, heifst es: *anno i. d. 840 Lotharius — imperator anno imperii eius 26., 8 kal. martii, Papiae civitatis palatio, hoc pactum — constituit ac describere iussit*; ein ähnlicher Eingang findet sich dann auch in dem Pactum K. Berengars von 888, Forsch. zur D. Gesch. 10,279, und K. Ottos von 967, St. 435, Stumpf Acta 12. Nun wurde schon § 187 darauf hingewiesen, dafs die ganz ungewöhnliche Fassung aus wörtlicher Wiederholung eines Aktes zu erklären ist. Der Fall würde etwa als bestimmter Beleg dienen können, dafs auch über den Beurkundungsbefehl wohl ein Akt aufgenommen wurde; aber schon wegen der durch-

361] aus abweichenden Form würde er für die Bedeutung der Datirung im allgemeinen nicht zu verwerthen sein. Und es kommt noch ein anderes hinzu. Das Pactum von 840 ist uns, ebenso wie das von 960 ohne Schlussprotokoll überliefert, und es wäre wenigstens denkbar, daß ihm ein solches und damit eine anderweitige Datirung in üblicher Form überhaupt gefehlt hätte. Aber das Pactum von 888 hat das Schlussprotokoll mit üblicher Datirung und schon § 93 wurde darauf hingewiesen, daß weder Ort noch Tag dem Befehle entsprechen, dieser vielmehr Tage früher erfolgte. Der Fall spricht also bestimmt gegen jene Annahme, wie das auch bei den andern § 93 angeführten Fällen zutrifft.

Gegen sie sprechen weiter insbesondere auch die § 94 ff. geltend gemachten Umstände. Wir wiesen nach, daß in einer sehr großen Zahl von Fällen die Handlung weder dem Tage, noch dem Orte, welcher der Urkunde genannt werden, entsprochen haben kann. Ueberwiegen sind das Fälle, bei welchen anzunehmen ist, daß die Handlung entweder überhaupt mit dem Befehl zusammenfiel oder dieser ihr wenigstens unmittelbar folgte. Dann aber schließt jenes Ergebniss zugleich die Annahme einer Datirung nach dem Befehl aus.

So weit es sich um die Regel handelt, ist von ihr zweifellos gar abzu sehen. Aber auch nur als Ausnahme wüßte ich sie nicht bestimmter zu begründen. Es ist mir kein Fall bekannt geworden, wo Datirung nach dem von der Handlung zu unterscheidenden Beurkundungsbefehl nothwendig anzunehmen wäre, wo zur Erklärung auffallender Umstände nicht andere Annahmen näher zu liegen schienen. Allerdings kann das nicht maßgebend sein, da die Möglichkeit, einen solchen Fall bestimmt zu erweisen, eine besonders günstige Sachlage voraussetzen würde; es ist möglich, daß besondere Umstände hie und da den Befehl für die Datirung maßgebend werden ließen. Aber nach allem, was sich über den Gang der Beurkundung ergab, ist nicht wahrscheinlich, daß das auch nur ausnahmsweise häufiger geschah. Es widerspricht dem nicht, daß wir § 241 für die Zeugen in manchen Fällen Beziehung auf den Befehl annahmen. Wir stützten diese Annahme auf den Umstand, daß die Zeugen nicht selten schon im ursprünglichen Konzepte aufgeführt gewesen sein müssen. Dagegen suchten wir § 214 ff. gerade für die Datirung nachzuweisen, daß diese dem ursprünglichen Konzepte regelmäßig fehlte. Lag aber bereits ein undatirtes Konzept vor, so ist es gewiß nicht wahrscheinlich, daß man für die nachträgliche Datirung noch an den Zeitpunkt des Befehls zurückgegriffen haben sollte. Mag aber zuweilen, vgl. § 212, 218, das ursprüngliche Konzept schon eine Datirung gehabt haben, so ist es gewiß am wahrscheinlichsten, daß dieselbe dann einem Akte über die Handlung entnommen war und sich demnach zunächst auf diese bezog. Ich denke, daß nur insofern, als Befehl und Handlung überaus häufig zusammenfielen, die Handlung selbst wohl lediglich im Befehle bestehen konnte, häufiger die Datirung der Zeit dem Befehle entsprochen haben wird; dann aber haben wir im allgemeinen

keine bestimmtere Veranlassung, das von der früher besprochenen Datirung nach der Handlung zu unterscheiden.

362. Folgte auf den Beurkundungsbefehl zunächst das Konzept, so werden wir von der Annahme, die Zeit seiner Fertigung habe für die Datirung maßgebend sein können, gewiß abzu sehen haben; vgl. § 219. Mag dem Konzept zuweilen sogleich eine Datirung zugefügt worden sein, so war dieselbe gewiß durch den Akt oder eine sonstige Vorlage bestimmt. Dagegen wird zweifellos die etwaige Beziehung auf den Fertigungsbefehl, vgl. § 221, zu erwägen sein; der Zeitpunkt der Genehmigung des vorgelegten Entwurfes und des Befehles, ihn auszufertigen, sei es durch den König selbst, sei es durch einen der höhern Kanzleibeamten, war gewiß ein so bedeutsamer, daß es nicht befremden könnte, wenn derselbe für die Datirung in solchen Fällen, wo sich dieselbe nicht auf die Vollziehung bezog, vorzugsweise maßgebend geworden wäre.

Für spätere Zeiten gewinnt eine solche Annahme eine gewichtige Stütze dadurch, daß sich nach dem § 239 Bemerkten die Zeugen wohl überwiegend auf den Fertigungsbefehl bezogen. Aber in der Zeit der älteren Datirung fehlen diese, während hier der Zeitpunkt des Fertigungsbefehles überhaupt noch nicht so überwiegende Bedeutung hatte, insofern wenigstens bei genauerem Vorgehen auch die Reinschrift nochmals dem Könige zur Unterzeichnung vorzulegen war, bei ungenauerem aber überhaupt der Gedanke nahe liegt, der Reinschreiber habe einfach Tag und Ort zugefügt, an denen er schrieb. In Fällen, wo die Datirung, weil sie schon mit dem Texte geschrieben wurde, sich nicht erst auf die Vollziehung beziehen konnte, während wir andererseits im allgemeinen Beziehung auf den Beurkundungsbefehl in Abrede stellten, bleibt uns wohl nur die Wahl zwischen der Annahme einer Beziehung auf den Fertigungsbefehl oder aber auf die Reinschrift, wobei zweifellos jene mehr einem genaueren, diese einem ungenaueren Vorgehen entsprechen wurde. War ich lange geneigt, die letztere als die wahrscheinlichere zu betrachten, so stehe ich nach wiederholter Erwägung der mir zum Theil erst später aufgefallenen Haltpunkte nicht an, die Annahme einer Beziehung auf den Fertigungsbefehl vorzuziehen. Denn wenn einerseits alle bezüglichen Erscheinungen durch dieselbe eben so wohl ihre Erklärung finden, als durch die Annahme einer Datirung nach der Reinschrift, würde andererseits diese letztere in vielen Fällen zur Erklärung nicht ausreichen.

Unmittelbare Haltpunkte zum Erweise meiner Annahme scheinen freilich ganz zu fehlen. Ich wüßte da kaum etwas geltend zu machen, als die § 336 besprochene Urkunde von 930, Reg. Kar. 1386, bei der mir die ganze Sachlage darauf hinzuweisen scheint, daß wir das in der Datirung vom Actum geschiedene Jussum auf den Fertigungsbefehl zu beziehen haben. Für die Annahme, daß dieser auch sonst für die Datirung maßgebend wurde, scheint mir vor allem die allgemeine Erwägung

362] zu sprechen, daß eine Datirung nach dem sehr zufälligen und bedeutungslosen Zeitpunkte der Vollendung der Reinschrift doch ein sehr ungenaues Vorgehen voraussetzen würde. Nun ergibt sich aber auch in solchen Fällen, in welchen die Datirung gleichzeitig mit dem Texte geschrieben ist, daß dabei keineswegs immer von jedem genaueren Vorgehen abgesehen wurde. Insbesondere decken sich diese Fälle nicht mit denen, bei welchen die gleichzeitige Zufügung des königlichen Vollziehungsstriches durch den Zeichner des Monogramm auf besonders ungenaues Vorgehen schließen läßt; der Vollziehungsstrich ist häufig sichtlich nachgetragen, wo ebenso sichtlich die Datirung gleichzeitig mit dem Texte geschrieben ist. Gehen wir davon aus, daß Datirung nach der Reinschrift ein ungenaues, aber allerdings den Gang der Beurkundung vereinfachendes Verfahren war, so ist nicht wohl abzusehen, weshalb man sie auch in Fällen angewandt haben sollte, wo die Urkunde doch noch einer weitem Behandlung durch Vorlage an den König unterzogen werden sollte und es demnach nahe gelegen hatte, dann auch die Datirung bis auf die Vollziehung zu verschieben, wie das in anderen Fällen erweislich geschah. Erklärlicher ist mir das, wenn auch die dem Texte gleichzeitige Datirung dennoch einem der bedeutsameren Zeitpunkte des Gesamtvorganges entsprechen konnte; und das konnte dann wohl nur der des Fertigungsbefehles sein.

363. Die Entscheidung der Frage nun, ob das, was die allgemeine Erwägung nahe legte, wirklich zutrifft, scheint mir durchaus abhängig zu sein von der Entscheidung der Vorfrage, ob wir Nachtragung der Datirung im Konzepte anzunehmen haben. Wir suchten § 214 ff. nachzuweisen, daß dem ursprünglichen Konzepte die Datirung fehlte. Trug nun der Reinschreiber einfach die zur Zeit der Fertigung der Reinschrift laufenden Angaben der Datirung ein, so bedurfte er dazu allerdings keiner Vorlage für die einzelne Urkunde. Sollten dieselben aber genauer dem Fertigungsbefehle entsprechen, so mußte ihm ein bezüglicher Vermerk über denselben vorliegen; es mochten oft gleichzeitig eine Menge Konzepte als zur Fertigung geeignet erklärt werden, es mochte dann mancher Tag vergehen, bis nun auch die Reinschrift gefertigt wurde. Würde sich erweisen lassen, daß die Konzepte überhaupt nachträglich datirt wurden, so würde ich auch gar nicht bezweifeln, daß dann nach dem Fertigungsbefehle datirt wurde.

Auch für die Beantwortung dieser Vorfrage sehen wir uns zunächst auf allgemeinere Erwägungen hingewiesen. Ich erinnere vor allem an das, was § 289 über die Nachtragung der Rekognition im Konzepte bemerkt wurde. Als ursprünglichsten und genauesten Gang der Beurkundung werden wir den anzunehmen haben, daß der Rekognoszent die Reinschrift nach geschehener Prüfung eigenhändig unterzeichnete und dann auch die Datirung selbst zufügte oder zufügen ließ; auf engsten Zusammenhang zwischen den Handlungen des Rekognoszirens und Datirens ist ja wohl in der Rekognitionsformel selbst mit *datavi* oder

notari hingewiesen; vgl. § 307. Ist nun unsere Vermuthung richtig, daß an die Stelle der eigenhandigen Rekognition in der Reinschrift zunächst eine solche des Konzeptes trat, so liegt gewiß nichts näher als die Annahme, daß der Rekognoscent, wie früher in der Reinschrift, so nun auch im Konzepte zugleich die Datirung nachtrug.

Allerdings scheint die eigenhandige Rekognition im Konzepte nicht üblich geblieben zu sein. Das schließt aber nicht aus, daß man für die Datirung, wenn man sie nicht überhaupt erst bei der Vollziehung zufügen wollte, an der üblich gewordenen Eintragung in das Konzept festhielt. Denn seit die Rekognition schlechtweg den fungirenden Kanzler kannte, war für diese eine Vorlage allerdings nicht nöthig; wohl aber auch wie vor für die Datirung, wenn diese der Zeit der Genehmigung des Konzeptes entsprechen sollte. Es ist gewiß anzunehmen, daß die genehmigten Konzepte von einem der höhern Kanzleibeamten mit einem Vermerk versehen wurden, welcher sie als genehmigt bezeichnete; dann lag es sehr nahe, bei dieser Gelegenheit zugleich das Datum zuzufügen.

Bestimmtere Belege werden wir natürlich nur in solchen Urkunden erwarten dürfen, bei welchen Widersprüche oder Unregelmäßigkeiten der Datirung durch diesen Umstand herbeigeführt sein konnten. Auf solche Haltpunkte hin suchten wir bereits § 212. 218 Fälle nachzuweisen, bei welchen die Datirung schon im Konzepte gestanden haben wird. Damit ist aber nicht zugleich erwiesen, daß sie im Konzepte gerade nachgetragen sein muß. Bezieht sich die Datirung auf die Handlung, wie darauf in den meisten jener Fälle schon die Ausdrücke deuten, so ist gewiß anzunehmen, daß dieselbe schon dem ursprünglichen Konzepte zugeschrieben war. In andern Fällen unregelmäßiger Datirung scheinen aber die Umstände zugleich bestimmter auf Nachtragung hinzuweisen.

364. Wurde die gesammte Datirung in derselben Form im Konzepte nachgetragen, wie sie in die Reinschrift übergehen sollte, so konnte das zu keinen Widersprüchen in der Datirungszeile selbst führen. Ergaben sich solche in der Reinschrift erweislich durch Nachtragung nur der genaueren Angaben, zeigen sich ganz entsprechende Widersprüche aber auch da, wo die Datirung der Reinschrift keinerlei Nachtragungen zeigt, so liegt der Gedanke nahe, auch diese auf entsprechende Veranlassung zurückzuführen, versuchsweise von der Annahme der Eintragung nur der Angaben von Tag und Ort in das Konzept auszugehen.

Um da einen festeren Ausgangspunkt zu gewinnen, möchte ich vor allem hinweisen auf den Fall St. 3777, Böhmer Acta 93. Nach dem Texte, in welchem der Kaiser dem Kloster Pforte eine bestrittene Besitzung bestätigt, folgt hier zuerst die mit: *huius rei et confirmationis testes assuerunt*, eingeleitete Zeugenreihe; darauf die kurze Datirung: *in Halle, iiii. nonas augusti*; dann ein sachlicher Zusatz, in welchem der

364] Kaifer sagt: *horumque testimonio* habe er der obenerwähnten Kirche gestattet, mit Reichsdienstmannen Reichsgut zu tauschen; endlich ein ganz regelmässiges Schlufsprotokoll feierlicher Diplome, Signum, Rekognition und eine vollständige, mit *datum in Halle iii. non. aug. anno d. i. 1157* beginnende Datirung. Die doppelte Angabe der Daten kann natürlich nur durch einen Mißgriff veranlaßt sein, und über die Art desselben scheint mir kaum ein Zweifel obwalten zu können. Das Konzept, wie es dem Reinschreiber vorlag, muß den Zusatz noch enthalten haben; denn wenn uns die Urkunde auch nicht im Original vorliegt, so scheinen nach § 216 die Falle der Nachtragung solcher Zusätze erst in die Reinschrift so vereinzelt zu sein, daß wir von ihnen im allgemeinen werden absehen dürfen. Weiter aber müssen Zeugen und erste Datirung schon vor dem Zusatze im Konzepte gestanden haben, da der Zusatz auf die Zeugen hinweist und er andernfalls gewiß dem Texte unmittelbar angehängt wäre. Andererseits aber spricht auch nichts dafür, daß hier Zeugenreihe und erste Datirung ausnahmsweise schon im ursprünglichen Konzepte standen. Denn dann hätten wir die Datirung gewiß auf die Handlung zu beziehen, während doch ihre Angaben am Schlusse wiederholt werden und zwar mit *datum* eingeleitet, während gerade in dieser Zeit Datirungen nach der Handlung am regelmässigsten mit *actum* gegeben werden. Alle Umstände scheinen mir dafür zu sprechen, daß dem genehmigten Konzepte des Textes hier zuerst Zeugen und kurze Datirung zugeschrieben wurden, sich darauf erst Veranlassung ergab, auch noch den zum Haupttexte in keiner nähern Beziehung stehenden Zusatz nachzutragen, während dann der Reinschreiber aus Versehen auch die kurze Datirung, welche ihm nur als Halt für die ausgeführte am Schlusse dienen sollte, da abschrieb, wo sie ihm im Konzepte vorlag, ohne dem Versehen so viel Gewicht beizulegen, um deshalb, obwohl er bei der Schlusdatirung darauf aufmerksam werden mußte, das ganze Stück neu zu schreiben oder die überflüssige Angabe zu tilgen.

Denn daran wird nicht zu zweifeln sein und es scheint mir das den Fall so beachtenswerth zu machen, daß jene erste Datirung nicht dazu bestimmt sein konnte, in derselben Fassung in der Reinschrift abgeschrieben zu werden. Es ließe sich daran denken, man habe anfangs nur die Absicht gehabt, ein einfaches Privileg ohne Signum und Rekognition und mit kurzer Datirung zu fertigen. Aber einmal deutet auch schon im Eingange die Invokation auf ein feierliches Privileg; wie denn auch St. 3778, Böhmer Acta 94, demselben Kloster an demselben Tage über einen entsprechenden Gegenstand ausgestellt, wo aber kein Zusatz Anlaß zu Mißgriffen bot, die regelmässige Form feierlicher Privilegien hat. Vor allem aber entspricht jene erste kurze Angabe überhaupt keiner der in dieser Zeit üblichen Formen der Datirung; selbst bei der kürzesten wäre mindestens der Ausdruck *Datum* vorauszusetzen gewesen. Alle Umstände weisen darauf hin, daß hier ein Vermerk über die

Datirung aus dem Konzepte durch Versehen in die Reinschrift übergegangen ist.

Allerdings gehört der Fall nicht mehr der Zeit der älteren Datirung an; und gerade in der ersten Hälfte des zwölften Jahrhunderts hat sich so vieles im Urkundenwesen umgestaltet, daß da Rückschlüsse die größte Voricht erfordern müssen. Aber es ist der älteste mir bekannte Fall, welcher die Form solcher Vermerke im Konzepte mit größerer Sicherheit erkennen läßt. Und so mag er doch um so mehr als vorläufiger Anhalt dienen, als er ganz der Vorstellung entspricht, auf welche uns auch für ältere Zeit allgemeinere Erwägungen führen müssen.

Scheint nämlich die Zufügung der Datirungszeile in die Reinschrift anfangs vielfach durch den Rekognoszenten geschehen zu seyn, so war das eine Muhe, die sich mit der Zeit die höheren Kanzleibeamten zu ersparen wünschen mochten. Geschah nun die Zufügung im Konzepte, so war nicht blos auf die Schrift keine größere Sorgfalt zu verwenden, sondern es konnte sich auch die Datirung auf die nothwendigsten Angaben beschränken. Die Fassung der Formel stand fest, auch wohl durchweg die Angabe der Jahreszahlen, insofern da ein Wechsel zwischen Fertigungsbehl und Reinschrift kaum vorauszusehen war; für alles das bedurfte es keiner Vorlage; es genügte ein Vermerk von Ort und Tag, wie wir ihn in der besprochenen Urkunde fanden. Die Annahme, daß bei Datirung nach dem Fertigungsbehl höchstens Ort und Tag in das Konzept eingetragen wurden, stimmt genau mit dem häufig bei Datirung nach der Vollziehung eingehaltenen Vorgehen, die Datirungszeile im allgemeinen sogleich mit dem Texte einschreiben zu lassen, nur Tag und Ort später in sie einzutragen. Und manche der weiterhin zu besprechenden Fälle unterstützen diese Annahme wirklich in so weit, als sie auf gemeinsame Eintragung gerade nur von Tag und Ort deuten.

365. Aber es wird weiter auch die Annahme der Eintragung nur der Tagesangabe in das Konzept zu erwägen seyn. Wir sahen, daß die Fälle, wo bei Datirung nach der Vollziehung in der der Reinschrift sogleich zugeschriebenen Datirungszeile zunächst nur für den Tag freier Raum gelassen wurde, viel häufiger sind, als die, bei denen das für Tag und Ort geschah. Den Grund suchten wir darin, daß man überwiegend voraussetzen durfte, an demselben Orte, an dem die Reinschrift gefertigt wurde, werde auch noch die Vollziehung erfolgen. Ganz ebenso durfte man aber in der Regel dann auch voraussetzen, daß die Reinschrift noch an demselben Orte gefertigt werden dürfte, an welchem der Fertigungsbehl ertheilt war. Dann konnte es genügen, im Konzepte lediglich den Tag dieses zu vermerken.

Werden diese Erwägungen als begründet anerkannt, so lassen sie sich für die uns beschäftigende Untersuchung in der Weise verwerthen, daß wir die Frage aufwerfen, ob sich nicht Haltpunkte auffinden lassen, welche darauf deuten, daß der Reinschreiber für die Datirung eine Vorlage benutzte, welche nur die Angabe des Tages oder auch nur die des

365] Tages und des Ortes enthielt. Und einzelne Fälle unregelmäßiger Datirung scheinen mir darauf allerdings hinzudeuten.

Einmal beschränkt sich in einer der Schenkungsurkunden K. Heinrichs II. für Bamberg, St. 1518, M. Boica 28,395, von der bereits § 181 bemerkt wurde, daß sie zu 1010 Juni 1 gehören müsse, die gesammte Datirung auf die Worte *data kl. iunii*. Der Fall ist so vereinzelt, daß an irgendwelchem Mißgriff nicht zu zweifeln ist. Im Originale zu München sind die erste, in der Promulgation abbrechende Zeile, dann aber auch noch in der zweiten Zeile die Schlussworte der Promulgation, endlich die Signumzeile mit derselben blässeren Dinte geschrieben; während der nach jener Gestaltung zweifellos erst nachher eingetragene Text dunklere Dinte zeigt. Rekognition und Datirung schienen mir jedenfalls nicht vom Schreiber des Textes herzurühren, während es möglich wäre, daß sie gleichzeitig mit Eingang und Signum vorausgeschrieben seien. Auch wenn letzteres zutrifft, wird das nicht gerade erweisen müssen, daß man bei Vorfertigung des Protokolles noch nicht die bestimmte einzelne Urkunde im Auge hatte; gerade die Angabe des Tages wäre dann unerklärlich. Der Schreiber des Protokoll mochte den Tag sogleich zufügen und erwarten, daß der Schreiber des Textes die Datirungszeile ergänzte, worauf dieser dann vergaß. Möglich auch, daß Rekognition und Datirung erst auf einer dritten Stufe nach dem Texte eingetragen wurden. Wie sich das nun aber auch verhalten möge, so scheint mir jedenfalls die ganz ungewöhnliche Angabe lediglich des Tages am leichtesten daraus zu erklären, daß der Schreiber des Datum eine Vorlage hatte, in der nichts weiteres angegeben war. Er mag dann aus bloßer Nachlässigkeit die Ergänzung unterlassen haben, oder weil er das für die Aufgabe eines Anderen hielt, oder weil er die Ergänzung der verschiedenen Jahresangaben ohne Vorlage nicht sicher zu machen wußte und ihm eine solche augenblicklich nicht zur Hand war. Dabei möchte dann auch zu beachten sein, daß die Rekognition *Guntherius cancellarius vice Willigisi notavit* gleichfalls eine ungewöhnliche Kurzung zeigt, da das übliche *archicapellani* fehlt. Ohne darauf gerade größeres Gewicht für die Entscheidung der Frage legen zu wollen, ob auch die Rekognition sich im Konzepte fand, vgl. § 289, könnte doch auch das auf eine Vorlage deuten, in der die genaueren Angaben des Protokolles nur oberflächlich angegeben waren.

Die entsprechende Sachlage finden wir auch in einer kaiserlichen Urkunde K. Heinrichs V., St. 3222, Bodmann Rheing. Alterth. 114; das übrige Protokoll ist durchaus vollständig, während die Datirung sich auf *data vii. kal. iunii* beschränkt. Ist die Urkunde auch nur aus Abschrift bekannt, so ist bei der sonstigen Genauigkeit und Vollständigkeit derselben kaum anzunehmen, daß der Abschreiber die übrige Datirung willkürlich fortließ.

366. Ich würde auf diese ganz vereinzeltten Fälle weniger Gewicht legen, wenn nicht die Beachtung eines anderen Umstandes zu entspre-

ehenden Ergebnissen führen würde, nämlich der durch Nachtragung der Tagesangabe veranlaßten Unregelmäßigkeiten der Formel. Die ältere Datirungsformel beginnt so regelmässig mit der durch *Data* eingeleiteten Tagesangabe, daß wir zweifellos davon ausgehen dürfen, daß davon abweichende Gestaltungen keine absichtliche, sondern durch irgendwelchen Mißgriff herbeigeführt waren.

Diese Anordnung war insofern eine unbequeme, als die Formel nun gerade mit dem Bestandtheile begann, der am längsten ungewiß war, erst zuletzt zugeschrieben werden sollte. Wollte man vorläufige Lücken vermeiden, so konnte der Schreiber des Textes lediglich noch das Wort *data* schreiben, welches nach Hand und Dinte zuweilen dem Texte entspricht, obwohl die übrige Zeile abweicht, so etwa in St. 1772. 73. 2066. 2591 zu München; dann mußte er abbrechen. Schrieb er aber weiter, so hatte er eine Lücke für die Tagesangabe zu lassen.

Es wurde nun bereits § 347 darauf hingewiesen, daß, wenn das Original eine unausgefüllte Tageslücke hat, sich in einer diese nicht beachtenden Abschrift eine an und für sich ganz verständliche, mit *data indictione* oder häufiger, da das Inkarnationsjahr in der Regel vorsteht, mit *data anno* beginnende Datirungszeile ergibt. Solche mit *data anno* ohne Lücke beginnende Datirungen finden sich nun aber auch in Originalen, so etwa in St. 1638. 1706. 2008. 2813; und selbst aus den Abdrucken können wir nicht selten auf solche Gestaltung des Original zurückschließen, da in diesen Fällen keineswegs immer die Tagesangabe überhaupt fehlt, sondern sich, worauf wir zurückkommen, an ungewöhnlicher Stelle findet. Daß das nicht beabsichtigt war, läßt die sich daraus ergebende Gestaltung der Formel oft aufs bestimmteste erkennen. Heißt es etwa St. 369, Böhmer Acta 9: *data anno 965* mit den übrigen Jahren; *actum Coloniae palatio, in dei nomine feliciter, amen*; *data 4. non. iunii*, so kann die Anhängung an den Schlußwunsch doch nur durch einen Mißgriff veranlaßt sein. Die Erklärung liegt auf der Hand; die Schreiber übersahen es zuweilen, daß sie nach *data* Raum für die Tagesangabe zu belassen hatten.

Auf einen ganz entsprechenden Mißgriff ist es zurückzuführen, wenn abweichende Datirungsformeln schlechtweg mit *anno* oder vereinzelt mit *indictione* beginnen. Wenn ich von vornherein vermuthete, daß das seinen Grund darin habe, daß man zuweilen eine Lücke nicht bloß für die Tagesangabe, sondern auch für das *data* beliefs, so fand ich das an Originalen bestätigt. So sind im Originale von St. 258 zu Münster die Worte *data iiii. kl. iul.* nachträglich mit größeren Buchstaben und unsichererem Zuge geschrieben; ebenso schien mir in St. 134. 682. 826. 1364. 1533. 2006. 2197. 2577 die Datirungszeile vor der Nachtragung erst mit *anno* begonnen zu haben. Unterblieb nun die Ausfüllung einer solchen Anfangslücke, so mußte dieselbe bei Abschrift oder Abdruck noch leichter übersehen werden, als die bloße Tageslücke. Das trifft B. St. 1577, bei dem der Abdruck Or. Guelf. 4,435 mit *indictione* be-

366] ginnt, während nach dem § 347 Bemerkten zweifellos hier, wie bei St. 1575. 76. 78, welche mit *data indictione* beginnen, die beabsichtigte Zufügung der Tagesangabe unterblieb.

Aber auch in Originalen konnte in diesem Falle die Nachtragung leichter übersehen werden. Ich zweifle nicht, daß wenigstens in dieser früheren Zeit bei jeder mit Anno oder Indictione beginnenden Datirung die Zufügung der Tagesangabe beabsichtigt war. Denn wollte man etwa den Tag ausnahmsweise nicht angeben, so entfiel jeder Grund, nicht wenigstens das *data* dem *anno* vorzusetzen. Nur ist dabei nicht immer anzunehmen, daß die nachträgliche Füllung des freigelassenen Raumes unterblieb. Denn auch hier griff sichtlich zuweilen die Unaufmerksamkeit der Schreiber ein, welche es unterließen, vor *anno* genügenden Raum zu lassen, dieses hart links an den Rand setzten. So etwa in St. 31. 1160. 1654 zu München. Daß es sich dabei nicht um absichtliche Abweichung, sondern um Versehen handelt, ergibt sich denn auch hier wohl dadurch, daß nun durch Nachholung der Tagesangabe die Formel eine ganz ungewöhnliche Gestaltung erhalten hat. So beginnt in St. 1737 die Zeile links am Rande mit *anno* und endet *actum xviii. id. ianuarii*, dem sich dann erst in der folgenden Zeile *Mulinhuson feliciter amen* anschließt; die Nachholung nach Actum, für welche der Raum nicht berechnet war, verschob auch die Ortsangabe von ihrer gewöhnlichen Stelle. Auch die ganz ungewöhnliche Datirung in St. 1872 zu Münster: *anno d. i. 1024, ind. 7, 6 id. febr. data est in Merseburg, anno autem d. K. secundi regnantis 1; actum;* — ist zweifellos auf entsprechenden Grund zurückzuführen; *anno* steht im Originale hart am Rande und der Schreiber machte dann wohl das zweite Versehen, daß er beim Nachholen des Tages auch den Ort vorwegnahm. Auch wenn nur der Druck vorliegt, wird die Gestaltung der Formel oft keinen Zweifel lassen; so etwa St. 2941, Lacomblet U. B. 4, 765: *anno 1098 —; actum est Mogontie, feliciter; data 6. id. mai in Christo.*

367. Diese Verhältnisse werden zunächst zu beachten sein zur Erklärung des Fehlen der Tagesangabe. Im zehnten Jahrhunderte fehlt dieselbe sehr selten; etwas häufiger im elften. Das ist gewiß nur in den seltensten Fällen darauf zurückzuführen, daß man sie überhaupt nicht zuzufügen beabsichtigte. Wenn wir aber verhältnißmäßig häufig finden, daß die zwischen *data* und *anno* belassene, leicht bemerkliche Lücke aus Nachlässigkeit nicht gefüllt wurde, so mußte natürlich die Nachtragung noch ungleich leichter übersehen werden, wenn eine Lücke überhaupt fehlte, eine geschlossene, mit *data anno* oder mit *anno* beginnende Zeile vorlag. Und selbst wenn man das Fehlen bemerkte, mag man zuweilen die Nachtragung unterlassen haben, weil sich kein anderer geeigneter Platz für die Tagesangabe fand und man auf diese Dinge anscheinend keinen größern Werth legte. Dieser vermuthete Zusammenhang bestätigt sich durch Originale, wie St. 1160. 1706. 2172. 2813, bei welchen auf das Belassen der Lücke vergessen wurde und nun auch die

Tagesangabe überhaupt fehlt. Aber auch die bloßen Abdrücke geben Belege; läßt sich bei den mit *data anno* beginnenden Datirungen allerdings nicht entscheiden, ob die Lücke im Original oder nur beim Abdruck übersehen wurde, so sind wir überall auf unsern Fall hingewiesen, wo, wie etwa St. 362. 1729. 1792, Fehlen der Tagesangabe und eine mit *anno* beginnende Datirung zusammentreffen.

In solchen Fällen liegt natürlich die Annahme am nächsten, daß die Tagesangabe bei der Vollziehung nachgetragen werden sollte. Doch sind wir zu dieser Annahme auch nicht gerade genöthigt. Stand, wie wir vermutheten, im Konzepte zuweilen nichts, als die beim Fertigungsbefehle nachgetragene Tagesangabe, so konnte der Schreiber der Urkunde leicht darauf vergessen, daß er diese in die Datirung einzufügen habe. Ob im Einzelfalle das eine oder das andere zutrifft, läßt sich natürlich nicht erweisen.

368. Wichtiger scheint mir für unsere Zwecke, daß jene Verhältnisse sichtlich sehr häufig zu einer Verschiebung der Tagesangabe führten. Daß es da, wo der Tag sich nicht zu Anfang der Datirung, sondern erst später findet, sich nicht um eine überhaupt abweichende, seltener gebrauchte Form, sondern um vereinzelte Mißgriffe handelt, ergibt sich aufs bestimmteste daraus, daß sich dann nicht eine feststehende anderweitige Stellung der Tagesangabe ergibt, sondern sich diese bald hier, bald dort findet, während überdies, wie schon § 366 bemerkt, auch wohl noch anderweitige Unregelmäßigkeiten der Formel dadurch veranlaßt sind.

So findet sich in solchen Fällen die Tagesangabe ganz zuletzt hinter dem Schlufswunsche in St. 369. 2008. 2941. 3324; hinter dem Orte ohne Schlufswunsch in St. 2664; hinter dem Orte vor dem Schlufswunsch in St. 255. 350. 1885. 2904; zwischen Actum und Ort in St. 1737. 64. 76. 1874. In allen diesen Fällen erscheint also außer dem Orte auch der Tag unter Actum und der Nachweis, daß das auf bloßem Versehen beruhen muß, ist demnach auch in so weit von Wichtigkeit, als damit jeder Grund für die Annahme entfällt, man habe die Stellung etwa absichtlich gewählt, um Beziehung des Tages auf die Handlung anzudeuten. Von den § 100 besprochenen Fällen, bei welchen ausnahmsweise die gesammte Datirung unter Actum gegeben, dieses an die Stelle von Datum getreten ist, sind diese durchaus verschieden.

Wir finden weiter die Tagesangabe hinter den Jahresangaben vor Actum, zuweilen mit *data* eingeleitet, so St. 660. 1654. 2954. 55. 3021, zuweilen unmittelbar an die Jahre angehängt, so St. 1638. 1717. 1793. 1865. 67. 2925. Endlich aber nicht selten zwischen den Jahresangaben. Wenn in St. 253 auf Inkarnationsjahr und Königsjahr zuerst der Tag, dann die Indiktion folgt, so ist damit auch die übliche Folge der Jahresangaben gestört. Dagegen muß es nun auffallen, daß bei allen andern mir bekannten Belegen nicht allein keine sonstige Störungen eingreifen, sondern auch immer die verschobene Tagesangabe eine und dieselbe

368] Stellung einnimmt, nämlich nach Inkarnationsjahr und Indiktion aber vor den Regierungsjahren. So in St. 31. 2057. 2777. 82. 281. 17. 18, während in St. 1872 Tag und Ort dieselbe Stellung einnehmen.

Da alle diese Fälle solche sind, bei welchen wir nach dem § 368 Bemerkten anzunehmen hätten, daß der Schreiber darauf vergaß, an der üblichen Stelle eine Lücke für die Tagesangabe zu lassen, so glaubte ich zunächst auf Grundlage der Drucke annehmen zu sollen, daß alle diese Verschiebungen sich bei Nachtragung in die Reinschrift ergeben haben dürften. War auf die Lücke nicht Bedacht genommen, so wird man den Tag da eingetragen haben, wo sich eben noch Raum fand. Manche der erwähnten Stellungen, so insbesondere am Ende der gesammten Datirung, aber auch zwischen den Angaben des oft zur Füllung der Zeile mit größeren Zwischenräumen geschriebenen Actum oder zwischen den Jahresangaben und dem Actum, sind ja solche, daß nicht unwahrscheinlich ist, es habe sich da in der Datirungszeile genügender Raum ergeben, auch ohne daß darauf Bedacht genommen war.

Diese Vermuthung fand ich denn auch mehrfach ausdrücklich bestätigt. So sind in St. 253 zu Münster Tag und die gleichfalls verschobene Indiktion sichtlich vor dem Actum später zugesügt. In St. 350 sind nach Sickel Progr. 32 der Ort und der auf denselben folgende Tag von anderer Hand. In St. 1638 scheint der vor Actum stehende Tag, dann aber auch das ganze Actum nachgetragen zu sein. Ebenso vielleicht in St. 1793 die zweite, eine Zeile schließende Tagesangabe, auf welche das Actum in der folgenden Zeile folgt; wohl auch in St. 2008 die dem Schlusswunsch angehängte Tagesangabe.

369. Ueberwiegend aber liefs sich an jener Annahme den Originalen gegenüber nicht festhalten; es ergab sich, daß auch Verschiebung der Tagesangabe bei gleichzeitiger Eintragung in die Reinschrift in verschiedenster Gestalt vorkommt. So war in St. 1654. 1717 bei der vor Actum. in St. 1737 bei der zwischen Actum und Ort stehenden Tagesangabe an Nachtragung zweifellos nicht zu denken. Insbesondere aber hatte mir schon vor Einsicht von Originalen die Stellung hinter der Indiktion zwischen den Jahresangaben Bedenken erregt; es war doch schwer glaublich, daß sich gerade an dieser Stelle freier Raum gefunden haben sollte, wenn auf denselben nicht Bedacht genommen war. Von allen oben angeführten Belegen konnte ich dann später die Originale einsehen. Lediglich in St. 2818, M. Boica 29.20, findet sich die Tagesangabe in der Weise nachgetragen, daß in der *anno* beginnenden Datirung nach Inkarnationsjahr und Indiktion von Schreiber noch *data* geschrieben, dann aber vor den Regierungsjahren eine Lücke gelassen und später mit *xiiii. kl. nov.* ausgefüllt ist; auch die Ortsangabe ist nachgetragen. Das aber ist zweifellos ein Ausnahmefall; es ist nicht auf die Lücke überhaupt, sondern nur an der üblichen Stelle vergessen und der Schreiber scheint das früh genug beachtet zu haben, um anderweitige Vorforge zu treffen. In allen anderen Fällen ist sich

lich die zwischen den Jahren stehende Tagesangabe in einem Zuge mit der ganzen Datirung geschrieben.

Es ergibt sich damit die Frage, wie sich solche Verschiebungen bei gleichzeitiger Eintragung der ganzen Datirung erklären lassen. Mit der Annahme, es sei in solchen Fällen einfach die laufende Datirung vom Reinschreiber ohne Vorlage zugeschrieben, scheinen sie mir schwer vereinbar zu sein. Denn ich denke, daß das allerdings die mannichfachsten Verschiebungen an und für sich am leichtesten erklären würde, nicht aber eine Reihe von Verschiebungen, die gerade immer die Tagesangabe treffen.

Ungleich wahrscheinlicher ist doch, daß dazu eine Vorlage, also das Konzept, nähere Veranlassung bot. Da könnte es am nächsten liegen anzunehmen, es sei auch in dieses die gesammte Datirung ganz so, wie in der Reinschrift, nur mit einer Lücke für den nachzutragenden Tag, eingeschrieben gewesen, es hätten sich demnach wegen Nichtlassens der Lücke dieselben Verschiebungen ergeben. Mag aber, worauf wir zurückkommen, zuweilen die Datirung ihrem gesammten Inhalte nach im Konzepte eingetragen gewesen sein, so ist das doch schwerlich auch für die ganze Formel anzunehmen. Und wäre es wirklich der Fall gewesen, so würde man bei Nachtragung des Tages im Konzepte auch beim Nichtvorhandensein der Lücke leicht die Mittel gefunden haben, den Tag dennoch an üblicher Stelle zu vermerken.

Zunächst dürfte da an das zu denken sein, worauf schon früher erwähnte Haltpunkte zu deuten schienen, daß im Konzepte zuweilen lediglich der Tag vermerkt war und die Vervollständigung der Formel dem Reinschreiber überlassen blieb. Wenn nun dieser erweislich da, wo der Tag in der Reinschrift nachgetragen werden sollte, wohl auf Befüllung der Lücke vergaß, so mochte er doch auch leicht darauf vergessen, den Tag, wo nur dieser schon im Konzepte angegeben war, an der üblichen Stelle einzutragen. Er mochte ihn dann ganz übersehen, und das § 367 besprochene Fehlen der Tagesangabe mag theilweise darauf zurückgehen. Oder er mochte sein Uebersehen gewahren, als er die Zeile bereits gefertigt hatte, und nun den Tag erst hinter der Appretation eintragen.

Würden diese Fälle auf Angabe nur des Tages im Konzepte deuten, so würden andere die Annahme näher legen, es seien nur Tag und Ort im Konzepte angegeben gewesen und der Schreiber sei auf das Uebersehen des Tages aufmerksam geworden, als er nun das Actum mit dem Ort einschreiben sollte. Dem würden insbesondere alle Verschiebungen entsprechen, welche den Tag unter dem Actum in unmittelbarer Verbindung mit dem Orte bringen, während die Nachholung des Tages zwischen den Jahresangaben und dem Actum der einen, wie der andern Annahme entsprechen könnte. Insbesondere wird dann eine so sonderbare Gestaltung, wie die in St. 1872, vgl. § 366, wo Tag und Ort zwischen den Jahreszahlen stehen, doch kaum eine andere Er-

369] klärung zulassen, als durch eine Vorlage, in der sich nur diese Angaben fanden.

Endlich könnte die Nennung nur von Tag und Ort auch zu einer andern Verschiebung geführt haben. Wir besprachen § 100 die ungewöhnliche Datirung in St. 1406. 7. 11 von 1005, in welchen die ganze Datirung mit Actum eingeleitet ist, auf dieses zunächst Ort und Tag, dann erst die Jahresangaben folgen, während der Versuch, das aus ausnahmsweiser Beziehung auf die Handlung zu erklären, auf Schwierigkeiten stiefs; ebenso in St. 3031 von 1108. Nehmen wir nun etwa an, es sei im Konzepte nichts vermerkt gewesen, als *actum Trutmannie nonas iulii*, so lag gewiss der Mißgriff nahe, daß ein weniger geübter Reinschreiber zunächst nur das abschrieb, statt es in die gewohnte Formel einzupassen, dann erst die Jahre zufügte. Nun kommt aber noch ein anderes hinzu. In St. 1406 beginnt die Datirung *actum est Trotmannie, recitatum publice pridie non. iulii*; wie schon § 250 erwähnt, findet sich diese ungewöhnliche Erwähnung der Verlesung ausserdem nur noch in St. 1410 aus demselben Jahre, wo die Datirungszeile gleichfalls mit Actum und dem Orte beginnt, den Tag aber zwischen den Jahresangaben folgen läßt. Zeigt sich in beiden Fällen die Datirung ungeschickt ausgeführt, so scheint mir der Gedanke nahe zu liegen, das ungewöhnliche *recitatum* sei eine überhaupt nicht zur Aufnahme in die Datirung bestimmte Bemerkung des Konzepte gewesen. Wäre das aber richtig, so würde es auch insofern von Bedeutung sein, als dann die Folgerung nicht abzusehen wäre, daß die Verlesung hier auf Grundlage des Konzepts geschehen sei und sich demnach auch die Datirung auf den Fertigungsbefehl beziehen müsse.

370. Ich bin bisher von der Annahme ausgegangen, daß nur der Tag oder nur Ort und Tag im Konzepte vermerkt waren, die Zufügung der Jahresangaben aber dem Reinschreiber überlassen blieb; und so weit die dürftigen Haltpunkte da ein Urtheil gestatten, möchte ich allerdings glauben, daß das häufig der Fall war. Aber wir dürfen schwerlich voraussetzen, daß die Behandlung der Datirung im Konzepte immer eine gleichmässige gewesen sei, daß das, was sich für manche Fälle bestimmter zu ergeben scheint, nun auch für alle zugetroffen sei. Schien bald nur der Tag, bald auch der Ort vermerkt zu sein, so scheinen wieder andere Fälle bestimmter auf Angabe von Jahreszahlen im Konzepte hinzuweisen. Deshalb mußte nicht gerade die Formel vollständig ausgeführt sein; wie es etwa im Regest K. Karls IV. von 1360 regelmässig nur heisst *anno lx.*, so mochten da auch in älterer Zeit kurze Andeutungen genügen.

Nehmen wir an, es seien nach ertheiltem Fertigungsbefehle alle Angaben der Datirung dem Konzepte zugefügt, so wird sich das im allgemeinen nicht bemerklich machen können, da dann jede Veranlassung zu Unregelmässigkeiten fehlte. Nur ganz ausnahmsweise Sachlage könnte solche Fälle erkennbar machen. Und da würde insbesondere hinzuwei-

ten seien auf die § 267 besprochenen Urkunden K. Heinrichs IV. aus den Jahren 1101 bis 1105, St. 2950. 57. 58. 63. 73. 74. Wird anerkannt, daß sie erst nach dem Tode des Kaisers 1106 Aug. 7 gefertigt sein können, laß uns weiter nicht bloße Neuausfertigungen vorliegen, daß endlich die Datirung auch nicht auf die Handlung zu beziehen ist, so wird die Genauigkeit der Datirung hier kaum eine andere Annahme zulassen, als daß alle Angaben derselben im Konzepte nachgetragen waren, was dann auch für die Rekognition, vgl. § 289, anzunehmen sein würde. Das mag denn leicht auch in anderen Fällen zugetroffen sein, wo uns die Haltpunkte für ein Urtheil abgehen.

Solche ergeben sich nur da, wo Unregelmäßigkeiten darauf hindeuten, daß nicht alle Angaben gleichmäßig eingetragen seien. In dieser Richtung möchte in nun vor allem auf die § 368 angegebenen Fälle hinweisen, in welchen die Tagesangabe zwischen den Jahren, und zwar immer nach Inkarnationsjahr und Indiktion, aber vor den Regierungsjahren steht. Aus einer nur die Tagesangabe enthaltenden Vorlage oder aus Nachtragung nur der Tagesangabe zu den Jahren ist das unbedingt nicht zu erklären. Es scheint mir bestimmt auf ein Vorgehen hinzuweisen, bei dem nur die Regierungsjahre gleichzeitig mit dem Tage eingetragen wurden und die Angaben in dieser Verbindung in die Reinschrift übergingen. Ein solches Vorgehen würde ja nicht befremden können. Setzte man auch voraus, daß der Reinschreiber für Inkarnationsjahr und Indiktion keiner Vorlage bedürfe, so mochte man es keineswegs für ebenso überflüssig halten, ihm die Regierungsjahre anzugeben, bei denen ein Mißgriff viel näher lag. War das der nächstliegende Fall theilweiser Eintragung der Jahresangaben, so mochte man anderweitig auch bald diese, bald jene Jahresangabe dem Konzepte zuschreiben, andere nicht, woraus sich denn auch die zuweilen vorkommenden Verschiebungen in den Jahresangaben erklären würden.

371. Wir sind bisher von der Annahme ausgegangen, daß nur einzelne genauere Angaben der Datirung im Konzepte nachgetragen, die Zufügung der ungenaueren dem Reinschreiber überlassen blieb. Aber gerade der letzte Fall könnte nun auch an eine Nachtragung der genaueren Angaben zu den schon im ursprünglichen Konzepte befindlichen ungenaueren denken lassen. Man konnte die Zufügung von Inkarnationsjahr und Indiktion dem Reinschreiber überlassen, weil man voraussetzte, daß er da nicht fehlen würde. Man konnte aber eben so wohl jene Jahresangaben sogleich im ursprünglichen Konzepte zufügen, weil man voraussetzte, daß sie auch zur Reinschrift noch stimmen würden. Darin konnte man sich täuschen und das Streifen unserer Annahme müßte sich demnach daran bemerklich machen, daß Tag und Ort erweislich erst dem folgenden Jahre angehen können. An solchen Fällen ist kein Mangel. Es mag genügen, häufig auf die § 366 angegebene Datirung von St. 1872 hinzuweisen, der die auffallende Verschiebung diesen Sachverhalt besonders nahe

3711] legt. Inkarnationsjahr und Indiktion zeigen auf 1024; folgen Tag und Ort, die nur 1025 Febr. 8 passen, endlich das Regierungsjahr, so liegt doch nichts näher, als die Annahme, daß diese letzteren Angaben nach dem Fertigstellungsbefehl den beiden schon früher eingetragenen Jahresangaben zugeschrieben wurden; und zwar im Konzepte, die ganze Datirungszeile in der Reinschrift gleichzeitig geschrieben. Deutlicher würde das freilich noch hervortreten, wenn das erste Regierungsjahr nicht zufällig sowohl 1024 als 1025 paßte.

Dürfen wir aber überhaupt einmal annehmen, daß zuweilen einzelne Angaben der Datirung dem Konzepte sogleich zugeschrieben, andere in ihm nachgetragen wurden, so liegt der Gedanke nahe, daß jenes nicht bloß Jahresangaben, sondern insbesondere auch den Ort getroffen haben wird. Gerade der Ort wurde ja zweifellos nach § 11 häufig nach der Handlung bestimmt und es ist, wie schon § 191 angedeutet wurde, sehr möglich, daß die Hofakten in einer Form geführt wurden, welche Entnehmung gerade des Ortes aus ihnen näher legte. Sehen wir aber auch davon ab, nehmen wir an, daß man auch bei Orte Beziehung auf die Beurkundung im Auge hatte, so mochte man ebenso, wie man häufig in der Reinschrift wohl den Ort, nicht aber den Tag sogleich eintrug, beim Konzepte in derselben Weise vorgehen; was man dort voraussetzte, die Reinschrift werde noch an demselben Orte vollzogen werden, so hier, für das Konzept werde noch an demselben Orte der Fertigstellungsbefehl erteilt werden.

Dafür werden sich in Verbindung mit vorhin Gesagtem doch Fall geltend machen lassen, wie St. 1410. 3065. 66, bei welchen in ungewöhnlicher Weise zuerst unter Actum Ort, Inkarnationsjahr und Indiktion genannt werden, dann der Tag und die Regierungsjahre angehängt sind, also gerade die Angaben, von welchen wir vorhin auch bei Nichtverschiebung des Ortes bereits annahmen, daß sie mehrfach gemeinsam im Konzepte nachgetragen wurden.

Schienen weiter manche Haltpunkte darauf zu deuten, daß zuweilen lediglich der Tag des Fertigstellungsbefehles in das Konzept nachgetragen wurde, so wird nun auch da nicht gerade anzunehmen sein, daß die Ergänzung der Datirung immer dem Reinschreiber überlassen blieb, es konnten ja alle Angaben, auch die Regierungsjahre, dem Konzepte schon früher zugeschrieben sein. Und damit hätten wir dann die Erklärung für den § 352 besprochenen Fall St. 1865. 67, falls da nicht, wie mir durchaus zweifelhaft ist, die Tagesangabe erst in der Reinschrift zugefügt sein sollte. Den im Dezember 1024 gefertigten Konzepten wären die laufenden Jahresangaben und der Ort sogleich zugeschrieben; nur der Tag wäre dann erst im Januar 1025 im Konzept nachgetragen, in Folge dessen verschoben, weiter aber noch in der Reinschrift der Ortsname dem entsprechend geändert, während man die Jahresangaben beließ.

Noch ein anderer Fall wird da zur Sprache zu bringen sein. Der Widerspruch in St. 1215 von 1000 Jan. 1, wozu der Ort Quedlinburg

unbedingt nicht stimmt, suchte ich § 118 durch Beziehung nur des Ortes auf die Handlung zu erklären, was freilich auf die zwar nicht unzulässige, aber doch auffallende Annahme führte, daß die Handlung über zwei Jahre früher fallen müsse. Auch der Umstand, daß in dem später eingesehenen Original die ganze Datirungszeile, wie schon Stumpf, vgl. Wirzb. Imm. 2, 24, bemerkt, von anderer Hand nachgetragen ist, macht jene Annahme nicht unzulässig; auch wenn die Datirung erst bei der Vollziehung zugesügt wurde, mochte man immerhin auf den im Texte selbst erwähnten Ort der Handlung zurückgreifen. Größeres Bedenken könnte nun aber der Umstand erregen, daß K. Otto 1000 Jan. 1 auf anscheinend ziemlich raschem Marsche wohl schon in den Alpen war und es kaum wahrscheinlich ist, daß man gerade diesen Zeitpunkt für eine ohnehin schon so lange verzögerte Beurkundung oder doch deren Vollziehung wählte. Ist nun der Widerspruch zwischen Tag und Ort überhaupt nicht zu beseitigen, liegt eine Unregelmäßigkeit jedenfalls vor, so laßt es sich eben so wohl versuchen, die Jahre auf den Ort, statt auf den Tag zu beziehen. K. Otto war im April 1000 zu Quedlinburg; der in unserer Urkunde als Bittsteller genannte Bischof Heinrich von Würzburg, dann von den Intervenienten Herzog Heinrich von Baiern waren dort erweislich beim Kaiser, vgl. St. 1216. 17. 18; es stimmen weiter alle Jahresangaben auch auf April genau zusammen, wenn wir beachten, daß die Urkunden dieser Zeit überhaupt Regni 16 statt 17 zählen. Dann aber kann bei der Tagesangabe nur an den 1. Jan. 1001 gedacht werden, der in einen längern Aufenthalt zu Rom fällt, während dessen auch andere Urkunden für Deutschland ausgefertigt sind. Da paßt nun freilich keine einzige Jahresangabe mehr, was mir ganz unerklärlich sein würde bei der Annahme, der Datator habe jetzt die Datirung ohne alle Vorlage dem laufenden Protokolle gemäß zugesügt. Wohl aber wäre das denkbar, wenn kurz nach der Handlung ein Konzept gefertigt und mit allen übrigen Angaben der Datirung versehen wurde, so daß nur der Tag hinzuzufügen war. Daß selbst ein an und für sich so bedenklicher, bei nachträglicher Zufügung nur der Datirung doppelt unwahrscheinlicher Schreibfehler, wie die Nennung des Januar statt des April vereinzelt habe vorkommen können, will ich natürlich nicht läugnen und gerade hier könnten die Umstände solche Annahme näher legen, als in den meisten andern entsprechenden Fällen; aber es war doch immerhin zu versuchen, ob nicht auch andere Lösungen zulässig seien.

372. Sind unsere bisherigen Annahmen richtig, so liegt es auf der Hand, wie sehr verwendbar diese zur Erklärung von Widersprüchen in der Datirungszeile sind. Wurden im Konzepte einzelne Angaben der Datirung zu den andern nachgetragen, so konnten sich daraus ganz dieselben Widersprüche ergeben, wie aus den Nachtragungen in die Reinschrift. Wurden aber überhaupt nur einzelne Angaben eingetragen, die Ergänzung dem Reinschreiber überlassen, so konnte das auch noch anderartige Widersprüche veranlassen.

372] Bezüglich der häufigen Verschiebung des Itinerar wegen Uvereinbarkeit von Tag und Ort glaubte ich § 354 ff. für Fälle, welche auf die Beurkundung zurückzuführen sind, zunächst auf Nachtragung des Tages in der Reinschrift hinweisen zu sollen. Ich hielt das lange für die einzig zutreffende Erklärung, bis ich mich an Originalen, in welchen ich Nachtragung des Tages aufs bestimmteste erwartete, wie etwa St. 1654, wo sich Störung des Itinerar mit Verschiebung der Tagesangabe verbindet, überzeugte, daß da von einer Nachtragung nicht die Rede sein könne. Manche derartige Fälle würden sich nun immerhin durch Beziehung des Ortes auf die Handlung erklären lassen; aber selbst dann möchte ich durchweg annehmen, daß man weniger bei späterer Ergänzung der ganzen Datirung absichtlich auf den Ort der Handlung zurückgriff, als vielmehr denselben schon bei Fertigung des Konzeptes in dieses eintrug, nicht aber den Tag. Aber nicht immer scheinen Ort und Handlung zu stimmen; man mochte den Ort eintragen, wo man sich zur Zeit der Konzipirung befand, voraussetzend, daß auch der nachzutragende Tag des Fertigungsbefehles noch denselben Ort treffen würde. Die Verschiebungen, welche wir als die regelmässigen bezeichnen dürfen, bei welchen der Tag einem spätern Zeitpunkt entspricht, als der Ort, würden bei Richtigkeit unserer Annahmen also auch da ihre ausreichende Erklärung finden, wo der Tag gleichzeitig mit der ganzen Datirungszeile eingetragen ist.

Schienen nun einzelne Haltpunkte darauf hinzudeuten, daß überhaupt nur der Tag des Fertigungsbefehls im Konzepte bemerkt, die Zufügung der übrigen Datirung dem Reinschreiber überlassen blieb, so hätte das nun auch Veranlassung zu der umgekehrten Verschiebung geben können, so daß der Tag dem Fertigungsbefehle, der Ort der späteren Zeit der Reinschrift entsprechen würde. Es ist möglich, daß das in vereinzelt Fällen ebenso eingriff, wie Nachtragung nur des Ortes in der Reinschrift; vgl. § 353. Aber die erweisbaren Fälle solcher Verschiebung sind so selten, daß schon dadurch häufigeres Eingreifen solchen Sachverhaltes ausgeschlossen scheint. Es ist mir weiter überhaupt unwahrscheinlich, daß man, wenn man den Tag im Konzepte zufügte, nicht bloß die Zufügung der Jahresangaben, sondern auch die des Ortes dem Reinschreiber überlassen haben sollte. Manche Fälle scheinen denn auch darauf zu deuten, daß nur Tag und Ort gemeinsam zugefügt wurden. Scheint nach anderen der Tag des Fertigungsbefehls isolirt eingetragen zu sein, so mochte gerade der nach der Handlung oder auch nach dem Zeitpunkt der Fertigung des Konzepts bestimmte Ort an anderer Stelle eingeschrieben sein. Es ist natürlich schwer, solche Annahmen bestimmter zu begründen. Aber das § 207 über das Regest K. Friedrichs II. Bemerkte zeigt doch, daß wenigstens da die Einzelangaben der Datirung sich auf einer Vorstufe getrennt und an ganz anderer Stelle, als in der Ausfertigung befanden, Ort und Monat über der Seite, der Tag am Eingange der Urkunde.

373. Es finden weiter durch unsere Annahme zu Tag und Ort nicht stimmende Jahresangaben ihre Erklärung. Wir stießen mehrfach auf Haltpunkte, daß, wie das in den Reinschriften nicht selten der Fall war, so auch in den Konzepten gerade nur Tag und Ort gemeinsam eingetragen wurden. Waren dann im Konzepte die Jahreszahlen schon vermerkt und verzögerte sich der Fertigstellungsbefehl bis zu oder doch einzelne nicht mehr paßten, so konnten sich ganz dieselben Widersprüche ergeben, wie wir sie § 344 besprachen und dort zunächst durch Nachtragung von Tag und Ort in der Reinschrift zu klären suchten. Handelte es sich bei einzelnen der dort aufgeführten Fälle, so bei St. 2119. 20, um einen Zeitabstand von fast einem Jahre, so dürfte an und für sich die Annahme so langer Verzögerung der Ausfertigung des Konzepts viel näher liegen, als die einer so langen Verzögerung der Vollziehung der Reinschrift.

Umgekehrt findet sich nun nicht selten, daß die Jahresangaben zu groß erscheinen, zu Tag und Ort nicht mehr passen; und da möchte ich annehmen, daß das dadurch herbeigeführt sein konnte, daß Tag und Ort im Konzepte vermerkt waren, nicht aber die Jahresangaben. Durch Nachtragung nur von Tag und Ort in die Reinschrift ist das nicht zu erklären. Auch nicht durch vereinzelte Schreibfehler, wie schon § 22 bemerkt wurde. Dagegen konnte allerdings ein ungenauer Kanzleigebrauch sich festgestellt haben. Finden wir beispielsweise in der Hälfte der Urkunden des Jahres 958 das Inkarnationsjahr, dann in allen Urkunden dieses und der folgenden Jahre das Regierungsjahr um eine Einheit zu groß angegeben, so kann das natürlich nicht auf Unregelmäßigkeiten in der Ausfertigung nur einzelner Urkunden zurückgehen. Da aber weiter solche Datirungen nicht von ein und demselben Schreiber herrühren werden, so scheinen die Datirungen nach einer von allen Schreibern der Kanzlei gleichmäßig zu beachtenden Vorlage gefertigt worden zu sein, was doch dagegen spricht, daß abweichende Fälle zunächst auf unrichtige Annahmen einzelner Schreiber zurückzuführen sind. Wird gegen Ende 1016 schon mehrfach 1017 geschrieben, so kann das auch für St. 1676 zutreffen; werden aber weiter nur hier auch beide Regierungsjahre zu groß angegeben, gelangt der Schreiber damit auf Jahresangaben, welche seit Juni 1017 genau zusammenstimmen, so ist doch schwer anzunehmen, daß dieselben schon im Jahre vorher, wo allerdings das Itinerar stimmt, so eingetragen sein sollten. St. 313. 14 für ein und dasselbe Kloster sind nach dem Itinerar zweifellos zu 962 Aug. 22 einzureihen; aber dazu stimmen lediglich die Regierungsjahre, nicht 963 Ind. 6, während im Jan. 963 alle Jahresangaben übereinstimmen und in andern Urkunden des Jahres 962 Inkarnationsjahr und Indiktion durchweg richtig angegeben werden. Und solche Fälle, wo die Jahresangaben weder zum Itinerare, noch am gegebenen Tage unter sich stimmen, aber wenigstens das letztere zutrifft, sobald wir sie auf einen etwas späteren Zeitpunkt beziehen, sind gar nicht selten; und dann

373] ist es doch schwer denkbar, daß sich durch zufällige Versehen eine Reihe von Angaben gebildet haben sollte, welche an und für sich betrachtet ganz genau zusammenstimmt.

Solche Fälle haben wir schon § 122 besprochen und zunächst daraus zu erklären gesucht, daß sich Ort und Tag auf die Handlung, die Jahresangaben auf die Beurkundung beziehen. Das mag in manchen Fällen wirklich das Zutreffende sein; aber auch dann werden unsere Annahmen wenigstens dazu dienen, das Vorgehen erklärlicher zu machen; es waren etwa nach einem Akte nur Tag und Ort der Handlung sogleich in das Konzept eingetragen, während dann bei der späteren Ausfertigung der Schreiber die jetzt laufenden Jahresangaben zugefügte. Andere Fälle aber würden Beziehung gerade auf die Handlung kaum näher legen. So nennen die erwähnten St. 313. 14 für S. Vincenzo di Volturno den Ort Como, der doch schwerlich der Handlung entsprechen dürfte. Unsere Annahme würde nun auch solche Fälle nicht unerklärt lassen; es waren nur Ort und Tag des Fertigungsbefehles im Konzepte nachgetragen gewesen, dann in der Reinschrift die laufenden Jahresangaben zugefügt.

374. Endlich liegt es auf der Hand, daß Nichtübereinstimmung der Jahresangaben unter sich durch unsere Annahme sich leicht erklären würde. Es wurden § 124 Diplome besprochen, deren Jahresangaben nicht bloß am angegebenen Tage, sondern überhaupt nicht zusammenstimmen, so daß die einen sich nur auf ein früheres, die anderen auf ein späteres Jahr beziehen können. Greift auch da, wie vorläufig angenommen wurde und in manchen Fällen gewiß nicht zu bezweifeln ist, der Unterschied zwischen Handlung und Beurkundung ein, so ist natürlich in diesem Falle nicht daran zu denken, daß bei selbstständiger Zufügung der gesamten Datirung das Verhältniß sich so habe gestalten können; dasselbe läßt zweifellos keine andere Erklärung zu, als die, daß nur einzelne Jahresangaben schon auf einer früheren Stufe, also wohl im Konzepte eingetragen waren, andere erst in der Reinschrift oder doch auf einer spätern Stufe der Beurkundung dem laufenden Protokoll gemäß ergänzt wurden. Mag die frühere Angabe sich dann oft auf die Handlung oder den mit dieser zusammenfallenden Beurkundungsbefehl beziehen, so ist das nicht gerade nöthig, da auch der Unterschied zwischen Fertigungsbefehl und Reinschrift oder doch Eintragung der Datirung in die Reinschrift zur Erklärung ausreicht.

Eine mehrfach vorkommende eigenthümliche Verschiebung der Tagesangabe suchten wir § 370 daraus zu erklären, daß nur die Regierungsjahre zugleich mit dem Tage, Inkarnationsjahr und Indiktion aber zu einer andern Zeit eingetragen wurden. Dieser Annahme entsprechen denn auch nicht selten die Widersprüche in den Jahresangaben. So hat St. 151 die übereinstimmenden Angaben 946 Ind. 4, aber das erst seit Aug. 947 passende Regni 12, während auch Frankfurt Oct. 27 auf 947 weist. St. 361, vgl. Sickel Schw. Kaiserurk. 67, aus Er-

in Mai 12 kann nach dem Itinerar nur zu 965 eingereiht werden, zu nach der Zählung der Kanzlei Regni 30 und Imp. 4 genau stimmt; dagegen finden wir nun das Inkarnationsjahr 960 mit der dazu kommenden Ind. 3. In St. 2812 weist schon jene Verschiebung des Tages auf das Verhältniß hin; zu 1077 Ind. 1, welche in den letzten Monaten 1077 zusammenstimmen, finden wir Ord. 26, Regni 24, welche erst im November 1079 zutreffen. Dafs in St. 1872, wo Tag und Ort vor das Regierungsjahr verschoben sind, jedenfalls die beiden anderen Jahresangaben nur dem vorübergehenden Jahre entsprechen, wurde schon § 371 bemerkt. In solchen Fällen würden wir anzunehmen haben, es seien das Inkarnationsjahr und Indiktion dem Konzepte sogleich zugeschrieben, das Uebrige nachgetragen.

Andere Fälle, wo die Regierungsjahre zu klein angegeben sind, werden umgekehrt dahin zu erklären sein, dafs nur die Regierungsjahre mit dem Tage und Orte eingetragen, die übrigen Jahre aber erst in der Reinschrift ergänzt seien. So ist etwa St. 159 nach dem Itinerar zu 948 einzureihen, womit Regni 12 stimmt; dagegen stimmt das gegebene Inkarnationsjahr 949 mit Ind. 7. In der § 124 besprochenen St. 2083 stimmen beide Regierungsjahre und der Ort zu 1035, während die andern Jahresangaben auf 1036 und 1037 weisen; da liegen ähnlich auch andere Unregelmäßigkeiten vor. Weiter greift auch hier der Fall mit Verschiebung der Tagesangabe, St. 2782, insofern als zu Nov. 26 wohl 1074 und Ind. 13 passen, aber Ord. 20, Regni 18 erst noch im Juli zu 1074; da müfste freilich der Tag erst mit Inkarnationsjahr und Indiktion eingetragen sein.

Da wird nun nicht immer gerade der Gegensatz von Regierungsjahren und anderen Jahresangaben maßgebend gewesen sein. Im letztgenannten Falle könnte auch das Inkarnationsjahr mit den Regierungsjahren, die Indiktion mit dem Tage eingetragen sein. Selbst bei Nachprüfung von Jahresangaben in die Reinschrift fanden wir § 342 sehr verschiedenartig gestaltete Fälle; von St. 253 wurde bereits § 368 erwähnt, dafs nur die Indiktion mit dem Tage nachgetragen wurde. Es ist ja die verschiedensten Gründe denkbar, welche Eintragung gerade dieser oder jener Angabe in das Konzept befürworten konnten. Neben dem Inkarnationsjahr die Indiktion anzugeben konnte zumal in solchen Perioden überflüssig erscheinen, wo man die Zahl beider gleichzeitig wechselte. Hatte das eine Regierungsjahr kaum begonnen, so brauchte man es eintragen, nicht aber das andere, dessen Wechsel nahe vorstand; vgl. § 342 zu St. 3172. Zeigt doch noch in viel späterer Zeit die Regest K. Karls IV. ein sehr abweichendes Vorgehen bezüglich Angabe und Nichtangabe der verschiedenen Jahresbezeichnungen.

Es würde überflüssig sein, Belege für die verschiedenen Gestaltungen, die sich daraufhin ergeben konnten, anzuführen. Nur das dürfte noch hervorzuheben sein, dafs sich Fälle, wo das Inkarnationsjahr zu andern Angaben gegenüber um eine Einheit zu groß oder zu

374] klein ist, so häufig finden, daß das wohl auf ein häufiger eingehaltenes Vorgehen schließen läßt. Es müßten demnach in solchen Fällen Indiktion und Regierungsjahre mit dem Tage eingetragen, das Inkarnationsjahr allein aber später ergänzt oder auch schon vorher zugeschrieben sein. Das sollte sich nun freilich dadurch erproben, daß wir zuweilen dem entsprechende Verschiebungen des Tages fanden, dieser zuweilen zwischen Inkarnationsjahr und Indiktion stande, wie in jenem anderen Falle zwischen Indiktion und Regierungsjahren. Es mag Zufall sein, daß mir vor dem zwölften Jahrhunderte, für welches mir für die Gestaltung der Datirungszeile umfassendere Notizen vorliegen, ein Beleg dafür nicht aufgefallen ist. Dann aber ergibt sich die vermuthete Verschiebung in St. 3196 von 1124, und häufig unter K. Lothar. Wir werden aber sehen, wie die verschiedenen Formen der Uebergangsdairung sich aufs engste an die bisher besprochenen Verhältnisse anschließen, so daß ich nicht anstehe, in diesen spätern Fällen genügende Belege auch für das früher übliche Vorgehen zu sehen.

375. Werfen wir einen Rückblick auf die Annahme der Nachtragung einzelner Angaben der Datirung in das Konzept, sei es, daß diesem überhaupt nur einzelne zugefügt wurden, sei es, daß man ihm die einen früher zuschrieb, als die anderen, so ergibt sich, daß dieselbe überaus geeignet ist, die verschiedensten Widersprüche in der Datirungszeile zu erklären. Allerdings muß ich voraussehen, daß man dagegen einwenden wird, ein solches Rechnen mit unbekannten Größen biete nicht die geringste Bürgschaft; Niemand wisse genauer, wie Konzepte jener Zeit beschaffen gewesen seien, und dann sei freilich nichts leichter, als sich in der Phantasie die Konzepte bald so, bald anders zu gestalten, wie man sie eben zur Erklärung des Einzelfalles gebrauche. Niemand würde lebhafter wünschen, wie ich selbst, daß meine Annahme sich bestimmter begründen liefse. Daß sie auch nur im allgemeinen unbedingt das Richtige getroffen habe, will ich nicht behaupten. Würde ein glücklicher Zufall wirklich noch Konzepte jener frühern Zeit ans Licht bringen, so wäre es möglich, daß sie eine durchaus andere Gestaltung zeigen würden, als die von mir vermuthete. Und auch dann, wenn wir da, wie vorauszusehen ist, auf bloße Rückschlüsse aus den Ausfertigungen beschränkt bleiben, mag es einem Anderen gelingen, eine zutreffendere Erklärung aufzufinden. Nur das möchte ich behaupten, daß vorläufig meine Annahme nicht zu läugnende Thatfachen besser erklärt, als die bisherigen bezüglichlichen Annahmen, oder auch überhaupt erst eine Erklärung für Dinge bietet, deren Erklärung bis dahin unverfucht blieb. Und bei der Wichtigkeit des Gegenstandes mag es gestattet sein, nochmals kurz zu wiederholen, wie ich zu jener Annahme gelangte.

Die Originale zeigen uns Datirungszeilen, welche ganz in einem Zuge ohne alle Nachtragungen geschrieben sind, und doch die mannichfachsten Widersprüche enthalten. Sie durchgreifend durch Annahme

on Schreibfehlern und ähnlichen Versehen zu erklären, ist zweifellos nicht statthaft. Es müßten wieder und wieder Monatsnamen und andere Zeitangaben mit einander verwechselt sein, welche weder nächstbenachbarte sind, noch für Auge oder Ohr irgendwelche Aehnlichkeit haben. Und nicht das allein; regellose Versehen hätten zu regelmässigen Gestaltungen geführt, zu Verschiebungen des Itinerar nur nach einer Richtung, zu Reihen von Jahresangaben, welche zwar nicht am angegebenen Tage, wohl aber kurz vorher oder nachher genau zusammenstimmen. Alles das scheint mir mit grösster Bestimmtheit darauf hinzuweisen, daß die widersprechenden Angaben sich auf verschiedene Zeitpunkte beziehen. In dieser Richtung machten wir früher insbesondere schon den Unterschied zwischen Handlung und Beurkundung geltend. Aber auch abgesehen davon, daß das nicht immer zutreffen wird, genügt es nicht zur Erklärung der Thatsache. Es ist nicht denkbar, daß der Schreiber der Datirungszeile, wenn er diese überhaupt ihrem ganzen Umfange nach erst zusammenstellte, dabei in bunter Mischung die eine Angabe nach diesem, die andere nach jenem Zeitpunkte bestimmte, etwa den Tag und einzelne Jahresangaben nach dem laufenden Protokoll eintrug, dagegen den Akt zur Hand nahm, um danach den Ort und die anderen Jahresangaben einzutragen. Mir wenigstens scheint die Thatsache keine andere Erklärung zuzulassen, als daß die Angaben zu verschiedener Zeit zugeschrieben sind, daß der Schreiber in seiner unmittelbaren Vorlage, also doch dem Konzepte, die einen Angaben fand, die anderen nicht, oder daß dieselben auch schon in der Vorlage zu verschiedener Zeit eingetragen waren.

Dieser Annahme, auf welche die ganze Sachlage hinzudrängen schien, fehlt es auch nicht an unterstützenden Momenten. Sind in den Originalen selbst die Angaben der Datirung erweislich nicht selten zu verschiedenen Zeiten eingetragen, so legt das die Annahme sehr nahe, daß auf den Vorstufen das Vorgehen kein anderes war. Ich suchte weiter nachzuweisen, daß auch andere Unregelmässigkeiten der Datirungszeile, insbesondere Verschiebungen, durch jene Annahme ihre einfachste Erklärung finden. Und endlich wird nicht am wenigsten ins Gewicht fallen, daß für spätere Zeiten bei allerdings geänderten Formen der Datirung die Nachtragung der Datirung oder einzelner Angaben derselben im Konzepte sich, wie ich denke, mit durchaus genügender Sicherheit erweisen lassen wird.

376. Bin ich auf jene Annahme theilweiser Nachtragung der Datirung im Konzepte nur sehr zögernd eingegangen, glaubte ich sehr lange, die Nachtragungen im Originale würden zur Erklärung der bezüglichen Widersprüche ausreichen, so schien mir weiter einzelnen Münchener Originalen gegenüber auch die Annahme nicht haltbar, daß die Nachtragung insbesondere der Tagesangabe im Originale sich immer auf den Zeitpunkt der Vollziehung und Uebergabe beziehe. Ich bin bisher davon ausgegangen und bei der Masse der Fälle wird sich das

376] schwerlich bezweifeln lassen. Aber einzelne Fälle schienen damit unvereinbar und auf Beziehung der in der Reinschrift nachgetragenen genaueren Angaben auf den Fertigungsbefehl hinzuweisen.

Es fiel mir nämlich auf, daß mehrfach von zwei Urkunden desselben Tages, für denselben Empfänger, nächstverwandten Inhaltes, bedenen demnach ganz übereinstimmende Entstehungsverhältnisse anzunehmen sind, die eine die Angabe nachgetragen oder Lücken für dieselben hat, während in der andern jedes Kennzeichen der Nachtragung fehlt. Ich wollte darin anfangs nur einen Beweis sehen, wie schwer es oft sei, die Nachtragung zu erkennen. Aber einige Fälle ließen den Sachverhalt gar nicht zweifelhaft.

Bereits § 346 wurde bemerkt, daß Reg. Kar. 1074, M. Boica 28,97, von 889, vor *kl. dec.* eine Lücke für die Tagesziffer habe. Daß diese mit *xi.* auszufüllen war, kann keinen Augenblick zweifelhaft seyn beim Vergleiche mit Reg. Kar. 1070. 71. 72, Bestätigungsurkunden für Wirzburg, wie jene, alle mit *xi. kl. dec.* Da wäre doch zu erwarten, daß in diesen das *xi.* nachgetragen wäre; aber in keiner ergibt sich dafür der geringste Haltpunkt. St. 1699, M. Boica 28,468, von 1018 Febr. 8, in welchem der Kaiser dem Kapitel zu Bamberg drei vom Papste ertaufchte Güter schenkt, hat eine durchaus gleichzeitig gefertigte Datirungszeile. Ueber zwei dieser Güter sind noch besondere Urkunden, vermuthlich doch ganz gleichzeitig, gefertigt; aber im Original von St. 1700 sind die für Tag und Ort leer gelassenen Lücken unausgefüllt geblieben; ebenso fehlen Tag und Ort in dem nur in Abschrift erhaltenen St. 1701, M. Boica 31,291. Allerdings könnte der Umstand, daß St. 1699 Imp. 3 nennt, die anderen Imp. 4, daran denken lassen, die Urkunden seien nicht bestimmt gewesen, übereinstimmend datirt zu werden; aber nach der ganzen Sachlage wird das Imp. 3 nur als einzelntes Versehen betrachtet werden können.

Deutlicher tritt allerdings das Verhältniß hervor, wenn die Lücken nachträglich gefüllt sind. St. 1344. 45 sind zu Köln 1003 Febr. 9 für Wirzburg ausgestellt; in jener ist das *v. id.* vor *feb.* zweifellos gleichzeitig eingeschrieben, in diesem nachgetragen. Von den fünf Schenkungsurkunden für Bamberg St. 1500—1504, alle aus Frankfurt 1003 Juli 6, hat nur St. 1502 Tag und Ort nachgetragen. Drei Diplome für S. Emmeran aus Köln 1021 Juli 3 stimmen in ihren Datirungszeilen, auch in der irrigen Ind. 3, genau überein; aber von derselben Hand, welche in St. 1759 den Text und die ganze Datirungszeile sichtlich gleichzeitig schrieb, sind in St. 1760 und 1761 das *v. n. iul.*, dann in dieser die Ziffer *xx.* der Königsjahre und *Colonie*, in jener die Endziffern *x.* und *i.* der Regierungsjahre und *Colonie feliciter amen* nachgetragen. In St. 2354 von 1048 Oct. 2 für Bamberg ist das *fygura Wynytherry kancellarry* im Rekognitionszeichen, dann *vi. non. oct.* und *Pholeda* mit auffallend blasserer Dinte nachgetragen, und zwar von derselben Hand,

elche mit derselben blaffen Dinte in St. 2355 von demselben Tage für denselben Empfänger Text und gesammte Datirung schrieb.

Nach unseren früheren Annahmen würden sich in solchen Fällen die genaueren Angaben in der einen Urkunde auf die Vollziehung, in der andern auf den Fertigungsbefehl beziehen. Das Unzulässige solcher Annahme liegt auf der Hand. Die bezüglichen Urkunden zeigen in dem Uebrigen so durchaus übereinstimmende Entstehungsverhältnisse, als gar nicht abzusehen ist, was eine verschiedene Behandlung nur in diesem einen Punkte veranlaßt haben sollte. Davon abgesehen wäre es allerdings denkbar, daß der König, als er die eine Urkunde vollzog und dieselbe dem entsprechend mit den nachträglichen Angaben versehen wurde, zugleich den Befehl zur Fertigung der andern ertheilte, woraus sich die Uebereinstimmung der Tagesangaben erklären könnte. Dann aber ergabe sich wieder die schwer zulässige Annahme, daß derselbe Schreiber, welcher die eine Urkunde bei der Vollziehung datirte, nun später mit derselben Dinte die andere ausfertigte. Das weist doch ganz bestimmt darauf hin, daß die Fertigung der gesammten Datirung in der einen und die Nachtragung der genaueren Angaben in der andern gleichzeitig erfolgten.

Sind beide Datirungen wohl zweifellos auf dieselbe Stufe der Bekundung zu beziehen, so kann das nicht die der Vollziehung sein, da in der einen auch die genauesten Angaben schon gleichzeitig mit dem Texte eingetragen sind. Es schienen mir anfangs gerade solche Fälle die Datirung nach der Zeit der Reinschrift nahe zu legen. Es zeigt sich nicht selten, daß Schreiber, welche in einem Falle Text und Datirung schrieben, in andern dem von anderer Hand gefertigten Texte nur die Datirungszeile zufügten, auch in Fällen, wo die genaueren Angaben zweifellos schon feststanden; so in St. 1468. 70. 78. 79, welche zu den zahlreichen Schenkungsurkunden für Bamberg von 1007 Nov. 1 gehören. Der Grund dürfte dann wohl darin zu sehen sein, daß man nicht allen Schreibern zutraute, die Datirungen richtig auszuführen. So wäre es denkbar, daß auch in jenen Fällen der weniger geschickte Schreiber nur die ungenaueren Angaben der Datirung nach einer allgemeinen Vorlage eingetragen, der gewandtere Schreiber des Textes der andern Urkunde diese sogleich mit der Datirung nach laufendem Protokoll versehen und zugleich die Ergänzungen in der andern vorgenommen habe. Denn wenn auch der laufende Tag einzutragen war, mochte der andere der römischen Tageszählung nicht bewandert sein. Dafür fanden wir §341 in St. 190 einen auffallenden Beleg, wie dort überhaupt zugegeben wurde, daß Lücken und Nachtragungen keineswegs immer darzulegen sind, daß das zu Bezeichnende noch nicht feststand. Schwerer wäre freilich abzusehen, weshalb auch ein ungewandter Schreiber nicht wenigstens den Ort einzuschreiben wußte, an dem er sich befand.

Und irgendwelche Nöthigung, Beziehung auf die Zeit der Rein-

376] schrift anzunehmen, scheint mir auch hier nicht vorzuliegen, Beziehung auf den Fertigungsbefehl nicht ausgeschlossen zu sein. Gerade dann, wenn eine Reihe von Konzepten verwandten Inhaltes für denselben Empfänger vorgelegt wurde, mag man sich leicht begnügt haben, nur auf einem Tag und Ort des Befehls zu vermerken, die dann vom Abschreiber dieses sogleich zugeschrieben, in den andern nachgetragen wurden.

Dem gegenüber liesse sich nun die Frage aufwerfen, ob dann nicht die immerhin auffallende Annahme eines verschiedenen Vorgehens bei der Datirung, einer Beziehung derselben bald auf die Vollziehung, bald auf den Fertigungsbefehl lieber ganz aufzugeben und immer Beziehung auf diesen letzteren anzunehmen sei, insofern sich mit dieser alle Erscheinungen vereinigen lassen. Aber letzteres ist doch wohl nur bedingt richtig. Es ist möglich, dafs auch bei sichtlicher Nachtragung der ganzen Datirungszeile diese zuweilen dem Fertigungsbefehle entsprach und die Nachtragung nur darin ihren Grund hatte, dafs dem Schreiber des Textes richtige Ausführung der Datirung nicht zugetraut wurde. Es mögen weiter auch in Einzelfällen, wie den besprochenen, besondere Umstände veranlaßt haben, dafs die genaueren Angaben nachgetragen wurden. Aber der Menge der Urkunden gegenüber, welche nur den Tag oder Ort und Tag nachgetragen haben, scheint es mir unzulässig anzunehmen, diese Angaben hatten zur Zeit der Fertigung der Datirungszeile schon festgestanden, seien aller Wahrscheinlichkeit nach schon im Konzepte vermerkt gewesen; es wäre gar nicht abzusehen, weshalb man dem Schreiber, der die übrige Datirungszeile zu schreiben wufste, dann so überaus häufig nicht auch die Eintragung dieser Angaben überlassen haben sollte. Wird uns die Erörterung der spätern Datirungsformen überwiegend auf andere Ergebnisse führen, so wird nicht zu vergessen sein, dafs in dieser früheren Zeit die persönliche Unterzeichnung durch den König noch üblich war, Datirung nach der Vollziehung also noch näher liegen mußte; während sich andererseits auch in dieser Richtung eine ähnliche Ungleichmäfsigkeit der Behandlung zeigt, der Vollziehungsstrich bald sogleich gefertigt, bald nachgetragen ist.

377. Gingen wir § 362 davon aus, dafs bei allen mit dem Texte gleichzeitig eingetragenen Datirungen, wenn sie nicht etwa nach der Handlung bestimmt sind, nothwendig entweder Beziehung auf den Fertigungsbefehl oder aber Beziehung auf den Zeitpunkt der Reinschrift anzunehmen ist, so fanden wir bisher bei der ersteren Annahme nirgends nicht zu beseitigende Schwierigkeiten. Und noch mehr. In allen Fällen, wo die Angaben der Datirung sich widersprechen, ohne dafs das doch auf zufällige Versehen zurückgehen könnte, läfst sich das wohl durch Beziehung auf den Fertigungsbefehl, nicht aber durch die Annahme erklären, die Datirung sei einfach vom Reinschreiber nach laufendem Protokoll zugeschrieben. Stimmt man dagegen d

§ 376 Bemerkten zu, so ist mir nirgends etwas aufgefallen, was mit Nothwendigkeit auf die Annahme einer Datirung nach der Reinschrift hindeuten würde.

Bei solcher Sachlage wird man doch gewifs geneigt sein, Beziehung auf den Fertigungsbefehl auch dann anzunehmen, wenn alle Angaben der Datirung übereinstimmen und damit an und für sich das eine, wie das andere vereinbar wäre. Datirung nach dem ganz bedeutungslosen, zufälligen Zeitpunkte der Fertigung der Reinschrift würde als ein sehr ungenaues Vorgehen erscheinen müssen. Allerdings treffen wir auch sonst vielfach auf ein ungenauer werdendes Vorgehen; es wird eigenhändige Unterzeichnung des Königs angekündigt, und das Handzeichen sogleich zugefügt; es wird als Rekognoszent der fungierende Kanzler genannt, der die Urkunde vielleicht nie gesehen hat. Aber im allgemeinen deuten doch die häufigen Nachtragungen, wie sie in den Originalen zu erweisen, in den Konzepten zu vermuthen sind, auf genauere Behandlung der Datirung. Es ist möglich, daß man ausnahmsweise, wo etwa auf Eintragung in das Konzept vergessen war oder eine ähnliche Veranlassung vorlag, keinen Anstand nahm, einfach die laufende Datirung zuzuschreiben. Daß das aber wirklich in einem Einzelfalle zutraf, wird sich wenigstens aus der Ausfertigung selbst nicht leicht bestimmt erweisen lassen, da das Zusammenstimmen aller Angaben der Datirung sich auch bei jeder andern Art des Vorgehens ergeben konnte. Und ich möchte nicht glauben, daß das auch nur bei ungenauer behandelten Diplomen Kanzleigebrauch geworden sei, daß man jemals von der Ansicht ausgegangen sei, es solle das der maßgebende Zeitpunkt sein.

Mit der Annahme aber, daß die Angaben der Datirung sich nicht auf die Reinschrift beziehen sollten, ist durchaus vereinbar, daß sich einzelne Angaben thatsächlich nur auf diese, nicht auf den Zeitpunkt bezogen, den man bezeichnen wollte. Der Schreiber trug, obwohl er für den Tag Raum ließ, die laufende Ortsangabe ein, weil er voraussetzte, daß diese dem Tage noch entsprechen werde. Oder er fügte etwa zu Tag und Ort des Fertigungsbefehles, welche im Konzept vermerkt waren, die laufenden Jahresangaben ein, nicht weil er glaubte, daß er gerade diese einzutragen habe, sondern weil er darauf vergaß, daß sie inzwischen gewechselt hatten. Nur in solcher Weise dürfte der Zeitpunkt der Reinschrift von Einfluß geworden sein, wie das in ganz entsprechender Weise auch der Zeitpunkt der Fertigung des Konzeptes werden konnte.

378. Suchen wir uns nun das Ergebnis unserer Untersuchungen über die ältere Datirung zu vergegenwärtigen, so entspricht dieses, falls unsere Annahmen sich bewähren würden, durchaus dem, was sich bezüglich der Zufügung der Zeugen ergab. Es wird zunächst nicht zu bezweifeln sein, daß sich bei der älteren Datirung Zeitangaben und Ort, obwohl jene mit Datum, dieser mit Actum eingeleitet war, auf den-

378] selben Zeitpunkt beziehen sollten. Aber der Zeitpunkt, den man im Auge hatte, war nicht immer derselbe. Als ursprüngliche Regel wird anzunehmen sein, daß die Datirung sich entsprechend dem Ausdrucke Datum auf die Uebergabe an den Empfänger nach geschehener Vollziehung beziehen sollte, wie das jedenfalls zuweilen auch noch später bei den Zeugen der Fall war. Dann mußten die Datirung oder doch ihre genaueren Angaben erst in der Reinschrift nachgetragen werden. Häufig aber scheint man als maßgebenden Zeitpunkt den des Fertigungsbefehles betrachtet zu haben; setzt dieser Vorliegen des Konzeptes voraus, so mußten dann die Angaben der Datirung im Konzepte nachgetragen werden, wie wir dasselbe bezüglich der Zeugen annahmen. Endlich konnte auch der Beurkundungsbefehl, mit dem dann in der Regel die Handlung zusammengefallen sein wird, maßgebend werden dann haben wir anzunehmen, daß die Datirung schon im ursprünglichen Konzepte angegeben war.

Aus dieser verschiedenen Beziehung der Datirung konnten sich nun wohl anscheinende Widersprüche zu andern Angaben der Urkunde ergeben, nicht aber Widersprüche in der Datirungszeile selbst. Diese aber konnten sich auch dann, wenn man Beziehung aller Angaben auf denselben Zeitpunkt im Auge hatte, daraus ergeben, daß nicht alle Angaben gleichzeitig dem Konzepte oder der Reinschrift zugefügt wurden und man dann nicht beachtete, daß sie sich thatsächlich nicht auf denselben Zeitpunkt bezogen. Schrieb man dem Konzepte nur Tag und Ort des Beurkundungsbefehles oder des Fertigungsbefehles zu, die Zufügung der Jahresangaben dem Reinschreiber überlassend, so konnte dieser unbeachtet lassen, daß alle oder einzelne Jahresangaben inzwischen gewechselt hatten. Waren die Jahresangaben sogleich im Konzepte vermerkt, so mochten dieselben nicht mehr passen, als Tag und Ort nach dem Fertigungsbefehle im Konzepte oder nach der Vollziehung in der Reinschrift nachgetragen wurden. Insbesondere haben sich dann aber die herrschenden Verschiebungen des urkundlichen Itinerars sichtlich daraus ergeben, daß man häufig keinen Anstand nahm, den Ort bereits einzutragen, während man das für die genauere Tagesangabe noch unterließ, und nun die Voraussetzung, der Ort werde noch passen, nicht zutraf. Davon überzeugt uns in den Originalen der Augenschein. Aber eben so wohl konnte auch im Konzepte nur der Tag des Fertigungsbefehles nachträglich zugefügt werden, während der Ort schon im ursprünglichen Konzepte stand, sei es nach der Zeit, wo dieses geschrieben wurde, sei es nach dem Beurkundungsbefehl oder der Handlung, wobei dann immerhin der Umstand, daß die Ortsangabe mit Actum eingeleitet war, darauf einwirken mochte, daß man gerade die Ortsangabe besonders häufig sogleich der Handlung entsprechend eintrug.

Ein Ergebniss, wonach die einheitlichen Datirungen sich auf drei verschiedene Stufen der Beurkundung, bei nichteinheitlicher aber einzelne Angaben sich auch auf eine vierte und fünfte, auf Konzept und

Reinschrift, beziehen können, zeichnet sich sicher nicht durch Einfachheit aus. Es mag einem Anderen gelingen, die Erscheinungen, auf welche ich mich stützte, in einfacherer Weise zu erklären. Ich selbst hielt ein einfacheres Ergebniss für durchaus gesichert, so lange ich mich auf Beachtung der Drucke beschränkte; nach Prüfung der ausschlaggebenden Umstände in einer grössern Zahl von Originalen fand ich aber meine bezüglichen Annahmen vielfach nicht bestätigt, während zugleich alle Versuche fehlschlügen, eine anderweitige einfachere Lösung zu finden.

UEBERGANGSDATIRUNGEN.

379. Das Abkommen der älteren Datirungsformel ist sehr allmählig erfolgt. Finden sich schon früher vereinzelt Abweichungen von der regelmässigen Gestaltung derselben, so werden diese in der spätern Zeit des elften Jahrhunderts häufiger. Noch in der Kanzlei K. Heinrichs V. ist ihr Gebrauch der weit überwiegende, doch so, daß in seinen letzten Jahren die Abweichungen zunehmen. Unter K. Lothar wird sie ganz auffallend seltener gebraucht; ganz ungeändert weifs ich sie in seinen letzten Jahren seit 1132 lediglich noch St. 3269. 3342 nachzuweisen.*) Seit dem Regierungsantritte K. Konrads III. wird sie dann wohl wieder häufiger in normaler Gestaltung angewandt; aber doch so, daß die Abweichungen weitaus überwiegen. Unter K. Friedrich I. verschwindet sie gänzlich; so weit ich den Umstand beachtete, fand ich sie nur noch in St. 3669. 70. 81. 3772. 3854. 3990 und zuletzt 4114 von 1170. Wurde sie früher auch in Privaturkunden zuweilen nachgeahmt, so verliert sie sich auch da; vereinzelt finde ich sie noch in ihrem wesentlichen Bestande 1187 in einer Urkunde des Bischof von Gurk, Steierr. U. B. 1659; spätere Belege sind mir wenigstens nicht aufgefallen.

Die ältere Formel wird nun aber nicht etwa durch eine bestimmte andere verdrängt, welche man aus diesem oder jenem Grunde für die angemessenere hielt. Es ergibt sich zunächst die bunte Mannichfaltigkeit der neueren Formeln; die Angaben des Tages, der Jahre, des Ortes folgen in der verschiedensten Anordnung aufeinander, die Ausdrücke Datum und Actum werden in willkürlichster Weise gebraucht und verstellt, es werden Tag oder Ort oder beides bald ge-

*) Allerdings habe ich nicht alle, wohl aber die bei weitem grössere Zahl der Königsurkunden dieser Zeit für die hier folgenden Angaben berücksichtigt. Doch beruhen dieselben vorzugsweise auf Notizen zunächst über die mit Zeugen versehenen Urkunden, welche ich schon vor langer Zeit für ganz andere Zwecke machte, die mir volle Genauigkeit bezüglich der Fassung der Datirung weniger nahe legten. Es ist möglich, daß sich dadurch ein oder anderes Versehen in die folgenden Angaben eingeschlichen hat; war ich aber jetzt vielfach nicht blos auf Ergänzung, sondern auch auf Vergleichung meiner Notizen mit den Drucken hingewiesen, so ergaben sich dieselben durchweg als genau genug, um sie hier verwerthen zu können, ohne erheblichere Eingriffe besorgen zu müssen.

379] nannt, bald nicht. Bei einem Versuche, diese Gestaltungen bestimmter zu ordnen, fand ich über fünfzig verschiedene Kombinationen, obwohl ich dabei noch einzelne Unterschiede, wie etwa die verschiedene Stellung des Tages zwischen den Jahresangaben, nicht berücksichtigte. Das dauert fort bis in die ersten Jahre K. Friedrichs I.; erst im Laufe seiner Regierung finden wir wieder regelmässiger eingehaltene Formen. Mehrfach wird eine solche Form nur unter einer Regierung oder während einiger Jahre gebraucht, um dann ganz zu verschwinden. Das kann dann einen erwünschten Haltpunkt geben für die Beurtheilung der Echtheit wenigstens des Protokolles verdächtiger Urkunden dieser Zeit; so wurde dieser Umstand bereits § 118 in der Anmerkung zu St. 3348, dann § 288 für St. 3368 verwerthet.

Alle diese Gestaltungen hier genauer zu verfolgen, würde unsere Zwecke wenig fördern können. Insbesondere auch deshalb nicht, weil sich mir zu ergeben schien, daß die später maßgebenden Formen wenigstens nicht in erster Reihe durch eine der jetzt in der Reichskanzlei aufkommenden bestimmt sind, daß da vielmehr der Einfluß der mainzer, und später der sizilischen Kanzlei der vorzugsweise maßgebende war. Es wird genügen, dasjenige hervorzuheben, was mit bereits früher besprochenen oder später zu besprechenden Umständen in näherer Verbindung steht.

380. Zunächst ergibt sich, daß es sich überwiegend nicht um Formen handelt, welche ganz neugebildet oder aus anderen Kanzleien übernommen wurden; es zeigt sich durchweg der engste Anschluß an die ältere Datirungsweise. Die alte Formel bildet den Ausgang; die Abweichungen gestalten sich dadurch, daß unbeabsichtigte Unregelmäßigkeiten, zu denen jene Datirungsweise nächstliegende Veranlassung bot, allmählig zu Kanzleigebrauch wurden, daß man weiter auch wohl absichtlich diese oder jene Aenderung vornahm, um die Unbequemlichkeit und die manchen Ungenauigkeiten zu beseitigen, welche sich in der bisherigen Form bei genauerem Vorgehen aus der nachträglichen Füllung zweier Lücken ergeben mußten.

Es ist hier zunächst das auffallend häufige Fehlen der Tagesangabe zu beachten. Mehren sich die Fälle schon unter K. Lothar, so nimmt das unter der Regierung K. Konrads in einer Weise zu, daß der Tag kaum weniger oft fehlt, als vorhanden ist. In den ersten Jahren K. Friedrichs wirkt das noch nach, während dann später das Fehlen nur noch ausnahmsweise vorkommt.

Wie dazu die ältere Datirungsweise nächstliegenden Anlaß bot, indem die Schreiber darauf vergaßen, zwischen *data* und *anno* die Lücke für die Tagesangabe, oder vor *anno* für *data* mit dem Tag zu belassen, wurde bereits § 366 erörtert. Der unmittelbare Anschluß ist gar nicht zu bezweifeln. Denn einmal finden wir auch jetzt Fälle, welche übrigenfalls der alten Formel ganz entsprechen, nur daß ihnen die Tagesangabe fehlt, so daß sie mit *data anno* beginnen, wie St. 3315. 36. 3524. 43. 58.

85, oder schlechtweg mit *anno*, wie St. 3289. 3316. 3415. 54, und dann nach den Jahren unter *Actum* nur den Ort nennen. Weiter aber finden wir nun auch da, wo weitere Aenderungen hinzukommen, wenigstens den Eingang der Formel überaus häufig so gestaltet, wie er sich aus jenem Umstande ergeben mußte; ist der Beginn mit *data anno* nicht selten, so ist der seine Veranlassung noch deutlicher verrathende Anfang mit *anno* unter K. Konrad geradezu der herrschende, der häufiger vorkommt, als der Eingang mit *data* oder *actum*, während dann unter K. Friedrich die Fälle seltener werden.

Was in früherer Zeit lediglich auf vereinzelte Versehen zurückzuführen ist, läßt sich jetzt bei der Häufigkeit der Fälle nicht mehr so auflassen. Man hat sich sichtlich an jene, zunächst durch anfängliches Uebersehen der für den Tag zu belassenden Lücke veranlaßten Eingänge der Datirung allmählig gewöhnt und sie auch da angewandt, wo Eintragung des Tages an anderer Stelle von vornherein beabsichtigt gewesen seien wird. Und ebenso konnte man sich an das Auslassen des Tages gewöhnen; was anfangs bloße Nachlässigkeit war, wurde zu Kanzleigebrauche; denn bei der Masse der Fälle unter K. Konrad kann von vereinzelten Versehen nicht wohl die Rede sein.

Dabei ist dann vielleicht noch ein anderes in Rechnung zu bringen. Das nachträgliche Ausfüllen der Tageslücke war lästig und führte zu Ungenauigkeiten, wenn man die Ortsangabe sogleich eintrug. Man konnte das bequem finden, was anfangs mehr zufällig geschah; man hatte damit zugleich, allerdings in rohester Weise, den Ungenauigkeiten vorgebeugt, welche sich aus der verschiedenen Behandlung von Ort und Tag ergaben.

381. Wie diese Auslassung, so schlossen sich auch Aenderungen der alten Formel genau an Fälle an, welche wir schon früher als vereinzelte Unregelmäßigkeit besprachen. So insbesondere die Verschiebungen der Tagesangabe, welche wir § 368 erwähnten und darauf zurückführten, daß die an gewöhnlicher Stelle übersehene Tagesangabe an anderer Stelle nachgeholt wurde. Alle dort angegebenen Verschiebungen der verschiedensten Art finden wir nun auch in den Datirungen dieser Zeit. Hie und da auch jetzt wohl noch unter Umständen, welche auf vereinzeltes Versehen schließen lassen; heißt es etwa St. 3324: *data anno 1136* —; *actum Wirciburg, feliciter; 17 kal. apt.*, so war die Nachholung des Tages hinter dem Schluswunsche gewis nicht beabsichtigt, obwohl das Versehen nicht erst auf die Reinschrift zurückgeht, da im Originale zu München der Tag ganz gleichzeitig mit der übrigen Datirung eingeschrieben zu sein scheint. Aber auch hier ist das, was anfangs Versehen war, vielfach zu Kanzleigebrauch geworden. Dafür spricht schon die Häufigkeit der Fälle, zumal wenn diese auf einen engeren Zeitraum zusammentreffen. Finden wir gerade in den letzten Jahren K. Lothars seit Ende 1132 in St. 3270. 73. 84. 86. 87. 88. 94. 95. 3300. 2. 3. 4. 7. 8. 9. 12. 13. 18. 23. 25. 27. 34. 43. 48.

381] den Tag nicht allein überhaupt zwischen den Jahresangaben, sondern immer genau an derselben Stelle zwischen Inkarnationsjahr und Indiktion, so kann das doch nur als zeitweiser Brauch der Kanzlei oder, worauf wir zurückkommen, einzelner Notare bezeichnet werden. Auch die Stellung des Tages zwischen Indiktion und Regierungsjahren, wie wir sie schon früher vereinzelt fanden, vgl. § 368, kommt jetzt viel häufiger vor, als daß es sich um vereinzelte Versehen handeln könnte; so insbesondere unter Lothar 323 1. 32. 44. 47. 83. 94. 99 u. s. w., während ich in jenen spätern Jahren K. Lothars nur noch in St. 3342 den Tag an der früher üblichen Stelle gefunden habe. Bestimmter noch dürfte sich durch St. 3304 erweisen lassen, daß jenes jetzt feststehender Kanzleigebrauch war; im Originale zu München ist gleichzeitig mit den Zeugen auch das *xvi. k. apr.* zwischen Indiktion und Regierungsjahren nachgetragen und zwar in absichtlich gelassener Lücke; der Schreiber der Datirungszeile hat also sichtlich jene Stellung überhaupt nicht mehr als eine unregelmäßige betrachtet. Auch dieser Brauch läßt sich noch in den früheren Jahren K. Friedrichs nachweisen; so in St. 3668. 71. 3730 und 3815 von 1158.

382. Handelt es sich bei dem bisher Besprochenen um Abweichungen, welche sich zuerst aus der Handhabung der alten Formel als bloße Versehen ergaben, an die man sich dann in der Kanzlei gewöhnte, so scheinen nun weiter auch absichtliche Aenderungen der alten Formel eingegriffen zu haben. Wurde dieselbe überhaupt einmal nicht mehr mit derselben Regelmäßigkeit angewandt, wie früher, so lag es nahe, nun auch dieses oder jenes zu ändern, was der Bedeutung der Formel nicht genau entsprach oder was Unbequemlichkeiten bei der Handhabung veranlaßte.

Zunächst wird da auf die jetzt häufige Nennung des Ortes unter Data hinzuweisen sein, während sich in der älteren Formel kaum etwas regelmässiger eingehalten findet, als die Einleitung der Ortsangabe mit Actum. Der Ort wird jetzt so häufig und in so verschiedener Weise unter das Datum gebracht, daß da absichtliche Aenderung kaum zu bezweifeln sein wird. Dafür fehlte es nicht an ausreichendem Grunde. Sollte sich, wie wir nachzuweisen suchten, auch die Ortsangabe in der Regel auf die Beurkundung beziehen, nicht aber auf die Handlung, so war die frühere Einleitung derselben mit Actum zweifellos unpassend. Und so willkürlich man vielfach in dieser Zeit auch die Ausdrücke Datum und Actum verwandte, so muß man doch aufmerksam geworden sein, daß jener auch der Ortsangabe mehr entspreche. Die Nennung des Ortes am Schlusse unter Actum findet sich zwar immer noch häufig; aber ganz überwiegend nur in solchen Fällen, wo die alte Formel überhaupt ungeändert angewandt wird. In ohnedies geänderten Formen findet sie sich auffallend seltener.

Die nächstliegende Aenderung, einfach das Actum vor der Ortsangabe zu beseitigen, scheint nie üblich geworden zu sein; ich finde

nur vereinzelte Fälle unter K. Heinrich V., St. 3169. 96, wo das Versehen seien mag, wie es sich auch schon früher vereinzelt wohl findet.

Dagegen findet sich nun überaus häufig, daß der Ort an seiner Stelle belassen, aber mit Data statt Actum eingeleitet wird. Das konnte besonders nahe liegen, wo am Eingange außer der Tagesangabe auch das Data ausgefallen war, so daß sich daraus keine Wiederholung desselben ergab. Solche Datirungen, mit Anno beginnend, nur die Jahre, keinen Tag, dann unter Data den Ort nennend, sind überaus häufig unter K. Konrad; so St. 3400. 3. 4. 6. 7. 17 und weiter in der Mehrzahl der Diplome ohne Tagesangabe. Diese Formel findet sich dann auch wohl mit der Abänderung, daß die Tagesangabe hinter den Jahren nachgeholt ist, dann der Ort unter Data folgt; so St. 3380. 86. 89. 3424. 25. 32. 86. War das Datum vor den Jahren nicht ausgefallen, so ergab sich vereinzelt wohl ein doppeltes Datum, so St. 3009. 3237. 3405.

Weiter aber hat man, worauf wir zurückkommen, den Ort unmittelbar hinter Datum eingeschoben und das Actum beseitigt. Das findet sich auffallend häufig gerade in den letzten Jahren K. Heinrichs V., so St. 3162. 64. 68. 73. 79. 85. 86. 87. 90. 92. 93. 3206. 12, in der Weise, daß nun auf Datum mit Ort zunächst die Jahre, dann erst der Tag folgen. Der scharfe Einschnitt, den der Wechsel der Regierung 1125 bezeichnet, tritt nun besonders deutlich dadurch hervor, daß diese Form zunächst ganz aufhört; selbst bei nächstverwandten Formeln aus der Zeit K. Lothars, wie St. 3231. 32. 47, zeigt sich wenigstens die Abweichung, daß die Regierungsjahre erst auf den Tag folgen. Tritt dann dieselbe Formel unter K. Friedrich I. wieder auf, worauf wir zurückkommen, so besteht da zweifellos kein Zusammenhang. Dagegen findet sich unter K. Konrad und K. Friedrich wohl die verwandte Form, daß der Tag fehlt, unter Datum Ort und Jahre genannt sind. Ist nun in St. 3626 in einer solchen Form hinter der Apprektion noch die einfache Tagesangabe angehängt, also mindestens im Konzepte nachgetragen, so muß das den Gedanken nahe legen, daß jene Anordnung sich überhaupt nicht zufällig gebildet habe, sondern mit dem früher besprochenen Brauche zusammenhänge, den Ort sogleich zu schreiben, nur den Tag nachzutragen, wozu die Stellung am Ende der gesammten Datirung natürlich die geeignetste war. Auf absichtliche Aenderung würde dabei um so eher zu schließen seien, als diese stark abweichende Form gerade schon unter K. Heinrich V. Kanzleigebrauch geworden ist, während unter seiner Regierung die sonstigen Abweichungen durchweg noch als mehr vereinzelte Unregelmäßigkeiten erscheinen. Findet sich diese Form, die sich nicht leicht aus vereinzelt Mißgriffen bei Handhabung der ältern Formel ergeben konnte, schon in St. 1821 von 1024, so wird das nur die sonstigen Verdachtsgründe gegen die Echtheit stärken können.

383. Ich glaube dann weiter, daß auch die nähere Verbindung der Angaben des Ortes und des Tages, welche nun in den

383] Formeln bestimmter hervortritt, wenn sie sich auch zunächst mehr zufällig ergeben mochte, doch wesentlich dadurch gefördert wurde, daß man einfah, wie diese genauesten Angaben der Datirung am passendsten ihre Stelle nebeneinander fänden, zumal gerade nur bei diesen spätere Nachtragung üblich war.

Wurde die Ortsangabe jetzt, wie gesagt, häufig unmittelbar hinter Data eingeschoben, so ergab sich jene nähere Verbindung von selbst, sobald es sich um eine Formel handelte, welche in der früher üblichen Weise den Tag unmittelbar unter Datum nannte, so daß sich die Folge Data Ort, Tag, Jahre ergab. Das ist in den ersten Zeiten K. Friedrichs I. die herrschende Form geworden und hat sich für einfache Privilegien lange als solche behauptet; wir werden sie später besonders erörtern. Finde ich sie unter K. Lothar nur St. 3256. 61. 3319, und auch unter K. Konrad nur wenige Fälle, so erklärt sich das daraus, daß der Eingang mit Data und der Tagesangabe sich in dieser Zeit überhaupt fast nur noch da findet, wo es sich um die ungeänderte alte Formel handelt, während die in dieser Zeit hervortretenden Aenderungen sich durchweg an eine ohnehin schon geänderte Formel anschließen.

Beachtenswerther ist für diese Zeit die Zufügung des Tages zum Orte am Ende der Datirung. Das war zuweilen schon früher geschehen bei Einleitung des Ortes mit Actum, vgl. § 368. Noch näher mußte das liegen, wenn man in der mit Anno beginnenden Formel das Actum durch Datum ersetzte, da man ja von jeher gewohnt war, den Tag unter Datum zu nennen. Vereinzelt finde ich das schon in dem ganz ungewöhnlich gefaßten St. 3022 von 1107 und in dem anscheinend danach gefälschten St. 3023. Dann, so weit ich sehe, erst wieder unter K. Konrad. Wird unter diesem die mit Anno beginnende Datirung sogleich die vorherrschende, so gibt diese häufiger unter Data nur den Ort. Findet sich aber überhaupt eine Tagesangabe, so ist diese nun, so St. 3372. 73. 87. 98 u. f. w., so regelmäßig hinter den Ort gestellt, daß wir das als die kanzleigemäße Stellung der Tagesangabe zu betrachten haben; nur selten, so St. 3381. 86, ergibt sich die Abweichung, daß unter Datum zuerst der Tag, dann der Ort genannt wird. Kommen die mit Anno beginnenden Formen unter K. Friedrich im allgemeinen außer Brauch, so finden sich doch noch manche Belege für den Fortgebrauch jener in K. Konrads Kanzlei vorherrschenden Formel; so St. 3665. 66. 74. 82. 85. 3752. 3819. 30. 3929.

Diese Form brachte nun nicht allein Ort und Tag überhaupt in Verbindung, wie jene erste, sondern bot ihr gegenüber noch einen weitem Vortheil, nämlich Erleichterung der Nachtragung. Waren Ort und Tag gemeinsam an das Ende der Datirung gerückt, so konnte man beide nachtragen, ohne bei der ersten Niederschrift Lücken zu lassen. Die Jahresangaben konnten unter Anno sogleich eingeschrieben, später Datum mit Ort und Tag nachgetragen werden. Daß die Form wirklich in dieser Weise benutzt wurde, möchte ich nicht bezweifeln. Nachtragung

des Datum in der Reinschrift möchte ich allerdings in mir bekannten Originalen nur für St. 3481 annehmen, wo das Datum von derselben Hand nachgetragen zu seyn scheint. Aber es mußte sich dabei nicht gerade um die Reinschrift handeln. Wurden nach der § 364 ff. begründeten Annahme oft nur Ort und Tag gemeinsam in das Konzept eingetragen, so war es doch bequem, wenn diese dann auch in der Reinschrift an demselben Orte einzutragen waren. Daß das die Aufnahme dieser Form begünstigte, ist gewiß von vornherein nicht zu bezweifeln. Und es finden sich denn auch wohl Unregelmäßigkeiten, welche auf Nachtragung des Datum deuten, ohne daß dieses in der Reinschrift Verschiedenheit der Schrift zeigte. So ist in St. 3523 das Anno mit den Jahresangaben durch die Rekognition von Data getrennt, obwohl alles gleichzeitig eingetragen zu seyn scheint. In St. 3445 entsprechen Zeugen, Rekognition und Datum mit Tag und Ort nur dem Jahre 1142; aber alle drei Jahresangaben lassen sich nur auf 1138 beziehen, wobei die Rasur schwerlich ins Gewicht fallen wird. Das wurde schon M. Boica 29,277 durch Beziehung der Jahre auf die Handlung erklärt, die allerdings auch nachträglich einem Akte entnommen seyn konnten, deren Beibehaltung aber doch weniger auffällt, wenn sie sich schon in einem Konzepte fanden.

Es könnte dann aber weiter die Stellung des Tages nicht vor, sondern hinter dem Orte damit zusammenhängen, daß häufig nur der Tag nachgetragen wurde, wozu, wie schon § 382 bemerkt, die Stellung der Tagesangabe am Schlusse der gesammten Dairung die geeignetste war. Weis ich das gerade bei dieser Formel nicht bestimmter zu belegen, so ist zu beachten, daß unter K. Konrad, unter dem sie in Gebrauch war, der Tag so überaus häufig gar nicht genannt wird; man wird ihn da, wo man Bedenken hatte, ihn sogleich mit dem Ort einzutragen, durchweg auch nicht nachgetragen haben. Doppelt auffallend ist dann freilich die unserer Annahme anscheinend geradezu widersprechende Dairung von St. 3424, Jaffé Dipl. quadr. 47: *anno 1141 — idus aprilis; data Argentinae in octava pasche*, wonach also unter Anno schon der 13. Apr., dagegen unter Data, wo wir spätere Nachtragung erwarten dürften, der 6. Apr. genannt wird, der auch der Handlung nicht entspricht, da diese nach dem Texte auf Ostern, März 30, fiel. Dieser Sachlage gegenüber möchte ich annehmen, daß das Data so in das Konzept eingetragen war, der Reinschreiber aber neben der ungewöhnlichen Bezeichnung des Tages nach dem Feste denselben auch nach der üblichen Zahlung angeben wollte, wie sich eine entsprechende Doppelangabe auch St. 3095 findet, vgl. § 108, und sich dabei verzählte oder auch etwa den zur Zeit der Reinschrift laufenden Tag eintrug.

384. Alle bisher besprochenen Formen sind sichtlich auf Grundlage der älteren Dairungsformel durch unabsichtliche oder auch absichtliche Aenderung derselben entstanden. Bei anderen scheint diese Erklärung nicht auszureichen; ich glaube da den Einfluß der in

384] Privaturkunden üblichen Datirung in Anschlag bringen zu müssen. Schon mehrfach wurde darauf hingewiesen, daß der Regierungsantritt K. Lothars einen besonders wichtigen Abschnitt in der Geschichte der Kanzlei bildet. Fehlte jetzt ein eigentlicher Kanzler, so waren die Notare, welche statt desselben fungiren, wohl nicht in der Reichskanzlei gebildet, mögen zum Theil schon der herzoglichen Kanzlei angehört haben. Allerdings suchten sich dieselben sichtlich die früher üblichen Formen anzueignen oder wurden wenigstens durch Vorlagen auf dieselben hingewiesen. So kann es nicht befremden, wenn wir auch unter K. Lothar, aber doch auffallend selten, die alte Datirungsform noch ungeändert angewandt finden; eben so wenig aber, daß dieselbe nun ungleich häufiger in dieser oder jener Richtung geändert erscheint, als in der nächstvorhergehenden Zeit. In andern Fällen scheint man aber auch ganz von ihr abgesehen zu haben; es wurde dann einfach der Brauch kaiserlicher Kanzleien maßgebend, wie er jenen Notaren von früher her bekannt war. Und Aehnliches traf dann nochmals zu beim Regierungsantritte K. Konrads. Wechselte damals zweifellos wieder das ganze Personal, so erklärt sich daraus leicht, daß nun auch die Formeln wesentlich andere werden. Es ist möglich, daß K. Konrad noch ein oder anderen Notar heranziehen konnte, der schon in der Kanzlei K. Heinrichs V. gearbeitet hatte, und es könnte damit zusammenhängen, daß wir jetzt der ungeänderten alten Formel wieder häufiger begegnen. Ueberwiegend werden aber auch seine Notare aus seiner herzoglichen oder aus bischöflichen Kanzleien hervorgegangen sein, so daß der Brauch dieser hier eben so wohl maßgebend werden konnte, als unter K. Lothar.

Darauf möchte ich insbesondere die unter K. Lothar und K. Konrad so häufige Einleitung der Datirung mit Actum zurückführen, wie dieselbe in Privaturkunden entsprechend der Beziehung auf die Handlung üblich war. Vereinzelt findet sich dieselbe allerdings schon früher in Königsurkunden. Zuweilen wird das auch da daraus zu erklären sein, daß man absichtlich ausnahmsweise Beziehung auf die Handlung kenntlich machen wollte; vgl. § 100 und 106 zu St. 3963. 74. Es konnte sich das weiter, wie wir § 369. 370 für St. 1406. 7. 10. 11. 3031. 65. 66 annahmen, durch Verschiebung der alten Formel, welche das Actum mit Ort an den Anfang brachte, erklären; und es wäre denkbar, daß auch hier, wie wir das in andern Fällen annahmen, eine solche zunächst durch Mißgriffe veranlasste Aenderung zu Kanzleibrauch geworden wäre. Aber mit der Annahme bloßer Verschiebung der alten Formel reichen wir nicht aus; es folgt keineswegs nun immer auf Actum zunächst der Ort, wie das in jenem Falle zutreffen sollte. Diese Formeln sind vielmehr so unregelmäßig gestaltet, daß schon an den Gedanken engeren Anschlusses an die ältere Formel ausschließen muß. So geben St. 3228. 40. 55. 66. 67. 3306. 14. 3410. 3509 unter Actum Ort, Tag, Jahre; St. 3282. 3388. 3581 Ort, dann Jahresangaben und

zwischen ihnen den Tag; St. 3290 Ort, Jahre, Tag; St. 3310 Tag, Jahr, Ort; St. 3574 Jahre, Tag, Ort; St. 3259. 3320. 92. 99. 3452. 71. 3508. 79. 97 nur Ort, dann Jahre; St. 3251. 3377. 91. 3436 nur Jahre, dann Ort; St. 3463 nur Jahre und Tag; St. 3298. 3418. 61. 3514. 18. 23. 28. 80 lediglich die Jahresangaben; wieder andere, auf die wir zurückkommen, lassen auf das Actum noch ein Data mit dieser oder jener Angabe folgen.

Wie die Einleitung mit Actum selbst, so entspricht auch diese Regellosigkeit und Oberflächlichkeit der Datirung durchaus den Privaturkunden. Und auch in der sonstigen Fassung zeigen diese Formen sich viel weniger übereinstimmend gehandhabt, als die an die alte Formel anschließenden. Statt *actum* heisst es zuweilen *factum*, so St. 3388. 3399, wofür die alte Formel gar keinen Anschluss bietet; eben so wenig für das *completum*, welches St. 3377 die Ortsangabe einleitet. In die Fassung der Formel finden jetzt Angaben Eingang, wie die allgemeine Erwähnung der Regierung mit *regnante*, welche den Königsurkunden fremd, sich schon früher häufig in Privaturkunden fanden; wir werden darauf bei Besprechung der spätern regelmässigen Formen zurückkommen. Sehr häufig zeigt sich dann gerade die Datirung mit Actum noch mit anderm Ungewöhnlichen verbunden, so der Aufzählung der Zeugen hinter der Datirung. Ebenso erscheint die jetzt beginnende Anführung des Datum per manus überwiegend zugleich mit solchen Datirungen; so St. 3282. 98. 3395. 3463. 3514. 3618. 23. Wie aber diese Formel aus den Privaturkunden ihren Weg in die Reichskanzlei gefunden hat, vgl. § 319, so ist das zweifellos auch für die Datirung mit Actum anzunehmen.

385. Bedürfte es da noch eines weiteren Beweises, so scheint es sich nun weiter nicht blos um die Form, sondern oft auch um die Sache zu handeln; es scheint sich mehrfach Beziehung der mit Actum beginnenden Datirung auf die Handlung zu ergeben, wie dieselbe für Privaturkunden als Regel, für Königsurkunden sonst als Ausnahme zu betrachten ist. Oft mag es sich allerdings lediglich um die Form gehandelt haben, der an die Einleitung mit Actum gewöhnte Schreiber dieses ohne alle Rücksicht auf die Bedeutung statt Datum geschrieben haben. Wir wiesen schon § 100 darauf hin, wie überaus willkürlich beide Ausdrücke in dieser Zeit gebraucht werden. Auch gehört von den früher § 103 ff. besprochenen Fällen, wo sich nach anderen Gesichtspunkten Beziehung der Datirung auf die Handlung ergibt, nur etwa St. 3266 hieher. Mehrfach aber scheinen mir gerade hier darauf zu deuten die eigenthümlichen, vom Brauche der Reichskanzlei abweichenden Formen der Verbindung des Actum mit den übrigen Bestandtheilen der Urkunden, welche wieder durchweg näheren Anschluss an Privaturkunden zeigen, wo dieselben eben in der durchgängigen Beziehung der Datirung auf die Handlung ihre Erklärung finden.

So folgt in St. 3306, Cod. Anhalt. 1, 172, nach den Zeugen und der und für sich ungewöhnlichen Datirung: *actum est istud in H. in*

385] *pascha, feria 3, anno 1135*, noch eine Strafformel, die der gewöhnlichen Schlussformeln des Textes ganz entbehrenden Urkunde also erst nachträglich zugefügt sein wird, so daß nach dem § 218 Bemerkten schon das ursprüngliche Konzept die Datirung enthalten haben wird, wie das in Privaturkunden gewöhnlich der Fall gewesen zu sein scheint; vgl. § 220.

Wir finden weiter, daß solche Datirungen mit Actum häufig den Zeugen vorhergehen, in der Regel so, daß auch die Zeugenaufführung als Theil des Actum erscheint. So St. 3388, Trouillat Mon. 1, 278: *facti sunt autem haec in civitate A. anno 1139 — sub testibus subscriptis*, oder St. 3436, Verci Marca 1, 18: *actum est hoc anno — 1140, 2. ind. Radisbone presentia principum, quorum nomina subtus leguntur*; vgl. St. 3448. 3508. 9. 74. 3633. 3745. 80. 81. Das weicht durchaus von der § 237 besprochenen regelmäßigen Stellung der Zeugen in den Königsurkunden ab, während in den Privaturkunden diese Form sehr üblich ist. Entspricht dieselbe insbesondere der in Notariatsinstrumenten gebräuchlichen, so dürfte sie sich am leichtesten durch die Annahme erklären, es seien in solchen Fällen Datirung und Zeugen einem vorhergehenden Akte entnommen; jedenfalls wird Beziehung auf die Handlung nicht zu bezweifeln sein, wie schon § 238 angenommen wurde.

Ist danach vorauszusetzen, daß Datirung und Zeugen in diesen Fällen sogleich in das ursprüngliche Konzept eingetragen wurden, so bestätigt sich das wohl dadurch, daß ihnen erst Bestandtheile folgen, welche dem ursprünglichen Konzepte gefehlt haben werden. In St. 3391 folgt nach der unter Actum auch die Zeugen aufführenden Datirung noch ein auf die Zeit bezüglicher Zusatz, dann Signum und Rekognition; in St. 3436 folgt die Strafformel. Und das trifft auch in Fällen zu, wo die Zeugen nicht in das Actum einbezogen sind, dieses sich auf die Datirung beschränkt, während dennoch Signum und Rekognition erst am Ende folgen; so bei St. 3392, dann bei St. 3367, wo auch die Zeugen dem Actum nachstehen. Oder bei gewöhnlicher Stellung der Datirung deutet die Fassung wohl mit größerer Bestimmtheit gerade auf die Handlung; so St. 3399: *facta est autem haec venditio in loco H. anno 1139*.

386. Endlich finden wir nun Fälle einer Datirung unter Actum mit nachfolgendem Datum, welche insofern beachtenswerther scheinen könnten, als sie eine Annäherung an die spätere regelmäßige Form der feierlichen Datirung zeigen, welche unter Actum die Jahre, unter Datum Ort und Tag nennt. Diese letztere beruhte zweifellos auf dem ganz bestimmten Gesichtspunkte, daß man zunächst unter Actum das gab, was für Handlung und Beurkundung sich durchweg gleichstellte, also an einem früheren Zeitpunkte zugeschrieben werden konnte, dagegen für das Datum die nachzutragenden genaueren Angaben vorbehielt. Auf denselben Gesichtspunkt führten wir schon § 383 die Form zurück, welche Ort und Tag am Ende unter Datum nennend,

von der später üblichen feierlichen Form nur noch durch die Eingangsform mit Anno statt Actum unterscheidet.

So läge es nahe, auch hier denselben Gesichtspunkt als maßgebend zu betrachten. Aber es ergibt sich da ein wesentlicher Unterschied. Während die mit Anno beginnende Form ganz regelmäßig gehandhabt, immer gerade Ort und Tag unter Datum nennt, finden wir hier eine verschiedene Vertheilung. Die dem spätern Brauche entsprechende Vertheilung finde ich vor K. Friedrich nur in St. 3201. 2, die noch unter Heinrich V. fallen, dann in St. 3457, während sich St. 3268 wenigstens näher anschließt, als es überhaupt keinen Tag, den Ort aber Datum nennt. Dagegen gibt St. 3229 unter Actum Ort und Jahre, Datum den Tag; ähnlich St. 3465 und 3596 mit Wiederholungen Datum; St. 3448. 3549. 94. 3799 haben unter Actum nur den Ort, Datum Jahre und Tag. Bei allen diesen Fällen ließe sich noch denken, man habe wenigstens den Tag als genaueste Bestimmung Datum bringen wollen. Aber nicht allein geben St. 3333. 3633 Actum den Ort, unter Datum nur die Jahre, sondern St. 3463. 3464 haben geradezu umgekehrt unter Actum Tag und Jahre, unter Datum den Ort. In andern Fällen, so St. 3514. 3618, folgt auf das Actum der gefamten Dairung lediglich das Datum per manus.

Alles das läßt sich offenbar auf keine Regel, auf keinen bestimmten Gesichtspunkt zurückführen, gibt nur einen weiteren Beweis, daß die mit Actum beginnenden Dairungen nicht als Fortentwicklung der alten Form zu betrachten sind. Wie das auch in Privaturkunden, worauf wir zurückkommen, üblich war, ließe man wohl dem Actum ein Datum folgen, aber in ganz willkürlicher Verwendung beider Ausdrücke. Die Dairung mag dann zuweilen benutzt sein, um gerade die unter Datum gegebenen Angaben nachzutragen; aber eine bestimmtere Rückführung auf die später übliche Form wird da schwerlich anzunehmen sein.

387. Ganz ähnliche Regellofigkeit, wie bei den Formeln dieser Art findet sich bei dem, was mir nach eigener Einsichtnahme, wie nach Mittheilungen von Schum über die Diplome K. Lothars bezüglich der Nachtragungen in die Reinschrift bekannt geworden ist. Auch hier ergibt sich nicht selten das gefamte Schlußprotokoll oder doch die gefamte Dairungszeile als nachgetragen. Das letztere trifft denn auch wohl eine mit Actum beginnende Dairung; so ist dieselbe in St. 3251 zu München zwischen Text und Signum nachträglich eingegeben.

Die Regellofigkeit zeigt sich da, wo nur Theile der Dairung nachgetragen sind. Nach Schum sind in St. 3262, Mittelrh. U. B. I, 530, Zeugnis- und Signumzeile, Rekognition und Data mit Tag mit anderer Dinte gegeben, als die sich mit Anno fortsetzende weitere Dairungszeile; das ist die regelrechte alte Form, man hat sich also hier nicht einer der neueren, die Nachtragung erleichternden Formen bedient. In St. 3263,

387] Bresslau Dipl. c. 61, sind der Text und das die ganze Ur schließende Actum mit den Jahreszahlen von derselben Hand ge- ben; dagegen von anderer Hand vor dem Actum die Rekognition das Datum mit Tag, Ort und Schlufswunsch zugeschrieben. In St. 3481 sind die Zeugen und in einer freigelassenen Lücke zwischen den Ja- angaben die Tagesangabe nachgetragen; weiter in St. 3481 das D mit Ort und Tag.

388. Es ergibt sich aber weiter, daß auch in dieser Zeit Da- gen, welche ihrem ganzen Umfange nach mit dem Texte gleich in die Reinschrift eingetragen sind, nicht füglich an ein und dem- Zeitpunkt so entstanden sein können, was wir dann zweifellos eb- wie bei den § 363 ff. besprochenen Fällen der älteren Datirung Nachtragungen zum Konzepte zurückzuführen haben we- Allerdings erschwert die große Mannichfaltigkeit der Formeln jet- Nachweisbarkeit solcher Fälle; manche Verschiebung, welche f- als ausnahmsweise Unregelmäßigkeit einen Halt bot, ist jetzt zu- leigebrauch geworden und gestattet keinen Schluss mehr. In E- fallen aber zeigt sich doch eine Gestaltung, welche mit der Ann- gleichzeitiger Zufügung, sei es im Konzepte, sei es erst bei der- schrift, nicht wohl vereinbar ist.

So wenn bei St. 3324 der Tag ganz zuletzt hinter dem Sch- wunsche zugefügt ist; vgl. § 381. So wurde § 383 für St. 3445 3523 auf Umstände hingewiesen, welche Nachtragung des Datum- scheinlich machen. In St. 3311 folgen lediglich die beiden Regier- jahre hinter dem Schlufswunsche. Es gehört hieher weiter der § besprochene Fall St. 3465, wo das Actum mit Ort, Regierungs- und Zeugen zweifellos schon im ursprünglichen Konzepte stand, rend dann das erst auf Rekognition und Signum folgende Datum nochmaliger Nennung des Ortes, dann den übrigen Jahresangaben dem Tage bei der Ausfertigung zugefügt sein muß. Eine ent- chende Sachlage ergibt sich auch bei St. 3596, Gerbert H. N. S. 3,80; auf die Zeugen folgt zunächst lediglich: *actum Constantiae f-* *ter a. 1152*; dann Signum und Rekognition; endlich: *data 7. id-* *ind. 15, a. d. i. 1152, regni 14.*

389. Sind wir einmal bezüglich der Datirung auf Nachtragu- im Konzepte oder zum Konzepte hingewiesen, so wird nun zu beac- sein, daß wir § 290 die Annahme zu begründen suchten, es sei- den Diplomen K. Lothars die Rekognitionsformeln im Konzepte den Rekognoszenten eigenhändig zugefügt. Fanden wir nun § 387 Fälle, daß die Rekognition gerade mit den genaueren Angaben Datirung, in St. 3262 mit dem Tage, in St. 3263 mit Tag und O- die Reinschrift nachgetragen wurden, so legt das die Frage nahe nicht in andern Fällen Nachtragung im Konzepte durch- Rekognoszenten anzunehmen sei. Da unter Lothar verschie- Personen rekognosziren, andererseits die Formeln der Datirung

verschieden gestaltet sind, so könnte sich das daraus ergeben, daß bestimmte Formeln gerade in solchen Diplomen angewandt wären, welche von ein und demselben Notar rekognoszirt sind. Für diesen Zweck sah ich alle Diplome Lothars durch, welche mir zur Hand waren, ohne mir zu verhehlen, daß selbst bei Richtigkeit der Annahme ein genügendes Ergebnis vielleicht kaum zu erreichen sein werde. Denn schwerlich dürften die Rekognoszenten immer die ganze Formel zugeschrieben haben; begnügten sie sich aber, nur einzelne genauere Angaben im Konzepte zu vermerken, blieb die Ausführung der ganzen Zeile dem Reinschreiber überlassen, so konnten sich dadurch trotzdem sehr verschiedene Gestaltungen der Formel ergeben. War es weiter im allgemeinen Brauch, daß die Rekognoszenten datirten, so muß das nicht gerade immer eingehalten sein. Nachtragung von Rekognition und Datirung im Konzepte würden Beziehung der letztern auf den Fertigungsbefehl voraussetzen. Nun scheint aber einmal gerade in dieser Zeit nach § 385 die Datirung sich besonders häufig auf die Handlung zu beziehen und schon im ursprünglichen Konzept vorhanden gewesen zu sein; dann entfiel natürlich jede nähere Beziehung zur späteren Datirung. Und ebenso konnte das der Fall sein, wenn die Datirung etwa erst bei der Vollziehung in die Reinschrift nachgetragen wurde. Werden aber diese störenden Umstände in Rechnung gebracht, so schien mir das Ergebnis der Vergleichung der Rekognitionen mit den Datirungen meine Annahme bestimmter zu bestätigen, als ich das irgend erwartet hatte.

Zunächst ergab sich, daß die Datirungen da am willkürlichsten und mannichfaltigsten gestaltet sind, wo überhaupt kein Rekognoszent oder aber solche Notare genannt werden, welche überhaupt nur ein oder anderemal als Rekognoszenten auftreten. So findet sich zum Rekognoszenten Embrico in St. 3227, Zaps Mon. 468, für Rheinau die ungeänderte alte Formel; man darf aber den Text nur mit St. 514 vergleichen, um sich zu überzeugen, daß dafür eine Vorurkunde maßgebend gewesen sein wird; in St. 3229 dagegen, gleichfalls von Embrico rekognoszirt, finden wir zuerst Actum mit Ort und Jahren, dann Datum mit dem Tag. Zum Notar Anno ist St. 3228 alles unter Actum, St. 3247 alles unter Datum zusammengefaßt. Anselm rekognoszirt nur in St. 3267 mit einer vor den Zeugen unter Actum zusammengefaßten Datirung, in der das *in paschali curia* die Tagesangabe ersetzt. Die beiden von Helhard rekognoszirten St. 3231. 32 geben alle Angaben unter Datum übereinstimmender Folge.

Bestimmtere Ergebnisse werden wir nur bei den Notaren erwarten können, welche oft als Rekognoszenten genannt werden. Nun kann es doch schwerlich Zufall sein, daß alle mir bekannten Urkunden, welche die ungeänderte alte Datirungsformel haben, außer St. 3227, wo das, wie gesagt auf eine Vorurkunde zurückgehen wird, und St. 3269. 3356, das gleichfalls zutreffen kann, immer Thietmar als Rekognoszenten

389] nennen, nämlich St. 3234. 38. 39. 41. 42. 45. 76. 48. 53. 54. 58. 62. 65, während auch St. 3243 ohne Rekognition in die Zeit seiner vorzugsweisen Amtsführung fällt. Bei einem dieser Fälle, St. 3262, vgl. § 387, sind Rekognition und das *data 9 kal. maii* am Beginne der Datirung, aber auch Zeugen und Signum in der Reinschrift nachgetragen. Würde er etwa immer nur den Tag nachgetragen haben, so müßten die Reinschreiber bestimmt angewiesen gewesen sein, wie sie die übrige Zeile zu gestalten hatten. Doch ergeben sich zu Thietmar auch abweichende Formen, so St. 3256. 61. 63. 64. 91, die sammtlich wenigstens darin übereinstimmen, daß sie die genaueren Angaben von Ort und Tag vor den Jahren bringen. Das ist nun wenigstens in St. 3263. 64. zweifellos darauf zurückzuführen, daß mit der Rekognition nur die genaueren Daten nachgetragen wurden und ein Mißgriff des Reinschreibers eingriff. Es heißt übereinstimmend: *Tietmarus in vice A. archicancellarii recognovit; data 6. non. maii*, Nussie, *in nomine domini amen*; und das ist wenigstens in St. 3263 nach Mittheilung von Schum von anderer Hand und nach dem Drucke bei Bresslau Dipl. c. 61 in fortlaufender Zeile geschrieben, während dann in anderer Zeile schon von der Hand des Textes folgt: *acta sunt hec anno d. i. 1131, ind. 9, sub t. Lothario Rom. rege*. Rekognition und Datum könnten hier sogar eigenhändig in die Reinschrift eingetragen sein. Jedenfalls dürfte alles dafür sprechen, daß die Nachtragung uns angibt, wie Thietmar zu zeichnen pflegte. War das auf die alte Formel berechnet, so hatte der Reinschreiber einfach das Datum zu theilen, und zwischen Tag und Ort die Jahre und dann Actum zu ergänzen, während das in diesem Falle dadurch ausgeschlossen war, daß schon ein Actum in anderer Fassung vorher eingetragen war. Aehnliche Umstände mögen die andern Abweichungen veranlaßt haben.

Nicht minder auffallend, als jene bestimmte Beziehung der ungeänderten alten Formel zu Thietmar ist der weitere Umstand, daß die § 381 besprochene, in den letzten Jahren K. Lothars allgemein übliche Verschiebung des Tages zwischen die Jahresangaben sich nie zu Thietmar findet, auch nicht zu seinen spätesten Rekognitionen, wo sie anderweitig schon üblich war, sondern bestimmt zunächst an den Notar Ekkehard anknüpft. Wo dieser rekognoszirt, finden sich nur einzelne nicht bestimmter an die ältere Formel anknüpfende regellosere Datirungen, so St. 3250. 51. 3333. 37. Alle andern beruhen auch bei ihm auf der älteren Formel. Aber nur ein einzigesmal, St. 3269, finde ich diese völlig ungeändert; es wäre das weiter noch für St. 3292 dann anzunehmen, falls hier vor Anno das Datum mit dem Tage aus Versehen ausgelassen wäre. Dagegen ist nun für ihn charakteristisch die Stellung des Tages zwischen den Jahren. Auch schon früher, so St. 3231. 32, findet sich wohl die Stellung des Tages zwischen Indiktion und Regierungsjahr, aber in auch sonst abweichenden Formeln. Bei übrigens ungeänderter alter Formel findet sie sich zuerst gerade in der schon 1129 vereinzelt

von Ekkehard rekognofzirten St. 3244, dann fpäter 3299. 3304. 18. 32. 33; häufiger noch die gerade nur in diefer Zeit vorkommende Stellung zwifchen Inkarnationsjahr und Indiktion; fo St. 3270. 73. 84. 86. 88. 95. 3300. 13. 27. 34. 43, während St. 3271. 3336 der Tag fehlt, St. 3324 hinter dem Schlufswunfch nachgeholt wird.

Diefer Umftand würde freilich bedeutfamer feien, wenn fich ein entfprechender Unterfchied, wie zwifchen Thietmar und Ekkehard, nun auch zwifchen diefem und dem fpäter mit ihm fungirenden Berthold ergäbe. Das ift allerdings nicht der Fall. So weit ich fehe, finden fich auch bei Berthold jene zunächft an die alte Formel anfhließenden Dairungen und zwar ausnahmslos; weiter genau diefelben Stellungen des Tages; St. 3294. 3322. 45 folgt er auf die Indiktion; ebenfo St. 3311 bei Verſchiebung der Regierungsjahre hinter die Apprekation; St. 3296. 3302. 3. 8. 9. 12. 23 fteht der Tag zwifchen Inkarnationsjahr und Indiktion; St. 3315. 46 fehlt er.

Dem gegenüber werden wir nun entweder annehmen müffen, daß Ekkehard und Bertold in übereinflimmender Weife unterfertigten; oder wir werden annehmen müffen, daß jene nur in diefer Zeit übliche Tagesftellung allgemeiner, von der Perfon des Rekognofzenten unabhängiger Kanzleigebrauch geworden fei. Aber das letztere erprobt fich nicht. Einmal zeigen auch in diefer Zeit gerade Diplome ohne Rekognition fehr unregelmäßige Dairungen, fo etwa St. 3290. 3306. 16. 19. 20. Auffallender noch ift es, daß jene charakteriftifche Form fehlt, wo vereinzelt andere Rekognofzenten genannt werden. St. 3268 mit Heinrich, dann Actum Jahre und Datum Ort ift allerdings fehr verdächtig. Wenn aber bei St. 3310 von Stumpf angenommen wird, es fei Conradus ftatt Ekkehardus verſchrieben, fo fcheint mir der Umftand, daß Tag, Jahre und Ort unter Actum zufammengefaßt find, gerade darauf zu deuten, daß Ekkehard hier nicht rekognofzirte. Sicher ift der Achardus in St. 3314 nicht für Ekkehard verſchrieben, da diefer immer für den Erzkanzler, jener aber für den Kanzler, wie Ekkehard in diefer Zeit genannt wird, rekognofzirt; und auch hier ift nicht allein die ganze Dairung unter Actum gegeben, fondern in ungewöhnlicher Weife auch die Epakte genannt. Wurde § 19 als möglich zugegeben, daß in St. 3342 Bruno ftatt Bertold im Originale verſchrieben fei, fo ift es mir nun doch auffallend, daß hier eine ganz ungeänderte alte Dairung erſcheint, wie ich fie fonft bei Bertold nicht nachweiſen kann. Allerdings ift dann auch die vom Erzkanzler Norbert rekognofzirte St. 3283 jene charakteriftifche Stellung des Tages bei alter Formel; da liegt aber die Annahme nahe, daß der unter dem Erzkanzler fungirende Ekkehard die Dairung zufügte. Viel beachtenswerther fcheint mir zu feien, daß in St. 3282. 98, wo kein Rekognofzent, fondern Norbert als Aushändiger genannt wird, vgl. § 320, fich abweichende mit Actum beginnende Dairungen zeigen.

Endlich wird noch beachtenswerth feien, daß wir unter K. Konrad,

389] bei dessen Regierungsantritt zweifellos das ganze Personal gewechselt haben wird, sogleich durchaus andere Formen finden. Sonderbarer Weise tritt nun zunächst nur in den ersten Urkunden die alte Formel wieder auf, ungeändert in St. 3369, dann mit Stellung der Indiktion vor dem Inkarnationsjahre in St. 3368. 70. 71, was wir bereits § 288 dazu verworthen, für das gefälschte St. 3368 mindestens eine echte Datirungszeile anzunehmen. Dann folgen sogleich die verschiedensten Formen, in St. 3375. 76. 78. 85 mit Datum und dem Orte, in St. 3377. 82 mit Actum, insbesondere aber in St. 3372. 73. 80. 81. 84. 86 mit dem für die Datirungen unter K. Konrad charakteristischen Anno beginnend, während auch im weitem Verlauf der Zeilen sich noch manche Verschiedenheiten geltend machen. Dieselbe Mannichfaltigkeit bleibt dann fernerhin. Ist nun als Rekognoszent durchweg der Kanzler Arnold genannt, so können die Datirungen zweifellos nicht durch ihn bestimmt sein. Aber es wird, wie schon § 290 bemerkt, jetzt zweifellos keine eigenhändige Fertigung des Rekognoszenten mehr anzunehmen sein. Die Datirungen werden auf verschiedene Notare zurückgehen. Und dann denke ich, daß die vorherrschende, mit Anno beginnende Form in näherer Beziehung zu Heinrich steht, der die Stellung des spätern Protonotar eingenommen hat. Denn sie findet sich in St. 3381, wo er neben dem rekognoszirenden Kanzler als Unterzeichner genannt ist, vgl. § 290; dann in dem von ihm rekognoszirten St. 3430, während allerdings St. 3594 eine mit Actum beginnende, ganz unregelmäßige Datirung hat.

Mag nun diese Vermuthung begründet sein oder nicht, so wird nach dem Gefagten wenigstens für die Zeit K. Lothars nicht zu bezweifeln sein, daß die Form der Datirung in näherer Beziehung zum Rekognoszenten steht. Hat dieser zweifellos nicht die Reinschriften selbst gefertigt, sind auch nur vereinzelt gerade Rekognition und Datirung in der Reinschrift nachgetragen, so muß der jedesmalige Rekognoszent die Datirung oder ihre genaueren Angaben im Konzepte zugefügt haben. Damit gewinnt einmal die § 290 begründete Annahme, die Rekognitionsformeln dieser Zeit seien von den Rekognoszenten eigenhändig dem Konzepte zugefügt, eine weitere Stütze. Dann aber wird dieser Nachweis gewiß sehr beachtenswerth sein für die Würdigung der § 363 ff. vertretenen Annahme, es seien auch schon bei der älteren Datirung Angaben der Datirung im Konzepte nachgetragen und dadurch manche Widersprüche veranlaßt.

390. Sehen wir auf das über die Uebergangsdatirungen Bemerkte zurück, so ist bei ihnen die Annahme einer Beziehung auf verschiedene Zeitpunkte von vornherein weniger auffallend, als bei der älteren Datirung, bei welcher das zu der sich durchweg gleichbleibenden Fassung weniger zu stimmen schien. Auf Datirung nach der Handlung oder dem sich derselben anschließenden Beurkundungsbehle weist jetzt schon häufig die Einleitung mit Actum hin, vgl. § 384;

bei der Willkürlichkeit aber, mit der die Formen dieser Zeit gehandhabt werden, mag dann auch bei anderer Fassung die Datirung häufig zunächst nach der Handlung bestimmt sein, wie das manche Notare aus den Privaturkunden gewohnt gewesen sein werden. Wo sich größere Regelmäßigkeit zeigt, da möchte ich überwiegend Beziehung auf den Fertigungsbefehl annehmen, mag dieser nun vom Könige selbst oder einem der Kanzleibeamten ertheilt sein. Denn wenigstens für die Zeit K. Lothars würde sich das ganz bestimmt ergeben bei Richtigkeit unserer Annahme, daß den Konzepten vor der Ausfertigung vom rekognoszirenden Notar die Rekognitionsformel und Datirung zugeschrieben wurden. Findet sich weiter nach § 387 die Datirung auch wohl erst in der Reinschrift nachgetragen, so mögen zuweilen noch Vollziehung und Uebergabe maßgebend geworden sein. Aber sicher werden das solche Nachtragungen nicht gerade erweisen müssen. Und wenn nach § 226. 227 gerade in dieser Zeit die persönliche Unterzeichnung des Königs aufhört, so möchte ich kaum annehmen, daß auf den Zeitpunkt der Vollziehung im allgemeinen noch größerer Werth gelegt wurde.

391. Auch zu Widersprüchen in der Datirungszeile waren in dieser Zeit im allgemeinen dieselben Veranlassungen vorhanden, wie früher, insofern § 387. 388 nachgewiesen wurde, daß die Angaben der Datirung nicht immer gleichzeitig eingeschrieben, sondern einzelne sowohl in der Reinschrift, als im Konzepte nachgetragen wurden. Andererseits ist nicht zu verkennen, daß die durch Nichtstimmen von Ort und Tag veranlaßten früher so häufigen Verschiebungen des literarisch sich nicht mehr in gleicher Weise geltend machen. Fanden wir auch einzelne Beispiele, daß Tag und Ort an verschiedenen Zeitpunkten eingetragen zu sein scheinen, so gibt uns das früher Bemerkte doch manche Gründe an die Hand, welche das Aufhören jener Verschiebungen erklären. Wurde jetzt anscheinend viel häufiger nach der Handlung datirt, so werden dann durchweg Tag und Ort gleichzeitig schon im ursprünglichen Konzepte zugeschrieben sein. Macht sich weiter nach § 383 in manchen Formen sichtlich das Streben geltend, läßt in der Reinschrift Ort und Tag in nähere Verbindung zu bringen, so läßt das gewiß darauf schließen, daß jetzt überhaupt auf ihre Uebereinstimmung größeres Gewicht gelegt wurde. Endlich ist zu beachten, daß nach § 380 jetzt die Tagesangabe so überaus häufig fehlt; damit ist nicht allein in den bezüglichen Fällen selbst jede Verschiebung von vornherein ausgeschlossen, sondern es werden uns damit auch etwaige Verschiebungen in andern Urkunden schwerer erkennbar.

FEIERLICHE DATIRUNG.

392. Die große Mannichfaltigkeit der Datirung, wie sie sich insbesondere unter K. Lothar und K. Konrad zeigt, wirkt auch in den ersten Regierungsjahren K. Friedrichs I. noch nach. Dann stellen sich be-

392] stimmtere Formen fest. Aber nicht eine für alle Diplome gleichmäßig angewandte, wie in älterer Zeit. Schon § 331 wurde darauf hingewiesen, daß zwischen der Datirung der feierlichen Privilegien und der einfachen zu unterscheiden ist. Treten die für die Scheidung beider Arten von Privilegien sonst maßgebenden Kennzeichen, vgl. § 195, vereinzelt schon unter K. Lothar, insbesondere dann unter K. Konrad hervor, so macht sich ein Einfluß des Unterschiedes auf die Art der Datirung selbst in den ersten Jahren K. Friedrichs noch nicht geltend. Dann erst wird es üblich, die feierlichen Diplome mit einer umständlicheren Datirungsformel zu versehen. Man könnte diese nach ihrer Form etwa als getheilte, nach ihrer Herkunft als mainzer, nach der Zeit ihrer Anwendung in der Reichskanzlei als staufische Datirung bezeichnen; für unsere Zwecke dürfte es am angemessensten sein, im Anschlusse an den für die bezüglichen Diplome gewählten Ausdruck von feierlicher Datirung zu sprechen. Dem wird kaum im Wege stehen, daß sie zuweilen auch in Diplomen gebraucht wird, welche wir nach anderen Kennzeichen als einfache zu bezeichnen hätten; es ist das nur ein weiterer Beweis, wie wenig scharf überhaupt die Grenzen zwischen den verschiedenen Arten der Urkunden eingehalten wurden; vgl. § 194.

Hat sich die feierliche Form etwas später festgestellt, als die einfache, so wird es sich doch empfehlen, mit ihr zu beginnen, da sie bestimmtere Haltpunkte zur Beurtheilung des Vorgehens bei der Datirung überhaupt bietet, da sie weiter sich bereits im dreizehnten Jahrhundert wieder verliert. Schon unter K. Friedrich II. wird in feierlichen Privilegien, welche insbesondere auch Signum und Rekognition haben, oft nur die einfache Form gebraucht. Seit dem Ende der staufischen Periode sind dann die einfachen Datirungen die allein maßgebenden, so daß es schon deshalb geeigneter sein wird, mit ihrer Besprechung unsere Untersuchungen zu schließen.

393. Für die Gestaltung der Formel, welche in feierlichen Diplomen üblich wird, mag uns etwa als Muster dienen: *acta sunt haec anno dominicae incarnationis 1161, indictione 9, regnante domno Frederico Romanorum imperatore victoriosissimo, anno regni eius 9, imperii vero 6; data apud Cumas, 4. kal. februarii, feliciter, amen.* Im allgemeinen wird die Formel sehr regelmäßig gebraucht. Wo nicht überhaupt stärkere Abweichungen sich geltend machen, wie das insbesondere unter K. Philipp und K. Otto wohl vorkommt, da sind die Fälle selten, daß etwa auch nur die Folge der unter Actum gegebenen Jahresbezeichnungen eine abweichende ist. Ganz regelmäßig wird insbesondere auch unter Datum daran gehalten, daß der Ort der Tagesangabe vorangeht. Wird es später üblich, unter Datum auch den Aushändler zu nennen, so wird die Angabe zwischen Ort und Tag eingeschoben; es heißt etwa: *datum apud Wirciburg per manum Sigiloi imperialis aule prothonotarii, 4. nonas ianuarii.* Wie hier, so fehlt die Apprektion auch sonst sehr häufig. Beachtenswerther ist die Abweichung, daß nicht

Actum und Datum so unmittelbar auf einander folgen, als in un-
Beispiele; sie sind nicht selten durch die Apprektion, auch wohl
andere Bestandtheile des Schlußprotokolles von einander ge-
t. Wir werden darauf zurückzukommen haben. Finden wir im
ehnten Jahrhunderte nicht selten die Abweichung, daß die Indik-
nicht unter Actum, sondern am Ende des Datum steht, so hängt
weifellos damit zusammen, daß man daran durch die Datirung der
gewöhnt war, welche ohne Vorhergehen eines Actum dieselbe
ung zeigen.

394. Um das Aufkommen der Formel in Königsurkun-
bestimmter festzustellen, habe ich zwar nicht das ganze, aber doch
größten Theil des dafür in Frage kommenden Material durchge-
Wird in St. 3024 von 1007 der Gebrauch der Formel, überdies
Erwähnung der Aushändigung, nur als Kennzeichen der Unechtheit
trachten seien, so fand ich auffallenderweise vereinzelt schon in den
n Jahre K. Heinrichs V. in den ganz unverdächtigen St. 3204.5 die
entsprechende Formel: *acta sunt haec anno d. i. 1125, ind. 3;*
Argentinæ, 6 id. ian., fel. amen. Unter Lothar ist mir kein ganz
rechender Fall vorgekommen; unter Konrad der einzige St. 3457
1143. Unter K. Friedrich I. stimmt genau die erste von ihm be-
te Urkunde St. 3615; dann aber notirte ich, abgesehen von einigen
n, wo das Datum nur den Ort nennt, aus den ersten Regierungs-
n nur noch St. 3624 von 1152, St. 3704.25 von 1155, Stumpf
n. 347 von Okt. 1158; gehören in diese Zeit auch St. 3679.3759,
id das anerkannte Fälschungen, bei denen sich auch sonst die Be-
ing von Vorlagen aus der späteren Zeit K. Friedrichs verrath. Kann
ahin nur von vereinzelt Fällen die Rede sein, so werden diese
vom Januar 1159 an, Stumpf Acta n. 349.483, St. 3840.42.50.58.60.
f. w. so häufig, daß an absichtliche Einführung kaum zu zweifeln
wird. Diese dürfte demnach unter Einflußnahme des Kanzler
ald geschehen sein, was darin eine Bestätigung zu finden scheint,
derselbe sich auch als Erzbischof von Köln mit Vorliebe dieser,
zu Köln nicht üblichen, seltener der einfachen kaiserlichen Datirung
nt, während das in den früheren Urkunden seines Nachfolgers Philipp,
loch gleichfalls Kanzler war, nicht ebenso der Fall ist; vgl. Lacom-
1,283.285 ff.

Unter andern Verhältnissen müßte das über die Uebergangsda-
Bemerkte die Annahme einer Entwicklung der Formel in der
skanzlei selbst nahe legen. Wir fanden § 384 ff. bereits häufig die
tung mit Actum, freilich in Verbindung mit übrigens so wechself-
gestaltung, daß da der nächste Anknüpfungspunkt gewiß nicht zu
n ist. Beachtenswerther scheint die § 383 besprochene, mit Anno
nende und unter Data Ort und Tag nennende Formel zu sein, da
unter K. Konrad sich durchaus regelmäßig gestaltet zeigt. Aber
ie der Umstand, daß sie bereits alle Vortheile der späteren Formel

394] bot, würde es, wenn man darauf Werth legte, doppelt unerklärlich erscheinen lassen, daß man sie unter K. Friedrich I. zunächst fallen ließ, um sie dann durch die Vorsetzung des Actum geändert wieder aufzugreifen. Und völlig unerklärt würde die Annahme allmählicher Ausbildung in der Reichskanzlei das vereinzelte frühere Vorkommen lassen, zumal schon unter K. Heinrich V., zu dessen Zeit die sonstigen Änderungen, welche wir als vorbereitende zu betrachten hätten, noch durchweg fehlen.

395. Alles das würde sich leichter erklären, wenn sich nachweisen ließe, daß die Formel sich anderweitig entwickelt hatte und erst nachträglich von der Reichskanzlei aufgenommen wurde. Das scheint mir allerdings zuzutreffen und Entstehung der Formel in der Mainzer Kanzlei zweifellos zu sein. Schon Stumpf Wirzb. Imm. I, 63 weist darauf hin, daß die Urkunden der Erzbischöfe Adalbert I. und Arnold von Mainz viel größere Aehnlichkeit und Uebereinstimmung mit den kaiserlichen Diplomen zeigen, als das bei bischöflichen Dokumenten aus jener Zeit sonst der Fall ist. Er führt das darauf zurück, daß jene Erzbischöfe früher Kanzler waren. Im allgemeinen will ich nicht in Abrede stellen, daß sich bei solchem Sachverhalte mehrfach eine Uebertragung von Bräuchen der Reichskanzlei in fürstliche Kanzleien ergab; ich wende vorhin selbst bezüglich des Erzbischofs Reinald von Köln auf eine solche Nachwirkung hin. Im gegebenen Falle aber ist das Umgekehrte anzunehmen; wenigstens bezüglich der Datirung wurde der Brauch der Mainzer Kanzlei maßgebend für die Reichskanzlei.

In den früheren Zeiten des zwölften Jahrhunderts finden wir in den Urkunden der Erzbischöfe von Mainz, wenn wir von vereinzelten Abweichungen absehen, drei Hauptformen der Datirung.

Eine erste läßt auf Data sämtliche Angaben folgen, zuerst den Ort, dann den Tag, weiter mehr oder weniger Jahresangaben; zwischen Ort und Tag ist dann noch oft bemerkt, durch wen die Urkunde gegeben ist; so z. B. Stumpf Acta Mag. 16: *data in H., per manum H. depositi, nonas iulii, anno d. i. 1128, ind. 5, regnante glorioso rege thario huius nominis II., anno regni sui 3, feliciter, amen.* Vergleichen wir damit die Datirung eines päpstlichen Privileg, etwa a. a. O. 4: *Laterani, per manum J. diaconi cardinalis, 3 id. apr., ind. 10, anno 1104, pontificatus autem d. Paschalis II. papae 2*, so kann kein Zweifel bleiben, daß diese Form, welche wir als römische bezeichnen können, aus der päpstlichen Kanzlei übernommen ist. Nur ein Gebrauch des Data statt Datum, dann die Zufügung der Appositionen sind Modifikationen, welche mit dem Brauche der Reichskanzlei zusammenhängen könnten. Auf die Frage, ob diese Form auf die noch bestehende einfache Datirung der Reichskanzlei eingewirkt habe, können wir zurückkommen.

Eine zweite, für unsere nächsten Zwecke beachtenswerthe Form gibt unter Acta oder Actum, oder auch Facta, lediglich die

gaben ohne Ort und Zeit. Diese Einführung mit Actum entspricht der in deutschen Privaturkunden üblichsten Weise der Datirung; nur ist sonst gewöhnlich der Ort, häufig auch der Tag der Handlung mitaufgeführt, während das zu Mainz selten der Fall ist, die Nichtanführung von Ort und Tag unter Actum als Brauch der dortigen Kanzlei zu betrachten ist. Weiter ist beachtenswerth, daß in dieser Formel zu Mainz viel regelmäßiger, als in anderen Kanzleien, der Regierung oder auch der Regierungsjahre des Königs gedacht wird. Zum Theil so, daß auch das Pontifikat erwähnt wird, z. B. *actum est autem anno i. d. 1056, ind. 9, imperante d. Heinrico III. rege, imperatore Rom. II., Luitboldo Moguntine sedis ven. archiepiscopo*, oder *acta sunt hec publica anno d. i. 1074, ind. 12, regnante Heinrico IV., regni eius anno 18, Sigefrido archipresule curram dei aurigante, feliciter*; aber auch ohne Erwähnung des Pontifikats: *acta sunt hec anno d. i. 1074, ind. 12, regnante Heinrico quarto, regni eius anno 18*, oder: *acta autem sunt hec anno d. i. 1127, ind. 5, regnante d. Lothario huius nominis III.*; vgl. Guden Cod. dipl. 1,370. 380. 383. 395.

Vergleichen wir nun damit Königsurkunden der Uebergangszeit, welche unter Actum nur Jahresangaben bringen, so St. 3298: *actum d. i. anno 1134, ind. 12, regnante pio imp. aug. Lothario, anno regni eius 9, imperii vero primo*, oder St. 3418: *acta sunt haec anno d. i. 1140, ind. 3, regnante d. Cuonrado huius nominis rege II.*, so zeigt sich doch eine so auffallende Uebereinstimmung, daß die § 384 vertretene Ansicht, diese Formen seien aus Privaturkunden übernommen, dadurch eine weitere Stütze erhält; und zwar sind wir nun schon für diese Form bestimmter auf Mainz hingewiesen. Es kommt noch hinzu, daß diese Weise, nur der Regierung im allgemeinen zu gedenken, oder erst nach der allgemeinen Erwähnung die Regierungsjahre anzugeben, der älteren Datirungsformel der Königsurkunden fremd ist, sich dagegen genau jenen Mainzer Formen anschließt. So weit ich sehe, kommt das *regnante* in Königsurkunden wenigstens in dieser Weise vor dem Ende des eilften Jahrhunderts nicht vor, wird erst unter K. Heinrich V. häufiger gebraucht; es steht also nichts im Wege, schon das auf Mainz zurückzuführen. Sind dann weiter die Datirungsformeln in Königsurkunden dieser Zeit, welche Pontifikatsjahre nennen, gerade solche, welche mit Actum beginnen, so St. 3097: *acta anno d. i. 1114, regnante Heinrico IV. Rom. imperatore, anno 7 venerabilis Brunonis episcopi, 4 kal. sept.*, auch St. 3240. 66, so wird es vielleicht kaum nöthig sein, zur Erklärung bis zu der Annahme zu gehen, sie seien in bischöflichen Kanzleien geschrieben, vgl. § 165; wenn die Reichskanzlei sich anderweitig in der Datirungsformel so stark von diesen beeinflusst zeigt, so wäre es nicht gerade undenkbar, daß auch solche Angaben vereinzelt in der Reichskanzlei selbst geschrieben seien könnten.

396. Würde das Gesagte keinen Zweifel lassen, daß mindestens das genau entsprechende Actum der feierlichen Datirung von Mainz stammt,

396] so finden wir nun häufig im zwölften Jahrhunderte auch die volle Formel der feierlichen Datirung in Mainzer Urkunden. So Guden Cod. d. 1,43: *acta sunt hec anno ab i. d. 1115, ind. 8, regnante serenissimo imperatore Henrico IV., Spirensi episcopo Brunone; data Maguntie, id. maii*; oder in noch engerem Anschlusse an die Formel der spätern Königsurkunden a. a. O. 67: *acta sunt hec anno d. i. 1127, ind. 5, regnante d. Lothario huius nominis III., anno regni eius 2; data Maguntie per manum G. capellani, 6 kal. martii*. Doch finden sich auch Modifikationen; es sind insbesondere auch die Regierungsjahre wohl unter Datum gegeben, so 1119 ff. Joannis Scr. 2,644, 45. 54, was an die § 370 vertretene Annahme erinnert, es seien zuweilen gerade die Regierungsjahre mit den genaueren Angaben nachgetragen.

Man könnte annehmen, diese Formel habe sich aus einer Vereinigung der beiden anderen entwickelt, indem man der mit Actum beginnenden die mit Datum beginnende angehängt und aus dieser nur die unter Actum bereits genannten Jahreszahlen fortgelassen habe. Wahrscheinlicher ist es, daß für das Datum die Datirung der päpstlichen Breven maßgebend war, welche sich darauf beschränkt, unter Datum, Ort und Tag, gewöhnlich mit Zufügung der Indiktion, oft aber auch ohne dieselbe zu nennen. In derselben Weise dürften die Erzbischöfe ihre Briefe datirt haben. Der herkömmlichen, unter Actum nur die Jahre nennenden Datirung der Privilegien wurde dann einfach, wo man genauere Angaben machen wollte, die Briefdatirung angehängt.

Ist mir aus Mainz selbst, wo diese Form jedenfalls am regelmäßigsten in Uebung war, vor 1115 kein Fall bekannt geworden, so genügt das für unsere nächsten Zwecke, da die bezüglichen Königsurkunden erheblich später fallen. Doch möchte ich nicht bezweifeln, daß die Form schon früher in Gebrauch war. Denn wenigstens in Bisthümern der Mainzer Provinz finden sich schon frühere Beispiele. So 1097 zu Straßburg, Schöpsflin Als. dipl. 1,179, freilich ohne Ortsangabe; dann 1104 zu Speier, Würdtwein N. Subs. 6,280, wo aber die Angabe des regierenden Königs fehlt. In der ersten Hälfte des zwölften Jahrhunderts hat jene getheilte Datirungsform dann weite Verbreitung gefunden; zunächst in der Mainzer Provinz, so 1126 zu Halberstadt, Sächf. Geschichtsq. 6,16, zu Würzburg 1131, M. Boica 37,42, zu Paderborn 1133. 1136, Wilmans U. B. Addit. 37, Cod. Westf. 2,19; weiter zu Bamberg 1128, Oberösterreich U. B. 2,171; dann auch in der Salzburger Provinz, während sie in den Provinzen von Trier und Köln zunächst keine Beachtung gefunden zu haben scheint; findet sich schon 1057, Sloet O. B. 1,170, in Urkunde des Bischofs von Utrecht eine wesentlich entsprechende Form, so wird diese sich durch Zufall so gestaltet haben. Aber auch in die Kanzleien der weltlichen Fürsten fand die Formel Eingang; in Urkunde des Herzogs von Baiern schon 1125, Oberösterreich U. B. 2,162; besonders häufig dann in Urkunden Heinrichs des Löwen.

Danach können die vereinzelter, 1125 beginnenden Fälle in Königs-

urkunden nicht befremden. War die Form insbesondere zu Mainz schon länger in Gebrauch, so hat die Reichskanzlei, wie andere der dort üblichen Formen, vereinzelt auch diese angewandt. Glaubten wir dann den regelmäßigen Gebrauch der Formel seit 1159 auf den Kanzler Reinald zurückführen zu dürfen, so stimmt das in so weit, als dieser aus dem Fuldenser Kapitel in die Kanzlei kam, also der Mainzer Provinz angehörte.

397. Gehen wir auf Bedeutung und Handhabung der Formel über, so ergeben sich manche Schwierigkeiten. So lange ich mich auf Beachtung der Drucke beschränkte, schien die Sachlage eine sehr einfache zu sein. Der für die Gestaltung der Formel maßgebende Gesichtspunkt war zweifellos der, daß sie es gestattete, die ungenaueren Angaben unter Actum sogleich einzuschreiben, dann unter Datum Ort und Tag später nachzutragen. Für die Annahme der Nachtragung des Datum zum Actum ergaben sich denn auch zahlreiche Haltpunkte. Es schien nichts näher zu liegen, als die Annahme, das zunächst der Handlung entsprechende Actum sei schon im ursprünglichen Konzepte zugesügt; dagegen werde sich das Datum der Bedeutung des Ausdruckes gemäß auf die Uebergabe nach der Vollziehung beziehen und demnach erst bei der Vollziehung in der Reinschrift nachgetragen sein.

Für die als Regel erwartete Nachtragung des Datum in der Reinschrift boten nun aber die eingesehenen, ziemlich zahlreichen Originale nur ganz vereinzelte Belege. Nachtragungen in der Reinschrift werden überhaupt in der staufischen Zeit auffallend seltener. Wo sie sich aber finden, da treffen sie oft ebensowohl das Actum, wie das Datum; so wenn in St. 4299. 4349. 4795. Reg. Fr. II. 177 Zeugen und ganzes Schlussprotokoll, oder in St. 4049. 4134. 4844 das Schlussprotokoll nachgetragen zu sein scheinen. Für die erwartete Nachtragung nur des Datum fand ich in den Originalen zu Wien und zu Münster nicht einen einzigen Beleg; selbst in Fällen, wo die sonstigen Kennzeichen einer Nachtragung des Datum zum Actum so deutlich hervortreten, wie etwa in Reg. Fr. II. 59, Böhmer Acta 233, oder wo einzelne Bestandtheile wirklich von anderer Hand herrühren, wie in Reg. Henr. (VII.) 39, Wilmans U. B. 4.80 das Signum, ergaben sich Actum und Datum als in einem Zuge geschrieben. Erst in einzelnen Münchener Originalen fand ich das Erwartete. In St. 3905 ist unter dem Actum mit dem Schlusswunsche das Datum in besonderer Zeile von derselben Hand, aber mit auffallend verschiedener Dinte nachgetragen. In St. 4162 ergibt sich doppelte Nachtragung; Zeugen und das gesammte Schlussprotokoll mit Einschluss des Wortes *datum* sind mit hellerer Dinte, als der Text geschrieben, dann aber das *ap. Fuldam fel. amen* wieder mit anderer Dinte. Dann war ich noch geneigt, bei St. 4314. 4794. Reg. Phil. 38. Fr. II. 121 Nachtragung nur des Datum von derselben Hand anzunehmen, ohne doch mit Sicherheit urtheilen zu mögen. Es ist weiter in Original der Kaiserin Konstanze für S. Stephan in Nemore im

397] Archive zu Neapel nach: *acta sunt hec a. d. i. 1195, mense iulii indictione terciadecima*, von anderer Hand und Dinte das: *datum P. normi, 16. die m. iulii, 13. ind.*, nachgetragen. Es ist möglich, daß mehr zufällig gerade die mir bekannten Originale verhältnißmäßig wenig Belege ergaben. Aber auch in sorgfältiger bearbeiteten Veröffentlichungen von Urkunden habe ich nie eine Bemerkung gefunden, daß das Datum nachgetragen sei.

398. Es ist dann freilich noch ein weiterer Haltpunkt in Rechnung zu ziehen, das Fehlen nur des Datum, während das Actum vorhanden ist, was doch auf die Absicht, das Datum erst in der Reinschrift nachzutragen, schließen läßt. Allerdings ist in dieser Zeit auch eine einfache, mit Actum beginnende Datirung in Gebrauch; aber eine Verwechslung ist da im allgemeinen dadurch ausgeschlossen, daß in jener einfachen Datirung dann auch schon Ort und Tag genannt sind. Es treffen weiter die Fälle, welche wir im Auge haben, feierliche Privilegien mit Invokation, Signum und Rekognition, bei deren Actum es sich demnach zweifellos um den ersten Theil unserer Formel handelt, nicht um eine ausnahmsweise ungenaue, nur Jahre nennende vollständige Datirung, wie dieselbe allerdings vereinzelt bei einem einfachen Privileg, so St. 3983, vorkommen mochte. In der Regel kommen beide Kennzeichen nicht in Konflikt. In dem feierlichen Diplom St. 4043 ist allerdings der Ort unter Actum genannt, während sich kein Datum und keine Tagesangabe findet; es ergeben sich bei demselben aber auch noch andere, § 265 besprochene Unregelmäßigkeiten. Keinem Zweifel kann die beabsichtigte Ergänzung unterliegen, wenn in Urkunde des Bischofs von Paderborn, Wilmans U. B. Addit. 37, nach dem Actum sich wohl noch das Wort *data*, nicht aber Ort und Tag finden.

Ich bin jenem Verhältnisse für die Zeit K. Friedrichs I. und K. Heinrichs VI. genauer nachgegangen, da mir die ungleiche Vertheilung der Fälle, bei denen ich es vermuthete, auffiel. Ein erster Fall von 1155, St. 3726, fällt noch in die Zeit, wo die Formel nur vereinzelt vorkam. Dann ergeben sich für das Jahr 1161 die Fälle St. 3911. 15. 19, weiter St. 3942 von 1162, St. 4033 von 1164, St. 4056 von 1165, St. 4092 von 1167, St. 4228 von 1177, St. 4933. 36 von 1195. So weit darüber Angaben vorliegen, sind alle diese Diplome auch besiegelt. Unsicherer ist das Verhältniß bei Reg. Phil. 74.105, M. Boica 29, 517. 535, ohne Signum und Rekognition, aber mit Invokation, die sich freilich bei K. Philipp wohl auch bei einfachen Privilegien mit einfacher vollständiger Datirung findet; so Reg. Phil. 99. 120, Böhmer Acta 202. 205. So weit die Formel weiter in der Zeit K. Friedrichs II. noch ungeändert angewandt wird, ist mir kein Beispiel aufgefallen.

Bei diesem Ergebnisse muß auffallen, daß die Mehrzahl der Fälle sich auf wenige Jahre sammelt, während es doch unwahrscheinlich ist, daß bei gleichartigem Vorgehen ein Versehen, das wir anfangs in einem Jahre dreimal nachweisen können, später in ganzen Jahrzeh-

en nicht nachweisbar seien sollte. Wir wiesen § 394 nach, daß diese Datirungsform Anfang 1159 in der Kanzlei Brauch wurde. Nähmen wir nun an, man habe sie wenigstens anfangs in der Regel so benutzt, daß man das Datum erst ganz zuletzt der bereits besiegelten Reinschrift beifügte, so mag das bei der Neuheit des Brauches in den ersten Jahren nicht so leicht vergessen sein. Trat das in den nächstfolgenden Jahren häufiger ein, so könnte das mehr und mehr dazu geführt haben, von der unbequemen Nachtragung in der Reinschrift abzusehen.

Freilich muß das Fehlen des Datum nicht gerade erweisen, daß dasselbe durch beabsichtigte Nachtragung erst in der Reinschrift veranlaßt war. Es kann doch auffallen, daß die Fälle des Fehlens verhältnißmäßig, da sie doch nur ausnahmsweise vorkommen sollten, so ungleich zahlreicher sind, als die nachweisbarer Nachtragung in die Reinschrift. Das Datum kann ja auch aus Versehen in der Vorlage des Reinschreibers gefehlt haben. Und auch die nachweisbare Nachtragung in der Reinschrift wird nicht gerade erweisen müssen, wie wir Ähnliches § 232 bezüglich der nachgetragenen Zeugenreihen geltend machten, daß man das Datum deshalb nicht sogleich eintrug, weil es noch nicht feststand, der spätern Uebergabe entsprechen sollte. Auch da wäre ja denkbar, daß es nur nachgetragen wurde, weil es, obwohl feststehend, noch nicht in die Vorlage eingetragen war. In Einzelfällen können da die verschiedensten Umstände eingegriffen haben. So überraschte es mich höchlich, in dem Original von St. 4083 zu München: *datum in ep. Fav. ap. s. Proculum . . . mensis mar. fel. amen*, zu finden, was doch bestimmt darauf hinzuweisen scheint, daß nur die genauere Tagesangabe nachgetragen werden sollte, wie das in dieser Zeit durchaus ungebräuchlich ist. Aber es erklärt sich dadurch, daß die Angaben der Datirung einer nichtköniglichen Vorurkunde, Guden C. d. 1, 254, entnommen sind, in welcher sich keine Tagesangabe fand; vgl. Nachtrag zu § 177.

Es mag daher dahingestellt bleiben, ob die an und für sich seltene Nachtragung des Datum in die Reinschrift Beziehung desselben auf Vollziehung und Uebergabe erweist. Sicher aber scheinen mir alle angeführten Fälle zu erweisen, daß wenigstens nach Maßgabe der in ihnen gebotenen Haltpunkte Actum und Datum der Urkunde an verschiedenen Zeitpunkten zugefügt wurden. Denn immer trifft die Nachtragung nur das Datum. Sind zuweilen Actum und Datum mit dem gesammten Schlußprotokoll nachgetragen, so ist mir kein Fall bekannt geworden, wo die Nachtragung gerade nur das Actum und Datum trifft oder nur diese unter sonst entsprechenden Verhältnissen fehlen.

399. Haben wir nun nach dem Gefagten gleichzeitige Eintragung des Actum und Datum in die Reinschrift zugleich mit der ganzen übrigen Urkunde als Regel anzunehmen, so stoßen wir doch auch in solchen Fällen auf eine Reihe von Haltpunkten, welche eine Zufügung des Actum und Datum zur Urkunde über-

399] haupt an verschiedenen Zeitpunkten gar nicht bezweifeln lassen. Das kann dann nur auf eine Vorlage, auf das Konzept, zurückgehen, sei es, daß in diesem nur die eine Angabe vorhanden, die andere erst in der Reinschrift zugefügt wurde, sei es, daß beide zu verschiedenen Zeiten in das Konzept eingetragen wurden. Haben wir dieselbe Annahme § 363 schon für die ältere Datirung zu begründen gesucht, schienen sich dadurch sehr viele Widersprüche zu erklären, während sich andererseits wenig sichere Haltpunkte für den Beweis der Richtigkeit der Annahme fanden, so wird es auch mit Rücksicht darauf von Wichtigkeit sein, die Annahme wenigstens für diese Zeit möglichst sicher zu stellen, wenn dieselbe hier auch weniger Widersprüche veranlaßt hat. Dabei werden wir außer den Königsurkunden auch die Privaturkunden berücksichtigen dürfen, da mit der Gestaltung zweifellos auch die Handhabung der Formel auf diese zurückgehen wird.

Vor allem scheint mir in dieser Richtung beachtenswerth die Stellung des Schlufswunsches. Das *feliciter amen* ist seiner Bedeutung nach so durchaus auf den Schluß der ganzen Beurkundung berechnet, erscheint demnach auch so regelmäßig hinter allen Angaben der Datirung, daß wir bei unseren bisherigen Untersuchungen durchaus berechtigt waren, es als bestimmtestes Kennzeichen einer durch Nachtragung veranlaßten Verschiebung zu betrachten, wenn ausnahmsweise der Tag oder eine andere Angabe erst auf die Apprektion folgt. Auch bei der neuen Formel wurde als regelmäßige Stellung des Schlufswunsches die am Ende der gesammten Datirung betrachtet, dieselbe also an die Angaben des Datum angehängt. Statt dessen wurde vereinzelt auch in Privaturkunden der Schlufswunsch schon dem Actum angehängt, so daß das Datum auf denselben folgt; so etwa Stumpf A. Mag. 68. Auffallend häufig findet sich das aber in Königsurkunden. Von 66 feierlichen Diplomen K. Friedrichs I., welche ich für diesen Zweck verglich, fehlte in 28 die Apprektion überhaupt, in 21 fand sie sich in normaler Stellung hinter dem Datum, dagegen in 16 hinter dem Actum; in einem, Böhmer Acta 147, haben sowohl Actum, als Datum einen Schlufswunsch. In feierlichen Datirungen K. Heinrichs VI. fand ich ihn überhaupt nur ganz vereinzelt; auch unter K. Philipp und K. Otto scheint er nicht üblich zu sein. Häufiger findet er sich unter K. Friedrich II.; aber in den feierlichen Diplomen desselben von 1212 bis Ende 1219 ergaben sich nur im Anfange vier Fälle mit der Stellung am Schluffe; in 28, die uns hier also jedenfalls die Regel darstellen, schließt die Apprektion das Actum, während dann erst das Datum folgt.

Auf diesen ganz geänderten Kanzleigebrauch unter K. Friedrich II. möchte ich weniger Gewicht legen, da da auch die später zu besprechenden Einwirkungen sizilischer Kanzleigebrauche eingegriffen haben könnten. Unter anderen Verhältnissen, wenn es sich um einen Bestandtheil der Urkunde handeln würde, der an und für sich eben so passend beim Actum, als beim Datum seine Stelle finden könnte, würde auch

ter K. Friedrich I. auf jene Sachlage kein Gewicht zu legen seien; man ste einfach einen schwankenden Kanzleigebrauch anzunehmen. Ist die Stellung hinter Datum die der Bedeutung allein entsprechende, so ist sie sich auch in der Mehrzahl der Fälle wirklich eingehalten, so in die Stellung hinter Actum nur als Unregelmäßigkeit erscheinen; er freilich bei der großen Zahl der Fälle als eine Unregelmäßigkeit, welcher das Vorgehen bei der Datirung besonders naheliegende Verhältnisse bieten mußte, wie dieselbe offenbar durchaus fehlte, wenn Actum und Datum an ein und demselben Zeitpunkte von derselben Person der Urkunde zugefügt wurden. Führte die Handhabung der Formel sichtlich überaus häufig zu einer Stellung, die man als unpassend bezeichnen muß, so mag das darauf eingewirkt haben, daß man unter Heinrich VI. die Apprektion in der feierlichen Datirung ganz aufhören ließ.

400. Können wir die Apprektion als Theil des Actum oder des Datum selbst betrachten, dem sie angehängt ist, so ist wenigstens außer Zweifel noch auffallender die Trennung von Actum und Datum durch andere Angaben, welche mit keinem in näherer Verbindung stehen.

Die regelmäßige Anordnung des Schlufsprotokolles ist allerdings so, daß auf die Zeugen zunächst Namenszeichen und Rekognition, dann Actum und Datum folgen. Erscheinen so beide in nächster örtlicher Verbindung, so scheint das allerdings darauf zu deuten, daß sie in besonders enger Verbindung stehen, der Urkunde in der Regel gemeinsam zugefügt wurden. Aber es ist doch auch denkbar, daß die nähere Verbindung, in der sie in den Reinschriften erscheinen, nur dadurch herbeigeführt wurde, daß man gewohnt war, die gesammte Datirung am Ende zu setzen, daß jene Verbindung nicht gerade der Folge der Einfügungen in der Vorlage oder zu der Vorlage entsprach, sondern überhaupt erst in der Reinschrift ihren Ursprung fand. Daß dergleichen vorkommen konnte, zeigt sehr deutlich St. 3915, vgl. M. Boica 29,363; das Fehlen der bereits besiegelten Urkunde Signum, Rekognition und Datum, welche der Schreiber aus irgend welchem Grunde noch nicht eintrug; dagegen ist das Actum vorhanden, aber nicht in unmittelbarem Anschlusse an den Text, sondern erst nach einem größeren, für Signum und Rekognition bestimmten Zwischenraume, da der Schreiber beachtete, daß Actum und Datum in der Reinschrift am Schlusse aufeinander folgen sollten. Freilich scheint das Diplom überhaupt nicht in der Reichskanzlei geschrieben zu sein; vgl. § 164.

Ungleich beachtenswerther erscheint mir, daß sich so häufig Abweichungen von jener regelmäßigen Aufeinanderfolge von Actum und Datum ergeben. So findet sich in Privaturkunden zwischen Actum und Datum die Beglaubigungsformel, Mittelrh. U. B. 2,212, Cod. Anhalt. 20. 65. 76, Asseburg. U. B. 1,156; oder das Siegel, Sächs. Geschichtsq. 1,67; oder das Signum des Erzbischof von Mainz, Guden Cod. 1,67,

400] Mittelrh. U. B. 1,515; besonders häufig die Zeugen, so Stumpf A. Mag. 32.62.123, Joannis Scr. 2,744, Meichelbeck H. Fris. 1,381, Oberöferr. U. B. 1,293, Lacomblet U. B. 1,290. 291. 387, Wilmans U. B. 3,794. 97. 101. 154. 4, 157; auch wohl Beglaubigungsformel und Zeuge Ried Cod. Rat. 1,336. Noch deutlicher tritt das Verhältniß hervor in Urkunde des Bischofs von Halberstadt von 1230, Cod. Anhalt. 2,88, wo auf das Actum mit dem Jahre zunächst eine längere, mit *adiciamus preterea* eingeleitete nachträgliche Bestimmung folgt, dann erst Data mit Tag und Ort. Die nachträgliche Zufügung, sei es zum Konzept, sei es zur Reinschrift, kann da keinem Zweifel unterliegen.

Ganz dasselbe findet sich nun auch in Königsurkunden. Insbesondere folgen auch hier wohl auf das Actum zunächst die Zeugen; ein Umstand, auf den wir zurückkommen. Es steht weiter nicht selten die Rekognition zwischen Actum und Datum, so St. 4785. 4913, Böhmer Acta 200. 773, Ughelli 4,632, M. Boica 29,540, Wirtemb. U. B. 2,373, Huillard 1,679. 695, wobei das Signum, so weit es überhaupt vorhanden, dem Actum vorhergeht. Doch stehen dann auch wieder Signum und Rekognition zwischen Actum und Datum, so St. 4767, M. Boica 29,523. 534, Huillard 1,257. 301; oder bei Fehlen der Rekognition das Signum, so Asseburg. U. B. 1,58. 62. In Reg. Ott. IV. 193, Asseburg. U. B. 1,66, folgen auf das Actum zunächst Strafformel und Beglaubigungsformel, dann erst das Datum. Wichtiger noch ist ein Fall, wo auch hier ein sachlicher Zusatz eine solche Stellung einnimmt. Nach St. 4854, Lacomblet U. B. 1,379, bekundet der Kaiser das Versprechen des Grafen von Ahr, von Erhebung eines Zolles zu Eckendorf abzustehen; nach Aufzählung der Zeugen und dem Actum 1194 heist es: *similiter per omnia dictum et promissum est de theloneo in R.*; dann erst folgt das Datum.

Ist dieser letzte Fall mit der Annahme gleichzeitiger Eintragung von Actum und Datum geradezu unvereinbar, so werden doch auch die übrigen nicht anders zu beurtheilen sein. So gehäuft treten sie niemals auf, daß wir etwa annehmen dürften, die Kanzlei habe zeitweise die unmittelbare Verbindung von Actum und Datum überhaupt nicht mehr als Regel betrachtet. Es handelt sich um Unregelmäßigkeiten, die aber so oft in derselben Weise wiederkehren, daß auch hier das Vorgehen bei der Beurkundung dazu eine ganz bestimmte Veranlassung geboten haben muß; daß diese in nichtgleichzeitiger Zufügung von Datum und Actum zu suchen ist, wird dann kaum noch zweifelhaft sein können. Das Gewicht des Umstandes tritt besonders deutlich hervor, wenn wir erwägen, daß auch die ältere Datirung in ähnlicher Weise aus zwei Haupttheilen, einem Datum und Actum bestand, bei ihr aber eine ähnliche Trennung durch andere Bestandtheile sich nie geltend macht. Es ist das erklärlich. Nahmen wir auch da an, daß häufig die Datirung an verschiedenen Zeitpunkten eingetragen wurde, so fiel das eben nicht mit jener Scheidung zusammen; wurden Tag und Ort nachgetragen, so traf

das Angaben des Datum und des Actum; wurde nur der Tag nachgetragen, so waren in Jahren und Ort bereits Angaben beider Theile vorhanden.

401. Dieselbe Folgerung wird nicht selten nahe gelegt durch Wiederholung von Angaben des Actum im Datum. Das trifft insbesondere häufig die Ortsangabe. So schon 1125 in Urkunde des Herzogs von Baiern, Oberöstr. U. B. 2, 162: *actum Ranshoven* mit den Jahresangaben und Zeugen; dann am Schlusse: *data Ranshoven in palacio 3. kal. aug. per manum W. notarii*. Aehnliche spätere Fälle a. a. O. 2, 610, Wilms U. B. 4, 157. Vereinzelt trifft das auch wohl noch andere Angaben; so in bischöflicher Urkunde von 1220, Oberöstr. U. B. 2, 604, zuerst *acta sunt hec Patavie* mit Tag und mehreren Jahresangaben, zuletzt *nostri autem pontificatus 5*; dann *data Patavie p. m. notarii nostri C. anno pontificatus nostri 5*.

Solche Wiederholungen finden sich auch in Königsurkunden. Schon für die verwandten Formen der Uebergangsdairung schlossen wir § 388 bei St. 3465 aus Wiederholung des Ortes, bei St. 3596 aus Wiederholung des Inkarnationsjahres auf Nachtragung des Datum. Aehnlich wird 1156 in St. 3737, Trouillat Mon. 1, 329, unter Actum der Ort mit Inkarnationsjahr, Indiktion und Epakte genannt, dann unter Datum nochmals der Ort mit Tag und Regierungsjahren. Doch handelt es sich da noch nicht um die regelmässige Formel, während überdies der Text nicht aus der Reichskanzlei stammen dürfte; vgl. § 164. Aber auch später begegnen wir wohl der Wiederholung des Ortes in übrigens regelmässig gestalteten Formeln. So schon 1161, St. 3902, Stumpf Acta 503: *acta sunt hec in Monte Scilicis* mit Jahren und Apprektion; dann *data Montisilicis 4. non. apr.* Häufiger sind solche Fälle im folgenden Jahrhunderte. So wird Reg. Phil. 68. 86, Schöpslin Als. d. 1, 312, Böhmer Acta 201, der Ort im Actum und Datum genannt, während beide dort durch die Rekognition, hier durch die Zeugen getrennt sind. Dagegen findet sich Reg. Phil. 90, Lacomblet 2, 11, die Wiederholung des Orts auch bei der regelmässigen Aufeinanderfolge von Actum und Datum. Weitere entsprechende Fälle bei Huillard 1, 257. 679. 2, 329. 664. 4, 899.

Auch hier wird doch zuzugeben sein, dass mit solchen Wiederholungen die Annahme gleichzeitiger Zufügung von Actum und Datum nicht wohl vereinbar ist. Den Ort unter Actum zu nennen, war jetzt nicht üblich; gerade für jemanden, der das Actum und Datum zu gleicher Zeit schrieb, also auch wusste, dass es sich für beide um denselben Ort handle, fehlte jede Veranlassung, ihn dem Actum zuzufügen; that er es aber aus Versehen, so lag es dann ja nahe, ihn dafür unter Datum nicht zu nennen. Um so leichter erklärt sich der Umstand bei der Annahmichtgleichzeitiger Zufügung; war das früher eingetragene Actum ausnahmsweise mit der Ortsangabe bereits versehen, so konnte das bei der späteren Zufügung des Datum um so eher übersehen werden, als man gewohnt war, den Ort erst unter Datum zu nennen.

402. Nicht immer blieb es unbeachtet, daß Angaben, welche regelmäßig zum Datum zu stellen waren, schon unter Actum vorweggenommen wurden. Dann finden wir wohl Zurückverweisungen in Datum auf Angaben des Actum. Schon wenn es 1226, Huillard 2,664, heisst *acta apud Burgum s. Donini*, dann *data apud Burgum memoratum*, hatte natürlich der Schreiber des Datum das Actum im Auge. Ebenso, wenn es Huillard 1,432 heisst: *acta sunt hec ap. Nur-berc anno d. i. 1215, ind. 4; datum ibidem, eodem anno, 4 id. dec.*; oder Böhmer Acta 250: *actum in castris in Montemalo anno d. 1220 mit den Regierungsjahren; datum in loco antedicto per manum H. prothonotarii, anno suprascripto, octavo kal. dec., ind. 9*; oder Huillard 4,665: *actum ap. Aldenburch 1233; datum ibidem mit Tag und Indiktion.*

Findet sich Zurückverweisung im Datum überhaupt insbesondere bei der später zu besprechenden, mit sizilischem Brauche zusammenhängenden Monatsdatirung, so ist sie doch in dieser besondern Form nicht gerade auf dieselbe zurückzuführen. Denn sie ist schon früher auch deutschen fürstlichen Kanzleien nicht fremd. So 1212 in Urkunden des Herzogs von Oesterreich, Oberöstr. U. B. 2,553. 556, zuerst Acta nur mit dem Ort, dann *data ibidem* mit Jahr und Tag. Insbesondere finden wir die Zurückverweisung schon im zwölften Jahrhunderte häufig in den Urkunden der Bischöfe von Passau, aber mit der später zu besprechenden Abweichung, daß auch der Tag schon unter Actum genannt, und auf diesen zurückverwiesen wird. Werden die Zurückverweisungen in fürstlichen Urkunden im dreizehnten Jahrhunderte häufiger, so erfolgen sie zum Theil in Formen, welche übrigens keinerlei nähere Verwandtschaft zu den von sizilischem Brauche beeinflussten Formen der Reichskanzlei zeigen. So ist es in Urkunden der Bischöfe von Regensburg sehr üblich, unter Datum nicht bloß Ort und Tag zu nennen, sondern mit *eodem anno* auf das Actum zurückzuverweisen; vgl. Ried Cod. 1,341.344.357.383.412.

Auch für solche Zurückverweisungen scheint doch jede Veranlassung zu fehlen, wenn Actum und Datum gleichzeitig eingetragen und als einheitliche Form behandelt wurden, wie das bei der älteren Datirung zweifellos der Fall war, wo derartige Erscheinungen denn auch durchaus fehlen. War dagegen das Actum schon früher zugeschrieben und ausnahmsweise etwa mit dem Orte versehen, so lag es nahe, wenn der Schreiber des Datum das beachtete und sich darauf bezog, statt den Ort zu wiederholen. Freilich konnten solche Zurückverweisungen auch noch eine andere Veranlassung haben. Wir haben bisher absichtlich die Frage ganz aus dem Spiele gelassen, ob Actum und Datum sich überhaupt auf denselben Zeitpunkt beziehen sollten. War das etwa nicht der Fall, handelte es sich da wohl um grössere Zeitunterschiede, so konnte allerdings im Datum etwa das *eodem anno* keineswegs überflüssig sein, um anzudeuten, daß das Datum noch in das unter Actum genannte

Jahr falle. Wir werden darauf zurückkommen. Bezogen sich Actum und Datum überhaupt auf verschiedene Zeitpunkte, so erhalten natürlich alle besprochenen Haltpunkte erhöhtes Gewicht. Aber bei den widersprechenden Ergebnissen, auf welche uns die Untersuchung jenes Verhältnisses führen wird, schien es mir von Werth, nachzuweisen, daß auch ohne alle Rücksichtnahme auf die Bedeutung beider Theile sich aus Fassung und Stellung derselben ergibt, daß sie der Urkunde nicht gleichzeitig zugefügt sein können.

403. Ich denke nun weiter, daß die besprochenen Umstände auch bestimmt auf Vorhandensein des Datum schon im Konzepte hinweisen. Ergaben sich § 397 Fälle, daß das Datum erst in der Reinschrift selbst nachträglich zugefügt wurde, so könnte das allerdings zunächst die Annahme nahe legen, es habe das Konzept nur das Actum enthalten und es sei dann erst bei der Reinschrift vom Reinschreiber das laufende Datum zugefügt worden. Oder es sei auch das sich längere Zeit gleichbleibende Actum nicht im Konzepte eingetragen gewesen, man habe dafür eine allgemeine Vorlage benutzt und dieser das Datum zugeschrieben.

Gegen diese Annahme ließe sich einmal einwenden, daß auch auf das Datum wohl noch ein Zusatz folgt. So in St. 4677, vgl. § 218; oder in Urkunde des Erzbischofs von Köln von 1174, Seibertz U. B. I, 94. Aber die Fälle sind nicht allein sehr vereinzelt, sondern es wäre auch möglich, daß der Zusatz erst in der Reinschrift nachgetragen wurde.

Aber es wird jener Annahme gegenüber doch zuzugeben sein, daß, wenn der Reinschreiber das Datum nicht bloß abschrieb, sondern selbstständig konzipirte, und zwar zu derselben Zeit, wo er das Actum in die Reinschrift eintrug, die bisher besprochenen Umstände kaum weniger auffallend sein würden. Es fehlte dann jeder Anlaß, etwa den schon im Actum genannten Ort nochmals zu wiederholen oder unter Abweichung von der üblichen Anordnung Actum und Datum durch andere Bestandtheile zu trennen. Jene Umstände scheinen sich nur zu erklären, wenn lediglich das Datum von einer Person konzipirt wurde, welche entweder, als sie schrieb, das bereits vorhandene oder auch später zuzufügende Actum gar nicht beachtete, oder bei Beachtung des vorhandenen Actum, wie sie sich insbesondere bei der Zurückbeziehung zeigt, an der Gestaltung desselben unbetheiligt war.

Es würde weiter bei der Annahme, es habe der Reinschreiber das Datum ohne Vorlage zugefügt, die Folgerung nicht abzuweisen sein, Tag und Ort seien durch den ganz bedeutungslosen Zeitpunkt der Vollendung der Reinschrift bestimmt gewesen. Beanstandeten wir das § 377 für die ältere Datirung, so wird das auch hier unwahrscheinlich sein. In einem Einzelfalle läßt sich auch wohl bestimmter erweisen, daß das Datum sich auf einen der Reinschrift vorhergehenden Zeitpunkt beziehen müsse. So heißt es, allerdings noch in der entsprechenden Form der Uebergangsdatirung, in St. 3674, Büнау Fr. I. 433: *anno ab i. d. 1153,*

403] *regni 2, datum Garmacie eadem die, qua Arnaudus cancellarius regis fuit electus in Moguntinum archiepiscopum, fel. amen*, während Arnold auch unter den Zeugen bereits als Erwählter von Mainz erscheint. Da die Wahl zu Worms oder doch in dem nächstliegenden Neuhausen erfolgte, so ist es allerdings möglich, daß Arnold noch nach der Wahl an demselben Tage Zeuge war. Es wäre dann weiter auch möglich, daß das Zeugenverzeichniß und Datirung in derselben Form an demselben Tage etwa dem Konzepte zugefügt wurden. Daß aber diesem zunächst nur die Zeugen zugefügt, dann auch die Reinschrift noch an demselben Tage gefertigt und vom Reinschreiber in der angegebenen Weise datirt wurde, ist gewiß ganz unglaublich. Die Reinschrift wurde zweifellos erst an einem der folgenden Tage gefertigt; die ungewöhnliche Fassung des Datum könnte auch dann möglicherweise erst vom Reinschreiber herühren; aber mindestens war es dann ein vergangener Tag, der durch das Datum bezeichnet wurde. Daß der Tag des Datum nicht der der Reinschrift sein könne, wird sich allerdings in der Regel nicht bestimmter erweisen lassen und es ist möglich, daß bei ungenauem Vorgehen der Reinschreiber hie und da schlechtweg das laufende Datum eintrug. Aber als die Regel werden wir das gewiß nicht zu betrachten haben.

404. Für die Regel scheint mir nun besonders beachtenswerth die Einbeziehung der Aushändigungsformel in das Datum. Steht das Datum *per manum* anfangs wohl ganz selbstständig, vgl. § 325, so stellt sich bald der Brauch dahin fest, daß es mit in die sonstigen unter Datum aufzuführenden Angaben einbezogen wird; insbesondere wird es in der feierlichen Datirung ganz regelmässig zwischen Ort und Tag eingeschoben, so daß es nun etwa heisst: *datum apud Ulmam, per manus N. protonotarii, kal. ianuarii*.

Es wurde nun bereits § 328 darauf hingewiesen, daß die neuangenommene Formel ihre Bedeutung wohl nur darin finden konnte, daß man in ihr einen Ersatz für die thatsächlich bedeutungslos gewordene Rekognition sah, daß sie besagen sollte, daß der Protonotar die Urkunde vor der Uebergabe geprüft habe und für dieselbe einstehe. Sollte die Formel aber zur Beglaubigung dienen, so läßt das doch auf eigenhändige Zufügung schließen; erfolgte diese aber nach § 329 nicht in der Reinschrift, so liefs uns das schon § 330 an Eigenhändigkeit im Konzepte denken.

Schon dort wiesen wir darauf hin, daß das Zutreffen dieser Annahme zweifellos davon abhängig zu machen ist, daß sich für das gesammte Datum, mit dem die Aushändigungsformel so eng verbunden erscheint, eigenhändige Nachtragung im Konzepte glaublich machen läßt. Es bedarf nun kaum eines weiteren Hinweises, wie sehr diese Annahme durch das bisher Bemerkte unterstützt wird. Ohne die Aushändigungsformel zu berücksichtigen, fanden wir eine Reihe von Umständen, welche darauf hindeuten, daß nur das Datum im Konzepte von

iner Person eingetragen wurde, die insbesondere an der Eintragung des Actum ganz unbetheiligt gewesen sein muß.

Dafs nun diese Person der als Aushändler genannte höhere Kanzleibeamte, also in der Regel der Protonotar, gewesen sei, wird schon durch frühere Erörterungen nahe gelegt. Handelt es sich nur um die genauesten Angaben von Tag und Ort, so fahen wir uns § 364 auf die besonderte Eintragung dieser bereits für die ältere Datirung hingewiesen, ohne dafs sich freilich etwas über die Person ergab. Wichtiger ist, dafs wir § 389 für die Regierung K. Lothars glaubten nachweisen zu können, dafs die rekognoszirenden Notare ausser der Rekognition auch die Datirung eigenhändig in das Konzept eintrugen. Damit hätten wir also schon wesentlich dasselbe Verhältnifs, nur in anderer Form. Ging man dann später wieder zu der bedeutungslosen Nennung des Kanzlers als Rekognoszenten über, so liegt es doch nahe, dafs man an der eigenhändigen Zufügung der Datirung durch den thatsächlichen Rekognoszenten festhielt und nun weiter die gerade in dieser Zeit aufkommende Aushändigungsformel benutzte, um denselben kenntlich zu machen. Dann hat die Einbeziehung derselben in das Datum nicht allein nichts Auffallendes, sondern entspricht durchaus der vermutheten Sachlage.

Für diese war nun aber weiter die jetzt übliche, die genaueren Angaben unter Datum von Actum ganz scheidende Form der feierlichen Datirung besonders geeignet. Was der Protonotar eigenhändig zufügte, wird man auf das geringste Mafs beschränkt haben. Waren jetzt noch andere Nachtragungen im Konzepte nöthig, waren diesem nach § 235 ff. insbesondere noch die Zeugen zuzufügen, scheint, worauf wir zurückkommen, vielfach auch das Actum in dasselbe eingetragen, vielleicht auch Signum und Rekognition angedeutet zu sein, so wird nicht auch das durch den Protonotar selbst geschehen sein. Auch unter K. Lothar haben wir die Eintragung der Datirung gewifs vielfach auf die genaueren Angaben zu beschränken; vgl. § 389. Das gab dann aber Anlafs zu den verschiedensten Mißgriffen, da der Reinschreiber dieselben nun in die gesammte Datirungsformel einzuarbeiten hatte. In der jetzt üblichen Formel entfiel diese Schwierigkeit. Der Protonotar konnte jetzt das Datum in derselben Fassung zufügen, wie wir es in der Reinschrift finden; der Reinschreiber hatte es einfach abzuschreiben.

Allerdings haben nicht alle Diplome die Aushändigungsformel. Das wird nicht nöthigen, in solchen Fällen ein anderes Vorgehen anzunehmen. Es ist möglich, dafs der Aushändler im Konzepte immer genannt war, aber die Angabe nur theilweise in die Originale überging, wie das in späterer Zeit erweislich beiden in den Konzepten K. Karls IV. regelmäßig genannten Personen, die für die Urkunde einstehen, der Fall war; vgl. § 199. 207. Gewifs wird auch jetzt nicht gerade immer der Protonotar selbst die Angaben zugefügt haben, sondern ihn vertretende Notare, wie solche vereinzelt wohl als Aushändler genannt werden, während es im allgemeinen nicht üblich gewesen sein mag, auch ihre

404] Namen in die Ausfertigungen aufzunehmen. Oder es mochte der Protonotar oder dessen Vertreter nicht immer auch seinen Namen eintragen, die Eintragung von Ort und Tag von seiner dem Reinschreiber bekannten Hand für genügend erachten. Wir würden demnach bei Richtigkeit unserer Annahmen nicht bloß die Aushändigungsformel, sondern die eigenhändige Zufügung des Datum überhaupt als die jetzt übliche Form der Beglaubigung des Konzeptes zu betrachten haben, als Anweisung, daß der Ausfertigung desselben nichts mehr im Wege stehe.

405. Diese Annahme eigenhändiger Eintragung des Datum durch den Protonotar in das Konzept scheint mir alles Auffallende genügend zu erklären, während mir bei fortgesetzter Erwägung keine andere dazu in gleicher Weise geeignet schien. Freilich wäre es sehr wünschenswerth, das thatsächliche Zutreffen dessen, worauf die allgemeineren Erwägungen hindeuten, nun auch in Einzelfällen bestimmter erweisen zu können. Wenigstens für verwandtes Vorgehen ließen sich da aus späterer Zeit wohl unmittelbare Belege beibringen; ein noch erhaltenes Konzept aus der Kanzlei K. Heinrichs VII, Acta Henr. 2, 110, ist vom Protonotar korrigirt und ihm dann von dessen Hand ein Schlusssatz mit den Angaben von Zeit und Ort zugefügt. Für unsere Zeit wird beim Verluste aller Konzepte wohl nie ein unmittelbarer Beweis auch nur dafür zu führen sein, daß das Datum wirklich von anderer Hand eingetragen war.

Aber in Einzelfällen scheint meine Annahme eine sehr gewichtige Stütze darin zu finden, daß sich, wie ich denke, mit genügender Sicherheit nachweisen läßt, es sei nur das die Aushändigung erwähnende Datum von einer andern Person konzipirt worden, als das Actum und andere Angaben. Besonders beachtenswerth erscheint mir in dieser Beziehung die Urkunde Reg. Ott. 137, Böhmer Acta 225, mit: *acta s. h. omnia in Albensi civitate anno 1210, ind. 13, die dominico, 13. mensis iunii; interfuerunt J. Taurinensis episcopus* u. s. w.; dann nach Signum und Rekognition: *datum ap. Albam per manum G. imp. prothonotarii, 18. kal. iulii, regni 12, imp. 1.* Actum und Datum rühren hier ganz zweifellos von verschiedenen Personen her; das Actum wahrscheinlich von einem italienischen Notar, der an die Angabe des Wochentages und des laufenden Monatstages gewöhnt war und die Angabe der Regierungsjahre unterliefs, welche daher ausnahmsweise in dem in den gewöhnlichen Formen der Reichskanzlei gefassten Datum zugefügt wurden. Ich zweifle aber weiter nicht, daß der Schreiber des Actum zugleich die Zeugen zufügte, da diese nicht mit dem gewöhnlichen *huius rei testes sunt* oder *adhibitis testibus*, sondern dem den italienischen Notaren geläufigen *interfuerunt* eingeführt sind, wie sich das z. B. ebenso in der Urkunde K. Ottos Böhmer Acta 223 n. 246 findet, wo die Angabe des Wochentages in der einfachen Datirung und Eigenthümlichkeiten in der Aufführung der auf diese folgenden Zeugen gleichfalls

bestimmt auf einen italienischen Notar deuten. Auch Verstöße gegen die übliche Rangordnung der Zeugen sprechen für Konzipirung der Reihe durch einen an den Brauch der Reichskanzlei wenig gewöhnten Notar. In diesem Falle läßt sich also sicher erweisen, daß das Datum später von einer anderen Person zugeschrieben wurde; und in dieser werden wir doch zweifellos den in der Formel genannten Protonotar zu sehen haben, da nicht wohl abzusehen ist, weshalb überhaupt noch eine andere Kanzleiperson eingreifen sollte, wenn das nicht eine höhergestellte war, deren eigenhändige Datirung dann zugleich die Bedeutung der Beglaubigung hatte.

Entsprechendes ergibt sich für die ersten von K. Friedrich II. in Deutschland ausgestellten Urkunden, Reg. Fr. II. 41. 42. 43, Huillard 1, 216 ff. Ihr Text rührt von dem sizilischen Notar Heinrich de Parisius, wie das die dem sizilischen Kanzleigebrauche entsprechende Beglaubigungsformel ausdrücklich besagt. Die Zeugen scheinen erst in die Reinschriften nachgetragen zu sein; vgl. § 231. Das ihnen folgende *acta s. h. anno d. i. 1212, mense septembris, 15. ind.* ist zweifellos von demselben oder einem anderen sizilischen Notar konzipirt, da der deutschen Kanzlei die Nennung des Monats schlechtweg bis dahin ganz fremd ist, während sie sich in den sizilischen Diplomen regelmässig zwischen Jahr und Indiktion findet. Dagegen ist nun wieder das *datum in nobili civ. Basiliensi per manus Ulrici vice protonotarii, 6 kal. oct.* mit sizilischem Brauche ganz unvereinbar, dem deutschen aber durchaus entsprechend. Zeigen die Originale zu Wien keine Verschiedenheit der Schrift, so muß die Nachtragung schon im Konzepte erfolgt sein.

Noch schärfer tritt der Gegensatz der Aushändigungsformel zur übrigen Urkunde in einem anderen Falle hervor. Die überaus wichtige Verbriefung, welche K. Friedrich II. 1212 für Cremona auf dem Zuge nach Deutschland ausstellte, Böhmer Acta 772, ist zunächst ein ganz ungeändertes Notariatsinstrument über die Aug. 22 zu Mantua geschehene Handlung, in dem nur etwa ungewöhnlich die Schlussangabe: *et ad hec omnia confirmanda precepit dictus d. rex hanc cartam suo sigillo corroborari*, während die Unterfertigung: *ego O. notarius sacri palatii interfui et iussu dicti d. regis hanc cartam scripsi*, durchaus der sonst in Notariatsinstrumenten üblichen entspricht. Dann aber heisst es noch: *data Verone per manum d. Bertoldi de Nisso, regalis aule protonotarii et vicedomini Tridentini, die sabati 24. mensis augusti, 15. ind., feliciter*. Halte ich das für einen vom Protonotar selbst zur Beglaubigung gemachten Zusatz, so würde ich unter anderen Verhältnissen den Einwand anerkennen, daß die Tagesangabe nicht dem Brauche der Reichskanzlei entspricht. Gerade hier scheint mir dieselbe meine Annahme zu stützen. Der junge König hatte gewiss keine Notare der bisherigen Reichskanzlei, sondern sizilische Notare, denen wir noch in Deutschland wieder begegnen werden, in seinem Gefolge; diese datirten, wie die zu Rom ausgestellten Urkunden zeigen, in sizilischer Weise nach dem

405] Monate. Bertold verdankte seine Bestellung zum Protonotar zweifellos zunächst nur dem Umstande, daß Heinrich von Neiffen, wahrscheinlich sein Bruder, als Bote der deutschen Fürsten den König nach Deutschland berief. Der neue Protonotar wird dem Könige von Trient entgegengekommen sein und mag zu Verona sein Amt angetreten haben. Solcher Sachlage scheint mir die Annahme der Datirung durch den Protonotar selbst durchaus zu entsprechen, dem im allgemeinen die in der Reichskanzlei übliche Datirungsformel genügend bekannt sein mochte, während er von Trient her an die Angabe des Tages nach italienischer Weise gewohnt gewesen sein wird.

In ähnlicher Weise findet sich auch sonst wohl das Datum einem nicht in die Form eines Zeugnisses des Königs umgearbeiteten, un geändert belassenen Akte zugefügt. St. 4628, Toeche Heinr. VI. 606, mit den Jahresangaben beginnend, dann den Inhalt eines vom Könige gegebenen Versprechens, endlich die Zeugen angehend, ist so weit ein bloßer Akt, zu dem dann an und für sich die Zufügung des *datum ap. Selignistad 17. kal. iunii* gar nicht paßt. Ist das nach unserer Annahme als Beglaubigung für den Reinschreiber zu fassen, als Anweisung, der interessirten Partei eine Abschrift des Aktes unter königlichem Siegel auszufertigen, so erklärt sich die sonderbare Form.

406. Sind unsere bisherigen Annahmen richtig, so wird damit auch die Beziehung des Datum auf den Fertigstellungsbefehl als Regel nicht wohl einem Zweifel unterliegen können; es würde in ihm gleichsam der vom Protonotar ertheilte Fertigstellungsbefehl selbst fixirt sein. Fassen wir das zugleich als Beglaubigung der vorgenommenen Prüfung, so setzt diese Vorhandensein der Urkunde bis auf das noch zuzufügende Datum voraus; während dieselbe andererseits auch noch nicht in Reinschrift vorliegen konnte, da sich sonst die Nachtragung erst in dieser zeigen müßte. Das entspricht also durchaus dem, was wir § 239 auch für die Zeugen als Regel geltend zu machen suchten, und dem geringeren Gewichte, das dem Zeitpunkte der Vollziehung seit dem Aufhören der eigenhändigen Unterzeichnung des Königs beizulegen ist.

Die ursprüngliche Beziehung des Datum auf die Aushändigung an den Empfänger hatte man dann allerdings schon aus dem Auge verloren, und es ist kaum wahrscheinlich, daß man ihm eine andere, dem Wortsinne gleichfalls entsprechende Bedeutung unterlegte, etwa an die Aushändigung durch den Protonotar zur Ausfertigung dachte.

Doch ist es sehr möglich, daß man auch jetzt noch zuweilen bei den Angaben des Datum zunächst die sich an die Vollziehung anschließende Uebergabe im Auge hatte. Wurde nach § 397 zuweilen das Datum erst in der Reinschrift nachgetragen, so muß das nicht gerade dadurch veranlaßt sein; aber jedenfalls ist das die nachstliegende Erklärung. Und wenigstens in einem Falle gestattet die besonders günstige Sachlage das Zutreffen bestimmt zu erweisen. St. 4828, Bohmer Acta 171, für Verona von 1193 hat das Datum Worms Aug. 15 durch

den Protonotar Sigeloh, während wir aus dem gleichzeitigen Notariatsinstrumente St. 4829 wissen, daß der Kaiser schon an diesem Tage selbst die Bevollmächtigten der Stadt Verona mit jenem *privilegio facto et finito et sigillato* investirte. Fertigung der Reinschrift erst an diesem Tage ist gewiß nicht anzunehmen. Da das Original nicht bekannt ist, so läßt sich nicht entscheiden, ob auch hier etwa ausnahmsweise das Datum erst in der Reinschrift nachgetragen wurde; es liesse sich dafür vielleicht geltend machen, daß das vom Notar zwischen dem *facere* und *sigillare* erwähnte *finire* des Privileg auf irgendwelche vom Siegeln verschiedene Vollziehungshandlung deute, welche dann, da der Kaiser nicht mehr unterzeichnete, eben in der Zufügung des Datum hätte bestehen können. Doch wäre es auch denkbar, daß der Protonotar nach dem schon feststehenden Tage der Uebergabe vorausdatirt hätte. Im allgemeinen wird gewiß gerade in solchen Fällen, wo eine feierliche Uebergabe durch den Kaiser selbst in Aussicht stand, am meisten zu vermuthen sein, daß man das Datum diesem Akte anpaßte.

Ein anderer Fall könnte die Annahme nahe legen, es sei beim Datum zuweilen Beziehung auf die Handlung anzunehmen. Schon § 103 wurde bemerkt, daß in St. 4746, Ludewig Rel. 11,587, das: *datum ap. Geilenhusen p. m. Sigeloi imp. aule protonotarii, kl. iunii, vacante cancellaria*, sich nur auf 1192 Juni 1 beziehen kann; und es muß auch gerade in dieser Fassung schon jener Zeit angehören, da die Erwähnung der Erledigung der Kanzlei sich allerdigs regelmäsig in den vorhergehenden Monaten, nicht aber mehr Juni 7 und weiter findet. Trotzdem wurde dort nachgewiesen, daß die Urkunde, wie sie vorliegt, erst nach dem Tode des Erzbischofs Wichmann von Magdeburg, Aug. 25, und nach den Zeugen erst um Anfang Dezember entstanden sein kann. Da handelt es sich aber zweifellos um einen Ausnahmefall. Das Datum wird auch hier zunächst den Fertigungsbefehl bezeichnen; aber das Konzept ist nicht früh genug ausgefertigt oder es wurde die Reinschrift dem Erzbischofe nicht mehr eingehändigt. Die Urkunde wird dann später für den Nachfolger neuausgefertigt sein unter Zufügung der jetzigen Zeugen; aber im Texte sind sichtlich nur die durch den Tod des ursprünglich ins Auge gefaßten Empfängers durchaus nothwendig gewordenen Aenderungen vorgenommen, während man die Datirung absichtlich ungeändert beibehalten haben wird, da es für den Rechtsinhalt keineswegs gleichgültig war, daß ersichtlich wurde, die betreffende Schenkung sei schon zu jener früheren Zeit erfolgt. Es ist möglich, daß Aehnliches auch sonst vorgekommen ist. Aber dann wird man bei genauerer Unterscheidung nicht wohl sagen dürfen, daß das Datum nach der Handlung bestimmt, sondern daß es bei einer Neuausfertigung, wenn auch vielleicht nur des Konzeptes, ungeändert beibehalten wurde; es schließt sich das den § 166 besprochenen Fällen näher an. Wir werden zweifellos daran festhalten dürfen, daß das Datum sich in der Regel auf den Fertigungsbefehl, ausnahmsweise auf die Vollziehung, aber

406] wenigstens bei regelmässigen Gebrauche der Formel nicht auf die Handlung bezieht.

Auch in Privaturkunden läßt sich zuweilen aufs bestimmteste nachweisen, daß sich das Datum nicht auf die Handlung beziehen könne. So urkundet der Bischof von Würzburg M. Boica 37,42 mit Actum 1131 und Datum Würzburg Mai 23, während sich aus dem Texte ergibt, daß die Handlung vor dem Könige zu Aachen, wahrscheinlich im März oder Anfang April, vorgenommen wurde. Eine Mainzer Urkunde, Stumpf Acta Mag. 68, nennt als Orte der Handlung im Texte Würzburg und Bingen zum Actum 1158 und Datum Mainz Mai 22. Und wenn in Privaturkunden besonders häufig die Aushändigung im Datum erwähnt wird, so wurde schon § 323 darauf hingewiesen, daß diese auch hier recht wohl die Bedeutung einer Beglaubigung haben könne, so daß nichts im Wege steht anzunehmen, daß in Privatkanzeleien die Formel im wesentlichen in derselben Weise gehandhabt wurde, wie in den Königsurkunden. Während dann auch hier wohl die Beziehung auf die Vollziehung bestimmter hervortritt, wenn es Miraeus 2,1323 nach dem Actum heisst: *data est autem publice et sigillata haec pagina apud V. anno 1246, 17. kal. ian.*

407. Wenden wir uns zum andern Theile der Formel, so scheint schon von vornherein alles für Beziehung des Actum auf die Handlung zu sprechen. Der Ausdruck wird überwiegend mit Beziehung auf die Handlung gebraucht, insbesondere auch in den Privaturkunden, auf welche nach § 395 die Formel zurückgeht; auch wo wir in den Königsurkunden der Uebergangszeit die Datirung unter Actum fanden, glaubten wir Beziehung auf die Handlung annehmen zu dürfen; vgl. § 385. Es finden sich auch wirklich zahlreiche Belege, daß das Actum sich auf einen früheren Zeitpunkt bezieht, als das Datum, während sich zugleich oft aufs bestimmteste ergibt, daß dieser frühere Zeitpunkt nur der der Handlung sein kann. Treffen dieselben häufiger Privaturkunden, so fehlt es doch durchweg auch nicht an entsprechenden Belegen aus Königsurkunden.

Am deutlichsten tritt das hervor, wenn wir verschiedene Zeitangaben im Actum und im Datum finden. In ihrer regelmässigen Gestaltung nennt die Formel allerdings unter Actum nur das Jahr, unter Datum nur den Tag. Aber es finden sich doch nicht selten auch vollständige Doppeldatirungen, die das Verhältniß sicher erkennen lassen. So in Urkunde des Erzbischofs von Salzburg, Oberöstr. U. B. 2,222, das Actum Passau 1146 Nov. 11 und das Datum Friesach Dec. 20; des Bischofs von Passau, Oberöstr. U. B. 2,231, das Actum Passau 1147 Mai 10 und Datum Wien 1147 Mai 16; des Bischofs von Hildesheim, Lüntzel 378, das Actum Goslar 1160 Febr. 21, während es dann gewiss dem Datum entsprechend heisst: *recognitum Hildensem eodem anno in generali synodo nonas martii*; des Herzogs von Baiern, Mon. Wittelsb. 1,32: *acta s. h. 1224 ind. 12, 12. kal. marcii*; *datum eodem incarnu-*

ensis anno ap. Strubingen 5. kal. apr. Dafs dabei das *eodem anno* nicht überflüssig war, ergeben Fälle aus Regensburg, Ried 1,344.420: *acta s. h. anno i. d. 1224, ind. 12; datum autem anno i. d. 1225, ind. 3, 3. non. martii*, und: *acta s. h. anno d. i. 1248; datum autem Stoufe d. i. 1249, 12. kal. iunii, ind. 6, episcopatus nostri anno 3.* Eine solche ähnlicher Fälle wurde § 49 angeführt.

Das wird auch zu beachten sein, wo das Verhältnifs sich nicht so unmittelbar kenntlich macht. Der Markgraf von Baden sagt im Texte seiner Urkunde, dafs er *anno d. i. 1232* der Kirche von S. Gallen zwei Prior zu Lehen aufgetragen habe; dann *actum in presentia d. H. Rom. regis* und weiter nach der Beglaubigungsformel: *datum ap. Hallis, 5. kal. apr., ind. 6.* Im Wirtemb. U. B. 3,325 ist das zweifellos richtig nach der Indiktion auf 1233 März 26 bezogen, wo auch das Itinerar des Königs entspricht, worauf allerdings nicht wegen des Actum, wohl aber deshalb Gewicht zu legen ist, weil der Markgraf sich in dieser Zeit durchweg am Hofe aufhält. Dagegen nimmt Wartmann im S. Gall. U. B. 3,84, allerdings auch irre geführt durch einen Mißgriff, wonach in der Ueberschrift März 6 genannt ist, einen Schreibfehler in der Indiktion an und setzt die Urkunde zu 1232, welches doch ausdrücklich nur in Beziehung auf die Handlung genannt ist.

Einzelne derartige Fälle ergeben sich dann auch in Königsurkunden. So St. 4654: *acta sunt hec apud Mersburc anno 1189, 17. kal. nov.; datum Fulde anno 1190, 5. id. iulii*; Böhmer Acta 225: *acta sunt hec omnia in Albensi civitate anno 1210, die dominico, 13. mensis iunii*, dann nach Zeugen und Beglaubigung: *datum apud Albam 18. kal. iulii* mit den Regierungsjahren.

408. Etwas häufiger finden sich verschiedene Ortsangaben vor Actum und Datum, bei welchen dann zugleich ein Zeitunterschied zu erweisen oder doch anzunehmen ist. So in Urkunde des Wormser Kapitels, Mittelrh. U. B. 1,667: *acta sunt hec in eadem curia Pardenheim 1158; datum Treveri 7. id. martii*; des Bischofs von Regensburg, Ried Cod. 1,336: *acta s. h. coram nobis et — duce Bawarie L. in plano eiusdem Nivenhusen anno i. d. 1223, ind. 11*; dann nach Beglaubigungsformel und Zeugen: *datum Ratispone 3. id. dec.*; des Erzbischofs von Salzburg, Wichner Admont 2,296: *acta s. h. Frisaci in ecclesia s. Bartholomei a. d. 1231, ind. 5*; dann nach den Zeugen: *datum m. magistri H. notarii ap. Altenhoven 3. non. dec.*; oder des Bischofs von Halberstadt: *actum apud Altam arborem anno 1250; datum Halberstad 17. kal. oct.*, vgl. Spiess Archiv. Nebenarb. 1,110, wo noch mehrere Beispiele aus Privaturkunden; vgl. auch § 49.

Dasselbe findet sich nun auch in Königsurkunden. So St. 4284: *acta sunt hec anno d. i. 1179, ind. 12, apud Egram, regni 28, imp. 25; datum in civ. Magdeburg in kal. iulii*, wo auch der Text Eger als Ort der Handlung nennt; St. 4314: *acta s. h. a. d. 1181, ind. 14, mense martii in castro Nourimberc; datum Werde 5. id. martii*, in Ueberein-

408] stimmung mit einer vom 1. März aus Nürnberg datirten Urkunde; St. 4794: *acta s. h. Salsin anno 1193* —; *data ap. Werdam 13. kal. febr.*; Reg. Henr. (VII.) 362, Huillard 4,697: *acta s. h. in campo ap. Ballemburg anno d. i. 1234*; *datum ap. Herbipolim 15. kal. dec., ind. 8.*

Finden sich überhaupt solche Fälle, so wird es sich bei den § 401. 402 besprochenen, bei welchen der unter Actum genannte Ort im Datum wiederholt oder hier auf ihn zurückverwiesen ist, nicht gerade immer um Mißgriffe handeln müssen. Man wollte vielleicht gerade den Ort der Handlung kennzeichnen und nahm ihn daher in das Actum auf, zumal es bei Eintragung desselben ungewiß sein konnte, ob das Datum noch denselben Ort zu nennen habe.

409. Es gibt weiter Fälle, bei denen nicht gerade unmittelbar verschiedene Angaben vorliegen, sich aber bei genauerer Prüfung Unvereinbarkeit von Angaben des Actum mit dem Tage des Datum ergibt, und zwar so, daß jene dann auf einen früheren Zeitpunkt treffen.

Die Ortsangabe wird regelmässig nur unter Datum genannt; zuweilen aber, wie gesagt, unter Actum und Datum, wo dann schon die Verschiedenheit des Ortes darauf hinweist, daß der des Actum sich nur auf die Handlung bezieht. Das wird dann doch auch zu beachten sein, wenn ausnahmsweise nur unter Actum ein Ort genannt ist; und bei günstiger Sachlage läßt sich denn wirklich auch wohl nachweisen, daß der König am Tage des Datum nicht mehr am Orte gewesen sein kann. Die bezüglichen Fälle, St. 4999 von 1196 und Böhmer Acta 199 von 1206 wurden bereits § 119 besprochen; bei beiden ergibt der Text bestimmt, daß die Handlung am genannten Orte vorgenommen wurde, während das Datum demselben nicht mehr entspricht. Auch bei einem der seltenen Fälle, bei welchen unter K. Friedrich I. noch die ungeänderte ältere Formel angewandt wird, scheint der Ort unter Actum nur der Handlung zu entsprechen. Nach dem Text von St. 3773 hielt der Kaiser 1157 Juli 1 Hof zu Bamberg. Nun hat St. 3772, Heineccius Gosl. 159, unter Datum Juni 25 und das Actum Goslar. Da der Uebergang doch ein auffallend rascher sein würde, die Handlung jedenfalls nach Goslar fiel, auch die Zeugen als *testes actionis* bezeichnet sind, so mag absichtlich auf die ältere Form zurückgegriffen sein, um Beziehung des Ortes auf die Handlung zu kennzeichnen.

Die Jahresangaben des Actum können an und für sich unvereinbar mit dem Tage sein, weil sie nach verschiedenen Epochentagen bestimmt nicht einem ganzen Jahre, sondern nur einem Abschnitte desselben entsprechen, in den der bezügliche Tag überhaupt nicht fällt. Oder die Unvereinbarkeit kann sich aus gleichzeitiger Berücksichtigung der Ortsangabe ergeben, insofern der König am Tage des genannten Jahres nicht am genannten Orte gewesen sein kann. Auf einen Fall, der noch der entsprechenden Form der Uebergangszeit angehört, St. 3445,

wurde § 383 hingewiesen. Für die jetzige regelmässige Formel scheint St. 3936, Lami Mon. 1,339, das grosse Privileg für Pisa, einen auffallenden Beleg zu geben. Es ist datirt aus Pavia nach der Zerstörung Mailands, Apr. 6, was sich also zweifellos auf 1162 bezieht. Aber von den Angaben des Actum 1161, Ind. 9, Regni 10, Imp. 7 stimmt dazu lediglich noch Imp. 7, während in der zweiten Hälfte 1161 alle vier Angaben zusammenstimmen. Wir wissen nun aus den Annalen von Pisa, M. Germ. 19,246. 247, dass 1161 im Oktober Gesandte von Pisa mit dem Kaiser verhandelten, dass dann 1162 März eine andere Gesandtschaft zum Kaiser kam, der ihr nun durch Privileg bestätigte, *sicuti cum legatis proximi preteriti anni ordinaverat*. Ist nun auch das Privileg in der Fassung, wie es vorliegt, erst 1162 entstanden, insofern in demselben die uns bekannten Gesandten dieses Jahres genannt werden, so wird man als massgebende Handlung das frühere Abkommen betrachtet und danach das Actum, das wohl schon in einer Vorlage fixirt war, bestimmt haben. Auch von den Zeugen weiss ich den Abt von Stablo anderweitig nur 1161 beim Kaiser nachzuweisen, während andere Zeugen eher auf 1162 deuten; doch konnten gerade in einem solchen Falle Zeugen der Handlung und Beurkundung zusammengeworfen sein, wie sich das nach § 152 auch sonst wohl ergibt.

Nach allem ist gar nicht zu bezweifeln, dass auch in Königsurkunden das Actum häufig durch die Handlung bestimmt war. Diese Bedeutung des Ausdruckes scheint auch wohl in der Weise beachtet zu sein, dass man ihn vermied, wo der bezügliche Theil der Datirung der Handlung nicht entsprechen sollte. So kann es auffallen, dass es St. 4308 übrigens genauem Anschluss an die übliche Formel heisst: *donationis eius confirmatio facta est anno d. i. 1180*, dann Datum mit Tag und Ort; es ergibt sich, dass die Handlung selbst hier sechs Jahre früher fiel, vgl. § 86.

410. Aber es handelt sich dabei jedenfalls um keine ausnahmslose Regel, für Königsurkunden wohl überhaupt nicht um die Regel. Für Beziehung des Actum auf die Beurkundung geben einige Fälle nachträglicher Beurkundung ganz zweifelloso Belege. In dem § 86 gesprochenen St. 4140 beziehen sich allerdings die Zeugen auf die 1164 vorgenommene Handlung; aber das Actum nennt 1172. Ebenso hat St. 4092, vgl. § 101, in welchem bei sonst entsprechender Formel das Actum fehlt, das Actum 1167, während sich nach dem Texte als Jahr der Handlung 1165 ergibt.

Das widerspricht ja insofern dem Sprachgebrauche nicht, als sich nach § 43 der Ausdruck Actum auch auf das Fertigen der Urkunde beziehen kann. Auch im näheren Anschluss gerade an unsere Formel scheint sich dafür ein bestimmterer Beleg zu geben in zwei Mainzer Urkunden, Wenck Hess. L. G. 2,99. 102, für dasselbe Kloster gleichzeitig gefertigt. In der einen heisst es wohl durch einen Missgriff: *acta s. h. mo inc. domini anno 1151, ind. 14, conc. 7, ep. 12 conscriptum est*

410] *hoc privilegium*; dann nach den Zeugen Datum mit Ort und Tag. In der andern ist dieselbe Datirung wiederholt, nur dafs das *acta sunt haec* und das zweite *anno* hier beseitigt sind.

In Privaturkunden ergeben sich auch wohl noch andere Anzeichen, dafs man die Ausdrücke bei sonstigem Anschlufs an die Formel so ungenau gebrauchte, dafs man ihre verschiedene Bedeutung nicht wohl beachtet haben kann. So etwa Cod. Anhalt. 1,320. 332, wo Data die Jahresangaben einleitet, dann unter Actum Ort und Tag folgen, also die Ausdrücke geradezu vertauscht sind.

Aehnliche Ungenauigkeiten fanden wir § 368 in Königsurkunden der Uebergangszeit. Seit aber die Formel auch in der Reichskanzlei ganz fest gestaltet erscheint, hat gewifs die Annahme ihr Bedenkliches, man habe das Actum derselben bald nach der Handlung, bald aber nach der Beurkundung bestimmt. Dennoch glaube ich das annehmen zu müssen. Fälle, wie die oben erwähnten, liefsen sich allerdings als vereinzelte Unregelmäßigkeiten behandeln. Aber manche andere Umstände lassen mir keinen Zweifel, dafs man das Actum in den Königsurkunden dieser Zeit nicht blofs häufig, sondern wohl überwiegend nach der Beurkundung bestimmte.

411. Vor allem mufs in dieser Richtung die fast ausnahmslose Uebereinstimmung zwischen den Jahresangaben des Actum und dem Datum auffallen. Zwischen der Handlung und dem Fertigstellungsbefehle, auf den wir das Datum zunächst bezogen, haben wir durchweg einen bedeutenderen Zeitabstand anzunehmen. Vergleichen wir die § 46 ff. 93. 407 angeführten Fälle, bei welchen uns der Tag des hier zweifellos der Handlung entsprechenden Actum genau bekannt ist oder der Zeitabstand sich anderweitig bestimmter ermitteln liefs, so sind die Fälle bei weitem überwiegend, bei denen der Zeitabstand mehr als eine Woche betrug; es ergaben sich durchweg mehrere Wochen und Monate, und zwar ohne dafs gerade ungewöhnlich verzögerte Beurkundung, die zu einem Abstände von Jahren führen konnte, anzunehmen wäre.

Waren nun die Jahresangaben des Actum nach der Handlung bestimmt, so müfste sich für alle kurz nach dem Jahreswechsel datirten Urkunden ergeben, dafs ihre durch das Itinerar zu kontrollirende Tagesangabe nicht zu dem im Actum genannten, sondern zu dem nachstfolgenden Jahre stimme. Die ganz entsprechende Voraussetzung fanden wir ja für die ältere Datirung § 344. 373 bestätigt, obwohl es sich da zunächst nur um den geringeren Zeitabstand zwischen verschiedenen Stufen der Beurkundung selbst handelte. Um so sicherer glaubte ich hier auf gehäufte Belege rechnen zu dürfen. Aber bei Durchmusterung der bezüglichen Diplome des zwölften Jahrhunderts ergab sich nur der einzige, § 409 besprochene Fall St. 3936; bei St. 4791. 95, wo Aehnliches zutrifft, handelt es sich um einfache Datirung. Diesem Ergebnisse gegenüber glaubte ich meine anfängliche Annahme, dafs das Actum

h in Königsurkunden regelmässig auf die Handlung beziehe, unbedingt gegeben zu müssen.

412. Auf ein entsprechendes Ergebniss schien dann weiter die Betrachtung der Beziehung der Zeugen zunächst auf das Actum zu führen, wie sie in späteren Diplomen wohl bestimmt hervortritt, sich aber auch für ältere begründen lassen dürfte. Allerdings stehen bei der regelmässigen Gestaltung der Diplome beide Bestandtheile überhaupt nicht in unmittelbarem Zusammenhange; die Zeugen schliessen sich unmittelbar an den Text, während dann erst nach Signum und Rekognition das Actum folgt. In den Privaturkunden aber tritt die engere Verbindung schon früh hervor; nicht allein, dass hier häufig Actum und Datum durch die Zeugen auseinandergehalten sind, vgl. § 400; sondern auch die häufige Zusammenfassung *acta — presentibus* — ergibt sich unmittelbar, dass man beide Theile als zusammengehörig betrachtete und der Urkunde gleichzeitig zufügte. Das ist aber um so beachtenswerther, als die ganze Datirungsweise aus den Privaturkunden in die Reichskanzlei übernommen wurde. In der Uebergangszeit fanden wir dann jene die Zeugen in das Actum hineinziehende Fassung auch häufig in der Reichskanzlei, vgl. § 385; vereinzelt, so St. 3465, vgl. § 212, auch wohl so, dass dann später noch ein Datum folgt. Dasselbe findet sich zuweilen noch in den ersten Jahren K. Friedrichs I., so St. 3633. 3739. 3745, denen wir auch sonst Nachwirken der Formen der Uebergangszeit finden; auf andere Fälle, wie St. 3737. 4481, möchte ich schon deshalb kein Gewicht legen, weil ihr Text mit Einschluss des Actum in Privaturkunden konzipirt sein wird; vgl. § 164. Als in K. Friedrichs I. Kanzlei die Formel in ihrer regelmässigen Gestaltung aufgenommen wurde, ersetzte sie nur die bisherige ungetheilte Datirung, liess die übrige herkömmliche Anordnung, also insbesondere die Stellung der Zeugen zwischen Text und Protokoll unberührt. Wurden nun aber Signum und Rekognition vielleicht überhaupt nicht oder doch nicht immer in das Konzept eingetragen, wurde das Datum in demselben nach unserer Annahme erst auf einer letzten Stufe zugefügt, bedurfte es aber für die Zeugen jedenfalls einer Eintragung in das Konzept, so legt das die Vermuthung sehr nahe, das noch undatirte Konzept habe ausser dem Texte selbst nur Zeugen und Actum umfasst, falls, worauf wir zurückkommen, dieses überhaupt in das Konzept aufgenommen wurde.

Diese Vermuthung scheint nun darin eine Unterstützung zu finden, dass wirklich, als seit dem Ende des Jahrhunderts die regelmässige Anordnung der Diplome weniger streng mehr eingehalten wird, die vermuthete engere Verbindung zwischen Zeugen und Actum auch in den Inschriften mehrfach zum Ausdrucke gelangt. Diese ergibt sich wohl schon in Fällen, wo zwar das Actum in regelmässiger Weise auf die Zeugen folgt, selbst aber durch andere Bestandtheile vom Datum getrennt ist. Wenn St. 4767 auf Zeugen und Actum zuerst Signum und Rekognition, St. 4854 zuerst ein Zusatz, dann erst das Datum folgt, so ist solche

412] Gestaltung doch kaum erklärlich, wenn nicht gerade Zeugen und Actum gemeinschaftlich früher eingetragen waren. Solche Fälle sind dann später gar nicht selten, vgl. § 400. Dann aber folgt jetzt auch in Königsurkunden die Zeugenaufführung wohl überhaupt erst nach dem Actum, schliesslich das Datum. So Reg. Ott. IV. 32. 35, worauf aber weniger Gewicht zu legen, da es sich hier um unmittelbare Uebertragung der Formen der Privaturkunden durch mit den Bräuchen der Reichskanzlei nicht bekannte Schreiber handelt, wie sich solche, ähnlich wie unter K. Lothar, auch sonst in der Zeit des Gegenkönigthums Ottos sehr bemerklich macht. So aber auch Reg. Ott. 137, für das § 405 überdies geltend gemacht wurde, dass auch nach der Fassung Actum und Zeugen, nicht aber das Datum, von derselben Person eingetragen seien; dann Huillard 1, 379. 381. 670. 2, 547. Wichtiger ist es, dass wir nun auch wohl jene Einbeziehung der Zeugen in das Actum finden. Das trifft schon unter K. Heinrich VI. bei unregelmässigen Formen zu. So St. 4791, Stumpf Acta 264: *acta sunt ista in presentia* u. s. w.; dann die vollständige Datirung unter Datum. Oder St. 4959, Cod. Westf. 1, 238: *acta s. h. ap. Hagenowe presentibus testibus* u. s. w. anno d. i. 1195. 9 kal. sept. Dann aber findet es sich auch in der regelmässigen Form; so Reg. Phil. 86, Böhmer Acta 201: *acta s. h. ap. Hagenowe, anno 1206, testibus hiis presentibus* u. s. w.; *datum ap. Hagenowe, 3 id. dec., ind. 10*; ähnliche Fälle Huillard 1, 224. 226. 344. 4, 665. Beachtenswerth erscheint dann auch die unregelmässige Form Reg. Henr. (VII) 117, Huillard 2, 388, M. Boica 30, 141: *acta s. h. presentibus et cooperantibus principibus* u. s. w. — *et aliis quam plurimis, fel. amen*; *datum Auguste p. m. II. Const. prep. imp. aule prothonotarii, id. nov.*; dann in der folgenden Zeile: *ind. 13, anno d. 1226*. Diese ganz ungewöhnliche Anhängung der Jahreszahlen ist zweifellos dadurch herbeigeführt, dass dieselben bei Zufügung des Datum als in dem schon mit dem Schlusswunsche versehenen Actum befindlich vorausgesetzt wurden.

Nach allem zweifle ich nicht, dass die nähere Verbindung von Actum und Zeugen, wie sie bei unregelmässiger Gestaltung sich auch in den Originalen geltend macht, auch für frühere Zeit auf gleichzeitige Eintragung in das Konzept wird schliessen lassen. In Privaturkunden erklärt sich die nähere Verbindung leicht dadurch, dass Zeitangaben und Zeugen sich zunächst auf die Handlung beziehen sollten. In dieser Richtung verwertheten wir den Umstand auch bereits § 385 für Königsurkunden der Uebergangszeit. Ebenso würde der Umstand sich nun auch bei der feierlichen Datirung leicht erklären, wenn bei Beziehung des Actum auf die Handlung auch die Zeugen Handlungszeugen waren; dann werden sie freilich zum Datum nicht stimmen, vgl. § 143 ff. In diesem Falle konnten Actum und Zeugen schon dem ursprünglichen Konzepte zugefügt sein. Ebenso, wenn die Zeugen sich zunächst auf den Beurkundungsbefehl bezogen; vgl. § 241. Aber im allgemeinen scheint die Beziehung der Zeugen auf einen erheblich früheren Zeitpunkt, als

den im Datum angegebenen, Ausnahme zu sein. Läßt sich da über den Tag schwer urtheilen, so schien eine genauere Durchsicht der Zeugenreihen für diesen Zweck wenigstens durchweg Uebereinstimmung mit dem Orte des Datum zu ergeben. Die Zeugenreihen der gleichzeitig aus demselben Orte datirten Urkunden zeigen in der Regel grofse Uebereinstimmung. Auch wo die Urkunden vereinzelt sind, ergibt sich meistens, dafs die Gegenwart der als Zeugen Genannten gerade an diesem Orte nicht auffallen kann. Es wird weiter zu beachten sein, dafs die mit zahlreicheren und angesehenern Zeugen versehenen Diplome jetzt durchweg aus bedeutenderen Orten datirt sind; war in älterer Zeit oft der Schlufs gestattet, dafs der unter Datum genannte unbedeutende Ort wohl geeignet sein mochte zur Vollendung einer Beurkundung, nicht aber zur Vornahme irgendwelcher feierlicher Handlung, vgl. § 95. 98, so ist das jetzt keineswegs mehr in derselben Weise der Fall. Im allgemeinen wenigstens scheinen Zeugen und Datum sich genauer zu entsprechen, als das der Fall sein dürfte, wenn sie sich überwiegend auf verschiedene Stufen der Beurkundung bezögen.

Das stimmt denn auch durchaus zu unseren früheren Ergebnissen, wonach wir als Regel sowohl für die Zeugen, als für das Datum Beziehung auf ein und dasselbe Stadium der Beurkundung, nämlich den Fertigstellungsbefehl annahmen; vgl. § 239. 406. Dann aber wäre bei Richtigkeit unserer Annahme bezüglich des näheren Zusammenhanges zwischen Actum und Zeugen die weitere Folgerung nicht abzuweisen, dafs auch das Actum sich wenigstens häufig auf den Fertigstellungsbefehl beziehen müsse.

413. Diese auf den ersten Blick mit manchem früher Bemerkten schwer zu vereinigende Annahme findet zuweilen eine sehr bestimmte Unterstützung durch das erweisliche Zusammenfallen von Actum und Datum auf denselben Tag. Wurde bereits § 401. 402 bemerkt, dafs der Ort des Actum wohl im Datum wiederholt oder hier auf denselben zurückverwiesen wird, so würde Gleichheit des Ortes in den meisten Fällen immerhin einen beträchtlicheren Zeitabstand ermöglichen; denn es handelt sich dabei überwiegend um bedeutendere Orte, wo der König sich länger aufgehalten haben mag. Dasselbe aber trifft nun auch wohl die Tagesangabe.

Für ausdrückliche Wiederholung ist mir freilich nur ein einzelner Beleg aufgefallen. In zwei Ausfertigungen einer Urkunde des Erzbischofs von Mainz, Bodmann Rheing. Alterth. 47. 48, welche sich übrigens nur durch einige Abweichungen in den Zeugen zu unterscheiden scheinen, heifst es: *acta sunt hec (hec traditio facta est) anno d. i. 1151, ind. 14, ipso die sancto pasce, regn. Cunr. rege, fel. amen; data Mogontie, 6 id. apr.* Beide Tagesangaben stimmen. Hier möchte aber doch eher ein ungenauer Gebrauch des Ausdrucks Datum und Beziehung der gesammten Datirung auf die Handlung anzunehmen sein, auf welche auch die Erwähnung der Traditio in der einen Urkunde

413] bestimmter zu deuten scheint; gerade für Mainz konnten wir § 51 schon einen ähnlichen Fall nachweisen.

Dagegen findet sich mehrfach Zurückverweisung des Datum auf den Tag des Actum. Was Privaturkunden betrifft, so ist mir das nur in den Urkunden der Bischöfe von Passau aufgefallen. Seit 1161 wird in diesen häufig unter Actum Ort, Jahr und Tag genannt, während dann *datum die et loco quibus supra* folgt; oder das Actum gibt nur Jahr und Tag, dann *datum eodem die* mit dem Ort; vgl. Oberöstr. U. B. 2,309 ff., M. Boica 28^b, 240 ff. Es handelt sich da nicht um vereinzelte Unregelmäßigkeit, sondern um fortgesetzten Brauch. Fälle, welche eine bestimmtere Entscheidung gestatteten, sind mir nicht vorgekommen; jedenfalls müssen sich beide Angaben gemeinsam entweder auf die Handlung oder auf die Beurkundung beziehen.

Aehnliches findet sich nun auch in Königsurkunden, wo das Datum, und demnach in solchen Fällen doch auch das Actum, zweifellos auf die Beurkundung zu beziehen ist. Allerdings handelt es sich dabei nur um vereinzelte Unregelmäßigkeiten. Reg. Fr. II. 59, Böhmer Acta 233, weicht überhaupt von der sonst üblichen Form ab: *acta s. h. ap. Constantiam, 6 kal. apr., fel. amen*; dann nach der Rekognition: *data ap. Constantiam p. m. B. de N. reg. aule protonotarii, anno 1213, die suprascripto, ind. prima*. Heißt es Reg. Fr. II. 301, Huillard 1,681: *acta s. h. anno 1219, 18 kal. oct., ind. 8*; *datum ap. Hagnowe, kalendis et ind. prescriptis*, so handelt es sich um ein einfaches Privileg, bei dem vielleicht beabsichtigt war, nur eine einfache Datirung unter Actum zu geben, während man dann den anfangs vergessenen Ort in der der feierlichen Datirung entsprechenden Weise nachholte. Ganz bestimmt ergibt sich die Veranlassung, wenn es Reg. Henr. (VII.) 263, Huillard 4,571 in Urkunde K. Heinrichs heißt: *actum anno 1232, 3 kal. iulii, ind. 5*; *datum ap. Egram, anno, kalendis, ind. prenotatis*; denn es handelt sich darum, auf den Namen des Königs wörtlich gleichlautend eine Urkunde des Kaisers, Huillard 4,354, umzuschreiben, in der es heißt: *acta s. h. anno 1232, mense madii, 5 ind.*; *datum ap. Portum Naonis, anno, mense et ind. pretitulatis*; die Formel der Monatsdatirung wurde beibehalten, nur in der der deutschen Kanzlei geläufigeren Weise der Monat durch den Tag ersetzt. Ganz Entsprechendes ergibt sich für eine Urkunde K. Rudolfs, Reg. 24, Lacomblet U. B. 2,377; der Gebrauch der in dieser Zeit nicht mehr üblichen Datirung überhaupt erklärt sich daraus, daß zwei Privilegien K. Friedrichs II., a. a. O. 108. 138, mit getheilter Monatsdatirung bestätigt wurden, an deren Form man sich hielt, nur auch den Tag nennend und auf diesen unter Datum zurückweisend.

Da alle diese Fälle einer Zeit angehören, wo bereits der Einfluß sivilisierender Kanzleigebräuche ändernd hatte eingreifen können, und sich bei ihnen durchweg ein näherer Anschluß an die durch diesen Einfluß geänderte Form ergibt, so würde ich wenig Gewicht auf sie legen, wenn sie nicht durchaus zu dem stimmten, was sich auch nach anderen Halt-

unkten über die Beziehung des Actum auf die Beurkundung zu ergeben schien. Bezieht das Actum sich zweifellos häufig auf die Handlung, so scheint es sich doch wohl überwiegend auf die Beurkundung zu beziehen und zwar auf einen Zeitpunkt, der, wenn er nicht geradezu mit dem des Datum zusammenfällt, diesem doch sehr nahe liegen muß.

414. Suchen wir uns auf Grundlage des Gefagten das Vorgehen bei der Datirung bestimmter zu vergegenwärtigen, so wird, nachdem wir § 403 glaubten annehmen zu dürfen, daß das Datum jedenfalls im Konzepte nachgetragen wurde, es sich insbesondere um die Frage handeln, ob wir auch für das Actum Eintragung in das Konzept anzunehmen haben oder nicht. Ich denke, daß in dieser Beziehung das Vorgehen kaum immer ein gleichmäßiges gewesen sein dürfte.

Die thatsächliche Beziehung des Actum auf die Beurkundung, obwohl gerade auch in dieser Formel ursprüngliche Beziehung auf die Handlung nicht zu bezweifeln ist, würde sich vielleicht am einfachsten erklären durch Zufügung des Actum erst bei der Reinschrift. Es handelt sich beim Actum um eine feststehende Formel, bei der selbst die genaueren Angaben für jede Urkunde passen, so lange keine der Jahresbezeichnungen gewechselt hat. Man konnte es für überflüssig halten, das in das Konzept einzutragen, und dem Reinschreiber die Ergänzung nach der feststehenden Formel überlassen. Dann wäre es erklärlich, daß die Beziehung auf die Handlung nicht beachtet, einfach die laufenden Angaben eingetragen wurden, woraus sich dann nicht leicht ein Widerspruch zum Datum ergeben konnte.

Einzelne Haltpunkte scheinen wirklich auf solches Vorgehen bestimmter hinzudeuten. Jedenfalls erklärt sich daraus am leichtesten, wenn vereinzelt in der Reinschrift das Actum erst auf das Datum folgt. Kommt das in Privaturkunden vor, so Oberöstr. U. B. 2,621. 640. 656. 72, Wirtemb. U. B. 3,383, so möchte ich darauf weniger Gewicht legen, einmal da in solchen Fällen auch das Datum durch die Handlung bestimmt sein mag. In Königsurkunden sind die Fälle sehr vereinzelt und zum Theil wenig beweisend. Finden wir das Nachstehen des Actum in einem kurzen Mandate von 1228, Huillard 3,395, so wird zu beachten sein, daß die unter Datum vorausgehende Angabe von Ort, Tag und Indiktion für solche Stücke in der Regel für genügend erachtet wurde, ein Jahr zu nennen anfangs gar nicht beabsichtigt sein mochte. Ähnlich erklärt sich wohl ein Fall von 1220, Huillard 2,58, wo das Datum außerdem auch das Inkarnationsjahr und die Indiktion enthält; handelt es sich hier um ein Privileg, so war wahrscheinlich eine einfache, alle Angaben unter Datum vereinende Datirung beabsichtigt, während man dann die vergessenen Regierungsjahre unter Actum nachholte. Sehr beachtenswerth dagegen erscheint mir St. 4094, Lacomblet U. B. 1,297, bei dem alle Formen feierlicher Privilegien eingehalten sind, aber das Actum ganz am Ende auf das Datum folgt.

Einen unmittelbaren Beleg für das Eintragen des Actum ohne Vor-

414] lage in die Reinschrift scheint St. 3915, M. Boica 29,363, zu geben. Es ist vor dem Actum für Signum und Rekognition Raum gelassen, während das Datum fehlt. Ist nun im Originale das *anno vero regni eius x* mit anderer Dinte nachgetragen, während die Kaiserjahre fehlen, so darf man daraus gewiß schließen, daß der Schreiber keine Vorlage für das Actum hatte. Aber das Gewicht des Falles wird dadurch geschwächt, daß die gesammte Urkunde nicht in der Reichskanzlei entstanden, ihr nur behufs Siegelung und Ergänzung des Protokoll vorgelegt zu sein scheint; vgl. § 164.

Am meisten Gewicht möchte ich auf den schon § 364 genauer besprochenen Fall St. 3777, Böhmer Acta 93, von 1157 legen, da alle Umstände darauf deuten, daß hier von der Datirung nichts im Konzepte stand, als *in Halle, iii. nonas augusti*. Allerdings war da die getheilte Form der Datirung noch nicht üblich, sind alle Angaben der vervollständigten Datirung unter Datum vereinigt; ist aber meine Auffassung dieses Falles richtig, so ist gewiß anzunehmen, daß man ebenso auch wohl bei der spätern Form vorging, wo die völlige Scheidung der Jahresangaben vom Datum solches Vorgehen noch näher legen mußte.

415. Zweifellos aber ist das Vorgehen nicht immer jenes zunächst vermuthete gewesen; viele der schon früher erörterten Umstände sprechen aufs bestimmteste für Vorhandensein des Actum im Konzepte. Jenen seltenen Fällen, wo das Actum erst auf das Datum folgt, stehen nach § 400 eine Reihe anderer gegenüber, bei denen das vorhergehende Actum durch andere Angaben vom Datum getrennt ist, wie sich das doch am leichtesten erklärt, wenn sich in einer Vorlage das Actum unmittelbar hinter Text oder Zeugen fand. Wurden nach § 401 Angaben des Actum wohl im Datum wiederholt, so erklärt sich auch das genügend bei Nachtragung des Datum zum Actum, nicht leicht aber, wenn der Reinschreiber beim Abschreiben des Datum zugleich das Actum ergänzte; überhaupt ist die ungewöhnliche Erwähnung eines Ortes im Actum nicht wohl erklärlich, wenn der Reinschreiber das nicht schon in seiner Vorlage fand. Deutlicher noch tritt das Verhältniß hervor bei Zurückverweisungen des Datum auf das Actum, vgl. § 402. 413: das setzt doch voraus, daß dem, der das Datum in das Konzept eintrug, das Actum bereits in seiner bestimmten Fassung vorlag, zumal es sich in solchen Fällen in der Regel um ein ungewöhnlich gestaltetes Actum handelt, welches etwas enthält, was sonst in der Regel nur im Datum angeführt wurde. Endlich ist zu beachten, was § 412 über die nähere Verbindung zwischen Zeugen und Actum bemerkt wurde. Da die Zeugen jedenfalls in das Konzept einzutragen waren, so kann in den Fällen, wo die Zeugen überhaupt in das Actum einbezogen sind; das Vorhandensein des Actum im Konzepte keinem Zweifel unterliegen. Aber auch wo die Zeugen erst auf das Actum folgen oder doch mit dem Actum gemeinsam durch andere Bestandtheile vom Datum getrennt sind, wird das kaum zweifelhaft sein können.

Es würde sich also ergeben, daß wohl überwiegend auch das Actum in das Konzept eingetragen war und zwar anscheinend gleichzeitig mit den Zeugen, während nach früher Gefagtem das Datum erst später nachgetragen wurde. Das kann nicht auffallen, wenn Actum und Zeugen sich auf die Handlung bezogen. Eben so wenig, wenn für beide zunächst der Beurkundungsbefehl maßgebend gewesen sein sollte, wie das nach § 241 bei den Zeugen zweifellos mehrfach zutraf. In beiden Fällen konnten Zeugen, wie Actum sogleich dem ursprünglichen Konzept zugesügt werden.

Dagegen scheinen sich nun Schwierigkeiten daraus zu ergeben, daß wir zweifellos häufig Beziehung des Actum auf den Fertigungsbefehl anzunehmen haben. Einmal schon deshalb, weil nach § 239 die Zeugen überwiegend Zeugen des Fertigungsbefehles gewesen zu sein scheinen. Aber auch abgesehen davon wiesen die § 410 ff. geltend gemachten Gründe nicht allein darauf hin, daß das Actum sich überhaupt auf die Beurkundung, sondern im wesentlichen auf dieselbe Stufe derselben, wie das Datum, beziehen müsse, da sich sonst bei Berücksichtigung auch nur des Abstandes von Beurkundungsbefehl und Fertigungsbefehl häufigere Widersprüche ergeben müßten. Beziehung von Actum und Datum auf den Fertigungsbefehl scheint nun aber wieder unvereinbar damit, daß wir überall auf Kennzeichen der Nachtragung des Datum zum schon vorhandenen Actum stießen.

416. Diese Schwierigkeiten scheinen sich nur dadurch beseitigen zu lassen, daß wir noch einen weiteren Zeitunterschied in Rechnung bringen, zu dessen Beachtung die bisherigen Untersuchungen keine Veranlassung boten, und Beziehung des Actum auf den Fertigungsbefehl des Königs und des Datum auf den Fertigungsbefehl des Protonotar annehmen. Wir gingen § 221 ff. davon aus, daß der Befehl, das genehmigte Konzept auszufertigen, bald vom Könige persönlich, bald von einem der höhern Kanzleibeamten erteilt werden mochte. Es wird da aber auch häufig ein doppelter Befehl eingegriffen haben.

Wurde das Konzept öffentlich verlesen und vom Könige die Ausfertigung befohlen, so war das Konzept noch nicht geeignet, dem Reinschreiber als Vorlage zu dienen. Es war vor allem nun die dem königlichen Fertigungsbefehle entsprechende Zeugenreihe zuzufügen; vgl. 235. Konnte man das nicht einfach dem Reinschreiber überlassen, so wird sich zweifellos dieser Mühe auch nicht der Protonotar unterzogen haben. Der dazu bestimmte Kanzleibeamte wird dann sogleich auch die übrigen Bestandtheile des Schlussprotokolles zugesügt oder angefügt haben, so weit man deren Zusage nicht einfach dem Reinschreiber überließ; also das Actum, vielleicht auch Signum und Rekognition. Wurde dann das Actum zunächst durch die feierliche Genehmigung der Urkunde bestimmt, so konnte man sich leicht gewöhnen, den Ausdruck überhaupt zunächst auf diesen Akt zu beziehen, so daß

416] damit das *acta — presentibus*, die Hineinziehung der Zeugen, auch dann nicht befremden kann, wenn es nicht Zeugen der Handlung, sondern des Fertigigungsbefehles waren.

Dagegen war das Datum noch nicht einzutragen, falls die § 405 begründete Annahme richtig ist, daß dieses vom Protonotar eigenhändig zugleich zum Zwecke der Beglaubigung zugeschrieben wurde. Der Protonotar wird das ergänzte Konzept geprüft und dann mit Zufügung des Datum den Befehl zur Ausfertigung desselben gegeben haben. Dann erklären sich vollkommen alle bisher beanstandeten Erscheinungen.

Es mag nun nicht selten vorgekommen sein, daß das ergänzte Konzept ein oder anderen Tag liegen blieb, bis es vom Protonotar geprüft und unterzeichnet wurde. Dann wird dieser schwerlich Tag und Ort auf den königlichen Fertigigungsbefehl zurückgeführt haben; sie erscheinen so eng mit dem Datum per manus verbunden, daß an Beziehung derselben auf den Zeitpunkt der Zufügung der Aushändigungsformel nicht zu zweifeln sein wird. Das Zutreffen unserer Annahme würde demnach darauf schließen lassen, daß sich zuweilen kleine Abstände zwischen dem Datum einerseits, dem Actum und anderen nachgetragenen Bestandtheilen andererseits ergeben haben müssen.

Solche mit voller Sicherheit nachweisen zu können, wird schwer gelingen. Ergibt sich nicht selten, daß das Actum einem früheren Zeitpunkte entsprechen muß, so wird sich das ohnehin durch die häufige Beziehung desselben auf die Handlung erklären lassen; ein so geringer Zeitabstand, daß das aller Wahrscheinlichkeit nach ausgeschlossen wäre, wird sich nicht leicht erweisen lassen, auch wenn das Actum nicht blos die Jahre, sondern zugleich den Ort nennt. In dieser Beziehung entsprechen allerdings unserer Annahme durchaus die § 413 erwähnten Fälle, bei welchen im Datum auf den Tag des Actum zurückverwiesen wird; aber da macht sich überhaupt ein Zeitabstand wenigstens unmittelbar nicht kenntlich, während uns überdies § 113 die Besprechung der Rechtsprüche Belege gab, daß gerade bei Rückverweisungen die Datirung oft sehr ungenau gehandhabt wurde. Wie schwer es weiter zu nachzuweisen, daß Beurkundungszeugen einem früheren Zeitpunkte angehören, als die Datirung, wurde schon § 243 betont.

Beachtenswerth möchte in dieser Richtung etwa Reg. Ott. 13, Böhmer Acta 224, sein. Für dieses wurde § 405 bestimmter nachgewiesen, daß Actum und Zeugen von einer andern Person herrühren müssen, als das den Protonotar nennende Datum. Hier ist nun ausnahmsweise auch im Actum der Tag angegeben; und es ergibt sich, daß das Datum auf den nächstfolgenden Tag fällt. Das Actum zunächst auf die Handlung beziehend, führte ich § 93 den Fall an als Beleg für eine außerordentlich rasche Auseinanderfolge von Handlung und Beurkundung. Dem Gefagten gegenüber wäre aber doch zu erwägen, ob sich nicht auch das Actum auf die Beurkundung beziehen dürfte, in welchem Falle wir hier einen Beleg für unsere Annahme hätten. Aber so wenig

ür das unwahrscheinlich ist, so wenig weiß ich es bestimmter zu erweisen, wie das etwa dann zutreffen würde, wenn sich glaublich machen liesse, daß die Handlung der für Asti bestimmten Urkunde nach Asti selbst, nicht nach dem im Actum und Datum genannten Alba falle; aber das Itinerar Vercelli, Turin, Alba, Tortona spricht nicht für einen vorhergehenden Aufenthalt zu Asti.

Auch ein anderer Fall ist unsicher. Wir wiesen § 295 darauf hin, daß im zwölften Jahrhunderte die Fälle einer zur Datirung nicht mehr fassenden Rekognition aufhören. Das wird mit den Aenderungen in der Datirungsweise zusammenhängen, wonach jetzt alle Angaben des Protokoll mehr und mehr nach der Zeit des Fertigstellungsbefehles bestimmt wurden. Dann konnten sich stärkere Widersprüche nicht ergeben. Bei dem einzigen Falle St. 4868, den ich aus dieser spätern Zeit noch anzuhören wußte, handelt es sich denn auch nur darum, daß der 1194 im 19 gestorbene Kanzler Sigeloh noch in einer vom folgenden Tage datirten Urkunde genannt wurde. Daß in dieser Zeit auch Signum und Rekognition im Konzepte häufig wenigstens angedeutet wurden, ist mir so wahrscheinlicher, als dieselben jetzt nicht mehr allen Urkunden beigefügt wurden. Fälle, wie die § 400 angeführten, bei welchen das Signum dem Actum vorhergeht, dagegen Rekognition und Datum demselben folgen, könnten bei Richtigkeit unserer Annahmen daran denken lassen, es sei nur die Rekognition erst vom Protonotar bei der Datirung beigefügt. In Einzelfällen mag das Vorgehen ein verschiedenes gewesen sein. Im allgemeinen war doch kein Grund, die ohnehin feststehende Rekognitionsformel anders zu behandeln, als das übrige Schlussprotokoll. Wurde sie überhaupt im Konzepte angedeutet, so weist schon die gewöhnliche Stellung von Signum und Rekognition zwischen Zeugen und Actum darauf hin, daß das durch denselben Kanzleibeamten geschah, der nach unserer Annahme Zeugen und Actum im Konzepte nachtrug. Und dann würde jener Fall die Erklärung zulassen, diese Nachtragung sei nach dem königlichen Fertigstellungsbefehle, als der Kanzler noch lebte, geschehen, während der aushändigende Protonotar erst nach ein oder andern Tage das Datum zusetzte.

Daß das Zutreffen einer durch allgemeinere Erwägungen nahe gelegten Annahme sich in Einzelfällen nicht bestimmter erweisen läßt, wird insbesondere dann nicht gegen sie sprechen, wenn wie hier von vornherein zugestanden werden muß, daß dasselbe überhaupt nur bei günstiger Sachlage erweisbar sein könne. Es ist möglich, daß für die fallende Erscheinung, daß Actum und Datum sich häufig auf nahezu denselben Zeitpunkt der Beurkundung beziehen müssen, dennoch aber nicht gleichzeitig zugesetzt sind, sich noch eine andere ausreichende Erklärung finden wird. Ich kann vorläufig nur von der ausgeben, welche nach den mir bekannten Haltpunkten die Erscheinungen am genügendsten zu erklären scheint.

417. Was schließlich den Einfluß auf die Richtigkeit des

417] urkundlichen Itinerar betrifft, so konnte die feierliche Datirung zu keinerlei Verschiebung Anlaß geben, wenn sie in ihrer regelmässigen Gestaltung gebraucht wurde, also Ort und Tag gleichzeitig mit Beziehung auf denselben Zeitpunkt zugefügt wurden, wie doch zweifellos anzunehmen ist, mögen wir diesen Zeitpunkt nun richtig bestimmt haben oder nicht.

Bis auf das Ende des zwölften Jahrhunderts bin ich denn auch in dieser Beziehung auf kein Bedenken gestossen. Dagegen ergeben sich im dreizehnten Jahrhunderte manche Verschiebungen, und es fragt sich, wie diese veranlaßt sein können.

Bei regelmässigem Gebrauche der Formel sind mir in dieser Richtung nur die beiden Fälle Reg. Ott. 53 und Reg. Fr. II. 160 aufgefallen, welche bereits § 120 besprochen wurden. Bei beiden entspricht der Ort des Datum einem früheren Zeitpunkte, als dem neben ihm genannten Tage. Es könnte hier bei der nachträglichen Datirung aus Versehen, möglicherweise auch aus Absicht, der Ort nach der Handlung eingetragen sein, der er im einen Falle erweislich, im andern wahrscheinlich entspricht. Doch wäre es auch denkbar, daß in Einzelfällen nicht das ganze Datum gleichzeitig zugefügt, sondern das Wort Datum mit der Ortsangabe schon mit dem Actum geschrieben, nur der Tag nachträglich eingetragen wäre. Im Originale von Reg. Fr. II. 52 zu München, wo allerdings eine Störung des Itinerar nicht vorliegt, schien mir das *xv. kal. martii* von derselben Hand später zugefügt zu sein. Wenigstens erhalten jene vereinzelt Fälle dadurch eine Unterstützung, daß wir bei Besprechung der einfachen Datirung auf Fälle stossen werden, welche dieselbe Annahme nahe legen.

418. Leicht erklärlich ist natürlich dasselbe Verhältniß, wenn wir bei unregelmässigem Gebrauche der Formel Nennung des Ortes unter Actum finden. Dann liegt darin, daß der Ort nur zu einem früheren Zeitpunkte paßt, als der Tag, überhaupt kein Widerspruch, da die Formel dann wenigstens ihrer ursprünglichen, und auch später vielfach festgehaltenen Bedeutung nach den Ort ausdrücklich auf die Handlung, den Tag dagegen auf die Beurkundung bezieht. Ich zweifle denn auch nicht, daß die Abweichung von der üblichen Form oft dadurch veranlaßt war, daß man gerade den Ort der Handlung nennen wollte. Dafür sprechen einmal alle Fälle, bei welchen zwei Orte genannt sind, der eine für das Actum, der andere für das Datum; vgl. § 408. Dann aber fanden wir § 119 wirklich zwei Fälle, St. 4999 und Böhmer Acta 199, bei welchen der unter Actum genannte Ort sich erweislich auf die Handlung bezieht, dagegen zum Tage des Datum nicht paßt.

Solche Fälle legen die Frage nahe, ob wir nun immer, wo sich der Ort unter Actum findet, annehmen dürfen, daß ihm diese Stellung absichtlich angewiesen wurde, weil er dem Tage nicht mehr entsprach; denn wenn das Itinerar auch mehrfach, so Huillard 1, 379. 432. 4645. 665, keine Bedenken ergibt, so ist damit noch nicht erwiesen, daß es

gerade unbedingt richtig sei. War aber jene Versetzung des Ortes unter Actum zweifellos zuweilen eine absichtliche, so war sie ebenso zweifellos oft eine ganz willkürliche, da sie sich auch in Fällen findet, wo der Ort des Actum erweislich noch dem Tage des Datum entspricht. Das erweisen einmal die § 402 besprochenen Fälle, wo der Ort des Actum unter Datum wiederholt wird. Es läßt sich aber auch davon abgesehen wohl bestimmt erweisen. Vom Wirzburger Reichstage 1216 haben wir eine Reihe von Urkunden vom 6. bis 15. Mai. Nennt gerade die letzte, Reg. Fr. II. 174 den Ort unter Actum, so legt das allerdings den Gedanken nahe, der König habe am 15. Mai Wirzburg schon verlassen. Wenn nun aber gerade auch die erste vom 6. Mai, weiter von den mehrfachen Ausfertigungen des Verzichtes auf das Spolienrecht nur eine vom 12. Mai den Ort unter Actum nennt, die anderen unter Datum, so liegt auf der Hand, daß es sich dabei nur um bloße Willkür handeln kann, dem Umstande also nur dann Gewicht beigelegt werden darf, wenn andere auffallende Umstände hinzukommen.

419. Wir treffen nun mehrfach im dreizehnten Jahrhunderte auch auf den umgekehrten Fall einer Nennung des Tages unter Actum, während das Datum nur den Ort gibt. Da sollten wir nun wenigstens zuweilen auch die umgekehrte Verschiebung erwarten, daß der Ort einem spätern Zeitpunkte entspricht.

Zunächst scheint sich aber auch hier zu ergeben, daß das vielfach nur bloße Willkür sein kann, da Tag und Ort sich durchaus zu entsprechen scheinen. Darauf deuten zunächst die § 413 besprochenen Fälle, in welchen das Datum auf den Tag des Actum zurückverweist. In manchen andern Fällen, so Huillard 1,366. 3,411. 4,581. 591. 601. 668. 12, bietet das Itinerar bei Annahme des Zusammenfallens wenigstens keine Schwierigkeiten.

Weiter aber ist es nun höchst auffallend, daß alle Fälle, bei welchen sich bei dieser Datirung wirklich Bedenken ergeben, so liegen, daß auch gerade der Ort auf einen früheren Zeitpunkt hinweist. Es handelt sich dabei um Urkunden K. Heinrichs (VII.). Reg. 267, Huillard 4,374, das Kloster Tennenbach hat Acta 1232 Juli 30 und Datum Hagenau. Wir haben wir vom 1. Aug. und den folgenden Tagen eine Reihe Urkunden aus Frankfurt und wissen auch anderweitig, daß der König dort damals Hof hielt. Die Entfernung macht es doch durchaus wahrscheinlich, daß er Juli 30 nicht mehr zu Hagenau war. Reg. 341, Huillard 670, für Kloster Buch hat Acta 1234 Juli 10 und Datum Altenburg. Damit stimmt freilich, daß wir schon seit Juni 30 Urkunden aus Altenburg haben, wo der König damals Hoftag hielt. Aber Reg. 343 ist aus dem 7. Juli 11. Die Entfernung macht beide Daten schwer vereinbar. Die Verschiebung bei letzterem in der Weise anzunehmen, daß Eger dem einen der folgenden Tage entspreche, ist dadurch ausgeschlossen, daß auch die Handlung zweifellos nach Eger fällt. Wir sehen uns also hier darauf hingewiesen, daß der König Juli 10 nicht mehr zu

419] Altenburg war. Reg. 351, Huillard 4,681, hat Acta 1234 Aug. 30 und Datum Nürnberg. Dem gegenüber scheint mir Reg. 352 aus Esslingen Sept. 2 doch wieder eine auffallende Entfernung zu ergeben. Bei der letzteren Datirung wird, da es sich um einfache Briefdatirung handelt, eine Verschiebung nicht anzunehmen sein. Dagegen wird die Vermuthung, Nürnberg dürfe einem etwas früheren Tage entsprechen, dadurch unterstützt, daß die Reihe der aus Nürnberg datirten Urkunden schon Aug. 15 beginnt.

In diesen Fällen kann die Verschiebung zweifellos nicht durch die Art der Datirung bedingt sein, da deren ungewöhnliche Form an und für sich eine Verschiebung in umgekehrter Richtung vermuthen lassen würde. Die Versetzung des Tages unter Actum haben wir gewiß als bedeutungslose Willkür zu fassen, wie dieselbe sich überhaupt nie stärker geltend macht, als in der Kanzlei K. Heinrichs. Man scheint jetzt vielfach gewohnheitsmäßig sich der Form der feierlichen Datirung noch insofern bedient zu haben, als man ein Actum und Datum schied, ohne aber zugleich den für diese Scheidung ursprünglich maßgebenden Gesichtspunkt und die ursprüngliche Bedeutung beider Ausdrücke noch zu beachten, die Angaben willkürlich unter beide vertheilend. So mag denn in solchen Fällen dennoch der unter Datum genannte Ort der Handlung, der Tag unter Actum aber der Beurkundung entsprechen. Doch wäre es auch möglich, daß beide der Beurkundung entsprechen, aber Actum mit Tag später eingetragen wurde, als Datum mit Ort. Wir sehen davon vorläufig ab, da die Besprechung der Monatsdatirung und der einfachen Datirung uns auf ähnliche Erscheinungen zurückführen wird.

MONATSDATIRUNG.

420. Zur Zeit K. Friedrichs II. kam eine wesentlich geänderte Form der feierlichen Datirung in Gebrauch. In der regelmässigen Gestaltung der Formel heißt es etwa: *acta sunt hec anno d. i. 1235, mense augusti octave indictionis, imperante domino nostro Friderico dei gratia serenissimo Romanorum imperatore semper augusto, Jerusalem et Sicilie rege, anno imperii eius 16., regni Jerusalem 10., regni vero Sicilie 38., feliciter, amen; datum Moguntie, anno, mense et indictione prescriptis*. Die für die feierliche Datirung charakteristische Scheidung von Actum und Datum ist dabei nicht allein beibehalten, sondern die Selbstständigkeit des Datum tritt hier noch bestimmter hervor, indem einmal die Apprekation jetzt regelmässig schon das Actum schließt, während das früher doch die Ausnahme war; indem weiter das Datum die schon unter Actum aufgeführten Zeitangaben nicht einfach unberücksichtigt läßt, sondern ausdrücklich auf sie zurückverweist, was doch anzudeuten scheint, daß jene Zeitangaben möglicherweise für das Datum nicht mehr passen könnten, in welchem Falle dann das Da-

tum eine durchaus selbstständige Datirung darstellen würde. Das für die neue Form Charakteristische ist aber insbesondere der Umstand, daß die genaueste Zeitangabe nicht mehr der Tag, sondern der Monat ist, und daß dieser nicht, wie früher der Tag, mit dem Ort unter Datum, sondern mit den Jahren schon unter Actum gegeben wird. Es scheint mir danach am einfachsten, jene Form als Monatsdatirung oder, da die Angabe nur des Monates nun vielfach auch in die einfache Datirung Eingang findet, genauer als feierliche Monatsdatirung zu bezeichnen. Doch ist es nicht nöthig, für unsere Zwecke da bestimmter zu scheiden; ist für diese überhaupt nur die feierliche Form von größerer Bedeutung, lassen wir zunächst nur diese ins Auge, so mag das, was über die einfache Monatsdatirung zu sagen ist, theils hier, theils bei Besprechung der einfachen Datirung seine Stelle finden. Die Monatsdatirung ließe sich auch etwa als sizilisch-deutsche Datirung bezeichnen, indem sie sich zweifellos aus einer Verbindung deutschen Brauches mit sizilischem entwickelt hat.

421. Zur Zeit K. Heinrichs VI. macht sich ein Einfluß der Datirungsformen der sizilischen Kanzlei noch kaum bemerklich. Auch die für Sizilien gegebenen Diplome schlossen sich den Formen der Reichskanzlei an. Sind in Urkunde von 1195, Stumpf Acta 585 n. 419, die sizilischen Formen genau eingehalten, so wird das nur die sonstigen Haltpunkte für die Unehchtheit stärken können. Nur daß nun seit 1195 in Sizilien und Italien, so St. 4923. 30. 32. 46. 5069. 75. 77. 80, aber St. 4994 auch in Deutschland, die Monatstage fortlaufend, statt nach römischer Weise gezählt sind, mag auf sizilischen Brauch zurückgehen.

Der beachtenswerthe Einfluß beginnt erst unter K. Friedrich II. In seinen als König von Sizilien ausgestellten Urkunden finden wir nur zwei Hauptformen der Datirung, für Briefe und Privilegien. Die erstere gibt unter Datum nur den Ort, durchgezählten Monatstag und die Indiktion; bei offenen Briefen wird zwischen Ort und Tag wohl noch das Inkarnationsjahr genannt.

Für unsere Zwecke ist die Datirung der Privilegien zu beachten. Der Text schließt mit der Beglaubigungsformel: *ad huius — memoriam — presens privilegium per manus N. notarii et fidelis nostri scribi et sigillo nostro — iussimus communiri, anno, mense et indictione subscriptis*; dann etwa: *datum in urbe felici Panormi per manus G. — regni Sicilie cancellarii, anno d. i. 1200, mense martii tertie indictionis, regni vero domini nostri F. dei gratia illustrissimi regis Sicilie, ducatus Apulie et principatus Capue anno secundo, feliciter, amen.* Diese, sich insbesondere durch den Hinweis der Beglaubigungsformel auf die Datirung kennzeichnende Form verschwindet während des ersten Aufenthaltes K. Friedrichs in Deutschland, findet sich zuerst wieder in einer unmittelbar vor der Kaiserkrönung für Benevent ausgestellten Urkunde, Huillard 1, 883, und ist dann während der kaiserlichen Zeit für

421] sizilische Privilegien immer in Gebrauch geblieben. Doch wurde sie zuweilen auch bei für Deutschland und in Deutschland ausgestellten Diplomen angewandt; so Huillard 3,250. 4,338. 478. 859; häufiger noch in Diplomen für Italien, wie denn überhaupt, zumal in späterer Zeit, eine scharfere Scheidung der Kanzleien für das Königreich und das Kaiserreich kaum nachweisbar ist.

Zweifellos besteht bei dieser Form ein engerer Zusammenhang mit der § 311 besprochenen der älteren päpstlichen Privilegien, welche gleichfalls Scriptum und Datum auseinanderhält, bei beiden das Per manus gibt, sich beim Scriptum mit einer ungenaueren Zeitangabe begnügt und die gesammten genaueren Zeitangaben unter Datum einreicht. Der wesentlichste Unterschied liegt darin, daß jene nur den Monat nennt, diese den Tag. Aber auch dafür ergibt sich in den älteren päpstlichen Privilegien insofern ein Anhalt, als auch diese wenigstens beim Scriptum nur den Monat angeben.

Die Nennung nur des Monates in den Privilegien wird nicht durch die Bequemlichkeit der Schreiber herbeigeführt sein, da man ja in den wahrscheinlich viel zahlreicheren Briefen den Tag nannte. Der maßgebende Gesichtspunkt muß der gewesen sein, daß, während beim Briefe in der Regel alle Stadien der Beurkundung auf einen Tag zusammenfielen, das beim Privileg nicht der Fall war. Dagegen wird das auch bei diesem in der Regel für den Monat zugetroffen sein. Man konnte beim Scriptum auf den Monat des Datum verweisen, ohne ungenau zu werden, wenn man voraussetzen durfte, daß die Urkunde noch in demselben Monate vollzogen und übergeben werden würde. Unter der Voraussetzung, daß auch der Ort bis dahin nicht gewechselt wurde, konnte nun überhaupt das Datum auch ohne Vorlage früher oder später der Urkunde zugesügt werden, ohne daß dasselbe ungenau werden mußte. Es war kein Grund, das schon im Konzepte zu thun; aber auch kein Grund, das bei Fertigung der Reinschrift noch zu verzögern. Nachtragung des Datum in der Reinschrift scheint denn auch nicht üblich gewesen zu sein. Bei Durchsicht der bezüglichen Originale zu Neapel fand ich das lediglich in einer, bereits § 397 erwähnten Urkunde der Kaiserin Konstanze von 1195, für deren Datirung aber die deutsche Form ausschlaggebend ist, da sich nur in der Nennung des Monats und der Tageszahlung eine Annäherung an den sizilischen Brauch zeigt. Daß dagegen das Datum im Konzepte fehlte, erst bei der Reinschrift zugesügt wurde, möchte ich aus einer Urkunde Reinalds von Spoleto, Huillard 3,114, schließen, bei welcher die Datirung sich genau an jene Form hält, Scriptum und Datum aber durch einen längeren Zusatz zum Texte getrennt sind. Jedenfalls wird hier eigenhändige Zufügung des Datum durch den in ihm genannten Kanzler durchaus unwahrscheinlich sein. Denn dazu ist diese Formel des Datum viel zu weitschweifig, während nichts darauf deutet, daß etwa nur ihre genaueren Angaben nachgetragen wurden.

Diese Annahme, daß die Datirung der sizilischen Privilegien erst von den Reinschreibern zugefügt wurde, scheint sich auch zu bestätigen durch die § 207 besprochene Form des Regest K. Friedrichs II., so weit da Briefe überhaupt einen Rückschluss auf Privilegien erlauben. Wir nahmen an, daß dort die Registrirung nach den Konzepten erfolgte und betonten insbesondere, daß diesen die Datirung an der Stelle, wo sie in der Ausfertigung zu nennen war, ganz fehlt. Allerdings ist jedem Stück die Tagesziffer vorgestellt oder auf die vorhergehende verwiesen. Es ist möglich, daß diese erst vom Registrator zugefügt ist. Aber selbst wenn sie sich hier im Konzepte fand, wird das nicht erweisen müssen, daß auch die Konzepte der Privilegien irgend einen bezüglichen Vermerk hatten; denn hier wurde ja überhaupt ein Tag nicht genannt. Die genauesten Angaben der Datirung der Privilegien aber, Ort und Monat, sind im Regest überhaupt nicht zu den einzelnen Stücken vermerkt, sondern nur vom Registrator als Ueberschrift der ganzen Seite zugefügt. Es wäre allerdings möglich, daß jedem einzelnen Konzepte von Privilegien eine solche kurze Angabe von Monat und Ort zugefügt gewesen wäre, die der Reinschreiber dann in die volle Formel einzutragen hatte. Aber wahrscheinlich ist das kaum, da die ganze Gestaltung der Formel doch zu sehr den Eindruck macht, man habe absichtlich eine Vorlage für die Datirung vermeiden wollen, ohne daß diese deshalb unrichtig werden mußte; gab man sie überhaupt im Konzepte an, war dieses für sie maßgebend, so ist doch nicht abzusehen, weshalb man dann Anstand nahm, auch den Tag einzutragen.

Wenn wir uns bei Besprechung der Datirungsformen nach dem Tage, vgl. § 377, 403, gegen die Annahme, es habe der Reinschreiber einfach den laufenden Tag eingetragen, insbesondere auch deshalb erklärt, weil dann der ganz bedeutungslose Zeitpunkt der Fertigung der Reinschrift als der maßgebende betrachtet worden wäre, so trifft das hier nicht zu. Thatsächlich werden allerdings die zur Zeit der Reinschrift laufenden Angaben eingetragen sein, aber nicht, weil man gerade diese nennen wollte, sondern weil sie so ungenau waren, daß man voraussetzte, sie würden auch dem als maßgebend betrachteten Zeitpunkt, sei das der des Fertigungsbefehles oder der der Vollziehung, ohnehin entsprechen. Glaube ich nach allem annehmen zu dürfen, daß die Zufügung der Datirung in sizilischen Privilegien einfach Sache des Reinschreibers war, so wird das auch für die neue, in der Reichskanzlei üblich werdende Formel zu beachten sein; doch hat das anscheinend erst im weiteren Verlaufe auf sie eingewirkt.

422. Die Entwicklung der neuen Formel ist sichtlich dadurch herbeigeführt, daß man, als K. Friedrich 1212 nach Deutschland kam, sich zwar im allgemeinen an die bisher in der Reichskanzlei üblichen Formen hielt, wie denn ja auch die Protonotare Bertold von Neiffen und Heinrich von Tanne Deutsche waren; daß aber andererseits die sizilischen Notare in jene Formen Modifikationen brachten, welche dem

422] ihnen geläufigen Brauche entsprachen. Nennen die ersten Diplome des Königs ausdrücklich den Heinrich de Parisiis, einen Sizilianer, vgl. Huillard Intr. 135, als Schreiber, so waren damals noch mehrere sizilische Notare in Deutschland. So nach einer 1219 zu Augsburg ausgestellten Privaturkunde, Huillard 1,716, vor allem Philipp von Matera, der, da er schon um 1194 Protonotar des Königreichs, Huillard Intr. 131, jetzt *scriniarius Sicilie* heisst, einer sizilischen Kanzleiabtheilung vorgestanden haben wird; dann die Notare Johann de Trajecto und Jacob de Calatagirone, während anderweitig noch die Notare Bonushomo von Gaeta und Peter von Salerno in dieser Zeit beim Könige genannt werden. Den Klagen des Papstes gegenüber, dass er an päpstliche Städte in derselben Form, wie an Städte des Reichs geschrieben habe, entschuldigt sich der König 1219, Reg. Fr. II. 296, ausdrücklich damit, dass das auf einem Irrthum seiner aus Sizilien stammenden und in dortigen Gegenden nicht bekannten Schreiber beruhe.

Werden diese sizilischen Kanzleipersonen zunächst die sizilischen Sachen bearbeitet haben, so zeigt schon die angeführte Aeussderung, dass sie mindestens auch für italienische verwandt wurden. Doch müssen in dieser Zeit auch Italiener in der Kanzlei gearbeitet haben. Auf solche wird insbesondere die in Oberitalien übliche, in Deutschland und Sizilien unbekannte Tageszahlung nach eingehendem und ausgehendem Monate schliessen lassen. In Italien selbst findet sich diese denn auch schon früher wohl vereinzelt in Diplomen; so St. 4247 von 1178; häufiger unter K. Otto IV., so Böhmer Acta 323. 28. 29. 30. Jetzt kommt sie auch wohl in Deutschland, aber gerade in für Italien bestimmten Privilegien vor, so 1214 für Aglei, 1219 für Asti, Huillard 1,292, Böhmer Acta 242. Zu diesen italienischen Kanzleipersonen mag der 1220, Huillard 1,743, erwähnte Notar Magister Stabilis gehören, wenn nicht auch dieser ein Sizilianer ist; 1231 war er nach dem Marseiller Regest Bl. 25' in sizilischen Angelegenheiten beschäftigt.

Aber eine schärfere Scheidung der Kanzleien ist zweifellos nicht eingehalten. Auch die für Sizilien ausgestellten Urkunden werden formell zunächst ganz so, wie die für das Kaiserreich behandelt. Sie nennen als Rekognoszenten den Reichskanzler in Vertretung des Erzkanzlers, sie sind mit Zeugen versehen, haben oft die deutsche feierliche Datirung ohne alle Abweichung. So unterscheiden sich etwa die Diplome für den Erzbischof von Palermo Huillard 1,373. 374 in keiner Förmlichkeit von den für Deutschland ausgestellten. Auffallender noch ist das Verhältniss bei dem für denselben 1215 ausgefertigten Privileg Reg. Fr. 119, Huillard 1,365. Es wurde dabei ein in sizilischen Formen abgefasstes Privileg von 1211, Huillard 1,191, als Vorlage benutzt, der Text desselben bis auf die Schlussformeln wörtlich wiederholt, trotzdem aber Eingangsprotokoll, Schlussformeln und Schlussprotokoll genau den abweichenden deutschen Formen angepasst, lediglich mit einer noch zu besprechenden Abweichung bei der Datirung. Erst seit 1220 nach der

ückkehr des Kaisers in das Königreich werden die Urkunden für Sizilien wieder in den dort herkömmlichen Formen ausgefertigt.

Gerade dieses Verhältniß erklärt es am leichtesten, daß Eigenthümlichkeiten der sizilischen Kanzlei in die deutsche Eingang fanden. Und die Urkunden für Sizilien in den Formen der Reichskanzlei abgefaßt, so sind sie doch zweifellos vorwiegend von Sizilianern geschrieben, in ihnen der sizilische Einfluß früher und häufiger hervortritt. Fügten die sizilischen Notare sich aber im allgemeinen den deutschen Formen an, so war kein Grund, sie von der Bearbeitung der deutschen Sachen auszuschließen. Es mochten nun weiter auch die deutschen Kanzleipersonen selbst sich von ihnen oder aus den zahlreichen sizilischen Vorgehen, welche jetzt in die Kanzlei kamen, diese oder jene sizilische Eigenthümlichkeit angewöhnen. Denn eine scharfe Scheidung macht sich da dieser Zeit nicht geltend; bestimmter noch spricht für dieses Verhältniß, daß auch in der Kanzlei K. Heinrichs, in der schwerlich noch Sizilianer arbeiteten, während der Protonotar und die uns bekannten Notare Marquard und Ulrich schon in der Kanzlei des Vaters verwendet gewesen waren, solche Eigenthümlichkeiten noch nachwirken.

So finden wir zunächst seit 1212 dem Brauche der Reichskanzlei gemäß noch die kaiserliche, mit Sept. 24. beginnende Indiktion gebraucht. Vereinzelt schon 1214 und in den folgenden Jahren finden wir daneben Anwendung der in Sizilien üblichen, mit Sept. 1. beginnenden griechischen Indiktion; und zwar betreffen die Urkunden, an denen sich das nachweisen läßt, gerade deutsche Sachen. Schon 1218 überwiegt der sizilische Brauch; seit 1219 ist der deutsche aus der Kanzlei Friedrichs ganz verdrängt. In der Kanzlei K. Heinrichs wird derselbe dann wohl wieder aufgenommen, aber ohne daß er den sizilischen gänzlich beseitigte, der sich fast eben so oft angewandt findet; vgl. Huillard Inscr. 41. 46.

Ähnliches ergibt sich bezüglich der Fassung des Actum. Die weitverbreitete § 420 angeführte Formel desselben, insbesondere die Einfügung des *dei gratia* ist zweifellos auf sizilischen Einfluß zurückzuführen; vgl. § 421. Aber in dieser Zeit wird sie noch keineswegs regelmäßig so gebraucht. Es zeigt sich da der größte Unterschied. Wir finden bald ganz kurze Acta, welche zuweilen lediglich das Inkarnationsjahr nennen, dann ausführlichere; und gerade bei den letzteren ergibt sich die Einfügung des Monats bestimmter, daß sie von sizilischen Schreibern herrühren werden. Die der deutschen Form fremde Einflechtung des *in divina favente gratia* oder eines ähnlichen Ausdruckes ist mir erst 115, Huillard 1, 426, aufgefallen, während sie dann immer häufiger und schließlich zur Regel wird.

423. Für unsere Zwecke ist in dieser Richtung insbesondere die Aufnahme der Angabe des Monats im Actum zu beachten. Schon § 405 wurde darauf hingewiesen, daß gleich in den drei ersten 12 Sept. in Deutschland von einem sizilischen Notar geschriebenen

423] Diplomen für Böhmen in das Actum der Monat nach sizilische Weise zwischen Inkarnationsjahr und Indiktion eingeschoben ist; aber der datirende deutsche Notar nannte dann den Tag. Wieder finden wir dann 1212 Dec. in Urkunde für den Erzbischof von Bari, Huillard 1,23 den Monat im Actum; und das scheint nun auch der datirende Protonotar beachtet zu haben, indem er zweifellos mit Rücksicht darauf im Datum nur den Ort nennt, während jede Zeitangabe fehlt. Diese Fälle bleiben aber zunächst vereinzelt. Abgesehen von Unregelmäßigkeiten, welche mit den sizilischen Formen überhaupt nicht zusammenhängen, entspricht 1213 und 1214 sowohl die feierliche, als die einfache Datirung den bisher in der Reichskanzlei üblichen Formen.

Dagegen beginnen nun 1215 zunächst vereinzelte Fälle, welche dann häufiger werdend den neuen Brauch sich festsetzen lassen. Reg. 118, Huillard 1,314, von 1215 März für Barletta, schiebt im Actum den Monat ein; aber das Datum nennt in gewöhnlicher Weise den Tag; wir dürfen auch da wohl annehmen, daß das Actum von einem Sizilianer herrührt, das Datum von einem Deutschen zugesügt wurde. Zuerst 1215 Juli für Barletta, Huillard 1,410, findet sich nun aber genau die später übliche Form, welche unter Actum den Monat und auch unter Datum keinen Tag nennt, sondern auf die Zeitangaben des Actum zurückverweist. Ebenso wird dann geurkundet 1216 Juli für Messina, Minutolo Gran priorato 11, Dez. für Palermo und Brindisi, 1217 Febr. für S. Miniato u. s. w. Gleichzeitig finden wir dann auch die entsprechende Aenderung der einfachen Datirung, indem in ihr statt des Tages nur noch der Monat genannt wird; so 1215 Juli für S. Ghislain, Nov. für Bari, Putignani Vind. S. Nicolai 2,361, 1216 Febr. für Orange, März für Messina, Mai für Monte Cassino u. s. w. Ueberwiegend, aber doch nicht ausschließlich, handelt es sich bei diesen früheren Fällen um sizilische Sachen: später scheint sich in dieser Richtung der Unterschied ganz zu verwischen. Anfangs sind die Fälle noch vereinzelt; von den mir bekannten Diplomen haben 1215 nur drei, in den drei folgenden Jahren nur je fünf und sechs keine Tagesangabe. Aber 1219 steigt die Zahl auf 26, ein Viertel der mir bekannten 103 Urkunden dieses Jahres, von denen überdies eine nicht unbedeutende Anzahl, als zu den Briefen gehörig oder überhaupt unregelmäßig datirt, nicht in Vergleich zu bringen seien würde. Im folgenden Jahre 1220 ist in Deutschland mit zehn, und auf dem Römerzuge mit zwölf Fällen die Zahl verhältnißmäßig etwas geringer, während sie sich dann seit der Rückkehr in das sizilische Königreich außerordentlich mehrt.

424. Der neuen Form eigenthümlich ist dann weiter die Zurückverweisung des Datum auf die Zeitangaben des Actum, es heist regelmäßig: *datum apud N.anno, mense et indictione prescriptis*. Ob auch das auf sizilischen Einfluß zurückzuführen ist, konnte zweifelhafter erscheinen. Denn eine Rückbeziehung des Datum auf das Actum überhaupt mit *ibidem, eodem die, die et loco quibus supra* ist

auch früher schon in den deutschen fürstlichen Kanzleien nachzuweisen; vgl. § 402. 413.

Wahrscheinlicher ist mir aber doch, daß sich auch hier zunächst sizilischer Einfluss geltend machte. Allerdings ist die § 421 besprochene Formel der Königsurkunden insofern abweichend, als sie nicht zurückverweist, sondern in der Beglaubigung mit *anno, mense et indictione subscriptis* auf das erst folgende Datum hinweist. Aber einmal ist die Uebereinstimmung der Formel doch so genau, als sie überhaupt nur sein konnte, wenn man sie in die anders gestaltete deutsche Datirungsform übertrug. Dann aber finden wir in den Urkunden sizilischer Behörden, auch in Privaturkunden, so Huillard 4,397. 419. 5,1069. 1075. 1129. 6,251, eine Form, welche die Zeitangaben zu Anfange der Urkunden nennt, dann am Schlusse mit: *actum apud N. anno, mense et indictione prescriptis*, darauf zurückverweist. Gehören jene aus Drucken angeführten Belege erst der spätern Zeit K. Friedrichs an, so ist die Form doch nicht etwa erst unter dem Einflusse der Kaiserurkunden entstanden; in ungedruckten Urkunden des Archivs zu Neapel fand ich sie mehrfach schon im zwölften Jahrhunderte. Die sizilischen Notare, welche mit dem Könige nach Deutschland kamen, waren zweifellos schon an diese Form gewöhnt, bei deren Uebertragung in die deutsche Datirung es sich also lediglich um Ersetzung des Actum durch Datum handelte.

Das Aufkommen der Zurückverweisungen in Königsurkunden scheint mir jene Annahme zu unterstützen. Allerdings heisst es schon in Urkunden K. Heinrichs VI., St. 4916. 23, in der Datirung nach der Tagesangabe *prescripte indictionis* und *anno et indictione pretitulatis*. Aber die Urkunden sind für Sizilien und in Sizilien ausgestellt und es ist daher überaus wahrscheinlich, daß der in der Datirung genannte deutsche Protonotar sich da durch sizilischen Brauch bestimmen liefs, wie denn die zweite jener Urkunden auch durchlaufende Monatstage zählt.

Außerdem ist mir kein Fall vor K. Friedrich vorgekommen. Sein Protonotar Bertold scheint denn auch an die Rückverweisung zunächst nicht gewöhnt gewesen zu sein, da er sie auch in dem § 423 besprochenen Falle von 1212 Dec. unterläßt, wo er doch Rücksicht darauf zu nehmen scheint, daß das Actum mit dem Monate schon eine genauere Zeitbestimmung enthält. Dann wird freilich gerade Bertold in den ersten zurückweisenden Datirungen genannt. Reg. 59, Böhmer Acta 233, von 1213 März 27, ist das *die suprascripto* dadurch veranlaßt, daß in ganz unregelmässiger Weise schon das Actum Ort und Tag genannt hat. Aber in Reg. 58, von demselben Tage und für denselben Empfänger, fügt er ohne solche Veranlassung im Datum zum Tage noch *anno et indictione suprascriptis* hinzu. Genau dasselbe, aber ohne Nennung des Protonotar, findet sich dann noch drei Tage später und in zwei Urkunden von 1215, Huillard I, 265. 426. 428. Ob da ein Zusammenhang mit der sizilischen Form anzunehmen, lasse ich dahingestellt; der Anschluß

424] ist jedenfalls so genau, als er sein konnte, wenn wegen der unmitteibar vorhergehenden Tagesbezeichnung das *mense* auszulassen war.

Befonders auffallend ist nun aber die Datirung von Reg. 119, Huillard 1,366, von 1215 Apr. 2. Ich bemerkte § 422, daß trotz Wiederholung einer sizilischen Vorlage die äussere Einkleidung durchaus den deutschen Formen entspricht. Nur in der Datirung zeigen sich Abweichungen. In das Actum ist in ungewöhnlicher Weise der Tag zwischen Jahr und Indiktion eingeschoben, also die Einschlebung überhaupt auf sizilischen, die Angabe des Tages auf deutschen Brauch deutend. Dann aber heisst es nun hier, so weit ich sehe, zum erstenmale ganz in der später üblichen Weise: *datum ap. Augustam anno, mense et indictione prescriptis*. Das kann nur ein Sizilianer oder jemand, der sich schon an sizilische Formen gewöhnt hat, geschrieben haben; denn für einen an die Monatsdatirung nicht gewöhnten Deutschen würde hier alle und jede Veranlassung gefehlt haben, gerade auf den Monat zurückzuverweisen, während das Actum den Tag nennt. Es ist auch kaum sehr wahrscheinlich, daß beides von ein und demselben sizilischen Notar herrührt, der sich dann im Actum dem Brauche, den Tag zu nennen, gefügt hätte, aber schon im Datum wieder aus der Rolle gefallen wäre; schon die Zählung des Tages nach römischem Kalender weist für das Actum bestimmter auf einen Deutschen. Im Anschlusse an unsere frühere Annahme würde am wahrscheinlichsten Hinzufügung des Datum durch einen höheren sizilischen Kanzleibeamten sein; es wäre dann an den § 422 erwähnten sizilischen Protonotar oder Skriniar Philipp von Matera zu denken. Aber freilich findet sich ganz dieselbe Form mit dem Tage im Actum und Zurückverweisung auf den Monat auch wieder in Datirungen von 1216 und 1219, Huillard 1,479. 597, in welchen die deutschen Protonotare Bertold und Heinrich ausdrücklich genannt sind. Diese würden sich demnach bei Richtigkeit unserer Annahme an den Brauch schon gewöhnt haben. Oder aber, was mir wahrscheinlicher ist, sie fügten, wie Bertold in jenem ersten Falle von 1212 Dec., nur Datum mit dem Orte zu, während dann die sizilischen Reinschreiber die ihnen geläufige Zurückverweisung anhängten. Wie dem auch sei, jedenfalls scheint mir der enge Anschluß der Formel und der Umstand, daß sie nun regelmäßig gerade immer dann gebraucht wird, wenn das Actum in sizilischer Weise den Monat nennt, für Zurückgehen auf sizilischen Brauch zu sprechen.

Daneben werden nun einzelne Zurückverweisungen auch da gebräuchlich, wo man sich übrigens an die frühere Form der Tagesdatirung hielt. So findet sich seit 1216 im Datum vor dem Tage wohl ein *anno pretaxato* eingeschoben, so Huillard 1,494. 496. 555. 703; oder später dem Tage ein *indictione prescripta* angehängt, so Huill. 1,707. 709. 768. 770. 2,37, was dadurch näher gelegt war, daß schon früher die Indiktion überhaupt nicht selten erst an dieser Stelle, nicht schon im Actum genannt wurde.

Auch in der Kanzlei K. Heinrichs finden wir Rückverweisungen verschiedenster Art und auch sonst manche Rückwirkungen der Änderungen der früheren Formen, zu welchen das Zusammenkommen von Personen, welche an verschiedenen Gebrauchen gewöhnt waren, in der Zeit von 1212 bis 1220 geführt hatte. Aber von der wesentlichsten Änderung, der Nennung nur des Monates, ging man wieder ab; findet sich nur noch vereinzelt; regelmäßig wird wieder der Tag genannt.

Das ändert sich dann in auffallendster Weise mit dem Regierungsantritte K. Konrads IV., dessen Urkunden wieder überaus häufig nur nach dem Monate datirt sind. Es wird das doch zweifellos darauf zurückzuführen sein, daß zu den Ueberwachungsmafsregeln des Vaters auch die Verwendung sizilischer Notare in der königlichen Kanzlei geübt worden hat. Der 1238 beim Könige genannte kaiserliche Hofnotar und Kapellan Walter ist gewifs, wie schon Huillard 5, 1174 vermuthet, der spätere Kanzler des Königreichs Sizilien; denn man findet ihn auch sonst als Kapellan bezeichnet und er scheint vor 1239 nicht am kaiserlichen Hofe gewesen zu sein; vgl. Huillard 565, 584, 838. Das hat dann aber nicht weiter nachgewirkt; unter K. Heinrich Raspe findet sich nur einmal, Reg. 12, Datirung nach dem Monate; unter K. Wilhelm und den Nachfolgern ist die Tagesangabe wieder durchaus die Regel.

425. Bei der feierlichen Monatsdatirung finden wir nun zunächst wesentlich dieselben Anzeichen für Nachtragung des Datum, wie bei der Datirung nach dem Tage. Zuweilen findet sich nur das Datum mit dem Monate, während dann mit dem Datum überhaupt jede Tagesangabe fehlt; so Huillard 1, 534, 536, 5, 176, 6, 197. Das könnte also auch hier, wie wir das § 398 für die frühere Form geltend machten, darauf deuten, daß vereinzelt das Datum erst der Reinschrift zugefügt wurde; habe ich dafür in Originalen keinen Beleg gefunden, so würden sich auch mehr zufällige Veranlassungen zur Erklärung ausreichen. Während weiter auch jetzt Actum und Datum zumeist unmittelbar aufeinander folgen, finden sie sich doch wohl durch andere Bestandtheile getrennt. So durch die Zeugen, Huill. 1, 670, durch das Signum, Huill. 1, 75, 493, durch Signum und Zeugen, Huill. 2, 547, durch die Rekognition, Huill. 1, 366, 492, 4, 272, 277. Insbesondere aber ist die Anfügung der Apprektion an das Actum, so daß dann erst das Datum folgt, jetzt wieder als die Regel zu bezeichnen.

426. Es kommt nun aber bei dieser Form noch ein weiteres Anzeichen hinzu, indem wir nicht selten nicht passende Zurückverweisung im Datum finden. So regelmäßig später die Form im allgemeinen gebraucht wird, so ergeben sich doch auch Abweichungen. In manchen Fällen sind diese beachtet und das Datum mit dem Actum in Uebereinstimmung gebracht. Sind 1222 ausnahmsweise im Actum Monat und Indiktion nicht genannt, so wird das im Datum mit *annis pre-*

426] *dictis, mense martii, 10. ind.* nachgeholt, Huillard 2,234, vgl. 664. Ist 1231, Huill. 3,285, der Ort im Actum genannt, so fehlt er zweifellos nur deshalb im Datum. Hat 1237, Huill. 5,119, das Actum ausnahmsweise *mense octobris, scilicet die iovis primo eiusdem*, so ist das in dem *anno, mense, die et indictione prescriptis* beachtet.

Oft aber scheint sich nun ein Gegensatz zu ergeben, der es durchaus unwahrscheinlich machen muß, daß Actum und Datum gleichzeitig von demselben Schreiber zugesügt sein können. Wir wiesen schon § 424 auf die ersten Fälle hin, wo das Actum den Tag nennt, trotzdem aber das Datum in gewöhnlicher Weise nur auf den Monat zurückverweist. Das findet sich auch später noch in Diplomen des Kaisers für Deutschland und Italien. Dann auch nicht selten in Urkunden K. Heinrichs, in denen man vielfach an dieser Gestaltung der neuen Formel festhielt. Selbst in deutsche fürstliche Urkunden hat diese Form wohl Eingang gefunden; so heisst es in Urkunden des Erzbischof von Mainz, Asseburg. U. B. 1,121: *acta Goslarie 1234, pridie kal. ian.*; und Wilmans U. B. 4,158: *actum apud Fritslariam 1235, 6. kal. nov., pont. 5*; während dann in beiden: *data ibidem anno, mense et die predictis*, folgt. So etwas mag später etwa auch ganz gedankenlos von demselben Schreiber zugesügt sein. Für die früheren Fälle wird doch zweifellos anzunehmen sein, daß der Datirende davon ausging, es sei in gewöhnlicher Weise im Actum nur der Monat genannt, die Abweichung nicht beachtete. Man könnte einwenden, die Zurückbeziehung auf den Monat sei auch in diesen Fällen nicht ungenau, da ja bei der Tagesangabe ein Monatsname vorkam. Das allerdings; aber bei der noch überwiegenden Tageszählung nach römischer Weise keineswegs gerade der Name des laufenden Monats, wie das schon die erwähnten mainzer Urkunden zeigen. Bei den von mir verzeichneten Fällen ergibt sich allerdings Huillard 1,597. 2,159. 160. 4,581. 668. 670. 5,382. 1161 kein Widerspruch, weil der Tag fortlaufend gezählt oder nach Nonen und Iden bestimmt ist. Aber Huill. 1,479. 831. 853. 2,898. 4,601. 712 ist der Tag des Actum nach den Kalenden des folgenden Monats bestimmt, auf den also das Datum unrichtig zurückweist, während die Ortsangabe des Datum nach dem Itinerar zum Tage des Actum stimmt. Allerdings wurden wir § 311 auf die Vermuthung geführt, daß man insbesondere in der päpstlichen Kanzlei den Namen des folgenden Monats schon während des Kalendenabschnittes des vorhergehenden gebraucht habe. Aus der Reichskanzlei dieser Zeit wüßte ich aber doch für einen solchen Brauch nichts anzuführen, als die überaus verdächtige Urkunde K. Heinrichs von 1234, Huillard 4,628, vgl. Wirtemb. U. B. 3,339, mit *datum apud Hagenovæ, mense februario, octavo kal. februarii*, welches selbst im Falle der Echtheit noch andere Erklärungen zulassen würde.

Ist in diesen Fällen das Datum nach sizilischem Brauche gegeben, während das Actum sich wenigstens durch die Tagesangabe dem deutschen näher anschliesst, so finden sich auch später wohl umgekehrt noch

Fälle, daß einem Actum mit Monat ein Datum in früherer Fassung mit der Tagesangabe zugefügt ist; so Huill. 2,40. 329, im ersteren Falle mit Nennung des Protonotar Heinrich. Zeigt sich dabei ein Gegensatz, so führt es wenigstens zu keinem Widerspruch. Diefen aber finden wir, wenn Huill. 2,72, Ital. Forsch. 4,333 auf Acta, welche nur den Monat nennen, mit *mense, die et indictione prescriptis* verwiesen wird.

Ist mir nun kein Fall bekannt geworden, daß das Datum nachträglich der Reinschrift zugefügt wurde, so scheinen jene Umstände auch hier, wie bei der feierlichen Tagesdatirung, zunächst auf die Annahme einer Zufügung zum Konzepte hinzuweisen. Doch ergeben sich da beim weiteren Verfolgen dieser Form Bedenken.

427. Ergab sich bei der älteren Form wenigstens in vielen Fällen, vgl. § 407 ff., daß nur das Actum derselben nach der Handlung bestimmt war, so sind mir dafür bei der neueren keine Belege mehr vorgekommen. Beziehung des Actum auf die Beurkundung, wie sie nach § 410 ff. doch auch bei der älteren Form schon überwiegend anzunehmen sein dürfte, wird hier durchaus als Regel zu betrachten sein. Und wegen der genaueren Zeitangabe des Actum läßt sich das hier in Einzelfällen durch den Nachweis des Nichtstimmen des Actum zur Zeit der Handlung wohl bestimmter erweisen.

Die Handlung des Edikts gegen die Städte, Reg. Fr. 699, fällt in den Dez. 1231 zu Ravenna; denn Reg. 725 wird ausdrücklich auf dasselbe als Beschluß des Tages von Ravenna hingewiesen, und die früheste uns erhaltene Ausfertigung für Bisanz hat auch wirklich im Actum 1231 Dez., im Datum Ravenna. Wir haben aber noch weitere Ausfertigungen aus Ravenna selbst, dann aus Aglei und Portenau datirt. War die Handlung für das Actum maßgebend, so mußte auch in diesen die Zeitangabe ungeändert bleiben; statt dessen finden wir entsprechend den Orten des Datum im Actum 1232 Januar, April und Mai angegeben.

Der Rechtspruch für Osnabrück, Reg. 735 erging nach dem Texte auf dem Tage zu Ravenna, also spätestens im März 1232; aber das Actum hat den Mai, womit Portenau als Ort des Datum stimmt.

Die Herren von Krenkingen verkauften nach der uns erhaltenen Urkunde, Huillard 5,1129, im Mai 1241 zu Faenza dem Kaiser die Vogtei von Rheinau. Aber die Urkunde Reg. 1015, Huillard 5,1159, in welcher der Kaiser jenen Verkauf bekundet, nennt im Actum Aug. 17, womit das Datum Tibur stimmt.

Dagegen scheinen allerdings in einem Falle ungewöhnlicher Datirung sowohl Actum als Datum sich auf die Handlung zu beziehen. Der Vertrag mit Mantua 1237, Reg. Fr. 911, Huillard 5,116, nennt im Actum ausnahmsweise den Tag: *mense octobris, scilicet die iovis primo eiusdem*, dann: *datum in castris in ep. Mantue ap. Godium, anno, mense, die et indictione prescriptis*, wo also auch auf die Nennung des Tages Rücksicht genommen ist. Als Ort des Vertragsabschlusses nennen auch andere Quellen Goito; die Annalen von Piacenza, M. Germ. 18,476,

427] sagen aber überdies ausdrücklich, daß der Vertrag am 1. Okt. abgeschlossen sei. Daß das Privileg selbst nicht schon an demselben Tage ausgefertigt seien wird, ist an und für sich wahrscheinlich. Ueberdies meldet der Kaiser Reg. 912, Huillard 5,120, in einem besondern kurzen Schreiben, daß er die Siegelung des bezüglichen Privileg befohlen habe, und zwar mit dem Datum im Brescianischen, Okt. 4; dahin wird doch zweifellos wenigstens die Vollendung des Privileg erst gehören. Man mag hier ausnahmsweise auf den Tag des Vertragsabschlusses Gewicht gelegt haben.

428. Kann in diesem letzterwähnten Falle Beziehung des Actum und des Datum auf denselben Zeitpunkt nicht zweifelhaft sein, so ergeben sich dafür auch wohl da Haltpunkte, wo an Beziehung auf die Beurkundung nicht zu zweifeln ist, trotz der Anzeichen der Nachtragung des Datum, welche sich hier ebenso, wie bei der älteren Formel ergaben.

Allerdings wird hier durch die Nennung nur des Monats die Untersuchung erschwert. Auch die § 426 erwähnten Fälle, welche ausnahmsweise im Actum den Tag nennen, geben keinen unmittelbaren Haltpunkt, da im Datum nur auf den Monat verwiesen ist, dasselbe also auch einen späteren Tag des Monats bezeichnen könnte. Aber ähnlich, wie bei der ältesten Datirung, wird man doch auch hier schließen dürfen, daß es ganz unwahrscheinlich sein muß, daß man durch die genauesten Angaben, die des Tages und des Ortes, zwei verschiedene Zeitpunkte bezeichnen wollte; sie gehören doch gewiß zusammen, wenn sich auch die eine unter Actum, die andere unter Datum findet. Wir fanden zugleich, daß die Zurückbeziehung nur auf den Monat zweifellos nicht in bewußter Genauigkeit ihren Grund haben kann.

In einem jener Fälle, Reg. Fr. II. 978, Huillard 5,382, läßt sich das noch genauer begründen. Das Actum nennt 1239 Aug. 31, das Datum Pizzighettone an der Adda, während wir wissen, daß das Diplom schon Sept. 4 zu Chivasso nordöstlich von Turin durch Boten dem Empfänger eingehändigt wurde. Da ist nun doch der Abstand so bedeutend, daß der Ort des Datum sich schwerlich auf einen späteren Tag, als den im Actum genannten, beziehen kann.

Beachtenswerth scheint mir weiter die eigenthümliche Form, in welcher bei zwei Datirungen, Huillard 5,225. 6,134, der Tag zugefügt ist. Es heißt: *acta s. h. anno d. i. 1239; datum in c. in obs. Brixie, anno, mense, indictione prescriptis, 6. septembris 12. ind.*; dann: *acta s. h. anno d. i. 1243 — regni vero Sicilie 46, feliciter, amen; die mensis octobris octavo, 2. ind.; datum in c. ante Viterbium, anno, mense et indictione predictis.* Bei beiden war im Actum aus Versehen Monat und Indiktion ausgelassen, trotzdem im Datum in gewohnter Weise auf sie verwiesen; man wird das bemerkt und nun nachträglich Tag und Indiktion zugefügt haben. Daß aber das Datum mit dem Orte sich schon vor dieser Nachtragung in der Urkunde befand, leidet doch

im ersten Falle gar keinen Zweifel und ist auch im zweiten durchaus wahrscheinlich.

429. Entscheidend in dieser Richtung scheinen mir aber die Ergebnisse aus Vergleichung des Itinerar zu sein. Dafs in den § 427 besprochenen Fällen, wo das Actum sich nur auf die Beurkundung beziehen kann, der Ort des Datum dazu stimmt, kann, wo es sich um Monate handelt, wenig erweisen. Haben wir von dem Privileg für die Fürsten, Reg. Fr. 724, mehrere Ausfertigungen, sämmtlich aus dem Mai, aber theils aus Cividale, theils aus Udine datirt, so ergibt das allerdings, dafs das Datum sich nicht auf die Handlung bezieht; aber eben so wenig mufs das beim Actum der Fall sein, da der Monat beiden Orten entspricht.

Nehmen wir nun aber an, dafs das Datum auch nur um ein oder anderen Tag später fiel, so mufsten sich doch nothwendig Fälle ergeben, bei welchen auf der Scheide zweier Monate auch die Monatsangabe des Actum dem Datum nicht mehr entsprach. Nun ist mir wirklich eine Urkunde in einem von Scipione Volpicella an Böhmer mitgetheilten Auszuge bekannt geworden, welche einen verschiedenen Monat nennt, nämlich Actum im April zu Tarent, Datum im Mai zu Messina 1221, Ind. 9, Sic. 23, Imp. 1. Die Urkunde ist inhaltlich nicht unverdächtig; aber die Datirung ist in sich und beim Vergleiche mit andern so richtig, dafs sie mindestens eine echte Vorlage voraussetzt. Denn vom April haben wir aus Tarent eine Reihe Urkunden ohne Tagesangabe, es gibt weiter Urkunden von April 21 aus Tarent, von April 28 aus Cosenza, wie wir denn auch sonst wissen, dafs der Kaiser durch Kalabrien nach Messina gezogen ist, wo im Mai eine Reihe von Urkunden ausgestellt wurde.

Das ist nun aber aus der ganzen Masse der Urkunden der einzige mir bekannte Fall. Von diesem abgesehen ist im Datum immer auf den Monat des Actum verwiesen. Das könnte sich nun an und für sich daraus erklären, dafs man die übliche Formel gedankenlos auch da zuschrieb, wo der Monat nicht mehr entsprach. Dann aber müfste sich das zuweilen dadurch verrathen, dafs sich nachweisen liesse, der Kaiser erst im folgenden Monate am betreffenden Orte gewesen. Denn so sehr die Monatsdatirung das auch erschwert, ist doch die Zahl der Urkunden mit Tagesangabe in Verbindung mit andern Nachrichten gross genug, um da in vielen Fällen sicher entscheiden zu können.

Ich habe von diesem Gesichtspunkte aus das Itinerar des Kaisers möglichst genau geprüft und wirklich mehrere Fälle, überwiegend allerdings mit einfacher Datirung, gefunden, bei welchen Ort und Monat sich nicht entsprechen, vgl. § 121. Aber auffallender Weise keinen einzigen, in dem sich eine Verschiebung in der von mir vermutheten Richtung gab. Bei allen war vielmehr der Kaiser am Orte des Datum in dem vorhergehenden Monate. Mögen das Ausnahmefälle sein, welche wir häufig aus Beibehaltung des Ortes der Handlung erklären, so wird

429] doch nicht zu bezweifeln seien, daß das Datum im allgemeinen mindestens keinen spätern Zeitpunkt bezeichnen kann, als das Actum.

430. Versuchen wir es nun, uns auf Grundlage des Gefagten Bedeutung und Handhabung der Formel bestimmter zu vergegenwärtigen, so stoßen wir auf noch grössere Schwierigkeiten, als bei der Tagesdatirung. Es kann das kaum befremden; wie die Formel sich aus dem Ineinandergreifen der verschiedenen Bräuche zweier Kanzleien gestaltet hat, so mag auch die Handhabung nicht immer dieselbe gewesen sein, jenachdem dabei der Brauch der einen oder der anderen Kanzlei zeitweise der maßgebendere wurde.

Schien sich § 422 ff. zu ergeben, daß die Formel sich zunächst auf Grundlage des bisherigen Brauches der Reichskanzlei entwickelte, nur allmählig unter dem Einflusse der sizilischen Notare gewisse Aenderungen Eingang fanden, so haben wir keinen Grund zu bezweifeln, daß die Handhabung zunächst dieselbe blieb, wie bei der älteren Formel. Für diese nahmen wir § 416 Beziehung des Actum und des Datum auf den Fertigungsbefehl an, und zwar so, daß der Protonotar dem Actum zur Beglaubigung das Datum im Konzepte eigenhändig zufügte; einige der wichtigsten Belege für diese Annahme gehörten gerade in diese Zeit, vgl. § 405. Darin mußte keine Aenderung eintreten, als man anfang im Actum den Monat zu nennen und darauf im Datum zurückzuverweisen. Wenigstens fanden wir das § 423. 424 auch bei Datirungen, in welchen der Protonotar als Aushändiger ausdrücklich genannt ist, bei welchen doch am bestimmtesten an jenes Vorgehen zu denken ist.

Aber ich glaube nicht, daß wir auf entsprechendes Vorgehen auch später überall zu schließen haben, wo wir dieselbe Formel finden. In den ersten Jahren nach der Rückkehr des Kaisers nach Sizilien scheint sich da manches geändert zu haben. Zunächst muß das Aufhören der Erwähnung der Aushändigung in der kaiserlichen Kanzlei um so mehr auffallen, als sie in der des jungen König in Gebrauch bleibt, bei der wir denn auch keinen Grund haben, auf eine Aenderung des Vorgehens zu schließen. Beim Kaiser wird nur noch ganz vereinzelt ein Aushändiger erwähnt. So 1226, Huillard 2, 536. 538, der Erzbischof von Tyrus als Kanzler von Jerusalem, aber bei abweichender Formel in einem sehr weitschweifigen Datum, wo überhaupt kein Zusammenhang mit dem frühern Brauche anzunehmen ist. Dagegen entspricht es diesem, wenn 1230, Huillard 3, 232, der gerade am Hofe anwesende Reichskanzler im Datum genannt ist. Ebenso nennt eine Urkunde von 1245 den Probst von Werden; heißt dieser kaiserlicher Hofnotar, so dürfte er der deutschen Kanzlei angehören, da damals auch König Konrad beim Kaiser zu Verona war. Es wird eben vereinzelt der deutsche Brauch wieder zur Geltung gekommen sein. Auch wenn die Protonotare erweislich am Hofe des Kaisers waren, so Heinrich von Tanne 1222 Dez., 1223 Jan. und März, dann Heinrich von Catania 1241

Dez. und 1242 Mai, werden sie wohl als Zeugen, aber nie als Aushändiger genannt. Erst seit 1247 Juni, vgl. Huillard 6,541. 553. 626 u. f. w. wird in Diplomen für das Kaiserreich wieder bemerkt, daß sie durch die Hand des Petrus de Vinea, Reichsprotonotars und Logotheten für Sizilien, gegeben seien. Aber nur zweimal, Huillard 6,631. 670, trifft das die getheilte Formel, sonst die ungetheilte sizilische, welche schon früher, vgl. § 421, in derselben Weise den Kanzler als Aushändiger genannt hatte; ein Zurückgreifen auf den frühern Brauch der Reichskanzlei wird darin kaum zu sehen sein.

Der Reichsprotonotar Heinrich von Tanne wird in der Datirung zuletzt kurz nach der Kaiserkrönung zu Sutri 1220 Nov. 29 genannt, Huillard 2,67. Ist er dann vor Ende 1222 überhaupt in Italien nicht nachweisbar, während er 1222 Febr. 22, Stälin Wirtemb. Gesch. 2,622, als Probst von Konstanz in Deutschland urkundet, so wird kaum zu bezweifeln sein, daß auch er mit den nach der Krönung abziehenden Fürsten nach Deutschland zurückgekehrt sei. Auch seine zweite Anwesenheit in Italien scheint nicht länger gedauert zu haben; er wird zunächst die Kanzlei des Königs in Deutschland geleitet haben. Dieser Umstand hat gewiß wesentlich dazu beigetragen, daß gerade seit der Kaiserkrönung mancher bisher noch eingehaltene Brauch der Reichskanzlei auch bei den für das Kaiserreich ausgestellten Urkunden außer Acht gelassen wurde. Zweifellos wird der Kaiser auch jetzt noch deutsche und italienische Notare bei sich gehabt haben; es ließe sich dafür etwa geltend machen, daß wir kurz nach der vermutheten Abreise des Protonotar, Huillard 2,74. 77, Tagesbezeichnungen nach eingehendem Monat und nach dem Feste finden, was sizilischem Brauche nicht entspricht. Diese mögen dann auch noch wohl in der gewohnten Weise das Datum im Konzept nachgetragen haben, da sich auch später noch mehrfach Anzeichen der Nachtragung des Datum finden. Aber sizilischer Einfluß wird sich jetzt gewiß immer stärker geltend gemacht haben.

Wir glaubten die eigenhändige Zufügung des Datum durch den Protonotar als Beglaubigung des Konzeptes betrachten zu dürfen. Auch in der sizilischen Kanzlei wurden die Konzepte zweifellos beglaubigt, aber wohl in anderer Weise. Bei Briefen bestand die Beglaubigung gewiß in der § 198 besprochenen Angabe, daß der Brief auf Befehl des N. von N. geschrieben sei. Bei Privilegien mag nach der dort erwähnten Schlusformel im Konzepte angegeben sein, daß das auf Befehl des Königs von N. geschrieben sei. Es ist möglich, daß dann auch der Kanzler noch eine Beglaubigung, etwa durch Namensunterschrift, zuzugte und sich darauf die Erwähnung des *per manus cancellarii* in der Datirung stützt. Aber das ganze Datum wurde hier schwerlich vom Kanzler zugeschrieben; vgl. § 421.

Da muß nun auffallen, daß nach der Rückkehr ins Königreich zwar diese ältere sizilische Datirungsformel wieder angewandt wird, aber mit der Aenderung, daß die Erwähnung der Aushändigung durch den

430] Kanzler nun auch hier entfällt. Der sizilische Kanzler Walter erscheint nur noch 1220 und 1221 als Zeuge, Huillard 2,70. 180; nach ihm wurde überhaupt kein Kanzler für Sizilien mehr ernannt. Hatte man in Deutschland die dortige Bedeutung der Aushändigungsformel kennen gelernt, ohne nun doch den dortigen Brauch festhalten oder einführen zu wollen, so mag das dazu geführt haben, die Formel überhaupt fallen zu lassen, bis sie, wie gesagt, später durch Peter de Vinea wieder aufgenommen wurde.

431. Insbesondere möchte ich es aber auf den sich jetzt stärker geltend machenden sizilischen Einfluss zurückzuführen, daß nun auch in Diplomen für das Kaiserreich sich Bestimmung des Actum und des Datum durch die Zeit der Reinschrift zu ergeben scheint. Für sizilische Diplome kehrte man jetzt zur sizilischen Datierungsform zurück und wandte dieselbe, wie schon § 421 bemerkt, auch vielfach für das Kaiserreich an. Wir suchten dort zunächst für diese nachzuweisen, daß man ihre Zufügung dem Reinschreiber überließ. Das, was das statthaft machte, die Nennung nur des Monats, war nun aber auch in der getheilten Form der Reichskanzlei vollständig durchgedrungen. Ließ man jetzt, wie ich denke, die eigenhändige Zufügung des Datum durch den Kanzleivorsteher als Beglaubigung des Konzepts fallen, so war kein Grund mehr, diese Form anders zu behandeln. Man mochte an der äußern Form, an der Scheidung von Actum und Datum, selbst an der auf Nachtragung des Datum deutenden Stellung des Schluswunsches in Diplomen für das Kaiserreich festhalten; vereinzelt, etwa bei Eingreifen höherer deutscher Kanzleibeamten, mochte man die Formel auch noch in früherer Weise handhaben; im allgemeinen scheint mir aber auch hier Zufügung der ganzen Datirung erst in der Reinschrift üblich geworden zu sein.

Was zunächst das Actum betrifft, so mag es nach § 414 schon in der älteren Formel zuweilen erst in der Reinschrift nachgetragen sein; überwiegend glaubten wir aber § 415 Eintragung in das Konzept annehmen zu sollen. Das wird auch in der Zeit der Entwicklung der neuen Formel nicht anders gewesen sein. Daß es jetzt üblich wird, im nachgetragenen Datum auf das Actum zu verweisen, scheint sogar bestimmter darauf hinzuweisen, daß dieses schon vorlag. Doch möchte ich darauf kein Gewicht legen. Wurde die Zurückverweisung einmal allgemein üblich, so konnte man sie im Konzepte immerhin zufügen, auch ohne daß das Actum schon vorlag. Weiter aber konnte auch der Protonotar sich darauf beschränken, Datum mit Ort und Aushändigung in das Konzept einzutragen, während dann der Reinschreiber mit dem Actum auch die übliche Zurückverweisung zufügen mochte. Gewichtiger erscheint mir, daß gerade in dieser Zeit das Actum am wenigsten eine feste Gestaltung zeigt, seine Fassung bald auf deutsche, bald auf sizilische Schreiber deutet, vgl. § 422, während man den Reinschreibern doch wohl nur die Zufügung ganz ständiger Formeln überlassen haben wird.

Das hört jetzt auf. In näherem Anschluß an die sizilische Fassung hat sich für das Actum eine ganz ständige Formel ausgebildet, welche zudem durch Aufführung aller Titel und Regierungsjahre eine so weit-schweifige ist, daß sie sicher erst in der Reinschrift nach einer für alle Schreiber gemeingültigen Anweisung einzutragen war. Wir haben dafür sogar einen bestimmten Beleg. Im Actum des Original von Reg. Fr. 543, Huillard 2,461, von 1224, findet sich: *regni vero Sicilie vicesimo . . . feliciter amen*; der Reinschreiber zögerte offenbar, weil er im Augenblicke nicht wußte, ob er *sexto* oder das zutreffende *septimo* zu schreiben hatte, kann also keine Vorlage gehabt haben, welche das Actum mit den Zeitangaben enthielt.

432. Ist unsere Annahme bezüglich des Actum richtig, so ließe sich für Bestimmung auch des Datum durch die Zeit der Reinschrift zunächst geltend machen, was wir § 428. 429 bezüglich der Beziehung des Actum und des Datum auf denselben Zeitpunkt geltend machten. Allerdings fanden wir entsprechende Haltpunkte auch für die ältere Formel und nahmen trotzdem § 416 Beziehung auf verschiedene, allerdings sehr naheliegende Punkte der Beurkundung an. Aber freilich unter der Voraussetzung, daß auch das Actum schon im Konzepte stand. Wurde dieses nach unserer Annahme erst in der Reinschrift zugefügt, mußten sich, wenn das Datum sich etwa regelmäßig auf den Fertigungsbefehl bezog, viel häufiger Widersprüche zwischen Monat und Ort ergeben.

Gehört nun auch eine besonders günstige Sachlage dazu, beim Fehlen eines Widerspruches zwischen Actum und Datum die vermuthete Bestimmung beider lediglich durch die Reinschrift unmittelbar erweisen zu können, so scheint mir das wenigstens bei dem schon § 427 erwähnten Falle Reg. Fr. 699, dem Edikte gegen die Städte, bestimmt zuzurechnen. Die Ausfertigungen ein und derselben Urkunde haben hier im Actum verschiedene Monate und im Datum diesen entsprechende verschiedene Orte.

Gegen die Annahme, daß hier die abweichenden Angaben von Zeit und Ort lediglich durch die Reinschrift bestimmt seien, ließe sich nur etwa geltend machen, es könne für jede Ausfertigung ein besonderer Fertigungsbefehl ertheilt und danach die Datirung bestimmt worden sein. Bei der früheren Handhabung möchte ich solches Vorgehen nicht abrede stellen; es scheinen mir insbesondere die verschiedenen Ausfertigungen des Verzichtes auf das Spolienrecht von 1216, Reg. Fr. 68 ff., vgl. § 142, dafür zu sprechen. Freilich konnte hier nicht einmal der Text eine Vorlage schlechtweg für alle Ausfertigungen genügen, da die verschiedenen Empfänger im Texte genannt sind. Insbesondere zeigen sich dann stärkere Abweichungen in den Zeugenreihen. Waren demnach jedenfalls für diese verschiedene Vorlagen nöthig, so lag man diesen auch besondere Datirungen zugefügt haben; und es scheint sich das dadurch zu bestätigen, daß nicht blos verschiedene Tage

432] genannt, sondern auch davon abgesehen sowohl Actum, wie verschieden gefasst sind. Der im Datum genannte Protonotar hier mehrere Konzepte, in denen das Uebereinstimmende ja nicht wiederholt werden mußte, an verschiedenen Tagen datirt zu haben.

Ganz anders ist das in unserem Falle. Ein und dasselbe Konzept konnte hier für alle Ausfertigungen genügen, wenn Monat und Ort der Reinschrift entsprechend eingetragen wurden. Vor allem wird aber zu beachten sein, daß hier, abgesehen davon, daß in ein oder anderen Texten dieser oder jener Zeuge fehlt oder eine etwas andere Stellung einnimmt, ein und dieselbe Zeugenreihe wiederholt wird und daß ganz zweifellos nur den ersten Ausfertigungen aus Ravenna im März und Januar, nicht aber den im April und Mai 1232 zu Aglei und Portenau gefertigten entspricht. Die große Zahl der Zeugenreihen, die hier zur Vergleichung zur Verfügung stehen, vgl. Reichsfürstenliste, läßt gar keinen Zweifel, wer an den verschiedenen Orten am Hofe war und wer nicht. Würden die Zeugen den Orten Aglei und Portenau entsprechen, so würden sicher die Erzbischöfe von Mainz und Salzburg, der Bischof von Freising unter ihnen nicht fehlen. Andererseits, die als Zeugen genannten Bischöfe von Brixen, Osnabrück, Chur, Rieti, Imola, Modena und Faenza sicher nicht mehr im Friaul; schwerlich der Erzbischof von Ravenna. Denn allerdings erscheint dieser unter den Bischöfen von Brixen und Reggio auch als Zeuge in der im März von Portenau datirten Beurkundung von Rechtsprüchen für den Bischof von Osnabrück, Reg. Fr. 735, Huillard 4.536; fehlen aber auch hier alle in Friaul auftretenden Zeugen, ist weiter im Texte ausdrücklich, daß die Sprüche auf dem Hofe zu Ravenna erfolgten, so bezieht sich auf diesen zweifellos auch die Zeugenreihe, nicht auf Zeit und Ort der Datirung. Wird außerdem der Erzbischof von Ravenna auch in der Reg. Fr. 737, Huillard 4.358, genannt, wo Handlung und Beurkundung im Mai nach Cividale und Portenau fallen, so wird da ein Versehen nicht greifen.

Die Zeugen des Edikts gegen die Städte haben wir wohl zuvörderst als Zeugen des Fertigungsbefehles zu betrachten; das Konzept muß öffentlich verlesen und gebilligt, ihm dann die Zeugenreihe zugeteilt werden. Aber schwerlich auch nur für die ersten Ausfertigungen datirt, da diese dann gewiß auch bei späteren Ausfertigungen wiederholt worden wäre, wie die Zeugenreihe; daß Actum und Ort hier einfach durch die Reinschrift bestimmt sind, ist gar nicht zu zweifeln. Und das ist dann sicher auch in vielen andern Fällen gewesen, wenn es sich auch nicht bestimmter erweisen läßt.

433. Aber es wird das nicht gerade immer der Fall gewesen sein; es scheint sich zu ergeben, daß wir wenigstens zuweilen die Zustimmung nur des Datum durch Handlung oder Fertigungsbefehl anzunehmen haben. Waren Monat und Ort gewöhnlich durch die Reinschrift bestimmt, so konnten sich keine Verschiebungen

das Itinerar ergeben. Solche fanden wir nun aber § 121, vgl. § 429, in der Richtung, daß der Aufenthalt des Kaisers am Orte in den vorhergehenden Monat fällt. Wenn wir das vorläufig durch Beibehaltung nur des Ortes der Handlung erklärten, so mag das richtig sein; aber es bleibt dann doch zu erklären, wie die Reinschreiber dazu kamen, in solchen Fällen den Ort der Handlung zu nennen. Die Erklärung ist gewiß darin zu suchen, daß zuweilen wohl der Ort des Datum, nicht aber auch der Monat des Actum, in einer Vorlage vermerkt war.

Das kann ja in so weit kaum auffallen, als im allgemeinen jetzt der Ort die am schnellsten wechselnde Angabe war, man darauf Bedacht nehmen mochte, daß diese genauer entspreche, während man voraussetzte, daß der Monat ohnehin noch stimmen werde. Und es wird auch zu bedenken sein, daß dem Reinschreiber das bloße Konzept des Textes wohl für Privilegien für Sizilien, nicht aber für das Kaiserreich genügen konnte, da bei diesem durchweg Zeugen hinzukamen. Es ist möglich, daß diese nun vielfach nach der Handlung bestimmt und aus einem Akte ergänzt wurden; dann war in diesem aber in der Regel auch wohl der Ort genannt; und schon frühere Untersuchungen führten uns auf die Vermuthung, der Akt möge oft nur die Ortsangabe, nicht auch die Zeitangabe, enthalten haben; vgl. § 191. Oder es konnten Zeugen und Ort der Handlung sogleich im ursprünglichen Konzepte angeführt sein. Bezogen sich aber, wie ich denke, auch jetzt die Zeugen überwiegend auf den Fertigungsbefehl, so war eine Nachtragung zum Konzepte schon der Zeugen wegen nicht zu umgehen; und dann lag es doch sehr nahe, auch sogleich den Ort nachzutragen, an welchem der Fertigungsbefehl ertheilt wurde, wenn man auch die Zufügung der jetzt ungenaueren Zeitangaben dem Reinschreiber überließ. Insbesondere konnte da auch eingewirkt haben, daß nach § 424 der datirende Protonotar, wenn er die Zeit im Actum fand, nun mehrfach nur Datum mit dem Ort zugefügt zu haben scheint; man konnte sich dadurch überhaupt an solche Eintragung nur des Datum gewöhnen. Für das Zusammengehören von Ort und Zeugen scheint insbesondere der § 121 besprochene Fall Reg. Fr. 670 zu sprechen, mit dem August 1230, während Ort und Zeugen nur dem Juli entsprechen.

Ist diese unsere Vermuthung begründet, so erklärt es sich natürlich leicht, wenn in Einzelfällen der Ort dem Monate nicht mehr entsprach, ohne daß wir den Ort nothwendig gerade auf die Handlung beziehen müßten. Dann aber würden wir weitergehend Aehnliches vielleicht auch für die § 419 besprochenen Fälle der feierlichen Tagesdatirung annehmen dürfen. Allerdings hängt die Annahme, daß dem Reinschreiber der Ort, nicht auch die Zeit angegeben wurde, eng mit der ungenaueren Datirung nur nach dem Monate zusammen. Aber jene Fälle gehören in die Kanzlei K. Heinrichs, in welcher wir auch sonst vielfach auf die zunächst durch die Datirung nach dem Monate bedingten Formen stoßen; es stimmen insbesondere mit diesen auch gerade jene Fälle insoweit ge-

433] neuer überein, als sie den Tag ausnahmsweise nicht im Datum, sondern im Actum geben; ich möchte daher annehmen, daß man auch bei der Tagesdatirung zuweilen ähnlich vorging, der Reinschreiber nur den Ort im Konzepte oder Akte vorfand und dann den laufenden Tag zufügte. Und zwar um so mehr, als uns die Besprechung der einfachen Datirung auf ganz ähnliche Erscheinungen zurückführen wird.

EINFACHE DATIRUNG.

434. Als einfache Datirungen fassen wir alle diejenigen zusammen, welche den Ort und die verschiedenen Zeitangaben in einer einzigen zusammenhängenden Reihe geben, so verschieden sie im übrigen gestaltet sein mögen. Um einen Ausgangspunkt zu gewinnen, können wir als anfängliche regelmässige Gestaltung der Formel diejenige betrachten, welche in den früheren Zeiten K. Friedrichs I. in Gebrauch war. Denn da finden wir mit nur geringen Abweichungen ein und dieselbe einfache Formel sowohl für feierliche, als einfache Privilegien so regelmässig gebraucht, daß alle anderen daneben nur als Ausnahmen erscheinen. Es heisst etwa: *datum Goslarie, kalendis ianuarii, ind. 6, anno d. i. 1157, regnante domino Friderico Romanorum imperatore gloriosissimo, anno regni eius sexto, imperii vero tertio*. Oft ist das Inkarnationsjahr der Indiktion vorge setzt; die übrige Folge der Angaben kann für diese Zeit als Regel betrachtet werden; vereinzelt, so St. 3668. 71. 3730, findet sich auch wohl noch der § 381 besprochene Brauch, die Tagesangabe zwischen die Jahresangaben zu setzen. Entstanden ist die Formel nicht erst unter K. Friedrich; sie findet sich wesentlich übereinstimmend schon unter K. Lothar St. 3319, dann unter K. Konrad St. 3549. 54. 55. 59. 61. 63. 71. 73. Aber was bis dahin Ausnahme war, wird unter K. Friedrich zur Regel.

435. Fragen wir nach der Herkunft der Formel, so stimmt dieselbe genau mit der § 395 besprochenen, zu Mainz üblichen Datirung, welche wir nach ihrer zweifellosen Aufnahme aus den Pabsturkunden als römische bezeichnen können. Auch hier Aufnahme der Mainzer Formel durch die Reichskanzlei anzunehmen, liegt um so näher, als dasselbe nach § 396 für die feierliche Datirung gar nicht zu bezweifeln ist, sich überhaupt eine fortwährende Einwirkung zu ergeben schien.

Daß der Mainzer Brauch das Aufkommen der Formel gefordert hat, möchte ich nicht bezweifeln. Einzelnes, wie die allgemeine Auf führung des regierenden Königs, geht zweifellos auf denselben zurück; vgl. § 395. Andererseits konnte sie sich aber auch aus der älteren königlichen Datirung entwickeln, indem der früher unter Actum gegebene Ort hinter Datum eingeschoben wurde; vgl. § 382. Daß diese ältere Form vorzugsweise einwirkte, scheint mir ein besonderer Umstand zweifellos zu machen. Wir finden obige Formel oft ohne alle Appre kation; zuweilen ist eine solche unmittelbar angehängt; sehr häufig aber heisst

es nun am Ende der Formel *actum feliciter amen* oder *actum in Christo feliciter amen*. Das ist allerdings an und für sich verständlich und scheint auch früher vereinzelt schon wohl angewandt, wo aus irgendwelchem Grunde ein Ort nicht aufgeführt wurde; so St. 2824 von 1080 Oct. 14, wo das Fehlen des Orts mit Dümge Reg. 113 daraus zu erklären sein wird, daß die Urkunde am Tage vor der Schlacht, also wohl auf freiem Felde gegeben wurde. Hier aber, wo der Ort nicht fehlt, sondern unter Datum genannt wird, ist jene Form doch ganz zweifellos daraus zu erklären, daß man auch nach Versetzung des Ortes das gewohnte Actum nicht überhaupt aufgab. Einen Fall dieser Art habe ich schon 1138 unter K. Konrad gefunden, St. 3378; sehr häufig sind sie dann in der früheren Zeit K. Friedrichs I.; man hat sich damals so daran gewöhnt, daß vereinzelt St. 3876 von 1159 einer feierlichen, ohnehin mit Actum beginnenden Datirung noch das *actum feliciter amen* angehängt wurde, während in St. 3882 in einer Formel der älteren Datirung auf das *actum* Papie noch ein *actum in nomine domini amen* folgt. Der Zusammenhang mit der alten Formel tritt dann wohl noch deutlicher dadurch hervor, daß zuweilen, so St. 3784. 3923, der schon nach Datum genannte Ort in früherer Weise nach Actum nochmals wiederholt wird. Die Eigenthümlichkeiten dieser Gestaltung weisen so bestimmt auf die Zeit des Uebergangs von der ältern zu einer neuern Formel hin, daß wir ihr ungeändertes Vorkommen in angeblich viel älteren Diplomen gewiß als Kennzeichen der Uechtheit zu betrachten haben; vgl. § 9, wo ein solcher Fall erwähnt wurde.

436. Schon in den späteren Zeiten K. Friedrichs I. und dann weiterhin finden wir durchweg vereinfachte Formen dieser Art. Nur selten, so St. 4263, Reg. Ott. 118, findet sich noch jene vollere Form, wenn wir von der Kanzlei K. Friedrichs II. absehen, in welcher die einfachen, mit Datum eingeleiteten Datirungen oft ebenso vollständige Angaben haben, als sie die feierlichen unter Actum geben. Das gehört aber in so weit nicht hieher, als es sich um die sizilische Privilegiendatirung handelt, welche dann auch wohl in Urkunden für das Kaiserreich angewandt wurde; vgl. § 421.

Die Vereinfachung der Formel hängt zweifellos damit zusammen, daß man seit 1159, vgl. § 394, nach und nach aufhörte, sie auch in feierlichen Privilegien zu gebrauchen, bei diesen die früher besprochene getheilte Form anwandte. Für die minder wichtigen Stücke mochte nun auch eine weniger volle Datirung genügen. Dabei findet sich nun bald diese, bald jene Angabe ausgelassen und es hätte keinen Zweck, diesen Formen genauer nachzugehen. Es handelt sich später insbesondere um zwei Hauptformen.

Die eine können wir als einfache Privilegiendatirung bezeichnen; es heißt etwa: *datum Erpisdur die, anno d. i. 1181, ind. 15, idus decembris*, worauf zuweilen noch die Apprektion folgt. Die Vereinfachung ist gewonnen durch Auslassung der Erwähnung des regie-

436] renden Herrschers und der Regierungsjahre. Eine Abweichung von der früheren Form ergibt sich dann aber darin, daß die Tagesangabe jetzt durchweg nicht unmittelbar hinter dem Orte, sondern am Ende steht; es ist mir das seit 1164, so St. 4017. 27. 73. 98. 4131 u. f. w. aufgefallen. Damit entspricht die Formel wieder genau einer schon in den letzten Jahren K. Heinrichs V. häufig angewandten, dann aber wieder aufgegebenen; vgl. § 382. Im dreizehnten Jahrhunderte ändert sich das überwiegend dahin, daß der Tag zwischen Inkarnationsjahr und Indiktion tritt, offenbar im Zusammenhange damit, daß nun überhaupt Tag und Indiktion in engerer Verbindung erscheinen, auch in der feierlichen Datirung jetzt häufig die Indiktion von den übrigen Jahresangaben im Actum getrennt dem Tage unter Datum zugefügt wird.

Die zweite Form wird sich am geeignetsten als Briefdatirung bezeichnen lassen, obwohl sie sich nicht auf Briefe beschränkt, sondern zuweilen auch in Privilegien mit Zeugenaufführung vorkommt. Sie findet sich schon unter K. Friedrich I. und nennt einfach Ort und Tag; etwa: *datum Spire kal. ianuarii*. Im dreizehnten Jahrhunderte wird sie durchweg wieder etwas vollständiger, indem nach dem Tag noch die Indiktion zugefügt wird. Diese Form wird nicht gerade aus weiterer Verkürzung entstanden sein. Sie entspricht, wie schon § 395 bemerkt, der Datirung der päpstlichen Breven. Sie mag diesen unmittelbar entnommen sein. Auch in der Reichskanzlei wird sie zunächst in Briefen angewandt, bei welchen eine Datirung früher nicht üblich gewesen zu sein scheint; in den in dem M. Germ. Leg. 2 mitgetheilten Stücken dieser Art beginnt das 1159, vgl. a. a. O. 118. 119. 120. 124 u. f. w. Findet sie sich später auch wohl in Privilegien, so St. 3918. 4016 u. f. w., so mag darauf eingewirkt haben, daß sie genau dem Datum der feierlichen Datirung entspricht, welche ja überhaupt durch Zufügung dieser Briefdatirung zum Actum entstanden sein wird.

So verschieden im einzelnen die verkürzten Formen auch gestaltet sind, so kann doch für alle als Regel festgehalten werden, daß der Ort unmittelbar auf den Ausdruck Datum folgt, allen Zeitangaben vorausgeht; ist das nicht der Fall, so handelt es sich um vereinzelte Unregelmäßigkeit. Dagegen schließt fast ebenso regelmässig wenigstens bei der späteren Gestaltung der Tag allein oder mit der Indiktion die gesammten Angaben. Es ist weiter Regel, daß wenn das *per manus protonotarii* in dieser Formel erwähnt wird, es sich immer der Ortsangabe anschließt, ihr zuweilen vorausgeht, in der Regel unmittelbar auf sie folgt. In diesen Umständen schließt sich also die einfache der feierlichen Datirung genau an.

437. Die einfache Datirung wurde so überwiegend mit Datum eingeleitet, daß wir das, insbesondere für das zwölfte Jahrhunderte, durchaus als die Regel zu betrachten haben. Daneben finden wir aber doch nicht selten auch die Einleitung mit Actum. In Einzelfällen werden wir diese daraus zu erklären haben, daß es sich überhaupt nicht

um eine einfache, sondern um eine feierliche Datirung handelt, bei der aber die Zufügung des Datum unterblieb, vgl. § 398. Diese Erklärung ist aber überall ausgeschlossen, wo die mit Actum beginnende Datirung sich nicht, wie das Actum der feierlichen, auf die Jahresangaben beschränkt.

Solchen Formen begegneten wir bereits in der Uebergangszeit und suchten sie da durch den Einfluss der Privaturkunden zu erklären, vgl. § 384. Aehnliches wird auch in späterer Zeit mehrfach anzunehmen sein. Denn gerade manche Datirungen mit Actum weichen auch in andern Umständen vom Brauche der Reichskanzlei ab, erweisen sich überhaupt als unregelmäßige. So hat St. 3745 keine Regierungsjahre, dagegen die Epakten und stellt die Zeugen hinter die Datirung. Mehrfach werden dann auch in Weise der Privaturkunden die Zeugen jetzt in das Actum einbezogen; vgl. § 412; auch Huillard 1,292. 2,850. Einleitung mit Actum finden wir weiter auch in solchen Urkunden, von welchen wir § 164 nachzuweisen suchten, dass sie überhaupt in der Reichskanzlei nicht geschrieben, sondern nur beglaubigt wurden; so St. 4282. 4481. Reg. Henr. (VII.) 123, die Urkunden für Neuenburg. Insbesondere ist dann in den Urkunden aus K. Ottos IV. früherer, und wieder seiner späteren Zeit die Datirung mit Actum zweifellos darauf zurückzuführen, dass seine Notare dem Brauche der Privaturkunden folgten.

438. Das trifft aber doch keineswegs alle mit Actum beginnenden Datirungen. Ergibt sich in jenen Fällen kein näherer Anschluss an die in der Reichskanzlei übliche Formel, so tritt dieser in andern deutlich hervor. Zuweilen zeigt sich gar kein Unterschied von der anfangs allgemein üblichen Form, vgl. § 434, als die Ersetzung des Datum durch Actum; so St. 3618. 3714. 15. 29. 50. 4068. 4283. 4372. 4650. Auffallend oft finden wir dann aber in der früheren Zeit, dass bei Einleitung mit Actum und Beibehaltung der vollen Jahresangaben, lediglich die Tagesangabe ausgelassen ist; so schon unter K. Konrad St. 3392. 4452. 71. 3597; dann St. 3716. 23. 96. 3810. 4043. 4127, während in St. 3727 der Tag nachträglich vor Actum eingeschoben zu sein scheint. Sind nun etwa gegen die Echtheit von St. 3750, vgl. § 16, oder von St. 3796, vgl. § 267, Bedenken erhoben, so wird doch sehr zu beachten sein, dass in ihnen ein Datirungsformel angewandt ist, welche in dieser Gestalt lediglich während einiger Jahrzehnte nachzuweisen ist, die also doch mindestens auf eine echte Vorlage schließen lässt.

Dieses Auslassen des Tages findet sich allerdings auch wohl in der mit Datum beginnenden Formel; so schon unter K. Konrad, wo der Tag in den verschiedensten Formen häufig fehlt, in St. 3375. 76. 78. 3586; aber auch unter K. Friedrich St. 3622. 44. 86. 3701. 7. 10. 31. Stellen uns diese aber einen unbedeutenden Bruchtheil der grossen Masse der mit Datum beginnenden Datirungen aus der frühern Zeit K. Friedrichs dar, während in dieser Zeit bei den mit Actum eingeleiteten überwiegend

438] die Tagesangabe fehlt, so werden wir darin schwerlich bloßen Zufall sehen dürfen.

In späterer Zeit macht sich ein solcher Unterschied kaum mehr geltend. Fälle, bei welchen unter Actum kein Tag genannt ist, kommen vor, sind aber kaum zahlreicher, als die, wo dasselbe unter Datum zu trifft. Insbesondere finden wir nun auch Actum statt Datum vor der in einfachen Privilegien üblichsten Datirung, welche Ort, Inkarnationsjahr, Indiktion und Tag ohne Regierungsjahre gibt; so St. 4351. 4473. 84 u. f. w. Häufiger findet es sich bei K. Friedrich II. und K. Heinrich (VII.), sei es bei dieser dürftigeren, sei es bei voller Datirung; und eben so wohl da, wo nur der Monat, als wo der Tag genannt wird. Nur die einfache Briefdatirung mit Ort und Tag, später auch mit Indiktion, wird, so weit ich sehe, nie mit Actum eingeleitet.

439. Es wird sich nun fragen, ob wir bei diesen Datirungen immer Beziehung des Actum auf die Handlung anzunehmen haben, man demnach absichtlich das Datum durch Actum ersetzte. Wir haben diesen Umstand schon früher bei den Untersuchungen über die Datirung nach der Handlung berücksichtigt, und fanden in vielen Fällen, welche vorwiegend noch dem zwölften Jahrhunderte angehörten, die sonstigen, für solche Datirung sprechenden Gründe durch die Einleitung mit Actum bestätigt. So ergab sich bei St. 4470, Reg. Henr. (VII.) 64 Kenntniss nach der Zeit der Datirung geschehener Thatfachen, vgl. § 103; bei St. 3980. 4065. 4127 spätere Rekognition oder Zeugen, vgl. § 105; St. 4492, Reg. Fr. II. 225 sind erweislich vom Tage der Handlung datirt, vgl. § 110; bei den Gesetzen St. 4274. 4473 war von vornherein Datirung nach der Handlung zu vermuthen, vgl. § 114; bei Reg. Ott. 49 liefs die besondere Betonung der Vergangenheit der Handlung auf absichtliche Wahl des Actum schliessen, vgl. § 90. Auch bei der feierlichen Datirung konnten wir insbesondere im zwölften Jahrhunderte vielfach nachweisen, daß ihr Actum sich nur auf die Handlung beziehen kann; vgl. § 407 ff. Daß da, wo die Datirung mit Actum auf den Brauch der Privatkanzleien zurückzugehen scheint, Beziehung auf die Handlung von vornherein wahrscheinlich sein muß und sich in einzelnen Fällen bestätigt, wurde schon § 385 bemerkt. Fehlt dem Actum besonders häufig die Tagesangabe, so wurde bereits § 104 darauf hingewiesen, daß sich das gerade bei Datirung nach der Handlung leicht erklärt.

In manchen Fällen läßt sich zwar die Beziehung auf die Handlung nicht bestimmter begründen, es widerspricht ihr aber nichts, und Einzelheiten machen sie doch oft wahrscheinlich. So hat St. 4484: *acta s. h. ap. Walarhusen anno d. i. 1187, 9. kal. oct., ind. 6*. Hier steht uns zur Vergleichung das gleichzeitige St. 4485 zu Gebote mit: *datum ap. lacum Constantiensem in villa Walarhusin anno i. d. 1188, ind. 6 9 kal octobris*. Es muß auffallen, daß in zwei Urkunden desselben Tages die Datirung so verschieden gefaßt ist, auch wenn wir das Vergleichen der Jahreszahl in der zweiten dem Abschreiber in Rechnung bringen:

wollen; es scheint das doch damit zu stimmen, daß St. 4484 nach der Handlung datirt und demnach erst später gefertigt sein wird. Dagegen ließe sich einwenden, daß einige der Zeugen übereinstimmen, was aber jedes Gewicht verliert, wenn wir annehmen, daß sich auch die Zeugen dort auf die Handlung, hier auf die Beurkundung beziehen, womit denn auch durchaus stimmt, daß der an der Handlung von St. 4484 betheiligte Bischof von Augsburg in St. 4485 Zeuge ist. Es handelt sich beim ersten um einen Schiedsspruch des Kaisers in einem Streite zwischen Bischof und Kapitel, bei dem mehr daran lag zu wissen, wann er gefällt, als wann er beurkundet war, so daß sich die Angabe des Actum leicht erklärt.

Noch ein anderer Umstand erscheint mir beachtenswerth. Entsprach die Datirung der Handlung, so stand nichts im Wege, sie sogleich im ursprünglichen Konzepte zuzufügen, wie wir das § 112. 118 für einzelne Fälle unregelmäßiger Datirungen annahmen. Nun zeigen gerade auch mehrere Diplome des zwölften Jahrhunderts, welche eine mit Actum beginnende regelmässige einfache Datirung, übrigens die volleren Formen feierlicher Privilegien haben, Eigenthümlichkeiten der Anordnung, welche mir durch die Annahme, die Datirung sei sogleich dem Konzepte zugefügt worden, am leichtesten zu erklären scheinen. Schon der Umstand, daß hier für feierliche Diplome eine einfache mit Actum beginnende Datirung gewählt ist, während sonst in solchen Ort und Tag unter Datum folgte, könnte darauf schliessen lassen, daß man beachtete, wie diese Theilung in Fällen nicht passend sei, wo auch Tag und Ort nur dem Actum entsprechen. Es geht nun aber weiter in St. 4283, Riedel Cod. Brandenb. I. 8, 111, eine solche Datirung in ungewöhnlicher Weise dem Signum und der Rekognition voran, wie sich das leicht erklärt, wenn die Datirung schon vorlag, als die letzteren zugefügt wurden. Auffallender noch ist St. 4650, Lacomblet U. B. I. 365, wo zwar das Signum dem Actum vorhergeht, dagegen die Rekognition auf dasselbe folgt und schließlich noch ein *datum p. m. magistri H. imp. aule protonotharii*. Die Aushändigungsformel erscheint nun aber gerade in dieser Zeit, vgl. § 355, so regelmässig mit Ort und Tag verbunden, daß die Abweichung eine ganz bestimmte Veranlassung haben muß. Und diese wird doch darin zu suchen sein, daß der nach § 405 das Konzept datirende Protonotar Ort und Tag in demselben schon vorfand und sich daher mit Zufügung der einfachen Aushändigungsformel begnügte. Ganz dasselbe trifft auch zu für St. 3618. 4068, wo ich aber weniger Gewicht darauf legen möchte, weil in dieser Zeit der Gebrauch der Aushändigungsformel überhaupt noch ein weniger feststehender war.

Scheint demnach auch dieser Umstand darauf zu deuten, daß im zwölften Jahrhunderte die mit Actum eingeleiteten Datirungen sich wirklich auf die Handlung bezogen, so ergaben sich allerdings früher vereinzelte Fälle, bei denen Actum sich auf die Beurkundung beziehen muß. Aber St. 4046, vgl. § 120, ist sehr unsicher überliefert und wenigstens der

439] Ort entspricht dort dem Actum. Andere Fälle aber, wie St. 4092. 4140 und spätere treffen die feierliche Datirung, bei der wir allerdings nach dem § 410 ff. Gefagten häufiger Beziehung des Actum auf die Beurkundung anzunehmen haben. Gerade auf die feierliche Datirung, bei welcher man immer ein Actum mit dem Jahre nannte, wird in dieser Richtung weniger Gewicht zu legen sein, als auf die einfache, bei der man an Datum gewöhnt war, kein Anlaß war, überhaupt Actum zu schreiben, wenn ein sachlicher Grund nicht vorlag.

Ungleich schwerer fällt gewiß ins Gewicht, daß von allen § 110 ff. besprochenen Fällen, bei welchen Datum sich auf die Handlung beziehen muß, keiner in das zwölfte Jahrhundert zurückreicht, wenn wir von dem § 152 genauer besprochenen St. 4421 absehen, bei dem wir den unter Datum gegebenen Tag als den der Handlung kennen, während Beurkundung an demselben Tage kaum wahrscheinlich ist. Ich glaube daher für die Königsurkunden des zwölften Jahrhunderts, so weit nicht noch die alte, Datum mit dem Tag, Actum mit dem Ort gebende Form beibehalten ist, annehmen zu dürfen, daß in ihrer Datirung die Ausdrücke Actum und Datum nicht willkürlich gebraucht, sondern durchweg beachtet wurde, daß jener sich auf die Handlung, dieser auf die Beurkundung beziehe.

440. Dagegen wird nun ein sehr willkürlicher Gebrauch von Actum und Datum im dreizehnten Jahrhunderte gar nicht zu läugnen sein. Ich zweifle nicht, daß man auch jetzt wohl noch den Ausdruck Actum absichtlich wählte, weil man nach der Handlung datiren wollte, wie denn ja auch manche der dafür angeführten Belege noch dem dreizehnten Jahrhunderte angehörten. Aber häufiger stoßen wir doch auf Zeugnisse für ganz willkürliche Anwendung beider Ausdrücke. Insbesondere ergaben sich § 101 eine Reihe von Fällen aus der Kanzlei K. Heinrichs (VII), bei welchen trotz des Actum erweislich die Handlung früher an anderm Orte vorgenommen war. Umgekehrt ergab sich § 110 ff. für viele bis auf den Beginn des Jahrhunderts zurückreichende Einzelfälle, daß trotz des Datum die Angaben sich nur auf die Handlung beziehen können; nach § 113 scheint es bei Rechtsprüchen sogar Regel gewesen zu sein, unter Datum Ort und Tag der Handlung zu wiederholen.

In Reihen von Urkunden, welche unter wesentlich gleichen Verhältnissen entstanden, wechseln nun oft Actum und Datum, ohne daß irgend ersichtlich würde, was da den Unterschied habe begründen können. So hat Reg. Phil. 104, Wiener Sitzungsber. 27,53, unter Datum eine vollständige Datirung mit Tag und Ort, welche den Zeugen entsprechen; dagegen haben Reg. Phil. 105. 106, auf dieselbe Handlung bezüglich und nach den Zeugen auch in derselben Zeit ausgefertigt, Actum nur mit den Jahren. Auffallender noch sind Reg. Fr. II. 90. 91, Huillard 1,312. 313, beide aus dem Oertchen Wurselen bei Aachen von 1214 Sept. 2, aber jene mit Actum, diese mit Datum; in jener bekundet der

König, daß er dem Herzoge von Brabant Mastricht geliehen habe; in dieser stellt er Bürgen für Lösung des Verliehenen; dieselben Fürsten, die dort Zeugen sind, erscheinen hier als Bürgen. Bei beiden sind doch zweifellos sowohl Handlung, wie Beurkundung gleichzeitig zu denken; wollten wir aber einen Unterschied machen, so würde die Handlung von n. 91 später zu setzen sein, als die von n. 90, während für die Beurkundung nach Maßgabe des Actum und Datum das Umgekehrte anzunehmen wäre.

Sogar in zwei Ausfertigungen einer und derselben Urkunde für den Bischof von Passau von 1218 Aug. 1, Reg. Fr. II. 228, Huillard 1,553, M. Boica 30,64. 65, werden derselbe Tag und Ort in der einen unter Actum, in der andern unter Datum genannt. Doch greift hier allerdings noch etwas Anderes ein. Schon nach dem Inhalte können die beiden Ausfertigungen nicht wohl gleichzeitig entstanden sein; die mit Datum ist sichtlich eine Neuausfertigung der anderen, wie das mehrere dem Empfänger günstige Erweiterungen mit Sicherheit ergeben. Die Gleichheit des Tages hat sich hier aber nicht, wie sonst häufig der Fall, aus Wiederholung der älteren Datirung ergeben, es ist vielmehr in dieser, wie das Original zu München ergibt, vor *kal. aug.* eine Ziffer, anscheinend *xiii.* getilgt, und damit die Tagesangabe in Uebereinstimmung gebracht. Ob das Actum hier wenigstens ursprünglich der Handlung entsprach, mag dahingestellt sein bleiben; dann hat man wenigstens keinen Anstoß genommen, es auch nach der, sicher erst der späteren Beurkundung entsprechenden Aenderung zu belassen.

Es ist weiter sehr bezeichnend für das willkürliche Vorgehen in diesen Dingen Reg. Henr. (VII.) 88, Huillard 2,847. Von den beiden Originalausfertigungen zu München hat die eine, obwohl die Siegel hängen, keine Datirung; die andere scheint ursprünglich nur *actum a. d. 1225, ind. 13* gehabt zu haben, während *6. kal. aug.* erst später von derselben Hand zugeschrieben zu sein scheint. Bei einer nach der Handlung bestimmten Datirung wird Nachtragung überhaupt auffallen müssen, da dann doch, als die Urkunde geschrieben wurde, der Tag nicht mehr ungewiss sein konnte. Der Tag entspricht auch sicher nicht der Handlung. Ist ein Ort nicht genannt, so wissen wir anderweitig, daß der König Juli 27 zu Nordhausen war, wo er an diesem und dem folgenden Tage urkundet. Aber die Handlung fällt ganz zweifellos nicht nach Nordhausen, sondern nach Würzburg, wohin die untergeordneten Zeugen, in denen wir demnach Handlungszeugen zu sehen haben, ganz sicher gehören, während auch die Zeugenreihe in Reg. 89 aus Nordhausen abweicht; zu Würzburg aber war der König im Mai. Wollte man hier vielleicht absichtlich nur eine ungenaue Datirung nach der Handlung geben, so ließe sich dann doch durch das Actum nicht abhalten, den Tag nach der Beurkundung nachzutragen. Auch im Original von Reg. Henr. (VII.) 216 zu München schien in der mit Actum beginnenden Datirung das *6 kal.* vor *decembris* von derselben Hand

440] nachgetragen zu sein, wofür doch kaum ein Grund abzusehen wäre bei Datirung nach der Handlung.

Diese Willkür im dreizehnten Jahrhunderte muß um so mehr auffallen, als nach dem § 439 Bemerkten die nächstvorhergehenden Zeiten K. Friedrichs I. und K. Heinrichs VI. gerade die gewesen zu sein scheinen, in welchen beide Ausdrücke am regelmässigsten ihrer genaueren Bedeutung entsprechend verwandt wurden. Aehnliche Willkür in der Zeit der Uebergangsdairung erklärt sich leicht aus Nachwirkung der alten Datirungsformel, welche mit ihrem Datum für die Zeit, Actum für den Ort einen ungenaueren Gebrauch begünstigte. Diese aber hatte sich inzwischen ganz verloren, war durch genauere Formen ersetzt. Fragen wir nach den Veranlassungen, welche jetzt maßgebend wurden, so ist einmal zu beachten, daß aus nächstliegenden Gründen das Urkundenwesen K. Ottos, aber doch auch K. Philipps vielfach Abweichungen von dem der Vorgänger zeigt, auch in andern Beziehungen an den hergebrachten Formen wenigstens nicht streng festgehalten wird, sich da manche Willkür geltend macht. Gewichtiger war wohl noch die § 423 betonte Verwendung sizilischer Notare unter K. Friedrich II., welche sich den gewohnten Formen der Reichskanzlei vielfach fügten, dieselben nun aber gewiß nicht immer ihrer ursprünglichen Bedeutung nach auffaßten und anwandten. Die jetzt häufiger werdende Datirung nur nach dem Monate machte es in den meisten Fällen überflüssig, Handlung und Beurkundung bestimmter auseinanderzuhalten, gestattete in vielen Fällen gleichmäßig Actum und Datum, was leicht dazu führen konnte, beide Ausdrücke als gleichbedeutend zu behandeln. Insbesondere möchte ich dann den Einfluß der feierlichen Datirung, wie sie sowohl in der Reichskanzlei, als in fürstlichen Kanzleien üblich war, in Anschlag bringen. Nannte diese immer ein Actum und ein Datum, so konnte das auf ein schärferes Auseinanderhalten beider Ausdrücke einwirken, so lange man beim thatfächlichen Vorgehen wirklich beide Theile der Datirung verschieden und der verschiedenen Bedeutung gemäß behandelte. Aber einmal gewöhnte man sich zweifellos daran, das Actum zunächst auf die Beurkundung zu beziehen, vgl. § 410 ff. Wurde es weiter nach Einführung der Monatsdairung üblich, im Datum einfach auf die Zeit des Actum zurückzuverweisen, so mußte das fast nothwendig dazu führen, daß man allmählig nicht mehr beachtete, wie das in den meisten Fällen nur deshalb zutraf, weil die Angabe des Actum sich auf den Monat beschränkte, die Formel sichtlich gedankenlos auch da anwandte, wo das Actum den Tag nannte, vgl. § 426, und sich damit daran gewöhnte, Actum und Datum als ein und denselben Zeitpunkt bezeichnend zu fassen. Dann war auch kein Grund mehr, an der bedeutungslos gewordenen Scheidung der feierlichen Datirung festzuhalten; es erklärt sich, daß diese bis zum Ende der staufischen Periode aus den Königsurkunden, wie aus den Privaturkunden verschwindet.

441. In derselben Zeit, in welcher die feierliche Datirung sich ver-

liert, wird nun eine Form allgemeiner üblich, welche sich nur durch die Einleitung mit *Actum et datum* von den sonst gebräuchlichen Formen der einfachen Datirung unterscheidet, übrigens ebenso, wie diese, Ort, Tag und Jahre in zusammenhängender Reihe nennt.

Der Brauch ist zweifellos von den Privaturkunden ausgegangen. Schon früh findet sich vereinzelt eine entsprechende Formel; so 850, Sloet O. B. 1,43: *acta et data est hec prestaria publice in villa W.*, 2. id. aug. In solchen und ähnlichen Fällen mochten Handlung und Beurkundung wirklich auf denselben Tag fallen, vgl. § 44. 63, zumal die Urkunde ja auch vorbereitet sein konnte. Erst im zwölften Jahrhunderte finden sich ähnliche Formen so häufig, daß ein Zusammenhang mit dem späteren Brauche anzunehmen sein wird. Einmal findet sich nun überhaupt wohl eine Einleitung mit zwei Ausdrücken, ohne daß es gerade genau jene beiden sind; so 1118: *actum et ratum*, 1164: *facta et data est hec pagina*, 1170: *acta sunt hec et scripta*, 1176: *actum et confirmatum*, 1181: *data autem et peracta sunt hec*, vgl. Martene Coll. 2. 84, Cod. Anhalt. 1,355. 377, Asseburg. U. B. 1,17, Wirtemb. U. B. 2,212. Aber auch gerade *actum et datum* oder auch *datum et actum* findet sich doch so oft, daß der Ausgang für diesen später so üblichen Ausdruck schon in dieser Zeit zu suchen sein wird.

Für das Aufkommen dieses Brauches dürfte nun zu beachten sein, daß in den Privaturkunden sehr häufig kein Tag, sondern nur das Jahr genannt wurde, dieses aber durchweg der Handlung und der Beurkundung entsprach, der Gebrauch des Ausdruckes also in solchen Fällen keine Ungenauigkeit in sich schloß. So ist denn auch in dem ersten Falle, der mir auffiel, von 1141, ebenso dann 1158 ff., vgl. Mittelrh. U. B. 1,578. 674, Lacomblet U. B. 1,277. 304, Cod. Anhalt. 1,403, wirklich kein Tag genannt. Aber ich finde den Ausdruck doch auch schon 1158, Luntzel Hildesh. 376, vor einer den Tag angegebenden Datirung.

Den älteren Königsurkunden sind auch die verwandten Ausdrücke fremd. Heißt es in St. 1652 von 1015 *actum et confirmatum Warmatie*, so wird die Urkunde im günstigsten Falle auf echte Vorlage zurückgehen; vgl. § 169. Ist St. 3808 von 1158 Apr. 26 die übrigens dem damaligen Brauche entsprechende Datirung mit *actum et confirmatum* eingeleitet, so dürfte die Urkunde nach manchen Eigenthümlichkeiten, wozu ich auch das Vorkommen von Reimprosa rechne, vgl. Wiener Sitzungsber. 73,202, nicht in der Reichskanzlei konzipirt sein. Das *Actum et datum* habe ich aber überhaupt vor dem dreizehnten Jahrhunderte in Königsurkunden nicht gefunden. Zuerst, so weit ich sehe, heißt es Reg. Phil. 98. 99, M. Boica 3,122, Böhmer Acta 202, wörtlich übereinstimmend: *data autem et acta sunt hec ap. Wormatiæ anno ab i. d. 1207, 3. non. aug.* Dann ist Reg. Ott. IV. 145, M. Boica 31,474, von 1210, die Datirung mit *datum actumque* eingeleitet. Das bleibt aber vereinzelt. Einen weitem Fall finde ich erst 1234 bei K. Heinrich, Böhmer Acta 288. Häufiger werden die Fälle erst unter K. Konrad IV., und

441] zwar wird die Formel sowohl Datirungen vorgefetzt, welche nur den Monat nennen, so Huillard 6,825. 826. 835, wie solchen, welche auch den Tag angeben, Huill. 6,828. 841. 856. Später ist dann diese Form auch in der Reichskanzlei sehr üblich.

442. Fassen wir nun die Fälle ins Auge, bei welchen die Formel angewandt wird, so wird an einem ganz willkürlichen Gebrauch des Actum et datum nicht zu zweifeln sein; es erhält dadurch das, was wir § 440 bezüglich der einzelnen Ausdrücke annahmen, eine besonders wichtige Bestätigung.

Fanden wir die Formel zuerst vorzugsweise nur in Verbindung mit Jahresangaben gebraucht, so lag da keine Ungenauigkeit vor, auch wenn man die Beziehung des einen Ausdruckes auf die Handlung, des andern auf die Beurkundung beachtete; der Brauch wird von solchen Fällen seinen Ausgang genommen haben. Wie man aber schon im zwölften Jahrhunderte zu Passau die feierliche Datirung mit Beziehung ihres Actum und Datum auf denselben Tag anwandte, vgl. § 413, dabei wohl nur der Form folgte, ohne ihre Bedeutung zu beachten, so wird das auch mit dieser Formel schon früh der Fall gewesen sein, bis man sie schliesslich ganz gewohnheitsmässig bei Datirungen jeder Art anwandte. Darauf deuten auch manche anscheinend ganz willkürliche Modifikationen. In Baseler Urkunden heisst es wohl *actum sive datum*, so Trouillat Mon. 1,631. 655. In Urkunde K. Ottokars, Ried. Cod. Rat. 1,432, findet sich: *acta hec sunt ap. H. et data p. m. nostri prothonotarii 3. non. martii, anno d. 1252*. Aehnlich Cod. Anhalt. 2,260: *datum et actum ap. D. p. m. nostri notarii a. d. 1269, kal. maii*. Auch 1263, Miraeus 1,426: *actum et datum in ecclesia coram altari*, lässt gewiss nicht auf genaue Scheidung schliessen. In einem unter dem Siegel des Abts von Korvei ausgestellten Transumpt einer Pabsturkunde von 1046 im Staatsarchive zu Münster heisst es sogar: *actum et copiatum a. d. 1348 in vig. b. Bartholomei*.

Allerdings mochten nicht selten bei kürzeren Privaturkunden Handlung und Beurkundung auf einen Tag zusammenfallen, und das mag die Anwendung des Ausdruckes auch bei der Tagesdatirung gefördert haben. Im allgemeinen ist jenes Zusammenfallen auf einen Tag, vgl. § 108, gewiss so unwahrscheinlich, dass sich mit Fug behaupten lässt, eine Datirungsform, welche die Tagesangabe gleichzeitig mit beiden Ausdrücken einleitet, kann die genauere Bedeutung derselben nicht beachtet haben. Dazu kommt, dass in vielen dieser Fälle sich aufs bestimmteste nachweisen lässt, dass Handlung und Beurkundung nicht auf denselben Tag fallen konnten.

Prüfen wir solche Fälle, so ergibt sich oft bestimmt Beziehung auf die Beurkundung. So gebraucht der Herzog von Oesterreich 1213, Oberöstr. U. B. 2,547, die Formel in einem Falle, bei dem bereits Meiller Babenb. Reg. 254 n. 366 darauf hinwies, dass es sich um nachträgliche Beurkundung einer schon 1208 getroffenen Abmachung han-

deln dürfte. Auch in einem Falle von 1217 aus Oesterreich, a. a. O. 2, 594 scheint der Text deutlich Verbriefung einer, wenn auch nicht gerade lange vorher geschehenen Handlung zu ergeben. Bei Königsurkunden sind wir auf dieses Verhältniß um so bestimmter hingewiesen, wenn anders unsere Annahme § 85 ff. richtig ist, daß bei ihnen als Regel Datirung nach der Beurkundung anzunehmen ist. In Einzelfällen läßt sich das leicht bestimmter begründen. Werden Verträge, wie etwa der K. Rudolfs mit dem Könige von Sizilien 1280, K. Albrechts mit dem von Frankreich 1299, Reg. Rud. 531, Alb. 205, M. Germ. L. 2, 424. 472, vom Könige unter Actum et datum ohne Anwesenheit auch der andere Partei am Orte verbrieft, so kann das nur die Beurkundung treffen, der Abschluß muß geraume Zeit vorher erfolgt sein.

Nun muß in solchen Fällen der Ausdruck in so fern nicht ungenau sein, als wir bereits § 43 nachwiesen, daß oft Actum gleichbedeutend mit Scriptum gebraucht wurde; als wir auch bei der feierlichen Datirung, vgl. § 410, auf diese Bedeutung des Actum hingewiesen wurden. Daß die Reichskanzlei gerade auch in dieser Formel den Ausdruck so faßte, dafür gibt uns einen ganz bestimmten Beleg die erste bekannte deutsche Königsurkunde von 1240, Reg. Conr. IV. 25, Huillard 5, 1201, mit: *dirre brief ist gegeben und geschriben*; da nun der Ausdruck Scriptum in der Datirung der Reichskanzlei ganz fremd ist, gerade aber unter K. Konrad jene Formel Eingang findet, so ist das zweifellos als Uebersetzung von *datum et actum* zu betrachten. Ebenso wiesen wir schon § 114 auf das *gegeben und geschriben* in Reg. Rud. 910 hin. Das würde dann nur ergeben, daß man das Schreiben und Geben nicht mehr als zwei Stadien der Beurkundung auseinanderhielt, welche möglicherweise auch durch längere Zeiträume getrennt sein können. Damit stimmt, daß man für beide Ausdrücke keine bestimmte Folge hatte, statt des der ursprünglichen Bedeutung entsprechenden *actum et datum*, sehr häufig, in einzelnen Kanzleien, vgl. z. B. Kürschner im Archiv f. österr. Gesch. 49, 18, wohl überwiegend *datum et actum* schrieb.

Aber in andern Fällen ergibt sich wieder zweifellos Beziehung auf die Handlung. Jenen Verdeutschungen stehen in älteren deutschen Privaturkunden andere gegenüber, welche zeigen, daß man bei diesen Ausdrücken entweder ausschließlich zunächst an die Handlung dachte oder wenigstens nicht ausschließlich an die Beurkundung. In einem Verträge von 1251, bei welchem im Originale dem lateinischen Texte eine deutsche Uebersetzung beigegeben ist, wird *actum et datum* Nussie einfach mit *dit geschach ze Nusse* wiedergegeben; es heißt weiter 1257 ff. *dit is geschiet inde beschriven, geschiet inde gemacht, gesagit inde geschiet, diese brief wart gegeben inde did wart gedan*; vgl. Lacomblet U. B. 2, 200. 236. 292. 311, Mittelrh. U. B. 3, 1081. Und leicht würde sich denn auch nachweisen lassen, daß in manchen Privaturkunden der Tag sich nur auf die Handlung, nicht aber auf die Beurkundung beziehen kann,

2] In Königsurkunden sind die deutschen Datirungen durchweg mit *gegeben* eingeleitet, wie denn auch das einfache *datum* hier doch überlegend in Gebrauch blieb. Wenn wir aber § 440 sahen, daß auch dieses sich oft genug auf die Handlung bezieht, so mußte das natürlich bei *actum et datum* noch näher liegen. Wir fanden denn auch so eingeleitete Datirungen, welche sich zweifellos nur auf die Handlung beziehen, so Reg. Ad. 16, Albr. 240, vgl. § 112. 110; am auffallendsten in der Ausfertigung von Reg. Rud. 910 für Lübeck mit *dieser langfride wart gemachet und der brief wart gegeben*, wo der angegebene Tag zweifellos für die Handlung, schwerlich aber zugleich für die Beurkundung zutrifft; vgl. § 114.

Nach allem Gefagten wird kaum zu bezweifeln sein, daß man im dreizehnten Jahrhunderte sehr gewöhnlich die Ausdrücke *Actum* und *Datum* ganz unterschiedslos gebrauchte um irgendwelche Datirung einzuleiten, mochte sich diese nun zunächst auf die Handlung oder auf die Beurkundung beziehen.

443. Fragen wir nun nach der Art der Zufügung der Datirung, so scheint sich in manchen Fällen ein genaueres Vorgehen zu ergeben, als es die bisherigen Erörterungen erwarten lassen sollten. Wufste ich zunächst für Nachtragung in der Reinschrift § 397 bei der feierlichen Datirung nur sehr vereinzelte Belege zu bringen, so sind dieselben hier etwas häufiger.

Habe ich nur wenige Originale von Privaturkunden im Archive zu Münster für diesen Zweck eingesehen, so fanden sich wenigstens einzelne Fälle. So in Urkunde des Abts von Korvei, Cod. Westf. 2,257 n. 573, wo das freilich eine unter *Actum* nur die Jahre nennende Datirung trifft. Von derselben Hand, aber mit anderer Dinte ist das *Actum* nachgetragen in zwei Urkunden des Legaten Konrad von Porto und anderer päpstlicher Delegirten von 1224 Aug. 19, Wilmans U. B. 4,87. 88. In einer Verleihungsurkunde des Abtes von Admont von 1224 Apr. 18 bedingt dieser Sicherheitsbriefe des Erzbischofs von Salzburg und des Herzogs von Oesterreich; auch diese, aus Friesach Mai 2 und aus Judenburg Apr. 24, sind erhalten; vgl. Wichner Admont 2,287. 288. Der Text aller drei Urkunden scheint gleichzeitig von demselben Schreiber geschrieben zu sein, wahrscheinlich im Kloster selbst, womit auch stimmt, daß die Briefe des Erzbischofs und des Herzogs wörtlich übereinstimmen. Scheint sich trotz der Verschiedenheit von Tag und Ort in der Urkunde des Herzogs beim Datum kein Unterschied der Schrift zu ergeben, während es auch durch Zufügung des Schluswunsches genau mit der Fassung des Datum in der Urkunde des Abtes stimmt, so könnte das auf ungenaueres Vorgehen schließen lassen, ohne es gerade erweisen zu müssen. Ist aber, wie Wichner bemerkt, das Datum der erzbischöflichen Urkunde mit kleinerer Schrift nachgetragen, unterscheidet es sich zugleich von den anderen durch Fehlen des Schluswunsches, so wird nicht zu bezweifeln sein, daß

Dasſelbe erſt bei der Beſiegelung in der erzbifchöflichen Kanzlei zugefügt wurde.

Von Königsurkunden iſt vor allem zu erwähnen der § 300 beſprochene Fall Reg. Henr. (VII.) 287 von 1233, bei welchem der bereits beſiegelten, aber nicht datirten Urkunde eine Kanzleiweiſung angeheftet iſt, wonach eine vorgeschriebene Datirung von derſelben Hand zugefügt werden ſollte. Auf beabſichtigte, aber unterbliebene Nachtragung wird auch zu ſchließen ſein, wenn St. 3683, Trouillat Mon. 1,323, zu 1154 gehörig, wo auch feierliche Privilegien noch einfach datirt wurden, zwar Signum, Rekognition und Siegel hat, aber keine Datirung. Ebenſo fehlt die Datirung in Reg. Henr. (VII.) 38, Huillard 2,771, obwohl Zeugen und Siegel vorhanden ſind.

Aber auch die Nachtragung der vorhandenen Datirung iſt mehrfach deutlich zu erkennen. Mehrere Fälle, bei welchen das außer der einfachen Datirung auch die Zeugen trifft, wurden bereits § 231 aufgeführt; darunter Reg. Phil. 98 mit einer ausdrücklichen, auf die Zuſügung bezüglichen Kanzleiweiſung. In anderen Fällen, welchen die Zeugen meiſtens fehlen, trifft es nur die Datirung. So iſt Reg. Phil. 77 zu München das Datum von derſelben Hand, aber mit größerer Schrift zugefügt; auch in Reg. Fr. II. 151 iſt Nachtragung durch dieſelbe Hand nicht zu verkennen. Von den Originalen dreier Rechtsſprüche von 1224 Juli 23 zu Wien ſchien mir in Reg. Henr. (VII.) 59 das Datum jedenfalls ſpäter zugefügt, während mir in Reg. 58 und Böhmer Acta 278 die Zuſügung wenigſtens wahrſcheinlich war; auch zeigt in allen der Ortsname Nürnberg im Texte eine andere Schreibweiſe, als in der Datirung. Im Original des geſchloſſenen Briefes Reg. Henr. (VII.) 172, Böhmer Acta 281, zu Wien zeigt die Datirung blaſſere Dinte und ſchärfere Züge. Freilich ſcheint man jetzt, wie das in der Kanzleiweiſung zu Reg. Henr. (VII.) 287 ausdrücklich geſagt iſt, darauf gehalten zu haben, die Datirung von derſelben Hand und möglichſt gleichförmig zuſügen zu laſſen. In manchen Originalen, ſo in St. 4476. 4749, Reg. Phil. 47, Ott. IV. 93, Fr. II. 898, Konr. IV. 95 zu München, war mir Nachtragung durch dieſelbe Hand nicht unwahrſcheinlich, ohne daſs ich doch beſtimmter urtheilen möchte.

Scheinen nun hier die Fälle der Nachtragung des Datum etwas häufiger zu ſein, als bei der feierlichen Datirung, ſo werden ſie doch kaum die Behauptung rechtfertigen, daſs die Nachtragung bei der einfachen überhaupt üblicher geweſen ſei. Denn abgeſehen davon, daſs hier manche Zufälligkeiten eingreifen können, wird zu beachten ſein, daſs in einfachen Diplomen das Schluſsprotokoll ſich überhaupt auf das Datum beſchränkt, daſs demnach hier auch die Fälle der feierlichen Datirung in Rechnung zu bringen wären, bei denen ſich das geſammte Schluſsprotokoll als nachgetragen erweiſt; vgl. § 397.

444. Jedenfalls erſcheinen der Menge der durchgeſehenen Originale gegenüber jene Fälle durchaus als Ausnahme; als Regel erſcheint

444] auch hier Eintragung in die Reinschrift gleichzeitig mit dem Texte. Das ergibt sich nach § 231 mehrfach sogar in Fällen, wo doch die Zeugen sichtlich erst in der Reinschrift nachgetragen wurden. Und auch dann, wenn bei gleichzeitiger Eintragung nach § 238 die Zeugen nicht selten erst auf die Datirung folgen, macht das es wenigstens wahrscheinlich, daß die Datirung schon konzipirt wurde, ehe dem Schreiber die Zeugen angegeben waren, wie das bei Reg. Henr. (VII.) 297 noch deutlicher hervortritt.

Wenn in den Fällen der Nachtragung in der Reinschrift das Datum genauer nach der Uebergabe oder doch der Vollziehung bestimmt sein mag, so ist das hier ausgeschlossen. Es ergibt sich denn auch wohl bestimmter, daß das Datum einem früheren Zeitpunkte entspricht. Im Regest K. Friedrichs II., Huillard 5,694, ist zu einem Briefe mit dem Datum Jan. 23 bemerkt: *die iouis 26. date sunt ad sigillum*; die Vollziehung erfolgte also drei Tage später. An die thatsächliche Uebergabe, welche bei den hier in Betracht kommenden Stücken ohnehin nicht leicht in feierlicher Weise erfolgt sein wird, wird kaum noch zu denken sein. Im Regest K. Friedrichs II. ist oft bemerkt, welcher Bote den Brief überbrachte; die Zeit ist dabei in der Regel nicht angegeben; aber zu einem Mandat aus Arezzo Jan. 11, Huillard 5,669, wird gesagt: *lator notarius S.; date sunt ei apud Viterbium 16. febr.*

445. Wenn wir nun sogar für die feierliche Monatsdatirung § 431 Bestimmung der Datirung durch die Zeit der Reinschrift glaubten annehmen zu sollen, so wird das gewiß auch hier zu erwägen sein. Und wenigstens für die kaiserliche Kanzlei wird das zweifellos anzunehmen sein, wo in einfachen Formen nur nach dem Monate datirt ist. Denn der ganze Brauch hängt keineswegs genauer gerade mit der getheilten Form zusammen; wir leiteten ihn umgekehrt aus der sizilianischen, alle Angaben unter Datum zusammenfassenden Form ab, von der er erst auf die getheilte übertragen sei. Und wenn wir § 433 die Verschiebungen des Itinerar daraus zu erklären suchten, daß ausnahmsweise den Ort sich schon im Konzepte fand, nur der Monat nach der Zeit der Reinschrift zugefügt wurde, so traf das überwiegend Fälle einfacher Datirung. Es ist möglich, aber nicht nothwendig, daß das auch auf die deutsche Kanzlei zurückwirkte, so weit sich diese überhaupt der Datirung nach dem Monate bediente, zumal wo das zeitweise nicht vereinzelt, sondern so häufig geschieht, daß zur Erklärung die gelegentliche Beeinflussung der beiden Kanzleien durch einander nicht auszureichen scheint, Verwendung von Notaren der kaiserlichen Kanzlei in der königlichen anzunehmen sein wird, wie das insbesondere für die Kanzlei K. Konrads zutreffen scheint; vgl. § 424. Doch wird sich darüber, wenn Ort und Monat stimmen, nicht wohl urtheilen lassen.

Dagegen werden wir auch dann, wenn unsere Annahmen bezüglich der Monatsdatirung richtig sein sollten, nicht zu der Voraussetzung berechtigt sein, es habe das auf die Datirung nach dem Tage zurück-

gewirkt. Denn auch dort gingen wir ja nicht davon aus, daß man nach der Zeit der Reinschrift datiren wollte, sondern nahmen nur an, daß dieselbe thatsächlich bestimmend wurde, weil man bei der Ungenauigkeit der Angabe davon ausgehen konnte, sie werde auch den für die Beurkundung maßgebenden Zeitpunkten entsprechen. Das aber entfiel, wenn man den Tag nannte. Hat man auch in der kaiserlichen Kanzlei keineswegs in allen Arten von Urkunden sich mit der Monatsangabe begnügt, so zeigt das nur um so deutlicher, daß man da auf die Tagesangabe Gewicht legte; und dann ist schon deshalb schwer anzunehmen, daß dieselbe dem bedeutungslosen Zeitpunkte der Vollendung der Reinschrift entsprechen sollte.

Es ließe sich freilich auch geltend machen, bei der einfachen Tagesdatirung habe es sich überwiegend um so kurze Stücke gehandelt, daß die ganze Beurkundung in der Regel auf einen Tag zusammengefallen seien dürfte, demnach auch die Zufügung des Tages erst in der Reinschrift doch von demselben Gesichtspunkte aus zulässig gewesen sei, und man sich dann an dieselbe gewöhnen und sie auch da anwenden mochte, wo das nicht zuträfe. Wir treffen zudem zumal in der Kanzlei K. Heinrichs (VII.) vielfach auf eine so nachlässige Behandlung der Datirung, daß schon das die Annahme nahe legen könnte, man habe dieselbe einfach den Reinschreibern überlassen; wie denn überhaupt bei der einfachen, in weniger wichtigen Fällen angewandten Datirung eine oberflächlichere Behandlung an und für sich weniger auffallen könnte.

446. Da sich aus Datirung nach der Reinschrift keine auffallendere Widersprüche ergeben konnten, so wird die Masse der Fälle kein unmittelbares Urtheil gestatten. Wir werden uns vorzüglich nur an solche halten können, bei welchen uns mehrfache Ausfertigungen derselben Urkunde vorliegen. Daß solche wohl verschieden datirt sind, wurde bereits § 85 bemerkt. Daraus ergibt sich nun allerdings sicher, daß für die Datirung nur die Beurkundung, nicht die Handlung maßgebend sein konnte. Daß nun aber gerade die Zeit der Vollendung der verschiedenen Reinschriften maßgebend wurde, würde sich doch erst dann mit Sicherheit ergeben, wenn nothwendig anzunehmen wäre, daß die Verschiedenheit der Datirung sich bei Beziehung auf ein anderes Stadium der Beurkundung nicht habe ergeben können.

Es scheinen nun die meisten mir bekannten Fälle nicht so zu liegen, daß das unbedingt ausgeschlossen wäre. Von den häufigen Fällen, wo die späteren Ausfertigungen für den selben Empfänger wesentliche Zusätze oder Aenderungen enthalten, wie wir dafür aus älterer Zeit § 166 ff. Beispiele anführten, wie das jetzt z. B. von den von mir Reg. Lud. Add. III., S. xi. erwähnten Belegen Reg. 3244. 3263. 3281 trifft, werden wir dabei von vornherein abzusehen haben. Solche Aenderungen waren nicht Sache des Reinschreibers; er bedurfte ein geändertes Konzept oder doch eine Weisung, die dann auch für das Datum maßgebend sein konnte. Wird dann freilich wohl angegeben, wie

446] etwa Reg. Lud. 3134, daß die von verschiedenen Tagen datirten Ausfertigungen gleichlautende seien, so würde es doch oft wünschenswerth sein, beide Texte genau vergleichen zu können, um sich zu überzeugen, daß sich wirklich keine stärkern Abweichungen finden, als sich aus Nachlässigkeit oder Willkür eines Abschreibers ergeben konnten. Gleichlautend sollen nach (Liebenau) Engelberg 68 auch die beiden Ausfertigungen von Reg. Henr. (VII.) 287, Huillard 4,594. 598, sein. Die eine ist undatirt, aber mit der Kanzleiweisung versehen, sie aus Hagenau 1232 Dez. 2 zu datiren, vgl. § 300; die zweite ist aus Gelnhausen 1233 Jan. 11 datirt. Um sicherer über den Fall urtheilen zu können, würden vor allem beide Texte genauer zu vergleichen sein; jedenfalls ist doch gerade hier wahrscheinlich, daß auch die zweite Datirung auf einer Weisung beruhte.

447. Größeres Gewicht, als auf mehrere Ausfertigungen für denselben Empfänger, die doch in der Regel wohl durch besondere Umstände veranlaßt auf wiederholten Fertigungsbefehlen beruhen mochten, möchte ich auf gleichlautende Ausfertigungen für verschiedene Empfänger legen, bei denen es genügte, dem Reinschreiber zum Texte nur die Adressen anzugeben. Sind solche verschieden datirt, so ist allerdings schwer abzusehen, was dafür anders maßgebend sein konnte, als die verschiedene Zeit der Vollendung der Reinschriften. So bei den auf die Ueberlassung von Asti an den Grafen von Savoiën bezüglichen Mandaten K. Heinrichs VII. 1313, Reg. 541 ff., Acta Henr. 2,210. 212, mit verschiedenen Tagesangaben vom 3. bis 24. Juni. Einzelne Ausfertigungen können da nachtraglich befohlen sein; aber insbesondere für die Reihe Befehle zum Gehorsam an die einzelnen Orte theils vom 3., theils vom 5. Juni ist schwerlich ein Grund abzusehen, weshalb die Fertigung nicht gleichzeitig befohlen sein sollte. Oder Reg. Lud. 2290, wo elf gleichlautende Briefe theils vom 27., theils vom 28. Nov. 1342 datirt sind. Daß in solchen Fällen zuweilen die Reinschrift maßgebend wurde, möchte ich nicht bezweifeln. Aber immer wird auch da die Annahme nicht ausgeschlossen sein, daß die Fertigung der Stücke an verschiedenen Tagen befohlen werden und das für die Datirung maßgebend werden konnte. Ein bestimmterer Beleg dafür schien sich ja bereits § 432 für die mehrfachen Ausfertigungen des Verzichtes auf das Spolienrecht von 1216, Reg. Fr. 168 ff., zu ergeben, bei denen die Verschiedenheit der Datirung sich schwerlich aus Beziehung auf die Reinschrift wird erklären lassen, da noch andere Verschiedenheiten eingreifen, die sich nicht wohl auf bloße Willkür der Abschreiber zurückführen lassen.

Ueberwiegend aber scheinen auch Reihen von Ausfertigungen, welche schwerlich an ein und demselben Tage geschrieben sind, doch von demselben Tage datirt zu sein. Wir bezogen das § 111 vorläufig auf den Unterschied zwischen Handlung und Beurkundung. Aber der Umstand erklärt sich eben so wohl, wenn wir das Datum auf eine frühere

stufe der Beurkundung, zunächst auf den Fertigungsbefehl beziehen. Und wenigstens in einem solchen Falle läßt sich bestimmt nachweisen, daß nur das zutreffen kann. Schon § 113 wurde betont, daß die verschiedenen Originalausfertigungen des Rechtspruches gegen die Städteurkunden, Reg. Henr. (VII.) 225, übereinstimmend von 1231 Jan. 23 datirt sind. Vermuthete ich dort, daß das der Tag der Handlung, des Rechtspruches selbst sei, so ist das bestimmt dadurch ausgeschlossen, daß der König sich schon am 20. Jan. in einem Schreiben an die Bürger von Lüttich, Reg. 224, Huillard 3,444, auf den vor ihm ergangenen Rechtspruch bezieht. Wollen wir also nicht annehmen, es seien zufällig alle uns erhaltenen Ausfertigungen an demselben Tage entstanden, so sind wir hier ganz bestimmt auf einen zwischen Handlung und Reinschrift fallenden Zeitpunkt hingewiesen, der doch der des Fertigungsbefehles sein dürfte.

Daß die verschiedenen Ausfertigungen desselben Stückes in der Regel von ein und demselben Tage datirt wurden, bestätigt sich auch durch die Regestenbücher. Insbesondere ist im Regest K. Friedrichs II. sehr häufig zu einzelnen Briefen bemerkt, daß weitere gleichlautende, *similes per omnia*, für andere Empfänger gefertigt seien; aber trotz der Genauigkeit des Regest in solchen Dingen wird dabei, auch wenn es sich um eine größere Zahl handelt, kein anderer Tag genannt; sie sind sichtlich von demselben Tage datirt worden, der zu dem vollständig mitgetheilten Texte angegeben ist. Wohl aber findet sich zuweilen ausdrücklich angegeben, daß erheblich spätere Ausfertigungen mit demselben Datum versehen seien. So zur Bestellung eines Oderisius zum Hafenmeister, Huillard 5,418: *mortuo predicto Oderisio priusquam ad eum licere mitterentur, substitutus est in locum eius P. de A., (scripte) per P. de Capua sub eadem data*; dann zu einem Mandat an den Richter Philipp, Huillard 5,532: *licere iste rescripte sunt per eundem ad A. filium Henrici sub eadem data, quia iudex Philippus non suscepit officium*. Es ist weiter Huillard 5,968 bemerkt, daß ein Brief kassirt sei, weil eine der beauftragten Personen zurückgerufen wurde, was doch schwerlich an demselben Tage geschah; aber auch die Neuausfertigung ist zu demselben Tage eingetragen. Im Regest K. Ludwigs, Reg. 1212, Oesele 1,757, werden von einer Reihe Ladeschreiben zum Reichstage die Adressen mitgetheilt, aber keine verschiedene Tage, so daß der Tag des vollständig mitgetheilten zweifellos auch für die übrigen maßgebend ist. Im Regest K. Karls IV., Glasfey Anecd. 278. 362, wird zu acht Quittungen ausdrücklich bemerkt: *premissae omnes quietantie sub una data*; dann wieder zu zwölfen nur eine einzige Datirung angegeben. Für diese Zeit ließen sich auch leicht aus den Ausfertigungen selbst fernere Belege bringen. Weiter wird zu beachten sein, daß sich jetzt sehr häufig lange Reihen von Urkunden für ein und denselben Empfänger finden, welche durchweg von demselben Tage datirt sind, wie sich das leicht bei Beziehung auf die Handlung oder irgendwelchen

447] früheren Akt der Beurkundung erklärt, nicht aber durch Beziehung auf die Zeit der Vollendung der Reinschriften.

Im allgemeinen dürfte Bestimmung der Datirung durch die Reinschrift nur vereinzelt vorgekommen sein. Und auch dann mag sie weniger auf Absicht, als auf Willkür der Schreiber beruhen. So wahrscheinlich in später zu erwähnenden Einzelfällen aus der Zeit K. Karls IV., bei denen sich ergibt, daß die Ausfertigung einen etwas späteren Tag nennt, als das Konzept. Stimmen da, wo uns beide erhalten sind, die Ausfertigungen der Urkunden K. Karls in ihrer Datirung durchweg mit den Konzepten überein, so ergibt das aufs bestimmteste, daß Bestimmung nach der Reinschrift jedenfalls nicht die Regel war.

448. Werden wir Zufügung der laufenden Datirung durch den Reinschreiber höchstens als vereinzelte Ausnahme zugeben dürfen, so bedurfte derselbe eine Vorlage und wir sind damit auf Datirung des Konzepts hingewiesen. In Fällen, wo in der Ausfertigung selbst die Datirung fehlt oder nachgetragen ist, vgl. § 443, wird dieselbe natürlich auch im Konzepte gefehlt haben. Aber diese Fälle sind sehr vereinzelt und scheinen sich im Laufe des dreizehnten Jahrhunderts ganz zu verlieren. Ist unsere § 207 begründete Annahme richtig, daß in den Regesten K. Friedrichs II. und K. Karls IV. nach den Konzepten registriert wurde, so bedarf es keines weiteren Beweises für die Datirung der Konzepte, da hier die Stücke regelmäßig mit der Tagesbezeichnung versehen sind.

Dagegen kann es sich nun fragen, ob die Datirung schon im ursprünglichen Konzepte erfolgte, oder in demselben erst nachgetragen wurde. Das erstere würde Beziehung auf die Handlung oder den Beurkundungsbefehl voraussetzen. Wir suchten denn auch schon § 439 den Umstand, daß mit Actum beginnende einfache Datirungen schon im ursprünglichen Konzepte vorhanden gewesen zu sein scheinen, für den Beweis zu verwerthen, daß dieselben sich auf die Handlung beziehen dürften. Daß diese Beziehung bei der einfachen Datirung oft anzunehmen ist, leidet keinen Zweifel. Von den Belegen, welche wir § 110 ff. für Datirung nach der Handlung anführten, treffen sehr viele die einfache Datirung und zwar unter Umständen, wo auch Beziehung auf irgend ein anderes, der Reinschrift vorhergehendes Stadium der Beurkundung ausgeschlossen ist, eben nur die Handlung oder der mit derselben zusammenfallende oder sich unmittelbar an sie anschließende Beurkundungsbefehl maßgebend gewesen sein kann. So insbesondere in den Fällen, wo sich Zusammenfallen des Tags der Datirung mit dem der Handlung erweisen läßt; wenigstens in vielen wurde es durchaus unwahrscheinlich sein, daß auch nur das Konzept noch an demselben Tage geschrieben sei. Das ergibt sich wohl ganz unmittelbar. Wenn das Schreiben, in welchem K. Karl IV. die Wahl seines Sohnes kundmacht, Reg. Kar. 5601, nicht allein vom Wahltag selbst, 1376 Juni 10, datirt ist, sondern auch einen Brief des Erzbischofs von Mainz

mit demselben Datum und sogar einen von Juni 11 datirten Brief der Stadt Frankfurt wörtlich eingerückt enthält, so kann natürlich auch das Konzept erst in den folgenden Tagen entstanden seien.

Wird Datirung nach der Handlung oder dem Beurkundungsbefehl im dreizehnten Jahrhunderte als Ausnahme zu betrachten seien, so dürfte sie insbesondere unter K. Karls IV. üblicher geworden seien. Das tritt am deutlichsten hervor bei dem schon § 110 betonten Unterschiede, daß während früher die bei der Krönung ertheilten Privilegien und Bestätigungen noch nicht vom Krönungstage selbst datirt sind, das unter K. Karl durchaus der Fall ist. Auch ist mir in früherer Zeit nicht in gleicher Weise der vorhin erwähnte Umstand aufgefallen, daß Reihen von Urkunden für denselben Empfänger von demselben Tage datirt sind. Es mag genügen auf ein Beispiel für beide Verhältnisse hinzuweisen. Vierzehn Bestätigungen und Verleihungen K. Karls IV. für die Burggrafen von Nürnberg sind ebenso, wie dreizehn Briefe für die Stadt, vgl. Reg. Kar. 2025 ff., vom Tage der Kaiserkrönung datirt. Dagegen sind zehn Bestätigungsbriefe, welche K. Ludwig dem Burggrafen von Nürnberg nach seiner Kaiserkrönung 1328 Jan. 17 ausstellte, Reg. Lud. 956 ff., von acht verschiedenen Tagen, Febr. 7. 8. 9. 10. 11. 12. 18. 21, datirt; an die dem entsprechende Verschiedenheit der Handlung oder des Beurkundungsbefehles ist doch sicher nicht zu denken.

Solche Fälle, wie die § 97 erwähnten entsprechenden früherer Zeit, konnten nun freilich wieder die Vermuthung nahe legen, die Vollendung der Reinschriften sei maßgebend gewesen. Aber es nöthigt uns nichts dieser Annahme; es konnten die Konzepte an verschiedenen Tagen entworfen und dem entsprechend beim Fertigstellungsbefehle die Datirung gefügt werden. Und gerade derartige Fälle weisen wohl bestimmter darauf hin. K. Albrecht wurde 1298 Aug. 24 gekrönt; dann sind neun Urkunden für den Erzbischof von Köln von Aug. 28 datirt, Reg. Albr. 1 ff. Die Handlung ist da zweifellos auf den Krönungstag zu setzen; die Reinschriften wurden aber gewiß nicht sammtlich zufällig an demselben Tage geschrieben. Dagegen steht bei den Konzepten nichts der Annahme im Wege, daß sie an verschiedenen Tagen entstanden, dann erst an ein und demselben Tage geprüft und mit der Datirung versehen wurden. Und für diese Annahme findet sich hier noch ein bestimmterer, sehr beachtenswerth scheinender Beweis. Alle Diplome für Köln haben genau dieselbe Datirung, Datum mit Ort, dann Tag, Inkarnationsjahr, Regierungsjahr, aber keine Indiktion. Andere Urkunden desselben Tages, welche mir zur Hand sind, weichen davon, wie unter sich ab. Alle haben die Indiktion, aber Reg. 25 vor, Reg. 22 nach dem Inkarnationsjahre; Reg. 602 setzt weiter den Tag zwischen Inkarnationsjahr und Indiktion, Reg. 26 zwischen Inkarnation und Regierungsjahr. Denken wir an den Reinschreiber, so müßten die Diplome für Köln nicht bloß an demselben Tage, sondern von derselben Person geschrieben seien. Es scheint sich hier zweifellos zu ergeben, daß die Konzepte derselben

448] gleichzeitig von demselben Kanzleibeamten mit der Datirung versehen wurden, während die Datirungen der übrigen von anderen Personen herrühren.

449. Wurde nach der Handlung oder dem Beurkundungsbefehle datirt, so konnte allerdings das Datum sogleich dem ursprünglichen Konzepte zugefügt werden, insofern der Tag dann nicht mehr zweifelhaft war. Haben wir aber überhaupt Grund zu der Annahme, daß die Datirung der Konzepte nicht vom Konzipienten geschah, so steht der Nachtragung im Konzepte auch in solchen Fällen wenigstens nichts im Wege; eine Zurückdatirung war dann immer nöthig, und an und für sich ist eine solche nicht unwahrscheinlicher bei nachträglicher Eintragung, als bei sofortiger Zufügung zum Konzepte. Und ich zweifle gar nicht, daß auch Datirungen nach der Handlung im Konzepte erst nachgetragen wurden, wenn es auch schwierig sein dürfte, das bestimmter zu erweisen. Beispiele übereinstimmender Fassung bei Datirung nach der Handlung in mehreren für denselben Empfänger bestimmten Urkunden, wie wir vorhin ein solches für eine Datirung nach der Beurkundung anführten, würden sich zweifellos nachweisen lassen; aber es konnte da derselbe Konzipient an verschiedenen Tagen die in diesem Falle sich gleichbleibende Datirung sogleich zugefügt haben. Auch daran ließe sich denken, daß nach § 113 Rechtsprüche überwiegend nach der Handlung datirt zu sein scheinen, während sich nach § 188 dennoch ein Gegensatz zwischen Text und Datirung darin zeigt, daß jener den Tag nach der Festrechnung, dieser nach römischer Zahlung gibt. Das findet freilich ohnehin seine Erklärung durch Benutzung der Akten des Hofgerichtes; aber wenigstens wahrscheinlich ist mir doch, daß auch da die Datirung von einer andern Person herrührt, als von der, welche bei Konzipirung des Textes die Angabe des Aktes ungeändert beibehielt.

Jedenfalls wird in den zweifellos zahlreicheren Fällen, wo nicht nach der Handlung zurückdatirt wurde, während wir uns doch auch gegen Datirung erst in der Reinschrift glaubten erklären zu müssen, nur Nachtragung im Konzepte angenommen werden können. Wurde bei Reg. Henr. (VII.) 287, vgl. § 300, eine besondere Weisung zur Nachtragung in der Reinschrift gegeben, was nach dem Bestande der Originale nur Ausnahme sein kann, so kann doch kaum bezweifelt werden, daß diese Weisung in der Regel dem Konzepte zugefügt wurde. Ließe der vorhin besprochene Fall Reg. Albr. 10 ff. nicht wohl eine andere Erklärung zu, so läßt sie sich in Einzelfällen noch unmittelbarer erweisen. Bei dem wenigen, was sich von Originalkonzepten erhalten hat, fanden wir § 210, daß die Datirung fehlt oder von anderer Hand nachgetragen ist. Ich kann dem jetzt noch zufügen, daß dasselbe bei dem Konzept von Reg. Lud. 914, Oefele Scr. 2, 151, zutrifft, welches sich im Liber privil. 25, Bl. 95 zu München erhalten hat; es ist auf einem einzelnen Papierblatt geschrieben, das zweifellos schon gleichzeitig, um die Registrirung zu

ersparen, in das Registraturbuch eingeklebt ist; der deutsche Text ist voll von Korrekturen, die lateinische Datirung mit ganz anderer Dinte von anderer Hand nachgetragen. Dasselbe trifft mehrfach zu bei Konzepten in dem Registraturbuche Ludwigs von Brandenburg, welches mit der Registratur K. Ludwigs zusammengebunden ist.

Insbesondere werden dann auch die § 207 besprochenen Verhältnisse zu beachten sein. Im Regest K. Friedrichs II. fehlt die Datirung an der gewöhnlichen Stelle, ist nur in der Ueberschrift angegeben, was doch kaum zu erklären wäre, wenn sie schon vom Konzipienten des Textes zugesügt wurde. Ist im Regest K. Ludwigs IV. in der Regel die Datirung angegeben, so muß es um so mehr auffallen, daß dieselbe zuweilen, so Oefele Scr. 1, 759. 60. 67. 69. 73, fehlt, was sich am leichtesten aus der Registrirung nach noch undatirten Konzepten erklärt. Einen bestimmteren Beleg scheint das erhaltene Stück der Registratur K. Karls IV. zu bieten. Auch wo in diesem die feststehenden Schlussformeln abgekürzt sind, ist durchweg die Datirung, insbesondere auch der Tag, genau angegeben, wenn nicht etwa mit einem *ut supra* auf die vorhergehende Datirung zurückverwiesen werden konnte; nur bei den Regierungsjahren, welche durch Inkarnationsjahr und Tag ohnehin gegeben waren, heißt es gewöhnlich *regnorum etc.* Nun finden sich Reg. Kar. 3 142. 43, Glasfey Anecd. 125. 127, zwei deutsche Urkunden, die eine ohne alle Datirung, die andere mit den noch zu besprechenden ungenauen Angaben *Prage etc. anno lx.*; dann heißt es: *nihil datum est de istis duabus literis teutonicis.* Da kann das Verhältniß keinem Zweifel unterliegen; die Konzepte waren damals geschrieben; aber die Datirung oder deren Ergänzung wird ihnen erst dann zugeschrieben sein, als es wirklich zur Ausfertigung kam; denn diese erfolgte trotz jener Bemerkung, vgl. Reg. Kar. IV. 3 143. In einem andern Falle, Glasfey 544, folgt auf den Text ein Zusatz, dann erst die Datirung, was doch ganz bestimmt für Nachtragung dieser zu sprechen scheint.

Vor allem aber wird zu beachten sein, daß nach Ausweis der Registraturen K. Ludwigs und K. Karls in den Konzepten auch den deutschen Texten die Datirung ganz überwiegend in lateinischer Fassung zugesügt wurde, was doch, falls sie vom Konzipienten herrührten, um so merkwürdlicher sein würde, als sie in den Ausfertigungen selbst in deutscher Sprache gegeben wurden.

450. Wenn ich vorhin betonte, daß Datirung nach der Handlung Nachtragung im Konzepte nicht ausschliesse, und die Vermuthung aussprach, daß diese auch in solchen Fällen zugetroffen sein dürfe, so war mir dafür maßgebend, daß ich glaube, es habe die Zufügung der Datirung als Beglaubigung des Konzeptes gedient. Ich halte diese Annahme § 404. 405 für die feierliche Datirung insbesondere durch die enge Verbindung von Datum und Aushandigungsformel zu begründen. Alles dort Gefagte würde nun auch hier zutreffen, da die Angabe der Aushandigung durch den Protonotar sich keineswegs

450] auf die feierlichen Datirungen beschränkt, nicht selten auch bei einfachen vorkommt. Doch scheint sich hier die Annahme noch bestimmter begründen zu lassen.

Wir besprachen bereits § 199 die häufig in den Originalen, fast immer im Registraturbuche K. Karls IV. am Ende der Urkunde zugefügten Kanzleivermerke. Lassen sich diese jetzt nach der inzwischen veröffentlichten erschöpfenden Zusammenstellung durch Huber in den Reg. Kar. IV. xxxvi. ff. genauer übersehen, so bestätigt dieselbe durchaus unsere Annahme, daß, wenn wir in der erstgenannten Person die zu sehen haben, welche die Beurkundung befiehlt oder den Befehl übermittelt, die zweitgenannte die ist, welche für die Ausführung einsteht. Mag diese zuweilen auch das Konzept gefertigt haben, so ist das im allgemeinen gewiß nicht anzunehmen. Denn es werden zu häufig der Kanzler, der Protonotar oder solche Notare, welche später zu Protonotaren befördert werden, genannt. Und so verschieden diese Angaben auch gefaßt sind, so deuten sie doch, so weit ich sehe, nie bestimmter auf das Schreiben der Urkunde hin. In einer Urkunde K. Wenzels, Reichstagsakten 240, heißt es allerdings: *de mandato d. regis N. Cameracensis prepositus scripsit*; aber der Text ist nur aus Abschrift bekannt, und das *scripsit* wohl um so sicherer als willkürliche Zufügung des Abschreibers zu betrachten, als es in einer deutschen Originalausfertigung derselben Urkunde fehlt; vgl. a. a. O. 236. Ist die Stellung des Kanzlers jetzt zweifellos nicht mehr eine bloß formelle, ist er thatächlich wieder Leiter der Kanzlei, wie denn etwa auch er selbst Urkunden im Reichsregister löschen läßt, vgl. Lacomblet U. B. 3,494, so werden wir doch schwerlich annehmen dürfen, daß er oder der Protonotar, der, da ein Kanzler nicht immer ernannt war, oft Leiter der ganzen Kanzlei war, die Stücke, in welchen sie genannt werden, auch selbst konzipierten.

Es ist nun weiter gar nicht zu bezweifeln, daß diese Angaben ebenso den Charakter einer Beglaubigung hatten, wie Rekognition und Aushändigungsformel. Da es einer bestimmteren Bezeichnung für dieselbe bedarf, so würde man sie etwa als kleine oder einfache Rekognitionsformel bezeichnen können, oder auch als Beglaubigungsformel; um Verwechslungen zu vermeiden, wähle ich den Ausdruck Fertigungsformel, der sich dadurch rechtfertigen dürfte, daß sie nach meiner Annahme befragen soll, daß von den in ihr genannten Personen die eine die Fertigung der Urkunde überhaupt, die andere die Fertigung der Reinschrift nach dem geprüften Konzept befohlen hat. Daß Rekognition und Aushändigungsformel jetzt wesentlich gleichbedeutend und wechselnd gebraucht werden, höchstens etwa jene Form häufiger bei Beglaubigung durch den Kanzler, diese durch den Protonotar angewandt wird, wurde bereits § 328 bemerkt. Ganz entsprechendes ergibt sich nun aber auch für die Fertigungsformel. In den Originalen fehlt diese, so weit ich sehe, wenn Rekognition oder Aushändigung erwähnt ist. Das würde freilich insofern nicht maßgebend sein, als die Fertigungs-

formel überhaupt nicht immer in die Originale aufgenommen wurde. Aber dasselbe scheint sich für die Konzepte zu ergeben. Im Regest fehlt die Fertigung Glasey 533, wo rekognoszirt ist; und beides hängt auch dadurch enger zusammen, daß, wie die Fertigung, so jetzt auch die Rekognition immer erst auf die Datirung folgt; weiter dadurch, daß nun auch wohl in der Rekognition der Befehl erwähnt wird; so Bohmer Acta 576: *Ego Joannes — recognovi suprascripto domino meo Carolo feliciter imperatore imperante*. Ebenso fehlt die Fertigung Glasey 48, wo der Kanzler als Aushändler in der Datirung genannt ist. Sind das die einzigen Fälle, in welchen im Regest Rekognition und Aushändigung vorkommen, so mag das damit zusammenhängen, daß diese jetzt seltener angewandten Formeln eigenhändig in die Reinschriften eingetragen zu sein scheinen. Die Fertigung fehlt freilich auch sonst wohl im Regest, aber doch besonders häufig in Fällen, wo Invokation und Signum auf die Absicht der Zufügung einer feierlichen Formel schließen lassen könnten; so S. 20. 24. 27. 42 u. f. w. Freilich findet die Fertigungsformel sich keineswegs nur bei einfachen Privilegien, sondern auch bei feierlichen mit Invokation und Signum, nicht allein im Regest, so S. 52. 137. 144. 152 u. f. w., sondern auch in den Ausfertigungen, so etwa Ital. Forsch. 4, 546, wo sie doch zweifellos zum Ersatze der dann fehlenden Rekognition bestimmt ist. Und auch darin zeigt sich ein enger Zusammenhang aller drei Formen, daß sie auch in deutschen Privilegien durchweg lateinisch gegeben sind, Ausnahmen davon insbesondere nur die Aushändigung zu treffen scheinen.

451. Finden wir nun die Fertigung keineswegs regelmässig in den Ausfertigungen, wohl aber in den Konzepten, so sollte sie zweifellos zunächst diese beglaubigen, zur Ausfertigung reif erklären; und dann wird doch sicher an eigenhändiger Zufügung nicht zu zweifeln sein. Das aber muß dann bei dem engen Zusammenhange zwischen Datirung und Fertigungsformel auch die Datirung getroffen haben. Immer erscheint diese in engster Verbindung mit der unmittelbar an sie anschließenden Fertigungsformel, nie durch andere Bestandtheile von ihr getrennt; wo die Datirung fehlt oder, worauf wir zurückkommen, noch unvollständig ist, fehlt auch die Fertigung; beide sind auch zu deutschen Texten durchweg in lateinischer Fassung gegeben. Es ist weiter die Datirung nicht ausgeführt, sondern möglichst kurz angedeutet, so daß sie erst bei der Ausfertigung in üblicher Weise weiter auszuführen war, vgl. § 207; auch das würde der Zufügung durch einen höheren Kanzleibeamten durchaus entsprechen. Sehen wir uns überhaupt einmal auf Zufügung der Datirung im Konzepte hingewiesen, so scheinen doch diese Umstände bestimmt darauf hinzuweisen, daß das zugleich mit der Fertigung geschah. Und dann werden wir in Fällen, wo die Datirung sich im Konzepte in Zeiten, wo die Fertigungsformel nicht üblich war, oder wenigstens im Einzelfalle nicht angewandt wurde, als nachgetragen erweist, wie etwa in den Konzepten von Reg. Lud. 437 ff.,

451] 914, vgl. § 207. 449, kaum anstehen dürfen, in der Zufügung auch der Datirung allein eine Beglaubigung des Konzeptes zu sehen.

Für das angenommene Vorgehen scheint mir auch zu sprechen, was in einer Urkunde K. Sigismunds von 1426, Wiener Sitzungsber. 76, 493, über eine in dessen Kanzlei vorgenommene Fälschung angegeben wird. Es handelt sich darum, einen Lehenbrief mit Erweiterungen um acht Jahre zurückzudatiren. Der Kanzler, der Bischof von Passau, war im Einverständnisse. Er wandte sich zuerst an den Protonotar und verlangte, *das er dem herczogen von Lawemburg sinen lehenbrief machen und schreiben solt und die data hinfur legen wol acht jar oder mer*, der das aber verweigerte, weil er zu jener Zeit nicht der Schreiber des Königs gewesen sei. Dann wandte er sich an einen Notar, der zur Zeit der ursprünglichen Belehnung schon in der Kanzlei gewesen war, und befahl ihm, *das er sich solt in demselben brief underschreiben*, der das denn auch gethan zu haben scheint. Bei diesem Unterschreiben haben wir doch sicher an die Fertigungsformel zu denken, die demnach auch hier mit der Datirung im engsten Zusammenhange steht und ohne die sichtlich auch der Kanzler die Fälschung nicht hätte durchführen können.

Die Fertigungsformel weist ich allerdings vor Karl IV. nicht nachzuweisen; insbesondere kann es auffallen, daß sich in den Resten der Registratur K. Ludwigs nichts Entsprechendes zu finden scheint. Aber auch die anderen Beglaubigungsformen, Rekognition und Aushändigung, finden sich auffallend selten in den Urkunden K. Ludwigs. Es scheint mir doch dadurch kaum bestimmt ausgeschlossen, daß auch schon in früherer Zeit die Konzepte da, wo sich keine Aushändigungsformel findet, in ähnlicher Weise beglaubigt waren, was dann allerdings nicht in die Ausfertigungen überging. Zunächst wäre etwa zu beachten, daß in vereinzelt, § 200 angeführten Fällen auch bei der Aushändigung in Annäherung an jene Form angegeben wird, daß der Protonotar 1213 auf Befehl des Kanzlers, 1274 auf Befehl des Königs aushändigte; es kann scheinen, als seien da ausnahmsweise Angaben, wie sie sich sonst nur in den Konzepten fanden, in die Ausfertigungen übergegangen. Jedenfalls ist wenigstens durch die Aushändigungsformel, für welche wir ja auch ganz unabhängig von dem unter K. Karl IV. bestimmter hervortretenden Sachverhalte entsprechende Bedeutung vermutheten, eine Verbindung der früheren und späteren Zeit hergestellt, wodurch jene Vermuthung doch eine sehr gewichtige Unterstützung erhält.

Insbesondere wird dann aber das zu beachten sein, was § 198. 207 über das Regest K. Friedrichs II. bemerkt wurde. Die hier den einzelnen Stücken vorgesetzten Notizen über Befehl und Schreiber entsprechen zwar nicht in der Form, wohl aber inhaltlich genau der Fertigungsformel in den Urkunden K. Karls IV. Besonders auffallend aber ist es, daß im Regest die Tagesangabe und was sonst von der Datirung den einzelnen Stücken zugefügt ist, nicht unter dem am Ende angedeuteten

Datum steht, sondern im Eingange, vor jenen Notizen und in engster sprachlicher Verbindung mit ihnen. Diese Notizen rühren in der vorliegenden Fassung schwerlich von demjenigen her, der in ihnen in dritter Person als Scriptor genannt ist. Es ist möglich, daß sie von einem andern Kanzleibeamten so den Konzepten zugefügt wurden. Es ist aber auch möglich, daß die Konzepte ganz kurz durch Angabe von Tagesziffer, Befehlendem und Scriptor beglaubigt waren und der Registrator das in jene Form brachte. Es wird sich darüber ohne das Hinzukommen weiterer Haltpunkte schwer mit Sicherheit urtheilen lassen. Jedenfalls ergibt sich aber auch hier engster Zusammenhang der Datirung mit der sonstigen Beglaubigung.

452. Da die einfache Datirung alle Angaben unter Datum oder auch Actum zusammenfaßt, so sollten wir bei ihr Widersprüche in den Angaben der Datirung am wenigsten erwarten. Trotzdem sind dieselben gerade hier sehr häufig. Und zwar ergibt sich wiederum, wie wir das bei allen besprochenen Arten der Datirung fanden, vorzugsweise Nennung eines dem Orte nicht mehr entsprechenden Tages; wo sich über die Art der Verschiebung des urkundlichen Itinerar bestimmter urtheilen läßt, da findet sich durchweg, daß der Ort einem früheren Zeitpunkte entsprechen muß, als der Tag. Wenigstens scheint mir das der Fall zu sein bis zum vierzehnten Jahrhunderte, wo sich daneben allerdings auch die später zu besprechende umgekehrte Verschiebung häufig findet.

Während wir für diese § 126 aus dem zwölften und dreizehnten Jahrhunderte nur sehr vereinzelte Fälle fanden, welche sich überdies zum Theil durch Nennung der Kalenden zum laufenden Monate und ähnliche, mehr zufällige Versehen erklären lassen, besprachen wir bereits § 120 eine Reihe von Fällen der einfachen Datirung, bei welchen sich die als regelmässig zu betrachtende Verschiebung zeigt. Wir suchten sie zunächst durch Beziehung nur des Ortes auf die Handlung zu erklären. Das scheint allerdings thatsächlich bei solchen Fällen nicht selten zuzutreffen. Aber auch dann muß es sich doch fragen, ob diese Beziehung eine absichtliche war, ob man gerade den Ort der Handlung nennen wollte, oder ob sie sich vielleicht aus der Art der Datirung auch ungefucht ergab. Weiter aber gibt es manche derartige Fälle, bei welchen der Ort zweifellos auch der Handlung nicht entsprechen würde.

Was zunächst das thatsächliche Vorkommen betrifft, so leidet es keinen Zweifel, daß in der zweiten Hälfte des zwölften Jahrhunderts unter K. Friedrich I. und Heinrich VI. Verschiebungen des Itinerar auffallend seltener sind, als früher und später, was damit stimmen würde, daß in dieser Zeit nach § 439 auch die Ausdrücke Actum und Datum am genauesten auseinandergehalten zu sein scheinen. Gerade in dieser Zeit scheint das urkundliche Itinerar am meisten dem thatsächlichen entsprochen zu haben. Bedenken ergeben sich nur selten. Steht 1152 Oct. 16 Wirzburg fest, so ist St. 3634 mit Oct. 15 Augsburg allerdings

452] damit unvereinbar; nach dem Itinerar dürfte der König schon im Juli zu Augsburg gewesen sein. Wegen St. 4045. 46 vgl. § 120. Urkunden desselben Tages aus verschiedenen Orten, so 1170 Juli 25 Frankfurt und Gelnhausen, 1185 März 5 Carpineti und Castellarano, 1185 Juli 10 Piacenza und Borgo S. Donino, werden immer auffallen; doch handelt es sich da um keine unzulässige Entfernungen. Ebenso nicht bei der an und für sich allerdings auffallenden Folge 1196 Aug. 6 Pavia, 9 Mailand, 23 Pavia, Sept. 6 Piacenza, 14 Pavia, 20 Piacenza. Dafs bei St. 5000 der Ort einige Tage früher fallen mufs, wurde schon § 120 bemerkt. Dasselbe wird anzunehmen sein für St. 4662, im Originale mit Wimpfen 1190 Sept. 21; denn nach dem genauen Berichte des anwesenden Giselbert wurde damals zu Hall ein Urtheil für den Grafen von Hennegau gefunden und vom Könige Fertigung des Privilegs befohlen; dann bemühte sich der Herzog von Brabant neun Tage lang fruchtlos, den Befehl rückgängig zu machen, worauf das Privileg Sept. 29 zu Augsburg übergeben wurde; da der König sicher nicht von Hall, wo er danach schon Sept. 20 gewesen sein mufs, nach Wimpfen zurückkehrte, kann er hier Sept. 21 nicht mehr gewesen sein.

Im dreizehnten Jahrhunderte mehren sich diese Fälle, von denen einzelne schon § 120 besprochen wurden. So finden wir 1209 Oct. 25 Poggibonzi, 27 Castel Fiorentino, 28 Poggibonzi, 29 S. Miniato; — 1210 Jan. 19 Città della Pieve, 20 Chiusi, 21 C. della Pieve (Bohmer Acta 216), 29 Siena; — 1210 Febr. 6 Prato, 8 Foligno, 10 S. Ginesio; — 1217 Mai 25 Augsburg, 31 Regensburg, Juni 8 Augsburg, 14 Passau; — 1219 Aug. 15 Frankfurt, 17 Hagenau; — 1220 Nov. 25 Montemalo und Sutri. Urkundet K. Friedrich 1215 Sept. 6 zu Hagenau, Sept. 11 zu Wirzburg, so ist dieser Uebergang an und für sich ein auffallend rascher; es kommt aber noch hinzu, dafs nach einer Urkunde bei Kuchenbecker Anal. Hass. 12,335 in Gegenwart des Königs Sept. 8 zu Wirzburg eine Sühne geschlossen wurde; zweifellos war derselbe demnach Sept. 6 nicht mehr in Hagenau.

Insbesondere aber lassen sich solche Verschiebungen in den Urkunden K. Heinrichs, wo wir sie § 419 schon bei mehreren Fällen der feierlichen Datirung fanden, auch für die einfache nachweisen. Für das Datum Hagenau 1239 Dec. 9 wurde bereits § 120 festgestellt, dafs der Aufenthalt zu Hagenau mindestens vierzehn Tage früher zu setzen ist. Das ergänzte urkundliche Itinerar 1232 Sept. 9 Wimpfen, 14 Schweinfurt, 25 Wimpfen, 30 Speier, Oct. 2 Wimpfen, 19 Nürnberg, 26 Esslingen wird gewifs nicht dem thatsächlichen entsprochen haben. Der König urkundet 1234 Juni 4 und 15 zu Nürnberg unter Datum; dann Juni 28 mit Actum Nürnberg; weiter aber schon Juni 30 zu Altenburg, wo er um diese Zeit Hoftag hielt. Die Entfernung ist zweifellos zu groß; möglich, dafs man zu der letzten Urkunde aus Nürnberg nur Actum schrieb, weil man bemerkte, dafs Datum hier nicht passen würde; aber dann paßt der Tag nicht zu Actum und Ort. Weitere Urkunden aus

Altenburg bis Juli 5 unterliegen keinem Anstande. Dann aber folgen Juli 10 Altenburg, 11 Eger, 12 Altenburg, 14 Eger. Dafs schon im Reg. 341 Juli 10 nicht zu Altenburg stimmen kann, da Juli 11 Eger als erstehend zu betrachten ist, wurde bereits § 419 bemerkt. Bei Reg. 42 mit Juli 12 beschränkte sich Böhmer auf die Bemerkung, dafs in der Tagesangabe ein Fehler stecken müsse; Huillard 4,666 glaubt, obwohl die Urkunde von Lepsius Naumb. 1,276 aus dem Original publizirt ist, es sei *nonas* statt *idus* zu lesen und reiht sie frischweg zu Juli 4 ein. Gegenüber so vielen ähnlichen Fällen zweifle ich nicht, dafs die Erklärung darin zu suchen ist, dafs der Ort sich auf einen frühern Zeitpunkt bezieht.

Ganz dasselbe Verhältnifs ergibt sich dann aber auch für die spätern Regierungen. Den schon § 120 besprochenen Fällen könnte ich zahlreiche Belege zufügen, bei denen sich innere Widersprüche im Itinerar ergeben. Es mag genügen darauf hinzuweisen, dafs wir überliegend im Original vorliegende Urkunden K. Heinrichs VII. von 1310 Sept. 12 aus Hagenau und Dorlisheim bei Molsheim, Sept. 13 aus Hagenau, Dorlisheim und Colmar haben, und zwar je zwei von jedem Tage aus Hagenau, Reg. 311—14. 575. 640, vgl. Böhmer Acta 433. Trotzdem zweifle ich nicht, dafs Colmar Sept. 13 als zusammengehörig zu betrachten ist, da es sich dabei um eine Briefdatirung handelt. Dann könnte nur etwa Dorlisheim Sept. 12 dem thatsächlichen Itinerar entsprechen; bei den übrigen fünf Urkunden fällt der Ort früher als der Tag. Solche Fälle würden in den Regesten dieser Zeit sich noch viel häufiger unmittelbar kenntlich machen, wenn Böhmer nicht so manche Stücke, bei welchen Ort und Tag nicht stimmen, nicht eingereiht hätte. Auch unter K. Ludwig IV. sind solche Verschiebungen nicht selten; vgl. Reg. Lud. Add. III. S. xi., und die Beiträge zum Itinerar von Häutle in den Forsch. zur D. Gesch. 13, 510 ff.; für die Zeit K. Karls IV. hat Huber Reg. Kar. S. xlix eine vollständige Uebersicht derselben gegeben.

Ergibt sich der Widerspruch nur im urkundlichen Itinerar selbst, so kann es zuweilen zweifelhaft sein, in welcher Richtung die Verschiebung anzunehmen ist. Unmittelbarer ergibt sich das, wenn der Anstand durch Angaben über das thatsächliche Itinerar herbeigeführt wird. So reist K. Rudolf nach den Chronisten 1290 Oct. 31 von Erfurt ab; aber noch Nov. 1 ist eine Urkunde von dort datirt. Aus Nürnberg sind 1299 bis Jan. 30 Urkunden datirt; aber schon Febr. 2 hielt K. Albrecht einen Hofstag zu Frankfurt. Von Norden her kommt er 1300 nach den Annalen März 26 nach Colmar; eine Urkunde desselben Tages ist noch aus Schlettstadt datirt. Wir haben Urkunden K. Ludwigs von 1327 März 15 aus Trient, während er dieses nach den Geschichtschreibern schon März 14 verlies. Er kam 1327 Aug. 22 nach Cremona und ging am folgenden Tage über den Po; vom 23. Aug. haben wir aber nicht allein Urkunden aus Cremona, sondern eine ungedruckte nennt das weit zurückliegende Soncino. Von Norden her kommt K. Karl IV. 1347 Dec. 14

452] nach Straßburg; aber eine Urkunde vom Dec. 15 ist noch aus Hagenau datirt.

453. In den bei weitem meisten dieser Fälle handelt es sich, wie in den § 356 ff. besprochenen, nur um sehr geringe Verschiebungen: ein oder andern Tag früher würde der Ort durchaus passen. Schon das deutet darauf, daß der Grund nicht gerade immer in dem Unterschiede zwischen Handlung und Beurkundung zu suchen sein wird, welcher überwiegend zu stärkern Verschiebungen geführt haben würde. Die Erklärung ist uns schon durch die Besprechung jener verwandten Fälle der älteren Datirung nahegelegt. Haben wir danach den Grund in der Nachtragung nur der Tagesangabe zu vermuthen, so wird sich fragen, ob sich das bestimmter erweisen läßt.

Sind nun Nachtragungen in der Reinschrift selbst jetzt überhaupt seltener und schwerer erkennbar, da man sichtlich darauf hielt, sie durch denselben Schreiber ausführen zu lassen, so möchte ich doch nach einzelnen Originalen zu München nicht bezweifeln, daß zuweilen nur der Tag nachgetragen wurde, obwohl sich in Einzelfällen schwer mit voller Sicherheit urtheilen läßt. Schon § 164 wurde St. 3747, die Verbriefung des Augsburger Rechts von 1157, besprochen und darauf hingewiesen, daß die Datirung wenigstens in diesem Jahre zum Itinerare nicht stimmt. Es schien mir nun, daß zu dem jedenfalls gleichzeitig eingetragenen *dat. Nuremberg* das *xi. kl. iulii* später zugesügt sei, wie das auch die Anordnung des in fortlaufenden Zeilen gefertigten Schlussprotokolles unterstützen könnte, indem die erste Zeile mit jener Tagesangabe schließt, die Jahresangaben in der zweiten Zeile beginnen. Weiter schien mir bei Reg. Fr. II. 202 von 1217 Juni 8 die gleichzeitige Eintragung des *vi. id. iunii, ind. v.* zweifelhaft zu sein; jedenfalls würde die Annahme der Nachtragung hier sehr durch das sicher verschobene Itinerar Mai 25 Augsburg, 31 Regensburg, Juni 8 Augsburg, 14 Passau unterstützt werden. Reg. Henr. (VII.) 88, wo ein Ort nicht genannt ist, der nachgetragene Tag aber jedenfalls den Zeugen nicht entspricht, wurde schon § 440 besprochen; ebenso Reg. Henr. 216. In Reg. Henr. 158 ist *datum ap. Onolvestate* jedenfalls gleichzeitig mit dem Texte geschrieben, während dann Jahre und Tag nachgetragen scheinen. In Reg. Henr. 264 und Reg. Fr. II. 814 scheinen Tag und Indiktion von derselben Hand zugesügt zu sein. Freilich ist unter allen diesen Fällen kaum einer, bei dem sich mit voller Sicherheit behaupten ließe, es könne der Tag nicht gleichzeitig eingetragen sein.

Beweisender erscheint mir daher der Fall Reg. Henr. (VII.) 296, M. Boica 30, 210, bei dem die Datirung: *datum Werde anno i. d. 1233, indictione. . .* unvollständig abbricht; Ziffer der Indiktion und Tagesangabe sollten hier zweifellos nachgetragen werden. Noch einige andere Fälle scheinen auf beabsichtigte, aber nicht ausgeführte Nachtragung der Tagesangabe schließen zu lassen. St. 4732, Wirtemb. U. B. 2, 275, hat unter Datum Ulm mit den Jahresangaben, zwischen diesen eine

Lücke, wo zweifellos der Tag eingetragen werden sollte, während zugleich die nach dem ausradirten *testes huius rei sunt* beabsichtigte Zufügung der Zeugen, weiter auch das Siegel noch fehlt. Da als Ort der Handlung Memmingen ausdrücklich genannt ist, also Ulm nur ein Stadium der Beurkundung bezeichnen könnte, so scheint es auf besonders genaue Behandlung schließen zu lassen, wenn man trotzdem den Tag nicht sogleich eintrug. Aber die Urkunde, insbesondere auch die Datirung, ist zweifellos nicht in der Reichskanzlei geschrieben; möglich, daß man sie dieser zur Ergänzung und Siegelung zu Ulm einreichen wollte. In Urkunde von 1218, Böhmer Acta 774, fehlt die Ziffer vor den Kalenden, aber anscheinend auch die Ortsangabe; da nur eine Abschrift vorliegt, kann die Datirung ursprünglich recht wohl vollständig gewesen sein. Drei Verbriefungen K. Friedrichs II. für den Papst, Reg. Fr. 666 ff., sind datirt in den M. Germ. L. 2, 269: *data ap. S. Germanum anno d. i. 1230 die mensis iulii*, während Huillard 3, 207: *die... mensis iulii* druckt. Stammt unser Text auch nicht aus den Originalen, sondern aus den päpstlichen Regesten, so kann es an und für sich nicht zweifelhaft sein, daß eine beabsichtigte Ziffer fehlt. Aber vielleicht auch im Original ohne Lücke, zumal man damals gewohnt war, nur den Monat zu nennen. Denn es ist nicht unwahrscheinlich, daß die Konzepte vom Papst vorgelegt wurden und der Reinschreiber die beabsichtigte Zufügung über sah; für den Brauch der Reichskanzlei wird uns der Fall kaum maßgebend sein dürfen.

454. Jedenfalls sind die Fälle der Nachtragung zur Reinschrift zu vereinzelt und zu unsicher, als daß wir darauf allein jene häufigen Verschiebungen zurückführen könnten. Wie das schon für die ältere Datirung nöthig schien, werden wir auch hier auf das Konzept zurückgreifen müssen und haben jetzt sicherere Haltpunkte. Und da führt nun das Regest K. Karls IV. zunächst auf den auffallenden, auch von Huber Reg. Kar. xlix. betonten Umstand, daß zuweilen eine Aenderung nur der Tagesangabe des Konzeptes vorgenommen zu sein scheint.

Es stimmen nämlich, wo uns die Urkunden außer im Regest auch ausgefertigt erhalten sind, vielfach die Tagesangaben nicht. Hat Reg. Kar. 3102 im Regest *fer. iii.*, in der Ausfertigung *fer. vi.*, so könnte ein bloßer Schreibfehler eingegriffen haben, wie sie auch sonst im Regest nicht selten nachzuweisen sind. Es hat aber weiter bei Reg. 3333 das Regest *sabbato*, die Ausfertigung *sonntag*; bei Reg. 3397 jenes *ii. non. nov.*, diese Donnerstag nach Allerheiligen, Nov. 5; bei Reg. 3406 jenes *feria quarta*, diese Donnerstag; bei Reg. 3490 jenes *die s. Lucie*, Dez. 13, diese *xvi. kal. ianuarii*; bei Reg. 3611 jenes *fer. iii.*, dieses Mittwoch nach Ostern. Bei manchen dieser Fälle sind Schreibfehler durchaus ausgeschlossen, wie dieselben ja auch schon dadurch ganz unwahrscheinlich werden, daß in allen diesen Fällen der Tag des Regest zurückliegt, was sich nicht zufällig so ergeben haben wird.

454] Das ließe sich einmal dadurch erklären, daß der Tag im Konzepte nachträglich geändert wäre. Das könnte zutreffen bei Reg. 3490, da hier im Regeß wohl schon der Tag, aber noch nicht die Fertigungsformel zugefügt ist, wie das bei andern Urkunden für denselben Empfänger von Dez. 17 der Fall ist. Wo aber auch die Fertigungsformel schon zugefügt ist, demnach nach unserer Annahme das Konzept zu Ausfertigung reif erklärt war, wird das häufiger kaum der Fall gewesen sein. Es wird doch zunächst an Willkür der Reinschreiber zu denken sein. Diese hatten die Datirung nicht einfach abzuschreiben, sondern umzugestalten, insbesondere häufig die lateinische Fassung in eine deutsche Tageszählung nach römischem Kalender in die Festrechnung zu übertragen. Das mußte natürlich Ungenauigkeiten sehr fördern, welche dann gewiß in der Regel so erfolgten, daß der Reinschreiber einfach den laufenden Tag nannte. Aber das wird doch nur als Unregelmäßigkeit in Rechnung zu ziehen sein. Regel war gewiß, daß der Tag des Konzepts in der Ausfertigung zu wiederholen war, da sonst ja kein Grund gewesen wäre, auch im Konzepte einen Tag zu nennen und doch auch das Uebereinstimmen des Tages der Ausfertigung mit dem in den Registraturbüchern anscheinend vielfach nach den Konzepten verzeichneten als Kennzeichen der Echtheit betrachtet sein mag.

Allerdings mochte es vorkommen, daß sich hie und da auch nach der Datirung und Registrirung noch Veranlassung fand, die Ausfertigung mit anderer Datirung zu versehen. Im Registraturbuche K. Ludwigs Liber priv. 25 zu München, Bl. 84, findet sich Reg. Lud. 769 zunächst so, wie es Oefele 2, 148 abgedruckt hat, mit der Datirung *vor Burgowe am dem suntag in der winacht wochen 1325*. Dann aber folgt mit Verweisungszeichen ein Ersatz für Durchstrichenen und weiter die von Oefele nicht berücksichtigte Bemerkung: *ultima data predictarum litterarum Rotonis feria quarta post epiphania dicto loco et annis predictis*. Unter diesem geänderten Datum wird die Urkunde doch expedirt sein; und wenn das hier in der Registratur nachträglich bemerkt wurde, so mag das in Einzelfällen übersehen sein. Für unseren Zweck werden aber diese Verhältnisse kaum von größerem Gewichte sein. War die Änderung eine absichtliche, so wird man in der Regel auch den Ort beachtet haben. Griff aber bloße Nachlässigkeit des Reinschreibers ein, so würde, wenn ein schon verlassener Ort genannt wäre, das doch auffallend darauf gemacht haben, daß der laufende Tag nicht passe. Es ergibt sich denn auch in keinem jener Fälle eine Verschiebung.

455. Ungleich beachtenswerther sind Fälle, bei welchen sich Fehlen nur der Tagesangabe im Konzepte ergibt. So finden wir im Regeß K. Karls IV. in Reg. Kar. 3143 nichts weiter, als *Prag die anno lx.*; in Reg. 3504: *datum Nuremberg anno lx.*; in Reg. 3632: *datum Nur. anno lx. ind. xiiii.* Entsprechend finden wir auch im Regeß K. Ludwigs bei Oefele Scr. 1, 771. 777 die unvollständigen Angaben *datum Ulme etc.* und *d. in Nurnberg*; doch wird das bei der überhaupt

unregelmäßigeren Gestaltung weniger ins Gewicht fallen, während das Regest K. Friedrichs II. hier überhaupt keinen Anhaltspunkt bietet, da es in der Regel zu den einzelnen Stücken den Ort nicht nennt; vgl. § 207.

Man könnte nun wieder daran denken, es sei in solchen Fällen vom Reinschreiber die laufende Tagesangabe zuzufügen gewesen. Aber davon ist zweifellos abzusehen. Es handelt sich um vereinzelte Ausnahmen, bei denen nicht zu erklären wäre, weshalb man gerade nur da jenem die Ergänzung überlassen hätte. Zu Reg. Kar. 3143 ist überdies ausdrücklich bemerkt, daß es nicht ausgefertigt sei; es war also hier Ergänzung wohl überhaupt noch nicht beabsichtigt, als das Stück kopirt wurde; hat sich dennoch eine Ausfertigung desselben erhalten, so steht nichts im Wege anzunehmen, daß das Konzept erst später vervollständigt wurde. Ebenso können die anderen Stücke überhaupt nicht ausgefertigt sein; oder aber es war die Datirung noch nicht ergänzt, als sie registrirt wurden. Die Ergänzung war ja überhaupt nicht lediglich nur der Reinschrift wegen vorzunehmen; es fehlt in jenen Fällen auch die Fertigungsformel, welche sich häufig lediglich im Konzepte findet, nicht in die Ausfertigungen übergang. Wir können in jenen Stücken nur Konzepte sehen, welche noch nicht ganz vollendet waren.

456. Dieser Umstand ist nun für uns von der größten Bedeutung, insofern er Nachtragung der Tagesangabe mit der Fertigungsformel im Konzepte ergibt, während es üblich war, denselben den Ort und einzelne Jahresangaben sogleich zuzufügen. Wir haben damit einen unmittelbaren Beweis für ein Vorgehen, auf welches schon frühere Untersuchungen wieder und wieder hinzuweisen schienen, ohne daß eine unmittelbare Beweisführung möglich war. Und dieser Beweis wird kaum dadurch geschwächt, daß es sich nur um einzelne Fälle handelt. Denn überall, wo die Datirung vollständig ist, kann ja in derselben Weise vorgegangen sein. Zur Vergleichung dienen könnten nur die Fälle, bei welchen im Regest die ganze Datirung fehlt, die dann zweifellos gleichzeitig zugefügt werden sollte; und diese sind nicht viel zahlreicher.

Aber auch davon abgesehen sind wir für unsere Annahme keineswegs auf jene einzelnen Fälle beschränkt. Es finden sich noch weitere Stützpunkte. Wir machten § 451 den Umstand, daß auch zu deutschen Texten die Datirungen im Konzept lateinisch gegeben wurden, dafür geltend, daß dieselben von einer andern Person zugefügt zu werden pflegten. Dann scheint mit unserer Annahme allerdings nicht zu stimmen, daß es sich auch in jenen Fällen bei Reg. Kar. 3143. 3504 um deutsche Texte handelt, obwohl der vorhandene Theil der Datirung lateinisch gefaßt ist. War es aber überhaupt üblich, die Datirung im Konzepte lateinisch zu geben, so wird es natürlich nicht auffallen können, wenn der Konzipient Ort und Jahr in lateinischer Fassung auch deutschen Texten zufügte. Aber es war das nicht immer der Fall. Im Wech-

455] sel der lateinischen und deutschen Fassung in der Datirung macht sich große Willkür geltend. Vereinzelt findet sich eine ganz deutsche Datirung; oder es sind auch wohl nur die Angaben von Ort und Tag deutsch gefasst. Am häufigsten aber ergibt sich doch, daß entsprechend unserer Annahme gerade der Eingang mit dem Orte deutsch gegeben ist. So etwa: *geben zu velde bei Esselingen, anno lx., sabbato proximo ante festum nativitatis b. Marie virginis, regnorum etc.* Wurde nach Ausweis jener Fälle auch die abgekürzte Jahreszahl vom Konzipienten herrühren, so findet sich da allerdings das *anno* regelmässig; heißt es aber mehrfach etwa: *geben zu Nuremberg, xiii^e iar, lx. anno, feria secunda proxima post festum sancti Jacobi apostoli, regnorum ut supra*, so reicht auch da die deutsche Fassung in die Jahresangabe hinein.

457. Viel beachtenswerther scheint mir ein anderer Umstand, nämlich die Nennung der dem Tage nicht mehr entsprechenden Jahreszahl. Nach der Zusammenstellung von Huber Reg. Kar. IV. xlvii. ist gar nicht zu bezweifeln, daß in der Regel in der Kanzlei K. Karls die Jahreszahl zu Weihnachten gewechselt wurde; bei 78 zur Vergleichung geeigneten Fällen ergaben sich nur 18, bei welchen zwischen Weihnachten und Neujahr noch das alte Jahr angegeben wird. Es ist nun doch an und für sich eine ziemlich unwahrscheinliche Annahme, daß man in ein und derselben Kanzlei und in ein und demselben Jahre sich verschiedener Jahresanfänge bedient habe. Wir würden gewiß diese Annahme gern beseitigen, wenn sich eine anderweitige ausreichende Erklärung für die befremdende Erscheinung böte. Eine solche scheint mir nun der besprochene Umstand zu bieten, insofern sich wenigstens im Regest K. Karls ergab, daß außer dem Ort auch das Jahr wohl sogleich zugefügt, der Tag erst später nachgetragen wurde. Ging dann die Jahreszahl ungeändert in die Reinschrift über, so ist jene Erscheinung in einfachster Weise erklärt, ohne eine doppelte Jahreszahlung annehmen zu müssen. Weiter aber würde sich dann bestimmter ergeben, daß nicht bloß vereinzelt, sondern sehr häufig Ort und Jahr vorgeschrieben sein müssen; bedenken wir, daß bei jenen 78 Fällen auch die Konzepte zum großen Theil erst nach Weihnachten entstanden sein werden, daß weiter aufmerksame Reinschreiber die nicht mehr passende Zahl ändern mochten, so muß die Zahl von 18 Fällen, bei denen unsere Annahme zutreffen würde, als eine verhältnismässig sehr bedeutende erscheinen.

Dieser Annahme, die mir an und für sich so überaus naheliegend scheint, fehlt denn auch weitere Unterstützung nicht. In das Regest fällt ein Jahreswechsel. Nun finden wir hier Reg. Kar. 3511. 14 von Dez. 26 und 27 mit Jahr 1360, Reg. 3512. 15 von Dez. 26 und 28 mit 1361. Aber sie stehen im Regest nicht in dieser Folge, sondern die mit 1360 zwischen andern Stücken, denen auch nach dem Tage 1360 zukommen würde; es folgen auf sie noch Reg. 3497. 98. 3503 von Dez. 18 und 21. Dagegen sind die mit 1361 überhaupt die ersten, welche diese Zahl haben, und es folgt auf sie kein Stück mehr mit 1360. Das kann doch zweifellos

nicht Zufall seien. Es ergibt sich auch sonst, daß die Reihenfolge im Regest nicht durch den Tag bestimmt ist; jener Umstand läßt kaum eine andere Erklärung zu, als daß die Eintragung wenigstens hier nach der Zeit der Fertigung der noch nicht mit Tagesangabe versehenen Konzepte geschah. Jene Urkunden von Dez. 26 und 27 werden demnach spätestens Dez. 18 konzipirt sein. Und nach jenem Haltpunkte liegt sogar die Annahme nahe, daß in Reg. 3595 von 1361 März 15 die Jahresangabe 1360 kein bloßer Abschreibefehler sei, da das Stück unter anderen vom Dez. 1360 steht.

Soll unsere Annahme, daß Ort und Jahr vorgeschrieben waren, sich bewahren, so dürfen wir, wo solcher Sachverhalt vorzuliegen scheint, keine Fälle finden, bei welchen der Ort vor Weihnachten nicht passen würde. Die Prüfung aller von Huber verzeichneten Fälle gab in dieser Hinsicht keinen Anstand; lediglich Reg. 806 von 1348 Dec. 25 aus Pirna könnte auffallen, da wir bis Dec. 24 Urkunden aus Dresden haben. Da aber die Entfernung eine sehr geringe, da der König auch nach dem urkundlichen Itinerar jedenfalls von Pirna nach Dresden zurückgekehrt sein würde, so wäre es auch recht wohl möglich, daß die Urkunde einige Tage früher, etwa zwischen Dez. 14 und 18, oder 18 und 21, wo Urkunden aus Dresden fehlen, konzipirt wäre. Wichtiger wäre es freilich, wenn wir nun gerade bei solchem Sachverhalte Fälle fanden, daß der Ort dem Tage nicht mehr entspricht. Aber die Aufenthalte K. Karls waren um die Zeit des Jahreswechsels sehr lange; selbst bei dem oben erwähnten Reg. 3595 hätte sich keine Verschiebung des Itinerar ergeben können, da der Kaiser von Oktober bis April in Nürnberg war. Mindestens in einem Falle aber ist es durchaus unwahrscheinlich, daß Ort und Tag denselben Zeitpunkt bezeichnen. Reg. 522 hat Basel Dez. 26 mit dem nur bis Dez. 25 passenden Jahr 1347. Nun wissen wir aus Matthias von Neuenburg, daß der König eben Dez. 26 schon von Basel abreiste und an demselben Tage noch bis Burkheim nördlich von Breisach gelangte. Da wird schwerlich zu bezweifeln sein, daß Ort und Jahr schon vor Dez. 25 eingetragen waren.

Auch ein Fall früherer Zeit scheint durch unsere Annahme seine Erklärung zu finden und dieselbe zu bestätigen. Schon Böhmer machte Reg. Rud. 472 auf eine Störung des Itinerar aufmerksam, welche er nicht zu erklären wußte. K. Rudolf war nach Reg. 1181. 1182. 469 am 16. Nov. 1278 zu Iglau, dann Nov. 26 und 29 zu Eibenschitz, wird also im Dezember über Znaym nach Wien zurückgekehrt sein, wo er Dez. 29 und 1279 Jan. 1 urkundet. Nun folgt Reg. 472 aus Znaym Jan. 4, also nach dem Tage, wie nach Indiktion und Regierungsjahr nur hieher passend. Daß der König von Wien, wo er auch später im Januar nachweisbar ist, rasch nach Znaym zurückgekehrt sein sollte, ist natürlich durchaus unwahrscheinlich. Schon an und für sich würden wir auf die Annahme hingewiesen sein, daß die Ortsangabe dem Aufenthalte im Dezember entspricht. Das bestätigt sich nun aber dadurch, daß noch das Jahr

457] 1278 genannt wird. Ich bezweifle danach nicht, daß in dieser Richtung das Vorgehen in der Kanzlei K. Rudolfs dem bei K. Kas nachgewiesenen entsprach, daß dem Konzepte zunächst zu Znaim der Ort und Jahr, dann später vor der Ausfertigung zu Wien der Tag zugefügt wurde.

Dasselbe ist vielleicht auch anzunehmen bei Reg. Henr. (VIL) 127 mit Esslingen 1226 Febr. 14, Ind. 15, wo Tag und Indiktion zweifellos zu 1227 gehören. Es folgt nun aber Ulm 1227 Febr. 15. Scheint sich damit an und für sich eine unzulässige Entfernung zu ergeben, so erhalten wir überdies ein rückläufiges Itinerar, wenn wir Huillard 2,904 aus Regensburg 1227 Jan. 29 zuziehen. Dagegen wurde die Annahme, daß bei n. 126 Ort und Jahr schon im Dezember 1226 eingetragen wurden, auf keine Schwierigkeiten stößt. Auch Reg. Henr. (VIL) 71. 72. 73 haben zu Bern Dez. 28 noch das Jahr 1224; doch läßt sich da nicht nachweisen, daß der König schon vor Weihnachten zu Bern gewesen sei.

Der erörterte Umstand wird also wohl zu beachten sein bei Untersuchungen über den in einer Kanzlei üblichen Jahresanfang. Wo die Ortsangaben sich dem Tage fügen, aber vor dem fraglichen Wechsel der Jahreszahl nicht passen wurden, da wird allerdings unsere Annahme nicht zutreffen; daß man etwa in der Kanzlei K. Philipps auch in den ersten Monaten 1200 noch 1199 schrieb, wird keinem Zweifel unterliegen. Bedenklicher aber ist doch immer die Annahme, man habe gleichzeitig verschiedene Jahreszahlungen angewandt. Sie ist allerdings überhaupt bequem, um mancherlei Widersprüche zu erklären, zumal wenn man noch Pisaner und Florentiner Rechnung oder den Anfang mit Ostern zuzieht; ist es doch Reg. Magdeburg. n. 160 gelungen, die § 7. 103 besprochenen Widersprüche in St. 549 durch die Annahme zu beseitigen, das Jahr sei von Ostern ab gerechnet! Habe ich selbst früher, Reg. Lud. Add. III. viii., angenommen, man habe in der Kanzlei K. Ludwigs das Jahr bald von Weihnachten, bald von Neujahr ab gezählt, so ist mir das jetzt sehr zweifelhaft geworden. Bei allen mir bekannten Fällen, welche für den Wechsel erst um Neujahr sprechen würden, paßt der Ort auch schon vor Weihnachten; und obwohl die Zahl dieser Fälle größer ist, als die derjenigen, welche bestimmt Zahlung von Weihnachten ab ergeben, wäre ich doch geneigt, nur diese Zahlung als kanzleigemäß zu betrachten, so lange sich nicht Fälle finden, wo auch der Ort nur nach Weihnachten passen würde.

458. Sahen wir uns überall auf die Annahme hingewiesen, daß die Verschiebungen sich nicht erst in den Ausfertigungen ergaben, so wäre es immerhin wünschenswerth sein, das durch Nachweis des Vorhandenseins der Verschiebungen im Konzepte noch bestimmter feststellen zu können.

Haben wir da vor allem das Regest K. Karls IV. zu beachten, so trifft die Prüfung auf ein bedenkliches Hinderniß. Wir haben darin nicht allein keine Originalkonzepte, sondern schwerlich auch nur un-

mittelbar nach diesen gefertigte Abschriften vorliegen. Heißt es Glasey 34: *cancellatum est hoc diploma et in margine insuper vacat legitur*, so könnte sich das immerhin auf ein vorliegendes Originalkonzept beziehen. Es finden sich nun aber auch Hinweise, wie Glasey 121: *quere supra in nono folio huius registri privilegium comitis Tervisii*, oder 31: *ista litera non processit, sed alia data est loco istius, que continetur in iiii. folio infra numerando*; und diese passen überhaupt nicht auf das erhaltene Schriftstück, wo die angezogenen Urkunden nicht vorkommen, sind also nur auf eine Vorlage zu beziehen, in welcher die Urkunden bereits registriert waren. Auch sind mehrfach Urkunden aus ganz anderen Jahren eingereiht, welche in den Originalregeften kaum an dieser Stelle gestanden haben dürften. Es war nun aber weiter die Abschrift eine sehr nachlässige, wenn nicht etwa, was für unsere Zwecke keinen Unterschied bedingt, viele Versehen erst dem Abdrucke zur Last fallen. Auf Schreibfehler wurde schon § 21. 207 hingewiesen. Das vermindert natürlich gerade für unsere nächsten Zwecke sehr den Werth der Quelle. So ergeben Reg. 3149. 75. 3230. 48. 3496. 3508 Anstände, insbesondere auch in der Datirung, welche zweifellos auf Verderbnis, meist Auslassung von Ziffern zurückzuführen sind, nicht auf Unregelmäßigkeiten der Beurkundung.

Aber es sind nicht alle Verschiebungen auf Abschreibebefehler zurückzuführen. Reg. 3106 hat Prag 1360 Apr. 30; damals war der Kaiser nicht mehr in Prag und im Texte wird der Georgitag, Apr. 23, als kommandierend erwähnt; könnte nun bei dem *ii. kal. maii* an und für sich recht wohl ein Schreibfehler eingreifen, so dürfte doch eine gewisse Unterstützung darin liegen, daß eine dem Itinerar entsprechende Urkunde von Brünn Apr. 27 unmittelbar vorhergeht, wenn das bei den vielfachen Störungen der chronologischen Folge im Regest auch nicht entscheidend sein kann. Hat Reg. 3186 Prag Juli 1, während Karl Prag schon vor zwei Wochen verlassen hatte, so fehlt da freilich auch jene Unterstützung und es wird Ausfallen der Zahl vor den Kalenden anzunehmen sein, wie das sonst auch vorkommt. Zweifellos scheinen mir andere Fälle. Der Kaiser war 1360 Aug. 28 und an den folgenden Tagen vor Schorndorf, dann Sept. 5 zu Esslingen. Nun folgt Reg. 3292 mit Schorndorf Sept. 6, während der Kaiser nach der Richtung des Itinerar sicher nicht nochmals nach Schorndorf zurückgekehrt ist. Hat dann Reg. 3294 Esslingen Sept. 8 so wird auch da das Zusammenfallen von Ort und Tag sehr zweifelhaft sein können, denn Heinrich von Diessenhofen meldet, daß der Kaiser am 8. Sept. zu Achalm speiste. In beiden Fällen aber lassen die Tagesangaben des Regest: *proxima die dominica ante festum natiuitatis b. Marie virginis*, und: *an unser frowen tag als sie geboren wart*, bloße Schreibfehler nicht zu. Ebenso werden keine bloße Schreibfehler vorliegen bei Reg. 3372 mit Mainz Okt. 13 und Reg. 3379 mit Frankfurt Okt. 17, obwohl der Kaiser von Mainz spätestens Okt. 11, von Frankfurt spätestens Okt. 12 abgereist ist. Ware beim *iii. idus oct.* der

458] ersten ein bloßes Verschreiben der Ziffer ausreichend, so wurde beim *xvi. kal. novembris* die Annahme von Abschreibefehlern unbedingt nicht ausreichen, um die Tagesangabe auf Frankfurt zurückzubringen. Es folgt weiter im Regest auf beide eine Urkunde mit Frankfurt Okt. 12. Wissen wir dann aus Reg. 3372^a sicher, daß der Kaiser Oct. 11 zu Frankfurt war, während er Oct. 13 schon zu Werthheim urkundet, so ist gewiß überaus wahrscheinlich, daß auch bei den drei Urkunden mit Mainz Oct. 11 und den beiden mit Frankfurt Oct. 12 der Ort dem Tage nicht mehr entspricht; und von diesen würde wieder je eine das Regest treffen, in welchem hier bei der Unterstützung durch andere Urkunden jede Veranlassung zur Annahme von Schreibfehlern fehlt. Und solche Fälle würden sich gewiß häufiger finden, wenn nicht der größte Theil der Zeit, welche das Regest umfaßt, durch lange Aufenthalte zu Prag und Nürnberg ausgefüllt wäre.

459. Das Regest K. Friedrichs II. unterstützt nach dem § 207 und 451 Bemerkten unsere Annahmen in so weit, als sich zu ergeben scheint, daß in der Regel nur der Tag zugleich mit einer Fertigungsformel zugefügt wurde. Dagegen läßt es uns unklar, wie der Ort den Konzepten zugefügt wurde, da derselbe im Regest sich durchweg auf eine Mehrzahl der Stücke bezieht, den einzelnen fehlt. Im allgemeinen bieten sich keine Anstände. Es finden sich wohl von demselben Tage Urkunden aus verschiedenen Orten; aber so weit ich sehe, sind die Entfernungen doch nie größer, als etwa 1240 Jan. 15 Arezzo und Castiglione Aretino, Apr. 27 Foggia und Orta. Doch ergeben sich einige andere Bedenken.

Nach der Datirung der Briefe des Regest war der Kaiser 1240 Febr. 13 zu Coccorone, jetzt Montefalco südwestlich von Foligno, Febr. 15 zu Acqua Sparte südöstlich von Todi; weiter sind vier Mandate, zum Theil in mehrfachen Ausfertigungen, datirt aus Orte Febr. 16; dann folgen erst von Febr. 21 ab zahlreiche Briefe aus Viterbo. Das hat an und für sich nichts Auffallendes. Nun heißt es aber zu einem Briefe aus dem Januar, Huillard 5,669: *lator notarius Symon nuntius G. de A. iustitiarum citra flumen Salsum; date sunt ei apud Viterbium, 16. februarii, 13. ind.*; derselbe wird als Ueberbringer eines der Mandate aus Orte, Huillard 5,750, genannt. Ist die Angabe genau, so müßte die Kanzlei schon am 16. Febr. zu Viterbo gewesen sein. Die Annahme, daß diese an einem Tage zu Acqua Sparte, am folgenden schon zu Viterbo war und überdies noch die Zeit fand, auf solchem Eilmarsche in Orte Geschäfte zu erledigen, scheint mir unzulässig. Nehmen wir aber Viterbo Febr. 16, da es unabhängig von der Datirung bezeugt ist, als feststehend, so wird sich ein nicht auffallendes Itinerar nur gewinnen lassen durch die Annahme, daß ein oder anderer der vorhergehenden Ortsnamen zu einem frühern Tag gehört.

Zwei andere Fälle würden die umgekehrte Verschiebung ergeben einen noch nicht passenden Ort. Ein Mandat von 1239 Nov. 6, Huillard

5479. ist aus Lodi, wohin der Kaiser nach den ganz genauen Angaben der Placentiner Annalen erst Nov. 7 gekommen ist. Ein anderes aus Parma, Huillard 5,547, hat Dez. 1, wo der Kaiser zu Cremona war, während er dann erst Dez. 5 zu Parma urkundet. Ich möchte auf das Regest für diese Fragen nicht viel Gewicht legen. Es können Schreibfehler in den Tagesangaben eingreifen, weiter bei dem Zusammenfassen mehrerer Stücke unter eine Ortsangabe Versehen bei Anlage des Regests. Doch würden sich gerade hier Verschiebungen in jener Richtung unschwer erklären, wenn wir annehmen, es hätte auch den einzelnen Originalkonzepten die Ortsangabe überhaupt oder doch zuweilen gefehlt. In der Regel werden diese kurzen Mandate an demselben Tage konzipirt oder doch beglaubigt und ausgefertigt sein; die Zufügung der Ortsangabe wird dann dem Reinschreiber, der ohnehin erst die Datirung an üblicher Stelle zuzufügen hatte, überlassen sein; und dann konnte sich leicht eine Störung ergeben, wenn die Ausfertigung erst an einem späteren Tage erfolgte.

460. Es wird endlich für die besprochenen Verhältnisse noch ein weiterer Umstand beachtenswerth sein, nämlich die Stellung der Tagesangabe am Ende der Datirung. Wir sagten § 434, daß beim Auskommen der einfachen Datirung es durchaus Regel war, auf den Ort unmittelbar die Tagesangabe, dann erst die Jahresangaben folgen zu lassen. In allen weiteren Formen der Datirung behauptet der Ort diese Stelle unmittelbar hinter Datum. In der feierlichen Datirung, wo die Jahre unter Actum vorangingen, blieben auch Ort und Tag in unmittelbarer Verbindung. Was konnte nun aber der Grund sein, daß man in der einfachen Formel schon in der Zeit K. Friedrichs I. eine Aenderung traf, welche dann auch später immer maßgebend blieb, indem man auf den Ort unmittelbar das Inkarnationsjahr und die Indiktion folgen ließ, den Tag aber an die letzte Stelle verwies, nur so, daß zeitweise die Indiktion auf ihn folgte? Ich wüßte nicht, wie sich diese Stellung rein zufällig aus der früheren Formel hätte entwickeln sollen. Nehmen wir aber an, daß die Tagesangabe häufig nachträglich im Konzepte angefügt wurde, so erklärt sich das leicht. Es mußte überflüssig erscheinen, auch das Jahr erst später zuzufügen; man mochte anfangs im Konzepte für den Tag eine Lücke lassen oder auch hier den Tag einfach am Ende zufügen, es dem Reinschreiber überlassend, die übliche Folge herzustellen; in dem einen, wie in dem anderen Falle mußte sich natürlich bald eine Gestaltung der Formel herausstellen, welche den Tag überhaupt an das Ende verwies. Bei den früheren Fällen des Folgens der Tagesangabe auf die Jahre wird sich allerdings nicht unmittelbar entscheiden lassen, ob diese Stellung beabsichtigt war oder ob nur der Reinschreiber die Herstellung der üblichen Folge übersah. Gar keinem Zweifel unterliegen kann das bei der Datirung von St. 3626, Cod. Voss. 2,66: *data in curia Mersburch, anno i. d. 1152, ind. 15, regni 1; sum in Christo feliciter, amen; 15. kal. iunii*. Da im Original zu

460] Münster der Tag von derselben Hand geschrieben ist, wie die übrige Datirung, so muß das schon so im Konzepte gestanden haben: und dann kann wegen der Trennung von Jahr und Tag durch das Actum mit Schlufswunsch doch gar nicht zweifelhaft sein, daß diese Anordnung für die Reinschrift nicht beabsichtigt war. Solchen Mißgriffen entging man, wenn der Tag überhaupt an das Ende der Formel gestellt wurde. Und war bis dahin vielleicht die Nachtragung nur des Tages weniger üblich gewesen, so wurde sie gewiß häufiger, sobald die Formel eine Gestalt angenommen hatte, welche diese Nachtragung möglichst erleichterte. Damit würde denn durchaus stimmen, daß seit dem Beginne des dreizehnten Jahrhunderts die durch dieses Vorgehen veranlaßten Verschiebungen häufiger wurden.

Nach allem Gefagten läßt sich meiner Ansicht nach mit so großer Sicherheit, als in solchen Dingen überhaupt erreichbar ist, zunächst für die Kanzlei K. Karls IV. nachweisen, daß die als regelmäßig zu betrachtende Verschiebung des Itinerar dadurch veranlaßt war, daß im Konzepte der Ort sogleich eingetragen, der Tag aber erst mit der Fertigungsformel nachgetragen wurde. Zeigen sich dieselben Verschiebungen in früherer Zeit, so wird um so weniger zu bezweifeln sein, daß sie auf denselben Grund zurückgehen, als wir für manche der maßgebenden Haltpunkte doch auch Belege aus früheren Regierungen anführen konnten. Ganz Entsprechendes schien sich § 433 auch für die Monatsdatirung und feierliche Datirung, dann aber § 347 ff. sogar für die ältere Datirungsform zu ergeben. Handelt es sich da nun auch um sehr verschiedene Zeiten und Formen, so bedarf es doch kaum eines Hinweises, wie sehr dieses Ineinandergreifen der unabhängig von einander gewonnenen Ergebnisse auch die Beweiskraft der für jedes einzelne vorgebrachten Haltpunkte steigern muß.

461. Wir haben uns bisher auf die am häufigsten vorkommende Verschiebung beschränkt, dagegen den umgekehrten Fall der Nennung eines dem Tage nicht mehr entsprechenden Ortes unberücksichtigt gelassen. So weit es sich um das zwölfte und dreizehnte Jahrhundert handelt, würden wir davon nach den mir bekannten Fällen überhaupt absehen dürfen. Was § 459 über solche Fälle im Regest K. Friedrichs II. bemerkt wurde, möchte ich, auch falls es sich nicht um bloße Versehen handeln sollte, für die Verhältnisse der deutschen Kanzlei nicht in Rechnung bringen. Was mir sonst bekannt geworden ist, habe ich § 126 angeführt. Aber es sind vereinzelte Fälle, zum Theil höchst wahrscheinlich auf bloße Versehen zurückzuführen, auch sonst verschieden gestaltet, so daß zufällige Unregelmäßigkeiten zur Erklärung ausreichen, es ganz unwahrscheinlich ist, daß die Art der Beurkundung dazu häufiger Veranlassung bieten konnte.

Das scheint sich nun aber im vierzehnten Jahrhunderte zu ändern. Schon der § 126 erwähnte Fall Reg. Henr. VII. 499 zeigt einen andern Charakter. Für die Zeit K. Ludwigs des Baiern habe ich Reg. Lud.

, xii. ausdrücklich auf solche Verschiebungen hingewiesen. Ich bis dahin, es dürfe sich auch da nur um vereinzelte und unregelmäßige Unregelmäßigkeiten handeln, so wird das nicht mehr zu- gegenüber der großen Zahl von Fällen, welche Huber Reg. clviii. l. nachweist, die fast so zahlreich sind, als die einer Stö- itinerar in umgekehrter Richtung. Nicht anders ist das Ver- ter K. Ruprecht. Die Verschiebungen des Itinerar sind hier end und häufig, daß sich, wie mir Mühlbacher aus Chmels sel mittheilte, Böhmer deshalb an Chmel wandte und ihn zu- rer Vergleichung der Daten aufforderte; aber es ergab sich, daß nicht den Herausgeber die Schuld traf. Nun sind auch ine, wie die andere Richtung der Verschiebung vertreten. Für all mag ein einzelner Nachweis genügen. Der König urkundet 6 bis 9 zu Köln, am 10. zu Bonn, am 11. zu Koblenz u. s. w., seit Febr. 2 zu Nürnberg, wo er bis Ende März verblieb. un Reg. Rup. 92. 94 Nürnberg schon zu Jan. 8, so kann sich- gabe um so sicherer nur auf diesen späteren Aufenthalt be- der König früher nie zu Nürnberg war. Und solche Fälle 1 weiterhin wiederholt.

Suchen wir nach einer Erklärung für diese Erscheinung, so s eben unsere bisherigen Erörterungen nahe legen, an Nach- ; nur des Ortes zu denken. Als vereinzelte Unregelmäßig- das eingegriffen haben, wie wir auch für die ältere Datirung e Beispiele fanden, vgl. § 348. In Reg. Fr. II. 72, Huillard 1,281, im Original: *datum in castris apud . . . 14. kal. nov.* Der- tag den Ort, wo man auf dem Feldzuge lagerte, im Augen- t zu nennen gewußt haben. In folchem Falle mochte dann- Reinschreiber die laufende Ortsangabe eintragen. Weiter- dem § 459 Bemerkten in der sizilischen Kanzlei die Zufügung dem Reinschreiber überlassen seien.

gen ist für die deutsche Kanzlei Nachtragung des Ortes da, um häufiger wiederkehrende Verschiebungen handelt, sicher- nschlag zu bringen. Es wäre einmal ein Zweck derselben nicht. Es widerspricht solcher Annahme die ganze Anordnung der- welche gerade immer den Ort zuerst nennt. Insbesondere- it das Regeß K. Karls IV. weder Fälle, bei welchen wohl der- : aber der Ort vorhanden wäre, noch aber auch nur solche, en der Ort am Ende stände, wie das doch wenigstens bei Nach- n Konzepte sicher zu erwarten seien würde. Und doch müssen- ar. 3090. 3115, wenn da nicht Schreibfehler eingreifen, auch- ungen dieser Art schon auf das Konzept zurückgehen.

Ist Nachtragung des Ortes ausgeschlossen, so scheint mir keine- ung ausreichende Annahme zu erübrigen, als die einer Zu- irung nur des Tages nach der Handlung oder dem- dungsbeehl. Das würde allerdings eine sehr gewagte

463] Annahme seien, wenn wir gleichzeitige Eintragung von Ort und Tag anzunehmen hätten. Aber eben das frühere Ergebniss, dass häufig der Ort sogleich im Konzepte zugefügt, der Tag erst später nachgetragen wurde, lässt die Annahme nicht befremdender erscheinen, als vollständige Zurückdatirung nach der Handlung, wie sie doch zweifellos häufig vorkam. Der beglaubigende Beamte wird dann den Tag nach einem bezüglichen Akte oder etwa nach Vermerken über die Beurkundungsbefehle eingetragen haben, ohne zu beachten, dass er auch den Ort zu ändern habe, wie das um so näher liegen konnte, wenn etwa seine Vorlagen unmittelbar zu den einzelnen Stücken nur den Tag nannten.

Versuchen wir es nun, diese Annahme genauer zu prüfen, so wird vor allem zu fragen sein, ob sie die Erscheinung genügend zu erklären geeignet ist, dass eine Verschiebung, welche im dreizehnten Jahrhundert kaum vereinzelt nachzuweisen ist, im vierzehnten häufig vorgekommen zu sein scheint. Und das dürfte durchaus zu bejahen sein. Wir wiesen nämlich schon § 448 darauf hin, dass Zurückdatirung nach der Handlung im vierzehnten Jahrhunderte überhaupt ungleich häufiger vorgekommen zu sein scheint, als früher. Eben dieser Umstand war es vorzüglich, der mir jene Erklärung nahe legte.

Ich habe dann weiter die mir bekannten Einzelfälle nach dem Gesichtspunkte geprüft, ob Handlung oder Beurkundungsbefehl zu dem Orte passen würden, an dem sich der König an dem in der Urkunde angegebenen Tage befunden haben muss. Viele Fälle gestatten da natürlich überhaupt kein Urtheil. Vereinzelt schien umgekehrt die Handlung nur dem Orte der Beurkundung zu entsprechen. So trifft das zweifellos bei Reg. Kar. IV. 1807. 8 zu, aus Metz 1354 März 13; da muss entweder die Nachricht, der König sei erst März 16 nach Metz gekommen, ungenau sein oder eine unberechenbare Unregelmässigkeit eingreifen. Oder es gehören mindestens die Zeugen sicher zum Orte der Urkunde; so bei Reg. Kar. 2186. 87 aus Regensburg 1355 Juli 21, während der Kaiser erst am folgenden Tage dorthin gekommen sein soll. Aber es würde doch nichts im Wege stehen, anzunehmen, die Zeugen entsprächen der Beurkundung, wenn auch der Tag nach der Handlung zurückdatirt sein sollte. Andere Fälle aber schienen meine Annahme aufs bestimmteste zu bestätigen.

So zweifellos bei Reg. Kar. 1691, Seibertz U. B. 2, 443, von Dez. 19, wo der König zu Mainz war, aber mit dem Orte Trier, wohin er erst im Febr. 1354 kam. Es handelt sich um einen Rechtspruch, der zweifellos zu Mainz erging, da, wie schon Huber bemerkt, auch die als Urtheiler aufgeführten Fürsten und Grossen auf Mainz deuten. Auf nachträgliche Beurkundung ist überdies hingewiesen durch die Angabe, der Rechtspruch sei *nuper* gefällt. Der Fall spricht dann insbesondere wieder dafür, dass ausser dem Orte auch die Jahre sogleich dem Konzepte zugefügt wurden; denn 1354 Ind 7 entsprechen wohl dem Orte Trier, nicht

er dem Tage, während das erst auf den Tag folgende Regnorum 8
iden entspricht.

Hat Reg. Kar. 1105, Bestätigung der Privilegien von Lübeck, 1349
li 28, wo der König nach Krönung seiner Gemahlin zu Aachen war,
er den Ort Köln, wo er vor Aug. 9 nicht nachweisbar ist, so liegt Be-
stimmung des Tages auf die Handlung gewiss sehr nahe.

Sicherer ist wohl ein anderer Fall. Reg. 3949 verleiht der Kaiser
in Probste von Zürich Befugnisse der hohen Gerichtsbarkeit. Das
mühte an und für sich eben so wohl zu Prag, welches die Urkunde nennt,
als zu Nürnberg geschehen seien, wo der Kaiser am angegebenen Tage
63 Apr. 5 sich aufhielt. Finden wir nun aber von demselben Tage
auch zwar aus Nürnberg eine andere, das Landgericht zu Zürich be-
treffende Urkunde, Reg. 3948, so wird bei dem engen Zusammenhange
des Inhaltes nicht zu bezweifeln sein, daß auch bei jener die Handlung
in Nürnberg fällt, nur die Beurkundung zu Prag und zwar nach den
Angaben nicht schon beim nächstfolgenden, sondern bei einem
andern Aufenthalte erfolgte.

Für Reg. Kar. 374. 75 mit Regensburg 1347 Okt. 21, während der
König erst am folgenden Tage in Regensburg eingezogen sein soll,
nimmt schon Huber S. xlix. an, es handle sich um vor der Aufnahme
in die Stadt gemachte Versprechungen, die dann erst in der Stadt aus-
gefertigt wurden. In dieser Richtung dürfte auch die Erklärung zu
liegen sein für einen der auffallendsten dieser Fälle. Reg. 520. 21 be-
steht der König den Bürgern von Speier ihre Rechte im allgemeinen
zu verleihen ihnen außerdem bestimmt angegebene. Die Urkunden
sind von 1347 Dez. 24, wo der König zu Basel war, nennen aber Weissen-
burg, wo er erst 1348 Jan. 2 urkundet, während er Jan. 4 zu Speier ist.
Wir wissen nun allerdings, daß der König erst nach vorhergehendem
Aufkommen in Speier eingelassen wurde. Hier schiene es nun am näch-
sten zu liegen, gerade die Handlung etwa zu Weissenburg zu vermuthen.
Aber die Annahme, der Abschlufs sei schon zu Basel mit Boten der
Stadt erfolgt, es seien dann zu Weissenburg nur die Urkunden ausge-
fertigt, dürfte sich hier durch einen besondern Umstand durchaus recht-
fertigen. Der König verließ Dez. 26 Basel unerwartet, mit geringem
Aufolge und reist dann sichtlich rasch ohne weiteren Aufenthalt nach
Speier. Das laßt doch ganz sicher darauf schließen, daß der König
schon zu Basel wußte, daß er ohne Anstand in Speier werde aufge-
nommen werden.

Ein besonders auffallender Umstand ergibt sich bei Reg. Kar. 3358,
der Ausfertigung mit Mainz 1360. Okt. 9, was einer Reihe anderer
Urkunden entspricht. Aber im Konzept, Glasey 631, ist sonderbarer-
weise zu demselben Tage Nürnberg genannt. Das wäre an und für sich
etwas auffallender Schreibfehler. Es kommt nun aber hinzu, daß
dieses Stück im Regeft unter solchen von April 1361 aus Nürnberg steht,
während, wie § 457 bemerkt, sich auch wohl anderweitig zu ergeben

463] scheint, daß die Urkunden in der Folge ihrer Konzipirung in das Regest eingetragen wurden. Vielleicht wäre auch zu beachten, daß die Fertigung: *ad relacionem sculteti in Oppenheim Henricus de Wesalia*, sich gerade in dieser Verbindung ausserdem nur noch Reg. 3641. 58 aus Nürnberg 1361 Apr. 15 und 18 findet, während beide Personen vereinzelt allerdings auch zu Mainz vorkommen. Ist die Urkunde wirklich erst zu Nürnberg konzipirt, so liesse sich der Fall wohl nur so erklären, es sei im Konzept zunächst nur der Tag auf die Handlung zurückdatirt, dann aber vor der Ausfertigung noch bemerkt, daß nun auch der Ort zu ändern sei.

Beachtenswerther auch wegen seines sachlichen Interesse ist ein anderer Fall. Bereits § 102 wurde auf Reg. Lud. 469, Oberbayer. Arch. 23, 152, von 1322 hingewiesen mit: *der geben ist ze velde bi Oettingen vor unferm streit — des nehten pfinstags vor Michahelis*, also Sept. 23. Die Zurückdatirung wenigstens des Tages kann hier gar keinem Zweifel unterliegen, da der Mühldorfer Streit erst Sept. 28 stattfand. Wie steht es nun aber mit dem Ort? Nach der ganz bestimmten Angabe der im Original vorliegenden Urkunde konnte Weech, Forsch. zur D. Gesch. 4, 93, nicht wohl zu einer andern Annahme gelangen, als daß K. Ludwig von Regensburg herkommend, zunächst nach Oetting, also über den Inn zog, während die Oesterreicher zu Mühldorf standen, daß er dann von Oetting aus, also nach Rücküberschreitung des Inn, am linken Ufer der Isen hinaufgezogen sei, um nun in der Richtung seines ursprünglichen Anmarsches von Regensburg her nach Ueberschreitung des Flusses den Kampf zu beginnen. Daß das den Thatfachen entspricht, ist doch schwerlich anzunehmen, sobald einmal zugegeben ist, daß auch in echten Urkunden Tag und Ort sich nicht immer entsprechen. Es kommt nun hinzu, daß wir aus den Geschichtschreibern wissen, vgl. Forsch. zur D. G. 3, 73, daß K. Ludwig noch am Tage des Sieges die Wahlstatt verließ und nach Oetting ging, weil er den heranziehenden Herzog Leopold fürchtete; eine ganz begreifliche Bewegung, da er zu Oetting durch den Inn gedeckt war. Der Aufenthalt zu Oetting am Schlachttage selbst wird weiter bestätigt durch eine schlesische Urkunde, Reg. Lud. Reichs. 412. Aber sonderbarerweise auch durch eine Notiz eben über unsere Urkunde aus der Registratur K. Ludwigs, Oefele Scr. 1, 741: *Nota quod dominus rex dedit monasterio — pervenit. Datum Monaci. Datum in campis ante Oetingam feria tertia ante Michahel a. d. 1322*. Ich überzeugte mich, daß der Druck die Vorlage genau wiedergibt. Unter andern Verhältnissen würde man da zweifellos ein Versehen anzunehmen haben. Aber mit Rücksicht auf das Gesagte wird kaum zu bezweifeln sein, daß der Registrator einen aus Oetting Sept. 28 datirten Text vorliegen hatte. Da die Ausfertigung nicht stimmt, so wird das das Konzept gewesen sein; wir suchten ja ohnehin § 207 nachzuweisen, daß auch unter K. Ludwig wohl nach dem Konzepte registrirt wurde. Dann müßtenachtraglich die Tagesangaben nach Handlung oder Beurkundungs-

befehl oder auch willkürlich geändert, der Ort aber belassen seien; solche Änderungen der Tagesangabe des Konzept, allerdings in umgekehrter Richtung, wurden ja auch § 454 nachgewiesen. Wollte man es etwa vermeiden, selbst den Umstand zu bezeugen, daß die Wahlstatt der Sitte niemals nicht behauptet sei? Eine weitere Schwierigkeit bietet dann noch das *datum Monaci*. Es unterstützt doch gar sehr die Angabe Aventins, der verlorne Fürstenfelder Aufzeichnungen benutzte, vgl. Mayr Kritik der Fürstenf. Geschichtsq. 46, daß der König schon zu München die Schenkung an Fürstenfeld machte und dann von da gegen Mühldorf zog. Es mag das Konzept schon zu München gefertigt oder später zuerst Datirung nach der Handlung beabsichtigt gewesen sein; jedenfalls gibt sich auch hier wieder ein Beleg für die Eintragung zunächst nur des Ortes in die Konzepte; vgl. § 455.

Mögen die letztbesprochenen Fälle Bedenken erregen, so würde es kaum an weiteren fehlen, bei welchen sich bei entsprechender Verschiebung Beziehung nur des Tages auf die Handlung durchaus wahrscheinlich machen ließe.

464. Der Umstand, daß, wie ich glaubte annehmen zu müssen, zu dem im Konzepte befindlichen Orte bald der spätere Tag des Ausfertigungsbefehles, bald der frühere der Handlung oder des Beurkundungsbefehles nachgetragen wurde, würde allerdings überall ausreichen, um die kleineren Verschiebungen des Itinerar zu erklären. Aber es wird doch auch anderes eingegriffen haben; insbesondere möchte ich noch Datirung in Abwesenheit des Königs in Rechnung bringen.

Ich habe dabei nicht zunächst Fälle im Auge, wie ich sie § 129 für frühere Zeiten besprach, bei welchen der König überhaupt an der Beurkundung unbetheiligt war, die Urkunde in seinem Namen von einem zu Bevollmächtigten ausgestellt wurde. Auch solches Vorgehen wurde dieser späteren Zeit üblicher. Eine Reihe Fälle für K. Johann von Böhmen führte ich Reg. Lud. Add. III., xiii, für Herzog Rudolf von Oesterreich Sitzungsber. 69, 298 an. Das nimmt auch Huber Reg. Kar. li. für Reg. 1245. 5777 an, während wohl noch andere, bei denen er den Grund nicht angibt, so etwa Reg. 4830 ff. 4933. 5767, der Sachlage nach dahin gehören dürften. In solchen Fällen liegt überhaupt keine Verschiebung des Itinerar des Königs vor, da dieser an der Beurkundung unbetheiligt ist; Ort und Tag stimmen, bezeichnen nur nicht den Aufenthalt des Königs. Wo der König in der Nähe war, wird das nicht leicht vorgekommen sein; die Störungen des Itinerar sind in solchen Fällen so bedeutend, daß sie nicht leicht irre leiten können.

Aber es wird noch ein anderer Umstand zu beachten sein. Im Allgemeinen war die Kanzlei zweifellos immer in der Umgebung des Königs, auch auf den Feldzügen. Aber es wird doch auch vorgekommen sein, daß, wenn der König vom Orte eines längeren Aufenthaltes aus kürzere Ausflüge unternahm oder es im Felde zu Operationen kam, denen man nicht gern Nichtstreitbare in größerer Zahl, als nothig

464] war, mit sich führte, die Kanzlei oder doch ein Theil derselben zurückblieb. Hatte nun der König Beurkundungsbefehle ertheilt, so wird seine Abwesenheit nicht abgehalten haben, dieselben auszuführen und bei der Datirung den Ort anzugeben, an dem diese erfolgte. Daraus konnten sich dann kleine Verschiebungen ergeben, die allerdings an und für sich auch in den früher besprochenen Umständen ihre ausreichende Erklärung finden würden. Aber zuweilen scheinen die besonderen Umstände bestimmter gerade auf die hier vermuthete Sachlage hinzuweisen.

K. Karl war 1353 seit Okt. 25 zu Hagenau. Von da aus besuchte er nach dem genauen Bericht der Fortsetzung des Mathias von Neuenburg am 6. Nov. den zu Molsheim südwestlich von Straßburg krank liegenden Bischof von Straßburg, liefs am 7. Nov. zu Haslach das Grab des h. Florentius öffnen, besuchte dann die Klöster Andlau und Erstein und kehrte über Straßburg nach Hagenau zurück, wo er Nov. 10 urkundet, um dann nordwärts nach Speier zu ziehen. Handelt es sich um einen rasch abgemachten Ausflug mit Rückkehr an den Ausgangspunkt, so ist gewifs nicht anzunehmen, dafs die ganze Kanzlei denselben mitmachte. Sind nun Reg. Kar. 1650. 51 aus Hagenau eben Nov. 6 und 7 datirt, so liegt gewifs die Annahme einer Datirung in Abwesenheit des Königs näher, als die einer Verschiebung.

Huber macht Reg. Kar. xlix. darauf aufmerksam, dafs die Urkunden aus Prag und Karlstein sich oft in so auffallender Weise kreuzen, dafs man nicht annehmen könne, K. Karl habe den Aufenthalt so oft und so rasch gewechselt. Auch da scheint mir die nächstliegende Erklärung, er habe sich in der Regel nur von einem Theile der Kanzlei nach Karlstein begleiten lassen, während der andere zu Prag zurückblieb.

Ebenso habe ich bereits Reg. Lud. Add. III., xi., das auffallende Itinerar 1316 März 9. 10 Nürnberg, 23. 29 vor Herrieden, 31 Nürnberg, Apr. 1 vor Herrieden, 7 Nürnberg, 8 vor Wahrberg zu erklären gesucht; während der Belagerungen dürfte ein Theil der Kanzlei zu Nürnberg zurückgeblieben sein. Entsprechendes könnte der Fall sein, wenn Reg. Kar. 3278. 79 von Eßlingen 1360 Aug. 31 datirt sind, wo der Kaiser Schorndorf belagerte, von wo denn auch Urkunden desselben Tages datirt sind.

465. Die Mehrzahl der Störungen des Itinerar läfst sich zweifellos auf Umstände zurückführen, die durch das Vorgehen bei der Beurkundung bedingt waren und sich daher wiederholt in derselben Richtung geltend machten. In Einzelfällen konnten freilich ganz zufällige Mißgriffe eingreifen. Um auch dafür aufer den ohnehin für andere Zwecke schon besprochenen Fällen noch einen Beleg anzuführen, mag es genügen auf den Umstand hinzuweisen, dafs Reg. Kar. 1552, worin der König dem Rathe von Straßburg seine nach allen Nachrichten erst im Juni vollzogene Vermählung anzeigt, im Originale von 1353 Mai 4

datirt ist. Die Veranlassung wird mit Huber darin zu suchen seien, daß **Reg. 1553** mit derselben Datirung, worin der König dem Rathe die zu **Ende** April gefeierte Hochzeit seiner Tochter anzeigt, erst nach seiner **eigenen** Vermählung abgeschickt und dann aus Versehen auch die **Anzeige** dieser mit demselben Datum versehen wurde. Wäre uns nicht **zufällig** auch dieses zweite Schreiben erhalten, so würde sich kaum auch **nur** eine Vermuthung aussprechen lassen, wie ein so auffallender **Widerspruch** sich habe ergeben können. Der Fall dürfte durchaus **geeignet** **erscheinen**, unsere Untersuchungen über die großen, kleinen oder auch **vermeintlichen** Sünden der Kanzlei würdig abzuschließen.

SCHLUSSBEMERKUNGEN.

EINZELERGEBNISSE.

466. Das Hauptergebnis unserer Untersuchungen werden wir dahin zusammenfassen dürfen, daß sich auch in der echten und unverfälschten Urkunde die mannichfachsten Widersprüche finden können, weil sich bei genauerer Erwägung des Entstehungsvorganges der Urkunden ergibt, daß bei diesen ein Zusammenstimmen aller Angaben auf ein und denselben Zeitpunkt, wie wir es voraussetzen gewohnt sind, überhaupt nicht immer beabsichtigt war, daß andererseits aber auch da, wo es in der Absicht lag, der Gang der Beurkundung sehr häufig dazu führen konnte, daß diese Absicht nicht zur Geltung gelangte, thatsächlich dennoch die einzelnen Angaben durch sehr verschiedene Zeitpunkte bestimmt wurden. Dieses Hauptergebnis so mühevoller und ermüdender Untersuchungen, wie sie da allein zum Ziele führen konnten, glaube ich für genügend gesichert halten zu dürfen. Die Masse der ineinandergreifenden Erscheinungen ist zu groß, das Zutreffen der auf diesem Wege versuchten Lösung in vielen Fällen zu augenscheinlich, als daß ich das irgend bezweifeln möchte. Es werden mir sehr viele unhaltbare Annahmen, sehr viele Mißgriffe der verschiedensten Art nachgewiesen werden dürfen, ohne daß deshalb auch jenes Hauptergebnis schon als unhaltbar erscheinen müßte. Anders verhält sich das freilich mit den Einzelergebnissen. Wie sehr diese noch der Richtigstellung und Ergänzung bedürfen, davon ist niemand mehr überzeugt, als ich selbst. Aber für nächste Zwecke werde ich freilich vorläufig annehmen müssen, mit meinen Annahmen auch da das Richtige getroffen zu haben.

467. Wenn ich es für zweckmäßig halte, nochmals auf die Einzelergebnisse in zusammenhängender Darlegung zurückzugreifen, so liegt der Grund in dem von mir eingehaltenen Gange der Untersuchung. Für die von mir beabsichtigte Beweisführung hätte sich der Weg einschlagen lassen, von den einzelnen Arten der Widersprüche auszugehen, welche sich in den Urkunden finden, für jede zu erwägen und zu untersuchen, wie sie sich so habe gestalten können. War ein erster Entwurf der Arbeit in dieser Weise geordnet, so werde ich die

Gründe nicht anzugeben haben, die ihn bald als unzweckmäßig erscheinen ließen. Ich sah mich auf den andern Weg hingewiesen, den Gang der Beurkundung in seinen einzelnen Stadien zu verfolgen, bei jedem zu erwägen, welche Angaben der Urkunde durch dasselbe beeinflusst seien und wie sich daraus Widersprüche zu andern Angaben ergeben konnten. Dabei stellte sich dann häufig heraus, daß ein und derselbe Widerspruch sehr verschiedene Erklärungen zulasse. Und nicht das allein; auf Fälle, welche ich zunächst in dieser oder jener Weise zu erklären suchte, bin ich wohl zurückgekommen, um selbst die früher gegebene Erklärung als die unwahrscheinlichere zu bezeichnen. Bei einer Arbeit, bei der die Grundlage noch eine so unsichere, bei der es so schwer ist, den gesammten Stoff jederzeit genügend zu beherrschen, wird natürlich noch während der Zeit der Drucklegung die Auffassung mancher Einzelheiten sich ändern müssen. Aber es war das nicht gerade überall der Grund; es war da vielfach das aus andern Gründen sich empfehlende Vorgehen bei der Untersuchung maßgebend. Begann ich mit dem Gegensatze zwischen Handlung und Beurkundung als dem klarsten und unbestrittensten, so ging ich sogleich auf alle Widersprüche und Einzelfälle ein, welche möglicherweise durch ihn unmittelbar oder mittelbar beeinflusst sein konnten, ohne daß ich selbst das überall als zutreffend betrachtet hätte; aber es schien mir von Werth, sogleich möglichst viele verwandte Erscheinungen zusammenzustellen, bei denen auf eine scharfe Scheidung nach den den Widerspruch begründenden Ursachen doch verzichtet werden mußte. Umgekehrt sind Fälle, welche mir erst während des Druckes bekannt wurden, wohl erst in die Sprache gebracht, wo die Untersuchung auf den bezüglichen Widerspruch zurückführte, obwohl die Entstehung desselben im Einzelfalle wahrscheinlicher auf eine schon früher besprochene Ursache zurückgeht.

Jener Gang der Untersuchung wird es nun allerdings sehr erschweren, die Einzelresultate zu übersehen und bei der Beurtheilung von Einzelfällen zu verwerthen. Denn bei diesen wird es sich in der Regel um die Beantwortung der Frage handeln, wie sich dieser oder jener Widerspruch auch bei Annahme der Echtheit der Urkunde erklären läßt, während sich da nur selten Gelegenheit bieten dürfte, die Frage zunächst dahin zu stellen, was dieses oder jenes Vorgehen bei der Beurkundung für Widersprüche zur Folge haben konnte. Aus diesem Grunde wird es sich empfehlen, die Resultate unserer Untersuchungen nochmals in anderem Zusammenhange übersichtlich darzulegen, indem wir von den einzelnen in den Urkunden vorkommenden Widersprüchen ausgehen und unter Zurückverweisung auf die früheren Erörterungen anzuzeigen, auf welche Weise sich dieselben danach gestaltet haben können. Nicht gerade alle, aber die meisten dieser Widersprüche beziehen sich auf die Zeitverhältnisse, insofern einzelne Angaben ein Zufrüh oder ein Zu spät beim Vergleiche mit andern zu ergeben scheinen. Als den festen

467] Punkt, auf den wir das Zufrüh oder Zuspät beziehen, werden wir, wo schärfere Scheidung nöthig ist, den Tag behandeln, der in der Datirung bezeichnet ist oder doch der ganzen Sachlage nach sichtlich bezeichnet werden sollte.

468. Versuchen wir es, die nach Maßgabe unserer Erörterungen mit Echtheit der Urkunde vereinbaren Widersprüche aufzuzählen, so wiesen wir zunächst mehrfach auf Widersprüche hin, welche sich aus den Verhältnissen der Schrift ergeben können. Sie bilden insofern den Ausgangspunkt für die gesammte kritische Würdigung der Diplome, als wir jedes Stück für unbedingt echt zu halten haben, dessen Schrift nicht allein zeitgemäß, sondern auch in dem Sinne kanzleigemäß ist, daß uns die Hand, welche das Ganze oder mindestens einzelne Theile, vgl. Sickel Schw. Kaiserurk. 7, fertigte, als die eines in der königlichen Kanzlei beschäftigten Schreibers bekannt ist; vgl. § 4. Dagegen wird es die Echtheit nicht nothwendig ausschließen, wenn in einem angeblichen Original die Schrift weder kanzleigemäß, noch auch nur zeitgemäß ist.

So lange es sich nur um die Zeitgemäßheit der Schrift handelt, werden Fälle, daß der Charakter der Schrift nur einer früheren Zeit entspricht, allerdings nicht leicht vorkommen. Bei von ein und derselben Hand gefertigten Urkunden würde das Vorausdatirung voraussetzen, wie dieselbe nach § 127 allerdings vorkam, aber schwerlich für einen auch nur annähernd so bedeutenden Zeitraum, daß die Schrift der angegebenen Zeit überhaupt nicht mehr würde entsprochen haben. Finden wir dann weiter, daß einzelne Theile der Urkunde wohl vorausgefertigt wurden, so wird es sich doch auch da nicht leicht um solche Zeitabstände gehandelt haben, daß der Schriftcharakter einzelner Theile schlechtweg als nicht mehr zeitgemäß bezeichnet werden könnte, wenn auch die Möglichkeit nach dem § 279 über St. 2482 Gefagten nicht gerade in Abrede zu stellen wäre. Würde es sich dagegen um den individuellen Schriftcharakter handeln, so wären diese Verhältnisse allerdings in Rechnung zu bringen; so würde es sich aus der häufigen Nachtragung des Schlußprotokolles überhaupt, § 263, oder doch der Datirung, § 293, sehr leicht erklären, wenn sich etwa ergäbe, daß der Text von einem Schreiber herrühre, von dem wir wüßten, daß er zur Zeit der Datirung schon verstorben oder doch nicht mehr in der Kanzlei beschäftigt gewesen wäre.

Häufig ist dagegen der Fall, daß die Schrift den Charakter einer spätern Zeit zeigt. Der Umstand, daß die Datirung einer langvergangenen Handlung, § 100 ff., oder den verschiedensten früheren Stufen der Beurkundung, § 306 ff., entsprechen kann, würde allerdings ausreichen, um Fälle zu erklären, bei denen sich etwa ergäbe, daß die Schrift einem Schreiber angehört, der zur angegebenen Zeit nicht mehr in der Kanzlei beschäftigt war; während es sich doch auch da nicht leicht um einen so bedeutenden Abstand handeln würde, daß die Schrift

überhaupt nicht mehr als zeitgemäß erschiene. Beachtenswerther ist der Umstand, daß nicht gerade selten ältere Urkunden von der dazu befugten Gewalt unter Belassung der früheren Datirung und ohne das Verhältniß kenntlich zu machen, neuausgefertigt wurden, § 158. 166. 171. Gesah das noch durch den ursprünglichen Aussteller, so mag das nur bezüglich etwaiger Schlüsse aus dem individuellen Charakter der Schrift zu beachten sein. Aber es finden sich doch auch Fälle, daß solche Neuausfertigungen erst nach so langer Zeit entstanden, daß die Schrift überhaupt nicht mehr als zeitgemäß erscheinen konnte. Dasselbe konnte der Fall sein, wenn ältere Urkunden später unbefugterweise unter Beibehaltung der Merkmale einer Urschrift nachgebildet wurden; und so verdächtigend ein solches Vorgehen auch sein mag, so wird nach § 16 doch nicht zu bezweifeln sein, daß dabei oft jede fälschende Absicht fehlte, eine echte Urkunde durchaus getreu wiedergegeben wurde.

Endlich wird auch abgesehen von den Zeitverhältnissen in echten Urkunden die Schrift überhaupt nicht kanzleigemäß sein können, weil es nach § 164 erweislich vorkam, daß die Reinschrift vom Empfänger selbst hergestellt und der Kanzlei nur zur Zufügung des Protokoll oder auch nur zur Besiegelung eingereicht wurde.

469. Bezüglich der Formeln werden wir in der echten Urkunde im allgemeinen verlangen, daß dieselben dem zeitweiligen Gebrauche der Kanzlei entsprechen; und Fehlgriffe bezüglich der Formeln dürften das Kennzeichen sein, an welchem sich Fälschungen im allgemeinen am leichtesten verrathen. Finden wir Formeln, welche überhaupt zu keiner Zeit dem Kanzleigebrauche entsprachen, so wird das in der Regel auf selbstständige Fälschung schließen lassen, § 8. Finden wir Formeln, welche zwar an und für sich kanzleigemäß, aber erst in späterer Zeit üblich waren, so wird das auf den häufig vorkommenden Fall einer Fälschung angeblich früherer Entstehungszeit nach einer späteren echten Vorlage schließen lassen, § 9, womit zusammenhängt, daß das anscheinend früheste Vorkommen einzelner Formeln nicht selten gerade Urkunden trifft, die ohnehin verdächtig sein würden, vgl. etwa § 319 382. 394. Umgekehrt wird die Zeitgemäßeheit der Formeln, zumal solcher, welche nur kürzere Zeit in Gebrauch waren, eines der sichersten Kennzeichen sein, daß die Urkunde, wenn nicht überhaupt echt, mindestens auf einer echten Vorlage beruht, wie wir das mehrfach, so § 7. 118 Anm. 288. 379. 438, geltend machten.

Aber das Gesagte leidet doch auch Ausnahmen. Der Fall wird freilich selten in Rechnung zu bringen sein, daß in einer echten Urkunde Formeln vorkommen könnten, welche erst in erheblich späterer Zeit in Gebrauch waren. Finden wir auch die willkürlichsten Abweichungen von den gebräuchlichen Formeln, § 8, so ist nicht wohl denkbar, daß bloße Willkür durch Zufall gerade auf eine erst später übliche Gestaltung geführt haben könne; daran werden wir festhalten dürfen, daß die Urkunde, wie sie vorliegt, nicht früher entstanden sein kann, als die

469] bezügliche Formel in Gebrauch war. Aber freilich wird uns die Datirung nicht gerade die Entstehungszeit des Schriftstückes bezeichnen müssen. Handelt es sich um einen bedeutenden Zeitabstand, so wäre wohl nur an Neuausfertigung zu denken; und wird man bei einer solchen auch in der Regel keine Veranlassung genommen haben, gerade an den Formeln der früheren Ausfertigung etwas zu ändern, so könnte da immerhin eine erst später gebräuchlich gewordene Wendung Eingang gefunden haben; würde es um die Echtheit der § 171 besprochenen St. 35, sonst besser bestellt sein, so würde der für K. Otto I. allerdings nicht zulässige Ausdruck *Romanorum imperator* sich füglich daraus erklären lassen. Neuausfertigung nach längerer Zeit wird allerdings als eine nur ganz vereinzelt vorkommende Unregelmäßigkeit zu betrachten sein. Andererseits haben die meisten Formeln sich so allmählig umgestaltet, daß Beziehung der Datirung auf die Handlung oder ein frühestes Stadium der Beurkundung in der Regel keinen so bedeutenden Zeitabstand begründen wird, daß die Formeln sich mit Sicherheit als ihr nicht mehr entsprechend bezeichnen ließen. Aber freilich nicht ausnahmslos. Zuweilen laßt sich die Zeit des Aufkommens einer Formel so genau bestimmen, daß der Schluß durchaus gerechtfertigt ist, einige Jahre oder selbst Monate früher ist die Formel noch nicht zulässig; so etwa bei dem § 103 besprochenen St. 1095 von 992, während die Formel des Signum mit *caesar augustus* erst 999 paßt; oder bei dem § 262 besprochenen St. 3709, wo das *semper augustus* für den Mai 1155 durchaus unzulässig erscheinen muß, während es einige Monate später keinen Anstand erregen würde. Freilich müssen solche Diplome deshalb nicht unecht sein; bezieht sich die Datirung auf die Handlung oder eines der früheren Stadien der Beurkundung, so findet der Umstand seine ganz ausreichende Erklärung.

Ungleich häufiger ist der Fall, daß uns in ganz unverdächtigen Urkunden Formeln begegnen, welche im allgemeinen längst nicht mehr in Gebrauch waren. Mag da für die Reichskanzlei die Benutzung veralteter Formulare, § 154, weniger in Anschlag zu bringen sein, so verliert der Umstand alles Auffallende, wenn wir uns, an die häufige Benutzung älterer Vorurkunden, § 174. 177, erinnern.

Aber auch Formeln, die überhaupt zu keiner Zeit kanzleigemäß waren, werden oft kein Bedenken erregen dürfen. Zu Zeiten, so unter K. Lothar III. oder K. Otto IV., finden wir überhaupt die größte Willkür im Gebrauche der Formeln, weil Notare verwandt wurden, die ihre Schule nicht in der Reichskanzlei gemacht hatten, an die Formen der Privaturkunden gewöhnt waren und diese in die Königsurkunden übertrugen, während sie dann andererseits wohl wieder betruht waren, sich den in diesen bisher üblichen Formeln anzuschließen. Da wird man freilich sagen können, daß eben diese Formlosigkeit zeitweise kanzleigemäß geworden war. Aber vereinzelt finden sich solche Erscheinungen auch in Zeiten, wo der Brauch der Kanzlei selbst im allgemeinen

durchaus feststehender war. Einmal rühren insbesondere in Italien Urbriefungen von Handlungen und Willensäußerungen des Königs, auch wenn dieselben nicht in Form eines bloßen Instrument, sondern als Diplom gegeben werden sollten, oft nicht von den Schreibern der Reichskanzlei, sondern von den Notaren des Hofgerichts oder auch sonstigen Notaren her, § 116. 187. 405, welche mit den Formen der Kanzlei nicht vertraut und an eine ganz andere Art der Beurkundung gewöhnt waren. Weiter aber sind nach § 164 die Urkunden wohl von den Emängern selbst konzipirt worden und es wurde dann das mit mehr oder weniger Geschick der Form königlicher Diplome angepasste Konzept der Kanzlei lediglich ausfertigt.

Endlich wird zu beachten sein, daß die Formeln nicht selten zwar durchaus kanzleigemäß sind, aber sichtlich der Sache nicht entsprechen. Man hielt an der einmal gewohnten Formel fest, auch wenn das Vorstehen, auf das die Formel ursprünglich berechnet war, im Einzelfalle ein anderes war oder auch wohl im Laufe der Zeit sich überhaupt geändert hatte. So kann eigenhändige Unterzeichnung des Königs angeordnet sein, während der Vollziehungsstrich sichtlich vom Zeichner des Monogramms herrührt, § 228; die Unterschriften sollten der Fassung der Formel nach eigenhändige sein, während sie doch zweifellos von der Hand des Schreibers der gesammten Urkunde herrühren, § 131; er sich nach der Fassung selbst als Rekognoszent Bezeichnende wird die Urkunde vielleicht nie gesehen haben, § 285 ff.; es ist von Uebergabe der Urkunde die Rede, wo man nur die für sie verantwortliche Kanzleiperson bezeichnen wollte, § 328. Insbesondere wird in dieser Richtung nicht vorausgesetzt werden dürfen, daß die verschiedenen Darstellungsformeln der ursprünglichen Bedeutung immer genauer entsprechen. Man leitet die Datirung mit dem ursprünglich der Handlung entsprechenden Actum auch in Fällen ein, wo sie doch der nachträglichen Beurkundung entspricht, § 44. 101. 334 ff. 410. 427. 440; man läßt bei Datum nicht bloß die ursprüngliche Beziehung auf die Uebergabe, § 313 ff., außer Augen, sondern gebraucht es selbst da, wo die Angaben sich überhaupt nicht auf die Beurkundung, sondern auf eine frühere Handlung beziehen, § 51. 102. 113. 440; man gelangt durch die Willkür im Gebrauche der Ausdrücke zur Einleitung der Formel mit Actum et datum, § 442, während doch beide Ausdrücke in den bei weitem meisten Fällen überhaupt nicht ein und demselben Tage entsprechen können. So lange aber die Formeln selbst dem zeitweiligen Kanzleigebrauche entsprechen, werden solche innere Widersprüche ganz unbedenklich erscheinen müssen.

470. Wenden wir uns zu den einzelnen Theilen der Urkunde, so kann das Eingangsprotokoll nur dadurch Anlaß zu Widersprüchen geben, daß in ihm der Aussteller genauer bezeichnet ist, § 255. Bei einer echten Urkunde sind wir gewohnt vorauszusetzen, daß der Aussteller zu der in ihr genannten Zeit lebte, die den angegebenen Titeln

470] entsprechende Stellung bekleidete und sich am angegebenen Tage am angegebenen Orte aufhielt. Aber als ausnahmslose Regel haben wir das nicht zu betrachten.

Es kann einmal die Bezeichnung des Ausstellers nur noch zu einer früheren Zeit passen, weil er etwa noch als König bezeichnet ist, obwohl das Diplom aus der Kaiserzeit datirt ist, oder weil er zur angegebenen Zeit schon verstorben war. Das kann seine Erklärung finden in Benutzung eines vorausgefertigten Eingangsprotokolles, § 257; oder darin, daß man zu einem in der Königszeit oder unter dem Vorgänger gefertigten Texte später das Schlußprotokoll der Kaiserzeit oder des Nachfolgers nachtrug, § 266. 268. 279. Oder es kann sich auch aus Neuausfertigung erklären, bei der man eine frühere Urkunde im allgemeinen, insbesondere auch bezüglich des Eingangsprotokolles, gleichlautend wiederholte, nur das Schlußprotokoll oder doch die Datirung der Zeit der Neuausfertigung anpaßte, § 158. 169. 171.

Umgekehrt kann die Bezeichnung des Ausstellers erst einem späteren Zeitpunkte entsprechen, weil sie nach der Beurkundung, die Datirung aber nach der Handlung bestimmt wurde und diese noch in die Königszeit, § 103. 107, oder unter den Vorgänger fiel, § 50. 157; weil das Eingangsprotokoll erst später nachgetragen, § 260, oder umgekehrt ein in der Königszeit vorausgefertigtes Schlußprotokoll benutzt wurde, § 262; oder auch weil man eine ältere Urkunde unter laufendem Protokoll, aber mit Beibehaltung der früheren Datirung neuausfertigte, § 168.

Aber auch ohne daß es sich um ein Zufrüh oder Zuspat handelt, kann sich vereinzelt ein Widerspruch zwischen Aussteller und Text daraus ergeben, daß aus Versehen dem Texte das ganze Protokoll, § 260 oder doch das Schlußprotokoll, § 269, eines anderen gleichzeitigen Herrscher zugefügt oder ein vorausgefertigtes Protokoll desselben benutzt wurde, § 262. Es konnten sich weiter Widersprüche daraus ergeben, daß die Urkunde überhaupt nicht vom angeblichen Aussteller herrührt, sondern von Anderen in seinem Namen ausgestellt wurde, § 129, oder doch die Vollendung der Beurkundung in seiner Abwesenheit erfolgte, § 270. 464, wobei sich dann insbesondere ein Widerspruch zwischen Aussteller und der überhaupt nicht durch einen Aufenthalt dieses bestimmten Ortsangabe ergeben mußte, während wir in anderer Verbindung auf die zahlreicheren Fälle zurückkommen werden, bei denen die Ortsangabe zwar durch einen Aufenthalt des Ausstellers bestimmt ist, aber die Voraussetzung nicht zutrifft, daß derselbe auf den angegebenen Tag fiel.

471. Der Text der Urkunden zeigt oft innere Widersprüche der verschiedensten Art, während in anderen Fällen Angaben desselben mit dem Protokoll, insbesondere der Datirung, unvereinbar zu sein scheinen.

Die Anordnung des Textes ist in der Regel wenigstens in Dipl.

nen eine festbestimmte. Aber häufig finden wir dieselbe auch in solchen Diplomen nicht eingehalten, an deren Konzipirung in der Reichskanzlei doch nicht zu zweifeln ist. Es wird das insbesondere darauf zurückzuführen sein, daß man es unterließ, nachträgliche Zusätze an der ihnen zukommenden Stelle einzufügen, sie insbesondere am Ende liefs und damit die kerkömmliche Anordnung störte, § 215 ff.

Bezüglich der Fassung der Texte findet sich ein durchgreifender Unterschied, jenachdem derselbe, wie das bei Diplomen regelmässig der Fall war, als ein vom Aussteller selbst unmittelbar abgegebenes Zeugnis gefasst ist, oder aber als ein Bericht des Schreibenden über das, was die Person, deren Zeugnis fixirt werden soll, gethan oder verfügt hat. Sollten wir aber in ein und derselben Urkunde nur das eine oder das andere erwarten, so ergibt sich auch wohl ein Schwanken der Fassung, ein Ueberspringen von der ersten auf die dritte Person wegen des Einflusses von Vorurkunden, § 160. 173, oder weil der Empfänger das Stück selbst konzipirte und nicht überall genügend beachtete, daß es nicht ein eigenes Zeugnis, sondern das eines Anderen zu entwerfen sei, § 164. 165. Dieselben Ursachen konnten dann noch zu manchen sonstigen Ungewöhnlichkeiten der Fassung führen, § 164. 173, wofür insbesondere auch die Benutzung von Akten, § 187. 189, in Rechnung ziehen sein wird.

Sollten wir weiter bezüglich der Fassung erwarten, daß dieselbe sich der vergangenen oder der gegenwärtigen Zeit bedient, jenachdem die vorhergehende Handlung bezeugt werden soll oder eine sich erst durch die Urkunde vollziehende, so ist das wenig beachtet, § 89; und wenn die ausdrückliche Betonung der Vergangenheit auch in der Regel der nachträgliche Beurkundung schliessen läßt, so trifft auch das wegen des Einflusses, den Formulare und Vorurkunden üben konnten, nicht immer zu, § 90.

Wenden wir uns zum Inhalte des Textes, so ergeben sich überhaupt häufig scheinbare Widersprüche in der Richtung, daß der Text Angaben enthält, welche nur einem früheren Zeitpunkte entsprechen, etwa Personen als lebend erwähnt, welche zu der in der Datirung angegebenen Zeit schon verstorben waren, oder in Stellungen, welche sie nicht mehr einnahmen. Das kann insofern überhaupt kaum auffallen, da die Angaben des Textes sich auf die frühere Handlung beziehen, dagegen die Datirung in der Regel der nachträglichen Beurkundung entspricht, § 44. 86 ff. 90. 101. War das Vorgehen ein genaueres, so wird man allerdings bei Konzipirung des Textes bezüglich, seit der Handlung eingetretene Aenderungen beachtet und angedeutet haben. Aber dieselben Erscheinungen konnten auch durch den Zeitabstand zwischen den verschiedenen Stufen der Beurkundung herbeigeführt werden, da ein früher konzipirter Text erst später das laufende Protokoll zugefügt wurde, ohne daß man die inzwischen etwa nothwendig gewordenen Korrekturen vorgenommen haben wird, § 265 ff., so daß im allgemeinen

471] die Angaben des Textes sich auf einen etwas früheren Zeitpunkt beziehen werden, als die Datirung, wie das wohl unmittelbarer hervortritt, wenn in päpstlichen Urkunden die Zeit des Scriptum neben dem Datum ausdrücklich angegeben wird, § 311. Aber auch in Fällen, wo weder der Zeitabstand zwischen Handlung und Beurkundung, noch zwischen den verschiedenen Stufen dieser eingreifen kann, finden sich nicht selten Angaben, welche zur Datirung entschieden nicht mehr passen. Es können für den Text Formulare benutzt sein, welche noch auf die Verhältnisse einer früheren Zeit berechnet waren, § 154; es können aus Vorurkunden Einzelthatfachen aufgenommen sein, welche nur der Zeit dieser und dem ursprünglichen Aussteller entsprachen, § 174. 175. 165. Und selbst dann, wenn in der Urkunde zur Zeit ihrer ursprünglichen Ausfertigung keinerlei Widerspruch zwischen Text und Protokoll vorhanden war, konnte sich ein solcher bei einer Neuausfertigung daraus ergeben, daß in dieser wohl der Text belassen, aber das nun laufende Protokoll zugefügt wurde, § 167.

So wenig aus den angegebenen Gründen auch in echten Urkunden ein Zufrüh des Textes auffallen kann, so bedenklich werden auf den ersten Blick alle Fälle erscheinen müssen, bei denen sich ein Zuspät im Texte ergibt. Wir pflegen es als sicherstes Kennzeichen der Unechtheit zu betrachten, wenn der Text Angaben enthält, welche erst in einer spätern Zeit zutreffen oder wenigstens Kenntniß späterer Zustände verrathen. Dann kann die Urkunde wenigstens unter der Voraussetzung, daß die Datirung uns die Zeit ihrer Entstehung bezeichnet, nicht echt sein, da eine vorgreifende Kenntniß des erst Zukünftigen undenkbar ist, während das bekannte Vergangene durch Mißgriffe der verschiedensten Art als noch seiend erwähnt werden kann; daß die Widersprüche zwischen Text und Datirung so überwiegend gerade in dieser Richtung liegen, glaubten wir ja mehrfach zur Rechtfertigung für bezügliche Annahmen betonen zu müssen, § 6. 265.

Trotzdem ist auch diese Regel keine ausnahmslose, weil eben die Voraussetzung, daß die Datirung uns die Entstehungszeit des vorliegenden Schriftstückes bezeichnet, nicht immer zutrifft. Handelt es sich bei dem anscheinenden Zuspät des Textes nur um einen Zeitunterschied, der den zulässig scheinenden Abstand zwischen Handlung und Beurkundung oder den verschiedenen Stufen dieser nicht überschreitet, so wird dasselbe nicht einmal sehr befremden dürfen, wenn wir bedenken, daß nicht selten nach der Handlung zurückdatirt wurde, § 50. 51. 103. 106. ein Verhältniß, das uns gerade durch solche Fälle, wo einzelne Angaben des Textes der späteren Zeit der Beurkundung entsprechend gefaßt sind, etwa ein zur Zeit der Datirung noch Lebender im Texte als verstorben bezeichnet wird, am bestimtesten erkennbar wird. Der Sachverhalt kann ja in handgreiflichster Weise hervortreten, wenn etwa in einer nach der Handlung zurückdatirten Urkunde bereits eine Urkunde späteren Datums eingerückt erscheint, § 488, wie das umgekehrt

freilich nach Lage des Falles auch in absichtlicher Vorausdatirung des eingerückten Stückes, § 127 Nachtr., seine Erklärung finden kann. Insbesondere wird dann in Einzelfällen auch die Benutzung eines vorausgefertigten Schlussprotokoll, § 262, derartige Erscheinungen erklären können.

Es kann sich aber auch ein Zuspät im Texte finden, welches zu bedeutend ist, als daß es sich durch den Zeitabstand zwischen der Handlung und der ursprünglichen Beurkundung derselben erklären liesse. Und auch das werden wir noch nicht als an und für sich genügendes Kennzeichen der Fälschung betrachten dürfen. Es haben sich nachweislich selbst bei anscheinend ganz wörtlicher Transsumirung in den Text der wiederholten Urkunde Angaben eingeschlichen, welche nur der viel späteren Zeit der Transsumirung entsprechen, § 172. Ist nun da die Neuausfertigung eine ausdrücklich angekündigte und damit die Lösung des Widerspruches an die Hand gegeben, so konnte ganz dasselbe auch dann zutreffen, wenn man ältere Urkunden stillschweigend neu ausfertigte, § 158. 159. 166. 171. Und dabei könnte es sich denn möglicherweise auch um sehr bedeutende Zeiträume handeln, da solche Neuausfertigungen nicht bloß durch den ursprünglichen Aussteller selbst, sondern auch wohl erst durch einen Nachfolger vorgenommen wurden.

Fassen wir zunächst den Widerspruch von Angaben des Textes zur Datirung ins Auge, so können sich natürlich auch Widersprüche im Texte selbst ergeben, wenn nur Theile desselben durch Vorurkunden beeinflusst oder bei Neuausfertigungen nur an einzelnen Theilen Aenderungen vorgenommen wurden. Wirkten aber solche besondere Umstände nicht ein, so werden wir davon ausgehen dürfen, daß die Art der Beurkundung selbst dazu keinen näheren Anlaß bot. Der Text wird durchweg in einem Zuge konzipirt sein und selbst in den nicht seltenen Fällen, daß er vor der Ausfertigung noch Zusätze erhielt, § 215 ff., wird es sich nicht leicht um so bedeutende Zeitabstände handeln, daß sich daraus Widersprüche im Texte ergeben konnten. Doch fanden wir freilich § 267 in St. 500 auch ein vereinzelt Beispiel, daß ein Theil des Textes den Vater, ein anderer den Sohn als Aussteller voraussetzt, sei es nun, daß man ein unvollendet gebliebenes Konzept später ergänzte, sei es, daß man den Text später im Namen des verstorbenen Herrschers ausstellen wollte und das ungeschickt ausführte.

Häufiger ist der Fall, daß sich mehrfache, von ein und demselben Tage datirte Verbriefungen ein und derselben Handlung finden, deren Texte, im ganzen und großen übereinstimmend, doch auch wieder in einzelнем insbesondere in der Richtung sich zu widersprechen scheinen, daß der eine dem Empfänger günstige Zusätze oder Aenderungen zeigt, wie das doch schwer erklärlich sein würde, wenn beide Stücke wirklich an demselben Tage entstanden. Man hat das wohl als Kennzeichen der Unechtheit des einen betrachtet; und es läßt sich nicht läugnen, daß bei Fälschung nach echter Vorlage sich gerade eine solche Gestaltung

471] sehr leicht ergeben konnte, da man bei solcher nur den Text zu ändern oder zu erweitern pflegte, das Protokoll aber ungeändert beliefs, § 10. Aber nach dem § 166 Bemerkten ist nicht zu bezweifeln, daß in solchen Fällen dennoch beide Stücke echt sein können und dann der anscheinende Widerspruch durch geänderte Neuausfertigung unter Wiederholung des ursprünglichen Protokoll zu erklären ist. Kann es umgekehrt auffallen, daß wir nicht selten ganz gleichlautende Texte mit verschiedener Datirung und verschiedenen Zeugen finden, so erklärt sich das daraus, daß diese sich auf die zu verschiedener Zeit entstandenen einzelnen Ausfertigungen beziehen, § 85. 142. 170.

472. Das über den Text Bemerkte wird insbesondere auch bezüglich der in demselben erwähnten Fürbitter zu beachten sein, welche sich zunächst auf die Handlung beziehen, so daß es nicht auffallen kann, wenn sie der Zeit der Beurkundung nicht entsprechen, während außerdem gerade bei ihnen die Unvereinbarkeit mit dem Orte der Beurkundung sich wohl besonders deutlich ergibt, § 99. In manchen Fällen aber beziehen sie sich überhaupt nicht auf die zunächst bekundete Handlung, sondern sind einer Vorurkunde entnommen, § 175; während sich umgekehrt auch wieder Beispiele finden, daß bei Neuausfertigung einer ältern Urkunde die Intervenienten nicht, wie es doch hätte sein sollen, wiederholt, sondern der Neuausfertigung entsprechend geändert wurden, § 170. Weiter aber findet sich in der Zeit des Uebergangs von den Fürbittern zu den Zeugen wohl die Ungenauigkeit, daß als Fürbitter für die Handlung Personen aufgeführt werden, die doch thatsächlich lediglich Zeugen der Beurkundung waren, § 134. 136.

473. Ungleich häufiger, als bei den Intervenienten, stossen wir auf die verschiedensten Widersprüche bei den Zeugen, wie sich das leicht daraus erklärt, daß sich jene wenigstens regelmässig immer auf die Handlung beziehen, während es für die Zeugen von vornherein an einer ähnlich maßgebenden Regel fehlt, sich dieselben eben so wohl auf die Handlung, als auf diese oder jene Stufe der Beurkundung beziehen können.

Entsprechen die Zeugen oft sichtlich einem früheren Zeitpunkt als dem in der Datirung genannten, so wird das am häufigsten seinen Grund darin haben, daß sie nicht Zeugen der Beurkundung, sondern der vorhergegangenen Handlung sind, § 52. 67. 144 ff. 440. woraus sich zugleich erklärt, daß sie nicht zum Orte, § 148, oder nicht zu den Zeugenreihen übereinstimmend datirter Urkunden passen, § 149. In Einzelfällen kommt wohl noch hinzu, daß sie sichtlich überhaupt nicht Zeugen einer Handlung des Königs waren, sondern die Zeugen der bestätigten Privathandlung in der bezüglichen Königsurkunde wiederholt wurden, § 151. Beziehen sich sowohl Zeugen, als Datirung auf die Beurkundung, so dürften allerdings überwiegend für beide dieselben oder doch nächstliegende Stufen der Beurkundung maßgebend gewesen sein, weil bezügliche Widersprüche sich sonst noch häufiger finden müßten.

§ 412; aber ausnahmslos wird auch das nicht zugetroffen sein; so daß in manchen Fällen der scheinbare Widerspruch darauf zurückgehen wird, daß die Zeugen sich auf eine frühere Stufe der Beurkundung beziehen, § 243. 432. Endlich aber finden sich Fälle, daß die Zeugen überhaupt in keiner nähern Beziehung zur vorliegenden Urkunde stehen, da sie aus einer Vorurkunde wiederholt sind, § 176.

Entsprechen umgekehrt die Zeugen einem spätern Zeitpunkte, so werden wir in der Regel anzunehmen haben, daß die Zeugen der Beurkundung aufgeführt sind, aber nach der Handlung datirt wurde, § 50. 65. 67. 105. 463. Beziehen sich sowohl Zeugen, als Datirung auf die Beurkundung, so wüßte ich allerdings Fälle, bei welchen die Zeugen einer spätern Stufe derselben angehören müßten, nicht bestimmter nachzuweisen; zeigt aber nach § 231 zuweilen der Augenschein, daß auch bei gleichzeitiger Eintragung der Datirung in die Reinschrift die Zeugenreihe in dieser wohl erst nachträglich zugefügt wurde, so wird jedenfalls die Möglichkeit auch solchen Sachverhaltes zu beachten sein.

Nicht gerade selten ergibt sich weiter ein innerer Widerspruch in der Zeugenreihe; die aufgeführten Personen sind nicht allein nicht an dem bezeichneten Tage und Orte, sondern so, wie sie hier genannt werden, überhaupt nicht gleichzeitig zusammengewesen. Das kann unter Verhältnissen ein Zeichen der Unechtheit sein, da ein Fälscher Veranlassung haben konnte, die Reihe aus mehreren Vorlagen zusammenzusetzen, § 13. Aber die Erscheinung findet sich auch in Urkunden von zweifelloser Echtheit. Das hat zweifellos am häufigsten seinen Grund in Vermengung der Zeugen der Handlung und der Beurkundung, § 68. 152, während dieselbe Gestaltung sich auch aus dem Zusammenwerfen der Zeugen verschiedener Akte der Beurkundung ergeben konnte, § 243. Man scheint weiter zuweilen Abwesende in der Reihe aufgeführt zu haben, um ihre Zustimmung kenntlich zu machen, § 69; doch scheint das in Königsurkunden kaum üblich gewesen zu sein, § 136. Endlich hat man aus Vorurkunden die Zeugen wohl nur theilweise wiederholt und ihnen weitere zugefügt, § 176; waren dann schon in der Vorurkunde Zeugen der Handlung und der Beurkundung vermengt, so konnte die Reihe aus Zeugen der Handlung, einer ersten und einer späteren Ausfertigung zusammengesetzt sein, wie wir das § 176 für St. 3020, § 148 für Reg. Henr. (VII.) 304 vermutheten.

474. Daß das Schlufsprotokoll oft nicht in Uebereinstimmung steht mit dem Eingangsprotokoll und dem Texte wurde schon bemerkt. Aber es kann auch die verschiedensten inneren Widersprüche enthalten, da es nicht, wie der Text, durchweg an ein und demselben Zeitpunkte entstand, sondern häufig stückweise nachgetragen wurde, wie das in den Reinschriften selbst oft genug dadurch kenntlich wird, daß die einzelnen Bestandtheile sichtlich von verschiedenen Händen herühren oder auch auf die Nachtragung einzelner vergessen wurde. Ein Fehlen solcher Bestandtheile, welche erweislich wohl erst nachgetragen

474] zu werden pflegten, wird demnach auch nicht als Kennzeichen der Unechtheit behandelt werden dürfen, wie wir das mehrfach, so § 16. 164. 286, geltend machten; im allgemeinen wird es gewiß eher für die Echtheit sprechen, da gerade ein Fälscher darauf bedacht gewesen sein wird, daß nichts Wesentliches fehle.

475. Von den einzelnen Bestandtheilen kann die Zeile des königlichen Namenszeichen einem früheren Zeitpunkte angehören, etwa königlich sein, während das übrige Protokoll kaiserlich ist, weil sie erweislich nicht selten vorausgefertigt wurde, § 279. Daß bei Neuausfertigungen von Königsurkunden nur das frühere Signum wiederholt, das übrige Protokoll aber geändert wäre, dürfte kaum vorgekommen sein; dafür aber, daß das bei anderen Unterschriften auch in Königsurkunden geschehen konnte, fanden wir § 167 in St. 1572 ein ganz sicheres Beispiel.

Umgekehrt kann das Signum auf eine spätere Zeit deuten, wenn es der Beurkundung entspricht, die Datirung aber der früheren Handlung, § 102. Und wie weiter andere Aussteller zuweilen der Urkunde eines Vorgängers ihre Unterschrift als Bestätigung zufügten, § 156, so wurde auch das königliche Signum Diplomen eines Vorgängers wohl in Originale, § 161, oder bei einer Neuausfertigung, § 171, zugefügt.

Da weiter auch die Zeile des Namenszeichens nicht immer gleichzeitig entstanden ist, so wäre es wenigstens denkbar, daß das Namenszeichen selbst, das Monogramm, einer früheren Zeit entspräche, als die begleitende Formel, weil es oft vorausgezeichnet wurde, während etwaige Fälle, bei denen es auf einen spätern Zeitpunkt deuten würde, sich aus Nachtragung oder wahrscheinlicher aus Neuausfertigung erklären ließen, § 279.

476. Häufiger, als die Signumzeile, scheint die nur einem kürzeren Zeitraume entsprechende Rekognitionszeile unvereinbar mit der Datirung zu sein. Man hat das gewöhnlich als sicheres Zeichen der Unechtheit betrachtet; aber die Erscheinung erklärt sich unschwer auch bei echten Urkunden.

War der in der Rekognition genannte Kanzler oder Erzkanzler zur angegebenen Zeit schon gestorben oder nicht mehr im Amte, so findet das seine nächstliegende Erklärung darin, daß die Datirung in der Regel den Schluß der gesammten Beurkundung bezeichnet und daher sehr häufig erst nachträglich zugefügt wurde, § 295. 296. 416. Vereinzelt mag dann auch anderes eingegriffen haben. Daß man die Angabe der Kanzleipersonen bei nachträglicher Beurkundung auf den Stand zur Zeit der Handlung zurückgeführt habe, daran ließe nur etwa das § 124 besprochene, sich überhaupt schwer einer ausreichenden Erklärung fugende St. 2083 denken. Weniger unwahrscheinlich dürfte die § 177 ausgesprochene Vermuthung sein, daß hie und da die Rekognition einer Vorurkunde wiederholt wurde, was dann, wenn man das Versehen bemerkte, zu einer doppelten Rekognition führen konnte,

Umgekehrt konnte sich Nennung eines Kanzlers, der zur Zeit der Datirung noch nicht im Amte war, bei Zurückdatirung nach der Handlung ergeben, § 104. 106. 279. Weniger Gewicht möchte in dieser Richtung auf den Umstand zu legen sein, daß vereinzelt die Rekognition der bereits datirten Urkunde erst nachträglich zugefügt wurde, § 288, woraus vielleicht auch zu erklären sein wird, daß Urkunden desselben Tages wohl verschiedene, wenn auch an und für sich der Zeit entsprechende Rekognitionen haben, § 289. Weiter aber hat sich ein Zuspät der Rekognition in manchen Fällen sichtlich daraus ergeben, daß in Neuausfertigungen unter laufender Rekognition die frühere Datirung beibehalten wurde, § 168.

Daß sich ein Widerspruch zwischen Rekognition und Ort ergeben könne, weil der genannte Kanzler bei der Beurkundung nicht anwesend war, § 291, war schon anderweitig nachgewiesen; bei der der Rekognition verwandten Aushändigungsformel aber scheint das nicht üblich gewesen zu sein, § 327. 328. Auf die Frage näher einzugehen, ob die Scheidung zwischen deutscher und italienischer Kanzlei eine so streng eingehaltene war, daß bezügliche Abweichungen die Echtheit verdächtigen können, fanden wir keine bestimmtere Veranlassung; doch wurden § 168. 320 Fälle besprochen, welche auch da an Ausnahmen denken lassen.

477. Die seltenen Fälle, daß die Besiegelung auf einen früheren Zeitpunkt deutet, lassen sich erklären aus Benutzung eines vorausgesiegelten Pergament oder eines älteren Siegelstempel, § 304. Häufiger ist der umgekehrte Fall einer zur Datirung nicht mehr passenden Siegelung. War die Siegelung in der Regel der letzte Akt der Beurkundung, so konnte sie sich so lange verzögern, bis etwa der Herrscher statt des königlichen schon das kaiserliche Siegel führte, § 305; oder es konnte die Datirung sich auf die frühere Handlung beziehen, § 162; es konnten Urkunden erst nach dem Tode des als Aussteller Genannten ausgefertigt, § 267, oder ältere Urkunden neuausgefertigt sein, § 158. 159. 305; es konnte das Siegel eines Nachfolgers aufgedrückt werden, um die Urkunde zu bestätigen oder das abgefallene Siegel zu ersetzen, § 156. 163.

Ein Widerspruch zwischen Siegelung und Aussteller konnte sich ergeben, wenn der König einer Privaturkunde zur Bestätigung sein Siegel zufügte, § 162. Ist umgekehrt nach § 165 vielleicht schon ursprünglich bei St. 3097 einer Königsurkunde ein Bischofsiegel aufgedrückt gewesen, so mögen bei dem Werthe, den man auf Vorhandensein einer Besiegelung legte, auch abgefallene Königsiegel durch irgendwelche andere ersetzt sein, § 162. Scheint sich weiter nicht selten ein Widerspruch zwischen der Ankündigung und der Art der Besiegelung zu ergeben, § 302. 303, so ist das daraus zu erklären, daß zur Zeit der Ankündigung die Art der Siegelung noch nicht feststand oder nachträglich geändert wurde.

478. Bei den bisherigen Angaben gingen wir davon aus, daß die

478] Datirung selbst eine einheitliche sei. Ueberaus häufig finden wir nun aber in der Datirungszeile selbst Widersprüche, insofern ihre Angaben an und für sich auf keinen einzelnen Zeitpunkt zusammentreffen oder wenigstens nicht der Annahme entsprechen, der Aussteller sei zur angegebenen Zeit am angegebenen Orte gewesen.

Letzteres trifft zunächst häufig die Jahresangaben, insofern Ort und Tag an und für sich recht wohl zu stimmen scheinen, nur nicht in dem angegebenen Jahre. Ergibt sich das oft erst bei Vergleichung mit dem anderweitig festgestellten Itinerar, so sind auch die Fälle nicht gerade selten, bei denen der Widerspruch unmittelbar in der Urkunde selbst sich dadurch ergibt, daß zwar alle Jahresangaben an und für sich zusammenstimmen, aber nur für einen Jahresabschnitt, in den der angegebene Tag überhaupt nicht fällt, während doch wieder nicht wohl anzunehmen ist, daß sich zufällig aus bloßen Mißgriffen übereinstimmende Jahresangaben ergeben haben sollten.

In solchen Fällen können nun zunächst die Jahresangaben zu gering sein; Ort und Tag gehören erst in ein späteres, in der Regel das nächstfolgende Jahr oder doch in einen späteren Theil des genannten Inkarnationsjahres, während die übrigen Jahresangaben mit demselben nur im früheren Theile zusammenstimmen. Der Grund mag zuweilen der sein, daß die Jahresangaben der Handlung, Tag und Ort aber der Beurkundung entsprechen, § 123, was dann freilich hier, wie bei allen verwandten Fällen, bei welchen wir für Widersprüche innerhalb der Datirung den Unterschied zwischen Handlung und Beurkundung in Rechnung bringen, sich nicht etwa so ergeben haben wird, daß man bei Zufügung der gesammten Datirung absichtlich einen Theil der Angaben nach der Handlung, einen anderen nach der Beurkundung bestimmte; sondern in der Weise, daß bei Zufügung der Angaben zu verschiedenen Zeiten nur die einen, in der Regel wohl auf Grundlage eines Aktes, § 191, der Handlung gemäß eingetragen wurden, § 373. In der Regel wird jene Erscheinung darauf zurückzuführen sein, daß sich zwar auch die Jahresangaben auf die Beurkundung beziehen, aber auf einer frühern Stufe derselben zugefügt wurden, als Ort und Tag. Es konnte überhaupt ein vorausgefertigtes, nur mit den Jahren versehenes Schlufsprotokoll benutzt werden, § 262. Wird das nur vereinzelt eingegriffen haben, so zeigt sich häufig, daß wenn auch die ganze übrige Reinschrift gleichzeitig entstanden ist, wenigstens Tag und Ort erst nachgetragen sind, § 344. Ganz dasselbe kann aber auch da eingreifen, wo in der Reinschrift die gesammte Datirung gleichzeitig eingetragen ist, weil die Angaben zu verschiedener Zeit dem Konzepte zugefügt oder zu den im Konzepte bereits vorhandenen Jahresangaben erst in der Reinschrift Tag und Ort nachgetragen wurden, § 371. 373. 383. 409. Und in dieser Richtung wird zu beachten sein, daß in den noch zu erwähnenden Fällen, bei welchen unter entsprechenden Verhältnissen nur der Tag nachgetragen ist, sich demnach ein Widerspruch dieses zu Ort und Jahren

hatte ergeben können, derselbe sich nicht selten nur bezüglich der Jahre wirklich ergeben hat, weil mit dem Jahreswechsel ja nicht gerade ein Ortswechsel zusammenfallen mußte. Handelt es sich nun in den besprochenen Fällen vorzüglich um Urkunden, welche um die Zeit des Jahreswechsels entstanden sind, so hat man sie häufig durch die bedenkliche Annahme zu erklären gesucht, die Kanzlei habe ausnahmsweise sich wohl eines von dem üblichen abweichenden, etwas später fallenden Jahresanfangs bedient, insbesondere des am 1. Januar statt des am 25. Dez., während die angegebenen Umstände doch eine viel näher liegende Erklärung dafür, wie für die Schwierigkeiten zu bieten scheinen, die sich so oft der Ermittlung des Epochentages der Regierungsjahre entgegenstellen, § 344. 457. Bei den besprochenen Veranlassungen wird es sich überwiegend nur um das nächstvorhergehende Jahr handeln; dagegen konnte sich auch ein bedeutenderer Unterschied herausstellen, wenn etwa nur die Jahresangaben einer Vorurkunde wiederholt wurden, § 181.

Für die kaum weniger vorkommenden Fälle zu großer Jahresangaben werden wir Nachtragung derselben in der Reinschrift kaum in Anschlag zu bringen haben, da sie selten und durchweg nur mit Nachtragung auch des Tages verbunden vorkommt, § 342. Den regelmäßigen Grund werden wir darin zu sehen haben, daß im Konzepte nur Tag und Ort entsprechend der Handlung, § 122, oder einem früheren Zeitpunkte der Beurkundung eingetragen waren und ihnen dann erst bei der Ausfertigung die jetzt laufenden Jahresangaben zugeschrieben wurden, § 373. Einzelne Fälle können sich dann auch daraus erklären, daß nur Tag und Ort aus einer ersten Ausfertigung, § 159. 169, oder einer anderweitigen Vorurkunde, § 181, wiederholt wurden.

Es sind nun aber weiter die Fälle überaus häufig, daß die Jahresangaben unter sich im Widerspruche stehen, nicht bloß am angegebenen Tage nicht zusammenstimmen, sondern überhaupt nicht an irgendwelchem Zeitpunkte. Dabei sind freilich die Angaben nicht zu bemessen nach den von uns nachträglich richtig gestellten Jahreszahlungen, sondern nach dem jedesmaligen Brauche der Kanzlei. Aber auch wenn wir diesen genügend beachten, ist sehr häufig jede Uebereinstimmung ausgeschlossen. Das ist gewiß vielfach auf Unkenntnis oder Nachlässigkeit einzelner Schreiber, Schreibfehler und sonstige regellose Versehen zurückzuführen. Aber es scheint mir zweifellos, daß auch da in manchen Fällen dieselben Verhältnisse eingriffen, welche die sonstigen Widersprüche innerhalb der Datirung veranlaßten, zumal sich häufig doch wieder eine gewisse Regelmäßigkeit der Gestaltung bemerklich macht, insbesondere nicht selten die Regierungsjahre unter sich übereinstimmen, aber zu groß oder zu klein sind für die unter sich ebenfalls stimmenden Angaben des Inkarnationsjahres und der Indiktion. Dabei scheinen dann zuweilen einzelne Angaben der Handlung, andere der Beurkundung zu entsprechen, § 46. 50. 124. 125, während auch die Zeitabstände

478] während der Beurkundung selbst eingreifen können und im einen, wie im andern Falle ein Vorgehen anzunehmen seien wird, wonach nur ein Theil der Jahresangaben in einem Akte fixirt war oder doch schon im Konzepte stand, andere erst bei der Ausfertigung hinzugefügt oder im Konzepte nachgetragen wurden, woraus sich dann die verschiedenartigsten Verhältnisse ergeben konnten, § 374. Entsprechendes konnte sich dann ergeben, wenn bei Neuausfertigungen, § 169, oder Benutzung von Vorurkunden, § 178. 181, nur ein Theil der Jahre aus der Vorlage wiederholt wurde.

Benutzung von Vorlagen wird dann auch andern Unregelmäßigkeiten in den Jahresangaben erklären können, welche nicht gerade einen Widerspruch in den Zeitverhältnissen begründen; so etwa die Zahlung von Kaiserjahren, § 178, oder von Pontifikatsjahren, § 165, vgl. § 395, in Königsurkunden.

479. Am wichtigsten für geschichtliche Zwecke ist der Widerspruch, der sich so überaus häufig zwischen der Ortsangabe und dem Tage ergibt, wenn wir von der als Regel zweifellos festzuhaltenden Voraussetzung ausgehen, daß man den Ort bezeichnen wollte, an dem sich der Aussteller am angegebenen Tage aufhielt. Ganz überwiegend trifft dabei die Ortsangabe einen zu frühen Zeitpunkt, indem sich ergibt, daß der Aussteller am bezeichneten Tage den Ort schon verlassen haben mußte. Das aus Beziehung nur des Ortes auf die Handlung zu erklären, § 118. 119. 120, liegt bei der älteren Datirungsform um so näher, als diese gerade nur den Ort unter Actum gab und überdies in benutzten Akten vielleicht nur der Ort der Handlung angegeben war, § 191. Aber auch der bloße Gang der Beurkundung bietet für die ältere Form an und für sich eine ganz ausreichende Erklärung, insofern sich ergibt, daß häufig nur die Tagesangabe in der Reinschrift, § 354 ff., oder doch im Konzepte, § 372, der schon vorhandenen Ortsangabe erst nachtraglich zugefügt wurde. Haben die Aenderungen der Datirungsweise im zwölften Jahrhunderte die Nachtragung nur der Tagesangabe und die dadurch herbeigeführten Störungen seltener gemacht, § 391. 417. 452, mögen einzelne Fälle, bei welchen der Ort dem jetzigen Brauche nicht entsprechend unter Actum genannt wurde, daraus zu erklären sein, daß man absichtlich ausnahmsweise den Ort der Handlung nennen wollte, § 409, so finden wir schon in der späteren stauischen Zeit eine steigende Zahl von Fällen, welche auf die Nachtragung nur der Tagesangabe, § 417. 419, oder, wo diese fehlt, nur des Monats, § 121. 433, hinweisen, während dann bei der später üblichen einfachen Datirungsform die Nachtragung nur der Tagesangabe überaus üblich gewesen zu sein scheint, § 452 ff. Einzelfälle können dann auch darauf zurückgehen, daß nur der Monatsname und der Epochentag sogleich eingetragen, auf die Nachtragung der zurückzuzählenden Tagesziffer aber vergessen wurde, § 346. Endlich konnte etwa auch nur der Ort aus einer Vorurkunde wiederholt sein, § 181.

Der umgekehrte Fall, daß der Ort einen spätern Zeitpunkt bezeichnet, als der Tag, kommt in früherer Zeit sehr selten vor. Er mag und da darauf zurückgehen, daß vereinzelt nur der Ort in der Reinschrift nachgetragen wurde, § 353, oder daß im Konzepte nur der Tag merkt, der Ort dann erst bei der Reinschrift zugeschrieben wurde, 72. Im allgemeinen scheinen solche Fälle in früherer Zeit eher auf Unkenntnis des laufenden Monats zu den Kalenden und andere vereinzelte Versehen, § 22. 125. 126, vielleicht auch auf willkürliche, nur den Tag betreffende Zurückdatirung, § 128, als auf eine solche Verschiebung des legendes Vorgehen bei der Beurkundung zurückzuführen sein. Im vierzehnten Jahrhunderte werden solche Fälle häufiger und können dann dadurch veranlaßt zu sein, daß man bei Nachtragung der Tagesangabe diese nach der früheren Handlung bestimmte, § 463.

Sind die meisten Verschiebungen von Ort und Tag durch Nachtragung nur der Tagesangabe veranlaßt, so werden unter solchen Umständen in der Regel die Jahresangaben mit der Ortsangabe stimmen, letzterwähnten Falle, § 463, mit dieser einen späteren, häufiger einen früheren Zeitpunkt bezeichnen, § 123. 371. 457, während sich natürlich nicht überall ein Widerspruch beider zur Tagesangabe bemerkbar machen wird, der Ort, wie schon gesagt, noch passen kann, obwohl die Jahresbezeichnung inzwischen gewechselt hat, aber auch umgekehrt diese nicht passen kann, während der Ort schon abweicht.

Es kann sich weiter ein Widerspruch zwischen Ort und Tag bei Vergleich mit dem Aussteller ergeben, weil die Ortsangabe überhaupt nicht durch irgendwelchen Aufenthalt des Ausstellers bestimmt war. Eine Vorausdatirung konnte die Ortsangabe eine ganz willkürliche oder auch auf nicht zugetroffener Voraussetzung beruhende sein, § 127. 360. Der Ort mochte zwar der Beurkundung selbst entsprechen, aber nicht einem bezüglichen Aufenthalte des Ausstellers, weil die Urkunde überhaupt von Anderen auf seinen Namen ausgestellt war, § 129, oder wenigstens die Datirung nicht in seiner Anwesenheit erfolgte, § 464.

480. Ist die Monatsangabe gewöhnlich keine selbstständige, sondern der Monat nur als Theil der Tagesangabe genannt, § 345, so wird nicht in der Angabe selbst ein Widerspruch nur etwa insofern ergeben können, als die genauere Tagesbezeichnung in dem betreffenden Monat überhaupt nicht vorkommt, § 19. 120, was auf regellose Versehen zurückzuführen sein wird. Ergibt sich erst bei Vergleich mit der Ortsangabe oder anderen Haltpunkten, daß zu den Kalenden der laufende statt des folgenden Monats genannt ist, § 22. 125. 126, so handelt es sich auch wohl in der Regel um ein allerdings besonders naheliegendes Versehen, während in Einzelfällen der Umstand, daß der Monatsname zu spät vor der genaueren Tagesbezeichnung eingetragen wurde, § 345, zu Veranlassung gegeben haben mag.

In der päpstlichen Kanzlei scheint man überhaupt wohl während des Kalendenabschnittes den folgenden Monat als den bereits laufenden

480] behandelt zu haben, woraus sich der anscheinende Widerspruch erklärt, daß das Scriptum zuweilen später zu fallen scheint, als das Datum, § 311. In der Reichskanzlei scheint das allerdings nicht üblich gewesen zu sein. Aber ein verwandter unmittelbar hervortretender Widerspruch konnte sich hier aus Unachtsamkeit bei Formen der getheilten Datirung ergeben, bei welchen unter Actum der Tag nach den Kalenden des folgenden Monats bestimmt, dennoch aber im Datum auf den vorhergenannten Monat zurückverwiesen wurde, § 426. Solche und ähnliche Fälle nicht passender Zurückverweisung, § 113, waren dadurch näher gelegt, daß insbesondere auch bei der feierlichen oder getheilten Datirung das Datum erst nachtraglich von einer andern Person zugefügt zu sein scheint, § 405 ff.

481. Endlich könnte sich ein Widerspruch unter den Tagesangaben dann ergeben, wenn ausnahmsweise mehrere angeführt sind. Das ist nun allerdings häufig in Privaturkunden, zuweilen auch in Königsurkunden in der Weise der Fall, daß schon die Fassung erkennen laßt, die eine Angabe beziehe sich auf die Handlung, die andere auf die Beurkundung, § 46 ff. 84. 407; dann liegen aber überhaupt nicht widersprechende, sondern nur verschiedene Angaben vor.

Vereinzelt wurde auch wohl ein und derselbe Tag zweimal, einmal nach römischem Kalender und einmal nach der Festrechnung angegeben, § 108. Ergeben sich da Widersprüche, so dürften dieselben zunächst auf vereinzelte Versehen bei der Umrechnung, § 113, oder Unbekanntschaft mit der römischen Zahlung, § 341, zurückgehen, während es immerhin möglich wäre, daß da vereinzelt auch Nachtragung nur der einen Tagesangabe eingegriffen haben könnte, § 383.

GESAMMTERGEBNISS.

482. Wenden wir uns nun von den Einzelergebnissen noch zu einigen Bemerkungen über das Gesammtergebnis, so bezeichneten wir dieses schon § 466 dahin, daß die mannichfachen Widersprüche, welche man bisher durchweg als Kennzeichen der Unechtheit zu behandeln pflegte, auch in durchaus echten und unverfälschten Urkunden vorkommen können. Darin haben wir zweifellos zunächst einen Gewinn zu sehen; manche Urkunde, auf deren Benutzung der Forscher nach den bisher vorherrschenden Gesichtspunkten von vornherein verzichten mußte, wird nun wieder als unverfälschtes Zeugnis verworthen werden dürfen.

Es könnte nun allerdings scheinen, als werde dieser Gewinn voll auf aufgewogen durch die mancherlei Erschwerungen der Forschung, welche unsere Ergebnisse zu Folge haben. Wären nun diese Erschwerungen wirklich so bedeutende, als das auf den ersten Blick scheinen mag, so würden wir das eben hinnehmen müssen. Das Einfache ist nicht immer zugleich das Richtige. Sind unsere Ergebnisse richtig

so waren diese Verhältnisse allerdings ungleich mannichfaltiger gestaltet, als man das anzunehmen gewohnt war; und daß damit die Aufgaben der Forschung sich in manchen Fällen wesentlich erschweren, ist gewiß nicht zu läugnen. Aber es dürfte das doch kaum in solchem Maße der Fall sein, als man zunächst anzunehmen geneigt sein könnte. Und, was mir wichtiger scheint, bei näherer Erwägung scheint sich insbesondere herauszustellen, daß die Sicherheit der Ergebnisse der Forschung, welche bei oberflächlicher Erwägung durch meine Annahme sehr gefährdet erscheint, im allgemeinen nicht durch dieselben verliert, daß, wenn wir in Einzelfällen uns nun allerdings mit ungenaueren Ergebnissen begnügen müssen, das vollständig dadurch aufgewogen wird, daß wir dafür in andern Fällen, wo die bisherigen Annahmen das nicht gestatteten, nun zu völlig gesicherten Ergebnissen gelangen.

Bedenklich erscheint zunächst die sich aus meinem Annahmen anscheinend ergebende Erschwerung des Beweises der Unechtheit. Danach gäbe es allerdings wohl ein untrügliches Zeichen der Echtheit, der individuelle Charakter der Schrift, wenn dieselbe nachweisbar einem in der Kanzlei verwandten Schreiber angehört, § 4.468. Dagegen scheint jedes untrügliche Kennzeichen der Unechtheit zu entfallen, wenn wirklich so auffallende Widersprüche der verschiedensten Art mit der Echtheit vereinbar sein sollen.

Dem gegenüber wird zunächst zu beachten sein, daß zwei ziemlich zahlreiche Klassen von Fälschungen auch unsern Annahmen gegenüber als solche sicher kenntlich bleiben. Das sind einmal die rohen, ganz selbstständigen Fälschungen, bei welchen eine echte urkundliche Vorlage überhaupt nicht zur Hand war, § 8. Als untrügliches Kennzeichen wird man da bei der Verschiedenheit der sich möglicherweise ergebenden Gestaltung nur etwa den Gesamteindruck bezeichnen können; wenigstens bei angeblichen Königsurkunden dieser Art sieht man unmittelbar, daß uns ein Machwerk vorliegt, welches zu keiner Zeit so aus der Reichskanzlei hervorgegangen oder zur Zeit der angeblichen Entstehung beglaubigt sein kann. Und ist die Kanzlei selbst später wohl durch solche Machwerke getäuscht, hat sie dieselben transumirt und bestätigt, wäre es wenigstens denkbar, daß sie dieselben vereinzelt sogar stillschweigend neuausgefertigt hätte, so würde uns auch das in solchen Fällen bezüglich der ursprünglichen Unechtheit der Urkunde nicht wohl irreleiten können.

Weiter gehören dahin die Fälle, bei welchen eine echte Vorlage für eine Fälschung angeblich früherer Entstehungszeit benutzt ist. Daß dann die Formeln nicht der angeblichen Entstehungszeit, wohl aber genau einer späteren Zeit entsprechen, scheint mir ein untrügliches Kennzeichen der Unechtheit zu sein, § 9.469. Denn die einzige Annahme, durch welche sich da die Echtheit noch vertheidigen liesse, daß man nämlich eine ältere Urkunde unter Beibehaltung aller sachlichen Angaben unter Aenderung lediglich der Formeln neuausgefertigt hätte, wird doch außer Rechnung bleiben dürfen.

482] Es bleiben demnach nur die allerdings wichtigen und zahlreichen Fälle, bei welchen nur die Echtheit oder aber Fälschung nach einer echten, den angeblichen Entstehungsverhältnissen entsprechenden Vorlage in Frage kommen kann. Und dann gibt es allerdings meiner Ansicht nach kein untrügliches Zeichen der Unechtheit, insofern wir darunter ein solches verstehen, welches unter allen Verhältnissen an und für sich zum Beweise der Unechtheit genügen muß. Denn wir bemerkten § 471, daß da selbst der Satz nicht unbedingt Stand halte, daß jede Urkunde unecht sein müsse, deren Text Kenntniß von späteren Zuständen und Thatfachen verrathe, welche zur angegebenen Entstehungszeit noch niemand habe kennen können; Neuausfertigung unter Beibehaltung des ursprünglichen Protokoll, aber mit sonstigen Aenderungen oder Zusätzen, würde selbst das auch bei einer echten Urkunde erklären können.

Glaube ich demnach allerdings, daß sich kein Kennzeichen auffinden läßt, welches unbedingt für alle Fälle die Unechtheit erweisen muß, so soll damit nicht gesagt sein, daß es nicht nach wie vor Kennzeichen gibt, welche im Einzelfalle auch die nach echter Vorlage gemachte Fälschung mit durchaus genügender Sicherheit als solche erkennen lassen werden. Wenn bei einzelnen der besprochenen Unregelmäßigkeiten die Möglichkeit des Vorkommens auch in echten Urkunden nicht zu bestreiten sein mag, so ist doch die Wahrscheinlichkeit des Zutreffens eine so überaus geringe, ist im Einzelfalle die Nichtstatthaftigkeit der Annahme so leicht zu erweisen, daß jene Möglichkeit das Urtheil nicht leicht wird beirren können. Und das gilt insbesondere für den vorhin hervorgehobenen Satz. Wir werden zweifellos nach wie vor berechtigt sein, eine Urkunde, deren Text einer späteren Zeit angehören muß, als das an und für sich nicht zu beanstandende Protokoll, für unecht zu halten, so lange sich nicht nachweisen läßt, daß der ganz unwahrscheinliche Ausnahmefall einer späteren Neuausfertigung mit geänderten Texten gerade hier zutreffen müsse. Wenn das Privilegium maius uns zu einem tadellosen Protokoll des zwölften Jahrhunderts einen Text bietet, der erst im vierzehnten Jahrhundert entstanden sein kann, so ließe sich ja auch da sagen, daß dieser Umstand das Stück nicht von vornherein als unbedingt unecht erscheinen lassen müsse, da es einem späteren österreichischen Herzoge gelungen sein könne, beim Könige eine Neuausfertigung mit den ihm wünschenswerthen Erweiterungen zu erwirken. Die Theorie mag solche Möglichkeiten festhalten; aber die kürzeste Erwägung der Verhältnisse des Einzelfalles würde doch genügen, um uns zu überzeugen, daß hier von einem Zutreffen der Möglichkeit nicht die Rede sein kann. Wir haben da nach wie vor ein Kennzeichen, welches wir als für den Beweis der Unechtheit genügend zu betrachten haben, so lange nicht erwiesen wird, daß ausnahmsweise nach der Lage des Einzelfalles die unwahrscheinliche Annahme einer stillschweigenden Neuausfertigung eingegriffen haben könne.

Bei der Mehrzahl der von uns bei echten Urkunden als zulässig erklärten Widersprüche ist nun freilich die Sachlage eine durchaus andere. Dafs etwa der Text Personen erwähnt, welche zur Zeit der Datirung schon verstorben waren, dafs eine Königsurkunde kaiserliche Datirung hat oder umgekehrt eine Kaiserurkunde aus der Königszeit datirt ist, dafs Zeugen oder Rekognition einem früheren oder späteren Zeitpunkt entsprechen, als die Datirung, dafs in dieser selbst sich Widersprüche finden, insbesondere Ort und Tag nicht zusammenpassen, das sind Umstände, die man immerhin als Unregelmäßigkeiten bezeichnen mag, die aber doch durch das über den Gang der Beurkundung Bemerkte ihre durchaus zureichende Erklärung finden. Als sicheres Zeichen der Unechtheit werden wir sie jedenfalls nicht betrachten dürfen. Aber ich denke, man darf da noch weiter gehen; ergibt sich sonst kein Anstand, so genügen meiner Ansicht nach solche Umstände nicht einmal zu einem begründeten Verdacht. Das tadelloseste Protokoll wird an und für sich nicht Echtheit der Urkunde selbst erweisen können, sondern lediglich, dafs mindestens eine echte Vorlage benutzt sein mufs. Finden wir nun umgekehrt einen tadellosen Text, bei dem an und für sich gegen Inhalt und Fassung nichts einzuwenden sein würde, ergibt sich weiter auch bezüglich des Protokolles, dafs für dasselbe jedenfalls eine echte Vorlage der angeblichen Entstehungszeit benutzt sein müfste, dann werden wir, wie ich denke, bezüglich etwaiger Unregelmäßigkeiten des Protokoll von dem Satze ausgehen dürfen, dafs ein Fälscher im allgemeinen keinen Grund hatte, an dem ihm vorliegenden echten Protokoll zu ändern, dafs also auch bei Annahme der Unechtheit die allein verdächtigende Unregelmäßigkeit sich schon in der echten Vorlage so gefunden haben dürfte, damit dann aber überhaupt der Umstand aufhöre, verdächtigend zu sein. Dafs zuweilen Fälscher Veranlassung haben konnten, auch am Protokoll zu ändern, habe ich nicht in Abrede gestellt; aber ich glaube das als seltene Ausnahme betrachten zu dürfen, vgl. § 10 ff. Die Sachlage scheint mir hier die umgekehrte zu sein, wie in dem vorhin besprochenen Falle; ein Widerspruch, der auch beim üblichen Gange der Beurkundung seine Erklärung findet, wird so lange kein Verdachtsgrund sein, als nicht nachgewiesen ist, dafs gerade im gegebenen Einzelfalle ausnahmsweise Entstehung des Widerspruchs durch Fälschung den besonderen Verhältnissen entspreche.

Sind damit manche vermeintliche Kennzeichen der Unechtheit und zwar solche, welche besonders leicht fassbar waren, beseitigt, sind wir damit in solchen Fällen in erster Reihe auf die Prüfung des Textes hingewiesen, so wird zuzugeben sein, dafs das die Aufgaben der Forschung häufig wesentlich erschweren wird. Es mag nun weiter in Einzelfällen ein bestimmtes Ergebniss überhaupt nicht erreichbar sein. Aber das wird doch gewifs dadurch aufgewogen, dafs dafür bei Richtigkeit unserer Annahmen in andern Fällen der Beweis der Echtheit für viele Urkunden erbracht werden kann, welche ohnedem mindestens als verdächtig zu

482] betrachten wären. Für die Sicherheit der Ergebnisse aber kann es jedenfalls nur ein Gewinn sein, wenn, wie ich denke, irreleitende Voraussetzungen als solche erkannt und demgemäß beseitigt werden.

483. Ein weiterer Nachtheil, der sich bei der Richtigkeit unserer Annahmen zu ergeben scheint, ist die Erschwerung der Verwerthung des urkundlichen Itinerar für geschichtliche Forschungen. Es ist nun allerdings nicht zu läugnen, daß man nicht mehr mit der Sicherheit, wie das früher überwiegend angenommen wurde, auch nach Maßgabe einer zweifellos echten Urkunde wird annehmen dürfen, daß der Aussteller am angegebenen Tag am angegebenen Orte gewesen sei. Das mag in Einzelfällen die Forschung erschweren, ihre Aufgabe vervielfältigen, zu weniger abgeschlossenen Ergebnissen gelangen lassen. Dem gegenüber wird sich nun nicht bloß geltend machen lassen, daß dafür die Forschung auch gesichert ist, nicht von Voraussetzungen auszugehen, die in den Thatfachen nicht begründet waren, sondern es wird auch zu erwägen sein, daß gerade solche Voraussetzungen in Einzelfällen die Forschung gar sehr erschweren können. Wird etwa das als richtig anerkannt, was § 463 über Reg. Lud. 469 bemerkt wurde, so wird auch zuzugeben sein, daß der Nachweis, Ort und Tag mußten sich nicht gerade auf denselben Zeitpunkt beziehen, die Erforschung der Vorgeschichte der Schlacht bei Mühldorf ganz wesentlich erleichtert. Hat der Forscher nun allerdings in Einzelfällen in Rechnung zu ziehen, daß sich trotz der erwiesenen Echtheit einer Urkunde die bezüglichen Angaben derselben auf verschiedene Zeitpunkte beziehen können, so wird ihm das je nach der Lage des Falles seine Aufgabe eben so wohl erleichtern, als erschweren können.

Fassen wir aber nicht die Einzelfälle ins Auge, sondern das urkundliche Itinerar in seinem Zusammenhange, so denke ich, daß unsere Ergebnisse die Verwendbarkeit desselben für die verschiedensten Zwecke der Forschung nicht wesentlich beeinträchtigen können. Würde sich Beziehung der Angaben auf verschiedene Zeitpunkte als Regel ergeben haben, etwa, daß der Ort des Actum sich durchweg auf die Handlung, der Tag des Datum aber auf die Beurkundung bezog, so würde allerdings nicht einmal mehr von einer annähernden Richtigkeit die Rede sein können, da der zwischen beiden liegende Zeitraum von ganz verschiedener Ausdehnung sein konnte; es wäre dann überhaupt die ganze Voraussetzung beseitigt, welcher man bisher bei Verwerthung des Itinerar folgte. Aber darum handelt es sich ja in keiner Weise. Was bisher als Regel galt, hat sich auch nach unseren Untersuchungen als die Regel erwiesen; nur freilich nicht als ausnahmslose Regel. Es ist nicht zu bezweifeln, daß Ort und Tag sich nicht allein auf ein und denselben Zeitpunkt beziehen sollten, sondern daß sie sich so überwiegend auch thatsächlich auf denselben bezogen, daß an der Richtigkeit des urkundlichen Itinerar im ganzen und großen nicht zu zweifeln ist und Fälle, wo annahmsweise eine bedeutendere Verschiebung vorliegt, sich durchweg

it kenntlich machen und es nicht fraglich sein lassen werden, wo Regel, wo die Ausnahme zur Geltung gelangte. Kann Nichtübereinstimmung mit dem Itinerar allerdings meiner Ansicht nach nicht die Echtheit einer Urkunde erweisen, so wird nach wie vor die nicht zu thende Uebereinstimmung mit demselben als Kennzeichen der Echtheit einer Urkunde oder doch ihrer Vorlage, der Glaubwürdigkeit eines Schichtschreibers zu betrachten sein. Schien sich überdies zu ergeben, auch die Ausnahmen einer besondern Regel folgen, der Ort bei n überwiegend einen früheren Zeitpunkt bezeichnet, so wird es sehr möglich sein, mit genügender Sicherheit den Zeitpunkt wenigstens annähernd zu bestimmen, auf den sich dann der Ort beziehen lässt, so dass sich solche Fälle sogar zur Ergänzung des Itinerar werden verthen lassen.

Misslicher könnte es scheinen, dass die kleinen Verschiebungen, the anscheinend sehr häufig durch Beziehung von Ort und Tag auf verschiedene Stufen der Beurkundung herbeigeführt sind, sich allerdings bei günstiger Sachlage unmittelbar bemerklich machen werden. Ist sich da aber beim Vergleiche mit anderen Nachrichten kein Anhalt, so werden solche Verschiebungen das Ergebniss der Forschung wesentlich beirren können, da es sich bei ihnen in der Regel und al in diesem Falle nur um Unterschiede von ein oder anderem Tage handeln wird. Weisen dagegen andere Nachrichten auf eine kleine Verschiebung hin, so wird der allgemeine Nachweis, dass solche geringe Verschiebungen anscheinend häufig vorkamen, den Sachverhalt auch erkennen lassen. Für die kritische Prüfung anderer Quellen werden die kleine Abweichungen ohnehin kaum ins Gewicht fallen; wird in der verdächtigen Urkunde ein Ort genannt, an welchem sich nach dem Weis des Itinerar der König zwar nicht an diesem, wohl aber gerade an dem der nächstvorhergehenden oder nächstfolgenden Tage aufgetreten haben würde, so wird auch das ein Fälscher nicht zufällig errathen können, es wird mindestens an echter Vorlage nicht zu zweifeln sein.

484. Bedenklicher könnten unsere Ergebnisse als Erschwerung der Verwerthung anderer Angaben der Urkunden, zunächst besonders der Zeugenreihen scheinen, welche ein so überaus wichtiges Mittel für die verschiedenartigsten Forschungen bilden. Aber bedenklich und irreleitend erscheint mir auch da vor allem das Nichtbestehen des Umstandes, dass die Zeugen wenigstens ausnahmsweise der Angabe nicht entsprechen können. Als Regel haben wir auch hier die Uebereinstimmung nicht zu bezweifeln. Liegt aber eine Ausnahme vor, wird sich diese durch die Abweichung von gleichzeitigen Zeugenreihen, durch den Umstand, dass die meisten Zeugenreihen an und für sich bestimmter auf die Oertlichkeit, der sie angehören, hinweisen, und solche Haltpunkte bei einiger Aufmerksamkeit leicht verrathen; und es wird es durchweg auch nicht schwer sein, Zeit und Ort, auf die sich die Zeugen thatsächlich beziehen, wenigstens annähernd zu

484] bestimmen. Mißlicher ist es, daß man anscheinend nicht selten Zeugen, welche sich theils auf die Handlung, theils auf die Beurkundung oder auch auf verschiedene Stufen derselben bezogen, ohne weitere Unterscheidung in eine Reihe zusammenordnete, wobei es dann, wenn das Verhältniß auch überhaupt nicht unbeachtet bleibt, leicht an Haltpunkten gebrechen mag, die Beziehung der einzelnen Personen festzustellen; es dürfte das dasjenige unserer Ergebnisse sein, welches in Einzelfällen die Forschung am meisten erschweren und die Sicherheit ihrer Ergebnisse beeinträchtigen könnte.

Manche andere der von uns als zulässig nachgewiesenen Widersprüche sind der Art, daß sie wohl für die Würdigung der Urkunde selbst, nicht aber für die allgemeinere geschichtliche Forschung ins Gewicht fallen, weil die Thatfachen, auf welche sie sich beziehen, ohnehin genügend feststehen. Eine aus der Königszeit datirte Kaiserurkunde wird uns nicht leicht veranlassen können, an der Richtigkeit der sonstigen Nachrichten über die Zeit der Kaiserkrönung auch nur zu zweifeln. Andere Ergebnisse werden freilich die Hilfsmittel der Forschung einigermaßen beeinträchtigen. Auf die Amtsdauer eines als Rekognoszenten genannten Kanzlers, auf die Lebensdauer eines als Intervenienten erwähnten Bischof werden wir aus der Datirung allerdings nicht mehr mit der Sicherheit schließen dürfen, als das bisher gestattet schien.

Dabei wird aber doch Folgendes zu beachten sein. Handelt es sich um Thatfachen, insbesondere um Zeitverhältnisse, für deren Feststellung wir lediglich auf die bezügliche Urkunde angewiesen sind, so wird das Ergebnis der Forschung allerdings ein weniger sicheres sein. Dafür aber gewinnt die Sicherheit des Ergebnisses in den Fällen, wo dasselbe bisher unsicher schien, weil den sonstigen guten Nachrichten diese oder jene urkundliche Angabe im Wege stand; war das nur unter der Voraussetzung der Fall, daß die Datirung für alle Angaben der Urkunde maßgebend sei, so ist der Zweifel mit dem Nachweise des Nichtzutreffens jener Voraussetzung beseitigt.

Nach allem Gefagten scheint mir der Werth der Reihe der Diplome in ihrem Zusammenhange als wichtigsten Hilfsmittels der Forschung kaum beeinträchtigt zu werden, da das, was bisher als die Regel galt, sich auch uns als Regel ergab. Wird dagegen in Einzelfällen die Sicherheit der Ergebnisse der Forschung zweifellos beeinträchtigt, so dürften ihnen die Falle die Wage halten, wo durch unsere Annahme die Gewinnung eines sichereren Ergebnisses ermöglicht oder erleichtert wird. Die Aufgabe des Forschers wird hie und da dadurch erschwert sein; dafür aber ist er auch gegen manchen Mißgriff geschützt.

BEHANDLUNG BEI REGESTEN.

485. So weit unsere Ergebnisse überhaupt die Aufgaben der Forschung erschweren, wird die Last davon vor allem denjenigen treffen.

er sich der Ausarbeitung von Regesten unterzieht. Es wird nun zunächst die Aufgabe des Ausarbeiters von Regesten seien, die Schwierigkeiten aus dem Wege zu räumen, die sich aus der möglichen Verzerrung der Angaben der Urkunde auf verschiedene Zeitpunkte ergeben; halt er diese Aufgabe beständig im Auge, ist er ihr genügend erwachsen, so werden weitere Benutzer nur in den wenigsten Fällen sich noch durch jenes Verhältniß gehindert fühlen. Bei der so mannichartigen Gestaltung der Einzelfälle wird es allerdings kaum möglich sein, von vornherein das für jeden angemessene Vorgehen zu erwägen und anzuzeigen. Zweck der folgenden Bemerkungen kann nur der sein, die Aufmerksamkeit auf einzelne Punkte hinzuwenden, deren Beachtung nun nicht zu umgehen sein wird, und anzugeben, welche Behandlung sich dabei meiner Ansicht nach empfehlen dürfte. Ich habe dabei zunächst nur Regesten im Auge, welche die aus ein und derselben Anzahl hervorgegangenen Urkunden in zusammenhängender Reihe vorgehen, dazu bestimmt sind, uns die verlorenen Regestenbücher der Kanzlei ausfüllen zu ersetzen, so weit dies noch thunlich sein kann.

Ist nun auch der nächste Zweck der Regesten der, die Uebersicht über einen bestimmten Urkundenvorrath zu erleichtern, die Urkunden nach ihrem Inhalte wegen zu verzeichnen, so diene man dadurch zugleich einem Nebenzwecke, der wenigstens für Forschungen auf dem Gebiete der außern Geschichte in der Regel wichtiger ist, als jener nächste Zweck. Wurden die Urkunden nach Zeit und Ort ihrer Datirung geordnet, so ergab sich daraus zugleich ein Itinerar der ausstellenden Herrscher; man erfah, an welchem Orte diese zu einer gegebenen Zeit weilten, welche Personen sich dort in ihrer Umgebung befanden. Allerdings unter der Voraussetzung, daß alle Angaben der Urkunde sich auf einen und denselben Zeitpunkt beziehen. Schien diese in den Urkunden, wie sie vorlagen, nicht immer zuzutreffen, so war eine von dem vorgelegten Gesichtspunkte der nothwendigen Uebereinstimmung des urkundlichen und des thatsächlichen Itinerar ausgehende Verarbeitung des Vorrathes nicht zu vermeiden; wo die Angaben sich demselben nicht fügten, wurde durch Korrekturen nachgeholfen und danach die Anordnung bestimmt, oder die Urkunde als gefälscht oder verfälscht in der fortlaufenden Reihe beseitigt.

Nach unseren Ergebnissen trifft jene Voraussetzung aber nicht immer zu. Würde das so häufig der Fall sein, daß sie sich auch als Regel nicht mehr festhalten ließe, so würde wohl überhaupt darauf zu verzichten sein, in Regestenwerken dem Forscher zugleich die Kenntniß des thatsächlichen Itinerar vermitteln zu wollen; Regesten würden sich als das urkundliche Itinerar, wenn man überhaupt an dieser dann der Sache kaum mehr entsprechenden Bezeichnung festhalten wollte, zu beirren haben, es anderweitigen Arbeiten überlassend, zu untersuchen, wie weit dasselbe nun noch zur Ergänzung des zunächst aus den Gerichtschreibern zu entnehmenden thatsächlichen Itinerar verwerthet

485] werden könne. Aber als Regel glaubten ja auch wir an jener Voraussetzung festhalten zu müssen. Urkundliches und thatfactliches Itinerar werden so überwiegend ohnehin zusammenfallen, die Ausnahmen sind verhältnißmäßig so feltene, daß jener Umstand gewiß nicht abhalten darf, in Regestenarbeiten dem Benutzer die Uebersicht über das thatfactliche Itinerar, so weit das thunlich ist, auch in den Ausnahmefällen zu vermitteln, wo dasselbe nicht ohnehin mit dem urkundlichen übereinstimmt. Und ähnlich verhält sich das mit anderen Angaben, so insbesondere den Zeugen. Für den Benutzer sind diese da beachtenswerth, wo sie sich thatfactlich beim Könige befanden; wird dafür in der Regel, aber nicht immer die Datirung der bezüglichen Urkunde maßgebend sein, so wird doch dem Bearbeiter zuzumuthen sein, daß er in den Ausnahmefällen den Benutzer gerade da auf die bezügliche Zeugenreihe aufmerksam macht, wo dieselbe für ihn von Werth ist, sie nicht nach Maßgabe der Datirung bloß an einem Orte aufführt, wo sie ihn nur irre leiten kann.

Die Zweckmäßigkeit eines Vorgehens, welches trotz der Anerkennung, daß die früher maßgebende Voraussetzung nicht immer zutrifft, doch möglichst den Vortheil beizubehalten sucht, daß die Angaben der Urkunde gerade an dem Zeitpunkte erwähnt werden, auf den sie sich thatfactlich beziehen, wie man das bisher durch Anordnung nach der Datirung unmittelbar erreicht glaubte, wird an und für sich nicht zu bestreiten sein. Es wird sich nur fragen, wie das durchführbar ist. Sollen dem Benutzer die Behelfe geboten sein, die auf verschiedene Zeitpunkte bezüglichen Angaben einer Urkunde gerade da, wo sie thatfactlich eingreifen, nicht zu übersehen, so ist das natürlich nicht erreichbar durch nur einmalige Anführung der Urkunde. Man konnte nun daran denken, den Inhalt der Urkunde aufzulösen, etwa die sich auf einen früheren Zeitpunkt beziehenden Fürbitter und Zeugen zu diesem, anderes an der durch die Datirung gewiesenen Stelle einzureihen. Das wurde sich aber schon dadurch verbieten, daß sich in vielen Fällen allerdings die zur Datirung nicht passenden Angaben mit Sicherheit anderweitig einreihen lassen würden, daß das aber in vielen anderen auch nur annähernd nicht möglich wäre, sich daraus demnach eine ganz verschiedene Behandlung der Einzelfälle ergeben müßte. Dann aber ist noch ein anderes zu beachten. Handelte es sich schon früher für den Bearbeiter von Regesten nicht bloß um eine Registrirung des in den Urkunden selbst Vorliegenden, sondern auch um eine Verarbeitung desselben, so wird das jetzt in noch ausgedehnterer Weise der Fall sein müssen, wenn außer der Registrirung auch die möglichste Feststellung des thatfactlichen Itinerar im Auge behalten werden soll; gewinnt damit die persönliche Auffassung des Bearbeiters weiteren Spielraum, so wird das kein Nachtheil sein, wenn dem Benutzer genügend kenntlich gemacht ist, wo ihm Angaben der Urkunden selbst, wo Annahmen des Bearbeiters über dieselben vorliegen. Aber der Nebenzweck, mag er auch noch so wichtig

feien, darf jedenfalls den Hauptzweck der Regesten nicht ganz zurücktreten lassen, der doch zunächst darauf gerichtet ist, den Gesamtbestand der Urkunde im Zusammenhange auszugsweise vorzulegen. Die verschiedensten Gründe weisen darauf hin, daß das angemessene Vorgehen nur das sein kann, an einer Stelle überhaupt alles zu geben, was über die Urkunde mitgeteilt werden soll; dann aber einerseits hier bemerklich zu machen, daß diese oder jene Angaben sich auf einen früheren oder späteren Zeitpunkt beziehen dürften, andererseits da, wo sie darnach zu berücksichtigen sein würden, auf sie hinzuweisen.

486. Dann aber wird die geeignete Haupteinreihung keinem Zweifel unterliegen können. Dieselbe wird nicht durch eine bloße Annahme des Bearbeiters über die Angaben der Urkunde bestimmt sein dürfen. Auch wenn dieser überzeugt ist, daß dieselben sich sämtlich mit einziger Ausnahme der Tagesangabe etwa auf die Handlung beziehen und die Zeit dieser sich mit voller Sicherheit bestimmen läßt, würde eine dem entsprechende Einordnung, so zweckmäßig sie im Einzelfalle scheinen mag, doch nicht die angemessene sein können. Der Bearbeiter kann sich irren. Der Benutzer wird die Urkunde nicht zunächst an dieser Stelle suchen. Und vor allem wird die Anordnung doch einem einheitlichen Gesichtspunkte folgen müssen, wie das nicht durchführbar sein würde, wenn die in den meisten Fällen nicht mit genügender Genauigkeit zu bestimmende Zeit der Handlung für sie maßgebend sein sollte.

Es wird sich zweifellos nur um eine Anordnung handeln dürfen, welche, so weit das möglich ist, durch in der Urkunde selbst enthaltene Angaben bestimmt ist, nicht schon auf persönlichen Ansichten des Bearbeiters über die Bedeutung derselben beruht. Und daß dann in Fällen, wo sich Widersprüche unter denselben ergeben, nur die Einreihung nach der Tagesangabe die angemessene sein kann, wird schon deshalb außer Frage bleiben müssen, weil diese allein eine genauere Reihenfolge gestattet. Sehen wir vorläufig davon ab, daß es zweifelhaft sein kann, welcher Tag in der Urkunde bezeichnet werden sollte, nehmen wir an, die Tagesangabe selbst lasse sich mit Sicherheit einreihen, so wird die Behandlung der ihr nicht entsprechenden Angaben kaum größeren Schwierigkeiten begegnen. Bei Besprechung derselben habe ich zunächst die durch Böhmer üblich gewordene Einrichtung der Regestenwerke im Auge.

487. Dem Tage nicht entsprechende Ortsangaben kommen verhältnismäßig so häufig vor, daß sich eine Vorkehrung empfiehlt, welche das auch ohne ausdrücklichen Hinweis kenntlich macht. Es mag da die von Böhmer eingeführte Einrückung des Ortes in die Textkolumne beibehalten oder etwa für die Ortsangabe andere Schrift gewählt werden. Dabei wird dann als bekannt vorausgesetzt werden können, daß in solchen Fällen die Ortsangabe in der Regel einem kurz vorhergehenden Aufenthalte entspricht. Ist etwa St. 572, vgl. § 118, zu 972 Aug. 18 einzureihen, wo die Ortsangabe S. Gallen nicht mehr

487] entspricht, so genügt es, das an der Art der Ortsangabe kenntlich zu machen, da der Benutzer auch ohne ausdrücklichen Hinweis nicht im Zweifel sein wird, daß der Ort zu dem durch St. 571 von Aug. 14 ohnehin festgestellten Aufenthalte zu S. Gallen gehört. Handelt es sich aber um einen längeren Zwischenraum, könnten zudem mehrere frühere Aufenthalte in Frage kommen, wie etwa bei St. 750 von 979 Okt. 14, wozu die Ortsangabe Regensburg nicht paßt, während sich, wie ich denke, genügend sicher ergibt, daß sich dieselbe nicht auf den nächst vorhergehenden Regensburger Aufenthalt 977 Okt., sondern auf den 976 Juli bezieht, vgl. § 118. 262, so würde das zweifellos zur Urkunde zu bemerken und kurz zu begründen sein, wenn nicht etwa schon auf eine anderweitige, der Annahme des Bearbeiters entsprechende Begründung verwiesen werden kann.

Umgekehrt würde dann zu den Urkunden aus Regensburg 976 Juli darauf aufmerksam zu machen sein, daß zu 979 Okt. 14 noch eine Urkunde folgt, welche für diesen Regensburger Aufenthalt in Betracht kommt. Läßt sich weiter auch dann, wenn vom bezüglichen früheren Aufenthalte keine Urkunden bekannt sind, die Zeit desselben oft so genau bestimmen, daß nicht zu zweifeln ist, wo er sich dem Itinerar einfügt, so wird sich manche Vervollständigung desselben gerade aus solchen Fällen ergeben können. So wurde ich nach dem § 359 über St. 1859 Bemerkten keinen Anstand nehmen, den Auszug selbst zwar zu 1024 Nov. 14 zu geben und dabei kenntlich zu machen, weshalb der Ort dem Tage nicht entsprechen könne, dann aber zwischen Okt. 2 Lüttich und Okt. 17 Nimwegen unter Leerlassung der Tagesangabe den Ort Neufs in die Ortskolumne eintragen, ihm lediglich einen Verweis auf Nov. 14 zuzugend. Dabei wird es sich freilich oft nur um eine, wenn auch sehr wahrscheinliche, doch nicht außer Frage stehende Einreihung handeln; aber ich denke, daß in solchen Fällen das wahrscheinlich Richtige nicht unverwerthet bleiben soll, weil es möglicherweise nicht richtig sein könne, wenn nur die Gründe betont sind, die für den Bearbeiter maßgebend waren, und damit dem Benutzer Gelegenheit geboten ist, sich zu entscheiden, ob er dieselben als maßgebend anerkennen will oder nicht.

Eine Schwierigkeit wird sich nun zuweilen daraus ergeben können, daß es bei zwei Urkunden von demselben oder nächstfolgenden Tagen aus verschiedenen Orten zweifelhaft scheinen kann, in welcher von beiden der Ort nicht paßt; vgl. § 356. Allerdings glaube ich, daß dann in den meisten Fällen der Umstand, daß die nicht passenden Ortsangaben so überwiegend einem früheren Zeitpunkt entsprechen, das Richtige treffen lassen wird, wenn man den in der Richtung des Itinerars zurückliegenden Ort für den nichtstimmenden hält. Gebe ich aber selbst Ausnahmen von jener Regel zu, so dürften Andere noch mehr Bedenken tragen, sie als ausreichend für eine bestimmtere Entscheidung zu behandeln. Ueberdies kann ja wenigstens in Einzelfällen die Richtung

des Itinerar selbst zweifelhaft seien. Dann wird kaum etwas erübrigen, als beide Ortsangaben in gewöhnlicher Weise zu belassen und etwa durch ein Fragezeichen auf den sich ergebenden Anstand aufmerksam zu machen; der Fragezeichen werden wir ja überhaupt in allen diesen Dingen vielfach nicht entrathen können.

488. In ähnlicher Weise werden die dem Tage nicht entsprechenden Zeugenreihen zu behandeln sein. So wäre etwa zu St. 4746, vgl. § 103, aus Gelnhausen 1192 Juni 1, unter Angabe der Gründe zu bemerken, daß die Zeugen zum Altenburger Tage im Dez. 1192; oder zu St. 4287, vgl. § 150, von 1179, daß sie nach Pavia im Juli 1176 gehören. Darauf wäre dann natürlich unter Altenburg und Pavia zu verweisen. Und unter Verhältnissen werden uns auch die Zeugen zu einer muthmaßlichen Ergänzung des Itinerar dienen können; so schiene mir etwa St. 4370, vgl. § 148, aus Straßburg 1184 Jan. 3, mit seinen so bestimmt auf Worms deutenden Zeugen es durchaus zu rechtfertigen, einen Wormser Aufenthalt gegen Ende 1183 unter Beziehung auf diese Urkunde in das Itinerar einzufügen. Oder wenn der Aufenthalt selbst, auf welchen sich die Zeugen beziehen, durch Urkunden ohnehin festgestellt ist, die aber der Zeugen entbehren, so erfahren wir erst aus der verschobenen Reihe, welche Größe dort beim Könige waren; so kennen wir z. B. von dem Aufenthalte K. Heinrichs zu Wirzburg im Mai 1225 keine Urkunde mit Zeugen, während die damals zu Wirzburg Anwesenden sich mit voller Sicherheit, wie ich denke, aus Reg. Henr. 88 von Juli 27 ergeben, vgl. § 440. Deshalb nun etwa die Zeugenreihe nochmals kurz vorher zu Wirzburg aufzuführen, würde sich kaum empfehlen; gerade in solchen Fällen wird es ohne größere Unbequemlichkeit für den Benutzer genügen, wenn er unter Wirzburg aufmerksam gemacht wird, daß die dort Anwesenden zu Juli 27 genannt sind. Anders scheint mir das zu liegen, wenn vom bezüglichen Aufenthalte Urkunden mit Zeugen ohnehin vorhanden sind und die verschobenen Reihen nur ein oder andere Ergänzung bieten; ergibt sich das erst aus einer genaueren Vergleichung, so sollte der Bearbeiter diese nicht jedem Benutzer zumuthen, sondern auf diejenigen Zeugen ausdrücklich aufmerksam machen, welche zu den auch hier genannten hinzukommen. So würde in den oben angeführten Fällen unter Altenburg 1192 Dez. nicht lediglich auf St. 4746 zu verweisen, sondern zu bemerken sein, daß danach auch der sonst nicht genannte Herzog von Böhmen zu Altenburg gewesen sein dürfte; oder zu Pavia 1176 Juli, daß auch der Erwählte von Wirzburg und genannte Magnaten damals in Italien gewesen seien werden.

Allerdings wird in dieser Richtung der § 152 nachgewiesene Umstand, daß die Zeugen derselben Reihe sich auf verschiedene Zeitpunkte beziehen können, Vorsicht gebieten. Gehören etwa die Zeugen in St. 3758 von Ende 1156 grosentheils zweifellos zu dem Wirzburger Tag von 1055 Okt., so würde uns das nicht berechtigen, für diesen auch die sonst nicht bezeugte Anwesenheit des Erzbischofs von Mainz und

488] des Herzogs von Sachsen anzunehmen, da sich mindestens einige der übrigen Zeugen auf 1156 beziehen. Aber solche Bedenken, so sehr sie allgemein hingestellt jedes sichere Ergebniss zu gefährden scheinen, verlieren in der Regel sehr an Gewicht, wenn es sich um die Beurtheilung bestimmter Einzelfälle handelt, weil es da gewöhnlich an anderweitigen Umständen nicht fehlt, welche die Sachlage mit genügender Sicherheit erkennen lassen. So würde sich bei den beispielsweise angeführten St. 4746 und 4287 leicht erweisen lassen, daß es sich um einheitliche Reihen handelt, welche dort der nachträglichen Ausfertigung, hier der vorhergehenden Handlung entsprechen. Selbst wo die Zeugen gemischt sind, wird die Scheidung sich oft leicht ergeben. In St. 3515, vgl. § 152, dürfte es bei keinem der Zeugen zweifelhaft sein, ob er sich auf die zu Nürnberg vorgenommene Handlung oder auf die zu Fulda erfolgte Beurkundung bezieht. In andern Fällen werden wir uns dann freilich begnügen müssen, zu beiden Zeitpunkten auf den Umstand aufmerksam zu machen und es dem Benutzer überlassen, ob er eine bestimmtere Scheidung für statthaft hält.

489. Was sonstige dem Tage nicht entsprechende Angaben betrifft, so werden die Fürbitter entsprechend zu behandeln sein, wie die Zeugen, wenn sich bestimmter feststellen läßt, an welchem früheren Zeitpunkt sie ihre Fürbitte eingebracht haben. Bei den meisten anderen Angaben wird es genügen, bei Anführung der Urkunde selbst zu betonen, daß sie der Datirung nicht entsprechen; so wenn etwa ein zur Zeit dieser bereits Verstorbener als lebend erwähnt wird oder ein Kanzler, der zur Zeit abwesend oder nicht im Amte war. In wie weit da überdies noch Verweisungen zweckmässig sein dürften, wird sich nach der Lage des Einzelfalles richten müssen. Bezüglich der Angaben über die Handlung wird im allgemeinen vorausgesetzt werden dürfen, daß der Benutzer auch ohne ausdrücklichen Hinweis beachtet, daß sie durchweg einem etwas früheren Zeitpunkte entsprechen wird. Läßt sich dieser durch den Anhalt, welchen Verschiebungen, insbesondere der Ortsangabe, bieten, genauer bestimmen, so wird der Benutzer durch die Einreihung des Ortes am muthmaßlichen Zeitpunkte ohnehin darauf hingewiesen sein. In den Fällen, wo sich die gesammte Datirung der Regel entsprechend auf die Beurkundung bezieht, würden durchweg genügende Haltpunkte für genauere Bestimmung der Zeit der Handlung fehlen. Sind solche aber vorhanden, so würden wir sie nicht unbeachtet lassen dürfen. So würden nach dem von uns für die Haupteinreihung geltend gemachten Gesichtspunkte die Gesetze K. Friedrichs II. zu Gunsten der Kirche, Mon. Germ. L. 2,243, vgl. § 114, allerdings nach ihrer Datirung erst im Dez. 1220 einzureihen sein, obwohl sich aus dem Texte bestimmt ergibt, daß sie schon zu Rom Nov. 22 erlassen wurden; aber zweifellos wäre dann wenigstens unter Rom auf die später folgende Beurkundung zu verweisen.

490. Ungleich größere Schwierigkeiten, als die bisher bespro-

chenen, ergibt nun aber ein anderer Umstand. Wir sind bisher davon ausgegangen, daß die Einreihung nach dem Tage selbst keinem Bedenken unterliege. Nun läßt sich aber nach einer Tagesangabe allein überhaupt nicht einreihen; es muß die Jahresangabe hinzukommen. Bezüglich dieser ergeben sich nun aber oft die größten Bedenken. Einmal finden wir häufig sich widersprechende Jahresangaben. Auch wenn wir von mehr regellosen Fällen oder solchen, bei denen wenigstens die Mehrzahl der Jahresangaben übereinstimmt, absehen, ergibt sich nicht selten, daß sie etwa paarweise auf verschiedene Jahre deuten, Inkarnationsjahr und Indiktion ein früheres oder späteres Jahr ergeben, als Königsjahre und Kaiserjahre. Dann ist es überhaupt nicht möglich, einfach nach dem Tage der Urkunde einzureihen, da diese strenggenommen zwei Tage bezeichnet, den bezüglich eines vorhergehenden und den eines nachfolgenden Jahres; erst durch die Entscheidung für einen von beiden wird eine bestimmte Einreihung ermöglicht.

Sind solche Widersprüche, wie ich denke, darauf zurückzuführen, daß die Jahresangaben der Urkunde nicht gleichzeitig zugefügt wurden, so würde die richtige Beziehung des Tages sich ergeben, wenn sich nachweisen ließe, daß gerade diese oder jene Jahresangaben gleichzeitig mit dem Tage eingetragen zu werden pflegten. Schien mir das allerdings vielfach gerade die Regierungsjahre zu treffen, vgl. § 374, mag der Umstand hie und da verwendbar sein, so würde es doch noch sehr der genaueren Prüfung bedürfen, ob das überhaupt und ob es in allen Perioden so weit zutrifft, daß wir darauf größeres Gewicht zu legen berechtigt sind.

Einen verwendbareren Haltpunkt in dieser Richtung bietet zweifellos der Umstand, daß wenigstens in der Regel Tag und Ort sich entsprechen, daß weiter nur durch seltenen Zufall der König in nächstaufeinanderfolgenden Jahren an demselben Tage an demselben Orte gewesen seien wird, daß wir demnach ohne irgendwelche der Jahresangaben der Urkunde an und für sich zu bevorzugen, nach dem Orte bestimmen können, welches Jahr bei der Tagesangabe gemeint sein wird, und dort die Urkunde einreihen, die abweichenden Jahresangaben bemerkend. In der Mehrzahl der Fälle wird die Richtigkeit solcher Einreihung keinem Zweifel unterliegen; und eines weiteren Hinweises für den Benutzer, wo er die Urkunde zu suchen hat, wird es dann kaum bedürfen, da es sich durchweg um unmittelbar aufeinanderfolgende Jahre handelt und überdies wenigstens einzelne Jahresangaben auf die Einreihung hinweisen. In einzelnen Fällen mag freilich der Umstand, daß die Dürftigkeit des Itinerar nicht gestattet zu entscheiden, in welchem Jahre Ort und Tag zusammenfallen, daß weiter das Entsprechen von Ort und Tag nicht ausnahmslose Regel ist, eine genügend begründete Entscheidung verhindern. Dann wird nichts erübrigen, als sich nach der größeren Wahrscheinlichkeit für Einreihung in das eine der beiden Jahre zu entscheiden und zum entsprechenden Tage des andern zu

490] bemerken, daß die und die Urkunde möglicherweise auch in dieses Jahr gehören könne.

491. Zweifelhafter kann die Behandlung sein bei den zahlreichen Urkunden, in welchen wir dem Tage und dem Orte nicht entsprechende übereinstimmende Jahresangaben finden, wo also der bestimmte Tag eines bestimmten Jahres angegeben zu sein scheint, während doch die Jahresangaben wohl an und für sich, aber nicht an dem bezeichneten Tage übereinstimmen, oder wenigstens die Vergleichung mit dem Orte ergibt, daß der bezügliche Tag des folgenden oder des vorhergehenden Jahres gemeint sein muß. Wir suchten den Grund für diese Erscheinung darin, daß die Gesamtheit der Jahresangaben der Urkunde früher oder später zugefügt wurde, als die Tagesangabe, jene etwa schon im Dezember, diese erst im Januar. Solche Fälle werden selbst dann oft mit Sicherheit erkennbar sein, wenn alle Jahresangaben gerade auch an diesem Tage übereinstimmen. So stimmen etwa in St. 1014 von 994 Jan. 13 alle drei Jahresangaben an diesem Tage zusammen, während doch bei Beachtung des Ortes Straßburg gar kein Zweifel bleibt, daß der 13. Jan. des folgenden Jahres gemeint ist; vgl. § 344. Wollten wir streng an dem Grundsatz festhalten, bei der Einreihung der in der Urkunde selbst bezeichneten Tagesangabe zu folgen und uns nicht durch vorgefaßte Meinungen bestimmen zu lassen, so schiene das dafür zu sprechen, trotzdem zu 994 einzureihen. Aber ich denke, daß sich das in einem solchen Falle schwerlich befürworten ließe. Die Sache liegt hier doch wesentlich anders, als bei der Forderung, zum genannten Tage auch dann einzureihen, wenn ihm der Ort und sonstige Angaben der Urkunde nicht entsprechen. In diesem Falle ist wirklich der in der Datirung genannte Tag gemeint, der uns zugleich ein bestimmtes Stadium der Beurkundung bezeichnet. In jenem Falle dagegen hatte der Schreiber den Tag, der durch einen Mißgriff in der Urkunde genannt erscheint, überhaupt gar nicht im Auge, sondern den 13. Jan. 995; der genannte 13. Jan. 994 steht außer aller Beziehung zu irgendwelcher Stufe der Beurkundung, es war diese damals wahrscheinlich noch gar nicht in Aussicht genommen. Daß es sich da um eine rein äußerliche Verbindung nicht zusammengehöriger Tagesangaben und Jahresangaben handelt, tritt dann in andern Fällen noch deutlicher dadurch hervor, daß die verschiedenen Jahresangaben wohl an und für sich, nicht aber an dem bezeichneten Tage irgendwelchen Jahres zu einander passen. Wir werden dann als maßgebend für die Einreihung nicht den in Folge eines Mißgriffes scheinbar bezeichneten Tag betrachten, sondern den Tag, welchen der Schreiber nach Maßgabe der Ortsangabe sichtlich bezeichnen wollte. Sonst müßte man folgerichtig, falls meine § 457 begründete Annahme als zutreffend anerkannt wird, daß ein und dieselbe Kanzlei sich gleichzeitig nicht verschiedener Jahresanfänge bediente, auch die kurz nach dem 25. Dez. datirten, ziemlich gleichzeitig entstandenen Urkunden um ein ganzes Jahr auseinander-

ordnen, jenachdem die Urkunden vor oder nach dem 25. Dez. mit der Jahresangabe versehen wurden.

Bei den am häufigsten vorkommenden Fällen dieser Art, wo Tag und Ort kurz nach dem Ende des bezeichneten Jahres oder genauer kurz nach dem Ende des Zeitabschnittes, während dessen die verschiedenen Jahresangaben zusammenstimmen, zu einander passen, wird das Verhältniß durchweg sicher erkennbar sein, das vorgeschlagene Vorgehen wird dann kaum auf Widerspruch stoßen und es wird kaum nöthig sein, zu dem scheinbar in der Urkunde angedeuteten Tage auch nur eine Verweisung hinzuzufügen. Die Schwierigkeit liegt darin, daß es nicht immer sicher erkennbar sein wird. Bietet uns den Halt die Regel, daß Ort und Tag denselben Zeitpunkt bezeichnen sollen, so werden wir einmal nicht immer die Mittel haben, sicher festzustellen, in welchem andern Jahre Tag und Ort übereinstimmen; dann würde nur nach der Wahrscheinlichkeit einzureihen und durch Verweisungen nachzuhelfen sein. Bedenklicher noch ist der Umstand, daß jene Regel keineswegs als eine ausnahmslose zu betrachten ist. Ist einmal zuzugeben, daß Ort und Tag nicht immer denselben Zeitpunkt bezeichnen, daß weiter die Verschiebungen von Ort und Tag sich keineswegs auf kürzeste Zeiträume beschränken, sondern häufig in verschiedene Jahre übergreifen, so wird sich in Fällen, wo Ort und Jahre entschieden nicht zu einander passen, die Frage ergeben, ob der Tag nun dem Orte, oder aber dem Jahre entspricht. Oft wird sich dieselbe mit ziemlicher Sicherheit lösen lassen. Ergibt sich, daß Ort und Tag in näherliegenden Jahren überhaupt nicht zusammenpassen, oder daß der Ort sich mit so großer Wahrscheinlichkeit, wie etwa bei St. 798, vgl. § 118, auf einen bestimmten andern Tag beziehen muß, so haben wir keinen Grund, Beziehung des Tages auf das genannte Jahr zu bezweifeln und werden danach einreihen. Ergibt sich umgekehrt, daß wenigstens in einem näherliegenden Jahre Ort und Tag stimmen, vgl. § 122, so wird Beziehung des Tages auf den Ort höchst wahrscheinlich sein. In andern Fällen aber wird uns jeder Haltpunkt zur Entscheidung abgehen. Würde dann aus innern Gründen eine Haupteinreihung zu dem nächstliegenden Jahre, wo der Ort zwar dem Tage nicht erweislich entspricht, ihm aber entsprechen kann, ebenso berechtigt sein, als zu dem in der Urkunde genannten Jahre, so werden wir aus äußern Gründen wohl das letztere zu bevorzugen haben, und uns da, wo Ort und Tag sich entsprechen könnten, mit einer Verweisung begnügen.

Solche Verweisungen werden aber überhaupt nicht fehlen dürfen, wo es sich um bedeutendere Zeitabstände handelt, nicht um jene leicht erkennbaren Fälle, bei welchen der Widerspruch dadurch herbeigeführt ist, daß die einen Angaben kurz vor, die andern kurz nach dem Jahreswechsel eingetragen wurden. Denn einmal wird die Wahrscheinlichkeit der Beziehung des Tages auf den Ort doch die Möglichkeit der Beziehung auf das Jahr nicht ausschließen. So ist es mir bei St. 3123, vgl. § 118,

niederen Fälschungen zu rechnen und über die Behandlung derselben schlüssig zu machen haben. Wenn ich jederzeit Einreihung nach der angeblichen Entstehungszeit befürwortet habe, so bedarf es kaum eines Hinweises, daß die Ergebnisse meiner jetzigen Untersuchungen sich in dieser Ansicht wesentlich bestärken mußten. Und soweit die Sache überhaupt größeres Gewicht hat, stimmt ihr nun auch Sickel Schw. Anmerk. 24 zu, indem er sich bezüglich der Herausgabe der Diplome dahin erklärt, daß Fälschungen nach echten Vorlagen einzureihen seien, wenn die Wahrscheinlichkeit dafür spricht, daß sich wenigstens ein Theil der Vorlage intakt gehalten habe. Um so weniger wird es für Regesten in Frage kommen können, da für diese gerade auf solche Theile der Urkunde besonderes Gewicht zu legen ist, welche am häufigsten auch in die Fälschungen ungeändert übergingen.

Das trifft freilich für die in dieser Richtung wichtigsten Angaben nicht mehr zu, wenn die Vorlage für eine Fälschung angeblich anderer Entstehungszeit benutzt ist. Auch dann wird sich in Einzelfällen wohl noch genauer bestimmen lassen, wohin die Vorlage gehört hat, so daß die entsprechenden Bestandtheile verwerthet werden können; so würde etwa nach dem § 288 über St. 4039, angeblich von 1165, Bemerkten die Zeugenreihe zu dem Aufenthalte zu Venedig 1177 zu erwähnen sein. Aber in den meisten Fällen wird es da nicht möglich sein, die Entstehungszeit der Vorlage so genau zu bestimmen, daß sich danach eintheilen ließe. Selbstständige Fälschungen aber sind von vornherein für die Hauptzwecke der Regesten werthlos, für andere würden sie ihre gemeinste Einordnung zum Zeitpunkte ihrer thatsächlichen Entstehung finden, der sich aber nur in den seltensten Fällen mit genügender Sicherheit wird bestimmen lassen.

Bei diesen Klassen von Fälschungen haben wir demnach nur die Wahl, auf ihre Einreihung überhaupt zu verzichten oder sie nach der ihnen angegebenen Zeit einzureihen, obwohl wir überzeugt sind, daß sie zu dieser in keinerlei thatsächlicher Beziehung stehen. Sie bei Editionen außer der Reihe zu geben, wird sich gewiß nur billigen lassen. Gegenwärtig möchte ich bei Regesten auch ihre Einreihung befürworten. Regesten werden nicht den Maßstab der Kenntnisse des Bearbeiters, sondern der verschiedenen Benutzer zu beachten haben. Mancher von diesen wird selbst eine rohe Fälschung nicht unmittelbar erkennen, er wird Aufschluß über dieselbe an dem in ihr angegebenen Tage suchen, und dieser kann ihm hier doch kurz gegeben werden, ohne daß das andere Benutzer wesentlich beirren wird, wenn die Fälschung als solche genügend gekennzeichnet ist. Weiter aber wird auch nicht immer mit voller Sicherheit behauptet werden können, daß die Beachtung der Urkunde zur angeblichen Entstehungszeit, obwohl diese sichtlich nicht einmal auf eine echte urkundliche Vorlage zurückgeht, völlig werthlos sei; es kann doch auch eine rohe oder die Entstehungsverhältnisse der Vorlage ändernde Fälschung in ihren sachlichen Angaben auf guten anderen

492] artigen Quellen fassen; vgl. etwa das § 13 über St. 4126 Bemerkte. In diesem Falle handelt es sich allerdings um ein Privatgeschäft, aber es wäre doch denkbar, daß in derselben Weise auch ein Traditionsakt des Königs verarbeitet wäre, so daß dann trotz aller Rohheit der Form die Urkunde in ihren sachlichen Angaben durchaus zuverlässig und jedenfalls für solche Regesten beachtenswerth sein würde, die nicht bloßes Urkundenverzeichniß sein sollen, sondern die verschiedenartigsten geschichtlichen Angaben in dem dadurch gebotenen Rahmen zusammenstellen. Man könnte nun sagen, daß man nur in solchen Fällen die Fälschung einreihen solle. Aber wo dieser Fall zutrifft oder nicht, wird vielfach auch der umsichtigste Bearbeiter nicht sicher zu beurtheilen im Stande sein. Für Einreihung aller Arten von Fälschungen scheint mir insbesondere auch zu sprechen, daß es zwar sehr leicht ist, einen allgemeinen Gesichtspunkt aufzustellen, nach dem einzureihen wäre oder nicht, sich dann aber bei der Anwendung gar bald herausstellt, daß die damit gezogene Gränze an und für sich eine zu unsichere ist oder es wenigstens bei den Einzelfällen an Haltpunkten gebricht, um zu entscheiden, ob sie auf diese oder jene Seite derselben fallen.

WEITERE AUFGABEN.

493. Bei meinen bisherigen Bemerkungen konnte ich es nicht vermeiden, vorläufig von der Voraussetzung der Richtigkeit meiner Ergebnisse auch im einzelnen auszugehen. Das Bedürfnis weiterer Prüfung der Ergebnisse erkennt aber niemand weniger als ich selbst. Ich ging davon aus, daß die mannichfachen Widersprüche auch in zweifellos echten Urkunden nicht als unberechenbare Regelloigkeiten hinzunehmen, daß sie erklärbar sein dürften, wenn wir den ganzen Entstehungsvorgang der Urkunden bestimmter ins Auge fassen und uns vergegenwärtigen, wie die verschiedenen Stadien, welche derselbe durchzumachen hatte, auch im Endergebnis ihre Spuren zurücklassen und damit zu Angaben führen konnten, welche sich widersprechen, wenn wir nur einen Zeitpunkt für alle als maßgebend betrachten. Daß ich damit keinen Fehlgriff gethan, daß der eingeschlagene Weg im allgemeinen der richtige ist, möchte ich allerdings nicht bezweifeln; es bürden mir dafür insbesondere die zustimmenden Aeufferungen Sickels, Schw. Kaiserurk. 8. 13. Mag aber der Weg selbst noch so richtig sein, so ist natürlich nicht daran zu denken, daß ich auf Grundlage eines sehr beschränkten Material und mit vielfach sehr mangelhaften Vorkenntnissen bei meinem Versuche alles erreicht haben sollte, was auf diesem Wege überhaupt erreichbar ist, oder daß alles, was ich erreicht zu haben glaube, sich bei eingehender Prüfung als stichhaltig erweisen werde.

Für die früheren Zeiten des Mittelalters wird es an dieser Prüfung selbst dann schwerlich fehlen, wenn niemand sich veranlaßt finden würde

meine Annahme im Allgemeinen oder in einzelnen Theilen einer eingehenden Würdigung zu unterziehen. Die Vorbereitung der Veröffentlichung der älteren Diplome, die Neubearbeitung des Regestenwerkes Böhmers, die Verwerthung der Königsurkunden bei der Fortführung der Jahrbücher des Reiches werden so oft nothigen, einzelne meiner Behauptungen bestimmter ins Auge zu fassen, dass sich da ohnehin mit der Zeit die nöthigen Haltpunkte für Widerlegung, Richtigstellung, Ergänzung oder Bestätigung meiner Annahmen ergeben werden.

Dagegen würde ich allerdings befondern Werth darauf legen, wenn meine Arbeit diesem oder jenem Anregung böte, bezüglich der Verhältnisse für die spätern Zeiten des Mittelalters genauer nachzugehen, wo wohl weniger zu erwarten steht, dass die auch da in Angriff genommenen grösseren Arbeiten ohnehin Gelegenheit bieten werden, die Stichhaltigkeit meiner Annahme zu prüfen, während doch gerade hier auf sichere Ergebnisse fast zweifellos zu rechnen ist, wenn das vorhandene Material, bezüglich dessen ich mich auf sehr dürftige Hülfsmittel beschränkt sah, in weitem Umfange ausgenutzt werden kann. Den Ausfertigungen selbst wird sich da allerdings weniger entnehmen lassen. Aber es hat sich aus dieser späteren Zeit so manches an Konzepten, Registraturbüchern und ähnlichen Archivalien erhalten, dass ich nicht zweifle, es müsse gelingen, wenigstens für diese Zeit den ganzen Gang der Beurkundung, insbesondere auch das Vorgehen bei der Datirung, mit voller Sicherheit festzustellen. Und wäre das an und für sich von Werth, so würde es zweifellos doch auch manchen Rückschluss auf verwandte Verhältnisse früherer Zeiten gestatten.

Weiter fühle ich mich verpflichtet, noch ausdrücklich darauf hinzuweisen, dass ich bezüglich der Verhältnisse der für das Urkundenwesen des Mittelalters so überaus massgebenden päpstlichen Kanzlei wohl hie und da berührt habe, ihnen aber doch nicht annähernd so weit nachgegangen bin, als das für eine abschliessende Erörterung mancher von mir untersuchter Fragen unerlässlich sein würde. Ich zweifle nicht, dass sich dadurch noch die wichtigsten Aufschlüsse auch für die Verhältnisse der Reichskanzlei gewinnen lassen werden. Wurde ich darauf erst im Verlaufe der Arbeit mehr und mehr aufmerksam, während ich den Abschluss dieser doch nicht weiter hinauschieben mochte, so wird man es begreiflich finden, wenn ich zögerte, um nachträglich noch ein Gebiet genauer durchzuarbeiten, das ich bei meinen Vorarbeiten im wesentlichen glaubte unberücksichtigt lassen zu dürfen.

494. Ist für die Verhältnisse der früheren Zeiten die Forschung durch nichts mehr erschwert, als dadurch, dass uns für die Beurtheilung des gesammten zu verfolgenden Vorganges durchweg nur das Endergebniss zu Gebote steht, so möchte ich ein Verdienst meiner Untersuchungen insbesondere auch darin sehen, dass sie ergeben haben dürften, wie trotz jener Schwierigkeit die Möglichkeit sicherer Ergebnisse nicht ausgeschlossen ist. Es schien sich doch herauszustellen,

494] daß selbst da, wo uns der sichere Haltpunkt graphischer Verschiedenheiten in den Originalen abgeht, die Hülfsmittel der Forschung noch keineswegs erschöpft sind. Habe ich etwa § 368 ff. Gewicht gelegt auf die Verschiebungen der Tagesangabe in der Datirungszeile, so ist es möglich, daß die Folgerungen, welche ich aus der Erscheinung glaubte ziehen zu müssen, sich als nicht zutreffend erweisen werden; schwerlich aber wird sich doch bestreiten lassen, daß es sich da um eine Erscheinung handelt, die sich nur unter Einwirkung von Vorstufen der Beurkundung so gestaltet haben kann, die demnach auch irgendwelchen Rückschluss auf diese gestatten muß, wenn ich auch nicht sogleich auf den zutreffenden verfallen sein sollte. Und weitere Beschäftigung mit diesen Dingen wird da sicher noch auf manche Haltpunkte führen, welche sich meiner Aufmerksamkeit entzogen.

495. Freilich ergibt damit meine Arbeit die Nothwendigkeit der Beachtung der geringfügigsten Einzelheiten, falls genügende Ergebnisse erreichbar sein sollen; ich glaubte oft Umstände betonen zu müssen, nicht unwichtige Folgerungen aus ihnen ziehen zu dürfen, bei denen bisher nicht leicht jemand daran gedacht haben wird, daß sie überhaupt für irgendwelchen Zweck beachtenswerth sein könnten. Damit werden denn allerdings sehr gesteigerte Ansprüche an die Veröffentlichungen von Urkunden zu stellen sein. Ich habe dabei nicht Editionen im Auge, die für besondere Zwecke, für das zeitweilige Bedürfnis, mit privaten Mitteln unternommen werden, bei denen von einer Verwendung für Zwecke der Diplomatie zunächst ganz abgesehen ist; in jedem Einzelfalle dieselben höchsten Forderungen zu stellen, würde theils keinen ausreichenden Zweck haben, theils geradezu nachtheilig sein, weil es von an und für sich nützlich, wenn auch nicht allen Forderungen entsprechenden Veröffentlichungen abhalten würde. Aber ein anderer Maßstab wird anzulegen sein an Sammlungen, welche aus öffentlichen Mitteln oder von öffentlichen Anstalten zu dem allgemeinen Zwecke unternommen werden, die Einsichtnahme der Originale selbst fortan möglichst entbehrlich zu machen, an welche schon deshalb die höchsten Forderungen zu stellen sein werden, weil die einmal mit so bedeutendem Aufwande von Mühe und Kosten unternommene Herausgabe jede nochmalige Veröffentlichung desselben Vorrathes für lange Zeiten ausschließt. Dann kann es doch nicht genügen, dem Geschichtsforscher einen wortgetreuen Abdruck der Texte zu bieten. Auch wenn die Echtheit aller Stücke keinem Zweifel unterliegen würde, wäre doch darauf Bedacht zu nehmen, daß solche Veröffentlichungen auch der allgemeineren Forschung auf dem Gebiete der Urkundenlehre dienen sollen, es wäre schon deshalb darauf zu sehen, nicht bloß den Inhalt wiederzugeben, sondern auch die äußere Erscheinung so weit kenntlich zu machen, als das die Art der Veröffentlichung überhaupt gestattet. In allen Fällen aber, wo überdies die Echtheit oder Unverfälschtheit der Stücke in Frage kommen kann, wird ja auch der Historiker

nicht darauf verzichten können, daß ihm in jener Beziehung alles mitgetheilt wird, was für die kritische Würdigung des Stückes von Gewicht sein kann, was ihm ein eigenes Urtheil ermöglicht oder ihn wenigstens ermessen läßt, in wie weit er das Urtheil des Herausgebers als ein genügend begründetes betrachten darf.

Wie weit man da dem Bedürfnisse auch bei Veröffentlichungen von Privaturkunden entgegenkommen könne, hat Wartmann gezeigt, der im Urkundenbuche von St. Gallen bei einem dafür allerdings besonders günstig liegenden Urkundenvorrathe bis auf den individuellen Schriftcharakter der einzelnen Stücke zurückgegangen ist. Sicher nicht ohne Erfolg; es mag genügen, etwa auf die Bemerkungen I, 21. 34. 41 zu verweisen, wo die Möglichkeit, die Handschrift des als Schreiber Genannten festzustellen, ergab, daß ein Stück, welches nach andern Kennzeichen als Kopie zu betrachten wäre, Original sei, während bei einem andern das Umgekehrte zutraf. Daß da selten die Verhältnisse so günstig liegen, ist freilich nicht zu verkennen; manche Vorräthe werden zu dürftig sein, um lohnende Ergebnisse erwarten zu lassen; nicht selten aber doch auch die Fälle, wo durch thunlichste Feststellung der Identität der Schreiber verschiedener Urkunden dem Benutzer die wichtigsten Haltpunkte geboten sein würden. Jedenfalls wäre aber zu verlangen, daß wenigstens solche graphische Verhältnisse genügende Beachtung fänden, über welche auch die Einzelurkunde ein Urtheil gestattet, wie Verschiedenheit der Schrift und Dinte, das Vorkommen von Korrekturen und Aehnliches. Aber selbst in den besseren neueren Urkundensammlungen ist das durchweg nur in besonders auffallenden Fällen geschehen. Und auch wo jeder graphische Unterschied fehlt, kann es doch oft von größtem Gewichte sein, daß das dem Benutzer ausdrücklich bemerkt wird. Die inneren Widersprüche, die Kennzeichen, daß der vorliegende Text nicht an einem Zeitpunkte entstanden sein kann, sind oft, wie beispielsweise bei der § 158 besprochenen Trierischen Urkunde von 1038, so auffallend, daß sie sich der Aufmerksamkeit des Herausgebers unmöglich entziehen können, auch wenn sie sich in der äußern Erscheinung der Urkunde gar nicht kenntlich machen; und die bloße ausdrückliche Bemerkung, daß die bezüglichen Stellen keinen Schriftunterschied zeigen, würde mir in einer Reihe von Fällen genügt haben, um über die Entstehung der Widersprüche mit großer Sicherheit urtheilen zu können. Auf die gewiß aller Beachtung werthe, § 171 erörterte Annahme, daß man in der Reichskanzlei wohl auch Urkunden früherer Herrscher neu ausgefertigt habe, würde ich schwerlich verfallen sein, wenn nicht Wilmans und Wartmann ausdrücklich bemerkt hätten, daß auch das zweite Signum von der Hand des Textes geschrieben sei. Für alles, was möglicherweise in Betracht kommen kann, wird freilich die sorgfältigste Veröffentlichung die Einsicht des Original nicht ersetzen können. Aber für eine Menge von Umständen kann das zweifellos geschehen.

Naher darauf einzugehen, was in dieser Richtung zu geschehen

495] hätte und in welcher Weise, werde ich unterlassen dürfen. Von der in Angriff genommenen Ausgabe der Diplome in den Monumenten verspreche ich mir insbesondere auch den Erfolg, daß damit den lokalen Sammlungen der Weg gewiesen sein wird, dessen Einhaltung, wenn auch mit manchen Modifikationen, sich auch für sie empfehlen muß. Bezüglich der Ausgabe der Diplome selbst aber habe ich keine Wünsche mehr zu äußern und den bezüglichen Darlegungen Sickels über das von ihm beabsichtigte Vorgehen um so weniger etwas hinzuzufügen, als dasselbe durchaus mit dem zusammentrifft, was da auch mir nach der jetzigen längeren Beschäftigung mit dem Gegenstande sich als wünschenswerth darstellte. Ist der Glaube an manche Grundsätze, welche wir als maßgebend für die Kritik der Urkunden zu betrachten gewohnt waren, mindestens ein sehr schwankender geworden, so wird es vor allem die Aufgabe sein, eine feste Grundlage wiederzugewinnen. Der Weg dazu wird mit Sichel darin zu suchen sein, daß die angeblichen Originale unter Absehen von jeder vorgefaßten Meinung nach den sichern Haltpunkten, welche da nur das Verfolgen des individuellen Schriftcharakters bietet, bezüglich ihrer Echtheit geprüft und dann aus dem sich als echt bewährenden Material die Grundsätze abgeleitet werden für die Beurtheilung auch der Stücke, bei denen sich eine angebliche Urschrift überhaupt nicht erhalten oder bei denen dieselbe ein sicheres Urtheil nicht gestattet. Die Umständlichkeit solchen Vorgehens ist nicht zu verkennen. Mag es manchem scheinen, als werde da über das hinausgegangen, was nöthig ist, so befremdet mich das um so weniger, als ich vor der näheren Beschäftigung mit diesen Dingen kaum anderer Ansicht gewesen sein würde. Aber so mühsam der Weg sein mag, so scheint er mir doch bei einer Veröffentlichung nicht zu umgehen, die eine möglichst abschließende sein soll. Ich bin überzeugt, daß einem Versuche, den Weg zu kürzen, in nicht zu langer Zeit die Ueberzeugung folgen würde, daß man auf Fehlwege gerathen sei.

496. Sind aber die Forderungen, welche ich im Anschlusse an Sichel glaube stellen zu müssen, nicht zu weitgehende, so wird es freilich, um genügend sichern Boden zu gewinnen, noch einer sehr angestregten und vielseitigen Thätigkeit auf einem Gebiete bedürfen, bezüglich dessen man wohl der Ansicht begegnet, als werde ihm ohnehin in jüngster Zeit mehr Arbeitskraft zugewandt, als für das Gleichgewicht in der Beschäftigung mit den verschiedenen Seiten der geschichtlichen Quellenkunde zuträglich sei. Würde das wirklich der Fall sein, was doch an und für sich noch fraglich sein mag, so würde ich das durchaus gerechtfertigt finden durch die frühere Vernachlässigung der diplomatischen Studien. Man wird es doch als ein ganz sachgemäßes Verhältniß betrachten müssen, wenn die wissenschaftlichen Bestrebungen zeitweise mit einer gewissen Einseitigkeit sich einem Gebiete zuwenden, welches wenigstens verhältnißmäßig vernachlässigt wurde, hinter anderen zurückblieb, so daß sich nur durch eine zeitweise einseitige Be-

vorzugung das Gleichgewicht wieder herstellen läßt. Das Zutreffen dieses Verhältnisses wird kaum in Abrede zu stellen sein, wenn wir das vergleichen, was für Geschichtschreiber und was für Urkunden geleistet ist; der Umstand, daß die Herausgabe jener in den Monumenten seit einem halben Jahrhunderte in Angriff genommen und weitergeführt ist, mußte nothwendig zu einer einseitigen Bevorzugung dieses Quellenkreises führen.

Freilich nicht in der Weise, als sei nun die Benutzung der Diplome für die Zwecke geschichtlicher Forschung irgendwie vernachlässigt worden; in dieser Richtung ist vielmehr ein großer Fortschritt nicht zu verkennen. In derselben Zeit, wo die Beschäftigung mit den Skriptoren durch die Ausgaben der Monumente so sehr gefördert wurde, wurden die Diplome durch Böhmer in seinem Regestenwerke in übersichtlicher Anordnung so vollständig verzeichnet und damit so zugänglich gemacht, daß man wird zugeben müssen, es sei hier, so weit es sich nur um die Erleichterung der Heranziehung des Materials für Zwecke der geschichtlichen Forschung handelte, die Förderung eine verhältnißmäßig noch bedeutendere gewesen, als bei den Geschichtschreibern. In dieser Richtung hat es ja auch weiterhin an den dankenswertheften Leistungen nicht gefehlt; es genügt, an die Arbeiten von Jaffé und Stumpf zu erinnern. Und wenn die Ausgabe der Diplome auf sich warten ließ, so wurde durch eine Reihe provinzieller Sammlungen dem Forscher bisher unbekanntes Material in solcher Fülle zugänglich gemacht, daß dagegen das, was auf dem Gebiete der Geschichtschreibung von neuem Stoff geboten werden konnte, aus nächstliegenden Gründen zurückbleiben mußte.

Auch das wird man nicht sagen können, daß man bei Benutzung der Urkunden nun etwa unkritisch zu Werke gegangen wäre; gerade in dieser Zeit wurde Urkundenkritik in ausgedehntester Weise geübt. Aber freilich nach Regeln, an die man glaubte, ohne dazu zu gelangen, ihre Stichhaltigkeit schärfer zu prüfen. Es will mir scheinen, als hätten gerade die Leistungen, welche in anderer Richtung einen so außerordentlichen Fortschritt bezeichnen, in dieser eher hindernd eingewirkt. Oft ist mir aufgefallen, wie bei der letzten bedeutenderen Veröffentlichung von Königsurkunden, welche von Böhmers Regestenwerke noch nicht beeinflusst war, nämlich bei der der Monumenta Boica, sich der Voraussetzung des Zusammenstimmens aller Angaben der Urkunde auf ein und denselben Zeitpunkt gegenüber doch noch eine große Unbefangenheit zeigt, mancher jener Voraussetzung nicht entsprechende Umstand als zulässig behandelt und durch Annahmen erklärt ist, auf welche auch ich glaubte wieder zurückgreifen zu müssen. Aber der Glaube an jenen kritischen Grundsatz mußte sich um so mehr befestigen, als die Arbeit Böhmers ihn durchaus zu unterstützen schien. Ergab diese ungleich bestimmter, als man das bis dahin wegen der mangelnden Uebersicht über das Ganze beurtheilen konnte, daß in der ganz überwiegenden Masse

496] der Diplome die verschiedenen Angaben, insbesondere Tag und Ort, übereinstimmen, so mochte sich um so leichter die Frage der Beachtung entziehen, ob das eben nur thatsächlich zutreffe oder ob das in jeder echten Urkunde so zutreffen müsse. Und selbst dann, wenn man sich auf diese und ähnliche Fragen bestimmter hingewiesen gesehen hätte, würde man über die genügenden Mittel zur Lösung nicht verfügt haben. In einer Zeit, in welcher für die Zugänglichmachung des urkundlichen Material so außerordentlich viel geschah, kam es zu keinem nennenswerthen Fortschritt in der Urkundenlehre.

Das aber war wesentlich veranlaßt durch die vorläufige Zurückstellung der Ausgabe der Diplome in den Monumenten. Die besten Kräfte waren durch die Herausgabe der Geschichtschreiber in Anspruch genommen. Die Aufgabe, kritisch gereinigte Texte herzustellen, führte mehr und mehr zur Beachtung aller Umstände, welche für die kritische Würdigung dieser Quellen ins Gewicht fallen; es wurden nicht allein die Regeln gewonnen, nach welchen sie zu veröffentlichen seien, sondern es waren damit durchweg auch die Regeln festgestellt oder doch ihre Auffindung an die Hand gegeben, nach welchen der veröffentlichte Stoff für die Forschung zu verwerthen sei, während dann die Ausgaben selbst wieder zu zahlreichen kritischen Arbeiten auf Grundlage derselben veranlassen mußten. Mag das hie und da zu einer gewissen Einseitigkeit geführt haben, zu einer überwiegenden Berücksichtigung der Aufgaben des Herausgebers vor denen des Benutzers, so fällt das für unsern Gesichtspunkt nicht in's Gewicht. Wir sind durch diese Arbeiten in das ganze Wesen der Geschichtschreibung jener Jahrhunderte so tief eingedrungen, daß auf diesem Gebiete kaum noch Wesentliches zu thun bleiben dürfte, so weit die allgemeinen Regeln und Gesichtspunkte der kritischen Würdigung in Frage kommen; es handelt sich da durchweg nur noch um die richtige Anwendung auf die Einzelfälle.

Wie weit wir in dieser Richtung auf dem Gebiete der Urkundenlehre zurückgeblieben sind, dafür dürfte gerade mein Versuch, entsprechende Verhältnisse auf demselben so weit zu entwirren, als das die jetzt zu Gebote stehenden Hülfsmittel gestatten, das unwiderleglichste Zeugniß geben. Man wird da auch kaum einwenden dürfen, es könne von einem verhältnismäßigen Zurückbleiben nicht wohl die Rede sein, insofern es sich um unvergleichbare Größen handle. In dieser und jener Richtung mag das zutreffen. Im Allgemeinen aber finden sich so viele Berührungspunkte, daß ein unmittelbarer Vergleich recht wohl statthaft ist, sich danach recht wohl erwagen laßt, in wie weit die entsprechenden Forderungen, die auf dem Gebiete der Geschichtschreibung längst außer Frage stehen, auch auf dem der Diplomatie bereits als berechtigt anerkannt sind.

Sehen wir auf die Editionen, so besitzen wir allerdings manche ganz vortrefflich bearbeitete Urkundenwerke. Aber es würde sich doch leicht die Behauptung begründen lassen, daß dieselben, so weit sie nicht über-

haupt schon von der günstigeren Wendung der diplomatischen Studien der letzten Zeit beeinflusst sind, wohl ein Zeugniß geben für die besondere Befähigung und Einsicht der Bearbeiter, nicht aber für den Stand, den die Urkundenlehre bei uns überhaupt einnimmt. Und daneben finden wir ja Publikationen, bei denen der Herausgeber seiner Aufgabe durchaus genügt zu haben glaubte, wenn er die von ihm oder für ihn gefertigten Abschriften der nackten Texte einfach aneinanderreihete, ohne alle weitere Rücksicht auf die Eigenthümlichkeiten der graphischen Erscheinung, ohne oft auch nur eine Bemerkung über Siegel und Anderes, was für die kritische Würdigung ins Gewicht fallen kann, für nöthig zu halten. Wie würde sich nun etwa das Urtheil über die Publikation eines Geschichtschreibers gestalten, bei der der Herausgeber sich einfach auf die wortgetreue Wiedergabe des ihm vorliegenden Textes beschränkt hätte, ohne anzudeuten, wo die verschiedenen Hände wechseln, ohne sich auf irgendwelche Untersuchung der Umstände eingelassen zu haben, von denen die Entscheidung der Frage abhängig zu machen wäre, ob wir die Urschrift vor uns haben oder nicht, ohne auch nur den Versuch zu machen, nachzuweisen, was aus älteren Vorlagen wiederholt ist, was späteren Interpolationen seine Entstehung verdanken dürfte? Wer die Forderungen genauer erwägt, welche Sickel bezüglich der Vorarbeiten für eine dem Bedürfnisse entsprechende Veröffentlichung der Diplome glaubte stellen zu müssen, der wird sich doch leicht überzeugen, daß diese, so weit da ein unmittelbarer Vergleich statthaft ist, in keiner Weise über das hinausgehen, was für die Ausgabe von Geschichtschreibern längst außer Frage stand. Ist trotzdem, so weit meine Beobachtungen reichen, die Ansicht eine weitverbreitete, es werde da über das, was nöthig sei, weit hinausgegriffen, so scheint mir das ein besonders deutlicher Beweis, wie sehr wir noch gewohnt sind, auf beiden Gebieten mit verschiedenem Maßstabe zu messen.

Unter solchen Verhältnissen kann es denn natürlich nicht befremden, wenn Fragen der kritischen Beurtheilung, welche auf dem einen Gebiete längst gelöst sind, auf dem andern noch kaum zur Erörterung gelangt sind. Daß etwa im Werke eines Geschichtschreibers Ereignisse, die um Jahrhunderte zurückliegen, in der Form des Berichtes eines Augenzeugen erzählt werden, daß vorangehende Theile des Werkes die Kennzeichen einer spätern, nachfolgende dagegen einer frühern Entstehungszeit zeigen, daß ein seinem wesentlichen Bestande nach einer frühern Zeit angehörendes Werk Stellen enthält, welche erst in viel späterer Zeit so geschrieben sein können, daß sich in ein und demselben Werke zweifellose Widersprüche der Auffassung, wie der thatsächlichen Angaben finden, — das und Aehnliches sind Umstände, welche wir für Zwecke der Kritik entsprechend zu verwerthen wissen, bei denen wir aber ohne das Hinzutreten anderweitiger verdächtigender Umstände kaum daran denken, sie als Kennzeichen der Fälschung zu behandeln. Durch die vielseitige Beschäftigung mit den Geschichtschreibern ist uns

496] die Art und Weise, wie ihre Werke zu entstehen pflegten, genau genug bekannt, um in solchen Fällen die Veranlassung der Widersprüche leicht zu erkennen in sorgloser Benutzung von Vorlagen, in Kompilation aus verschiedenen Quellen, in dem Umstande, daß das Werk in verschiedenen Zeitpunkten entstand und vom Verfasser selbst wohl noch überarbeitet wurde, in einer Art der Vervielfältigung, welche, auch wenn sie in erster Reihe bloße Reproduktion beabsichtigte, doch wieder an einzelnen Aenderungen und Zusätzen keinen Anstand nahm. Auf die entsprechenden Fälle auf urkundlichem Gebiete bestimmter hinzuweisen, wird nicht nöthig sein. Daß bei der jederzeit lebhaften Benutzung der Urkunden auch in diesen derartige Umstände beachtet und in ihrer Veranlassung erkannt wurden, ist natürlich. Aber meine Arbeit selbst wird mich doch jedes weitem Nachweises überheben, wie weit wir auf diesem Gebiete noch von einer auch nur annähernd entsprechenden Einsicht in die maßgebenden Verhältnisse entfernt sind.

Der Grund aber ist zweifellos darin zu suchen, daß bei den Urkunden bisher nicht dieselbe Nöthigung vorlag, wie bei den Geschichtschreibern, behufs einer allen Forderungen genügenden Ausgabe die dafür zu beachtenden Umstände bis in die letzten Einzelheiten zu verfolgen, daß wir uns damit überhaupt daran gewöhnten, an die Bearbeitung von Urkunden verhältnißmäßig viel geringere Forderungen zu stellen, und Fragen unberührt ließen, zu deren genügender Beantwortung das Material, wie wir es bisher überfahen, doch nicht die ausreichenden Mittel bot. Ganz anders würde das sein, wenn man nicht bloß die Sammlung, sondern auch die Herausgabe der Diplome gleichzeitig mit der der Skriptoren in Angriff genommen haben würde. Zweifellos würde es dabei anfangs an Fehlgriffen nicht gefehlt haben, wie solche ja auch bei den Geschichtschreibern nicht ausblieben; sie würden um so weniger ausgeblieben sein, als man sich dabei voraussichtlich zunächst von den bisher vorherrschenden kritischen Grundsätzen würde haben leiten lassen. Aber genöthigt, wieder und wieder auf die Urschriften zurückzugehen, die Gesammtmasse der Diplome kleinerer Abschnitte mit einander zu vergleichen, Vorlagen und Ableitungen in ausgedehntester Weise zu Rathe zu ziehen, würde man schwerlich lange darüber im Unklaren geblieben sein, was für die kritische Beurtheilung der Diplome maßgebend sein muß, würde auch bei ihnen bald dieselbe sichere Einsicht in die Art und Weise ihrer Entstehung gewonnen haben, wie bei den Geschichtswerken.

Eine ganz andere Frage ist dann freilich die, ob wir es zu bedauern haben, daß die Dinge so gekommen. Es mag ja gut sein, daß zumal unter den Verhältnissen, welche da noch vor kurzem vorlagen, Arbeitskräfte und Mittel nicht zer splittert wurden, mit aller Energie vorerst die eine Seite der gewaltigen Gesamtaufgabe in Angriff genommen und weitergeführt wurde. Nur freilich sollte man sich dieses Verhältnisses genügend bewußt bleiben, die Bevorzugung der Geschichtschreibung,

weil sie zeitweise durchaus berechtigt seien mochte, nicht als etwas in der Natur der Dinge selbst Begründetes, also auch weiterhin Festzuhalten betrachten, sich nicht darüber täuschen, daß die deutsche Wissenschaft auf dem Gebiete der Diplomatik weit zurückgeblieben ist, nicht bloß nach dem Maßstabe dessen, was sie selbst auf anderen Gebieten geleistet, sondern auch dessen, was von anderen Nationen auf eben diesem Gebiete geleistet ist.

497. Sehr mißlich wäre es freilich gewesen, wenn wir da die Wendung zum Besseren erst von der Ausgabe der Diplome in den Monumenten hätten erwarten dürfen. Vor allem würde jene zu spät gekommen sein, um nun diese bedeutendste Aufgabe selbst von vornherein auf so fester Grundlage, mit so viel Einsicht über das, was Noth thut, in Angriff nehmen zu können, um Mißgriffe hintanzuhalten, die, zu spät erkannt, vielleicht nur schwer noch Heilung zugelassen hätten. Eine solche abschließende Ausgabe setzt doch nach der einen Seite eben so sehr voraus, daß die Grundsätze diplomatischer Kritik bis zu einem gewissen Grade schon erforscht und festgestellt sind, als sie in anderen Richtungen die Lösung einschlagender Fragen allerdings erst ermöglicht.

Wenn die Wendung zum Besseren zeitig genug eintrat, wenn wir trotz der langen Vernachlässigung der diplomatischen Studien jetzt in der Lage sind, mit vollster Beruhigung der Lösung jener bedeutendsten Aufgabe entgegenzusehen, so ist es bekannt, wie wir das vor allem den Bestrebungen eines einzelnen Gelehrten zu verdanken haben. Was Sickingen für die Wiederbelebung der diplomatischen Studien geleistet hat, bedarf hier keiner Ausführung. Wenn seinen Bestrebungen verhältnißmäßig rasche und durchgreifende Erfolge nicht fehlten, wenn die von ihm vertretene Gesichtspunkte bereits Gemeingut einer Schule geworden sind, so ist das in erster Reihe das Verdienst der österreichischen Unterrichtsbehörden, welche einem anderweitig stiefmütterlich behandelten Zweige der Wissenschaft in dem Institute für österreichische Geschichtsforschung eine Freistatt gewährten und die Förderung und Unterstützung, ohne welche die Bemühungen des Einzelnen nicht leicht auf entsprechenden Erfolg rechnen dürfen; und es wird das um so mehr anerkennen sein, als es an Widerspruch gegen die ausgedehnten Forderungen, welche hier für diplomatische Studien gestellt wurden, nicht fehlte und fehlt. Es mag ja sein, daß dadurch zeitweise und in einem engeren Kreise das im allgemeinen wünschenswerthe Gleichgewicht bei Betreibung der verschiedenen Zweige der geschichtlichen Wissenschaft gestört wird. Das aber wird auf dem Gebiete keiner Wissenschaft zu vermeiden sein und es sich dann doch nur darum handeln können, ob sich das durch sachliche Gründe genügend rechtfertigt oder nicht. Und diese Rechtfertigung scheint mir hier im vollsten Maße dadurch geboten zu sein, daß einerseits auf diesem Gebiete so viel Verfaumtes nachzutragen, andererseits gerade jetzt auf diesem Gebiete die bedeutendste Aufgabe zur Lösung steht, die auf ihm überhaupt zu lösen ist. Bei der

497] großen Förderung und Anregung, welche meine Arbeit unmittelbar und mittelbar der Thätigkeit Sickels verdankt, würde es mich auf's lebhaftesten erfreuen, wenn dieselbe nun auch ihrerseits dazu dienen würde, die Zweifel zu beseitigen, welche bezüglich der Richtigkeit des von ihm eingeschlagenen Weges hier oder da noch bestehen mögen.

Nachdem ich aber diese Dinge einmal berührte, wäre es unbillig, meine Bemerkungen zu schließen, ohne der großen Verdienste zu gedenken, welche sich, wenn auch zum Theil auf anderen Wegen, Stumpf um die Wiederbelebung der diplomatischen Studien erworben hat, ohne insbesondere noch ausdrücklich zu betonen, wie ohne seine mühevollen Durchforschung und Ergänzung der Gesamtreihe der Diplome für den Zeitraum, mit dem sich meine Untersuchungen vorzugsweise beschäftigten, es mir nicht möglich gewesen seyn würde, auch nur das zu erreichen, was durch meine Arbeit wirklich erreicht seyn mag.

NACHTRAEGE.

VORBEMERKUNGEN.

Erklärung durch Fälschung. — Zu § 4. Ueber den ausschlaggebenden Werth der Schriftvergleichung für den Beweis der Echtheit vgl. nun Sickel, Beiträge zur Diplomatik VI., Wiener Sitzungsber. 5,360. Diese neueste Arbeit Sickels kam mir erst zu, als auch diese Nachträge schon druckfertig waren, so daß ich mich darauf beschränken mußte, sie nach rascher Durchsicht für einige nachträglich eingehobene Nachträge zu verwerthen, während ich insbesondere nicht mehr in der Lage war, genauer zu prüfen, in wie weit seine Untersuchungen bezüglich der Jahresangaben, über welche ich mich Nachtr. § 22 und 370 im allgemeinen ausgesprochen habe, nun auch mein Urtheil bezüglich mancher von mir angeführter Einzelbelege ändern könnten.

10. Vereinzelt wird der enge Anschluß an die echte Vorlage als Kennzeichen der Fälschung betrachtet werden können, wenn sich nämlich in der Vorlage Unregelmäßigkeiten finden, von denen nicht wohl anzunehmen ist, daß sie in einem zweiten, wenn auch ganz gleichzeitigen Diplome wiederholt seien. Die wichtige Urkunde St. 3022, Sloet O. B. 1,214, hat einiges Auffallende, Fassung in der Einzahl, ungewöhnliche Ankündigung der Siegelung, vgl. § 297, und eine anderweitig erst unter K. Konrad III. nachweisbare Form der Datirung, vgl. § 383; doch möchte ich sie deshalb nicht gerade für Fälschung halten. Wohl aber St. 3023, Sloet O. B. 1,212 nach dem angeblichen Originale, ebenfalls von 1107 Dez. 28, bei welcher schon der Text die Fälschung genugsam errathen dürfte. Vorlage für Zeugen und Protokoll war zweifellos St. 3022. Dieses hat eine unregelmäßige Zeugenreihe, insofern nach Zeugen untergeordneten Ranges noch vier Grafen folgen, wie sich eine solche Störung der Rangordnung aus nächstliegenden Gründen auch bei zweifellos echten Urkunden wohl ergibt; vgl. § 236. Aber es ist nicht wahrscheinlich, daß dieselbe Störung sich auch noch in eine zweite Urkunde desselben Tages eingeschlichen habe; nur bei ganz genauer Ueber einstimmung ließe sich denken, daß der Reinschreiber ein und dasselbe Konzept der Zeugen für beide Urkunden benutzt habe. Aber St. 3023

10] gibt nicht alle Zeugen aus St. 3022, sondern weniger, so daß der Reinschreiber ein besonderes Konzept nöthig gehabt haben würde. Trotzdem finden sich nicht allein alle übrigen Zeugen genau in derselben Reihenfolge, sondern auch der einzige jener vier Grafen, der hier wiederaufgenommen ist, erscheint in derselben unpassenden Stellung am Ende. Vergleicht man nun weiter noch, wie zu der ganz unzulässigen selbstständigen Formel: *ego quoque propria manu annotavi, sigillo insignivi*, die in der Vorlage nur auffallenden Schlussworte der Beglaubigungsformel den Anlaß geboten haben, so wird sich zweifellos die Behauptung rechtfertigen, daß hier der enge Anschluß an die Vorlage zum Beweise der Fälschung an und für sich genügen würde. Und findet sich das *Cruin* statt *Ervin* in der Zeugenreihe wirklich so im angeblichen Original, so würde noch ein Lesefehler des Fälschers eingegriffen haben.

13. Einen Beleg dafür, daß Fälscher nur dann eine weitere Vorlage zuzogen, wenn sie in der Hauptvorlage nicht alles Nöthige fanden, scheint auch St. 3799, Stumpf Acta 679, von 1158 Febr. 9 aus Ulm, zu geben. Nach St. 3798 wird für die Datirung, vielleicht auch für die Zeugen eine echte Urkunde K. Friedrichs aus dieser Zeit benutzt sein. Aber dieselbe dürfte weder Signumzeile, noch Rekognition gehabt haben, da für beide sichtlich eine Urkunde K. Konrads III. benutzt wurde. Möglich, daß der Fälscher außerdem auch noch St. 3682 zuzog, in dem sich insbesondere auch der auffallende Zeuge Graf Kuno von Tettnang wiederfindet.

16. Vgl. nun über die S. 33 erwähnten unechten Paderborner Originale den Aufsatz von Wilmans in der Zeitschr. für westfal. Gesch. 34, 3 ff.

Erklärung durch Schreibfehler. — 19. Die Annahme S. 37, daß in St. 3342 Bruno statt Bertold verschrieben sei, wird durch das § 389. S. 325 Bemerkte sehr zweifelhaft. Sicher aber ist der ganz entsprechende Schreibfehler im Original von St. 3324, M. Boica 39. 268: *Gebehardus Spirensis, Gebehardus Argentinensis*, wo es das erstmal *Sigisfridus* hätte heißen müssen. Starke Schreibfehler zeigt auch die erste Zeile des Original von Reg. Kar. 1144 zu München; es heißt *Arnolfus Arnolfus*, dann *quam et futuris (quam et) || qualiter*; da die erste Zeile anscheinend vorausgefertigt und wenigstens das *quam et* gestrichen wurde, so zeigt der Fall, wie wenig man geneigt war, auch wegen bald bemerkter Versehen das Blatt überhaupt unbenutzt zu lassen. — Andererseits wurden in dieser Richtung an Originale wohl wieder die strengsten Forderungen gestellt; man glaubte die Echtheit einer Urkunde des Papstes Honorius III. in Abrede stellen zu dürfen, weil es in derselben *sunt collata* statt *sint collata* hieß, vgl. Archiv der Gesellschaft. 5.346.

20. Die hier noch vertretene Annahme, daß in älterer Zeit die Datirung überwiegend nicht schon im Konzepte erfolgte, hat sich im weiteren Verlaufe meiner Arbeit wesentlich umgestaltet, vgl. § 363 ff.

sind diese späteren Ausführungen richtig, so würden allerdings auch schon für die ältere Datirung bloße Abschreibeversehen in Rechnung zu bringen sein. Für spätere Zeit gibt ein auffallendes Beispiel St. 4799, Cod. Westf. 2, 193, dessen Original zu Münster ganz deutlich die einzige Jahresangabe *m. c. lxxviii.* hat, während es nach allen Haltpunkten zweifellos 1193 heißen sollte; bei selbstständiger Niederschrift würde das schwer erklärlich sein, während für einen Abschreiber die Verwechslung von *xiii.* mit *viii.* eine sehr naheliegende war.

21. Ein Fall, auf den zuerst im Asseburg. U. B. 1, 132 aufmerksam gemacht ist, ergibt, daß doch auch Abschreiber der Reichskanzlei wohl den ihnen weniger bekannten Ortsnamen durch einen ihnen bekannteren ähnlichen wenigstens dann ersetzten, wenn es sich nicht um Abschrift einer gleichzeitigen Datirung handelte. Während nämlich Reg. Frid. II. 112 von 1215 richtig *Nuwenburg* hat, heißt es im Originaltranssumpt von 1236, Reg. 851. statt dessen *Nuerinberg*. — Die Verwechslung von Worms für Speier in Böhmer Acta 241 würde sich auch daraus erklären lassen, daß nur im Konzepte dieser einen Urkunde so gleich der Ort, aber noch nicht der Tag eingetragen wurde; vgl. § 452 ff.

22. S. 40. Ein ganz sicheres Beispiel für das Versehen, zu den Kalenden den laufenden statt des folgenden Monats zu nennen gibt nach Mittheilung von Foltz die jetzt zu Marburg befindliche Ausfertigung von St. 612 für Fulda; das *data xii. kal. nov.* ist sichtlich aus *oct.* korrigirt. Vgl. auch Mühlbacher in den Wiener Sitzungsber. 85, 486 zu Reg. Kar. 540, Loth. 21. — Daß es sich bei St. 1533 um keinen bloßen Schreibfehler handelt, wird nun nach dem § 354 Bemerkten nicht zu bezweifeln sein. — S. 41. Was ich über Vergreifen der Jahresziffern bemerke, ist jetzt von Sickel, Wiener Sitzungsber. 85, 436, beanstandet worden; nach den von ihm gegebenen Ausführungen zweifellos mit vollem Rechte, wenn der Widerspruch, wie das bei Sickel der Fall, sich zunächst auf das zehnte Jahrhundert beschränkt. Meine Bemerkungen gingen allerdings von der Voraussetzung aus, daß die Schreiber das laufende Jahr so gut gekannt haben, wie das bei uns der Fall zu sein pflegt. Der sich theils auf allgemeine Erwägungen, theils auf Einzelbelege stützenden Ausführung Sickels gegenüber wird man ohne weiteres zugeben müssen, daß das zunächst unter K. Otto I. nicht zutrifft, weder die einzelnen Schreiber selbst das laufende Jahr genügend anzugeben wußten, noch aber auch in der Kanzlei ausreichende Vorforge getroffen gewesen sein kann, um trotzdem einheitliche Jahresangaben zu erzielen. Unter solchen Verhältnissen kann natürlich die Jahresziffer eben so wohl zu groß, als zu klein gegriffen werden. Aber es wird doch wohl zu beachten sein, daß der von mir betonte Gesichtspunkt nicht schon überhaupt seinen Werth verliert, weil er zunächst in einer bestimmten früheren Zeit nicht zutrifft. Es wird eben darauf ankommen, ob meine stillschweigend gemachte Voraussetzung in einer bestimmten Zeit zutrifft oder nicht. Daß auch in späterer Zeit wohl noch Fälle vorkommen, bei welchen

22) die Schreiber wenigstens nicht alle laufenden Jahresangaben genügend kannten, wird kaum zu läugnen sein; die verwirrten Angaben noch in den Urkunden K. Heinrichs (VII.) mögen theilweise dadurch veranlaßt sein. Im allgemeinen aber bin ich wenigstens für spätere Zeiten überzeugt, daß es den Schreibern an Mitteln nicht fehlte, um bei genügender Aufmerksamkeit die Jahresziffern kanzleigemäfs angeben zu können, und damit der von mir betonte Unterschied, daß man aus Versehen wohl das verflossene Jahr noch nennt, nicht leicht aber schon das erst folgende, seinen Werth behält. In der Kanzlei K. Friedrichs II. finden wir mehrfach das Versehen, daß eine bereits abgelaufene Jahresangabe noch später genannt wird; dagegen ist mir kein Fall bekannt, wo Nennung eines noch nicht begonnenen Jahres auf Versehen zurückzuführen wäre. Allerdings reiht Böhmer, wohl veranlaßt durch die Zeugenschaft des Grafen von Toulouse, die aber auch im folgenden Jahre paßt, Reg. Fr. 1038 ohne Ort zu 1243 Januar ein gemäfs dem in der Urkunde angegebenen Inkarnationsjahr und Ind. 1; aber die Regierungsjahre weisen auf 1244, was mir wenigstens als bloßes Versehen unerklärlich scheint, wenn die Urkunde wirklich 1243 im Januar datirt wurde. Schon deshalb würde ich mit Huillard 6,152 zu 1244 einreihen, was überdies dadurch unterstützt wird, daß auch sonst im Jan. und Febr. 1244 noch 1243 genannt wird, weiter von den Zeugen wenigstens der Cacciaconte eher auf Tuszien, als nach Apulien paßt. Dabei muß es sich freilich nicht gerade immer um Versehen des einzelnen Schreiber handeln; wo mehrere Fälle zusammentreffen, wie eben hier, mag man es auch aus Versehen unterlassen haben, in bezüglichen in der Kanzlei für den Gebrauch mehrerer Schreiber dienenden Anweisungen die Ziffer fogleich zu ändern. Finden wir daher Jahresziffern, welche ein späteres Jahr angeben, als sonstige Angaben der Urkunde, so werden wir nicht zunächst an Schreibfehler bei den Jahresangaben zu denken haben, sondern die Urkunde oder wenigstens die Jahresangaben werden in dem genannten Jahre geschrieben und der Widerspruch durch irgendwelche Unregelmäßigkeit der Beurkundung herbeigeführt sein, wie sich das ja oft genug durch sonstige Haltpunkte bestätigt. Bezieht sich z. B. in dem § 463 besprochenen Reg. Kar. 1691 die Tagesangabe ganz zweifellos auf 1353 Dez. 19, so ist sicher von vornherein nicht anzunehmen, daß die das folgende Jahr bezeichnenden Ziffern schon 1353 geschrieben seien, wie sich das denn hier aufs bestimmteste dadurch bestätigt, daß auch nach der Ortsangabe die Urkunde frühestens im Febr. 1354 geschrieben sein kann. Glaube ich so, daß dieser und andere Gesichtspunkte, welchen ich bei Beurtheilung der Jahresangaben folgte, wenigstens für spätere Zeiten festzuhalten sind, so kann es sich freilich fragen, in wie weit meine bezüglichen Annahmen den Ausführungen Sickels gegenüber für frühere Zeiten überhaupt noch Beachtung verdienen. Daß es sehr häufig unstatthaft ist, die an die Jahresziffern anknüpfenden Widersprüche auf bestimmte Gesichtspunkte zurückzuführen, daß da

vielfach Unkenntniß, Nachlässigkeit und regellose Versehen eingreifen, hatte auch ich, so § 124. 478, bereits anerkannt. Andererseits aber bin ich freilich auch für frühere Zeiten davon ausgegangen, daß das keineswegs immer der Fall sei, habe es versucht, nachzuweisen, wie solche Widersprüche doch auch durch das Vorgehen bei der Beurkundung durchaus zutreffend erklärt werden können. Den Ausführungen Sickels gegenüber, welche allerdings für den Zeitabschnitt, den er zunächst im Auge hat, unangreifbar sein dürften, könnte es nun freilich scheinen, als seien solcher Regellosigkeit gegenüber alle Versuche, die Widersprüche auf bestimmtere Veranlassungen zurückzuführen, von vornherein werthlos. Aber einmal ist doch zu beachten, daß Sichel zunächst einen bestimmten kleineren Zeitabschnitt im Auge hat und zwar einen solchen, bei dem es um die Zeitrechnung besonders schlecht bestellt gewesen zu sein scheint; daß manche der von ihm betonten allgemeineren Gesichtspunkte sich allerdings auch in anderen Zeiten recht wohl geltend machen konnten, aber nicht geltend machen mußten; daß wir doch auch in der Zeit der älteren Datirung Abschnitte finden, wo kaum zu bezweifeln ist, daß man im allgemeinen einer einheitlichen kanzleigemäßen Zahlung folgte; daß demnach Gesichtspunkte, welche allerdings der Regellosigkeit gewisser Zeitabschnitte gegenüber allen Werth zu verlieren scheinen, für andere ganz verwendbar bleiben mögen. Aber selbst für schlechtere Zeiten scheint mir das, was ich § 24 über die regelmässige Gestaltung der durch Schreibfehler, denen in dieser Beziehung die Fehlgriffe aus Unkenntniß gleichzustellen wären, zu erklärenden Fälle bemerkte und weiterhin vielfach verwerthete, nicht jedes Gewicht zu verlieren. Wenn etwa alle Jahresangaben der Zahlung, welche damals die kanzleigemäße oder doch die üblichere gewesen zu sein scheint, entsprechen, während sie mit dem Tag nicht in Uebereinstimmung zu bringen sind, oder wenn zum Tage die eine Angabe stimmt, nicht aber die anderen, während diese unter sich stimmen, oder wenn unter sich stimmend die beiden Regierungsjahre den andern beiden wieder unter sich stimmenden Jahresangaben gegenüberstehen, so mag sich auch solches vereinzelt aus regellosen Fehlgriffen ergeben haben, vgl. z. B. das Nachtr. zu § 409 über St. 4312 Bemerkte. Und gewiß wird diese Möglichkeit mehr zu berücksichtigen sein in Zeiten, in welchen, wie in den von Sichel zunächst behandelten, die Grundlage, auf die hin ich jene Gestaltungen als regelmässige, oder besser als nicht regellose bezeichnen möchte, eine so unsichere ist, von einer üblichen Zahlung kaum die Rede sein kann. Hatte mir die Ausführung Sickels früher vorgelegen, so würde ich wohl auf die Aufführung mancher Belege für meine Annahmen verzichtet haben, bei denen jene Gestaltung weniger auffallend hervortritt und die von Sichel nachgewiesenen Verhältnisse zur Erklärung ausreichen. Aber im allgemeinen glaube ich daran festhalten zu sollen, daß solche Fälle nicht auf dieselbe Linie zu stellen sind mit anderen, bei welchen das Auseinandergehen aller Zeitangaben ergibt, daß nur regellose

22] Fehlgriffe maßgebend gewesen sein können. Und oft genug werden meine bezüglichen Annahmen auch durch andere Haltpunkte aufs bestimmteste unterstützt. So wird etwa nach dem § 124 über St. 736, oder § 344 über St. 2490 Bemerkten nicht leicht anzunehmen sein, daß das paarweise Stimmen der Jahresangaben zu verschiedenen Jahren dort, oder das Nichtstimmen der unter sich im Einklang stehenden Jahre zum Tage hier sich aus regellosen Fehlgriffen ergeben habe. Und dann wird doch auch bei ähnlich liegenden Fällen die Vermuthung dafür sprechen, daß sie sich auf Grundlage des Zeitabstandes zwischen Handlung und Beurkundung oder den verschiedenen Stufen der Beurkundung ergeben haben, nicht durch regellose Fehlgriffe, bei welchen es immer höchst unwahrscheinlich sein muß, daß sie auch nur zu theilweiser Uebereinstimmung führten. Wo aber auch das Ergebniss sich als ein regelloses darstellt, da ergibt sich nun in der von Sickel bestimmter nachgewiesenen Unkenntniß und Willkür auch in solchen Fällen eine genügende Erklärung, bei denen die Annahme bloßer Schreibfehler nicht wohl ausreichen würde.

Möglichkeit anderweitiger Erklärung. — 29. Einen auffallenden Beleg für das Festhalten an bedeutungslos gewordenen Formeln fand ich in neapolitanischen Urkunden. Während da, wo die Größe von Grundstücken in Füssen angegeben wird, die oberitalischen Urkunden sich häufig auf den Fuß des König Liutprand als Normalmaß beziehen, wird in unteritalischen die Länge des Fusses für den Einzelfall bestimmt: *cuius pedis potest mensura videri ab initio huius cartule usque ubi in latere incisa est et crux facta*. Aber in den Urkunden des zwölften und des dreizehnten Jahrhunderts, welche ich im Archive zu Neapel durchsah, fand sich nur noch ganz vereinzelt ein entsprechendes Zeichen; und wo es sich fand, da entsprach wohl das dadurch gegebene Maß so wenig auch nur annähernd der Länge eines menschlichen Fusses, daß ich nicht bezweifeln möchte, der Notar habe dem hergebrachten Brauche gemäß an irgendwelcher Stelle des Randes ein entsprechendes Zeichen gemacht ohne sich darum zu kümmern, daß dasselbe ein bestimmtes Maß kennzeichnen solle.

HANDLUNG UND BEURKUNDUNG.

Privaturkunden. — 45. Daß man in Privaturkunden auf die Einleitung mit Actum Gewicht legte, weil man sich bewußt war, daß die Zeit der Handlung angegeben werden solle, tritt wohl besonders deutlich in bischöflichen Urkunden hervor, in welchen die eigenthümliche Datirungsform der Königsurkunden, welche unter *data* die Zeit, unter *actum* den Ort nennt, genau nachgeahmt ist, nur so, daß es *actu* statt *data* heißt, während trotzdem auch das *actum* vor der Ortsangabe belassen ist; so Cod. Anhalt. 1,326, Reg. Magdeburg. n. 1347.

50. Eine Urkunde des Bischofs Heinrich von Paderborn, Wilman

U. B. Addit. 26, hat das Actum 1093, kann aber frühestens 1114 im Todesjahre des Abtes Gumpert von Abdinghof ausgestellt sein, da der Text denselben als verstorben voraussetzt. In Urkunde des Markgrafen von Meissen, Cod. Saxoniae II, 1,47, heisst es: *haec autem facta sunt in ecclesia Misnensi in generali synodo praesidente beatae memoriae Godebaldo episcopo anno 1130*; aber Godebald ist erst 1140 gestorben. In Urkunde mit dem Actum 1144, Cod. Westf. 2,36, wird der erst 1151 gestorbene Bischof Werner von Münster als *beate memorie* bezeichnet. In undatirter Urkunde des Bischofs von Paderborn, Wilmans U. B. Addit. 15, wird dieser *felicitis memorie* genannt; allerdings spricht die Fassung von ihm zunächst in dritter Person; aber schliesslich heisst es: *ego Imadus hanc tradicionem — banno confirmavi*; die Fassung schliesst sich demnach genau der § 51 besprochenen Speierer Urkunde von 1104 an.

51. S. 80. Einen weiteren Fall, wo das Datum in einer Urkunde des Erzbischofs von Mainz von 1151 sich nur auf die Handlung beziehen kann, vgl. § 413.

52. Für das Zusammenwerfen der Jahre der Handlung und der Beurkundung in der Datirung wurden schon § 46. 50 Belege gegeben; vgl. weiter, was § 244 über eine Paderborner Urkunde, Wilmans U. B. 4,7, dann Nachtr. zu § 299 über eine Münsterische Urkunde, Cod. Westf. 2,36 bemerkt ist.

55. S. 85, Z. 2 v. u. Einen ähnlichen Fall von 920, S. Gall. U. B. 3,3, bespricht Sickel Schw. Kaiserurk. 9, indem er für die bezweifelte Originalität des Stückes gewiss mit Recht geltend macht, dass ein Unterschied der Schrift gerade da eintritt, wo wir denselben entsprechend diesem Vorgehen zu erwarten haben.

56. S. 90, Z. 10. Auch die sonderbare Gestaltung eines Stückes im Archive zu Münster, Cod. Westf. 2,59, wird daraus zu erklären sein, dass der Aussteller nur seinen Rechtsnachfolger in Kenntniss zu setzen beabsichtigte. Es sind vier Urkunden der Aebtissin Jutta von Herford um 1150 und ein zur letzten derselben gehöriges Güterverzeichnis auf einem einzigen Blatte in zwei Kolonnen geschrieben. Trotzdem werden wir darin nicht blosse Abschriften, sondern die Originalausfertigungen dieser Urkunden zu sehen haben, da das Siegel der Aebtissin, welches in der ersten Urkunde auch angekündigt ist, unter der ersten Kolonne aufgedrückt wurde. Der Umstand erklärt sich zweifellos daraus, dass ihrem Inhalte nach diese Stücke gar nicht bestimmt sein konnten, an die bezüglichen Gegenparteien abgegeben zu werden, da in allen Verpflichtungen, welche die Gegenparteien gegen die Aebtissin eingegangen waren, von dieser bekundet werden; sie konnten nur dazu bestimmt sein, im Stiftsarchive selbst aufbewahrt zu werden. Dann stand natürlich nichts im Wege, alle auf einem Blatte zusammenzuschreiben. Da nur eine Zeugen hat, so bürgte für die Richtigkeit des Inhaltes nichts, als die Glaubwürdigkeit der Ausstellerin in eigener Sache.

65. S. 101. Wegen des Umstandes, dass man Handlungszeugen

65] nach der Stellung bezeichnete, welche sie erst zur Zeit der Beurkundung einnahmen, vgl. auch das § 244 über die Paderborner Urkunde von 1203, Wilmans U. B. 4, 7, Bemerkte. Auffallen kann in dieser Richtung auch Reg. Magdeburg. n. 1163 mit Actum 1142. Dafs die Zeugen Handlungszeugen sind, und die Beurkundung erst später erfolgte, ergibt sich schon daraus, dafs sie als solche bezeichnet werden, *qui sepulture domini Conradi archiepiscopi eo tempore intererant*. An ihrer Spitze aber steht Friedrich als Erzbischof von Magdeburg, während es doch auffallen kann, dafs dieser beim Begräbnisse des Vorgängers schon Erzbischof gewesen sein sollte. Ist auf die genaue Angabe der Regierungsdauer in der Magdeburger Chronik etwas zu geben, so würde dieselbe allerdings schon am fünften Tage nach dem Tode des Vorgängers am 2. Mai begonnen haben, vgl. Jaffé Konr. III. 252; auch schliesst Heinemann, Cod. Anhalt. 1, 214, wegen der Anführung des Markgrafen Albrecht unter den Zeugen, dafs die feierliche Bestattung sich bis nach Ende Mai verzögerte.

66. Finden wir zwei Ausfertigungen derselben Urkunde mit verschiedenen Zeugen, so können diese wenigstens in einer derselben nur Beurkundungszeugen sein. Eine Urkunde Erzbischof Reinalds von Köln, Seibertz U. B. 1, 79, mit Actum 1166 hat 34 Zeugen, welche allerdings Handlungszeugen sein können. Eine zweite Ausfertigung, Wilmans U. B. Addit. 49, verdankt ihre Entstehung sichtlich nur dem Umstande, dafs eine Synode Gelegenheit bot, eine zahlreichere und angefehenere Zeugenreihe zuzufügen. Der Text stimmt wörtlich überein. Aber die Zeugenreihe ist wesentlich verschieden; es fehlen zwölf von den Zeugen der früheren Ausfertigung, während 24 andere hinzugekommen sind, die also jedenfalls nur Beurkundungszeugen sein können. Weiter ist zunächst die Datirung: *acta sunt hec anno d. i. 1166*, — *pontificatus nostri i.*, wörtlich wiederholt, dann aber angehängt: *in prima synodo* in Gegenwart der Bischöfe von Lüttich, Utrecht, Münster, Osnabrück und Minden. Mochte man bei dem Acta in der ersten Ausfertigung zunächst die Handlung im Auge haben, so kann es sich in dieser geänderten Fassung gleichfalls zunächst nur auf die Beurkundung beziehen.

67. S. 103. Ein ganz bestimmtes Zeugniß für Beziehung der Zeugen auf die Handlung, der Datirung aber auf die Beurkundung gibt eine Urkunde von 1148, Reg. Magdeburg. n. 1228. Die Zeugenreihe schliesst: *praeterca complurimi fideles et nobiles, presente tota Magdeburgensi ecclesia in ascensione domini*, was den 20. Mai ergibt; aber unter Datum ist der 28. Mai angegeben. Eine Urkunde des Bischofs von Halberstadt, Reg. Magdeb. n. 1262, gibt unter Data 1152, Ind. 15, Juni 28. aber der schon im Januar gestorbene Erzbischof Friedrich von Magdeburg steht an der Spitze der Zeugen, welche sich demnach nicht auf die Beurkundung beziehen können. In Urkunde des Grafen von Grieben, Reg. Magdeb. n. 1681, mit Datum 1184, in welcher derselbe mehrere Schenkungen verbrieft, ergibt schon der Eingang der Zeugenreihe: 122

abbatibus G. et C. hec facta sunt presentibus —, daß dieselbe sich nicht auf die Beurkundung bezieht, sondern die Zeugen der unter verschiedenen Aebte fallenden Handlungen in eine Reihe zusammengeworfen sind.

68. Einen ähnlichen Beleg für Zusammenwerfen von Zeugen der Handlung und der Beurkundung, wie die Urkunde Erzbischofs Christian von Mainz von 1175, scheint auch eine andere Urkunde desselben, Guden Cod. 1,254, zu geben. Obwohl es heißt: *datum in episcopatu Faventino ap. S. Proculum anno 1167, ind. 14, mense martio, regnante* —, *in presentia et testimonio Burchardi prepositi* u. s. w. und man demnach Zeugen der Beurkundung erwarten sollte, bezieht sich mindestens die Hauptmasse derselben nur auf die Handlung. Die aufgeführten zwanzig Mainzer Prälaten und fünfzehn Laien waren sicher nicht sämtlich in Italien. Auch heißt es im Texte, die Handlung sei geschehen *assensu abbatum, prepositorum et aliorum prelatorum, qui presentes erant*, und ist die Rede von der *auctoritas omnium praelatorum nostrorum, qui nobiscum erant*; es handelt sich sichtlich um nachträgliche Beurkundung einer vom Erzbischofe noch in Deutschland vorgenommenen Handlung. Auf diese könnten sich hier allerdings alle Zeugen beziehen. Werden aber die Grafen Erwin von Gleichen und Heinrich von Nassau auch in der gleichzeitigen kaiserlichen Bestätigungsurkunde, St. 4083, als Zeugen genannt, während wir den Grafen von Nassau auch anderweitig als Theilnehmer des Zuges nach Italien kennen, da er zu Rom der Pest erlag, so ist es doch sehr wahrscheinlich, daß auch hier solche Zeugen eingeschoben wurden, welche nur zur Zeit der Beurkundung beim Erzbischofe waren.

69. S. 106. Ueber Zustimmungszeugen vgl. auch das § 244 über die Paderborner Urkunde von 1203, Wilmans U. B. 4, 7, Bemerkte.

Datirung nach der Beurkundung. — 93. Für die Zeitdauer bis zur Ausführung der Beurkundung dürfte zu beachten sein, daß nach Reg. Fr. II. 735 dem Bischofe von Osnabrück ein für ihn auf dem Tage zu Ravenna, also vor 1232 März 7, gefundener Rechtspruch erst im Mai verbrieft wurde, während man in diesem Falle doch Beschleunigung hatte erwarten sollen, da der weiterhin nie mehr als Zeuge genannte Empfänger schon von Ravenna nach Deutschland zurückgekehrt sein muß. — Bei St. 3773, M. Boica 29, 344, datirt vom 4. Juli 1157, wird im Texte als Tag der Handlung bestimmt der 1. Juli angegeben. Ein weiteres Beispiel für Beurkundung vom unmittelbar folgenden Tage gibt St. 3681, M. Boica 29, 312; nach dem Texte erfolgt die feierliche Tradition auf Lichtmess, Febr. 2, während das Diplom von 1154 Febr. 3 datirt. Freilich ist bei so kurzen Zwischenräumen zu beachten, daß die Datirung, wenn sie sich auch auf die Beurkundung überhaupt bezieht, deshalb doch nicht die Vollendung der Reinschrift voraussetzt, sondern bei allen Arten der Datirung überwiegend schon vorher im Konzepte nachgetragen zu sein scheint.

99. S. 152. Bezüglich St. 202 macht mich Dümmler, vgl. Otto I.

99] 194 n. 3, aufmerksam, daß die Anwesenheit des Erzbischofs von Trier in Italien 952 auch sonst bezeugt sei. Aber die bezügliche Stelle der Gesta Trevirorum ergibt doch nur, daß er überhaupt einmal, nicht gerade 952 in Italien war. Umgekehrt dürfte sich geltend machen lassen, daß die Annalen von Hildesheim bei Nennung der angesehensten Teilnehmer des Zuges neben dem Erzbischofe von Mainz wohl auch den von Trier aufgeführt haben würden, wenn dieser wirklich mitzog.

Datirung nach der Handlung. — 101. Bezüglich der Beziehung des Actum auf nachträgliche Beurkundung vgl. auch das § 440 über Reg. Henr. (VII.) 88. 216 Bemerkte.

103. Indem Sickel, Wiener Sitzungs. 85, 393, sich meiner Annahme bezüglich St. 548. 49. 50 anschließt, macht er noch auf den die nachträgliche Beurkundung bestätigenden Umstand aufmerksam, daß St. 549 schon ein eigenes Siegel K. Ottos II. hat, während das nach den Daten für gleichzeitig zu haltende St. 547 noch mit dem Siegel des Vaters beglaubigt ist. — In der Urkunde K. Heinrichs aus Speier 1189 Sept. 6, St. 4647, M. Boica 6,499, wird der 1190 Juni 10 verstorbene K. Friedrich als *piae recordationis* bezeichnet. Ich möchte mich doch kaum entschließen, das mit M. Boica 29,458 durch die bloße Abwesenheit für genügend erklärt zu halten; es muß Datirung nach der Handlung vorliegen, die allerdings in dieser Zeit bei der feierlichen Datirungsform kaum ein oder anderesmal nachzuweisen ist, oder Tag und Ort beziehen sich auf 1190, wo das Itinerar stimmen würde, während die Zeugen allerdings von den nächstliegenden St. 4660. 62 durchaus abweichen. — In Reg. Kar. IV. 6247 mit 1363 Nov. 19 wird der Notar Rudolf von Fridberg schon Bischof von Verden genannt, was er erst 1365 wurde; vgl. Huber Reg. xliii.

104. In dem Original von St. 3980 zu München ist die Rekognition sichtlich ganz gleichzeitig mit der übrigen Urkunde eingetragen, wodurch die von mir vermuthete nachträgliche Beurkundung unter Zurückdatirung nach der Handlung sichergestellt ist. — Wird zu St. 3167, Fickler Quellen 39, mit *acta s. h. in Babenbergensi curia anno d. i. 1120, ind. 13*, der erst 1122 zulässige Kanzler Philipp genannt, so würde mir das an und für sich um so weniger Bedenken erregen, als die Datirung unter Actum gegeben ist. Aber der Vergleich mit den Zeugen von St. 3183. 84 läßt keinen Zweifel, daß die Urkunde auf dem Bamberger Tage von 1122 entstanden oder nach einer damals entstandenen gefälscht sein muß. Letzteres mag das wahrscheinlichere sein und es läge dann bei der genauen Uebereinstimmung von Zeugen und Protokoll nahe, in St. 3184 die Vorlage zu sehen. Doch müßte dann wegen des genaueren Anschlusses des Textes auch St. 3076 zugezogen sein, während St. 3167 wieder für St. 3077 benutzt sein würde. Höchst auffallend aber ist der Umstand, daß auch die Zeugen nicht genau stimmen und abgesehen von dem zugefügten Herzog Friedrich gerade das verdächtige St. 3167 den durch St. 3183 sichergestellten Ulrich von Eichstätt an der Stelle auf-

führt, wo das für echt gehaltene St. 3184 den Gotebald von Meissen nennt, der an und für sich 1122 nur unter der Voraussetzung zulässig sein würde, daß er Gegenbischof war. Um mit einiger Sicherheit über die hier sich bietenden Schwierigkeiten urtheilen zu können, würde es einer eingehenden Vergleichung und Prüfung aller Privilegien für Schaffhausen bedürfen.

106. S. 167, Z. 20. Bei Einsichtnahme der Originale zu München schien sich mir die Angabe von Stumpf zu St. 1494, daß die Rekognition von anderer Hand nachgetragen sei, nicht zu bestätigen; ich glaubte annehmen zu sollen, daß die gesammte Urkunde von demselben Schreiber gleichzeitig geschrieben sei. Dagegen zeigt in St. 1465 die Rekognition allerdings eine verschiedene Hand.

107. S. 170. Ueber die Diplome für Chur vgl. nun Sickel Schw. Kaiserurk. 44, der St. 286 als zweifellos echt betrachtet, nicht aber das angebliche Original von St. 271, während er auch hier in Uebereinstimmung mit dem von mir unter S. 327 Anm. Bemerkten zugibt, daß wir an dem Kaisertitel an und für sich keinen Anstoß zu nehmen haben.

108. S. 173, Z. 10. Im Originale von St. 2467 zu München scheint *iii. id.*, vielleicht auch *mar.* nachgetragen zu sein, ganz sicher aber *Ebersberg*, da die Buchstaben am Ende wegen Mangel an Raum vor der nicht nachgetragenen Apprektion auffallend zusammengedrängt sind. Die Urkunde dürfte, wie schon § 110 als möglich hingestellt wurde, vorbereitet und erst bei der Uebergabe zu Ebersberg mit den genaueren Daten versehen sein. Damit entfällt dann der von uns gegen Datirung nach der Beurkundung geltend gemachte Grund, während die Datirung allerdings in so weit durch die Handlung bestimmt sein kann, als auch die Schenkung selbst erst durch Uebergabe der Urkunde vollzogen werden mochte. — S. 174, Z. 11. Es fiel mir auf, daß das Original von St. 4167 zu München trotz der innern Zeichen übereilter Abfassung ein Eingangsprotokoll in verlängerter Schrift hat, überhaupt viel sorgfältiger geschrieben ist, als man das bei Fertigung am Tage der Handlung selbst erwarten sollte, zumal beim Vergleiche mit dem ganz unscheinbar ausgestatteten St. 4166. Ich denke, daß die Angabe des Textes, daß die *pagina* am Tage des Vertrages selbst gefertigt sei, sich nur auf das vom Bischofe gebilligte Konzept bezieht, an dessen Fassung man dann auch bei der nachträglichen Reinschrift nichts ändern mochte. Auffallend ist dann freilich, daß die letzten Zeilen zusammengedrängt, vielleicht der ganze Schlusabsatz von *huius rei testes* an von derselben Hand nachgetragen wurde.

110. S. 176. Der Annahme, daß St. 516 nach der Handlung datirt sei, stimmt Sickel, Wiener Sitzungsab. 85, 424, zu und nimmt S. 456 daselbe für St. 573 an, mit Recht darauf hinweisend, wie hier, wo sich aus fünf Tagen sechs Originalausfertigungen erhalten haben, besonders günstige Gelegenheit geboten ist, Einsicht in die Geschäftsführung zu gewinnen. — Einen weitem Fall der Datirung vom Tage der Handlung

110] vgl. auch § 427 zu Reg. Fr. II. 911. — S. 179. Auch vom Tage der zweiten Königskrönung K. Karls IV., 1349 Juli 25, sind sehr viele Urkunden datirt. Ein sich unmittelbar kennzeichnender Fall ist Reg. Kar. IV. 5601, datirt vom Tage der Wahl K. Wenzels 1376 Juni 10, während bereits ein vom 11. Juni datirter Huldigungsbrief wortlich eingerückt ist.

113. S. 182, Z. 13. Wegen Reg. Henr. (VII.) 225 vgl. § 447.

114. S. 185. Zu beachten ist auch die Angabe der Konstitutionen von Melfi, Huillard 4,177: *actum in solemnii consistorio Melfiensi anno d. i. 1231, mense augusti, ind. 4; insinuaturn vero mense septembris sequentis 5. ind.*

Nichteinheitliche Datirung. — **118.** Zwei auffallende Belege für Beibehaltung nur des Ortes der Handlung hat jetzt Mühlbacher in den Wiener Sitzungsber. 85, 488, 534 nachgewiesen. Eine Urkunde K. Lothars, Loth. 25, Cod. Langobardiae 1,214, für das Kloster Theodota zu Pavia hat zum Actum Pavia das Datum 834 Juni 25, während der Kaiser damals in Burgund war. Ist aber Pavia an und für sich als Ort der Handlung zu vermuthen, so hat überdies der Kaiser kurz vor seinem Abzuge aus Italien dort gerade für Theodota geurkundet. Es ertheilt weiter K. Lothar dem Bischofe von Cremona ein Privileg, Loth. 75, Cod. Langob. 1,260, mit dem Datum 843 Apr. 5, wo der Kaiser zu Aachen war, während das Actum die Pfalz Sexpilas bei Cremona nennt, also wieder einen der Handlung recht wohl entsprechenden Ort; aber in Italien war der Kaiser seit 840 nicht mehr, während der letzte nachweisbare Aufenthalt zu Sexpilas 835 März 7 fällt. — Vgl. auch § 409 das über St. 3772 Bemerkte.

119. Vgl. auch § 265 zu St. 4043.

121. Wir haben Urkunden aus Cremona von 1239 Nov. und Nov. 28 dann aber noch zwei mit Dez., R. Fr. II. 982 und Huillard 5,543. Um das mit dem Mandat Huillard 5,547 aus Parma Dez. 1 in Uebereinstimmung zu bringen, ist es nöthig, einen Schreibfehler im Regest anzunehmen. Macht Huillard dafür geltend, daß die nächstfolgenden Mandate aus Parma erst vom 6. Dez. sind, so liefse sich umgekehrt ebensowohl geltend machen, daß die Mandate aus Cremona schon Nov. 28 schließen, was auffallen muß, wenn der Kaiser dort noch in den ersten Tagen des Dezember war.

122. S. 209. Nach den von Sickel, Wiener Sitzungsber. 85, 437, auf Grundlage der Originale gegebenen Aufklärungen gestehe ich bereitwillig zu, daß kein ausreichender Grund mehr vorliegt, für St. 412 nicht einheitliche Datirung anzunehmen. Ist der Schreiber nach Sickel anderweitig von 947 bis 961 in der Kanzlei nachweisbar, so würde es an und für sich nicht unwahrscheinlicher sein, daß er noch 966, als daß er schon 942 Urkunden geschrieben habe. Und würde das Stück, wie ich annehmen mußte, wirklich außer 966 auch die dazu stimmende Ind. 9 haben, so würde mir nach dem Nachtr. zu § 22 Bemerkten auch jetzt noch Neuausfertigung im Jahre 966, wie ich § 169 S. 305 annahm, das

Wahrscheinlichere seien. Ist aber nach Sickel Ind. 14 zu lesen, so entfällt damit überhaupt der ausschlaggebende Grund für meine Annahme. Handelt es sich nur noch um eine vereinzelte fehlgegriffene Jahresziffer, so wird nach dem, was Sickel über die Unkenntnis und Nachlässigkeit der Schreiber im allgemeinen, wie dieses Schreibers insbesondere nachgewiesen hat, zuzugeben sein, daß dieser immerhin auch schon 942 die Ziffer 966 geschrieben haben mag.

123. Nach dem § 383 S. 317 Bemerkten würden auch in St. 3445 Tag und Ort der Beurkundung, die Jahresangaben aber der Handlung entsprechen.

Willkürliche Datirung. — 127. Man konnte absichtlich vorausdatiren, weil die Wirksamkeit der Verbriefung in dieser oder jener Richtung erst an einem spätern Zeitpunkt beginnen sollte. Daraus wird zweifellos der auffallende Umstand zu erklären sein, daß Reg. Kar. IV. 2449, Ludwig Rel. 5,500, von 1356 Mai 8, schon in einer Urkunde K. Kasimirs von Polen vom 3. Mai inserirt ist; denn es heißt in der Verbriefung des Kaisers, es solle eine Summe gezahlt werden *a dato praesentium infra unius anni spatium*.

128. Einen Fall willkürlicher Zurückdatirung um zwei Monate hat Mühlbacher, Wiener Sitzungsber. 85,509, für Reg. Kar. 560, M. Germ. L. 1,374, sehr glaublich nachgewiesen. — Auf einen spätern Fall, bei dem auf die Zurückdatirung ausdrücklich Gewicht gelegt wurde, machte mich Büdinger aufmerksam. Nach Schweizer Vorges. u. Gründung des schwäb. Bundes 103 sollten die Bundesbriefe auf den 8. März 1488 ausgefertigt sein, aber auf den 14. Februar zurückdatirt werden, weil da der Bund durch Zusage einer Anzahl Stände gegründet worden war.

129. S. 224. Winkelmann gibt mir Nachricht von zwei von ihm aufgefundenen Erlassen K. Friedrichs II., welche 1235 in seinem Namen von der sizilischen Regentschaft, vgl. Winkelmann in den Forsch. zur D. Gesch. 12,552, ausgestellt sein dürften. Bei dem einen aus Salpi Nov. 28 an Heinrich von Morra wird das zweifellos sein, zumal es sich um eine allgemeine Polizeiverordnung handelt, bei der jedenfalls an Fälschung nicht zu denken ist. Bei dem andern an den Kämmerer von Sizilien für S. Vincenzo di Montalto aus Melfi Apr. 8 könnte Bedenken erregen, daß der Kaiser damals noch im Königreiche war, aber freilich an diesem Tage nach Richard von S. Germano zu Aprocina das Osterfest feierte und nach dem Regest von Marseille an demselben Tage im benachbarten Civitate urkundete. Es ist doch wahrscheinlich, daß die Mitglieder der Regentschaft, welche in der zweiten Hälfte des April den Kaiser nach Fano begleiteten, erst nach der Rückkehr von da ihre Funktionen übernahmen. Andererseits spricht wieder für jene Annahme, daß Melfi der gewöhnliche Sitz der Regentschaft war. Diese Verhältnisse könnten die Annahme nahe legen, man habe irgendwelchen Grund gehabt, den Erlass auf die Zeit, wo der Kaiser noch im Königreiche war, zurückzudatiren. — Ausdrücklich bezeugt ist die Ertheilung der Befugniss im

129] Namen des Herrschers zu urkunden in Reg. Kar. IV. 1097, vgl. Dominicus Baldewin 521. Als K. Karl seinem Oheim Baldewin 1349 die Verwaltung des Reichs und der Grafschaft Lützelburg übertrug, ertheilte er ihm durch Urkunde vom 25. Juli die Vollmacht, auf die ihm übergebenen, unbeschriebenen, aber mit dem hängenden Majestätsiegel versehenen Pergamente schreiben zu lassen, was er für die Ehre und den Nutzen des Reichs und der Grafschaft mit was für immer geistlichen oder weltlichen Personen angeordnet haben würde, wie es ihm gut scheine. Und ich möchte doch mit Dominicus annehmen, daß wir in Reg. Kar. 1137. 38, aus Bastogne Aug. 24, im Namen des Königs von Baldewin ausgestellte Urkunden zu sehen haben; urkundet der König Aug. 19 und 28 zu Köln, so mag die Zeit für einen Eilritt in die Grafschaft zur Noth ausreichen, der aber doch ganz unwahrscheinlich ist, zumal wir den König Sept. 7 zu Speier finden; war der König in der zweiten Hälfte des August in der Grafschaft, so würde er gewiß von da nach Speier gegangen sein, und wir müßten dann annehmen, daß sich in den beiden Urkunden aus Köln Aug. 28 der Ort auf einen frühern Zeitpunkt beziehe, als der Tag. Weiter ist auch Reg. Kar. 1245 aus München 1350 März 12 nur im Namen des damals zu Prag weilenden Königs, aber anscheinend von andern Bevollmächtigten ausgestellt. Vgl. weitere entsprechende Fälle § 464. — Zu S. 222, Z. 15. Für Beglaubigung einer Königsurkunde durch Chirographirung bieten ein Beispiel die beiden gleichlautenden Originale von Reg. Frid. II. 236 zu München; es ist dazu die in verlängerter Schrift geschriebene Invokation benutzt, so daß in der Ausfertigung für den Bischof von Passau die untere Hälfte derselben an gewöhnlicher Stelle steht, in der für den Grafen von Wasserburg aber die obere Hälfte umgestürzt auf den Titel des Königs folgt. Vgl. auch § 115 zu St. 4375.

Handlungszeugen und Beurkundungszeugen. — **140.** Besonders betont wird die Beziehung der Zeugen auf die Beurkundung auch in Diplom von 1154, St. 3685, Stumpf Acta 675: *et ut hec auctoritatis nostre confirmatio firmiter habeatur, — testes, qui aderant, subter notari precepimus, quorum nomina in presenti placuit pagina conscribi, ut et eorum testimonio auctoritatis nostre presens confirmatio a malivolorum presumptione nequaquam valeat rescindi.*

147. S. 252. Vgl. nun auch die Urkunde K. Konrads III. für Floresse, Stumpf Acta 672, mit drei 1142 zusammenstimmenden Jahresangaben, während der 1141 Juli 17 verstorbene Erzbischof Adalbert von Mainz Zeuge ist. — S. 253. Die Untersuchung von Tomafchek über die Handfesten K. Rudolfs für die Stadt Wien (vgl. über die Echtheit nun auch Geschichtsq. der Stadt Wien 1*, xxiv. ff.) ist nun gedruckt Sitzungsber. 83, 293 ff. Die Schwierigkeit bezüglich der Zeugen in Reg. Rud. 451 sucht auch Tomafchek S. 355 ff. wesentlich in derselben Richtung zu erklären, wie ich es für ähnlich liegende Fälle annehme; sieht er in den Zeugen diejenigen, die an den bezüglichen früheren Berathungen theil-

nahmen, so würden das Handlungszeugen seien. Weist aber Tomafchek S. 358 auf Haltpunkte hin, welche ergeben, daß die Urkunde früher in kürzerer Fassung vorhanden war, dann später erst durch Zusätze ihre jetzige Gestalt erhielt, so erscheint mir die Annahme einer Neuausfertigung unter Beibehaltung der früheren Zeugen, auf welche auch Tomafchek als möglich hinweist, der Sachlage am meisten zu entsprechen. Dem scheint nur im Wege zu stehen, daß Stephan von Meißau als Marschall von Oesterreich bezeichnet wird, was er erst kurz vor der Neuausfertigung und lange nach dem Tode des Bischof Leo von Regensburg geworden ist, vgl. Tomafchek 357; war er aber früher als einfacher Landherr Zeuge, so hat es nichts Befremdendes, wenn ihm bei der Neuausfertigung der ihm jetzt gebührende Titel gegeben wurde; wenigstens in Privaturkunden läßt sich nicht selten solches Vorgehen bestimmter nachweisen; vgl. § 65.

147. Zweifellose Fälle, daß Zeugen zur Zeit der Beurkundung nicht mehr am Hofe waren, sind § 432 in Reg. Fr. II. 699. 735 nachgewiesen. — Auf einen weiteren anscheinend hierher gehörigen Fall macht Huber Reg. Kar. IV. xlix. aufmerksam. Die Herzoge Rudolf und Friedrich von Oesterreich sind Zeugen des Kaisers zu Prag 1359 Mai 5 und Juni 1, Reg. 2947. 57, urkunden aber Mai 6 zu Pilsen, dann Mai 20 bis 25 und Juni 13 zu Wien, so daß sie sicher Juni 1 nicht wieder zu Prag gewesen seien dürften. Dagegen kann doch wieder auffallen, daß übrigens die Zeugenreihe von Juni 1 viel mehr anderen von Mai 27 und Juni 2 entspricht, als der von Mai 5; möglicherweise sind Zeugen, die sich auf verschiedene Zeitpunkte beziehen, in eine Reihe zusammengeworfen; vgl. § 152.

148. Auch Reg. Henr. (VII.) 88, vgl. § 440, ist datirt von 1225 Juli 27, wo der König zu Nordhausen war; Handlung und Zeugen deuten aber aufs bestimmteste auf Wirzburg, wo sich der König im Mai aufhielt.

151. Vgl. auch Nachtrag zu § 164 wegen St. 3418, wo sich der Umstand bestimmter daraus zu erklären scheint, daß der Text mit den Zeugen der Reichskanzlei nur zur Befiegelung eingereicht wurde.

VORLAGE UND BEURKUNDUNG.

Vorurkunden für Privaturkunden. — 157. Von der wörtlichen Einrückung unterscheidet sich die bloße beglaubigte Abschrift nur durch die Form; und wenn später auch die bloße Beglaubigung häufig durch Einrückung in eine Beglaubigungsurkunde erfolgt, so scheint in früherer Zeit die Einrückung vorzugsweise nur üblich gewesen sein, wo es sich nicht um bloße Beglaubigung, sondern auch Bestätigung handelt, wie dazu nur der Rechtsnachfolger oder ein Höhergestellter befugt war. Für bloße Beglaubigung hatte man sich beim Fehlen des Notariats in Deutschland an Personen zu wenden, deren Stellung an und für sich genügende Bürgschaft für ihre Glaubwürdigkeit zu bieten scheint. Eines

157] der frühesten Beispiele, zwischen 1220 und 1225 fallend, dürfte die Abschrift einer Urkunde K. Heinrichs II. von 1005 sein, St. 1411, La-comblet U. B. 1, 89, welcher am Ende zugefügt ist: *ego Engelbertus Colon. eccl. archiepiscopus hoc privilegium d. Heinrichi regis Rom. de verbo ad verbum rescriptum vidi et relegi, et quia ipsum multa vetustate videbatur consumptum, hunc scripto ad memoriam predicti privilegii propter instantiam ecclesie b. Alberti, que nobis a d. Friderico Rom. imp. et rege Sic. commissa est, sigillum meum iussi apponi.* Nach Maßgabe des Protokolls dürfte die Abschrift keine sehr genaue gewesen sein; in der Signumformel heisst es *per Christum* statt *regis*, und statt *regnante rege H. secundo, anno regni eius quarto*, welches allerdings dem Brauche der staufischen Zeit entspricht, hat die Vorlage sicher *anno vero d. H. secundi regnantis quarto* gehabt.

151. In Einzelfällen ist wohl ausdrücklich kenntlich gemacht, daß es sich um Neuausfertigung handle. So in Urkunden Herzog Heinrichs von Niederbaiern im Archive zu München, auf welche mich Rockinger aufmerksam machte. Die eine, M. Boica 3, 157, ist einfache Abschrift der frühern Ausfertigung, schliessend mit: *actum in Purchusen anno d. 1259, 15. kal. decembris*, während dann noch zugefügt ist: *renovatum autem sub sigillo nostro novo anno d. 1271, idus maii.* Bei der andern, vgl. Reg. Boica 3, 152, ist die Abschrift in eine Erneuerungsurkunde eingedrückt: *Nos Heinrichus d. gr. pal. com. Rheni, dux Bavarie, presentibus profiteamur, quod propter fracturam cuiusdam veteris sigilli nostri innovavimus presens scriptum, cuius tenor per omnia talis fuit: Heinrichus — — roboratam. Actum in Halle anno inc. d. 1260. 4. idus iulii. Processit autem hec renovatio in Purchusen anno d. 1280, in die Nicolai.* Als Veranlassung der Neuausfertigung wird Aenderung des Siegels angegeben, die eine solche doch an und für sich kaum nöthig machte wenn, wie es hier der Fall zu sein scheint, der alte Stempel zerbrochen worden war. Anders freilich, wenn derselbe verloren war und damit zu Fälschungen verwandt werden konnte. Von K. Richard von England heisst es zu 1198, Matth. Paris Hist. Angl. ed. Madden 2, 75: *Et tunc fecit rex fraudem de consilio iniquorum; finxit se amisisse sigillum et fecit aliud fabricari et ubique acclamari, quod perduto sigillo suo novum fecerat, et quicumque vellet prius concessa perpetuare, ad novum sigillum veniret et data pecunia ea faceret roborari; sin autem, pro nulla carta haberetur. Et hac inventa cavillatione infinitam extorsit pecuniam. Circa festum s. Michaelis mutatae sunt cartae, quas prius fecerat rex Ricardus, novo sigillo suo.* An ein entsprechendes Vorgehen denkt Fumagalli Ist. 2, 377, wenn K. Roger von Sizilien 1145 befahl: *omnia sigilla ecclesiarum et aliorum fidelium regni nostri renovari et ea palam monstrari, ut sint confirmata sub magnitudine regni nostri.* Aber es werden unter den Sigilla die Urkunden überhaupt zu verstehen sein und es wird sich da um dieselbe Maßregel handeln, wie wir sie unter K. Heinrich VI. und K. Friedrich II. bezüglich Einreichung

der Privilegien in Sizilien angeordnet finden; da aber wurden dieselben nicht durch Siegelung bestatigt oder neuausgefertigt, sondern eine allgemeine Bestatigungsurkunde für alle vorgelegten Privilegien ertheilt oder über den Inhalt ein neues Diplom gefertigt. — Bei den § 176 S. 323 erwähnten Neuausfertigungen unteritalischer Privaturkunden ist in den mir bekannten Fällen die Abschrift in eine die Veranlassung der Transfurmierung angegebende Erneuerungsurkunde eingerückt.

Vorurkunden für Königsurkunden. — 161. Nach Mühlbacher, Wiener Sitzungsber. 85, 519, hat auch eine Urkunde K. Lothars von 848, Reg. Kar. 601, von anderer Hand und Dinte das Signum K. Ludwigs II. mit der Formel. — Dafs man auf Beglaubigung gerade durch das Monogramm besondern Werth legte, ergibt das Placitum von 996, St. 1099, jetzt gedr. Stumpf Acta 621. Wie das auch sonst in den Notariatsinstrumenten über königliche Gerichtssitzungen üblich war, ist daselbe vom Kaiser mit dem Handzeichen des Kreuzes in der üblichen Formel unterzeichnet. Ueberdies ist nun aber in ganz ungewöhnlicher Weise die gewöhnliche Schlussformel des Textes: *et hanc notitiam pro securitate — fieri ammonuerunt*, hier abgeändert in: *et hae noticia, qualiter acta est, pro securitate O. sagacissimus episcopus et Illasienses signum imperatoris fieri rogaverunt*, worauf dann noch vor der Fertigungsformel des Notar das kaiserliche Titelmonogramm eingezeichnet ist, aber ohne die betreffende Formel.

163. S. 285. Bezüglich St. 214 wird zu beachten sein, dafs noch einer andern ganz unverdächtigen Königsurkunde für Herford von 858, Reg. Kar. 811, statt des sichtlich früher vorhanden gewesenem, aber abgefallenen Siegel später ein anderes mit Pergamentriemen aufgeheftet ist. Erhard, vgl. Cod. Westf. 1, 19, verzichtete auf nähere Bestimmung; Wilmans Kaiserurk. 1, 143 glaubt es nach genauerer Prüfung für das Siegel des Gegenkönigs Rudolf von Schwaben halten zu dürfen. Auch wenn das richtig, wird wegen der Art der Befestigung wohl eher an willkürliche Verwendung eines im Kloster vorhandenen Siegel, als an Neubefiegelung in der Reichskanzlei zu denken sein.

164. S. 287, Z. 6 v. u. Nach der Abschrift von Reg. Fr. 262 in der Sammlung der Monumenta Germaniae ist der Wortlaut, dafs der König erklärt, der Bischof habe ihn um die Bewilligung ersucht, *ut privilegium suum a nostra eadem auctoritate collatum posset facere aureis litteris insigniri et scribi sub eodem tenore et forma*, worauf er ihm bewilligt habe, *ut dictum privilegium, quodcumque voluerit, litteris aureis fieri faciat et ornari et nos illud faciemus bulla aurea concedente domino insigniri*. Das bezügliche von demselben Tage datirte Privileg, Reg. 261, Huillard 1, 604, ist grossentheils wörtliche Wiederholung des in seiner jetzigen Gestalt gefälschten, aber eine echte Vorlage voraussetzenden St. 1238, Provana Studi 354, von 1000 Juli 9, nur in späterer Abschrift erhalten. Heifst es hier: *praesentis paginae aureis litteris decoratae testimonio*, und: *aureo sigillo iussimus insigniri*, so besteht

164] da zweifellos ein Zusammenhang, sei es, was an und für sich wahrscheinlicher, daß die Fälschung 1219 schon vorlag, wobei es auffallen könnte, daß man die auf die goldene Schrift bezüglichen Worte nicht sogleich in den Text von Reg. 261 aufnahm, sei es, daß Reg. 261 noch nach der echten Vorlage von St. 1238 gemacht wurde und selbst erst Veranlassung zu der goldgeschriebenen Fälschung wurde. — S. 289, Z. 17. Auch der Text von St. 2953, Stumpf Acta 89, wird nicht aus der Reichskanzlei stammen; denn es sind zwar Arenga, Promulgation und Beglaubigungsformel in der Mehrzahl, der ganze zwischenstehende Text aber in der Einzahl gefaßt. Es ließe sich weiter vielleicht geltend machen, daß die Urkunde an vielen Stellen Reimprosa enthält; vgl. meine Bemerkungen über das Vorkommen derselben in Urkunden in den Wiener Sitzungsber. 73, 200 ff. Allerdings kommt dieselbe auch anderweitig in Königsurkunden vor; aber überwiegend, wie hier und in dem letzten mir bekannten Falle St. 3808 von 1158, in solchen, die für Lothringen bestimmt waren, wo auch sonst die Reimprosa am meisten in Urkunden Eingang gefunden hat. Allerdings findet sie sich auch in Diplomen für Empfänger anderer Länder; so in St. 2161 für Altaich, St. 2273 für Bifanz, wobei zu berücksichtigen wäre, daß die bezüglichen Diktatoren der Reichskanzlei aus Lothringen sein konnten. Weiter aber findet sie sich auch wohl in Privaturkunden außer Lothringen, so daß es jedenfalls einer genaueren Untersuchung des Umstandes nach Zeit und Ort bedürfte, ehe er für bestimmtere Schlüsse verwendbar sein würde. — S. 290. Das Original von St. 3418, M. Boica 29, 271, zu München deutet schon durch sein Privaturkunden entsprechendes Außere darauf hin, daß es seinem ganzen schriftlichen Bestande nach nicht in der Reichskanzlei entstanden, sondern lediglich zur Siegelung vorgelegt ist. Das bestätigt die ganze Fassung, während auch die Zeugen, anscheinend nur Dienstmannen, zweifellos nur Zeugen der zu bestätigenden Privathandlung sind, so daß der Fall in dieser Richtung sich den § 151 erwähnten anschließt. — S. 291. Wegen der Tagesangabe in St. 3747 vgl. § 453. — S. 292. Auch St. 4513, M. Boica 6, 497, dürfte im Kloster geschrieben und der Kanzlei zur Zufügung des Schlussprotokolles und des Siegel eingereicht sein; denn in ungewöhnlicher Weise steht ganz unten lediglich *anno inc. d. 1189*, vom Texte durch einen weiten Zwischenraum getrennt, der wohl zur Nachtragung von Zeugen, Signum und Rekognition bestimmt war, welche dann ebenso, wie die Ergänzung der Datierung unterblieben, während das Siegel angehängen zu haben scheint. Spätere Fälschung würde schwerlich in solcher Form vorgenommen sein; auch werden schon in St. 4647, auf dessen Text jene eingewirkt hat, viel ausgedehntere Befugnisse gewährt. — Dem hier besprochenen Verhältnisse der Einreichung der Texte an die Kanzlei würde es in mancher Beziehung verwandt sein, wenn Parteien dem Notar den Text diktirten, falls das wirklich so häufig vorgekommen sein sollte, wie Fumagalli Ist. 1, 273. 2, 197 annimmt, der daraus die Rohheit der Nota-

riatsinstrumente erklären zu dürfen glaubt. Sagt allerdings zuweilen der Notar, daß er das Instrument *ipso* oder *ipsa presente milique dictante* gefertigt habe, so ist hier unter dem Dictare zweifellos nicht Angeben der wörtlichen Fassung, sondern nur des thatsächlichen Inhaltes zu verstehen; abgesehen von der sich überall kenntlich machenden Benutzung von Formularen werden wir doch des Schreibens Unkundigen, zumal Frauen schwerlich zutrauen dürfen, daß sie im Stande gewesen seien, einen lateinischen Text zu diktiren, wenn auch im denkbar schlechtesten Latein.

166. Wo uns Doppelausfertigungen eines Diplom erhalten sind, ergibt sich wohl, daß die eine unvollzogen und unbefiegelt blieb; vgl. § 283. Das kann sich daraus erklären, daß man die noch nöthige Zufügung aus Nachlässigkeit überfah, wie ich das dort für St. 77 annahm. Es kann sich aber auch daraus erklären, daß die erste Ausfertigung wegen dieses oder jenes Mangels unvollzogen blieb und durch eine andere ersetzt wurde, wie das bei den dort angeführten Fällen für St. 877 nicht zu bezweifeln ist. Wurden solche Stücke dennoch an die Partei abgegeben und von derselben aufbewahrt, so muß dieselbe trotz der mangelnden Beglaubigung Werth auf dieselben gelegt haben; auch Sickel, Wiener Sitzungsab. 85, 421, nimmt an, daß sie der Partei etwa gegen billigere Taxen ausgefolgt seien. Dann aber wäre es doch denkbar, daß man ohne solche besondere Veranlassung sich noch eine zweite Ausfertigung geben ließ, die aber unbefiegelt blieb, zunächst vielleicht, weil man bei dieser die Kosten der Siegelung sparen wollte. Zu dieser Vermuthung veranlaßt mich insbesondere die bereits § 206 besprochene angebliche gleichzeitige Abschrift von St. 3901, welche in der Reichskanzlei gefertigt sein muß. Als entscheidenden Umstand machte ich dort schon geltend, daß das Monogramm zweifellos in beiden Ausfertigungen von demselben Schreiber herrührt. Es scheint weiter die Originalen durchaus entsprechende Ausstattung nicht darauf zurückzugehen, daß man einer Kopie durch Nachzeichnung das Aussehen des Original geben wollte; dann mußte der Anschluß ein viel engerer sein, während die Anordnung des Schlußprotokolls eine ganz verschiedene ist, sich auch sonst, insbesondere in der Schreibung der Namen, Abweichungen zeigen, die ein Schreiber, der die Vorlage ängstlich nachzubilden bemüht war, vermieden haben dürfte. Alles das würde nun nicht auffallen können, wenn wir annehmen dürften, diese sei eine erste, wegen irgendwelcher Mangel nicht vollzogene Ausfertigung. Aber nicht allein, daß sich keine Mängel kenntlich machen; es ergibt sich hier bestimmt, daß diese Ausfertigung die spätere ist. Denn in der anderen ist das Datum mit Ort und Tag erst nachgetragen, wie die Verschiedenheit der Dinte sicher ergibt, während es hier gleichzeitig mit der ganzen Urkunde geschrieben ist. Auch das mit der andern Ausfertigung genau stimmende Duplikat von St. 152 wird in der Kanzlei entstanden sein; war dasselbe nach Dumge Reg. Bad. 86 nie befiegelt, obwohl die Einschnitte vorhanden

166] sind, so wird in solchem Falle doch eher anzunehmen sein, daß der Empfänger auf die Besiegelung auch der zweiten Ausfertigung verzichtete, als daß man auf dieselbe lediglich vergessen habe. Solche Stücke müssen doch einen Werth gehabt haben, der über den der einfachen Abschrift hinausging. Beim besprochenen Falle St. 3901 hat man nach § 206 die unbesiegelte Ausfertigung der Kanzlei eingereicht, um sie als Konzept für eine geänderte Ausfertigung zu verwenden. Der Werth mag demnach vielleicht darin zu suchen sein, daß die Kanzlei ein solches in der Kanzlei selbst gefertigtes Duplikat trotz der fehlenden Besiegelung wenigstens dann, wenn es sich um bloße Bestätigungen handelte, als vollgültig betrachtete, man demnach bei späterer Einreichung nicht genöthigt war, das gesiegelte Exemplar der Gefahr des Verlustes oder des Zerbrechens des Siegels auszusetzen. Wenn wir uns vergegenwärtigen, wie häufig die älteren Diplome der Kanzlei und überdies oft an entfernten Orten vorzulegen waren, so ist es kaum anders denkbar, als daß irgendwelche Vorkehrung bestand, welche die Einreichung der besiegelten Originale unnöthig machte, während doch eigentliche beglaubigte Abschriften unbekannt waren. Daraus könnten sich denn auch die dem Originale nachgebildeten Kopien erklären, welche wegen mangelnder Siegelung überhaupt nicht beanspruchten, für Originale gehalten zu werden, sei es, weil man glauben machen wollte, es liege ein in der Kanzlei selbst gefertigtes unvollzogenes Duplikat vor, sei es, daß die Kanzlei sich überhaupt mit solchen vom Empfänger selbst herrührenden Nachbildungen begnugte, weil sie sich daraus überzeugete, daß der Empfänger ein Original in entsprechender Ausstattung besitze. Die Nachbildung hätte dann gewissermaßen die Beglaubigung ersetzt. Doch schiene es mir von Wichtigkeit, darauf zu achten, ob nicht solche anscheinend nachgebildete Kopien häufiger in der Kanzlei selbst gefertigt sein dürften. Es würde das freilich schwer vereinbar sein mit den Beobachtungen von Rieger, der nach der Bemerkung in den Forsch. zur D. Gesch. 16,476 und einer gütigst ertheilten erläuternden Auskunft annimmt, daß in geordneten Kanzleien, wie denen K. Heinrichs II., Konrads II. und Heinrichs III., ganz gleichlautende Duplikate überhaupt nicht an die Parteien abgegeben wurden; daß weiter, so viel er sich erinnere, auch bei Duplikaten von Diplomen K. Ottos I. die Sachlage die sei, daß das eine Stück von der Partei herrühre und nur in der Kanzlei beglaubigt sei. Kann ich aber nach eigener Beobachtung über solche Fragen nicht urtheilen, so ergibt sich wenigstens für die Kanzlei K. Ottos I. aus dem, was jetzt Sickel, Sitzungsber. 85,438, über St. 158 bemerkt hat, daß auch zweite Ausfertigungen von Schreibern der Kanzlei herrühren können. — S. 295. Ein ganz sicheres Beispiel, daß trotz übereinstimmender Datirung die eine Ausfertigung bedeutend später entstand, gibt St. 1046, von dessen beiden Ausfertigungen die eine noch mit dem Königsiegel, die andere mit dem Kaisersiegel versehen ist; vgl. § 305. — Vgl. auch § 447 die Fälle aus dem Regest K. Friedrichs II., bei welchen

ausdrücklich bemerkt ist, daß die Mandate wegen inzwischen nothig gewordener Aenderungen unter demselben Datum neuausgefertigt seien. — S. 296. Eine Neuausfertigung kann auch St. 936, Schannat Hist. Worm. 29, von 990 Juni 18, sein, in dem nichts anstößig ist, als daß die 991 Juni 15 gestorbene Kaiserin Theophania *beatae memoriae* heißt; es ist doch viel wahrscheinlicher, daß das bei einer Neuausfertigung zum früheren Texte zugefügt wurde, als von einem Fälscher, der jedenfalls eine echte Vorlage gehabt hätte. Auch St. 4746 mag Neuausfertigung mit Beibehaltung der frühern Datirung sein; vgl. § 103. 406. — Ein auffallendes Verhältniß ergibt sich bei den beiden Ausfertigungen der Legitimationsurkunde Reg. Lud. 3263, Böhmer Acta 499. 900. Die eine kürzere und zweifellos frühere ist datirt aus Cremona 1329 *vicesima quarta die octobris*. In der zweiten, dem Empfänger günstigeren und zweifellos späteren ist die Tagesangabe ersetzt durch *proxima feria secunda ante festum beatorum Symonis et Jude*, was auffallenderweise Okt. 23 ergibt, so daß die erweiterte Ausfertigung als die ältere erscheint. Es wird das daraus zu erklären sein, daß die Neuausfertigung erst später in Deutschland erfolgte, daß man die Datirung beibehalten, aber die italienische durch die in Deutschland übliche Tageszählung ersetzen wollte und sich dabei um einen Tag verzählte. — Ueber den umgekehrten Fall Reg. Frid. II. 228, bei dem durch Radiren die Datirung der auch dem Inhalte nach früheren Ausfertigung der spätern gleichgemacht ist, vgl. § 440.

168. Durch Neuausfertigung unter Belassung der Datirung, aber Aenderung des Königstitels in den Kaisertitel dürfte am wahrscheinlichsten auch der § 177 S. 326 besprochene Widerspruch in Reg. Fr. II. 358 zu erklären sein. — S. 301. Vgl. das § 288 S. 168 über Reg. Kar. IV. 2028 Bemerkte, bei dem die Nennung eines erst viel später passenden Kanzlers ganz sicher durch Neuausfertigung herbeigeführt ist, da in der Rekognitionsformel selbst auf dieselbe hingewiesen ist.

170. S. 306, Z. 18 v. u. Vgl. jetzt über die hier besprochenen Diplome für Paderborn die genaueren Untersuchungen von Rieger in den Forsch. zur deutschen G. 16, 463 ff., welcher S. 468 gleichfalls zu dem Ergebnisse gelangt, daß 1016 die Intervenientenreihe von 1013 wiederholt sei, aber unter Fortlassung des Bischofs von Hildesheim und Zufügung des Bischofs von Verden.

171. Würde die Annahme der M. Boica 30, 381, es sei Reg. Kar. 361 von 823 Juni 28 bloße spätere Renovation einer echten Urkunde, überhaupt richtig sein, so wäre auch da zunächst an Neuausfertigung in der Reichskanzlei zu denken, da das Siegel K. Ludwigs III. aufgedrückt ist. Daß man dabei das in der echten Vorlage jedenfalls fehlende Inkarnationsjahr 823 richtig berechnet und zugefügt hätte, würde bei dieser Annahme nicht auffallender sein, als bei Annahme der Fälschung. Aber es sind freilich auch gegen den Inhalt von Dümmler im Oesterr. Archiv 10, 76 die gewichtigsten Bedenken vorgebracht, denen Sickel

171] Acta 2,325 zu L. 200 sich anschliesst. — S. 310. Ueber die Urkunde für Rheinau von 870, Reg. Kar. 826, vgl. nun Sickel Schw. Kaiserurk. 92 ff., der insbesondere bestätigt, dass das Stück von einem Notar der Kanzlei K. Ottos I. geschrieben sei. — Ebenda S. 52 bemerkt Sickel über ein Diplom K. Ottos II. von 973, St. 594, dass es von einem Schreiber herrühre, der anderweitig erst seit 978, dann aber sehr häufig bis in die Zeit K. Ottos III. in der Kanzlei nachweisbar sei, dass aber weiter auch das Monogramm in einer erst unter K. Otto III. nachweisbaren Form auftrete. Diese Umstände könnten auch da den Gedanken an Neuausfertigung sehr nahe legen.

172. S. 313. Einen weitem Beleg für das willkürliche Vorgehen bei angeblich wörtlicher Wiederholung würde die Bestätigungsurkunde von 1193 für Tortona geben, Stumpf Acta 575, in welche der Vertrag K. Friedrichs I. mit der Stadt von 1183, St. 4353, M. Germ. L. 2,165, mit der Einleitung: *tenor autem autentici talis est*, eingerückt ist, falls wir anzunehmen hatten, dass der frühere Vertrag mit dem uns erhaltenen Texte übereinstimmend gewesen sei. Zahlreiche kleinere Abweichungen könnten den Abschreibern zur Last fallen. Dass der Alessandria betreffende Schlusssatz fortgelassen ist, könnte nicht auffallen, da er inzwischen bedeutungslos geworden war. Es sind nun aber weiter im Transsumpt die vier ersten der der Stadt unterworfenen Kastellane ausgelassen; statt dessen findet sich hier ein langer Zusatz in wenig passender Stellung, in welchem insbesondere jene vier Kastellane nachgeholt und andere hinzugefügt sind. Aber eben dieser Zusatz muss schon unter K. Friedrich I. entstanden sein, da es darin heisst, die bezüglichen Rechte seien *intervenitu dominae Beatricis augustae* verliehen worden. Wir werden demnach anzunehmen haben, dass der Vertrag von 1183 später in geänderter und erweiterter Fassung neuausgefertigt wurde und dass die Abweichungen des Transsumpts zunächst daraus zu erklären sind, dass es die spätere Ausfertigung wiederholte.

173. Einen sichern Fall, dass das Protokoll durch die bestätigte Vorurkunde beeinflusst wurde, ergibt St. 4083; vgl. Nachtrag zu § 177.

174. Sehr bezeichnend für die hier besprochenen Verhältnisse ist auch St. 176, Mittelrh. U. B. 1,250, von 948. Der Text ist, wie Sickel Wiener Sitzungs. 85,411 hervorhebt, genau dem westfränkischen Diplome Reg. Kar. 1949 nachgebildet mit allen Eigenthümlichkeiten der Fassung, die den frei konzipirten Diplomen K. Ottos durchaus nicht entsprechen; aber im Protokoll hört die Uebereinstimmung auf; insbesondere haben die eigenthümliche Erwähnung des Beurkundungsbefehles des Königs und die Fassung der Unterfertigung des Notar hier nicht nachgewirkt, während sich doch noch die Beglaubigungsformel, insbesondere in dem *noticia* und dem *annulo palatii nostri*, ganz durch die Vorurkunde bestimmt zeigt. — Ein weiteres Beispiel höchst ungeschickter Behandlung der Vorurkunde bietet St. 1139, wie Sickel Schw. Kaiser-

urk. 63 nachweist, in der außer andern gleichfalls die erweislich nicht mehr passenden Namen der Gaugrafen wiederholt sind.

176. S. 323, Z. 23. Bei der Erfetzung des Protokolls K. Ottos IV. durch das entsprechende K. Friedrichs II. konnten natürlich die verschiedensten Mißgriffe vorkommen. In einem von mir abgeschriebenen derartigen Stücke von 1213 März 11 heißt Friedrich richtig nur König der Römer und Siziliens; doch gibt der Notar das sechszehnte statt des fünfzehnten Regierungsjahres an. Dagegen theilt mir Winkelmann mit, daß es in einer derartigen Amalfitaner Urkunde von 1213 Jan., vgl. Camera Mem. di Amalfi 1,399, *temporibus Friderici imperatoris* heißt. — S. 324. Auch bei den § 440 besprochenen beiden Ausfertigungen von Reg. Fr. II. 228 sind die Zeugen der ursprünglich vom 20. Juli datirten in der vom 1. Aug. genau wiederholt; mögen noch alle am Hofe gewesen sein, so haben wir doch keinerlei Bürgschaft dafür. Vgl. auch das im Nachtrag zu § 146 über die Zeugen von Reg. Rud. 451 Bemerkte.

177. Einen sehr auffallenden Beleg für Einfluß der Vorurkunden auf das Protokoll gibt die Bestätigung für Arezzo von 1021 Dez. 31, für welche ein Diplom von 1020 als Vorlage diente; beide gedruckt Forsch. zur deutschen G. 13,610.613 und Stumpf Acta 634.637, n. 452.453. Die Arenga und das Eingangswort der Promulgation sind verschieden; weiter die bestätigten Gegenstände selbst; endlich ist die Bestimmung über Libelle in n. 453 nicht wieder aufgenommen. Wurden diese Abweichungen dem Reinschreiber genügend bemerkt, so konnte ihm übrigens für den Text das Original von n. 452 unmittelbar als Vorlage gegeben werden. Und das scheint hier wirklich geschehen zu sein. Aus dem Texte selbst ließe sich dafür geltend machen, daß gerade da, wo der Schreiber bei dem *imprimis de aliquantis* der Vorurkunde mit *imprimis medietatem* auf den abweichenden Text überzugehen hatte, das *medietatem* auf Rasur geschrieben ist; nichts liegt da doch näher, als die Annahme, daß er sich hier zu spät erinnerte, daß er von der Vorurkunde abzuweichen habe. Ob der Schreibfehler *tutionis mandiburdio* etwa durch undeutliche Schrift der Vorlage veranlaßt war, wurde sich nur bei Einsicht des Originals beurtheilen lassen. Entscheidend ist aber der Umstand, daß sich das Protokoll, obwohl in den sachlichen Angaben entsprechend geändert, durch die Vorurkunde beeinflusst zeigt. In n. 452 steht vor dem Worte *Signum* ein *P*; da die dann folgende Rekognitionszeile mit *Piligrinus* beginnt, so wird zweifellos mit Stumpf ein Versehen in der Richtung anzunehmen sein, daß der Schreiber sogleich nach dem Texte auf die Rekognitionszeile überging, aber seinen Mißgriff schnell gewahrte. Da die Signumformel sich nicht geändert hatte, so konnte der Schreiber von n. 453 sich auch dafür an die Vorlage halten; und hat er da nun jenes *P* wiederholt, so kann doch wohl nur das Original von n. 453 selbst die Vorlage gewesen sein. Die zu ändernde Rekognition wird dem Schreiber angegeben sein. Dann aber zeigt sich wieder die Datirungsformel aufs bestimmteste durch die Vorlage bestimmt, in der sich leider nur der Anfang derselben erhalten

177] hat, der aber zum Belege genügt. In ungewöhnlicher Anordnung folgt in n. 452 auf Datum statt des Tages sogleich das Inkarnationsjahr, dann nach diesem statt der Indiktion sogleich das Königsjahr; ebenso in n. 453, wo dann die Indiktion, wie das zweifellos auch in der Vorlage der Fall gewesen sein wird, erst nach den Kaiserjahren folgt, der Tag nach dem Orte. Statt der gewöhnlichen volleren Formel *anno vero domini Heinrici secundi regnantis* hat n. 452 nur *anno domni Heinrici regnantis*; und ebenso wieder n. 453. Und diese Umstände werden um so beweisender, als in dem mit n. 453 an demselben Tage ausgestellten St. 1779 sich die Indiktion an gewöhnlicher Stelle und jene vollere Formel finden. Dagegen sind die thatsächlichen Angaben der Datirung nicht durch die Vorlage bestimmt. Es wäre möglich, daß man die nothige Aenderung der Jahreszahlen dem Reinschreiber überlassen hatte, und sich daraus ihre Nichtübereinstimmung unter sich und mit St. 1779 ergeben hat. Höchst auffallend ist es nun aber, daß es statt *actum* in ganz ungewöhnlicher Weise heisst *loco Ravenna pridie kal. ianuarii*. Ob auch das durch die Vorurkunde beeinflusst war, laßt sich leider nicht entscheiden. Ich möchte annehmen, daß man den Reinschreiber im allgemeinen auf die Datirungsformel der Vorurkunde verwies, ihm dann aber mit jenen Worten einen Vermerk bezüglich der Aenderung von Ort und Tag gab, was der Schreiber dann wörtlich abschrieb, statt *loco* in *actum* zu ändern und den Schlußwunsch zuzufügen. — Es ergeben sich auch bei Neuausfertigungen wohl Belege, daß trotz Aenderung der thatsächlichen Angaben der Datirung die ungewöhnliche Anordnung derselben beibehalten wurde. So bei St. 1737. 1750 von 1019 Dez. 15 und 1020 Mai 22. Beide beginnen mit Anno, so daß Datum mit dem Tage im Anfange ausgelassen ist, was in dieser Zeit nur auf ein, allerdings naheliegendes Versehen zurückzuführen ist, vgl. § 366. Es ist aber weiter gewiss nicht zufällig in beiden die Tagesangabe an derselben Stelle zwischen Actum und dem Ortsnamen nachgeholt, während sonst in solchen Fällen die Nachholung an sehr verschiedenen Orten geschieht; vgl. § 368. — Ein sehr auffallendes Beispiel der Abhängigkeit des Protokoll sogar von der bestätigten Privaturkunde gibt St. 4083 von 1167 Marz, in welchem eine Schenkung des Erzbischofs von Mainz bestätigt wird, deren unserhaltene Beurkundung, Gud. Cod. 1,254, beim Diplom vorgelegen haben muß. Der Text freilich verrath nur in einzelnen Ausdrücken Benutzung der Vorlage. Auch das Protokoll entspricht im allgemeinen durchaus der abweichenden Form der feierlichen Privilegien. Aber manche auffallende Einzelheiten sind zweifellos durch die Vorlage veranlaßt. Daß alle Angaben der Datirung stimmen, würde an und für sich nicht auffallen, da beide Urkunden nahezu gleichzeitig entstanden sein können. Aber es stimmt auch das unrichtige Ind. 14 statt 15; weiter das richtige Regni 15 statt des kanzleigemäßen 14; vor allem aber die in dieser Zeit ganz ungewöhnliche unvollständige Tagesangabe, vgl. § 398, die sich ganz zweifellos nur deshalb so ergeben konnte, weil die Vorurkunde

nur den Monat nannte. Ob auch die der Regel widersprechende Rekognition für den deutschen, statt für den italienischen Erzkanzler dadurch veranlaßt wurde, daß eine Urkunde gerade des deutschen Erzkanzler vorlag, lasse ich dahingestellt; dagegen ist mir zweifellos, daß die ungewöhnliche Bezeichnung als Erzkanzler *regni Teutonici* dadurch veranlaßt war, daß der Erzbischof sich in der Vorurkunde so bezeichnete. Auch der ungewöhnliche Abschluß der Zeugenreihe mit: *et multi ecclesiarum praelati et fideles nostri, qui presentes erant*, ist um so sicherer durch die zahlreiche Prälaten nennende Vorurkunde veranlaßt, als in den Königsurkunden Prälaten selten Zeugen sind. Ueber die genannten Zeugen vgl. Nachtr. zu § 68; werden von den anwesenden Grafen gerade nur die beiden genannt, welche sich auch in der Vorurkunde finden, so wird auch das schwerlich Zufall sein. — S. 327 Anm. Ueber St. 559 vgl. jetzt Sickel Schw. Kaiserurk. 31. 46 und insbesondere Wiener Sitzungsber. 85. 390 ff.

178. Der Vertrag K. Friedrichs I. mit Tortona, St. 4353, ist datirt vom 4. Febr. 1183 ohne Ort; die Urkunde, in welcher K. Heinrich denselben transumirt, Stumpf Acta 575, vom 4. Febr. 1193, ebenfalls ohne Ort. Das ist doch so auffallend, daß ich annehmen möchte, das Tagesdatum der letzteren sei durch die Vorurkunde bestimmt, obwohl die Zeugen nach dem uns sonst bekannten Materiale für 1193 Febr. 4 nicht als unzulässig zu bezeichnen sind. Allerdings suchten wir Nachtr. zu § 172 nachzuweisen, daß nicht die uns erhaltene Fassung des Vertrages St. 4353, sondern eine Neuausfertigung desselben transumirt wurde; diese aber wird zweifellos das Actum der früheren wiederholt haben.

179. Einen höchst beachtenswerthen Beleg für die Benutzung eingereichter Urkunden in der Kanzlei gibt Sickel Schw. Kaiserurk. 77. Sind seine Annahmen, wie ich denke, genügend begründet, so wurde St. 151 von 974 für Einsiedeln nach dem Muster eines ältern Diplom für Pfavers gefertigt, welches damals der Kanzlei eingereicht war, um daraufhin eine Bestätigungsurkunde zu erhalten.

180. Beachtenswerth für das Vorgehen der Kanzlei scheint mir auch St. 1742, Cod. Westf. 1,79, eine Schenkungsurkunde für Paderborn von 1020 zu sein. Für das Diktat ist zweifellos eine der Schenkungsurkunden für Bamberg und zwar nach der kennzeichnenden Wortfolge: *episcopus liberam dehinc habeat potestatem suique successores*, vgl. § 181, eine der älteren von 1007 benutzt; ist der den besondern Inhalt betreffende Theil des Diplom anscheinend ganz selbstständig konzipirt, so lassen Arenga und der Schluß von der Anführung des Zubehör ab darüber keinen Zweifel. Man könnte nun annehmen, man habe eine Abschrift einer jener Schenkungsurkunden in der Kanzlei zurückbehalten, um sie als Formular für spätere Urkunden zu benutzen. Aber so weit ich das nach Durchsicht einer Anzahl bezüglicher Diplome beurtheilen kann, scheint die mit *saluberrimis* beginnende Arenga lediglich in

180] den Schenkungsurkunden für Bamberg und zwar nur in den früheren benutzt. Griff man nun 1020 auf jenes Formular zurück, so dürfte es doch kaum zufällig sein, daß die Urkunde für Paderborn gerade zu Bamberg ausgestellt ist. War dem Konzipienten das Bamberger Archiv zugänglich, so kann es nicht auffallen, wenn er eine der dort vorhandenen Urkunden zur Erleichterung seiner Arbeit heranzog, zumal die Vorräthe, welche die Kanzlei mit sich führte, ziemlich beschränkte sein mochten. Sollten sich mehrere Fälle solchen Vorgehens feststellen lassen, so würde dadurch vielleicht mancher an und für sich auffallende Zusammenhang seine Erklärung finden können. — Ein Beispiel überaus sorgfältiger, den Text stark verarbeitender, aber doch überall kenntlicher Benutzung einer Vorurkunde verwandten Inhaltes für einen andern Empfänger geben die beiden Verbriefungen Herzog Ludwigs von Baiern von 1220 Sept. 23 und 1225 Juni 16, Oberöstr. U. B. 2,620. 655. Die dreizehn Zeugen, welche beiden Urkunden gemeinsam sind, folgen genau in derselben Reihe; aber eine große Zahl der Zeugen der ersten fehlt in der zweiten Urkunde, während dann wieder mehrere in jener fehlende hier an der ihnen zukommenden Stelle eingereiht sind. Die auffallend ausführliche Datierungsformel ist ganz genau nachgeahmt; aber alle thatsächlichen Angaben sind ganz entsprechend geändert. — S. 332 Z. 1. Einen weiteren Fall von 1233, bei dem durch Zeugeneid festgestellt wird, daß ein angeblich verlorenes Privileg wirklich vorhanden gewesen sei, vgl. bei Huillard 4,453.

181. S. 336. Das Original von St. 1499 zu München habe ich später eingesehen. Der Name des geschenkten Ortes ist beidemale nachgetragen; ebenso aber auch wohl die Tagesangabe, da *ii. non iul.* steigend geschrieben ist, während *indict.* wieder in der Richtung der Linie steht. Da der Ort jedenfalls gleichzeitig eingetragen ist, so dürfte die Urkunde früher zu Mainz geschrieben und nachträglich zu Frankfurt datirt sein, würde sich also den § 354 besprochenen Fällen anreihen. Einen weiteren auffallenden Beleg für Herübernahme von Angaben der Datirung aus der Vorurkunde hat Sickel, Wiener Sitzungsab. 85,395, in St. 559 nachgewiesen; das ganz unrichtige 976 ist zweifellos aus St. 236 wiederholt, während es auch hier durchaus unzutreffend war.

Akte. — **184.** S. 343 Z. 11. Ueber die Verpflichtung zu vorheriger Imbreviatur heisst es um 1236 in den Statuten von Bergamo, Mon. patriae 16,1970: *Insuper statuimus et ordinamus, quod nullus tabellio in civitate vel in virtute Pergami debeat aliquod instrumentum vel aliquem contractum tradere nec rogare, donec ille contractus imbreviatus non fuerit seu ipsum instrumentum preter testes, locum et indictionem et superscriptionem tabellionis.*

187. S. 349 Z. 8 v. u. Für nur einmalige Nennung des Ortes zu einer Reihe dort ausgesetzter Stücke gibt wenigstens später das Regest K. Friedrichs II. einen Beleg; vgl. § 207.

189. S. 354. St. 516 und das zweite Diplom über denselben Gegen-

stand sind nun von Sickel, Wiener Sitzungsber. 85, 400 ff. abgedruckt und ausführlich erörtert, wobei gleichfalls S. 422 angenommen ist, daß beide auf einen Gerichtsakt schließen lassen. — S. 355. Für Reg. Kar. 1962 vgl. auch Sickel a. a. O. 412; auch bei dem ebenda besprochenen verwandten Reg. Kar. 1949, Mittelrh. U. B. 1, 222, von 916 Jan. 19 wird Benutzung eines Gerichtsaktes nicht zu bezweifeln sein.

190. S. 356. Ich möchte kaum bezweifeln, daß ein Zusatz zu der Nachtr. zu § 260 näher besprochenen Urkunde K. Konrads für den Grafen von Blandrate von 1141, Stumpf Acta 672 n. 476, wörtlich den Hofakten entnommen ist: *Notum sit omnibus, qualiter nos apud Nurinberch W. comiti de Blandrato fodrum per totum comitatum ipsius in beneficium concessimus; praesentes affuerunt episcopus A., O. comes, A. cancellarius, H. notarius.* Die kundmachende Form wird das nicht ausschließen; sie wird auch in den privaten Traditionsakten ganz gewöhnlich so angewandt.

BEURKUNDUNG.

Beurkundungsbefehl. — 198. S. 15, Z. 24. Die Abschrift des hier erwähnten, von Arndt zu Marfeille aufgefundenen Denkmals in der Sammlung der Monumenta Germaniae habe ich inzwischen benutzen können. Die den Titel: *Littere facte per imperatorem super multis ordinacionibus et statutis*, führende Sammlung ist nicht vor 1273 entstanden, da sie Denunziationen aus der Zeit K. Karls von Anjou enthält und dabei die erste Indiktion erwähnt wird; davon abgesehen enthält sie nur Erlasse K. Friedrichs II. in sizilischen Angelegenheiten aus der Zeit von 1231 bis 1248, von vereinzelt Stücken abgesehen. Dem Sammler lagen sichtlich die Registraturbücher der sizilischen Kanzlei vor. So überaus wichtig die Sammlung wegen ihres Inhaltes und wegen der Ergänzungen zum Itinerar des Kaisers ist, so fand ich doch die Erwartung, daß sie auch für die uns hier beschäftigenden formellen Fragen weitere Aufschlüsse geben würde, nicht erfüllt. Was den Beurkundungsbefehl betrifft, so wird nur der des Kaisers selbst insbesondere bei auszugsweise gegebenen Stücken mehrfach erwähnt; es heisst etwa: *de mandato imperiali facte sunt littere.* Die Schreiber der Urkunden werden nur ganz vereinzelt genannt.

Konzept. — 203. S. 27, Z. 12. So schließt auch Sickel Schw. Kaiserurk. 60 aus dem Ueberspringen einer Stelle, daß der Schreiber, der einen Theil der Reinschrift von St. 599 fertigte, eine schriftliche Vorlage haben mußte, während es dann auffallen muß, daß der von einem andern Schreiber gefertigte Theil sich sehr ungeschickt anschließt, also wenigstens kein einheitlich gefertigtes Konzept für den ganzen Text vorhanden gewesen zu sein scheint.

205. Bezüglich der S. 30, Z. 5 erwähnten Abschriften von Privilegien für S. Gallen vgl. die Angaben von Sickel Schw. Kaiserurk. 16.

206. S. 31. Vgl. nun auch, was Sickel, Wiener Sitzungsab. 85, 420. 421, entsprechend meiner Auffassung über den Begriff des Konzepts und den Unterschied desselben von nicht vollzogener Reinschrift bemerkt. — Stumpf Acta 670 n. 476 ist nun eine undatirte, wahrscheinlich um den Beginn 1141 zu setzende Verbriefung K. Konrads für den Grafen Guido von Blandrate veröffentlicht, welche Stumpf zweifelnd als Originalkonzept bezeichnet. Um sicher zu urtheilen, würde allerdings unmittelbare Einsichtnahme des Schriftstückes sehr wünschenswerth sein. Doch scheint sich auch aus dem von Stumpf Mitgetheilten schon mit einiger Sicherheit zu ergeben, daß das Stück jedenfalls von vornherein nicht bestimmt war, als Konzept zu dienen, es sich nur fragen konnte, ob es in ähnlicher Weise, wie St. 3901, als Konzept für eine Neuausfertigung benutzt wurde. Fehlen alle Abkürzungen und Korrekturen, ist insbesondere auch das Eingangsprotokoll vollständig ausgeführt, ist der Raum so reichlich bemessen, daß man einen Zusatz zwischen die Zeilen einschreiben konnte, so wird kaum zu zweifeln sein, daß das Stück bestimmt war, Originalausfertigung zu werden. Bedenken könnte etwa nur erregen, daß sich auch im Eingangsprotokoll keine verlangerte Schrift zu finden scheint. Aber nach gefälliger Mittheilung von Stumpf herrscht in diesen Dingen unter K. Konrad große Willkür; insbesondere ist der Titel vielfach nicht mit verlängerter Schrift geschrieben. Es finden sich nun nach der Beglaubigungsformel zunächst zwei Zusätze, über den Gerichtsstand vor dem Könige und über Castano, beide von der Hand des Textes, also wohl nicht erst hier, sondern schon im Konzepte nachträglich zugefügt. Dann folgt, der Fassung der Urkunde und des vorhergehenden Zusatzes ganz entsprechend, ein dritter Zusatz über Lonate, dieser aber von anderer Hand. Ich habe § 216 auf die Bedenken gegen Zusätze von anderer Hand in der Reinschrift hingewiesen. Doch finden sich Fälle; und sollte auch dieser Zusatz noch mit derselben Sorgfalt geschrieben sein, wie die übrige Urkunde, so mag trotz desselben das Stück als noch für die Originalausfertigung tauglich betrachtet sein. Nun findet sich aber noch ein vierter Zusatz von anderer Hand über das Podrum, der durchaus anders geartet ist. Man hat ihn gar nicht der Fassung der Urkunde entsprechend gestaltet, sondern scheint die bezügliche Angabe wörtlich den Hofakten entnommen zu haben; vgl. Nachtr. zu § 190. Man hat ihn weiter zweifellos ohne alle Sorgfalt eingeschrieben, da er im Zwischenraum der Zeilen des ersten und zweiten Zusatzes nachgetragen ist. Ich denke, als sich das Bedürfnis für noch einen Zusatz ergab, verzichtete man darauf, das Stück noch für die Originalausfertigung verwenden zu können und trug kein Bedenken mehr, die Angabe so formlos einzutragen, damit sie bei einer geänderten, die Zusätze mit dem Texte verarbeitenden neuen Ausfertigung berücksichtigt werde. Demgemäß blieb das Stück nun auch ohne Signum, Rekognition und Datirung. Um so auffallender ist es, daß sich Spuren eines Siegels zeigen und daß es an den Empfänger abgeliefert

wurde, da es noch jetzt im Archive der Grafen von Biandrate beruht. Es mag eine Neuausfertigung beabsichtigt, aber bis zur Rückkehr des Grafen nach Italien nicht ausgeführt sein, so daß man ihm vorläufig jenes Stück durch Siegel beglaubigte. Da es nicht wahrscheinlich ist, daß von K. Konrad selbst noch ein entsprechendes weiteres Privileg ausgestellt wurde, so wird es die unmittelbare Vorlage für das Privileg K. Friedrichs I. von 1152, St. 3652, Stumpf Acta 479, gewesen sein, welches zum großen Theil wörtlich übereinstimmt. Die drei späteren Zusätze sind hier an passender Stelle in den Text verarbeitet; beim ersten aber hat man zwar nicht ganz übersehen, daß er an das Ende des Textes nicht paßt, sich aber begnügt, ihn in die gleichfalls nicht passende Stellung zwischen Strafformel und Beglaubigungsformel zu bringen. Erst in dem bezüglichen Privileg K. Heinrichs VI von 1196, St. 5034, Stumpf Acta 283, hat er eine entsprechende Stellung gefunden. Nach allem würde das Stück, auch wenn noch ein geregelteres Privileg K. Konrads auf Grundlage desselben gefertigt sein sollte, in dieser Gestalt nicht als Konzept desselben gedient haben können; hätten bei den anderen Zusätzen Verweisungszeichen genügt, so wäre der über das Fodrum vorher in eine ganz andere Fassung zu bringen gewesen, wenn er als Vorlage für einen bloßen Reinschreiber dienen sollte.

207. S. 35, Z. 18 v. u. Die Reichsregistraturbücher des fünfzehnten Jahrhunderts zeigen keineswegs überall eine so regelmäßige Gestaltung, als ich zunächst nach dem, was Chmel daraus in den Regesten K. Ruprechts mittheilt, annahm; in einzelnen Bänden, welche ich zu Wien flüchtig einsah, fanden sich auch manche Konzepte eingeklebt und ich zweifle nicht, daß sie dem, der Zeit und Mühe nicht scheut, vollständige Einsicht in das Vorgehen bei der Beurkundung und insbesondere bei der Datirung in dieser spätern Zeit gewähren würden. — S. 36. Für die Annahme, daß in der Registratur K. Ludwigs die Eintragung vielfach nach den Konzepten geschah, wird sich auch geltend machen lassen, daß die Eintragung oft erst lange Zeit nach der Datirung geschah. Zu Reg. Lud. 481 von 1322 Oct. 14 ist ausdrücklich bemerkt: *anno d. 1322 fer. 3 ante b. Katherine registrata sunt infrascripte*, also erst Nov. 23. Häufig aber hat sich die Eintragung viel länger verzögert, wie sich das daraus ergibt, daß Stücke aus verschiedenen Jahren unmittelbar nebeneinander von derselben Hand eingetragen sind; so ist z. B. das § 463 besprochene Reg. Lud. 469 von 1322 sichtlich erst mit den nächstbenachbarten Stücken von 1324 eingetragen. Das kann dann doch wohl nur nach den in der Kanzlei zurückgebliebenen Konzepten geschehen sein. Vgl. auch, was § 454 über die geänderte Datirung von Reg. Lud. 769 bemerkt ist; am wahrscheinlichsten ist auch da Eintragung nach dem schon datirten Konzepte, während dann entsprechend der Reinschrift geändert wurde. Ich bemerke noch, daß sich Liber priv. 25 Bl. 77' die Ueberschrift: *Registratura Bawarie*, Bl. 99': *Registratura regni* findet, demnach eine gewisse Scheidung beider Kanzleien beachtet wurde. — S. 37. Die Registra-

207] turbücher der Kanzlei K. Friedrichs II., aus welchen die Abschriften zu Marseille, vgl. Nachtr. zu § 198, entnommen sind, scheinen zum großen Theil auf Grundlage der expedirten Stücke entstanden zu sein, da insbesondere die Datirung diesen entspricht. Andere Stücke schliessen mit *dat. etc.*; obwohl auch sonst vieles abgekürzt und ausgelassen ist, insbesondere auch wohl die Adressen fehlen, könnte das doch auf die Vorlagen zurückgehen, da datirte und undatirte Massen mit einander abwechseln. Sind mehrfach die Stücke nicht in wörtlicher Fassung, sondern nur ihr Inhalt gegeben, so wird auch das in den Vorlagen nicht anders gewesen sein; fehlt da meistens die Ortsangabe, so könnte das darauf schliessen lassen, daß auch hier in der Vorlage der Ort nur am Kopfe der Seite für alle auf derselben befindlichen Stücke gegeben gewesen sei. Zuweilen ist die Datirung nicht in der Fassung der Urkunde gegeben, sondern es sind Tag, Indiktion und Ort am Rande bemerkt; auch für diese Abweichung ist kaum eine Veranlassung abzusehen, wenn diese nicht schon in der Vorlage geboten war. So weit diese Abschriften das erkennen lassen, scheint das Vorgehen bei der Registrirung in der Kanzlei K. Friedrichs II. ein sehr wechselndes gewesen zu sein.

210. S. 42, Z. 18. Vgl. auch § 449 über das in das Registraturbuch eingeklebte Konzept von Reg. Lud. 914, in welchem die Datirung gleichfalls erst nachgetragen ist.

212. Bezüglich des Vorhandenseins der Datirung im ursprünglichen Konzepte vgl. auch das § 439 S. 389 Bemerkte.

216. Vgl. das Nachtr. zu § 206 über die mehrfachen Zusätze zu Stumpf Acta n. 476 Bemerkte. Auch St. 3060. 3890, jetzt gedruckt Stumpf Acta 665. 681, haben Zusätze am Ende des Textes.

217. Eine andere Erklärung für das Erscheinen eines Zusatzes vor der Beglaubigungsformel ergab sich Nachtr. zu § 206 für St. 3652; in der Vorurkunde stand der Zusatz nach derselben; man hat dann die unpassende Stellung am Ende in oberflächlichster Weise dadurch beseitigt, daß man den Zusatz zwischen Strafformel und Beglaubigungsformel stellte. — Für die Zugehörigkeit der Beglaubigungsformel zum Texte läßt sich auch geltend machen, daß sie oft sichtlich mit dem übrigen Texte von einer Vorurkunde beeinflusst ist, während sich keinerlei Einwirkung auf das Protokoll zeigt; vgl. z. B. das Nachtr. zu § 174 über St. 176 Bemerkte.

218. Für die schwankende Stellung und Nachtragung der Strafformel führt Mühlbacher in den Wiener Sitzungsber. 85, 489 weitere Belege an. — Besonders auffallend ist die Stellung des Zusatzes in einer Urkunde K. Ottos IV. für den Abt von Montmaieur, Abschrift in der Sammlung der Monumenta Germaniae: *Datum ap. Ymolam a. d. i. 1210 ind. 13, 4. kal. apr. Salvo tamen iure imperii et regni Arelatensis. Huius rei testes sunt* u. s. w., worauf noch das Signum folgt, während die Rekognition fehlt. Die Datirung stimmt zu den Zeugen, da diese sämtlich auch in Reg. Ott. 115 vom folgenden Tage genannt werden.

Beziehung der Datirung auf die Handlung ist hier in keiner Weise näher gelegt. Was in solchen Einzelfällen die Abweichung zunächst veranlasste, wird sich kaum mit Sicherheit entscheiden lassen.

Unterzeichnung des Königs. — 226. Sickel betont in den Wiener Sitzungsbb. 85,435 mit Recht, daß sich die Unterzeichnung durch den König selbst im Einzelfalle mit ungleich größerer Sicherheit behaupten lasse, als der umgekehrte Fall. Daß in Einzelfällen die sorgsamste Beachtung aller Umstände kein sicheres Urtheil erlaubt, habe auch ich aus denselben Gründen zugegeben. Für die Annahme aber, daß, wo sich zumal bei langen und starken Vollziehungsstrichen keinerlei Unterschied der Dinte und des Zuges zeigt, wenigstens im allgemeinen eigenhändige Unterzeichnung des Königs nicht anzunehmen ist, möchte ich nachträglich noch den Umstand geltend machen, daß wenigstens nach dem, was mir bekannt geworden ist und was ich anführe, sich das Verhältniß nicht bloß für verschiedene Regierungen, sondern auch für verschiedene Theile derselben Regierung sehr verschieden gestaltet, was doch kaum daraus zu erklären sein wird, daß gerade in gewissen Zeiten mehr darauf gehalten wurde, daß der König mit derselben Dinte und mit größerer Sorgfalt unterzeichnete.

Zufügung der Zeugen. — 238. S. 88, Z. 5 v. u. Vgl. Nachtr. zu § 218 einen Fall, daß die Zeugen erst nach der Datirung und einem Zusatz folgen.

Verlesung. — 249. S. 103. In Urkunde des Erzbischofs von Mainz, Reg. Magdeb. n. 823: *facta sunt hec omnia anno i. d. 1093, ind. 1, 2. id. iunii, nobis autem eodem anno idus iulii cum amicis nostris in H. tenentibus conventum cuncta hec in nostri presentia multis audientibus clericis et laicis sunt recitata, comprobata et laudata.* — S. 104. In Urkunde des Bischofs von Hildesheim, Reg. Magdeb. n. 1544: *actum et recitatum est hoc Hildenesheim in domo nostra episcopali anno i. d. 1174, ind. 8, 14. kal. nov.; data per m. prepositi 12. kal. nov.* Es ist nicht gerade nöthig, in solchem Falle an ungenauen Gebrauch des Ausdruckes Actum zu denken; Handlung und Verlesung mögen nicht selten in der Weise zusammengefallen sein, daß für die Beurkundung der beabsichtigten Handlung ein Konzept vorausgefertigt und von den bei der feierlichen Handlung selbst Anwesenden nach gefehevener Verlesung gebilligt wurde.

Schlussprotokoll. — 261. S. 121. Einen besonders deutlichen Beleg für Vorausfertigung des Schlussprotokolles, obwohl dasselbe vom Schreiber des Textes gefertigt ist, gibt jetzt das Facsimile von St. 236, vgl. Sickel in den Wiener Sitzungsbb. 85,365; abgesehen von der zu Ende gedrangten Schrift des Textes hatte diese bis in die viertletzte Zeile insbesondere dem Rekognitionszeichen auszuweichen. Vgl. a. a. O. 366 das über St. 559 Bemerkte.

265. S. 130. Die Vermuthung, daß in St. 232 gerade das getilgte, anscheinend richtige *Adalheidæ* auf Versehen beruhe, wird jetzt durch

265] die genauere Angabe von Sickel, Wiener Sitzungsab. 85, 408, bestätigt, daß die Ersetzung durch *Edgidae* sogar noch vom Schreiber der Urkunde selbst herrührt. Scheint aber Sickel anzunehmen, daß die Urkunde dennoch 952 so konzipirt und nur das *beatae memoriae* vergessen sei, so würde mir das nur dann unbedenklich sein, wenn auch hier, wie in dem entsprechenden Falle St. 516, dessen Besprechung ihn auf den Umstand führt, die bezügliche Stelle bei späterer Bestätigung aus einer Vorurkunde entnommen sein könnte. Aber es ist uns hier keine solche bekannt und der Text von St. 232 gewährt doch den Eindruck, daß er uns die Verbriefung der Schenkung in ursprünglicher Fassung bietet. Kann ich mir nun nicht wohl denken, daß man bei freier Konzipirung Edgith nach ihrem Tode so schlechtweg als die Gemahlin des bereits wiederverheiratheten Königs angeführt hätte, so glaube ich auch an der Annahme festhalten zu sollen, daß der Text schon bei Lebzeiten der Königin seine jetzige Fassung erhalten hat und es sich um nachträgliche Ausfertigung des liegen gebliebenen Konzeptes oder, was ich als wahrscheinlicher bezeichne, um Neuausfertigung unter laufendem Protokoll handelt. Es könnte sogar scheinen, als lasse sich das letztere unmittelbar erweisen durch einen Umstand, den ich immerhin zur Sprache bringe, obwohl ich ihn nach näherer Erwägung kaum noch für beweiskräftig halten möchte. Die Datirung von St. 232 ist zweifellos auf 952 Dez. 30 zu beziehen, wozu nach den Nachrichten der Geschichtsschreiber der Ort Frankfurt paßt. Es ist nun aber Orig. Guelf. 4.395 die Urkunde wörtlich übereinstimmend, aber mit der verschiedenen Datirung Frankfurt 941 Jan. 1 gedruckt und wurde demgemäß von Böhmer Reg. 106 eingereiht. Da auch hier der Ort durchaus paßt, so würden wir zweifellos wegen der Nennung der Königin Edgith diese Angabe für die zutreffendere halten, wenn uns beide Stücke nur in Abschrift erhalten wären. Liegt nun aber St. 232 im Originale vor, während für B. 106 keine ursprünglichere Quelle angegeben ist, dasselbe sich nach Reg. Magdeb. n. 92 nur im Drucke erhalten zu haben scheint, so scheint mir nur ein zweifaches möglich. Entweder es ist uns in B. 106 die vermuthete ursprüngliche Ausfertigung erhalten, von der St. 232 Neuausfertigung ist. Oder aber B. 106 ist identisch mit St. 232 und beim Drucke die Datirung willkürlich geändert, wozu eben die Erwähnung der Edgith hätte veranlassen können. Die Entscheidung würde vor allem davon abhängig zu machen sein, ob es wahrscheinlich ist, daß die Datirung in B. 106 sich durch Abänderung der in St. 232 vorliegenden so habe gestalten können. Und das scheint allerdings auf Schwierigkeiten zu stoßen. Schon das muß auffallen, daß der Fälscher, der doch zweifellos nur Richtigstellung der Jahresangabe beabsichtigte, ohne allen ersichtlichen Grund auch den Tag geändert hatte. Gewichtiger scheint mir, daß er, obwohl er die Ortsangabe beibehielt, nun unter den verschiedenen Jahren, unter welchen er wählen konnte, gerade das getroffen hatte, wo diese Ortsangabe paßte. Er hätte aber weiter mit Ind. 14

nd Regni 6 zu 941 Angaben getroffen, welche sich allerdings bei der herrschenden Verwirrung in den Jahresangaben nicht schlechtweg als die allein kanzleigemäßen bezeichnen lassen, welche aber ganz genau mit denen der nächstbenachbarten Urkunde St. 94 von 941 Jan. 10 übereinstimmen. Andererseits scheint für willkürliche Richtigstellung der Datirung zu sprechen, daß solche auch in der in den Orig. Guelf. 4,396 unmittelbar anschließenden, gleichfalls Edgith nennenden St. 128, gl. § 269, vorgenommen zu sein scheint, welche hier 946 Ind. 5, Regni 10 hat, während doch in diesem Falle die Annahme, es könne die ursprüngliche Ausfertigung benutzt sein, dadurch ausgeschlossen scheint, daß auch die Rekognition nur dem spätern Datum 966 entspricht. Weiter aber zeigen B. 106 und St. 232 eine gemeinsame, zweifellos nicht unabhängig von einander entstandenen Verschiebung in der Datirung, indem die Regierungsjahre erst nach dem Actum folgen. Das würde an und für sich natürlich mit der Annahme, daß St. 232 Neuausfertigung von B. 106 sei, durchaus vereinbar sein. Nun ist aber nach Angabe Sickels, Wiener Sitzungsber. 85,438, St. 232 von demselben Schreiber geschrieben, wie St. 190, und auch in diesem findet sich jene Verschiebung der Regierungsjahre, welche danach doch wahrscheinlicher als Eigenthümlichkeit des Schreibers zu fassen sein wird und dann um so bestimmter dafür sprechen würde, daß die Datirung in B. 106 eine nachgebildete sei. Allerdings bleiben die oben berührten, kaum durch Zufall zu erklärenden Umstände; aber sie konnten sich daraus ergeben haben, daß für die Aenderung St. 94 zugezogen wurde, welches wenigstens Leibniz nach Ann. imperii 2,500 gekannt hat; während weiter die Aenderung der Tagesangabe dann damit zusammenhängen dürfte, daß St. 128 in den Orig. Guelf. die Tagesangabe von St. 232 hat und umgekehrt. Fälschungen durch Gelehrte werden ja überhaupt anders beurtheilt sein, als solche, die für juristische Zwecke vorgenommen wurden.

Zeile des königlichen Namenszeichen. — 272. S. 145, Z. 18. Wenn im vierzehnten Jahrhunderte das Monogramm ganz von der Schrift umgeben ist, so bedingt das keine Trennung von der zugehörigen Formel, da dieselbe in dieser Zeit unmittelbar auf den Text vor den Namen folgt, deren Ausführung sich dann unter dem Monogramme jeder schließt.

275. Nach Sickel, Wiener Sitzungsber. 85,368, ergibt sich die Nachbildung des Monogramms in St. 152 ganz deutlich daraus, daß beim Schreiben der Formel auf den Raum für dasselbe vergessen war und man es dann nur noch gedrängt zwischen Signumformel und Rekognition nachholen konnte.

Rekognitionszeile. — 287. S. 165, Z. 3 v. u. Für die spätere größere Bedeutung der Rekognition ist schon beachtenswerth das Schlußprotokoll des Privilegs K. Wilhelms für den Erzbischof von Embrun, reg. Wilh. 114, Abschr. in der Sammlung der Mon. Germaniae: *Datum*

287] *Colonie in domo . . prepositi s. Georgii per manum Henrici ven. electi Spirensis, sacri imperii cancellarii, anno ab i. d. 1251, ind. 9, 18. kal. ian., anno regni nostri quarto. Testes, qui interfuerunt, sunt hii u. l. w. Et ego Henricus electus Spirensis, sacri imperii cancellarius, vice domini Gerardi electi Maguntini sacri imperii per Germaniam archicancellarii recognovi et per manum Weneri scriptoris canonici Wetslariensis ecclesie Treverensis diocesis, qui hoc privilegium scripsit, hanc subscriptionem vice mea apponi feci.* Auch die feierlichen Privilegien K. Wilhelms beschränken sich neben dem Siegel durchweg auf Angabe der Zeugen; die anderen früher üblichen Beglaubigungsmittel werden nur ganz vereinzelt und auch dann nicht übereinstimmend verwandt. So hat Reg. Wilh. 34 lediglich das Signum, obwohl sogar die Zeugen fehlen; auch Reg. 132. 133. fehlen die Zeugen, während außer dem Signum auch die Aushandigung durch den Kanzler in Vertretung des Erzkanzlers erwähnt wird; dagegen fehlt in unserm Privileg trotz der besonders feierlichen Formen das Signum. Hatte die Reichskanzlei schon in der späteren staufischen Zeit die früher üblichen Formen sehr willkürlich angewandt, so wird überdies der Kanzlei K. Wilhelms jeder Zusammenhang mit ihr gefehlt haben. Bestand aber kein fester Brauch, so wird um so eher anzunehmen sein, daß in Einzelfällen, wie dem obigen, Formeln und Anordnung durch das tatsächliche Vorgehen bei der Beurkundung bestimmt waren. Danach erscheint zunächst die Aushandigung nicht mehr als letzter Akt derselben. Dagegen wurde die Stellung der Formel recht wohl dem entsprechen, was wir § 405 für dieselbe annahmen; nach Prüfung und vielleicht Verlesung des Konzeptes würde der Kanzler demselben zunächst das Datum zugefügt haben; es wären dann weiter die Zeugen eingetragen, die sich also auf den Fertigungsbefehl beziehen würden. Dagegen erscheint nun die Rekognition als letzter Akt der Beurkundung aufgefaßt, hat also zweifellos die Bedeutung einer Beglaubigung auf Grundlage einer Prüfung der bis dahin fertigen Reinschrift. Es spricht sich zugleich die Auffassung aus, daß die Rekognitionsformel vom Rekognoszenten eigenhändig in die Reinschrift einzutragen sei, wie das wenigstens unter K. Karl IV. auch geschah; zunächst wohl mit Rücksicht auf die äußere Ausstattung wird sie hier vom Schreiber des Privilegs zugefügt, das aber in ganz ungewöhnlicher Weise in der Formel selbst betont. Fehlt es mir an Material, diese Verhältnisse genauer zu verfolgen, da ich bei Durchsicht der Druckwerke diese spätere Zeit wenig beachtete und insbesondere keine Originale derselben für meine jetzigen Zwecke einfah, so möchte ich kaum bezweifeln, daß die geänderte Gestaltung des Schlusprotokolles feierlicher Privilegien, wie wir sie im vierzehnten Jahrhunderte finden, darauf zurückgeht, daß in der Kanzlei der Gegenkönige und der ersten Nachfolger der Staufer jede unmittelbare Verbindung mit der staufischen Kanzlei fehlte, man nun wohl zuweilen im allgemeinen auf die alten Formeln zurückgriff, bezüglich der Fassung, Verwendung und Anord-

nung derselben aber zunächst ziemlich willkürlich vorging, bis sich allmählig wieder ein bestimmterer Brauch feststellte.

296. S. 188. Dieselbe Sachlage, wie bei St. 3423, ergibt sich bei der Urkunde für Floresse, Stumpf Acta 672; drei auf 1142 seit März 13 zusammenstimmende Jahresangaben, aber Rekognition für den 1141 Juli 17 gestorbenen Erzkanzler Adalbert, der überdies als Zeuge aufgeführt wird. Auffallend ist, daß hier auch die Datirung: *actum in oppido Frankeneford, anno d. 1142, ind. 5, regni 5*, zunächst auf die Handlung zu deuten scheint. Sollten aber etwa nur das Actum mit dem Orte im Konzepte gestanden haben, dann aber die Jahresangaben bei der Reinschrift zugefügt sein, so mußte das daran denken lassen, es habe auch die Rekognition im Konzepte gestanden.

Besiegelung. — 299. Vgl. Nachtr. zu § 129 einen weiteren Fall, daß leere, aber besiegelte Pergamentblätter übergeben wurden, um Urkunden auf dieselben einzutragen. — S. 194. Ein höchst auffallender Beleg für Vorausbesiegelung von Privaturkunden findet sich Cod. Westf. 2,36. Es wird bekundet, daß *Werenherus beate memorie Monasteriensis episcopus* ein ihm aufgelaßenes Waldrecht dem Kloster Ueberwasser verlieh; dann das Actum 1144, womit der Pontifikat des Papstes Lucius stimmt, während Ind. 15 erst 1152 stimmen würde. Werner starb im Dez. 1151. So weit ergäbe sich also nichts Auffallendes, als eine lang verzögerte Beurkundung mit Datirung nach der Handlung, wobei nur zu beachten wäre, daß die Indiktion hier doch höchst wahrscheinlich durch die Zeit der Beurkundung bestimmt sein dürfte; vgl. Nachtr. zu § 52. Dann aber heißt es nach der Datirung: *ipse vero d. Werenherus episcopus hanc cartulam super hoc negotio conscriptam proprio insignivit sigillo, ut maledictionibus inferorum subiaceat, qui de his apicem vel iota demere sive immutare presumpserit*; dann folgen noch die Zeugen. Das aufgedruckte Siegel des Bischofs ist erhalten. Jene auffallende Angabe wird doch kaum eine andere Erklärung zulassen, als daß der Bischof noch bei Lebzeiten die Beurkundung befahl und vor allem das dazu bestimmte leere Pergament mit dem Siegel versah, ohne daß anscheinend auch nur ein Konzept bereits vorlag. Denn wenn das *beate memorie* auch vom Reinschreiber eingeschoben sein könnte, so sind doch sonst die Urkunden Bischof Werners nicht in dritter, sondern in erster Person gefaßt; die Fassung des ganzen Textes ist sichtlich dadurch bedingt, daß er erst nach dem Tode des Bischofs konzipiert wurde.

305. S. 203, Z. 20. Ueber die Besiegelung von St. 572 vgl. Sickel, Wiener Sitzungsab. 85, 455, wonach es sich nicht um ein für den Sohn neugefertigtes, sondern um das von diesem erst nach dem Tode des Vaters fortgebrauchte Kaiser Siegel desselben zu handeln scheint. — S. 203, Z. 4 v. u. Genaueres über Neuausfertigungen wegen Aenderung des Siegels vgl. Nachtr. zu § 158.

DATIRUNG.

Aushändigungsformel. — 321. S. 225, Z. 5 v. u. Für Datum per manus des Ausstellers geben doch schon Belege die § 316 angeführten Fälle von 1182 und 1210; in ganz engem Anschlusse an die sonstige Behandlung der Formel heisst es dann in Urkunde des Bischofs von Halberstadt, Reg. Magdeb. n. 1193: *data 3. id. apr. per manum domini R. Halberstadensis ecclesie episcopi anno d. i. 1145, ind. 8.*

327. S. 233, Z. 20. Vgl. Nachtr. zu § 287 über Reg. Wilh. 114, in dem neben der Aushändigungsformel sich auch die Rekognition findet und beide den Kanzler treffen.

Aeltere Datirung. — Ueber Nachtragung von Jahresziffern vgl. nun auch Sickel in den Wiener Sitzungs. 85, 435 ff.

343. S. 256. Nachtragung von Tag und Ort mögen in einzelnen Fällen auch dadurch veranlaßt sein, daß die Urkunde für die Handlung vorbereitet, Zeit und Ort dieser aber noch ungewiss war; vgl. Nachtr. zu § 108 zu St. 2467.

346. Auch bei wirklich erfolgter Nachtragung der genaueren Angaben der Tagesbezeichnung konnte sich ein Widerspruch ergeben, wenn nur der Monatsname eingetragen war, die Ergänzung sich bis zu einem schon nach den Kalenden zurückzuzählenden Tag verzögerte und nun nicht beachtet wurde, daß der Monatsname zu ändern sei. Es ist möglich, daß das bei einzelnen Fällen zutraf, bei welchen im Kalendenabschnitte sichtlich der laufende, statt des folgenden Monats genannt ist, vgl. § 22; ein bestimmterer Beleg in Originalen ist mir nicht bekannt geworden.

347. S. 263, Z. 6 v. u. Lücken nur für den Tag haben auch St. 744, 1522.

354. S. 272. Bezüglich St. 572 vgl. nun Sickel Wiener Sitzungs. 85, 454, der meiner Erklärung des Falles zustimmt. — Auch in St. 1499 trifft Nachtragung der Tagesangabe mit einem bedenklichen Itinerar zusammen, vgl. Nachtr. zu § 181.

364. Für die Annahme der Eintragung nur von Tag und Ort in das Konzept scheint mir insbesondere auch die auffallende Verschiebung in der Datirung von St. 2232, Mittelrh. U. B. 1, 373, zu sprechen: *data 4. kal. sept.; actum Radasponae feliciter; anno d. i. 1042, ord. 15, regni 4, feliciter amen.* Das läßt doch kaum eine andere Erklärung zu, als daß die Jahresangaben der Urkunde auf einer anderen, und zwar späteren Stufe zugefügt wurden, als Tag und Ort; und dann doch am wahrscheinlichsten so, daß nur diese in das Konzept eingetragen waren, die Zufügung der Jahresangaben aber dem Reinschreiber überlassen blieb. — Ich wies weiter schon Nachtr. zu § 177 darauf hin, daß in dem Diplom für Arezzo von 1021 Dez. 31, Stumpf Acta 637, das ungewöhnliche *loco Ravenna pridie kal. ian.* daraus zu erklären sein werde, daß dem Reinschreiber nur diese Angaben vorgemerkt waren

366. S. 292. Einen auffallenden Beleg dafür, daß es sich bei den mit Anno beginnenden Datirungen um ein Versehen handelt, gibt St. 482 nach Reg. Magdeb. n. 248, indem hier das *data 8. kal. febr.*, für welches kein Raum gelassen sein wird, nachträglich in ganz ungewöhnlicher Weise unter das Jahr geschrieben wurde.

368. Daß die Verschiebung der Tagesangabe zunächst auf vereinzelt Misgriffen beruht, bestätigt sich auch wohl dadurch, daß in andern Urkunden, welche anscheinend von demselben Schreiber und von demselben Tage datirt sind, der Tag seine gewöhnliche Stellung einnimmt. So in St. 1874. 75, beide von 1025 März 2, beide für Magdeburg, beide nach dem ungewöhnlicheren dreifachen Amen im Schlusswunsche wohl von demselben Schreiber herrührend, während nur die erste den Tag verschoben zwischen Actum und Ort nennt. Andererseits kann es natürlich bei dem geringen Gewichte, das man auf solche Dinge gelegt zu haben scheint, nicht auffallen, wenn die Verschiebung aus einer Vorurkunde in eine späteren Urkunde herübergenommen wurde, wie uns dafür St. 1737. 1750 einen Beleg boten; vgl. Nachtr. zu § 177. — Es findet sich weiter noch der Tag ohne Schluswunsch hinter dem Orte in St. 2189, vor Actum mit Data in St. 635, ohne Data in St. 1725, zwischen Indiktion und Regierungsjahren in St. 2890; in St. 275 nimmt er die noch nicht nachgewiesene Stellung zwischen Inkarnationsjahr und Indiktion ein.

370. In wie weit die Vermuthungen, welche ich hier und in den folgenden Abschnitten bezüglich der Behandlung der Jahresangaben im Konzepte aussprach, begründet sind oder nicht, wird sich erst beurtheilen lassen, wenn Untersuchungen, wie sie neuerdings Sickel auf Grundlage der Originale und insbesondere mit Unterscheidung der verschiedenen Schreiber über einen Theil der Ottonischen Zeit angestellt hat in weitem Umfange und insbesondere auch für solche Perioden durchgeführt sein werden, wo sich im allgemeinen weniger Willkür in Angabe der Jahreszahlen zeigt. Von Wichtigkeit ist in dieser Richtung insbesondere die Frage, in wie weit die von ein und demselben Schreiber herrührenden Datirungen ein individuelles Gepräge zeigen. Weist Sickel das für Einzelfälle nach, so zieht er ganz mit Recht Wiener Sitzungs. 85, 440 daraus den Schluß, daß dann die dem Schreiber vorliegenden Konzepte keine vollständige Datirung enthalten haben können. Das stimmt zu meiner Annahme, daß wenigstens häufig die Zufügung der Jahreszahlen überhaupt dem Reinschreiber überlassen blieb, und schließt die weitere Annahme nicht aus, daß in anderen Fällen die Konzepte nur einzelne Jahresangaben enthielten. Der individuelle Charakter des Schreibers kann sich hier in zweifacher Weise geltend machen. Einmal in Angabe der Zahlen selbst, indem er dabei einer eigenen richtigen oder irrigen Zahlung folgte oder auch ohne alle Folgerichtigkeit die Ziffern sehr willkürlich verwandte. Ist in dieser Richtung nach der Beweisführung Sickels nicht zu bezweifeln, daß Unkenntniß und Willkür

370] da stärker eingriffen, als man bisher annahm, so habe ich mich bereits Nachtr. zu § 22 darüber ausgesprochen, in wie weit ich glaube, daß sich trotzdem auch in Einzelfällen die Widersprüche unter den Zeitangaben auf bestimmte Gesichtspunkte zurückföhren lassen. Für den nächsten Zweck ist dann noch ein anderes zu beachten. Sickel weist a. a. O. 434, vgl. 386. 440, darauf hin, daß die willkürliche und schwankende Behandlung nicht alle Jahresangaben gleichmäßig trifft, insbesondere in der von ihm zunächst berücksichtigten Periode die Regierungsjahre ungleich folgerichtiger angegeben sind, als Inkarnationsjahr und Indiktion. Ich kann ihm nur zustimmen, wenn er daraus folgert, daß man wenigstens eine Jahresziffer so genau angegeben wünschte, daß dadurch in Verbindung mit der Tagesangabe der Zeitpunkt festgestellt sei, während man auf die Richtigkeit der andern keinen Werth legte. Dann aber scheint mir die weitere Folgerung überaus nahe zu liegen, daß man die Bestimmung wenigstens dieser maßgebenden Ziffern nicht den Reinschreibern überließ und sie ihnen im Konzept vermerkte. Dieses Verhältniß ergabe danach eine weitere Stütze für meine Annahme theilweiser Eintragung der Jahresangaben in das Konzept, und insbesondere der gleichzeitigen Eintragung nur der Regierungsjahre mit dem Tage; vgl. § 370 und 374. Der individuelle Charakter der von demselben Schreiber herrührenden Datirungen kann sich aber weiter geltend machen in der Anordnung der Formel. Ich habe besonderes Gewicht darauf gelegt, daß diese nicht selten von der üblichen abweicht, dieser gegenüber Verschiebungen zeigt; ich führte diese Verschiebungen auf die nur theilweise oder doch nicht gleichzeitige Zufügung der Datirung im Konzept zurück. Es könnte sich nun jenem von Sickel gewonnenen Ergebnisse gegenüber fragen, ob diese Verschiebungen nicht vielmehr auf individuelle Gewohnheit einzelner Schreiber zurückgehen und damit meine Folgerungen ihre Berechtigung verlieren. Daß da zuweilen die individuelle Gewohnheit eingreifen kann, möchte ich in keiner Weise läugnen; ich machte selbst Nachtr. zu § 265 geltend, daß darauf die eigenthümliche Stellung der Regierungsjahre in den von demselben Schreiber herrührenden St. 190. 232 zurückgehen dürfte. Aber auch dann schließt das eine das andere nicht aus. Gewiß nur selten werden die Konzepte alle Angaben der Datirung in der in der Reinschrift einzuhaltenden Reihenfolge enthalten haben; der Reinschreiber hatte zu ergänzen oder zu ordnen. Gewandtere Schreiber werden dann nur die ihnen vorliegenden Angaben selbst berücksichtigt und sie, so weit sie vorhanden, in die regelmäßige Formel der Datirung eingetragen haben. Ungewandtere werden sich dagegen mehr durch das, was ihnen vorlag, haben bestimmen lassen. Daraus konnten sich dann unregelmäßig gestaltete Datirungen schlechtweg ergeben, wie denn im allgemeinen die vom Schreiber von St. 232 herrührenden Datirungen trotz mancher Uebereinstimmung doch auch wieder manche Verschiedenheiten zeigen, oder aber, wenn die Konzepte in einer gewissen Zeit ziemlich gleich

förmig datirt wurden, konnte ein solcher Schreiber sich eben auf dieser Grundlage an eine bestimmte Anordnung gewöhnen, etwa, wie in jenem Falle, zunächst die im Konzepte nicht befindlichen Jahresangaben einzutragen, die ihm vorliegenden Regierungsjahre aber an das Actum anzuhängen. Im allgemeinen wird doch die grösste Wahrscheinlichkeit dafür sprechen, daß auch in solchen Fällen die Vorlagen maßgebend waren. Es ist sehr leicht möglich, daß sich herausstellen wird, daß die Stellung der Tagesangabe nach Inkarnationsjahr und Indiktion sich gerade bei einzelnen Schreibern besonders häufig findet; aber auch dann würde ich den Grund nicht darin suchen, daß diese sich willkürlich ihre eigene Anordnung bildeten, sondern darin, daß die Konzepte sehr häufig nur Tag, Regierungsjahre und Ort enthielten, ein ungewandterer Schreiber das dann auch in der Reinschrift in dieser Verbindung zu belassen pflegte, während der gewandtere sie in regelmäßiger Stellung in die Formel einfügte. — Beim Beginne meiner Arbeit glaubte ich überhaupt auf den Versuch verzichten zu müssen, die an die Jahresziffern anknüpfenden Widersprüche auf berechenbare Gesichtspunkte zurückzuführen. Im Verlaufe derselben schienen sich aber auch da manche bestimmtere Haltpunkte zu bieten. Dagegen wird nun Sickel nicht zu bestreiten sein, daß zunächst für eine gewisse Periode in erster Reihe Unkenntniß und individuelle Willkür, also durchweg Unberechenbares, in Anschlag zu bringen sind. Aber je mehr diese Untersuchungen noch in den Anfängen stehen, um so weniger würde es gewiß Sickel selbst billigen, wenn man sich damit genügen liesse, von weiteren Versuchen abstände, ob sich nicht auch jene Widersprüche zum Theil als berechenbar und verwertbar behandeln lassen. Eben den neuesten Ausführungen Sickels gegenüber schien es mir von Gewicht, hier, wie schon im Nachtr. zu § 22, zu betonen, daß auch die unbestreitbare Regellofigkeit in einzelnen Fällen und Zeiten in andern die Wirksamkeit bestimmter berechenbarer Verhältnisse nicht ausschliesse, und daß selbst im Einzelfalle beides Hand in Hand gehen, die anscheinend individuelle Willkür doch durch regelmäßiges Vorgehen beeinflusst und die sichtliche Regellofigkeit einzelner Angaben mit sorgfamer Behandlung anderer vereinbar sein kann. — Für Eintragung nur der Regierungsjahre in das Konzept dürften sich auch die § 103 angegebenen Datirungen von St. 401. 1095 geltend machen lassen; ihre Unvollständigkeit und unvollständige Fassung erklären sich am leichtesten durch die Annahme, das Konzept habe nur Regierungsjahre und Ort genannt und der Reinschreiber habe die Ergänzung unterlassen; handelte es sich nach unserer Annahme in beiden Fällen um Angaben, welche sich auf die vergangene Handlung bezogen, so zeigen sie doch deutlich, wie sich nichteinheitliche Datirung ergeben mußte, wenn der Reinschreiber die fehlenden Angaben nach dem laufenden Protokoll ergänzt hätte.

374. S. 304, Z. 5. Die erwartete Verschiebung des Tages zwischen Inkarnationsjahr und Indiktion, für welche ich aus älterer Zeit keinen

374] Beleg beizubringen wußte, findet sich in St. 275, vgl. Reg. Magdeb. n. 146; und zwar gerade unter solchen Verhältnissen, wie ich sie dort im Auge hatte. Finden sich nach dem Jahr 959 die Angaben Aug. 21, Ind. 3, Regni 26, so sind diese durchaus kanzleigemäfs für das Jahr 960. Doch mindert sich das Gewicht des Falles für unsere Zwecke dadurch, dafs auch St. 276, Stumpf Acta 605, von Aug. 26, zum Tage in regelmäfsiger Stellung dieselben Jahresangaben hat.

377. Für Bestimmung der Datirung durch die Zeit der Reinschrift scheint allerdings noch ein Umstand zu sprechen, der jedenfalls für diese Fragen sehr beachtenswerth ist. Die der Kanzlei im allgemeinen durchaus fremde Angabe des Wochentages ausser dem Monatstage haben wir nach den Mittheilungen von Sickel wenigstens zur Zeit K. Ottos I. als Gewohnheit einzelner Schreiber zu betrachten. Denn von den Stücken, welche das trifft, sind St. 87.90, vgl. N. Archiv 1,459, und wieder St. 190. 232. 412, vgl. Wiener Sitzungs. 85,439, von demselben Schreiber gefertigt. Nähmen wir nun an, der Tag sei nach dem Fertigungsbefehl oder einem sonstigen früheren Stadium im Konzepte und zwar nur nach römischer Zählung vermerkt gewesen, so wäre es schwer erklärlich, wie jene Schreiber dazu gelangt seien sollten, den Wochentag zuzufügen, den sie nur durch Zurückberechnung hätten gewinnen können und den sie richtig getroffen hätten, obwohl gerade der Schreiber von St. 190 sich als besonders ungeschickt in Behandlung der Zeitangaben erweist. Hatten sie aber einfach ohne Vorlage den Tag zu bezeichnen, an dem sie die Reinschrift fertigten, so verliert der Umstand alles Auffallende; sie fügten dann einer persönlichen Gewohnheit folgend den ihnen ohnehin bekannten laufenden Wochentag zu. Nur dann würde mir mit diesem Umstande Datirung nach einem der Reinschrift mehr oder weniger vorausliegenden Tage vereinbar scheinen, wenn sie den Wochentag im Konzepte fanden und es sich nach dem Nachtr. zu § 370 Bemerkten bei dem individuellen Vorgehen weniger um ungewöhnliche Zufügung, als um ungewöhnliche Beibehaltung des Wochentages aus dem Konzepte handelte. Es ist nun nicht zu verkennen, dafs die Annahme, es sei in den Konzepten der Wochentag genannt, überaus bedenklich scheint. Es müßte das wenigstens in gewissen Zeiten häufig geschehen sein, da es natürlich nicht gerade zufällig nur solche Konzepte getroffen haben würde, welche für jene Reinschreiber bestimmt waren. In solchen Fällen müßten die Reinschreiber angewiesen gewesen sein, den Wochentag in der Reinschrift auszulassen und auf den Monatstag zu übertragen; und dann wäre es schwer erklärlich, dafs das nicht häufiger auf die Reinschriften eingewirkt haben sollte. Andererseits ist aber nicht zu verkennen, dafs gerade die Gestaltung mehrerer jener Datirungen eine solche Annahme zu unterstützen scheint. So vor allem die von St. 190, Stumpf Acta 299, von der schon § 341 die Rede war, während sie nun in diesem Zusammenhange allerdings andere Bedeutung gewinnt. Nach Sickel in den Sitzungs. 85,435 steht im Ori-

ale: *data anno d. i. dcccc . . . , indict . . . , x . . kl. dec., feria v., um Frose palatio, anno xv. regni O. piissimi regis.* Die drei ersten ausgefüllten Angaben fanden sich zweifellos nicht im Konzepte und ungeschickte Reinschreiber wußte sie nicht zu ergänzen. Nun wird allerdings nicht mit derselben Sicherheit behaupten lassen, daß die folgenden Angaben im Konzepte stehen mußten, weil der Schreiber hier keine Lücken liefs. Wenigstens wenn er nach der Zeit der Reinschrift datirte, waren ihm Wochentag und Ort zweifellos bekannt; fallender ist das bei dem richtig angegebenen Regierungsjahr; Sickingwerthet daher den Fall als Beleg dafür, daß das Regierungsjahr als bestimmend galt und den Schreibern genauer bekannt war. Aber es wird weiter noch die Anordnung zu berücksichtigen sein; weder die Stellung des Tages unmittelbar vor dem Actum, noch die der Regierungsjahre nach demselben entspricht der üblichen Formel; und das spricht doch die Annahme sehr nahe zu legen, daß der Gegensatz unvollständiger und vollständiger Angaben und ihre Anordnung sich darstellt, daß der Schreiber nur die letzteren in derselben Verbindung einer Vorlage fand. Die Datirungen von St. 232.412 geben in dieser Beziehung keinen bestimmteren Anhalt, als daß sich auch bei ihnen, nicht, daß der Schreiber die übliche Anordnung nicht herzustellen konnte. Aber auffallend ist nun die Uebereinstimmung mit den beiden anderen, von einem anderen Schreiber herrührenden Datirungen. St. 87, Boica 28,172, hat: *data 4. kal. iun., anno ab i. d. 940, ind. 13, feria 6, o autem O. p. regis 4; actum Salce in d. n. fel. amen;* genau ebenso St. 90 datirt. Sehen wir hier von der Anführung des Wochentages ab, so ist die ganze Formel durchaus normal gestaltet. Um so auffallender erscheint die Stelle, an der der Wochentag eingeschoben ist. Einmal sollte man doch erwarten, daß der Schreiber ihn unmittelbar der ersten Tagesangabe zugefügt hätte. Auffallender noch ist es, daß er die Angabe der Jahre unterbricht, gerade jene Stellung zwischen Indikation und Regierungsjahr einnimmt, aus der ich § 370.374 folgern zu dürfen glaubte, daß oft von den Zeitangaben gerade nur Tag und Regierungsjahr gemeinsam eingetragen wurden. Ich kann mir schwer denken, daß sich diese Anordnung bei ganz freier Gestaltung der Datirung durch den Schreiber so habe ergeben können, zumal wiederholt. Versuchen wir nun mit St. 190, so zeigt sich eine auffallende Uebereinstimmung; zuerst auch hier die drei Angaben, die dort unausgefüllt blieben, deren Zufügung also wohl dem Reinschreiber überlassen war, mit dem Unterschiede, daß dieser sie hier in üblicher Weise geordnet hat; dann die drei Angaben, von denen wir auch dort vermutheten, daß sie schon das Konzept enthalten habe. Daß man in der Voraussetzung, die Reinschrift werde in den nächsten Tagen gefertigt werden, das Konzept zuweilen nur den Wochentag angab, es dem Reinschreiber überlassend, ihn in üblicher Weise durch den Monatstag zu ersetzen, das mir an und für sich nicht gerade sehr unwahrscheinlich sein;

377] der das Konzept datirende höhere Kanzleibeamte würde sich dadurch seine Aufgabe erleichtert haben. Ist das wirklich der Fall gewesen, so liegt es auf der Hand, daß damit Veranlassung zu manchen Ungenauigkeiten geboten war. Ich gehe darauf nicht weiter ein, da es sich zunächst nur um eine Vermuthung handelt, deren von mir versuchte Begründung erst dann stärker ins Gewicht fallen würde, wenn meine Annahme von der nur theilweisen Datirung der Konzepte überhaupt sich schon als probehaltig erwiesen hätte. Doch dürfte das Bemerkte einstweilen für den Nachweis genügen, daß, wenn man meinen sonstigen Ausführungen zustimmt, auch die Zufügung des Wochentages durch einzelne Schreiber nicht gerade bestimmt erweisen muß, daß die Zeit der Fertigung der Reinschrift wenigstens in diesen Fällen für die Datirung maßgebend war.

Uebergangsdairungen. **385.** Vgl. auch die Nachtrag zu § 296 angegebene Datirung der Urkunde für Floresse, Stumpf Acta 672, wo trotz des Actum wenigstens die Jahresangaben sich wohl nur auf die nachträgliche Beurkundung beziehen können.

389. S. 326, Z. 23. Ist die Datirung von St. 3594 eine unregelmäßige, so kann doch auffallen, daß die in dem gleichfalls vom Notar Heinrich rekognoszirten St. 3633 eine sehr übereinstimmende Gestaltung zeigt, auch hier der Ort unter Actum vorausgeht, allerdings vom Datum ganz getrennt, dann die Zeitangaben am Schlusse unter Datum gegeben sind.

Feierliche Datirung. — **405.** Vgl. das im Nachtr. zu § 287 über Reg. Wilh. 114 Bemerkte.

406. Beachtenswerth für die Beziehung des Datum auf die Uebergabe ist die Urkunde, durch welche der Bischof von Halberstadt die Gründung des Klosters Eilversdorf bei Querfurt bestätigt, Ludwig Rel. 1,1, vgl. Reg. Magdeb. n. 1215. Der eigentliche Text der Urkunde schließt mit: *acta sunt hec et ad plenum confirmata in plena synodo nostra in cena domini in Halberstad, anno d. i. 1147, ind. 9, 5. kal. apr.* Dann folgt eine Aufzählung der vom ersten Gründer geschenkten Güter, auf welche schon in der Urkunde selbst mit: *que inferius subscripta sunt*, hingewiesen ist, an welche sich *data in Corenvorde 15. kal. iulii* anschließt. Weiter heißt es dann noch: *eadem die primus abbas — in presentia d. episcopi R. institutus est*, worauf mehrere Bestimmungen über die Befugnisse des Vogtes folgen. Es wäre nun von Interesse zu wissen, worüber die Magdeburger Regesten keinen Aufschluß geben, ob auch dieser Schlufsatz sich in den beiden erhaltenen Originalausfertigungen findet und ob er sich als nachträglich zugeschrieben ergibt. In diesem Falle wäre anzunehmen, daß die Urkunde, deren Haupttext im Konzepte schon März 28 zu Halberstadt vorliegen mochte, vgl. Nachtr. zu § 249, nachträglich durch das Güterverzeichniß ergänzt und vorbereitet war, um am Tage der Einsetzung des ersten Abtes am 17. Juni feierlich übergeben zu werden; jedenfalls ist nicht zu be-

zweifeln, daß hier das Datum durch die beabsichtigte oder ausgeführte Uebergabe, nicht durch die Zeit der Reinschrift oder irgendwelches andere Stadium der Beurkundung bestimmt ist. Ist auch der Schlußabsatz gleichzeitig eingetragen, so würden allerdings die Originale erst später geschrieben sein können und müßten durch die nachträglichen Bestimmungen veranlaßte Neuausfertigungen sein, wenn wir nicht annehmen wollen, es hätte am Tage der Einsetzung erst ein mit dem Datum schließendes Konzept vorgelegen.

409. Ein auffallender Widerspruch zwischen den Jahresangaben des Actum und dem Datum ergibt sich auch bei St. 4312. Alle vier Jahresangaben stimmen für die letzten Monate 1180 überein, da auch das an und für sich ungenaue Imp. 27 der damaligen Kanzleizählung entspricht; Stumpf reiht daher die Urkunde zu 1180 ein. Aber, wie schon von Anderen betont ist, kann sich nach den Zeugen das Datum Erfurt Nov. 16 nur auf den Reichstag von 1181 beziehen. Von den angeführten fünfzehn Fürsten sind dreizehn in andern, 1181 zu Erfurt ausgestellten Urkunden nachweisbar; von einem vierzehnten, dem Bischofe von Bamberg, wissen wir wenigstens, wie von vielen der anderen, daß er 1181 am Feldzuge theilnahm, während 1180 das Auftreten mancher genannter Fürsten lediglich in dieser Urkunde auffallen müßte; insbesondere erscheint 1180 die Zeugenschaft des Grafen von Razeburg unzulässig; man wird sich da schwerlich der entgegenstehenden Annahme von Prutz Friedr. I. 3, 106 anschließen, während seine Anwesenheit zu Erfurt 1181 durch Arnold von Lübeck bezeugt ist. Es könnte nun nahe liegen, auch hier das Actum auf die Handlung, Verleihung der Grafschaft Stade an den Erzbischof von Bremen, zu beziehen. Dieser war allerdings auch 1180 beim Kaiser. Aber in der Urkunde selbst ist gesagt, daß die Verleihung auf dem feierlichen Hoftage zu Erfurt geschah. Wollte man dabei aber, was doch schwerlich so ausgedrückt wäre, an einen frühern Hofstag zu Erfurt denken, wo der Kaiser 1180 das Weihnachtsfest feierte, so scheint doch auch das dadurch ausgeschlossen, daß Stade erst 1181 gewonnen wurde und Arnold von Lübeck die Verleihung ausdrücklich auf den Erfurter Tag 1181 setzt. Nur das etwa wäre denkbar, daß, da Stade als Bremer Lehen bereits vor der Eroberung vom Erzbischofe beansprucht sein mag, schon 1180 eine Urkunde entsprechenden Inhaltes entworfen gewesen sein könnte, die dann auf dem Erfurter Tage unter Beibehaltung des Actum umgeschrieben wurde. Aber bestimmter zu erweisen ist das nicht und doch wohl wahrscheinlicher, daß es sich um einen, zu den verschiedenen Stufen der Beurkundung in keiner Beziehung stehenden Fehlgriff handelt. Bloße Schreibfehler würden die Uebereinstimmung der vier Angaben nicht erklären; es wird zweifellos die Einwirkung irgendwelcher schriftlichen Vorlage anzunehmen sein, in welcher sich die ganze Jahresreihe fand. Ueber die Art derselben wird sich kaum mit einiger Sicherheit urtheilen lassen. Es wäre denkbar, daß zu den Hilfsmitteln der Kanzlei Tabellen über die

409] Jahresreihen gehörten, und der Schreiber sich bei Benutzung derselben vergriff.

Monatsdatirung. — 421. In den während des Aufenthaltes K. Ottos IV. im Königreiche für Deutschland, Reg. 148. 149, und für Italien, Böhmer Acta 228, ausgestellten Urkunden zeigt sich kein Einfluss sizilischer Formen; dagegen sehr auffallend in einem ungedruckten Privileg für die Johanniter zu Barletta in der Sammlung der Mon. Germaniae; die Beglaubigungsformel schließt: *mandavimus insigniri anno, mense et indictione subscriptis*, dann: *acta in castris ante Barum, anno d. i. 1211, mense augusta, primo die eiusdem, 14. indictionis.*

UEBERSICHT.

BEURKUNDUNG.

Vorbemerkungen. 192. Einfluß der Dauer der Beurkundung. — 193. Bestandtheile der Königsurkunden. Text. Protokoll. Zeugen. — 194. Arten der Königsurkunden. Briefe und Privilegien. 195. Arten der Privilegien; feierliche und einfache. — 196. Stufen der Beurkundung. 197. Regelrechter und thatfächlicher Gang der Beurkundung.

Beurkundungsbefehl. 198. Regest K. Friedrichs II. 199. Vierzehntes Jahrhundert; Regest K. Karls IV. 200. Aeltere Königsurkunden. 201. Gewicht des Zeitpunktes des Beurkundungsbefehles.

Konzept. 202. Konzept und Reinschrift. 203. Konsipient und Reinschreiber. 204. Beurkundungen ohne Konzept, nach sonstigen Vorlagen. 205. Vorurkunde und Konzept. — 206. Noch vorhandene Konzepte. 207. Abschriften von Konzepten; Registraturbuch K. Karls IV., K. Ludwigs IV., K. Friedrichs II. — 208. Durchsicht und Korrektur. — 209. Ursprünglicher Umfang. 210. Umfang der erhaltenen Konzepte. 211. Haltpunkte in den Ausfertigungen. Vorhandensein des Protokoll im ursprünglichen Konzept; 212. der Datirung. 213. Beschränkung auf einen Theil des Textes; Entwürfe. 214. Ausdehnung und Beschränkung auf den Text. Nachträgliche Zusätze zum Texte. 215. Zusätze in unpassender Stellung. 216. Regelmäßige Stellung am Ende des Textes. 217. Ungewöhnliche Stellung vor der Beglaubigungsformel; 218. nach dem Protokoll oder Theilen desselben. 219. Ergebnis für Königsurkunden. — 220. Zusätze in Privaturkunden.

Fertigungsbefehl und Vollziehungsbefehl. 221. Befehl zur Fertigung der Reinschrift; 222. zur Vollziehung durch Siegelung. — 223. Zeitpunkte des persönlichen Eingreifens des Königs.

Unterzeichnung des Königs. 224. Eigenhändige Unterzeichnung. 225. Nachträgliche Zufügung des Handzeichens durch andere Personen. 226. Gleichzeitige Fertigung des gesammten Monogramms von derselben Hand. 227. Aufhören der eigenhändigen Unterzeichnung. — 228. Ankündigung der eigenhändigen Unterzeichnung; 229. des Namenszeichens.

Zufügung der Zeugen. 230. Königsurkunden. Zeugen der Vollziehung und Uebergabe. 231. Nachträgliche Eintragung in die Reinschrift. 232. Veranlassung der Nachtragung. — 233. Gleichzeitige Eintragung in die Reinschrift als Regel. 234. Beziehung auf den Einzelfall. 235. Nothwendigkeit eines Konzeptes. 236. Vorhandensein im Konzepte überhaupt. 237. Nichtvorhandensein im ursprünglichen Konzepte. Regelmäßige Stellung. 238. Stellung hinter dem ursprünglichen Konzepte fehlenden Bestandtheilen. 239. Also Zeugen des Fertigungsbefehles. — 240. Vorhandensein im

ursprünglichen Konzepte. 241. Also Zeugen des Beurkundungsbefehles. — 242. Vorgehen im allgemeinen. 243. Ergebniss für die Erklärung aneinanderer Widersprüche. — 244. Privaturkunden. Vorhandensein im Konzepte. 245. Fehlen im Konzepte. 246. Beurkundungszeugen.

Verlesung. 247. Privaturkunden; zur Kenntnissnahme des Ausstellers; 248. zum Zwecke öffentlicher Kundmachung. 249. Zeitpunkt der Verlesung. — 250. Königsurkunden.

Bann. 251. Bekräftigung von Königsurkunden durch den Bann. 252. Zusammenhang mit den Formen bischöflicher Urkunden. 253. Zeitpunkt der Verkündung.

Eingangsprotokoll. 254. Zufügung des Protokoll und seiner Theile. — 255. Eingangsprotokoll. Vorfertigung für einen bereits feststehenden Text; 256. für einen noch nicht feststehenden Text. 357. Erklärt widersprechende Angaben. — 258. Nachtragung zur Reinschrift; 259. zum Konzepte. 260. Erklärt widersprechende Angaben.

Schlussprotokoll. 261. Vorfertigung. 262. Erklärt widersprechende Angaben. — 263. Nachtragung zur Reinschrift; 264. zum Konzepte. 265. Erklärt widersprechende Angaben. Zur Zeit der Datirung verstorbene Personen im Texte als lebend vorausgesetzt. 266. Königliches Eingangsprotokoll und kaiserliches Schlussprotokoll. 267. Nachtragung des Schlussprotokoll des verstorbenen Herrschers; 268. des Nachfolgers; 269. des Mitherrschers. 270. Nachtragung in Abwesenheit des Herrschers. — 271. Privaturkunden.

Zeile des königlichen Namenszeichen. 272. Theile des Schlussprotokoll; der Zeile des königlichen Namenszeichen. — 273. Monogramm. Vorfertigung vor dem Texte; 274. vor der Formel. 275. Nachtragung zur Formel. — 276. Vorfertigung der gesammten Zeile vor dem Texte; 277. vor Rekognition und Datirung. 278. Nachtragung der ganzen Zeile. 279. Erklärung widersprechender Angaben. — 280. Zeitpunkt der Zufügung des Vollziehungstriches; 281. vor Rekognition und Datirung; 282. vor oder mit der Datirung; 283. nach der Datirung.

Rekognitionszeile. 284. Inhalt. Stellung. Bedeutung. 285. Aufhören der Eigenhändigkeit. Rekognitionszeichen. — 286. Nachtragung zur Reinschrift gemeinsam mit der Datirung; 287. nach der Datirung. 288. Nennung eines der Datirung noch nicht entsprechenden Kanzler. 289. Nachtragung im Konzepte in früherer Zeit; 290. in späterer Zeit. — 291. Nennung des abwesenden Kanzler. — 292. Vorfertigung vor dem Texte; 293. vor der Datirung. Nachtragung der Datirung. 294. Fehlen der Datirung. 295. Nennung eines zur Datirung nicht mehr stimmenden Kanzler. 296. Einzelfälle.

Befiegelung. 297. Siegelung. Siegelbewahrer. — 298. Zeitpunkt der Siegelung. 299. Siegelung des unbefriebenen Blattes; 300. vor der Datirung; 301. nach der Datirung. — 302. Widerspruch zwischen der Ankündigung und der Art der Siegelung. Siegel und Bulle. 303. Aufgedrückte und angehängte Siegel. — 304. Zu den Angaben der Urkunde nicht mehr passendes Siegel; 305. noch nicht passendes Siegel.

DATIRUNG.

Vorbemerkungen. 306. Der Ausdruck Datirung. Inhalt. Zeitpunkt. Bedeutung.

Der Ausdruck Datum. 307. Gebrauch als Substantiv; 308. als Partizip. 309. Bezeichnet nicht das Datiren, 310. nicht das Schreiben der Urkunde. 311. Scriptum und Datum in päpstlichen Privilegien. — 312. Beziehung auf das Uebergeben der Urkunde; nicht zur Unterzeichnung oder Siegelung, 313. sondern an den Empfänger. Altromischer Sprachgebrauch. 314. Dare als letzter Akt der Beurkundung, insbesondere in Notariatsinstrumenten. 315. Gebrauch in den spätern Datirungsformeln. Ungeeigent-

heit von Ort und Zeit für andere Akte der Beurkundung. 316. Erwähnung des Gebenden; 317. des Empfängers. 318. Erwähnung der Uebergabe durch den Aussteller an den Empfänger in der Beglaubigungsformel.

Aushändigungsformel. 319. Gestaltung. Aufnahme in die Datirung aus der päpstlichen Kanzlei. 320. Aufnahme in die Königsurkunden. 321. Ursprüngliche Bedeutung. — 322. Verhältniß zur Rekognition. Pabsturkunden. 323. Privaturkunden. 324. Königsurkunden. Vorkommen neben der Rekognition. 325. Stellung der Formel. 326. Fassung. 327. Person des Aushändigenden. — 328. Thatsächliche Bedeutung. 329. Eigenhändigkeit in der Reinschrift; 330. im Konzepte.

Aeltere Datirung. 331. Hauptformen der Datirung. — 332. Aeltere Datirung. Regelmäßige Gestaltung. — 333. Einschlebung des Wortes Actum. 334. Nichtbeziehung des Actum auf die Handlung. — 335. Möglichkeit der Beziehung von Actum und Datum auf verschiedene Stufen der Beurkundung. 336. Annahme der Beziehung nur des Actum oder nur des Datum auf den Beurkundungsbefehl; 337. nur des Actum auf die Reinschrift. 338. Beziehung von Actum und Datum auf denselben Zeitpunkt der Beurkundung als Regel. — 339. Frage nach dem für die Datirung maßgebenden Zeitpunkte. Beziehung auf die Uebergabe. 340. Nachtragung der gesammten Datirung in die Reinschrift. Reihenfolge der letzten Akte der Beurkundung. 341. Theilweise Nachtragung der Angaben in die Reinschrift. 342. Nachtragung der Jahresziffern; 343. der Angaben von Tag und Ort. 344. Widersprüche; dem Tag und Ort nicht mehr entsprechende Jahresangaben. 345. Theilweise Nachtragung der Tagesangabe. 346. Erklärt Widersprüche; dem Orte nicht mehr entsprechende Tagesangabe. 347. Nachtragung nur der Tagesangabe; 348. nur des Ortes. 349. Nachträgliche Aenderungen der Tagesangabe, der Ortsangabe. 350. Zweck der Nachtragung nur der Tagesangabe, 351. nur der Ortsangabe; 352. der nachträglichen Aenderung der Ortsangabe. 353. Erklärung der Verschiebungen im urkundlichen Itinerar. Nennung eines dem Tage noch nicht entsprechenden Ortes; 354. eines dem Orte noch nicht entsprechenden Tages. Erweisliches Zusammentreffen von Verschiebungen des Itinerar mit Nachtragung der Tagesangabe. 355. Entstehung der Verschiebung aus Beziehung des Ortes auf einen früheren Zeitpunkt der Beurkundung. — 356. Ungenauigkeiten des urkundlichen Itinerar. Urkunden desselben Tages aus verschiedenen Orten. 357. Unstatthafte Entfernungen. 358. Unregelmäßigkeit. 359. Unvereinbarkeit mit andern Nachrichten. — 360. Eintragung der Datirung in die Reinschrift gleichzeitig mit dem Texte. Beziehung auf die Uebergabe; 361. auf den Beurkundungsbefehl; 362. auf den Fertigstellungsbefehl. — 363. Nachtragung der Datirung im Konzepte. 364. Eintragung nur der Angaben von Tag und Ort; 365. nur der Tagesangabe. 366. Durch Nachtragung der Tagesangabe veranlaßte Unregelmäßigkeiten der Formel. 367. Fehlen der Tagesangabe. 368. Verschiebung der Tagesangabe bei Nachtragung in die Reinschrift; 369. bei gleichzeitiger Eintragung in die Reinschrift. 370. Angabe von Jahreszahlen im Konzepte. 371. Nachtragung der genaueren Angaben zu den schon im ursprünglichen Konzepte befindlichen ungenaueren. 372. Erklärung von Widersprüchen in der Datirungszeile. Unvereinbarkeit von Ort und Tag. 373. Zu Tag und Ort nicht stimmende Jahresangaben. 374. Nichtübereinstimmung der Jahresangaben unter sich. 375. Rückblick auf die Annahme der Nachtragung einzelner Angaben der Datirung in das Konzept. — 376. Beziehung in der Reinschrift nachgetragener genauerer Angaben auf den Fertigstellungsbefehl. — 377. Beziehung auf den Zeitpunkt der Reinschrift. — 378. Ergebnis.

Uebergangsdairungen. 379. Abkommen der älteren Datirungsformel. Mannichfaltigkeit der neueren Formeln. — 380. Anschluß an die ältere Datirungsweise. Fehlen der Tagesangabe. 381. Verschiebungen der Tagesangabe. 382. Abfichtliche

Aenderungen der alten Formel. Nennung des Ortes unter Data. 383. Nähere Verbindung der Angaben des Ortes und des Tags. — 384. Einfluss der in Privaturkunden üblichen Datirung. Einleitung mit Actum. 385. Beziehung der Datirungen mit Actum auf die Handlung. 386. Datirung unter Actum mit nachfolgendem Datum. — 387. Nachtragung in die Reinschrift, 388. zum Konzepte, 389. im Konzepte durch den Rekognoszenten. — 390. Beziehung auf verschiedene Zeitpunkte. 391. Widersprüche in der Datirungszeile.

Feierliche Datirung. 392. Datirung der feierlichen und einfachen Privilegien. 393. Gestaltung der feierlichen Formel. 394. Aufkommen in Königsurkunden. 395. Entstehung in der Mainzer Kanzlei. Mainzer Datirungsformen. 396. Feierliche Datirung in Mainzer Urkunden. — 397. Bedeutung und Handhabung der Formel. Nachtragung des Datum in die Reinschrift. 398. Fehlen nur des Datum. — 399. Gleichzeitige Eintragung des Actum und Datum in die Reinschrift, aber Zufügung zur Urkunde überhaupt an verschiedenen Zeitpunkten. Stellung des Schlusswunsches. 400. Trennung von Actum und Datum durch andere Angaben. 401. Wiederholung von Angaben des Actum im Datum. 402. Zurückverweisungen im Datum auf Angaben des Actum. — 403. Vorhandensein des Datum im Konzepte. 404. Einbeziehung der Aushändigungsformel in das Datum. 405. Eigenhändige Eintragung des Datum durch den Protonotar im Konzepte. 406. Beziehung des Datum auf den Fertigungsbefehl. — 407. Beziehung des Actum auf die Handlung. Verschiedene Zeitangaben im Actum und Datum. 408. Verschiedene Ortsangaben. 409. Unvereinbarkeit der Ortsangabe oder der Jahresangaben des Actum mit dem Tage des Datum. — 410. Beziehung des Actum auf die Beurkundung. 411. Uebereinstimmung zwischen den Jahresangaben des Actum und dem Datum. 412. Beziehung der Zeugen zunächst auf das Actum. 413. Zusammenfallen von Actum und Datum auf denselben Tag. — 414. Vorgehen bei der Datirung. Zufügung des Actum erst bei der Reinschrift. 415. Vorhandensein des Actum im Konzepte. 416. Beziehung des Actum auf den Fertigungsbefehl des Königs und des Datum auf den Fertigungsbefehl des Protonotar. — 417. Einfluss auf die Richtigkeit des urkundlichen Itinerar; bei regelmäßigem Gebrauche; 418. bei Nennung des Ortes unter Actum; 419. bei Nennung des Tages unter Actum.

Monatsdatirung. 420. Gestaltung der Formel. 421. Datirungsformen der förmlichen Kanzlei. 422. Entwicklung der neuen Formel. 423. Aufnahme der Angabe des Monats im Actum. 424. Zurückverweisung des Datum auf die Zeitangaben des Actum. — 425. Anzeichen für Nachtragung des Datum. 426. Nicht passende Zurückverweisung im Datum. — 427. Beziehung des Actum auf die Beurkundung. Nichtstimmen zur Zeit der Handlung. 428. Beziehung des Actum und Datum auf denselben Zeitpunkt. 429. Ergebnisse aus Vergleichung des Itinerar. — 430. Bedeutung und Handhabung der Formel. Beziehung des Actum und des Datum auf den Fertigungsbefehl. Aufhören der Erwähnung der Aushändigung in der kaiserlichen Kanzlei. 431. Bestimmung des Actum, 432. und des Datum durch die Zeit der Reinschrift. 433. Widersprüche in der Datirung wegen Bestimmung nur des Datum durch Handlung oder Fertigungsbefehl.

Einfache Datirung. 434. Anfängliche regelmäßige Gestaltung. 435. Herkunft der Formel. 436. Vereinfachte Formen; Privilegiendatirung und Briefdatirung. — 437. Einleitung mit Actum; unter Einfluss der Privaturkunden; 438. im Anschlusse an die in der Reichskanzlei übliche Formel. 439. Beziehung des Actum auf die Handlung. 440. Willkürlicher Gebrauch von Actum und Datum im dreizehnten Jahrhunderte. — 441. Einleitung mit Actum et datum. 442. Willkürlicher Gebrauch. — 443. Zufügung der Datirung. Nachtragung in die Reinschrift. 444. Eintragung in die Reinschrift gleichzeitig mit dem Texte. 445. Bestimmung durch die Zeit der Reinschrift. 446. Mehr-

fache Ausfertigungen derselben Urkunde; für denselben Empfänger; 447. für verschiedene Empfänger. — 448. Datirung des Konzept; des ursprünglichen, bei Beziehung auf Handlung oder Beurkundungsbefehl. 449. Nachtragung im Konzepte. 450. Zufügung der Datirung als Beglaubigung. Fertigungsformel. 451. Zusammenhang zwischen Datirung und Fertigungsformel. — 452. Widersprüche in den Angaben der Datirung. Nennung eines dem Orte nicht mehr entsprechenden Tages. 453. Nachtragung nur der Tagesangabe in der Reinschrift. 454. Aenderung nur der Tagesangabe des Konzepts. 455. Fehlen nur der Tagesangabe im Konzepte. 456. Nachtragung der Tagesangabe mit der Fertigungsformel im Konzepte. 457. Nennung der dem Tage nicht mehr entsprechenden Jahreszahl. 458. Vorhandensein der Verschiebungen im Konzepte; Regest K. Karls IV. 459. Regest K. Friedrichs II. 460. Stellung der Tagesangabe am Ende der Datirung. — 461. Nennung eines dem Tage nicht mehr entsprechenden Ortes. 462. Nachtragung nur des Ortes. 463. Zurückdatirung nur des Tages nach der Handlung oder dem Beurkundungsbefehle. — 464. Datirung in Abwesenheit des Königs. — 465. Zufällige Mißgriffe.

SCHLUSSBEMERKUNGEN.

Einzelresultate. 466. Hauptresultat. — 467. Einzelresultate. — 468. Ueberficht der mit Echtheit der Urkunde vereinbaren Widersprüche. Schrift. 469. Formeln. 470. Eingangsprotokoll, Aussteller. 471. Text; Anordnung, Fassung, Inhalt. 472. Fürbitter. 473. Zeugen. 474. Schlußprotokoll. 475. Zeile des königlichen Namenszeichen. 476. Rekognitionszeile. 477. Befiegelung. 478. Datirung. Jahresangaben. 479. Ortsangabe. 480. Monatsangabe. 481. Tagesangaben.

Gesamtergebnis. 482. Erschwerungen der Forchung; insbesondere des Beweises der Unechtheit; 483. der Verwerthung des urkundlichen Itinerar; 484. der Verwerthung anderer Angaben der Urkunden.

Behandlung bei Regesten. 485. Aufgabe des Ausarbeiters von Regesten. 486. Haupteinreihung nach der Tagesangabe. 487. Behandlung der dem Tage nicht entsprechenden Ortsangaben; 488. der ihm nicht entsprechenden Zeugenreihen; 489. sonstiger ihm nicht entsprechender Angaben; 490. sich widersprechender Jahresangaben; 491. dem Tage und dem Orte nicht entsprechender übereinstimmender Jahresangaben; 492. der Fälschungen.

Weitere Aufgaben. 493. Bedürfnis weiterer Prüfung der Resultate. 494. Möglichkeit sicherer Resultate. 495. Nothwendigkeit der Beachtung der geringfügigsten Einzelheiten. Gesteigerte Ansprüche an die Veröffentlichungen von Urkunden. 496. Frühere Vernachlässigung der diplomatischen Studien. 497. Wendung zum Besseren.

NACHTRÄGE.

INNSBRUCK, im August 1877.

URKUNDENVERZEICHNISS.

In das Verzeichniß sind nicht alle überhaupt angeführte Urkunden aufgenommen, insbesondere solche nicht berücksichtigt, welche nur beispielsweise aus der Masse der Fälle ausgehoben wurden, oder über welche nichts bemerkt ist, als was der Druck ohnehin unmittelbar jedem Benutzer ergibt. War eine scharfe Gränze nicht zu ziehen, so habe ich dieselbe im Zweifel lieber zu weit, statt zu eng gezogen, und alle Urkunden aufgenommen, bei welchen ich glaubte, daß die über sie bemerkten, oft sehr geringfügigen Umstände möglicherweise bei Benutzung derselben für diplomatische oder historische Zwecke beachtenswerth werden könnten. Die nachstehenden Ziffern beziehen sich auf den Paragraph; ist ein 'zugesügt, so ist auch der bezügliche Nachtrag zu vergleichen; beim Zeichen * ist die Urkunde lediglich in diesem erwähnt. — Bei den Königsurkunden beschränkte ich mich auf Angabe der Regestennummern bei Böhmer und Stumpf; ist diese in einzelnen Fällen im Texte nicht zugesügt, sondern nur die Datirung gegeben, so wird sie danach unschwer aufzufinden sein. Liegen für manche Parteen der Karolingerzeit genauere und vollständigere Regesten vor, so glaubte ich mich doch an das Werk Böhmers halten zu sollen, da dieses allein die ganze Periode umfaßt und eine gleichförmige Bezeichnung ermöglicht. In den bezüglichen Regesten noch fehlende Stücke sind nach dem Drucke oder der sonstigen benutzten Quelle angegeben, weiter durch Angabe der vorhergehenden Regestennummer mit Zufügung eines ,a' die Stelle bezeichnet, wo sie etwa einzureihen wären, ohne daß ich dabei Gewicht auf größere Genauigkeit legte, da ich nur eine ungefähre Bestimmung der Zeit damit zu geben beabsichtigte. — Für Privaturkunden schien mir der Umstand, daß das Verzeichniß wohl am häufigsten zu dem Zwecke zu Rathe gezogen werden dürfte, um sich zu vergewissern, welche Urkunden aus einem bestimmten Bestande oder örtlichen Kreise besprochen sind, dafür zu sprechen, dieselben zunächst nach den Werken, in denen sie gedruckt sind, zu verzeichnen; weiter aber diese Werke nicht alphabetisch, sondern nach dem örtlichen Zusammenhange zu ordnen.

KOENIGSURKUNDEN.

Karl I. der Große. *Böhmer Reg. Kar.* 60: 317. 188: 348. 201a, Sickel K. 249, Mabillon 507: 171. 172.

Ludwig I. der Fromme. *Reg. Kar.* 263: 226, 292. 305a, Wirtemb. U. B. 1, 87: 9. 361: 171*. 381: 265. 494: 226.

Lothar I. *Reg. Kar.* 540a, Cod. Langobardiae 1, 214: 118*. 556: 187. 361.

560: 128*. 574^a, Mittelrh. U. B. 1,77: 87. 577^a, Cod. Langobardiae 1,260: 118*. 591: 261. 601: 161*. 617: 87.

Lothar II. der Jüngere. *Reg. Kar.* 701: 161.

Ludwig II. der Deutsche. *Reg. Kar.* 732: 282.342.347. 746: 282. 753: 345. 762^a, Wilmans Kaiserurk. 1,113: 171. 768: 171. 771: 73.200.202.221.223.252. 781: 345.347. 791: 296. 792: 282. 811: 163*. 814: 171. 824^a, Wilmans Kaiserurk. 1,154: 16.171. 826: 171'. 842: 347. 844: 132.

Karlmann. *Reg. Kar.* 869: 301.

Ludwig III. der Jüngere. *Reg. Kar.* 890: 301.

Karl II. der Dicke. *Reg. Kar.* 900: 299. 929: 166.215.218.302. 963^a: 336.358. 968^a, Dümge Reg. Bad. 74: 279.

Arnulf. *Reg. Kar.* 1051: 226. 1053: 118. 1054: 347. 1062: 118. 1063: 226. 1070.71: 261. 1074: 261.345.346.347.376. 1079: 132. 1080: 261. 1080^a, Mon. Boica 31,135: 357. 1081: 301.347.357. 1083: 74. 1098: 163.171.304. 1109: 175. 1112^a, Dümge Reg. Bad. 85: 118.122. 1115: 347. 1116: 261. 1120: 93. 1122: 349. 1124: 171.304. 1125: 347. 1128: 262. 1131^a, Wilmans Kaiserurk. 1,263: 300. 1136: 261. 1141: 226. 1144: 19*.

Zwentibold. *Reg. Kar.* 1152: 161. 1168: 118. 1169: 108.360.

Ludwig (IV.) das Kind. *Reg. Kar.* 1177: 132. 1196: 261.292. 1202^a, Dronke Cod. Fuld. 299: 132. 1205.8: 261.292. 1209.10: 118. 1221: 261.292. 1230: 162.

Konrad I. *Reg. Kar.* 1237: 110. 1240: 334. 1260: 347. 1264.65: 341.

Berengar I. von Italien. *Reg. Kar.* 1289^a, Forsch. zur deutschen Gesch. 10,279: 93.174.177.187.336.361.

Hugo von Italien. *Reg. Kar.* 1386: 336.362.

Rudolf II. von Burgund. *Reg. Kar.* 1492: 93.

Karl III. von Westfranken. *Reg. Kar.* 1949.62: 189.'

Heinrich I. *Stumpf Reg.* 4: 22.226. 5: 87. 7: 226. 11: 345.347. 15: 171. 23: 226. 26: 118.345.347.354. 31: 366. 35: 226. 37.38: 356. 40: 74. 132. 44.48: 226.

Otto I. *St.* 77: 283. 82: 171.275. 84: 225. 86: 90.99. 87.90: 99.377*. 119: 344. 123: 256.261. 128: 265*. 269. 134: 345.347.366. 135: 90. 141: 131.163. 143: 357. 151: 179*. 374. 152: 166*. 275*. 158: 166*. 159: 374. 176: 174*. 181: 344. 183: 346. 190: 265*. 341.370*. 376.377*. 202: 99. 213: 163'. 216: 289. 219: 301. 223: 286. 232: 122.265'. 370*. 377*. 234: 205. 236: 261*. 238: 358. 250: 317. 253: 347.368.374. 258: 343.347.366. 259: 301. 271: 107'. 168.177 Anm. 275: 374. 278: 347. 280: 205. 282: 304. 284: 305. 286: 107'. 168.177 Anm. 291: 215. 306: 13. 308: 270.279. 313.14: 373. 328^a, *Stumpf Acta* 304: 269. 329: 358. 348.49: 289.299. 350: 347.368. 357: 118. 348.353. 358: 14.118.169.279. 359: 171. 361: 374. 362: 367. 369: 366. 371: 161. 372.73: 265.367. 378: 265.296. 379: 286. 401: 103.370*. 412: 122. 169. 279.377*. 432: 114. 435: 174.177.187.361. 439.42: 311. 458: 118. 471: 358. 477: 22.296. 482: 366*. 488.89: 166. 500: 9.267. 507: 296. 509.13: 356.358. 514: 347. 516: 110. 189. 347.354. 516^a, Wiener Sitzungsber. 85,400: 189. 527: 267. 528.30: 347. 530^a, *Stumpf Acta* 314: 268. 546: 296.

Otto II. *St.* 547: 103*. 304.349. 548.49.50: 7.103. 457. 553.54.55: 12.118. 269. 559: 177' Anm. 181*. 261*. 299. 564.65: 262.269. 572: 118.305'. 347. 354'. 358. 573: 110*. 347. 574: 299. 575.83.84.85: 356. 588: 347. 594: 171*. 346. 599: 203*. 286. 604.5.6: 268. 607: 349. 612: 22*. 613: 215.299.357. 626

354. 627: 342.347.354. 633: 357. 634.35: 356. 639: 347. 651: 13. 656: 170. 356. 657: 124.348.350.353.357. 658: 356. 659: 170. 665: 175. 669: 344. 671: 300.344. 674: 175. 680: 278. 682: 347.366. 683: 282.342. 693: 175. 700.1: 166. 705: 12. 712: 363. 715: 301. 716: 12. 723: 342.344.347. 736: 124. 737: 124.175. 741: 22.118. 744: 347*. 747: 87. 748.49: 91. 750: 118. 256.261.262.349.352. 752: 90.99. 753: 175. 756: 132. 761: 169. 763: 175. 765: 118. 767: 87. 780: 22.125. 781: 299. 790: 175. 792: 99.191. 798.99. 800: 118. 822.23: 358. 826: 347.366. 827: 175. 835: 118. 839: 261.287. 840: 256.261.275. 843: 261.275. 844: 9.128. 845: 110.174.187. 846: 187. 847: 110.187. 849: 347. 858: 261.347.

Otto III. St. 877: 283.348. 879: 257. 891.92: 349. 900: 343. 921: 162. 935: 345.349.352. 936: 166*. 938: 179. 952: 22. 985: 226. 989: 175. 1011: 225. 1014: 344. 1016: 216. 1018: 265. 1030.31.32: 279. 1035: 74. 1041: 274. 1046: 166*.305. 1053.54: 357. 1085: 358. 1095: 103.370*. 1099: 161*. 1111: 358. 1118.19: 356. 1122: 348.353. 1139: 174*. 1160: 276.366.367. 1166: 114. 1171: 261.273. 1193: 287. 1209: 346. 1215: 118.371. 1225: 129. 291. 1227: 274. 1229: 167. 1234: 301. 1238: 164*. 1286: 16. 1304: 281.

Heinrich II. St. 1312: 277.281.287.341.347. 1313: 301. 1316: 226. 1320: 175. 1328: 343. 1329: 226.261.262.347. 1330: 226. 1331: 347. 1331. 363.37: 343. 1344: 376. 1345: 345.347.376. 1346.47: 166. 1364: 347.366. 1371: 343.347. 1374.75: 356. 1390a, Stumpf Acta 364: 13. 1391.92: 166. 1395: 95.343.347. 1398: 344. 1399: 344.347. 1402: 93. 1406.7: 100.250.369. 1410: 250.371. 1411: 100.157*.369. 1414: 265. 1443: 226. 1447.48: 181. 1453: 177. 1457 ff.: 89.106.181. 1462: 347. 1463: 106. 1464.65: 106. 181.226.288. 1466: 218. 1467: 261. 1468: 376. 1469: 216. 1470: 376. 1471.74: 261. 1478.79: 376. 1484: 181. 1487: 175. 1489: 310. 1495: 181. 1499: 181. 343.347.356. 1500.4: 181.376. 1502: 277.347. 1503: 276. 1506.7: 169. 1514. 15: 118. 1516: 181.276. 1517: 181. 1518: 181.256.365. 1522: 347*. 1524: 348. 1525: 276. 1527: 345.347. 1529: 109.360. 1533: 22. 118.347.354.356. 366. 1534: 356. 1537: 181.262. 1549: 225.283. 1550: 181. 1554: 200.203.357. 1560: 123.357. 1563: 347. 1566: 181. 1567: 181.256.276.278. 1568: 181. 1572: 131.167. 1575.78: 347.366. 1582: 170. 1589: 181. 1590: 99. 1598: 181. 1628: 274. 1630: 347. 1636: 181. 1638: 347.366.368. 1639: 132. 1643. 46: 100. 1648: 181.274.347. 1649: 181. 1650: 169. 1652: 169.441. 1654: 118. 366.369.372. 1660.01: 347. 1662: 167.170. 1665: 168. 1671: 258.299. 1674. 75: 10. 1676: 122.373. 1683: 99. 1695: 347. 1699: 376. 1700.1: 347. 1702: 225.255.261. 1706: 300.307. 1716: 99. 1717: 369. 1724: 348.350. 1726: 347. 1729: 367. 1735: 200. 1737: 177*.366.369. 1742: 180*. 1750: 170.177*. 1752: 124. 1750a, Stumpf Acta 634: 177*. 1759: 376. 1760: 342.376. 1761: 370. 1762: 347. 1771: 125. 1772: 256.366. 1773: 366. 1775: 225.275. 1779a, Stumpf Acta 637: 177*. 1782: 175. 1792: 367. 1793: 122.299.349.352.368. 1794: 122. 1800: 200. 1819: 90. 1821: 352.

Konrad II. St. 1852: 110.305. 1854: 74. 1855: 110. 1858: 180. 1859: 350. 1860: 180. 1860.00a, Bohmer Reg 1265: 353.358.359. 1864.67: 180.352.353. 371. 1866: 287. 1868: 174. 1872: 95.366.369.371.374. 1874.75: 368*. 1879: 80. 1883: 203. 1902: 347. 1905: 179. 1906: 177. 1947.48: 357. 1955: 358. 1967: 345.347. 1967: 00. 1975: 132.258. 1987: 348. 1988: 347. 1990: 74.347. 354. 1992: 172. 1992: 342.347.366. 2008: 347.366. 2016: 296. 2024: 347. 2030: 10. 2037.28: 355.356. 2038: 250. 2041: 90. 2043: 226. 2045: 347.

2046: 74.132.208. 2054: 165. 2056: 282.302.303.345.347. 2059: 99. 2066: 366. 2083: 124.374. 2085: 296. 2087: 164. 2092: 114.256. 2117: 9. 2119.20: 344.373.

Heinrich III. *St.* 2138: 255.258. 2142: 95. 2143: 131. 2148: 347. 2151: 345.347. 2155: 118. 2156: 357. 2160: 345. 2161: 164.* 2165: 9.168. 2168: 118.357. 2172: 367. 2195: 87.132. 2197: 2653.47.366. 2200: 258. 2218: 344. 2226: 344. 2232: 364.* 2233: 296.347. 2234: 106.296. 2238: 90. 2239: 265. 2246: 124. 2250: 226. 2253.54: 342.347. 2259: 11.14.107.168. 2264: 296. 2267: 255. 2270: 164. 2273: 164.* 2341: 294. 2346: 225. 2354: 225. 282.285.347.376. 2355: 226.376. 2356: 296. 2363: 225.345. 2365: 163. 2367. 68: 283. 2369: 225. 2370: 106. 2377: 132. 2381: 162. 2383: 345.347. 2394: 163. 2403: 106. 2407: 296. 2408: 166.296. 2409.12.13: 296. 2420: 225.256. 2424: 265. 2432: 225. 2441.42: 169. 2454: 225. 2456: 225.345.347. 2459: 132. 2467: 108.110.347. 2473: 122. 2482: 279.304.

Heinrich IV. *St.* 2531.32: 347. 2561: 226. 2568: 348. 2573: 90. 2576: 226. 2577: 226.343.347.366. 2591: 366. 2594: 345. 2598: 162. 2603: 174. 2607: 347.350. 2608.9: 226. 2643: 132.173. 2658: 358. 2663: 345. 2682: 177. 2692: 161.162.268. 2702.3.4: 347. 2710.11: 347. 2716: 341. 2732: 275. 2753. 54: 296. 2760: 172. 2768: 300. 2769: 90.96.300. 2777: 348.350. 2781: 277. 2782: 374. 2808: 88. 2812: 374. 2813: 226.300.366.367. 2818: 347.369. 2824: 435. 2862: 346. 2867: 132. 2881: 226.347. 2882: 87. 2890.91: 296. 2893: 189. 2894: 164.226. 2896: 151. 2904: 212. 2905: 131.228. 2907: 91.141.226. 241. 2922: 164. 2925: 118.132.173. 2929: 131.228. 2931: 287. 2934: 74.137. 2938: 146. 2941: 366. 2943: 106.347. 2946: 106. 2950: 106.267.289.370. 2953: 86.164.* 2954: 164. 2956: 87.100.137.241. 2957.58.63: 106.267.289.370. 2965: 226. 2973.74: 106.265.267.289.370. 2976: 176. 2977: 132. 2992: 277.

Rudolf von Schwaben. *St.* 2997: 289.

Konrad (III.) *St.* 3003: 187.

Heinrich V. *St.* 3010.11: 356. 3012: 226.348. 3014.15: 136.170. 3022. 23: 10.* 297.383. 3024: 319.394. 3031: 369. 3033: 347. 3040: 175. 3065.66: 100.226.371. 3073.74.75: 166.266. 3076.77: 104.* 3081: 172. 3083: 134.136. 148.151. 3086: 166.228.299. 3091: 215.216. 3095: 108.360. 3097: 165.395. 3100: 160. 3112: 228. 3115: 162. 3120: 118.122.345.347. 3121: 228. 3123: 118.122.191. 3125: 347.354. 3132: 187. 3140: 116. 3154: 187. 3159: 290. 3166: 260. 3167: 104.* 3172: 136.170.342.347.374. 3175: 275. 3183.84: 104.* 3190: 228. 3194: 252. 3196: 162.164.183. 3197: 164. 3204.5: 73.78.86.109. 140. 3212: 191. 3213: 177. 3222: 365. 3224: 252.

Lothar III. *St.* 3227: 389. 3228: 203.228.285.290. 3229: 226.228. 3231: 228. 3232: 299. 3234: 226.228.287. 3239: 299. 3240: 165.231.274.395. 3241: 218. 3242: 228. 3243: 238. 3244: 148.228.299. 3247: 228.303. 3251: 226. 228.387. 3256: 176. 3258: 73.317. 3262: 228.387.389. 3263: 274.277.387.389. 3264: 231. 3266: 103.154.165.385.395. 3268.69: 4. 3273: 228. 3282.83: 389. 3284: 228. 3285: 228.277. 3286: 136.142.228.241. 3298: 7.168.320.389. 3299: 136.142.228.241. 3304: 228.231.381.387. 3306: 137.385. 3310: 389. 3311: 228. 3313: 228.275.300. 3314: 131.389. 3318: 228. 3322: 161.163. 3324: 19.* 226. 228. 3326: 105. 3342: 19.20.389. 3348: 118.148. 3353: 203. 3358: 299.

Konrad III. *St.* 3367: 288. 3368: 288.389. 3381: 290.389. 3387.92: 234. 3388: 164. 3391: 164.218. 3395: 321. 3405: 87.141. 3418: 164.* 3421¹². Stumpf Acta 670: 190.* 206.* 3423: 131.296. 3424: 383. 3425: 166. 3430: 227.

3439: 314. 3444^a, Stumpf Acta 672: 146.* 296.* 385.* 3445: 383.388. 3448: 136.
3461: 164.227. 3463: 231.232.299. 3465: 212.388. 3481: 383.387. 3511: 180.
317. 3514: 329. 3515: 146.152. 3518: 303. 3520: 227. 3523: 151.276.383.
388. 3524.37: 227. 3542.43.44: 100.256. 3550.51.52: 270. 3557: 267. 3563:
227. 3565: 189. 3567: 344. 3568: 165. 3571: 292. 3572: 317. 3594: 389.
3595: 227. 3596: 388. 3597: 146. 3598: 301. 3599: 227.

Friedrich I. St. 3615: 110. 3626: 231.299.460. 3633: 389.* 3634: 452.
3652: 206.* 217.* 3663: 126. 3664: 115. 3672: 189. 3674: 403. 3675: 180.
3678.79: 105.126.394. 3681: 93.* 3683: 443. 3684: 241. 3687: 277. 3692:
258.274.302. 3700: 114.327. 3709: 262. 3737.38: 164.401.412. 3747: 164.272.
453. 3750: 16.303.438. 3753.54: 10.11.86. 3758: 105.124.152.288. 3759: 13.
394. 3762: 86.137.189. 3767: 88.137. 3772: 409. 3773: 86.93.* 3776: 13.176.
3777: 218.240.364.414. 3781: 140.326. 3796: 82.267.438. 3799: 13.* 3808:
164.* 441. 3812: 231. 3872: 116. 3887: 294. 3888: 82.144.302. 3890: 116.
218. 3901.5: 142.166.* 206.214.303.397. 3915: 164.400.414. 3936: 409.411.
3963: 384. 3973: 303. 3974: 384. 3975: 258.272.276. 3980: 104. 105.288.
3981: 301. 4033: 303. 4039: 288. 4043: 265.288.398. 4046: 120.439. 4049:
397. 4050: 236.299. 4051: 149. 4054: 189. 4055: 104. 4065: 105.126. 4073:
326. 4076: 151.173. 4083: 68.* 177.* 398. 4092: 101.149.410.439. 4093: 190.
4099: 148.303. 4116: 147. 4117: 452. 4134: 172.276.278.303. 4125: 172.
4126: 13. 4127: 93.105. 4133: 16. 4134: 397. 4140: 86.88.101.145.146.152.
191.231.232.410.439. 4143: 276. 4151: 147. 4154: 22.126. 4156: 228. 4159:
148. 4161: 141. 4162: 152.231.232.397. 4166: 115. 4167: 108. 115. 4173:
Ficker Ital. Forsch. 4,187: 10. 4194: 218. 4195: 303. 4205: 321. 4225: 115.
4226: 116. 4272: 231.236.242.243. 4274: 114.189. 4281: 164. 4283: 439.
4284: 149. 4287: 80.150. 4289: 161.163. 4299: 231.237.397. 4305: 236. 4308:
86.141.241.409. 4312: 409.* 4314: 397. 4345: 180. 4349: 231.397. 4353:
172.* 178.* 4360: 115.213. 4370: 148. 4375: 115.190. 4377-80: 234. 4411.12:
452. 4420.21: 110.152.187.439. 4425.26: 452. 4443^a, Stumpf Acta 551: 164.
4469: 87. 4470: 103. 4473: 114. 4476: 443. 4477: 150. 4480: 13. 4481:
164.412. 4484: 231.234.439. 4490: 327. 4492: 110. 4499: 152. 4507: 190.
4513: 164.*

Heinrich VI. St. 4628: 190.405. 4647: 103.* 4650: 439. 4652: 231.
4654: 90.189. 4655: 90. 4662: 452. 4664: 93. 4677: 218. 4691: 99.141.
4708: 228. 4712: 297.327. 4719.21: 187. 4732: 87.453. 4736: 143. 4740:
187. 4743: 148. 4746: 103.105.166.* 406. 4749: 443. 4759: 231. 232. 4762:
213. 4791: 411. 4794: 397. 4795: 397.411. 4795^a, Stumpf Acta 575: 172.* 178.
4798: 87. 4799: 20.* 4810: 172.174. 4813: 307. 4819: 22. 4820: 152. 4822:
115. 4828.29: 73.109.321.406. 4844: 397. 4851: 88.152. 4854: 400. 4859:
160. 234. 4868: 296.416. 4900^a, Stumpf Acta 419: 327.421. 4920: 327. 4942:
10. 4950: 93. 4959: 189. 4968.69.70: 234. 4990: 174. 4995: 327.328. 4999:
119.409.418. 5000: 120. 5010: 148. 5023.32: 452. 5034: 206.*

Philipp. Böhmer Reg. 9: 326. 17: 276. 38: 397. 47: 443. 51: 110. 63:
231. 71^a, Ficker Ital. Forsch. 4,263: 231. 73: 231.237. 77: 443. 83^a, Böhmer Acta
199: 119.409.418. 98: 231.239.443. 103: 88. 104.5.6: 141.440.

Otto IV. B. 4.(6): 136. 14: 116.164.213. 37: 174.177.211. 49: 90. 53:
120.417. 77: 108. 81-84: 452. 93: 443. 103-8: 452. 110^a, Huillard 2,46: 258.
113^a, Samml. der Mon. Germaniae: 218.* 137: 93.405.412.416. 139^a, Ficker Ital.
Forsch. 4,281: 200. 149^a, Samml. der Mon. Germ.: 421.* 163.164.175: 115. 177: 60.

Friedrich II. *B.* 40: 116.164. 40^a, Böhmer Acta 772: 22.93.164.187.405. 41.42.43: 405.423. 51: 176. 52: 417. 53: 231. 57^a, Huillard 1,916: 200. 59: 397.413. 65: 166. 72: 461. 73: 90. 76: 172. 79^a, Böhmer Acta 236: 126.128. 150. 90.91: 440. 94: 166.272. 107: 151. 119: 422.424. 121: 397. 123: 258. 127: 329. 148.9: 452. 151: 443. 160: 120.417. 164^a, Huillard 1,448: 164. 168 ff.: 111.142.432.447. 174: 276.418. 177: 231.397. 200.1.2: 452.453. 215.6: 176. 225: 110. 225^a, Fahne Dortmund 1,20: 231.238. 226: 176. 228: 166.*176.* 440. 234^a, Böhmer Acta 774: 453. 236: 129.* 258^a, Böhmer Acta 241: 21.* 261: 164.* 328. 262: 164.* 286: 176.178. 290.91: 452. 293^a, Huillard 1,666: 164. 301: 413. 319: 145. 341: 111.142. 353^a, Huillard 1,786: 164. 358: 168.*177. 370: 126. 379: 102.187. 384^a, Böhmer Acta 246: 79.187. 389: 114. 398.402: 452. 401^a, Böhmer Acta 778: 174. 513: 121. 524.29.36: 129. 543: 431. 584: 250. 609: 164.205. 612^a, Huillard 2,667: 121. 666.7.8: 453. 670: 121.146.243. 433. 699: 85.427.432. 724: 429. 735: 93.*113.427.432. 737: 113. 792^a, Abfchr. Winkelmanns: 192.* 814: 453. 819^a, Abfchr. Winkelmanns: 129.* 841: 180. 851: 21.* 855: 121. 898: 443. 907: 198. 909: 121. 911: 427. 940.48.66: 114. 978: 428. 982: 121.* 1006: 128.129. 1015: 427. 1017^a, Huillard 6,824; Wiener Sitzungsber. 69,276: 128.129. 1038: 22.* 1056: 115. 1087: 207. 1160^a, Huillard 6,945: 129.

Heinrich (VII.) *B.* 19: 189. 30^a, Huillard 2,759: 164. 36: 200. 37: 13. 176. 39: 174.177.228.397. 58.59: 443. 64: 103.146.191. 67: 327. 71: 113.124. 150.457. 72.73: 457. 88: 300.440.453. 89^a, Böhmer Acta 279: 178. 123: 165. 126: 457. 139: 150.152. 140: 101.152.176. 158: 453. 172: 443. 176^a, Böhmer Acta 282: 101. 150. 182^a, Huillard 3,379: 126. 217^a, Huillard 3,432: 120.144. 225: 113.447. 235: 111. 238^a, Huillard 3,464: 131. 246: 231. 263: 413. 264: 453. 267: 419. 276-81: 452. 287: 293.300.443.446. 296: 453. 297: 238.444. 303: 152.278. 304: 101.150.152.176. 318: 114. 331: 101. 336.7: 452. 341-4: 419. 452. 351: 419.

Konrad IV. *B.* 25: 442. 86: 129.316.323.327. 95: 443.

Wilhelm. *B.* 30: 22.110. 58: 126. 114: 287.*327.* 127.171: 120.

Rudolf. *B.* 3: 110. 24: 177.211.413. 292: 114. 451: 146.* 472: 457. 473: 10. 506: 113. 531: 442. 567^a, Böhmer Acta 336: 124. 703: 218. 785: 113. 910: 114.442. 1082: 452.

Adolf. *B.* 8: 97. 16: 112.442.

Albrecht. *B.* 5: 112.190. 10 ff. 448.449. 73: 93. 122: 452. 205: 442. 240 ff.: 110.442. 317^a, Ficker Ital. Forsch. 4,506: 213. 501: 120.

Heinrich VII. *B.* 311-14: 452. 332: 213. 338.49.51: 186. 385: 241. 430^a, Böhmer Acta 443: 210. 439.46: 210. 456^a, Dönniges Acta 2,110: 210.221. 239.405. 478: 239. 490: 111.210. 499: 126. 541 ff.: 447. 546: 186. 575. 640: 452.

Ludwig IV. *B.* 40: 304. 190 ff.: 464. 460: 102.207.*463. 473 ff.: 207. 210.450. 481: 207. 769: 454. 914: 449.450. 933.34: 452. 956 ff.: 448. 1212: 2290: 447. 2704: 127. 3134: 446. 3242: 452. 3244: 446. 3263: 166.*446. 3281: 446. 3281: 446. 3547: 260.

Karl IV. *B.* 374.5: 463. 498: 452. 522.806: 457. 1097: 129.* 1105: 463. 1137.38: 129.* 1245: 129.*464. 1552: 465. 1650.51: 464. 1691: 22.* 463. 1807.8: 463. 2025 ff.: 448. 2028.29.37: 168.*288. 2050: 110. 2449: 127.* 2947.57: 147.* 3106: 458. 3142.43: 449.455. 3186: 458. 3256: 207. 3278.79: 464. 3292.94: 458. 3333: 454. 3358: 463. 3372.79: 458. 3397:

3406.90: 454. 3511-14.95: 457. 3611: 454. 3949: 463. 4058: 250. 4165: 127. 4830 ff.: 464. 4846: 297. 4933: 464. 5514: 174. 5601: 110.* 448. 5767: 77: 464. 6247: 103.*

Wenzel. Reichstagsakten 1,240: 450.

Ruprecht. *Chmel Reg.* 92.94: 461.

Sigismund. Wiener Sitzungsber. 76,493 (1426 Aug. 14; vgl. Afschbach 3,459): 128.199.201.450.

PRIVATURKUNDEN.

Franken. *Guden Cod. dipl.* 1,254, 1167 Erzb. v. Mainz: 68.* *Joannis Script.* 2,522, 1175 Eb. v. M.: 68. *Stumpf Acta Maguntina* 32, 1145 Eb. v. M.: 360. 49.50, 1151 Eb. v. M.: 245. 86, 1175 Eb. v. M.: 68. 92, 1180 Eb. v. M.: 51.67. *Stumpf Acta imperii* 542, 1185 Eb. v. M.: 206.210.220.245. *Bodmann Rheing. Alterth.* 47.48, 1151 Eb. v. M.: 413. 77, 995 Eb. v. M.: 157. *Rossel Eberbach* 1,59, 1174 Eb. v. M.: 51. 1,70: 1178 Eb. v. M.: 51.76. *Baur Hess. Urk.* 2,23, 1175 Eb. v. M.: 68. *Mon. Germ.* 21,409, Lorch: 16. *Remling U. B.* 1,86, 1104 Bfch. v. Speier: 51.106. 1,115, 1150 B. v. Sp.: 50. 1,126, 1194 Abt v. Weiffenburg: 160. *Wenck Hess. L. G.* 2,47 1073 Abt v. Hersfeld: 50. 3,55, 1047 Eb. v. Mainz: 50. *Ussermann Ep. Wirceb.* 32, 1128 Bfch. v. Wirzburg: 46. 44, 1160 B. v. W.: 44. *Schannat Vind. litt.* 42.43, S. Michael zu Bamberg: 189.

Baiern. *Mon. Boica* 3,157, 1271 Herz. v. Baiern: 158.* 22,176: 1156 B. v. Augsburg: 160. 28b,299, 1222 B. v. Passau: 50. 37,68: 1152 B. v. Wirzburg: 50. *Reg. Boica* 3,152, 1280 H. v. Baiern: 158.* *Ried Cod. Ratisb.* 1,14, 814 Abt v. S. Emmeran: 160. 1,196, 1135 Markgr. v. Vohburg: 51. 1,249, 1179 B. v. Regensburg: 44. *Meichelbeck H. Fris.* 1b,560, 1177 B. v. Freifing: 50. *Oberösterreich. U. B.* 2,428, 1191 H. v. Steier: 50. 2,473, 1200 B. v. Passau: 246. 2,547, 1213 H. v. Oesterreich: 442. 2,550.554.563.569, 1213 H. v. Oesterreich: 176. 2,594, 1217 H. v. Oesterreich: 442. 2,604, 1220 B. v. Passau: 158. 2,620.655, 1220.25 H. v. Baiern: 180.* *Diplomate Austr.* 31,238, 1263 B. v. Olmütz: 50. *Steiermärk. U. B.* 1,109.111, 1103 H. v. Kärnthen: 159.183. 1,117, 1114 H. v. Kärnthen: 160. 1,272.275, 1147 Eb. v. Salzburg: 156. 1,275.382, 1147 M. v. Steier: 159. 1,396, 1160 M. v. St.: 220. 1,452, 1164 M. v. St. 305. 1,651, 1186 H. v. St.: 220. 1,674, 1188 Eb. v. Salzburg: 44. 1,675, 1188 Eb. v. Salz.: 16. 1,706, 1190 H. v. Dalmatien: 164. 1,724, 1190: 245. *Wichner Admont* 2,241, 1193 Eb. v. Salzburg: 249. 2,270, 1204 Eb. v. S.: 44. 2,287, 1224 Eb. v. S.: 443.

Schwaben. *Wirtemb. U. B.* 1,173, 877 B. v. Worms: 271. 1,315.361, 1099 Kl. Alpirsbach: 158. 2,204, 1179 H. v. Schwaben: 203. 2,237, 1185 H. Welf: 44. 3,161, 1225 B. v. Konstanz: 245. 3,325, 1233 M. v. Baden: 407. *S. Gallen U. B.* 2,42, 853: 245. 2,245, 884: 55. 3,3, 920: 55.* *Mohr Cod. dipl.* 1,161 ff., 1139 B. v. Chur: 47. *Dümge Reg. Bad.* 115, 1087 B. v. Basel: 157. *Trouillat Mon.* 1,322, 1152 B. v. Basel: 44. *Schöpflin Als. dipl.* 1,37, 763 B. v. Straßburg: 16. 1,40, 762 B. v. Str.: 156. 1,184, 1105 Clugny: 50. 1,202, 1153 B. v. Straßburg.

Lothringen. *Mittelrhein. U. B.* 1,287, 967 Pabst: 249. 1,310, 980 Eb. v. Trier: 249. 1,365, 1038 Eb. v. Tr.: 159. 1,447, 1096 f. Echternach: 129.156.162. 1,491, 1114: 162. 1,713, 1169 Abt v. S. Maximin: 158. 2,22, 1095 Gr. v. Luxemburg: 129.162. *Iacomblet U. B.* 1,281, 1166 B. v. Lüttich: 158. 4,788, 1194 Abt v. Werden: 44. *Ennen u. Eckertz Quellen* 1,471 ff., 989 Eb. v. Köln: 156.158.162. *Eraß H. du Limb.* 6,95, 965 B. v. Lüttich: 161. *Miracul Opera* 1,60: 1063 B. v. Dornik: 268. 1,157, 1066 B. v. Kammerich: 161. 2,1182, 1177 Gr. v. Flandern: 50. *Sloet Oorkon-*

denb. 1,113, 997 f. Utrecht: 50. 1,135, 1014 Gr. Balderich: 220. 1,173, 1064 B. v. Utrecht: 13. 1,238, 1126 B. v. Utr.: 51.

Sachsen. *Cod. dipl. Westfaliae* 1,65 ff., B. Meinwerk v. Paderborn 56.183. 185. 1,132, 1096 B. v. Minden: 245. 2,4, 1126 Abt v. Korvei: 51.159. 2,36, 1144 B. v. Münster: 50.* 299.* 2,43, 1146 B. v. Münster: 245. 2,52: 1147 Abt v. Korvei: 220. 2,59, 1150 Aebtissin v. Herford: 56.* 2,74. 1154 B. v. Münster: 50. 2,87, 1204 Probst v. Kappenberg: 158. 2,233, 1193 B. v. Münster: 156. 2,257, 1198 Abt v. Korvei: 443. *Wilmans Weßf. U. B.* 3,19, 1205 B. v. Münster: 220. 3,24, 1207 Pfalzgr. Heinrich: 50. 3,37, B. v. Münster: 69. 3,41, 1213 Eb. v. Köln: 271. 3,64, 1218 Eb. v. Köln: 50. 3,141, 1229 B. v. Münster: 246. 3,144, 1229 Aebtissin v. Möllenbeck: 67. 4,7, 1203 B. v. Paderborn: 50.244. 4,35, 1211 B. v. Pad.: 50.65. 4,87.88, 1224 Kardinal-legat: 443. 4,105, 1223 B. v. Paderborn: 50. 4,126, 1230 Abt v. Korvei: 44. 4,142, 1232 Kl. Hardehausen: 50. *Add.* 15.16, c. 1070, 1093 B. v. Paderborn: 50.* *Add.* 49, 1166 Eb. v. Köln: 66.* *Add.* 61, 1186 B. v. Paderborn: 158. *Seibertz Weßf. U. B.* 1,37, 1077 Eb. v. Köln: 53. 1,45, c. 1120 Kapitel v. Soest: 156. 1,79, 1166 Eb. v. Köln: 66.* 1,87, 1172 Eb. v. Köln: 157. *Mon. Germ.* 23,506, 1224 B. v. Münster: 129. *Kindlinger Münst. Beitr.* 2,46, 1237 H. v. Limburg: 50. 2,205, 1166 Gr. v. Ravensberg: 50. 2,267, 1201 Bernh. v. d. Lippe: 50. *Asseburg. U. B.*, 1,136.142, 1237 E. v. Asseburg: 159. *Orig. Guelf.* 2,251, 964 Pabst: 249. 3,502, 1164 B. v. Lünebeck: 44. 3,535, 1146 B. v. Halberstadt: 50. *Ludewig Rel. manuscr.* 1,1, 1147 B. v. Halberst.: 406.* *Lepsius Naumburg* 198, 1033 B. v. Naumburg: 162.164. *Cod. dipl. Saxoniae II*, 1,47, 1130 M. v. Meissen: 50.* *Cod. dipl. Anhalt.* 1,170, 1135 Eb. v. Magdeburg: 64. 1,347, 1162 Eb. v. M.: 52. 1,365, 1167 Köln u. Magdeburg: 67. *Reg. archiep. Magdeb. n.* 1163, 1142 Markgr. v. Meissen: 65.* *n.* 1228. 1262. 1681, 1148 Gr. v. Grieben, 1152 B. v. Halberstadt, 1184 Gr. v. Grieben: 67.*

Italien. *Böhmmer Acta* 606, 1187 Heinr. v. Lautern: 50. *Amadesius Chronotaxis* 3,159 ff., 1213 Eb. v. Ravenna: 185. *Neapel, Orig.*, 1195 Kaiserin Konstanze: 397.421.

ALPHABETISCHES INHALTSVERZEICHNISS.

Bei Gegenständen, welche in der Arbeit selbst im Zusammenhange behandelt sind, habe ich mich begnügt, mit ff. auf die bezügliche Paragraphenreihe hinzuweisen, so daß zur Kenntnißnahme dessen, was dort über dieselben gesagt ist, die beiden Bänden zugefügten Uebersichten zu Rathe zu ziehen sind. Das wird insbesondere auch in so weit zu beachten sein, als die dann folgenden genaueren Angaben über den Gegenstand in dieser oder jener Beziehung durchweg nur die zerstreut vorkommenden Bemerkungen berücksichtigen, also nicht ausschließen, daß über den Gegenstand in derselben Beziehung auch in dem zusammenhängenden Abschnitte gehandelt ist. Derselbe Umstand erklärt es, daß sich oft Angaben unter einem Nebenschlagworte vereinigt finden, welche man ohnedem zunächst unter den bezüglichen Hauptschlagwörtern suchen würde, die unter diesen aber keine Stelle finden konnten, weil Einzelangaben aus dem angeführten Grunde unterblieben. Wurden weiter die wichtigsten Einzelergebnisse bereits § 468 ff. wesentlich in derselben Weise, wie sie auch hier zu behandeln gewesen wären, zusammengestellt, so konnte ich mich auch da mit einem bloßen Verweise begnügen. — Habe ich manche der als Schlagworte vorkommenden Ausdrücke erst bilden oder doch in einer bisher noch nicht üblichen Weise verwenden müssen, so habe ich, da solche Ausdrücke, einmal in einer größern Arbeit verwandt, sich leicht festsetzen, wenigstens in wichtigeren Fällen mich der Zustimmung Sickels versichert, während mir manche überhaupt von ihm vorgeschlagen wurden. Dasselbe war der Fall, wo ich bisher übliche Fremdworte durch deutsche Ausdrücke ersetzte oder diese doch wechselnd mit jenen gebrauchte. Man könnte vielleicht geltend machen, daß ich in dieser Richtung noch weiter hätte gehen können. Aber so naturgemäß es mir erscheint, vorherrschend den deutschen Ausdruck zu gebrauchen, wo er denselben Dienst leistet, wie das Fremdwort, so möchte ich doch einem ängstlichen Vermeiden der Fremdworte auf dem Gebiete der Urkundenlehre keineswegs das Wort reden. Ist das deutsche Urkundenwesen nicht auf nationaler Grundlage entstanden, so ist es erklärlich, wenn es gar oft überhaupt an einem deutschen Worte fehlt oder doch an einem solchen, welches die Sache mit gleicher Bestimmtheit bezeichnet. Und insbesondere wird nicht zu vergessen sein, daß wir gerade auf dem Gebiete der Urkundenlehre gewohnt sind, manches Fremdwort in einer bestimmten engeren Bedeutung zu verwenden und daß, wenn die Ersetzung etwa von Invokation oder Narratio durch den entsprechenden deutschen Ausdruck in einem ausschließlich diplomatischen Werke auch zu keinem Mißverständnisse führen möchte, das doch leicht der Fall

feien könnte, wenn in anderen Werken nebenbei diplomatische Gegenstände berührt würden. — Die vorbereitete Zufügung einer Uebersicht des Inhaltes nach der Zeitfolge unterliefs ich, da der Stoff sich zu wenig geeignet erwies. Die bezüglichen Notizen sind im folgenden Verzeichnisse zu den einzelnen Herrschern und Jahrhunderten, dann unter den Schlagworten merovingische, karolingische, nachkarolingische, staufische und nachstaufische Zeit eingereiht. Bezüglich der einzelnen besprochenen Urkunden, welche im folgenden Verzeichnisse auch in wichtigeren und bekannteren Fällen unberücksichtigt blieben, verweise ich auf das Urkundenverzeichniss.

- Abkürzung** in Konzepten, stehender Formeln § 207, des Eingangsprotokolles 210, des Schlufsprotokolles 216.
- Abreviatura** f. Imbreviatur.
- Abchrift**, dadurch veranlaßte Schreibfehler 20 ff. — Fehlen einer bestimmten Form der Beglaubigung in Deutschland 16; unbeglaubigte durch die Kanzlei? 166*. 171; Beglaubigung durch Bischöfe 157*. — Zurückbehaltung von A. in der Kanzlei 180. Erhaltene A. von Konzepten 207.
- Abwesenheit** des Ausstellers bei Beurkundung oder Datirung 127.129.270.464; — des Kanzlers bei Rekognition 291; des Aushändigers? 327.328. — der Zeugen zur Zeit der Datirung 69.136.147'.
- Accedere** der Zeugen 234.
- Acta** in Königsurkunden nicht üblich. — f. Akten.
- Actum**, regelmäßige Beziehung auf die Handlung in Privaturkk. 45 ff., in Königsurkk. 100.103.110.119.385.407.439. — bezeichnet Fertigung der Urk., a. per manus 43.321.410; bezieht sich auf die Beurkundung 44.101.334.410 ff. 427 ff.; willkürlicher Gebrauch 100.120.440. — A. mit Ort in ältern Privaturkk. 51, in der älteren Datirungsformel 333 ff.; veranlaßt Bestimmung des Orts nach der Hdlg. 118. — A. in den Uebergangsdaturungen 379 ff.; der feierlichen Datrg 393 ff.; der Monatsdatirung 420 ff.; der einfachen Datirung 437 ff. — Aufführung der Zeugen unter A. 143.190.238.385.412.416.437; Einleitung nur des Schlufswunsches mit A. 435.
- Actum et datum** als Einleitung der Datirung 108.441.442.
- Adresse**, Inkription, gehört zum Texte 193.194; Behandlung im Regest K. Friedrichs II. 207.
- Ältere** Datirung 332 ff. — Datum und Actum nie durch andere Bestandtheile getrennt 400, keine Zurückverweisung im A. auf das D. 402. — Abkommen 379; Anschluß der Uebergangsdaturungen 380 ff.; Einfluß auf die Formel der einfachen Datirung 435.
- Änderung** der Tagesangabe des Konzepts in der Reinschr. 454.463. — bei Neuausfertigungen 159.166 ff., insbesondere der Datirung 169.440; bei Transfumirung 172; ungenügende der Vorurkunden 174 ff. — f. Korrektur.
- Akt** 182 ff. — unbeglaubigte ersetzen die Privaturkk. 56; durch Zufügung der Datirung zur Urkunde gestaltet 405. — als Ersatz des Konzepts 204; danach Actum und Zeugen 385, Tag der Handlung 463. — A. über den Beurkundungsbefehl 361.
- Akten** 182 ff. — f. Hofakten.
- Amtsakten**, acta curiae 185.
- Anfangswort** zur Bezeichnung stehender Formeln im Konzepte 207.279, der Rekognition 289.
- Anhängung** des Siegels 303.
- Ankündigung** f. Beglaubigungsformel.
- Anno** als Einleitung der Datirung 366.380.383.
- Annulus palatii** 174.*
- Anordnung** der Königsurkk. läßt auf das Vorgehen schließen 196; Änderung bei Neuausfertigungen 166. — des Textes 193; Störungen wegen Zusätze 214.471. — Stellung der Zeugenreihe 237.238, in Privaturkk. 244.245; des Monogramm 274; der Signumzeile 276.277.278; der Rekognitionenzeile 284.287; des Siegel 299.300; der Datirungszeile 300.306.340; der Aushändigungsformel 324. — A. der Datirungszeile, Einfluß der Schreiber 370; f. Verschiebungen. — Acuffere A. f. Raumvertheilung.
- Anwesende**, von Zeugen zu scheiden 55.152. — Anführung in Königsurkk. 134.135.136; f. Zeugen.
- Anwesenheit** der Fürbitter bei der Handlung 99. — f. Abwesenheit.
- Appensio sigilli** 303.
- Apprecatio** f. Schlufswunsch.
- Archiv**, archiva imperii 180; Reichsarchivwesen 100; f. K. Heinrich VII.
- Arenga** gehört zum Texte 193; Vorausfertigung 256.
- Arezzo**, Akten der bishöfl. Kurie 185.
- Arnulf**, K., Vollziehungsstrich 226.
- Assignare** der Urkunde 321.
- Aufdrückung** des Siegels 303.
- Aufenthaltort** des Empfängers bestimm-

- mend für die Handlung 95; des Ausstellers f. Ort.
- Auflaffung** f. Tradition.
- Ausfertigungen**, mehrfache, Zweck 16. 166.' — mit gleicher Datirung 111.447, mit verschiedener Datirung 85.432.446. 447; mit versch. Fürbittern 136, Zeugen 142, — mehrfache von Rechtsprüchen 113; Doppelausfertigung von Verträgen 115. — offizielle von Gesetzen 114. — f. Neuausfertigung.
- Aushändiger**, Geber 321 ff. — f. Aussteller.
- Aushändigung** f. Uebergabe. Aushändigungsformel. Befehl.
- Aushändigungsformel**, datum per manus 319 ff. — Stellung in der Datirungsformel 393.436; eigenhändige Zufügung durch den Protonotar 404.405; Zurücktreten unter K. Friedrich II 430; nachstauffische Zeit 287.* 450.451; Anwendung bei Beurkundung in Abwesenheit des Ausstellers 129.
- Aussteller**, Nennung im Eingangsprotokoll 255, im Widerspruch mit andern Angaben 470. — Werth der Urkunde als Zeugniss des A. 59; urkundet in eigenem Interesse 54.55.56.* — Neuausfertigung durch denselben A. 166; unter Beibehaltung des Namens des frühern A. 158.171. — Zurückdatirung mit Zustimmung des A. 128; Datirung nicht vom angeblichen A. herrührender Urkk. 129'; in Abwesenheit des A. 464. — schreibt selbst die Urk. 203; lieft sie oder läßt sie sich lesen 247; siegelt selbst 57; wird als Aushändiger genannt 316.318.321.'
- Ausstellungsort** f. Ort.
- Bamberg**, Schenkungsurkk. K. Heinrichs II. 106.180.* 181.'
- Bann** zur Sicherung der Urk. 251 ff. — des Königs zur Sicherung des Rechts 80; bei bischöflichen Urkk. 59.80.
- Befehl** des Königs zur Aufführung der Zeugen 139; zur Zufügung des Signum 229; zur Rekognition 327.450; zur Aushändigung 200.326.328.451; zur Siegelung 222. 297. — f. Beurkundungsb., Fertigungsb., Vollziehungsbefehl.
- Beglaubigung**, Unterschied der B. der Thatfache und des Zeugnisses über dieselbe 38. — vorgelegter Urkk. durch Private 156; durch den König 161 ff.; nicht in der Kanzlei gefertigter Texte 164; von Renovationen durch Zeugen 16. — des Konzept durch Datirung 404.405.450; in der sizilischen Kanzlei 430. — von Akten 183.184. 190. — f. Abschrift.
- Beglaubigungsformel**, Corroboratio, Zugehörigkeit zu Text oder Protokoll 193. 217.' 240. — Stellung nach Zusätzen 217; nach Zeugen 240; zwischen Actum und Datum 400; in Privaturkk. 244. — Ankündigung der Zeugen 132.139; der königlichen Unterzeichnung 222. 224. 228. 280; des Namenszeichen 229; der Rekognition 292; der Siegelung 61.222.298.302, fremder Siegelung 156.162; Erwähnung des Bannes 252.254; der Uebergabe 73. 318. — der sizilischen Kanzlei 421.
- Beglaubigungsmittel** f. Aushändigungsformel. Chirographirung. Fertigungsformel. Namenszeichen. Rekognition. Siegelung. Unterzeichnung. Zeugen.
- Beizeichen**, Signum speciale 225.226. 275.283.
- Bekräftigung** durch Handauflegen der Zeugen 55; durch den Bann 59.251 ff. — f. Beglaubigung.
- Bertold v. Neiffen**, Protonotar 405.422.424.
- Befiegelung** f. Siegelung.
- Befitzeinweisung** durch Boten des Königs 79; Erwähnung nach der Datirung 218.
- Bestätigung**, Vorhandensein einer von der Beurkundung unabhängigen Handlung 77 ff. 90. — Bestätigungshandlung, ergänzende, firmare 48, mit verschiedenen Zeugen 65.
- Bestätigungsurkunde**, private 157; königliche 173 ff.; Eintragung auf die bestätigte Urk. 161.
- Bestandtheile** der Königsurkk. 193.
- Beurkundung** § 192 ff. — B. u. Handlung § 38 ff. — B. u. Vorlage 153 ff. — mehrfache derselben Handlung f. Ausfertigung. — in Abwesenheit des Ausstellers 127.129.464. — Reihenfolge der letzten Akte 340. — ist maßgebend für das Actum der feierlichen Datirung 410 ff.; der Monatsdatirung 427; der einfachen Datirung 440. 442.
- Beurkundungsbefehl** 199 ff. — Zusammenfallen mit der Handlung 77.81.92; Feierlichkeit, Oeffentlichkeit 77; Beurkundung desselben 241. — Gewicht des B. 223. — Beziehung der Zeugen auf B. 241. — Angabe in der Fertigungsformel 450. — ob maßgebend für die ältere Datirung 336.361.
- Beurkundungszeugen** in Privaturkk. 62 ff., Nachtragung 246. — in Königsurkk. 130 ff.; Eintragung in das Konzept 241, Beziehung auf verschiedene Zeitpunkte 242. 243; setzen Verlesung voraus 248, werden besonders verbrieft 350.
- Beweismittel** f. Eid. Gerichtszeugniss. Inquisitionszeugen. Urkundenbeweis. Zeugenbeweis.
- Beweiszeugen** geschieden von den Zeugen der Beurkundung 236.
- Bischöfe**, bischöfliche Urkk., früh in fremder Sache 50, ohne Zeugen 61, mit Beur-

- kundungszeugen 66, Verlesung auf Synoden 248, Sicherung durch den Bann 59. 80.252, Aufnahme der Aushändigungsformel 318; — bischöfl. Bann in Königsurkk. 252.
- Bischofsjahre in Königsurkk. gezählt 165.395.
- Bittstellung, in der Regel unmittelbarer Anschluß des Beurkundungsbefehles 93; läßt auf den Ort der Handlung schließen 95.
- Blanquet, mit vorausgefertigtem Protokoll und Siegel 262.279.280.292; mit Siegel 129.* 299.304.
- Breve, *breviarium privilegii* 187. — f. Brief.
- Brief, Unterscheidung vom Privileg 194.
- Briefdatierung, päpstliche, mainzer 396; königliche 439, nicht mit Actum eingeleitet 438; — sizilische 421.
- Bulle und Siegel 302.
- Caput ieiunii = Sonntag Invocavit 158.
- Character signi nostri, *karakter regie maiestatis* = Namenszeichen 229.
- Chirographierung bei Königsurkk. 115. 129.*
- Chrismon 255, unausgefülltes 286.
- Clausa litterae 194.
- Commissio, ad c., beim Beurkundungsbe-
fehle 199.
- Complexe in Notarunterzeichnungen, 314.
— Completum = Actum 384.
- Confirmatum geschieden von Actum, Be-
deutung 39; c. per impositionem manuum
55; actum et c. 441.
- Copiatum, actum et c. 442.
- Corroboratio f. Beglaubigungsformel.
- Dare sententiam, *legem, bannum* 308.
- Data f. datum.
- Datere 307.309.340.
- Daten, Sprachgebrauch 307.
- Datierung 306 ff. — Bedeutung des Aus-
drucks 40.306. — Fehlen in Originalen
294.300, im ursprünglichen Konzepte 207.
210; Vorhandensein im urspr. Konz. 212.
218. — Stellung, regelmäßige am Ende
196.197; vor Zeugen 238.244; vor Zu-
sätzen 218.220. — Brechung in mehrere
Zeilen, dem Siegel ausweichend 209. —
Vorausfertigung 262; Eintragung vor, mit,
nach den Zeugen 231.236; nach, mit, vor
der Vollziehung 282.283; mit, vor, nach
der Rekognition 286.287.280.203; nach,
vor der Siegelung 300.301. — Lateinische
Fassung in Konzepten deutscher Urkunden
207; individueller Charakter 370.* 377.*
Beeinflussung der Fassung durch Vorurkun-
den 177'; einleitende Ausdrücke in Privat-
urkk. 42 ff., in Königsurkk. 84; Nennung
von Bischofsjahren 165.395; Verbindung
mit der Zeugenangabe zu einer Formel 143.
— Beziehung auf die Handlung in Privat-
urkk. 45 ff.; in Königsurkk. 100 ff.; Ein-
fluß von Akten 191; auf die Beurkundung
in Privaturkk. 44 ff.; in Königsurk. 85 ff.;
— auf die Siegelung 58. — Nichteinheit-
liche 117 ff. — Willkürliche 127 ff. — Be-
einflussung durch Vorurkk. 157.158.160.
166.168.169.178.181.* — Widersprüche zu
andern Angaben, vgl. 468 ff.; in der D., vgl.
378 ff. — f. Doppeldatierung, Vorausd.,
Zurückd., Briefd., Privilegiend., ältere D.,
Uebergangsd., feierliche D., Monatsd., ein-
fache D.
- Datum, data, Bedeutung des Ausdrucks
307 ff. — mit dem Texte vor der übrigen
Datierung eingetragen 293; mit der Tages-
angabe nachgetragen 367. — Beziehung
auf die Beurkundung 49 ff., auf die vorher-
gehende Handlung 51.* 102.106.110.113;
willkürlicher Gebrauch 100.120.440. — in
der ältern Formel 335 ff., den Uebergangs-
datierungen 379 ff., der feierl. Datierung 393
ff., der Monatsdatierung 420 ff., der einf.
Datierung 434 ff.
- Datum anno als Einleitung der Datierung
366.380.
- Datum et actum 441.
- Datum per manus f. Aushändigungs-
formel.
- Datur als Einleitung der Datierung 308.
- Dauer f. Zeitabstand.
- Deutschland, Gründe stärkerer Berück-
sichtigung 34. — Unvollkommenheiten des
Urkundenwesens 53 ff.; f. Notariat. — An-
wendung sizilischer Formen unter K. Fried-
rich II. 421 ff. — Teutonici regni archican-
cellarius 177.* — f. Kanzler.
- Dictare dem Notar durch die Partei 164.*
- Dictator 203; f. Konzipient.
- Dictum, dictatum in longobardisch. Urkk.
220.
- Dinte, Unterschiede als Kennzeichen der
Nachtragung 226.343.
- Diplome f. Königsurkunden.
- Diplomatik f. Urkundenlehre.
- Doppelausfertigung f. Ausfertigung.
- Doppeldatierung nach Handlung und
Beurkundung 46.84.407.
- Dreizehntes Jahrhundert, Privat-
urkk., Zurücktreten der Zeugen gegen Ur-
kunde und Siegel 61; häufigere Datierung
nach der Beurkundung 67. — Königsurkk.,
Aufhören der verlängerten Schrift 258, der
Nachtragung des Schlusprotokoll 263;
Stellung des Signum hinter der Datierung
278; willkürlicher Gebrauch von Actum
und Datum 440; Actum et datum 441.442;
vereinzelter Gebrauch der Tagesbezeich-
nung nach Festen 188; Beurkundung der
Rechtsprüche 113.188. — f. staufische,
nachstaufische Zeit.
- Duplikat f. Doppelausfertigung.
- Echtheit und Unechtheit, Begriff 4. — E.

- der Originale nach graphischen Kennzeichen 4.⁴⁶⁸. — der Urkunden, damit vereinbare Widerprüche 468 ff.; ist nicht ausgeschlossen durch Unechtheit des Original 16; ihr Erweis nicht Aufgabe der Untersuchung 31. — der Vorlage, Nothwendigkeit ihrer Annahme bei angeblichen Fälschungen 8 ff.; ergibt sich aus Zeitgemäßheit der Formeln 469. — f. Empfänger.
- Edita** als Einleitung der Datirung 271.
- Ego** als Einleitung der Rekognitionsformel 285.290.296.
- Eid** der Zeugen 55.
- Eigenhändigkeit** des Vollziehungsstriches 224 ff.; der Rekognition 285.287.²⁸⁹.290.363.389; der Datirung 363.389, und der Aushändigungsformel 329.330.404.405; der Fertigungsformel 450. — f. Unterschrift.
- Elftes Jahrhundert**, häufigere Nachtragung des Eingangsprotokoll 258; häufigeres Fehlen der Tagesangabe 367; Aushändigungsformel in bischöfl. Urkk. 319.
- Einfache Datirung** 392.434 ff.
- Eingangsprotokoll** 255 ff. — Bestandtheile 193; Vorausfertigung mit dem Schlussprotokoll 261; Behandlung im Konzept 210; Aenderung bei Neuausfertigung 167; Beeinflussung der Fassung durch Vorurkunden 177; Widerprüche zu andern Angaben 470.
- Eingangszeile**, Inhalt, graphische Behandlung 255 ff.
- Einreichung** von Abschriften an die Kanzlei 166*; eingereichte Urkk. als Vorurkk. benutzt 179.⁹
- Einrückung**, Transumirung, Inserirung von Privaturkk. 157, Königsurkk. 172.⁹ in ein Zeugniß der Beurkundungszeugen 250, von Urkk. spätern Datums 127.* 448.
- Empfänger**, Schluss vom E. auf den Ort der Handlung 95.96; legt den Text vor 164.⁹; Uebergabe an den E. 313.317.318; Zurückdatirung im Interesse des E. 128; Verschiedenheit des E. bei Gleichheit des Protokoll Zeichen der Echtheit 7.105.
- Entwürfe**, Punktationen, Propositionen, Verhältniß zur Urk. 115, zum Konzept 213.
- Eo tempore** als Zeichen nachträgl. Beurkundung 90.
- Epakten** in Königsurkk. 164.
- Epochentage** der Jahresangaben, Erschwerung der Berechnung durch Nichtstimmen von Jahresangaben und Tag 344.457; — des Monats, Eintragung in die Reinschrift 345.346.
- Erlaß** von Gefetzen nicht bestimmend für die Datirung 114.
- Erneuerung**, Renovation von Urkk. f. Neuausfertigung.
- Erzkanzler** rekonnoßirt in Abwesenheit des Kanzlers, bei Erledigung der Kanzlei 291; f. Rekognition; — ist Aushändler 327; — regni Teutonici 177*; — für Italien 320.
- Factum, facta**, als Einleitung der Datirung 42.384.
- Fälschung**, Annahme der F. nicht ausreichend zur Erklärung der Widerprüche 4 ff. — Kennzeichen der F. 482, unzeitgemäße Formeln 9.469, der Anschluß an Unregelmäßigkeiten der echten Vorlage 10*; Erschwerung des Beweises der Unechtheit 482. — F. in der Kanzlei 4, durch Zurückdatirung 128. — F. von Originalen echter Urkk. 16. — Behandlung von F. in Regestenwerken 492.
- Familiares** des Königs als Fürbitter 134.
- Fassung** des Textes in gegenwärtiger und vergangener Zeit 89.90; in erster und dritter Person 471; nichtkanzeileigemäße wegen Vorlage durch den Empfänger 164; veraltete aus Vorurkunden 174; knappe F. der Rechtsprüche 188.189; Aenderung der F. bei Neuausfertigungen 166. — Verschiedenheit der F. für Text und Protokoll 214. — Einfluß der Vorurkk. auf F. des Protokoll 177. — f. Lateinische Fassung.
- Feierliche Datirung** 392 ff.; Einfluß auf den ungenauen Gebrauch von Actum und Datum 440; — feierl. Monatsdatirung 420 ff.
- Fehlen** des Eingangsprotokoll, der ersten Zeile 255.258; — der Fürbitter 175; — der Gaunamen und Grafennamen 154; — der Beglaubigungsformel 217; — der Zeugen in bischöfl. Urkk. 61, in ältern Königsurkk. 70.130; der angekündigten Z. in Privaturkk. 245.246; der Unterzeichnungen der Z. 55; — des Schlussprotokoll 263; — der Signumformel 274; — des Vollziehungsstriches 282.283; — der Rekognition und Datirung 277; der Rekognition 287; wegen Abwesenheit des Kanzler 291; — des Siegel 301; — der Datirung 294.300; von Tag und Ort wegen Nichtfüllen der Lücken 343.347, des Datum der feierl. Datirung 398; — des Orts 348.462. — der Tagesangabe in Privaturkk. 45, bei Datirung nach der Handlung 104; wegen Nichtfüllen der Lücke 347, wegen Nichtlassen der Lücke 367; in der Uebergangsdaturung 380, feierlichen Datirung 398, einfachen Datirung 438; im Konzepte 455.
- Festtag**, hoher, veranlaßt doppelte Tagesangabe 108.
- Festrechnung**, Tagesangabe nach den Festen, bei Rechtsprüchen 113.188.189; bei Wiederholung unter Actum 108.337; ausnahmsweise in Königsurkk. des dreizehnten Jahrh. 129.

- Fertigungsbefehl** 221 ff. — entspricht der Datirung unter Jussum 336; ertheilt nach gefchehener Verlesung 249.250; mit dem Banne 253; ist maßgebend für die Zeugen 239.432; für die ältere Datirung 362 ff., die Uebergangsdaturung 390, das feierl. Datum 406, das feierl. Actum 412. 413.415, die Monatsdatirung 430.433, die einfache Datirung 448. — des Königs maßgebend für das feierl. Actum, des Protonotar für das Datum 416. — mehrfacher bei mehreren Ausfertigungen 432.447.
- Fertigungsformel**, Verhältniß zu Aushändigung und Rekognition 450, Zusammenhang mit der Datirung 451, mit derselben nachgetragen 456; Erwähnung des Beurkundungsbefehles 199.
- Firmare per cartam** 48, coram testibus, testes firmare 55.
- Form**, entscheidend für den Begriff der Urkunde 38; F. der Urk. und des Akt 56. 183; der deutschen Privaturkk. 54, steigende Vernachlässigung der urkundl. F. 56. — der Königsurkk. entspricht einem unanfechtbaren Beweismittel 70; ungewöhnliche F. der Königsurkk. 116.
- Forma**, Vertragsurkunde 115. — in f. publicam redigere 184.
- Formalakt** bei Urkundszeugen 55.234; bei Freilassung bestimmend für die Rechtswirkung 75. — f. Handlung. Tradition. Uebergabe.
- Formeln**, Beibehaltung auch bei Aenderung der Sache 29.197.469. — Abkürzung in Konzepten 207. — Zulässige Widersprüche, Kennzeichen der Echtheit und Unechtheit 469. — f. Aushändigungs-, Beglaubigungsformel u. f. w.
- Formulare**, durch Benutzung derselben veranlaßte Mißgriffe 154, und Nachträge 216; Vorurkk. als F. benutzt 180.181; genügt nicht als Konzept 204; Verweisung auf F. im Konzept 207.
- Französische Uebersetzungen** von Urkunden K. Heinrichs VII. 250.
- Frauen** als Zeugen in Königsurkk. 136. — f. Königin.
- Freilassungsurkunden**, private 41, königliche 75, Unvollständigkeit des Protokoll 195.228.
- Friedrich I., K.**, wenig Verschiebungen des Itinerar 452; Hervortreten des Protonotar 328; Aufhören der Ankündigung eigenhändiger Unterzeichnung 228; Aushändigung 320.324.325.327; Art der Siegelung 303; Schlusswunsch 399; Aufhören der Uebergangsdaturungen 379 ff.; Aufkommen der feierl. Datirung 394; Fehlen des feierl. Datum 398; einfache Datirung 434 ff.; geänderte Stellung der Tagesangabe am Ende 460.
- Friedrich II., K.**, Einreichung der Privilegien in Sizilien 158*; Erneuerung der Urkk. mit dem Namen K. Ottos IV. 176*; Beurkundung durch Andere auf seinen Namen 129*. — Protonotare 405.422.430; sizil. Notare 405.422; Erwähnung der Schreiber 198. — Aushändigung 321. 324.327, Aufhören der Erwähnung 430; Schlusswunsch 309.425; Jahresangaben 22*; Monatsdatirung 420 ff. — Verschiebungen des Itinerar 121.452. — Regest von Neapel, Einrichtung, Fertigung nach Konzepten 207.210; Bezeichnung der Urkunden 194; scribere, dare 310; Erwähnung des Beurkundungsbefehls und des Schreiber 198.451; Siegelung 305; Datirung 421.447.449; Verschiebungen des Itinerar 459. — Regest von Marseille 198*. 207*.
- Freising**, Traditionen 56.
- Fürbitte**, um Bestätigung, um Beurkundung 77.78.
- Fürbitter**, Intervenienten, Arten, Bedeutung 133; Uebergang zu Zeugen 134.136; Erwähnung in der Narratio 135. — Nichtübereinstimmung mit Ausstellort 99*; Nennung von Verstorbenen 265, von Beurkundungszeugen als F. 134.136. — Behandlung bei Neuausfertigung 170*; Einfluß der Vorurkunden 175. — Behandlung in Regestenwerken 489.
- Fünfzehntes Jahrhundert**, Reichsregistraturbücher 207*.
- Fürsten**, Fürbitte, Rath, Zustimmung 133. 134.136. — Aufkommen fürtl. Siegel 57. — geistliche F. f. Bischöfe.
- Fulda**, steigende Vernachlässigung der urkundl. Form 56; willkürliche Verarbeitung der Urkk. 132.
- Fufs**, Bestimmung der Länge in Urkk. 29*.
- Geber** f. Aushändler.
- Gegeben** = Datum 308; g. durch hende 323.
- Gelehrte**, Fälschungen durch G. 12.265*.
- Gerichtsakten** f. Hofgerichtsakten.
- Gerichtsurkunden**, italienische, Placita, Unterzeichnungen 131.290, Noteneigenhändigkeit der kgl. Unterzeichnung 228. — f. Rechtsprüche.
- Gerichtszeugniß**, nicht überall üblich 56.
- Gefchehen** = Actum 43.442.
- Geschichtliche** und urkundliche Ueberlieferung 38.
- Geschichtsschreiber**, Nothwendigkeit der Verwerthung ihrer Angaben 35, Unvereinbarkeit derselben mit dem urkundl. Itinerar 359.452. — Bevorzugung der Beschäftigung mit den G. gegenüber den Urkunden 496.
- Geschlossene Briefe** 194.

- Gefchrieben = Actum 442.
 Gefetze, Datirung 114'.
 Gefändnifs, die Urk. als G. des fich verpflichtenden Aussteller 59.
 Gestum, gesta, als Einleitung der Datirung 42.
 Gewohnheiten, Consuetudines, durch Investitur beftätigt 76.
 Glaubwürdigkeit der Urkk. f. Urkundenbeweis.
 Goldbuchftaben, Anwendung bei Diplomen 164*.
 Grafennamen, Fehlen veranlaßt durch Formulare 154; Wiederholung aus Vorurkk. 174'.
 Graubündten, Datirung mit Tractum et scriptum 47.
 Groffa, Reinfchrift 250.
 Grofshofjuftitiar urkundet im Namen des Kaifers 129.
 Grufsformel, Salutatio, als Kennzeichen der Briefe 194.
 Gut, liegendes f. Königsgut. Verleihung.
 Haarftiche für das Monogramm vorgezeichnet 225.
 Handauflegung der Zeugen 55.
 Handlung, Begriff 39. — H. und Beurkundung 38 ff. — ift nicht maßgebend für das ältere Actum 334; Berücksichtigung bei der Uebergangsdatirung 384.390, der feierl. Datirung 406.407; der Monatsdatirung 427.433; der einf. Datirung 437 ff. 442.448.449. — Berücksichtigung der Zeit der H. in Regestenwerken 489.
 Handlungszeugen in Privaturkk. 62 ff.; Zufügung 244.245. — in Königsurkk. 130 ff. 143 ff.; Vorhandensein im Konzepte 241; kenntlich an der Ortszugehörigkeit 440.
 Handfchuh, Guanto, Chirotheca, beim Marktrecht 75.
 Handzeichen, Signum manus, private 29.55. — des Königs f. Unterzeichnung.
 Heinrich I., K., Vollziehungsftich 226.
 Heinrich II., K., Vollziehungsftich 226; Befiegelung 303.
 Heinrich III., K., Bedeutungslofigkeit der Fürbitte 133; Vollziehungsftich, Beizeichen 225.226; Rekognitionszeichen 285.
 Heinrich IV., K., älteste Transfumirung 172; Uebergang von Fürbittern zu Zeugen 133.134; Vollziehungsftich, Beizeichen 226; Rekognition, Einleitung mit Ego 290.
 Heinrich V., K., Fürbitter und Zeugen 134; Vollziehungsftich, Beizeichen 226; Form der Rekognition 290; Datirung 379.382.386.394.
 Heinrich VI., K., Aushändigung 324.326.327.328; Schlufswunsch 399; Einfluß fizilicher Datirungsformen 421.424; Fehlen des feierl. Datum 398; wenige Verfchiebungen des Itinerar 452.
 Heinrich (VII.), K., Einfluß fizilicher Datirungsformen 422 424.426; willkür. Gebrauch von Actum und Datum 101.440; Ungenauigkeit der Datirung 419.445; Verfchiebungen des Itinerar 419.452.
 Heinrich VII., K., Verfchiebungen des Itinerar 452. — Reste des Reichsarchiv, allgemeiner Bestand 190; Formulare 154; Spezialregesten, Abfchriften älterer Urkk. 180; Akten 185 186; Rathsprakolle 199; franzöfifche Texte 250; Konzepte 206, Korrektur 208, Datirung 210, Zeugen 236.237; keine Theilnahme des Kanzler an der Beurkundung 208.297.
 Heinrich v. Catania, Protonotar 430.
 Heinrich v. Tanne, Protonotar 422.424.430.
 Hofakten, Acta curiae 185; — des kgl. Hofes 187 ff. — fürftliche, daraus Zeugen in Privaturkk. 245.
 Hofgerichtsakten, Benutzung für Rechtsprüche und Urkk. 188.189.
 Hofkanzlei f. Kanzlei. — Hofkanzleiakten 190.
 Hofnotar, erfter, Notarius regalis camere 208.
 Hoftag, Vornahme der Handlung auf einem H. zu vermuthen 96; Datirung von der fpätern Zeit des H. 97, aus der Nachbarschaft des Hoftagsortes 98.
 Jahresanfang, Schwierigkeit feiner genaueren Feftstellung 344; nicht verfchiedene gleichzeitig in Gebrauch 457.
 Jahresangaben, Unrichtigkeit wegen Unkenntnifs und Willkür 22.* 124.344; Zuläffigkeit, von Schreibfehlern 22.24 — Nachtragung in die Reinfchrift 342, Angabe im Konzepte 370. — Zusammenwerfen von J. der Handlung und der Beurkundung 52.* 113, vgl. 478. — J. des feierl. Actum entspricht dem Datum 411; verfchiedene in Actum und Datum 407. — Gründe des Nichtftimmens der J. unterfich, oder mit Tag und Ort, oder mit dem Tage, vgl. 478.479. — Behandlung in Regestenwerken 490.491. — f. Bifchofsjahr.
 Epakten. Indiktion. Inkarnationsjahr. Re-gierungsjahr.
 Idus, Nachtragung der Tagesziffer 345.
 Jerufalem, Königreich, Kanzler als Aushändiger 327.
 Imbreviatur von Notariatsinstrumenten 184.186; ift maßgebend für die Datirung 116, vor der Verlefung vollftändig auszuführen 247. — f. Breve.
 Immunität, Nothwendigkeit der Beurkundung 83.
 Impressio sigilli 303.
 Indiktion, kaiferliche unter K. Friedrich II. durch griechifch-fizilliche verdrängt 422;

- genuesische 116. — einzige Jahresbezeichnung der Briefe 194. — Stellung in der ältern Datierungsformel 332, in der feierlichen 393.424, in der einfachen 436.
- Inkarnationsjahr**, Anfang 344.457, Zahlung von den Iden des Dezember 28. — Nichtstimmen zu den übrigen Jahresangaben 374.
- Inquisitionszug** 56.
- Inscriptio** f. Adresse.
- Inferirung** f. Einrückung.
- Instrument** f. Notariatsinstrumente.
- Interpolation**, nicht jeder dem Empfänger günstige Zusatz ist l. 166.
- Intervenienten** f. Fürbitter.
- Investitur** mit der Urkunde 73.79; bei Verleihungen von Gut 74; des Notar, des Legitimierten, mit Rechten und Gewohnheiten 76; bei Bestätigungen 79.
- Invokation**, Verbalinvokation 255; fehlt einfachen Privilegien 195, vgl. 398; Andeutung im Konzepte 259.
- Italien**, Gründe der geringeren Berücksichtigung 33. — Größeres Gewicht des Urkundenbeweises 54; häufigere Erwähnung der Handlung des Königs 76; Notariatsakte und Instrumente 184; Benutzung von Akten für Königsurkk. 187; Anwendung sizilischer Formen unter K. Friedrich II. 421. — f. Gerichtsurkk. Longobard. Urkk. Sizilien. Erzkanzler. Kanzler. Notare. Wochentag. Monatstag.
- Itinerar**, urkundliches, Wichtigkeit, Bedenken gegen die Richtigkeit 1.2; Wichtigkeit im allgemeinen 117.338. — Verschiebungen, Regelmäßigkeit 24, Kennzeichen 356 ff.; bei der älteren Datierungsformel 335.353 ff., Uebergangsdaturung 391, feierl. Daturung 417 ff., Monatsdaturung 429, einf. Daturung 452 ff.; Gründe der Verschiebungen, vgl. 459; Erschwerung der Verwerthung 483. — Behandlung in Regestenwerken 485 ff.
- Jussio**, Beurkundungsbefehl 200.
- Jussum** als Einleitung der Daturung 336.
- Kaiser** f. König. — Kaiserlich und königlich, geringe Beachtung des Unterschiedes im Texte 154.257.260; kaiserl. Text mit königl. Protokoll 176; königl. Text mit kaiserl. Protokoll 167. — Kaiserl. Protokoll mit Daturung aus der Königszeit 103.106.168; kaiserl. Eingangsprotokoll zu königl. Schlusprotokoll 262; kgl. Eingangsprotokoll zu kaiserl. Schlusprotokoll 266; kgl. Signum zu kaiserl. Daturung 279; kaiserl. Siegel an kgl. Urk. 305. — Erwähnung der Kaiserjahre in Königsurkk. des Sohnes 178. — Aenderung des königl. in den kaiserl. Titel bei Neuausfertigung von Privaturkk. 176.*
- Kalenden**, Nachtragung und Auslassung der Tagesziffer zu denselben 345.346. — Irrige Nennung des laufenden Monats zu den K. 22¹.125.126.346^o; irrige Zurückbeziehung des Monats 426. — Wechsel des Monatsnamen mit Beginn des Kalendenabschnittes 28.311.426.
- Kampfgesetze**, Ottonische 54.
- Kanzlei**, Hofkanzlei, Reichskanzlei, Ungenauigkeiten 27; Fälschungen 4.128; fertigt die Rechtsprüche aus 188; urkundet in Abwesenheit des Königs 270.464. — Scheidung der Kanzlei für das Reich und für Baiern unter K. Ludwig IV. 207.*
- Kanzleiakten** 190.
- Kanzleigebrauch**, ungenauer 28. — Kanzleistil, *stilus cancellariae* 174; f. Formeln.
- Kanzleiweisung** zur Nachtragung der Daturung 300, und der Zeugen 231; auf Vorurkunden behufs neuer Beurkundung 205.
- Kanzler**, Hofkanzler, Reichskanzler, f. Rekognition. — erhält den Beurkundungsbefehl 200; Betheiligung an der Konzipierung 203, Zurücktreten bei den Kanzleigefährten 200.291.328, Nichtbetheiligung unter K. Heinrich VII. 208; unter K. Karl IV. tatsächlicher Leiter der Kanzlei 297.450; Nennung als Aushändiger 324.327.328; ist Siegelbewahrer 297, siegelt in Abwesenheit des Königs 129. — K. für Italien, Verwendung in italienischen Angelegenheiten nach Niederlegung des Amtes 124, Nennung als Fürbitter 133; rekognosziert Urkk. für Deutschland 168.291; rekognosziert mit Ego 290. — K. für Sizilien, Nennung im Datum, Aufhören des Amtes 421.430. — K. für Jerusalem als Aushändiger 327.
- Kapitularen**, Daturung 114.
- Karl IV.**, K., tatsächliche Geschäftsführung d. Kanzlers 297.450; Beurkundung im Namen des abwesenden König 129^o; Beurkundungsbefehl 199; Fertigungsformel 450 ff.; Aushändigung und Rekognition 328.450; Jahresanfang 457; Verschiebungen des Itinerar 461; Zurückdaturung nach der Handlung 111.448.463; Daturung in Abwesenheit 464. — Regest, ist Abschrift 21, von Konzepten 207.210; Beurkundungsbefehl 199.450 ff.; Eingangsprotokoll 210; Zeugen 235.236.237; Schlusprotokoll 216; Daturung 447.449.454 ff. 462.
- Karolingische Zeit**, Privaturkunden, Beurkundung vor der Handlung 41, Handlung und Beurkundung an denselben Tage 44.51, vor denselben Zeugen 63; Urkundenbeweis 54; Zeugen 55. — Königsurkunden, Nothwendigkeit der Beurkundung, vorhergehende Handlung 72.83; Beurkundungsbefehl 200; Vollziehungsstich 226; Bestätigung durch Zufügung des Signum

- 161; der Ausdruck Datum 307, Datirung 332 ff.; Kapitularien 114.
- Kassirung von Konzepten und Ausfertigungen 207.
- Kirche als Ort der Uebergabe 315.
- Köln, Erzbischof, erste Siegel 57, Gebrauch der kgl. Datirung 394. — Provinz, Nichtgebrauch der feierl. Datirung 396.
- König, Zeitpunkte seines Eingreifens in die Beurkundung 196.223.253; erteilt den Beurkundungsbefehl 198 ff., ist weiter oft unbetheiligt 201; Fertigungsbefehl und Vollziehungsbefehl 221 ff.; Unterzeichnung 224 ff.; Unterschrift 228; ist Zeuge 53. 132; siegelt, befiehlt Siegelung 297. — Königlich und kaiserlich f. Kaiser.
- Königin als Fürbitlerin 133; Unterzeichnung u. Zeugenschaft 296.
- Königsbann f. Bann.
- Königsgut, der Besitz erfordert Beurkundung 83.
- Königsurkunden 70 ff.; vgl. die Uebersicht.
- Komposition f. Zusammensetzung.
- Konrad I., K., Vollziehungsstrich 226.
- Konrad II., Vollziehungsstrich 226.
- Konrad III., K., Wechsel des Kanzleipersonal 384; Scheidung der feierlichen und einfachen Privilegien 195; Eingangsprotokoll 206^o; Aufhören der eigenhändigen Unterzeichnung 227; Rekognition 290.389; Aushändigung 320.324.325.327; Siegelung 303; Datirung 379 ff. 434.438.
- Konrad IV., K., Monatsdatirung, sizilische Notare 434.445.
- Konzept 202 ff. — von Privaturkk. 244. — Aufbewahrung in der Reichskanzlei 180. — bleibt längere Zeit unausgefertigt 264. 267; erklärt Genauigkeit nachträglicher Beurkundung 191. — ist Grundlage des Fertigungsbefehles 221, wird verlesen 249. — Nothwendigkeit eines K. für die Zeugen 235, Zufügung der Zeugen 236.237.240. 244.245.385. — Behandlung des Eingangsprotokolls 259; des Schlussprotokolls 264; des Signum 279; der Rekognition 289. 296.^o389; der Aushändigungsformel 331. 404.405. — wird maßgebend für Angaben der Datirung 377^o; wird durch Datirung beglaubigt 404.450; Behandlung der älteren Datirung 366 ff.; der Uebergangsdatirung 388.389; der feierl. D. 399.403 ff. 414 ff.; der Monatsdatirung 421.431; der einfachen D. 439.448 ff.
- Konzeptbücher 207.
- Konzipient und Reinschreiber 203.198; Unterschied der bezüglichen Schreibfehler 20.23.
- Kopie f. Abschrift.
- Korrektor, Nennung unter K. Karl IV. 207.
- Korrektur der Konzepte 208; Fehlen kennzeichnet Abschrift 207. — der Reinschrift, im Texte 263.265, der Jahresziffern 262; des Tages und des Ortes 349.352. — f. Aenderungen.
- Kreuz f. Handzeichen.
- Krönungstag, Beurkundung der auf ihn fallenden Handlungen unter späterem Datum 97, unter demselben D. 108.110.^o112. 448.
- Kundmachung, öffentliche, durch Verlesung 248; Publikation maßgebend für Datirung von Urtheilssprüchen 102, von Gesetzen 114.
- Kundmachungsformel, Promulgatio, gehört zum Texte 193; nicht ausschlaggebend als Kennzeichen der Privilegien 194. 195; Vorfertigung 256.
- Land, Vornahme der Handlung im bezüglichen Lande 94.99; Hoftage für einzelne Länder 96.
- Landesgenossen als Zeugen 234.
- Lateinische Fassung von Rekognition, Aushändigung u. Fertigungsformel in deutschen Urkk. 450.451; der Datirung im Konzepte 207.449.454.456.
- Lectum in der Datirungsformel 247 ff. — — legendae litterae 247.
- Legimus des Erzbischofs von Ravenna 247.
- Legitimation, Form 76.
- Lehensakten 191.
- Lehensurkunden, früher nicht üblich 82, Nichterwähnung der Investitur 74.
- Linien, vorgezogene 261.275.276, Benutzung für das Monogramm 225.
- Litterae patentes, clausae 194; simplices, communes, legendae 247. — f. Brief.
- Longobardische Urkunden, Festhalten an der Sache nicht mehr entsprechenden Formeln 29.^o — Beurkundungsbefehl 200; Datirung danach 361.
- Lothar III., K., Wechsel des Kanzleipersonal 384, Einfluß der Privaturkk. 116. 384 ff., Erzkanzler 320. — Vollziehungsstrich 226, Rekognition 290.389, Aushändigung 320 ff., Siegelung 303, Datirung 379 ff. 434.
- Lothringen, Signa der Zeugen 131.132.
- Ludwig III. das Kind, K., vormundschaftliche Regierung, Fürbitte 133, Vollziehungsstrich 225.226, Rekognition 292, Siegelung 304.
- Ludwig IV., K., Konzepte 210.449, Rekognition und Aushändigung 451, Jahresanfang 457, Verschiebungen des Itinerars 461. — Registraturbuch 207, Datirung 447.449. 454.455.
- Lücken wegen Benutzung von Formularen 154; für Angaben der Datirung 341 ff. — Verlassen auf die L. 366. — f. Fehlen.
- Mainz, erzbischöf. Urkk., Datirungsformen,

- Einfluss auf Königsurkk. 395.396.435, auf die Zeugenaufrührung 135; — nachträgliche Beurkundung mit Datum 51, Zusammenwerfen verschiedener Zeugen 68.¹
- Mandatum**, per m., de m., ad m. 198.199; f. Beurkundungsbefehl.
- Manus**, actum per m. 43.321.410; — datum per m. f. Aushändigung; manu dare 326. — m. propria beweist nicht Eigenhändigkeit 228. — Tradition per m. des Königs 74. — m. in cartam mittlere 55. — f. Eigenhändigkeit. Handzeichen.
- Marktrecht**, Verleihung durch Handschuh 75.
- Medium**, testes in m. introducere 234.
- Memoria**, beatae m. 265, ad m. 267.
- Merovingische Zeit**, Beurkundungsbefehl 200; Ausdruck Datum 307.309; Datierung 331.
- Metallbulle** und Wachsiegel 302.
- Mitherrscher**, Verwendung seines Protokoll 262, Nachtragung desselben 269.
- Mitunterzeichnung** f. Unterzeichnung.
- Monatsangabe**, Widersprüche zu andern Angaben 480; — über der Seite im Regest Friedrichs II. 207.
- Monatsdatierung** 420 ff. — einfache, Bestimmung durch die Reinschrift 445; Einfluss auf den ungenauen Gebrauch von Actum und Datum 440; Verschiebungen des Itinerar 121.
- Monatsname** ist Theil der Tagesbezeichnung, Voreintragung 345, Schreibfehler 22.¹24. — Nennung des laufenden zu den Kalenden f. Kalenden.
- Monatstag**, Bezeichnung nach römischem Kalender 345, ist Zeichen der Datierung durch deutsche Kanzleipersonen 424.430; durchlaufende Zählung durch italienische und sizilische Notare 405.421; ital. Zählung nach eingehendem und ausgehendem M. 422.430.
- Monogramm** f. Namenszeichen.
- Mundbriefe**, unvollständiges Protokoll 195.228.
- Nachbildung**, Nachzeichnung der Originale 16.166.²
- Nachfolger**, beglaubigt Urkk. des Vorgängers 156, besiegelt sie 163.305, fertigt sie neu aus 171, Zufügung seines Schlussprotokoll 268, gebraucht Siegel des Vorgänger 304.
- Nachkarolingische Zeit**, Privaturkk., Beurkundung vor der Handlung nicht mehr üblich 41; Zurücktreten des Urkundenbeweises 54, Zeugenbeweis 55, Vernachlässigung der urkundl. Form, unbeglaubigte Akte 56.183. — Königsurkk., größeres Gewicht der Handlung 72 ff., häufiger nachträgliche Beurkundung 83; Fehlen, vereinzelter Vorkommen der Zeugen 130.132, Unterzeichnung 131, Fürbitter 133, Datierung 332 ff.
- Nachstaufische Zeit**, Umgestaltung des Schlussprotokoll 287²; Aufhören der Monatsdatierung 424; ausschließlicher Gebrauch der einfachen Datierung 392; Verschiebungen im Itinerar 452.
- Nachträgliche Beurkundung**, Privaturkk. 44.50.60, mit Handlungszeugen 65. — Königsurkk. 83.86, Häufigkeit 92, Genauigkeit 191; mit Beurkundungszeugen 141, mit Handlungszeugen 144; mit Datierung nach der Handlung 110, Einleitung mit Actum 101 ff. — f. Zeitabstand.
- Nachtragung**, in die Reinschrift, graphische Kennzeichen 293.343, durch dieselbe Hand 293.300.443; — des Eingangsprotokoll 258; von Zusätzen zum Texte 216; der Zeugen 231 ff., einer zweiten Zeugenreihe 236, der Zeugen in Privaturkk. 245; der Angabe über die Verlesung 249; des Schlussprotokoll 263 ff. 397; der Signumzeile 278, des Monogramm 275, des Vollziehungsstriches 224 ff. 280 ff.; der Rekognition 277.286 ff., der Aushändigung 329.330.405, der Fertigungsformel 450; der Bezeichnung des Siegels 302, der Besiegelung 163.305; — der Datierung oder einzelner Theile derselben zum Konzepte 207.363 u. f. w.; zur Reinschrift 277.293.300.340 u. f. w.
- Namenszeichen** des Königs, Monogramm, Signum 224 ff. 272 ff.; Zufügung zur Beglaubigung 161¹; noch nicht passendes wegen Neuausfertigung 171². — Zeile des königlichen N., Signumzeile 272 ff., Stellung zwischen Actum und Datum 400, Vorkommen in nachstaufischer Zeit 287², Andeutung im Konzepte 238, Wiederholung aus Vorurkk. 177, Widersprüche zu andern Angaben 475.
- Narratio** als Theil des Textes 193; Nennung der Fürbitter und Anwesenden 135. 237; beginnt schon in der ersten Zeile 255.
- Neuausfertigung** von Privaturkunden 157 ff., von Königsurkunden 166 ff.; geänderte der spätern Zeit 446; mit Beibehaltung der Zeugen 146.²176; unter laufendem Protokoll 265²; mit späterer Rekognition 289; mit Beibehaltung der Datierung 51.447, mit Aenderung der D. 440; der Urkk. von Usurpatoren 176¹.
- Neuenburg** im Elsass, Königsurkk. 164.
- Nichteinheitliche Datierung** 117 ff.; vgl. 478 ff.
- Nominis impressio**, Namenszeichen 229.
- Nonen**, Nachtragung mit der Tagesziffer 345.
- Norbert**, Erzb. v. Magdeburg, Erzkanzler 7.320.
- Notare diem, tempus, locum** 44.307.340.

- Notare** der Reichskanzlei als Vertreter des Kanzler 289.290, als Schreiber genannt 321, als Aushändler 327. — Italienische N. fertigen Königsurkk. 116.164.218; ital. und sizilische in der Reichskanzlei 405.422. — fürstliche N. als Aushändler 321.
- Notariat**, Folgen des Fehlens in Deutschland 16.54.59.157; erklärt die Ordnung des Urkundenwesens in Italien 33.54; Form der Verleihung 76.
- Notariatsakten** 184.186; f. *Imbreviatur*.
- Notariatsinstrument**, wirkt nur als Zeugnis des Notar 76, ergibt selten nachträgliche Beurkundung 50; Anordnung von Königsurkk. verschieden 196; Form königlicher Willensäußerung 116; Beglaubigung in der Kanzlei 187; Diktatur durch die Partei 164^o; Verhältniß zur *Imbreviatur* 184.186; Zeugen des Fertigungsbefehles 239; Unterzeichnungsformel 314.
- Nunc** als Zeichen nachträglicher Beurkundung 50.
- Nuper** als Zeichen nachträglicher Beurkundung 113.
- Notitia** 182.189.
- Notula litterae**, Konzept 250.
- Oeffentlichkeit** der Beurkundung bei Privaturkk. 63; der Vollziehung und Uebergabe bei Königsurkk. 73, des Beurkundungsbefehles 77.
- Oesterreich**, Kanzleinotizen H. Rudolfs IV. 199.
- Offene Briefe**, *litterae patentes* 194, Scheidung von einfachen Privilegien 195.
- Offerre**, *obtuli*, in der Rekognitionsformel 284.312.
- Original**, Urschrift, echtes und unechtes 4; unechtes echter Urkk. 16; unvollzogenes 283; Schreibfehler im O. 19.20. — f. *Reinschrift*.
- Ort der Handlung**, des Befehl entspricht nicht der Ortsangabe der Datirung 87.91.93; Bestimmung des O. der Handlung 94 ff.
- Ortsangabe** der Datirung, beschränkt sich auf die Stadt 40; Schreibfehler 21. — getrennt vom Texte im Regest K. Friedrichs II. 207, in Akten 187; im Texte bei Rechtsprüchen 113.189. — unter Actum in karoling. Privaturkk. 51, in der ältern Datirung 334 ff., im Actum und Datum 334; Stellung in der Uebergangsdatirung 382.383; in der feierlichen und Monatsdatirung 393 ff. 420 ff., unter Actum 119.418; in der einfachen Datirung 436.460. — verschiedene in Actum und Datum 408, in Urkk. desselben Tages 356. — Wiederholung im feierl. Datum 401, bei Neuauferfertigung 169, aus Vorurkk. 181; Zurückverweisung auf die O. des Actum 402. — willkürliche bei Vorausdatirung 127, bei Urkundung auf fremden Namen 129. —
- Nachtragung 343 ff. 348 ff. 364.462; nachträgliche Aenderung 349.352. — Nichtstimmen zu Fürbittern 99, zu den Zeugen 148, zu den Jahresangaben 478, zur Tagesangabe 478, zum Monate 429. — Behandlung bei Regesten 487.
- Ortsgeoffen** als Zeugen 234.
- Os**, *ex ore alicuius scribere* 200.
- Otto I., K.**, Mißgriffe wegen des Nebeneinanderfügens zweier Kanzleien 270; Vollziehungsstrich 226; Rekognition 289.291; Rekognitionszeichen 285; Ungenauigkeit der Jahresangaben 22.^o
- Otto II., K.**, Vollziehungsstrich 226; Siegelung 304.305.
- Otto III., K.**, vormundschaftliche Regierung, Fürbitte 133; Vollziehungsstrich 226; Besiegelung 303.
- Otto IV., K.**, Unbekanntheit seiner Notare mit den Formen der Reichskanzlei 412.437.440; Aushändigung 325.327; Schluswunsch 399; Datirung 393 ff., in sizilischer Form 421^o; italienische Tagesbezeichnung nach Wochentag 405, nach eingehendem Monat 422; Verschiebungen des Itinerar 452.
- Pabst**, legt Entwürfe königlicher Privilegien vor 164; — päpstliche Kanzlei, Konzeptbücher, Registrirung 207. — päpstl. Urkk., Aushändigungsformel 319, entsprechend der Rekognition 322, *Scriptum* und *Datum* 311, *Actum per manus* 43, *Lectum* 249, Datirung nach Beurkundungsbefehl 361; Datirungsformen 395.396, Einfluß auf sizilische Datirung 421, auf Briefdatirung 436.
- Paderborn**, Akte der bischöflichen Kanzlei 56.183.185.
- Passau**, bischöfl. Urkk., Zurückverweisung des Datum auf das Actum 413.
- Patentes litterae** 194.
- Per d. imperatorem u. f. w.** in der Fertigungsformel 189.
- Peractum** in der Datirung 48.
- Personennamen**, unrichtige durch Schreibfehler 19.
- Petrus de Vineis**, Reichsprot. notar 430.
- Pfalz**, Siegel, *annulus palatii* 174.^o
- Philipp, K.**, Abweichung von den üblichen Formen 440; Invokation 398, Schluswunsch 399, Datirung 393 ff., Aufkommen von Actum et datum 441, Jahresanfang 457.
- Philipp v. Matera**, sizilischer Prot. notar 422.424.
- Placita** f. *Gerichtsurkunden*.
- Poenae** f. *Strafformel*.
- Pontifikatsjahre** f. *Bischofsjahre*.
- Prekarie** 41.
- Privatarhive**, Benutzung für Königsurkk. 180.^o
- Privathandlung**, Zeugen derselben in Königsurkk. 151.

- Privaturkunden**, Gründe der Berücksichtigung 23; Handlung u. Beurkundung 41 ff.; Unzulänglichkeit als Beweismittel 54 ff.; Verhältniß zu Akten 183. — Stufen der Beurkundung 192; Anordnung 196. — Konzipient und Reinschreiber 203; Konzepte 206.220.244; Konzipierung des Textes durch den Empfänger 164; Benutzung von Formularen 154, von Vorurkk. 155 ff. — Zusätze zum Texte 220. — Zeugen, Beziehung 62 ff., Zufügung 244.245, Wiederholung aus Vorurkk. 176. — Verlesung 247 ff.; Bann 80.252. — Nachtragung des Schlusprotokoll 271, Vollziehung durch den Nachfolger 268; Rekognition, Aushändigung 323. — Siegelung 57 ff. 299.300, durch den Aussteller 297, nachträgliche 305. — Datirung 41 ff.; feierliche 396 ff.; Doppeldatirung 407; Nachtragung in die Reinschrift 443. — Einfluß auf kgl. Bestätigungsurkk. 173, auf deren Protokoll 177^a; auf Königsurkk. überhaupt, Form der Zeugenaufführung 135, Bann 252, ältere Datirungsform 333, Uebergangsdating 384 ff., feierliche Datirung 395 ff. 412, einfache Datirung mit Actum 437, mit Actum et datum 441.
- Privilegien**, Unterschied von Briefen 194, feierliche und einfache Pr. 195; Unterschied der Datirung 392.398; der Datirung einfacher Pr. u. Briefe 436; Datirung der füzilischen Pr. 421.
- Promulgatio** s. Kundmachungsformel.
- Protokoll**, Scheidung vom Texte, Bestandtheile 193, bei feierl. u. einfachen Privilegien 195. — Zufügung 254 ff.; Fehlen im ursprünglichen Konzepte 209 ff. 214, Vorhandensein 211.218. — Behandlung bei Neuausfertigungen 166 ff.; Fortlassung bei Transumirung 172; Einfluß des Vorurk. 173.^a 174.^a 177.^a — Pr. echter Vorlagen bei Fälschungen nicht geändert 10.11, geändert 12, Zusammenfassung aus mehreren Vorlagen 13.105.171. — s. Eingangspr. Schluspr.
- Protonotar**, mit Beurkundung beauftragt 200, Leiter der Beurkundung, Siegelbewahrer 297, korrigirt Konzepte 208; als Schreiber genannt 321, Aushändiger 327. 328; beglaubigt durch Zufügung des Datum 404.405, Fertigungsbefehl des Pr. 416, Zurücktretten unter K. Friedrich II. 430, Leiter bei erledigt. Kanzlei unt. K. Karl IV. 450; füzilischer Pr. 422.
- Prüfung** des Konzepts 202.221.250; durch Aushändigungsformel angedeutet 328.
- Publikation** s. Kundmachung.
- Punktion** s. Entwurf.
- Punkte**, Fehlen bei nachgetragenen Ziffern 343.
- Quittungen**, vorausdatirte 127.
- Rangordnung** der Zeugen 10.^a 235.236, italienischen Notaren nicht geläufig 405.
- Rasur** behufs Aenderung 257.262.265, des Vollziehungsstriches 282.
- Rath des Königs**, Protokolle, Antheil an Beurkundung 199; — der Fürsten in Königsurkk. erwähnt 133.134.136.
- Raumvertheilung** ergibt Vorausfertigung und Nachtragung des Schlusprotokoll 261 ff., der Signumzeile 273 ff.; Einfluß der Siegelung 299 ff. — s. Anordnung.
- Ravenna**, erzbischöfl. Hofakten 185; Unterzeichnung des Erzbischof 247.
- Rechte**, Handlung bei Verleihung von R. durch den König 75.76.78.
- Rechtspruch**, bei bloßen Bestätigungen 78, früher nicht verbrieft 82, Fertigung nach den Hofgerichtsakten 188.189, Datirung 113.449.
- Rechtswirkung** bedingt durch die Handlung bei Privaturkk. 53.60, bei Königsurkk. 82, Nothwendigkeit einer Königsurk. 71, abhängig von der Form bei Freilassung 75.
- Recitatum** 249 ff.
- Regentschaft**, füzilische, urkundet im Namen des Kaisers 129.^a
- Regesten**, Vorhandensein in der Reichskanzlei 180; Reichsregistraturbücher des 15. Jahrhunderts 207; s. K. Friedrich II., Ludwig IV., Karl IV. — neuere, Aufgabe des Bearbeiters, Behandlung der Widersprüche 485 ff.
- Regierung**, allgemeine Erwähnung derselben in der Datirung 384.395.435.
- Regierungsjahre**, Behandlung bei Kaiserdiplomen mit Datirung aus der Königszeit 107; Nennung im Datum der feierl. Datirung 396, Auslassung bei einfacher Datirung 436; Verschiebung 265.^a 371, gleichzeitige Eintragung mit dem Tag 370.^a 377.^a Nichtstimmen zu andern Jahresangab. 374.
- Registratur** genannt unter K. Karl IV., Registrirung nach Originalen und Konzepten 207. — Registraturbücher s. Regesten.
- Regnante** in der Datirungsformel 384. 395.435.
- Reichskanzlei** s. Kanzlei.
- Reichsregistraturbücher** s. Regesten.
- Reichsverweser** hat königl. Siegel, erhält Blanquette 129^a; ist Aushändiger 327.
- Reimprosa** in Urkunden 164.^a 441.
- Reinold**, Kanzler, Erzbischof von Köln 394.396.
- Reinschreiber** 203 ff.; Art der Schreibfehler 20; Einfluß auf die Datirung 370.^a; Rekognoscent als R. 289.
- Reinschrift** 202 ff.; Verhältniß zu Fertigungsbefehl und Vollziehungsbefehl 221. 222; unvollzogene 206; zur Beglaubigung eingereicht 164. — Zusätze 216, in Privat-

- urkk. 220. — Zufügung der Zeugen 231. 233. 397; Verlesung 249. 250; Bekräftigung durch Bann 253. — Vorausfertigung und Nachtragung des Protokoll 254 ff. 397, der Signumzeile 273 ff., der Rekognition 286 ff.; gleichzeitige Eintragung der Aushändigung 329. — Nachtragung der ältern Datirung oder einzelner Theile 340 ff., in der Uebergangszeit 387, des feierl. Datum 397, der einfachen Datirung 443. — Gleichzeitige Eintragung der Datirung 360 ff. u. f. w. — ist nicht maßgebend für die Datirung 310, für das ältere Actum 337, für das feierliche Datum 403; ist maßgebend für ältere Datirung 377, für Monatsdatirung 431. 432, für einfache Datirung 445. 448.
- R**ekognition, Rekognitionszeile 284 ff. — in Privaturkk. 323, doppelte in Königsurkk. 322. — Verhältniß zur Aushändigung 322 ff., zur Fertigungsformel 450. — Unterbrechung durch Monogramm 274; Stellung vor der Signumzeile 276, zwischen Actum und Datum 400, nach der Datirung 287. 450. — Eintragung mit der Datirung in die Reinschrift 340, in das Konzept 363. 365, Zusammenhang mit der Datirung in der Uebergangszeit 389. — Widersprüche zur Datirung vgl. 476, R. durch den abwesenden Kanzler 29. 129. 291, durch den früheren Kanzler 124, durch die italienische Kanzlei für Deutschland und umgekehrt 168. 177. 291.
- R**ekognitionszeichen 285. 286. 287. Fertigung vor dem Texte 299, Verdeckung durch das Siegel 301.
- R**ekognoscent 284 ff., datirt das Konzept 389. 404.
- R**ecognoscere der Zeugen 137, vor Zeugen 140.
- R**elatio, ad r., beim Beurkundungsbes. 199.
- R**elegi, relectum est 247.
- R**enovatio, renovare cartam 16. — f. Nachbildung, Neuausfertigung.
- R**eparare cartam 16.
- R**ömischer Kalender, in der Reichskanzlei üblich 113. 188. — R. Datirungsform 395. — Gebrauch von Datum in R. Zeit 313.
- R**undschreiben f. Ausfertigung.
- R**uprecht, K., Verschiebungen des Lincrar 461.
- S**alutatio f. Grußformel.
- S**alzburg, Provinz, Gebrauch der feierl. Datirung 396.
- S**anct Gallen, Aufhören der Traditionsurkk. 56.
- S**chelten, Unzulässigkeit bei Königsurkunden 70.
- S**chlusssprotokoll 261 ff. — Bestandtheile 193; Zufügung zur Beglaubigung fremder Urkunden 161. 162, zu nicht in der Kanzlei gefertigten Texten 164. — Behandlung im Konzepte 216; Vorausfertigung erklärt Lücken der Datirung 343; Nachtragung mit den Zeugen 231; Zeugen als Theil desselben behandelt 238. — in fortlaufender Zeile in staufischer Zeit 216; geänderte Gestaltung in nachstaufiger Zeit 238. 287. — Widersprüche zu andern Angaben 474.
- S**chlufswunsch, Apprecatio, willkürliche Behandlung 195, Zusammenhang mit der Datirung 193. 306, Vorkommen und Stellung bei der feierl. Datirung 393. 399, bei der Monatsdatirung 430. 425, unmittelbare Anhängung an Actum 435.
- S**chreiber der deutschen Privaturkk. 54; als Aushändler 321. — in Königsurkk. u. Regesten genannt 198. 199. 321. — Scriptor = Konzipient 203. 285 — f. Reinschreiber.
- S**chreibfehler 18 ff. — werden zu Kanzleigebrauch 28, sind Kennzeichen der Abschrift 203. 207, aus Vorurkk. wiederholt 177.
- S**chrift, Unterbrechung und Verdeckung durch das Siegel 299 ff. — Charakter der Schrift, zeitgemäßer, kanzleigemäßer, individueller als Kennzeichen der Echtheit 4. 468. 482, zulässige Widersprüche zur Datirung 468; Nachahmung bei Renovationen 16; Berücksichtigung bei Veröffentlichungen 495. — Unterschiede der Schrift oft schwer zu erkennen 293, Kennzeichen der Entstehung des Original zu verschiedener Zeit 196; zwischen Zeugen und andern Bestandtheilen 231. 232; zwischen Text u. Protokoll 214. 254 ff.; beim Monogramm 272, beim Vollziehungsstrich 224.
- S**chriftsteller, Scriptores f. Geschichtsschreiber.
- S**cribere = konzipiren 203. 285.
- S**criniarius Siciliae 422.
- S**criptor f. Schreiber. Schriftsteller.
- S**criptum in der Datirung 46. 47. 310, in päbstl. Privilegien 311. 319. — f. Reinschrift.
- S**iebenzahl der Zeugen 55. 56.
- S**iegel, Siegelung 297 ff. — Aufkommen, Werth und Bedeutung in Privaturkk. 57 ff. — Sigillum palatii, Hofgerichts. 189. — Gewicht in Königsurkunden 163. 297; öffentliche 73. — ist zum Schlusssprotokoll zu rechnen 193; Kennzeichen offener und geschlossener Briefe 194, unechter Originale und nachgebildeter Kopien 16, nachträglicher Beurkundung 103. S. bei Neuausfertigungen 158. 150. 171; Neuausfertigung wegen Aenderung des Siegels 158. Ersetzung des abgefallenen durch ein fremdes 163. — Zufügung als Beglaubigung 119. 156. 162, des Bischofs statt des Königs 165; Anvertrauung zur Beurkundung im Namen des Königs 129, besigelter Blätter f. Blanquet. — Befehl zur Vollziehung durch

- S. 222; S. vor und nach der Unterzeichnung 283, zwischen Actum und Datum 400, auf der Rückseite 159. — Datirung nach der Siegelung 58.312; actum sub sigillo 43. — Widersprüche zu andern Angaben 477.
- Siegelbewahrer, Sigillarius 297.
- Siegelstempel, angebliche rasche Fertigung 110.305; aufbewahrt, zerfchlagen 304.
- Signare = unterzeichnen u. siegeln 57.
- Signum f. Beizeichen. Handz. Namensz. Rekognitionsz. Unterzeichnung.
- Sizilien, Kanzler 421.430, Protonotar, Scrianiarius 422, Logothet 430, Notare in der deutschen Kanzlei K. Friedrichs II. 422, K. Konrads IV. 424.445; Form der Privilegienerneuerung 158^o; Datirungsformen 421; Einfluss deutscher Formen auf Urkk. für Sizilien 422, u. umgekehrt 422. 430, daher Ungenauigkeiten 440.
- Solidare cartam 55.
- Staufische Zeit, Erwähnung der Zeugen in der Beglaubigungsformel 139, Aufheben der eigenhändigen Unterzeichnung 227, Ankündigung des Signum 229, Lösung des Monogramms von der Formel 272, Aufheben des Nichtstimmens von Rekognition und Datirung 296.416, Datirung 331.379 ff., beglaubigte Abschrift 157^o.
- Strafformel, Poena, gehört zum Texte 193, Inhalt 252, wechselnde Stellung 215. 217.218^o.
- Stufen der Beurkundung 196.
- Stunde, Datirung nach der St. 40.
- Subnotatio testium 239.
- Subscripti in d. Rekognitionsformel 285.
- Subscriptio der Zeugen 239, der Z. und Datirung 231.
- Tag, Zusammenfallen des T. der Handlung u. der Datirung 109; Tag der Handlung nicht auch Tag der Beurkundung 108^o. — Gebundene Tage, Beachtung im Hofgerichte 188. — f. Montag. Wochentag.
- Tagesangabe, Schreibfehler 22. — Stellung in der ältern Datirungsformel 332, Verschiebungen 368^o. 369.374^o, nach Vorurkk. 177^o; in der Uebergangsdaturung 381 ff.; in der feierl. Datirung 393, ausnahmsweise im Actum 419; bei einf. Datirung am Ende 436.460; im Regest K. Friedrichs II. 207; im Text von Rechtsprüchen 113. — Doppelte T. nach verschiedenen Zählungen 108.113.338.341. 383. — f. Fehlen. — Nachtragung in Reinschrift 343 ff., im Konzept 364 ff.; bei Uebergangsdaturung 383; feierl. Datirung 398.419; einfacher Datirung 440.453, mit der Fertigungsformel 456 ff. — Aenderung in der Reinschrift 349, im Konzepte 454. — Wiederholung aus Vorurkk. 169.178^o. 181. — Widerspruch zu den Jahresangaben 478, zur Ortsangabe 479, zur Monatsangabe 480, unter mehreren Tagesangaben 481. — Behandlung bei Regesten 486.
- Tageszählung f. Festrechnung. Montag. Römischer Kalender. Wochentag.
- Tageszeit, Angabe ders. in der Datir. 40.
- Tagesziffer, Nachtragung 345.346.
- Teutonicus regni archicancellarius 177^o.
- Text, Scheidung vom Protokoll, Bestandtheile 193; Beschränkung des ursprüngl. Konzept auf den T. 209 ff. 214; Fertigung vor oder nach dem Protokoll oder dessen Theilen 254 ff. — rührt von zwei Herrschern 267; nicht in der Reichskanzlei gefertigt 164; Beeinflussung durch Vorurkk. 173.174.177, durch Akte 187. — von Fälschungen nach echten Vorlagen, geändert 10.11, zusammengefasst 13.
- Thatsache, bezeugte, Verhältniß zum Zeugniß 38, zur Handlung 39, Rechtsbeständigkeit unabhängig von der Beurkundung 53.82. — f. Vollziehung.
- Titelmonogramm 272.
- Tractum et scriptum, trajicere 47.
- Tradere an die Zeugen 55, in Notarunterzeichnungen 314; tradita = data 318. — f. Uebergabe.
- Tradition, Traditionshandlung, Nothwendigkeit zur Rechtsbeständigkeit 53, vorhergehende bei Königsurkk. 72.74, genügt nicht ohne Präzept 83, Uebergabe der Königsurk. als Form der Tr. 73.
- Traditionsakte, —bücher, —urkunden 56, über Schenkungen des Königs 83.190.
- Traditionszeugen, Aufzeichnung neben der Königsurk. 132, Aufnahme in Königsurkk. 132.134.
- Transumirung f. Abschrift. Einrückung.
- Trier, Erzbischof, erste Siegel 57. — Nichtgebrauch der feierl. Datirung 396.
- Tunc, tunc temporis, als Zeichen nachträgl. Beurkundung 50.90.103.120.124.158.
- Uebergabe der Urkunde = dare 312 ff., Verhältniß zur Aushändigung 321.328. — feierliche als Formalakt 71.73, nach geschehener Verlesung 249.250. — Beziehung der Zeugen auf die U., der altern Datirung 339 ff. 360.376, der Uebergangsdaturung 390, des feierl. Datum 406^o, nichtmaßgebend für einfache Datirung 444.
- Uebergangsdaturungen 379 ff. — willkürlicher Gebrauch von Actum und Datum 100.
- Unechtheit f. Echtheit. Fälschung.
- Ungenauigkeiten in der Kanzlei 27 ff. — der Datirung deuten auf Datirung nach der Handlung 45. 103.104.
- Unkenntnis des Schreiber veranlaßt irrige Datirungen 22^o. 370^o. 377^o, Lücken in der Datirungszeile 341, Nachtragungen 376.
- Unmündigkeit des Königs, größeres

- Gewicht der Fürbitte 133, Vollziehungsstrich 225.226.
- Unregelmäßigkeiten f. Widersprüche.
- Unterbrechung der Schrift wegen Vorfertigung des Schlussprotokoll 261, wegen Siegelung 299 ff.
- Unterschrift ersetzt durch das Siegel 57, zur Beglaubigung fremder Urkk. 156; angeblich eigenhändige vom Schreiber des Textes zugefügt 121.228.
- Unterzeichnung des Königs, Vollziehungsstrich 224 ff. — Zeitpunkt der Zufügung 280 ff., vor u. nach Siegelung 298. — Verbindung mit Vollziehungsbefehl 222; Öffentlichkeit 73; Uebergabe zur U. 312; zur Beglaubigung fremder Urkk. 161. — Mitunterzeichnung der Königsöhne 161. 171; Signa der Anwesenden in Königsurkk. 131.
- Urkunde, Bedeutung des Ausdrucks 38; Verhältniß zum Akt 183, in Italien 184. — f. Beurkundung.
- Urkundenbeweis ist Zweck der Urkunde 38; Beweiskraft der Königsurkk. 70, des Instrument 76.184, der Bischofsurkk. 66, des Zeugnisses in eigener und fremder Sache 59; unzulängliche der Privaturkk. 54 ff., der Traditionen, Akte 56.183. — im Lehenrechte nicht üblich 82.
- Urkundenlehre, Diplomantik, Forderungen u. Aufgaben 35.36.493 ff.
- Urschrift f. Original.
- Urtheiler, Aufführung als Ersatz der Zeugen 136.143.
- Vacante cancellaria in der Aushändigungsformel 326.
- Verbalinvokation f. Invokation.
- Vergangenheit, Betonung der V. der Handlung 89.90.
- Verlängerte Schrift im Protokoll 254 ff.
- Verleihung von Gut durch Königsurkk. 71, vorherige Traditionshandlung 74; von Rechten 75.
- Verlesung 247 ff. — öffentliche 73, auf Grundlage des Konzept 369, zu bestätigender Urkunden 77, päbstl. Urkunden 311.
- Vermengung, Zusammenwerfen d. Handlungszeugen u. Beurkundungszeugen 68'. 152, der Zeugen verschiedener Stufen der Beurkundung 242.243, der Fürbitter u. der Beurkundungszeugen 170, der Zeugen der Vorurkunde und der Bestätigung 176. — der Daten der Handlung und der Beurkundung 52'.118 ff. 244, der Vorlage und der Neuausfertigung 169.
- Veröffentlichung von Forschungen, Form 37; von Urkunden, Forderungen 495.496.
- Verschiebung der Tagesangabe 368'. 369.374'. 381.389, der Ortsangabe 369, der Regierungsjahre 370.371. — f. Itinerar.
- Verstorbene, zur Zeit der Datirung V. als lebend im Texte erwähnt 189.265, als Unterzeichner 167, als Zeugen 146'.176, als Rekognoscent 296; Nachtrag des Schlussprotokoll des verstorbenen Herrscher 267.279. — zur Zeit der Datirung noch Lebende als V. erwähnt 50'.103.106.
- Verträge, Form u. Datirung 115.190.
- Verweisungszeichen für Zusätze zum Texte 214.215, für nachgetragene Zeugen 236.
- Vice, ad vicem, in Rekognition und Aushändigung 326.
- Viceprotonotarius (?) 327.
- Vierzehntes Jahrhundert, in wie weit beachtet 32; Beurkundungsbefehl 199; geänderte Anordnung des Schlussprotokoll 238.276.287'; Stellung des Monogramm 272'; Ueblichwerden der Festrechnung 188; Beurkundung durch Bevollmächtigte 464.
- Vocati testes 234.
- Vollmacht, Beurkundung auf V. 127.129'. 464; dauernde 198.199.
- Vollziehung der Thatfache durch die Handlung 53 ff. 82, durch die Urkunde 41.71.108'.109. — der Urkunde, öffentliche 73, maßgebend für Zeugen 230, nach Verlesung 249.250, Verbindung mit dem Banne 251, maßgebend für Datirung 339 ff. 376.390.444.
- Vollziehungsbefehl 221 ff.; setzt Unterzeichnung voraus 229.
- Vollziehungsstrich f. Unterzeichnung.
- Vorausdatirung 127', nach Tag der beabsichtigten Uebergabe 109.360.
- Vorfertigung der Urkk. vor der Handlung 39.41.71.109.181, der Texte von Privaturkk. 245, behufs Vollendung vor Zeugen 55'; — des Eingangsprotokoll 255.256, der Arenga, Promulgation 256, des Schlussprotokoll 261, des Monogramm 273.274, der Signumzeile 276.277, der Rekognition 292.293. — f. Nachtragung.
- Vorausiegelung 262.279.299'.
- Vorgänger f. Nachfolger.
- Vorgehen bei der Beurkundung, ursprüngliches 275.281.284.300, regelrechtes und thatfächliches 197.283, entspricht nicht den Formeln 29.197.
- Vorlage 153 ff.; als Ersatz des Konzeptes 204. — f. Echtheit.
- Vorurkunden 155 ff.; Verhältniß zum Konzept 205.211; Einfluß auf Form der Datirung 413.
- Vorverhandlungen 213.
- Wachsiegel u. Metallbulle 302.
- Walter v. Ocra, Hofnotar, sizilisch. Kanzler 198.424.
- Weihnachten als Jahresanfang 457.
- Widersprüche und Unregelmäßigkeiten

- 1 ff., Erklärung durch Fälschung 4 ff., durch Schreibfehler 18 ff., Möglichkeit anderweitiger Erklärung 25 ff., Aufzählung u. Veranlassung der einzelnen W. 468 ff.
- Wiederannäherung, Ausnahme künstlicher W. bei Fälschungen 14.
- Wiederholung, unpassende aus Vorurkk. 174', der Zeugen 176', der Datir. 212, von Angaben des feierl. Actum im Dat. 401.413.
- Wilhelm, K., Regellofigkeit des Schlussprotokoll 287.*
- Willensäußerung, die Urk. als W. des Königs 75.76.
- Willkürliche Datirung 127 ff.
- Wochentag, vereinzelt in ältern Königsurkk. angegeben 122.377*; deutet in spätern auf Fertigung durch italienische Notare 116.405.
- Zehntes Jahrhundert, Aufkommen der bischöflichen Siegel 57, bischöfl. Beurkundungen in fremder Sache 59, Beglaubigung durch Siegel 156, des Königs 162; Hofakten 187, Akten des Hofgerichts 189; Vorausfertigung des Schlussprotokoll 261, Aufhören der eigenhändigen Rekognition 285, selten Fehlen der Tagesangabe 367.
- Zeile, erste f. Eingangszeile, — des königl. Namenszeichen 272 ff.
- Zeit, Fassung in gegenwärtiger und vergangener Zeit 89.90. — Z. der Handlung entspricht nicht der Datirung 86.91.
- Zeitabstand, Zeitdauer, von der Handlung bis zur Beurkundung 46 ff., 60.407. 411, vom Beurkundungsbefehl bis zur Ausführung 93', Zusammenfallen von Handlung u. Beurkundung auf einen Tag 43. 51.108; Dauer der Beurkundung 192.
- Zeitangabe, Schreibfehler 22'; selten genauer als Tag 40; Rekognition als Z. zu fassen 286.289.292.295; willkürliche 129; Widersprüche unter den Z. selbst oder zu andern Angaben der Urk. 118 ff., 468 ff. — f. Jahr. Tag u. f. w.
- Zeitpunkt, Beziehung auf verschiedene Z. erklärt die Widersprüche 25 ff.
- Zeitrechnung f. Festrechnung, Jahresanfang u. f. w.
- Zeugen der Privaturkk. 55 ff., der Königsurkk. 130 ff., Zufügung der Z. 230 ff. — Fehlen in bischöfl. Urkk. 61, in Königsurkk. 70, Aufnahme aus Akten 190.191; Vorkommen nichtmaßgebend für Scheidung zwischen einfachen und feierlichen Privilegien 195. — von Text u. Protokoll zu scheiden 193; Verbindung mit dem Actum 143.190.238.385.412.416.437; zwischen Actum u. Datum 400.412; Nachtragung mit der Rekognition 288. — Beziehung auf verschiedene Zeitpunkte 378, auf den Fertigungsbefehl 433, auf die Uebergabe 73. — Wiederholung aus Vorurkk. 176'.177*, bei Neuausfertigungen 146*.160, verschiedene bei Neuausf. 66*. 170; Zusammenfassung bei Fälschungen 13. — Nichtstimmen der Z. unter sich und zu andern Angaben 473, erschwert die Forschung 484. — Behandlung bei Regesten 488. — f. Beweis, Beurkundungsz. Handlungsz. Inquisitionsz. Rangordnung. Vermengung, Zustimmungszeugen.
- Zeugenbeweis 54 ff.; im Lehenrechte, bei Rechtsprüchen 82, bei nachträglicher Beurkundung 83, bei Verlust von Urkunden 16.180.
- Zeugenschaft als Zeichen der Abhängigkeit 55.
- Ziffern, Schreibfehler 22. — f. Tagesziffer.
- Zurückdatirung nach der Handlung 45 ff., 100 ff., auch bei Nachtragung im Konzepte 449; nur des Tages 463. — willkürliche 126.128'.
- Zurückverweisung, in Registraturbüchern 207. — der Datirung auf Tag der Handlung 112, bei Rechtsprüchen 113; im feierl. Datum auf das Actum 402.413. 416, bei der Monatsdatirung 420.424, unpassende 425.
- Zusammenfassung, Komposition, von Fälschungen aus mehreren echten Vorlagen 13', des Protokolls 105.
- Zusammenwerfen f. Vermengung.
- Zusatz, zum Texte 206*.214 ff. — Stellung vor Zeugen 238, nach Z. 240.244, zwischen Actum u. Datum 400, nach Datum 403, nach der Datirung des Konzept 364. 406*. — bezüglich der Verlesung 249. — bei Neuausfertigungen 159.166, bei angeblich wörtlicher Transumirung 172.
- Zustimmung in Form der Fürbitte 133, der Fürsten 133.134.
- Zustimmungszeugen in Privaturkk 69'. 244; in Königsurkk. 136.
- Zwölftes Jahrhundert, steigender Werth der Privaturkunden 59.60, allgemeiner Gebrauch der Siegel 57, Notariatsakten 184, Transumirung 157.172, feierl. Datirung 396 ff., Actum et datum 441. — Aufhören der Scheidung von Scriptum und Datum in päpstlichen Privilegien 311. — Zurücktreteten des Kanzlers 208.291.328. — Königsurkk., Auführung der Zeugen 134 ff., Beschränkung der verlängerten Schrift auf das Eingangsprotokoll 256, Betonung der Sicherung durch den Bann 252, Aushändigungsformel 319, genauer Gebrauch von Actum und Datum 439.

DRUCKFEHLER UND VERSEHEN.

Erster Band, S. 75 Z. 8 v. u. lies Urkunde statt Urkunden. S. 76 Z. 4: Böhmer Acta 606 ft. 600. S. 85 Z. 3: notare ft. nontare. S. 85 Z. 13 v. u. manum ft. manuum. S. 131 Z. 9 v. u.: 78 ft. 79. S. 133 Z. 6: St. 3767 ft. 2767. S. 147 Z. 13 v. u.: Heinrich VI. ft. IV. S. 155 Z. 5 v. u.: St. 2956 ft. 2955 (früherer Zählung, vgl. S. 112 Anm.) S. 162 Z. 10: 1171 ft. 1179. S. 168 Z. 13 v. u.: Heinrich IV. ft. V. S. 173 Z. 17: Oct. 4 ft. Nov. 4. S. 173 Z. 11 v. u.: 1113 ft. 1013. S. 223 Z. 7 bis 2 v. u.: 1096 und 1097 ft. 1196 und 1197. S. 261 Z. 1: ‡ 146 ft. 145. S. 271 Z. 8: 1096 ft. 1196, S. 276 Z. 7.8: 1126 u. 1128 ft. 1226 und 1228. S. 281 Z. 13: Everachar ft. Eberhard. S. 283 Z. 23, S. 288 Z. 10, S. 342 Z. 3: St. 3196 ft. 3193 (früherer Zählung). S. 284 Z. 3: 1095 ft. 1195.

Zweiter Band, S. 58 Z. 8. v. u.: Reinschreiber ft. Steinschreiber. S. 67 Z. 18 v. u.: auch ft. auf. S. 222 Z. 8 v. u.: Margarinus ft. Magarinus. S. 225 Z. 2: vice protonotarii ft. protonotarii. S. 244 Z. 21: Zeitabstand ft. Zeitbestand. S. 246 Z. 22. 25. 27: Juni ft. Juli. S. 257 Z. 17. 16 v. u.: 1055 ft. 1155. S. 258 Z. 19: 1038 ft. 1138. S. 278 Z. 22: Juli 30 ft. 30. S. 467 Z. 10 v. u.: nun ft. um. S. 490 Z. 10 v. u.: 146 ft. 147.





